

# EUROPA-ARCHIV

*Herausgegeben von Wilhelm Cornides*

HALBMONATSSCHRIFT  
DER DEUTSCHEN GESELLSCHAFT  
FÜR AUSWÄRTIGE POLITIK

Sechzehnter Jahrgang  
ZEITTAFEL UND DOKUMENTE  
Zweites Halbjahr 1961 (Folge 13 bis 24)

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR AUSWÄRTIGE POLITIK

## Erläuterungen

Die Zeittafel umfaßt den Zeitraum vom 1. Juni 1961 bis zum 30. November 1961.

Die Dokumentation enthält Texte aus der Zeit von Mai 1961 bis November 1961 mit Nachträgen aus dem Februar 1947 und November 1960.

Im Sachverzeichnis sind die Seitenzahlen, die auf den Wortlaut eines Dokumentes hinweisen, durch fetteren Druck hervorgehoben. Das gleiche gilt für die Seitenzahlen im Personenverzeichnis, die auf eine Rede oder Erklärung der betr. Person hinweisen.

## Berichtigungen

### *Folge 5/1961*

S. Z 46, Deutschland, 1. Zeile: Es muß lauten: „2. Februar: Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard übergibt...“

S. Z 54, Europäische Gemeinschaften, 15. Zeile: Es muß lauten: „... auf der am 19. Mai in Bonn stattfindenden nächsten Konferenz...“

### *Folge 11/1961*

S. Z 111, Lateinamerikanische Freihandelsassoziation: Es muß lauten: „1. Juni: Nach der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden durch Argentinien, Brasilien, Chile, Mexiko, Paraguay, Peru und Uruguay während des Monats Mai, tritt der am 18. Februar 1960 unterzeichnete Vertrag von Montevideo über die Errichtung einer lateinamerikanischen Freihandelszone in Kraft.

### *Folge 16/1961*

S. Z 164, Sowjetunion, 8. Zeile, rechte Spalte: Es muß lauten: „17.—29. Juli: Der amerikanische Abrüstungsbeauftragte, John J. McCloy...“

### *Folge 17/1961*

S. Z 176, Sowjetunion, 2. Zeile v. u., rechte Spalte: Es muß lauten: „9. August: Die Regierung wiederholt in ihrer Antwort...“

S. D 543 und Inhaltsverzeichnis: Die Überschrift des Dokumentes muß lauten: „Antwortnote der Sowjetregierung vom 17. August 1961...“

### *Folge 20/1961*

S. Z 217, Vereinte Nationen, 25. Zeile: Es muß lauten: „28. September: Die Vereinigten Staaten und Großbritannien unterbreiten...“

### *Register Erstes Halbjahr*

Die dort unter dem 26. 11. fehlenden Entschließungen der Sechsten Jahreskonferenz der NATO-Parlamentarier in Paris vom 21. bis zum 26. November 1960 (S. D 8—D 12) wurden in das vorliegende Register aufgenommen.

---

## EUROPA-ARCHIV

HALBMONATSSCHRIFT DER DEUTSCHEN GESELLSCHAFT FÜR AUSWÄRTIGE POLITIK  
BONN, SCHAUMBURG-LIPPE-STRASSE 6 · TELEFON 3 16 94/97

*Herausgeber:* Wilhelm Cornides (Co.)

*Beirat:* Theodor Steltzer (Vorsitzer), Dr. Walther Becker (Stellv. Vorsitzer), Prof. Dr. Arnold Bergsträsser, Dr. Marion Gräfin Dönhoff, Ulrich Gembardt, Dr. Hans-Adolf Jacobsen, Hans Karl v. Mangoldt-Reiboldt, Prof. Dr. Werner Markert, Prof. Dr. Boris Meissner, Prof. Dr. Eberhard Menzel, Prof. Dr. Ulrich Scheuner.

*Chefredakteur:* Hermann Volle (H. V.)

*Redaktion:* Erika Feldmann (E. F.), Dr. Curt Gasteyger (C. G.), Dr. Helga Haftendorn (H. H.), Norbert Kohlhasse (N. K.), Joachim Willmann (Wi.)

*Vertrieb:* Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Abteilung Europa-Archiv, Frankfurt am Main, Große Eschenheimer Straße 16—18, Telefon 2 04 71. Bankkonto: Georg Hauck & Sohn, Frankfurt a. M., Nr. 3022, Postscheckkonto: Frankfurt a. M. Nr. 208649.

*Auslieferung für Oesterreich:* Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

*Anzeigenverwaltung:* Bonn, Schaumburg-Lippe-Straße 6, Telefon 3 16 94.

*Herstellung:* Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 16—18.

*Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers*



# Verzeichnis der Dokumente

## (nach der Zeitfolge)

1947

5. 2. Sowjetischer Bericht zur Entwicklung der Frage „Flüge alliierter Luftfahrzeuge über deutschem Gebiet“ (veröffentlicht am 1. September 1961 in Washington) . . . . . D 551

1960

26. 2. EntschlieBungen der Sechsten Jahreskonferenz der NATO-Parlamentarier in Paris vom 21. bis zum 26. November 1960 . . . . . D 8
- EntschlieBungen des Politischen Ausschusses: . . . . . D 8
- I. Politische Autorität der NATO über Kernwaffen . . . . . D 8
- II. Entwicklungsländer . . . . . D 9
- III. Wirtschaftliche Zusammenarbeit . . . . . D 9
- V. Abrüstung . . . . . D 10
- VI. Handelspolitik mit dem Ostblock . . . . . D 10
- VIII. Berlin . . . . . D 10
- X. Europäische Sicherheit . . . . . D 10
- EntschlieBungen des Militärausschusses: . . . . . D 10
- I. Stärkung der NATO . . . . . D 10
- II. NATO-Einsatzverband . . . . . D 11
- III. Zusammenarbeit NATO, SEATO, CENTO . . . . . D 11
- IV. Integrierte Luftverteidigung Europas . . . . . D 11
- V. Schutz der Seeverbindungen — Versorgungstützpunkte . . . . . D 11
- VI. Vorschläge von General Norstad über die Verwendung von Kernwaffen . . . . . D 12
- VIII. Koordinierung der militärischen Zusammenarbeit . . . . . D 12

1961

28. 3. Konferenz der Staatschefs Afrikanischer Staaten und Madagaskars in Jaunde vom 26. bis zum 28. März 1961
- Schlußkommuniqué . . . . . D 477
- Erklärung . . . . . D 479
- Vertrag über die Errichtung einer Afrikanisch-Madagassischen Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit . . . . . D 481
29. 4. Konferenz der Staatschefs der Union von Ghana, Guinea und Mali in Accra vom 27. bis zum 29. April 1961
- Schlußkommuniqué . . . . . D 485
- Gründungscharta der Union Afrikanischer Staaten . . . . . D 486
5. 5. Außenministerkonferenz der Casablanca-Staaten in Kairo vom 30. April bis zum 5. Mai 1961
- Abschlußerklärung . . . . . D 489
- Protokoll zur Afrikanischen Charta von Casablanca . . . . . D 490
12. 5. Konferenz der Staatschefs Afrikanischer Staaten und Madagaskars in Monrovia vom 8. bis zum 12. Mai 1961
- Resolution über Möglichkeiten zur Zusammenarbeit . . . . . D 493
- Resolution über die Bedrohung des Friedens . . . . . D 495
- Resolution über die Beseitigung afrikanischer Konflikte . . . . . D 496



# VERZEICHNIS DER DOKUMENTE

1.	6.	Erster Teil der 7. Sitzung der WEU-Versammlung vom 29. Mai bis zum 1. Juni 1961	
		Empfehlung Nr. 63 vom 30. Mai 1961 über die Auswirkungen der europäischen Zusammenarbeit auf Afrika (Auszug) . . . . .	D 404
		Empfehlung Nr. 64 vom 31. Mai 1961 über den Stand der europäischen Sicherheit . . . . .	D 404
		Empfehlung Nr. 65 vom 31. Mai 1961 über den Beitritt Großbritanniens zu den Europäischen Gemeinschaften mit Anhang . . . . .	D 405
		Empfehlung Nr. 66 vom 31. Mai 1961 über politische Konsultationen zwischen den Mitgliedstaaten der WEU . . . . .	D 407
		Empfehlung Nr. 67 vom 1. Juni 1961 über die Tätigkeit der Rüstungskontrollbehörde . . . . .	D 408
4.	6.	Memorandum der Sowjetregierung an die Regierung der Vereinigten Staaten zur Frage der Einstellung der Kernwaffenversuche . . . . .	D 365
4.	6.	Memorandum der Sowjetregierung an die Regierung der Vereinigten Staaten zur Deutschland-Frage . . . . .	D 370
15.	6.	Rundfunk- und Fernsehsprache des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. Chruschtschow, über die sowjetisch-amerikanische Begegnung in Wien . . . . .	D 373
17.	6.	Antwortnote der Regierung der Vereinigten Staaten auf das Memorandum der Sowjetregierung zur Frage der Einstellung der Kernwaffenversuche . . . . .	D 389
17.	6.	Internationaler Kongreß der Europäischen Bewegung in Brüssel vom 16. bis zum 17. Juni 1961	
		Politische Entschließung . . . . .	D 458
		Grundsatzerklärung . . . . .	D 459
22.	6.	Erklärung des amerikanischen Außenministers, Dean Rusk, auf einer Pressekonferenz in Washington zur Deutschland- und Berlin-Frage . . . . .	D 395
22.	6.	Notenwechsel zwischen dem Außenminister der Vereinigten Staaten, Dean Rusk, und dem Außenminister Japans, Zentaro Kosaka, über die Bildung eines gemeinsamen amerikanisch-japanischen Ausschusses für Handels- und Wirtschaftsfragen . . . . .	D 704
24.	6.	Konferenz des Europäischen Parlaments mit den Parlamenten afrikanischer Staaten und Madagaskars in Straßburg vom 11. bis zum 24. Juni 1961	
		Empfehlung zu politischen und institutionellen Fragen . . . . .	D 605
		Empfehlung zu Wirtschafts- und Handelsfragen . . . . .	D 607
		Empfehlung zu Problemen der technischen und kulturellen Zusammenarbeit . . . . .	D 610
		Empfehlung über den Entwicklungsfonds . . . . .	D 612
27.	6.	Erklärungen des britischen Premierministers, Harold Macmillan, in der Fragestunde des Unterhauses zur Deutschland- und Berlin-Frage . . . . .	D 396
28.	6.	Erklärung des amerikanischen Präsidenten, John F. Kennedy, auf einer Pressekonferenz in Washington zur Deutschland- und Berlin-Frage . . . . .	D 398
28.	6.	Erklärung des amerikanischen Präsidenten, John F. Kennedy, auf einer Pressekonferenz in Washington betr. Kernwaffenversuche . . . . .	D 399
28.	6.	Kommuniqué über die Tagung des Ministerrats der EFTA in London vom 27. bis zum 28. Juni 1961 . . . . .	D 461
29.	6.	Tagung des Europäischen Parlaments in Straßburg vom 26. bis zum 29. Juni 1961	
		Entschließung über die politische Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften . . . . .	D 459
		Entschließung über die Beschleunigung des EWG-Vertrages . . . . .	D 460
		Entschließung über die Empfehlungen der Konferenz des Europäischen Parlaments mit den Parlamenten afrikanischer Staaten und Madagaskars . . . . .	D 613
30.	6.	Fernsehpresskonferenz des Bundesministers des Auswärtigen, Heinrich von Brentano (Auszüge zur Deutschland- und Berlin-Frage) . . . . .	D 400
5.	7.	Antwortnote der Sowjetregierung auf die Note der Regierung der Vereinigten Staaten vom 17. Juni 1961 zur Frage der Einstellung der Kernwaffenversuche . . . . .	D 414



6. 7.	Erklärung der Volkskammer der DDR über einen deutschen Friedensplan . . .	D 422
7. 7.	Erklärung des internationalen CEPES-Präsidiums zu politischen und wirtschaftlichen Fragen der Atlantischen Gemeinschaft, abgegeben anlässlich der Tagung des Comité Européen pour le Progrès Economique et Social in Frankfurt a. M. . . . .	D 462
8. 7.	Rede des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. Chruschtschow, auf einem Empfang im Kreml für Absolventen der Militärakademien (Auszug betr. internationale Lage) . . . . .	D 426
9. 7.	Schlußbericht der European-American Assembly über „Abrüstung und Rüstungskontrolle“ in Bürgenstock vom 6. bis zum 9. Juli 1961 . . . . .	D 409
11. 7.	Erklärung des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa zu Fragen der europäischen Integration . . . . .	D 465
12. 7.	Antwortnote der Bundesregierung auf das sowjetische Deutschland-Memorandum vom 17. Februar 1961 . . . . .	D 436
14. 7.	Gemeinsames Schreiben des britischen Vertreters und des amerikanischen stellvertretenden Chefdelegierten bei den Vereinten Nationen an Generalsekretär Hammarskjöld zur Frage der Einstellung der Kernwaffenversuche . . . . .	D 439
14. 7.	Gemeinsames Memorandum der Vereinigten Staaten und Großbritanniens zur Frage der Einstellung der Kernwaffenversuche . . . . .	D 440
15. 7.	Antwortnote der Regierung der Vereinigten Staaten auf die Note der Sowjetregierung vom 5. Juli 1961 zur Frage der Einstellung der Kernwaffenversuche . . . . .	D 443
17. 7.	Antwortnote der Regierung der Vereinigten Staaten auf das sowjetische Deutschland-Memorandum vom 4. Juni 1961 . . . . .	D 445
17. 7.	Antwortnote der britischen Regierung auf das sowjetische Deutschland-Memorandum vom 4. Juni 1961 . . . . .	D 452
17. 7.	Antwortnote der französischen Regierung auf das sowjetische Deutschland-Memorandum vom 4. Juni 1961 . . . . .	D 454
18. 7.	Konferenz der Staats- bzw. Regierungschefs der sechs Mitgliedstaaten der EWG in Bonn Erklärung über die Verstärkung der europäischen Zusammenarbeit . . . . . Erklärung über die kulturelle Zusammenarbeit . . . . .	D 469 D 470
25. 7.	Rundfunk- und Fernsehansprache des Präsidenten der Vereinigten Staaten, John F. Kennedy, über die Stärkung der Verteidigungsbereitschaft der Vereinigten Staaten und die internationale Lage . . . . .	D 498
26. 7.	Erklärung des britischen Außenministeriums zur Rundfunk- und Fernsehansprache Präsident Kennedys am 25. Juli 1961 . . . . .	D 505
27. 7.	Abkommen zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten und der Regierung der Französischen Republik über die Zusammenarbeit bei der Verwendung atomarer Waffensysteme für gemeinsame Verteidigungszwecke . . . . .	D 721
31. 7.	Erklärung des britischen Premierministers, Harold Macmillan, im Unterhaus über die Politik der britischen Regierung gegenüber der EWG . . . . .	D 471
31. 7.	Erklärung des Ministerrats der EFTA in Genf über Verhandlungen mit der EWG . . . . .	D 473
1. 8.	Kommuniqué über die Tagung des Ministerrats der WEU in Paris . . . . .	D 473
1. 8.	Kommuniqué der Kommission der EWG über die Unterhauserklärung des britischen Premierministers vom 31. Juli 1961 . . . . .	D 474
3. 8.	Note der Sowjetregierung an die Regierung der Vereinigten Staaten zum Friedensvertrag mit Deutschland . . . . .	D 506
3. 8.	Memorandum der Sowjetregierung an die Bundesregierung zur Deutschland-Frage . . . . .	D 516
6. 8.	Kommuniqué über die Beratung der Ersten Sekretäre der ZK der kommunistischen und Arbeiterparteien der Teilnehmerstaaten des Warschauer Paktes vom 3. bis zum 5. August 1961 in Moskau . . . . .	D 523



# VERZEICHNIS DER DOKUMENTE

7. 8.	Rundfunk- und Fernsehsprache des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. Chruschtschow (Auszüge zur Deutschland-Frage) . . . . .	D 524
7. 8.	Memorandum der Bundesregierung an die Teilnehmerstaaten der Belgrader Konferenz blockfreier Staaten . . . . .	D 600
9. 8.	Antwortnote der Sowjetregierung auf die Note der Vereinigten Staaten vom 15. Juli 1961 zur Frage der Einstellung der Kernwaffenversuche . . . . .	D 562
11. 8.	Beschluß der Volkskammer der DDR zu Fragen eines deutschen Friedensvertrages . . . . .	D 530
12. 8.	Beschluß des Ministerrates der DDR über Maßnahmen zur Sperrung der Sektorengrenze von Berlin . . . . .	D 531
12. 8.	Erklärung des Bundesministers des Auswärtigen, Heinrich von Brentano, zum Ergebnis der Pariser Außenministerkonferenz vom 5. bis zum 7. August 1961 . . . . .	D 535
13. 8.	Erklärung der Staaten des Warschauer Paktes über Maßnahmen zur Sperrung der Sektorengrenze von Berlin . . . . .	D 533
16. 8.	Protestnote der Vereinigten Staaten an die Sowjetregierung gegen die Sperrung der Sektorengrenze von Berlin . . . . .	D 537
17. 8.	Sondersitzung des Interamerikanischen Wirtschafts- und Sozialrates in Punta del Este vom 5. bis zum 17. August 1961, Erklärung an die Völker Amerikas . . . . .	D 685
18. 8.	Erklärung des deutschen Bundeskanzlers, Konrad Adenauer, vor dem Deutschen Bundestag zur Sperrung der Sektorengrenze von Berlin . . . . .	D 538
18. 8.	Antwortnote der Sowjetregierung auf die Protestnote der Vereinigten Staaten vom 16. August 1961 gegen die Sperrung der Sektorengrenze von Berlin . . . . .	D 543
23. 8.	Noten der Sowjetregierung an die Regierungen der drei Westmächte in der Frage der Luftkorridore nach Berlin (Note an die Vereinigten Staaten) . . . . .	D 548
23. 8.	Memorandum der Bundesregierung an die Teilnehmerstaaten der Belgrader Konferenz blockfreier Staaten . . . . .	D 603
26. 8.	Antwortnoten der Westmächte auf die sowjetische Note vom 23. August 1961 in der Frage der Luftkorridore nach Berlin (Note Großbritanniens) . . . . .	D 549
30. 8.	Erklärung der Sowjetregierung über die Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche (Auszüge) . . . . .	D 563
2. 9.	Antwortnote der Sowjetregierung auf die Noten der drei Westmächte vom 26. August 1961 in der Frage der Luftkorridore nach Berlin (Note an die Vereinigten Staaten) . . . . .	D 552
3. 9.	Appell des Präsidenten der Vereinigten Staaten, John F. Kennedy, und des britischen Premierministers, Harold Macmillan, an Ministerpräsident N. S. Chruschtschow über die Einstellung aller Kernwaffenversuche in der Atmosphäre . . . . .	D 572
5. 9.	Erklärung des Präsidenten der Vereinigten Staaten, John F. Kennedy, über die Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche . . . . .	D 572
6. 9.	Belgrader Konferenz blockfreier Staaten vom 1. bis zum 6. September 1961 Erklärung über die Gefahr eines Krieges und Aufruf zum Frieden . . . . .	D 586
	27-Punkte-Erklärung . . . . .	D 587
7. 9.	Rede des Unterstaatssekretärs für internationale Sicherheit im amerikanischen Verteidigungsministerium, Paul H. Nitze, vor dem Verband amerikanischer Armeeangehöriger in Washington über die Berlin-Politik der Vereinigten Staaten . . . . .	D 573
8. 9.	Antwortnoten der Westmächte auf die sowjetische Note vom 2. September 1961 in der Frage der Luftkorridore nach Berlin (Note der Vereinigten Staaten) . . . . .	D 554
8. 9.	Erläuterndes Memorandum des amerikanischen Außenministeriums zur Frage der Luftkorridore nach Berlin . . . . .	D 558
9. 9.	Erklärung des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. Chruschtschow, zu dem gemeinsamen Appell des Präsidenten der Vereinigten Staaten, John F. Kennedy, und des britischen Premierministers, Harold Macmillan, vom 3. September 1961 . . . . .	D 578



9. 9.	Gemeinsame Erklärung des Präsidenten der Vereinigten Staaten, John F. Kennedy, und des britischen Premierministers, Harold Macmillan, über die sowjetische Ablehnung ihres Vorschlages vom 3. September 1961 . . . . .	D 584
13. 9.	Schreiben des Präsidenten der Vereinigten Staaten, John F. Kennedy, an den Präsidenten der Republik Mali, Modibo Keita, und den Präsidenten der Republik Indonesien, Achmed Sukarno, betreffend die Botschaft der Belgrader Konferenz blockfreier Staaten . . . . .	D 594
14. 9.	Kommuniqué über die Konferenz der Commonwealth-Finanzminister in Accra vom 12. bis zum 14. September 1961 . . . . .	D 613
16. 9.	Schreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. Chruschtschow, an den indischen Premierminister, Jawaharlal Nehru, betreffend die Botschaft der Belgrader Konferenz blockfreier Staaten . . . . .	D 597
19. 9.	Entschließung des Europäischen Parlaments über die politische Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften . . . . .	D 664
20. 9.	Gemeinsame Erklärung der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion über vereinbarte Grundsätze für Abrüstungsverhandlungen . . . . .	D 617
20. 9.	Schreiben des Vertreters der Vereinigten Staaten bei den Vereinten Nationen, Adlai E. Stevenson, an den Präsidenten der UN-Vollversammlung betr. den amerikanisch-sowjetischen Meinungsaustausch über Abrüstungsfragen zwischen dem amerikanischen Abrüstungsbeauftragten, J. McCloy, und dem Stellvertretenden sowjetischen Außenminister, V. A. Sorin . . . . .	D 619
	Memorandum der Vereinigten Staaten über die Zusammensetzung des Abrüstungsgremiums vom 29. Juli 1961 . . . . .	D 620
	Memorandum der Vereinigten Staaten über Grundsätze für die Verhandlungen über eine allgemeine und vollständige Abrüstung in einer friedlichen Welt vom 14. September 1961 . . . . .	D 621
	Schreiben des Vertreters der Vereinigten Staaten, J. McCloy, an den Vertreter der Sowjetunion, V. A. Sorin, vom 20. September 1961 . . . . .	D 627
24. 9.	Mitteilung der Sowjetregierung an die UN-Vollversammlung über den sowjetisch-amerikanischen Meinungsaustausch über Abrüstungsfragen zwischen dem Stellvertretenden sowjetischen Außenminister, V. A. Sorin, und dem amerikanischen Abrüstungsbeauftragten, J. McCloy . . . . .	D 627
	Sowjetisches Memorandum über die Ueberwachung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung vom 21. Juli 1961 . . . . .	D 638
	Sowjetisches Memorandum über die Zusammensetzung der Abrüstungskommission vom 28. Juli 1961 . . . . .	D 642
	Schreiben des Vertreters der Sowjetunion, V. A. Sorin, an den Vertreter der Vereinigten Staaten, J. McCloy, vom 20. September 1961 . . . . .	D 642
25. 9.	Programm der Vereinigten Staaten für eine allgemeine und vollständige Abrüstung in einer friedlichen Welt . . . . .	D 643
27. 9.	Sowjetisches Acht-Punkte-Programm über Maßnahmen zur internationalen Entspannung . . . . .	D 649
27. 9.	Sowjetisches Memorandum zur Frage der Kernwaffenversuche . . . . .	D 655
28. 9.	Zweiter Teil der 13. Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung des Europarats in Straßburg vom 21. bis zum 28. September 1961	
	Empfehlung vom 22. September 1961 über die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern . . . . .	D 665
	Entschließung vom 25. September 1961 zum Gesamtproblem Deutschland . . . . .	D 667
	Empfehlung vom 25. September 1961 über die europäische Zusammenarbeit	D 668
	Empfehlung der Beratenden Versammlung des Europarats vom 27. September 1961 über die europäischen Wirtschaftsbeziehungen . . . . .	D 668
28. 9.	Gemeinsamer britisch-amerikanischer Resolutionsentwurf über die Einstellung der Kernwaffenversuche . . . . .	D 662
10. 10.	Erklärung von Lordsiegelbewahrer Edward Heath anlässlich der Zusammenkunft mit Vertretern der EWG-Länder in Paris betr. den Beitritt Großbritanniens zur EWG (Zusammenfassung) . . . . .	D 670



14. 10.	Tagung des Internationalen Rats der Europäischen Bewegung in Paris Entschließung über das Berlin-Problem . . . . .	D 671 D 672
19. 10.	Kommuniqué über die Tagung der Außen- und Handelsminister der neutralen EFTA-Staaten in Wien . . . . .	D 672
20. 10.	Entschließung des Europäischen Parlaments zu einem Entwurf eines Uebereinkommens zur Einsetzung eines Rates der Europäischen Gemeinschaften und einer Europäischen Hohen Kommission . . . . .	D 673
29. 10.	Interview des amerikanischen Außenministers, Dean Rusk, mit der „Stimme Amerikas“ zum Deutschland-Problem und zur Frage verdünnter Zonen . .	D 681
30. 10.	Note der Sowjetregierung an die Regierung Finnlands betr. Konsultationen über Maßnahmen zur Sicherung der Grenzen beider Länder . . . . .	D 676
1. 11.	Rede des Staatssekretärs für Wirtschaftsfragen im amerikanischen Außenministerium, George W. Ball, vor der National Foreign Trade Convention in New York über die Handels- und Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten	D 688
1. 11.	Bericht über die Außenhandelspolitik der Vereinigten Staaten, ausgearbeitet von Christian A. Herter und William Clayton für den Unterausschuß für Außenhandelspolitik des Wirtschaftsausschusses des Kongresses . . . . .	D 696
4. 11.	Kommuniqué über die erste Tagung des gemeinsamen amerikanisch-japanischen Ausschusses für Handels- und Wirtschaftsfragen in Hakone . . . . .	D 705
9. 11.	Kommuniqué über die Besprechungen zwischen dem amerikanischen Präsidenten, John F. Kennedy, und dem indischen Premierminister, Jawaharlal Nehru, in Washington . . . . .	D 725
17. 11.	Kommuniqué über die Tagung des Ministerrats der OECD in Paris . . . . .	D 709
17. 11.	Entschließung und Empfehlungen der 7. Jahreskonferenz der NATO-Parlamentarier in Paris vom 13. bis zum 17. November 1961 . . . . .	D 714
21. 11.	Kommuniqué über die Tagung des Ministerrats der EFTA in Genf . . . . .	D 712
22. 11.	Kommuniqué über die Beratungen zwischen dem deutschen Bundeskanzler, Konrad Adenauer, und dem amerikanischen Präsidenten, John F. Kennedy, in Washington . . . . .	D 727
23. 11.	Rede des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Walter Ulbricht, auf der 14. Tagung des ZK der SED (Auszug zur Deutschland-Frage) . . . . .	D 742
25. 11.	Interview des Chefredakteurs der „Iswestija“, Alexej Adschubej, mit Präsident John F. Kennedy über die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen und Fragen der internationalen Sicherheit . . . . .	D 729

## Sachverzeichnis

### für Zeittafel (Z) und Dokumente (D)

#### Abkommen

Antarktis-Vertrag v. 1. 12. 59: Z 135  
 Arabische Liga vgl. diese  
 Bagdad-Pakt vgl. **Mittelpakt-Organisation**  
 Frankreich — Vereinigte Staaten  
     Zusammenarbeit bei Verwendung atomarer  
     Waffensysteme, v. 27. 7. 61: D 721 ff  
 Genfer Vietnam-Abkommen von 1954: Z 156  
 Nordatlantikpakt vgl. diesen  
 Potsdamer Abkommen vgl. **Konferenzen**  
 Sowjetunion — Finnland  
     Freundschafts- und Beistandspakt v. 6. 4. 48:  
     Z 247; D 676 ff  
 Südostasienpakt vgl. diesen

#### Abrüstung

vgl. auch **Vereinte Nationen**

Z 126, 128 ff, 141 f, 153 f, 164, 171, 177, 195,  
 197, 201, 206, 211 f, 214 ff, 221, 225, 230, 235,  
 239, 244, 260, 268; D 365, 389, 409 ff, 414,  
 426 ff, 436 ff, 440 ff, 443 ff, 489 f, 495 f,  
 516 ff, 563, 578 ff, 585 f, 587 ff, 594 ff, 597 ff,  
 615 ff, 663, 681 ff, 729 ff

Abrüstungsvorschläge:

sowjetische Vorschläge Z 201, 215 ff, 251, 262;  
     D 365 ff, 389 ff, 414 ff, 562 f, 578 ff,  
     615 ff, 627 ff, 649 ff, 655 ff  
 westliche Vorschläge Z 217; D 440 ff, 445 ff,  
     616 f, 621 ff, 643 ff



- Begrenzung der Streitkräfte und Rüstungen  
Z 216; D 617 ff, 643 ff
- Inspektion und Kontrolle Z 129, 153 ff, 178,  
192, 195, 197, 201, 206, 215 ff, 225, 244, 251,  
260, 268;  
D 365 ff; 389 ff, 409 ff, 414 ff, 440 ff, 443 ff,  
584, 615 ff, 638 ff, 713
- Kernwaffen Z 221, 235, 241, 268;  
D 615, 617 ff, 643 ff, 649 ff, 655 ff, 713
- Kernwaffenversuche Z 128 f, 142, 153, 155, 157,  
169, 177 f, 185 f, 190 ff, 195 f, 198, 200 f,  
203 ff, 209, 214 f, 220, 221, 225, 229 f, 235,  
239 f, 245, 254 f, 260, 265;  
D 365 ff, 373 ff, 389 ff, 399 f, 413 ff, 439,  
440 ff, 443 ff, 489 f, 495 f, 547, 562 ff, 572,  
577 ff, 584, 585, 594 ff, 615 f, 655 ff, 662,  
663, 725 f, 729 ff
- Konferenz über die Einstellung der Kern-  
waffenversuche, Genf, ab 31. 10. 58: Z 125,  
142, 153, 178, 186, 194, 217, 249, 268;  
D 365 ff, 389, 440 ff, 563 ff, 578 ff, 615 ff
- Memorandum der Sowjetregierung zur Ein-  
stellung der Kernwaffenversuche v. 4. 6. 61:  
D 365 ff
- westliche Vorschläge D 389 ff, 440 ff, 445 ff
- Zehnmächte-Abrüstungskommission Z 142
- Zusammensetzung der Abrüstungskommission  
D 616, 620 f, 621 ff, 627 ff, 642
- Aethiopien**  
Beziehungen zu Somalia D 496
- Afghanistan**  
Beziehungen zu:  
Algerien (GPRA) Z 206  
Bulgarien Z 123  
Bundesrepublik Deutschland (Daud in Bonn)  
Z 148  
Pakistan Z 200
- Afrika**  
Afrikanisch-Madagassische Organisation für  
Wirtschaftliche Zusammenarbeit Z 206;  
D 481 ff, 607 ff
- Absatzgarantien D 607 ff
- Außenhandel D 607 ff
- Energieversorgung D 607 ff
- Forschung und Entwicklung D 607 ff
- Niederlassungsrecht D 607 ff
- Rohstoffpreise D 607 ff
- Zollpräferenzen D 607 ff, 663, 665 f
- Beziehungen zu:  
EWG Z 133; D 403 f, 477 ff, 605 ff  
Großbritannien D 403 f
- Casablanca-Staaten  
Charta von Casablanca D 476, 489 f, 490 ff  
Mitgliedschaft D 490 ff  
Organe D 490 ff  
Sekretariat D 490 ff  
Erziehungswesen D 610 f
- Gemeinsamer Markt Z 170
- Integration Z 141, 146, 170; D 475 ff
- kernwaffenfreie Zone Z 128, 217, 265
- Konferenzen:  
Accra, Staatschef von Ghana, Guinea und  
Mali, 27.—29. 4. 61: D 485 ff
- Bamako, Präsidenten von Ghana, Guinea  
und Mali, 26.—27. 6. 61: Z 146
- Bangui, Staatschefs von Gabun, Kamerun,  
Kongo (Brazzaville), Zentralafrikanische  
Republik und Tschad, 22. 6. 61: Z 146
- Brazzaville, Präsidenten von Gabun, Kongo  
(Brazzaville), Tschad und Zentralafrika-  
nische Republik, 25.—26. 8. 61: Z 194
- Casablanca, afrikanische Staaten, 20. bis  
22. 2. 61: Z 152
- Conakry, Wirtschaftsexperten der Casa-  
blanca-Staaten, 23. 7. 61: Z 170
- Dakar, Sachverständigenausschüsse Afrikanischer  
Staaten und Madagaskars, 17. bis  
24. 7. 61: Z 170
- Jaunde, Staatschefs Afrikanischer Staaten  
und Madagaskars, 26.—28. 3. 61: D 477 ff
- Kairo, Außenminister der Casablanca-Staa-  
ten, 30. 4.—5. 5. 61: D 489 f
- dgl., Politischer Ausschuß, 28.—29. 8. 61:  
Z 194
- Monrovia, Staatschefs Afrikanischer Staaten  
und Madagaskars, 8.—12. 5. 61: D 493 ff
- Tananarivo, Brazzaville-Staaten, 6. bis  
13. 9. 61: Z 206
- Albanien**  
Beziehungen zu:  
China (Volksrepublik) Z 245  
Ghana (Besuch Nkrumah) Z 171  
Jugoslawien Z 151  
Kommunistische Partei Z 147, 233, 245  
Regierung Z 147  
Wirtschaft Z 147
- Algerien**  
Z 125, 134, 173, 188, 238 f  
D 477 ff, 485 ff, 489 f, 495 f
- Provisorische Regierung der Republik Algerien  
(GPRA) Z 125, 165, 188 f, 238 f, 259
- Beziehungen zu:  
Afghanistan Z 206  
Jugoslawien Z 206  
Kambodscha Z 206  
Marokko (Abbas in Rabat) Z 152  
Pakistan Z 175  
Vereinigte Arabische Republik (Belkassem  
Krim in Kairo) Z 154 f  
Zypern Z 206
- Verhandlungen mit Frankreich Z 125 f, 130,  
134, 136, 141, 152, 154, 159 f, 223, 227,  
233, 239, 259
- Sahara Z 125, 136, 248
- Selbstbestimmung Z 125, 136, 141, 159 f, 188,  
197 f, 219, 223, 238, 248, 260



Unabhängigkeit Z 134, 138, 149, 233, 238 f, 252  
Volksbefragung Z 159

**Amerika**

vgl. auch **Lateinamerika** und **OAS**  
Kommunismus Z 170

**Arabische Liga**

Z 256

36. Tagung, Kairo, 14.—19. 9. 61: Z 219

zur Algerien-Frage Z 219

zur Biserta-Frage Z 170

Föderation Z 232

Mitgliedschaft:

Aufnahme Kuwaits Z 170, 174 f

Aufnahme Syriens Z 244

zur Palästina-Frage Z 144

Streitfälle: Kuwait Z 152 f

**Argentinien**

Beziehungen zu:

Brasilien (Fronidzi in Rio de Janeiro)

Z 207; (Besuch Dantas) Z 245

Chile Z 195

Kuba (Besuch Guevara) Z 181

Vereinigte Staaten (Fronidzi in New York)

Z 213 f

Regierung Z 181, 195

**Asien**

Sicherheit Z 189, 260

Wirtschaft D 687 ff

**Atlantische Gemeinschaft**

vgl. auch **Nordatlantikpakt-Organisation**

Z 264, 268; D 713 ff, 720 ff

Atlantisches Institut D 719

Entwicklungshilfe Z 264

Kulturpolitik D 719

Nachrichtenverbreitung 7 719 f

Wirtschaft D 718

Wissenschaft und Technik D 718

**Atomenergie** (friedl. Nutzung)

Z 158

Kontrolle durch die Vereinten Nationen Z 240

**Bahrain**

Staatsoberhaupt Z 245

**Belgien**

Außenpolitik Z 195

Beziehungen zu:

Sowjetunion (Spaak in Moskau) Z 211

Vereinigte Staaten (Spaak in Washington)

Z 263

Innenpolitik Z 221

**Benelux-Union**

zur europäischen Integration Z 245

Interparlamentarischer Rat Z 157

wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit  
Z 139

**Betschuanaland** Z 135

**Birma**

Beziehungen zu China (Volksrepublik) (U Nu  
in Peking) Z 221

Republik Z 181

**Bolivien**

Belagerungszustand Z 123, 233

**Brasilien**

Beziehungen zu:

Argentinien (Besuch Fronidzi) Z 207;

(Dantas in Buenos Aires) Z 245

Kuba (Besuch Guevara) Z 181

Ostblock Z 221

Polen (Besuch Rapacki) Z 233

Sowjetunion (Goulart in Moskau) Z 177,  
181, 257

Regierung Z 181, 195

Staatsoberhaupt Z 195

Verfassung Z 195

**Britisch-Guayana**

Beziehungen zu Vereinigte Staaten (Jagan in  
Washington) Z 240, 245

Regierung Z 195

Wahlen Z 181

**Bulgarien**

Beziehungen zu:

Afghanistan Z 123

Ghana (Besuch Nkrumah) Z 171

Griechenland Z 160

**Chile**

Beziehungen zu Argentinien Z 195

Regierung Z 181

**China (Taiwan)**

Beziehungen zu Vereinigte Staaten Z 177

**China (Volksrepublik)**

Außenpolitik Z 147

Beziehungen zu:

Albanien Z 245

Birma (Besuch U Nu) Z 221

Ghana (Besuch Nkrumah) Z 181

Indien Z 186, 255, 260

Indonesien (Besuch Sukarno) Z 123

Jugoslawien Z 151

Kongo (Léopoldville) Z 207

Kuba (Besuch Dorticos) Z 221

Nepal (Besuch Mahendra) Z 221

Vereinigte Staaten Z 203

Vietnam (Nord) (Besuch Van Dong) Z 155



**Commonwealth** Z 220; D 403

Außenhandel D 406 f, 670 f

Beziehungen zur EWG Z 220

Colombo-Plan Z 266

Konferenzen:

Accra, Finanzminister, 12.—14. 9. 61: Z 206;

D 613 f

Landwirtschaft D 406 f

Präferenzen D 406 f

Verhältnis zu Großbritannien Z 137, 139, 150,

160 f, 220, 224 f, 232, 235;

D 471 ff, 613 f

Wirtschaft Z 161

## **Costa Rica**

Beziehungen zu Kuba Z 195 f

## **Dänemark**

**Außenpolitik** Z 123, 221 f

Beziehungen zu:

Frankreich Z 196

Großbritannien (Besuch Heath) Z 233

Oesterreich (Krag in Wien) Z 250

Note an Sowjetunion (deutsch-dänisches Kommando) v. 7. 10. 61: Z 222

## **Innenpolitik**

Regierung Z 196

## **Verteidigung**

Streitkräfte Z 221

**Wirtschaft** Z 123

Beziehungen zur EWG Z 123, 171, 196, 222,

233, 243, 263, 267;

D 457, 663, 668 ff, 712

Landwirtschaft Z 171

## **Dahome**

Beziehungen zu:

Frankreich (Maga in Paris) Z 234

Portugal Z 171, 175

## **Deutschland**

**Berlin-Frage** Z 124, 126, 128 f, 135 ff, 148 ff, 161 ff, 171 ff, 182 ff, 196 f, 200 f, 203 ff, 207 ff, 219 f, 221 ff, 233 ff, 245 f, 249, 251, 257, 263 f;

D 365, 370 ff, 389, 395 f, 396 ff, 398 f, 400 ff, 413 f, 422 ff, 426 ff; 436 ff, 445 ff, 452 ff, 454 ff, 497, 498 ff, 505 f, 506 ff, 516 ff, 523 f, 524 ff, 530 f, 531 ff, 533 f, 543 ff, 547 ff, 563 ff, 573 ff, 585 f, 587 ff, 603 f, 616, 663, 667, 671 f, 713 f, 725 f, 727 f, 729 ff, 742 ff

Freie Stadt D 365, 370 ff, 413, 552 ff, 603 f

Luftkorridore Z 185, 190 f, 200 f, 204, 208; D 547 ff

Kontrollratsbeschlüsse D 552 ff

Memorandum des amerikanischen Außenministeriums v. 8. 9. 61: D 558 ff

sowjetischer Bericht v. 5. 2. 47: D 551 f

Sperrung der Sektorengrenzen D 531 ff, 533 f, 537 f, 538 ff, 543 ff

Viermächtestatus Z 129, 143, 149, 240, 257;

D 370 ff, 445 ff, 452 ff, 454 ff, 497, 516 ff, 537 f, 538 ff, 543 ff, 681 ff

**Deutschland-Frage** Z 124, 126, 128 f, 135 f,

161 ff, 176, 178 f, 183 f, 195, 197, 200 f, 203 f, 206 f, 208 f, 211, 219 f, 223, 225, 227 ff, 235, 240, 244, 246, 249, 251, 257 f, 262 ff;

D 365, 370 ff, 373 ff, 389, 395 f, 396 ff, 398 f,

400 ff, 413 f, 445 ff, 452 ff, 454 ff, 497 ff,

505 f, 516 ff, 524 ff, 535 f, 585 f, 587 ff, 594 ff,

600 ff, 615, 617, 663, 667, 681 ff, 729 ff, 742 ff

Anerkennung der sogenannten DDR Z 148,

154 f, 224, 235, 244;

D 445 ff, 742 ff

Flüchtlinge Z 159, 172;

D 530 f, 533 f, 535 f, 537 f, 538 ff

freie Wahlen D 600 ff

Friedensvertrag Z 123, 129, 135 f, 140 f, 143,

148 f, 153 f, 163 f, 171 f, 175 ff, 182 ff, 201,

212, 215 f, 222, 224 ff, 237 f, 240, 244,

251, 257 f;

D 365, 370 ff, 389, 413, 422 ff, 426 ff, 436 ff,

445 ff, 452 ff, 454 ff, 497, 506 ff, 516 ff, 523 f,

524 ff, 530 f, 531 ff, 533 f, 538 ff, 543 ff, 547,

554 ff, 578 ff, 597 ff, 600 ff, 667, 676 ff, 729 ff

„Friedensplan des deutschen Volkes“ (Plan

Ulbrichts) Z 147 f;

D 413, 422 ff, 742 ff

Separatfrieden mit der DDR Z 123, 136, 140,

148, 163, 176, 202;

D 365, 389, 445 ff, 497, 506 ff, 524 ff, 585

Hallstein-Doktrin Z 257

Konföderation Z 148, 154; D 413, 742

Neutralität Z 149; D 365

Selbstbestimmungsrecht Z 124, 136, 148, 155,

176, 179, 182, 214 ff, 222, 229, 233, 244, 263 f;

D 413, 436 ff, 445 ff, 506 ff, 516 ff, 524 ff,

535 f, 537 f, 538 ff, 600 ff, 667

Verhältnis BRD — DDR Z 129, 135 f, 148,

197, 257 f, 264;

D 370 ff, 742 ff

Wiedervereinigung Z 124, 131, 135, 148, 154,

167, 176, 186, 196, 203, 213, 224, 228, 235,

258, 163 f;

D 365, 422 ff, 426 ff, 436 ff, 506 ff, 516 ff,

524 ff, 600 ff, 727 f

## **Grenzen** Z 213

Oder-Neiße-Linie Z 137, 163, 183, 224, 227,

235, 244

## **Kirche**

Evangelische Kirche von Deutschland Z 148

## **Verkehr**

Zivilluftverkehr D 551 f

## **Wirtschaft**

Interzonenhandel Z 173, 213



**Deutschland (Bundesrepublik)**

Außenpolitik Z 124, 211, 233, 246, 258;  
D 452 ff, 454 ff

Beziehungen zu:

Afghanistan (Besuch Daud) Z 148

Frankreich Z 125, 223

(Lübke in Paris) Z 137

Indonesien (Besuch Nasution) Z 147

Italien Z 174

Japan (Besuch Kosaka) Z 159

Norwegen (Strauß in Oslo) Z 261

Oesterreich (Besuch Kreisky) Z 124

Schweden (Besuch Lange) Z 124

Schweiz (Lübke in Bern) Z 153

Senegal (Besuch Dia) Z 222; (Besuch Senghor)  
Z 246

Sowjetunion 181 f, 234, 251;

D 535 f, 538 ff, 727 f

Vereinigte Arabische Republik (Besuch  
el Boghdadi) Z 148

Vereinigte Staaten Z 174, 203, 222, 240

(Adenauer in Washington) Z 263 f; D 727 f

Deutscher Rat der Europäischen Bewegung

VI. Deutsch-Französische Konferenz, Bad  
Godesberg, 10.—12. 11. 61: Z 246

Memorandum an Vereinte Nationen (völker-  
rechtliche Lage Deutschlands) v. 29. 9. 61:  
Z 208

an Belgrader Konferenz blockfreier Staaten  
(Deutschland-Frage) v. 7. 8. 61: D 600 ff

dgl. v. 23. 8. 61: D 603 f

Note an Sowjetunion (Deutschland-Frage)  
v. 12. 7. 61: Z 148; D 436 ff

Revanchismus und Militarismus Z 215, 230;  
D 445 ff, 506 ff, 516 ff, 531 ff, 538 ff, 543 ff,  
547 f, 676 ff

Schreiben Adenauers an Kennedy (Berlin-  
Frage) v. 30. 8. 61: Z 192

Schreiben Brandts an Kennedy (Berlin-Frage)  
v. 16. 8. 61: Z 182

**Innenpolitik**

Bundestag Z 124, 233, 245 f; D 389

Notstandsrecht Z 258

Parteien:

CDU/CSU Z 207

FDP Z 207, 234

SPD Z 207

Regierung Z 229, 234, 246 f

Wahlen Z 207

Verteidigung Z 137, 197, 207, 222 f, 230, 258;  
D 676 ff

Gewaltverzicht D 436 ff

Haushalt Z 258

Kernwaffen Z 163, 222, 228; D 516 ff, 729 ff

Herstellungsverzicht Z 197

Schutz der Zivilbevölkerung Z 258

Wehrdienstverlängerung Z 258

Wiederaufrüstung Z 151, 247; D 370 ff, 563 ff

Rüstungsbeschränkungen D 445 ff

**Wirtschaft**

Entwicklungshilfe Z 148; D 727 f

**Deutschland (DDR)****Arbeits- und Sozialpolitik**

Sozialisierung Z 257

Außenpolitik Z 135, 222, 257; D 530 f, 531 ff,  
742 ff

Anerkennung Z 148, 154 f, 224, 235, 244;  
D 445 ff; 742 ff

Beziehungen zu:

Ghana (Besuch Nkrumah) Z 171

Indien Z 186

Jugoslawien Z 188

Sowjetunion Z 251

Vereinigte Arabische Republik Z 130

Memorandum an Vereinte Nationen (Friedens-  
vertrag) v. 27. 9. 61: Z 208

Noten an:

Vereinigte Staaten (Berlin) v. 26. 10. 61: Z 234

Westmächte (Friedensvertrag) v. 16. 6. 61:  
Z 135

dgl. (Berlin) v. 10. 10. 61: Z 223

Schreiben Grotewohls an Adenauer (Beziehun-  
gen BRD — DDR) v. 1. 12. 61: D 742

Souveränität D 742 ff

Innenpolitik Z 147, 183 ff, 233 f

SED Z 147, 257

Verfassung Z 207

Volkspolizei Z 172

Verteidigung Z 207

Volksarmee Z 172, 207, 223

Wirtschaft Z 147 f

Versorgungskrise D 413

**Dominikanische Republik**

Ausnahmestand Z 258

Außenpolitik Z 124

Beziehungen zu Vereinigte Staaten Z 265

Regierung Z 149

Wahlen Z 124

**Ecuador**

Beziehungen zu Kuba Z 237

Innenpolitik Z 234

Regierung Z 247

Staatsoberhaupt Z 247

Unruhen Z 247

**Elfenbeinküste**

Beziehungen zu Frankreich (Houphouet-Boigny  
in Paris) Z 125

**Entwicklungsländer**

Z 144, 217, 266; D 458 f, 465 ff, 663, 665 f,

696 ff, 705 ff, 709 ff

Industrialisierung D 717



**Europa**

vgl. auch **Europäische Gemeinschaften, EAG, EGKS, EWG, OECD, Europarat, Westeuropäische Union**

**Integration**

Z 123 f, 127 f, 133, 141, 144 ff, 149 f, 157, 160 f, 169, 171, 173, 179, 205, 218 f, 223, 232, 235, 242 ff, 255 f, 258 f, 263 f;  
D 457 ff, 462 ff, 465 ff, 663 ff, 668 ff, 671 f, 712

Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa Z 158;  
D 457, 459

Erklärung v. 11. 7. 61: D 465 ff

**Comité Européen pour le Progrès**

Economique et Social (CEPES) D 457  
Erklärung des Präsidiums v. 7. 7. 61:  
D 462 ff

Europäische Bewegung Z 146; D 457

Entschließung v. 17. 6. 61: D 458 f

Entschließungen v. 14. 10. 61: D 671 f

Grundsatzerklärung v. 17. 6. 61: D 459

Europäisches Statut Z 235, 246; D 469 ff

Konföderation D 457

kulturelle Fragen D 663

Rechtsfragen D 663

soziale Fragen D 663

wirtschaftliche Integration Z 127 f, 152, 158, 225, 246; D 461 ff, 663 f

**Sicherheit**

Z 129, 132 f, 135, 158, 167, 169, 176, 179, 182 ff, 207 ff, 223, 239 ff, 253, 256, 258;  
D 404 f, 413 f, 445 ff, 498 ff, 505 ff, 516 ff, 524 ff, 535 f, 538 ff, 547 ff, 729 ff

kernwaffenfreie Zone Z 202, 215, 217, 230, 251

Rapacki-Plan Z 167, 237, 239

verdünnte Zone Z 223, 227, 233, 241, 244, 257;  
D 681 ff

**Verkehr**

Konferenz der Verkehrsminister (CEMT)

XIII. Tagung, Wien, 30.—31. 5. 61: Z 132

Währungsfragen Z 158, 169; D 465 ff

Wirtschaft D 668, 687 ff

Beziehungen zu:

Lateinamerika Z 158

Vereinigte Staaten D 465 ff

Industrie D 687

Landwirtschaft D 663

**Europäische Atomgemeinschaft (EAG)**

Abkommen mit Argentinien Z 225

Beziehungen zu Großbritannien D 670 f

Energiewirtschaft Z 242

Forschungstätigkeit Z 242

Kraftstromreaktoren Z 158

Kommission Z 145, 218; D 663

Ministerrat Z 158, 169, 243, 255

**Europäische Freihandelszone (EFTA)**

Z 243 f, 266 f; D 668 f

**Organe**

Ministerrat Z 144; D 457, 461 f

Tagungen:

Wien, Außen- und Handelsminister,

19. 10. 61: D 672 f

Genf, Ministerrat, 20.—21. 11. 61: 712

**Außenbeziehungen**

EWG Z 123 f, 128, 144, 169, 205, 244;

D 457, 473, 672 f, 712

**Finanz- und Wirtschaftsfragen**

Beschleunigung Z 144; D 461 f

Verhältnis zu Großbritannien Z 139, 224 f, 232, 235; D 471 ff

Zölle Z 157, 267; D 461 f, 687, 712

**Organisation**

Assoziierung Finnlands Z 144

Einbeziehung Grönlands Z 157

**Europäische Gemeinschaften**

vgl. auch **EAG, EGKS und EWG**

Z 157 f; D 727 f

Arbeitsrecht Z 218

Beamtenstatus Z 242

Dienstleistungsverkehr Z 243

Europäisches Parlament Z 145, 169, 218, 242, 267; D 457, 469 ff, 663

Entschließungen v. 29. 6. 61: D 459 f

europäisch-afrikanische Parlamentarierkonferenz, Straßburg, 19.—24. 6. 61: Z 145;  
D 605 ff

Wahlen Z 246; D 458 f

Europäische Universität Z 169; D 458 f; 470 f

Freizügigkeit der Arbeitnehmer Z 132

Finanzpolitik Z 169

Hochschulwesen D 470 f

Konferenzen:

Bonn, Regierungschefs, 18. 7. 61: Z 158, 169, 243; D 457, 469 ff

Rom, Außenminister, 10. 7. 61: Z 158

Kulturpolitik D 469 ff

Niederlassungsfreiheit Z 243

Politische Behörde D 672

politische Konsultationen D 407 f, 458 ff, 469 ff

politische Zusammenarbeit D 664 f

Verschmelzung der Exekutiven Z 169, 243, 246;  
D 458 f, 462 ff, 673 ff

Verträge von Rom Z 127, 132, 232, 267;  
D 403, 462 ff

Währungsfragen Z 169

Wissenschaft und Technik D 470 f

**Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)**

Beziehungen zu Großbritannien D 670 f

Hohe Behörde Z 145, 169, 218; D 663

Monopole Z 169



**Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)***Organe*

Kommission Z 132, 145, 169 f, 179, 243, 246, 267; D 457, 474, 663

Ministerrat Z 132, 145, 158, 169, 179, 243, 256, 267

Assoziierung Z 132, 140, 145, 158, 218 f, 243, 256; D 458 f, 462 ff, 605 ff

Griechenland Z 132, 158, 218

Israel Z 169

Türkei Z 169, 191

Assoziierungsstatut D 672

*Außenbeziehungen*

Afrika Z 133; D 403 f, 477 ff, 605 ff

Commonwealth Z 220

Drittländer Z 132

EFTA Z 123 f, 128, 144, 169, 205, 244;

D 457, 473, 672 f, 712

Nordischer Rat Z 193 f

Oesterreich Z 210

Schweden Z 189, 237

Vereinigte Staaten Z 253, 264 f; D 687 ff, 696 ff

Westeuropäische Union D 403, 405 f

*Beitrittsgesuche* Z 140

Dänemark Z 123, 171, 196, 218, 222, 233, 243, 263, 267; D 457, 663, 668 ff, 712

Großbritannien Z 126, 133, 137, 139, 149 f, 173 f, 178 ff, 185, 198, 206, 209, 218 f, 221 f, 224 f, 232, 233, 235, 243, 255, 261, 263, 267 f

D 403, 405 f, 457 ff, 465 ff, 471 ff, 473 f, 663, 668 ff, 670 f, 687, 712

Irland Z 137 f, 179, 218, 243; D 663, 668 ff

Beschleunigungsplan Z 158, 243, 267; D 460

Finanzpolitik Z 204 f

*Gemeinsamer Markt*

Z 145, 159, 218, 246, 248, 252

Landwirtschaft Z 145, 158, 218, 243; D 458 f

Ueberseegebiete Z 170, 218, 256; D 613

Verkehr Z 145, 267

*Wirtschaft*

Wirtschaftshilfe für Entwicklungsländer

D 406 f, 465 ff, 612 f

Zölle Z 145, 158, 256

Gemeinsamer Außentarif D 670 f

**Europarat**

Beratende Versammlung Z 218 f; D 663 ff

zur Deutschland- und Berlin-Frage Z 219;

D 667

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte Z 157

Europäische Sozialcharta Z 242

Ministerrat Z 219

Wirtschaftsfragen Z 219

Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern

D 665 f

**Finnland**

Beziehungen zu:

Kanada (Kekkonen in Ottawa) Z 225

Oesterreich (Kekkonen in Wien) Z 128

Sowjetunion Z 238, 247 f, 259, 262; D 676 ff

(Besuch Breshnjow) Z 208

(Karjalainen in Moskau) Z 251

Vereinigte Staaten Z 247

(Kekkonen in Washington) Z 252 f

Neutralität Z 242, 247, 259

Parlament Z 248

Regierung Z 136, 149, 247

Staatsoberhaupt Z 259

Verteidigung D 676 ff

Wahlen Z 248

**Frankreich**

Algerien-Frage Z 125, 134, 136, 149 f, 154, 159 f, 173, 197 f, 223, 233 f, 248, 259 f

Algerien-Krieg Z 152, 239

Putsch der Generale Z 149

Verhandlungen mit Exilregierung Z 125 f, 130, 134, 136, 141, 152, 154, 159 f, 173, 223, 227, 233, 239, 259

Volksbefragung Z 223, 233, 239

Außenpolitik Z 149, 248

Beziehungen zu:

Dänemark Z 196

Dahome (Besuch Maga)

Deutschland (Bundesrepublik)

(Besuch Lübke) Z 136

Elfenbeinküste (Besuch Houphouet-Boigny) Z 125

Griechenland (Debré in Athen) Z 150

Großbritannien Z 260

Guinea Z 162

Israel (Besuch Ben Gurion) Z 125

Japan (Besuch Kosaka) Z 149

Kongo (Brazzaville) (Besuch Youlou) Z 259

Norwegen (Besuch Lange) Z 235

Oesterreich (Couve de Murville in Wien) Z 152

Rat der Entente D 479 ff

Senegal (Besuch Senghor) Z 234

Spanien (Besuch Castiella) Z 259

Tunesien Z 154, 159 f, 165 f, 185, 191, 193, 198, 212, 227

Vereinigte Arabische Republik Z 263

Vereinigte Staaten (Besuch Kennedy) Z 125

zur Deutschland- und Berlin-Frage Z 149 f, 164, 185, 197, 235

zur europäischen Integration Z 149, 159

Noten an:

Sowjetunion (Deutschland-Frage) v. 17. 7. 61: D 454 ff

dgl. (angebliche Provokation durch BRD) v. 26. 9. 61: Z 211

Tunesien (Biserta) v. 18. 7. u. 20. 7. 61: Z 159 dgl. v. 21. 10. 61: Z 234



Schreiben de Gaulles an Adenauer (Kennedy-Besuch) v. 4. 6. 61: Z 125

**Innenpolitik** Z 149 f

Aufhebung des Staatsnotstands Z 208

Nationalversammlung Z 197, 208

Regierung Z 185

Verfassung Z 223

**Verteidigung** Z 185, 234 f, 259

Kernwaffen Z 203, 215, 228, 259 f;

D 485 ff, 578 ff, 720 ff

## Ghana

**Außenpolitik** Z 150

Beziehungen zu:

Albanien (Nkrumah in Tirana) Z 171

Bulgarien (Nkrumah in Sofia) Z 171

China (Volksrepublik) (Nkrumah in Peking) Z 181

Deutschland (DDR) (Nkrumah in Ost-Berlin) Z 171

Großbritannien (Besuch Sandys) Z 224

Jugoslawien (Nkrumah in Brioni) Z 174

Kongo (Léopoldville) Z 235

Polen (Nkrumah in Warschau) Z 163 f

Rumänien (Nkrumah in Bukarest) Z 175

Sowjetunion (Nkrumah in Moskau) Z 164

Tschechoslowakei (Nkrumah in Prag) Z 177

Ungarn (Nkrumah in Budapest) Z 166

Vereinigte Staaten Z 213, 224, 228

**Innenpolitik**

Regierung Z 208, 224

**Verteidigung**

Streitkräfte Z 208

## Griechenland

**Außenpolitik**

Beziehungen zu:

Bulgarien Z 160

Frankreich (Besuch Debré) Z 150

Jugoslawien Z 151

**Innenpolitik**

Parlament Z 208

Regierung Z 208 f, 248

Wahlen Z 208, 235

**Wirtschaft**

Assoziierung an die EWG Z 132, 158, 218

## Großbritannien

**Außenpolitik** Z 235

Beitritt zur EWG Z 126, 133, 137, 139, 149 f, 160 f, 173 f, 178 ff, 185, 198, 206, 209, 221 f, 224 f, 232, 233, 255, 261, 263, 267 f;

D 403, 405 f, 457 ff, 465 ff, 471 ff, 473 f,

613 f, 663, 668 ff, 670 f, 687, 712

Beziehungen zu:

Afrika D 403 f

Dänemark (Heath in Kopenhagen) Z 233, 235, 243

Frankreich Z 260

Ghana (Sandys in Accra) Z 224

Indien (Besuch Nehru) Z 249

Irak Z 156

Israel (Besuch Ben Gurion) Z 126

Japan (Besuch Kosaka) Z 150

Jugoslawien Z 151

(Heath in Belgrad) Z 261

Kamerun Z 126 f

Kuwait Z 139, 151, 163, 185

Malaiischer Bund (Besuch Rahman) Z 260

Mali (Besuch Keita) Z 126

Pakistan (Besuch Ayub Khan) Z 150

Sowjetunion (Besuch Gromyko) Z 224

Vereinigte Staaten Z 161

(Besuch Kennedy) Z 126

(Lord Home in Washington) Z 142

zur Deutschland- und Berlin-Frage Z 136 f, 150, 161 f, 164, 174, 185, 209, 235, 249;

D 396 ff, 505 f

Noten an:

Sowjetunion (Deutschland-Frage) v. 17. 7. 61:

D 452 ff

dgl. (Luftkorridore nach Berlin) v. 26. 8. 61:

D 549 ff

dgl. (angebliche Provokation durch BRD)

v. 26. 9. 61: Z 211

dgl. (Vietnam-Frage) v. 3. 11. 61: Z 249

dgl. (Kernwaffenversuche) v. 13. 11. 61:

Z 253

**Finanz- und Währungspolitik** Z 161

Steuern Z 161

**Innenpolitik** Z 209

Parteien:

Konservative Z 224

Labour Party Z 224, 248

Liberalen Z 209

Regierung Z 224

**Kolonialpolitik** Z 150

**Verteidigung** Z 161, 235; D 505 f

Kernwaffenversuche Z 198, 224

Stützpunkte Z 260

**Wirtschaft** Z 137, 161, 173

Beziehungen zu:

EAG und EGKS D 670 f

EWG vgl. Außenpolitik

Einführen D 406 f

Landwirtschaft Z 224 f, 232, 235; D 406 f

Verhältnis zu:

Commonwealth Z 137, 139, 150, 160 f, 220,

224 f, 232, 235; D 471 ff, 613 f

EFTA Z 139, 224 f, 232, 235; D 471 ff

Wirtschaftshilfe für Entwicklungsländer Z 161

Zölle Z 161



**Guinea**

## Beziehungen zu:

Frankreich Z 162

Vereinigte Staaten (Beavogui in Washington) Z 228

**Indien**

Außenpolitik Z 126, 186

## Beziehungen zu:

China (Volksrepublik) Z 186, 255, 260

Deutschland (DDR) Z 186

Großbritannien (Nehru in London) Z 249

Japan (Besuch Ikeda) Z 260

Polen (Besuch Zawadzki) Z 225

Portugal Z 200

Ungarn (Besuch Münnich) Z 186

Vereinigte Staaten (Nehru in Washington) Z 253; D 725 f

zur Deutschland- und Berlin-Frage Z 186

Note an China (Volksrepublik) (Grenzverletzungen) v. 31. 10. 61: Z 260

**Indonesien**

## Beziehungen zu:

China (Volksrepublik) (Sukarno in Peking) Z 123

Deutschland (Bundesrepublik) (Nasution in Bonn) Z 147

Jugoslawien (Sukarno in Belgrad) Z 138

Niederlande Z 186, 210

Polen (Besuch Zawadzki) Z 225

Sowjetunion (Sukarno in Moskau) Z 129

Ungarn (Besuch Münnich) Z 186

Neuguinea-Frage Z 129

**Internationale Beziehungen**

Z 123 ff, 135 ff, 147 ff, 159 ff, 171, 174 ff, 188 ff, 195 ff, 207 ff, 221 ff, 233, 236 ff, 245 ff, 257 ff;

D 426 ff, 436 ff, 445 ff, 452 ff, 477 ff, 573 ff, 585 ff, 594 ff, 597 ff, 696 ff, 713, 725 f, 727 ff

Entspannung Z 126, 149 f, 153, 185, 197, 209, 215, 217, 237, 240, 244, 258, 268;

D 617, 649 ff

Entwicklungshilfe Z 126, 141, 158, 244, 264

Gesellschaftsordnungen Z 218

Kalter Krieg Z 148, 151, 174

Kapitalismus und Imperialismus Z 165, 206, 221; D 414 ff

Koexistenz Z 128, 134, 140 f, 151, 165 f, 171, 199, 202, 221; D 373 ff, 563 ff, 585, 587 ff, 603 f

Kolonialismus Z 128, 134, 171, 188, 206, 217, 230, 266;

D 475, 485 ff, 585, 587 ff, 597 ff

Neutralität D 573 ff, 587 ff

Ost-West-Verhältnis Z 124, 150, 161 f, 209, 216, 221, 225, 227 f, 240, 244, 251, 257;

D 365, 373 ff, 443 ff, 497 ff, 506 ff, 516 ff, 535 f, 573 ff, 586 f, 594 ff, 597 ff, 667, 671 f, 681 ff, 717, 727 ff

Rassenfragen D 585

Sicherheit Z 125, 128 ff, 135 ff, 149, 154 f, 161 ff, 174 ff, 182 ff, 195 ff, 212 ff, 222 ff, 239 ff, 255, 263;

D 365, 389 ff, 409 ff, 413 f, 426 ff, 436 ff, 445 ff, 498 ff, 505 ff, 516 ff, 524 ff, 535 f, 538 ff, 547 ff, 573 ff, 578 ff, 585 ff, 594 ff, 597 ff, 615 ff, 676 ff, 721 ff, 725 f

begrenzte Kriege Z 131

Fragen von Krieg und Frieden Z 166 f, 196 f, 200 ff;

D 409 ff, 563 ff, 586 f, 597 ff, 617 ff, 643 ff, 655 ff

Gleichgewicht der Kräfte D 578 ff

Kernwaffen Z 130, 185, 190, 192, 195 ff, 201 f, 235 ff, 251, 252, 254 f, 265;

D 578 ff, 584, 399 f, 547, 562 ff, 572, 577 ff, 586 f, 667

kernwaffenfreie Zonen D 617, 649 ff

Stützpunkte Z 171; D 585, 587 ff, 649 ff

Verhinderung von Ueberraschungsangriffen D 643 ff, 649 ff

Wettrüsten Z 153, 240, 245;

D 426 ff, 563 ff, 655 ff

**Internationaler Bund****Christlicher Gewerkschaften**

14. Kongreß Z 158

**Interparlamentarische Union**

50. Tagung, Brüssel: 14.—22. 9. 61: Z 219 f

**Irak**

Außenpolitik Z 174

## Beziehungen zu:

Großbritannien Z 156

Kuwait Z 137, 139

Südafrikanische Republik Z 126

**Iran**

Innenpolitik Z 162

Verteidigung Z 186 f

**Irland**

Beitritt zur EWG Z 137 f, 179, 243;

D 457, 663, 668 ff

Regierung Z 225

Wahlen Z 225

**Israel**

arabische Flüchtlinge Z 249

## Beziehungen zu:

EWG Z 169

Frankreich (Ben Gurion in Paris) Z 125

Großbritannien (Ben Gurion in London) Z 126

Madagaskar (Besuch Tsiranana) Z 187

Norwegen (Besuch Gerhardsen) Z 260 f

Obervolta (Besuch Yaméogo) Z 151

Regierung Z 198, 236

Verteidigung Z 151

Raketen Z 150 f

Wahlen Z 174

**Italien**

Außenpolitik Z 174, 209

Beziehungen zu:

Deutschland (Bundesrepublik) Z 174

Japan (Segni in Tokio) Z 126

(Besuch Kosaka) Z 151

Jugoslawien (Segni in Belgrad) Z 151

Oesterreich Z 140, 151, 169

(Besuch Gorbach und Kreisky) Z 249

Polen (Besuch Rapacki) Z 236

Sowjetunion (Fanfani in Moskau) Z 175

Vereinigte Staaten (Fanfani in Washington)  
Z 141

(Andreotti in Washington) Z 239

(Segni in Washington) Z 263

Libérale Partei 126

Südtirol-Frage vgl. dort

**Japan**

Arbeits- und Sozialpolitik D 705 ff

Außenpolitik Z 187

Beziehungen zu:

Deutschland (Bundesrepublik) (Kosaka in  
Bonn) Z 159

Frankreich (Kosaka in Paris) Z 149

Großbritannien (Kosaka in London) Z 150

Indien (Ikeda in Neu-Delhi) Z 260

Italien (Besuch Segni) Z 126

(Kosaka in Rom) Z 150

Kanada (Ikeda in Ottawa) Z 138

Sowjetunion Z 187 f, 209, 212, 238

Vereinigte Staaten Z 204, 249

(Ikeda in Washington) Z 142

Noten an:

Sowjetunion (Kernwaffenversuche)

v. 2. 9. 61: Z 198 f

dgl. v. 20. 10. 61: Z 236

dgl. v. 25. 10. 61: Z 236

Vereinigte Staaten (wirtschaftliche

Zusammenarbeit) v. 22. 6. 61: D 705

dgl. (Kernwaffenversuche) v. 6. 9. 61: Z 199

Schreiben Ikedas an Chruschtschow

(Kernwaffenversuche) v. 28. 10. 61: Z 236

dgl. (Gebietsansprüche) v. 15. 11. 61: Z 261

**Finanz- und Währungspolitik**

Zahlungsbilanz D 705 ff

**Innenpolitik**

Regierung Z 162

**Verteidigung** Z 187

japanisch-amerikanischer Sicherheitsvertrag

v. 19. 1. 60: Z 187 f

**Wirtschaft** D 705 ff

Entwicklungshilfe D 705 ff

Handel D 705 ff

Wirtschaftsbeziehungen zu den Vereinigten

Staaten D 687, 704 f

**Jordanien**

Beziehungen zu:

Saudi-Arabien Z 164

Vereinigte Arabische Republik Z 228

**Jugoslawien**

Außenpolitik Z 151, 249 f

Beziehungen zu:

Albanien Z 151

Algerien (Exilregierung) Z 206

China (Volksrepublik) Z 151

Deutschland (DDR) Z 188

Ghana (Besuch Nkrumah) Z 175

Griechenland Z 151

Großbritannien Z 151

(Besuch Heath) Z 261

Indonesien (Besuch Sukarno) Z 138

Italien (Besuch Segni) Z 151

Mali (Besuch Keita) Z 138

Sowjetunion (Popovic in Moskau) Z 153

Tunesien (Besuch Mekkadem) Z 174

Vereinigte Staaten Z 151, 162, 250

zur Deutschland- und Berlin-Frage Z 250

Kommunistische Partei Z 261

**Kambodscha**

Außenpolitik Z 236

Beziehungen zu:

Algerien (Exilregierung) Z 206

Thailand Z 236, 256

Vereinigte Staaten (Sihanouk in New York)  
Z 213**Kamerun**

D 477 ff

Beziehungen zu Großbritannien Z 126 f

Föderative Republik Z 162

Volksabstimmung in Nordkamerun Z 127

Vereinigung mit Südkamerun Z 209

**Kanada**

Beziehungen zu:

Finnland (Besuch Kekkonen) Z 225

Japan (Besuch Ikeda) Z 138

zur Deutschland- und Berlin-Frage Z 199

Streitkräfte Z 199

**Kenia**

Z 175, 188

Unabhängigkeit Z 249

**Kolumbien**

Belagerungszustand Z 225

Regierung Z 199

**Kommunismus**Z 147, 164 f, 170, 177, 197, 202, 237, 257 f,  
261 ff; D 414 ff, 573 ff, 729 ff

Personenkult Z 165, 245, 250, 258, 261 ff

Revisionismus, Dogmatismus Z 177



**Konferenzen**

- Belgrad, blockfreie Staaten, 1.—6. 9. 61:  
 Z 134, 138, 174, 183 f, 186, 200, 204 ff;  
 D 578 ff, 585 ff  
 27-Punkte-Erklärung v. 6. 9. 61: D 587 ff  
 Genf, Regierungschefs der vier Großmächte,  
 18.—23. 7. 55: Z 264  
 Genf, Internationale Laos-Konferenz, ab  
 16. 5. 61: Z 121 f, 125, 127, 133 f, 140, 146,  
 158, 170, 256  
 Kairo, Außenminister blockfreier Staaten,  
 5.—13. 6. 61: Z 134  
 Kairo, Präsidenten Jugoslawiens, VAR und  
 indischer Premierminister, 18.—19. 11. 61:  
 Z 268  
 Paris, westl. Außenminister, 5.—7. 8. 61: Z 180  
 Potsdam, Regierungschefs Großbritanniens, der  
 Sowjetunion und der Vereinigten Staaten,  
 17. 7.—2. 8. 45: Z 123; D 445 ff  
 Washington, westliche Außenminister,  
 15.—16. 9. 61: Z 220

**Kongo (Brazzaville)**

- Beziehungen zu:  
 Frankreich (Youlou in Paris) Z 259  
 Schweden Z 209 f  
 Vereinigte Staaten (Youlou in Washington)  
 Z 131

Schreiben Youlous an Sicherheitsrat der UN  
 (Kongo) v. 20. 9. 61: Z 209

**Kongo (Léopoldville)**

- Z 127, 261, 263, 265;  
 D 477 ff, 485 ff, 489 f, 495 f, 725 f

- Beziehungen zu:  
 China (Volksrepublik) Z 207  
 Ghana Z 235  
 Sowjetunion Z 199

Innenpolitik Z 138

- Katanga Z 138 f, 151, 162, 175, 188, 199, 209 ff,  
 225 f, 236, 265  
 Parlament Z 162  
 Regierung Z 175, 188  
 Unabhängigkeit Z 199

**Korea**

Wiedervereinigung Z 127, 210

**Korea (Nord)**

- Beziehungen zu:  
 Sowjetunion (Besuch Kossygin) Z 127  
 (Kim Il Sung in Moskau) Z 154  
 Vietnam (Nord) (Besuch Van Dong) Z 139  
 Kommunistische Partei Z 210

**Korea (Süd)**

- Beziehungen zu:  
 Japan Z 249  
 Vereinigte Staaten Z 250, 253 f  
 Notstandsrecht Z 127  
 Regierung Z 127, 139, 151, 162, 199

**Kuba D 489 f**

Beziehungen zu:

- Argentinien (Guevara in Buenos Aires) Z 181  
 Brasilien (Guevara in Brasilia) Z 181  
 China (Volksrepublik) (Dorticos in Peking)  
 Z 221  
 Costa Rica Z 195 f  
 Ecuador Z 247  
 Philippinen Z 226  
 Sowjetunion (Dorticos in Moskau) Z 211  
 Tschechoslowakei (Dorticos in Prag) Z 202  
 Venezuela Z 252  
 Vereinigte Staaten Z 226, 228  
 Innenpolitik Z 151  
 Parteien Z 162 f  
 Währung Z 175

**Kuwait Z 175**

Beziehungen zu:

- Großbritannien Z 139, 151, 163, 185  
 Irak Z 137, 139  
 Saudi-Arabien Z 152  
 Vereinigte Arabische Republik Z 166  
 Unabhängigkeit Z 156

**Laos**

- Z 124 ff, 142, 146, 174, 250;  
 D 373 ff, 489 f, 725 f

Beziehungen zu den Vereinigten Staaten

- (Phoumi Nosavan in Washington) Z 143  
 Internationale Kontrollkommission für Laos  
 Z 127, 133 f, 146, 152, 158, 170, 256  
 Neutralität Z 140, 146, 158, 170, 207, 213  
 Pathet Lao Z 256  
 Regierung Z 134, 226, 236  
 Verfassung Z 163  
 Waffenstillstand Z 126 f, 131, 134, 140, 256

**Lateinamerika**

vgl. auch **Amerika** und **OAS**

Beziehungen zu:

- Europa Z 158  
 Vereinigte Staaten D 685 f  
 Freihandelszone D 685 f  
 Integration D 685 f  
 Kommunismus Z 221  
 nationale Entwicklungsprogramme D 685 f  
 Sozialpolitik Z 143, 213 f  
 Wirtschaft Z 143, 213 f, 221

**Libanon**

Regierung Z 236, 250

**Liberaler Weltunion**

Zehnter Kongreß, Brüssel, 30. 8.—1. 9. 61:  
 Z 205

**Liberia**

Beziehungen zu den Vereinigten Staaten  
 (Tubman in Washington) Z 239

**Madagaskar**

Beziehungen zu Israel (Tsiranana in Jerusalem)  
Z 187

**Malaiischer Bund**

Beziehungen zu:  
Großbritannien (Rahman in London) Z 260  
Singapur Z 189  
Föderation Z 236, 260

**Mali**

Beziehungen zu:  
Großbritannien (Keita in London) Z 126  
Jugoslawien (Keita in Belgrad) Z 138  
Marokko (Keita in Rabat) Z 127  
Tunesien (Keita in Tunis) Z 130  
Vereinigte Arabische Republik (Keita in Kairo) Z 141

**Marokko**

Beziehungen zu:  
Algien (Exilregierung) (Besuch Abbas)  
Z 152  
Mali (Besuch Keita) Z 127  
Regierung Z 127

**Mauretanien**

D 477 ff  
Staatsoberhaupt Z 189

**Mittelpakt-Organisation (CENTO)**

Z 189 ff  
Beziehungen zur NATO D 404 f  
Militärstützpunkte Z 189

**Mittlerer Osten**

Z 130  
Palästina-Frage Z 130  
Sicherheit Z 191

**Mongolische Volksrepublik**

Beziehungen zu:  
Polen Z 152  
Vietnam (Nord) (Besuch Van Dong) Z 139

**Nepal**

Beziehungen zur Volksrepublik China  
(Mahendra in Peking) Z 221

**Niederlande**

Beziehungen zu:  
Indonesien Z 186, 210  
Sowjetunion Z 226  
zur Deutschland- und Berlin-Frage Z 210  
Kolonialpolitik Z 210  
Neuguinea Z 215  
Verteidigung Z 210

**Nigeria**

Regierung Z 163

**Nordatlantikpakt-Organisation (NATO)**

Z 132, 137, 147, 155, 170, 221 f, 234, 264;  
D 389, 403, 498 ff, 505 f, 713 ff, 727 f

*militärische Fragen*

Z 141, 149, 179, 268;  
D 404 f, 505 f, 533 f, 578 ff, 676 ff, 713, 716

Beziehungen zu CENTO D 404 f

Geheimhaltung D 721 ff

Kernwaffen Z 142; D 403 f, 713, 720 ff

Vierte Atommacht Z 257 f

Kommandobereiche D 716

Nachrichten und Informationen D 714 f, 721 ff

Standardisierung der Rüstungen D 404

Strategie Z 142, 152

Streitkräfte D 713

Stützpunkte Z 193

*politische Fragen*

Z 135, 141 f, 219, 222, 268;

D 404 f, 713 f

zur Berlin-Frage Z 193

Entwicklungshilfe Z 141

politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit

D 462 ff

Raumforschung D 718

Rüstungsausgaben D 413

Siebente Jahreskonferenz der NATO-

Parlamentarier, Paris, 13.—17. 11. 61: Z 268;  
D 713 ff

Zivilverteidigung D 498 ff

**Nordischer Rat**

Beziehungen zur EWG Z 193 f

**Konferenzen:**

Falkenberg bei Göteborg, Ministerpräsidenten, 2. 8. 61: Z 180

Hangö, Regierungschefs, 11.—12. 11. 61:  
Z 256

Kopenhagen: Außenminister, 6.—7. 9. 61:  
Z 206

**Norwegen**

Außenpolitik Z 236

**Beziehungen zu:**

Deutschland (Bundesrepublik) (Besuch  
Strauß) Z 261

Frankreich (Lange in Paris) Z 235

Israel (Gerhardsen in Jerusalem) Z 260 f  
zur europäischen Integration Z 127 f

Kernwaffen Z 226

Verteidigung Z 226

Wahlen Z 199, 226

**Obervolta**

Beziehungen zu Israel (Yaméogo in Jerusalem)  
Z 151



**Oesterreich****Außenpolitik** Z 226

## Beziehungen zu:

Dänemark (Besuch Krag) Z 250

Deutschland (Bundesrepublik) (Kreisky in  
Bad Kreuznach) Z 124

Finnland (Besuch Kekkonen) Z 128

Frankreich (Besuch Couve de Murville) Z 152

Italien Z 140, 151, 162 f

zur europäischen Integration Z 128

Neutralität Z 128, 244, 250

Note an Sowjetunion (Verhandlungen mit der  
EWG) v. 2. 10. 61: Z 226

Südtirol-Frage vgl. dort

**Innenpolitik:**

Parteien Z 128

**Wirtschaft**

Beziehungen zur EWG Z 210

**Organisation Amerikanischer Staaten (OAS)**

„Allianz für den Fortschritt“ D 684 ff

Charta von Punta del Este Z 194; D 684

Hilfsprogramm für Lateinamerika D 684 ff

Interamerikanische Entwicklungsbank (BID)  
Z 142

## Konferenzen:

Punta del Este, Interamerikanischer Wirt-  
schafts- und Sozialrat, 5.—17. 8. 61: Z 205;  
D 684 ffTegucigalpa, Zentralamerik. Außen- und  
Wirtschaftsminister, 21.—24. 7. 61: Z 170

## Streitfälle:

Dominikanische Republik Z 132 f

Kuba Z 253

**Organisation für Wirtschaftliche Zusammen-  
arbeit und Entwicklung (OECD)**

D 462 ff, 696 ff, 727 f

Abbau der Handelsbeschränkungen D 709 ff

Entwicklungszentrum Z 267 f; D 709 ff, 727 f

Handel Z 267

Landwirtschaft D 709 ff

Ministerrat Z 220; D 687

Tagung in Paris, 16.—17. 11. 61: D 709 ff

Preisstabilität D 709

Sozialprodukt D 709 ff

Wirtschaftswachstum Z 267 f; D 709 ff

**Pakistan**

## Beziehungen zu:

Afghanistan Z 200

Algerien (Exilregierung) Z 175

Großbritannien Z 150

Sowjetunion Z 189

Vereinigte Staaten Z 155

**Peru**

Beziehungen zu den Vereinigten Staaten

(Prado in Washington) Z 212 f

Regierung Z 250, 261

**Philippinen**

Beziehungen zu Kuba Z 226

Präsidentschaftswahlen Z 250

**Polen**

## Beziehungen zu:

Brasilien (Rapacki in Brasilia) Z 233

Ghana (Besuch Nkrumah) Z 163 f

Indien (Zawadzki in Neu-Delhi) Z 225

Indonesien (Zawadzki in Djakarta) Z 225

Italien (Rapacki in Rom) Z 236

Mongolische Volksrepublik Z 152

Tschechoslowakei (Cyrankiewicz in Prag)  
Z 212

Tunesien (Besuch Mokedem) Z 175

Vereinigte Staaten Z 237

Vietnam (Nord) (Besuch Van Dong) Z 163

zur Deutschland- und Berlin-Frage Z 163

Kommunistische Partei Z 261

Streitkräfte Z 226

**Portugal**

## Beziehungen zu:

Dahome Z 171, 175

Ghana Z 126

Indien Z 200

Senegal Z 164

Spanien (Rodrigues Tomas in Madrid) Z 262

Südafrikanische Republik Z 152 f

Kolonialpolitik Z 131 f, 139 f, 189

Angola Z 215; D 489 f, 495 f

Wahlen Z 250

**Rat der Entente**

Beziehungen zu Frankreich D 479 ff

zur Biserta-Frage Z 180

**Recht, internationales**Selbstbestimmungsrecht der Völker Z 134, 193,  
205, 215, 224, 231;

D 585 f, 587 ff, 594 ff, 667

**Rhodesien und Njassaland**

Föderation Z 189

Innenpolitik Z 175

Regierung Z 200

Verfassung Z 126, 164

Wahlen Z 175

Wahlordnung für Nordrhodesien Z 137

**Ruanda-Urundi** D 477 ff

Innenpolitik Z 224

Parlament Z 211

Regierung Z 238

**Rumänien**

## Beziehungen zu:

Ghana (Besuch Nkrumah) Z 175

Sowjetunion (Gheorghiu-Dej in Moskau)  
Z 177

Ungarn (Gheorghiu-Dej in Budapest) Z 202

**Sansibar und Pemba Z 128****Saudi-Arabien**

## Beziehungen zu:

Jordanien Z 164

Kuwait Z 152

**Schweden**

Außenpolitik Z 247 f, 256

## Beziehungen zu:

Deutschland (Bundesrepublik) (Lange in Bonn) Z 124

EWG Z 189, 237

Kongo (Brazzaville) Z 209 f

Konservative Partei Z 189

Neutralität Z 237, 244

Wirtschaft Z 237

**Schweiz**

Beziehungen zu Bundesrepublik Deutschland (Besuch Lübke) Z 153

Neutralität Z 244

Regierung Z 128, 153

**Senegal**

## Beziehungen zu:

Deutschland (Bundesrepublik)

(Dia in Bonn) Z 222

(Senghor in Bonn) Z 246

Frankreich (Senghor in Paris) Z 234

Portugal Z 164

Tunesien (Senghor in Tunis) Z 238

Vereinigte Staaten (Senghor in Washington) Z 252

**Singapur**

Beziehungen zum Malaiischen Bund Z 189

**Somalia**

## Beziehungen zu:

Äthiopien D 496

Sowjetunion (Mahmoud in Moskau) Z 128

Tschechoslowakei (Mahmoud in Prag) Z 130

Staatsoberhaupt Z 153

Verfassung Z 140

**Sowjetunion****Arbeits- und Sozialpolitik**

Lebensstandard Z 165

**Außenpolitik**

Z 129, 211; D 681 ff

## Beziehungen zu:

Belgien (Besuch Spaak) Z 211

Brasilien Z 181, 257

(Besuch Goulart) Z 177

Dänemark Z 222

Deutschland (Bundesrepublik) Z 148, 181 f, 234, 251;

D 436 ff, 535 f, 538 ff, 727 f

Deutschland (DDR) Z 251

Finnland Z 247 f, 259, 262

(Breshnjow in Helsinki) Z 208

(Karjalainen in Moskau) Z 251

Frankreich D 454 ff

Ghana (Besuch Nkrumah) Z 164

Großbritannien Z 253; D 452 ff

Indonesien (Besuch Sukarno) Z 129

Italien (Besuch Fanfani) Z 175

Japan Z 187 f, 198 f, 209

Jugoslawien (Besuch Popovic) Z 153

Korea (Nord)

(Kossygin in Korea) Z 127

(Besuch Kim Il Sung) Z 154

Kuba (Besuch Dorticos) Z 211

Niederlande Z 226

Pakistan Z 189

Rumänien (Besuch Gheorghiu-Dej) Z 177

Somalia (Besuch Mahmoud) Z 128

Sudan (Besuch Abboud) Z 164

(Breshnjow im Sudan) Z 262

Syrien Z 226

Türkei Z 263

Tunesien Z 176

Vereinigte Staaten Z 128, 142 f, 155, 164, 204, 228 f, 234, 238 ff, 253, 264;

D 370 ff, 373 ff, 389 ff, 443 ff, 445 ff, 594 ff, 597 ff, 615 ff, 729 ff

zur Biserta-Frage Z 176

zur Deutschland- und Berlin-Frage Z 129,

140 f, 153 f, 164, 176, 182 f, 190, 200 f, 211, 237 f, 251; D 370 ff, 524 ff

zur Kongo-Frage Z 190

Memorandum an BRD (Deutschland-Frage)

v. 3. 8. 61: D 516 ff

## Noten an:

Finnland (militärische Konsultationen)

v. 30. 10. 61: Z 238; D 676 ff

Regierungen der drei Westmächte (Luftkorridore nach Berlin)

v. 23. 8. 61: D 548 f; v. 2. 9. 61: D 552 ff (angebliche Provokation durch BRD) v.

17. 9. 61: Z 211

(Berlin) v. 18. 10. 61: Z 238

Vereinigte Staaten (Kernwaffenversuche)

v. 5. 7. 61: Z 153; D 414 ff; v. 9. 8. 61: D 562 f; v. 20. 11. 61: Z 262

(deutscher Friedensvertrag) v. 3. 8. 61:

D 506 ff

(Berlin) v. 18. 8. 61: D 543 ff

## Schreiben Chruschtschows an:

Ikeda (japanische Gebietsansprüche)

v. 29. 9. 61: Z 212; v. 26. 10. 61: Z 238; v. 11. 11. 61: Z 251

Nehru (Belgrader Konferenz blockfreier Staaten) v. 16. 9. 61: Z 211; D 597 ff

Schreiben Sorins an McCloy (Abrüstungskontrolle) v. 20. 9. 61: D 642 f

Treffen Chruschtschow—Kennedy Z 123, 125 f, 128 ff;

D 365, 373 ff, 413, 615 f



**Innenpolitik**

Z 262

Entstalinisierung Z 251

KPdSU

XXII. Parteitag Z 164 f, 237

Zentralkomitee Z 237, 251

**Verteidigung**

D 578 ff, 597 ff, 729 ff

Ausgaben Z 154; D 413 f

Kernwaffen Z 141, 143, 196, 203, 205, 215, 229, 235 ff, 251;

D 563 ff, 578 ff, 585, 616, 655 ff, 663

Raketen Z 178

Streitkräfte Z 141, 154, 178, 190; D 413 f

**Wirtschaft**friedl. Wettbewerb m. d. Vereinigten Staaten  
D 426 ff**Wissenschaft und Technik**

Weltraumforschung Z 176; D 497

**Sozialistische Internationale**

7. Kongreß, Rom, 23.—27. 10. 61: Z 244

**Spanien**

Außenpolitik Z 227

Beziehungen zu:

Frankreich (Castiella in Paris) Z 259

Portugal (Besuch Rodrigues Tomas) Z 262

Kolonialpolitik Z 129

Verteidigung Z 129 f

**Sudan**

Beziehungen zu:

Sowjetunion Z 164, 262

Vereinigte Staaten Z 228

**Südafrikanische Republik**

Beziehungen zu:

Irak Z 126

Portugal (Fouché in Lissabon) Z 152 f

Parlamentswahlen Z 238

Rassenpolitik Z 138, 144, 215, 230, 255;

D 477 ff, 489 f, 495 f

**Südtirol-Frage**

Z 135, 138, 140, 151, 162 f, 198, 249, 266

**Syrien**

Außenpolitik Z 227

Beziehungen zu:

Sowjetunion Z 226

Vereinigte Arabische Republik Z 256

Vereinigte Staaten Z 228

Innenpolitik Z 227, 251

Regierung Z 212, 227, 238

Staatsstreich Z 212

**Türkei**

Beziehungen zu:

EWG Z 169, 191

Sowjetunion Z 263

Vereinigte Arabische Republik Z 228

Justiz Z 202

Hinrichtungen Z 212

Kriegsrecht Z 190

Regierung Z 191, 238, 262 f

Verfassung Z 154

Wahlen Z 227

**Thailand**

Beziehungen zu Kambodscha Z 236, 256

zur Laos-Frage Z 130

**Tschechoslowakei**

Beziehungen zu:

Ghana (Besuch Nkrumah) Z 177

Kuba (Besuch Dorticos) Z 202

Polen (Besuch Cyrankiewicz) Z 212

Somalia (Besuch Mahmoud) Z 130

Tunesien (Besuch Mekkadem) Z 177

Vietnam (Nord) (Besuch Van Dong) Z 165

Kommunistische Partei Z 262

Regierung Z 141

**Tunesien**

Beziehungen zu:

Frankreich Z 159 f, 165 f, 185, 191, 193, 198, 212, 227, 234

Jugoslawien (Mekkadem in Brioni) Z 174

Mali (Besuch Keita) Z 130

Polen (Mekkadem in Warschau) Z 175

Senegal (Besuch Senghor) Z 238

Sowjetunion Z 176

Tschechoslowakei (Mekkadem in Prag) Z 177

Vereinigte Arabische Republik Z 177

Biserta-Frage Z 154, 159 f, 165 f, 174, 177, 199, 227

Grenzen Z 154

Schreiben Bourguibas an de Gaulle (Biserta)  
v. 7. 7. 61: Z 154**Uganda**

Regierung Z 154

Unabhängigkeit Z 224

Verfassung Z 137

**Ungarn**

Beziehungen zu:

Ghana (Besuch Nkrumah) Z 166

Indien (Münnich in Neu-Delhi) Z 186

Indonesien (Münnich in Djakarta) Z 186

Rumänien (Besuch Gheorghiu-Dej) Z 202

Kommunistische Partei Z 263

Regierung Z 202, 227

Verteidigung Z 202, 227

**Uruguay**

Beziehungen zu:

Argentinien (Haedo in Buenos Aires) Z 147

Vatikan Z 154, 202 f

**Vereinigte Arabische Republik***Außenpolitik* Z 228

Ausscheiden Syriens Z 212, 256

Beziehungen zu:

Algerien (Exilregierung) (Besuch Belkassam Krim) Z 154 f

Deutschland (Bundesrepublik) (el Boghdadi in Bonn) Z 148

Deutschland (DDR) Z 130

Frankreich Z 263

Jemen Z 263

Jordanien Z 228

Kuwait Z 166

Mali (Besuch Keita) Z 141

Türkei Z 228

Tunesien Z 177

Zypern (Besuch Makarios) Z 130

*Innenpolitik* Z 191, 239

Nationalversammlung Z 252

Regierung Z 212, 239

Verfassung Z 252

*Wirtschaft*

Grundbesitz Z 166

Verstaatlichung Z 166

**Vereinigte Staaten***Arbeits- und Sozialpolitik* D 705 ff*Außenpolitik* Z 130 f, 155, 177 f, 212 f, 239 f

Auslandshilfe Z 142, 192

Beziehungen zu:

Argentinien (Besuch Frondizi) Z 213 f

Belgien (Besuch Spaak) Z 263

Britisch-Guayana (Besuch Jagan) Z 240, 245

China (Taiwan) Z 177

China (Volksrepublik) Z 203

Deutschland (Bundesrepublik) Z 174, 182, 192, 222, 240

(Besuch Adenauer) Z 263 f; D 727 f

Deutschland (DDR) Z 234

Dominikanische Republik Z 265

Finnland Z 247

(Besuch Kekkonen) Z 252 f

Frankreich (Kennedy in Paris) Z 125

Ghana Z 213, 224, 228

Großbritannien Z 161

(Kennedy in London) Z 126

(Lord Home in Washington) Z 142

Guinea (Besuch Beavogui) Z 228

Indien (Besuch Nehru) Z 253; D 725 f

Italien (Besuch Fanfani) Z 141

(Besuch Andreotti) Z 239

(Besuch Segni) Z 263

Japan Z 199, 236, 249

(Besuch Ikeda) Z 142

Jugoslawien Z 151, 162, 250

Kambodscha (Besuch Sihanouk) Z 213

Kongo (Brazzaville) (Besuch Youlou) Z 131

Kongo (Léopoldville) Z 199

Korea (Süd) (Rusk in Süul) Z 250

Kuba Z 226, 228

Laos (Besuch Phoumi Nosavan) Z 143

Lateinamerika D 685 f

Liberia (Besuch Tubman) Z 239

Pakistan (Besuch Ayub Khan) Z 155

Peru (Besuch Prado) Z 212 f

Polen Z 237

Senegal (Besuch Senghor) Z 253

Sowjetunion Z 128, 142 f, 153, 164, 204, 228 f, 234, 238 ff, 262, 264;

D 370 ff, 373 ff, 413 ff, 594 ff, 597 ff, 615 ff, 729 ff

Sudan (Besuch Abboud) Z 228

Syrien Z 228

Vietnam (Süd) Z 131

zur Deutschland- u. Berlin-Frage Z 131, 142 f, 155, 161, 164, 166 f, 178, 183, 191 f, 203 f, 212 ff, 228, 240 f;

D 395 f, 398 f, 558 ff, 681 ff, 729 ff

zur Laos-Frage Z 207

Noten an:

Japan (wirtschaftliche Zusammenarbeit)

v. 22. 6. 61: D 725 f

dgl. (Kernwaffenvers.) v. 13. 9. 61: Z 204

Mitglieder der OAS (Kuba) v. 2. 11. 61: Z 253

Sowjetunion (Kernwaffenversuche)

v. 17. 6. 61: D 389 ff

dgl. v. 15. 7. 61: Z 155; D 443 f

dgl. (Deutschland-Frage) v. 17. 7. 61:

D 445 ff

dgl. (Berlin-Frage) v. 16. 8. 61: D 537 f

dgl. (Luftkorridore nach Berlin) v. 2. 9. 61:

D 554 ff

dgl. (angebliche Provokation durch BRD)

v. 26. 9. 61: Z 211

dgl. (Berlin-Frage) v. 27. 10. 61: Z 240

dgl. (Kernwaffenversuche) v. 13. 11. 61: Z 253

Schreiben:

Kennedy an Adenauer (Deutschland und

Berlin) v. 6. 9. 61: Z 203

an Keita und Sukarno (Belgrader Konferenz blockfreier Staaten) v. 13. 9. 61:

D 594 ff

McCloy an Sorin (Abrüstung) v. 20. 9. 61:

D 627

Stevenson an UN-Vollversammlung (Ab-

rüstung) v. 20. 9. 61: D 619 f

Treffen Kennedy-Chruschtschow Z 123, 125 f, 128 ff; D 365, 373 ff, 413, 615 f

*Finanz- und Währungspolitik*

Zahlungsbilanz D 705 ff

Zölle D 687

*Innenpolitik*

Regierung Z 264

Repräsentantenhaus Z 263

*Verteidigung*

Z 155, 166 f, 178, 192, 240, 252;

D 498 ff, 573 ff, 578 ff

Amt für Abrüstung u. Rüstungskontrolle Z 214

Kernwaffen Z 196, 201, 203 f, 239 ff



- Kernwaffenversuche Z 252;  
     D 399 f, 572, 578 ff, 616  
 Raketen Z 178  
 Streitkräfte Z 178, 192, 204;  
     D 414, 498 ff  
 Zivilverteidigung D 498 ff  
*Wirtschaft*  
     Z 252 f; D 687 ff, 704 ff  
 Entwicklungshilfe D 705 ff, 727 f  
 Handel D 687 ff  
     Ein- und Ausfuhr D 705 ff  
 Industrie D 696 ff  
 Wirtschaftsbeziehungen zu:  
     EWG Z 253, 264 f;  
         D 465 ff, 687 ff, 696 ff  
     Japan D 687, 704 f  
**Vereinte Nationen** Z 155; D 495 f, 725 f  
*Organe*  
 Abrüstungskommission Z 254; D 617  
 Generalsekretär Z 204, 210, 213, 225, 229 ff,  
     235, 239, 241 f, 254, 265 f  
     Reorganisation Z 129, 143 f, 155, 157, 193,  
         201, 214 f, 229 ff, 239, 241  
 Internationaler Gerichtshof Z 140, 155  
 Sicherheitsrat Z 131 f, 156 f, 165 ff, 193, 209,  
     215, 230 f, 242, 244, 254 f, 265 f  
 Treuhandschaftratsrat Z 167  
 Vollversammlung Z 132, 157, 169, 193, 229 ff,  
     241 f, 254 f, 265 f;  
     D 615 ff  
     16. Tagung Z 214 ff  
     Politischer Ausschuß. Z 241 f, 254, 266;  
     D 615  
     Völkerrechtskommission Z 157  
 Wirtschafts- und Sozialrat Z 178 f, 230, 242  
*Sonderorganisationen*  
 Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen  
     (GATT) Z 266; D 696 ff  
 Internationale Atomenergie-Organisation  
     (IAEA) Z 232, 261  
 Internationale Arbeitsorganisation (ILO)  
     45. Tagung, Genf, bis 29. 6. 61: Z 144  
 Internationale Bank für Wiederaufbau und  
     Entwicklung (IBRD) Z 217  
 Internationale Entwicklungs-Organisation  
     (IDA) Z 217  
 Internationale Finanz-Korporation (IFC)  
     Z 217 f  
 Internationaler Währungsfonds (IMF) Z 161, 205  
*Organisation und Verfassung*  
 Charta Z 131, 231; D 587 ff  
 Mitgliedschaft Z 164, 166, 214 ff, 222, 227, 231;  
     D 597 ff  
     Vertretung Chinas Z 129, 177, 203, 206, 215,  
         219 f, 230, 240, 244  
     Kuwait Z 266  
     Mauretanien Z 242  
     Mongolische Volksrepublik Z 242  
 Sitz Z 222  
*Rechtsfragen*  
 Menschenrechte Z 182  
 Rassendiskriminierung Z 215, 229 ff, 255, 266  
 Selbstbestimmungsrecht Z 193  
 Sicherheit Z 193, 214  
 Abrüstung Z 157, 193, 204 f, 214 ff, 229 f, 266;  
     D 594 ff  
     Kernwaffenversuche Z 215, 241 f, 266;  
         D 413, 439, 440 ff, 578, 615 ff  
 Internationale Streitmacht (UNEF) Z 127, 131,  
     201, 216, 230  
 Internationale Friedenstruppe D 617, 643 ff  
 Streitfälle:  
     Algerien Z 229, 255  
     Angola Z 131 f, 215, 229, 255; D 489 f, 495 f  
     Biserta Z 160, 165 ff, 176, 193, 198, 230  
     Deutschland und Berlin Z 155, 193, 199, 212,  
         214 ff, 229 f, 242 f  
     Kongo Z 127, 188, 193, 199, 204, 209 ff,  
         225 f, 230, 255, 265; D 476  
     Kuba Z 230, 265  
     Kuwait Z 156 f  
     Laos Z 215  
     Neuguinea Z 215, 230  
     Südtirol Z 140, 163, 266  
     Vietnam Z 215  
*Treuhandschaftratsrat* Z 167, 266  
 Westsamoa Z 241  
**Vietnam**  
 Wiedervereinigung Z 153  
**Vietnam (Nord)**  
 Außenpolitik Z 156  
 Beziehungen zu:  
     China (Volksrepublik) (Van Dong in Peking)  
         Z 135  
     Korea (Nord) (Van Dong in Pjöngjang) Z 139  
     Mongolische Volksrepublik (Van Dong in  
         Ulan Bator) Z 139  
     Polen (Van Dong in Warschau) Z 163  
     Sowjetunion (Van Dong in Moskau) Z 153  
     Tschechoslowakei (Van Dong in Prag) Z 165  
**Vietnam (Süd)**  
 Beziehungen zu den Vereinigten Staaten Z 131  
 Mobilmachung Z 178  
 Notstand Z 241  
**Währungsfragen** Z 217  
 Zahlungsbilanzen D 709 ff  
**Warschauer Pakt** D 537 f  
     militärische Fragen Z 205  
     politische Fragen Z 179; D 523 f, 533 f  
     Wirtschaft Z 179  
**Weltraum**  
     friedliche Nutzung D 587 ff, 643 ff, 718, 725 f  
     militärische Nutzung D 578 ff

**Weltwirtschaft**

Z 178; D 585, 587 ff, 709 ff  
 Ost-West-Handel D 717  
 Präferenzsysteme D 665 f  
 Rohstoffmärkte D 663, 665 f  
 Welthandel Z 219, 252, 267

**Westeuropäische Union (WEU)**

Z 256  
 Tagung in London, 29. 5.—1. 6. 61: D 403 ff  
 Beratende Versammlung Z 133  
 Beziehungen zur EWG D 403, 405 f

Ministerrat Z 133, 158, 180; D 403, 457, 473 f  
 politische Konsultationen D 407 f  
 Rüstungskontrollbehörde Z 133; D 403, 408

**Westindischer Bund**

Unabhängigkeit Z 137  
 Volksabstimmung Z 214

**Zypern**

Beziehungen zu:  
 Algerien (Exilregierung) Z 206  
 Vereinigte Arabische Republik Z 130

**Personenverzeichnis**

Abbas, Ferhat Z 152, 189  
 Abboud, Ibrahim Z 164, 228, 262  
 Adenauer, Konrad Z 123, 135, 148 f, 159, 172,  
 174, 181 ff, 196 f, 222, 246, 257 f, 263 f;  
 D 413, 457, 497, 538 ff, 727 f  
 Adjei, Ako Z 215  
 Adoula, Cyrille Z 175, 188, 199, 207, 209, 236;  
 D 586  
 Alessandri, Jorge Z 195  
 Alexandrow, Alexander I. Z 261  
 Alvarez Aybar, Ambrosio Z 149  
 Amer, Abdel Hakim Z 239  
 Andreotti, Giulio Z 239  
 Arkadijew, Georgij P. Z 254  
 Arliotis, Charles Z 220  
 Arosemena Monroy, Carlos Julio Z 234, 247  
 Arslan, Emir Magid Z 250  
 Averoff, Evangelos Z 248  
 Avon, Lord Z 235  
 Ayub Khan, Mohammad Z 150

Baako, Kofi Z 208  
 Bacoum, Barema Z 230  
 Balaguer, Joaquin Z 124, 149, 229, 258  
 Balewa, Sir Abubakar Tafawa Z 163  
 Balke, Siegfried Z 247  
 Ball, George W. Z 252, 264, 268; D 687,  
 688 ff  
 Barthley, Gerard Z 225  
 Battista, Emilio Z 242  
 Bayar, Celal Z 202  
 Beavogui, Louis L. Z 228 f  
 Belkassam Krim Z 125, 154, 159  
 Beltrán Espantoso, Pedro Z 250, 261  
 Ben Bella, Mohammed Z 248, 259  
 Ben Gurion, David Z 125 f, 150, 198, 236, 261  
 Ben Khedda, Ben Youssef Z 233, 239  
 Bérard, Armand Z 131, 168  
 Bétancourt, Romulo Z 252  
 Blank, Theodor Z 246  
 el Boghdadi, Abdel Latif Z 148, 239  
 Bohy, Georges Z 267  
 Boland, Kevin Z 225

Bolz, Lothar Z 172, 251  
 Bomboko, Justin Z 175, 255, 266  
 Boun Oum Z 124, 127, 140, 174, 226, 250  
 Bourgned, Jean Z 153  
 Bourguiba, Habib Z 154, 159, 165 f, 177, 199,  
 227, 238  
 Bowles, Chester Z 162, 167, 264  
 Brandt, Willy Z 172, 182, 228, 233, 244, 245  
 von Brentano, Heinrich Z 133, 136, 159, 181 f,  
 208, 223, 234; D 389, 400 ff, 403, 497, 535 f  
 Breshnjow, Leonid I. Z 141, 164, 208, 237, 262  
 Brown, George Z 248  
 Bunche, Ralph Z 254  
 Butler, Richard A. Z 224

Carcano, Miguel Z 245  
 Castiella, Fernando Maria Z 259  
 Castro, Fidel Z 162  
 Chang Do Young Z 151  
 Chang Kyu Kim Z 151  
 Chaudet, Paul Z 153  
 Chenot, Bernard Z 259  
 Chen Yi Z 146, 147  
 Chou En-lai Z 237  
 Chruschtschow, Nikita S. Z 128 f, 140 f, 153 f,  
 164, 175 f, 187, 190, 200 ff, 211 f, 227, 233,  
 237 f, 245, 251, 259, 262; D 365, 373 ff,  
 413 f, 426 ff, 497, 524 ff, 547, 578 ff, 585 f,  
 597 ff, 615, 725, 729  
 Clay, Lucius D. Z 192, 203, 207 f  
 Clayton, William Z 252; D 687, 696 ff  
 Conte, Arthur D 403, 713  
 Cooper, Ford Z 231  
 Couve de Murville, Maurice Z 150, 152, 159 f,  
 166, 169, 198, 223, 235, 259; D 713  
 Cyrankiewicz, Jozef Z 152, 163, 212

Dahlab, Saad Z 252  
 Dantas, Santiago Z 221, 233, 245  
 Daud, Sardar Mohammad Z 148  
 David, Vaclav Z 229  
 Dean, Arthur Z 254, 268



- Dean, Sir Patrick Z 131, 156 f; D 439  
 Debré, Michel Z 136, 150  
 Demitschew, Pjotr N. Z 237  
 Diefenbaker, John Z 199  
 Dillon, Douglas D. Z 253; D 687  
 Dobi, Istvan Z 166  
 Dogan, Avni Z 262  
 Dorticós Torrado, Osvaldo Z 211, 221
- von Eckardt, Felix Z 124  
 Eisenhower, Dwight D. Z 135  
 Erhard, Ludwig Z 232, 246, 258, 267 f; D 457  
 Erlander, Tage Z 180, 189, 237, 247, 251, 256  
 Erler, Fritz Z 246  
 Errol, Frederik Z 224  
 Etzel, Franz Z 204
- Fagerholm, Karl-August Z 259  
 Fanfani, Amintore Z 141, 174, 198, 209, 236, 249  
 Faure, Maurice Z 246  
 Fawzi, Mahmoud Z 239  
 Fayat, Henri Z 157  
 Feyzioglu, Turhan Z 262  
 Figgures, Frank E. Z 266  
 Fleming, Donald Z 220  
 Fouché, Jacobus Johannes Z 152  
 Franco Bahamondes, Francisco Z 129, 262  
 Franco, Melo Z 214  
 Friedensburg, Ferdinand Z 243  
 Frondizi, Arturo Z 195, 207, 216, 221  
 Fujieda, Sensuke Z 162  
 Fujiyama, Atichiro Z 162  
 Fulbright, William J. Z 167, 228  
 Furler, Hans Z 218
- Gaitskell, Hugh Z 173, 235, 244, 245, 248  
 Galego, Camillo Z 247  
 Garcia, Carlos P. Z 250  
 Garin, Vasco Z 131  
 de Gaulle, Charles Z 125, 136, 149 f, 173, 197 ff, 208, 223, 234 f, 248, 259 f; D 389, 457, 547, 720  
 Gerhardsen, Einar Z 260 f  
 Gerstenmaier, Eugen Z 136, 182, 233; Z 389  
 Gheorghiu-Dej, Gheorghe Z 177  
 Gikas, Solon Z 248  
 Gilpatric, Roswell Z 240  
 Gizenga, Antoine Z 175, 188; D 476  
 Gomulka, Wladyslaw Z 152, 163, 212, 261  
 Gorbach, Alphons Z 128, 162 f, 210, 249 f  
 Goulart, Joao Z 177, 181, 195  
 Green, Howard Z 146, 229  
 Crimes, Joseph R. Z 216  
 Gromyko, Andrej A. Z 134, 213 ff, 224, 228, 248, 251; D 414, 615, 617, 676  
 Grotewohl, Otto D 742  
 Gürsan, Ihsan Z 263  
 Gürsel, Cemal Z 238, 262  
 Guevara, Ernesto Z 181
- Haedo, Eduardo Victor Z 147  
 Hallstein, Walter Z 145, 218, 243, 246, 255, 259, 267; Z 663  
 Hammarskjöld, Dag Z 157, 160, 166, 168 f, 193, 204, 209 f, 214, 242, 254; D 413  
 Harriman, Averell Z 134, 146, 207, 264  
 Hassouna, Abdel Khalek Z 152 f, 256  
 Haughley, Charles Z 225  
 Healey, Denis Z 162  
 Heath, Edward Z 139, 161, 173, 185, 198, 221 f, 225, 232, 233, 235, 255, 261; D 664, 670 f  
 Herter, Christian A. Z 252; D 687, 696 ff  
 Hill, Charles Z 224  
 Hirsch, Etienne Z 218  
 Hodsha, Enver Z 245  
 Höcherl, Hermann Z 246  
 Home, Lord Z 134, 137, 142, 161, 173, 185, 216, 224, 235  
 Honka, Olavi Z 259  
 Honnecker, Erich Z 147  
 Houphouët-Boigny, Félix Z 125  
 Humphrey, Hubert H. Z 213, 237, 239; D 409  
 Hussein, Kamal Edin Z 239  
 Hussein, König von Jordanien Z 164  
 Hussein, Rafic Z 249
- Iha, C. S. Z 169  
 Ikeda, Hayato Z 142, 162, 187 f, 209, 212, 236, 249, 260 f; D 687  
 Iléo, Joseph Z 175  
 Iljitschow, Leonid F. Z 237  
 Inönü, Ismet Z 262 f  
 Isa Bin Sulman Al Khalifa, Schah von Bahrain Z 245  
 el Islam el Badr, Scheich von Jemen Z 263  
 Issa Mahmoud, Abdullahi Z 128, 130  
 Iyidogan, Akif Z 262
- Jagan, Cheddi Z 195, 240, 245  
 Johnson, Lyndon B. Z 183  
 Jouhaud, Edmond Z 149  
 Joxe, Louis Z 125, 173, 233
- Kampmann, Viggo Z 180, 196, 221  
 Karamanlis, Constantine Z 208, 248  
 Karjalainen, Ahti Z 136, 149, 248, 251; D 676  
 Kasavubu, Joseph Z 255  
 Kassem, Abdul Karim Z 137  
 Kassimatis, Gregor Z 248  
 Kayibanda, Gregoire Z 238  
 Keita, Modibo Z 126 f, 130, 138, 141; D 476  
 Kekkonen, Urho Z 128, 208, 225, 242, 247, 252, 259, 262; D 676  
 Kennedy, John F. Z 125 f, 128 ff, 142 f, 161, 164, 166 ff, 177 f, 182, 191 f, 194, 198, 201, 203 f, 212 ff, 228 f, 239 ff, 252 ff, 263 ff; D 365, 389, 398 ff, 413 f, 497, 498 ff, 547, 562, 572, 578, 584, 585 f, 594 ff, 615 ff, 684, 720, 725, 727 f, 729 ff

Kenyatta, Jomo Z 175, 188, 249  
 Kerameh, Rachid Z 250  
 Khoman, Thanat Z 230  
 Kim Il Sung Z 147, 154  
 Kim Ir Sen Z 210  
 Kosaka, Zentaro Z 149 ff, 159; D 705  
 Koslow, Frol R. Z 237  
 Kosygin, Alexej N. Z 127, 237  
 Krag, Jens-Otto Z 123, 171, 216, 222, 233, 243, 250  
 Kreisky, Bruno Z 124, 140, 163, 169, 249 f; D 663  
 Kroll, Hans Z 246, 251  
 Krone, Heinrich Z 182, 247  
 Kusnezow, Wassilij V. Z 259  
 Kuusinen, Otto W. Z 237  
 el Kuzbari, Mahmoud Z 212, 227, 232, 238

Lahr, Rolf, Z 255, 267  
 Lange, Gunnar Z 124, 220  
 Lange, Halvard Z 127, 235 f  
 Lefèvre, Théo Z 139, 221  
 Lemmer, Ernst Z 219, 247; D 742  
 Lenz, Hans Z 247  
 Leuschner, Bruno Z 148  
 Lleras Camargo, Alberto Z 199, 225  
 Lloyd, Selwyn Z 161  
 Loutfi, Omar Z 156  
 Louw, Eric Z 230  
 Lübke, Heinrich Z 136, 153, 184, 223, 245 f  
 Lücke, Paul Z 246  
 Lumumba, Patrice Z 162, 255  
 Luns, Joseph Z 123, 215, 245

Macleod, Iain Z 137, 224; D 403  
 Macmillan, Harold Z 126, 137, 150, 161, 173 f, 185, 198, 203 f, 224, 235, 249, 260; D 389, 396 ff, 403, 457, 471 ff, 562, 572, 578, 584, 616  
 Macmillan, Maurice D 663  
 Maga, Hubert Z 234  
 Mahendra, König von Nepal Z 221  
 Makarios, Myiartnes Z 130; D 586  
 Malenkow, Georgij M. Z 237  
 Malvestiti, Piero Z 218  
 Manescu, Cornelius Z 230  
 Mansfield, Michael J. Z 131, 213  
 Mansholt, Sicco L. Z 243  
 Maudling, Reginald Z 224, 249  
 McCloy, John J. Z 164; D 615 f, 627  
 McNamara, Robert S. Z 155, 161, 167, 170, 192, 204, 239, 264  
 Meir, Frau Golda Z 230, 236, 261  
 Melido Marte, Santos Z 149  
 Mende, Erich Z 182  
 Menderes, Adnan Z 202, 212  
 Menemencioglu, Numan Z 168  
 Menon, Krishna Z 126, 134, 158, 230  
 v. Merkat, Hans-Joachim Z 219, 247; D 663  
 Miettunen, Martti J. Z 149, 256

Mikojan, Anastas I. Z 187, 222, 237  
 Mischnick, Wolfgang Z 247  
 Mobutu, Joseph Z 138, 162  
 Moch, Jules Z 195, 208; D 409  
 Mohieddin, Zakaria Z 239  
 Mokkadem, Sadok Z 174 ff, 230  
 Mollet, Guy Z 244  
 Molotow, Wjatscheslaw M. Z 237, 261  
 Montgomery, Viscount Z 195  
 Moreira, Adriano Z 189  
 Moreyra, Carlos Z 261  
 Morozow, Platon D. Z 168, 193  
 Mossadegh, Mohammed Z 162  
 Münnich, Ferenc Z 186  
 Muhirwa, A. Z 238  
 Mujica, Adolfo Z 181  
 Munongo, Godefroid Z 199

Nakhai, Hussain Ghods Z 187  
 Nasser, Gamal Abdel Z 130, 154, 166, 212, 228, 239, 252, 263, 268; D 585, 725  
 Nasution, Abdul Haris Z 147  
 Nehru, Jawaharlal Z 186, 200 f, 221, 225, 249, 253, 255, 260, 268; D 586, 725  
 Neves, Tancredo Z 233  
 Ngo Dinh Diem Z 131, 241  
 Nitze, Paul H. Z 203; D 547, 573 ff  
 Nkrumah, Kwame Z 150, 163 f, 166, 171, 174 f, 177, 181, 208; D 475 f, 585  
 Norstad, Lauris D. Z 147, 152, 170, 197, 268; D 713  
 Novotny, Antonin Z 262

de Oliveira Salazar, Antonio Z 131, 139  
 Ollenhauer, Erich Z 245  
 Oral, Cavit Z 263  
 Ormsby-Gore, David D 409  
 Osman, Aden Abdalla Z 153; D 586  
 Ould Daddah, Moktar Z 189, 265

Pachachi, Adnan Z 156  
 Pak Kung Li Z 151  
 Paksüt, Emin Z 263  
 Park Chung Hee Z 249, 254  
 Paz Estenssoro, Victor Z 233  
 Pesmazoglu, Michael Z 208 f  
 Petitpierre, Max Z 128  
 Peyrefitte, Alain Z 145  
 Pferdmeiges, Robert Z 233  
 Pham Van Dong Z 135, 139, 153, 163 f  
 Pittermann, Bruno Z 128  
 Plimpton, Francis T. P. Z 156 f; D 439  
 Podgorny, Nikolaj W. Z 237  
 Polatkan, Hasan Z 202, 212  
 Poljanski, Dimitrij S. Z 237  
 Popovic, Koca Z 153, 162, 215  
 Potamianos, Charalambos Z 209  
 Prado, Manuel Z 212

Quadros, Janio Z 195



- Rahman, Tunku Abdul Z 189, 236, 260  
Ramirez, Pedro Z 247  
Rapacki, Adam Z 230, 233, 236  
Rayburn, Sam Z 263  
Riddleberger, James W. Z 268  
Roa, Paul Z 230  
Rodrigues Tomas, Americo Deus Z 262  
Rusk, Dean Z 125, 132, 155, 179, 213 f, 228, 239 ff, 250, 263 f; D 395 f, 547, 681 ff, 704 f  
Rwagasore, Louis Z 238
- Salam, Saeb Z 236  
Salan, Raoul Z 149  
al Salim al Sabah, Abdullah, Scheich von Kuwait Z 139, 151, 166  
Sanchez y Sanchez Z 265  
Sandys, Duncan Z 161, 224 f, 249  
dos Santos, Rodrigues Z 250  
Sarper, Selim Z 229, 263  
Sato, Eisaku Z 162  
Saud Ibn Abdul Aziz, König von Saudi-Arabien Z 164  
Savang Vathana, König von Laos Z 140, 236  
Scelba, Mario Z 198  
Schaffner, Hans Z 128, 153  
Schaus, Eugène Z 123, 245, 256  
Scheel, Walter Z 145, 247  
Schlepin, Alexander Nikolaj Z 237, 251  
Schröder, Gerhard Z 135, 246, 257, 264  
Schwarzaupt, Elisabeth Z 247  
Schwernik, Nikolaj M. Z 237  
Seeborn, Hans-Christoph Z 246  
Segni, Antonio Z 126, 140 f, 151, 209, 249, 263  
Semitschastny, Wladimir Z 251  
Sen, Samarandranat Z 127  
Senghor, Leopold Sedar Z 234, 238, 246, 253; D 476  
Seren, Suat Z 263  
el Serraj, Abdel Hamid Z 212  
Shafei, Hussein Z 239  
Shen Chang-huan Z 230  
Sihanouk, Norodom Z 125, 213 f, 236  
Slim, Mongi Z 167 f, 193, 214  
Smirnow, Andrej A. Z 182  
Song Yo Chan Z 151, 162  
Sorin, Valerian A. Z 156, 164, 216, 231, 265; D 615 f, 642 f  
Soupha Novong Z 127, 129, 140, 174, 226  
Souvanna Phouma Z 127, 129, 134, 140, 174, 207, 226, 250  
Spaak, Paul-Henri Z 123, 195, 211, 244, 245, 263  
Spiridonow, Iwan W. Z 237  
Stalin, Joseph W. Z 237, 245; D 676  
Stammerberger, Wolfgang Z 246  
Stanek, Hans Z 162  
Starke, Heinz Z 246  
Stelle, Charles Z 205  
Stevenson, Adlai E. Z 143, 193, 212, 216, 231 f, 239, 241, 265; D 615, 619 f  
Stikker, Dirk U. Z 135, 141, 149 f, 170; D 713
- Stoph, Willi Z 172  
Stratos, Andreas Z 248  
Stücklen, Richard Z 246  
Strauß, Franz-Josef Z 167, 222, 246, 261, 264  
Subandrio Z 230  
Sukarno, Achmed Z 123, 129, 138, 186; D 585  
Sukselainen, Vieno Johannes Z 136  
Sulman Bin Hamad Al Khalifa, Schah von Bahrain Z 245  
Susslow, Michail A. Z 152, 237
- Takla, Philippe Z 250  
Talhouni, Bahjat Z 138, 249  
Tamariz, Francisco Z 247  
Thanarat, Sarit Z 130  
Thiam, Dondon Z 214  
Thorncroft, Peter Z 160  
Tito, Josip Broz Z 138, 151, 162, 249 f, 261, 268; D 585, 725  
Touré, Sekou D 476  
Trujillo y Molina, Leonidas Z 149  
Tschudi, Hans Peter Z 153  
Tsedenbal, Yumzhagiin Z 152  
Tshombé, Moise Z 138, 151, 162, 188, 199, 210, 225, 255  
Tsiranana, Philibert Z 187  
Tubman, William Z 239, 242  
Tunkin, Grigorij I. Z 157
- Ulbricht, Walter Z 123 f, 135, 147 f, 183 f, 207, 222, 257 f; D 365, 413, 742 ff  
Uden, Oesten Z 251  
U Nu Z 221  
U Thant Z 232, 254, 265 f  
U Ting Maung Z 167, 181
- de la Vallée Poussin, Etienne Z 133; D 404  
Varea Donoso, Reinaldo Z 247  
Velasco Ibarra, José Marcia Z 247
- Wachuku, Jaja Z 163, 230  
Wahlen, Friedrich Traugott Z 133  
Watkinson, Harold Z 161; D 404  
Woronow, Gennadij I. Z 237  
Wright, Sir Michael Z 205  
Wuermeling, Franz-Josef Z 247
- Yaméogo, Maurice Z 151  
Yazid, Mohammed Z 227  
Yifru, Ato Z 229  
Yost, Charles W. Z 131, 168  
Youlou, Fulbert Z 131, 209, 211, 259  
Yugoff, Anton Z 160
- Zarapkin, Semjon K. Z 205, 268; D 577  
Zawadzki, Aleksander Z 225  
Zisakis, Zisis Z 248  
Zorlu, Fatin Rüstü Z 202, 212

## Zeittafel vom 1. bis zum 15. Juni 1961

### Belgien

6. Juni: Der niederländische Außenminister, Joseph Luns, der luxemburgische Außenminister, Eugène Schaus, und Außenminister Paul-Henri Spaak führen in Brüssel Besprechungen über Fragen der politischen Zusammenarbeit zwischen den EWG-Staaten. Die Minister beauftragen Spaak mit der Ausarbeitung einer gemeinsamen Stellungnahme der drei Benelux-Länder zu diesen Fragen.

### Bolivien

7. Juni: Die Regierung ruft den Belagerungszustand aus. In einer Erklärung begründet sie die Maßnahme damit, daß eine kommunistische Verschwörung aufgedeckt worden sei.

### Bulgarien

13. Juni: Die Regierung gibt die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Afghanistan bekannt.

### China

13.—15. Juni: Der indonesische Präsident, Achmed Sukarno, besucht die Volksrepublik China und führt in Peking Besprechungen mit Staatspräsident Liu Shao-chi, Ministerpräsident Chou En-lai und dem Ersten Sekretär des ZK der KP China, Mao Tse-tung. In einem gemeinsamen Kommuniqué werden die chinesischen Ansprüche auf Taiwan und die indonesischen Ansprüche auf Niederländisch-Neuguinea unterstützt.

### Dänemark

8. Juni: Außenminister Jens Otto Krag erklärt in einer außenpolitischen Debatte im Folketing, Dänemarks Haltung in der Frage eines Anschlusses an die EWG werde weitgehend von der Entscheidung der britischen Regierung beeinflusst werden. Da Großbritannien das Hauptabsatzgebiet für die dänische Wirtschaft sei, werde auch Dänemark dem Gemeinsamen Markt beitreten, wenn Großbritannien diesen Schritt vollziehe. Krag gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Wider-

stand gegen eine rein kommerzielle Lösung in der Form einer Assoziation zwischen der EFTA und der EWG so stark sei, daß es keine Aussichten gäbe, eine derartige Lösung in nächster Zukunft zu verwirklichen. Nach seiner Auffassung könne jedoch ein britischer Anschluß an die EWG auch eine Lösung für diejenigen Länder erleichtern, die glaubten, den EWG-Vertrag nicht akzeptieren zu können.

### Deutschland

1. Juni: Der Vorsitzende des Staatsrates der sogenannten DDR, Walter Ulbricht, erklärt in einem Interview mit dem *Neuen Deutschland*, ein Friedensvertrag mit Deutschland werde in absehbarer Zeit abgeschlossen werden, und zwar entweder mit beiden deutschen Staaten oder aber zwischen der DDR auf der einen und jenen Mächten der Anti-Hitler-Koalition auf der anderen Seite, die einen derartigen Vertrag wünschten. In dieser Frage bestehe grundsätzliches Einvernehmen zwischen der DDR und den Partnern des Warschauer Vertrages. Die Rechtsbasis für den Friedensvertrag sei und bleibe das Potsdamer Abkommen. Ulbricht erklärt, ein Friedensvertrag mit der DDR müsse weder zur Sperrung der Verkehrswege nach West-Berlin noch überhaupt zu Konflikten führen. Es sei lediglich erforderlich, über die Benutzung dieser Verkehrswege die notwendigen vertraglichen Grundlagen mit der DDR zu treffen.

5. Juni: Der amerikanische Unterstaatssekretär im Außenministerium, Foy Kohler, berichtet in Düsseldorf Bundeskanzler Konrad Adenauer über die Wiener Begegnung zwischen dem sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. Chruschtschow, und dem amerikanischen Präsidenten, John F. Kennedy (vgl. S. Z 128, Oesterreich). Am 6. Juni äußert Adenauer vor der CDU/CSU-Fraktion in Bonn die Ueberzeugung, daß für die Sowjetunion die Berlin-Frage nicht erledigt sei. Eine neue Berlin-Aktion der Sowjetunion sei jedoch „für heute oder morgen“ nicht zu erwarten. Adenauer setzt sich ferner für eine



Fortsetzung der amerikanisch-sowjetischen Kontakte auf höchster Ebene ein.

5.—6. Juni: Der schwedische Handelsminister, Gunnar Lange, führt in Bonn mit Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard, Landwirtschaftsminister Werner Schwarz und dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Karl Carstens, einen Meinungsaustausch über Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zwischen der EFTA und der EWG. In einem gemeinsamen Communiqué heißt es, Lange habe bei den Gesprächen auf die besondere Lage jener Staaten hingewiesen, die einen vollen Beitritt zur EWG nicht ins Auge faßten. Von deutscher Seite sei erklärt worden, die Bundesregierung würde einen Beitritt anderer westeuropäischer Staaten zur EWG begrüßen, sie würdige jedoch die Motive jener Länder, die infolge ihrer speziellen Lage einen Beitritt nicht für möglich halten.

12. Juni: Bundespresseschef Felix von Eckardt erklärt in Bonn zu dem sowjetischen Deutschland-Memorandum vom 4. Juni (vgl. S. D 370 ff.), in der Frage des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes könne es für die Bundesregierung keinen Kompromiß geben. Die Grundgedanken des Memorandums, die völkerrechtliche Anerkennung der deutschen Spaltung, die „Freie Stadt West-Berlin“ und die Ablehnung des Selbstbestimmungsrechtes, seien für die Westmächte und die Bundesrepublik unannehmbar.

Der österreichische Außenminister, Bruno Kreisky, und Bundesaußenminister Heinrich von Brentano führen in Bad Kreuznach abschließende Besprechungen über den deutsch-österreichischen Finanz- und Ausgleichsvertrag. In einem Communiqué heißt es, beide Seiten seien übereingekommen, daß die Bundesrepublik auf Grund des Vertrages, der alle aus der Kriegs- und Nachkriegszeit schwebenden Fragen regelt, an Oesterreich 321 Millionen DM zahlen werde.

14. Juni: Der Bundestag verabschiedet einstimmig eine EntschlieÙung, in der die Bundesregierung aufgefordert wird, gemeinsam mit ihren westlichen Verbündeten eine Ostpolitik zu führen, mit deren

Hilfe die Wiedervereinigung erreicht werden könne. Die Bundesregierung wird ferner ersucht, alle Möglichkeiten zu einer Normalisierung der wirtschaftlichen, humanitären und kulturellen Beziehungen zu den Ländern des Ostblocks zu prüfen und dem Außenpolitischen Ausschuß über entsprechende Maßnahmen zu berichten.

15. Juni: Der Vorsitzende des Staatsrates der sogenannten DDR, Walter Ulbricht, befürwortet auf einer Pressekonferenz in Ost-Berlin die in dem sowjetischen Deutschland-Memorandum vom 4. Juni (vgl. S. D 370 ff.) enthaltenen Vorschläge zur Deutschland- und Berlin-Frage. Er fordert insbesondere eine Neutralisierung West-Berlins. Nach den Worten Ulbrichts setzt ein derartiger neutraler Status die Schließung aller Flüchtlingslager, die Auflösung des Senders Rias und vor allem eine auf Verträgen mit der DDR beruhende Regelung des Luftverkehrs von und nach West-Berlin voraus. Der Grenzverkehr über die dann durch Berlin verlaufende „Staatsgrenze“ sollte durch Vereinbarungen zwischen der DDR und den West-Berliner Behörden so geregelt werden, daß nur noch rechtmäßige Uebertritte möglich seien.

### Dominikanische Republik

1. Juni: Präsident Joaquin Balaguer nennt Rafael L. Trujillo, den Sohn des ermordeten Generalissimo, Rafael Leonidas Trujillo y Molina (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 114), zum Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Am 3. Juni kündigt Balaguer auf einer Pressekonferenz in Ciudad Trujillo freie Wahlen an und setzt sich für die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit allen „freien“ Ländern der Organisation Amerikanischer Staaten ein. Er stellt ferner einen energischen Kampf gegen den Kommunismus in Aussicht.

### Frankreich

1. Juni: Der prowestliche laotische Ministerpräsident, Boun Oum, führt in Paris Besprechungen mit Außenminister Maurice Couve de Murville. Am 6. Juni treffen die beiden Politiker erneut zu einer Unterredung über die Laos-Frage zusammen.

2. Juni: Der amerikanische Präsident, John F. Kennedy, beendet einen dreitägigen Besuch, in dessen Verlauf er in Paris Besprechungen mit Staatspräsident Charles de Gaulle führte. In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, der Besuch sei ein Beweis für die engen und freundschaftlichen Beziehungen, welche die Geschichte der beiden Länder traditionsgemäß kennzeichneten. Bei der Erörterung der wichtigsten Fragen der gegenwärtigen Weltlage sei grundlegende Übereinstimmung erzielt worden (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 353). Auf einer Pressekonferenz betont Kennedy die Notwendigkeit einer gemeinsamen Verteidigung des Westens und setzt sich für engere Konsultationen der Westmächte ein. Kennedy gibt ferner der Hoffnung Ausdruck, daß sein bevorstehendes Zusammentreffen mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten (vgl. S. Z 128, Oesterreich) zu einer Klarstellung der gegenseitigen Standpunkte und zu einem Fortschritt auf den gegenwärtig in Genf stattfindenden Konferenzen über Laos und die Einstellung der Kernwaffenversuche beitragen möge.

Ein Sprecher der Provisorischen Regierung der Republik Algerien (GPRA) erklärt auf einer Pressekonferenz in Genf, die Sahara und Algerien bildeten eine untrennbare Einheit. Erst nach der Entdeckung der Erdölvorkommen in der Sahara im Jahre 1956 habe Frankreich damit begonnen, dieses Gebiet administrativ von dem übrigen Algerien zu trennen. Der Kampf des algerischen Volkes gelte der Souveränität des ganzen Territoriums. Der Sprecher unterstreicht, daß die Nutzung der Bodenschätze in der Sahara vor allem Afrika zugute kommen müsse. Die GPRA sei jedoch bereit, in dieser Frage mit den Nachbarstaaten des Maghreb wie auch mit Frankreich sowie anderen Staaten zusammenzuarbeiten, vorausgesetzt, diese würden die territoriale Integrität Algeriens anerkennen.

4. Juni: Staatspräsident Charles de Gaulle richtet ein Schreiben an den deutschen Bundeskanzler, Konrad Adenauer, in dem er über seine Besprechungen mit dem amerikanischen Präsidenten, John F. Kennedy, berichtet.

Das Staatsoberhaupt von Kambodscha, Norodom Sihanouk, appelliert in einem in Grasse an der Riviera veröffentlichten Kommuniqué an die drei laotischen Führer, Boun Oum, Souvanna Phouma und Soupha Nowong, entweder in Phnom Penh oder in Nizza zu Gesprächen über die Zukunft von Laos zusammenzukommen.

5. Juni: Der amerikanische Außenminister, Dean Rusk, berichtet in Paris Staatspräsident Charles de Gaulle über die Wiener Gespräche zwischen dem sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. Chruschtschow, und dem amerikanischen Präsidenten, John F. Kennedy (vgl. S. Z 128, Oesterreich).

5.—7. Juni: Der israelische Ministerpräsident, David Ben Gurion, führt in Paris Besprechungen mit Staatspräsident Charles de Gaulle und Premierminister Michel Debré.

7. Juni: General Charles Ailleret wird als Nachfolger von General Fernand Gambiez zum Oberkommandierenden in Algerien ernannt.

7.—10. Juni: Der Präsident der Elfenbeinküste, Félix Houphouët-Boigny, führt in Paris Besprechungen mit Staatspräsident Charles de Gaulle und Premierminister Michel Debré.

13. Juni: Die am 20. Mai eröffnete Konferenz von Evian (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 115 f.) wird vorläufig unterbrochen. Algerienminister Louis Joxe erklärt vor der Presse, angesichts der in den letzten beiden Wochen immer deutlicher gewordenen Unmöglichkeit, die Meinungen einander anzunähern, sei die Unterbrechung beschlossen worden. Allen Beteiligten soll Gelegenheit gegeben werden, die strittigen Fragen neu zu überdenken. Als Hauptprobleme nennt Joxe die Garantien für die europäische Minderheit, die Sahara und die Einstellung der Feindseligkeiten.

14. Juni: Der Außenminister der Provisorischen Regierung der Republik Algerien (GPRA), Belkassam Krim, erklärt in Genf, die Unterbrechung der Konferenz in Evian sei ausschließlich auf französische Initiative hin erfolgt. Er wirft der französischen Seite vor, sie habe statt über das Selbstbestimmungsrecht des algerischen Volkes



über die Beziehungen zwischen Algerien und Frankreich verhandeln wollen.

### Ghana

1. Juni: Aus Protest gegen die portugiesische Politik in Angola sperrt die Regierung alle Häfen und Flugplätze für portugiesische Schiffe und Flugzeuge und untersagt die Einfuhr portugiesischer Güter.

### Großbritannien

2.—3. Juni: Der israelische Ministerpräsident, David Ben Gurion, führt in London Besprechungen mit Premierminister Harold Macmillan und Außenminister Lord Home.

4.—5. Juni: Der amerikanische Präsident, John F. Kennedy, berichtet anlässlich eines privaten Besuches in London Premierminister Harold Macmillan über seine Gespräche mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten in Wien (vgl. S. Z 128, Oesterreich) und dem französischen Staatspräsidenten in Paris (vgl. S. Z 125, Frankreich). In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, die beiden Gesprächspartner hätten ferner Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Entwicklungshilfe sowie die Abrüstungsfrage und die Deutschland-Frage erörtert. In der Laos-Frage begrüßen sie die bei den Wiener Gesprächen auch von sowjetischer Seite anerkannte Notwendigkeit eines wirksamen Waffenstillstandes. Schließlich bekräftigten sie ihre Entschlossenheit, die Rechte und Verpflichtungen der Alliierten in Berlin zu wahren.

6.—10. Juni: Der Präsident von Mali, Modibo Keita, führt in London Besprechungen mit Premierminister Harold Macmillan.

13. Juni: In London wird der Entwurf einer von Commonwealth-Minister Duncan Sandys und dem südrhodesischen Premierminister, Sir Edgar Whitehead, in den letzten Monaten ausgearbeiteten Verfassung für Südrhodesien veröffentlicht. Nach dem Entwurf verzichtet die britische Regierung auf ihre Interventionsrechte in Südrhodesien. Der afrikanischen Bevölkerung werden in dem 65 Sitze umfassenden Parlament 15 Sitze eingeräumt. Eine Erklärung der Menschenrechte und ein besonderer Verfassungsrat sollen die afri-

kanische Bevölkerung vor Diskriminierung schützen. Der Verfassungsentwurf soll im Juli der vorwiegend weißen Wählerschaft Südrhodesiens zur Abstimmung vorgelegt werden.

Premierminister Harold Macmillan teilt vor dem Unterhaus mit, er habe den Regierungen der Commonwealth-Länder und der EFTA-Staaten Konsultationen über die Frage eines britischen Beitritts zur EWG vorgeschlagen. Er unterstreicht in diesem Zusammenhang, daß die Regierung erst nach Abschluß dieser Erörterungen Beschlüsse über einen eventuellen Beitritt fassen werde.

### Indien

3. Juni: Verteidigungsminister Krishna Menon ruft in einer Rede in Bombay die Bewohner des portugiesischen Territoriums Goa auf, sie sollten sich selbst von ihrem „kolonialen Joch“ befreien. Sie würden dabei vom indischen Volk und von der Weltmeinung unterstützt werden.

### Irak

3. Juni: Die Regierung gibt in einer in Bagdad veröffentlichten Erklärung bekannt, sie werde die neue Südafrikanische Republik wegen ihrer Rassenpolitik nicht anerkennen.

### Italien

4. Juni: Tod des Präsidenten der Liberalen Partei, Raffaello de Caro.

### Japan

6. Juni: Der italienische Außenminister, Antonio Segni, beendet einen einwöchigen Besuch Japans, in dessen Verlauf er in Tokio Besprechungen mit Ministerpräsident Hayato Ikeda und Außenminister Zentaro Kosaka führte. In einem gemeinsamen Kommuniqué bekunden die Gesprächspartner ihren Willen, zu den Bemühungen um eine internationale Entspannung und die Sicherung des Friedens beizutragen. Sie setzen sich ferner für eine Vertiefung der italienisch-japanischen Beziehungen ein.

### Kamerun

1. Juni: Die Regierung reicht bei dem Internationalen Gerichtshof im Haag eine Klage gegen Großbritannien ein, in der

der Vorwurf erhoben wird, die britischen Behörden hätten in unzulässiger Weise in die Vorbereitungen der Volksabstimmung in dem britischen Treuhandgebiet Nord-Kamerun vom 11. Februar eingegriffen (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 48).

### Kongo (Léopoldville)

7. Juni: Der Führer der Union Populaire Angolaise, Roberto Holden, nimmt den Titel „Oberkommandierender der Befreiungsarmee Angolas“ an. Holden erklärt in Léopoldville, die Befreiungsarmee verfüge über 20 000 Mann, und kündigt an, der Freiheitskampf des angolesischen Volkes trete jetzt in seine entscheidende Phase. Der Oberbefehlshaber der UN-Streitkräfte im Kongo, General Sean McKeown, teilt in Léopoldville mit, die Regierung von Katanga habe sich mit der Uebnahme des Befehls über die Katanga-Armee durch Offiziere der Vereinten Nationen einverstanden erklärt.

### Korea

6. Juni: Der Oberste Militärtrat der Republik Korea verkündet ein neues Notstandsrecht, durch das dem Militärtrat weitreichende Vollmachten auf den Gebieten der Gesetzgebung, der Rechtsprechung und der Verwaltung eingeräumt werden. Der Militärtrat entbindet ferner Ministerpräsident Chang Do Young von seinen Pflichten als Verteidigungsminister und Oberbefehlshaber. Neuer Verteidigungsminister wird Generalleutnant Shin Eun Kyun, der am 12. Juni durch Generalmajor Song Yo Chan abgelöst wird. Zum Oberbefehlshaber wird General Kim Chong Oh ernannt.

Der sowjetische Erste Stellvertretende Ministerpräsident, Alexej N. Kossygin, beendet einen achttägigen Besuch der Volksrepublik Korea. In einem gemeinsamen Kommuniqué über die Besprechungen Kossygins mit Ministerpräsident Kim Il Sung wird die völlige Uebereinstimmung der Ansichten über die erörterten Probleme hervorgehoben. Von sowjetischer Seite sei insbesondere der koreanische Vorschlag unterstützt worden, alle ausländischen Truppen sollten aus Süd-Korea abgezogen und bis zur Wiedervereinigung Koreas eine Konföderation zwischen den beiden Teilstaaten geschaffen werden.

### Laos

5. Juni: Der Vorsitzende der Internationalen Kontrollkommission für Laos, Samaranarat Sen, empfiehlt in einem Bericht an die beiden Vorsitzenden der Genfer Laos-Konferenz, die Konferenz von Na Mon (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 107) solle sich in erster Linie mit Verletzungen der Waffenruhe befassen. Sen wendet sich gegen die Erklärung des neutralistischen Ministerpräsidenten Souvanna Phouma und des Führers des Pathet Lao, Soupha Nouwong, sie würden der Kommission nur dann erlauben, sich auf den Schauplatz von Zwischenfällen zu begeben, wenn über die Nützlichkeit einer derartigen Untersuchung und über die Funktionen und Aufgaben der Kommission eine Einigung zwischen den drei laotischen Parteien zustande gekommen sei.

7. Juni: Unter Mißachtung des Waffenstillstandsappells erobern Truppen des Pathet Lao die Ortschaft Padong nordöstlich von Vientiane. Am 9. Juni gibt die Regierung Boun Oum in einem in Vientiane veröffentlichten Kommuniqué bekannt, sie werde wegen der Ereignisse in Padong vorerst nicht mehr an den Besprechungen in Na Mon teilnehmen.

### Marokko

2. Juni: König Hassan II. bildet eine neue Regierung, deren Leitung er selbst übernimmt. Außenminister wird Muhammed Bin Al-Hasan Al-Wazzani, Verteidigungsminister Mahjubi Ahadan.

2.—5. Juni: Der Präsident von Mali, Modibo Keita, führt in Rabat Besprechungen mit König Hassan II.

### Norwegen

5.—6. Juni: Im Storting findet eine Debatte über die Probleme der wirtschaftlichen Integration Europas statt. Außenminister Halvard Lange setzt sich dafür ein, die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit in Europa in einen umfassenderen atlantischen Rahmen zu stellen. Er erklärt, der EWG-Vertrag enthalte keine politischen Verpflichtungen, die mit der politischen Bündnisfreiheit eines Mitgliedstaates unvereinbar wären. In der Debatte geben Sprecher aller Parteien



ihren politischen und wirtschaftspolitischen Bedenken gegen einen Beitritt zur EWG Ausdruck, betonen jedoch, der endgültige Standpunkt Norwegens sei von den Entschlüssen Großbritanniens abhängig.

### Oesterreich

2. Juni: Der finnische Staatspräsident, Urho Kekkonen, beendet einen fünftägigen Besuch in Oesterreich, in dessen Verlauf er in Wien Besprechungen mit Bundespräsident Adolf Schärf und Mitgliedern der Bundesregierung führte.

3.—4. Juni: In Wien findet ein Treffen zwischen dem sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. Chruschtschow, und dem amerikanischen Präsidenten, John F. Kennedy, statt. Die beiden Regierungschefs führen einen Meinungsaustausch über Fragen der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, die Lage in Laos, die Einstellung der Kernwaffenversuche, das Abrüstungsproblem und die Deutschland-Frage. In einem gemeinsamen Kommuniqué werden die Gespräche als nützlich bezeichnet. In einem Abschlusssommuniqué vereinbaren die Gesprächspartner, in Kontakt zu bleiben. (Vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 344.) Der Pressechef des Weißen Hauses, Pierre Salinger, erklärt auf einer Pressekonferenz, bei den Kontakten sei an Zusammenkünfte auf allen Ebenen gedacht. Ein weiteres Treffen der beiden Staatsmänner sei zur Zeit nicht geplant. Dagegen würden sich die Außenminister beider Länder in nächster Zeit häufiger treffen.

6. Juni: Bundeskanzler Alphons Gorbach erklärt vor Journalisten in Wien, Oesterreich werde bei der Uebernahme des Vorsizes im EFTA-Rat am 1. Juli eine neue Initiative zu einer Annäherung an die EWG ergreifen. Eine Vollmitgliedschaft Oesterreichs in der EWG sei jedoch nicht möglich. Gorbach befürwortet enge Kontakte seines Landes mit den anderen neutralen Mitgliedstaaten der EFTA, um eine auch für die neutralen Länder akzeptable Form der Zusammenarbeit mit der EWG zu finden.

7.—9. Juni: In Wien findet ein Ordentlicher Kongreß der SPÖ statt. Vizekanzler Bruno Pittermann befürwortet die Fort-

setzung der bisherigen Regierungspolitik in Zusammenarbeit mit der ÖVP. Der Parteitag bestätigt die Führungsgremien der Partei in ihrer bisherigen Zusammensetzung und verabschiedet eine Resolution, in der die SPÖ ein Bekenntnis zur Neutralität und den im Staatsvertrag festgelegten Verpflichtungen ablegt. Weiter heißt es, bei der künftigen wirtschaftlichen Integration Europas müsse die Neutralität gewahrt bleiben.

### Sansibar und Pemba

1. Juni: In dem unter britischem Protektorat stehenden Sultanat Sansibar und Pemba findet eine Wiederholung der im Januar erfolgten Wahlen statt, die notwendig wurde, da nach dem Ausgang des ersten Wahlganges keine Regierung gebildet werden konnte. Aus den Wahlen gehen die National-Partei und die Afro-Shirazi-Partei wiederum mit je zehn Sitzen und die Volkspartei mit drei Sitzen hervor. Während der Wahlen kommt es zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Arabern und Afrikanern, die mehr als 50 Tote und rund 350 Verletzte fordern. Am 4. Juni bildet der Führer der Volkspartei, Scheich Mohammed Shamte Hamadi, zusammen mit Politikern der National-Partei eine Koalitionsregierung.

### Schweiz

15. Juni: Die Vereinigte Bundesversammlung wählt Hans Schaffner zum Nachfolger von Bundesrat Max Petitpierre.

### Sowjetunion

2. Juni: Der Ministerpräsident von Somalia, Abdullahi Issa Mahmoud, beendet einen zehntägigen Besuch in der Sowjetunion, in dessen Verlauf er in Moskau Besprechungen mit Ministerpräsident Nikita S. Chruschtschow führte. In einem gemeinsamen Kommuniqué stellen beide Seiten die Uebereinstimmung ihrer Ansichten über eine allgemeine und vollständige Abrüstung, die friedliche Koexistenz und die völlige Beseitigung des Kolonialismus fest und unterstützen den Vorschlag, Afrika zu einer kernwaffenfreien Zone zu machen. Während des Besuches werden Abkommen über kulturelle und technische Zusammenarbeit abgeschlossen.

3. Juni: Die Westmächte weisen in ähnlichen Noten eine sowjetische Demarche vom 15. April zurück, in der die Sowjetregierung gegen den Beschluß der deutschen Bundesregierung protestiert hatte, die zentrale Bankenaufsichtsbehörde in West-Berlin einzurichten. Sie erklären, der Beschluß der Bundesregierung verstoße nicht gegen den Viermächtestatus von Berlin und weisen darauf hin, daß sie entschlossen seien, an diesem festzuhalten.

5.—13. Juni: Der indonesische Präsident, Ahmed Sukarno, besucht die Sowjetunion und führt in Moskau Besprechungen mit Ministerpräsident Nikita S. Chruschtschow. In einem gemeinsamen Kommuniqué bezeichnen die beiden Staatsmänner eine Abrüstung unter wirksamer Kontrolle als das wichtigste Problem der Weltpolitik. Sie setzen sich ferner für eine Strukturänderung der Vereinten Nationen und die Aufnahme der Volksrepublik China in die Weltorganisation ein. Von sowjetischer Seite werden die indonesischen Ansprüche auf Niederländisch-Neuguinea unterstützt. Während des Besuches wird von den Verteidigungsministern, Rodion I. Malinowski und General Abdul Haris Nasution, ein Protokoll über sowjetische Waffenlieferungen an Indonesien unterzeichnet.

6.—8. Juni: Der neutralistische laotische Ministerpräsident, Souvanna Phouma, und der Führer des Pathet Lao, Soupha Nouvong, führen in Moskau mit Ministerpräsident Nikita S. Chruschtschow Besprechungen über die Laos-Frage.

8. Juni: Die Regierung protestiert in Noten an die drei Westmächte und die Bundesrepublik Deutschland gegen Sitzungen gesetzgebender Körperschaften der Bundesrepublik in West-Berlin. In den Noten heißt es, derartige Sitzungen stellen eine widerrechtliche Einmischung in die Angelegenheiten West-Berlins dar und gefährdeten die „Normalisierung“ der Lage West-Berlins. Sie seien unnötige Provokationen und beeinträchtigten „die Wahrung der Ruhe im Zentrum Europas“.

10. Juni: Die Nachrichtenagentur TASS veröffentlicht in Moskau Memoranden zum Deutschland- und Berlin-Problem und zur Frage der Einstellung der

Kernwaffenversuche, die Ministerpräsident Nikita S. Chruschtschow dem amerikanischen Präsidenten, John F. Kennedy, am 4. Juni in Wien übergeben hatte. In dem Memorandum zur Deutschland-Frage fordert die Regierung den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Schaffung einer entmilitarisierten freien Stadt West-Berlin. Sie schlägt die sofortige Einberufung einer Friedenskonferenz und Verhandlungen zwischen der DDR und der Deutschen Bundesrepublik vor. (Vgl. S. D 370 ff.) In dem Memorandum zur Kernwaffenfrage wird erneut ein Triumvirat an der Spitze des Exekutivorgans der zu schaffenden Kontrollbehörde gefordert und eine Verschmelzung der Konferenz über die Einstellung der Kernwaffenversuche mit Verhandlungen über eine allgemeine und vollständige Abrüstung vorgeschlagen. (Vgl. S. D 365 ff.)

15. Juni: Ministerpräsident Nikita S. Chruschtschow fordert in einem von Rundfunk und Fernsehen übertragenen Bericht über seine Wiener Begegnung mit dem amerikanischen Präsidenten, John F. Kennedy (vgl. S. Z 128, Oesterreich), den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Umwandlung West-Berlins in eine Freie Stadt. Er beschuldigt die Westmächte, sie seien nicht zu ernsthaften Verhandlungen in der Abrüstungsfrage bereit (vgl. S. D 373 ff.).

### Spanien

3. Juni: Staatschef Generalissimo Francisco Franco Bahamondes erklärt anläßlich der Eröffnung der Cortes, die Feinde Portugals seien auch die Feinde Spaniens. Spanien unterstütze die berechtigten Unabhängigkeitsbestrebungen der afrikanischen Völker, diese müßten jedoch in Frieden und Ordnung verwirklicht werden. Er erklärt in diesem Zusammenhang, Spanien sei fest gewillt, seine Besitzungen in Nord- und Zentralafrika zu verteidigen.

15. Juni: Staatschef Generalissimo Francisco Franco Bahamondes lehnt in einem Interview mit dem amerikanischen Verleger William R. Hearst entschieden die Notwendigkeit einer NATO-Mitgliedschaft Spaniens ab und erklärt, Spanien sei durch seine Militärabkommen mit den Vereinig-



ten Staaten und Portugal ausreichend gesichert.

### Thailand

7. Juni: Ministerpräsident Sarit *Thanarat* erklärt in Bangkok vor Journalisten, er lehne die Einsetzung einer Koalitionsregierung in Laos ab, da dies früher oder später zu einer kommunistischen Machtübernahme führen werde.

### Tschechoslowakei

2.—6. Juni: Der Ministerpräsident von Somalia, Abdullahi Issa *Mahmoud*, besucht die Tschechoslowakei und führt in Prag Besprechungen mit Ministerpräsident Viliam *Siroky*. Die Gesprächspartner unterzeichnen Abkommen über kulturelle und technische Zusammenarbeit und setzen sich in einem gemeinsamen Kommuniqué für eine Lösung der Abrüstungsfrage ein.

### Tunesien

11.—12. Juni: Der Präsident von Mali, Modibo *Keita*, führt in Tunis Besprechungen mit Staatspräsident Habib *Bourguiba*. In einem gemeinsamen Kommuniqué wird die Sahara als integrierender Teil des afrikanischen Territoriums bezeichnet und jeder Anspruch einer fremden Macht auf diese mißbilligt. Die beiden Präsidenten begrüßen ferner die Aufnahme algerisch-französischer Verhandlungen in Evian.

### Vereinigte Arabische Republik

3.—10. Juni: Der Präsident Zyperns, Erzbischof Myiarthes *Makarios*, besucht die Vereinigte Arabische Republik und führt in Kairo Besprechungen mit Präsident Gamal Abdel *Nasser*. In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, die beiden Staatsmänner hätten politische, wirtschaftliche und kulturelle Fragen sowie die Entwicklung im Mittleren Osten und die Aussichten auf eine engere Zusammenarbeit der Länder dieser Region erörtert. Beide Seiten seien sich darin einig, daß die legitimen Rechte der Palästina-Araber in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen wiederhergestellt werden müßten.

13. Juni: Die Regierung erklärt im amtlichen Mitteilungsblatt in einem Neudruck der Ausgabe vom 4. Mai, die Eröffnung eines Konsulats der sogenannten DDR in

Damaskus (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 109) bedeute keine völkerrechtliche Anerkennung der DDR.

14. Juni: Präsident Gamal Abdel *Nasser* führt in Kairo eine Unterredung mit dem irakischen Außenminister, Hashim *Jawad*. *Jawad* erklärt nach dem Gespräch, man habe die zur Zeit ausgezeichneten Beziehungen zwischen den beiden Ländern sowie Fragen von gesamtarabischem Interesse erörtert.

### Vereinigte Staaten

5. Juni: Der Oberste Bundesgerichtshof entscheidet, daß die Smith-Akte von 1940 sowie die Subversive Activities Control-Akte von 1950 und die in dieser geforderte Registrierung der Kommunistischen Partei den in der Verfassung garantierten Freiheitsrechten nicht widersprechen.

6. Juni: Präsident John F. *Kennedy* berichtet in einer Rundfunk- und Fernsehansprache über seine Gespräche mit dem französischen Staatspräsidenten, Charles *de Gaulle* (vgl. S. Z 125, Frankreich), dem sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow* (vgl. S. Z 128, Oesterreich), und dem britischen Premierminister, Harold *Macmillan* (vgl. S. Z 126, Großbritannien). Er bezeichnet seine Gespräche mit *de Gaulle* als zutiefst ermutigend, weil sich gezeigt habe, daß die aufgetretenen Meinungsverschiedenheiten im Verhältnis zu den gemeinsamen Ueberzeugungen bedeutungslos geworden seien. Sein Zusammentreffen mit *Chruschtschow* habe zu keinerlei Uebereinkunft oder geheimen Absprachen geführt. Es sei auch nicht versucht worden, die bestehenden Gegensätze zu verharmlosen. *Kennedy* äußert die Hoffnung, daß nach der Wiener Begegnung die Möglichkeit von Mißverständnissen verringert worden sei. (Vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 345 ff.)

Der Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Roswell L. *Gilpatric*, erklärt auf einer Pressekonferenz in Washington, der Westen würde zur Abwehr eines massiven kommunistischen Angriffs auf Europa atomare Waffen einsetzen, ohne Rücksicht darauf, ob der Gegner zuerst derartige Waffen verwende. Dies sei nach wie vor die gültige Doktrin der NATO. Bei den

Plänen der Regierung über „begrenzte Kriege“ gehe es nicht um eine Verringerung der nuklearen, sondern um eine Verstärkung der konventionellen Rüstung.

8.—12. Juni: Der Präsident des Kongo (Brazzaville), Fulbert Youlou, besucht die Vereinigten Staaten und führt in Washington Besprechungen mit Präsident John F. Kennedy. In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, die Gesprächspartner hätten einen Meinungsaustausch über internationale Fragen geführt. Youlou habe dem amerikanischen Präsidenten ferner die langfristigen wirtschaftlichen Probleme des Kongo vorgetragen.

9. Juni: Ein Sprecher des Außenministeriums weist den sowjetischen Protest vom 8. Juni (vgl. S. Z 129, Sowjetunion) zurück und erklärt, es sei unverständlich, wieso routinemäßige Tagungen eines freien demokratischen Parlaments als Provokationen ausgelegt werden könnten.

Die Regierung appelliert in einer Note an die sowjetische Regierung, ihren Einfluß für die Einhaltung des Waffenstillstandes in Laos geltend zu machen.

14. Juni: Der Fraktionsführer der Demokraten im Senat, Michael J. Mansfield, schlägt in einer Rede im Senat vor, ganz Berlin in eine freie Stadt unter der Garantie der NATO und des Warschauer Paktes umzuwandeln. Eine internationale Behörde solle die Stadt treuhänderisch verwalten, bis sie wieder Hauptstadt Deutschlands werden könne. Internationalen Friedenstruppen nach dem Muster der UN-Truppen in Palästina würde dann die Kontrolle der Zugangswege nach Berlin übertragen werden. Mansfield regt ferner an, beide Teile Deutschlands sollten diese Abmachung mit unterzeichnen und anteilmäßig zu deren Aufrechterhaltung beitragen. Nach seiner Ueberzeugung könne dies der Anfang eines dauerhaften Friedens in Berlin und der Ueberwindung der deutschen Spaltung sein.

#### Vietnam

14. Juni: Der Präsident der Republik Vietnam, Ngo Dinh Diem, richtet eine persönliche Botschaft an den amerikanischen Präsidenten, John F. Kennedy.

### Internationale Organisationen

#### Organisation der Vereinten Nationen

6.—9. Juni: Der Sicherheitsrat erörtert die Angola-Frage. Die Vertreter Liberias und der Vereinigten Arabischen Republik beschuldigen in der Begründung eines von Liberia, der VAR und Ceylon eingebrachten Resolutionsentwurfes Portugal, es führe in Angola einen rücksichtslosen Kolonialkrieg, dem Tausende von Menschen zum Opfer fielen. Der sowjetische Delegierte, Valerian A. Sorin, wirft Portugal vor, es wolle die Eingeborenen ausrotten, und macht die NATO für die portugiesische Kolonialpolitik verantwortlich. Für den Fall, daß Portugal seine Haltung nicht ändere, fordert er die Anwendung von Sanktionen. Der portugiesische Delegierte, Vasco Garin, lehnt jede Erörterung der Angola-Frage durch den Sicherheitsrat ab, da die UN-Charta jede Diskussion der inneren Angelegenheiten eines Landes untersage. Er weist die Vorwürfe zurück und macht die Union Populaire Angolaise, die er als von den Kommunisten inspiriert

bezeichnet, für den blutigen Terror in Angola verantwortlich. Der französische Delegierte, Armand Bérard, kritisiert, daß der Rat nicht den Bericht der von der Versammlung eingesetzten Untersuchungskommission (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 120) abgewartet habe. Bérard weist die sowjetischen Beschuldigungen zurück und fordert Portugal auf, seine Politik in den überseeischen Gebieten den Erfordernissen der Zeit anzupassen. Auch der britische Delegierte, Sir Patrick Dean, empfiehlt Portugal, seine Politik zu modifizieren. Der amerikanische Vertreter, Charles W. Yost, bedauert die zunehmende Verschlechterung der Lage in Angola und bringt seine Hoffnung zum Ausdruck, daß die portugiesische Regierung die von Ministerpräsident Antonio de Oliveira Salazar in einem Interview am 31. Mai angekündigten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Reformen bald verwirklichen werde. Der Rat verabschiedet zum Abschluß der Debatte mit neun Stimmen bei Stimm-



enthaltung Frankreichs und Großbritanniens die durch einen chilenischen Antrag abgeänderte Resolution Ceylons, Liberias und der Vereinigten Arabischen Republik, in der an frühere Resolutionen der Vollversammlung und des Sicherheitsrates erinnert und Portugal aufgefordert wird, von weiteren Unterdrückungsmaßnahmen abzusehen und die Arbeit der Untersuchungskommission zu unterstützen.

#### Europäische Gemeinschaften

**6. Juni:** Die Kommission der EWG präzisiert in einer Antwort auf eine schriftliche Anfrage des deutschen Abgeordneten Helmut Kalbitzer ihre in dem Communiqué vom 13. April enthaltene Stellungnahme zu der Frage, welche Auswirkungen der Beitritt eines Drittstaates zum Gemeinsamen Markt auf den Vertrag von Rom habe (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 92). Die Kommission erklärt, nach den Verträgen von Rom bestehe zwar die Möglichkeit von Vertragsanpassungen. Dabei könne es sich jedoch nur um solche Anpassungen handeln, die durch die Aufnahme selbst erforderlich werden. Als Beispiele werden die Verteilung der verschiedenen finanziellen Belastungen und die institutionellen Veränderungen (Stimmenzahl, Zahl der Sitze in den Organen usw.) erwähnt. Modifikationen des Vertrages selbst und der politischen und wirtschaftlichen Ziele seien jedoch nicht möglich. Zu der Frage Kalbitzers, ob die Kommission die Assoziierung als eine angemessene und überhaupt mögliche Form der Verbindung mit Großbritannien betrachte, erklärt die Kommission, es stehe ihr nicht zu, für die betreffenden Drittstaaten zu entscheiden, welche Lösung deren Interessen oder deren politischem Willen am besten entspreche.

**12. Juni:** In Brüssel tagt der Rat der EWG. Er billigt die von der Kommission beschlossene Errichtung einer Sondergruppe für die Prüfung von Fragen, die mit der Anwendung des Art. 119 des Vertrages zusammenhängen, und verabschiedet eine Verordnung und Richtlinien für die schrittweise Verwirklichung der Freizügigkeit von Arbeitnehmern innerhalb der Gemeinschaft. Der Rat setzt ferner seinen Gedankenaustausch über eine Assoziierung der Niederländischen Antillen fort und ge-

nehmt den Entwurf des Assoziierungsabkommens mit Griechenland.

#### Europäische Konferenz der Verkehrsminister (CEMT)

**2. Juni:** Das Presse- und Informationsamt der deutschen Bundesregierung teilt mit, der Ministerrat der CEMT habe auf seiner XIII. Tagung am 30. und 31. Mai in Wien insbesondere aktuelle verkehrspolitische Probleme wie die finanzielle Lage der europäischen Eisenbahnen erörtert. Der Rat habe beschlossen, die Standardisierung des rollenden Eisenbahnmateriels im Hinblick auf neue technische und kommerzielle Entwicklungen zu prüfen, und gefordert, eine einheitliche Straßenverkehrsordnung in den Ländern der CEMT einzuführen.

#### Nordatlantikpakt-Organisation

**1. Juni:** Der amerikanische Präsident, John F. Kennedy, erklärt in einer Rede vor dem Ständigen NATO-Rat in Paris anlässlich seines Besuches in der französischen Hauptstadt (vgl. S. Z 125, Frankreich), die NATO dürfe ihre Aufgabe nicht allein in der Sicherheit des Vertragsgebietes sehen, sondern sie müsse auch prüfen, wie der Westen in anderen Gebieten der Welt eine bedeutsame Rolle spielen könne. Kennedy unterstreicht, daß die Stärke und die Produktivität des Westens eine Voraussetzung für die Sicherung der Freiheit seien. Kennedy bekräftigt ferner die feierliche Verpflichtung der Vereinigten Staaten, Westeuropa, das für die Sicherheit der Vereinigten Staaten von lebenswichtiger Bedeutung sei, zu verteidigen.

**5. Juni:** Der amerikanische Außenminister, Dean Rusk, berichtet dem Ständigen NATO-Rat über die Wiener Gespräche zwischen dem sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. Chruschtschow, und dem amerikanischen Präsidenten, John F. Kennedy (vgl. S. Z 128, Oesterreich).

#### Organisation Amerikanischer Staaten (OAS)

**5. Juni:** Die Sanktionskommission des Rates der OAS beschließt in Washington, eine aus Vertretern Argentiniens, Mexikos, Panamas, Uruguays und der Vereinigten Staaten bestehende Untersuchungskommis-

sion nach der Dominikanischen Republik zu entsenden. Die Kommission soll die Lage nach der Ermordung von Generalissimo Rafael Leonidas Trujillo y Molina untersuchen (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 114, Dominikanische Republik) und die Möglichkeiten für eine Aufhebung der am 20. August 1960 beschlossenen wirtschaftlichen und politischen Sanktionen prüfen.

### Westeuropäische Union

**1. Juni:** In London wird nach fünftägiger Dauer der erste Teil der Siebten Sitzungsperiode der Versammlung der Westeuropäischen Union beendet. Im Mittelpunkt der Debatten stand das Problem des britischen Beitritts zu den Europäischen Gemeinschaften. Der deutsche Bundesaußenminister, Heinrich von Brentano, legte als amtierender Präsident des Rates den 6. Jahresbericht vor und wies in einer Rede auf die zentrale Bedeutung der Beziehungen zwischen Großbritannien und den sechs Staaten der EWG hin. Im Namen des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten unterbreitete der britische Abgeordnete Mathew einen Bericht über die für einen Beitritt Großbritanniens zur EWG notwendigen Maßnahmen. In einer von der Versammlung gebilligten Empfehlung wird der Rat aufgefordert, Verhandlungen zwischen den sieben Mitgliedstaaten und der EWG-Kommission zur Vorbereitung eines Abkommens für den Beitritt Großbritanniens einzuleiten. In einer weiteren Empfehlung wird vorge-

schlagen, den politischen Konsultationen innerhalb der EWG regelmäßige Zusammenkünfte des Ministerrates der WEU vorausgehen zu lassen. Die Versammlung diskutierte ferner die Auswirkungen der europäischen Integrationspolitik auf Afrika und regte die Durchführung einer afro-europäischen Regierungskonferenz zur Harmonisierung der wirtschaftlichen Beziehungen Großbritanniens und der EWG-Staaten zu den afrikanischen Ländern an. Die Versammlung erörterte ebenfalls den Stand der europäischen Sicherheit und befürwortete in einer Empfehlung die Aufstellung einer „NATO-Feuerwehr“, die Errichtung eines einheitlichen Oberbefehls im Mittelmeerraum, die Rückgliederung der französischen Flotte in die NATO und eine Koordinierung der Außen- und Wirtschaftspolitik der NATO-Staaten. Der belgische Abgeordnete de la Vallée Poussin berichtete, daß die Rüstungskontrollbehörde bisher nicht in der Lage sei, ihre Tätigkeit in Uebereinstimmung mit den ihr übertragenen Aufgaben durchzuführen, da die meisten Länder noch nicht die für die Durchführung der Inspektionen notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen hätten. In einer von der Versammlung gebilligten Empfehlung werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, die Konvention über Rüstungskontrollmaßnahmen vordringlich zu ratifizieren. Die Versammlung nahm ferner eine Empfehlung und eine Resolution zur Frage der Standardisierung der Rüstung an.

### Internationale Konferenzen

#### Genfer Laos-Konferenz

**2. Juni:** Die in Genf tagende Laos-Konferenz (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 121 f.) wird auf sowjetischen Antrag erneut vertagt, nachdem die Delegierten an den beiden vorausgehenden Tagen ohne Erfolg versuchten, sich über neue Instruktionen an die Internationale Kontrollkommission für Laos zu einigen. Nach der Wiederaufnahme der Verhandlungen am 5. Juni geben die Sprecher der sowjetischen und der britischen Delegation der Hoffnung Ausdruck, daß sich die Wiener Besprechungen zwischen dem sowjetischen Mini-

sterpräsidenten, Nikita S. Chruschtschow, und dem amerikanischen Präsidenten, John F. Kennedy (vgl. S. Z 128, Oesterreich), auf den weiteren Verlauf der Erörterungen auswirken mögen. Der sowjetische Delegationsführer, Georgij M. Puschkin, wiederholt jedoch frühere Beschuldigungen und erklärt, diejenigen seien an der Blockierung der Konferenz schuld, die vereinzelte Verstöße gegen die Waffenruhe in Laos zum Anlaß nähmen, von der Behandlung der Hauptfragen abzulenken. Im übrigen beharrt er darauf, daß entgegen der westlichen Ansicht die Internationale Kontroll-



kommission für Laos keine Instruktionen wünsche. Am 6. Juni unterbreitet die französische Delegation den Entwurf eines Protokolls, in dem eine Anpassung der Genfer Vereinbarungen von 1954 vorgeschlagen wird. So soll die Kontrollkommission auf Verlangen der laotischen Regierung oder eines der drei Kommissionsmitglieder automatisch intervenieren und ihre Beschlüsse mit Stimmenmehrheit fassen können. Der britische und der amerikanische Sprecher begrüßen die französischen Vorschläge. Am 7. Juni beschließen die Westmächte, wegen des erneuten Bruchs des Waffenstillstandes in Laos durch die Truppen des Pathet Lao (vgl. S. Z 127, Laos), vorläufig nicht weiter zu verhandeln. Erst am 12. Juni wird die Konferenz nach einer Aussprache des britischen Außenministers, Lord Home, mit dem sowjetischen Außenminister, Andrej A. Gromyko, fortgesetzt. Auf der Sitzung vom 13. Juni fordert Gromyko die amerikanische Delegation in einer scharfen Erklärung auf, sich endlich zu den sowjetischen Vorschlägen zu äußern. Der indische Delegationsleiter, Verteidigungsminister Krishna Menon, empfiehlt erneut, bei der Regelung der Laos-Frage von dem Abkommen von 1954 auszugehen, das der gegenwärtigen Lage angepaßt werden müßte. In der Frage des Abstimmungsmodus schlägt er vor, die Kommission selbst darüber entscheiden zu lassen, in welchen Fragen ihrer Meinung nach nur einstimmig entschieden werden könne. Am 14. Juni erklärt der neutralistische laotische Ministerpräsident, Souvanna Phouma, die Konferenz solle sich nur mit der Festlegung eines internationalen Status für Laos beschäftigen, während die Wiederherstellung des Friedens Sache der beteiligten Parteien bei den Verhandlungen in Na Mon bleiben müsse. Nach Ansicht Souvanna Phoumas solle der Kommission die Ueber-

wachung des Abzugs fremder Truppen, der Einfuhr von Waffen und Munition und eventuell der nächsten Wahlen obliegen. Die inneren Probleme sollen durch die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit gelöst werden. Diese neue Regierung solle die absolute Neutralität des Landes proklamieren, das keinerlei Militärpakt beitreten dürfe. Am 15. Juni weist der amerikanische Delegationsführer, Averell Harriman, die Beschuldigungen Gromykos zurück und macht die Sowjetunion für die Blockierung der Konferenz verantwortlich.

#### Vorbereitende Zusammenkunft der Konferenz neutraler Staaten in Kairo

5.—13. Juni: In Kairo findet eine Konferenz der Außenminister und Vertreter aus 21 asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Staaten statt, auf der Vorbereitungen für eine „Konferenz blockfreier Staaten“ getroffen werden, die für den 1. September nach Bled in Jugoslawien einberufen werden soll. Als „blockfrei“ sollen diejenigen Staaten angesehen werden, die eine unabhängige Politik der friedlichen Koexistenz befolgen, vorbehaltlos die Befreiungsbewegungen der Völker unterstützen und weder einem Militärpakt noch zwei Verteidigungspakten angehören. Die Konferenz legt ferner eine umfangreiche Tagesordnung fest, deren wichtigste Punkte die Sicherung des Friedens, die Respektierung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, der Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus, die Rassendiskriminierung und die Abrüstung sind. In einer von der Konferenz verabschiedeten Resolution zur Algerien-Frage wird die Hoffnung ausgesprochen, daß die Verhandlungen in Evian (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 114 f., Frankreich) zum Frieden sowie zur Bestätigung der Unabhängigkeit und territorialen Integrität Algeriens führen mögen.

## Zeittafel vom 16. bis zum 30. Juni 1961

### Antarktis

23. Juni: Nach der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden in Washington durch alle zwölf Vertragspartner tritt der am 1. Dezember 1959 unterzeichnete Vertrag über die Antarktis in Kraft.

### Betschuanaland

21. Juni: Der Hohe Kommissar für die britischen Protektoratsgebiete in Südafrika, Sir John Maud, eröffnet in Lobatsi den ersten Gesetzgebenden Rat des Protektorats.

### China

16. Juni: Eine Delegation der Demokratischen Republik Vietnam unter Führung von Ministerpräsident *Pham Van Dong* beendet einen einwöchigen Freundschaftsbesuch der Volksrepublik China, in dessen Verlauf *Pham Van Dong* in Peking Besprechungen mit Ministerpräsident *Chou En-lai* führte. In einem gemeinsamen Kommuniqué betonen die Gesprächspartner die völlige Übereinstimmung ihrer Auffassungen über die wichtigsten internationalen Fragen.

### Deutschland

16. Juni: Die Regierung der sogenannten DDR appelliert in gleichlautenden Noten an die Regierungen der drei Westmächte, einen Friedensvertrag mit „den beiden deutschen Staaten“ abzuschließen, um den Völkern Schutz gegen „die Gefahr neuer Angriffe seitens der deutschen Militaristen und Revanchisten“ zu gewähren.

17. Juni: Bundeskanzler Konrad Adenauer fordert in einer Rede anlässlich des Tages der Deutschen Einheit in Bonn die sowjetische Regierung auf, zu einer gerechten Lösung der deutschen Frage beizutragen. Adenauer erinnert an die schon 1957 von ihm und dem damaligen amerikanischen Präsidenten Dwight D. Eisenhower abgegebene und noch heute gültige Erklärung, der Westen werde aus einer Wiedervereinigung Deutschlands keine einseitigen militärischen Vorteile ziehen und sei bereit, der Sowjetunion in Europa weitgehende Garantien für ihre Sicherheit zu geben.

20. Juni: In dem Gesetzblatt der sogenannten DDR wird eine Anordnung des Ministers für Post- und Fernmeldewesen vom 15. Mai 1961 veröffentlicht, mit der das Mitführen von Luftfunkstellen durch fremde Flugzeuge beim Einfliegen und Verlassen des Luftraumes der DDR ab 1. August für genehmigungspflichtig erklärt wird.

26.—28. Juni: Der Generalsekretär der NATO, Dirk Stikker, führt in Bonn Besprechungen mit Bundeskanzler Konrad Adenauer. In einem gemeinsamen Kommuniqué wird betont, die Weltlage erfordere ein wachsendes Maß politischer Konsultationen und eine immer engere politische Zusammenarbeit zur Verteidigung der freien Welt. In einem Vortrag in der Bonner Universität erklärt Stikker, die NATO-Mitglieder seien einmütig der Auffassung, daß eine Preisgabe Berlins dem westlichen Bündnisystem und damit der freien Welt einen tödlichen Stoß versetzen müßte. Er warnt jedoch davor, über einer festen Haltung in der Berlin-Frage die weltweiten nichtmilitärischen Aufgaben zu übersehen, vor die sich die NATO angesichts der Verlagerung des Konfliktes zwischen der freiheitlichen und der kommunistischen Weltanschauung in außereuropäische Erdteile gestellt sehe.

28. Juni: Bundesinnenminister Gerhard Schröder erklärt in der Fragestunde des Bundestages, die Bundesregierung werde auch in Zukunft in der Südtirol-Frage eine Politik der strikten Nichteinmischung verfolgen. Er gibt zugleich seiner Hoffnung auf eine baldige, Italien wie Oesterreich befriedigende Lösung Ausdruck.

Der Vorsitzende des Staatsrates der sogenannten DDR, Walter Ulbricht, fordert Bundeskanzler Konrad Adenauer und Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier in einem Telegramm auf, unverzüglich Verhandlungen von „Vertretern beider deutscher Staaten“ über „eine Friedensregelung mit Deutschland und Fragen der Wiedervereinigung“ zuzustimmen. Ein Regierungssprecher teilt am gleichen Tage



in Bonn mit, die Bundesregierung werde das Telegramm nicht zur Kenntnis nehmen. In einer Erklärung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 30. Juni wird festgestellt, Verhandlungen über einen Friedensvertrag könnten auf deutscher Seite nur von einer durch freie Entscheidung des gesamten deutschen Volkes gebildeten gesamtdeutschen Regierung geführt werden.

30. Juni: Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier gibt vor dem Bundestag eine Erklärung zur Deutschland-Frage ab, in der er darauf hinweist, daß die Berlin-Frage kein lokales Problem, sondern eine Folge der abnormen, gewaltsam aufrechterhaltenen Teilung Deutschlands sei. Gerstenmaier bekräftigt die gemeinsame Entscheidung des Bundestages vom 1. Oktober 1958 und erklärt, es sei das Gebot der Stunde, daß über das Verfahren zu einem Friedensvertrag mit Deutschland eine Einigung zwischen den Westmächten und der Sowjetunion herbeigeführt werde.

Bundesaußenminister Heinrich von Brentano betont in einer Fernseh-Pressekonferenz, es könne keine isolierte Lösung für Berlin geben. Er erklärt, der Abschluß eines Separatfriedens und eine Bedrohung Berlins könne nur dann verhindert werden, wenn die Westmächte und die Bundesrepublik der Sowjetunion mit aller Deutlichkeit klarmachen, daß sie entschlossen seien, mit allen Mitteln auf diese Aktionen zu reagieren. (Vgl. S. D 400 ff.)

### Finnland

19. Juni: Staatspräsident Urho Kekkonen ernennt den bisherigen Minister für Handel und Industrie, Ahti Karjalainen, zum Nachfolger des am 16. Mai verstorbenen Außenministers, Ralf Törngren. Nachfolger Karjalainens wird Björn Westerlund.

29. Juni: Ministerpräsident Vieno Johannes Sukselainen tritt zurück, nachdem das Oberlandesgericht in Helsinki ihn für schuldig befunden hat, in seiner Eigenschaft als Generaldirektor der finnischen Volkspensionsanstalt an Unregelmäßigkeiten bei der Vergabe von Darlehen zum Wohnungsbau beteiligt gewesen zu sein.

### Frankreich

20.—22. Juni: Der deutsche Bundespräsident, Heinrich Lübke, stattet in Begleitung von Bundesaußenminister Heinrich von Brentano Frankreich einen Staatsbesuch ab. Staatspräsident Charles de Gaulle und Lübke werten in ihren Begrüßungsansprachen und Tischreden den Besuch als ein Zeichen der freundschaftlichen Verbundenheit zwischen ihren Völkern und unterstreichen, daß die deutsch-französische Freundschaft eine Voraussetzung für die Festigung der europäischen und westlichen Zusammenarbeit sei.

27. Juni: Staatspräsident Charles de Gaulle ordnet die Rückkehr einer Division aus Algerien nach dem Mutterland an. Am 28. Juni billigt der Ministerrat einen Plan zur Neuverteilung der Streitkräfte zwischen Algerien und Frankreich. Informationsminister Louis Terrenoire erklärt nach der Kabinettsitzung, Frankreich werde durch diese Maßnahme in Zukunft seinen Verpflichtungen in der NATO besser nachkommen können. Premierminister Michel Debré lehnt am gleichen Tage in einer Regierungserklärung zur Algerien-Frage vor der Nationalversammlung das algerische Angebot, die französische Bevölkerung in Algerien als Minderheit in einem algerischen Staat zu schützen, als ungenügend ab. Als unannehmbar bezeichnet er auch die algerische Forderung, die Sahara mit einem unabhängigen algerischen Staat zu vereinigen. Debré erklärt, Frankreich habe sich zwar für das Selbstbestimmungsrecht der Algerier entschieden, es werde aber andererseits seine Hilfeleistungen einstellen, falls Algerien eine Assoziation mit Frankreich ablehne. Sollte es zu keiner Zusammenarbeit und zu einem Scheitern der Verhandlungen kommen, so könne nur die Trennung der von den Europäern bewohnten Gebietsteile vom übrigen Algerien einen ausreichenden Schutz für die Minderheit und für diejenigen Mohammedaner bilden, die auch in Zukunft Franzosen bleiben wollten.

### Großbritannien

16. Juni: Ein Sprecher des Außenministeriums erklärt in London, entgegen einer Meldung des *Daily Telegraph* erwäge

weder die amerikanische noch die britische Regierung eine Anerkennung des Regimes in der DDR und der Oder-Neiße-Grenze als Tausch gegen Garantien der Sowjetunion in der Berlin-Frage.

17. Juni: Nach Abschluß einer zweiwöchigen Konferenz über die künftige Verfassung des Westindischen Bundes kündigt die Regierung an, sie werde dem Parlament eine Vorlage unterbreiten, nach der diese Gebiete am 31. Mai 1962 die Unabhängigkeit erhalten sollen.

20. Juni: Die Regierung gibt bekannt, sie werde Commonwealth-Minister Duncan Sandys, Luftfahrtminister Peter Thorneycroft und Arbeitsminister John Hare zu Besprechungen über die sich aus einem Beitritt Großbritanniens zur EWG ergebenden Konsequenzen in die Commonwealth-Länder entsenden.

Eine Regierungskommission unter Vorsitz von Lord Munster veröffentlicht in einem Bericht Vorschläge zu einer künftigen Verfassung von Uganda.

21. Juni: Außenminister Lord Home setzt sich in einer Debatte des Oberhauses für einen Beitritt Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt ein. Er erklärt, dieser Schritt sei notwendig, da die Einheit der westlichen Welt angesichts der kommunistischen Bedrohung nicht durch handelspolitische Gegensätze zwischen den europäischen Ländern geschwächt werden dürfe. Lord Home weist ferner darauf hin, daß der 250 Millionen Menschen umfassende europäische Markt für die britische Wirtschaft um so wichtiger sei, da der Absatz britischer Industriegüter im Commonwealth, das selbst schnell industrialisiere, fortlaufend abnehme.

26. Juni: Kolonialminister Iain Macleod gibt im Unterhaus in Abänderung der von der Regierung in ihrem Weißbuch vom 21. Februar (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 57 Großbritannien) veröffentlichten Vorschläge eine neue Wahlordnung für Nordrhodesien bekannt.

27. Juni: Die Regierung weist den sowjetischen Protest vom 26. April gegen die Errichtung militärischer Anlagen der deutschen Bundeswehr auf britischem Boden (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 99, Sowjet-

union) zurück. In der Note heißt es, Großbritannien habe als souveräner Staat das Recht, der deutschen Bundesrepublik, einem befreundeten und verbündeten Staat, Übungsplätze anzubieten, um die Verteidigungskapazität der NATO zu stärken.

Premierminister Harold Macmillan betont in der Debatte des Unterhauses, seine Regierung denke nicht daran, die bestehenden Verpflichtungen gegenüber Berlin in irgendeiner Weise zu modifizieren. Zu diesen Verpflichtungen gehöre auch die Erhaltung der Freiheit der West-Berliner. Er erklärt, die sowjetische Regierung müsse begreifen, daß der Westen entschlossen sei, die Freiheit West-Berlins zu verteidigen, und daß er keine Vorschläge unterstützen könne, die damit unvereinbar seien. Nur auf dieser Grundlage könnten sowjetische Vorschläge erörtert werden. (Vgl. S. D 396 ff.).

29. Juni: Ein Regierungssprecher erklärt in London zu der am 20. Juni veröffentlichten Anordnung über den Flugdienst der Regierung der sogenannten DDR (vgl. S. Z 135, Deutschland), durch derartige Anordnungen würden weder militärische noch zivile Flüge alliierter Flugzeuge durch die Luftkorridore nach Berlin berührt, da diese Flüge der alliierten Luftsicherheitszentrale unterständen.

#### Irak

25. Juni: Ministerpräsident General Abdul Karim Kassem erklärt auf einer Pressekonferenz in Bagdad, das seit dem 19. Juni unabhängige Scheichtum Kuwait (vgl. S. Z 139, Kuwait) bilde einen integrierenden Bestandteil des Iraks. Kuwait sei zur Zeit des türkischen Reiches ein Teil der Provinz Basra gewesen, was Großbritannien vor und nach Abschluß des Vertrages von 1899 auch wiederholt anerkannt habe. Kassem betont, sein Land anerkenne keinen „gefälschten Vertrag“, der Kuwait ähnlich dem Vertrag von 1899 von den „Imperialisten“ aufgezwungen werde.

#### Irland

21. Juni: Außenminister Sean F. Lemass teilt vor dem Parlament mit, die Regierung führe gegenwärtig mit den EWG-



Staaten einen informatorischen Gedanken-  
austausch über einen eventuellen Beitritt  
oder eine Assoziation an die EWG. Die  
Regierung hoffe, bei diesen Sondierungen  
für Irland eine Sonderregelung zu erlan-  
gen, da eine strikte Anwendung des EWG-  
Vertrages in einem unterentwickelten Land  
wie Irland Störungen hervorrufen würde.

### Italien

16. Juni: In Südtirol verschärfen sich die  
Spannungen zwischen der deutschsprachi-  
gen Bevölkerung und den italienischen  
Behörden. Es werden eine Reihe von  
Sprengstoffanschlägen auf öffentliche Ver-  
sorgungseinrichtungen verübt. Am 18.  
Juni werden zwei Südtiroler von Wacht-  
posten erschossen. Am 22. Juni erklärt  
Innenminister Mario Scelba in der Kam-  
mer, Leitgedanken der italienischen Süd-  
tirol-Politik seien nach wie vor: 1. die Un-  
antastbarkeit der Staatsgrenze, 2. die Be-  
reitschaft, eventuelle Mängel in der Aus-  
führung des Gruber-de Gasperi-Abkom-  
mens zu beseitigen, und 3. der Wille, im  
Rahmen der geltenden Verfassungsord-  
nung die Vollmachten der lokalen Organe  
in Südtirol zu vergrößern.

### Jordanien

28. Juni: Die Regierung von Ministerprä-  
sident Bahjat Talhouni tritt zurück. Am  
29. Juni bildet Talhouni ein neues Kabi-  
nett, in dem er selbst das Außenministe-  
rium übernimmt. Zum Verteidigungsmini-  
ster wird Wasfi Mirza ernannt.

### Jugoslawien

17. Juni: Der indonesische Präsident, Ach-  
med Sukarno, beendet dreitägige Bespre-  
chungen mit Staatspräsident Josip Broz  
Tito in Belgrad. In einem gemeinsamen  
Communiqué geben die Gesprächspart-  
ner ihrer Ueberzeugung Ausdruck, daß  
die geplante Konferenz neutraler Staaten  
(vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 134) zu einer  
Verbesserung der Weltlage beitragen  
werde. Sie begrüßen ferner die Vertiefung  
der indonesisch-jugoslawischen Beziehun-  
gen, wie sie in dem Abschluß des während  
des Besuches unterzeichneten Abkommens  
über technische Zusammenarbeit zum Aus-  
druck gekommen sei.

Der Präsident von Indonesien, Achmed  
Sukarno, von Mali, Modibo Keita, und  
Staatspräsident Josip Broz Tito führen in  
Belgrad einen Meinungsaustausch über  
die internationale Lage. In einer gemein-  
samen Erklärung bringen die drei Staats-  
männer ihre Ueberzeugung zum Ausdruck,  
daß die geplante Konferenz neutraler  
Staaten (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 134)  
zu einer Stärkung des Einflusses dieser  
Länder beitragen werde.

17.—23. Juni: Der Präsident von Mali,  
Modibo Keita, besucht Jugoslawien und  
führt in Belgrad und Brioni Besprechun-  
gen mit Staatspräsident Josip Broz Tito.  
In einem gemeinsamen Communiqué be-  
kräftigen die beiden Staatsmänner die Er-  
klärung vom 17. Juni (vgl. oben). Sie  
setzen sich ferner für die Wiederaufnahme  
der Verhandlungen über die Unabhängig-  
keit und territoriale Integrität Algeriens  
ein und verurteilen die Rassenpolitik der  
südafrikanischen Regierung.

### Kanada

25.—26. Juni: Der japanische Minister-  
präsident, Hayato Ikeda, führt in Ottawa  
Besprechungen mit Premierminister John  
Diefenbaker. In einem gemeinsamen Kom-  
muniqué geben die Gesprächspartner die  
Schaffung eines japanisch-kanadischen Kom-  
itees zur Intensivierung der Handels-  
beziehungen bekannt.

### Kongo (Léopoldville)

22. Juni: Der am 26. April von der Zen-  
tralregierung verhaftete Ministerpräsident  
der Provinz Katanga, Moise Tshombé,  
wird aus der Haft entlassen. Auf einer  
Pressekonzferenz in Léopoldville teilt  
Tshombé mit, er habe mit dem Oberbe-  
fehlshaber der Armee, General Joseph  
Mobutu, ein Abkommen geschlossen, nach  
dem Mobutu auch den Befehl über die  
Armee des Katanga übernehmen und  
diese reorganisieren werde. Am 24. Juni  
unterzeichnen Tshombé und der Minister-  
präsident der Zentralregierung, Joseph  
Iléo, in Léopoldville ein Uebereinkommen,  
nach dem die Grenzen zwischen dem Ka-  
tanga und dem übrigen Kongo aufgehoben  
werden. Am 28. Juni erklärt Tshombé je-  
doch vor dem Parlament des Katanga, er

werde die Unabhängigkeit des Katanga mit allen Mitteln verteidigen. Am 29. Juni unterstreicht er auf einer Pressekonferenz in Elisabethville, die mit der Zentralregierung getroffenen Vereinbarungen seien rein wirtschaftlicher Art.

### Korea

16.—22. Juni: Eine Delegation der Demokratischen Republik Vietnam unter Führung von Ministerpräsident *Pham Van Dong* besucht die Volksrepublik Korea und führt in Pjöng-jang Besprechungen mit Ministerpräsident *Kim Il Sung* und anderen Regierungsmitgliedern. In einem gemeinsamen Kommuniqué betonen die Gesprächspartner die völlige Übereinstimmung ihrer Ansichten in allen besprochenen Fragen.

22. Juni: Bei einer Umbildung des bisher nur aus Offizieren bestehenden Kabinetts (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 116 f.) werden der ehemalige Botschafter in Tokio und London, *Kim Yung Tai*, zum Finanzminister und der Dekan der Juristischen Fakultät der Universität von Söul, *Shin Tai Whan*, zum Wiederaufbauminister ernannt.

### Kuwait

19. Juni: Das britische Protektorat über das Scheichtum wird mit der Aufhebung des aus dem Jahre 1899 stammenden Schutzvertrages beendet. Die künftigen Beziehungen zwischen Kuwait und Großbritannien werden in einem Freundschafts- und Beratungsabkommen geregelt, nach dem über gemeinsam interessierende Fragen besondere Konsultationen vorgesehen sind, während eine militärische Unterstützung Kuwaits nur auf ausdrücklichen Wunsch geleistet werden soll.

26. Juni: Scheich Abdullah al Salim al Sabah weist in einer Erklärung die irakischen Ansprüche auf das Scheichtum (vgl. S. Z 137, Irak) zurück und bekräftigt seine Entschlossenheit, die Unabhängigkeit des Landes zu verteidigen.

### Mongolische Volksrepublik

22.—26. Juni: Eine Regierungsdelegation der Demokratischen Republik Vietnam unter Führung von Ministerpräsident *Pham Van Dong* besucht die Mongolische

Volksrepublik und führt in Ulan Bator Besprechungen mit Ministerpräsident *Yumzhagin Tsedenbal* und anderen Partei- und Regierungsmitgliedern. Im Verlauf des Besuches unterzeichnen die Ministerpräsidenten einen Freundschaftsvertrag. In einem gemeinsamen Kommuniqué stellen die Gesprächspartner die völlige Übereinstimmung ihrer Ansichten über die wichtigsten internationalen Fragen fest.

### Niederlande

16. Juni: Der britische Lordsiegelbewahrer, Edward Heath, beendet einen zweitägigen Aufenthalt im Haag, in dessen Verlauf er mit Ministerpräsident *Jan de Quay* und Außenminister *Joseph Luns* einen Gedankenaustausch über die sich aus einem eventuellen Beitritt Großbritanniens zur EWG ergebenden Probleme führte. In einem Kommuniqué heißt es, Großbritannien müsse sowohl den Interessen des Commonwealth als auch seinen Verpflichtungen gegenüber der EFTA Rechnung tragen. Von niederländischer Seite wird hervorgehoben, daß es möglich sein sollte, diese Verpflichtungen zu berücksichtigen, ohne daß dadurch die Grundsätze der Verträge von Rom verletzt würden.

22. Juni: Der belgische Ministerpräsident, Théo Lefèvre, führt im Haag mit Ministerpräsident *Jan de Quay* einen Gedankenaustausch über Möglichkeiten für eine Vertiefung der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit der Benelux-Länder.

### Polen

26.—27. Juni: In Warschau tagt das Plenum des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. Das Plenum erörtert die Arbeit der Volksräte. In einer Entschließung werden Richtlinien für die künftige Arbeit der Räte aufgestellt.

### Portugal

30. Juni: Ministerpräsident Antonio Oliveira de Salazar spricht sich vor der Nationalversammlung gegen die Gewährung der Unabhängigkeit an die überseeischen Provinzen aus. Er erklärt, die Regierung werde ihre Anstrengungen zur Verteidigung dieser Gebiete fortsetzen. Salazar übt in diesem Zusammenhang heftige



Kritik an der Afrika-Politik der Vereinigten Staaten und beschuldigt sie, sie bekämpften zwar den Kommunismus in Europa, verfolgten in Afrika jedoch eine Politik, die sich nicht von der der Sowjetunion unterscheide. Den Appell des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 9. Juni (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 131 f.) weist er als Einmischung in die Rechte einer souveränen Nation zurück.

### Schweiz

19.—22. Juni: Nach dreitägigen vorbereitenden Gesprächen finden in Zürich Besprechungen über eine Lösung der Laos-Krise zwischen den Führern der laotischen Parteien, *Boun Oum*, *Souwanna Phouma* und *Soupha Nouvong*, statt. In einem gemeinsamen Kommuniqué teilen die Gesprächspartner mit, sie hätten sich auf ein Programm der Nationalen Einheit geeinigt, das der Schaffung eines friedlichen, neutralen, unabhängigen, demokratischen, einheitlichen und prosperierenden Laos dienen solle. Die Vereinbarung über die Feuereinstellung wird bekräftigt und ein Zusammenschluß der Streitkräfte der drei rivalisierenden Parteien angekündigt. Auf außenpolitischem Gebiet bekennen sich die Gesprächspartner zu den fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz und dem Grundsatz der militärischen Bündnisfreiheit. Als wichtigste Aufgabe wird die Bildung einer gemeinsamen Delegation bei der Genfer Laos-Konferenz bezeichnet. Die zukünftige Regierung der Nationalen Einheit solle aus Vertretern der drei Parteien bestehen und durch den König von Laos, *Savang Vathana*, ernannt werden.

20. Juni: Das deutsche Mitglied der EWG-Kommission, Hans von der Groeben, bedauert in einem Vortrag in Montreux, daß in der Diskussion über einen Anschluß weiterer Länder an die EWG immer mehr die falsche Alternative Beitritt oder Assoziation aufgestellt werde. Vom Standpunkt der EWG aus sei nur eine grundsätzliche Bedingung zu stellen: daß der Beitritt oder die Assoziation nicht zu einer Schwächung der Gemeinschaft führen dürfe. Alle anderen Fragen, z. B. die der Zugeständnisse an neue Mitglieder, seien in diesem Licht zu prüfen.

24. Juni: Der italienische Außenminister, Antonio Segni, und der österreichische Außenminister, Bruno Kreisky, beraten in Zürich über die Südtirol-Frage. Die Verhandlungen enden ergebnislos. In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, von österreichischer Seite sei darauf verwiesen worden, daß nur die Gewährung der vollen Regionalautonomie für die Provinz Bozen eine zufriedenstellende Regelung des Problems herbeiführen könne. Die von Italien angebotene Delegation von Verwaltungsbefugnissen könne von österreichischer Seite nicht als befriedigend angesehen werden. Weiter wird in dem Kommuniqué mitgeteilt, da bei den Verhandlungen keine Einigung erzielt worden sei, sei von österreichischer Seite vorgeschlagen worden, in Übereinstimmung mit der Resolution der Vollversammlung der Vereinten Nationen vom 31. Oktober 1960 eine internationale Untersuchungskommission an Ort und Stelle zu entsenden. Dagegen sei von italienischer Seite eine Anrufung des Internationalen Gerichtshofes befürwortet worden.

### Somalia

20. Juni: Bei einer Volksabstimmung wird die neue Verfassung mit 1 760 540 Stimmen bei 182 911 Gegenstimmen gebilligt.

### Sowjetunion

19. Juni: In Moskau tagt das Plenum des ZK der KPdSU. Die Delegierten erörtern einen Bericht von Ministerpräsident Nikita S. Chruschtschow über den Entwurf eines Parteiprogramms und einen Bericht des Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten, Frol Koslow, über den Entwurf eines Parteistatuts. Das Plenum billigt einstimmig den Entwurf des Parteiprogramms und stimmt im Prinzip dem Entwurf des Parteistatuts zu.

21. Juni: Ministerpräsident Nikita S. Chruschtschow fordert in einer Rede aus Anlaß des 20. Jahrestages des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion in Moskau erneut den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und kündigt an, die Sowjetunion und „andere friedliche Staaten“ würden Ende des Jahres einen Friedensvertrag mit der DDR abschließen. In der

Abrüstungsfrage wirft *Chruschtschow* den Westmächten vor, sie seien in Wirklichkeit nicht an erfolgreichen Verhandlungen interessiert. Sollten die Westmächte an ihrer starren Politik festhalten, so werde die Sowjetunion ihre Militärausgaben erhöhen und ihre Streitkräfte verstärken müssen, um den Frieden und die friedliche Koexistenz zu gewährleisten. *Chruschtschow* warnt die Vereinigten Staaten vor einer Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche, da dann auch die Sowjetunion ihre Versuche wieder aufnehmen werde.

26. Juni: Staatspräsident Leonid *Breschnjow* und Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* versichern in einer Botschaft an den Vorsitzenden des Staatsrates der sogenannten DDR, Walter *Ulbricht*, und Ministerpräsident Otto *Grotewohl*, sie würden alles unternehmen, damit noch vor Ende dieses Jahres ein Friedensvertrag mit Deutschland zustande komme.

28. Juni: Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* erklärt in einer Rede auf einem sowjetisch-vietnamesischen Freundschaftstreffen in Moskau, nach der Verwirklichung der sowjetischen Deutschland-Vorschläge (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 370 ff.) werde es keine Blockade West-Berlins geben. Freie Verbindungen nach West-Berlin würden aufrechterhalten bleiben, allerdings müßten entsprechende Abkommen mit der DDR abgeschlossen werden.

#### Tschechoslowakei

24. Juni: Im Rahmen einer Regierungs-umbildung übernimmt der bisherige Landwirtschaftsminister, Lubomir *Strougal*, das Innenministerium. Der bisherige Innenminister, Rudolf *Barak*, bleibt stellvertretender Ministerpräsident. Zum neuen Landwirtschaftsminister wird Vratislav *Krutina* ernannt.

#### Tunesien

20. Juni: Die Provisorische Regierung der Republik Algerien (GPRA) bedauert in einem in Tunis veröffentlichten Communiqué die Unterbrechung der Konferenz von Evian (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 125, Frankreich) und erklärt ihre Bereitschaft, die Verhandlungen innerhalb der von der

französischen Delegation vorgesehenen Frist wieder aufzunehmen.

30. Juni: Die Provisorische Regierung der Republik Algerien (GPRA) protestiert in einer in Tunis veröffentlichten Erklärung gegen französische Drohungen mit einer Teilung Algeriens (vgl. S. Z 136, Frankreich). In der Erklärung heißt es, die Teilung stelle eine Absage an das Selbstbestimmungsrecht und die Politik der Entkolonialisierung dar und würde eine Verschlimmerung des Konflikts sowie eine unabsehbare Verlängerung des Krieges bedeuten.

#### Vereinigte Arabische Republik

17. Juni: Der Präsident von Mali, Modibo *Keita*, beendet einen sechstägigen Aufenthalt in der Vereinigten Arabischen Republik, in dessen Verlauf er in Kairo Besprechungen mit Präsident Gamal Abdel *Nasser* führte. In einem gemeinsamen Communiqué setzten sich die beiden Staatsmänner für eine Politik der afrikanischen Solidarität auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet ein.

#### Vereinigte Staaten

16. Juni: Der italienische Ministerpräsident, Amintore *Fanfani*, und Außenminister Antonio *Segni* beenden einen fünftägigen Besuch der Vereinigten Staaten, in dessen Verlauf sie in Washington Besprechungen mit Präsident John F. *Kennedy* und Außenminister Dean *Rusk* führten. In einem gemeinsamen Communiqué heißt es, die Gesprächspartner hätten die Notwendigkeit einer Stärkung der NATO auf militärischem, politischem und wirtschaftlichem Gebiet sowie einer Erweiterung der westlichen Konsultationen betont. Sie hätten sich ferner für eine Fortführung der internationalen Bemühungen um ein Abrüstungsabkommen und für weitere Fortschritte in der europäischen Integration eingesetzt. Bei der Erörterung von Fragen der Entwicklungshilfe sei von italienischer Seite eine Beteiligung bei der Verwirklichung von Entwicklungsprogrammen im Rahmen der Möglichkeiten zugesagt worden.

Der Generalsekretär der NATO, Dirk *Stikker*, beendet dreitägige Besprechungen mit



Präsident John F. *Kennedy* in Washington. *Stikker* erklärt auf einer Pressekonferenz, er habe mit *Kennedy* u. a. Fragen der NATO-Strategie, der Ausrüstung mit konventionellen und nuklearen Waffen sowie Möglichkeiten für eine Erweiterung der politischen Konsultationen innerhalb der NATO erörtert. Dabei habe man eine weitgehende Übereinstimmung der Ansichten festgestellt.

Der britische Außenminister, Lord *Home*, beendet einen dreitägigen Besuch in Washington, in dessen Verlauf er Besprechungen mit Außenminister Dean *Rusk* führte. Nach den Besprechungen erklärte Lord *Home*, Großbritannien und die Vereinigten Staaten seien in der Laos-Frage, der Berlin-Frage und der Frage der Kernwaffenversuche einer Meinung. Seine Besprechungen mit *Rusk* hätten das Ziel gehabt, die Politik ihrer Regierungen aufeinander abzustimmen. Auf die Berlin-Frage eingehend, unterstrich Lord *Home*, jede Lösung, die West-Berlin betreffe, müsse in gleicher Weise auch auf den Ostsektor angewandt werden. Es könne in diesem Zusammenhang keine Rede davon sein, daß über die Rechte der westlichen Besatzungsmächte in West-Berlin verhandelt werde. Ueber sie gebe es nichts zu verhandeln, sie verständnen sich von selbst.

Präsident John F. *Kennedy* erklärt in einer Rede vor der Nationalen Konferenz für die Internationale Wirtschaftliche und Soziale Entwicklung in Washington, das Auslandshilfeprogramm lege im Gegensatz zu früheren Programmen mehr Gewicht auf die langfristige Hilfe (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 233 ff.). Er räumt ein, daß in der Vergangenheit die Auslandshilfe nicht immer richtig eingesetzt worden sei, kündigt jedoch an, die Vereinigten Staaten würden solche Regierungen nicht mehr unterstützen, die nicht bereit seien, sich selbst zu helfen und wirtschaftliche und soziale Reformen durchzuführen.

17. Juni: Die Regierung macht in ihrer Antwort auf das sowjetische Memorandum über die Einstellung der Kernwaffenversuche vom 4. Juni (vgl. Dokumente Jg. 1961,

S. D 365 ff.) die Sowjetunion für den wenig aussichtsreichen Stand der Genfer Konferenz über die Einstellung der Kernwaffenversuche verantwortlich und fordert sie auf, unverzüglich zum Abschluß eines Abkommens beizutragen. In der Note wird der sowjetische Vorschlag einer Verschmelzung der Genfer Verhandlungen mit allgemeinen Abrüstungsverhandlungen als völlig unannehmbar abgelehnt und davor gewarnt, den Abschluß eines Abkommens weiter hinauszuzögern. Die Vereinigten Staaten könnten das Risiko einer unkontrollierten Einstellung der Kernwaffenversuche nicht auf unbegrenzte Zeit übernehmen. (Vgl. S. D 399 f.)

19. Juni: Präsident John F. *Kennedy* und der Präsident der Interamerikanischen Entwicklungsbank, Felipe *Herrera*, unterzeichnen in Washington ein Abkommen, auf Grund dessen die Bank mit der Verwaltung eines Interamerikanischen Fonds für den sozialen Fortschritt in Höhe von 395 Millionen Dollar betraut wird.

19.—25. Juni: Der japanische Ministerpräsident, Hayato *Ikedä*, und Außenminister Zentaro *Kosaka* besuchen die Vereinigten Staaten und führen in Washington Besprechungen mit Präsident John F. *Kennedy* und Außenminister Dean *Rusk*. In einem gemeinsamen Kommuniqué bekräftigen die Gesprächspartner ihre Entschlossenheit, zur Erhaltung des Friedens und der Autorität der Vereinten Nationen beizutragen. Es heißt in dem Kommuniqué ferner, beide Seiten hätten beschlossen, sich über Mittel und Wege zur Festigung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Asien zu konsultieren. Weiter wird die Schaffung eines amerikanisch-japanischen Wirtschaftskomitees auf Ministerebene bekanntgegeben.

19.—30. Juni: Der stellvertretende sowjetische Außenminister und Delegierte bei den Vereinten Nationen, Valerian A. *Zorin*, und der Leiter des Amtes für Abrüstungsfragen, James J. *McCloy*, führen in Washington Besprechungen über die Wiederaufnahme der am 27. Juni 1960 abgebrochenen Zehnmächte-Abrüstungskonferenz.

Die Gespräche sollen am 17. Juli in Moskau fortgesetzt werden.

**20. Juni:** Präsident John F. Kennedy richtet eine persönliche Botschaft an den Präsidenten der Vereinigten Arabischen Republik, Gamal Abdel Nasser.

**22. Juni:** Außenminister Dean Rusk bekräftigt auf einer Pressekonferenz in Washington, daß die Rechte der Westmächte in Berlin von der sowjetischen Regierung nicht einseitig aufgehoben werden könnten. Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten hätten gewisse fundamentale Verpflichtungen zur Verteidigung der Freiheit der West-Berliner Bevölkerung übernommen. Zur Erfüllung dieser Verpflichtung ständen westliche Truppen in West-Berlin und würden dort bleiben. (Vgl. S. D 395 f.)

Der Ständige Vertreter der Vereinigten Staaten bei den Vereinten Nationen, Adlai E. Stevenson, beendet eine achtzehntägige Informationsreise durch zehn latein-amerikanische Staaten. Am 23. Juni erklärt Stevenson nach einer Unterredung mit Präsident John F. Kennedy vor der Presse in Washington, die wirtschaftliche und soziale Lage in Lateinamerika sei heute schlechter als bei seiner letzten Reise durch diese Länder im vergangenen Jahr. Als Hauptursachen für diese Verschlechterung nennt er die starke Geburtenzunahme, die niedrige Produktivität, soziale Ungerechtigkeit, die niedrigen Ausfuhrpreise für die exportierten Rohstoffe sowie die zunehmenden Forderungen nach Sozialleistungen. Jedoch sei in Lateinamerika die Erkenntnis gewachsen, daß soziale Reformen notwendig seien.

**23. Juni:** Das Komitee „Traktoren für die Freiheit“ (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 119, Vereinigte Staaten) gibt den Abbruch aller Verhandlungen bekannt und beschuldigt den kubanischen Ministerpräsidenten, Fidel

Castro, er habe seine ursprünglichen Vorschläge rückgängig gemacht.

**26. Juni:** Präsident John F. Kennedy ernannt den früheren Stabschef der Armee, General Maxwell Taylor, zu seinem militärischen Berater.

**28. Juni:** Präsident John F. Kennedy weist in einer auf einer Pressekonferenz in Washington abgegebenen Erklärung die sowjetischen Vorschläge zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zurück, da sie nicht zu einer Sicherung des Friedens, sondern zu einer Verewigung der Spaltung Deutschlands führen würden. Kennedy warnt die Sowjetunion vor einer Unterschätzung der Entschlossenheit der Westmächte, die Freiheit und Sicherheit der Bevölkerung West-Berlins zu verteidigen. (Vgl. S. D 398 f.) Kennedy nimmt in einer weiteren Erklärung zur Kernwaffenfrage Stellung und teilt ferner mit, er habe eine Gruppe von Wissenschaftlern mit einer Untersuchung darüber beauftragt, ob und in welchem Umfang die Sowjetunion in den letzten Jahren Kernwaffenversuche durchgeführt hätte. (Vgl. S. D 399 f.)

**29.—30. Juni:** Der Verteidigungsminister in der laotischen Regierung Boun Oum, Phoumi Nosavan, führt in Washington Besprechungen mit Präsident John F. Kennedy, Außenminister Dean Rusk und Verteidigungsminister Robert S. McNamara.

Ein Sprecher des Außenministeriums erklärt zu der am 20. Juni von der Regierung der sogenannten DDR veröffentlichten Anordnung über den Flugdienst (vgl. S. Z 135, Deutschland), die Flüge der westlichen Alliierten in den Luftkorridoren nach Berlin würden von der Anordnung nicht berührt, da diese Flüge durch die Viermächte-Abkommen aus dem Jahre 1945 geregelt seien.

## Internationale Organisationen

### Organisation der Vereinten Nationen

**21. Juni:** Der Untersuchungsausschuß über Fragen der Reorganisation des Sekretariats schlägt in einem Bericht vor, wenigstens

100 weitere Schlüsselposten innerhalb des Sekretariats mit Beamten aus Ländern des Ostblocks und eine größere Zahl von Posten mit Asiaten und Afrikanern zu be-

setzen. Nach Ansicht des Ausschusses seien diese Veränderungen notwendig, um die „geographische Gleichheit“ innerhalb des Sekretariats zu gewährleisten.

### Internationale Arbeitsorganisation (ILO)

29. Juni: In Genf wird nach dreiwöchiger Dauer die 45. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz beendet, zu deren Präsidenten der birmesische Industrieminister, *U Raschid*, gewählt wurde. Auf der Konferenz wurden der Jahresbericht des Generaldirektors des Internationalen Arbeitsamtes, *David A. Morse*, und Fragen der Arbeitszeitverkürzung, der Arbeiterwohnungen, allgemeine Beschäftigungsprobleme sowie Fragen der Gleichbehandlung von in- und ausländischen Arbeitskräften erörtert. Im Verlauf der Tagung wurden Kuwait, Mauretanien und Sierra Leone als neue Mitglieder aufgenommen. Die Konferenz verabschiedete eine Reihe von Empfehlungen und Entschlüssen. In einer Empfehlung werden die Regierungen sowie die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen aufgefordert, sich für die Schaffung ausreichenden Wohnraums für die Arbeitnehmer einzusetzen. In einer ergänzenden Resolution wird an die Regierungen der Industrieländer appelliert, die Bereitstellung von Wohnraum für die Arbeitskräfte als unerlässlichen Bestandteil des industriellen Aufbaus in den Entwicklungsländern zu betrachten. In einer weiteren Resolution werden die Mitgliederregierungen aufgefordert, das Hauptziel aller Sozial- und Wirtschaftspolitik in der frei gewählten Vollbeschäftigung zu sehen. In einer Entschlüsselung über wirtschaftliche und technische Hilfe wird an die Mitgliedstaaten appelliert, die wirtschaftliche und soziale Expansion in den Entwicklungsländern zu fördern. Die Konferenz nahm ferner mit 163 Stimmen bei 89 Enthaltungen eine Resolution an, in der die südafrikanische Rassenpolitik verurteilt und als unvereinbar mit den Zielen der ILO bezeichnet wird und die südafrikanische Regierung aufgefordert wird, aus der ILO auszutreten. Während der Tagung wurde am 13. Juni das Internationale Institut für Arbeitsstudien in Genf eröffnet.

### Arabischer Verteidigungsrat

18. Juni: Der Arabische Verteidigungsrat beendet in Kairo eine achttägige Konferenz. In einem Abschlußkommuniqué heißt es, die Konferenz habe sich mit den Berichten der arabischen Stabschefs und den Empfehlungen der Liga der Arabischen Staaten über die militärischen und politischen Aspekte der Palästina-Frage befaßt. Sie habe völlige Übereinstimmung erzielt.

### Europäische Freihandels-Assoziation

26. Juni: Das Assoziationsabkommen zwischen den sieben Mitgliedstaaten der EFTA und Finnland tritt in Kraft.

27.—28. Juni: In London tagt der Rat der EFTA unter dem Vorsitz des britischen Handelsministers, *Reginald Maudling*. Der Rat billigt den ersten Jahresbericht. Er erörtert die Frage einer Beschleunigung des Zollabbaus und beschließt, daß sich das Beschleunigungstempo des Zollabbaus nach den entsprechenden Schritten der EWG richten solle. Der Rat befaßt sich weiter mit der Frage der Beziehungen zur EWG. In einer gemeinsamen Erklärung heißt es, alle EFTA-Länder seien bereit, zur Verwirklichung eines integrierten europäischen Marktes über das Stockholmer Abkommen hinausgehende Verpflichtungen zu übernehmen, wenn auch einige von ihnen keine Verpflichtungen politischer Natur eingehen könnten. Bei eventuellen Verhandlungen über eine Mitgliedschaft in der EWG oder eine Assoziierung müsse die EFTA ihre Geschlossenheit bewahren. Die EFTA müsse mindestens solange aufrechterhalten werden, bis befriedigende Lösungen gefunden seien, die es allen EFTA-Staaten ermöglichen, sich an einem integrierten europäischen Markt zu beteiligen.

29. Juni: In London findet unter Vorsitz von *Sir Edgar Cohen* die erste Tagung des Gemeinsamen Rates der EFTA-Finnland-Assoziation statt. In einem Kommuniqué heißt es, der Rat habe die notwendigen Maßnahmen zur Abstimmung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den acht Ländern ergriffen.



### Europäische Gemeinschaften

19.—24. Juni: In Straßburg findet eine europäisch-afrikanische Parlamentarierkonferenz statt, an der neben den Abgeordneten des Europäischen Parlaments Parlamentarier aus den 15 mit der EWG assoziierten Staaten Afrikas und aus Madagaskar teilnehmen. Die Konferenz erörtert institutionelle Fragen, handelspolitische Probleme sowie Aspekte der künftigen finanziellen und technischen Hilfe. Der deutsche Abgeordnete Walter Scheel setzt sich für eine regionale Entwicklungspolitik ein, die es vermeide, wirtschaftliche Abhängigkeitsverhältnisse zu schaffen und die eine Alternative zu einer globalen, aber wirkungsschwachen Entwicklungspolitik darstelle. Der Präsident der EWG-Kommission, Walter Hallstein, weist darauf hin, daß eine zielstrebige Entwicklungspolitik unabhängig von jeder planwirtschaftlichen Doktrin wirtschaftliche Strukturpläne voraussetze, um durch gezielte Starthilfen die Voraussetzungen für die Selbsthilfe der afrikanischen Völker zu schaffen. Der belgische Abgeordnete Jean Duviolsart fordert wirksamere Präferenzen für die afrikanischen Produkte auf dem Gemeinsamen Markt. In einem Bericht über Probleme des Entwicklungsfonds empfiehlt der französische Abgeordnete Alain Peyrefitte eine bedeutende Erhöhung der finanziellen Mittel des Entwicklungsfonds der EWG. Die Konferenz verabschiedet zum Abschluß der Debatten fünf Empfehlungen, in denen Vorschläge für die künftige Gestaltung der Assoziation der afrikanischen Staaten und Madagaskars unterbreitet werden. In einer Entschließung über die politischen und institutionellen Formen der Zusammenarbeit wird als Ziel der Assoziation die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den assoziierten Staaten und die Herstellung enger Wirtschaftsbeziehungen zwischen ihnen und der EWG bezeichnet. Es werden die Errichtung eines paritätisch zusammengesetzten Assoziationsrates und einer Versammlung sowie die Schaffung von direkten Vertretungen der assoziierten Staaten bei der EWG und die Einrichtung eines Schiedsgerichtshofes vorgeschlagen. In einer

Empfehlung zu Wirtschafts- und Handelsfragen werden Vorschläge zu einer Intensivierung des Warenaustausches und zur Zusammenarbeit für die wirtschaftliche Entwicklung und Planung der assoziierten Staaten gemacht. Zwei weitere Empfehlungen betreffen die wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit und den Entwicklungsfonds. In einer fünften Empfehlung fordert die Konferenz das Europäische Parlament und die Parlamente der assoziierten Staaten auf, sich für die Verwirklichung dieser Empfehlungen einzusetzen.

26. Juni: In Straßburg tagt der Ministerrat der EWG auf der Ebene der Verkehrsminister. Der Rat erörtert eine Denkschrift der Kommission über die Grundausrüstung der gemeinsamen Verkehrspolitik, die er an die ständigen Vertreter zur näheren Ueberprüfung überweist.

26.—29. Juni: In Straßburg tagt das Europäische Parlament. Der Präsident der EWG-Kommission, Walter Hallstein, legt den vierten Gesamtbericht der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vor. In dem Bericht wird eine neue zusätzliche Senkung der Zölle für Ende 1961 als notwendig und möglich bezeichnet. Besondere Aufgabe der europäischen Organe sei es, die Freizügigkeit nicht nur für den Handel, sondern auch für die Produktionsfaktoren zu schaffen und dafür die Rechtsgrundlagen auszuarbeiten. In diesem Zusammenhang wird auf die Vorschläge zur Agrar-, Energie- und Verkehrspolitik verwiesen. Das Parlament unterstützt mit einer einstimmig angenommenen Entschließung den Vorschlag der Kommission, die Binnenzölle zum Jahresende auf 20 vH zu senken. In der politischen Debatte wird heftige Kritik an dem Plan eines politischen Sekretariats geübt. Dieser ziele darauf ab, die Integration durch lockere zwischenstaatliche Zusammenarbeit zu ersetzen. In seiner politischen Entschließung erklärt sich das Parlament mit regelmäßigen Zusammenkünften der sechs Regierungschefs einverstanden unter der Voraussetzung, daß die Exekutiven der Gemeinschaft daran beteiligt werden. Das Parlament diskutiert die Jahresberichte der Hohen Behörde der EGKS und der Kommission der EAG.

### Europäische Bewegung

16.—17. Juni: In Brüssel findet ein Kongreß der Europäischen Bewegung statt. Die Delegierten wählen einstimmig den französischen Abgeordneten Maurice Faure zum Nachfolger des bisherigen Präsidenten Robert Schuman. Der Kongreß verabschiedet ein Tätigkeitsprogramm, in dem

auf die Notwendigkeit hingewiesen wird, rasch eine europäische politische Instanz auf demokratischer Grundlage zu errichten. In einer Grundsatzerklärung heißt es, die Europäische Bewegung setze sich für die Schaffung einer europäischen Gemeinschaft durch die politische, militärische, wirtschaftliche und soziale Integration der europäischen Nationen ein.

### Internationale Konferenzen

#### Genfer Laos-Konferenz

16. Juni: Auf der Genfer Laos-Konferenz (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 133 f.) unterbreitet der französische Delegierte Jean Chauvel neue französische Vorschläge für die künftige Gestaltung der Internationalen Kontrollkommission. Diese soll sich ohne Einmischung in die inneren Angelegenheiten darauf beschränken, Zwischenfälle zu registrieren und über sie Bericht zu erstatten. Am 19. Juni unterstützt der Delegierte Birmas, James Barrington, die französischen Vorschläge und unterstreicht, jede dauerhafte Lösung der Laos-Frage hänge von den Beschlüssen ab, welche die laotischen Politiker selbst trafen. Der kanadische Außenminister, Howard Green, setzt sich dafür ein, daß die Konferenz nun von den grundsätzlichen Erklärungen in das Stadium der Einzelberatungen eintreten solle. Am 20. Juni unterbreitet der amerikanische Delegierte, Averell Harriman, einen Entwurf für ergänzende Bestimmungen zu den französischen Vorschlägen über die Aufgaben der Internationalen Kontrollkommission, nach dem an allen wichtigen Grenzübergängen und Knotenpunkten eine Anzahl von Operationszentren errichtet und die gesamte Ein- und Ausfuhr von Kriegsmaterial sowie die Ein- und Ausreise aller Militärpersonen kontrolliert werden solle. Harriman erklärt, die Vereinigten Staaten seien bereit, ihre Militärberater abzuziehen, sofern die übrigen militärisch engagierten Mächte sich ebenfalls dazu entschlossen. Am 26. Juni lehnt der Außenminister der Volksrepublik China, Chen Yi, in einer scharfen Erklärung die amerikanischen Vorschläge ab und bestreitet unter Hinweis auf die Züricher Beschlüsse

(vgl. S. Z 140, Schweiz) die Notwendigkeit einer Kontrolle der laotischen Neutralität. Am 27. Juni nimmt zum ersten Male seit Beginn der Konferenz ein Vertreter der laotischen Regierung Boun Oum, der ehemalige laotische Ministerpräsident, Phoui Sananikone, an den Beratungen teil. Zugleich kehrt auch die thailändische Delegation in den Konferenzsaal zurück.

#### Konferenz der Präsidenten von Ghana, Guinea und Mali

26.—27. Juni: In Bamako findet eine Konferenz der Präsidenten von Ghana, Kwame Nkrumah, Guinea, Sekou Touré, und Mali, Modibo Keita, statt. Die Präsidenten erörtern Maßnahmen zur weiteren Festigung der Zusammenarbeit zwischen ihren Staaten und führen einen Meinungsaustausch über Fragen der internationalen Politik. In einem gemeinsamen Kommuniqué bekunden sie ihre Entschlossenheit, alle für ihre nationale Befreiung kämpfenden afrikanischen Völker zu unterstützen.

#### Konferenz der Staatschefs von Gabun, Kamerun, Kongo (Brazzaville), der Zentralafrikanischen Republik und Tschad in Bangui

22. Juni: In Bangui in der Zentralafrikanischen Republik findet eine Konferenz der Staatschefs von Gabun, Kamerun, Kongo (Brazzaville), der Zentralafrikanischen Republik und Tschad statt, auf der Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit erörtert werden. In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, die Gesprächspartner seien übereingekommen, im Hinblick auf die schrittweise Errichtung eines gemeinsamen Marktes zwischen ihren Ländern einen gemeinsamen Außenzoll zu errichten.

## Zeittafel vom 1. bis zum 15. Juli 1961

### Albanien

1. Juli: In Tirana wird eine zweitägige Sitzung des Plenums des ZK der Albanischen Arbeiterpartei beendet. Das Plenum erörtert einen Bericht des Ersten Sekretärs des ZK, Enver *Hodscha*, „über die internationale Lage und den Kampf der Partei für die Erhaltung des Friedens“ sowie Fragen der Wirtschaftspolitik. In einer EntschlieÙung stimmt das Plenum dem Bericht *Hodschas* sowie einem Bericht über „Maßnahmen zur weiteren Stärkung der Regierung und der Wirtschaft des Landes“ zu.

### Argentinien

8.—11. Juli: Der Präsident von Uruguay, Eduardo Victor *Haedo*, besucht Argentinien und führt in Buenos Aires Besprechungen mit Präsident Arturo *Frondizi*. In einem gemeinsamen Kommuniqué bekennen sich die beiden Staatsmänner zur Verteidigung der Grundsätze der westlichen Welt und lehnen jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten des amerikanischen Kontinents ab.

### Belgien

5. Juli: Der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, General Lauris D. *Norstad*, führt in Brüssel Besprechungen mit Ministerpräsident Théo *Lefèvre*, Außenminister Paul-Henri *Spaak* und Verteidigungsminister Paul Willem *Segers*. In einem Kommuniqué wird mitgeteilt, *Norstad* habe eine Uebersicht über aktuelle Probleme der NATO gegeben, an die sich ein eingehender Meinungsaustausch angeschlossen habe.

### China

9. Juli: Der Außenminister der Volksrepublik China, *Chen Yi*, beschuldigt in einer Rede in Peking die „amerikanischen Imperialisten“, sie hätten ihre Politik der Aggression und des Krieges nicht aufgegeben. Trotz aller Friedensgesten facten sie immer wieder aggressive örtliche Kriege gegen jene Völker an, die für ihre Befreiung kämpften. Im Verlauf seiner Rede

bekennt sich *Chen Yi* zu den Lehren des Marxismus-Leninismus und zum proletarischen Internationalismus. China werde auch künftig die Moskauer Erklärungen von 1957 und von 1960 (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 38 ff.) befolgen und gemeinsam mit den sozialistischen Völkern für neue Siege der gemeinsamen Sache kämpfen.

10.—15. Juli: Eine Partei- und Regierungsdelegation der Volksrepublik Korea unter Führung von Ministerpräsident *Kim Il Sung* besucht die Volksrepublik China und führt in Peking Besprechungen mit Partei- und Regierungsvertretern. Während des Besuches wird ein Beistands- und Freundschaftsvertrag unterzeichnet. In einem gemeinsamen Kommuniqué unterstützen beide Seiten die Moskauer Erklärungen von 1957 und 1960 (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 38 ff.) und verurteilen den jugoslawischen Revisionismus.

### Deutschland

3. Juli: Der indonesische Verteidigungsminister, General Abdul Haris *Nasution*, beendet einen einwöchigen Informationsbesuch der Bundesrepublik. Bei seinen Gesprächen mit Verteidigungsminister Franz-Josef *Strauß* und anderen Kabinettsmitgliedern erörterte *Nasution* auch Möglichkeiten einer deutschen technischen Militärhilfe.

3.—4. Juli: In Ost-Berlin findet die 13. Plenarsitzung des ZK der SED statt. Das Plenum hört Berichte des Vorsitzenden des Staatsrates der sogenannten DDR, Walter *Ulbricht*, über einen „Friedensplan des deutschen Volkes“, und des Mitglieds des Politbüros, Erich *Honecker*, über die Aufgaben der SED zur Verbesserung der politischen sowie der wirtschaftlichen Lage. Die Delegierten billigen einstimmig die Referate und empfehlen dem Ministerrat, eine Staatliche Plankommission unter Leitung des Rostocker Bezirkssekretärs Karl *Mewis* und einen Volkswirtschaftsrat unter Leitung des Mitglieds des Politbüros Alfred *Neumann* als Organe des Ministerrates zu bilden.



Das Plenum schlägt ferner vor, den bisherigen Vorsitzenden der staatlichen Plankommission, Bruno *Leuschner*, mit der „Koordinierung der wirtschaftlichen Grundaufgaben“ im Präsidium des Ministerrates zu beauftragen.

3.—8. Juli: Der afghanische Ministerpräsident, Sardar Mohammad *Daud*, besucht die Bundesrepublik und führt in Bonn Besprechungen mit Bundeskanzler Konrad *Adenauer* und Bundesaußenminister Heinrich von *Brentano*. In einem gemeinsamen Kommuniqué stellen die Gesprächspartner eine weitgehende Übereinstimmung ihrer Ansichten in wichtigen grundsätzlichen Fragen fest. Von deutscher Seite wird eine finanzielle Unterstützung des zweiten afghanischen Fünfjahresplanes in Aussicht gestellt.

6. Juli: Der Vorsitzende des Staatsrates der sogenannten DDR, Walter *Ulbricht*, legt der Volkskammer einen „Deutschen Friedensplan“ vor, nach dem eine „deutsche Friedenskommission aus Vertretern der Parlamente und Regierungen der beiden deutschen Staaten“ gebildet werden soll. Diese Kommission soll Vorschläge für einen Friedensvertrag und für ein „Abkommen des guten Willens“ ausarbeiten. *Ulbricht* erklärt zu diesen Vorschlägen, unter den gegenwärtigen Bedingungen sei eine Wiedervereinigung Deutschlands nur auf dem Wege über eine Konföderation möglich. Er bestreitet erneut den Westmächten das Recht auf Anwesenheit in West-Berlin und betont, „ein Friedensvertrag mit der DDR würde auf dem gesamten Territorium der DDR, das heißt auch in West-Berlin, die Okkupationsrechte völkerrechtlich eindeutig aufheben“. Die Regierung sei bereit, über die Regelung der aus der „Beseitigung des Besatzungsregimes“ resultierenden Fragen zu verhandeln. Was die Beziehungen der beiden deutschen Staaten und die Wiedervereinigung betreffe, so würde sie jedoch keine Einschränkung ihrer Souveränität dulden. Die Volkskammer verabschiedet einstimmig den Friedensplan (vgl. S. D 422 ff.) und stimmt der Erklärung *Ulbrichts* zu.

8. Juli: Eine Delegation der Vereinigten Arabischen Republik unter Führung von

Vizepräsident Abdel-Latif *el Boghdadi* beendet einen zweiwöchigen Aufenthalt in der Bundesrepublik, in dessen Verlauf *el Boghdadi* am 26. und 27. Juni in Bonn Besprechungen mit Bundeswirtschaftsminister Ludwig *Erhard* führte. Die Gesprächspartner unterzeichneten am 5. Juli ein Protokoll, nach dem die Bundesregierung einen Kredit von 500 Millionen DM für die Durchführung des Euphratdamm-Projektes und weitere Kredite bis zur Höhe von 150 Millionen DM für Infrastrukturprojekte zur Verfügung stellen wird.

9. Juli: Nach einer Mitteilung im *Neuen Deutschland* untersagt der Polizeipräsident von Ost-Berlin, Generalmajor Fritz *Eikemeyer*, in einer Anordnung alle Ost-Berliner Veranstaltungen des Deutschen Evangelischen Kirchentages, der vom 19. bis zum 23. Juli in ganz Berlin stattfinden sollte, da er angeblich als „Veranstaltung des Kalten Krieges“ zu einer Verschärfung der innerdeutschen Lage führe. Das Präsidium des Kirchentages protestiert in einer Erklärung am 11. Juli gegen die Begründung des Verbots und gibt seinen Beschluß bekannt, die Veranstaltungen soweit wie möglich in West-Berlin durchzuführen. Am 13. Juli protestiert die Evangelische Kirchenleitung Berlin-Brandenburg in einem Telegramm an den Ministerpräsidenten Otto *Grotewohl*, gegen das Verbot und verwahrt sich gegen dessen Begründung.

12. Juli: Die Bundesregierung betont in ihrer Antwort auf das sowjetische Deutschland-Memorandum vom 17. Februar (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 169 ff.), daß die Verantwortung für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und damit für die Lösung der Deutschland-Frage in erster Linie bei den vier Großmächten liege, und fordert erneut das Selbstbestimmungsrecht für das ganze deutsche Volk. Die Bundesregierung erklärt ferner ihre Bereitschaft, einem Abkommen über eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung beizutreten. (Vgl. S. D. 436 ff.)

12.—13. Juli: Bundeskanzler Konrad *Adenauer* besucht West-Berlin und führt Besprechungen mit dem Berliner Senat. In

einem Communiqué heißt es, nach einmütiger Auffassung der Bundesregierung und des Senats bildeten folgende fünf Punkte nach wie vor die Grundlage der deutschen Berlin-Politik: 1. Die Anwesenheit der Westmächte in Berlin beruht auf unveränderter Rechtsposition. 2. Die in den vergangenen Jahren erfolgte Eingliederung Berlins in das Rechts-, Finanz- und Wirtschaftssystem des Bundes ist ein Grundpfeiler für die freiheitliche Existenz der Stadt. 3. Der freie Zugang von und nach Berlin darf nicht eingeschränkt werden. 4. Jede Vereinbarung über Berlin darf den eindeutigen Willen der Berliner Bevölkerung nicht unberücksichtigt lassen. 5. Berlin muß weiter Begegnungsstätte der Deutschen bleiben. Auf einer Pressekonferenz lehnt *Adenauer* eine Neutralisierung Deutschlands ab und äußert Bedenken gegen den Gedanken einer 52-Staaten-Konferenz über einen Friedensvertrag mit Deutschland.

#### Dominikanische Republik

2. Juli: Alle Minister mit Ausnahme von Kriegsminister Santos *Melido Marte* treten zurück. In einem gemeinsamen Schreiben an Staatspräsident Joaquin *Balaguer* erklären sie ihren Schritt mit dem Wunsch, *Balaguer* die Möglichkeit zu geben, das Werk der nationalen Versöhnung durchzuführen, welches Generalissimo Rafael Leonidas *Trujillo y Molina* kurz vor seinem Tode (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 114) befürwortet habe. Am 5. Juli bildet *Balaguer* ein neues Kabinett, in dem *Melido Marte* weiterhin das Kriegsministerium innehat. Neuer Außenminister wird Ambrosio *Alvarez Aybar*.

#### Finnland

14. Juli: Martti *Miettunen* bildet eine neue Minderheitsregierung. Alle Mitglieder des Kabinetts mit Ausnahme des Handelsministers gehören der Agrarpartei an. Außenminister bleibt Ahti *Karjalainen*.

#### Frankreich

2. Juli: Staatspräsident Charles *de Gaulle* beendet eine fünftägige Rundfahrt durch die lothringischen Départements, bei der er in den größeren Städten zu innen- und außenpolitischen Fragen Stellung nahm.

In seinen Ausführungen über Algerien wiederholte *de Gaulle* sein früheres Angebot, mit einem unabhängigen und souveränen Algerien zusammenzuarbeiten. Für den Fall, daß eine Zusammenarbeit nicht zustande komme, sei eine Umgruppierung der Bevölkerungsgruppen vorzusehen. Auf Fragen der EWG eingehend, setzte sich *de Gaulle* für die weitere Verwirklichung der vorgesehenen Vertragsziele ein und betonte die Notwendigkeit eines Beitritts Großbritanniens zur EWG. Im Hinblick auf die sowjetische Berlin-Politik befürwortete er eine weitere Stärkung der NATO und kündigte eine Erhöhung des französischen Beitrags zur NATO an.

8.—11. Juli: Der japanische Außenminister, Zentarō *Kosaka*, führt in Paris Besprechungen mit Premierminister Michel *Debré* und Finanzminister Wilfrid *Baumgartner*. In einem gemeinsamen Communiqué unterstreichen die Gesprächspartner die Notwendigkeit einer Intensivierung der französisch-japanischen Handelsbeziehungen und der Zusammenarbeit in den Entwicklungsländern.

11. Juli: Das Hohe Militärgericht in Paris verurteilt zwei der Hauptbeteiligten an dem Putsch in Algerien vom April 1961 (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 93, Algerien), die ehemaligen Generale Raoul *Salan* und Edmond *Jouhaud*, sowie sechs weitere ehemalige Offiziere in Abwesenheit zum Tode.

11.—12. Juli: Der Generalsekretär der NATO, Dirk *Stikker*, führt in Paris Besprechungen mit Staatspräsident Charles *de Gaulle* und Mitgliedern der Regierung.

12. Juli: Staatspräsident Charles *de Gaulle* warnt in einer Rundfunksprache die Sowjetunion davor, die Westmächte in der Berlin-Frage herauszufordern. Frankreich sei wie die Vereinigten Staaten und Großbritannien entschlossen, seine Rechte in Berlin zu verteidigen und werde sich nicht mit einer von der Sowjetunion erzwungenen Aenderung des Status von Berlin abfinden. Unter Hinweis auf seine Gespräche mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow*, im Mai 1960 fordert *de Gaulle* die sowjetische Regierung auf, zu einer allgemeinen Ent-

spannung beizutragen. Auf die Algerien-Frage eingehend, wiederholt *de Gaulle* die in früheren Erklärungen enthaltenen Grundsätze (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 105). Im innenpolitischen Teil seiner Rede weist er die Forderung nach einer Stärkung des Parlaments und die Kritik an seinem angeblich autoritären Regime nachdrücklich zurück.

### Ghana

4. Juli: Präsident Kwame Nkrumah erklärt vor dem Parlament, Ghana werde möglicherweise aus dem Sterling-Block ausscheiden müssen, wenn ein Beitritt Großbritanniens zur EWG die Stellung Ghanas innerhalb der Sterling-Zone beeinträchtigen würde. Nkrumah äußerte die Befürchtung, daß ein Beitritt Großbritanniens zur EWG zur Diskriminierung Ghanas und anderer unabhängiger afrikanischer Staaten führen werde.

### Griechenland

8.—9. Juli: Der französische Premierminister, Michel Debré, und Außenminister Maurice Couve de Murville führen in Athen Besprechungen mit Ministerpräsident Constantine Karamanlis und Außenminister Evangelos Averoff. In einem gemeinsamen Kommuniqué setzen sich die Gesprächspartner für eine Stärkung der NATO und für die Festigung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den europäischen Staaten ein.

### Großbritannien

4. Juli: Premierminister Harold Macmillan lehnt im Unterhaus einen Vorschlag des konservativen Abgeordneten Gilbert Longden ab, die sogenannte DDR mit Berlin als Hauptstadt zu neutralisieren. Macmillan betont, die Regierung werde keine Vorschläge über die Zukunft Berlins und Deutschlands akzeptieren, in denen nicht Vorkehrungen für eine Wiedervereinigung enthalten seien. Grundlage der britischen Politik sei nach wie vor der Deutschland-Plan, den die Westmächte auf der Genfer Außenministerkonferenz am 14. Mai 1959 vorgelegt hätten.

5.—8. Juli: Der japanische Außenminister, Zentaro Kosaka, führt in London mit

Außenminister Lord Home Besprechungen über Fragen des internationalen Handels und die japanisch-britischen Handelsbeziehungen sowie die Beziehungen zur Volksrepublik China. Die beiden Außenminister vereinbaren, die Handelsbeziehungen zwischen ihren Ländern zu intensivieren und ihre technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den erst kürzlich unabhängig gewordenen Staaten zu erweitern.

6. Juli: Arbeitsminister John Hare beendet eine neuntägige Mission in die afrikanischen Commonwealth-Länder, während der er mit den Regierungen Sierra Leones, Ghanas, Nigerias sowie Rhodesiens und Njassalands einen Meinungsaustausch über die mit einem eventuellen Beitritt Großbritanniens zur EWG zusammenhängenden Fragen führte.

10. Juli: Der Präsident von Pakistan, Mohammad Ayub Khan, führt mit Premierminister Harold Macmillan in London Besprechungen über die jüngste Entwicklung der Ost-West-Beziehungen, die Kaschmir-Frage, die möglichen Auswirkungen eines Beitritts Großbritanniens zur EWG und eine weitere britische Hilfe für Pakistan.

11. Juli: Die Regierung veröffentlicht ein Weißbuch über die Verhandlungen, die im Juni in London über einen Zusammenschluß Britisch-Ostafrikas stattfanden. Wie in dem Weißbuch dargestellt wird, kamen die Vertreter Großbritanniens, Tanganikas, Kenias und Ugandas sowie der Hohen Kommission für Britisch-Ostafrika überein, für einige der bisher von der Hohen Kommission wahrgenommenen Verwaltungszweige eine gemeinsame Organisation mit einer zentralen Gesetzgebenden Versammlung zu errichten.

12.—13. Juli: Der Generalsekretär der NATO, Dirk Stikker, führt in London Besprechungen mit Premierminister Harold Macmillan und anderen Regierungsmitgliedern.

### Israel

5. Juli: Israel startet in Anwesenheit von Ministerpräsident David Ben Gurion seine erste meteorologische Rakete. Anlässlich des Starts erklärt Ben Gurion, die Entwicklung der Rakete diene ausschließlich friedlichen



Zwecken. Am 6. Juli erklärt jedoch der stellvertretende Verteidigungsminister, Shimon Peres, Israel werde aus Verteidigungsgründen seinem Raketenprogramm besonderen Vorrang geben.

5.—11. Juli: Der Präsident von Obervolta, Maurice Yaméogo, besucht Israel und führt in Jerusalem Besprechungen mit Ministerpräsident David Ben Gurion. Während des Besuches wird ein Freundschaftsvertrag abgeschlossen. In einem gemeinsamen Communiqué setzen sich die beiden Staatsmänner für die friedliche Beilegung aller internationalen Spannungen in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen ein.

### Italien

11. Juli: Nach einer Serie von Sprengstoffanschlägen auf Eisenbahnlinien in Südtirol verfügt die Regierung den Visumzwang für die Einreise aller Oesterreicher nach Italien.

11.—12. Juli: Der japanische Außenminister, Zentaro Kosaka, führt in Rom Besprechungen mit Ministerpräsident Amintore Fanfani und Außenminister Antonio Segni. In einem gemeinsamen Communiqué setzen sich die Gesprächspartner für eine Erweiterung der italienisch-japanischen Handelsbeziehungen ein.

### Jugoslawien

1. Juli: Der italienische Außenminister, Antonio Segni, beendet einen viertägigen Aufenthalt in Belgrad und Brioni, während dessen er einen Gedankenaustausch mit Staatspräsident Josip Broz Tito und Außenminister Koca Popovic führte.

4. Juli: Staatspräsident Josip Broz Tito verurteilt in einer Rede in Titovo Uzice anlässlich des 20. Jahrestages des Aufstandes gegen die deutsche Besatzung die von den Westmächten geförderte Aufrüstung der Bundesrepublik Deutschland. Angesichts der heutigen internationalen Lage halte er es für notwendig, zu einem Abrüstungsabkommen zu gelangen. Die Politik der friedlichen Koexistenz hat nach Titos Ansicht zu einer Verbesserung der Beziehungen zum Westen, vor allem zu Italien, Griechenland, Großbritannien und den Vereinigten Staaten, geführt. Dagegen

seien die Beziehungen zu einigen östlichen Staaten gespannt. Die Volksrepublik China und Albanien führten gegen Jugoslawien einen heftigen Kalten Krieg, und auch in einigen anderen Staaten des Ostblocks gehe man unter dem Deckmantel ideologischer Auseinandersetzungen offen oder geheim gegen Jugoslawien vor.

### Kongo (Léopoldville)

4. Juli: Das Unterhaus der Nationalversammlung des Katanga erklärt einstimmig die am 24. Juni zwischen Ministerpräsident Moise Tshombé und der Zentralregierung geschlossenen Abkommen (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 138 f.) für ungültig. Tshombé sei zur Zeit der Unterzeichnung nicht frei gewesen und habe nur unterzeichnet, um seine Freiheit zu gewinnen.

### Korea

3. Juli: Der Vorsitzende des Obersten Militärrates und Ministerpräsident der Militärregierung der Republik Korea, Generalleutnant Chang Do Young, tritt von seinen Aemtern zurück. Zum neuen Präsidenten des Rates wird Generalmajor Pak Kung Li ernannt. Neuer Ministerpräsident wird der bisherige Verteidigungsminister, Generalleutnant Song Yo Chan. Am 7. Juli übernimmt Generalleutnant Chang Kyu Kim an Stelle von Song Yo Chan das Verteidigungsministerium. Am 9. Juli gibt ein Regierungssprecher bekannt, Chang Do Young sei zusammen mit 43 weiteren Personen unter der Beschuldigung verhaftet worden, ein Komplott zur Ermordung Pak Kung Lis geschmiedet zu haben.

### Kuba

4. Juli: Die Bewegung des 26. Juli und die kommunistische Volksozialistische Partei schließen sich zu den „Integrierten Revolutionären Organisationen“ zusammen.

### Kuwait

1. Juli: Auf ein formelles Hilfsersuchen von Scheich Abdullah al Salim al Sabah an die britische Regierung werden britische Truppen zur Abwehr eines eventuellen irakischen Angriffs auf das Scheichtum (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 137, Irak) gelandet. Am gleichen Tage überschreiten auf Wunsch des Scheichs auch

saudiarabische Truppen die Grenze nach Kuwait.

3.—4. Juli: Der Generalsekretär der Liga der Arabischen Staaten, Abdel Khalek Hassouna, führt in El-Kuwait mit Scheich Abdullah al Salim al Sabah Besprechungen über eine Beilegung der Spannungen zwischen Kuwait und dem Irak.

#### Laos

3. Juli: Bei den Besprechungen in Na Mon, die nach über dreiwöchiger Unterbrechung (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 127) wieder aufgenommen werden, erklären sich die Vertreter des Pathet Lao und des neutralistischen Ministerpräsidenten Souvanna Phouma damit einverstanden, daß die Internationale Kommission für Laos ihre Inspektionen auch in dem von den Truppen des Pathet Lao kontrollierten Gebiet durchführen. Am 14. Juli werden die Verhandlungen erneut unterbrochen, da sich die Delegierten nicht über eine Teilnahme von Beobachtern der Internationalen Laos-Kommission an den Beratungen einigen können.

#### Marokko

3.—7. Juli: Der Ministerpräsident der Provisorischen Regierung der Republik Algerien (GPRA), Ferhat Abbas, führt in Rabat Besprechungen mit König Hassan II. In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, die beiden Politiker hätten bei ihren Gesprächen alle Aspekte des Algerien-Krieges geprüft und sich für eine Beschleunigung der Befreiung Algeriens in Uebereinstimmung mit der Charta und den Resolutionen der Konferenz von Casablanca (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 119 ff.) eingesetzt. Beide Seiten befürworten ferner die Schaffung einer politischen und wirtschaftlichen Assoziation der Länder des Maghreb. Von marokkanischer Seite wird die Haltung der GPRA bei den Verhandlungen mit der französischen Regierung (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 115 und Z 125, Frankreich) vorbehaltlos unterstützt.

#### Mongolische Volksrepublik

3.—7. Juli: In Ulan Bator findet der 14. Parteitag der Mongolischen Revolutionären Volkspartei statt. An dem Parteitag neh-

men außer einer sowjetischen Delegation unter Führung des Sekretärs des ZK der KPdSU, Michail A. Suslow, und einer polnischen Delegation unter Leitung des Ersten Sekretärs der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Wladyslaw Gomulka, und des Ministerpräsidenten Cyrankiewicz Delegationen aus allen sozialistischen Ländern teil. Die Delegierten wählen Yumzhagiin Tsendenbal erneut zum Ersten Sekretär des ZK. In einer einstimmig verabschiedeten Resolution wird der Sprung, den das mongolische Volk innerhalb von vierzig Jahren vom mittelalterlichen Feudalismus zur sozialistischen Gesellschaftsordnung gemacht habe, als Beweis für die Richtigkeit der Leninschen Lehre vom nichtkapitalistischen Entwicklungsweg rückständiger Länder zum Sozialismus bezeichnet.

13. Juli: In Ulan Bator werden ein mongolisch-polnisches Wirtschaftsabkommen und ein Protokoll über eine polnische Wirtschaftshilfe unterzeichnet.

#### Niederlande

11. Juli: Der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte, General Lauris D. Norstad, führt im Haag mit Ministerpräsident Jan de Quay Besprechungen über Fragen der NATO-Strategie.

#### Oesterreich

2. Juli: Der französische Außenminister, Maurice Couve de Murville, beendet einen viertägigen Besuch Oesterreichs, in dessen Verlauf er in Wien Besprechungen mit Außenminister Bruno Kreisky führte. In einem gemeinsamen Kommuniqué setzen sich die Gesprächspartner dafür ein, bei der Regelung der sich aus der Existenz des Gemeinsamen Marktes ergebenden Probleme eine Lösung zu finden, durch die Störungen des Wirtschaftsverkehrs in Europa vermieden werden.

#### Portugal

4.—5. Juli: Der Verteidigungsminister der Südafrikanischen Union, Jacobus Johannes Fouché, führt in Lissabon Besprechungen mit Ministerpräsident Antonio Oliveira de Salazar und anderen Kabinettsmitgliedern. Zum Abschluß seiner Besprechungen hebt Fouché die engen freundschaft-

lichen Bande zwischen den beiden Ländern hervor.

### Saudi-Arabien

5. Juli: Der Generalsekretär der Liga Arabischer Staaten, Abdel Khalek Hassouna, führt in Riad mit König Saud Ibn Abdul Aziz Besprechungen über eine Beilegung der Spannungen zwischen dem Irak und Kuwait.

### Schweiz

4. Juli: Der Bundesrat ändert die Besetzung seiner Departements wie folgt: Politisches: Bundespräsident Friedrich Traugott Wahlen; Inneres: Hans Peter Tschudi; Justiz und Polizei: Peter von Moos; Militär: Paul Chaudet; Finanzen: Jean Bourgnicht; Volkswirtschaft: Hans Schaffner; Post und Eisenbahn: Willy Spühler.

5.—7. Juli: Der deutsche Bundespräsident, Heinrich Lübke, stattet der Schweiz einen Staatsbesuch ab.

6.—9. Juli: Auf dem Bürgenstock findet eine Konferenz über Abrüstungsfragen statt, die von der American Assembly, einer der amerikanischen Columbia-Universität angeschlossenen Stiftung, und dem britischen Institute for Strategic Studies veranstaltet wird. In einer Schlußerklärung (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. 409 ff.) appelliert die Konferenz an die Regierungen, angesichts der wachsenden Gefahren des unkontrollierten Wettrüstens der Frage einer allgemeinen, umfassenden und kontrollierten, stufenweise zu verwirklichenden Abrüstung ihre volle Aufmerksamkeit zu widmen.

### Somalia

6. Juli: Das Parlament wählt Aden Abdalla Osman zum Staatspräsidenten.

### Sowjetunion

5. Juli: Eine Regierungsdelegation der Demokratischen Republik Vietnam unter Führung von Ministerpräsident Pham Van Dong beendet einen zehntägigen Besuch der Sowjetunion, in dessen Verlauf die vietnamesischen Politiker in Moskau Besprechungen mit Ministerpräsident Nikita S. Chruschtschow und anderen Regierungsmitgliedern führten. In einem

gemeinsamen Kommuniqué wird die vollständige Übereinstimmung der Auffassungen hervorgehoben. Von vietnamesischer Seite werden die sowjetischen Vorschläge zur Deutschland- und Abrüstungsfrage, von sowjetischer Seite die vietnamesischen Vorschläge zur Wiedervereinigung Vietnams und die Forderung nach einer Einstellung der ausländischen Einmischung in Süd-Vietnam unterstützt.

Die Regierung bedauert in ihrer Antwort auf die amerikanische Note zur Frage der Einstellung der Kernwaffenversuche vom 17. Juni (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 389 ff.) die Haltung der amerikanischen Regierung, „die sich auf Angriffe gegen die Stellungnahme der Sowjetunion beschränkt, statt in konstruktiver Weise Ansichten mit der Sowjetunion auszutauschen“. In der Note wird die amerikanische Forderung nach dem baldigen Abschluß eines Abkommens auf der Genfer Konferenz über die Einstellung der Kernwaffenversuche zurückgewiesen und erneut die Schaffung eines Dreiergremiums an der Spitze der internationalen Kontrollorganisation verlangt. (Vgl. S. D 413 ff.).

7.—14. Juli: Der jugoslawische Außenminister, Koca Popovic, besucht die Sowjetunion und führt in Moskau Besprechungen mit Ministerpräsident Nikita S. Chruschtschow und Außenminister Andrej A. Gromyko. In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, die Beziehungen zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion entwickelten sich normal. In den wichtigsten internationalen Fragen verträten die beiden Staaten gleiche oder ähnliche Standpunkte. Beide Seiten äußern ferner die Hoffnung, die Zusammenarbeit beider Länder in „Fragen des Kampfes für den Frieden und für die Verminderung der internationalen Spannungen“ möge sich auch in Zukunft erfolgreich entwickeln.

8. Juli: Ministerpräsident Nikita S. Chruschtschow fordert in einer Rede auf einem Kreml-Empfang für Absolventen der Militärakademien die Westmächte auf, sich mit der Sowjetunion an den Konferenztisch zu setzen, um einen Friedensvertrag mit Deutschland abzuschließen. Die Westmächte sollten die Bundesregierung drängen, die



Vorschläge der sogenannten DDR zur Bildung eines Staatenbundes (vgl. S. D 422 ff.) und die der Sowjetunion zu Verhandlungen über die Wiedervereinigung anzunehmen. *Chruschtschow* fordert erneut den raschen Abschluß eines deutschen Friedensvertrages, der West-Berlin den Status einer freien Stadt geben und der sogenannten DDR die Kontrolle über die Verbindungswege übertragen werde. Er kündigt ferner eine Erhöhung der Rüstungsausgaben für das laufende Jahr um 3,144 Milliarden Rubel und die Rückgängigmachung einer ursprünglich vorgesehenen Reduzierung der Streitkräfte an. Im Verlauf seiner Rede schlägt *Chruschtschow* vor, die Erörterung von Vorschlägen für die internationale Sicherheit wiederaufzunehmen, die die Sowjetunion und andere sozialistische Länder früher gemacht hätten. Auf die Abrüstungsfrage eingehend, wirft *Chruschtschow* den Westmächten vor, sie seien in Wirklichkeit nicht an der Abrüstung, sondern nur an einer Kontrolle über die modernen sowjetischen Waffen interessiert. Man solle im Westen endlich anerkennen, daß die Stärke der Sowjetunion derjenigen der Westmächte nicht nachstehe und daß sie deshalb auch die gleichen Rechte fordern könne: (Vgl. S. D 426 ff.)

10. Juli: Eine Partei- und Regierungsdelegation der Volksrepublik Korea unter Führung von Ministerpräsident *Kim Il Sung* beendet einen zweiwöchigen Aufenthalt in der Sowjetunion, in dessen Verlauf *Kim Il Sung* in Moskau Besprechungen mit Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* und anderen Regierungsmitgliedern führte. Während des Besuches wurden ein Freundschaftsvertrag und ein Abkommen über technische Zusammenarbeit und Hilfe unterzeichnet, zu dessen Finanzierung die Sowjetunion langfristige Kredite zur Verfügung stellen wird. In einem gemeinsamen Kommuniqué wird versichert, die Sowjetunion unterstütze „den gerechten Wunsch des koreanischen Volkes auf Abzug der amerikanischen Truppen aus dem südkoreanischen Gebiet“.

## Tunesien

5. Juli: In einem nach einer Kabinettsitzung veröffentlichten Kommuniqué wird eine Auflösung des französischen Stützpunktes Biserta gefordert. In dem Kommuniqué heißt es, die Regierung sei der Auffassung, die Anwesenheit fremder Truppen auf einem Teil des tunesischen Territoriums stelle eine Verletzung der nationalen Souveränität dar. Am gleichen Tage nimmt die Nationalversammlung einstimmig eine Resolution an, in der „die weitere Besetzung von Biserta und der tunesischen Sahara-Zonen“ verurteilt wird. Am 7. Juli fordert *Bourguiba* in einer Botschaft an den französischen Staatspräsidenten, *Charles de Gaulle*, die Evakuierung Bisertas nach einem festzusetzenden Zeitplan und die Wiederherstellung der Südgrenze Tunesiens gemäß dem Abkommen von 1910.

## Türkei

9. Juli: Bei einer Volksabstimmung über die neue, am 27. Mai von der Verfassungsgebenden Versammlung verabschiedete Verfassung (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 119) stimmen 62 vH mit Ja und 38 vH mit Nein.

## Uganda

2. Juli: Der Präsident des Gesetzgebenden Rates von Uganda, *Benedicto Kiwanuka*, wird zum Premierminister ernannt.

## Vatikan

14. Juli: In der Vatikanstadt wird die soziale Enzyklika *Mater et Magistra* veröffentlicht, in der Papst *Johannes XXIII.* eine gerechtere Verteilung des Eigentums und eine den Maßstäben der Gerechtigkeit und der Billigkeit entsprechende Vergütung der Arbeit fordert.

## Vereinigte Arabische Republik

9. Juli: Der Außenminister der Provisorischen Regierung der Republik Algerien (GPRA), *Belkassam Krim*, führt in Kairo mit Ministerpräsident *Gamal Abdel Nasser* eine Unterredung über die Algerien-Frage und die Konferenz von Evian (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 114 f. und Z 125, Frankreich). In einem Kommuniqué heißt es, *Nasser* habe der GPRA die unbedingte

Unterstützung der VAR für ihre politischen und militärischen Maßnahmen zugesagt.

### Vereinigte Staaten

10. Juli: Außenminister Dean Rusk erklärt in einer Rede vor dem National Press Club in Washington, eine der Hauptursachen für die gegenwärtigen Spannungen in der Weltpolitik liege in der von der Sowjetunion und der Volksrepublik China verfolgten Machtpolitik und in der Weigerung der Sowjetunion, die sich aus der Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen ergebenden Verpflichtungen zu erfüllen. In dieser Beziehung bestehe eine deutliche Trennungslinie zwischen dem chinesisch-sowjetischen Block auf der einen und allen anderen Nationen, einschließlich der sogenannten Nichtengagierten, auf der anderen Seite. In einem Ueberblick über die langfristigen außenpolitischen Ziele, die sich die Regierung gesetzt habe, hebt Rusk besonders die Wiederbelebung der Vereinten Nationen als Mittelpunkt einer den vernünftigen Interessen aller Staaten gerecht werdenden Weltordnung und die Stärkung und Festigung der NATO und der westlichen Gemeinschaft hervor. Der Westen müsse sich wieder an die Spitze seiner eigenen Revolution der politischen Freiheit stellen und sich zu den Zielen der Revolution für den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt bekennen. Auf Fragen zum Berlin-Problem erklärt Rusk, eine langfristige Lösung des Problems sei nach westlicher Auffassung nur auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes denkbar. Die Frage einer Anerkennung der sogenannten DDR habe zahlreiche komplizierte Aspekte, und über künftige Entwicklungen könne er sich nicht äußern. Die heutige de facto-Lage in Deutschland sei jedenfalls hinreichend stabil und werde vom Westen in keiner Weise bedroht. Rusk schließt nicht aus, daß die Vereinten Nationen sich mit der Berlin-Frage befassen könnten. Eine Einschaltung des Internationalen Gerichtshofes würde voraussichtlich von der Sowjetunion abgelehnt werden.

Verteidigungsminister Robert S. McNamara kündigt in einer in Washington veröffentlichten Erklärung eine Ueberprüfung

der amerikanischen Verteidigungsanstrengungen an. In der Erklärung heißt es, im Hinblick auf die von dem sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. Chruschtschow, am 8. Juli angekündigte Erhöhung des Verteidigungshaushalts (vgl. S. D 434, Sowjetunion) und die Bedrohung der westlichen Stellung in Berlin sei die Regierung zu einer Ueberprüfung der militärischen Stärke und der militärischen Ausgaben gezwungen.

11.—13. Juli: Der Präsident von Pakistan, Mohammad Ayub Khan, besucht die Vereinigten Staaten und führt in Washington Besprechungen mit Präsident John F. Kennedy. In einer Rede vor dem Kongreß warnt Ayub Khan davor, daß Pakistan in 15 bis 20 Jahren kommunistisch sein werde, wenn es bis dahin seiner Bevölkerung nicht einen angemessenen Lebensstandard gegeben habe. In einem gemeinsamen Kommuniqué über die Gespräche Ayub Khans mit Kennedy heißt es, beide Seiten hätten die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen den Ländern der freien Welt unterstrichen. Bei der Erörterung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme Pakistans sei von amerikanischer Seite die Notwendigkeit weiterer ausländischer Hilfe anerkannt worden.

14. Juli: Außenminister Dean Rusk lehnt in einer in Washington veröffentlichten Erklärung den sowjetischen Vorschlag zu einer Ersetzung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen durch ein Dreiergremium ab. Es bestehe keine Aussicht, daß der Vorschlag einer entsprechenden Satzungsänderung die erforderliche Zweidrittelmehrheit in der Vollversammlung fände.

15. Juli: Die Regierung ersucht in ihrer Antwort auf die sowjetische Note zur Einstellung der Kernwaffenversuche vom 5. Juli (vgl. S. D 413 ff.) die sowjetische Regierung, ein Abkommen über eine wirksam kontrollierte Versuchseinstellung abzuschließen. In der Note wird erneut die sowjetische Forderung nach einem Dreiergremium an der Spitze der Kontrollorganisation abgelehnt. (Vgl. S. D 443 ff.)

### Vietnam

4. Juli: Die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam fordert in einer Note an die beiden Co-Präsidenten der Genfer Konferenz, die sowjetische und die britische Regierung, die Internationale Kommission für Vietnam solle einen am 24. Juni gegen den Einspruch des polnischen Vertreters gefaßten Beschluß rückgängig machen, in dem die Kommission

sich für zuständig erklärt hatte, die subversiven Umtriebe in der Republik Vietnam zu untersuchen. In der Note heißt es, der Beschluß verletze das Genfer Abkommen von 1954. Zugleich fordert die Regierung Maßnahmen gegen die „militärische Intervention der Vereinigten Staaten in Süd-Vietnam“ und gegen die „Vergeltungs- und Terrorpolitik“ der Regierung der Republik Vietnam.

### Internationale Organisationen

#### Organisation der Vereinten Nationen

2. Juli: Der Sicherheitsrat erörtert eine Klage Kuwaits gegen die Bedrohung des Scheichtums durch den Irak (vgl. Zeit-  
tafel Jg. 1961, S. Z 137, Irak), der sich Großbritannien in einer Note angeschlossen hat. Der Rat berät ferner eine irakische Beschwerde über eine bewaffnete Bedrohung der Unabhängigkeit und Sicherheit des Irak durch Großbritannien (vgl. S. Z 151, Kuwait) sowie eine irakische Note, in der die Ablehnung der Klage Kuwaits gefordert wird, weil es kein selbstständiger Staat, sondern ein integrierter Bestandteil der Irakischen Republik sei. In der Debatte erklärt der britische Delegierte, Sir Patrick Dean, Großbritannien habe auf Ersuchen Kuwaits erst dann Truppen in das Scheichtum entsandt, als festgestanden habe, daß alle Mahnungen zur Mäßigung erfolglos geblieben seien und die irakische Regierung Truppen an der Grenze konzentriert habe. Er hoffe jedoch, daß die britischen Streitkräfte nicht eingesetzt werden müßten. Der Delegierte der Vereinigten Arabischen Republik, Omar Loutfi, tritt für die Unabhängigkeit Kuwaits ein und fordert, der Konflikt müsse in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen und Traditionen der arabischen Staaten gelöst werden. Loutfi fordert den Irak auf, die gesamtarabischen Interessen über nationale Ansprüche zu stellen, bedauert aber zugleich das Eingreifen Großbritanniens. Der irakische Vertreter, Adnan Pachachi, bestreitet, daß seine Regierung Truppen an der Grenze zusammengezogen habe, und beschuldigt Großbritannien, es habe die Souveränität des Irak seit einem halben Jahrhundert

verletzt. Pachachi betont, daß der Irak alle Verträge mit Scheich Abdullah al Salim al Sabah als illegal betrachte. Nach der Wiederaufnahme der Debatte am 5. Juli beschließt der Rat gegen die Einwände des sowjetischen Delegierten, einen Vertreter Kuwaits zu der Debatte zuzulassen. Im weiteren Verlauf der Debatte beschuldigt auch der sowjetische Delegierte, Valerian A. Zorin, Großbritannien der Aggression gegen den Irak und fordert den Abzug der britischen Truppen aus Kuwait. Der amerikanische Vertreter, Francis T. P. Plimpton, unterstützt dagegen den Unabhängigkeitsanspruch Kuwaits und begrüßt die Erklärung des britischen Delegierten, daß Großbritannien seine Truppen zurückziehen werde, sobald der Scheich von Kuwait es wünsche. Am 6. Juli bringt Sir Patrick Dean einen Resolutionsentwurf ein, in dessen Präambel erklärt wird, auf einen Appell Kuwaits hin seien britische und saudi-arabische Truppen zur Verfügung gestellt worden. Der Vertreter des Irak sage die Anwendung friedlicher Mittel bei der Verfolgung der Politik seiner Regierung zu, und der britische Vertreter sichere die Zurückziehung der britischen Truppen zu, sobald Kuwait die Bedrohung für beendet ansieht. Konstruktive Schritte der Liga der Arabischen Staaten im Sinne der Resolution seien zu begrüßen. Der beschlußfassende Teil des Entwurfes enthält folgende Forderungen: 1. Alle Staaten sollen die Unabhängigkeit und territoriale Integrität Kuwaits achten; 2. an alle Staaten wird appelliert, sich für Ruhe und Frieden in dem Gebiet einzusetzen; 3. der Rat wird ersucht, die Situation weiter zu be-



obachten. Die Annahme der Resolution scheitert an dem Veto der Sowjetunion. Für die Resolution stimmen Chile, die Republik China (Taiwan), Frankreich, Großbritannien, Liberia, die Türkei und die Vereinigten Staaten, während sich Ceylon, Ecuador und die Vereinigte Arabische Republik der Stimme enthalten. Ein anschließend von der VAR eingebrachter Entwurf, in dem der sofortige Abzug der britischen Truppen gefordert wird, findet nur die Zustimmung Ceylons, der Sowjetunion und der VAR. Die übrigen acht Ratsmitglieder enthalten sich der Stimme.

4. Juli: Generalsekretär Dag Hammarskjöld weist in einer Stellungnahme zu den Vorschlägen eines Expertenkomitees vom 21. Juni für eine Reform der UN-Verwaltung (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 143) jede Aenderung zurück, durch welche die Verantwortlichkeit eines einzigen Generalsekretärs in Frage gestellt würde. Er schlägt seinerseits eine Formel vor, welche die geographische Basis der Rekrutierung hoher Funktionäre erweitert, zugleich aber den besonderen Verantwortlichkeiten der Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates Rechnung tragen soll.

7. Juli: Die Völkerrechtskommission der Vereinten Nationen beendet in Genf ihre am 1. Mai eröffnete 13. Tagung. Die Kommission erörtere unter Vorsitz ihres sowjetischen Mitglieds, Grigorij I. Tunkin, Fragen der konsularischen Beziehungen und des internationalen Vertragsrechts. Sie stimmte einem Entwurf einer internationalen Konvention über die konsularischen Beziehungen zu, der in 71 Artikeln die Funktionen und Privilegien der Karriere- und Honorarkonsuln sowie des Konsularpersonals umschreibt und der Vollversammlung unterbreitet werden soll.

14. Juli: Der britische Vertreter, Sir Patrick Dean, und der stellvertretende amerikanische Chefdelegierte, Francis T. P. Plimpton, ersuchen Generalsekretär Dag Hammarskjöld in einem gemeinsamen Schreiben, die Frage eines Vertrages über das Verbot von Kernwaffenversuchen unter wirksamer internationaler Kontrolle auf die Tagesordnung der nächsten Vollversammlung zu setzen. (Vgl. S. D 439.) Dem

Schreiben ist ein gemeinsames britisch-amerikanisches Memorandum beigelegt, in dem Großbritannien und die Vereinigten Staaten ihre Haltung in der Frage der Einstellung der Kernwaffenversuche erläutern (vgl. S. D 440 ff.).

### Benelux-Union

7.—8. Juli: Im Haag findet eine Sitzung des Interparlamentarischen Rates der Benelux-Union statt. Im Mittelpunkt der Erörterungen steht die Beratung eines gemeinsamen Berichtes der drei Regierungen über eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Außenpolitik. In der Debatte versichert der stellvertretende belgische Außenminister, Henri Fayat, in den Auseinandersetzungen über die Frage einer politischen Zusammenarbeit innerhalb der Gemeinschaft der Sechs seien die Benelux-Regierungen übereinstimmend der Auffassung, daß alle bestehenden Kompetenzen der supranationalen Organe innerhalb der Europäischen Gemeinschaften aufrechterhalten werden sollten.

### Europarat

1. Juli: Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte weist in seinem ersten Urteil die Klage und Schadensersatzansprüche des Iren Gerard Richard Lawless gegen die irische Regierung ab. Lawless war 1957 für 15 Monate in ein Internierungslager eingewiesen worden, weil man in ihm ein Mitglied der verbotenen Irischen Republikanischen Armee vermutete. In dem Urteil heißt es, die irische Regierung sei auf Grund eines irischen Gesetzes zu der Maßnahme berechtigt gewesen.

### Europäische Freihandelsassoziation

1. Juli: Die EFTA-Staaten senken ihre Zollsätze für Waren aus anderen Mitgliedstaaten um weitere 10 vH, womit die bisherige Zollsenkung 30 vH erreicht. Die Senkung gilt nicht für bestimmte Einfuhren nach Portugal. Mit dem gleichen Tage werden auch die Zölle zwischen Finnland und den EFTA-Staaten um 30 vH gesenkt.

Grönland wird in den Geltungsbereich der EFTA-Konvention einbezogen.

### Europäische Gemeinschaften

3. Juli: In Brüssel tagt der Rat der EAG. Er beschließt gegen den Widerstand des französischen Vertreters, sich mit einem Betrag von vorerst 19 Millionen Dollar aus ursprünglich für die Forschung vorgesehenen Mitteln an der Herstellung von Kraftstromreaktoren zu beteiligen.

3.—4. Juli: In Brüssel tagt der Rat der EWG. Der Rat berät über die Beschleunigung des Zollabbaus und beschließt, die Frage der bei der Sitzung am 12. Mai vorgeschlagenen Zollsenkung um 20 vH bis Ende 1961 zu vertagen, da die Mitgliedstaaten Fortschritte auf anderen Gebieten der wirtschaftlichen Integration erreichen wollen. Die Minister erörtern ferner einen Bericht des Sonderausschusses Landwirtschaft und nehmen einen Bericht über die erste Tagung der Vertreter der assoziierten Staaten mit dem Ausschluß der ständigen Vertreter zur Kenntnis, die vom 1. bis zum 3. Juni in Brüssel stattgefunden hatte.

9. Juli: In Athen wird der Vertrag über die Assoziierung Griechenlands mit der EWG unterzeichnet.

10. Juli: In Rom findet eine Konferenz der Außenminister der EWG-Staaten statt. Die Minister beschließen, der britischen Regierung die Einberufung des Ministerrates der WEU auf den 1. August vorzuschlagen. Sie einigen sich ferner dar-

auf, auf die Tagesordnung der am 18. Juli in Bonn stattfindenden Konferenz der Regierungschefs der EWG folgende Punkte zu setzen: Entwicklung der europäischen politischen Zusammenarbeit, allgemeine Aspekte der Verteidigung Europas, Europa und Afrika sowie Beziehungen Europas zu Lateinamerika.

### Union der afrikanischen Staaten

1. Juli: Die Regierungen von Ghana, Guinea und Mali veröffentlichen die Charta einer Union ihrer Staaten (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 102).

### Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa

10.—11. Juli: Das Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa hält eine Tagung in Paris ab. In einer Entschliessung wird die Errichtung eines auf die EWG-Staaten beschränkten Währungsfonds zum Schutz der Währungen der Mitgliedstaaten vorgeschlagen.

### Internationaler Bund Christlicher Gewerkschaften

2. Juli: Der Internationale Bund Christlicher Gewerkschaften beendet in Paris nach viertägiger Dauer seinen 14. Kongreß. Der Kongreß wählte den Franzosen Maurice Bouladoux zum neuen Vorsitzenden des Bundes und verabschiedete ein Aktionsprogramm zur Intensivierung der Arbeit der christlichen Gewerkschaften.

## Internationale Konferenzen

### Genfer Laos-Konferenz

14. Juli: Auf der Genfer Laos-Konferenz legt der indische Delegierte, Krishna Menon, einen Vermittlungsvorschlag vor, in dem die sowjetische Forderung aufgenommen ist, die beiden Hauptprobleme, internationale Neutralitätserklärung und Aufgabenbestimmung der Internationalen Kontrollkommission, in der Reihenfolge der von den einzelnen Delegationen vorgelegten Vorschläge zu behandeln. Abweichend von den sowjetischen Vorschlägen soll die Neutralitätserklärung erst nach dem Zustandekommen einer Einigung über die zweite Frage Geltung erlangen.

### Gruppe für Entwicklungshilfe (DAG)

11.—13. Juli: In Tokio findet die fünfte Tagung der Gruppe für Entwicklungshilfe statt. In einem Abschlußkommunique heißt es, die Konferenzteilnehmer hätten auf Vorschlag der Vereinigten Staaten die Gründung eines Entwicklungszentrums der OECD in Paris erörtert. Weiter wird erklärt, die Mitgliederregierungen seien übereingekommen, die Grundsätze zu untersuchen, nach denen jedes Land unter Berücksichtigung seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit seinen Beitrag zur gemeinsamen Entwicklungshilfe am gerechtesten bestimmen könne.

## Zeittafel vom 16. bis zum 31. Juli 1961

### Deutschland

16. Juli: Der japanische Außenminister, Zentaro Kosaka, beendet einen dreitägigen Aufenthalt in Bonn, in dessen Verlauf er Besprechungen mit Bundeskanzler Konrad Adenauer und Bundesaußenminister Heinrich von Brentano führte. In einem gemeinsamen Communiqué setzen sich die Gesprächspartner für eine Erweiterung der deutsch-japanischen Zusammenarbeit bei der Entwicklungshilfe sowie für eine Intensivierung der Handelsbeziehungen zwischen Japan und den Ländern des gemeinsamen Marktes ein.

31. Juli: Das Bundesvertriebenenministerium veröffentlicht eine Mitteilung, derzufolge im Zuge der wachsenden Fluchtbewegung aus Mitteleuropa im Monat Juli 30 444 Personen um Notaufnahme in die Bundesrepublik nachgesucht haben.

### Frankreich

18. Juli: Die Regierung erklärt in einer Verbalnote an die tunesische Regierung, eine Lösung der Biserta-Frage könne nicht in einer Atmosphäre der Leidenschaft und auch nicht unter der Drohung von Volkskundgebungen gesucht werden. Die von Staatspräsident Habib Bourguiba angekündigten Maßnahmen (vgl. S. Z 165, Tunesien) führten jedoch zu einer Verschärfung der Lage. Die Regierung warnt sodann Tunesien vor den Folgen dieser Maßnahmen und erklärt, sie werde alle Vorkehrungen treffen, um die Sicherheit ihrer Anlagen in Biserta zu gewährleisten.

20. Juli: Außenminister Maurice Couve de Murville erklärt in der Nationalversammlung zur Konferenz der Staats- bzw. Regierungschefs in Bonn am 18. Juli (vgl. S. D 469 f.), die Zusammenarbeit der Sechszehn werde sich künftig auf zwei Ebenen vollziehen, auf wirtschaftlicher und auf politischer. Was die wirtschaftliche Ebene angehe, so sei die Regierung nach wie vor der Ansicht, daß die Durchführung der Bestimmungen des Vertrages von Rom über die gemeinsame

Agrarpolitik Voraussetzung für einen Übergang zur zweiten Etappe des gemeinsamen Marktes bilde. Bezüglich der politischen Ebene seien die EWG-Partner zu der Schlußfolgerung gelangt, daß ohne irgendeine Form einer politischen Union ein Gemeinsamer Markt auf die Dauer nicht denkbar sei. Couve de Murville unterstreicht, für die politische Zusammenarbeit gebe es jedoch noch keine endgültige Form. Durch regelmäßige Zusammenkünfte könnten sich nach und nach Gewohnheiten entwickeln, die zu einer gemeinsamen Politik führen würden.

Die Regierung stellt in einer Note an die tunesische Regierung fest, daß sich die Lage in Biserta ungeachtet ihrer Warnungen vom 18. Juli (vgl. oben) weiter verschlechtert habe. Die Regierung zählt in ihrer Note eine Reihe tunesischer Übergriffe auf, die schließlich zum Ausbruch der Feindseligkeiten (vgl. S. Z 165 f., Tunesien) geführt hätten, und warnt die tunesische Regierung nochmals vor den Folgen ihrer einseitigen Handlungsweise. Sie appelliert an Tunesien, die Angriffe einzustellen, und erklärt ihre Bereitschaft, über die Bedingungen einer Feuereinstellung zu verhandeln.

Die am 13. Juni unterbrochenen Verhandlungen zwischen der französischen Regierung und der Provisorischen Regierung der Republik Algerien (GPRA) über die Zukunft Algeriens (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 125) werden in Lugin in der Nähe des Genfer Sees fortgesetzt. Ein Sprecher der GPRA erklärt auf einer Pressekonferenz in Genf am gleichen Tage, die algerische Delegation habe bei den Verhandlungen den Entwurf einer Tagesordnung unterbreitet, der folgende Punkte umfasse: 1. Die Garantien für die Selbstbestimmung und ihren Geltungsbereich. 2. Die Übergangsphase zwischen der Einstellung der Feindseligkeiten und der Durchführung der Volksbefragung. 3. Die Garantien für die in Algerien lebenden Franzosen. 4. Das Problem der Zusam-



menarbeit zwischen Algerien und Frankreich. 5. Die Einstellung der Feindseligkeiten. Der Sprecher betont, die GPRA sehe in dem ersten Punkt das entscheidende Problem. Sie werde sich niemals damit abfinden, daß die Sahara aus der Diskussion ausgeklammert werde.

25. Juli: Auf der Konferenz von Lugrin einigen sich beide Seiten darauf, die schwebenden Fragen grundsätzlich auf der Basis der von algerischer Seite vorgeschlagenen Problemkreise (vgl. oben) zunächst im Plenum und, sobald eine grundsätzliche Einigung erzielt sei, im Detail in verschiedenen Kommissionen zu erörtern.

26. Juli: Außenminister Maurice Couve de Murville erklärt in seiner Antwort auf das Schreiben des Generalsekretärs der Vereinten Nationen vom Vortage (vgl. S. Z 166, Tunesien), das Schreiben scheine ihm die Auffassungen der tunesischen Regierung wiederzugeben. Er weist im übrigen auf die Stellungnahme der Regierung zur Biserta-Frage vom gleichen Tage (vgl. unten) hin.

Die Regierung erklärt in einer Stellungnahme zur Entwicklung in Biserta, sie wünsche weiterhin die Aufnahme von Gesprächen zwischen den französischen und den tunesischen Behörden über eine Normalisierung der Situation. Diese Gespräche hätten bisher nicht aufgenommen werden können, weil die tunesischen Behörden den Vorschlag abgelehnt hätten, sich in einem einvernehmlich gewählten Ort zu treffen, wie dies normalerweise zu geschehen pflege. In der nach einer Sitzung des Ministerrates veröffentlichten Erklärung wird betont, es könne sich bei der Rückkehr zu einer normalen Lage nicht darum handeln, die französischen Streitkräfte einfach auf die Stellungen zurückzuziehen, in denen sie früher standen. Vielmehr müsse dafür gesorgt werden, daß die Verbindungen zwischen den einzelnen Teilen des Stützpunktes garantiert würden.

Ein Sprecher des Außenministeriums erklärt, der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dag Hammarskjöld, habe keinen Auftrag des Sicherheitsrates gehabt, die Biserta-Krise zu untersuchen. Die

Stellungnahme der Regierung (vgl. oben) erübrige eine Reise Hammarskjölds nach Paris.

28. Juli: Die Verhandlungen mit der Provisorischen Regierung der Republik Algerien in Lugrin werden vertagt. Ein französischer Sprecher erklärt dazu, die algerische Delegation habe mitgeteilt, sie sei nicht bereit, in eine Erörterung der verschiedenen Punkte einzutreten, falls die französische Delegation sich weiter weigere, die algerischen Forderungen betreffend die Sahara zu erfüllen.

31. Juli: Der Außenminister der Provisorischen Regierung der Republik Algerien (GPRA), Belkassam Krim, erklärt auf einer Pressekonferenz in Genf zur Vertagung der Konferenz von Lugrin, die französische Delegation hätte auf ihrer schon in Evian vorgebrachten Weigerung beharrt, das Selbstbestimmungsrecht auch für die Sahara anzuerkennen. Algerien könne einer Abtrennung der Sahara nicht zustimmen. Die GPRA sei aber bereit, die Frage der Souveränität mit der Frage der Ausbeutung der Bodenschätze und den wirtschaftlichen Interessen Frankreichs zu verknüpfen.

### Griechenland

31. Juli: Aus Protest gegen „unfreundliche Äußerungen“ des bulgarischen Ministerpräsidenten, Anton Yugoff, über die griechische Außen- und Innenpolitik auf einem Empfang der polnischen Botschaft in Sofia beschließt die Regierung die Abberufung ihres Geschäftsträgers in Sofia.

### Großbritannien

17. Juli: Luftfahrtminister Peter Thorneycroft beendet eine Sondermission, in deren Verlauf er mit den Regierungen des Malaisischen Bundes, Ceylons, Pakistans und Indiens Besprechungen über die sich aus einem eventuellen Beitritt Großbritanniens zur EWG ergebenden Konsequenzen führte. Thorneycroft hatte bei seinen Besprechungen versichert, daß die Regierung bei Verhandlungen über einen Beitritt die Interessen der Commonwealth-Länder berücksichtigen werde, zugleich aber auf die Folgen einer andauernden wirtschaftlichen Spaltung in Europa für die Expansion der

europäischen Wirtschaft hingewiesen. Am 18. Juli kehrt auch Commonwealth-Minister Duncan Sandys von seinen Besprechungen mit den Regierungen Neuseelands, Australiens und Kanadas nach London zurück. In den Kommunikés über die Besprechungen in Wellington, Canberra und Ottawa brachten die drei Commonwealth-Länder übereinstimmend ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck, daß ein Beitritt Großbritanniens zur EWG zu einer Schwächung der Commonwealth-Beziehungen und zu einer Beeinträchtigung der Wirtschaft ihrer Länder führen würde (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 150).

19. Juli: Außenminister Lord Home bekräftigt in einer Rede im Oberhaus die unumstößlichen Rechte der Alliierten in Berlin. Lord Home setzt sich in diesem Zusammenhang dafür ein, über das Berlin-Problem weniger öffentliche Proklamationen zu erlassen, sondern auf diplomatischem Wege genauer herauszufinden, wie weit die sowjetische Regierung ihre Drohungen zu treiben gedenke und welche Ausweichmöglichkeiten man auf sowjetischer Seite berücksichtige.

25. Juli: Der amerikanische Verteidigungsminister, Robert S. McNamara, führt in London Besprechungen mit Verteidigungsminister Harold Watkinson.

Schatzkanzler Selwyn Lloyd kündigt vor dem Unterhaus Maßnahmen zur Stärkung der britischen Wirtschaft und zur Verminderung des inflationären Druckes an. Als wichtigste Maßnahmen nennt er die Erhöhung des Diskontsatzes auf sieben vH, eine Erhöhung der Finanzzölle und der Kaufsteuer um zehn vH, die Überprüfung der Verteidigungsausgaben im Ausland, Maßnahmen zur Einschränkung der Ausgaben für die Entwicklungshilfe sowie die Inanspruchnahme der Ziehungsrechte beim Internationalen Währungsfonds.

26. Juli: Das Außenministerium begrüßt die Rede des amerikanischen Präsidenten, John F. Kennedy, vom Vortage (vgl. S. Z 166f., Vereinigte Staaten) und unterstreicht die volle Übereinstimmung mit den Ausführungen Kennedys zur Deutschland- und Berlin-Frage. In einer Erklärung heißt es, die Regierung teile die Verhandlungs-

bereitschaft der amerikanischen Regierung, vorausgesetzt, daß die Sowjetunion sich zu Verhandlungen auf einer vernünftigen Basis bereitfinde. Verhandlungen könnten jedoch nur dann erfolgreich sein, wenn der Sowjetunion unmißverständlich klargemacht würde, daß ihre Drohungen mit einem einseitigen Vorgehen höchst ernste Gefahren heraufbeschwören könnten. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, die Ankündigung Schatzkanzler Selwyn Lloyds, die Verteidigungsausgaben zu überprüfen (vgl. oben), berührten nicht die Entschlossenheit der Regierung, zu ihren NATO-Verpflichtungen hinsichtlich der Verteidigung West-Berlins zu stehen.

31. Juli: Premierminister Harold Macmillan kündigt im Unterhaus den Beschluß der Regierung an, ein formelles Gesuch um Verhandlungen über einen Beitritt Großbritanniens zur EWG auf Grund von Art. 237 des Vertrages von Rom zu stellen. Macmillan macht jedoch einen Beitritt Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt davon abhängig, daß bei den Verhandlungen befriedigende Vereinbarungen hinsichtlich der besonderen britischen Bedürfnisse sowie des Commonwealths und der EFTA erreicht werden (vgl. S. D 471 f.).

Lordsiegelbewahrer Edward Heath erklärt im Unterhaus, die Berlin-Frage sei eine Kraftprobe zwischen der kommunistischen und der westlichen Welt, bei der der Westen nicht der Herausforderer, sondern der Verteidiger sei. Zweck der von der Sowjetunion heraufbeschworenen Krise sei es, ihre in der Nachkriegszeit in Osteuropa gemachten Uebergriffe zu konsolidieren und zu versuchen, die westlichen Stellungen im Herzen Europas zu untergraben. Heath begrüßt die von dem amerikanischen Präsidenten, John F. Kennedy, angekündigten Maßnahmen für die Verstärkung der Verteidigungskraft des westlichen Bündnisses und betont zugleich die Bereitschaft der Regierung, über die Streitfragen zu verhandeln. Es könne jedoch keine erfolgreichen Verhandlungen geben, wenn die Gegenpartei von ihrer physischen Ueberlegenheit überzeugt sei. Der außenpolitische Sprecher der Labour-

Fraktion, Denis *Healey*, erklärt, wenn der Westen Berlin verrate, würde sich niemand mehr sicher fühlen. Deshalb sei es notwendig, die sowjetische Regierung davon zu überzeugen, daß der Westen bereit sei zu kämpfen, wenn er dazu herausgefordert werde.

#### Guinea

29. Juli: In Conakry wird ein Kulturabkommen mit Frankreich unterzeichnet.

#### Iran

21. Juli: Die Regierung läßt alle Führer der Nationalen Front, der Partei des ehemaligen Ministerpräsidenten Mohammed *Mossadegh*, verhaften, um Demonstrationen vorzubeugen. Zugleich wird in Teheran der Ausnahmezustand proklamiert. Trotz dieser Maßnahmen kommt es zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Truppen.

#### Italien

16. Juli: In Brixen wird der Generalsekretär der Südtiroler Volkspartei, Hans *Stanek*, unter dem Verdacht festgenommen, mit der Extremistenorganisation in Verbindung zu stehen, die in den letzten Wochen eine Reihe von Sprengstoffanschlägen auf öffentliche Einrichtungen verübten. In den folgenden Tagen werden über 50 weitere Personen verhaftet.

23. Juli: Ministerpräsident Amintore *Fanfani* kritisiert in einer Rede in Salerno die Rundfunkrede des österreichischen Bundeskanzlers, Alphons *Gorbach*, vom Vortage (vgl. S. Z 163, Oesterreich) und erklärt, *Gorbach* habe „zur Förderung der Legende beigetragen, italienische Bajonette verletzten die Freiheit einer Minderheit“. Italien wolle mit allen Völkern, auch mit dem österreichischen Volk, in Freundschaft leben, sei aber nicht gewillt, diese Freundschaft durch diejenigen beeinträchtigen zu lassen, die mit Dynamit alles zerstörten.

#### Japan

18. Juli: Ministerpräsident Hayato *Ikeda* verbreitert durch eine Regierungsumbildung die Basis seiner Regierung, in der in Zukunft alle vier Gruppen der Liberaldemokratischen Partei vertreten sein werden. Zu neuen Ministern werden u. a. ernannt: Minister für Handel und

Industrie: Eisaku *Sato*; Minister für wirtschaftliche Planung: Aiichiro *Fujiyama*; Verteidigungsminister: Sensuske *Fujieda*.

#### Jugoslawien

30. Juli: Der Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Chester *Bowles*, trifft auf Brioni zu einem Meinungsaustausch mit Staatspräsident Josip *Broz Tito* und Außenminister Koca *Popovic* zusammen.

#### Kamerun

26. Juli: Vertreter der Republik Kamerun und des Territoriums Südkamerun beenden die Arbeiten an einer neuen Verfassung für eine Föderative Republik Kamerun, die am 1. Oktober mit der Verschmelzung beider Gebiete in Kraft treten soll. Nach der neuen Verfassung sollen künftig Ost-, West- und Südkamerun eigene Parlamente und Regierungen erhalten, die jedoch dem Präsidenten der Föderation verantwortlich sein sollen.

#### Kongo (Léopoldville)

19. Juli: Präsident Moise *Tshombé* und der Oberbefehlshaber der kongolesischen Truppen, General Joseph *Mobutu*, unterzeichnen in Elisabethville ein neues Militärabkommen, auf Grund dessen die katangische Gendarmerie der nationalen Armee einverleibt wird. Das Parlament Katangas verweigert dem Abkommen jedoch die Zustimmung.

25. Juli: In Lovanium bei Léopoldville tritt das kongolesische Parlament hinter verschlossenen Türen zusammen. Die Parlamentarier wählen in das Präsidium und die Büros der beiden Kammern fast ausschließlich Anhänger des ehemaligen Ministerpräsidenten Patrice *Lumumba*.

#### Korea

20. Juli: Im Rahmen einer Regierungsumbildung übernimmt Ministerpräsident Song *Yo Chan* auch das Amt des Außenministers.

#### Kuba

26. Juli: Ministerpräsident Fidel *Castro* gibt auf einer Massenkundgebung in Havanna die Bildung der Vereinigten Partei der Sozialistischen Revolution bekannt,



welche die Nachfolge der Integrierten Revolutionären Organisationen antritt (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 151).

#### Kuwait

19. Juli: Großbritannien beginnt mit dem Abzug seiner Truppen, die im Hinblick auf die Spannungen zwischen dem Irak und dem Scheichtum gelandet worden waren (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 151 f.).

#### Laos

30. Juli: Das Parlament stimmt einer Verfassungsänderung zu, durch die dem König das Recht eingeräumt wird, bei ernster Lage die Leitung der Regierung zu übernehmen oder hierfür eine Persönlichkeit seiner Wahl zu benennen. Die Änderung entspricht dem Abkommen von Zürich zwischen den Führern der drei rivalisierenden politischen Gruppen (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 140, Schweiz).

#### Nigeria

17. Juli: Ministerpräsident Sir Abubakar Tafawa Balewa ernannt den früheren Leiter der Delegation Nigerias bei den Vereinten Nationen, Jaja Wachuku, zum Außenminister und Minister für Commonwealth-Beziehungen.

#### Oesterreich

18. Juli: Die Bundesregierung beauftragt Außenminister Bruno Kreisky, den Vereinten Nationen einen Bericht über das Ergebnis der Resolution vom 31. Oktober 1960 zu erstatten, in der Italien und Oesterreich zu zweiseitigen Verhandlungen über das Südtirol-Problem aufgefordert waren, und dahin zu wirken, daß die geeigneten Instanzen der UN ersucht werden, bei der Verwirklichung der Resolution behilflich zu sein. In einem nach einer Kabinettsitzung in Wien veröffentlichten Kommuniqué distanziert sich die Bundesregierung erneut von jeder Gewaltanwendung, unterstreicht jedoch, daß auch mit Militär- und Polizeiaktionen keine Lösung des Südtirol-Problems möglich sei.

22. Juli: Bundeskanzler Alphons Gorbach weist in einer Rundfunkansprache die im Zusammenhang mit Sprengstoffanschlägen in Südtirol gegen Oesterreich erhobenen Vorwürfe zurück und erklärt, Oesterreich

treffe keinerlei Verantwortung für die „Verzweigungsakte“, in denen nach Ansicht Gorbachs die Erbitterung der Südtiroler über die Verweigerung der Autonomie zum Ausdruck gekommen sei.

#### Polen

17.—23. Juli: Eine Delegation der Demokratischen Republik Vietnam unter Führung von Ministerpräsident Pham Van Dong besucht Polen und führt in Warschau Besprechungen mit Partei- und Regierungsmitgliedern. In einem gemeinsamen Kommuniqué unterstreichen die Gesprächspartner die Uebereinstimmung ihrer Ansichten und setzen sich für die Erweiterung der polnisch-vietnamesischen Beziehungen ein.

21. Juli: Der Erste Sekretär des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Wladyslaw Gomulka, unterstützt in einer Rede in Kattowitz die sowjetischen Deutschland-Vorschläge vom 4. Juni (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 370 ff.) und erklärt, falls die Westmächte nicht zu Verhandlungen bereit sein sollten, werde Polen zusammen mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten einen Friedensvertrag mit der sogenannten DDR unterzeichnen und West-Berlin in eine freie Stadt umwandeln. Gomulka wirft der Bundesrepublik Deutschland erneut vor, sie stelle „mit preußischer Ueberheblichkeit“ territoriale Forderungen an die östlichen Nachbarn Deutschlands. Die Opfer der Aggression Hitlers hätten jedoch zuviel Blut vergossen, als daß sie sich gegenüber der heutigen Entwicklung in der Bundesrepublik passiv verhalten könnten. Die sozialistischen Staaten seien entschlossen, mit Hilfe eines Friedensvertrages die Verhältnisse in Mitteleuropa zu stabilisieren. Insbesondere müsse der Bundesrepublik der Besitz von Atomwaffen untersagt werden.

25.—28. Juli: Der Präsident von Ghana, Kwame Nkrumah, besucht Polen und führt in Warschau Besprechungen mit Ministerpräsident Joseph Cyrankiewicz und dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Wladyslaw Gomulka. In einem gemeinsamen Kommuniqué erklären die Gesprächspartner, Ghana habe der polnischen Forderung, mit Deutschland einen Friedensver-

trag abzuschließen, wohlwollendes Verständnis entgegengebracht.

### Rhodesien und Njassaland

26. Juli: Bei der Abstimmung über die neue Verfassung für Südrhodesien werden 41 949 für und 21 846 Stimmen gegen den Entwurf abgegeben. Nur ein kleiner Teil der farbigen Bevölkerung war zu der Abstimmung zugelassen.

### Saudi-Arabien

29.—31. Juli: König *Hussein von Jordanien* stattet Saudi-Arabien einen offiziellen Besuch ab und führt in Riad Besprechungen mit König *Saud Ibn Abdul Aziz*. In einem gemeinsamen Kommuniqué setzen die Gesprächspartner sich dafür ein, die Beziehungen zwischen den arabischen Staaten zu vertiefen.

### Senegal

25. Juli: Die Regierung bricht aus Protest gegen die portugiesische Politik in Portugiesisch-Guinea die diplomatischen Beziehungen zu Portugal ab.

### Sowjetunion

17. Juli: Die Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs nehmen in getrennten Noten zu dem Berlin-Memorandum Stellung, das Ministerpräsident *Nikita S. Chruschtschow* am 4. Juni in Wien dem amerikanischen Präsidenten, *John F. Kennedy*, überreichte (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 370 ff.). Die amerikanische Regierung bekräftigt in ihrer Note die Rechte der Westmächte in Berlin und warnt die sowjetische Regierung vor Versuchen, diese einseitig aufheben zu wollen. Die Regierung erklärt sich jedoch bereit, zusammen mit ihren Verbündeten über eine Lösung des Deutschland-Problems zu verhandeln (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 445 ff.). Die britische und die französische Note (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 452 ff. und S. D 454 ff.) stimmen in den wesentlichen Punkten mit der amerikanischen Note überein.

17.—28. Juli: Der Präsident des Sudan, *Ibrahim Abboud*, besucht die Sowjetunion und führt in Moskau Besprechungen mit Staatspräsident *Leonid I. Breschnjow* und

in Sotschi mit Ministerpräsident *Nikita S. Chruschtschow*. In einem gemeinsamen Kommuniqué setzen sich die Gesprächspartner für eine Verbesserung der internationalen Beziehungen ein und begrüßen die wachsende Bedeutung der neutralen Staaten.

17.—19. Juli: Der Leiter des amerikanischen Amtes für Abrüstung, *James J. McCloy*, und der stellvertretende Außenminister *Valerian A. Zorin* setzen in Moskau die Besprechungen über eine Wiederaufnahme der Abrüstungsgespräche fort (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 142 f., Vereinigte Staaten).

Der Präsident von Ghana, *Kwame Nkrumah*, beendet einen zweiwöchigen Besuch der Sowjetunion, in dessen Verlauf er in Moskau Besprechungen mit *Nikita S. Chruschtschow* führte. In einem gemeinsamen Kommuniqué werden „die Versuche der EWG, afrikanische Staaten an den europäischen Imperialismus zu binden und ihnen die Möglichkeit einer eigenen, neutralen Politik zu nehmen“, verurteilt. Sie setzen sich ferner dafür ein, daß die sozialistischen, die neutralen und die westlichen Staaten in den Vereinten Nationen gleichmäßig vertreten sein sollten. Schließlich werden in dem Kommuniqué eine Erweiterung der Handelsbeziehungen zwischen Ghana und der Sowjetunion und die Bereitstellung eines langfristigen Kredits angekündigt.

26. Juli: Ministerpräsident *Nikita S. Chruschtschow* führt in Sotschi mit dem Leiter des amerikanischen Abrüstungsamtes, *John McCloy*, einen Meinungsaustausch über Probleme der amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsgespräche sowie Fragen der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen.

30. Juli: In Moskau wird das neue Parteiprogramm der KPdSU veröffentlicht, das dem XXII. Parteitag unterbreitet werden und an die Stelle des aus dem Jahre 1919 stammenden zweiten Programms treten soll. In dem Programm heißt es, der wissenschaftliche Aufbau einer kommunistischen Gesellschaft könne praktisch bis 1980 abgeschlossen sein. Danach werde es möglich sein, zur Stufe der totalen Kollektivierung der Güter und zur kosten-

losen Verteilung der Mittel entsprechend dem Bedarf eines jeden überzugehen. Nach dem Programm wird die materielle Grundlage für den Aufbau des Kommunismus bis 1970 geschaffen sein. Die Sowjetunion werde dann die Vereinigten Staaten in der Produktion pro Kopf der Bevölkerung überholt haben. Der Lebensstandard werde wesentlich verbessert sein. Es wird unterstrichen, daß diese Entwicklung die Aufrechterhaltung des Friedens in der Welt um jeden Preis voraussetze. Der Frieden werde erhalten durch eine allgemeine und vollständige Abrüstung, durch die Zusammenarbeit mit allen Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas und durch die Aufrechterhaltung der Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz. Neben der Bekräftigung der Thesen von der Vermeidbarkeit des Krieges und der friedlichen Koexistenz enthält das Programm die These von der Unvermeidlichkeit des Uebergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. In den Abschnitten über die Staatsverwaltung und das Parteileben wird eine systematische Erneuerung und ständige Auswechselung der führenden Funktionäre angekündigt. Grundsätzlich dürfe niemand ein Amt länger als drei Wahlperioden bekleiden. Der Grundsatz der kollektiven Führung soll beibehalten werden. Ferner wird der Persönlichkeitskult verurteilt.

### Tschechoslowakei

17. Juli: Eine Delegation der Demokratischen Republik Vietnam unter Führung von Ministerpräsident Pham Van Dong beendet einen zwölf-tägigen Besuch der Tschechoslowakei, in dessen Verlauf sie in Prag Besprechungen mit Partei- und Regierungsvertretern führte. In einem gemeinsamen Kommuniqué betonen die Gesprächspartner ihre Uebereinstimmung in den erörterten Fragen.

### Tunesien

17. Juli: Staatspräsident Habib Bourguiba kündigt in einer Sondersitzung des Parlaments an, vom 19. Juli an würden alle Zufahrtswege zu dem französischen Stützpunkt Biserta durch Straßensperren blok-

kiert werden. Zugleich würden Freiwillige den von Tunesien beanspruchten Teil der Sahara besetzen. Bourguiba räumt ein, daß es zu einem Konflikt zwischen Frankreich und Tunesien kommen könnte. Eine weitere Verletzung der tunesischen Souveränität und Integrität würde jedoch die Würde und das Prestige Tunesiens beeinträchtigen. Er betont, es gebe nicht nur eine Integrität des algerischen, sondern auch eine Integrität des tunesischen Territoriums. In diesem Zusammenhang erklärt Bourguiba, er halte es für seine Pflicht, eher heute Tunesiens Teil der Sahara zu beanspruchen, statt morgen einen Konflikt mit Algerien hervorzurufen. Er werde die Grenze allerdings nur im Einvernehmen mit der Regierung eines unabhängigen Algerien festsetzen.

Die Provisorische Regierung der Republik Algerien (GPRA) veröffentlicht ein der tunesischen Regierung am 29. Juni übermitteltes Memorandum, in dem es heißt, mit der Kolonialmacht, die keinerlei Recht habe, im Namen Algeriens Abkommen abzuschließen, könne keine gültige Grenzregelung getroffen werden. Der Abschluß eines derartigen Abkommens würde auf die Anerkennung der französischen Souveränität über die algerische Sahara hinauslaufen.

19. Juli: Truppen und Freiwillige beginnen mit der Blockade von Biserta. Am gleichen Tage hißt eine Gruppe Freiwilliger an der Sahara-Grenze am Grenzstein 233 symbolisch die tunesische Flagge. Bei der Landung französischer Fallschirmjäger in Biserta kommt es zu ersten Schießereien, die sich am 20. Juli auf das gesamte Gebiet des Stützpunktes ausdehnen. Am gleichen Tage gibt Staatspräsident Habib Bourguiba auf einer Pressekonferenz in Tunis den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Frankreich und die Anrufung des Sicherheitsrates bekannt. Am 21. Juli erobern französische Truppen die Stadt Biserta. Am gleichen Tage werden in Tunesien einige hundert französischer Zivilisten verhaftet. Am 23. Juli vereinbaren die kämpfenden Parteien in Biserta die Einstellung des Feuers. Zu weiteren Vereinbarungen kommt es nicht, da keine Einigung über einen Verhandlungsort er-



zielt wird. Von tunesischer Seite werden die Verluste bei den Kämpfen mit 670 Toten und 1150 Verwundeten, von französischer Seite mit 30 Toten und 100 Verwundeten angegeben. Entgegen der Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 22. Juli (vgl. S. Z 168) ziehen sich die französischen Truppen nicht auf ihre Ausgangsstellungen zurück, da nach französischer Ansicht keine Gewähr für die Aufrechterhaltung der Verbindungen zwischen den einzelnen Teilen der Basis bestehe. Die Tunesier ziehen sich dagegen in der Sahara auf ihre ursprünglichen Positionen zurück.

24.—27. Juli: Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dag Hammarskjöld, führt in Tunis mit Staatspräsident Habib Bourguiba Besprechungen über die Biserta-Krise. Hammarskjöld gibt am 25. Juli in einem von Tunis an den französischen Außenminister, Maurice Couve de Murville, gerichteten Schreiben seiner Besorgnis über die Situation in Biserta Ausdruck und bedauert, daß mehr als zwei Tage nach der Resolution des Sicherheitsrates vom 22. Juli (vgl. S. Z 168) keinerlei Fortschritt im Hinblick auf den Rückzug der Streitkräfte erzielt worden sei. Angesichts der ihm zukommenden Verantwortlichkeit für die Ausführung dieser Resolution halte er es für seine Pflicht, Verhandlungen zwischen den beiden Parteien in die Wege zu leiten. Die von Hammarskjöld gewünschte Kontaktaufnahme mit der französischen Regierung scheitert jedoch (vgl. S. Z 160, Frankreich).

#### Ungarn

28.—31. Juli: Der Präsident von Ghana, Kwame Nkrumah, besucht Ungarn und führt in Budapest Besprechungen mit Staatspräsident Istvan Dobi und anderen Partei- und Regierungsvertretern. In einem gemeinsamen Kommuniqué bekennen sich die Gesprächspartner zu den Grundsätzen der friedlichen Koexistenz. Sie setzen sich ferner für eine gleichmäßige Vertretung der sozialistischen, der neutralen und der westlichen Länder in den Vereinten Nationen ein und vereinbaren die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen ihren Ländern.

#### Vereinigte Arabische Republik

18. Juli: Die Regierung anerkennt in einer Note an Scheich Abdullah al Salim al Sabah die Souveränität Kuwaits und befürwortet dessen Aufnahme in die Liga der Arabischen Staaten und in die Vereinten Nationen. In der Note lehnt die Regierung Vorschläge zu einer Aufteilung eines Teils der Erträge aus der Erdölförderung Kuwaits auf die arabischen Länder ab. Nicht diese Frage, sondern die Anwesenheit britischer Truppen in Kuwait (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 151 f., Kuwait) bilde das eigentliche Problem.

20. Juli: Präsident Gamal Abdel Nasser verfügt durch Dekret die Verstaatlichung aller Banken und Versicherungsgesellschaften.

25. Juli: Präsident Gamal Abdel Nasser erläßt ein Dekret, nach dem der Grundbesitz in Ägypten auf 42 Hektar beschränkt wird. Grundbesitzer, die auf Grund des Dekrets Boden an die Regierung abtreten müssen, werden mit Staatsobligationen entschädigt.

#### Vereinigte Staaten

19. Juli: Präsident John F. Kennedy bekräftigt in einer auf einer Pressekonferenz in Washington abgegebenen Erklärung zur Berlin-Frage die Entschlossenheit der Westmächte, ihre Rechte in Berlin zu verteidigen, und warnt die Sowjetunion vor jeder einseitigen Veränderung des gegenwärtigen Status. In der Erklärung wird an die Sowjetunion appelliert, die Zusammenarbeit mit den Alliierten des Zweiten Weltkrieges wieder aufzunehmen, um die Fragen zu lösen, die sich aus diesem Krieg ergeben hätten.

25. Juli: Präsident John F. Kennedy kündigt in einer Rundfunk- und Fernsehansprache erste Schritte zur Erhöhung der amerikanischen Verteidigungsbereitschaft gegen die Bedrohung durch den Kommunismus in Berlin, in Südostasien und in der westlichen Hemisphäre an. Die Spannungen um West-Berlin, das zum Prüfstein des westlichen Widerstandswillens geworden sei, erforderten die Bereitschaft zum gewaltsamen Widerstand, falls er sich als notwendig erweisen sollte, aber auch zu Verhandlungen, um einen bewaffneten

Konflikt zu verhindern. *Kennedy* wiederholt eindringlich die in der amerikanischen Note vom 17. Juli (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 445 ff.) erläuterte Begründung der westlichen Position in Berlin und gibt einen Ueberblick über die neuen militärischen Vorbereitungen, die Teil einer langfristigen Planung zur Abwehr einer weltweiten Bedrohung seien, die weit über die gegenwärtige Berlin-Krise hinausgehe. U. a. soll der Militärhaushalt um weitere 3,2 Milliarden Dollar erhöht und die Stärke der Armee von 875 000 auf eine Million Mann gebracht werden. *Kennedy* unterstreicht, daß die Regierung auf die Berlin-Krise nicht nur militärisch reagieren werde. Als Mitunterzeichner der UN-Charta seien die Vereinigten Staaten bereit, über eine Verständigung zu verhandeln. Ueber Konzessionen auf Kosten der westlichen Rechte und über die Freiheit West-Berlins könne aber nicht verhandelt werden. Er sei jedoch überzeugt, daß Lösungen gefunden werden könnten, die dem historisch begründeten Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion Rechnung zügen.

30. Juli: Der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des Senats, William *Fulbright*, fordert in einem Fernsehinterview die Westmächte auf, in der Berlin-Krise die Initiative zu Verhandlungen zu ergreifen. Er kritisiert „jene Leute, die nichts von Verhandlungen wissen wollen, da für sie Verhandlungen einem Appeasement gleichkommen“. Als mögliche Verhandlungsgrundlagen nennt *Fulbright* den Vorschlag, eine Deutschland-Konferenz aller 52 Staaten einzuberufen, die gegen

Deutschland Krieg geführt hätten, den Vorschlag Senator Michael J. *Mansfields*, ganz Berlin unter Aufrechterhaltung der freien Verbindungswege nach dem Westen zu neutralisieren (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 131), sowie den Rapacki-Plan. Ueber mögliche Konzessionen in der Berlin-Frage befragt, erklärt *Fulbright*, der Westen habe kein Recht, von der Sowjetunion zu verlangen, daß West-Berlin als Schlupfloch für Flüchtlinge aus Mitteldeutschland offen gehalten werde.

Der amerikanische Staatssekretär Chester *Bowles* erklärt in einem Interview mit *AFN*, er halte es für möglich, daß die Inanspruchnahme des Westens durch die Berlin-Krise den kommunistischen Block dazu verleiten könne, eine neue Krise um Quemoy, Matsu oder Südostasien heraufzubeschwören. Die Vereinigten Staaten hätten diese Möglichkeit jedoch einkalkuliert und seien darauf vorbereitet. Zur Deutschland-Frage sagte er, es bestehe zur Zeit keine realistische Grundlage für die Erwartung, daß Deutschland wiedervereinigt werde.

31. Juli: Der deutsche Bundesverteidigungsminister, Franz-Josef *Strauß*, beendet einen dreiwöchigen Aufenthalt in den Vereinigten Staaten, in dessen Verlauf er in Washington Besprechungen mit Verteidigungsminister Robert S. *McNamara* führte. In einem gemeinsamen Communiqué heißt es, die Minister hätten alle die Verteidigung der Bundesrepublik und Berlins betreffenden Fragen gründlich erörtert und völlige Uebereinstimmung in der Beurteilung der Lage erzielt.

## Internationale Organisationen

### Organisation der Vereinten Nationen

19. Juli: Der Treuhandschaftsrat beendet seine am 1. Juni eröffnete Tagung. Der Rat verabschiedet bei Stimmenthaltung der Sowjetunion einen Bericht an die Vollversammlung, in dem die Beendigung der Treuhandschaft über West-Samoa empfohlen und die Vorverlegung der Unabhängigkeit Tanganikas vom 28. auf den 9. Dezember 1961 bestätigt werden. Der Bericht enthält ferner das Ergebnis der Beratungen über Ruanda-Urundi, Kame-

run, Nauru und Neuguinea. Der Vorsitzende des Rates, der birmesische Vertreter *U Ting Maung*, fordert in seiner Schlußansprache klare Termine für die völlige Unabhängigkeit der noch verbleibenden Treuhandschaftsgebiete, damit explosive Situationen vermieden würden.

21.—22. Juli: Der Sicherheitsrat berät auf Antrag Tunesiens über die Biserta-Krise (vgl. S. Z 165 f., Tunesien). Der tunesische Vertreter, *Mongi Slim*, verlangt die sofortige Beendigung der französischen

Aggression und fordert, falls nötig, Hilfeleistungen an Tunesien, um die Aggression zurückzuschlagen, sowie Unterstützung bei der endgültigen Entfernung aller französischen Truppen von tunesischem Territorium. Der französische Delegierte, Armand Bérard, hebt den Wunsch seiner Regierung nach einer schnellen Beendigung der Kämpfe in Biserta hervor und gibt seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß Verhandlungen und die Achtung der eingegangenen Verpflichtungen am schnellsten zu einer Lösung der französisch-tunesischen Probleme führen würden. Während der amerikanische Vertreter, Charles Yost, die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten und die Rückkehr aller Truppen in ihre früheren Stellungen sowie Verhandlungen über die schwebenden Fragen befürwortet, setzt sich der sowjetische Delegierte, Platon D. Morozow, für eine Verurteilung der französischen Aggression, den Rückzug aller französischen Truppen aus Tunesien und die Liquidierung des Stützpunktes in Biserta ein. Generalsekretär Dag Hammarskjöld regt die Verabschiedung einer Interimsresolution an, in der beide Seiten zur sofortigen Einstellung der Feindseligkeiten und zum Rückzug aller Streitkräfte in ihre ursprünglichen Stellungen aufgefordert werden sollen. Der Delegierte Liberias, Nathan Barnes, bringt darauf einen entsprechenden Resolutionsentwurf ein, der mit zehn Stimmen angenommen wird, während der französische Delegierte an der Abstimmung nicht teilnimmt. Im weiteren Verlauf lehnt der Sicherheitsrat einen Entwurf Liberias und der Vereinigten Arabischen Republik ab, in dem die sofortige Zurückziehung aller seit dem 19. Juli in Biserta eingetroffenen Truppen und Verhandlungen über eine schnelle Räumung ganz Tunesiens durch Frankreich gefordert werden. Für den Antrag stimmen außer Liberia und der VAR nur die Sowjetunion und Ceylon, während sich die übrigen Ratsmitglieder der Stimme enthalten. Ein amerikanisch-britischer Entwurf, in dem Verhandlungen im Geiste der Satzung angeregt werden, findet ebenfalls nicht die notwendige Mehrheit, da außer den Antragstellern nur die Republik China,

Chile, Ecuador und die Türkei dafür stimmen. Ceylon, Frankreich, Liberia, die Sowjetunion und die VAR enthalten sich der Stimme.

28.—29. Juli: Auf tunesischen Antrag erörtert der Sicherheitsrat erneut die Biserta-Krise. Ratspräsident Leopoldo Benites verliert zur Eröffnung der Debatte ein Schreiben des französischen Delegierten, Armand Bérard, in dem dieser mitteilt, seine Delegation halte es nicht für nötig, sich den etwaigen Erörterungen vor dem Rat anzuschließen. Die Einstellung der Feindseligkeiten in Biserta sei angeordnet und beachtet worden. Die Modalitäten einer „Rückkehr zu einer normalen Situation“ seien zwischen tunesischen und französischen Behörden zu regeln, wozu von französischer Seite die unverzügliche Aufnahme von Besprechungen vorgeschlagen worden sei. Generalsekretär Dag Hammarskjöld erstattet sodann dem Rat Bericht über seinen Aufenthalt in Tunesien (vgl. S. Z 166, Tunesien). Der tunesische Delegierte, Mongi Slim, und der sowjetische Vertreter, Platon D. Morozow, verlangen eine Verurteilung Frankreichs und strenge Maßnahmen sowie den vollständigen Abzug der französischen Truppen aus Tunesien. Der amerikanische Delegierte, Charles Yost, fordert eine schnelle Durchführung der Resolution vom 22. Juli (vgl. oben) sowie direkte Verhandlungen an Ort und Stelle. Die Vertreter Ceylons, Liberias und der VAR bringen einen Resolutionsentwurf ein, in dem bedauert wird, daß Frankreich die Resolution vom 22. Juli nicht vollständig befolgt habe und Frankreich zu ihrer sofortigen Durchführung aufgefordert wird. Der Entwurf erhält jedoch nicht die notwendige Mehrheit, da außer den Antragstellern nur die Sowjetunion für ihn stimmt, während sich die übrigen Vertreter mit Ausnahme Frankreichs, welches an der Abstimmung nicht teilnimmt, der Stimme enthalten. Die Annahme eines zweiten Entwurfs der gleichen Antragsteller, in der von Frankreich sofortige Verhandlungen über die Räumung Bisertas verlangt werden, scheitert ebenfalls. Auch ein Antrag des türkischen Delegierten, Numan Menemencioglu, in dem die



Notwendigkeit einer vollständigen Durchführung der Resolution vom 22. Juli unterstrichen wird, findet nicht die notwendige Mehrheit. Außer der Türkei stimmen nur die Vereinigten Staaten, Großbritannien, die Republik China, Chile und Ecuador für den Entwurf. Frankreich nimmt wiederum nicht teil.

**29. Juli:** Generalsekretär Dag Hammarskjöld gibt in einem Schreiben an den französischen Außenminister, Maurice Couve de Murville, seinem Bedauern Ausdruck, daß er daran gehindert worden sei, mit den französischen Behörden in Paris über die Biserta-Krise zu verhandeln (vgl. S. Z 160, Frankreich).

Der indische Botschafter bei den Vereinten Nationen, C. S. Iha, schlägt in einem Schreiben an Generalsekretär Dag Hammarskjöld vor, die Vollversammlung solle auf ihrer nächsten Sitzungsperiode an alle Nationen appellieren, die Kernwaffenversuche nicht wieder aufzunehmen. Iha betont, die Ausbreitung der Kenntnisse über die Herstellung von Atomwaffen stelle eine ernsthafte Gefahr dar, falls es nicht zu einem generellen Verbot der Kernwaffenversuche komme.

#### Europäische Freihandelsassoziation

**28. Juli:** Der Ministerrat der EFTA tagt unter dem Vorsitz des österreichischen Außenministers, Bruno Kreisky, in Genf. Der Rat erörtert die britische Absicht, Verhandlungen mit der EWG mit dem Ziel eines Beitritts von Großbritannien zum Gemeinsamen Markt aufzunehmen. In einem Communiqué, das am 31. Juli in Genf veröffentlicht wird, erklären die Mitgliedstaaten der EFTA ihre Absicht, mit der EWG Mittel und Wege zu prüfen, wie alle Mitglieder der EFTA in einen einzigen rund 300 Millionen Menschen umfassenden Markt einbezogen werden können (vgl. S. D 473).

#### Europäische Gemeinschaften

**17.—18. Juli:** In Ostende findet eine Konferenz der Finanzminister und der Präsidenten der Zentralbanken der EWG-Staaten statt. Die Konferenzteilnehmer erörtern internationale Währungsfragen sowie die Konjunkturlage der Mitglied-

staaten und die Ausrichtung der Finanzpolitik in der gegenwärtigen Konjunktur.

**18. Juli:** In Bonn findet eine Konferenz der Staats- bzw. Regierungschefs der EWG-Staaten statt. Die Konferenz erörtert Fragen der politischen und kulturellen Zusammenarbeit der EWG-Staaten, die Berlin-Frage, die europäische Verteidigungslage und Fragen einer gemeinsamen Politik gegenüber Afrika und Lateinamerika. Die Teilnehmer billigen eine Erklärung über die politische Zusammenarbeit, in der sie ihren Willen zur politischen Einigung Europas bekunden und die Stärkung der bestehenden Gemeinschaften und deren Ergänzung durch ein politisches Statut beschließen. (Vgl. S. D 469 f.) In einer Erklärung über die kulturelle Zusammenarbeit beschließen die Teilnehmer, die Europäische Universität in Florenz durch Italien unter Beteiligung der übrigen Mitglieder der Gemeinschaft errichten zu lassen (vgl. S. D 470 f.).

In Luxemburg tagt der Rat der EGKS. Der Rat verabschiedet eine „kleine Revision“ des Vertrages, die auf ein von der Kommission ergänztes Projekt der deutschen Regierung zurückgeht und eine temporäre Bewilligung von Einkaufs- und Verkaufsmonopolen im Bereich der Montanindustrien zuläßt.

**24.—25. Juli:** In Brüssel tagen die Räte der EWG und der EAG. Der Rat der EWG beschließt, im Rahmen der gemeinsamen Handelspolitik nach Ablauf der Uebergangszeit sämtliche Handelsverträge nur noch von der Gemeinschaft als solcher abzuschließen. Während der Uebergangszeit sollen regelmäßige Konsultationen zwischen den Mitgliedern und der Kommission stattfinden. Der Rat beschließt sodann bei Stimmenthaltung Frankreichs und der Niederlande, den niederländischen Vorschlag zur Verschmelzung der Exekutiven der drei Gemeinschaften dem Europäischen Parlament und den drei Exekutiven zur Stellungnahme zu übermitteln. Er beauftragt die ständigen Vertreter, die möglichen Modalitäten einer Assoziation der Türkei mit der EWG zu prüfen, und ersucht die Kommission, ein Ersuchen Israels um Assoziation mit der EWG zu prüfen. Der Rat erörtert fer-

ner ein Memorandum der Kommission über die künftige Assoziierung mit den überseeischen Staaten, da die jetzigen Regelungen am 31. Dezember 1962 ablaufen. Er stellt fest, daß sich die Regierungen in folgenden Punkten einig seien: 1. Neuerliche Anerkennung der Bedeutung der Beziehungen der Gemeinschaft zu den überseeischen Staaten, 2. Fortsetzung der Assoziierung, 3. Befürwortung der Notwendigkeit aktiverer Maßnahmen gegenüber diesen Staaten, 4. Anerkennung, daß diese Maßnahmen die Souveränität der afrikanischen Staaten und Madagaskars stärken sollen, indem sie zu ihrer wirtschaftlichen Entwicklung beitragen.

#### **Liga der Arabischen Staaten**

20. Juli: Kuwait wird gegen die Stimmen des Irak und des Yemen Mitglied der Liga der Arabischen Staaten. In einer vom Rat der Liga verabschiedeten Entschliebung verpflichtet sich Kuwait, für

einen baldigen Abzug der britischen Truppen von seinem Gebiet zu sorgen (vgl. S. Z 163, Kuwait), während der Irak zusagt, Kuwait nicht mit Gewalt zu annektieren. In der Resolution heißt es ferner, die arabischen Länder würden Kuwait wirksame Hilfe zur Wahrung seiner Unabhängigkeit gewähren.

24. Juli: Der Rat der Liga verurteilt in einer Entschliebung die französische Aggression in Biserta und beschließt, Tunesien uneingeschränkte Unterstützung zur Befreiung seines Territoriums von französischen Truppen zu gewähren.

#### **Nordatlantikpakt-Organisation**

23.—24. Juli: Der amerikanische Verteidigungsminister, Robert McNamara, führt im NATO-Hauptquartier mit Generalsekretär Dirk Stikker und dem Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte, General Lauris Norstad, Besprechungen über Fragen der westlichen Verteidigung.

### **Internationale Konferenzen**

#### **Genfer Laos-Konferenz**

19. Juli: Die Genfer Laos-Konferenz billigt einen britisch-sowjetischen Kompromißvorschlag über die Tagesordnung. Nach dem Vorschlag soll eine Kommission mit der Ausarbeitung eines laotischen Neutralitätsstatuts beginnen, jedoch sollen entsprechend den westlichen Forderungen diese Frage und die Aufgabenbestimmung der Internationalen Kontrollkommission in einem einheitlichen Abkommen geregelt werden.

#### **Konferenz von Wirtschaftsexperten der Casablanca-Staaten in Conakry**

23. Juli: In Conakry wird eine Konferenz von Wirtschaftsexperten der Vereinigten Arabischen Republik, Marokkos, Ghanas, Guineas, Malis und der Provisorischen Regierung der Republik Algerien (GPRA) beendet. Die Teilnehmer beschlossen die Errichtung einer Wirtschaftsgemeinschaft zwischen ihren Staaten. Innerhalb von fünf Jahren sollen die Zollschränken und Handelsbeschränkungen zwischen den sechs Ländern fallen.

#### **Konferenz der Sachverständigenausschüsse Afrikanischer Staaten und Madagaskars**

17.—24. Juli: In Dakar findet eine Konferenz der Sachverständigenkommissionen für wirtschaftliche, technische, wissenschaftliche und kulturelle Fragen statt, die von der Konferenz Afrikanischer Staaten in Monrovia (vgl. S. D 493 ff.) eingesetzt worden waren. Die Konferenz empfiehlt die Schaffung eines Gemeinsamen Marktes der 20 Teilnehmerstaaten.

#### **Konferenz Zentralamerikanischer Außenminister und Wirtschaftsminister in Tegucigalpa**

21.—24. Juli: In Tegucigalpa findet die fünfte außerordentliche Konferenz der Außen- und Wirtschaftsminister von Guatemala, Honduras, El Salvador, Nicaragua, Costa Rica und Panama statt. Die Konferenz verabschiedet zum Abschluß ihrer Beratungen eine Resolution, in der die sechs beteiligten Regierungen aufgefordert werden, Maßnahmen gegen die Verbreitung der kommunistischen Doktrin auf dem amerikanischen Kontinent zu ergreifen.

## Zeittafel vom 1. bis zum 15. August 1961

### Albanien

11.—12. August: Der Präsident von Ghana, Kwame Nkrumah, besucht Albanien und führt in Tirana Besprechungen mit Partei- und Regierungsvertretern. In einem gemeinsamen Kommuniqué befürworten die Gesprächspartner den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland, eine allgemeine und vollständige Abrüstung und die Beseitigung der Militärstützpunkte auf fremden Territorien.

### Bulgarien

10.—11. August: Der Präsident von Ghana, Kwame Nkrumah, besucht Bulgarien und führt in Sofia Besprechungen mit Partei- und Regierungsvertretern. In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, die Gesprächspartner hätten Übereinstimmung in Fragen der Abrüstung, der friedlichen Koexistenz und der Liquidierung des Kolonialismus erzielt sowie die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen ihren Ländern beschlossen.

### Dänemark

3.—4. August: Das Folketing erörtert einen Bericht der Regierung über das Beitrittsgesuch Dänemarks an die EWG, den Außenminister Jens-Otto Krag erstattet. Krag erklärt, die Probleme Dänemarks könnten nur durch eine Vollmitgliedschaft in einem erweiterten Gemeinsamen Markt gelöst werden. Dänemark könne nicht außerhalb einer Marktgruppe bleiben, der zwei seiner bedeutendsten Abnehmer landwirtschaftlicher Erzeugnisse, Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland, angehörten. Es bestehe daher kein Zweifel, daß Dänemarks Beitritt zur EWG zugleich mit dem Großbritanniens erfolgen müsse. Krag unterstreicht jedoch, es würden enge Beziehungen zu den EFTA-Ländern und zu den skandinavischen Staaten aufrechterhalten werden. In der Debatte begrüßen Sprecher aller Fraktionen den Beschluß der Regierung. Das Folketing billigt zum Abschluß der Debatte mit 152 von 173 Stimmen gegen die Stimmen von 11 Abgeordneten der Sozialistischen Volkspartei den Beschluß.

10. August: Die Regierung richtet an den Vorsitzenden des Ministerrates der EWG ein Gesuch um Aufnahme in die EWG.

### Dahome

1. August: Die Regierung läßt die portugiesische Enklave Sao Joao de Ajuda besetzen und weist den portugiesischen Residenten aus.

### Deutschland

1. August: Der zu einem Besuch in der Tschechoslowakei weilende (vgl. S. Z 177, Tschechoslowakei) Präsident von Ghana, Kwame Nkrumah, hält sich zu einem inoffiziellen Besuch in Ost-Berlin auf und führt Besprechungen mit Partei- und Regierungsvertretern der sogenannten DDR.

3. August: Die westlichen Stadtkommandanten von Berlin protestieren in gleichlautenden Schreiben bei dem sowjetischen Kommandanten gegen von den Behörden der sogenannten DDR angekündigte Maßnahmen, durch die es Einwohnern Ost-Berlins und der in der DDR gelegenen Randgebiete erschwert wird, in West-Berlin zu arbeiten. In den Schreiben wird auf die auch von der Sowjetunion in den Verträgen über Berlin übernommenen Verpflichtungen hingewiesen, in denen die Freizügigkeit innerhalb ganz Berlins und der ungehinderte Personenverkehr zwischen Berlin und den anderen Besatzungszonen Deutschlands garantiert werden.

4. August: Der Magistrat von Ost-Berlin ordnet die Registrierung aller Einwohner Ost-Berlins an, die in West-Berlin arbeiten. Nach der neuen Verordnung müssen diese außerdem vom 1. August an ihre Miete, Pacht und die Gebühren für Strom, Gas und Wasser sowie sonstige öffentliche Gebühren in DM-West zahlen.

10. August: Die Presseagentur ADN teilt in Ost-Berlin mit, der frühere Oberbefehlshaber der Streitkräfte des Warschauer Paktes, Marschall Iwan S. Konjew, sei zum Nachfolger des bisherigen Oberkommandierenden der sowjetischen Streitkräfte in der sogenannten DDR, Iwan I. Jakubowski, ernannt worden.



11. August: Der Außenminister der sogenannten DDR, Lothar Bolz, kündigt in der Volkskammer für den Spätherbst eine Konferenz der Außenminister der Ostblockstaaten an, auf der das „Ergebnis der bisher geleisteten Vorarbeiten für den Friedensvertrag“ geprüft werden solle. Bolz teilt weiter mit, die DDR sei möglicherweise bereit, eine separate Erklärung über West-Berlin zu unterzeichnen, welche die Grundlage für die Regelung des Verkehrs über ihr Territorium bilden könne. Eine derartige Erklärung müsse aber auf dem Friedensvertrag beruhen und im Einklang mit dessen Bestimmungen stehen. Der stellvertretende Ministerpräsident Willi Stoph versucht in einer Rede die gegen die Abwanderung bisher ergriffenen Maßnahmen zu rechtfertigen und kündigt weitere Maßnahmen gegen die „Abwerbung“ von Bürgern der DDR nach West-Berlin an. Die Volkskammer ermächtigt in einem einstimmig verabschiedeten Beschluß die Regierung, „alle Maßnahmen vorzubereiten und durchzuführen, die sich auf Grund der Festlegungen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und auf Grund dieses Beschlusses als notwendig erweisen“ sollten. Die Kammer bestätigt ferner einige nicht näher erläuterte Maßnahmen der Regierung zur Unterbindung der Flucht aus Mitteldeutschland sowie die bisher erlassenen Anordnungen gegen die Grenzgänger. (Vgl. S. D 530 f.).

13. August: Einheiten der Volkspolizei und der Volksarmee der sogenannten DDR riegeln die Sektorengrenze in Berlin ab und errichten entlang dieser Stacheldrahthindernisse und Betonmauern. In einem Beschluß des Ministerrates heißt es, die Absperrung erfolge, um die „feindliche Tätigkeit der revanchistischen und militaristischen Kräfte West-Berlins und Westdeutschlands“ zu unterbinden. Der Beschluß soll bis zum Abschluß eines deutschen Friedensvertrages in Kraft bleiben. (Vgl. S. D 531 ff.). Der Ministerrat beruft sich in seinen Anordnungen auf eine gleichzeitig veröffentlichte Erklärung der Regierungen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Paktes (vgl. S. D 533 f.). Das

Innenministerium gibt in einer vom 12. August datierten Anordnung die Schließung aller Uebergänge nach Ost-Berlin bis auf dreizehn bekannt. Für alle Bewohner Ost-Berlins und der DDR wird der Passierscheinzwang zum Betreten West-Berlins angeordnet. „Friedliche Bürger“ West-Berlins können nach der Bekanntmachung unter Vorlage ihres Personalausweises die Uebergangsstellen weiterhin passieren. Auch Einwohnern der Bundesrepublik ist es weiterhin gestattet, mit Tagesaufenthaltsgenehmigungen Ost-Berlin zu betreten. Den rund 49 000 Grenzgängern aus Ost-Berlin und den in der DDR gelegenen Randgebieten wird die Arbeit in West-Berlin untersagt. Das Verkehrsministerium der DDR gibt in einer ebenfalls am 13. August veröffentlichten Mitteilung die Unterbrechung des S- und U-Bahn-Verkehrs zwischen beiden Teilen der Stadt sowie zwischen den Randgebieten und West-Berlin bekannt. Die Regierung setzt bewaffnete Einheiten der Volkspolizei und mit Panzern ausgerüstete Einheiten der Volksarmee ein, um Demonstrationen in Ost-Berlin zu verhindern. Bundeskanzler Konrad Adenauer verurteilt in einer Erklärung die Sperrmaßnahmen und fordert alle Deutschen auf, in Festigkeit, aber auch in Ruhe der Herausforderung zu begegnen und nichts zu unternehmen, was die Lage nur erschweren, aber nicht verbessern könne. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, bezeichnet in einer Sondersitzung des Berliner Abgeordnetenhauses die Sperrmaßnahmen als einen Verstoß gegen die alliierten Vereinbarungen über Berlin und spricht die Erwartung aus, daß die Westmächte energische Schritte bei der sowjetischen Regierung unternehmen werden. Die Regierungen der Westmächte protestieren ebenfalls in ersten Erklärungen gegen die Zwangsmaßnahmen.

15. August: Die westlichen Stadtkommandanten von Berlin protestieren in einer Note bei dem sowjetischen Kommandanten gegen die von den Behörden der sogenannten DDR zur Schließung der Sektorengrenze ergriffenen Maßnahmen. In der Note heißt es, seit der Blockade gegen Berlin habe es keine derartige flagrante

Verletzung der Viermächteabkommen über Berlin gegeben.

Die Regierung der sogenannten DDR warnt in einer Erklärung davor, daß eine Kündigung des Interzonenhandels-Abkommens durch die Bundesregierung auch zu einer Unterbrechung des Warenverkehrs zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin führen müsse, und weist darauf hin, die DDR könne Waren, die heute aus der Bundesrepublik geliefert würden, nötigenfalls auch auf dem Auslandsmarkt erhalten.

### Frankreich

1. August: Algerienminister Louis Joxe nimmt in einer Rundfunk- und Fernsehansprache zum Abbruch der algerisch-französischen Verhandlungen in Lugrin (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 160) Stellung und erklärt, die Auseinandersetzung betreffe im Kern weniger die Ausübung der Souveränität über die Sahara als vielmehr den Besitz und die Verteilung des Oelreichtums. Nach den Worten von Joxe bemüht sich Frankreich um eine Lösung, die eine Verteilung der Erträge unter den an die Sahara angrenzenden Staaten garantiere. Joxe beschuldigt die Provisorische Regierung der Republik Algerien (GPRA), sie habe durch ihre Forderung, Frankreich solle anerkennen, daß die Sahara einen integrierenden Teil Algeriens bilde, jede weitere Diskussion über andere, weniger umstrittene Fragen unmöglich gemacht.

8. August: Staatspräsident Charles de Gaulle führt eine Unterredung mit dem amerikanischen Außenminister, Dean Rusk, an der auch Außenminister Maurice Couve de Murville teilnimmt.

### Großbritannien

3.—4. August: Unterhaus und Oberhaus beraten über den Antrag der Regierung, ihr die Ermächtigung zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EWG zu geben. Premierminister Harold Macmillan erklärt, Großbritannien könne sich den Anpassungen an die sich ändernden politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse nicht entziehen. Seine Mitwirkung an der europäischen Einigung sei im Interesse der ganzen freien Welt unerlässlich. Außenminister Lord Home unterstreicht in der Debatte des Oberhauses, Großbritan-

nien könne nicht länger vom kontinentalen Markt ausgeschlossen bleiben. Nach seiner Ueberzeugung sei eine erweiterte Handelspartnerschaft am besten geeignet, die britische Wirtschaft durch eine verschärfte Konkurrenz leistungsfähiger zu machen und ihre Expansion zu fördern. Oppositionsführer Hugh Gaitskell bedauert, daß der Beschluß der Regierung zu einem Zeitpunkt gefaßt werde, in dem die Schwächen der britischen Wirtschaft besonders offenkundig geworden seien. Er begrüßt jedoch den Beschluß der Regierung, da durch die bevorstehenden Verhandlungen mit der EWG die Bedingungen geklärt werden könnten, unter denen ein Beitritt erfolgen könnte. Von den Gegnern gegen den Beschluß der Regierung wird besonders der Gesichtspunkt in den Vordergrund gerückt, daß ein Beitritt zur EWG zu einer Beeinträchtigung der Souveränität führen werde. Zu dieser Kritik erklärt Lordsiegelbewahrer Edward Heath, wenn auch die Sechs auf streng umgrenzten wirtschaftlichen Gebieten auf Teile ihrer Souveränität verzichtet hätten, so bestände jedoch die Möglichkeit, auf dem Verhandlungswege Anpassungen an die britischen Sonderbedürfnisse zu erzielen. Auf der andern Seite könne ein verstärkter britischer Einfluß bei den politischen Konsultationen der Sechs von Nutzen für Großbritannien und das Commonwealth sein. Heath spricht sich gegen eine Assoziierung aus, da eine solche ein Verzicht auf jedes politische Mitspracherecht bedeute. Auch wären die Sechs wenig geneigt, Großbritannien ohne volle Mitwirkung die wirtschaftlichen Vorteile des erweiterten Marktes einzuräumen. Die Regierung sei bereit, sich auch um den Beitritt zur EAG und zur EGKS zu bewerben, sobald die Aussichten auf eine Verständigung mit der EWG geklärt seien. Das Unterhaus erteilt zum Abschluß der Debatte der Regierung die erbetene Ermächtigung mit 313 gegen 5 Stimmen bei Stimmenthaltung der Labour-Fraktion. Auch das Oberhaus stimmt dem Regierungsantrag durch Zuruf zu. Ein Gegenantrag der Opposition, in dem bedauert wird, daß die Regierung die Verhandlungen in einer Position wirtschaftlicher



Schwäche führe, wird im Unterhaus mit 318 gegen 209 und im Oberhaus mit 86 gegen 17 Stimmen abgelehnt.

4. August: Premierminister Harold Macmillan erklärt in einer Fernsehansprache, der Westen werde in der Berlin-Frage Festigkeit beweisen, gleichzeitig aber auch zu Verhandlungen mit der Sowjetunion bereit sein. Die weitere Entwicklung in der Berlin-Frage hänge allerdings von der Sowjetunion ab. Macmillan vertritt die Auffassung, daß der Kalte Krieg noch lange andauern könne und daher die Einheit des Westens geboten sei. In diesem Zusammenhang gibt er seiner Überzeugung Ausdruck, daß ein Beitritt Großbritanniens zur EWG das westliche Bündnis stärken, aber auch die Stellung Großbritanniens verbessern werde.

10. August: Die Regierung richtet an den Vorsitzenden des Ministerrates der EWG ein Gesuch um Beitritt zur EWG.

#### Irak

14. August: Die Regierung ersucht in Noten die Regierungen der arabischen Länder, den Beschluß über die Aufnahme Kuwaits in die Liga der Arabischen Staaten (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 170) rückgängig zu machen.

#### Israel

15. August: Bei den Wahlen zur Knesset erhalten die Mapai 35 vH, die Liberale Partei 14 vH, die Cherut 14 vH und die Nationalreligiösen 10 vH der Stimmen.

#### Italien

9. August: Ministerpräsident Amintore Fanfani führt in Rom eine Unterredung mit dem amerikanischen Außenminister, Dean Rusk, bei dem Fanfani Außenminister Rusk über seine Besprechungen mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. Chruschtschow (vgl. S. Z 175 f., Sowjetunion), unterrichtet. Rusk erklärt nach den Gesprächen, man habe mit Befriedigung festgestellt, daß beide Regierungen die gegenwärtige Lage in gleicher Weise beurteilten.

10. August: Der deutsche Bundeskanzler, Konrad Adenauer, führt in seinem Urlaubsort Cadenabbia am Comer See eine Unterredung mit dem amerikanischen Außenminister, Dean Rusk, an der auch

Bundesaußenminister Heinrich von Brentano teilnimmt.

Ministerpräsident Amintore Fanfani und Außenminister Antonio Segni führen auf dem Flugplatz Malpensa bei Mailand mit dem deutschen Bundeskanzler, Konrad Adenauer, und Bundesaußenminister Heinrich von Brentano einen Meinungsaustausch über die Ergebnisse der Pariser Außenministerkonferenz (vgl. S. Z 180) und über den Besuch der italienischen Minister in der Sowjetunion (vgl. S. Z 175 f.).

#### Jugoslawien

3.—8. August: Der Präsident von Ghana, Kwame Nkrumah, besucht Jugoslawien und führt in Brioni Besprechungen mit Staatspräsident Josip Broz Tito. In einem gemeinsamen Kommuniqué äußern die Gesprächspartner ihre Überzeugung, die im September in Belgrad stattfindende Konferenz blockfreier Staaten werde die internationale Lage entspannen, zur Lösung der internationalen Fragen auf dem Verhandlungswege beitragen und einen dauerhaften Weltfrieden aufrechterhalten. Die beiden Staatsmänner setzen sich ferner für eine Vertiefung der Beziehungen zwischen ihren Ländern ein.

12.—15. August: Der tunesische Außenminister, Sadok Mokkadem, führt in Brioni mit Staatspräsident Josip Broz Tito Besprechungen über die Biserta-Frage und andere internationale Probleme. In einem gemeinsamen Kommuniqué unterstreichen die Gesprächspartner ihre Übereinstimmung in Fragen der Entkolonialisierung und der Erhaltung des Friedens und fordern den Abzug der französischen Truppen aus Tunesien.

#### Kambodscha

1.—4. August: Der neutralistische laotische Ministerpräsident, Souvanna Phouma, führt in Phnom Penh Besprechungen mit dem prowestlichen laotischen Ministerpräsidenten, Boun Oum, und Vertretern des Pathet Lao. Der Führer des Pathet Lao, Soupha Nouwong, hatte eine Beteiligung an den Besprechungen, die ursprünglich als Fortsetzung der Konferenz von Zürich (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 140, Schweiz) gedacht waren, abgelehnt.



### Kenia

14. August: Die Behörden entlassen nach fast neunjähriger Haft den ehemaligen Führer der Mau-Mau-Bewegung, Jomo Kenyatta.

### Kongo (Léopoldville)

3. August: Der neugewählte Ministerpräsident Cyrille Adoula bildet eine 40 Mitglieder umfassende Regierung, in der der Ministerpräsident der Ostprovinz, Antoine Gizenga, stellvertretender Ministerpräsident und Justin Bomboko wiederum Außenminister werden. Das Amt des Verteidigungsministers bleibt unbesetzt. Der bisherige Ministerpräsident, Joseph Iléo, wird zum Informationsminister ernannt. Adoula erklärt in einer Regierungserklärung, er werde die Sezession des Katanga rückgängig machen, und fordert das Parlament auf, ihm die notwendigen Vollmachten zu erteilen.

### Kuba

6.—7. August: Auf Anordnung der Regierung findet ein Währungsumtausch statt. Alles im Ausland befindliche Geld wird für verfallen erklärt.

### Kuwait

12. August: Der Generalsekretär der Liga der Arabischen Staaten, Abdel Khalek Hassouna, und Scheich Abdullah al Salim al Sabah unterzeichnen in El-Kuwait ein Abkommen, nach dem die britischen Truppen, die nach Ausbruch der Spannungen zwischen dem Irak und Kuwait gelandet worden waren (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 151 f.), durch Streitkräfte aus Staaten der Liga ersetzt werden.

### Pakistan

3. August: Die Regierung gibt die Anerkennung der Provisorischen Regierung der Republik Algerien (GPRA) bekannt.

### Polen

9.—12. August: Der tunesische Außenminister, Sadok Mokkadem, führt in Warschau mit Außenminister Adam Rapacki Besprechungen über die Biserta-Frage und andere internationale Probleme. In einem gemeinsamen Kommuniqué setzen sich die Gesprächspartner dafür ein, internationale

Spannungen durch Verhandlungen zu vermindern. Von polnischer Seite wird die Haltung Tunesiens im Biserta-Konflikt unterstützt.

### Portugal

2. August: Die Regierung protestiert in einer Note an die Regierung von Dahome gegen die Besetzung der Enklave Sao Joao Baptista de Ajuda (vgl. S. Z 171, Dahome).

### Rhodesien und Njassaland

9. August: Ein Sprecher der nordrhodesischen Regierung gibt in Lusaka das Verbot der Nationalen Unabhängigkeitspartei im nördlichen Landesteil bekannt.

15. August: Bei den Wahlen zur Gesetzgebenden Versammlung von Njassaland erringen die Malawi Party 22, die United Federal Party fünf Sitze und Unabhängige einen Sitz. Zu den gewählten Mitgliedern der Versammlung kommen fünf ernannte Mitglieder.

### Rumänien

9.—10. August: Der Präsident von Ghana, Kwame Nkrumah, besucht Rumänien und führt in Bukarest Besprechungen mit Partei- und Regierungsvertretern. In einem gemeinsamen Kommuniqué betonen die Gesprächspartner die Dringlichkeit eines deutschen Friedensvertrages und geben die Aufnahme diplomatischer Beziehungen sowie die Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit bekannt.

### Sowjetunion

2.—5. August: Der italienische Ministerpräsident, Amintore Fanfani, und Außenminister Antonio Segni besuchen die Sowjetunion und führen in Moskau Besprechungen mit Ministerpräsident Nikita S. Chruschtschow und Außenminister Andrej A. Gromyko. Chruschtschow bezeichnet bei der Verabschiedung seiner Gesprächspartner den Besuch als nützlich. Die Aussprachen seien freimütig gewesen und in einer guten Atmosphäre verlaufen. Er erklärt, beide Seiten mäßen der Gewährleistung eines dauerhaften Friedens und der Lösung internationaler Streitfragen auf friedlichem Wege besondere Bedeutung bei.

3. August: Die Regierung setzt sich in Antwortnoten gleichen Inhalts auf die Noten der drei Westmächte zur Deutschland-Frage vom 17. Juli (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 445 ff.) für Verhandlungen über den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland ein, droht aber erneut mit dem Abschluß eines Separatvertrages mit der sogenannten DDR für den Fall, daß die Westmächte sich weigern sollten, auf der Grundlage der sowjetischen Vorschläge zu verhandeln. In den Noten werden die Westmächte beschuldigt, sie versuchten, eine vertragliche Lösung der Deutschland-Frage auf unbestimmte Zeit hinauszuschieben, und unterstützten durch militärische Maßnahmen die „militaristischen und revanchelüsternden Kreise“ in der Bundesrepublik Deutschland. (Vgl. S. D 506 ff.)

Die Regierung bezeichnet in ihrer Antwort auf das Deutschland-Memorandum der deutschen Bundesregierung vom 12. Juli (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 436 ff.) dessen Inhalt als neuen Beweis für die unrealistische Politik der Bundesregierung und deren Absicht, sich jeder Regelung zur Festigung des Friedens in Europa zu widersetzen. Der einzige gangbare Weg aus der gegenwärtigen Situation sei der Abschluß eines Friedensvertrages mit den „beiden deutschen Staaten“. In dem Memorandum wird die Feststellung der Bundesregierung, die Sowjetunion verweigere die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes, zurückgewiesen und erklärt, unter den gegenwärtigen Bedingungen gebe es keinen anderen Weg zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands als eine Annäherung und Zusammenarbeit zwischen den „beiden deutschen Staaten“. (Vgl. S. D 516 ff.)

4.—5. August: Der tunesische Außenminister, Sadok Mokkadem, führt in Moskau mit Ministerpräsident Nikita S. Chruschtschow und Außenminister Andrej A. Gromyko Besprechungen über die Biserta-Krise. In einem gemeinsamen Kommuniké unterstützt die Sowjetregierung die tunesische Forderung nach Einberufung der UN-Vollversammlung zu einer außerordentlichen Sitzung über die Biserta-

Krise. Auf einer Pressekonferenz teilt Mokkadem mit, die Sowjetunion habe Tunesien einen Kredit in Höhe von 28 Millionen Dollar für technische Hilfe gewährt.

5. August: In Moskau wird der Entwurf der neuen Statuten der KPdSU veröffentlicht, in dem in Übereinstimmung mit dem Entwurf für ein neues Parteiprogramm (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. D 164 f.) die Rechte und Pflichten der Parteimitglieder sowie der Aufbau der Partei geregelt werden. Der Entwurf soll dem XXII. Parteitag unterbreitet werden.

6.—7. August: Der Sowjetunion gelingt der zweite Start einer bemannten Weltraumrakete, die siebzehn Mal die Erde umkreist.

7. August: Ministerpräsident Nikita S. Chruschtschow appelliert in einer Rundfunk- und Fernsehansprache an die drei Westmächte, sich mit der Sowjetunion an den Verhandlungstisch zu setzen und zu einer Entspannung beizutragen. Wörtlich erklärt er: „Wir sollten keine Kriegspyschose anfachen. Wir sollten die Atmosphäre klären. Verlassen wir uns doch auf die Vernunft und nicht auf die Gewalt thermonuklearer Waffen.“ In diesem Zusammenhang fordert Chruschtschow auch die neutralen Länder auf, dazu beizutragen, daß die Gefahr eines dritten Weltkrieges von der Menschheit abgewendet werde. Chruschtschow richtet erneut heftige Angriffe gegen die Bundesrepublik Deutschland und fordert den Abschluß eines Friedensvertrages. Nachdem die Westmächte die alliierten Vereinbarungen über die Entmilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands gebrochen hätten, stelle ein derartiger Vertrag das einzige Mittel dar, den „deutschen Militarismus und Revanchismus“ aufzuhalten. In diesem Zusammenhang droht er wiederum mit dem Abschluß eines Separatvertrages mit der sogenannten DDR für den Fall, daß die Westmächte sich weigern sollten, zusammen mit der Sowjetunion einen deutschen Friedensvertrag abzuschließen. (Vgl. S. D 524 ff.)

10. August: Die Regierung wiederholt in ihrer Antwort auf die amerikanische Note

zur Frage der Einstellung der Kernwaffenversuche vom 15. Juli (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 443 ff.) ihre Ansicht, daß die Verhandlungen über diese Frage von den allgemeinen Abrüstungsgesprächen nicht abgetrennt werden könnten. In der Note wird der amerikanischen Regierung vorgeworfen, sie versteife sich auf ihren Standpunkt und zeige keine Bereitschaft, die Frage auf einer gegenseitig annehmbaren Grundlage zu lösen.

Der brasilianische Vizepräsident, Joao Goulart, führt in Moskau eine Unterredung mit Ministerpräsident Nikita S. Chruschtschow, bei der er Chruschtschow eine persönliche Botschaft Präsident Janio da Silva Quadros überreicht. Bei der Unterredung wird auch die Frage einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Ländern erörtert.

13. August: Eine rumänische Partei- und Regierungsdelegation unter Führung des Vorsitzenden des Staatsrates, Gheorghe Gheorghiu-Dej, beendet einen zweiwöchigen Aufenthalt in der Sowjetunion, in dessen Verlauf sie in Moskau Besprechungen mit Ministerpräsident Nikita S. Chruschtschow und anderen Regierungsvertretern führte. In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, Hauptziel der Außenpolitik beider Länder sei es, in der Welt jene Friedensbedingungen zu sichern, die für die Entwicklung des sozialistischen Weltsystems notwendig seien. In diesem Zusammenhang werden die Versuche der Westmächte, den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu behindern, verurteilt und erklärt, dieser dürfe nicht länger hinausgeschoben werden. In dem Kommuniqué wird ferner die Fortsetzung des Kampfes gegen Revisionismus, Dogmatismus und Sektierertum sowie gegen Abweichungen von den Grundsätzen des sozialistischen Internationalismus angekündigt.

#### Tschechoslowakei

3. August: Der Präsident von Ghana, Kwame Nkrumah, beendet einen viertägigen Aufenthalt in der Tschechoslowakei, in dessen Verlauf er in Prag Besprechungen mit Partei- und Regierungsvertretern führte. In einem gemeinsamen Kommu-

niqué werden von den Gesprächspartnern Kolonialismus und Imperialismus sowie die „Bestrebungen der imperialistischen Mächte, die afrikanischen Länder der EWG anzugliedern“, verurteilt und eine gleichberechtigte Vertretung der sozialistischen, der neutralen und der westlichen Länder in den Vereinten Nationen gefordert.

7. August: Der tunesische Außenminister, Sadok Makkadem, führt in Prag mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten, Rudolf Barak, eine Unterredung über die Biserta-Krise, bei der er Barak eine Botschaft von Staatspräsident Habib Bourguiba überreicht.

#### Tunesien

3. August: Staatspräsident Habib Bourguiba erklärt auf einer Pressekonferenz in Tunis, Tunesien sei bereit, in der Biserta-Frage (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 159 f. und S. Z 165 f.) auf eine erneute Anrufung der Vereinten Nationen zu verzichten, wenn Frankreich sich auf Verhandlungen über einen Zeitplan für die Evakuierung des Stützpunktes einlasse.

Die Regierung gibt die Wiederaufnahme der seit dem 15. Oktober 1958 unterbrochenen diplomatischen Beziehungen zur Vereinigten Arabischen Republik bekannt.

#### Vereinigte Staaten

2. August: Der Vizepräsident der Republik China (Taiwan), Chen Cheng, beendet einen dreitägigen Aufenthalt in Washington, in dessen Verlauf er Besprechungen mit Präsident John F. Kennedy und anderen Regierungsmitgliedern führte. In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, die Gesprächspartner hätten einen freimütigen und umfassenden Gedankenaustausch über alle im Zusammenhang mit der Vertretung Chinas in den Vereinten Nationen stehenden Fragen geführt. Kennedy habe versichert, die Vereinigten Staaten würden weiterhin eine Vertretung der Republik China (Taiwan) in den Vereinten Nationen unterstützen und eine Zulassung der Volksrepublik China ablehnen. Die Gesprächspartner bringen ferner ihre Übereinstimmung in der Berlin- und in der Korea-Frage zum Ausdruck. Kennedy betont die Entschlossenheit der Vereinigten



Staaten, dem Kommunismus in Vietnam zu widerstehen und in Laos keine Regelung zu dulden, die eine kommunistische Beherrschung des Landes zur Folge hätte.

Der tunesische Verteidigungsminister, *Bari Ladgam*, führt in Washington mit Präsident John F. *Kennedy* und Außenminister *Dean Rusk* Besprechungen über die Biserta-Krise, bei denen er *Kennedy* eine Botschaft des tunesischen Staatspräsidenten, *Habib Bourguiba*, überreicht.

9. August: Das Verteidigungsministerium gibt in einer in Washington veröffentlichten Erklärung einen Ueberblick über die Luftstreitkräfte und Raketen der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten. Danach stünden 1420 Düsenbombern der amerikanischen strategischen Luftwaffe, die innerhalb eines Jahres um weitere 100 B-52 und B-58 verstärkt werden wird, auf sowjetischer Seite etwas mehr als 200 „Bison“-Bomber gegenüber. Dagegen verfügten die sowjetischen Streitkräfte schätzungsweise über 50 bis 75 Raketen, während auf amerikanischen Abschussrampen zur Zeit 27 „Atlas“-Raketen und bis zum Jahresende weitere 27 „Atlas“-Raketen und 18 „Titan“-Interkontinentalraketen bereitstünden. Die Atomunterseekreuzer der Vereinigten Staaten würden bis Ende 1961 über 80 „Polaris“-Raketen verfügen.

10. August: Präsident John F. *Kennedy* begrüßt in einer auf einer Pressekonferenz in Washington abgegebenen Erklärung das Beitrittsge such Großbritanniens an die EWG (vgl. S. Z 174). Die Vereinigten Staaten würden die kommende Entwicklung mit größter Aufmerksamkeit ver-

folgen und dabei ihre Interessen wie die der anderen amerikanischen Staaten, besonders Lateinamerikas, im Auge behalten. In einer weiteren Erklärung zur Frage der Kernwaffenversuche unterstreicht *Kennedy*, er sei nach dem Studium eines ihm vorgelegten Expertenberichtes zu der Erkenntnis gekommen, daß ein vetofrei funktionierendes Inspektionssystem wesentlicher Bestandteil eines Abkommens über die Einstellung von Kernwaffenversuchen sein müsse. Er habe sich entschlossen, diese Frage noch einmal auf der Genfer Konferenz aufzugreifen. Zur Rede des sowjetischen Ministerpräsidenten, *Nikita S. Chruschtschow*, vom 7. August (vgl. S. D 524 ff.) erklärt *Kennedy*, auch er sei der Ueberzeugung, daß alles versucht werden sollte, die Deutschland- und Berlin-Frage friedlich zu regeln, und hoffe, es werde in den kommenden Monaten möglich sein, gewisse Vorstellungen zu präzisieren. Das gelte vor allem für die Erklärungen *Chruschtschows*, daß niemand beabsichtige, die Rechte der Westmächte und der Bevölkerung in West-Berlin zu beeinträchtigen.

Senat und Repräsentantenhaus verabschieden den Verteidigungshaushalt, in dem Ausgaben in Höhe von 46 662 556 000 Dollar vorgesehen sind.

## Vietnam

2. August: Die Regierung der Republik Vietnam ordnet angesichts der zunehmenden Terrortätigkeit der kommunistischen Viet-Cong die Mobilmachung aller Männer zwischen 25 und 33 Jahren an.

## Internationale Organisationen

### Organisation der Vereinten Nationen

4. August: In Genf wird der erste Teil der 31. Tagung des Wirtschafts- und Sozialrates beendet. Unter dem Vorsitz des Neuseeländers *Foss Shanahan* beschäftigte sich der Rat mit Fragen der internationalen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Er verabschiedete zum Abschluß einer Debatte über die Situation der Weltwirtschaft mehrere Resolutionen, in denen den Regierungen u. a. eine Vollbeschäfti-

gungspolitik und eine den Handel mit landwirtschaftlichen Produkten fördernde Agrarpolitik empfohlen werden und billigte die Berichte der vier regionalen Wirtschaftskommissionen und des Sonderfonds sowie ein Aktionsprogramm der Kommission für den internationalen Rohstoffhandel. Der Rat führte ferner eine Debatte über gegenwärtige Tendenzen in der naturwissenschaftlichen Forschung und erörterte die Tätigkeitsberichte des Amtes

für technische Hilfe. Zur internationalen sozialen Entwicklung legte das Generalsekretariat dem Rat einen Zwischenbericht vor. Nach der Erörterung dieses Berichtes verabschiedete der Rat eine Reihe von Resolutionen, in denen Anregungen zu einer Intensivierung der Arbeit der Vereinten Nationen auf sozialem Gebiet unterbreitet werden. Er billigte ferner einstimmig einen Bericht über die 17. Tagung der Kommission für Menschenrechte und verabschiedete eine Resolution, in der die Regierungen und internationalen Organisationen aufgefordert werden, sich für die Beseitigung von Rassenvorurteilen sowie nationaler und religiöser Intoleranz einzusetzen. Der Rat beschäftigte sich weiter mit Berichten der Kommissionen für die Rechtsstellung der Frau und für Rauschgifte sowie mit einem Bericht des Hohen Kommissars für das Flüchtlingswesen.

### Europäische Gemeinschaften

1. August: Die EWG-Kommission begrüßt in einer in Brüssel veröffentlichten Erklärung die Ankündigung des britischen Premierministers, Harold Macmillan, vom Vortage, mit der EWG Verhandlungen über einen Beitritt Großbritanniens aufzunehmen (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 471 ff.)

3. August: Ein Sprecher des Ministerrates der EWG teilt in Brüssel mit, der Rat habe am Vortage einen Antrag der irischen Regierung vom 31. Juli um Aufnahme in die EWG erhalten.

Die EWG-Kommission erklärt in einer Antwort auf eine Anfrage des deutschen Abgeordneten Hellmut Kalbitzer zu den Möglichkeiten einer gemeinsamen Afrika-Politik mit Großbritannien, Form und Einzelheiten einer Koordinierung zwischen der Politik der EWG und anderer Länder, die sich mit den Entwicklungsproblemen des afrikanischen Kontinents befassen, könnten besser festgelegt werden, wenn die betreffenden Regierungen ihre zukünftigen Beziehungen zu der Gemeinschaft näher definiert hätten. Die Kommission verkenne die politische Bedeutung einer solchen Koordinierung nicht. Die zu lösenden technischen Probleme könnten aber

nur im Rahmen einer einheitlichen Politik gesehen werden.

### Nordatlantikpakt-Organisation

8. August: Der amerikanische Außenminister, Dean Rusk, berichtet in Paris dem Ständigen NATO-Rat über den Verlauf und die Ergebnisse der westlichen Außenministerkonferenz vom 5. bis zum 7. August (vgl. S. Z 180). Dabei unterrichtet er den Rat über die Maßnahmen, welche die Vereinigten Staaten angesichts der Bedrohung Berlins zur Verstärkung der westlichen Abwehrbereitschaft planen. In einem Kommuniqué bekräftigen die Ratsmitglieder ihre Überzeugung, daß eine friedliche und gerechte Lösung der Deutschland- und Berlin-Frage nur auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes möglich sei, und bestätigen ihre bereits in der NATO-Erklärung vom 16. Dezember 1958 zum Ausdruck gebrachte Entschlossenheit, die Freiheit West-Berlins und seiner Bevölkerung zu gewährleisten.

### Warschauer Vertrag

3.—5. August: In Moskau findet eine Konferenz der Ersten Sekretäre der ZK der kommunistischen Parteien der Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes statt. Die Konferenzteilnehmer erörtern politische und wirtschaftliche Fragen, die mit dem Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zusammenhängen. In einem am 6. August veröffentlichten gemeinsamen Kommuniqué heißt es, der Abschluß eines derartigen Friedensvertrages dulde keinen Aufschub mehr. Eine Verschiebung auf unbestimmte Zeit würde die Gefahr eines neuen Krieges in Europa und in der Welt erhöhen. Die Konferenz weist die zuständigen Behörden an, alle Maßnahmen auf außenpolitischem und wirtschaftlichem Gebiet vorzubereiten, die notwendig seien, um den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages und die Einhaltung seiner Bestimmungen, einschließlich jener, die West-Berlin als Freie Stadt betreffen, zu gewährleisten. (Vgl. S. D 523 ff.)

13. August: In einer in Ost-Berlin veröffentlichten Erklärung der Regierungen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages wird die Regierung der DDR aufgefordert, die zum Schutz ihrer Gren-

zen und der Interessen des sozialistischen Lagers erforderlichen Maßnahmen zu treffen und an den Grenzen nach West-Berlin eine verlässliche und wirksame Kontrolle zu schaffen. In der Erklärung werden die Westmächte und die Bundesrepublik Deutschland beschuldigt, sie hätten West-Berlin zum Ausgangspunkt ihrer gegen die DDR gerichteten „Diversions- und Wühl-tätigkeit“ gemacht. Die Regierungen be-tonen, die von der DDR ergriffenen Maß-nahmen (vgl. S. Z 172, Deutschland) seien nur als Uebergangsmaßnahmen bis zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu betrachten. (Vgl. S. D 533 f.)

## Westeuropäische Union

1. August: In Paris tagt der Ministerrat der Westeuropäischen Union. Die Minister erörtern die Berlin-Frage, die Biserta-Krise, die Lage in Kuwait, Laos und im Kongo sowie die Beziehungen zwischen Europa und Lateinamerika. In einem Kommuniqué bezeichnet der Rat den britischen Beschluß, mit der EWG Ver-handlungen über einen Beitritt zum Ge-meinsamen Markt aufzunehmen (vgl. Do-kumente Jg. 1961, S. D 471 ff.), als höchst bedeutsam für die politische und wirt-schaftliche Zukunft Europas. (Vgl. Doku-mente Jg. 1961, S. D 473).

## Internationale Konferenzen

### Konferenz der westlichen Außenminister in Paris

5.—7. August: In Paris findet eine Kon-ferenz der Außenminister der Vereinigten Staaten, Dean Rusk, Großbritanniens, Lord Home, und Frankreichs, Maurice Couve de Murville, statt. Zu den Beratungen über die Deutschland- und Berlin-Frage wird der deutsche Bundesaußenminister, Heinrich von Brentano, hinzugezogen. Als Grundlage dieser Beratungen dient den Außenministern der Entwurf eines von einer Arbeitsgruppe erarbeiteten Aktions-planes, der militärische und wirtschaftliche Maßnahmen zur Stärkung der westlichen Position enthält, sowie ein Exposé von Brentanos über die Maßnahmen, welche die Behörden der sogenannten DDR in letzter Zeit zur Behinderung des Personen-verkehrs an der Sektorengrenze und an der Grenze zwischen Berlin und der soge-nannten DDR ergriffen haben. Die Mini-ster erörtern ferner die Lage in Südost-asien. Zur Laos-Frage hören sie einen gemeinsamen Bericht der drei westlichen Delegationen bei der Genfer Laos-Kon-ferenz. Nach den Beratungen der Außen-minister erklären Sprecher der Delega-tionen, die Minister hätten die feste Hal-tung des Westens in der Berlin-Frage be-kräftigt und seien übereingekommen, be-stimmte vorbereitende Maßnahmen zu treffen, um einer eventuell kritischen Situation begegnen zu können.

### Konferenz der Ministerpräsidenten Dänemarks, Norwegens und Schwedens

2. August: In Falkenberg bei Göteborg findet eine Konferenz der Ministerpräsi-denten Dänemarks, Viggo Kampmann, Norwegens, Einar Gerhardsen, und Schwe-dens, Tage Erlander, statt. Die Minister erörtern die handelspolitische Situation in Europa nach dem Entschluß Großbritan-niens, Verhandlungen mit der EWG über einen Beitritt zum Gemeinsamen Markt aufzunehmen (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 471 ff.). Erlander erklärt nach der Konferenz, man habe sich über die Standpunkte und die Wirtschaftsinter-essen der drei Länder informiert und be-schlossen, nach den norwegischen Wahlen im September eine weitere Konferenz die-ser Art abzuhalten. Kampmann betont, die drei Staaten müßten nun zunächst ihre eigene Position klären, ehe die Mög-lichkeiten eines gemeinsamen Vorgehens bei künftigen Verhandlungen mit der EWG ernsthaft erörtert werden könnten.

### Rat der Entente

10.—11. August: In Abidjan findet eine Konferenz des Conseil d'Entente statt, an der die Präsidenten von Elfenbeinküste, Dahome, Niger und Obervolta teilnehmen. In einem Kommuniqué appellieren die Teilnehmer der Konferenz an die an der Biserta-Frage interessierten Parteien, ihre Schwierigkeiten beizulegen.



## Zeittafel vom 16. bis zum 31. August 1961

### Argentinien

18. August: Der kubanische Wirtschaftsminister, Ernesto *Guevara*, führt nach Abschluß der Konferenz von Punta del Este (vgl. S. Z 194) in Buenos Aires eine Unterredung mit Präsident Arturo *Fronzizi*.

28. August: Außenminister Adolfo *Mujica* erklärt seinen Rücktritt.

### Birma

26. August: Staatspräsident *U Win Maung* unterzeichnet ein Gesetz, mit dem Birma offiziell zur buddhistischen Republik erklärt wird.

### Brasilien

19. August: Der kubanische Wirtschaftsminister, Ernesto *Guevara*, führt in Brasília eine Unterredung mit Präsident Janio da Silva *Quadros*, bei der *Quadros Guevara* mit dem höchsten brasilianischen Orden auszeichnet.

In der in Brasília veröffentlichten Antwort Präsident Janio da Silva *Quadros* auf eine im Juli überreichte Botschaft des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow*, wird die Hoffnung auf eine Intensivierung des Warenaustausches zwischen den beiden Ländern zum Ausdruck gebracht.

25. August: Präsident Janio da Silva *Quadros* tritt von seinem Amt zurück. Mit ihm legen alle Minister mit Ausnahme der Inhaber militärischer Portefeuilles ihre Ämter nieder. *Quadros* begründet in einer Erklärung, die Justizminister Oscar *Pedroso Horta* im Kongreß verliest, seinen Entschluß damit, daß er von der Reaktion besiegt worden sei. Er habe Brasilien auf den Weg wahrer politischer und wirtschaftlicher Befreiung führen wollen, sei dabei aber dem Druck ehrgeiziger Gruppen und Individuen im In- und Ausland ausgesetzt gewesen. In Abwesenheit Vizepräsident Soao *Goularts*, der sich auf der Rückreise von einem Besuch der Volksrepublik China befindet, bildet der Präsident der Deputiertenkammer, Raineri *Mazilli*, am 26. August eine provisorische Regierung. Kriegsminister Odilio *Denys* erklärt am gleichen Tage, *Goulart*

werde verhaftet werden, wenn er nicht auf seinen in Art. 79 der Verfassung verankerten Anspruch auf die Präsidentschaft verzichte. *Denys*, Marineminister Sylvio *Heck* und Luftwaffenminister Gabriel *Grum Moss* kritisieren am 31. August in einem in Brasília veröffentlichten Manifest *Goulart* wegen seiner prokommunistischen Einstellung. Da das Amt des Präsidenten von der Verfassung mit weitestgehender Autorität und persönlicher Macht ausgestattet sei, müsse eine Präsidentschaft *Goularts* zu Anarchie und Bürgerkrieg führen. Am gleichen Tage beschließt der Kongreß mit 298 gegen 14 Stimmen, *Goulart* zum neuen Präsidenten zu berufen, seine Amtsbefugnisse jedoch durch eine Verfassungsänderung einzuschränken.

### Britisch-Guayana

21. August: Bei den Wahlen zur Gesetzgebenden Versammlung erringen die People's Progressive Party unter Cheddi *Jagan* 20, der People's National Congress 11 und die United Force 4 Sitze.

### Chile

25. August: Präsident Jorge *Alessandri* ernennt im Rahmen einer Kabinettsumbildung einen Politiker der Radikalen Partei, C. *Martinez Sotomayor*, zum Nachfolger des bisherigen Außenministers E. *Ortuzar Escobar*.

### China

19. August: Der Präsident von Ghana, Kwame *Nkrumah*, beendet einen sechstägigen Besuch der Volksrepublik China, in dessen Verlauf er in Peking Besprechungen mit Ministerpräsident *Chou En-lai* und anderen Partei- und Regierungsvertretern führte. Während des Besuches wurden ein Freundschaftsvertrag und Abkommen über wirtschaftliche, technische und kulturelle Zusammenarbeit unterzeichnet. In einem gemeinsamen Kommuniqué heben die Gesprächspartner die Übereinstimmung ihrer Ansichten hervor.

### Deutschland

16. August: Bundeskanzler Konrad *Adenauer* und Außenminister Heinrich von

*Brentano* führen in Bonn eine Unterredung mit dem sowjetischen Botschafter *Andrej A. Smirnow*. In einem Kommuniqué heißt es, *Smirnow* habe im Auftrage des sowjetischen Ministerpräsidenten, *Nikita S. Chruschtschow*, *Adenauer* über die nächsten außenpolitischen Pläne der sowjetischen Regierung und die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik unterrichtet. *Adenauer* habe seinerseits seine Auffassung über die Lage in Berlin dargelegt und versichert, er werde alles, was *Smirnow* vorgetragen habe, sorgfältig prüfen. Er habe darauf hingewiesen, daß die Bundesregierung keine Schritte unternehme, welche die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion erschweren und die internationale Lage verschlechtern.

Der sowjetische Stadtkommandant von Berlin weist in einem Schreiben den Protest der westlichen Kommandanten vom 3. August gegen Schikanen der Behörden der DDR gegenüber den Grenzgängern (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 171) zurück. In dem Schreiben heißt es, Versuche der westlichen Kommandanten, sich in die Maßnahmen der Regierung der DDR einzumischen, seien völlig unangebracht. Falls mit dem Schreiben beabsichtigt werde, das „überlebte Besatzungsregime“ auf Ost-Berlin „auszudehnen“, so könnten derartige Forderungen nicht ernst genommen werden. Der sowjetische Kommandant bezeichnet sich in dem Schreiben nicht als Stadtkommandant, sondern als „Kommandant der Garnison der sowjetischen Truppen in Berlin“.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, *Willy Brandt*, bedauert in einem persönlichen Schreiben an den amerikanischen Präsidenten, *John F. Kennedy*, daß die Westmächte zu spät und nicht energisch genug auf die Abschnürungsmaßnahmen der Behörden der sogenannten DDR reagiert hätten, und warnt davor, daß Untätigkeit und reine Defensive unter der West-Berliner Bevölkerung eine Vertrauenskrise und bei dem Ost-Berliner Regime ein übersteigertes Selbstbewußtsein hervorrufen könnten. *Brandt* schlägt vor, die Westmächte sollten einen Drei-Mächte-

Status für West-Berlin proklamieren und die Berlin-Frage vor die Vereinten Nationen bringen.

18. August: Der Bundestag nimmt in einer Sondersitzung zur Berlin-Krise Stellung. Bundeskanzler *Konrad Adenauer* appelliert in einer Regierungserklärung an die Regierungen aller Nationen der Welt, welche die Charta der Vereinten Nationen unterzeichnet und anerkannt haben, die Bundesrepublik zu unterstützen, und kündigt Maßnahmen zur Stärkung der militärischen Bereitschaft an. Er nennt die Abriegelungsmaßnahmen in Berlin „eine klare und unmißverständliche Bankrott-erklärung der sechzehnjährigen Gewaltherrschaft des Ulbricht-Regimes“ und sieht in ihnen einen Beweis dafür, daß die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes in Deutschland unaufschiebbar geworden sei. *Adenauer* unterstreicht, die Bundesregierung sei der Ansicht, daß es nach wie vor möglich sei, einen Ausweg aus der Krise durch Verhandlungen zu finden. (Vgl. Dokumente Jg. 1961, S. 538 ff.) Der Fraktionsvorsitzende der CDU, *Heinrich Krone*, fordert, die Zusammenarbeit der Westmächte sollte schneller wirksam werden. Protestschritte, über die tagelang hin und her beraten würde, verlören ihren psychologischen Effekt. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, *Willy Brandt*, betont, daß eine vollendete Erpressung nicht akzeptiert und ein Vertragsbruch nicht noch mit einer Prämie honoriert werden dürften. Er schlägt vor, die Verletzung der Menschenrechte in Berlin vor die Vereinten Nationen zu bringen, und fordert den Verzicht auf Geschäfte und jegliche Art von Beziehungen mit den Machthabern der Sowjetzone. Der Vorsitzende der FDP, *Erich Mende*, setzt sich für Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit ganz Deutschland auf der Grundlage der Vorschläge des Bundestagspräsidenten *Eugen Gerstenmaier* vom 30. Juni ein.

Der „Kommandant der Garnison der sowjetischen Streitkräfte in Berlin“ weist in einem Schreiben den Protest der drei westlichen Kommandanten vom 15. August gegen die Abschnürung Ost-Berlins (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 172) als „völlig

unbegründet“ zurück. In dem Schreiben heißt es, die sowjetische Kommandantur mische sich nicht in die Angelegenheiten der „Hauptstadt der DDR“ ein.

Der Vorsitzende des Staatsrates der sogenannten DDR, Walter Ulbricht, versucht in einer Rundfunk- und Fernsehansprache, die Abriegelung Ost-Berlins zu rechtfertigen. Er behauptet, die bisherige Reaktion der NATO-Mächte bewiese, daß den westlichen Politikern „ein Stein vom Herzen gefallen“ sei. Westliche Kreise hätten ihm nahegelegt, die Grenze in Berlin zu schließen, um die Atmosphäre zu reinigen und Verhandlungen über den Friedensvertrag und die „Freie Stadt West-Berlin“ zu erleichtern.

19.—21. August: Der amerikanische Vizepräsident, Lyndon B. Johnson, führt in Bonn mit Bundeskanzler Konrad Adenauer und Bundesaußenminister Heinrich von Brentano Besprechungen über die Berlin-Krise und besucht anschließend West-Berlin. In seiner Begleitung befindet sich der frühere amerikanische Botschafter in Moskau, Charles Bohlen, und der ehemalige Stadtkommandant in Berlin, General Lucius D. Clay. Johnson bekräftigt in Ansprachen auf dem Flugplatz Tempelhof und vor dem Schöneberger Rathaus die von den Vereinigten Staaten abgegebene Sicherheitsgarantie für West-Berlin. In einer Rede vor dem West-Berliner Abgeordnetenhaus unterstreicht er, daß die Abriegelung Ost-Berlins (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 172) ein Eingeständnis der Schwäche des Kommunismus sei. Während seines Besuches in West-Berlin trifft die auf Anordnung Präsident Kennedys aus der Bundesrepublik nach West-Berlin entsandte amerikanische Kampfgruppe in Stärke von 1500 Mann (vgl. S. Z 191, Vereinigte Staaten) ein.

22. August: Bundeskanzler Konrad Adenauer stattet West-Berlin einen Informationsbesuch ab. Auf einer Pressekonferenz erklärt er, der Westen sollte bei Verhandlungen über Berlin keine Bedingungen, auch nicht die Forderung nach einer Wiederherstellung des status quo ante, stellen. Die Frage der Oder-Neiße-Grenze gehöre in den Kreis von Friedensverhand-

lungen. Adenauer lehnt unter Berufung auf die Viermächteverpflichtung für Berlin die These der Integrierung West-Berlins in die Bundesrepublik und den Vorschlag eines Protestes bei den Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes ab. Eine Vermischung der Verantwortlichkeiten müsse unter allen Umständen vermieden werden.

23. August: Das Innenministerium der sogenannten DDR ordnet in einer Bekanntmachung an, daß West-Berliner künftig zum Betreten Ost-Berlins einer Aufenthaltsgenehmigung bedürfen, die bei Zweigstellen des Deutschen Reisebüros der DDR in West-Berlin beantragt werden könnten und von der Volkspolizei bearbeitet würden. Mit einer weiteren Bekanntmachung des Innenministeriums werden getrennte Uebergangs- und Kontrollpunkte an der Sektorengrenze für Einwohner West-Berlins und der Bundesrepublik sowie Angehörige der westlichen Streitkräfte und Ausländer eingeführt. In einer dritten Bekanntmachung werden alle Bürger aufgefordert, der Sektorengrenze auf beiden Seiten in einem Abstand von hundert Metern fernzubleiben.

In einer Erklärung der westlichen Stadtkommandanten von Berlin werden die Maßnahmen der Regierung der DDR als eine erneute Verletzung der bestehenden Viermächteabkommen über Berlin bezeichnet. Zugleich wird die Aufforderung an die Bürger West-Berlins, sich hundert Meter von der Sektorengrenze entfernt zu halten, als Anmaßung zurückgewiesen und mitgeteilt, die Kommandanten hätten die für die Sicherung und den Schutz der Sektorengrenze erforderlichen Maßnahmen getroffen. Am gleichen Tage ziehen amerikanische, britische und französische Truppen an der Grenze auf. Daraufhin werden die Einheiten der Volksarmee in Ost-Berlin verstärkt.

Die Bundesregierung richtet an alle Teilnehmerstaaten der Belgrader Konferenz blockfreier Staaten und an weitere neutrale Staaten ein Memorandum, in dem sie erneut ihre Ansicht zur Deutschland- und Berlin-Frage im Lichte der jüngsten Ereignisse in Berlin darlegt. Dem Memorandum ist ein persönliches Schreiben Bundes-



kanzler Konrad *Adenauers* beigefügt. Schon am 7. August hatte die Bundesregierung an die gleichen Staaten Memoranden zur Deutschland-Frage gerichtet.

24. August: Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes weist in Bonn die Darstellung des indischen Premierministers, Jawaharlal *Nehru*, vom 23. August, wonach die freie Zufahrt der Westmächte nach Berlin als eine Konzession der Sowjetunion anzusehen sei (vgl. S. Z 186, Indien), als objektiv unrichtig zurück.

Der West-Berliner Senat lehnt einen Antrag des Ost-Berliner Senats ab, in West-Berlin Büros für die Ausgabe von Passierscheinen zum Betreten Ost-Berlins zu errichten. Am gleichen Tage läßt der Senator für Inneres, Joachim *Lipschitz*, die Büros der SED in West-Berlin schließen.

25. August: Der Vorsitzende des Staatesrates der sogenannten DDR, Walter *Ulbricht*, bezeichnet in einer Rede in Ost-Berlin die zur Abschnürung des Ostsektors ergriffenen Maßnahmen als eine pädagogische Lektion, die den Beginn der „Zeit der Wahrheit in Deutschland“ markiere. Nicht zufällig spreche man im Westen jetzt von Verhandlungen. Er beschuldigt die Bundesregierung erneut, sie bereite einen bewaffneten Ueberfall auf die DDR vor. Dieser Drohung habe die DDR begegnen müssen. *Ulbricht* erklärt, die Westmächte hätten nur noch über die Beseitigung des Senders RIAS und über die Transitwege durch die DDR unter den Bedingungen der Kontrolle durch die DDR zu verhandeln. Die Bereitschaft der DDR, bis zum Abschluß des Friedensvertrages die Transporte der westlichen Garnisonen durch ihr Gebiet noch zu dulden, ändere nichts daran, daß Ost-Berlin in die DDR eingegliedert und Hauptstadt der DDR geworden sei. Eine Lockerung der Abschnürung sei nur dann möglich, wenn der Westen sich zur Umwandlung West-Berlins in eine „entmilitarisierte, freie und neutrale Stadt“ bereit erkläre. Nach *Ulbrichts* Worten ist die DDR bereit, alle „zumutbaren Garantien“ für die freie Stadt zu geben, werde aber ihrerseits auch fordern, daß in West-Berlin alles beseitigt werde, was „die Atmosphäre verpeste“.

Im Gebiet der sogenannten DDR tritt eine auf Grund des Beschlusses der Volkskammer vom 11. August erlassene Verordnung in Kraft, nach der in besonderen Fällen auf Grund gerichtlichen Urteils eine Beschränkung der Bewegungsfreiheit der Bürger und Arbeitserziehung verhängt werden können. Die Aufenthaltsbeschränkung kann ausgesprochen werden, wenn „die Fernhaltung von Personen von bestimmten Gebieten und Orten im Interesse der Allgemeinheit geboten ist oder die öffentliche Sicherheit und Ordnung bedroht sind“.

26. August: Der amerikanische Stadtkommandant in Berlin protestiert in einer Unterredung mit dem sowjetischen Kommandanten in Karlshorst gegen die Abschnürungsmaßnahmen der Regierung der sogenannten DDR. Ihn interessiere nicht die von sowjetischer Seite behauptete Souveränität der DDR, sondern die von der Sowjetunion im Rahmen der Viermächtevereinbarungen über Berlin übernommenen Verpflichtungen, auf deren Einhaltung die Vereinigten Staaten bestehen müßten.

Die Botschafter der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs in der Bundesrepublik übermitteln dem sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin, Michail G. *Perwuchin*, gleichlautende Protestnoten, in der sie die Beschränkung der Sektorenübergänge als klare Verletzung des Viermächtestatus von Berlin bezeichnen und den fortgesetzten uneingeschränkten Zugang nach Ost-Berlin fordern.

Auf Anweisung der westlichen Kommandanten läßt der Senat von Berlin zwei in den S-Bahnhöfen Zoo und Westkreuz von dem Innenministerium der sogenannten DDR errichtete Büros zur Ausgabe von Aufenthaltsgenehmigungen für West-Berliner zum Betreten Ost-Berlins schließen.

29.—31. August: Bundespräsident Heinrich *Lübke* stattet Berlin einen Besuch ab, in dessen Verlauf er Besprechungen mit dem Regierenden Bürgermeister Willy *Brandt* führt und die Abriegelungsmaßnahmen an der Sektorengrenze beseitigt. In einer Rundfunkansprache an das deutsche Volk am 31. August betont der Bundespräsident die Verbundenheit der Bun-

desrepublik mit den Menschen in Berlin und Mitteldeutschland.

30. August: Der stellvertretende Außenminister der sogenannten DDR, Otto Winzer, kündigt in einer Rede in Weißwasser an, der zivile Luftverkehr zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin werde nach Abschluß eines separaten Friedensvertrages mit der DDR „entfallen“, wenn nicht durch Verhandlungen mit der DDR die Voraussetzungen für dessen Fortführung geschaffen würden. Winzer behauptet, die Viermächtevereinbarungen über die Benutzung der Luftkorridore nach Berlin seien lediglich für den militärischen Luftverkehr in der Nachkriegszeit abgeschlossen worden.

### Frankreich

17. August: Nach einer Sitzung des Nationalen Verteidigungsrates unter Vorsitz von Staatspräsident Charles de Gaulle wird in Paris ein Communiqué veröffentlicht, in dem es heißt, die infolge der bereits getroffenen und möglicherweise noch bevorstehenden Maßnahmen in Ost-Berlin geschaffene gespannte Lage habe die Regierung veranlaßt, Schritte zur Verstärkung ihrer Land- und Luftstreitkräfte in Deutschland und im Mutterland zu unternehmen. In der Erklärung wird betont, Frankreich sei auch weiterhin bereit, seinen Beitrag zur Herbeiführung einer wirklichen internationalen Entspannung zu leisten und damit die Bedingungen für Verhandlungen zu schaffen.

Das Außenministerium beschuldigt in einer Erklärung die tunesische Regierung, sie habe sich allen französischen Versuchen widersetzt, direkte Verhandlungen über eine Normalisierung der Lage in Biseria einzuleiten. In der Erklärung wird mitgeteilt, die tunesische Regierung habe in ihrer Antwort auf ein entsprechendes französisches Angebot vom 11. August wissen lassen, eine Kontaktaufnahme erscheine nur in dem Maße zweckvoll, als ein Übereinkommen über den Grundsatz einer endgültigen Lösung des Problems vorliege, und habe sich lediglich dazu bereit erklärt, über die Modalitäten und den „Fahrplan“ einer endgültigen Räu-

mung Tunesiens durch französische Truppen zu verhandeln.

19. August: Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums teilt in Paris mit, eine zweite Division in Stärke von 10 000 Mann sei aus Algerien zurückgezogen worden. Am gleichen Tage kündigt ein Sprecher des Außenministeriums eine Verstärkung der französischen Garnison in West-Berlin an.

24. August: Im Rahmen einer Regierungs-umbildung werden der bisherige Gesundheitsminister, Bernard Chenot, zum neuen Justizminister, Edgar Pisani zum Landwirtschaftsminister und Staatssekretär Joseph Fontanet zum neuen Gesundheitsminister ernannt. Der bisherige Informationsminister, Louis Terrenoire, wird zum Ministerdelegierten beim Premierminister ernannt. Seine bisherigen Funktionen werden einem Staatssekretariat übertragen, das Christian de la Malène übernimmt. Staatsminister Robert Lecourt scheidet aus der Regierung aus.

### Großbritannien

17. August: Die Regierung gibt den Abschluß einer Vereinbarung über den Rückzug der britischen Truppen aus Kuwait bekannt.

18. August: Premierminister Harold Macmillan beauftragt Lordiegelbewahrer Edward Heath mit der Leitung der bevorstehenden Verhandlungen über die Bedingungen eines Beitritts Großbritanniens zur EWG (vgl. Zeittafel Jg. 1961. S. Z 173 f.).

24. August: Das Außenministerium betont in einer Erklärung zur sowjetischen Note vom Vortage (vgl. S. Z 190, Sowjetunion), jeder Versuch einer Beeinträchtigung der freien Luftverbindungen mit West-Berlin müßte als eine äußerst ernste Angelegenheit betrachtet werden.

31. August: Außenminister Lord Home beschuldigt in einer in London veröffentlichten Erklärung die sowjetische Regierung, sie ignoriere mit ihrem Beschluß, die Kernwaffenversuche wiederaufzunehmen (vgl. S. Z 190, Sowjetunion), in beleidigender Weise den von der Mehrheit der Menschheit geteilten Wunsch der bri-

tischen Regierung nach einer Beendigung der Kernwaffenversuche. Der Zynismus, mit dem sie sich von der mit ihrer Erklärung vom 28. August 1959 übernommenen Verpflichtung lossage, bewiese erneut, daß sie an einem Erfolg der Genfer Konferenz zur Einstellung der Kernwaffenversuche kein Interesse gehabt habe.

### Indien

16. August: Premierminister Jawaharlal Nehru setzt sich in einer außenpolitischen Debatte des Unterhauses dafür ein, daß der Zugang nach West-Berlin in jeder Hinsicht erleichtert werde. Der sowjetische Ministerpräsident, Nikita S. Chruschtschow, habe dies kürzlich in einer Botschaft voll anerkannt. Nach Ansicht Nehrus solle die geographische Tatsache des Bestehens zweier Deutschland hingenommen werden. Der einzige Weg, sie zu vereinigen, führe über engere Kontakte zwischen ihnen. Nehru teilt mit, er werde an der im September stattfindenden Konferenz blockfreier Staaten teilnehmen. Er habe allerdings klargestellt, daß er nichts sagen oder unternehmen wolle, was zur Bildung eines dritten Blocks führen könne. Zum Grenzstreit mit der Volksrepublik China erklärt er, trotz der bestehenden Erregung könne sich Indien nicht in einen Krieg stürzen. Wenn dies sich aber letztlich als notwendig erweisen sollte, so müsse es dazu vorbereitet sein. Im weiteren Verlauf der Debatte nimmt Nehru erneut zur Deutschland-Frage Stellung und lehnt eine Anerkennung der sogenannten DDR ab, weil dadurch ein Hindernis für die Wiedervereinigung Deutschlands geschaffen werde. Am 23. August weist er in einer außenpolitischen Debatte des Oberhauses auf das angebliche Fehlen einer Rechtsgrundlage für den freien Verkehr in Berlin hin und bezeichnet das Recht der Westmächte auf freien Zugang nach Berlin als eine Konzession der Sowjetunion. Diese Äußerung berichtigt Nehru jedoch am 28. August unter dem Hinweis auf die Viermächtevereinbarungen von 1949, die durch das Auseinanderleben beider Teile Deutschlands und ihre Einbeziehung in einander gegenüberstehende Militärblocke jedoch ausgehöhlt würden. Mit Nachdruck setzt er sich aber für den freien Zugang

von der Bundesrepublik nach Berlin ein und betont, bei jedem Abkommen über Berlin seien die menschlichen Aspekte wichtiger als juristische Spitzfindigkeiten.

18. August: Der Sondergesandte der sogenannten DDR, Kurt Hager, führt in Neu-Delhi eine Unterredung mit Premierminister Jawaharlal Nehru, bei der er Nehru ein Schreiben des Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht überreicht.

24.—27. August: Der ungarische Ministerpräsident, Ferenc Münnich, besucht Indien und führt in Neu-Delhi Besprechungen mit Premierminister Jawaharlal Nehru.

### Indonesien

17. August: Präsident Achmed Sukarno setzt sich in einer Rede aus Anlaß des Unabhängigkeitstages in Djakarta für eine baldige Normalisierung der indonesischen Beziehungen zu den Niederlanden ein, appelliert jedoch zugleich an die niederländische Regierung, sie möchte Niederländisch-Neuguinea freiwillig an Indonesien übergeben, andernfalls die indonesische Verhandlungspolitik von einer „handfesteren“ Politik abgelöst würde.

23. August: Der ungarische Ministerpräsident, Ferenc Münnich, beendet einen neuntägigen Besuch Indonesiens, in dessen Verlauf er in Djakarta Besprechungen mit Präsident Achmed Sukarno und anderen Regierungsvertretern führte. Während des Besuches wurde ein Freundschaftsvertrag unterzeichnet. In einem gemeinsamen Kommuniqué verurteilen die Gesprächspartner den Imperialismus und Kolonialismus. Vor ungarischer Seite werden die indonesischen Ansprüche auf West-Irian unterstützt. Von indonesischer Seite wird erklärt, bei der Lösung der Deutschland- und Berlin-Frage sei es notwendig, die wirkliche Situation, wie sie sich in letzter Zeit entwickelt habe, in Betracht zu ziehen.

24. August: Der Sonderbotschafter der sogenannten DDR, Kurt Hager, führt in Djakarta mit Außenminister Subandrio eine Unterredung über die Deutschland-Frage.

### Iran

19. August: Schah Mohammed Reza Pahlavi erklärt in einer Rede aus Anlaß des



achten Jahrestages des Sturzes der Regierung Mohammed Mossadegh in Teheran, der Iran könne in der Ost-West-Auseinandersetzung nie neutral bleiben. Die Neutralität habe das Land in zwei Weltkriegen nicht vor Invasionen bewahrt. Daher sei es notwendig, daß der Iran Verteidigungsbündnisse zum Schutz seiner Sicherheit und Unabhängigkeit eingegangen sei.

20. August: Außenminister Hussain Ghods Nakhai weist in einer Erklärung die sowjetischen Beschuldigungen vom 18. August zurück, die Länder des CENTO-Paktes planten einen Kernwaffenangriff auf die Sowjetunion (vgl. S. Z 189 f., Sowjetunion).

### Israel

21.—28. August: Der Präsident von Madagaskar, Philibert Tsiranana, besucht Israel und führt in Jerusalem Besprechungen mit Ministerpräsident David Ben Gurion. Während des Besuches werden ein Freundschaftsvertrag und Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit unterzeichnet.

### Japan

16. August: Der Erste Stellvertretende Ministerpräsident der Sowjetunion, Anastas J. Mikojan, der sich anlässlich der Eröffnung einer Industrieausstellung in Japan aufhält, führt in Tokio eine Unterredung mit Ministerpräsident Hayato Ikeda, bei der er Ikeda eine Botschaft von Ministerpräsident Nikita S. Chruschtschow überreicht. In der Botschaft heißt es, der japanisch-amerikanische Sicherheitsvertrag sei „von keinerlei Nutzen für die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Japan“. Chruschtschow schlägt vor, die Beziehungen zwischen beiden Ländern sollten sich auf die gegenseitige Achtung der Souveränität und auf die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten gründen, und versichert, erweiterte politische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen zwischen den beiden Ländern könnten die Sache des Friedens in Ostasien begünstigen. Ein Regierungssprecher erklärt nach der Unterredung zwischen Ikeda und Mikojan, dieser habe Ikeda darauf hingewiesen, in

der Berlin-Krise würde die Sowjetunion Gewaltakte mit Gewaltakten beantworten, und erklärt, Japan könne infolge seines Sicherheitsvertrages mit den Vereinigten Staaten an der Berlin-Krise nicht unbeteiligt bleiben. Mikojan habe die Aufhebung des Vertrages gefordert, da er sich gegen die Sowjetunion richte. Am 17. August wirft die Liberaldemokratische Partei Mikojan in einer von der Regierung gebilligten Erklärung vor, er mische sich in krasser Weise in die politischen Angelegenheiten Japans ein. In der Erklärung heißt es, die Sowjetunion spreche von der friedlichen Lösung schwebender Fragen, bezeichne aber zugleich das amerikanisch-japanische Verteidigungsabkommen als potentiellen Angriffspakt. Die Sowjetunion schweige vollkommen über das chinesisch-sowjetische Abkommen, dem man viel eher aggressive Ziele unterschieben könne.

25. August: In einem vom Außenministerium veröffentlichten Blaubuch über die Außenpolitik unterstreicht die Regierung die Zugehörigkeit Japans zur freien Welt und die Ablehnung des Neutralismus. In dem Blaubuch heißt es, es wäre unrealistisch, wenn Japan auf Verteidigungsmaßnahmen verzichtete und seine Sicherheit allein in der Neutralität suchte, solange die Vereinten Nationen nicht fähig seien, den Weltfrieden zu gewährleisten.

28. August: Ministerpräsident Hayato Ikeda begrüßt in seiner Antwort auf die Botschaft des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. Chruschtschow (vgl. oben), dessen Wunsch nach einer Normalisierung der japanisch-sowjetischen Beziehungen. Japan würde dem Abschluß eines Friedensvertrages mit der Sowjetunion zustimmen, doch könnten Verhandlungen nur auf der Basis der gemeinsamen japanisch-sowjetischen Erklärung vom 19. Oktober 1956 und des dazugehörigen Protokolls erfolgen. Ikeda erinnert daran, daß die Sowjetunion jederzeit die Initiative ergreifen und durch die in dem Protokoll für den Friedensschluß vorgesehene Rückgabe der Inseln Habomai und Shikotan die ersten Schritte zum Abschluß eines Vertrages tun könne. Wenn die sowjetische Regierung es statt

dessen aber vorzöge, zu behaupten, der japanisch-amerikanische Sicherheitsvertrag und die Anwesenheit amerikanischer Truppen in Japan verhinderten die Aufnahme von Verhandlungen, so sei diese Argumentation unverständlich angesichts der Tatsache, daß der Vertrag bereits in Kraft gewesen sei, bevor die Sowjetunion in die Erklärung von 1956 eingewilligt habe. Die sowjetische Forderung nach einer Auflösung des Vertrages sei unvereinbar mit den von der Sowjetunion so oft verkündeten Prinzipien der Nichteinmischung. Zudem wisse man in Japan, daß ein sowjetisch-chinesischer und ein sowjetisch-koreanischer Vertrag beständen, die gegen Japan gerichtet seien. *Ikeda* gibt der Hoffnung Ausdruck, daß der Besuch des Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten, *Anastas J. Mikojan*, zu einer realistischeren Einschätzung der politischen Vorgänge durch die sowjetische Regierung führen werde.

#### Jugoslawien

24. August: Der Minister für Bauwesen der sogenannten DDR, *Ernst Scholz*, führt als Sonderbotschafter des Staatsrates in Brioni eine Unterredung mit Staatspräsident *Josip Broz Tito*, bei der er eine Botschaft des Staatsratsvorsitzenden *Walter Ulbricht* zur Deutschland-Frage überreicht.

#### Kenia

19. August: Der von den britischen Behörden aus mehrjähriger Haft entlassene Nationalistenführer *Jomo Kenyatta* (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 175) erklärt in Nairobi, eine Demokratie nach britischem Muster komme für ein künftiges unabhängiges Kenia nicht in Frage. Er befürwortet statt dessen eine „Demokratie, die auf das afrikanische Leben aufbaue“, und äußert seine Überzeugung, ein unabhängiges Kenia werde eine neutralistische Politik führen.

#### Kongo (Léopoldville)

16.—17. August: Ministerpräsident *Cyrille Adoula* führt in Stanleyville Besprechungen mit dem Ministerpräsidenten der Ostprovinz, *Antoine Gizenga*, der sich bisher geweigert hat, sein Amt als Stellvertretender Ministerpräsident im Kabinett *Adoula* anzutreten. *Gizenga* erklärt nach den Be-

sprechungen, er anerkenne *Adoula* als Chef der Zentralregierung und werde sein Amt in dem neuen Kabinett der Nationalen Union einnehmen unter der Bedingung, daß die Regierung dem von dem ehemaligen Ministerpräsidenten *Patrice Lumumba* vorgezeichneten Weg folge.

26. August: Die Regierung von Katanga weist in einer in Elisabethville veröffentlichten Erklärung ein Ultimatum des Vertreters der Vereinten Nationen in Katanga an Ministerpräsident *Moise Tshombé* zurück, sich noch am gleichen Tage zu einer Unterredung mit dem Ministerpräsidenten der Zentralregierung, *Cyrille Adoula*, nach Léopoldville zu begeben. In der Erklärung wird gegen eine Ankündigung protestiert, wonach die Vereinten Nationen der Zentralregierung ihre Truppen zur Liquidierung der Sezession des Katanga zur Verfügung stellen würden, falls *Tshombé* der Aufforderung nicht nachkomme. Am 28. August besetzen Truppen der Vereinten Nationen alle strategischen Punkte in Elisabethville und verhaften ausländische Offiziere der Armee des Katanga. Nachdem sich *Tshombé* mit der Ausweisung aller ausländischen Offiziere einverstanden erklärt hat, werden die Maßnahmen wiederaufgehoben.

#### Libyen

27. August: Der Nationale Rat der algerischen Revolution (CNRA) beendet in Tripolis eine am 9. August eröffnete Tagung. In einem Abschlußkommuniqué heißt es, der Rat habe die militärische, politische und diplomatische Entwicklung des nationalen Befreiungskampfes des algerischen Volkes geprüft und Beschlüsse über die künftigen Ziele der Revolution gefaßt. Auf außenpolitischem Gebiet werde alles unternommen werden, jede materielle, politische und diplomatische Unterstützung zur Schwächung des französischen Kolonialismus zu erlangen. Der Rat bekräftigt seine Haltung, daß die Algerien-Frage nur auf der Grundlage der Anerkennung des Rechtes auf Unabhängigkeit und der Selbstbestimmung sowie der Integrität des algerischen Territoriums gelöst werden könne. Der Rat beschließt ferner eine Umbildung der Provisorischen

Regierung der Republik Algerien (GPRA). Ministerpräsident Ferhat *Abbas* wird durch den ehemaligen Minister für soziale Fragen, Ben Youssef *Ben Khedda*, ersetzt, der zugleich auch das Finanzministerium übernimmt. Zu Stellvertretenden Ministerpräsidenten werden *Belkassam Krim*, Mohammed *Ben Bella* und Mohammed *Boudiaf* ernannt. Außenminister wird Saad *Dahlab*, Minister für Bewaffnung und Verbindungswesen Abdelhafid *Boussouf*.

#### Malaiischer Bund

24. August: Ministerpräsident Tunku Abdul Rahman führt in Kuala Lumpur mit dem Ministerpräsidenten von Singapur, Lee Kuan Yew, Besprechungen über eine Zusammenarbeit beider Länder. In einem gemeinsamen Communiqué heißt es, die Gesprächspartner hätten die Frage einer panmalaiischen Verantwortung für die Verteidigung, die Außenpolitik und die Sicherheit sowie den Wunsch Singapurs nach einer gewissen lokalen Autonomie, vor allem auf den Gebieten der Erziehung und des Arbeitswesens, geprüft und dabei völlige Übereinstimmung erzielt.

#### Mauretanien

20. August: Bei den Präsidentschaftswahlen wird der bisherige Ministerpräsident, Moktar Ould Daddah, zum Präsidenten des Landes gewählt.

#### Pakistan

20. August: Ein Sprecher des Außenministeriums weist die sowjetische Behauptung vom 18. August, die CENTO bereite einen Kernwaffenangriff auf die Sowjetunion vor (vgl. Sowjetunion), als „Lüge“ zurück.

#### Portugal

28. August: Der Minister für die Ueberseegebiete, Adriano *Moreira*, teilt in Lissabon mit, die Regierung habe beschlossen, den Afrikanern in Angola und Mosambik die volle Gleichberechtigung zu gewähren. Ferner werde die Regierung die Ansiedlung von Portugiesen in den afrikanischen Ueberseegebieten fördern und eine Reihe neuer Sozialgesetze erlassen.

#### Rhodesien und Njassaland

17. August: Der Führer der Malawi-Partei, Hastings Banda, erklärt auf einer Presse-

konferenz in Blantyre, er werde sich niemals mit dem Fortbestehen der Zentralafrikanischen Föderation einverstanden erklären. Njassaland werde unter keinen Umständen in der Föderation bleiben.

#### Schweden

22. August: Ministerpräsident Tage Erlander erklärt in einer Rede auf dem Kongreß des Metallarbeiterverbandes in Stockholm, die Regierung halte an dem von Außenminister Östen Unden eingenommenen Standpunkt fest, daß eine Vollmitgliedschaft Schwedens im Gemeinsamen Markt mit Rücksicht auf die schwedische Neutralitätspolitik wie auch im Interesse einer möglichst selbständigen Handels- und Wirtschaftspolitik nicht zu verantworten wäre.

28. August: Auf einem außerordentlichen Parteitag der Konservativen Partei wird Gunnar Heckscher mit 164 gegen 36 Stimmen zum Nachfolger des bisherigen Parteivorsitzenden Jarl Hjalmarsson gewählt.

#### Sowjetunion

16. August: Die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten fordern in gleichlautenden Noten die Regierung auf, den illegalen Maßnahmen der ostdeutschen Behörden in Berlin (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 172, Deutschland), für die sie verantwortlich sei, ein Ende zu setzen. In den Noten wird die Abschnürung Ost-Berlins als eine flagrant und besonders ernste Verletzung des Viermächtestatus von Berlin bezeichnet. Diese einseitige Verletzung könne nur die schon bestehenden Spannungen und Gefahren erhöhen. (Vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 537 f.)

18. August: In einer von der Regierung gebilligten TASS-Erklärung wird gegen die Errichtung von Militärstützpunkten der CENTO in Pakistan und im Iran protestiert und darauf hingewiesen, daß die sowjetischen Streitkräfte gegebenenfalls eingreifen würden, um jeden Versuch einer Aggression von diesen Ländern aus „im Keime zu ersticken“. Unter Hinweis auf Geheimdokumente der CENTO, die Pressevertretern in Moskau vorgelegt worden seien, wird in der Erklärung ferner



behauptet, die Mitgliedstaaten der CENTO hätten unter Mißachtung internationaler Vereinbarungen Länder wie Afghanistan mit einem Atomkrieg bedroht.

Die Regierung weist in gleichlautenden Noten den in den Noten der Westmächte vom Vortage (vgl. oben) enthaltenen Protest gegen die Absperrungsmaßnahmen der Regierung der sogenannten DDR zurück. In den Noten heißt es, die DDR könne als souveräner Staat die seinen Interessen entsprechenden Maßnahmen ergreifen. Versuche der Westmächte, sich in die inneren Angelegenheiten der DDR einzumischen, seien daher völlig unangebracht und unbegründet. (Vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 543 ff.)

23. August: Die Regierung beschuldigt die Westmächte in gleichlautenden Noten, sie mißbrauchten die Luftkorridore nach Berlin zur Einschleusung von „westdeutschen Agenten, Revanchisten und Militaristen“ und unterstützten damit die „provokatorische Tätigkeit bestimmter Kreise der Bundesrepublik Deutschland in West-Berlin“. Die Regierung weist darauf hin, daß West-Berlin nicht zur Bundesrepublik gehöre und die Kompetenz von Amtsstellen der Bundesrepublik sich nicht auf Berlin erstrecken könne. (Vgl. S. D 548 f.)

26. August: Die Regierungen der drei Westmächte erklären in ihren Antwortnoten auf die sowjetischen Noten vom 23. August (vgl. S. D 548 f.), die Benutzung der Luftkorridore nach Berlin durch die Flugzeuge der Westmächte sei in ihrer Art und ihrer Dauer niemals irgendeiner Beschränkung unterworfen worden. Jeder Eingriff in das unbeschränkte Zugangsrecht nach Berlin werde als ein aggressiver Akt betrachtet werden und müsse die ernstesten Konsequenzen haben, für die die Sowjetunion die volle Verantwortung trage. Die drei Regierungen weisen ferner die sowjetische Beschuldigung zurück, sie duldeten illegale und provokatorische Aktionen der Bundesrepublik Deutschland in West-Berlin. Die Bindungen Berlins mit der Bundesrepublik seien im Gegensatz zu den Beziehungen zwischen Ostdeutschland und Ost-Berlin in keiner Weise mit dem Viermächtestatus

ganz Berlins unvereinbar. Demgemäß sei es Sache der Sowjetunion, Maßnahmen zu ergreifen, um den Zustand der Spannung und der Unruhe, der in Berlin entstanden sei, zu bereinigen. (Vgl. S. D 549 ff.)

28. August: In einem Interview mit dem amerikanischen Journalisten Drew Pearson erläutert *Chruschtschow* seine Haltung in der Berlin-Frage und erklärt, die Sowjetunion sei bereit, mit den Führern der Westmächte über den Friedensvertrag mit Deutschland zu verhandeln.

30. August: Das ZK der KPdSU und der Ministerrat geben in einer in Moskau veröffentlichten Erklärung bekannt, sowjetische Soldaten, die in diesem Jahr ihren Militärdienst absolvierten, blieben „provisorisch“ unter den Fahnen, bis ein Friedensvertrag mit Deutschland abgeschlossen sei. In der Erklärung heißt es, der Sowjetunion bleibe angesichts der Tatsache, daß die Mitgliedstaaten der NATO mit allen Mitteln die internationale Lage verschlechterten, nichts anderes übrig, als Verstärkungsmaßnahmen zu ergreifen.

31. August: Die Regierung gibt in einer von TASS verbreiteten Erklärung ihren Beschluß bekannt, die Kernwaffenversuche wiederaufzunehmen. Sie begründet ihren Schritt damit, daß ihr angesichts des von den „imperialistischen Ländern“ geschaffenen Drucks der internationalen Lage keine andere Wahl geblieben sei. (Vgl. S. D 563 ff.)

In einem von TASS veröffentlichten Telegramm an den kongolesischen Ministerpräsidenten, Cyrille *Adoula*, gibt Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* seiner Hoffnung Ausdruck, es möge *Adoula* gelingen, die Politik der Unabhängigkeit und Einheit des Kongo erfolgreich durchzuführen und mit der Sowjetunion freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten.

## Türkei

16. August: Die Verfassungsgebende Versammlung beschließt, das seit April 1960 in Ankara und Istanbul bestehende Kriegsrecht um weitere drei Monate bis einschließlich November zu verlängern.

Cemal *Turkoglu* wird als Nachfolger von Ekrem *Tuzemen* zum neuen Justizminister ernannt.

24. August: Außenminister Selim *Sarper* richtet an die Mitgliedstaaten der EWG Memoranden zur Frage eines Beitritts der Türkei zur EWG.

### Tunesien

18. August: Das Außenministerium weist in einer Erklärung die in der französischen Erklärung vom Vortage (vgl. S. Z 185, Frankreich) enthaltene Behauptung zurück, die Regierung habe sich geweigert, ein französisches Angebot betreffend die Rückkehr zu normaleren Umständen in Biserta in Betracht zu ziehen. Die Regierung habe die französische Regierung zwar wissen lassen, sie halte Verhandlungen nicht für zweckmäßig, die lediglich die Rückkehr zu einer normaleren Lage in Biserta zum Ziele hätten, sie habe aber zugleich der französischen Regierung anheimgelassen, jede Initiative in dieser Frage zu ergreifen. In der Erklärung wird betont, die Regierung könne Verhandlungen über eine Garantie des status quo ante keinesfalls zustimmen.

### Vereinigte Arabische Republik

17. August: Präsident Gamal Abdel *Nasser* verfügt die Verschmelzung der bisher bestehenden Kabinette für Ägypten, für Syrien und für die gesamte Republik. Das neugebildete Kabinetts setzt sich aus 36 Ministern zusammen. Die sieben neuernannten Vizepräsidenten erhalten folgende Ressorts: Nationale Planung: Abdel Latif *el Boghdady*, Wehrwesen: Abdel Hakim *Amer*, Produktion: Nour Eddine *Kohala*, Staatsindustrien: Zakaria *Mohieddin*, Sozialdienste: Hussein *Shafei*, Lokalverwaltung: Kamal Eddin *Hussein*. Inneres: Abdel Hamid *el Serraj*. Außenminister bleibt Mahmoud *Fawzi*.

### Vereinigte Staaten

18. August: Das Außenministerium weist in einer Erklärung die sowjetische Beschuldigung über angebliche geheime Kriegspläne der CENTO (vgl. S. Z 189 f., Sowjetunion) zurück. Als Allianz für die Verteidigung und die Sicherheit ihrer Mit-

glieder habe sich die CENTO natürlich legitimerweise mit der Verteidigung gegen eine Aggression befaßt und werde dies auch weiterhin tun. Zu den in der sowjetischen Erklärung angeführten Geheimdokumenten der CENTO heißt es in der Erklärung, amerikanische Regierungsbeamte hätten sie bisher nicht gesehen. Die sowjetische Regierung habe im Laufe der Jahre im übrigen eine Reihe von erwiesenen Fälschungen veröffentlicht.

Präsident John F. *Kennedy* ordnet die Entsendung von 1500 Soldaten nach West-Berlin an, um die dortige Garnison zu verstärken.

23. August: Die Regierung veröffentlicht ein Weißbuch, in dem die Entwicklung der Verhandlungen über die Einstellung der Kernwaffenversuche seit dem 31. Oktober 1958 dargestellt ist.

24. August: In einer Erklärung des Weißen Hauses wird die sowjetische Note vom Vortage (vgl. S. D 548 f.) als ein weiterer Schritt in der willkürlichen Kampagne des Betrugs und der versuchten Einschüchterung bezeichnet, die die Aufmerksamkeit von den Fehlschlägen der sowjetzonalen Regierung ablenken und die internationale Spannung erhöhen solle. In der Erklärung heißt es, die in der Note enthaltenen Beschuldigungen und Behauptungen seien falsch. Die verleumderischen Bemerkungen der sowjetischen Regierung über die legitimen Tätigkeiten freier Menschen in West-Berlin deuteten darauf hin, daß die sowjetische Regierung annehme, die Vereinigten Staaten teilten die sowjetische Ansicht, daß die Unterwerfung unter eine Diktatur die adäquate Lebensform der Deutschen sei. In der Erklärung heißt es weiter, die sowjetische Note enthalte die kaum verhüllte Drohung eines Angriffs gegen die alliierten Luftkorridore von und nach Berlin. Die Vereinigten Staaten müßten gegenüber der Sowjetunion die feierliche Warnung aussprechen, daß jeder Eingriff in den freien Zugang nach West-Berlin einen aggressiven Akt darstelle, für dessen Konsequenzen die sowjetische Regierung die volle Verantwortung tragen müßte.

Ein Sprecher des Außenministeriums erklärt in Washington zu der sowjetischen Note vom Vortage (vgl. S. D 548 f.), die Westmächte besäßen auf Grund von Abkommen, die 1944, 1945 und 1949 mit der Sowjetunion abgeschlossen worden seien, das „absolute“ Recht auf ungehinderten Zugang nach Berlin und auf die volle Bewegungsfreiheit in der Stadt. Es könne keinen Zweifel darüber geben, daß die Zufahrtswege des Westens weiterhin garantiert seien.

25. August: Das Außenministerium veröffentlicht ein Weißbuch zur Berlin-Frage, in dem an Hand der historischen Entwicklung der Standpunkt der Regierung in der Berlin- und Deutschland-Frage dargelegt wird. Dem Weißbuch sind eine Reihe von Dokumenten über die Berlin-Frage beigefügt.

Verteidigungsminister Robert S. McNamara kündigt in einer in Washington veröffentlichten Erklärung die Einberufung von 76 500 Reservisten zum 1. Oktober an. Diese Einberufung steht im Zusammenhang mit dem von Präsident John F. Kennedy am 25. Juli angekündigten Programm zur Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 166 f.).

30. August: Präsident John F. Kennedy erklärt auf einer Pressekonferenz in Washington, in der Berlin-Krise müsse ein Weg zu einer friedlichen Regelung gefunden werden, da angesichts der modernen Waffen keine Seite der anderen ihren Willen aufzwingen könnte. Kennedy kündigt an, daß die westlichen Außenminister und der deutsche Bundesaußenminister, Heinrich von Brentano, am 14. September auf einer Konferenz in Washington über den Zeitpunkt und den Rahmen von etwaigen Ost-West-Verhandlungen beraten würden. Er gibt ferner die Ernennung von General Lucius D. Clay zu seinem persönlichen Vertreter im Range eines Botschafters in Berlin bekannt. Der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Washington, Wilhelm Grewe, überreicht Präsident John F. Kennedy ein persönliches Schreiben Bundeskanzler Konrad Adenauers zur Deutschland- und Berlin-Frage.

Präsident John F. Kennedy verurteilt in einer vom Weißen Haus herausgegebenen Erklärung den sowjetischen Beschluß, die Kernwaffenversuche wiederaufzunehmen, als Bedrohung der gesamten Menschheit. Die Vereinigten Staaten seien weiterhin von der Bedeutung eines Abkommens über die Beendigung der Kernwaffenversuche überzeugt, seien aber jetzt gezwungen, über die Erfordernisse ihres eigenen nationalen Interesses zu entscheiden.

31. August: Das Weiße Haus nimmt in einer nach einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates und Besprechungen mit den Kongreßführern beider Parteien veröffentlichten Erklärung zu dem Beschluß der sowjetischen Regierung, die Kernwaffenversuche wiederaufzunehmen (vgl. S. D 563 ff.) Stellung und beschuldigt die Sowjetunion der nuklearen Erpressung, mit der sie versuche, die staatsmännische Vernunft durch massiven Terror zu ersetzen. In der Erklärung wird festgestellt, das Ausmaß des amerikanischen Nuklearwaffenarsenals und die Leistungsfähigkeit einzelner Waffen und Trägersysteme reichten vollauf zur Verteidigung der freien Welt. Zugleich wird die Enttäuschung über den Zusammenbruch der langdauernden Bemühungen um den Abschluß eines Abkommens über die kontrollierte Einstellung der Kernwaffenversuche Ausdruck verliehen.

Beide Häuser des Kongresses billigen eine vom Vermittlungsausschuß erarbeitete Vorlage über das Auslandshilfeprogramm. Für das laufende Finanzjahr ermächtigt der Kongreß die Regierung zu Ausgaben in Höhe von 4,2535 Milliarden Dollar für die verschiedenen Kategorien der Auslandshilfe. Davon sind 1,2 Milliarden Dollar für langfristige Entwicklungsanleihen vorgesehen. Ferner wird die Regierung ermächtigt, das Programm der Entwicklungsanleihen über einen Zeitraum von fünf Jahren zu planen. Für diesen Zeitraum werden zusätzlich zu den für das laufende Finanzjahr bewilligten 1,2 Milliarden Dollar jeweils 1,5 Milliarden Dollar für die nächsten vier Jahre zur Verfügung gestellt, um deren Bewilligung die Regierung allerdings jeweils wieder nachsuchen muß.



## Internationale Organisationen

### Organisation der Vereinten Nationen

21.—25. August: Auf Verlangen von 53 der 99 Mitgliedstaaten erörtert die Vollversammlung in einer außerordentlichen Sitzung die Biserta-Krise. Die französische Delegation bleibt der Debatte fern. Der tunesische Delegierte, Mongi Slim, beschuldigt Frankreich der Aggression und fordert die völlige Räumung Tunesiens von französischen Truppen. Der sowjetische Delegierte, Platon D. Morozow, fordert ebenfalls die sofortige Auflösung des französischen Stützpunktes in Biserta und richtet in diesem Zusammenhang heftige Angriffe gegen die NATO sowie gegen die Länder, in denen sich Stützpunkte der NATO befinden. Im weiteren Verlauf bringen 31 afrikanische und asiatische Staaten sowie Jugoslawien einen Resolutionsentwurf ein, in dem Frankreich aufgefordert wird, die Resolution des Sicherheitsrates vom 22. Juli (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 167 f.) über die Zurückziehung seiner Truppen auf ihre früheren Stellungen in vollem Umfang durchzuführen, Tunesien das Recht zuerkannt wird, die Zurückziehung aller ohne seine Einwilligung auf seinem Territorium weilenden ausländischen Truppen zu verlangen, und schließlich beide Seiten aufgefordert werden, sofort Verhandlungen über die Durchführung dieses Truppenrückzugs aufzunehmen. Der amerikanische Delegierte, Adlai Stevenson, erklärt, er sehe eine Lösung der Krise nur in direkten tunesisch-französischen Verhandlungen. Derartige Verhandlungen sollten nicht durch eine Resolution verhindert werden, die nur zu einer Verhärtung der Situation führe. Stevenson weist die Angriffe Morozows gegen die Stützpunkt-politik der NATO zurück und beschuldigt die Sowjetunion, sie unterhalte noch 16 Jahre nach Kriegsende Armeen in Polen, Ostdeutschland, Ungarn und anderen Ländern. Die Vollversammlung verabschiedet zum Abschluß der Debatte unverändert die von den 32 Staaten eingebrachte Resolution. 66 Staaten stimmen für die Resolution, 30 enthalten sich der Stimme. Unter den Staaten, die Stimm-

enthaltung üben, befinden sich die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die meisten anderen europäischen Staaten mit Ausnahme der skandinavischen Länder, Irlands und Oesterreichs. Ferner enthalten sich Kanada, Australien, Neuseeland, die meisten lateinamerikanischen Staaten, Japan und Israel der Stimme.

23. August: Generalsekretär Dag Hammarskjöld erklärt in der Einleitung zu seinem Jahresbericht, die Vereinten Nationen hätten ein vitales Interesse an einer friedlichen und gerechten Lösung von Problemen wie der Berlin-Frage, die Frieden und Sicherheit bedrohen könnten. Zwar könnten die Vereinten Nationen mit ihrer großen Mitgliederzahl nicht der Mittelpunkt einer Erörterung der Berlin-Frage sein. Trotzdem hätten die Mitglieder der Vereinten Nationen das Recht, ihre Stimme zu erheben, wenn eine Lage entstehen sollte, in der Interessen bedroht würden, die die Vereinten Nationen zu schützen hätten. Hammarskjöld nimmt ferner zur Abrüstungsfrage, der Entwicklung im Kongo, dem Selbstbestimmungsrecht, dem Kolonialismus und der Forderung der neuen Staaten auf politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit Stellung. In seinen Ausführungen über Reformmöglichkeiten der Vereinten Nationen lehnt Hammarskjöld erneut entschieden das sowjetische Troika-System ab.

### Nordatlantikpakt-Organisation

16. August: Ein Sprecher der NATO erklärt in Paris, der NATO-Rat wolle keine Initiativen in der Berlin-Frage ergreifen. Die Zuständigkeit hierfür liege bei den drei Westmächten, die gegebenenfalls dem Rat Vorschläge machen könnten.

### Nordischer Rat

19.—20. August: In Oslo findet eine Konferenz des Wirtschaftsausschusses des Nordischen Rates statt, auf der Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit der EWG erörtert werden. Der Ausschuß verabschiedet zum Abschluß seiner Aussprache eine Erklärung, in der die Mitgliedsregierungen aufgefordert werden, angesichts der neuen

handelspolitischen Situation alle Möglichkeiten zu prüfen, um die bisherige Zusammenarbeit der nordischen Länder auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet und in anderen Fragen weiter zu entwickeln.

### Organisation Amerikanischer Staaten (OAS)

17. August: In Punta del Este in Uruguay wird die am 5. August eröffnete Sondersitzung des Interamerikanischen Wirtschafts- und Sozialrates mit der Unterzeichnung einer Charta von Punta del Este und der Annahme einer dieser beigefügten Erklärung an die Völker Amerikas beendet. Beide Dokumente werden von den Teilnehmerstaaten mit 20 Stimmen gegen die Stimme Kubas angenommen. Die Dokumente enthalten den Entwurf eines Entwicklungs- und Selbsthilfeprogramms für die westliche Hemisphäre, mit dessen Hilfe die von dem

amerikanischen Präsidenten, John F. Kennedy, in seiner Botschaft vom 14. März (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 227 ff.) vorgeschlagene Allianz für den Fortschritt verwirklicht werden soll. Die lateinamerikanischen Länder bringen darin ihre Ueberzeugung zum Ausdruck, daß eine grundlegende Aenderung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse nur durch Selbsthilfe der einzelnen Länder erreicht werden könne. Die Vereinigten Staaten erklären sich bereit, über eine Milliarde Dollar für einen Zeitraum bis zum 13. März 1962 bereitzustellen und darüber hinaus einen wesentlichen Teil des für die nächsten zehn Jahre geschätzten Kapitalbedarfs von 20 Milliarden Dollar aufzubringen. Die Unterzeichnerstaaten verpflichten sich, Land-, Steuer- und Sozialreformen durchzuführen, die allein der Bevölkerung bessere Lebensbedingungen gewährleisten.

### Internationale Konferenzen

#### Genfer Konferenz zur Einstellung der Kernwaffenversuche

28. August: Auf der Genfer Konferenz zur Einstellung der Kernwaffenversuche unterbreitet der amerikanische Delegierte, Arthur Dean, einen neuen Vorschlag, nach dem der amerikanische Plan über ein dreijähriges Moratorium für kleine unterirdische Kernexplosionen revidiert wird. Der Westen erklärt sich mit dem Vorschlag bereit, die Explosionsschwelle zu senken und gegebenenfalls sogar ganz auf eine Begrenzung zu verzichten. Am 30. August machen die westlichen Delegierten einen weiteren Kompromißvorschlag, nach dem der Kontrollkommission das Recht gegeben werden soll, mit 7 von 11 Stimmen den Administrator und dessen Ersten Stellvertreter zu entlassen. Die Westmächte schlagen ferner vor, die Inspektionsteams je zur Hälfte aus technischen Experten der inspizierenden Länder und aus Experten aus neutralen Ländern sowie aus Beobachtern des zu inspizierenden Landes zu bilden.

#### Konferenz der Casablanca-Staaten

28.—29. August: In Kairo findet die erste Tagung des Afrikanischen Politischen Aus-

schusses der Unterzeichnerstaaten der Charta von Casablanca (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 119 f. und D 490 ff.) statt. Der Ausschuß beschließt die Errichtung eines aus den Oberkommandierenden der sechs Staaten bestehenden „Militärischen Oberkommandos für Afrika“, dem ein Oberster Rat unter Vorsitz General Mohammed Fawzis aus der Vereinigten Arabischen Republik zur Seite stehen soll, und führen einen Meinungsaustausch über eine Koordinierung ihrer Außen-, Wirtschafts- und Kulturpolitik.

#### Konferenz der Präsidenten von Gabun, Kongo (Brazzaville), Tschad und der Zentralafrikanischen Republik in Brazzaville

25.—26. August: In Brazzaville findet eine Konferenz der Präsidenten von Gabun, Kongo (Brazzaville), Tschad und der Zentralafrikanischen Republik statt. Der Präsident des Kongo, Foulbert Youlou, teilt nach Abschluß der Beratungen mit, die Präsidenten hätten politische, wirtschaftliche und soziale Fragen im Hinblick auf die für den 6. September nach Tananarivo einberufene Konferenz der „Brazzaville-Staaten“ erörtert.

## Zeittafel vom 1. bis zum 15. September 1961

### Argentinien

2. September: Präsident Arturo Frondizi ernennt Miguel Angel Carcano zum Nachfolger des zurückgetretenen Außenministers Adolfo Mujica.

### Belgien

11. September: Anlässlich der Verleihung des nach Außenminister Paul-Henri Spaak benannten Preises für Verdienste um den Sozialismus und den Frieden an den französischen Politiker Jules Moch fordert Spaak die Westmächte auf, sich auf Verhandlungen mit der Sowjetunion zu einigen. Nach Ansicht Spaaks genügt es nicht, von der Notwendigkeit von Verhandlungen zu sprechen. Vielmehr müssen sich die Westmächte auch über ihre Verhandlungsziele klarwerden. Spaak setzt sich ferner für die Errichtung bestimmter Zonen ein, in denen versuchsweise eine Abrüstungskontrolle durchgeführt werden könne.

### Brasilien

2. September: Die Deputiertenkammer billigt mit 234 gegen 59 Stimmen eine Verfassungsänderung, mit der die Befugnisse des Präsidenten auf im wesentlichen repräsentative Aufgaben beschränkt werden und die Regierungsgewalt in die Hände eines Ministerpräsidenten gelegt wird. Am gleichen Tage stimmt auch der Senat der Gesetzesvorlage mit 45 gegen 5 Stimmen zu. Am 4. September erklärt der Präsident der Deputiertenkammer, Ranieri Mazilli, der nach dem Rücktritt Präsident Janio da Silva Quadros interimistisch die Präsidentschaft übernommen hatte (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 181), die drei Inhaber militärischer Portefeuilles hätten sich mit der Investitur von Vizepräsident Joao Goulart im Rahmen eines parlamentarischen Regimes einverstanden erklärt, um Blutvergießen zu vermeiden. Am 6. September führt Vizepräsident Goulart nach seinem Eintreffen in Brasilia mit Kongreßmitgliedern Besprechungen über die Möglichkeit, die vom Kongreß beschlossenen Verfassungsänderungen einer

Volksabstimmung zu unterwerfen. Am 7. September wird Goulart als neuer Präsident vereidigt. Am 9. September bildet der sozialdemokratische Politiker Tancredo de Almeida Neves eine Regierung, der San Thiago Dantas als Außenminister und General Segadas Vianna als Verteidigungsminister angehören.

### Britisch-Guayana

5. September: Der Führer der aus den Wahlen am 21. August als Sieger hervorgegangenen People's Progressive Party, Cheddi Jagan, bildet eine Regierung, in der er auch das Ministerium für Planung und Entwicklung übernimmt.

### Chile

9.—11. September: Der argentinische Präsident, Arturo Frondizi, und Präsident Jorge Alessandri führen in Vina del Mar bei Valparaiso Besprechungen. In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, die Völker und Regierungen seien zutiefst beunruhigt über die beschleunigten kriegsrischen Vorbereitungen und insbesondere über die Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche. Die Gesprächspartner begrüßten die auf der Konferenz von Punta del Este proklamierte „Allianz für den Fortschritt“ (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 194) als Beginn einer neuen Epoche der interamerikanischen Zusammenarbeit.

### China

7. September: Auf einem von Außenminister Chen Yi zu Ehren des britischen Feldmarschalls Viscount Montgomery in Peking veranstalteten Essen stellt Montgomery in einer Rede drei Grundprinzipien auf, auf die sich die Mächte vor Aufnahme von Verhandlungen einigen sollten: ein einziges, von jedermann anerkanntes China, zwei von jedermann anerkannte deutsche Staaten und Rückzug aller Streitkräfte in der Welt auf ihre eigenen Staatsgebiete.

### Costa Rica

10. September: Die Regierung bricht die diplomatischen Beziehungen zu Kuba mit



der Begründung ab, daß die kubanische Regierung trotz der Warnung Costa Ricas neue Hinrichtungen angeordnet habe.

### Dänemark

3. September: Der französische Außenminister, Maurice Couve de Murville, beendet einen viertägigen Aufenthalt in Kopenhagen, in dessen Verlauf er Besprechungen mit Ministerpräsident Viggo Kampmann und Außenminister Jens Otto Krag führte. Auf einer Pressekonferenz erklärt Couve de Murville, er habe immer betont, daß die Mitgliedschaft in der EWG für den Fall einer erweiterten Zusammenarbeit auch politische Konsequenzen haben werde. Er gibt zugleich seiner Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen möge, Dänemark als Mitglied in die EWG aufzunehmen.

5. September: Ministerpräsident Viggo Kampmann gibt eine Umbildung seines Kabinetts bekannt, die durch den Rücktritt von Wirtschaftsminister Bertil Dahlgaard und Unterrichtsminister Jörgen Jørgensen ausgelöst wurde. Der bisherige Finanzminister Kjeld Philip erhält das Ressort des Wirtschaftsministers. Das Unterrichtsministerium wird in ein Ministerium für Unterricht und ein Kultusministerium aufgeteilt. Neuer Unterrichtsminister wird Helvig Petersen, Kultusminister der bisherige Sozialminister Julius Bomholt. Arbeitsminister Kai Bundvad übernimmt zugleich das Sozialministerium. Neuer Handelsminister wird Hilmar Baunsgaard. Sein Amtsvorgänger Lars P. Jensen übernimmt das Innenministerium, während der bisherige Innenminister Hans R. Knudsen zum Finanzminister ernannt wird.

### Deutschland

1. September: Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes teilt in Bonn mit, die Bundesregierung habe von der sowjetischen Regierung eine Note erhalten, in der die sowjetische Erklärung über die Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche vom 30. August (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 563 ff.) enthalten sei. Die Bundesregierung habe jedoch eine Bestätigung des Erhalts abgelehnt, da in der Note

der Sturz des Kabinetts Konrad Adenauer empfohlen werde.

2. September: Bundeskanzler Konrad Adenauer erklärt im Fernsehen, die Berlin-Krise sei von dem sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. Chruschtschow, durch die Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche bewußt zu einer Weltkrise ausgeweitet worden. Die Drohung der Sowjetunion mit atomaren Superbomben solle in der Welt Angst erzeugen. Die Vereinigten Staaten seien auf dem Gebiet der Atomwaffen jedoch stärker als die Sowjetunion. Adenauer äußert erneut die Ueberzeugung, daß trotz der gegenwärtigen Spannungen in der Welt die umstrittenen Probleme durch Verhandlungen gelöst werden könnten, und versichert, die Bundesrepublik lehne jeden Angriffskrieg ab und wolle die Wiedervereinigung nur auf friedlichem Wege erreichen.

5. September: Der sowjetische Kommandant in Ost-Berlin, Oberst Solowjew, nimmt bei einer Unterredung mit dem amerikanischen Stadtkommandanten von Berlin, General Watson, zu dessen Protest vom 26. August (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 184) Stellung und weist erneut derartige „Einmischungsversuche in die inneren Angelegenheiten der DDR“ zurück. Er erklärt, er habe keinerlei Kontrollbefugnisse über die Organe der DDR. Solowjew behauptet in dem Gespräch, die Arbeit in der Viermächte-Luftsicherheitszentrale sei in zwei Fällen durch „West-Berliner Rowdies“ gefährdet worden. Derartige Versuche „West-Berliner Provokateure“, mit Unterstützung amerikanischer Beamten die normale Arbeit des sowjetischen Personals in der Luftsicherheitszentrale zu behindern, könnten sich „äußerst negativ auf die Tätigkeit dieses Organs auswirken“.

6. September: Bundeskanzler Konrad Adenauer spricht in einer Rundfunkansprache erneut die Ueberzeugung aus, daß es nach menschlichem Ermessen nicht zum Kriege kommen werde. Die westliche Entschlossenheit, die Ueberlegenheit des westlichen Kräftepotentials sowie die auch von dem sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. Chruschtschow, geteilte Erkennt-

nis, daß es in einem atomaren Krieg weder Sieger noch Besiegte geben werde, rechtfertigten diese Ueberzeugung. *Adenauer* betont, daß auch die blockfreien Staaten durch die sowjetischen Drohungen vor eine große Gefahr gestellt seien. Ihre Unabhängigkeit sei nur so lange gesichert, wie der Westen der Sowjetunion standhalte. Er befürwortet Verhandlungen der vier Siegermächte des letzten Weltkrieges über die Deutschland-Frage und unterstreicht, die Bundesrepublik habe alles in ihren Kräften liegende unternommen, um zu einer Entspannung beizutragen. Sie habe 1954 als einziger Staat auf die Herstellung nuklearer Waffen verzichtet, sie habe die Bundeswehr durch die NATO internationaler Kontrolle unterworfen, sie habe sich ständig zu einer kontrollierten Abrüstung bekannt und der Sowjetunion jede mögliche Sicherheitsgarantie angeboten.

7. September: Der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte, General *Lauris Norstad*, führt in Bonn Besprechungen mit Bundeskanzler *Konrad Adenauer* und Bundesverteidigungsminister *Franz-Josef Strauß*. In einem Kommuniqué heißt es, an der militärischen Aufbauplanung der NATO solle trotz der Krise nichts geändert werden, die Einhaltung dieser Pläne und der festgesetzten Termine sollte jedoch sichergestellt werden.

11. September: Der sowjetische Botschafter in Ost-Berlin, *Michail G. Perwuchin*, weist in einem Schreiben an die Botschafter der drei Westmächte in der Bundesrepublik deren Protest vom 26. August gegen die Sperrung der Sektorengrenze von Berlin (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 184) als Versuch einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR zurück. In dem Schreiben heißt es, die sowjetische Regierung habe in ihren Noten vom 18. und 23. August (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 543 ff. und S. D 548 ff.) alle aufgeworfenen Fragen erschöpfend erläutert.

12. September: Der Bundesverteidigungsrat beschließt, 6000 länger dienende Offiziere und Soldaten, die Ende September entlassen werden sollten, für weitere drei Monate unter den Waffen zu behalten.

14. September: Zwei Düsenjäger der Bundeswehr geraten bei Manövern der NATO über die Zonengrenze und landen auf dem West-Berliner Flugplatz Tegel. Die Bundesregierung entschuldigt sich wegen des Vorfalles bei den Botschaftern der drei Westmächte und der Sowjetunion in Bonn.

### Frankreich

1. September: Staatspräsident *Charles de Gaulle* erklärt in einem Schreiben an Premierminister *Michel Debré* zu dem von den Fraktionsführern erzwungenen Zusammentritt des Senats am 5. und der Nationalversammlung am 12. September, er billige den beiden Kammern zwar das Recht zu, ihre Ferien zu unterbrechen, nicht aber die Befugnis, gesetzgeberisch tätig zu werden. Es müsse vielmehr der von der Verfassung vorgeschriebene Termin für die Eröffnung der ordentlichen Herbstsitzung, der 3. Oktober, abgewartet werden.

5. September: Staatspräsident *Charles de Gaulle* nimmt auf einer Pressekonferenz in Paris zur Berlin-Krise Stellung und weist die Behauptungen der Sowjetunion über eine angebliche Bedrohung durch die Bundesrepublik Deutschland als absurd zurück. Nach Auffassung *de Gaulles* muß die sowjetische Atomkrieg-Drohung mit der Feststellung beantwortet werden, daß auch die freie Welt über Superwaffen verfüge und daß ein Krieg ohne Zweifel zur Zerstörung der Sowjetunion und damit zum Ende des Kommunismus führen würde. Festigkeit sei das erste Gebot für die Westmächte. *De Gaulle* betont, daß die Westmächte in Berlin an ihren Positionen und ihren Verbindungen, wenn nötig mit Gewalt, festhalten müßten. Verhandlungen über die Wahrung des Friedens und die Zukunft Deutschlands könnten erst dann ins Auge gefaßt werden, wenn die Sowjetunion sich zu einem wirklichen Beitrag zur Entspannung bereit erkläre. Auf die Algerien-Frage eingehend, bekräftigt *de Gaulle* seine Entschlossenheit, den Algeriern das Selbstbestimmungsrecht zu geben. Die Algerien-Frage umfasse nach französischer Ansicht drei wesentliche Punkte: die Errichtung eines algerischen Staates, die Be-

ziehungen Frankreichs mit diesem Staate und die Zukunft der Sahara. *De Gaulle* erwähnt in diesem Zusammenhang den Plan, Algerien durch eine Umgruppierung der mit Frankreich verbundenen Bevölkerung vorübergehend zu teilen, und kündigt die Schaffung einer provisorischen algerischen Exekutivbehörde an, die sich in der Mehrzahl aus Mohammedanern zusammensetzen und das Referendum zur Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes vorbereiten soll. Zur Biserta-Frage bestätigt *de Gaulle*, daß Frankreich den Stützpunkt wegen seiner strategischen Bedeutung bei der Verteidigung der gesamten freien Welt weiterhin beanspruchen werde. Frankreich sei zu Verhandlungen mit Tunesien jederzeit bereit, eine Einmischung der Vereinten Nationen sei jedoch abzulehnen.

8. *September*: Rechtsextremisten verüben auf der Landstraße zwischen Nogent-sur-Seine und Romilly ein Attentat auf Staatspräsident Charles *de Gaulle*, bei dem jedoch nur leichter Sachschaden entsteht.

11. *September*: Der britische Lordsiegelbewahrer, Edward *Heath*, und Außenminister *Couve de Murville* führen in Paris einen Gedankenaustausch über Fragen der Weltpolitik und über das Beitrittsgesuch Großbritanniens an die EWG.

## Großbritannien

3. *September*: Der amerikanische Präsident, John F. *Kennedy*, und Premierminister Harold *Macmillan* schlagen dem sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow*, in einer gemeinsamen Erklärung vor, bis spätestens zum 9. September ein Abkommen über die Einstellung der Kernwaffenversuche in der Atmosphäre abzuschließen. (Vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 572.)

5. *September*: Ein Sprecher des Außenministeriums erklärt in London, die Regierung sei über den amerikanischen Beschluß, die Atomversuche in Laboratorien und unter der Erde wieder aufzunehmen (vgl. S. Z 203, Vereinigte Staaten), unterrichtet worden. Sie beabsichtige jedoch nicht, ihrerseits die Atomversuche wieder aufzunehmen.

9. *September*: Premierminister Harold *Macmillan* und der amerikanische Präsident, John F. *Kennedy*, bedauern in einer gemeinsamen Erklärung, daß die Sowjetunion das von ihnen vorgeschlagene Abkommen gegen Atomversuche in der Atmosphäre (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 572) ablehne, und wiederholen ihren Wunsch nach einem möglichst umfassenden Versuchsstopp. (Vgl. S. D 577 ff.)

12. *September*: Premierminister Harold *Macmillan* ernannt den britischen Botschafter in Paris, Sir Pierson *Dixon*, zum Führer der britischen Delegation bei den kommenden Verhandlungen über den Beitritt Großbritanniens zur EWG.

## Israel

8. *September*: Der Führer der Mapai, David *Ben Gurion*, der mit der Neubildung der Regierung beauftragt war, gibt in einem Schreiben an Staatspräsident Izhak *Ben Zvi* seinen Auftrag zurück.

## Italien

2. *September*: Ministerpräsident Amintore *Fanfani* beantwortet eine Botschaft des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow*, vom 24. August. Die Noten werden nicht veröffentlicht.

10. *September*: In Rom, Rimini, Verona, Monza, Rovereto und Trient werden Sprengstoffanschläge verübt. Im Zusammenhang mit den Anschlägen werden von der Polizei in den folgenden Tagen 40 verdächtige Personen verhaftet. Zugleich werden in Südtirol die Sicherheits- und Kontrollmaßnahmen verschärft.

13. *September*: Innenminister Mario *Scelba* setzt eine gemischte Kommission zum Studium des Südtirol-Problems ein, der 19 Politiker, Parlamentarier und Experten angehören.

## Japan

2. *September*: Die Regierung protestiert in einer Note an die sowjetische Regierung gegen deren Beschluß vom 30. August, die Kernwaffenversuche wiederaufzunehmen (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 563), und fordert sie auf, ihren Beschluß rückgängig zu machen. In der Note wird das Bedauern darüber ausgedrückt, daß die



Sowjetunion in einem Augenblick einseitig vorgehe, da der Westen auf der Genfer Konferenz zur Einstellung der Kernwaffenversuche neue Vorschläge (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 194) unterbreitet habe. Der sowjetische Beschluß widerspreche den Grundsätzen der friedlichen Koexistenz und dem Wunsch nach einem dauerhaften Frieden, von dem die sowjetische Regierung so oft spreche.

6. September: Die Regierung spricht in einer Note an die Vereinigten Staaten ihr Bedauern über den amerikanischen Beschluß aus, die Kernwaffenversuche wieder aufzunehmen (vgl. S. Z 203, Vereinigte Staaten).

### Jugoslawien

6. September: Der tunesische Staatspräsident, Habib Bourguiba, erklärt in Belgrad in einem Interview mit einem Vertreter von Radio Tunis, er habe den Eindruck, daß der französische Staatspräsident, Charles de Gaulle, auf seiner Pressekonferenz am 5. September (vgl. S. Z 197 f., Frankreich) den Grundsatz einer Evakuierung Bisertas zugegeben habe, jedoch diese Evakuierung erst nach dem Ende der gegenwärtigen Weltkrise durchführen wolle. Da diese Krise nicht ewig dauern werde, könne Tunesien dem zustimmen.

### Kanada

7. September: Premierminister John Diefenbaker gibt in Ottawa eine Erhöhung der Streitkräfte um 15 000 Mann bekannt.

11. September: Premierminister John Diefenbaker appelliert in einer außenpolitischen Debatte des Unterhauses an die Vereinten Nationen, eine Internationalisierung Berlins ins Auge zu fassen. Der Status von Berlin sollte durch die „Anwesenheit“ der Vereinten Nationen in Berlin garantiert werden.

### Kolumbien

2. September: Präsident Alberto Lleras ernannt nach einwöchiger Regierungskrise ein neues Kabinett, dem sechs Konservative, sechs Liberale und ein Vertreter der Armee angehören. Außenminister wird Jose Joaquin Caicedo Castilla, Verteidigungsminister Rafael Hernandez.

### Kongo (Léopoldville)

2. September: Ministerpräsident Cyrille Adoula erklärt in seiner Antwort auf das Schreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. Chruschtschow, vom 31. August (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 190, Sowjetunion), er betrachte es als seine Aufgabe, mit Nachdruck die Unabhängigkeit des Landes gegen jede Einmischung von außen her zu wahren und die Einheit des Landes zu festigen. Freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion könnten auf dieser Grundlage hergestellt werden.

13. September: In Elisabethville und an anderen strategisch wichtigen Punkten der Provinz Katanga kommt es zu Kämpfen zwischen Truppen der Vereinten Nationen und katangischer Gendarmerie. Mehrere Minister der Regierung Moise Tshombé werden verhaftet, Ministerpräsident Tshombé und Innenminister Godefroid Munongo können sich dagegen der Verhaftung durch die Flucht entziehen. Der Vertreter der Vereinten Nationen in Katanga, O'Brien, erklärt auf einer Pressekonferenz in Elisabethville, die Sezession des Katanga sei beendet. Der Katanga sei nun eine von der Zentralregierung in Léopoldville verwaltete Provinz. Am gleichen Tage gibt die Zentralregierung in einem in Léopoldville veröffentlichten Kommuniqué bekannt, sie habe die zivile und militärische Befehlsgewalt über den Katanga übernommen. Am 15. September verhängen die Vereinten Nationen das Kriegsrecht über Elisabethville.

### Korea

2. September: Im Rahmen einer Umbildung des Obersten Militärrats wird Generalmajor Lee Chou Il zum Vizepräsidenten ernannt.

### Norwegen

12. September: Bei den Wahlen zum Storting erringen die Arbeiterpartei 74, die Konservative Partei 29, die Agrarpartei 16, die Christliche Volkspartei 15, die liberale Venstre 14 und die Sozialistische Volkspartei zwei Sitze. Die Kommunisten verlieren ihr einziges Mandat.

### Oesterreich

9. September: Der indonesische Präsident, Achmed Sukarno, und der deutsche Bundesvertriebenenminister, Hans-Joachim von Merkatz, führen in Wien eine Unterredung über die Berlin-Frage.

### Pakistan

1. September: Das Außenministerium beschuldigt in einem in Karatschi veröffentlichten Weißbuch Afghanistan, die Pusch-tunistan-Frage zum Anlaß für Schikanen gegen pakistanische Diplomaten zu nehmen. Pakistan habe sich immer um freundschaftliche Beziehungen mit Afghanistan bemüht. Leider habe Afghanistan diese Bemühungen mit Feindseligkeiten und Aggressionen beantwortet. Am 6. September werden auf Initiative der afghanischen Regierung die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern abgebrochen. Am gleichen Tage gibt die Regierung bekannt, sie habe den Abbruch mit der Schließung der pakistanisch-afghanischen Grenze für den Transithandel Afghanistans beantwortet.

### Portugai

7. September: Die Regierung richtet eine Note an den Vorsitzenden des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, in der Indien beschuldigt wird, es drohe mit einem bewaffneten Ueberfall auf Goa.

### Rhodesien und Njassaland

2. September: Hastings Banda, der Führer der bei den Wahlen am 15. August siegreichen Malawi-Partei, wird zum Minister für die Nutzung der nationalen Hilfsquellen und für die örtliche Verwaltung in der von Gouverneur Sir Glyn Jones geführten Regierung ernannt.

### Sowjetunion

2. September: Die Regierung wiederholt in ihren Antwortnoten auf die Noten der drei Westmächte vom 26. August (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 549 ff.) ihre Anschuldigungen, die Westmächte mißbrauchten ihre Rechte auf freie Luftverbindungen nach Berlin, indem sie die Beförderung von „Revanchisten, Militaristen, Spionen und Saboteuren“ über die Luft-

korridore duldeten. Die Korridore seien zeitweilig und ausschließlich für den Bedarf der westlichen Militärgarnisonen zur Verfügung gestellt worden. Die Westmächte werden aufgefordert, den „widerrechtlichen und provokatorischen Handlungen“ der Bundesrepublik Deutschland in West-Berlin ein Ende zu setzen. (Vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 552 ff.)

4. September: Die Regierung richtet eine Verbalnote an die italienische Regierung. Wie verlautet, unterstreicht die Regierung in der Note ihre grundsätzliche Bereitschaft zur Aufnahme von Verhandlungen über die Berlin-Krise und erklärt sich damit einverstanden, Vorschläge der Westmächte über den Zeitpunkt und den Ort der Verhandlungen zu prüfen.

6.—9. September: Der indische Premierminister, Jawaharlal Nehru, besucht die Sowjetunion und führt in Moskau Besprechungen mit Ministerpräsident Nikita S. Chruschtschow. Zu Beginn des Besuches überreicht Nehru zusammen mit dem Präsidenten von Ghana, Kwame Nkrumah, Chruschtschow den Friedensappell der Konferenz blockfreier Staaten (vgl. S. D 586 f.). Nehru erklärt auf einem indisch-sowjetischen Freundschaftstreffen unter Hinweis auf die Verschlechterung der internationalen Lage und die drohende Vernichtung der Menschheit durch Kernwaffen, nur Verhandlungen könnten zu einer Lösung der schwierigen Probleme führen. Er appelliert eindringlich an die Völker, den Frieden zu erhalten, und fordert die völlige Einstellung der Kernwaffenversuche. Ministerpräsident Chruschtschow wiederholt in seiner Ansprache die früheren Beschuldigungen gegen die Westmächte, erklärt sich aber zu Verhandlungen mit dem amerikanischen Präsidenten, John F. Kennedy, über die Deutschland-Frage bereit, sofern dieser aufrichtig an ihnen interessiert sei. Er fordert die Anerkennung zweier deutscher Staaten und deren Aufnahme in die Vereinten Nationen, was dem Frieden einen großen Dienst erweisen würde. In einem Kommuniqué über die Besprechungen heißt es, Nehru stimme mit Chruschtschow überein, daß die Tatsache der Existenz zweier deutscher Staaten jetzt nicht übersehen

werden dürfe. *Nehru* habe die dringende Notwendigkeit der Suche nach einer friedlichen Lösung des Deutschland-Problems durch Verhandlungen zwischen allen betroffenen Seiten hervorgehoben. *Nehru* und *Chruschtschow* stimmten ferner überein, daß die Abrüstung unter streng durchzuführender internationaler Kontrolle die bedeutendste Frage sei, der sich die Welt heute gegenübersehe. In dem Kommuniqué heißt es weiter, *Nehru* habe erklärt, Indien widersetze sich Versuchen mit Atomwaffen. *Chruschtschow* habe versichert, die Sowjetunion sei bereit, mit den Westmächten im Hinblick auf den baldigen Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu verhandeln.

8. September: Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* erklärt in einem von der *New York Times* veröffentlichten Interview mit Cyrus L. *Sulzberger*, die Sowjetunion betrachte den amerikanisch-britischen Vorschlag zur Einstellung der Kernwaffenversuche in der Atomsphäre (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 572) als einen propagandistischen Versuch, die Verantwortung für die entstandene Lage auf andere abzuwälzen. Die Regierung werde den Vorschlag ablehnen, weil er Frankreich freie Hand lasse, weil ein Moratorium ohne Lösung des Abrüstungsproblems seinen Hauptzweck verfehle und weil der Vorschlag nichts über unterirdische Versuche enthalte. *Chruschtschow* äußert die Ueberzeugung, daß jeder Krieg ein Atomkrieg sein werde. Ein Verbot der Verwendung von Atomwaffen wäre von vornherein unwirksam; nur die totale Abrüstung könne den Frieden sichern. Er bekräftigt seine Entschlossenheit, einen Friedensvertrag über Deutschland abzuschließen, sei es mit beiden oder nur mit einem der „existierenden deutschen Staaten“. Es wäre „verrückt“, nur wegen der damit verbundenen Änderungen einen Krieg über Berlin zu beginnen. Im übrigen würden weder Frankreich noch Großbritannien oder Italien wegen der Unterzeichnung eines Friedensvertrages Krieg führen. *Chruschtschow* setzt sich erneut für eine Reorganisation der Vereinten Nationen nach dem „Troika-System“ ein. Es sollte in allen Behörden

der Vereinten Nationen und insbesondere bei der Aufstellung internationaler Streitkräfte angewandt werden. In einer nachträglich abgegebenen Zusatzerklärung erklärt sich *Chruschtschow* grundsätzlich zu einer neuen Zusammenkunft mit dem amerikanischen Präsidenten, John F. *Kennedy*, bereit.

8. September: Die drei Westmächte warnen in Antwortnoten gleichen Inhalts auf die sowjetischen Noten vom 2. September (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 552 ff.) die Sowjetunion erneut eindringlich davor, die alliierten Luftkorridore nach Berlin anzutasten. (Vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 554 ff.)

9. September: Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* beantwortet in einer in Moskau veröffentlichten Erklärung den amerikanisch-britischen Appell vom 3. September, Kernwaffenversuche in der Atmosphäre einzustellen (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 572) mit der Aufforderung an die beiden Westmächte, einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung zuzustimmen. Wenn ein Friedensvertrag mit Deutschland abgeschlossen sein werde, werde es keine Atomversuche, ja nicht einmal die Gefahr eines Atomkrieges mehr geben. Die beiden Westmächte werden beschuldigt, das Problem der Kernwaffenversuche von der Abrüstungsfrage zu isolieren, um auf diese Weise militärische Vorteile zum Schaden der Sicherheit der sozialistischen Staaten zu erlangen. Die Vereinigten Staaten seien schon lange auf unterirdische Versuche vorbereitet gewesen und hätten nicht die Absicht gehabt, die sowjetische Antwort auf ihren Appell vom 3. September zu berücksichtigen. Das zeige sich daran, daß Präsident John F. *Kennedy* schon am 5. September die Aufnahme der amerikanischen Versuche angeordnet habe (vgl. S. Z 203, Vereinigte Staaten). Die Sowjetunion trete nach wie vor für eine Beendigung aller Arten von Kernwaffenversuchen ohne jede Ausnahme, universell und für alle Zukunft ein. (Vgl. S. D 578 ff.)

10. September: Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* behauptet in einer Ansprache anläßlich der Einweihung eines



Kraftwerkes an der Wolga in der Nähe von Stalingrad, die Sowjetunion werde in ihrem Aufbauwerk von den Imperialisten gestört, die mit einem Kriege drohten, falls die Sowjetunion einen Friedensvertrag mit der sogenannten DDR abschliesse. Die Imperialisten sollten aber nicht vergessen, daß die Sowjetunion sie schon einmal besiegt hätte, als sie noch schwächer gewesen sei. Heute werde die Sowjetunion mit jeder Aggression fertig werden. *Chruschtschow* unterstreicht, daß ein Krieg das Ende der Imperialisten bedeuten müsse. Sicherlich würde auch die Sowjetunion in einem Krieg schwere Schäden erleiden, doch werde sie auf jeden Fall schon angesichts ihres ausgedehnten Territoriums jeden Krieg überleben. Unter Bezugnahme auf die Äußerung des französischen Staatspräsidenten, *Charles de Gaulle*, ein Atomkrieg würde zur Zerstörung der Sowjetunion und zum Zusammenbruch des Kommunismus führen (vgl. S. Z 197, Frankreich), erklärt er, Frankreich würde wegen seiner kleinen Fläche und großen Bevölkerungsdichte einen Kernwaffenkrieg auf keinen Fall überleben.

#### Tschechoslowakei

7.—11. September: Der kubanische Staatspräsident, *Oswaldo Dorticos*, besucht die Tschechoslowakei und führt in Prag Besprechungen mit Staatspräsident *Antonin Novotny*. In einem gemeinsamen Kommuniqué vertreten die beiden Gesprächspartner die Ansicht, daß die jetzige Epoche durch das Wachstum des sozialistischen Weltsystems gekennzeichnet sei. Die Politik des sozialistischen Lagers sei ein fester Schutz für die Freiheit und Unabhängigkeit aller Völker. Alle Hindernisse, die einer Verringerung der internationalen Spannungen und der Verwirklichung der friedlichen Koexistenz im Wege ständen, müßten beseitigt werden.

#### Türkei

4. September: Die Verfassungsgebende Versammlung verabschiedet ein Gesetz, nach dem Vergehen gegen die „Nationale Einheit“ mit schweren Strafen, einschließlich der Todesstrafe, geahndet werden sollen.

15. September: Der Gerichtshof von Yassi Ada verurteilt zum Abschluß des Prozesses gegen 592 politische Führer des im Mai 1960 gestürzten Regimes fünfzehn Angeklagte, unter ihnen den ehemaligen Staatspräsidenten, *Celal Bayar*, den Ministerpräsidenten *Adnan Menderes*, Außenminister *Fatin Rüsti Zorlu* und Finanzminister *Hasan Polatkan*, zum Tode. 29 Angeklagte werden zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt und 473 zu Gefängnis von zwei bis zu 15 Jahren. 79 Angeklagte werden freigesprochen. Das Komitee der Nationalen Einheit bestätigt am gleichen Tage die Todesurteile gegen *Menderes*, *Zorlu* und *Polatkan*. Die übrigen zwölf Todesurteile werden in lebenslängliche Gefängnisstrafen umgewandelt.

#### Ungarn

11. September: Eine rumänische Partei- und Regierungsdelegation unter Führung des Staatsratsvorsitzenden *Gheorghe Gheorghiu-Dej* beendet einen zwölf-tägigen Besuch Ungarns, in dessen Verlauf sie in Budapest Besprechungen mit Partei- und Regierungsvertretern führte. In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, Ungarn und Rumänien befürworten die Schaffung einer „atomwaffenfreien Friedenszone“ auf dem Balkan.

12. September: In Budapest findet eine Tagung des ZK der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei statt. Das ZK beschließt einstimmig personelle Änderungen der Regierung und des ZK. Ministerpräsident *Ferenc Münnich* wird durch den Ersten Sekretär des ZK, *Janos Kadar*, abgelöst und zum Staatsminister ernannt. Neuer Außenminister wird *Janos Peter*, Innenminister *Janos Papp* und Erziehungsminister *Karoly Ilku*. Das ZK nimmt ferner einstimmig die Richtlinien für den Zweiten Fünfjahresplan von 1961 bis 1965 an, nach denen die Investitionen zugunsten einer Erhöhung der Verteidigungsausgaben verringert werden sollen.

#### Vatikan

10. September: Papst *Johannes XXIII.* appelliert in einer Rundfunk- und Fernsehansprache an alle Regierungen der Welt, sich ihrer Verantwortung für die Erhaltung des Friedens bewußt zu sein,

die sie vor der Geschichte und dem Richterstuhl Gottes hätten.

### Vereinigte Staaten

**1. September:** Ein Sprecher des Weißen Hauses teilt auf einer Pressekonferenz in Washington mit, die Sowjetunion habe am gleichen Tage in der Gegend von Semipalatinsk in Zentralasien einen Kernwaffenversuch vorgenommen. Die Waffe sei von mittlerer Reichweite gewesen und in der Atmosphäre explodiert.

Das Repräsentantenhaus spricht sich mit 395 Stimmen ohne Gegenstimme gegen die Zulassung der Volksrepublik China zu den Vereinten Nationen und gegen eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen aus. Eine entsprechende Resolution war bereits im Juli vom Senat gebilligt worden.

**3. September:** Der britische Premierminister, Harold Macmillan, und Präsident John F. Kennedy schlagen dem sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. Chruschtschow, in einer gemeinsamen Erklärung vor, eine sofortige Vereinbarung über die Einstellung von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre zu treffen, durch die radioaktive Niederschläge verursacht würden. Sie ersuchen Chruschtschow, ihr Angebot sofort anzunehmen, und schlagen vor, eine etwaige Einigung bis spätestens zum 9. September von den Vertretern der drei Länder auf der Genfer Konferenz zur Einstellung der Kernwaffenversuche feststellen zu lassen. (Vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 572.)

**5. September:** Präsident John F. Kennedy kündigt nach der Registrierung eines dritten sowjetischen Atombombenversuches in einer in Washington veröffentlichten Erklärung die Wiederaufnahme amerikanischer Nuklearversuche in Laboratorien und unter der Erde an. Die Regierung habe angesichts des Verhaltens der Sowjetunion und der Verantwortlichkeiten für die Sicherheit der freien Welt keine andere Wahl. Das britisch-amerikanische Angebot vom 3. September (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 572) bleibe jedoch bis zum 9. September bestehen.

**6. September:** Präsident John F. Kennedy antwortet auf die Botschaft des deut-

schen Bundeskanzlers, Konrad Adenauer, vom 29. August, die am 30. August in Washington überreicht wurde (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 192). Nach einer Mitteilung des Bundespresse- und Informationsamtes versichert Kennedy in seinem Schreiben, er sei zu Verhandlungen mit der Sowjetunion über die Deutschland- und Berlin-Frage bereit. Die sowjetische Regierung möge sich aber nicht der Illusion hingeben, daß dies ein Zeichen von Schwäche sei. Kennedy hebt die Solidarität zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik hervor und unterstreicht seinen Wunsch nach gegenseitigen Konsultationen. Zur Ernennung General Lucius D. Clays zu seinem persönlichen Vertreter in Berlin erklärt Kennedy, er sei überzeugt, daß sie als Beweis für die amerikanische Entschlossenheit betrachtet werde, die übernommenen Verpflichtungen in Berlin zu erfüllen.

**7. September:** Präsident John F. Kennedy unterbreitet dem Kongreß eine Vereinbarung mit der französischen Regierung über die Ausbildung französischer Truppen im Gebrauch amerikanischer Kernwaffen mit dem Ersuchen, das Abkommen zu billigen. Kennedy erklärt in seiner Botschaft an den Kongreß, der Ernst der internationalen Lage und insbesondere die Bedrohung der Freiheit West-Berlins hätten die Einigkeit der NATO-Staaten zu einem Erfordernis erster Ordnung gemacht. Die französische Regierung habe in der gegenwärtigen Krise größte Festigkeit gezeigt. Unter diesen Umständen sei es von größter Bedeutung, daß die Vereinbarung in die Tat umgesetzt werde. Die französischen Truppen sollen auf deutschem Boden ausgebildet werden, da die französische Regierung sich weiterhin weigert, die Lagerung fremder Kernwaffen in Frankreich zuzulassen.

In einer Rede auf der Jahrestagung des Verbandes amerikanischer Armeeeingehöri-ger in Washington erklärt der Unterstaatssekretär für internationale Sicherheit im Verteidigungsministerium, Paul H. Nitze, die gegenwärtige Krise gehe ausschließlich auf die Initiative Chruschtschows zurück. Berlin stelle für die sowjetische Politik eine Art Versuchsfeld

dar, und die Berlin-Krise sei der Brennpunkt für ein viel weitreichenderes Problem, dessen Lösung den Verlauf der Weltgeschichte für hundert Jahre und mehr wesentlich beeinflussen werde. (Vgl. S. D 573 ff.)

8. September: Das Außenministerium veröffentlicht ein Memorandum mit einer Reihe von Dokumenten zur Frage der Luftkorridore nach Berlin und der alliierten Kontrollbehörde. In dem Memorandum wird die Rechtsposition der Regierung erläutert. (Vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 558 ff.)

9. September: Verteidigungsminister Robert S. McNamara gibt in Washington die Entsendung von 40 000 Mann nach Europa bekannt, womit die Siebente Armee auf ihre volle Kampfstärke von über einer viertel Million gebracht werden solle.

Präsident John F. Kennedy und der britische Premierminister, Harold Macmillan, bringen in einer gemeinsamen Erklärung ihr Bedauern darüber zum Ausdruck, daß der sowjetische Ministerpräsident, Nikita S. Chruschtschow, das von ihnen vorgeschlagene Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre ablehne (vgl. S. D 572), und wiederholen ihren Wunsch nach einem möglichst umfassenden Abkommen über einen kontrollierten Versuchsstopp. (Vgl. S. D 577 ff.)

11. September: Das Außenministerium stellt in einer in Washington veröffentlichten Erklärung zu den Hinweisen des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. Chruschtschow, auf seine Verhandlungsbereitschaft fest, die Regierung halte

fruchtbare und sinnvolle Verhandlungen über die Deutschland-Frage für angebracht.

12.—13. September: Präsident John F. Kennedy führt in Washington Unterredungen mit dem indonesischen Präsidenten, Achmed Sukarno, und dem Präsidenten von Mali, Modibo Keita, die ihm den Friedensappell der Belgrader Konferenz blockfreier Staaten überreichen (vgl. S. D 586 f.). Kennedy übergibt seinen beiden Gesprächspartnern ein Antwortschreiben an die Teilnehmer der Belgrader Konferenz, in dem er seine Ueberzeugung ausspricht, daß eventuelle Verhandlungen im Zusammenhang mit der Berlin-Krise erfolgreich sein könnten, zugleich aber betont, daß die Vereinigten Staaten nicht unter Drohungen oder einem Ultimatum mit der Sowjetunion verhandeln. Außenminister Dean Rusk werde anlässlich der bevorstehenden Tagung der Vollversammlung der Vereinten Nationen Gelegenheit haben, Gespräche mit dem sowjetischen Außenminister, Andrej A. Gromyko, zu führen. (Vgl. S. D 594 ff.)

13. September: Die Regierung erklärt in ihrer Antwort auf die japanische Note vom 6. September (vgl. S. Z 199, Japan), sie habe sich angesichts der sowjetischen Drohungen entschlossen, die Kernwaffenversuche ihrerseits wieder aufzunehmen (vgl. oben). Dieser Beschluß sei erst nach eingehender Prüfung der lebenswichtigen Interessen der Vereinigten Staaten gefaßt worden.

15. September: Die Vereinigten Staaten bringen in Nevada eine Atomsprengladung unter der Erde zur Explosion.

## Internationale Organisationen

### Organisation der Vereinten Nationen

2. September: Generalsekretär Dag Hammarskjöld gibt in New York die Ernennung des schwedischen Industriellen Sture Linner zum Vertreter der Vereinten Nationen im Kongo (Léopoldville) bekannt.

6. September: Der Leiter des amerikanischen Abrüstungsamtes, John McCloy, und der sowjetische stellvertretende Außen-

minister, Valerian A. Zorin, setzen am Sitz der Vereinten Nationen in New York die Besprechungen über eine Wiederaufnahme der Abrüstungsgespräche fort (vgl. Zeit-  
tafel Jg. 1961, S. Z 164, Sowjetunion).

### Europäische Gemeinschaften

5. September: In Bad Godesberg findet eine Konferenz der Finanzminister und Notenbankpräsidenten der EWG-Staaten



statt. Die Teilnehmer beraten über eine gemeinsame Haltung auf der am 18. September in Wien beginnenden Tagung des Internationalen Währungsfonds. Der deutsche Finanzminister, Franz Etzel, erklärt nach Abschluß der Konferenz, die EWG-Staaten seien grundsätzlich bereit, dem Fonds zusätzliche Kredite zur Verfügung zu stellen, ohne daß die Anteile der einzelnen Länder festgelegt worden seien.

#### Warschauer Pakt

8.—9. September: In Warschau findet eine Konferenz der Verteidigungsminister und der Oberkommandierenden der acht Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes statt. Nach einer Meldung von TASS erörtern die Minister besondere Probleme der militärischen Vorbereitung angesichts der Verstärkung der NATO-Streitkräfte. Sie weisen die Oberkommandierenden an, praktische Maßnahmen zur weiteren Verstärkung der Verteidigung der Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes zu treffen.

#### Libérale Weltunion

1. September: In Brüssel wird nach dreitägiger Dauer der zehnte Kongreß der

Liberalen Weltunion beendet. Der Kongreß erörterte unter seinem Präsidenten, Giovanni Malagodi, Fragen der internationalen Politik und einen von der Studienkommission erarbeiteten Entwurf über Empfehlungen für „liberale Initiativen in der Welt von heute und morgen“. Die Versammlung billigte zum Abschluß der Debatten einstimmig eine Resolution über die europäische Einigung und die Berlin-Krise, in der eine verbesserte Koordinierung der Politik der freien Völker als dringend notwendig bezeichnet und der Beitritt von Mitgliedern der EFTA zur EWG begrüßt werden. In der Resolution wird ferner betont, daß die Berlin-Krise ihren Ursprung in der aggressiven Politik der Sowjetunion habe, und gefordert, daß der Westen angesichts des moralischen und politischen Versagens des Kommunismus auf der Selbstbestimmung aller Völker Europas als der unabdingbaren Voraussetzung eines wirklichen und dauerhaften Friedens beharren sollte. Der Westen sollte Verhandlungen über Berlin aus einer Position der moralischen, völkerrechtlichen, politischen und militärischen Stärke führen.

#### Internationale Konferenzen

##### Genfer Konferenz zur Einstellung der Kernwaffenversuche

9. September: Auf der 340. Sitzung der Genfer Konferenz zur Einstellung der Kernwaffenversuche verliest der sowjetische Delegierte, Semjon K. Zarapkin, die Erklärung Ministerpräsident Nikita S. Chruschtschows vom gleichen Tage (vgl. S. D 578 ff.), in der der amerikanisch-britische Vorschlag zur Einstellung der Kernwaffenversuche in der Atmosphäre (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 572) abgelehnt wird. Der amerikanische Delegierte, Charles Stelle, gibt seiner Enttäuschung über die sowjetische Erklärung Ausdruck. Die bisher unbeantwortet gebliebene Frage, weshalb die Sowjetunion im Verlaufe der Konferenz immer unnachgiebig geworden sei, werde durch die sowjetische Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche beantwortet. Er hoffe, die sowjetischen Führer würden ihr gegenwärtiges Ver-

halten in der Kernwaffenfrage revidieren, wenn die Vollversammlung der Vereinten Nationen ihre Abrüstungsdebatte durchgeführt habe. Stelle schlägt vor, die Konferenz bis zu diesem Zeitpunkt zu vertagen, sofern die Sowjetunion nicht in der Zwischenzeit auf diplomatischem Wege mit neuen konstruktiven Vorschlägen aufwarte. Der britische Vertreter, Sir Michael Wright, unterstützt diesen Vorschlag. Er bezeichnet das sowjetische Vorgehen als atomare Erpressung und betont, es sei schwer, nach dem Wortbruch der sowjetischen Regierung überhaupt noch an deren guten Willen in der Abrüstungsfrage zu glauben. Zarapkin stimmt dem westlichen Vorschlag auf Vertagung zu.

##### Konferenz blockfreier Staaten in Belgrad

1.—6. September: In Belgrad findet die Konferenz blockfreier Staaten statt, die ursprünglich in Bled zusammentreten

sollte (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 134). Staats- und Regierungschefs aus 25 Staaten führen einen Meinungsaustausch über Fragen der Weltpolitik und über Möglichkeiten, einen wirksamen Beitrag zum Weltfrieden, zur Sicherheit und zur friedlichen Zusammenarbeit der Völker zu leisten. Die Konferenz richtet gleichlautende Schreiben mit einem Friedensappell an den amerikanischen Präsidenten, John F. Kennedy, und den sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. Chruschtschow. In dem Appell bitten die Konferenzteilnehmer beide Staatsmänner, angesichts der weltpolitischen Lage direkte Verhandlungen miteinander aufzunehmen. (Vgl. S. D 586 f.) Die Konferenz verabschiedet ferner eine Erklärung, in der es heißt, daß ein dauerhafter Friede nur erreicht werden könne, wenn die gegenwärtige Uebergangsperiode zu einer Welt führe, in der alle Herrschaftsformen des Kolonialismus und Imperialismus beseitigt würden. Die Konferenzteilnehmer unterstreichen ihre Besorgnis über die akute Verschlechterung der Lage in Deutschland und Berlin und fordern alle Betroffenen auf, gemäß ihrem Appell (vgl. oben) nicht zu Gewalt oder deren Androhung zu greifen. (Vgl. S. D 587 ff.) Im Verlaufe der Konferenz erklären Afghanistan, Ghana, Jugoslawien, Kambodscha und Zypern die de jure-Anerkennung der Provisorischen Regierung der Republik Algerien (GPRA).

#### Konferenz der Commonwealth-Finanzminister

12.—14. September: In Accra findet eine Konferenz der Finanzminister der Commonwealth-Länder statt, auf der das Beitrittsgesuch Großbritanniens an die EWG erörtert wird. In einer Erklärung bringen die Finanzminister aller Commonwealth-Länder mit Ausnahme Großbritanniens ihre Besorgnis über die Folgen eines Beitritts zum Ausdruck und weisen darauf hin, daß Änderungen der gegenwärtigen Handelsvereinbarungen des Commonwealth zwangsläufig zu einer Neuorientierung des Handels führen müßten.

#### Konferenz der Brazzaville-Staaten

6.—13. September: In Tananarivo findet eine Konferenz der Regierungschefs der

Brazzaville-Staaten statt. Die Konferenzteilnehmer unterzeichnen einen Verteidigungspakt, dessen Koordinierungsorgan den Charakter eines gemeinsamen Generalstabes mit Sitz in Ouagadougou in Obervolta haben soll. Ein aus Vertretern der Teilnehmerstaaten zusammengesetzter Oberster Verteidigungsrat soll das oberste Organ und ein ständiges Generalsekretariat die Exekutive des Paktes bilden. Mit der Unterzeichnung einer Charta begründen die Teilnehmer der Konferenz die „Afrikanisch-Madagassische Union“, der alle unabhängigen afrikanischen Staaten bei Zustimmung der Mitgliedstaaten beitreten können. Sitz der Union soll Kotonou in Dahome sein. In drei Konventionen werden Vereinbarungen über diplomatische Vertretung, rechtliche Beziehungen und das Niederlassungsrecht getroffen. Die Konferenzteilnehmer unterzeichnen ferner mehrere Protokolle, auf Grund deren ein Generalsekretariat der Afrikanisch-Madagassischen Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Ausschüsse für wirtschaftliche und soziale Entwicklung, für den Außenhandel, für Währungsfragen und für wissenschaftliche Forschungen geschaffen werden sollen.

#### Konferenz der nordischen Außenminister

6.—7. September: In Kopenhagen findet eine Konferenz der nordischen Außenminister statt. Die Minister erörtern Fragen der Abrüstung, der Kernwaffenexperimente, der Vertretung der Volksrepublik China in den Vereinten Nationen und der Entwicklungshilfe. In einem Kommuniqué erklären die Minister, in der jetzigen Weltlage seien sachliche Verhandlungen über eine allgemeine Abrüstung unter wirksamer Kontrolle notwendiger denn je. Sie sprechen ferner ihr tiefes Bedauern über den Abbruch des dreijährigen Moratoriums der Kernwaffenversuche (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 562 ff.) aus und unterstreichen die Notwendigkeit, so rasch wie möglich ein Abkommen über die Einstellung der Kernwaffenversuche abzuschließen. In dem Kommuniqué wird eine Lösung der Frage der Vertretung der Volksrepublik China in den Vereinten Nationen gefordert.

## Zeittafel vom 16. bis zum 30. September 1961

### Birma

16.—17. September: Der amerikanische Sonderbotschafter, Averell Harriman, führt in Rangun mit dem neutralistischen laotischen Ministerpräsidenten, Souvanna Phouma, Besprechungen über die Laos-Frage. Phouma erklärt nach den Besprechungen, die Vereinigten Staaten wünschten ein neutrales Laos unter seiner Leitung.

### Brasilien

24. September: Der argentinische Präsident, Arturo Frondizi, führt in Rio de Janeiro eine Unterredung mit Präsident Joao Goulart. In einem Kommuniqué wird eine engere Zusammenarbeit beider Länder angekündigt.

### China

18. September: Die Regierung der Volksrepublik China beschließt, ihre Botschaft in Stanleyville in der kongolesischen Ostprovinz aufzulösen. Dieser Schritt wird damit begründet, daß die Regierung Antoine Gizenga sich für aufgelöst erklärt habe, die Regierung unter Cyrille Adoula aber diplomatische Beziehungen zur Republik China (Taiwan) unterhalte.

### Deutschland

17. September: Die Wahlen zum vierten Bundestag haben folgende Ergebnisse: Wahlberechtigte: 37 330 524, abgegebene Stimmen: 32 849 572, Wahlbeteiligung: 87,7 vH (1957: 87,8), ungültige Stimmen: 1 298 673, gültige Stimmen 31 550 899. Von den gültigen Zweit-Stimmen erhielten:

	Stimmen	1961	1957	
		vH	vH	
CDU	11 283 901	35,8	50,2	(CDU/CSU)
CSU	3 014 471	9,6		
SPD	11 427 353	36,2	31,8	
FDP	4 028 765	12,8	7,7	
GDP	870 757	2,8	8,0	(BHE/DP)
DFU	609 918	1,9	—	
DRP	262 977	0,8	1,0	
DG	27 308	0,1	0,1	
SSW	25 449	0,1	0,1	

Unter Berücksichtigung des Ergebnisses der erst am 1. Oktober erfolgten Nach-

wahl im Wahlkreis Cochem entfallen auf die CDU 192, die CSU 50, die SPD 190 und die FDP 67 Mandate.

Das Außenministerium der sogenannten DDR fordert in einem Schreiben an den französischen Stadtkommandanten von Berlin die Auslieferung der am 14. September auf dem Flugplatz Tegel gelandeten beiden Düsenjägerpiloten der Bundeswehr (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 197).

20. September: Die Volkskammer der sogenannten DDR verabschiedet ein „Gesetz zur Verteidigung der DDR“. Mit diesem Ermächtigungsgesetz wird dem Staatsratsvorsitzenden, Walter Ulbricht, die Kompetenz übertragen, den Verteidigungsfall zu verkünden und die Verfassung außer Kraft zu setzen. Er wird ferner ermächtigt, Maßnahmen zur Erhöhung der militärischen Bereitschaft auf allen Gebieten des staatlichen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens zu treffen.

Die Behörden Ost-Berlins beginnen mit Massenevakuierungen aus an der Sektorengrenze in Berlin liegenden Wohngebäuden.

Die Bundesregierung beschließt, 30 000 Soldaten der Bundeswehr, deren Dienstzeit Ende September abläuft, nur formell in den Reservestand zu entlassen und sofort für drei Monate zu ihrer ersten Wehrübung einzuziehen.

22. September: Der Vorsitzende des Staatsrates der sogenannten DDR, Walter Ulbricht, ordnet die Eingliederung der Grenzpolizei in die Nationale Volksarmee an, deren Stärke damit etwa 135 000 Mann beträgt.

In Presseberichten heißt es, der Sonderbotschafter des amerikanischen Präsidenten in West-Berlin, Lucius D. Clay, habe bei einem persönlichen und privaten Informationsgespräch mit Journalisten erklärt, man müsse bei der Beurteilung der Situation in Deutschland von der Existenz zweier deutscher Staaten ausgehen und dem Regime in der sogenannten DDR mehr Kontrollrechte über die Verbindungswege West-Berlins mit der Bundesrepu-



blik einschließlich der Luftkorridore zuzubilligen. Die Deutschland-Frage käme einer Lösung näher, wenn beide Teile Deutschlands künftig engere Kontakte suchten. *Clay* betont in einer Richtigstellung am 23. September, die amerikanische Deutschland-Politik habe sich nicht geändert, und sagt wörtlich: „Wir sind hier auf Grund des Siegerrechtes, und wir beabsichtigen, die Zufahrtswege nach Berlin und die Luftkorridore freizuhalten.“

26. September: Bundesaußenminister Heinrich von Brentano betont in einer Rundfunkansprache, niemand könne von der Bundesrepublik verlangen, durch einen Verzicht auf die Wiedervereinigung des deutschen Volkes in Freiheit den bestehenden „Unrechtstatbestand“ in der sogenannten DDR anzuerkennen. Er spricht die Überzeugung aus, daß keine Veranlassung bestehe, den Verlauf oder das Ergebnis künftiger Verhandlungen über die Berlin- und Deutschland-Frage zu fürchten. Unter Hinweis auf die Washingtoner Außenministerkonferenz (vgl. S. Z 220) erklärt von Brentano, die vier Regierungen stimmten in allen wesentlichen Fragen der gemeinsamen Politik überein.

27. September: Die Regierung der sogenannten DDR läßt dem Präsidenten der Vollversammlung der Vereinten Nationen, Mongi Slim, ein Memorandum an die Mitglieder der UN überreichen, in dem sie auf die Notwendigkeit des Abschlusses eines Friedensvertrages hinweist, der zur „Wiedervereinigung Deutschlands als neutraler Staat“ sowie zur Anerkennung der gegenwärtigen Grenzen beitragen werde.

29. September: Die Bundesregierung richtet an die mit der Bundesrepublik diplomatische Beziehungen unterhaltenden Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen ein Memorandum über die völkerrechtliche Lage Deutschlands. In der Denkschrift wird dargelegt, daß die Bundesrepublik die Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches und der einzige und souveräne deutsche Staat sei.

#### Finnland

22.—30. September: Der sowjetische Staatspräsident, Leonid J. Breschnjow, besucht Finnland. In einer Tischrede anlässlich

eines Galadiners unterstreicht Staatspräsident Urho Kekkonen das Bestreben Finnlands, sein Gebiet außerhalb des Kräftefeldes der militärischen Spannungen zu halten. Breschnjow preist bei dieser Gelegenheit die finnisch-sowjetische Grenze als „Grenze des Friedens“ und warnt vor jeder Konzession an die „militaristische und revanchelüsterne“ Bundesrepublik Deutschland.

#### Frankreich

19. September: Der französische Delegierte bei den Vereinten Nationen, Jules Moch, erklärt in Paris gegenüber Pressevertretern, er sei angesichts der Haltung Staatspräsident Charles de Gaulles gegenüber den Vereinten Nationen nicht länger gewillt, sein Land bei den Vereinten Nationen zu vertreten und habe dies dem Staatspräsidenten mitgeteilt.

30. September: In einem im Journal Officiel veröffentlichten Erlaß wird die Aufhebung des auf Art. 16 der Verfassung gestützten Staatsnotstandes bekanntgegeben. Damit erlöschen die am 23. April von Staatspräsident Charles de Gaulle ergriffenen Vollmachten. Dem Parlament wird die unbeschränkte gesetzgeberische Befugnis wieder eingeräumt.

#### Ghana

22. September: Präsident Kwame Nkrumah übernimmt das Oberkommando über die ghanesischen Streitkräfte. In einem Komunique heißt es, künftig würden alle Kommandoposten in der Armee mit Ghanesen besetzt werden.

30. September: Im Rahmen einer Regierungsumbildung wird der bisherige Informationsminister, Kofi Baako, zum neuen Verteidigungsminister ernannt.

#### Griechenland

20. September: Ministerpräsident Constantine Karamanlis erklärt den Rücktritt seines Kabinetts. König Paul löst darauf das Parlament auf und setzt Neuwahlen für den 29. Oktober an. Er ernennt zugleich ein Sachwalterkabinett unter Führung seines Chefberaters, General Constantine Dovas. Mit der Führung der Geschäfte des Außenministers wird Michael

*Pesmazoglou*, mit denen des Verteidigungsministers Luft-Vize-Marschall *Charalambos Potamianos* beauftragt.

### Großbritannien

21.—23. September: In Edinburgh findet der Jahreskongreß der Liberalen Partei statt. Der Kongreß verabschiedet zum Abschluß einer Aussprache über die internationale Lage eine vom Parteivorstand eingebrachte Resolution, in der bedauert wird, daß die Regierung es in den letzten Monaten unterlassen habe, eine konstruktive Politik in der Deutschland-Frage zu entwickeln. Die Regierung wird aufgefordert, der Sowjetunion Verhandlungsvorschläge zu unterbreiten, die präzise Garantien für die Freiheit West-Berlins und seiner Verbindungen enthielten. Die Versammlung billigt mit Mehrheit einen Zusatz zu dieser Entscheidung, in dem eine „de facto-Anerkennung der Regierung Ostdeutschlands“ als Beitrag zu einer Verständigung mit der Sowjetunion gefordert und eine Verlegung der Vereinten Nationen oder wenigstens einiger ihrer Organe nach Berlin vorgeschlagen werden. In weiteren Resolutionen werden die amerikanische und die sowjetische Regierung ersucht, unverzüglich die Kernwaffenversuche einzustellen, und der Beschluß der Regierung begrüßt, mit der EWG Verhandlungen über einen Beitritt Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt aufzunehmen.

### Italien

26.—29. September: In der Deputiertenkammer findet eine außenpolitische Debatte statt. Ministerpräsident *Aminore Fanfani* warnt in einer Rede vor einer Ueberbetonung der Politik der Festigkeit gegenüber der Sowjetunion und äußert die Ueberzeugung, daß durch Verhandlungen mit der Sowjetunion und den Abschluß eines Kompromisses die gegenwärtigen Spannungen vermindert werden könnten. Er unterstreicht jedoch die Loyalität Italiens gegenüber der NATO, fordert aber zugleich ein stärkeres Mitspracherecht Italiens in der Allianz. Außenminister *Antonio Segni* warnt vor neutralistischen Tendenzen, die von Sprechern während der Debatte vertreten

werden, und betont, durch eine Schwächung der NATO würde Italiens Unabhängigkeit bedroht werden. Die Kammer verabschiedet zum Abschluß der Debatte mit 307 gegen 230 Stimmen eine Resolution, in der die Solidarität Italiens mit dem Westen bekräftigt und „neutralistische Abweichungen“ abgelehnt werden.

### Japan

29. September: Das Außenministerium bezieht in einer Erklärung den sowjetischen Ministerpräsidenten, *Nikita S. Chruschtschow*, er habe in seiner Botschaft an Ministerpräsident *Hayato Ikeda* vom gleichen Tage (vgl. S. Z 212, Sowjetunion) bewußt die historischen Tatsachen entstellt. Ministerpräsident *Ikeda* erklärt im Parlament, Japan könne die Abkommen von Jalta und Kairo, auf die sich *Chruschtschow* offensichtlich beziehe, nicht anerkennen.

### Kamerun

30. September: Das ehemalige britische Treuhandgebiet Süd-Kamerun vereinigt sich mit Kamerun (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 48).

### Kongo (Brazzaville)

16. September: Präsident *Fulbert Youlou* fordert die schwedische Regierung in ultimativer Form auf, ihr den Vereinten Nationen zur Verfügung gestelltes Truppenkontingent unverzüglich aus dem Katanga zurückzuziehen.

20. September: Präsident *Fulbert Youlou* fordert in einem Schreiben an den Vorsitzenden des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen den unverzüglichen Abschluß eines Waffenstillstandsabkommens im Katanga. Er regt an, die Vereinten Nationen sollten künftig vor allem als Vermittler auftreten, um die inneren Schwierigkeiten im Kongo durch eine direkte Verständigung unter den Afrikanern ohne jeden Druck von außen zu bereinigen.

### Kongo (Léopoldville)

16.—17. September: Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, *Dag Hammarskjöld*, führt in Léopoldville mit Ministerpräsident *Cyrille Adoula* Besprechungen über die Lage in der Provinz Katanga

nach Ausbruch der Kämpfe zwischen Truppen der Vereinten Nationen und des Katanga (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 199).

22. September: Die Regierung distanziert sich in einer in Léopoldville veröffentlichten Erklärung von dem in Ndola zwischen den Vereinten Nationen und Katanga geschlossenen Waffenstillstandsabkommen (vgl. unten, Rhodesien und Njassaland) und kündigt an, sie werde auf ihre eigenen Mittel zurückgreifen, um der Sezession Katangas ein Ende zu bereiten.

23. September: Der Ministerpräsident des Katanga, Moise *Tshombé*, beschuldigt auf einer Pressekonferenz in Elisabethville die Vereinten Nationen, das Waffenstillstandsabkommen im Katanga (vgl. unten, Rhodesien und Njassaland) gebrochen und Truppenverstärkungen nach Katanga gebracht zu haben. *Tshombé* erklärt, Voraussetzung einer Aussöhnung mit den Vereinten Nationen sei, daß alle UN-Truppen aus dem Katanga abgezogen und die Verantwortlichen bestraft würden.

### Korea

18. September: In Pjöngjang wird nach achttägiger Dauer der vierte Parteitag der Koreanischen Arbeiterpartei abgeschlossen. Die Delegierten erörtern einen Rechenschaftsbericht des Ersten Sekretärs des ZK, *Kim Ir Sen*, und einen Bericht der Zentralen Revisionskommission. Der Erste Stellvertretende Ministerpräsident, *Kim Il*, gab einen Bericht über den neuen Siebenjahresplan (1961—1967). Die Delegierten billigten einstimmig die Berichte und verabschiedeten eine Resolution, in der die friedliche Wiedervereinigung Koreas gefordert wird. Auf dem ersten Plenum des neugewählten ZK am 18. September wird *Kim Ir Sen* erneut zum Ersten Sekretär des ZK gewählt.

### Niederlande

19. Juli: Königin *Juliana* bezeichnet in ihrer Thronrede anläßlich der Eröffnung des Parlaments die Entwicklung der internationalen Lage als beunruhigend und betont, die von der Sowjetunion künstlich provozierte Berlin-Krise erfordere eine engere Zusammenarbeit der NATO-Staaten auf politischem, wirtschaftlichem und mili-

tärischem Gebiet. Auch die Niederlande müßten bereit sein, vermehrte Opfer für die gemeinsame Verteidigung zu bringen. Königin *Juliana* begrüßt ferner die Ansätze zu einer engeren politischen und kulturellen Zusammenarbeit der EWG-Staaten. Zur Neuguinea-Frage erklärt Königin *Juliana*, die Bevölkerung des Landes werde selbständig und frei über ihre Zukunft bestimmen können. Verhandlungen mit Indonesien über Niederländisch-Neuguinea hätten sich leider als unmöglich erwiesen, nachdem die indonesische Regierung dem Selbstbestimmungsrecht widersprechende Bedingungen gestellt hätte.

### Oesterreich

21. September: Bundeskanzler *Alphons Gorbach* erklärt in einer Rede vor Industriellen in Wien, sein Land werde unter der Bedingung eine Assoziation mit der EWG eingehen, daß der österreichische Osthandel aufrechterhalten und weiterentwickelt werden könne. *Gorbach* betont erneut, daß Oesterreich nur die wirtschaftlichen Bestimmungen des EWG-Vertrages übernehmen könne.

### Rhodesien und Njassaland

18. September: Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dag *Hammar-skjöld*, und seine Begleitung kommen beim Absturz eines Flugzeuges in der Nähe von Ndola in Nordrhodesien ums Leben. *Hammar-skjöld* wollte in Ndola mit dem Präsidenten der kongolesischen Provinz, Katanga, Moise *Tshombé*, über die Lage in Katanga verhandeln.

19.—20. September: Der Präsident der kongolesischen Provinz Katanga, Moise *Tshombé*, führt in Ndola mit Vertretern der Vereinten Nationen Besprechungen über eine Einstellung der Kampfhandlungen in Katanga (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 199, Kongo) und über die künftige Stellung der Provinz im Rahmen des Kongo. Die Gesprächspartner einigen sich auf ein provisorisches Abkommen über eine Einstellung der Kampfhandlungen ab 21. September. Das Abkommen sieht die Einsetzung einer vierköpfigen Kommission zur Beilegung des Konflikts zwi-



schen der katangischen Regierung und den Vereinten Nationen vor.

### Ruanda-Urundi

18. September: Bei den Wahlen zur Gesetzgebenden Versammlung von Urundi erringen die nationalistische UPRONA 66 und die aus mehreren Parteien bestehende Gemeinsame Front sechs Sitze.

24. September: König Kigeri V., der nach seiner Absetzung freiwillig im Exil lebte, wird nach seiner heimlichen Einreise in Ruanda verhaftet.

25. September: Bei den Wahlen zur Gesetzgebenden Versammlung von Ruanda erhalten die PARMEHUTU 35, die UNAR sieben und die APROSOMA zwei Sitze. Zugleich spricht sich die Mehrheit der Bevölkerung gegen die Erhaltung der Monarchie unter König Kigeri V. aus.

### Schweden

19. September: Die Regierung weist in scharfer Form die Note des kongolesischen Präsidenten, Fulbert Youlou, vom 16. September (vgl. S. Z 209, Kongo/Brazzaville) zurück und erklärt, die Regierung müsse sich dagegen verwahren, daß ein Mitglied der Vereinten Nationen Schweden einem Druck aussetze, um dessen Politik, die in enger Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen erfolge, zu beeinflussen.

### Sowjetunion

16. September: Ministerpräsident Nikita S. Chruschtschow erklärt in einem Schreiben an den indischen Premierminister, Jawaharlal Nehru, in Beantwortung des Friedensappells der Belgrader Konferenz blockfreier Staaten, die Sowjetunion sei bereit, an Verhandlungen teilzunehmen, deren Ziel darin bestünde, eine rasche Lösung der dringenden internationalen Probleme herbeizuführen. (Vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 597.)

17. September: Die Regierung protestiert in Noten gleichen Inhalts bei den drei Westmächten und der Bundesrepublik Deutschland gegen den Flug von zwei Düsenjägern der deutschen Bundeswehr nach West-Berlin (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 197, Deutschland). In den Noten

wird der Vorfall als eine bewußte Provokation und Verschärfung der internationalen Spannungen bezeichnet. In Zukunft würden alle Flugzeuge, die sich weigerten, dort zu landen, wo sie hingewiesen würden, mit allen Mitteln, einschließlich Raketen, vernichtet.

19. September: Der belgische Außenminister, Paul-Henri Spaak, führt in Moskau Besprechungen mit Ministerpräsident Nikita S. Chruschtschow. In einem Communiqué heißt es, die beiden Staatsmänner hätten die internationalen Beziehungen und gemeinsame nationale Fragen erörtert. Wie von der belgischen Botschaft in Moskau verlautet, habe die Deutschland-Frage im Mittelpunkt der Erörterungen gestanden.

21. September: Der kubanische Staatspräsident, Osvaldo Dorticos, beendet einen zehntägigen Besuch der Sowjetunion, in dessen Verlauf er in Moskau Besprechungen mit Partei- und Regierungsvertretern führte. In einem gemeinsamen Communiqué unterstreichen die Gesprächspartner die Gemeinsamkeit ihrer Ansichten zu internationalen Fragen. Sie setzen sich ferner für den Abschluß eines Abkommens über eine allgemeine und vollständige Abrüstung ein.

26. September: Die drei Westmächte erklären in ihren Antworten auf die sowjetischen Noten vom 17. September (vgl. oben), die durchgeführten Untersuchungen hätten bestätigt, daß die beiden Düsenjäger der Bundeswehr die Orientierung verloren und zu wenig Treibstoff besessen hätten, um zu ihrem Heimatflugplatz zurückzufliegen. In den Noten werden die sowjetischen Beschuldigungen über eine angebliche Aggression zurückgewiesen und daran erinnert, daß sowjetische Militärflugzeuge in den letzten Wochen in zahlreichen Fällen die Lufthoheit der Bundesrepublik verletzt hätten, ohne daß diese Verletzungen als Provokation bezeichnet oder Vergeltungsmaßnahmen angedroht worden seien. In der am gleichen Tag überreichten Antwort der deutschen Bundesregierung wird die Landung der beiden Düsenjäger als bedauerlicher Zwischenfall bezeichnet, zugleich aber die sowjetische Beschuldigung zurück-

gewiesen, es handele sich um eine Provokation.

29. September: Ministerpräsident Nikita S. Chruschtschow weist in seiner Antwort auf die Botschaft des japanischen Ministerpräsidenten, Hayato Ikeda, vom 28. August (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 187, Japan) die japanischen Ansprüche auf die Südkurilen-Inseln Habomai, Shikotan, Etorofu und Kunshiri mit der Begründung zurück, Japan habe in verschiedenen internationalen Abkommen auf diese Gebiete verzichtet.

#### **Tschechoslowakei**

25.—30. September: Eine polnische Partei- und Regierungsdelegation unter Führung von Ministerpräsident Josef Cyrankiewicz und dem Ersten Sekretär des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Wladyslaw Gomułka, führt in Prag Besprechungen mit Partei- und Regierungsvertretern. In einem gemeinsamen Kommuniqué setzen sich beide Seiten für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und eine Lösung der Berlin-Frage sowie eine allgemeine und vollständige Abrüstung ein.

#### **Tunesien**

29. September: Der französische Generalkonsul in Tunis und der Direktor der Stadtverwaltung von Biserta unterzeichnen ein Abkommen, nach dem die französischen Truppen sich auf ihre Ausgangspositionen vor Ausbruch der Biserta-Krise (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 165) zurückziehen sollen. Von tunesischer Seite wird der freie Zugang zu den einzelnen Teilen des französischen Stützpunktes zugesichert.

#### **Türkei**

16. September: Die von dem Gerichtshof auf Yassi Ada verhängten Todesurteile gegen den ehemaligen Außenminister Fatin Rüstü Zorlu und Finanzminister Hasan Polatkan (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 202) werden vollstreckt. Am 17. September wird der ehemalige Ministerpräsident Adnan Menderes hingerichtet.

#### **Vereinigte Arabische Republik**

26. September: Vizepräsident Abdel Hamid el Serraj tritt zurück.

28. September: In Syrien übernehmen Armee-Einheiten die Macht und gründen ein Oberstes Arabisches Revolutionskommando für die Streitkräfte. In mehreren Kommuniqués ruft das Revolutionskommando die Bevölkerung zur Solidarität auf, um die Freiheit und Würde des syrischen Volkes wieder herzustellen. Am gleichen Tage unterstreicht Präsident Gamal Abdel Nasser in einer Rundfunkansprache den Ernst der Lage und erklärt, die Union zwischen den beiden Landesteilen werde nicht aufgelöst werden. Am 29. September bildet Mahmoud el Kuzbari eine syrische Regierung, in der er auch das Außen- und Verteidigungsministerium übernimmt. Kuzbari kündigt in einem Regierungsprogramm freie Wahlen nach einer kurzen Uebergangsperiode und die Einsetzung einer neuen, dem Parlament verantwortlichen Regierung an. Am gleichen Tage behauptet Nasser in einer Rede in Kairo, das syrische Volk stehe hinter ihm und unterstütze die Idee der arabischen Einheit. Er fordert die Syrer auf, sich gegen „die Diktatur des Kapitalismus und der Reaktion“ in ihrem Lande zu erheben, lehnt jedoch militärische Maßnahmen gegen die Aufrührer ab, da kein Araber gegen einen anderen kämpfen sollte.

#### **Vereinigte Staaten**

17. September: Der Ständige Vertreter der Vereinigten Staaten bei den Vereinten Nationen, Adlai E. Stevenson, schlägt in einem Fernsehinterview vor, West- und Ost-Berlin gemeinsam einer internationalen Kontrolle zu unterwerfen. Er befürwortet ferner eine Befassung der Vereinten Nationen mit der Berlin-Frage.

19.—27. September: Der Präsident von Peru, Manuel Prado, besucht die Vereinigten Staaten und führt in Washington Besprechungen mit Präsident John F. Kennedy. Prado erklärt in einer Ansprache vor beiden Häusern des Kongresses, Peru stehe an der Seite der Vereinigten Staaten im Kampf gegen den Kommunismus in der ganzen Welt und in der westlichen Hemisphäre. In einem gemeinsamen Kommuniqué über ihre Besprechungen setzen Prado und Kennedy für einen

entschlossenen Kampf gegen den Kommunismus ein und betonen ihre Unterstützung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen. Sie unterstreichen ferner die Bedeutung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Lateinamerikas.

21. September: Der sowjetische Außenminister, Andrej A. Gromyko, und Außenminister Dean Rusk führen in New York ein Gespräch über die Berlin-Krise und die Lage in den Vereinten Nationen.

22. September: Außenminister Dean Rusk erklärt anlässlich eines Essens der New Yorker Auslandspresse, die weitgespannten Tätigkeiten der Vereinten Nationen verlangten eine ununterbrochene starke Exekutive. Aus diesem Grunde dürfe die Autorität des Generalsekretärs der Vereinten Nationen nicht kompromittiert werden. Rusk bedauert, daß eine schnelle Einigung über die Ernennung eines neuen Generalsekretärs nicht erwartet werden könne, und setzt sich für die Berufung eines interimistischen Generalsekretärs durch die Vollversammlung ein.

Präsident John F. Kennedy unterzeichnet das am Vortag vom Kongreß verabschiedete Gesetz über das amerikanische Friedenskorps.

23. September: Ein Sprecher des Außenministeriums erklärt in Washington, die für den 5. Oktober vorgesehene Unterzeichnung des Vertrages über eine finanzielle Hilfe bei dem Bau des Volta-Dammes in Ghana werde sich verzögern. Der Sprecher bestreitet, daß die Verzögerung auf Ghanas Haltung in der Berlin-Frage zurückzuführen sei.

Der demokratische Senator Hubert H. Humphrey erklärt in Washington, der Westen müsse sich darauf vorbereiten, in gewissen Fragen bei den Verhandlungen mit der Sowjetunion Konzessionen zu machen, ohne deswegen in Fragen der nationalen Sicherheit nachzugeben. Es sei seiner Ansicht nach unverantwortlich, in Fragen unnachgiebig zu bleiben, die nicht die ureigensten Interessen der Vereinigten Staaten berührten und die Gegenstand von Konzessionen bei konstruktiven Verhandlungen bilden könnten. Die Vereinigten Staaten würden keinen Krieg wegen

Problemen auslösen, die aus amerikanischer Sicht nicht wesentlich seien.

24. September: Der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Washington, Wilhelm Grewe, warnt in einer Erklärung davor, maximale Forderungen der Sowjetunion mit maximalen Konzessionen des Westens zu beantworten, und weist darauf hin, daß die Nichtanerkennung der gegenwärtigen deutschen Grenzen und eines zweiten deutschen Staates bisher immer grundsätzliche Elemente nicht nur der deutschen, sondern der westlichen Politik insgesamt gewesen sei. Grewe erinnert daran, daß die Verpflichtung des Westens, Deutschland als Ganzes wiederherzustellen und die Bundesrepublik bis dahin als einzig legitime Sprecherin des deutschen Volkes zu betrachten, eine vereinbarte und im Deutschland-Vertrag verbrieft Gegenleistung zum Eintritt der Bundesrepublik in die NATO darstelle.

Der demokratische Senator Michael J. Mansfield setzt sich in einer Fernsehansprache nachdrücklich für Verhandlungen mit der Sowjetunion über „zweitrangige Fragen“ in der Auseinandersetzung um Berlin ein. Dabei könne eine de facto-Anerkennung der sogenannten DDR unvermeidbar sein. Mansfield erinnert daran, daß die Bundesrepublik Deutschland die DDR durch den Abschluß des Interzonenabkommens „in einem Ausmaß von über 300 Millionen Dollar jährlich“ anerkannt habe. Er unterstreicht jedoch, über die lebenswichtigen Interessen des Westens in Berlin könne nicht verhandelt werden. Diese umfaßten das Recht der Alliierten auf freien Zugang und das Recht, in West-Berlin Truppen zu unterhalten.

25. September: Das Staatsoberhaupt von Kambodscha, Norodom Sihanouk, führt in New York mit Präsident John F. Kennedy eine Unterredung über die Lage in Südostasien. Sihanouk erklärt nach der Unterredung, Kambodscha und die Vereinigten Staaten seien sich darin einig, daß die Errichtung eines neutralen Laos notwendig sei.

26. September: Der argentinische Präsident, Arturo Frondizi, führt in New York



eine Unterredung mit Präsident John F. Kennedy. In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, die beiden Präsidenten hätten die Lage in Berlin, die Frage der Kernwaffenversuche, die Frage der Erhaltung des Friedens sowie die Situation auf Kuba und Aspekte der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des amerikanischen Kontinents erörtert. Von amerikanischer Seite sei eine Unterstützung argentinischer Entwicklungsprojekte zugesagt worden.

Präsident John F. Kennedy ernennt William C. Foster zum Leiter des neuen Amtes für Abrüstung und Rüstungskontrolle, das mit am gleichen Tage erfolgender Unterzeichnung des Gesetzes durch Kennedy errichtet wird.

27. September: Präsident John F. Kennedy ernennt John A. McCone als Nach-

folger von Allen W. Dulles zum Direktor der Central Intelligence Agency.

Der sowjetische Außenminister, Andrej A. Gromyko, und Außenminister Dean Rusk führen in New York erneut eine Unterredung über die Möglichkeiten von Verhandlungen über die Deutschland- und Berlin-Frage. Am 30. September findet eine dritte Zusammenkunft statt.

#### Westindischer Bund

19. September: Bei einer Volksabstimmung auf Jamaica über den zukünftigen Status des Westindischen Bundes erhält die Labour Party, die den Plan eines unabhängigen, aus Jamaica und den unter britischer Verwaltung stehenden karibischen Inseln bestehenden Westindischen Bundes ablehnt, 53 vH der Stimmen, während die Nationale Volkspartei, die den Plan befürwortet, nur 46,2 vH der Stimmen auf sich vereinigt.

### Internationale Organisationen

#### Organisation der Vereinten Nationen

19. September: In New York wird die 16. ordentliche Tagung der Vollversammlung der Vereinten Nationen mit einer kurzen Sitzung eröffnet, die dem Gedenken an den am Vortage tödlich verunglückten Generalsekretär, Dag Hammarskjöld (vgl. S. Z 210, Rhodesien und Njassaland), gewidmet ist. Am 20. September wählt die Versammlung den tunesischen Vertreter, Mongi Slim, zu ihrem Präsidenten. Slim würdigt in seiner Ansprache die Verdienste Hammarskjölds, der im „Kampf um den Frieden“ gefallen sei. Slim bezeichnet die internationale Lage als ernst und warnt vor der Gefahr eines Vernichtungskrieges. Die Vollversammlung müsse dieser Gefahr begegnen und den führenden Politikern Gelegenheit zum Zusammentreffen geben. In der Generaldebatte erklärt der brasilianische Vertreter, Melo Franco, am 22. September, die Welt müsse gleichzeitig mit der Befreiung der nichteuropäischen Völker die Unterdrückung der Völker im Herzen Europas miterleben. Die Berlin-Frage könne nicht von der Frage des Selbstbestimmungsrechtes Ostdeutschlands getrennt werden. Das Staatsoberhaupt von

Kambodscha, Norodom Sihanouk, bedauert, daß Deutschland, Korea und Vietnam künstlich geteilt seien und setzt sich dafür ein, den geteilten Staaten nicht länger die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen vorzuenthalten. Der japanische Außenminister, Zentaro Kosaka, lehnt jede einseitige Aufhebung gültiger internationaler Verpflichtungen über Berlin ab und fordert, jede Regelung über Berlin und Deutschland müsse dem frei geäußerten Willen der Bevölkerung entsprechen. Der Außenminister Senegals, Dondon Thiam, räumt ein, daß die ideale Lösung die Zubilligung des Selbstbestimmungsrechtes für das ganze deutsche Volk bleibe, unterstreicht jedoch, Ausgangspunkt jeder Lösung müsse die Anerkennung der zwei deutschen Staaten und eine befriedigende Regelung des freien Zugangs nach Berlin sein. Am 25. September erklärt der amerikanische Präsident, John F. Kennedy, das wichtigste Problem der Vollversammlung sei die Frage der Erhaltung der Vereinten Nationen, welche die einzige Alternative zum Kriege sei, und lehnt das von der Sowjetunion geforderte „Troika-System“ ab. Kennedy bezeichnet die Abrüstungsfrage als eine

Frage des Ueberlebens der Menschheit und schlägt ein Sechs-Punkte-Programm vor, nach dem sofort ein Vertrag über ein Verbot der Kernwaffenversuche abgeschlossen, die Erzeugung von spaltbarem Material für Waffen eingestellt und die vorhandenen Kernwaffenbestände schrittweise vernichtet werden sollen. *Kennedy* äußert ferner die Ueberzeugung, daß die bestehenden Kolonialprobleme mit Geduld, gutem Willen und Entschlußkraft gelöst werden könnten. Die Vereinigten Staaten würden dazu beitragen. In diesem Zusammenhang weist *Kennedy* darauf hin, daß im Machtbereich der Sowjetunion einer weit größeren Anzahl von Menschen als den offiziell als abhängig bezeichneten das Selbstbestimmungsrecht vorenthalten werde. *Kennedy* geht im weiteren Verlauf seiner Rede auf die Bedrohung des Friedens in Laos und Vietnam und auf die Gefahren der Berlin-Krise ein. Er bekräftigt die Entschlossenheit der Vereinigten Staaten, zu ihren Verpflichtungen in Berlin zu stehen, sowie die Bereitschaft zu Verhandlungen auf der Grundlage gegenseitigen Respekts und der Achtung vor den Rechten anderer. Am 26. September kritisiert der sowjetische Außenminister, Andrej A. *Gromyko*, in seiner Rede, daß noch immer kein Friedensvertrag mit Deutschland abgeschlossen worden sei, und behauptet erneut, der Revanchismus und Militarismus der Bundesrepublik Deutschland rufe die Gefahr eines Krieges hervor. Das Selbstbestimmungsrecht bestehe für die Deutschen seit der Schaffung der „beiden deutschen Staaten“. Die Lösung der Deutschland-Frage bestehe in der Aufnahme beider deutscher Staaten in die Vereinten Nationen. Auf die Abrüstungsfrage eingehend, macht er die Vereinigten Staaten für das Scheitern der allgemeinen und vollständigen Abrüstung verantwortlich. Die amerikanischen Kontrollforderungen seien für die Sowjetunion unannehmbar, da sie in Wirklichkeit der Spionage dienten. *Gromyko* rechtfertigt die Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche durch die Sowjetunion mit den angeblichen Kriegsdrohungen der NATO-Staaten und der Fortsetzung der französischen Versuche und erklärt, eine Einstellung des sowje-

tischen Versuche käme nur im Rahmen eines Abkommens über eine allgemeine und vollständige Abrüstung in Frage. Gleichzeitig mit den Abrüstungsverhandlungen müßten allerdings Schritte zur Entspannung unternommen werden, wie der Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den NATO-Staaten und den Mitgliedern des Warschauer Paktes, die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa und die Zurückziehung aller Truppen aus fremden Ländern. *Gromyko* fordert die restlose Durchführung der Entkolonialisierung und die Aufnahme der Volksrepublik China an Stelle der Republik China (Taiwan). Er setzt sich erneut für eine Reorganisation des Sekretariats der Vereinten Nationen nach dem „Troika-System“ ein. Diese Frage müsse sofort durch den Sicherheitsrat geregelt werden. Eine provisorische Lösung müsse den wahren Kräfteverhältnissen entsprechen. Der jugoslawische Außenminister, Koca *Popovic*, drückt sein Bedauern darüber aus, daß sich die beiden Staatenblöcke immer mehr einer Politik der Stärke zuwendeten. Er setzt sich für eine Hinzuziehung der blockfreien Staaten zu den Verhandlungen über die Abrüstungsfrage ein und befürwortet eine Konferenz zur unverzüglichen Einstellung der Kernwaffenversuche. Zur Frage einer Reorganisation des Sekretariats der Vereinten Nationen erklärt *Popovic*, der Posten des Generalsekretärs solle einer Persönlichkeit aus einem blockfreien Land anvertraut werden, die über eingeschränkte Kompetenzen verfügen und von einem fünfköpfigen Komitee beraten werden solle. Der Außenminister von Ghana, Ako *Adjei*, setzt sich für den Ausschluß Portugals und Südafrikas aus den Vereinten Nationen ein, wenn Angola nicht sofort die Unabhängigkeit erhalte und der südafrikanischen Rassenpolitik nicht ein Ende gesetzt werde. Der niederländische Außenminister, Joseph *Luns*, unterbreitet einen Plan für die friedliche Entwicklung Niederländisch-Neuguineas und erklärt die Bereitschaft seiner Regierung, der Bevölkerung des Landes im Zusammenwirken mit den Vereinten Nationen die volle Unabhängigkeit zu geben. Am 27. September setzt sich der Außen-

minister Liberias, Joseph R. *Grimes*, für Verhandlungen über Berlin ein und lehnt jede Dreiteilung des Amtes des Generalsekretärs ab. Der britische Außenminister, Lord *Home*, befürwortet Verhandlungen über Berlin mit dem Ziel eines ehrenhaften Uebereinkommens. Die Berlin-Frage habe zwei Aspekte: die Frage des Selbstbestimmungsrechtes für die Einwohner der sogenannten DDR, der Bundesrepublik Deutschland sowie Ost- und West-Berlins und die Gewährleistung des unbehinderten Zugangs nach Berlin sowie angemessene Garantien für die Erhaltung der Freiheit West-Berlins. Lord *Home* unterstreicht die Viermächteverantwortlichkeit für ganz Deutschland bis zur Unterzeichnung eines Friedensvertrages und erklärt, ein solcher Vertrag könne nur mit Zustimmung aller Beteiligten abgeschlossen werden. Lord *Home* stimmt den amerikanischen Abrüstungsvorschlägen zu, kritisiert die Haltung der blockfreien Staaten und wirft ihnen vor, wenn der Westen kürzlich 16 Atombombenversuche unternommen hätte, so wären die Stimmen ihrer Kritik sicherlich lauter gewesen. Der argentinische Präsident, Arturo *Frondizi*, appelliert an die afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Staaten, sich für eine Annäherung zwischen Ost und West einzusetzen. Am gleichen Tage beschließt die Vollversammlung einstimmig, Sierra Leone als 100. Mitglied in die Vereinten Nationen aufzunehmen. Der dänische Außenminister, Jens Otto *Krag*, setzt sich am 28. September dafür ein, den Sitz einer der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen nach Berlin zu verlegen. Nach seiner Ansicht könnte dadurch die Lage in Berlin entspannt werden.

20. September: Der Ständige Vertreter der Vereinigten Staaten bei den Vereinten Nationen, Adlai E. *Stevenson*, und sein sowjetischer Kollege, Valerian A. *Zorin*, übermitteln dem Vorsitzenden der Vollversammlung, Mongi *Slim*, eine gemeinsame Erklärung ihrer Regierungen über Grundsätze der Abrüstungsfrage, auf die sich beide Seiten als Ergebnis der am Vortage abgeschlossenen zweiseitigen Gespräche über eine Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen (vgl. Zeittafel

Jg. 1961, S. Z 204) geeinigt haben. In der Erklärung heißt es, Ziel künftiger Abrüstungsverhandlungen müsse ein Abkommen sein, in dem garantiert werde, daß die Abrüstung allgemein und vollständig und daß der Krieg nicht mehr ein Mittel zur Lösung internationaler Streitfragen sei. Die Abrüstung müsse durch ein sicheres Verfahren zur friedlichen Lösung von Streitfragen ergänzt werden. Ferner solle gewährleistet werden, daß die Staaten nur die zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit und Ordnung erforderlichen Streitkräfte behielten. Eine internationale Friedensstreitmacht solle über die Einhaltung dieser Grundsätze wachen. In Begleitschreiben teilen *Stevenson* und *Sorin* jedoch mit, über die Zusammensetzung des Gremiums für die Abrüstungsverhandlungen sei keine Einigung erzielt worden.

Die amerikanische Regierung betont in einer Erklärung zu der amerikanisch-sowjetischen Erklärung über Grundsätze der Abrüstungsfrage (vgl. oben), sie werde bei künftigen Verhandlungen auf der Annahme einer Klausel bestehen, nach der durch Verifizierungen sichergestellt werde, daß nicht nur die vereinbarten Reduzierungen oder Begrenzungen vorgenommen sind, sondern auch die beibehaltenen Streitkräfte und Rüstungen in keinem Stadium den vereinbarten Stand überschreiten.

Der Ständige Vertreter der Sowjetunion bei den Vereinten Nationen, Valerian A. *Zorin*, erklärt in einem Schreiben an den Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde, John J. *McCloy*, die Sowjetunion trete für eine strengste internationale Kontrolle einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung ein. Sie lehne jedoch die Einführung einer Rüstungskontrolle ab.

24. September: Die sowjetische Regierung beschuldigt in einer Mitteilung an den Vorsitzenden der Vollversammlung, Mongi *Slim*, die Vereinigten Staaten, sie hätten eine Lösung der Abrüstungsfrage verhindert. In der Mitteilung heißt es, die Sowjetunion habe wiederholt ihre Bereitschaft erklärt, westliche Abrüstungsvorschläge anzunehmen, wenn der Westen den sowjetischen Plan einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung annehme.



Bei den Gesprächen habe man sich deshalb nicht über die Zusammensetzung des Gremiums einigen können, weil die Vereinigten Staaten sich geweigert hätten, neutrale Vertreter zu den Verhandlungen zuzulassen. In der Mitteilung ist ein Plan enthalten, in dem eine allgemeine und vollständige Abrüstung in vier bis fünf Jahren unter strenger internationaler Kontrolle vorgesehen wird.

**25. September:** Der Ständige Vertreter der Vereinigten Staaten, Adlai E. Stevenson, unterbreitet der Vollversammlung in einem Memorandum einen neuen Abrüstungsplan, der eine Abrüstung in drei Stufen vorsieht und in dem gefordert wird, daß die Vereinten Nationen in dem Maße gestärkt werden müßten, in dem die Staaten ihre Rüstung aufgaben. Vor dem jeweiligen Uebergang zur nächsten Etappe müsse die Verwirklichung der vorhergehenden überprüft werden und eine ausreichende Kontrolle und Inspektion garantiert sein.

**26. September:** Die Vereinigten Staaten und Großbritannien unterbreiten der Vollversammlung einen Resolutionsentwurf, in dem die sofortige Wiederaufnahme der Genfer Verhandlungen über die Einstellung der Kernwaffenversuche unter wirksamer Kontrolle gefordert wird.

**27. September:** Die sowjetische Regierung übermittelt der Vollversammlung drei Memoranden. In einem acht Punkte umfassenden Memorandum über Maßnahmen zur internationalen Entspannung setzt sie sich für einen Verzicht auf den Einsatz von Kernwaffen, den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Mitgliedern der NATO und den Staaten des Warschauer Paktes und für die Schaffung atomwaffenfreier Zonen in Afrika und Mitteleuropa ein. In einem Memorandum zur Frage der Kernwaffenversuche lehnt die sowjetische Regierung erneut den Abschluß eines Vertrages über die Einstellung der Kernwaffenversuche ohne allgemeine und vollständige Abrüstung ab. In einem dritten Memorandum über die Gewährung der Unabhängigkeit an die Kolonialländer und -völker heißt es, 1962 müsse das Jahr der endgültigen Beseitigung des Kolonialismus werden. Eine nach dem

„Troika-System“ zusammengesetzte Kommission der Vereinten Nationen solle die Entkolonialisierung überwachen.

### Internationaler Währungsfonds Weltbank

**18.—22. September:** In Wien finden die Jahresversammlungen der Gouverneursräte des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank mit ihren Schwesterinstituten, der Internationalen Finanz-Korporation und der Internationalen Entwicklungs-Organisation (IDA), statt. Der Gouverneursrat des Fonds erörtert einen Plan von Generaldirektor Per Jacobsson, nach dem durch feste Kreditabkommen mit den wichtigsten Industrieländern dem Fonds angemessene Reserven gesichert werden sollen, um durch internationale Bewegungen privater Gelder ausgelösten Störungen begegnen zu können. Die Mehrzahl der voraussichtlichen Teilnehmerländer stimmt dem Plan unter der Bedingung zu, daß die von den kreditgebenden Ländern bereitgestellten Mittel nicht verausgabt würden, wenn es ein Land in seiner Wirtschaftspolitik an der notwendigen Disziplin fehlen lasse. Die Kredite sollten automatisch rückzahlbar sein, wenn das betreffende Kreditorenland selbst defizitär wird. Die Finanzminister und Notenbankpräsidenten der Schlüsselländer des Fonds unterstreichen in ihren Rechenschaftsberichten, daß jede gesunde internationale Währungsordnung eine gesunde nationale Wirtschaftspolitik und die Vermeidung inflatorischer Tendenzen voraussetze. Weltbankpräsident Eugène R. Black warnt in seinem Bericht über die Tätigkeit der Weltbank und der IDA vor der in allen Entwicklungsländern auftretenden Tendenz, sich gegenüber dem Ausland zu stark zu verschulden. In der Debatte werden besonders Fragen der Entwicklungshilfe erörtert. Black erklärt in einem Schlußwort, gegenwärtig lägen der Weltbank mehr Darlehensgesuche denn je vor, und äußert die Ueberzeugung, eine Neuüberprüfung der Rolle der IDA innerhalb der Entwicklungshilfe und der im Verhältnis zu ihrer Aufgabe zur Verfügung stehenden Mittel sei nicht mehr fern. Der Präsident der IFC, Robert Gardner, betont in ergänzenden Ausführ-

rungen zum Jahresbericht der IFC, Voraussetzung einer erfolgreichen Entwicklungspolitik seien ein Minimum von Gesetz und Ordnung in den Empfangsländern, eine gewisse Kontinuität in der politischen Leitung, eine saubere und leistungsfähige Verwaltung, die Vermeidung von Inflation und die Ueberwindung der überkommenen feudalen Gesellschaftsstruktur.

### Europäische Gemeinschaften

18.—19. September: In Straßburg berät das Europäische Parlament in einer Sondersitzung über den Assoziierungsvertrag mit Griechenland. Der Präsident der EWG-Kommission, Walter Hallstein, bezeichnet die Assoziierung Griechenlands als Ausdruck des Geistes der „offenen Tür“ der EWG. Sie mache sichtbar, daß denjenigen Staaten, die sich aus legitimen Gründen gehindert sähen, den notwendig strengen Anforderungen des Vollbeitritts nach Art. 237 zu genügen, eine flexiblere Form des Anschlusses offen stehe. Zwar belasse sie dem assoziierten Land seine volle politische Unabhängigkeit, ermögliche aber andererseits eine strukturelle Verbindung mit der EWG. Im Verlauf der Debatte kritisieren Mitglieder der Versammlung, daß das Abkommen abgeschlossen worden sei, ohne daß die Versammlung entsprechend Art. 238 vorher gehört worden sei. Das Parlament billigt mit großer Mehrheit das Abkommen. Zugleich verabschiedet es eine Resolution, in der es Einspruch gegen die Verletzung seines Mitspracherechts erhebt.

19.—20. September: In Straßburg findet eine gemeinsame Sitzung der Beratenden Versammlung des Europarates und des Europäischen Parlaments statt. Unter dem Vorsitz des Präsidenten des Europäischen Parlaments, Hans Furler, hören die Abgeordneten die Tätigkeitsberichte der beiden Versammlungen sowie die Berichte der Präsidenten der EWG-Kommission, Walter Hallstein, der EAG-Kommission, Etienne Hirsch, und der Hohen Behörde der EGKS, Piero Malvestiti. Hallstein wertet in seinem Bericht das Beitrittsge such Großbritanniens zur EWG als Beweis für die Richtigkeit der bisherigen Politik der Sechs und äußert die Ueberzeugung, das

Entstehen eines größeren europäischen Wirtschaftsraumes werde das Gleichgewicht in der Welt stabilisieren. Er lehnt den Gedanken einer europäischen „Dritten Kraft“ ab, betont aber, Europa müsse innerhalb der atlantischen Partnerschaft seinen Teil der Verantwortung selbständig übernehmen. In der Debatte warnen Sprecher Schwedens und Oesterreichs die EWG davor, aus einer „Position der Stärke“ den potentiellen Beitritts- und Assoziierungskandidaten gegenüberzutreten. Der britische Abgeordnete Maurice Macmillan kritisiert, daß Hallstein offenbar der Ansicht sei, nur die Zukunft Großbritanniens hänge von dem Ausgang der Beitrittsverhandlungen ab. Er sei überzeugt, daß ein Beitritt Vorteile für beide Seiten mit sich bringe.

25.—27. September: In Brüssel tagen die Räte der EWG und der EAG. In Anbetracht der zustimmenden Stellungnahme des Europäischen Parlaments ratifiziert der Rat der EWG im Namen der Gemeinschaft das am 9. Juli in Athen unterzeichnete Assoziierungsabkommen mit Griechenland. Er erörtert Fragen der Arbeitsmarktkonjunktur und des Arbeitsrechtes und nimmt einen Bericht über den Stand der Arbeiten auf dem Gebiet der gemeinsamen Agrarpolitik zur Kenntnis. Er setzt seine Aussprache über die künftigen Beziehungen zu den assoziierten afrikanischen Ländern einschließlich Madagaskars fort. Der Rat der EWG erklärt ferner sein Einverständnis, Surinam den assoziierten Gebieten gleichzustellen, und beauftragt den Ausschuß der Ständigen Vertreter, das Verfahren über die Assozierung Surinams zu prüfen. Er gibt den Beitrittsgesuchen Großbritanniens und Dänemarks einstimmig seine Zustimmung und schlägt der britischen Regierung vor, am 10. Oktober auf einer Zusammenkunft in Paris ihren Standpunkt darzulegen. Der dänischen Regierung schlägt er eine erste Aussprache für den 25. Oktober in Brüssel vor. Der Rat der EWG beschließt weiter, seinen Gedankenaustausch über das Beitrittsge such Irlands auf seiner nächsten Tagung fortzusetzen. Bezüglich des Verfahrens bei den künftigen Beitrittsverhandlungen beschließt der Rat, daß die

EWG-Kommission den Verhandlungen beiwohnen und das Recht haben soll, das Wort zu ergreifen. Als Ort der Verhandlungen solle Brüssel vorgeschlagen werden. Der Rat stellt fest, daß sich aus dem Antrag eines Landes auf Aufnahme in die Gemeinschaft eine vorbehaltlose Anerkennung der Vorschriften und Ziele des EWG-Vertrages sowie der Beitritt zu den beiden anderen Gemeinschaften, EKGs und EAG, ergebe.

### Europarat

21.—28. September: In Straßburg findet der zweite Teil der 13. Tagung der Beratenden Versammlung des Europarats statt. Der deutsche Bundesvertriebenenminister, Hans-Joachim von Merkatz, gibt als Vertreter des gegenwärtigen Präsidenten des Ministerrates eine Erklärung zur Berlin-Krise ab, in der er feststellt, daß die Krise von der Sowjetunion entfesselt worden sei. Von Merkatz äußert die Ueberzeugung, der Westen sei noch nie so einig gewesen wie heute. In der politischen Debatte legt der britische Abgeordnete Maurice Macmillan namens des Politischen Ausschusses einen Bericht über die Berlin-Krise und die durch das britische Beitrittsgesuch zur EWG entstandene Situation vor. Der deutsche Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, Ernst Lemmer, unterstreicht in einem Bericht über die Lage in Berlin, die Berlin-Frage sei mehr als nur ein deutsches Problem. Ziel der sowjetischen Politik sei nicht allein die Unterbindung der Flucht aus der sogenannten DDR oder die Abtrennung Ost-Berlins. Der Osten wolle die Neutralen einschüchtern und dem Westen eine demütigende Niederlage beibringen. Die Versammlung verabschiedet zum Abschluß der Debatte mit 67 Stimmen bei 7 Enthaltungen eine Resolution, in der das Vorgehen der Sowjetunion in der Berlin-Frage verurteilt und an die Westmächte appelliert wird, die Freiheit West-Berlins aufrechtzuerhalten und zu diesem Zweck Verhandlungen aufzunehmen, die aber die gesamte Deutschland-Frage zum Gegenstand haben müßten. In der wirtschaftspolitischen Debatte unterbreitet der niederländische Senator H. Vos einen Bericht

des Wirtschaftsausschusses über die europäischen Wirtschaftsbeziehungen. Im Mittelpunkt der Debatte steht das Beitritts-gesuch Großbritanniens an die EWG. Die Versammlung verabschiedet einstimmig eine Resolution, in der die Hoffnung ausgedrückt wird, daß die europäischen Integrationsbemühungen durch die britische Initiative neuen Auftrieb erhalten.

### Liga der Arabischen Staaten

19. September: In Kairo wird die 36. ordentliche Tagung des Rates der Liga der Arabischen Staaten nach sechstägiger Dauer beendet. Die Mitglieder beschlossen, zusammen mit den blockfreien Staaten Anstrengungen zu unternehmen, um die Verwirklichung der Resolution der Vereinten Nationen vom 19. Dezember (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 19), in der Algerien das Recht auf Selbstbestimmung, Souveränität und Einheit zuerkannt wurde, zu gewährleisten. Der Rat billigte die Erklärung der Belgrader Konferenz blockfreier Staaten (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 587) und hieß eine Reihe von politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Aktionen Israels in Afrika und der antiarabischen Propaganda in ostasiatischen Staaten gut.

### Nordatlantikpakt-Organisation

21. September: Der belgische Außenminister, Paul-Henri Spaak, gibt dem Ständigen NATO-Rat in Paris einen Bericht über seine Besprechungen mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. Chruschtschow (vgl. S. Z 211, Sowjetunion).

### Interparlamentarische Union

22. September: In Brüssel wird die am 14. September eröffnete 50. Tagung der Interparlamentarischen Union beendet. 550 Delegierte aus 51 Ländern erörterten Fragen der Weltpolitik sowie die Folgen regionaler Wirtschaftszusammenschlüsse für den Welthandel. Die Konferenz nahm zum Abschluß ihrer Beratungen eine Reihe von Resolutionen an. In einer Entscheidung, die mit 291 gegen 177 Stimmen bei 97 Enthaltungen angenommen wurde, wird die Aufnahme der Volksrepublik



China in die Vereinten Nationen gefordert. In einer weiteren Resolution werden die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion zu Verhandlungen über die Weltprobleme aufgefordert und alle Staaten ersucht, von Atomwaffenversuchen Abstand zu nehmen.

**Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)**

30. September: Der Vertrag über die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) tritt in Kraft. Die OECD tritt damit an die Stelle des Europäischen Wirtschaftsrates (OEEC). Am gleichen Tage tritt der Rat der OECD zu seiner ersten Sitzung in Paris zusammen. Er wählt den kanadischen Finanzminister, Donald *Fleming*, zu seinem Vorsitzenden und den schwedischen Handelsminister, Gunnar *Lange*, sowie den griechischen Koordinationsminister, Charles *Arliotis*, zu dessen Stellvertretern. Vorsitzender auf der Ebene der Delegationschefs wird der neugewählte Generalsekretär, Thorkil *Kristensen*. Zum Vorsitzenden des Exekutivausschusses wird der Belgier Roger *Ockrent* und zu dessen Stellvertreter der Franzose François *Valéry*

gewählt. Dem Ausschuß gehören Dänemark, die Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Italien, Kanada, Portugal, die Türkei und die Vereinigten Staaten an. Zu Stellvertretern von Generalsekretär *Kristensen* werden Charles *Adair* und Jean *Cottier* bestimmt, zu Stellvertretenden Generalsekretären Jack *Downie*, Luciano *Giretti* und Günther *Keiser*. Der Rat billigt ferner die Verwaltungs- und Finanzvorschriften sowie ein Interimsbudget.

**Parlamentarische Vereinigung des Commonwealth**

25.—30. September: Auf einer Konferenz der Parlamentarischen Vereinigung des Commonwealth in London wird die Frage des Beitritts Großbritanniens zur EWG erörtert. Der britische Commonwealth-Minister, Duncan *Sandys*, erklärt, wenn Großbritannien vor die Wahl gestellt werde, zwischen Europa und dem Commonwealth zu wählen, so werde es sich ohne Diskussion für das Commonwealth entscheiden, wobei er jedoch die Ueberzeugung äußert, daß sich nach einem Beitritt Großbritanniens zur EWG auch die Handelsbeziehungen zwischen der EWG und dem Commonwealth bessern würden.

**Internationale Konferenzen**

**Konferenz der westlichen Außenminister in Washington**

16. September: In Washington wird eine zweitägige Konferenz der Außenminister der Vereinigten Staaten, Dean *Rusk*, Großbritanniens, Lord *Home*, Frankreichs, Maurice *Couvé de Murville*, und der Bundesrepublik Deutschland, Heinrich von *Brentano*, beendet. In einem Abschlußkommuniqué heißt es, das Treffen sei ein weiterer Schritt im Rahmen der laufenden Konsultationen zur Koordinierung der

Politik ihrer Länder und der Maßnahmen gegen die Drohungen der Sowjetunion gewesen. Die Minister hätten darin übereingestimmt, daß eine friedliche Lösung des Deutschland- und Berlin-Problems gefunden werden könne, wenn beide Seiten zu Gesprächen bereit seien, die die Rechte und Interessen aller Beteiligten berücksichtigen. Es solle daher festgestellt werden, ob eine vernünftige Grundlage für ernsthafte Verhandlungen mit der Sowjetunion bestände.

## Zeittafel vom 1. bis zum 15. Oktober 1961

### Argentinien

9. Oktober: Präsident Arturo Frondizi erklärt in einer Rundfunk- und Fernsehansprache über seine Gespräche mit dem amerikanischen Präsidenten, John F. Kennedy (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 213 f., Vereinigte Staaten), er habe seinem Gesprächspartner zu verstehen gegeben, daß die kommunistische Gefahr, die in verschiedenen Ländern Lateinamerikas bereits akute Formen angenommen habe, nur durch eine rasche und energische wirtschaftliche Entwicklung gebannt werden könne. Frondizi bezeichnet in diesem Zusammenhang die Allianz für den Fortschritt als die einzige und letzte Hoffnung Lateinamerikas.

### Belgien

6. Oktober: Ministerpräsident Theo Lefèvre erklärt in einer Rede in Charleroi zum Ost-West-Konflikt, der Westen müsse sich realistisch zeigen und nicht um jeden Preis eine Nachkriegssituation aufrechterhalten wollen, die an sich nur provisorisch sein könne. Ziel der freien Welt müsse es sein, solide Garantien in der Berlin-Frage zu erhalten. Man müsse sich aber fragen, ob diese Garantien gegeben werden könnten, wenn keine Gegenleistung angeboten werde, nämlich die „Anerkennung des gegenwärtigen Zustandes in Ostdeutschland in irgendeiner Form“. Im Verlauf seiner Rede geht Lefèvre auch auf das flämisch-wallonische Problem ein und kündigt Vorlagen für eine Aenderung der staatlichen Struktur Belgiens an.

7. Oktober: Der britische Lordsiegelbewahrer, Edward Heath, führt in Brüssel mit Außenminister Paul-Henri Spaak eine Unterredung über die Frage eines Beitritts Großbritanniens zur EWG.

### Brasilien

3. Oktober: Außenminister Santiago Dantas setzt sich in Sao Paulo für eine Verbesserung der brasilianischen Beziehungen zum Ostblock ein. Dantas bekräftigt, daß Brasilien sich weiterhin zum Prinzip der Nichteinmischung bekenne, gibt aber zugleich der Hoffnung Ausdruck, daß Kuba in absehbarer Zeit den Weg zur Demokratie zurückfinden werde.

### China

2. Oktober: Der kubanische Staatspräsident, Osvaldo Dorticos, beendet einen zehntägigen Besuch in der Volksrepublik China, in dessen Verlauf er in Peking Besprechungen mit Staats- und Regierungsvertretern führte. In einem gemeinsamen Kommuniqué bezeichnen die Gesprächspartner „die aggressive Kriegspolitik des Imperialismus und vor allem der Vereinigten Staaten“ als Ursache der internationalen Spannungen.

11.—14. Oktober: Der Ministerpräsident von Birma, U Nu, führt in Peking Besprechungen mit Ministerpräsident Chou En-lai. Während des Aufenthaltes U Nus wird ein Protokoll zum chinesisch-birmesischen Grenzabkommen unterzeichnet. In einem gemeinsamen Kommuniqué setzen sich die Gesprächspartner für die Fortsetzung der Bemühungen um die Abrüstung und ein Kernwaffenverbot ein.

15. Oktober: König Mahendra von Nepal beendet einen am 26. September begonnenen Besuch, in dessen Verlauf er in Peking Besprechungen mit Staatspräsident Liu Shao-chi und Ministerpräsident Chou En-lai führte. Während seines Besuches wurde ein chinesisch-nepalesischer Grenzvertrag unterzeichnet. In einem gemeinsamen Kommuniqué bekennen sich die Gesprächspartner zu den fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz.

### Dänemark

3. Oktober: Ministerpräsident Viggo Kampmann erklärt anlässlich der Eröffnung der neuen Sitzungsperiode des Folketing, die Regierung betrachte die Mitgliedschaft Dänemarks in den Vereinten Nationen, die Zugehörigkeit zur NATO und die Unterstützung eines Abkommens über die Einstellung der Kernwaffenversuche als die wichtigsten Bestandteile der Außenpolitik. Kampmann stellt den baldigen Abschluß der Verhandlungen über ein deutsch-dänisches Einheitskommando im Rahmen der NATO-Verteidigung im Ostseeraum und eine Modernisierung der Landesverteidigung in Aussicht. Als wichtigste Aufgabe in den kommenden Monaten bezeichnet er die Verhandlungen über einen

Beitritt Dänemarks zur EWG. Diese Verhandlungen würden von dänischer Seite „unter Berücksichtigung der Interessen der übrigen EFTA-Länder und mit jeder Rücksichtnahme auf eine fortgesetzte nordische Zusammenarbeit“ geführt werden.

7. Oktober: Die Regierung betont in ihrer Antwort auf eine sowjetische Note, in der die sowjetische Regierung ihre Beunruhigung über die geplante Schaffung eines dänisch-deutschen Einheitskommandos für Jütland, Schleswig-Holstein und den Ostsee-Ausgang ausgedrückt hatte, es werde sich bei der in Aussicht genommenen Lösung der Kommandofrage nicht um ein dänisch-deutsches, sondern um ein Kommando der NATO handeln, das im übrigen nur im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen die Länder des Atlantikpaktes in Kraft treten werde. In der Note spricht die Regierung ihrerseits ihre Beunruhigung über die Wiederaufnahme der sowjetischen Kernwaffenversuche aus.

13.—14. Oktober: Im Folketing findet eine außenpolitische Debatte statt. Außenminister Jens Otto Krag setzt sich erneut dafür ein, einige Organe der Vereinten Nationen nach Berlin zu verlegen.

## Deutschland

4. Oktober: Bundeskanzler Konrad Adenauer richtet ein persönliches Schreiben an den amerikanischen Präsidenten, John F. Kennedy.

5. Oktober: Bundesverteidigungsminister Franz-Josef Strauß lehnt in einem Interview mit der Londoner Times alle Pläne für Rüstungsbegrenzungen bei der Bundeswehr ab. Strauß weist darauf hin, daß die Bundesrepublik weder im Krieg noch im Frieden selbst über Atomsprengköpfe verfügen könne. An der jetzigen Lage würde sich somit nichts ändern, wenn die Westmächte der Sowjetunion zusicherten, daß die Bundesrepublik keine Atomsprengköpfe erhalten werde. Wenn der Bundeswehr aber auch die Kernwaffenträger genommen würden, so würde das eine vollständige Umkehr der bisherigen Politik der NATO und der Vereinigten Staaten bedeuten. Strauß betont, kein deutscher Bundeskanzler und kein Außenminister

oder Verteidigungsminister könne es zulassen, daß die Bundeswehr in dieser Hinsicht dem möglichen Gegner und ihren eigenen Verbündeten gegenüber hoffnungslos unterlegen wäre.

6. Oktober: Der britische Lordsiegelbewahrer, Edward Heath, führt in Bonn mit Bundesaußenminister Heinrich von Brentano und Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard Besprechungen über die Frage eines Beitritts Großbritanniens zur EWG.

Der Vorsitzende des Staatsrates der sogenannten DDR, Walter Ulbricht, fordert auf einem Festakt aus Anlaß des zwölften Jahrestages der Gründung der DDR erneut den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und behauptet, die Ereignisse nach der Absperrung der Sektorengrenze hätten deutlich gemacht, daß die DDR auf festen Füßen stehe. Ulbricht erklärt, die Außenpolitik der DDR stehe im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen, und fordert die Aufnahme in die Weltorganisation. Der sowjetische Erste Stellvertretende Ministerpräsident, Anastas J. Mikojan, der sich anläßlich der Feiern zum 12. Jahrestag in der DDR aufhält, setzt sich in einer Ansprache dafür ein, die Frage einer Aufnahme der DDR und der Bundesrepublik in die Vereinten Nationen zu prüfen, und erklärt, die Sowjetunion schlage vor, einen deutschen Friedensvertrag abzuschließen und auf dessen Grundlage die West-Berlin-Frage im Sinne einer entmilitarisierten freien Stadt zu lösen, der wirksame internationale Garantien gegeben werden sollten.

9.—12. Oktober: Der Ministerpräsident von Senegal, Mamadou Dia, besucht die Bundesrepublik und führt in Bonn Besprechungen mit Bundeskanzler Konrad Adenauer und Bundesaußenminister Heinrich von Brentano. In einem gemeinsamen Kommuniqué weisen die Gesprächspartner auf die wachsende Bedeutung der afrikanischen Staaten hin, deren friedliche Entfaltung in Freiheit im Interesse aller Staaten liege. Von senegalesischer Seite wird betont, die derzeitigen Probleme Deutschlands sollten in Übereinstimmung mit den Grundsätzen des Selbstbestimmungsrechts gelöst werden.



**10. Oktober:** Die Regierung der sogenannten DDR erklärt in Noten an die drei Westmächte, die durch die tschechoslowakische Regierung übermittelt werden, die Verlegung von Polizeieinheiten aus der Bundesrepublik nach West-Berlin würde als Aggression betrachtet und entsprechend beantwortet werden.

Die Regierung der sogenannten DDR beschließt, die Dienstzeit der Soldaten der Nationalen Volksarmee um ein halbes Jahr zu verlängern.

**11. Oktober:** Bundespräsident Heinrich Lübke warnt in einer Ansprache vor der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg vor einem Zurückweichen vor der Sowjetunion. Er betont, jeder Verlust an Gebiet und Prestige bedeute auch einen Verlust an Glaubwürdigkeit und könne eine Vertrauenskrise im Westen auslösen, die den Selbsterhaltungswillen aller freien Völker erheblich schwäche. Lübke weist auf die Möglichkeit hin, daß die Bundeswehr gegen ihre eigenen Landsleute kämpfen müßte. Den Soldaten der Bundeswehr müsse klar sein, daß es zu einem derartigen Bruderkrieg nur auf Grund eines kommunistischen Angriffs kommen könne, der auf die vollkommene Unterwerfung der Bundesrepublik abziele.

**12. Oktober:** Bundesaußenminister Heinrich von Brentano erklärt in Bonn vor der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, die Grenzen eines deutschen Entgegenkommens gegenüber der Sowjetunion in der Berlin-Krise seien in den Verträgen der Bundesrepublik mit den Alliierten festgelegt. Deshalb könne zum Beispiel eine Anerkennung der Regierung der sogenannten DDR nicht in Frage kommen. Von Brentano lehnt Vorschläge zur Schaffung einer Sicherheitszone in Europa ab, sofern sie nicht gleichzeitig zur Lösung politischer Fragen, das heißt der deutschen Frage, beitragen.

### Frankreich

**2. Oktober:** Staatspräsident Charles de Gaulle fordert in einer Rundfunk- und Fernsehansprache die Provisorische Regierung der Republik Algerien (GPRA) zu neuen Verhandlungen über die Zukunft

Algeriens auf, bei denen die Bedingungen für die Selbstbestimmung und die Grundlagen der algerisch-französischen Zusammenarbeit festgelegt werden sollten. De Gaulle kündigt die Schaffung eines provisorischen Exekutivorgans und eines nur aus Algeriern bestehenden Ordnungsdienstes zur Vorbereitung der Volksbefragung an. Er appelliert an die französische Minderheit in Algerien, zu einer positiven Lösung beizutragen, und versichert, ihr Verbleiben werde unter würdigen Bedingungen ermöglicht werden. Im Notfall werde für die Sicherheit der Franzosen entweder durch ihre Umsiedlung in Sicherheitszonen oder aber durch eine teilweise Umsiedlung nach Frankreich gesorgt werden. Auf die Berlin-Krise eingehend, warnt de Gaulle erneut vor vorzeitigen Konzessionen. Frankreich habe die Pflicht, einen selbständigen Entschluß zu fassen und seine Alliierten aufzufordern, vor den Herausforderungen des totalitären Blocks fest und aufrecht zu bleiben. Er weist die in den letzten Wochen zunehmende Kritik an seiner Politik zurück und stellt für den Notfall eine nochmalige Inkraftsetzung des Art. 16 der Verfassung in Aussicht.

**5. Oktober:** Außenminister Maurice Couve de Murville erklärt vor dem Außenpolitischen Ausschuß der Nationalversammlung, die Berlin-Frage könne für die Zukunft Westeuropas außerordentlich ernste Folgen haben und die von Frankreich seit zehn Jahren betriebene Politik der europäischen Einigung gefährden. Es gehe für Frankreich keineswegs darum, allein zu handeln. Es müsse aber bei den westlichen Konsultationen eine Haltung einnehmen, die seinen Interessen entspreche. Couve de Murville erklärt, Frankreich beabsichtige nicht, die Vereinten Nationen zu boykottieren. An einer Algerien-Debatte werde es sich jedoch nicht beteiligen.

**11. Oktober:** Staatspräsident Charles de Gaulle führt in Paris einen Gedankenaustausch mit dem deutschen Bundeswirtschaftsminister, Ludwig Erhard. Zugleich führen Außenminister Maurice Couve de Murville und der deutsche Bundesaußen-

minister, Heinrich von Brentano, eine Unterredung.

#### Ghana

2.—5. Oktober: Der britische Commonwealth-Minister, Duncan Sandys, führt in Accra Besprechungen mit Präsident Kwame Nkrumah. In einem Kommuniqué heißt es, Mißverständnisse zwischen den beiden Regierungen, die in letzter Zeit entstanden waren, seien nunmehr beigelegt.

3. Oktober: Die Regierung läßt 50 Mitglieder der Oppositionspartei, United Party, verhaften. In einer Erklärung wird der Schritt damit begründet, daß die Verhafteten den gewaltsamen Sturz der Regierung geplant hätten.

Präsident Kwame Nkrumah ersucht den amerikanischen Präsidenten, John F. Kennedy, in einer Botschaft, innerhalb von zwei Wochen einen Beschluß darüber zu fassen, ob die Vereinigten Staaten sich an der Finanzierung des Volta-Staudammes beteiligen werden (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 213, Vereinigte Staaten).

#### Großbritannien

1.—5. Oktober: In Blackpool findet der Jahreskongreß der Labour Party statt. Zum Abschluß einer Debatte über internationale Fragen stimmt der Kongreß der Resolution des Vorstandes zu, in der die britische Zusammenarbeit mit der NATO und die Beibehaltung britischer Atomwaffen befürwortet werden. Zugleich verabschiedet er zwei weitere Resolutionen, in denen gegen amerikanische Polaris-Raketenbasen und die Anwesenheit deutscher Truppen auf britischem Territorium protestiert wird. In einer Resolution zur Berlin-Frage setzt sich der Kongreß dafür ein, bei künftigen Verhandlungen für eine Verbesserung des freien Zugangs nach West-Berlin die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze sowie ein gewisses Maß von de facto-Anerkennung der sogenannten DDR anzubieten. Der Kongreß billigt ferner eine Entschließung zur Frage eines Beitritts Großbritanniens zur EWG, in der es heißt, ein Beitritt könne nur dann erfolgen, wenn genügend Garantien für den Schutz der britischen Landwirtschaft sowie der Interessen der EFTA-Partner und des Commonwealth gegeben würden. Zudem

müsse die britische Regierung die Freiheit behalten, nach ihrem Willen zu planen und zu nationalisieren. Der Kongreß wählt Harold Wilson zum neuen Präsidenten des Exekutivkomitees.

9. Oktober: Premierminister Harold Macmillan gibt eine Umbildung seines Kabinetts bekannt. Innenminister Richard A. Butler gibt das Amt des Führers des Unterhauses und den Vorsitz der Konservativen Partei an den bisherigen Kolonialminister Iain Macleod ab, der als Kanzler des Herzogstums Lancaster weiterhin Mitglied des Kabinetts bleibt. Kolonialminister wird der bisherige Handelsminister Reginald Maudling. Nachfolger Maudlings wird dessen bisheriger Stellvertreter, Staatsminister Frederik Errol. Das Ministerium für Wohnungsbau geht von Henry Brooke an Charles Hill. Brooke wird zum Generalzahlmeister mit Sitz im Kabinett ernannt. In der amtlichen Mitteilung heißt es, Butler werde die Ministergruppe leiten, die die Verhandlungen über einen eventuellen Beitritt Großbritanniens zur EWG überwachen soll.

In London wird nach dreiwöchiger Dauer eine Konferenz über die Zukunft Ugandas beendet. Auf der Konferenz wurde beschlossen, daß Uganda am 1. März 1962 die interne Selbstverwaltung und am 9. Oktober 1962 die volle Unabhängigkeit erlangen soll.

10. Oktober: Der sowjetische Außenminister, Andrej A. Gromyko, führt in London Unterredungen mit Premierminister Harold Macmillan und Außenminister Lord Home. Gromyko erklärt nach den Unterredungen, es sei u. a. die Frage eines Friedensvertrages mit Deutschland erörtert worden. Es gebe definitive Anzeichen dafür, daß sich ein besseres Verständnis der gegenseitigen Standpunkte in der Berlin-Frage abzeichne.

11.—14. Oktober: In Brighton findet der Jahreskongreß der Konservativen Partei statt. Außenminister Lord Home erklärt in der außenpolitischen Debatte, das Selbstbestimmungsrecht der Völker müsse auch im kommunistischen Bereich gelten, nicht nur in Asien und Afrika. Er setzt sich dafür ein, die Hoffnung auf eine deutsche

Wiedervereinigung mit friedlichen Mitteln aufrechtzuerhalten, und bekräftigt die Entschlossenheit der Regierung, die Freiheit Berlins auch um den Preis eines Krieges zu verteidigen. Der Parteitag stimmt zum Abschluß der Debatte einer Resolution zu, in der die Entschlossenheit der Regierung unterstützt wird, Freiheit und Existenzmöglichkeit West-Berlins sowie die Rechte und Pflichten des Westens in Berlin aufrechtzuerhalten und zugleich eine gerechte, friedliche und ehrenhafte Regelung der Differenzen mit der Sowjetunion zu suchen. In der Debatte über die Frage eines Beitritts Großbritanniens zur EWG unterstreichen sowohl Lordsiegelbewahrer Edward *Heath* als auch Commonwealth-Minister Duncan *Sandys*, daß Großbritannien dem Commonwealth nur dann von Nutzen sein könne, wenn es wirtschaftlich stark sei. Stärker werden könne es aber nur als Mitglied der Gemeinschaft. Die Delegierten stimmen zum Abschluß der Debatte einer Entschließung zu, in der die Regierung aufgefordert wird, die Beitrittsverhandlungen unter gebührender Berücksichtigung der Interessen des Commonwealth, der britischen Landwirtschaft und der EFTA-Partner unverzüglich aufzunehmen.

### Indien

5. Oktober: Premierminister Jawaharlal *Nehru* setzt sich in einer Rede in Neu-Delhi für eine schnelle Regelung der Nachfolge für den Generalsekretär der Vereinten Nationen ein. Indien habe ein besonderes Interesse an der Funktionsfähigkeit der UN, besonders im Kongo.

11.—14. Oktober: Der polnische Staatspräsident, Aleksander *Zawadzki*, besucht Indien und führt in Neu-Delhi Besprechungen mit Vizepräsident Sarvapalli *Radhakrishnan* und Premierminister Jawaharlal *Nehru*. In einem gemeinsamen Kommuniqué begrüßen die Gesprächspartner die amerikanisch-sowjetischen Gespräche über Möglichkeiten von Ost-West-Verhandlungen und geben ihrer Hoffnung Ausdruck, daß eine Lösung der Deutschland- und der Berlin-Frage auf der Grundlage der bestehenden Realitäten gefunden werde.

### Indonesien

4.—11. Oktober: Der polnische Staatspräsident, Aleksander *Zawadzki*, besucht Indonesien und führt in Djakarta Besprechungen mit Präsident Achmed *Sukarno*. In einem gemeinsamen Kommuniqué wird die Notwendigkeit eines Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland und der Umwandlung West-Berlins in eine „Freie Stadt“ unterstrichen und die unverzügliche Einstellung aller Kernwaffenversuche sowie eine vollständige Abrüstung unter internationaler Kontrolle gefordert.

### Irland

4. Oktober: Bei den Parlamentswahlen erringen die Fianna Fail 70, die Fine Gael 47, die Labour Party 16 und Unabhängige sowie Splitterparteien 11 Sitze.

12. Oktober: Der bisherige Ministerpräsidenten Sean *Lemass* bildet nach seiner Wiederwahl, bei der er 72 gegen 68 Stimmen bei 3 Enthaltungen erhält, eine neue Regierung, deren Zusammensetzung bis auf drei Ressorts der des letzten Kabinetts entspricht. Der bisherige Verteidigungsminister Kevin *Boland* übernimmt das Sozialministerium. An seine Stelle tritt Gerard *Bartley*. Neuer Justizminister wird Charles *Haughley*.

### Kanada

10.—15. Oktober: Der finnische Staatspräsident, Urho *Kekkonen*, besucht Kanada und führt in Ottawa Besprechungen mit Premierminister John *Diefenbaker*. *Kekkonen* erklärt nach den Besprechungen, es seien internationale Probleme, vor allem Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Europa, erörtert worden.

### Kolumbien

12. Oktober: Präsident Alberto *Lleras Camargo* verhängt nach der Bekanntgabe der Niederwerfung einer Revolte den Belagerungszustand.

### Kongo (Léopoldville)

13. Oktober: In Elisabethville unterzeichnen der Präsident von Katanga, Moïse *Tshombé*, und ein Vertreter der Vereinten Nationen ein Waffenstillstandsabkommen, mit dem die am 13. September ausgebrochenen Feindseligkeiten zwischen



UN-Truppen und Streitkräften Katangas (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 199) endgültig eingestellt werden sollen.

#### Kuba

4. Oktober: Die Regierung teilt in einer Note an die philippinische Regierung ihren Beschluß mit, ihren Geschäftsträger in Manila zurückzurufen. Er werde so lange nicht ersetzt werden, als die Philippinen nicht volle Garantien dafür böten, „daß die kubanische diplomatische Mission künftig vor den Intrigen und der Niedertracht des nordamerikanischen Imperialismus geschützt“ werde. (Vgl. unten, Philippinen.)

10. Oktober: Das Außenministerium behauptet in einem in Havanna veröffentlichten Weißbuch, die Vereinigten Staaten planten eine neue Invasion Kubas und die Ermordung führender kubanischer Politiker, darunter Ministerpräsident Fidel Castros.

#### Laos

6.—8. Oktober: Die Führer der drei laotischen Parteien, der prowestliche Ministerpräsident *Boun Oum*, der neutralistische Ministerpräsident *Souvanna Phouma* und der Führer des Pathet Lao, *Soupha Nouvong*, führen in Ban Hin Heup Besprechungen über die Bildung einer künftigen provisorischen Koalitionsregierung. *Souvanna Phouma* erklärt nach Abschluß der Besprechungen, man habe sich darauf geeinigt, ihn dem König als neuen Ministerpräsidenten vorzuschlagen.

#### Niederlande

13. Oktober: Die Regierung erklärt den sowjetischen Botschafter im Haag zur persona non grata. Der Schritt steht im Zusammenhang mit einem Zwischenfall auf dem Flugplatz Schiphol, bei dem es zu einer tätlichen Auseinandersetzung zwischen Angehörigen der sowjetischen Botschaft und Grenzpolizisten gekommen war.

#### Norwegen

2. Oktober: Ministerpräsident Einar Gerhardsen gibt vor dem Storting seine Absicht bekannt, nicht zurückzutreten, obwohl seine Partei bei den Wahlen vom 11. September die absolute Mehrheit verloren habe (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 199 f.).

9. Oktober: König Olaf V. erklärt in der Thronrede anlässlich der Eröffnung des Parlaments in Oslo, daß Kernwaffen nicht auf norwegischem Gebiet stationiert würden. Die Regierung beabsichtige jedoch, die Landesverteidigung zu modernisieren.

#### Oesterreich

2. Oktober: Die Regierung weist in ihrer Antwort auf die sowjetische Note vom 27. August, in der sie um eine Stellungnahme zu den Integrationsabsichten Oesterreichs ersucht wurde, auf das österreichische Interesse an bestmöglichen Wirtschaftsbeziehungen mit allen Staaten ohne Rücksicht auf ihr politisches System hin. Die Regierung habe zwar ihre Bereitschaft zu Verhandlungen mit der EWG angekündigt, habe aber zugleich erklärt, Oesterreich werde nur wirtschaftspolitische Vereinbarungen anstreben und nur solche Verpflichtungen eingehen, die seinem außenpolitischen Status entsprächen.

#### Philippinen

3. Oktober: Die Regierung fordert in einer Note von der kubanischen Regierung die Abberufung ihres Geschäftsträgers in Manila, da er die Mission als Propagandazentrum mißbrauche.

#### Polen

8. Oktober: Die Regierung beschließt, die Soldaten, die Ende Oktober ihre Dienstzeit beenden, erst nach dem Abschluß eines deutschen Friedensvertrages zu entlassen.

#### Ruanda-Urundi

5. Oktober: Der belgische Generalresident in Ruanda-Urundi, Jean-Paul Harroy, gibt anlässlich der Eröffnungssitzung der neu-gewählten (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 211) Gesetzgebenden Versammlung von Ruanda die auf Grund des Ergebnisses der Volksbefragung erfolgte Abschaffung der Monarchie bekannt.

13. Oktober: Der Ministerpräsident von Urundi, Louis Rwagasore, wird in Usumbura ermordet.

#### Sowjetunion

7. Oktober: Die Regierung beschließt, die neue syrische Regierung anzuerkennen.

12. Oktober: TASS veröffentlicht ein Schreiben vom 28. September an den japanischen Rat für den Kampf gegen die Kernwaffen, in dem Ministerpräsident Nikita S. Chruschtschow seine Bereitschaft zu einem Treffen mit den westlichen Regierungschefs zum Ausdruck bringt. In einem am gleichen Tag von TASS veröffentlichten Schreiben vom 10. 10. an eine Gruppe britischer Labourabgeordneter umreißt Chruschtschow die sowjetische Verhandlungsposition in der Deutschland- und Berlin-Frage wie folgt: Garantien für den freien Zugang nach Berlin, Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Grenze zwischen Deutschland und Polen, Anerkennung des Bestehens zweier deutscher Staaten und Zulassung beider zu den Vereinten Nationen, Verbot einer Ausrüstung deutscher Truppen in Ost und West mit Atomwaffen und schließlich Auseinanderrücken der Streitkräfte der NATO und des Warschauer Paktes in Mitteleuropa.

13. Oktober: Die Regierung protestiert in einer Note an die niederländische Regierung gegen angebliche Uebergriffe niederländischer Grenzpolizisten gegen sowjetisches Botschaftspersonal und erklärt ihrerseits den niederländischen Botschafter in Moskau zur persona non grata (vgl. S. Z 226, Niederlande).

### Spanien

7. Oktober: Die Regierung veranlaßt die Verhaftung von 17 französischen Rechts-extremisten.

### Syrien

2. Oktober: Der ehemalige Vizepräsident der Vereinigten Arabischen Republik, Abdel Hamid el Serraf, wird auf Anordnung des Obersten Arabischen Revolutionskommandos verhaftet.

Ministerpräsident Mahmoud el Kuzbari kündigt auf einer Pressekonferenz in Damaskus an, seine Regierung werde eine „blockfreie“ Außenpolitik treiben. Kuzbari versichert, er wolle sein Amt höchstens vier Monate ausüben. Die Revolutionsregierung werde ihr Versprechen, freie Wahlen abzuhalten, erfüllen. Er setzt sich ferner für eine Rückgabe verstaatlichter Unternehmen an ihre früheren

Eigentümer ein. Dagegen werde die Agrarreform nicht rückgängig gemacht werden.

9. Oktober: Ministerpräsident Mahmoud el Kuzbari ersucht den Präsidenten der UN-Vollversammlung in einem Telegramm, alle Mitgliedstaaten und Organe der Vereinten Nationen davon zu unterrichten, daß Syrien seine Mitgliedschaft wieder aufzunehmen gedenke.

11. Oktober: Ministerpräsident Mahmoud el Kuzbari schlägt in einem Aufruf an die arabischen Staaten die Bildung einer Föderation arabischer Staaten vor.

### Tunesien

12. Oktober: Staatspräsident Habib Bourguiba droht in einer Rede vor der Nationalversammlung mit einer erneuten Verschärfung der Biserta-Frage. Am gleichen Tage fordert die Regierung Frankreich in einer Note zu Verhandlungen über eine Räumung des Stützpunktes auf.

Der Informationsminister der Provisorischen Regierung der Republik Algerien (GPRA), Mohammed Yazid, setzt sich in einem Interview für die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Frankreich über die Zukunft Algeriens unter der Voraussetzung ein, daß Frankreich zuvor die Sahara als Teil Algeriens anerkenne.

### Türkei

15. Oktober: Bei den Parlamentswahlen erringen die Republikanische Volkspartei 173, die Gerechtigkeitspartei 158, die Neue Türkische Partei 65 und die Nationale Bauernpartei 54 Sitze in der Nationalversammlung. Im Senat erhalten die Republikanische Volkspartei 36, die Gerechtigkeitspartei 70, die Neue Türkische Partei 28 und die Nationale Bauernpartei 16 Sitze.

### Ungarn

5. Oktober: Die Regierung beschließt, die Entlassung von Soldaten, die ihre Dienstzeit beendet haben, zu unterbrechen.

7. Oktober: Im Rahmen einer Umbildung des Präsidialrates wird György Marosan zum Nachfolger des bisherigen Vizepräsidenten, Karoly Kiss, bestimmt.

### Vereinigte Arabische Republik

1. Oktober: Nach der Anerkennung Syriens durch Jordanien und die Türkei beschließt Präsident Gamal Abdel Nasser den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu den beiden Staaten.

5. Oktober: Präsident Gamal Abdel Nasser erklärt in einer Rundfunkansprache, er werde sich einer Zulassung Syriens zu den Vereinten Nationen und zur Liga der Arabischen Staaten nicht widersetzen. Er werde allerdings die neue Regierung in Syrien solange nicht anerkennen, bis sie die Unterstützung des Volkes habe.

8. Oktober: Die syrischen Mitglieder des Kabinetts treten zurück.

### Vereinigte Staaten

2. Oktober: Der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des Senats, William J. Fulbright, äußert in Washington die Ansicht, die Ausrüstung der deutschen Bundeswehr mit sogenannten Mehrzweckwaffen scheine nicht nur für die Sowjetunion, sondern auch für die westlichen Nachbarn der Bundesrepublik Deutschland ein Gegenstand ernster Sorge zu sein. Fulbright bezeichnet die nach dem Zweiten Weltkrieg ausgehandelten Vereinbarungen über die Zugangswege nach Berlin als informeller Art und unbefriedigend.

4. Oktober: Präsident John F. Kennedy unterzeichnet ein Gesetz, nach dem der Austausch von geheimen Informationen über die Ausbildung an Atomwaffen mit Frankreich gestattet wird.

Der Außenminister von Guinea, Louis L. Beavogui, führt in Washington eine Unterredung mit Außenminister Dean Rusk.

4.—13. Oktober: Der sudanesishe Präsident, Ibrahim Abboud, besucht die Vereinigten Staaten und führt in Washington Besprechungen mit Präsident John F. Kennedy. In einem gemeinsamen Kommuniqué geben die Gesprächspartner ihrem Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens und ihrem Vertrauen in die Vereinten Nationen Ausdruck.

6. Oktober: Präsident John F. Kennedy und Außenminister Dean Rusk führen in Washington eine Unterredung mit dem

sowjetischen Außenminister, Andrej A. Gromyko. Rusk und Gromyko erklären nach der Unterredung, es habe sich um eine Weiterführung des in New York begonnenen Gedankenaustausches über Möglichkeiten einer Ost-West-Konferenz über die Berlin- und Deutschland-Frage gehandelt.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, warnt in New York in einer Ansprache anlässlich der Entgegennahme des Friedenspreises der Organisation Freedom House vor der demoralisierenden Wirkung einer direkten oder indirekten Preisgabe Berlins. Er nennt als Grundbedingungen der westlichen Berlin-Politik das Recht auf freien Zugang sowohl für die Alliierten wie die deutsche Zivilbevölkerung und die Erhaltung der Freiheit und Lebensfähigkeit West-Berlins.

7. Oktober: Das Außenministerium erklärt in einem Telegramm an Julio Carceran de Valle y Souza, der am Vortage von Exilkubanern zum „Provisorischen Präsidenten der Republik Kuba“ gewählt wurde, die Regierung könne der Einsetzung einer kubanischen Exilregierung auf dem Boden der Vereinigten Staaten nicht zustimmen.

8. Oktober: Der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Washington, Wilhelm Grewe, bedauert in einem Fernsehinterview, daß in der amerikanischen Presse mögliche Konzessionen an die Sowjetunion erörtert würden, über die man nach deutscher Auffassung keinesfalls verhandeln könne und dürfe. Grewe betont, auf keinen Fall dürften die wirtschaftlichen, vor allem die währungspolitischen Bindungen West-Berlins an die Bundesrepublik und die Bedingungen, unter denen die Bundesrepublik 1954 der NATO beigetreten sei, nämlich nichtdiskriminierende Behandlung der Bundesrepublik, Nichtanerkennung des Regimes in der sogenannten DDR und Anspruch auf die Wiedervereinigung, zur Diskussion gestellt werden. Andernfalls würden die vitalen Interessen des Westens in Berlin auf kaltem Wege unterhöhlt.

10. Oktober: Die Regierung gibt die Anerkennung der neuen syrischen Regierung bekannt.



Ein Sprecher des Außenministeriums weist in Washington die in einem vom kubanischen Außenministerium veröffentlichten Weißbuch enthaltene Beschuldigung, die Vereinigten Staaten planten eine neue Invasion Kubas (vgl. S. Z 226, Kuba), als „lächerlich“ zurück.

**11. Oktober:** Präsident John F. Kennedy erklärt auf einer Pressekonferenz in Washington, seine Besprechungen mit dem sowjetischen Außenminister, Andrej A. Gromyko, über die Berlin- und Deutschland-Frage (vgl. S. Z 228) berechtigten nicht zu unmittelbaren Hoffnungen. Er betont, es habe sich dabei nur um eine diplomatische Erkundung über Fragen wie den freien Zugang nach Berlin und die Freiheit der Stadt gehandelt. In der Substanz seien gegenüber früheren sowjetischen Erklärungen keine Fortschritte erzielt worden. Die Klärung der Differenzen würde auf diplomatischem Wege fortgesetzt werden. Kennedy betont, zwischen den westlichen Alliierten bestände im Grundsätzlichen Einvernehmen. Er hoffe, die Bundesrepublik Deutschland werde nach der in Kürze zu erwartenden Regierungsbildung an den interalliierten Beratungen aktiver teilnehmen. Kennedy weist darauf hin, daß die Bindungen West-Berlins an den Westen zur Lebensfähigkeit der Stadt gehörten. In einem künftigen Abkommen müsse diesen politischen und wirtschaftlichen Bin-

dungen Rechnung getragen werden. Unter Hinweis auf die militärischen Bereitschaftsmaßnahmen bekräftigt Kennedy seine Entschlossenheit, die vitalen Interessen der Vereinigten Staaten zu verteidigen. Allerdings gelte es, nach Möglichkeit Krieg und Zerstörung zu vermeiden. Kennedy gibt bekannt, er werde angesichts der sich zuspitzenden Lage in Süd-Vietnam seinen militärischen Berater, General Maxwell D. Taylor, nach Saigon senden. Er wendet sich entschieden gegen die Auffassung, Ghana nur dann Entwicklungshilfe zu geben, wenn es der amerikanischen Außenpolitik in ihren Grundzügen folge.

Ein Sprecher des Außenministeriums spricht sich gegen eine Verstärkung der West-Berliner Polizei durch Verkehrspolizisten aus der Bundesrepublik Deutschland aus.

**13. Oktober:** Die Regierung veröffentlicht einen Notenwechsel mit der Sowjetunion, aus dem hervorgeht, daß die sowjetische Regierung den Vereinigten Staaten die Erlaubnis verweigert hat, in der Sowjetunion Informationsmaterial über Deutschland und Berlin zu verteilen. In einer Erklärung teilt die Regierung mit, daß die Sowjetunion in den Vereinigten Staaten seit einiger Zeit solches Material verteile.

**14. Oktober:** Präsident John F. Kennedy beantwortet das Schreiben des deutschen Bundeskanzlers, Konrad Adenauer, vom 4. Oktober (vgl. S. Z 222, Deutschland).

## Internationale Organisationen

### Organisation der Vereinten Nationen

**2. Oktober:** Die Vollversammlung setzt ihre Generaldebatte fort. Der Außenminister von Guinea, Louis Beavogui, befürwortet die Ernennung eines Asiaten oder Afrikaners zum Generalsekretär. Der äthiopische Außenminister, Ato Yifru, verurteilt scharf die Entwicklung in Algerien, Angola und Südafrika und fordert volle Unabhängigkeit für alle afrikanischen Gebiete. Der Präsident der Dominikanischen Republik, Joaquin Balaguer, kritisiert die Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche durch die Sowjetunion und setzt sich für das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes ein. Der tschechoslowakische Außenminister, Vaclav David, wiederholt die

Angriffe des sowjetischen Außenministers, Andrej A. Gromyko, gegen die Bundesrepublik Deutschland. Der türkische Außenminister, Selim Sarper, unterstützt die westliche Ablehnung des sowjetischen „Troika-Planes“ zur Reorganisierung des Sekretariates. Am 3. Oktober setzt sich der kanadische Außenminister, Howard Green, für die Ernennung eines einzigen provisorischen Generalsekretärs sowie für eine Mitwirkung der Vereinten Nationen bei der Lösung der Berlin-Krise ein. Die Vereinten Nationen könnten die vier Großmächte auf ihre Verpflichtung hinweisen, durch Verhandlungen eine Regelung der Berlin-Frage zu erreichen, sowie selbst eine Beobachterrolle für ganz Berlin über-

nehmen und ein internationales Regime für ganz Berlin errichten. Dabei könnten das europäische Büro der Vereinten Nationen oder andere Behörden nach Berlin verlegt werden. Am 4. Oktober verurteilt der Außenminister der Republik China (Taiwan), *Shen Chang-huan*, die sowjetischen Vorschläge zu einer Reform der Vereinten Nationen und die sowjetische Berlin-Politik. Der rumänische Außenminister, *Corneliu Manescu*, lehnt den neuen amerikanischen Abrüstungsplan (vgl. S. D 643 ff.) mit der Begründung ab, er lasse auf unbestimmte Dauer die Kernwaffenvorräte der Staaten und die ausländischen Militärbasen bestehen und verringere somit nicht die Gefahr eines nuklearen Krieges. Er unterstützt im übrigen die sowjetischen Erklärungen zum Kolonialismus und zur Berlin-Krise und behauptet, die deutsche Bundeswehr stelle heute die gefährlichste Bedrohung des Friedens in Europa dar. Der Außenminister von Mali, *Barema Bacoum*, verlangt, daß der Sicherheitsrat, der Wirtschafts- und Sozialrat und das Sekretariat in ihrer Zusammensetzung die Erweiterung der Vereinten Nationen berücksichtigen, und hält das System eines einzigen Generalsekretärs in einer von Mißtrauen erfüllten Welt für undenkbar. Er befürwortet die Zulassung der Volksrepublik China zu den Vereinten Nationen. Der indische Verteidigungsminister, *Krishna Menon*, verurteilt die Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche und fordert die vollständige Verwirklichung der Resolution der Vollversammlung über die Entkolonialisierung. *Menon* setzt sich für die Ernennung einer unabhängigen Persönlichkeit ein, dem ein Kabinett von fünf oder sechs Stellvertretenden Generalsekretären ohne Vetorecht beigegeben werden solle. Jede Lösung müsse aber vom Sicherheitsrat sanktioniert werden. Der thailändische Außenminister, *Thanat Khome*, schlägt am 5. Oktober die Gründung eines neuen Weltfriedensorganes vor, das sich aus Vertretern der fünf ständigen Mitgliedstaaten des Sicherheitsrates und zusätzlich aus Vertretern von Staaten Asiens, Afrikas, Europas und Amerikas, darunter auch von solchen, die nicht Mit-

glieder der Vereinten Nationen sind, zusammensetzen und in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen friedensgefährdende Probleme von der Art des Berlin-Konfliktes zu überwachen und Zusammenstöße zu verhindern hätte. Am 6. Oktober richtet der irakische Außenminister, *Hashim Jawad*, heftige Angriffe gegen Israel. Der tunesische Außenminister, *Sadok Mokkadem*, warnt davor, den guten Willen seiner Regierung in der Biserta-Frage als Schwäche auszulegen. Am 9. Oktober unterstützt der polnische Außenminister, *Adam Rapacki*, die sowjetischen Vorschläge zu einer Reorganisation des Sekretariats. Er beschuldigt die Bundesrepublik des Militarismus und Revanchismus und setzt sich für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa ein. Der israelische Außenminister, *Frau Golda Meir*, schlägt vor, bis zur endgültigen Regelung der israelisch-arabischen Fragen einen israelisch-arabischen Nichtangriffspakt und ein Abrüstungsabkommen abzuschließen sowie eine Koordinierung der Entwicklungsprogramme zu vereinbaren. Der indonesische Außenminister, *Subandrio*, lehnt in scharfer Form den vom niederländischen Außenminister, *Joseph Luns*, unterbreiteten Plan zur Gewährung des Selbstbestimmungsrechts an Niederländisch-Neuguinea ab, das er als Teil Indonesiens bezeichnet. Am 10. Oktober setzt sich der Außenminister Nigerias, *Jaja Wachuku*, dafür ein, Berlin unter die Aufsicht der Vereinten Nationen zu stellen und die UN-Streitmacht nach Beendigung der Kongo-Krise nach Berlin zu verlegen. Der kubanische Außenminister, *Raul Roa*, beschuldigt die Vereinigten Staaten, sie versuchten Kuba innerhalb der westlichen Hemisphäre zu isolieren und unterstützten Versuche, das Regime *Fidel Castro* zu stürzen. Am 11. Oktober verteidigt der südafrikanische Außenminister, *Eric Louw*, die Rassenpolitik seiner Regierung und weist jede Einmischung von außen sowie die angedrohten Sanktionen der Vereinten Nationen zurück. In diesem Zusammenhang vertritt *Louw* die Ansicht, die afrikanische Unabhängigkeitsbewegung gehe zu schnell vor sich und die Grund-

sätze der westlichen Demokratie seien nicht ohne weiteres auf Afrika anwendbar. Die Rede *Louws* veranlaßt den Vertreter Liberias, *Ford Cooper*, mit Unterstützung anderer afrikanischer Delegierter die Streichung der Ausführungen *Louws* aus dem Protokoll zu beantragen. Nach einer Unterbrechung der Sitzung wird der Antrag jedoch zurückgezogen und durch den Antrag ersetzt, *Louw* und der südafrikanischen Regierung ein Tadelsvotum auszusprechen. Der Antrag wird mit 67 Stimmen gegen die Stimme Südafrikas bei 20 Enthaltungen und der Nichtbeteiligung von 9 Delegationen angenommen. Am 13. Oktober nimmt die Delegation Syriens ihren Sitz in der Vollversammlung wieder ein.

2. Oktober: Die sowjetische Delegation bei den Vereinten Nationen schlägt in einer Erklärung vor, bis April 1963, dem Zeitpunkt, zu dem die Funktionen des verunglückten Generalsekretärs, *Dag Hammarskjöld*, erloschen wären, einen amtierenden Generalsekretär zu ernennen, dem drei Stellvertreter ohne Vetorecht beigegeben werden sollten. Der Ständige Vertreter der Vereinigten Staaten bei den Vereinten Nationen, *Adlai E. Stevenson*, lehnt am gleichen Tage in einer Erklärung diesen Vorschlag mit der Begründung ab, er halte nach wie vor seine Ablehnung des „Troika-Systems“ mit der Konsequenz einer Dreiteilung der Welt aufrecht.

5. Oktober: Der Ständige Beobachter der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen, *Karl Heinrich Knappstein*, weist in einer Note an alle UN-Mitglieder die Behauptungen der Sowjetunion und ihrer Verbündeten über die kolonialistische, militärische und friedensfeindliche Haltung der Bundesregierung zurück. In der Note heißt es, die Bundesrepublik habe stets die Unabhängigkeit früherer Kolonien begrüßt und durch Wirtschaftshilfe gefördert. Die Bundesrepublik sei der einzige Staat, der freiwillig auf die Herstellung von atomaren, bakteriologischen und chemischen Waffen verzichtet habe. Sie lehne den sowjetischen Vorschlag zu einem Friedensvertrag nur deshalb ab, weil dadurch die Teilung Deutschlands

verewigt werden solle. In der Note heißt es weiter, die Haltung der Sowjetunion stehe in Widerspruch zu der Resolution der Vollversammlung vom 13. Dezember 1960 über die vollständige Entkolonialisierung (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 8), in der die Achtung des Selbstbestimmungsrechtes gefordert und die Zerstörung der nationalen Einheit als unvereinbar mit der Satzung bezeichnet werden.

13. Oktober: Der Ständige Vertreter der Sowjetunion bei den Vereinten Nationen, *Valerian A. Sorin*, wiederholt auf einer Pressekonferenz den Vorschlag seiner Delegation vom 2. Oktober, einen interimistischen Generalsekretär bis März 1963 zu ernennen. Der Kandidat müsse jedoch vor seiner Wahl durch den Sicherheitsrat eine Erklärung über seine Absichten abgeben, worauf seine endgültige Wahl der Vollversammlung empfohlen würde, wo er seine Erklärung zu wiederholen hätte. In dieser Erklärung solle er sich verpflichten, unter den gegenwärtigen Untergeneralsekretären Stellvertretende Generalsekretäre aus bestimmten Ländern zu ernennen und mit ihnen in der Ausübung seines Amtes eng zusammenzuarbeiten, sie zu konsultieren und sich zu bemühen, mit ihnen Uebereinstimmung oder gegenseitiges Einverständnis herbeizuführen. Der Ständige Vertreter der Vereinigten Staaten, *Adlai E. Stevenson*, bedauert in einer Erklärung, daß *Sorin* die Vereinten Nationen praktisch mit der Zerstörung bedrohe, wenn sich die Dinge nicht so entwickelten, wie er wolle. Die Vereinigten Staaten würden sich dem absurden Plan der ideologischen Teilung der Welt widersetzen. In einer am 14. Oktober veröffentlichten Erklärung der amerikanischen Delegation wird betont, der Generalsekretär müsse die Freiheit behalten, seine wichtigsten Mitarbeiter entsprechend ihren Fähigkeiten und unter Berücksichtigung gerechter geographischer Verteilung zu ernennen. Die Vereinigten Staaten setzten sich daher dafür ein, daß der Generalsekretär und seine fünf Untergeneralsekretäre von je einem der sechs Kontinente gestellt würden. In der Erklärung heißt es weiter, es widerspräche der Charta der Vereinten



Nationen, dem Generalsekretär vor seiner Wahl Vorschriften über sein Verhältnis zu seinen Untergebenen zu erteilen.

**15. Oktober:** Der Ständige Vertreter der Vereinigten Staaten bei den Vereinten Nationen, *Adlai E. Stevenson*, teilt in einer Fernsehansprache mit, die sowjetische und die amerikanische Delegation hätten sich darauf geeinigt, der Wahl des birmesischen Delegierten *U Thant* zum interimistischen Generalsekretär zuzustimmen.

### Internationale Atomenergie-Organisation (IAEA)

**6. Oktober:** In Wien wird die am 27. September eröffnete 5. ordentliche Tagung der Generalkonferenz der IAEA beendet. Die Delegierten erörterten unter dem Vorsitz des argentinischen Vertreters, *Oscar A. Quihillalt*, den Jahresbericht des Gouverneursrates und den Rechenschaftsbericht des Generaldirektors, *Sterling Cole*. Sie bestätigten nach heftiger Debatte mit 46 gegen 16 Stimmen bei sechs Stimmenthaltungen die im Juni vom Gouverneursrat vorgenommene Ernennung des Schweden *Sigvard Eklund* zum neuen Generaldirektor. Die Konferenz billigte einstimmig eine Satzungsänderung, durch die die Mitgliederzahl des Gouverneursrates von 23 auf 25 erhöht wird. Die beiden zusätzlichen Sitze sollen mit Vertretern aus Afrika und dem Mittleren Osten besetzt werden. Griechenland, Kolumbien, Pakistan, Ungarn und die Republik Vietnam wurden auf zwei Jahre in den Rat gewählt. Die Delegierten verabschiedeten mit 37 gegen 25 Stimmen bei drei Enthaltungen eine Empfehlung des Beglaubigungsausschusses, die Frage einer Zulassung der Volksrepublik China auf dieser Tagung nicht zu erörtern. Zum Abschluß der Tagung billigte die Konferenz das vom Rat empfohlene Programm und das Budget für 1962 und nahm eine Reihe von Resolutionen an, in denen der Rat und der Generaldirektor mit der Ausarbeitung eines langfristigen Programms beauftragt und aufgefordert werden, zu prüfen, ob die Errichtung internationaler Kernkraftwerke und die Förderung regionaler Projekte wünschenswert seien.

### Europäische Gemeinschaften

**10. Oktober:** In Paris werden die Verhandlungen über einen Beitritt Großbritanniens zur EWG eröffnet. An der Zusammenkunft unter Vorsitz des deutschen Bundeswirtschaftsministers, *Ludwig Erhard*, nehmen Vertreter der sechs EWG-Länder, Großbritanniens und der EWG-Kommission teil. Der britische Lordsiegelbewahrer, *Edward Heath*, erklärt, Großbritannien sei bereit, der EWG als Vollmitglied beizutreten und sämtliche Verpflichtungen des Vertrages von Rom zu übernehmen. Änderungen des Vertrages seien nicht notwendig, von einigen formellen Modifikationen abgesehen, die sich aus dem Beitritt eines neuen Mitgliedes ergäben. Die besonderen britischen Probleme, wie die des Commonwealth, der britischen Landwirtschaft und der EFTA, könnten in Protokollen geregelt werden. *Heath* bezeichnet den Beschluß seiner Regierung, der EWG beizutreten, als entscheidenden Wendepunkt der britischen Politik. *Heath* betont, seine Regierung stimme mit der Bonner Erklärung der Regierungschefs der EWG-Länder vom 18. Juli über eine politische Zusammenarbeit (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 469) überein und werde bemüht sein, nach ihrem Eintritt mit den Sechs in positivem Geiste zusammenzuarbeiten, um die bereits bestehende Einheit zu stärken. Die Ausführungen von *Heath* werden den Konferenzteilnehmern in Form eines Memorandums unterbreitet. Die Verhandlungspartner beschließen, die Verhandlungen am 8. und 9. November in Brüssel wieder aufzunehmen. In der Zwischenzeit soll die Erklärung von *Heath* geprüft werden. Die Führung der Verhandlungen soll vorerst bei dem jeweiligen Vorsitzenden des Ministerrates der EWG liegen.

### Liga der Arabischen Staaten

**12. Oktober:** Ein Sprecher des Generalsekretariats der Liga der Arabischen Staaten lehnt in Kairo den Vorschlag des syrischen Ministerpräsidenten, *Mahmoud el Kuzbari*, zur Schaffung einer arabischen Föderation (vgl. S. Z 227, Syrien) mit der Begründung ab, die arabische Welt brauche außer der Liga keinen neuen Zusammenschluß.

## Zeittafel vom 16. bis zum 31. Oktober 1961

### Albanien

20. Oktober: Das ZK der KP Albanien weist in einer Erklärung die von dem sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. Chruschtschow, vor dem XXII. Parteitag der KPdSU erhobenen Beschuldigungen gegen die kommunistischen Führer Albanien als Verleumdung zurück. In der Erklärung heißt es, Chruschtschow sei mit seinen Angriffen auf die KP Albanien vom Weg des Marxismus und des wahren Internationalismus abgewichen.

### Algerien

27. Oktober: Algerienminister Louis Joxe nimmt auf einer Pressekonferenz in Rocher Noir zu den Erklärungen des Ministerpräsidenten der Provisorischen Regierung der Republik Algerien (GPRA), Ben Youssef Ben Khedda, vom 24. Oktober (vgl. S. Z 239, Tunesien) Stellung. Er weist den Vorschlag Ben Kheddass zurück, die Unabhängigkeit Algeriens von vornherein als Grundlage neuer Verhandlungen anzuerkennen und auf eine Volksabstimmung zu verzichten, bezeichnet aber eine auf der Einheit Algeriens beruhende Lösung als wünschenswert. Joxe schlägt vor, den Schutz der französischen Minderheit durch die Schaffung eines Doppelbürgerrechts zu gewährleisten.

### Bolivien

19. Oktober: Präsident Victor Paz Estenssoro verhängt nach der Aufdeckung eines Komplotts zum Sturz der Regierung den Belagerungszustand. Am 20. Oktober werden mehrere Oppositionspolitiker unter dem Verdacht der Teilnahme an der Verschwörung verhaftet.

### Brasilien

20.—21. Oktober: Der polnische Außenminister, Adam Rapacki, führt in Brasília Besprechungen mit Ministerpräsident Tancredo Neves und Außenminister Santiago Dantas.

### Dänemark

19. Oktober: Der britische Lordsiegelbewahrer, Edward Heath, führt in Kopen-

hagen mit Außenminister Jens Otto Krag Besprechungen über Fragen des beabsichtigten Beitritts beider Länder zur EWG.

### Deutschland

17. Oktober: In Bonn tritt der neugewählte vierte Bundestag zusammen. Alterspräsident Robert Pferdmenges weist in seinen Eröffnungsworten auf den Ernst der internationalen Lage hin und erklärt, das deutsche Volk habe angesichts der Vergangenheit wenig Grund empört zu sein, wenn von ihm heute Opfer verlangt würden. Der neugewählte Bundestagspräsident, Eugen Gerstenmaier, bekennt sich in seiner Rede zu der außenpolitischen Erklärung des Bundestages vom 30. Juni und betont erneut, das deutsche Volk könne nicht auf seine Selbstbestimmung in Einheit verzichten. Es wolle jedoch der Sowjetunion jede vertretbare Garantie geben.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, warnt vor der SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung davor, sich Vereinbarungen über eine Zone begrenzter und kontrollierter Rüstungen zu widersetzen. Es sei unrealistisch, von einer konsequenten Fortführung der bisherigen Außenpolitik zu sprechen. Es müsse vielmehr nüchtern überprüft werden, wie sich die heutige Wirklichkeit zu den Grundlagen der deutsch-alliierten Verträge verhalte.

22. Oktober: Bewaffnete Streifen der amerikanischen Militärpolizei erzwingen zweimal die Durchfahrt des Leiters der amerikanischen Mission in Berlin, Allan Lightner, in den Ostsektor, nachdem Lightner von der Volkspolizei am Passieren ohne Vorzeigen von Ausweispapieren gehindert worden war. Am 23. Oktober protestiert der amerikanische Stadtkommandant in einem Schreiben an den sowjetischen Stadtkommandanten gegen die Behinderung Lightners. Am gleichen Tage veröffentlicht das Innenministerium der sogenannten DDR eine Anordnung, in der bestimmt wird, daß Mitglieder der amerikanischen Mission in Zivil sich ebenso wie andere ausländische Staatsangehörige der

Volkspolizei gegenüber auszuweisen hätten. In einer am gleichen Tage stattfindenden Unterredung zwischen dem amerikanischen und dem sowjetischen Stadtkommandanten in Karlshorst bestrittet der amerikanische Kommandant jedes Kontrollrecht der Behörden der DDR über Angehörige der amerikanischen Streitkräfte, während der sowjetische Kommandant auf der Rechtmäßigkeit dieser Anordnungen beharrt. Als Reaktion auf die von seiten der amerikanischen Streitkräfte verschiedentlich in den Ostsektor durchgeführten Testfahrten zur Demonstration ihres Rechtes auf freien Zugang und auf den Aufmarsch amerikanischer Panzer am Sektorenübergang Friedrichstraße fahren am 26. Oktober sowjetische Panzer am Uebergang Friedrichstraße auf. In einer am gleichen Tage in Prag überreichten Note protestiert die Regierung der DDR gegen die amerikanischen Maßnahmen und betont, die amerikanische Regierung habe „kein Recht in der DDR einschließlich ihrer Hauptstadt“. Am 28. Oktober stellen die amerikanischen Streitkräfte ihre Testfahrten mit Rücksicht auf zum gleichen Zeitpunkt in Moskau stattfindende amerikanisch-sowjetische Kontakte (vgl. S. Z 238, Sowjetunion) ein.

27. Oktober: Der amtierende Bundesaußenminister, Heinrich von Brentano, wendet sich in einer in Bonn veröffentlichten Erklärung zur Lage in Berlin gegen Äußerungen des Mißtrauens und der Unsicherheit gegenüber der Haltung der Westmächte in der Berlin-Frage. Die Verbündeten hätten in Berlin klar und entschlossen gehandelt und Uebergriffe der Behörden der sogenannten DDR abgewehrt. Das deutsche Volk und die Bundesregierung begrüßten diese Haltung mit Genugtuung und Dankbarkeit.

28. Oktober: Der amtierende Bundesaußenminister, Heinrich von Brentano, bittet den amtierenden Bundeskanzler, Konrad Adenauer, Bundespräsident Heinrich Lübke seine baldige Entlassung vorzuschlagen. In einer am 30. Oktober in Bonn veröffentlichten Erklärung betont von Brentano, die öffentliche Auseinandersetzung um die Person des zukünftigen Außenministers sei in diesem Augenblick

unerträglich und schädlich für die Stellung der Bundesrepublik in der Welt. Hinter der bei den Koalitionsverhandlungen von der FDP erhobenen Forderung nach einem Wechsel in der Person des Außenministers stehe in Wahrheit die Forderung nach einem Wechsel der Politik. Von Brentano lehnt entschieden die bei den Koalitionsverhandlungen von der FDP erhobene Forderung ab, dem Außenminister einen Staatsminister im Kabinettsrang beizugeben. Eine derartige Konstruktion sei mit der verfassungsrechtlichen Verantwortlichkeit eines Bundesministers nicht vereinbar.

31. Oktober: Ein Sprecher der Bundesregierung nimmt zu der sowjetischen Note an Finnland vom Vortage Stellung und weist die Behauptung, Finnland sei durch einen Angriff der Bundesrepublik bedroht (vgl. S. D 676 ff.), als absurd zurück. Der Verteidigungscharakter der NATO sei so bekannt, daß es keiner neuen Widerlegung der sowjetischen Behauptungen bedürfe. Der wahre Zweck der sowjetischen Note sei es, die aggressiven Ziele der Sowjetunion zu rechtfertigen.

#### Ecuador

18. Oktober: Vizepräsident Carlos Julio Arosemena Monroy erklärt vor Pressevertretern in Guayaquil, er werde gegen Präsident Jose Maria Velasco Ibarra und dessen „Strohänner“ vor dem Höchsten Gericht Anklage erheben, da sie versucht hätten, ihn zu ermorden.

#### Frankreich

21. Oktober: Die Regierung beantwortet die tunesische Note vom 12. Oktober zur Biserta-Frage (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 227, Tunesien).

23. Oktober: Der Staatspräsident von Senegal, Leopold Senghor, führt in Paris mit Staatspräsident Charles de Gaulle eine Unterredung über die Algerien-Frage.

25.—29. Oktober: Der Präsident von Dahome, Hubert Maga, besucht Frankreich und führt in Paris Besprechungen mit Staatspräsident Charles de Gaulle.

26. Oktober: Der Ministerrat genehmigt ein Ersuchen von Generalstabschef Jean Olié um Versetzung in den Ruhestand.



Am 30. Oktober wird Luftwaffengeneral André Puget zum neuen Generalstabschef ernannt.

28. Oktober: Die Regierung erklärt in einer Demarche bei der sowjetischen Regierung ihre Besorgnis über die von den Behörden der sogenannten DDR ergriffenen Maßnahmen zur Behinderung des freien Zugangs für Franzosen nach Ost-Berlin (vgl. S. Z 233 f., Deutschland).

31. Oktober: Die *Le Monde* berichtet über einen Plan für ein Europäisches Statut, der von der von den Regierungschefs der EWG-Staaten bei ihrer Zusammenkunft in Bonn am 18. Juli (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 469 f.) eingesetzten Studienkommission ausgearbeitet worden sei. Dieser nach dem Leiter der Studienkommission, Christian Fouchet, benannte Plan sei den EWG-Staaten als Vorschlag für eine engere politische Zusammenarbeit übermittelt worden.

Der norwegische Außenminister, Halvard Lange, führt in Paris Unterredungen mit Staatspräsident Charles de Gaulle und Außenminister Maurice Couve de Murville.

#### Ghana

25. Oktober: Die Regierung gibt die Anerkennung der kongolesischen Regierung Cyrille Adoula bekannt.

#### Griechenland

29. Oktober: Bei den Wahlen zum Parlament erringen die Nationalradikale Union 176, die Union des Zentrums 100 und die Demokratische und Agrarische Front 24 Sitze.

#### Großbritannien

17.—18. Oktober: Im Unterhaus und im Oberhaus finden außerordentliche außenpolitische Debatten statt. Lordsiegelbewahrer Edward Heath äußert vor dem Unterhaus die Hoffnung, daß sich die Krise der Vereinten Nationen durch die Ernennung eines temporären Generalsekretärs vorläufig lösen lasse. Heath bekräftigt die Entschlossenheit der Regierung, die Rechte der Westmächte in Berlin, den freien Zugang nach Berlin und die Freiheit der West-Berliner Bevölkerung zu erhalten. Oppositionsführer Hugh Gaitskell ver-

urteilt scharf die Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche durch die Sowjetunion und bezeichnet den Slogan „Keinen Krieg um Berlin“ als höchst gefährlich und zweideutig. Gaitskell regt erneut an, die westliche Position in West-Berlin durch das Angebot der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie und durch ein Entgegenkommen in der de facto-Anerkennung der sogenannten DDR zu verbessern, betont aber, das Ziel einer späteren Wiedervereinigung Deutschlands dürfe nicht aufgegeben werden. Premierminister Harold Macmillan erklärt zum Abschluß der Debatte, die Westmächte dürften sich von der Sowjetunion nicht zur Kapitulation treiben lassen, sie sollten jedoch Verhandlungen nicht scheuen. Die Wiedervereinigung Deutschlands bleibe Ziel der britischen Politik. Zur Zeit seien jedoch Verhandlungen über begrenzte Themen vordringlicher. Lord Home wendet sich im Oberhaus ebenfalls gegen die Wiederaufnahme der sowjetischen Kernwaffenversuche und unterstreicht die Bereitschaft der Regierung, sofort ein Abkommen über die Einstellung der Versuche zu unterzeichnen und Verhandlungen über eine allgemeine Abrüstung aufzunehmen. Lord Avon warnt, daß es über Berlin nicht zu einem neuen „München“ kommen dürfe. Zwischen vertretbaren Verhandlungsmöglichkeiten und Appeasement müsse deutlich unterschieden werden.

31. Oktober: Königin Elisabeth II. kündigt in der Thronrede zur Eröffnung der neuen Sitzungsperiode des Parlaments Maßnahmen zur Verstärkung der Rheinarmee an.

Zur Berlin-Frage erklärt die Königin, die Regierung sei zusammen mit ihren Alliierten bemüht, auf dem Verhandlungswege eine Regelung zu erreichen, die Sicherheit und Freiheit der Bevölkerung West-Berlins erhalten werde. Bei den Verhandlungen mit der EWG über den Beitritt Großbritanniens werde unter gebührender Rücksichtnahme auf das Commonwealth, die EFTA und die britische Landwirtschaft jede Anstrengung unternommen werden, um zu einem erfolgreichen Abschluß zu gelangen.

### Israel

31. Oktober: David Ben Gurion bildet eine neue Koalitionsregierung, in der er wieder das Verteidigungsministerium übernimmt. Außenminister wird wieder Frau Golda Meir. Mit den Stimmen der Mapai, der Vereinigten Sozialistischen Partei, der Nationalreligiösen Front und der Orthodox-Religiösen Partei verfügt die Regierung in der am 15. August gewählten Knesset über 68 von 120 Mandaten.

### Italien

22.—24. Oktober: Der polnische Außenminister, Adam Rapacki, besucht Rom und führt einen Meinungsaustausch mit Ministerpräsident Amintore Fanfani.

### Japan

20. Oktober: Die Regierung protestiert in einer Note an die sowjetische Regierung gegen die von dem sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. Chruschtschow, angekündigte Explosion einer 50-Megatonnen-Bombe (vgl. S. Z 238, Sowjetunion).

25. Oktober: Die Regierung appelliert in einer Note an die sowjetische Regierung, die Kernwaffenversuche einzustellen. Nach einem Hinweis auf die durch die Explosionen hervorgerufene Gefährdung der Menschheit heißt es in der Note, die Tatsache, daß die Sowjetunion die Appelle aus aller Welt nicht beachtet habe, zeige, wie sehr sie die Weltöffentlichkeit mißachte. Die Regierung werde das Recht beanspruchen, von der Sowjetunion für alle Schäden und Verluste, die das japanische Volk durch die sowjetischen Kernwaffenversuche erleiden könnte, Schadenersatz zu verlangen.

28. Oktober: Ministerpräsident Hayato Ikeda weist in seiner Antwort auf das Schreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. Chruschtschow, vom 26. Oktober (vgl. S. Z 238, Sowjetunion) dessen Erklärung zurück, die Sowjetunion sei infolge der Haltung der Westmächte zur Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche gezwungen gewesen. Ikeda betont, nicht der Westen, sondern die Sowjetunion habe die gegenwärtige Verschlechterung der internationalen Lage zu verantworten.

### Kambodscha

23. Oktober: Die Regierung bricht die diplomatischen Beziehungen zu Thailand mit der Begründung ab, Thailand bereite eine Invasion Kambodschas vor.

26. Oktober: Das Staatsoberhaupt Norodom Sihanouk beschuldigt in Phnom Penh die Vereinigten Staaten, sie brächten keinerlei Verständnis für die Haltung Kambodschas in dem Konflikt mit Thailand auf. Sollte Kambodscha zu einer radikalen Aenderung seiner Außenpolitik gezwungen sein, so wären die Vereinigten Staaten dafür verantwortlich zu machen.

### Kongo (Léopoldville)

30. Oktober: Ministerpräsident Cyrille Adoula gibt in einer Radioansprache bekannt, daß die Armee eine „Polizeiaktion“ gegen den Katanga eingeleitet habe.

### Laos

18. Oktober: König Savang Vathana beauftragt nach einer Unterredung in Luang Prabang Souvanna Phouma mit der Bildung einer Koalitionsregierung.

### Libanon

24. Oktober: Die Regierung Saeb Salam tritt zurück.

### Malaiischer Bund

18. Oktober: Das Parlament stimmt dem Plan Ministerpräsident Abdul Rahmans zu, eine aus dem Malaiischen Bund, Singapur und den noch unter britischer Verwaltung stehenden Gebieten Borneos bestehende Föderation zu schaffen.

### Norwegen

19. Oktober: Außenminister Halvard Lange verurteilt vor dem Storting die Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche durch die Sowjetunion. Er befürwortet einen Protest der Vereinten Nationen bei der sowjetischen Regierung, da eine von allen Teilen der Welt unterstützte Resolution eher Eindruck auf die Sowjetunion machen würde als ein norwegischer Protest. Lange gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die sowjetische Regierung die Entschlossenheit der Westmächte in der Berlin-Frage richtig einschätze.

## Polen

16. Oktober: Der amerikanische Senator Hubert H. Humphrey erklärt anlässlich eines Aufenthalts in Warschau in einem Fernsehinterview, der Rapacki-Plan zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa stelle einen konstruktiven Vorschlag dar, der von der Absicht getragen sei, die internationalen Spannungen zu vermindern. Er werde von der jetzigen amerikanischen Regierung als einer von mehreren Abrüstungsplänen angesehen und sehr gründlich geprüft.

## Schweden

25. Oktober: Ministerpräsident Tage Erlander unterstreicht in einer Regierungserklärung im Parlament das Interesse Schwedens an einer engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den europäischen Ländern. Erlander erklärt, Schweden respektiere die politischen Ziele der EWG. Es erwarte aber eine verständnisvolle Haltung der EWG-Staaten gegenüber der schwedischen Neutralitätspolitik, die eine Beteiligung am Gemeinsamen Markt nicht auszuschließen brauche. Erlander befürwortet eine gemeinsame Aktion der drei neutralen EFTA-Mitglieder noch vor Ende des Jahres.

## Sowjetunion

17.—31. Oktober: In Moskau findet der XXII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion statt. Im Mittelpunkt der Beratungen stehen ein neues Parteiprogramm und ein neues Parteistatut. Ministerpräsident Nikita S. Chruschtschow erstattet den Rechenschaftsbericht des ZK. Er legt die Haltung der Sowjetunion zu den strittigen internationalen Fragen dar. In seinen Erklärungen zur Deutschland-Frage unterstreicht er erneut die Entschlossenheit der Regierung, einen Friedensvertrag abzuschließen, erklärt jedoch, die Sowjetunion sei mit einer Verlängerung der ursprünglich bis zum Jahresende laufenden Frist einverstanden, sofern die Westmächte ernsthaft an einer Regelung der Deutschland-Frage interessiert sein sollten. Chruschtschow richtet heftige Angriffe gegen die auf dem Kongreß nicht vertretenen albanischen

Kommunisten, die er beschuldigt, sich der 1956 eingeleiteten Politik der Entstalinisierung zu widersetzen und gegen die Grundsätze des proletarischen Internationalismus zu verstoßen. Er begründet erneut die Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche mit der Notwendigkeit, gegen die „kriegerischen Abenteuer“ der Westmächte gerüstet zu sein, und kündigt die Erprobung einer 50-Megatonnen-Bombe an, mit der die gegenwärtige Versuchsreihe abgeschlossen werden solle. In der Debatte kritisiert der Ministerpräsident der Volksrepublik China, Chou En-lai, daß die Gegensätze mit Albanien in der Öffentlichkeit ausgetragen würden. Am 23. Oktober reist Chou En-lai unerwartet aus Moskau ab. Die Debatte über das neue Parteiprogramm wird mit einem Referat Chruschtschows eingeleitet. Der Kongreß endet mit der einstimmigen Annahme des Programms und des Statuts, die nur geringfügig geändert werden, sowie mit der Neuwahl des in Zukunft aus 175 Vollmitgliedern bestehenden ZK. In einer einstimmig verabschiedeten Resolution wird der Rechenschaftsbericht des ZK gebilligt. In einer weiteren Resolution beschließt der Kongreß, die Leiche Josef W. Stalins aus dem Mausoleum auf dem Roten Platz in Moskau zu entfernen. Diesem Beschluß waren heftige Angriffe gegen Stalin und die sogenannten Parteifeinde unter Führung der ehemaligen Ministerpräsidenten Wjatscheslaw M. Molotow und Georgij M. Malenkow vorausgegangen. Das neue ZK tritt am 31. Oktober zu seiner ersten Sitzung zusammen und wählt sein neues Präsidium, das sich aus folgenden elf Mitgliedern zusammensetzt: Leonid I. Breschnjow, Gennadij I. Woronow, Frol R. Koslow, Alexej N. Kossygin, Otto W. Kuusinen, Anastas I. Mikojan, Nikolaj W. Podgorny, Dimitrij S. Poljanski, Michail A. Suslow, Nikita S. Chruschtschow und Nikolaj M. Schewnik. Das Sekretariat des ZK wird von fünf auf neun Mitglieder erweitert. Gewählt werden: Nikita S. Chruschtschow (Erster Sekretär), Frol R. Koslow, Pjotr N. Demitschew, Leonid F. Iljitschow, Otto W. Kuusinen, Boris N. Ponomarjow, Iwan W. Spiridonow, Michail A. Suslow und Nikolaj Schelepin.



18. Oktober: Die Regierung wiederholt in Noten gleichen Inhalts an die drei Westmächte ihre in den Noten vom 2. September geäußerte Ansicht, die Westmächte dürften die Luftkorridore nach Berlin nur zur Versorgung ihrer Garnisonen benutzen (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 552 ff.).

26. Oktober: Ministerpräsident Nikita S. Chruschtschow erklärt in einem Antwortschreiben an den japanischen Ministerpräsidenten, Hayato Ikeda, zu dem Protest vom 20. Oktober (vgl. S. Z 236, Japan), er habe sich nach reiflicher Ueberlegung gezwungen gesehen, die Kernwaffenversuche wiederaufzunehmen, da die Sowjetunion den „Kriegsanstrengungen der NATO-Mächte“ entgegentreten müsse. Diese Mächte hätten den sowjetischen Vorschlag zu einem deutschen Friedensvertrag mit einer Kriegsdrohung beantwortet.

28. Oktober: Der amerikanische Botschafter in Moskau, Llewellyn Thompson, führt mit Außenminister Andrej A. Gromyko eine Unterredung über die Behinderung amerikanischen Amtspersonen an der Sektorengrenze in Berlin (vgl. S. Z 233 f., Deutschland), bei dem er die amerikanische Protestnote vom Vortage überreicht (vgl. S. Z 240, Vereinigte Staaten).

30. Oktober: Die Sowjetunion bringt im Gebiet von Nowaja Semlja entsprechend der Ankündigung Ministerpräsident Nikita S. Chruschtschows vom 17. Oktober (vgl. oben) eine Kernwaffe von mehr als 50 Megatonnen zur Explosion.

Die Regierung schlägt in einer Note der finnischen Regierung Konsultationen über den Schutz der sowjetischen und der finnischen Grenzen gegen die angebliche Bedrohung durch einen militärischen Angriff der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Alliierten vor. In der Note wird darauf hingewiesen, daß derartige Konsultationen in dem finnisch-sowjetischen Freundschafts- und Nichtangriffspakt von 1948 vorgesehen seien. (Vgl. S. D 676 ff.)

#### Südafrikanische Union

18. Oktober: Bei den Parlamentswahlen, zu denen nur die weißen Bewohner zugelassen sind, erringen die Nationalist

Party 105, die United Party 49 Sitze und die National Union sowie die Progressive Party je einen Sitz.

#### Syrien

26. Oktober: Ministerpräsident Mahmoud el Kuzbari übernimmt zusätzlich die Funktionen des Staatspräsidenten. Nach einer in Damaskus veröffentlichten Verordnung soll diese Regelung nur für eine Uebergangsperiode gelten.

#### Ruanda-Urundi

20. Oktober: Die Gesetzgebende Versammlung von Urundi wählt in einer außerordentlichen Sitzung mit 50 gegen 2 Stimmen Innenminister A. Muhirwa zum Nachfolger des am 13. Oktober ermordeten Ministerpräsidenten Louis Rwagasore.

26. Oktober: Die Gesetzgebende Versammlung von Ruanda wählt mit 43 gegen eine Stimme Gregoire Kayibanda zum Präsidenten des Landes.

#### Türkei

19. Oktober: Staats- und Ministerpräsident Cemal Gürsel setzt sich auf einer Pressekonferenz in Ankara für die Bildung einer aus allen vier im neuen Parlament vertretenen Parteien (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 227) bestehenden Regierung ein.

26. Oktober: Das Parlament wählt mit 434 von 607 abgegebenen Stimmen General Cemal Gürsel zum neuen Staatspräsidenten.

#### Tunesien

18.—22. Oktober: Der Staatspräsident von Senegal, Leopold Senghor, besucht Tunesien und führt in Tunis Besprechungen mit Staatspräsident Habib Bourguiba und Mitgliedern der Provisorischen Regierung der Republik Algerien (GPRA). In einem gemeinsamen Communiqué kündigen Senghor und Bourguiba die Fortsetzung ihrer Bemühungen um eine Verhandlungslösung der Algerien-Frage auf der Grundlage der Selbstbestimmung, der Unabhängigkeit und Einheit an.

24. Oktober: Der Ministerpräsident der Provisorischen Regierung der Republik

Algerien (CPRA), Ben Youssef Ben Khedda, setzt sich auf einer Pressekonferenz in Tunis für die Wiederaufnahme von Verhandlungen mit Frankreich mit dem Ziel einer Einigung über die Grundsätze, die Methoden und das Datum der Proklamation der Unabhängigkeit Algeriens ein. Der Abschluß eines Waffenstillstandes solle den Krieg in Algerien beenden. Danach sollten die Beziehungen zwischen Algerien und Frankreich definiert werden. Ben Khedda erklärt, die Frage einer Volksabstimmung habe nach Auffassung der CPRA an Bedeutung verloren, nachdem von Frankreich der Grundsatz der Unabhängigkeit Algeriens anerkannt worden sei. Den europäischen Siedlern in Algerien bietet Ben Khedda einen Platz an, „der ihrer Bedeutung, ihrer Würde als Menschen und ihren Interessen“ entspreche.

### Vereinigte Arabische Republik

16. Oktober: Präsident Gamal Abdel Nasser kündigt in einer Rundfunksprache Maßnahmen an, durch die eine Wiederholung der Ereignisse vermieden werden solle, die zum Abfall Syriens (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 212) führten. Die Regierung habe in der Vergangenheit den Fehler gemacht, reaktionäre Elemente zu beschwichtigen. Es sei an der Zeit, diese Reaktionäre zu bekämpfen und aus der Regierung und der Partei zu entfernen.

18. Oktober: Präsident Gamal Abdel Nasser bildet die Regierung um. In dem neuen Kabinett bleibt Marschall Abdel Hakim Amer Vizepräsident und Verteidigungsminister. Vier weitere Vizepräsidenten erhalten folgende Ressorts: Abdel Latif el Boghdady: Nationale Planung, Finanzen und Produktion, Zakaria Mohieddin: Inneres, Hussein Shafet: religiöse und soziale Angelegenheiten, Kamal Eddin Hussein: Lokalverwaltung, Wohnungsbau und öffentliche Dienste. Außenminister bleibt Mahmoud Fawzi.

22. Oktober: Die Regierung gibt die Beschlagnahme des Vermögens von 167 „reaktionären Kapitalisten“ und die Verhaftung von 40 „Reaktionären und deren Bundesgenossen“ bekannt.

### Vereinigte Staaten

16. Oktober: Der Ständige Vertreter der Vereinigten Staaten bei den Vereinten Nationen, Adlai E. Stevenson, weist in einer Ansprache vor dem Interamerikanischen Presseverband auf die Gefahr hin, daß provisorische Lösungen der Sekretariatskrise zu dauernden Einrichtungen werden könnten. Stevenson erklärt, die Vereinigten Staaten seien bereit, jeden Vorschlag, der im Einklang mit der Charta stehe und die Wirksamkeit des Generalsekretariats nicht beeinträchtige, in Erwägung zu ziehen. Nach Ansicht der Regierung sollten dem Generalsekretär fünf Untersekretäre beigegeben werden, wobei alle sechs gemeinsam die hauptsächlich geographischen Gebiete der Welt vertreten sollten.

17. Oktober: Ein Sprecher des Außenministeriums weist in einer Erklärung die von Senator Hubert H. Humphrey in Warschau aufgestellte Behauptung zurück, die amerikanische Regierung prüfe erneut den Rapacki-Plan zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa (vgl. S. Z 237, Polen) und fordert zugleich die Sowjetunion auf, den neuen amerikanischen Abrüstungsplan in Erwägung zu ziehen (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 643 ff.).

Der italienische Verteidigungsminister, Giulio Andreotti, führt in Washington mit Verteidigungsminister Robert S. McNamara einen Meinungsaustausch über Fragen der NATO und die Berlin-Krise.

Präsident John F. Kennedy appelliert in einer in Washington veröffentlichten Erklärung an die sowjetische Regierung, ihren Entschluß über die Erprobung einer 50-Megatonnen-Bombe (vgl. S. Z 237, Sowjetunion) zu widerrufen. In der Erklärung heißt es, die Vereinigten Staaten seien schon seit Jahren in der Lage, Bomben von 50, 100 oder mehr Megatonnen herzustellen.

17.—24. Oktober: Der Präsident Liberias, William Tubman, besucht die Vereinigten Staaten und führt in Washington Besprechungen mit Präsident John F. Kennedy.

18. Oktober: Außenminister Dean Rusk setzt sich auf einer Pressekonferenz in

Washington dafür ein, daß die Westmächte angesichts der gegenwärtigen Spannungen zwischen Ost und West die Kontakte mit der Sowjetunion aufrechterhalten. Nur so könnten sie deutlich machen, daß sie zur Verteidigung vitaler Interessen entschlossen seien, und klären, ob eine Grundlage für Verhandlungen über eine friedliche Lösung der Spannungen bestehe. Die Vereinigten Staaten hätten in den letzten Wochen eine diplomatische Erkundung durchgeführt, um festzustellen, ob eine Verhandlungsgrundlage bestehe. Ueber alle Entwicklungen seien die Alliierten in dem Botschafter-Lenkungsausschuß und im Rahmen der NATO orientiert worden. Die Aufnahme von Verhandlungen bedeute nicht, daß auch eine Verständigung erfolgen müsse. *Rusk* räumt ein, daß es gewisse Meinungsverschiedenheiten zwischen den Westmächten gebe. Sie betrafen jedoch lediglich Verfahrensfragen, insbesondere die Wahl des Zeitpunkts und den Charakter der Fühlungnahme mit der Sowjetunion. In den Grundfragen bestehe dagegen Einigkeit. *Rusk* teilt mit, daß der amerikanische Botschafter in Moskau, *Llewellyn Thompson*, nach seiner Rückkehr in die Sowjetunion die Möglichkeiten einer Erweiterung der Verhandlungsthemen erkunden werde. Während die Sowjetunion nur über die Fragen eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Umwandlung West-Berlins in eine „Freie Stadt“ verhandeln wolle, müsse nach amerikanischer Auffassung der Verhandlungsrahmen auf die Deutschland-Frage im Rahmen der europäischen Sicherheit ausgedehnt werden. Zur Frage des Viermächtestatus von Berlin erklärt *Rusk*, das Personal der Westmächte nehme das Recht des freien Zutritts nach Ost-Berlin ständig in Anspruch und erwarte, daß die sowjetischen Behörden dieses Recht schützten.

19. Oktober: Präsident *John F. Kennedy* lehnt in einer von Pressesekretär *Pierre Salinger* verlesenen Erklärung eine Aufnahme der Volksrepublik China in die Vereinten Nationen ab und betont, die Vereinigten Staaten betrachteten die Regierung der Republik China (Taiwan) als rechtmäßige Vertretung Chinas.

Das Außenministerium veröffentlicht ein Weißbuch über die Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und Großbritannien über die Einstellung der Kernwaffenversuche. In einem Vorwort erinnert Außenminister *Dean Rusk* daran, daß die Vereinigten Staaten 1946 vorschlugen, die Kontrolle über die Atomenergie den Vereinten Nationen zu übertragen. Es sei eine der tragischsten Tatsachen der Geschichte, daß die Sowjetunion diesen Vorschlag abgelehnt und eine Politik des Rüstungswettlaufs mit Kernwaffen eingeschlagen habe.

20. Oktober: Präsident *John F. Kennedy* richtet ein neues persönliches Schreiben an den deutschen Bundeskanzler, *Konrad Adenauer* (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 229).

21. Oktober: Der Stellvertretende Verteidigungsminister *Roswell Gilpatric* erklärt in einer Rede in Hot Springs/Virginia, die Vergeltungskapazität der Vereinigten Staaten, die einen sowjetischen Ueberraschungsangriff überstehen würde, sei mindestens ebenso groß wie die Angriffskapazität der Sowjetunion. Aus diesem Grunde glaube er nicht, daß die Sowjetunion es wagen würde, einen Atomkrieg auszulösen.

24. Oktober: Der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Washington, *Wilhelm Grewe*, überreicht bei einer Unterredung Präsident *John F. Kennedy* ein persönliches Schreiben des amtierenden Bundeskanzlers *Konrad Adenauer*.

25.—27. Oktober: Der Ministerpräsident von Britisch-Guayana, *Cheddi Jagan*, führt in Washington mit Präsident *John F. Kennedy* und anderen Regierungsmitgliedern Besprechungen über eine eventuelle Finanzhilfe der Vereinigten Staaten.

27. Oktober: Die Regierung protestiert in einer Note an die sowjetische Regierung gegen Versuche der Behörden der sogenannten DDR, die Bewegungsfreiheit der Alliierten in Berlin einzuschränken (vgl. S. Z 233 f., Deutschland).

Ein Sprecher des Außenministeriums erklärt zur Lage in Berlin, der Aufmarsch sowjetischer Panzer in Ost-Berlin (vgl. S. Z 234, Deutschland), sei eine verspätete



Bestätigung dafür, daß die Sowjetunion die Verantwortung für alles, was in diesem den sowjetischen Streitkräften überlassenen Sektor vorgehe, trage.

29. Oktober: Der amerikanische Außenminister, Dean Rusk, nimmt in einem am 24. Oktober aufgenommenen Interview mit der *Stimme Amerikas* zu der Frage der Schaffung neutraler Zonen in Europa Stellung. Ein Rückzug der sowjetischen Truppen an die Grenzen der Sowjetunion und der amerikanischen Streitkräfte über den Atlantik würde nach Ansicht Ruskus vom rein militärischen Standpunkt keine wohl- ausgewogene Regelung darstellen. Vor allem sei es aus politischen Erwägungen schwer, die Konzeption langfristig neutralisierter Zonen zu akzeptieren, nachdem die kommunistische Welt sich bereits öffentlich auf ein Vorgehen festgelegt habe, das neutrale Zonen zu Objekten künftiger Ausbeutung, Durchdringung und Erkundung machen würde. (Vgl. S. D 681 ff.)

30. Oktober: Präsident John F. Kennedy führt in einer in Washington veröffent-

lichten Erklärung zu dem sowjetischen Versuch mit einer 50-Megatonnen-Bombe vom gleichen Tage aus, die Sowjetunion habe die Welt durch den Versuch terrorisieren wollen. Der Versuch sei militärisch unnötig gewesen und verändere nichts am Gleichgewicht auf dem Gebiet der Kernwaffen. Kennedy betont, daß die amerikanischen Kernwaffenreserven denjenigen jedes anderen Staates überlegen seien. Zugleich wiederholt er die Bereitschaft der Vereinigten Staaten, ein Abkommen über ein Kernwaffenverbot zu unterzeichnen.

### Vietnam

18. Oktober: Der Präsident der Republik Vietnam, Ngo Dinh Diem, proklamiert den Notstand für das ganze Land. Am gleichen Tage verabschiedet die Nationalversammlung ein Gesetz, in dem Ngo Dinh Diem außerordentliche Vollmachten auf die Dauer eines Jahres zugebilligt werden, um die zur Wiederherstellung der nationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.

## Internationale Organisationen

### Organisation der Vereinten Nationen

17. Oktober: Die Vertreter der westeuropäischen Staaten bei den Vereinten Nationen fordern in einem Kommuniqué zur Frage der Nachfolge auf dem Posten des Generalsekretärs, ein neuer Generalsekretär oder auch ein amtierender Generalsekretär müsse alle Vollmachten haben, die ihm gemäß der Satzung zustehen. Zu der Frage einer Reorganisation des Generalsekretariats erklärt die Gruppe, sie könne keine Lösung annehmen, die Europa nicht den ihm laut Art. 101 der Satzung zustehenden Platz einräume.

18. Oktober: Die Vollversammlung beendet ihre am 22. September eröffnete Generaldebatte, an der sich Sprecher aus 81 Staaten beteiligten. Zum Abschluß der Debatte beschließt die Vollversammlung einstimmig die Beendigung der Treuhand-schaft über Westsamoa zum 1. Januar 1962.

Der Politische Ausschuß beschließt mit 83 gegen die neun Stimmen des Ostblocks

und Kubas bei Stimmenthaltung Frankreichs und dreier anderer Staaten, einen indischen Antrag über eine weitere Unterbrechung der Kernwaffenversuche an die Spitze ihrer Traktandenliste zu stellen. An zweite Stelle setzt sie mit 54 gegen 13 Stimmen bei 31 Enthaltungen den amerikanisch-britischen Antrag, sofort einen Vertrag über ein Verbot der Kernwaffenversuche abzuschließen, jedoch mit der Maßgabe, daß er gleichzeitig mit dem indischen Antrag erörtert werden soll.

19. Oktober: Der Ständige Vertreter der Vereinigten Staaten bei den Vereinten Nationen, Adlai E. Stevenson, lehnt in der Debatte des Politischen Ausschusses den indischen Antrag, ein neues Moratorium für Kernwaffenversuche zu vereinbaren, ab. Die Erfahrung habe gezeigt, daß die Sowjetunion sich durch ein derartiges Moratorium nicht gebunden fühle und es sogar zur Vorbereitung neuer Versuche benutze. Nur ein bindender Vertrag vermöge die Gefahr zu bannen. Ein solcher Ver-

trag könne binnen dreißig Tagen unterzeichnet werden. Die Vereinigten Staaten seien zur sofortigen Wiederaufnahme der Verhandlungen bereit, behielten sich aber vor, die Versuche in der Atmosphäre ebenfalls wieder aufzunehmen.

Der finnische Staatspräsident, Urho *Kekkonen*, erklärt in einer Ansprache vor der Vollversammlung, Finnland habe seine Sicherheit nicht durch militärische Mittel erreicht, sondern dadurch, daß es sich das Vertrauen der Sowjetunion erworben habe. Er bringt die Dankbarkeit Finnlands für das Verständnis zum Ausdruck, das seine Neutralitätspolitik gefunden habe.

23. Oktober: Der Präsident Liberias, William *Tubman*, setzt sich vor der Vollversammlung für eine Einschaltung der Vereinten Nationen in die Berlin-Krise ein.

Der Sicherheitsrat empfiehlt der Generalversammlung mit neun Stimmen bei Stimmenthaltung der Vereinigten Staaten und Abwesenheit der Republik China die Aufnahme der Mongolischen Volksrepublik. Zugleich empfiehlt er mit neun Stimmen bei Enthaltung der Sowjetunion und gegen die Stimme der Vereinigten Arabischen Republik die Aufnahme Mauretaniens.

26. Oktober: Die Vollversammlung beschließt auf Antrag von Ceylon, Indien, Venezuela, Zypern und einigen afrikanischen Staaten, eine Fünferkommission mit einer Untersuchung der Ursachen des Todes Generalsekretär Dag *Hammaraskjöld*s zu beauftragen.

27. Oktober: Die Vollversammlung verabschiedet mit 87 gegen 11 Stimmen der Ostblockstaaten und Kubas und bei Enthaltung Malis einen Appell an die Sowjetunion, von dem durch Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* auf dem XXII. Parteitag der KPdSU (vgl. S. Z 237) angekündigten Versuch mit einer 50-Megatonnen-Bombe Abstand zu nehmen. Der Resolutionsantrag war am 19. Oktober von den Vertretern Dänemarks, Norwegens, Schwedens, Islands, Kanadas und Japans im Politischen Ausschuß eingebracht worden. Nachdem auf Antrag Indiens der

Ausdruck tiefer Sorge und der Hinweis auf die Gefahren für die Menschheit aus dem Entwurf gestrichen waren, hatte der Politische Ausschuß den Antrag am 25. Oktober mit 75 gegen die neun Stimmen des Ostblocks und Kubas bei Stimmenthaltung Malis und Nichtbeteiligung von 15 Staaten verabschiedet.

30. Oktober: Die Vollversammlung wählt Venezuela an Stelle Ecuadors und Ghana an Stelle Ceylons für zwei Jahre in den Sicherheitsrat. Gemäß dem Beschluß vom 20. Dezember 1960 (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 19) wird Irland an Stelle Liberias für ein Jahr in den Sicherheitsrat gewählt. Die Entscheidung über die Nachfolge der Türkei, um die sich die Philippinen und Rumänien bewerben, wird vorläufig vertagt. In den Wirtschafts- und Sozialrat werden die Vereinigten Staaten wiedergewählt und Australien, Kolumbien und Senegal neu hinzugewählt. Zwei Sitze bleiben vorläufig unbesetzt.

#### Europarat

18. Oktober: In Turin wird im Beisein von Vertretern aus 13 Mitgliedstaaten des Europarates eine Europäische Sozialcharta unterzeichnet. In der Charta sind Richtlinien für eine gemeinsame Sozialpolitik festgelegt.

#### Europäische Gemeinschaften

16.—20. Oktober: In Straßburg tagt das Europäische Parlament. Die Tagung wird mit einer Debatte über das Beamtenstatut für die europäischen Bediensteten und über die Einführung einer Einkommensteuer für die Beamten eröffnet. Die Versammlung erörtert ferner die Tätigkeit der EAG. Sprecher aller Fraktionen geben ihrer Genugtuung darüber Ausdruck, daß die Forschungstätigkeit der EAG im vergangenen Jahr das Stadium der Vorbereitungen und der politischen, administrativen und energiewirtschaftlichen Schwierigkeiten überwunden habe und in das der praktischen Arbeit eingetreten sei. In einer Aussprache über die Berlin-Krise erklärt der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses, Emilio *Battista*, möglicherweise wäre die heutige Lage nicht entstanden, wenn die Regierungen des freien Europa schon

früher den Schritt zu einer politischen Einheit gewagt hätten. Sprecher aller Fraktionen sowie der Präsident der EWG-Kommission, Walter *Hallstein*, unterstreichen, daß sich in Berlin das Schicksal der gesamten freien Welt entscheiden könne und daß zum Schutze der Stadt verstärkte Maßnahmen erforderlich seien. Der deutsche Abgeordnete *Ferdinand Friedensburg* weist auf die Problematik eines Einschaltens der Vereinten Nationen in die Berlin-Krise hin.

In einer Debatte über die Agrarpolitik setzen sich Sprecher aller Fraktionen für einen weitergehenden agrarpolitischen Dirigismus ein, als ihn die Kommission der EWG bisher vorgeschlagen habe. Der Vizepräsident der Kommission, *Sicco L. Mansholt*, schließt sich der in der Debatte erhobenen Forderung an, daß der Ministerrat vor Jahresende noch entscheidende Beschlüsse fassen müsse. Wenn diese Beschlüsse nicht zustande kämen, stände die EWG vor einer ernsten Krise, die sowohl die weiteren Beschleunigungspläne wie den Uebergang zur zweiten Stufe der Uebergangszeit in Frage stellen müßte. Die Versammlung verabschiedet zum Abschluß der Tagung eine Reihe von Resolutionen. In einer Entschließung wird bedauert, daß für die Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien und weiterer Staaten der EWG-Kommission nicht die globale Verhandlungsvollmacht übertragen worden sei. In einer weiteren Resolution wird erneut ein Zusammenschluß der drei europäischen Exekutiven befürwortet und empfohlen, bei der Einsetzung der geplanten Europäischen Hohen Kommission ein parlamentarisches Investitionsverfahren in Erwägung zu ziehen.

23. Oktober: In Brüssel tagt der Rat der EAG. Der Rat erörtert Fragen einer Erweiterung des Abkommens über die Zusammenarbeit zwischen der EAG und den Vereinigten Staaten. Er beauftragt die Kommission, die Verhandlungen weiterzuführen. Er befaßt sich ferner mit Fragen der Ergänzung des Forschungsbudgets und der Erweiterung des Personalstandes und führt einen Meinungsaustausch über Maßnahmen zum Gesundheitsschutz.

23.—25. Oktober: In Brüssel tagt der Ministerrat der EWG. Der Rat erörtert das Beitrittsgesuch Irlands und beschließt, die Verhandlungen über das Gesuch in der ersten Januarhälfte 1962 aufzunehmen. Bei der Aussprache bleibt offen, ob Irland Vollmitglied werden oder sich nur mit der EWG assoziieren solle. Der Rat befaßt sich ferner mit Fragen der gemeinsamen Agrarpolitik und beschließt, auf zwei Sondersitzungen am 20. und 21. November sowie am 30. November und 1. Dezember den Versuch zu unternehmen, die noch offenen Fragen bis zum Jahresende zu lösen. Er billigt die von der Kommission vorgeschlagenen Allgemeinen Programme über die Verwirklichung der Niederlassungsfreiheit und des freien Dienstleistungsverkehrs innerhalb des Gemeinsamen Marktes.

26. Oktober: In Brüssel werden die Verhandlungen über einen Beitritt Dänemarks zur EWG eröffnet. An der Sitzung unter Vorsitz des deutschen Staatssekretärs im Bundeswirtschaftsministerium, *Alfred Müller-Armack*, nehmen Vertreter der sechs EWG-Länder, Dänemarks und der EWG-Kommission teil. Der dänische Außenminister, *Jens Otto Krag*, erklärt in einem Exposé, Dänemark akzeptiere vorbehaltlos die in den Artikeln 2 und 3 des Vertrages von Rom niedergelegten Ziele der EWG. Es werde keine Änderungen des Vertragstextes beantragen, da die besonderen dänischen Probleme durch Zusatzprotokolle geregelt werden könnten. *Krag* unterstreicht den Wunsch seiner Regierung, an der politischen Zusammenarbeit der Sechs teilzunehmen, welche auf der Bonner Konferenz der Regierungschefs der EWG vom 18. Juli (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 469) eingeleitet worden sei. Dänemark sei darüber hinaus bereit, zu gegebener Zeit der EGKS und der EAG beizutreten. *Krag* hebt die Bedeutung des sogenannten Londoner Manifestes der EFTA vom 28. Juni (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 461) hervor und versichert, seine Regierung lege Wert darauf, daß für alle Mitglieder der EFTA eine Lösung in Form eines Beitritts oder einer Assoziierung gefunden werde. Dänemark sei



ebenso an einer Fortsetzung der nordischen Zusammenarbeit interessiert.

### Europäische Freihandelsassoziation

19. Oktober: In Wien findet eine Ministerkonferenz der neutralen EFTA-Staaten statt, an der Regierungsmitglieder Österreichs, Schwedens und der Schweiz teilnehmen. In einem Kommuniqué erklären die Minister, daß die Neutralität der drei Länder kein Hindernis für eine Assoziierung mit der EWG in geeigneter Form darstelle. Sie beschließen, noch in diesem Jahr entsprechende formelle Anträge bei der EWG zu stellen. (Vgl. S. D 672 f.)

### Liga der Arabischen Staaten

28. Oktober: Der Rat der Liga der Arabischen Staaten beschließt, Syrien in die Liga aufzunehmen.

### Sozialistische Internationale

23.—27. Oktober: In Rom findet der 7. Kongreß der Sozialistischen Internationale statt. In der allgemeinen politischen Debatte verurteilt der Führer der britischen Labour Party, Hugh Gaitskell, scharf die Ankündigung der Sowjetunion, eine 50-Megatonnen-Bombe zur Explosion zu bringen. Zur Berlin-Frage erklärt er, seine Partei sei fest entschlossen, die Freiheit West-Berlins zu verteidigen. Allerdings sei der gegenwärtige Status West-Berlins nicht befriedigend, und es müsse eine wirksamere Kontrolle der Zugänge nach Berlin angestrebt werden. Nach Ansicht Gaitskells müsse dafür die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, eine de facto-Anerkennung der sogenannten DDR und die Errichtung einer entmilitarisierten Zone angeboten werden. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, erklärt, auch er befürworte eine Aenderung des status quo in der geteilten Stadt. Diese Aenderung dürfe jedoch nicht auf Kosten der Freiheit der Bevölkerung erfolgen. Er warnt davor, der Sowjetunion Angebote zu machen, solange diese sich auf den Standpunkt stelle, „was mein ist, ist mein, und was euch gehört, darüber muß verhandelt werden“. Brandt vertritt die Auffassung, der Konflikt um Berlin sei

nicht die Ursache, sondern die Folge der Spannungen zwischen Ost und West. Auf einer Pressekonferenz erklärt er zu den Vorschlägen Gaitskells, die Diskussion über die deutsche Ostgrenze entbehre der Grundlage, da die Sowjetunion nicht an der Oder-Neiße-Grenze, sondern an der Grenze an Elbe und Werra interessiert sei. Die Frage müsse im übrigen einem Friedensvertrag mit ganz Deutschland vorbehalten bleiben. Die de facto-Anerkennung der DDR würde die deutsche Frage nicht lösen und die Demokratie würde in Deutschland nicht bestehen bleiben, wenn die Demokraten in Deutschland das Banner der Selbstbestimmung aus der Hand gäben. Der Generalsekretär der französischen Sozialisten, Guy Mollet, setzt sich für eine feste Haltung gegenüber der Sowjetunion ein und befürwortet die Einigung Europas. Die Sowjetunion allein widersetze sich ihr, da sie Deutschland moralisch und materiell schwächen und einen neuen „Molotow-Ribbentrop-Pakt“ abschließen wolle. Demgegenüber tritt der belgische Außenminister, Paul-Henry Spaak, für Verhandlungen über eine Aenderung des status quo in Berlin ein. Verhandlungen seien notwendig, um der Bevölkerung West-Berlins die Freiheit zu erhalten. Der Kongreß verabschiedet zum Abschluß der Debatten eine Resolution, in der die Errichtung der Sperrmauer in Berlin verurteilt, das Recht der Deutschen auf nationale Einheit bestätigt und ein freier Zugang nach Berlin gefordert werden. Eine gewaltsame Aenderung der deutschen Grenzen wird abgelehnt. Durch ein Abkommen über eine kontrollierte Abrüstung in Mitteleuropa, das auch das Verbot von Kernwaffen einschließt und das militärische Gleichgewicht nicht verändern würde, könnten die Spannungen vermindert und die Aussichten auf die deutsche Wiedervereinigung verbessert werden. In weiteren Resolutionen werden die Aufnahme der Volksrepublik China in die Vereinten Nationen, die Bestellung Indiens zum ständigen Mitglied des Sicherheitsrates und eine Erhöhung der Entwicklungshilfe auf mindestens zehn Milliarden Dollar im Jahr befürwortet.

## Zeittafel vom 1. bis zum 15. November 1961

### Albanien

7. November: Der Erste Sekretär des ZK der albanischen Arbeiterpartei, Enver Hodscha, nimmt in einer Rede in Tirana zu den auf dem 22. Parteikongreß der KPdSU gegen die albanischen Kommunisten erhobenen Vorwürfen (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 237, Sowjetunion) Stellung und beschuldigt den sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. Chruschtschow, der Verleumdung. Nicht die albanischen Kommunisten, sondern die sowjetische Führung unter Leitung Chruschtschows hätte die Grundsätze des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus verletzt, indem sie versucht habe, ihre Linie den anderen Parteien aufzuzwingen. Hodscha bezeichnet Stalin als einen der bedeutendsten Führer der Sowjetunion und des internationalen Kommunismus und wirft Chruschtschow vor, die Frage des Personenkultes einseitig zu behandeln und dabei die leninistische Doktrin über die Beziehungen zwischen den Parteien und deren Führern zu vernachlässigen.

### Argentinien

14.—15. November: Der brasilianische Außenminister, Santiago Dantas, und Außenminister Miguel Carcano führen in Buenos Aires Besprechungen. In einer gemeinsamen Erklärung fordern die Gesprächspartner ein Verbot aller Kernwaffenversuche und verurteilen die Rüstungsanstrengungen der Großmächte.

### Bahrain

2. November: Tod von Scheich Sulman Bin Hamad Al Khalifa. Am gleichen Tage tritt sein Sohn, Scheich Isa Bin Sulman Al Khalifa, die Nachfolge an.

### Belgien

6. November: Außenminister Paul-Henri Spaak führt in Brüssel mit dem niederländischen Außenminister, Joseph Luns, und dem luxemburgischen Außenminister, Eugene Schaus, einen Gedankenaustausch über Fragen der europäischen Integration.

11. November: Außenminister Paul-Henri Spaak führt in Brüssel einen Meinungsaustausch mit dem Vorsitzenden der SPD, Erich Ollenhauer, dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, dem Führer der britischen Labour Party, Hugh Gaitskell, und anderen Sozialistenführern.

### Britisch-Guayana

3. November: Ministerpräsident Cheddi Jagan berichtet vor dem Parlament über seine Gespräche mit dem amerikanischen Präsidenten, John F. Kennedy (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 240, Vereinigte Staaten), und erklärt, die amerikanische Regierung habe es abgelehnt, Britisch-Guayana finanzielle Hilfe zu gewähren.

### China

8. November: Das ZK der Kommunistischen Partei Chinas unterstreicht in einer Glückwunschschaft an die Führer der albanischen Arbeiterpartei anlässlich des 20. Jahrestages der Parteigründung die wichtige Rolle, welche die albanischen Kommunisten im Kampf um die Reinheit der Lehre des Marxismus-Leninismus spielten, und rühmt die Waffenbrüderschaft des albanischen und des chinesischen Volkes beim Aufbau des Sozialismus.

### Deutschland

1. November: West-Berliner Polizei übernimmt im Auftrage der drei westlichen Stadtkommandanten an der Sektorengrenze die Kontrolle aller Wagen des Diplomatischen oder Konsularischen Korps. Von den Kontrollen ausgenommen werden lediglich Fahrzeuge der sowjetischen Streitkräfte. Auf Beschluß der drei westalliierten Stadtkommandanten übernimmt die amerikanische Militärpolizei am 9. November wieder die Kontrolle der sowjetischen Staatsbürger, die West-Berlin in einem nicht als sowjetisches Fahrzeug ausgewiesenen Wagen betreten oder verlassen.

7. November: Der Bundestag wählt mit 258 gegen 206 Stimmen bei 26 Stimmenthaltungen auf Vorschlag von Bundespräsident Heinrich Lübke den Vorsitzen-

den der CDU, Konrad *Adenauer*, erneut zum Bundeskanzler. Die zur Wahl erforderliche absolute Mehrheit betrug 250 Stimmen. Von den Berliner Abgeordneten, deren Stimmen nicht gezählt werden, stimmen acht für und zehn gegen *Adenauer*.

8. November: Der Bundestag wählt einstimmig Vizeadmiral a. D. Hellmuth *Heye* zum Nachfolger des am 14. Juli zurückgetretenen Wehrbeauftragten Hellmuth von *Grolman*.

8.—11. November: Der Präsident von Senegal, Leopold S. *Senghor*, besucht die Bundesrepublik und führt in Bonn Besprechungen mit Bundespräsident Heinrich *Lübke* und Bundeskanzler Konrad *Adenauer*. In einem gemeinsamen Kommuniqué unterstreichen die Gesprächspartner, daß die auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes erlangte Unabhängigkeit der afrikanischen Staaten einen Gewinn für die gesamte Menschheit bedeute und wesentlich zur Erhaltung des Weltfriedens beigetragen habe. Von senegalesischer Seite wird der Hoffnung auf eine friedliche Lösung der Berlin- und Deutschland-Frage ausgesprochen.

10.—12. November: In Bad Godesberg findet die VI. Deutsch-Französische Konferenz statt. Die Konferenz, die von dem Deutschen Rat der Europäischen Bewegung veranstaltet wird, erörtert nach einer Begrüßungsansprache von Bundespräsidenten Heinrich *Lübke* Fragen der westlichen Sicherheit angesichts der derzeitigen internationalen Spannung sowie Probleme der wirtschaftlichen Einigung Europas und des Aufbaus der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, wozu der Bundestagsabgeordnete Fritz *Erler* und der französische Abgeordnete Maurice *Faure* einleitende Referate halten. Die Konferenzteilnehmer befassen sich mit diesen Fragen im einzelnen in einer Kommission für politische Fragen und einer Kommission für wirtschaftliche Fragen. Die Teilnehmer der Kommission für wirtschaftliche Fragen, an deren Beratungen auch der Präsident der EWG-Kommission, Walter *Hallstein*, teilnimmt, begrüßen den von der Fouchet-Studienkommission ausgearbeiteten und auf französische Vor-

schläge zurückgehenden Entwurf für ein Europäisches Statut (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 235, Frankreich), geben aber auch zu bedenken, daß der Entwurf nicht weit genug gehe. Die Kommissionsteilnehmer schlagen vor, die Exekutiven der drei europäischen Organisationen zusammenzulegen, Wahlen für ein Europäisches Parlament durchzuführen und dann schrittweise die Rechte dieses Parlamentes zu erweitern.

13. November: Bundespresseschef Felix von *Eckardt* teilt auf einer Pressekonferenz in Bonn mit, Bundeskanzler Konrad *Adenauer* habe den Botschafter in Moskau, Hans *Kroll*, im Zusammenhang mit Meldungen über ein Gespräch, das *Kroll* am 9. November mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow*, führte (vgl. S. Z 251, Sowjetunion), zur Berichterstattung nach Bonn gerufen. Am 14. November berichtet *Kroll Adenauer*. Ein Sprecher teilt nach dem Gespräch mit, der Bericht *Krolls* habe ergeben, daß die Gedanken, die *Kroll* bei seinem Gespräch mit *Chruschtschow* entwickelt habe, nicht von der Bundesregierung autorisiert gewesen seien. Der Sprecher betonte, die Bundesregierung werde fortfahren, gemeinsam mit ihren westlichen Partnern nach einer Lösung der Deutschland- und Berlin-Frage zu suchen.

14. November: Im Bundestag wird die neue Regierung, die aus einer Koalition zwischen der CDU, der CSU und der FDP besteht, vereidigt. Ihr gehören an: Bundeskanzler Konrad *Adenauer*; Vizekanzler und Bundesminister für Wirtschaft: Ludwig *Erhard*; Bundesminister des Auswärtigen: Gerhard *Schröder*; Bundesminister des Inneren: Hermann *Höcherl*; Bundesminister der Justiz: Wolfgang *Stammberger*; Bundesminister der Finanzen: Heinz *Starke*; Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Werner *Schwarz*; Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Theodor *Blank*; Bundesminister für Verteidigung: Franz-Josef *Strauß*; Bundesminister für Verkehr: Hans-Christoph *Seebohm*; Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen: Richard *Stücklen*; Bundesminister für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung: Paul *Lücke*;



Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte: Wolfgang Mischick; Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen: Ernst Lemmer; Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder: Hans-Joachim von Merkatz; Bundesminister für Familien- und Jugendfragen: Franz-Josef Wuermling; Bundesminister für Atomenergie: Siegfried Balke; Bundesschatzminister: Hans Lenz; Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit: Walter Scheel; Bundesminister für Gesundheitswesen: Frau Elisabeth Schwarzhaupt; Bundesminister für besondere Aufgaben: Heinrich Krone.

### Ecuador

5. November: Die Regierung erklärt den kubanischen Geschäftsträger in Quito, Pedro Ramirez, zur persona non grata. Sie begründet ihren Schritt damit, daß Ramirez sich in die inneren Angelegenheiten Ecuadors eingemischt habe.

6. November: Nach blutigen Zwischenfällen in Guayaquil tritt die Regierung von Präsident José Marcia Velasco Ibarra zurück. Am gleichen Tage erklärt Vizepräsident Carlos Julio Arosemena im Kongreß, er habe die Macht übernommen. Am 7. November setzen die Führer des Heeres den Obersten Richter des Landes, Camilo Galego, zum provisorischen Regierungschef ein, der jedoch am 8. November auf das Amt verzichtet, als sich die Regierungskrise zu einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen dem Heer einerseits und der Luftwaffe und der Marine andererseits, die Arosemena unterstützen, auszuweiten droht. Noch am gleichen Tage bildet Arosemena eine neue Regierung, in der Francisco Acosta Yopez das Außen- und Major Francisco Tamariz das Verteidigungsministerium übernehmen. Am 10. November versichert Arosemena in seiner Antrittsrede vor dem Kongreß, Ecuador werde Beziehungen zu allen Staaten ohne Rücksicht auf deren soziales System unterhalten. Insbesondere würden die Beziehungen zu Kuba fortgesetzt werden.

13. November: Der Kongreß wählt in einer außerordentlichen Sitzung einen Anhänger des neuen Präsidenten (vgl. oben),

Reinaldo Varea Donoso, mit 83 gegen 25 Stimmen im zweiten Wahlgang zum neuen Vizepräsidenten.

### Finnland

5. November: Staatspräsident Urho Kekkonen berichtet in einer Rundfunk- und Fernsehansprache über seine Besprechungen mit dem amerikanischen Präsidenten, John F. Kennedy, in Washington (vgl. S. Z 252 f., Vereinigte Staaten), wobei er sich befriedigt darüber äußert, daß in den Vereinigten Staaten die finnische Neutralitätspolitik Anerkennung gefunden habe. Er erinnert daran, daß auch die Sowjetunion im Jahre 1956 auf dem XX. Parteitag der KPdSU die im sowjetisch-finnischen Freundschafts- und Beistandspakt deklarierte Neutralität Finnlands bekräftigt habe. Ziel der finnischen Außenpolitik müsse es auch in Zukunft bleiben, vertrauensvolle Beziehungen zur Sowjetunion zu wahren. Auf die sowjetische Note vom 30. Oktober (vgl. Dokumente Jg. 1961 S. D 676 ff.) eingehend, erklärt Kekkonen erneut, der politische Teil der Note ändere nichts an den gegenwärtigen finnisch-sowjetischen Beziehungen. Was den militärischen Teil angehe, so glaube niemand, daß die Bundesrepublik Deutschland oder ein mit ihr verbündeter Staat einen Angriff auf die Sowjetunion über finnisches Gebiet unternehmen würde. Andererseits sei ihm die sowjetische Besorgnis über die rasche Aufrüstung der Bundesrepublik verständlich. Er habe gegenüber den westlichen Staatsmännern nicht verhehlt, daß er sich aus dem gleichen Grunde beunruhigt fühle. Kekkonen weist jedoch in westlichen Zeitungen geäußerte Vorstellungen über Gefahren für die finnische Unabhängigkeit, über sowjetische Forderungen auf die Bereitstellung von Stützpunkten in Finnland oder sowjetische Einmischungsversuche mit dem Ziel eines Regierungswechsels in Finnland als unbegründet zurück.

10. November: Der schwedische Ministerpräsident, Tage Erlander, der sich anläßlich der Tagung der nordischen Ministerpräsidenten in Helsinki aufhält, erklärt in einem Interview mit einem Vertreter der finnischen Nachrichtenagentur, Schweden

werde auch in Zukunft nicht von seiner Neutralitätspolitik abweichen und nichts unternehmen, was den finnischen Interessen schaden könne.

14. November: Die Regierung gibt in einem nach der Kabinettsitzung veröffentlichten Kommuniqué über die Besprechungen zwischen Außenminister Ahti Karjalainen und dem sowjetischen Außenminister, Andrej A. Gromyko, in Moskau (vgl. S. Z 251, Sowjetunion) bekannt, die sowjetische Regierung habe die finnische Regierung um die Bestätigung ersucht, daß sie ihre gegenwärtige außenpolitische Haltung beibehalten und nichts unternehmen werde, was die sowjetisch-finnischen Beziehungen trüben könne. In dem Kommuniqué heißt es, die Fortdauer der finnischen Stabilität auf außenpolitischem Gebiet würde es vielleicht möglich machen, von Verhandlungen mit der Sowjetunion über militärische Fragen Abstand zu nehmen. Am gleichen Tage löst Präsident Urho Kekkonen das Parlament auf und setzt Neuwahlen auf den 4. und 5. Februar an. In einem offenen Brief unterstreicht Kekkonen, die erhöhte internationale Spannung mache Lösungen erforderlich, die nicht bis zu den ordentlichen Wahlen im Sommer 1962 aufgeschoben werden könnten.

### Frankreich

2. November: Die in Frankreich inhaftierten Algerier treten in einen Hungerstreik, um ihre Forderung durchzusetzen, als politische Gefangene behandelt zu werden. Der auf Schloß Turquant in Mittelfrankreich inhaftierte Stellvertretende Ministerpräsident der Provisorischen Regierung der Republik Algerien (GPRA), Mohammed Ben Bella, und seine Mitgefangenen schließen sich dem Hungerstreik an.

7.—10. November: Staatspräsident Charles de Gaulle unternimmt eine Reise durch Südfrankreich und Korsika, während der er in einer Reihe von Ansprachen u. a. zur Algerien-Frage und zur internationalen Lage Stellung nimmt. De Gaulle erklärt in Bastia, in Algerien sei jetzt eine Lösung in Sicht. Frankreich wünsche den Weg der Selbstbestimmung zu beschreiten, der zur Schaffung eines algerischen Staates, zur

Zusammenarbeit in der Frage der Sahara und zu Verbindungen zwischen Frankreich und Afrika führen werde. Wenn keine Vorbedingungen gestellt würden, könnten die Verhandlungen über diese Lösung sofort wieder aufgenommen werden. Wenn es dabei zu einem gewissen Uebereinkommen käme, könnte der Weg der Selbstbestimmung beschritten werden. De Gaulle betont jedoch erneut, daß Algerien geteilt und die dort lebenden Franzosen umgesiedelt werden müßten, wenn es nicht zu einer Zusammenarbeit kommen sollte. In Toulon erklärt de Gaulle zur internationalen Lage, Frankreich sei nur unter der Bedingung zu Gesprächen mit der Sowjetunion bereit, daß diese ihre Politik der Drohungen einstelle.

13. November: Ein Regierungssprecher erklärt in Paris im Anschluß an eine Kabinettsitzung, die Regierung habe weiterhin nicht die Absicht, dem Uebergang zur zweiten Etappe des Gemeinsamen Marktes zuzustimmen, wenn die gemeinsame Landwirtschaftspolitik bis zum Jahresende nicht genügend Fortschritte mache.

### Griechenland

4. November: Der bisherige Ministerpräsident, Constantine Karamanlis, bildet eine neue Regierung. Ihr gehören an: Stellvertretender Ministerpräsident: Panayotis Canellopoulos; Außenminister: Evangelos Averoff; Verteidigungsminister: Aristides Protopapadakis; Minister für Koordination: Panayotis Papaligouras; Innenminister: Georg Rallis; Minister für öffentliche Arbeiten: Solon Gikas; Finanzminister: Spiros Theotokis; Landwirtschaftsminister: Constantine Adamopoulos; Justizminister: Constantine Papaconstantinou; Erziehungsminister: Gregor Kassimatis; Handelsminister: Panayotis Pipinelis; Minister für Sozialfürsorge: Andreas Stratos; Industrieminister: Zisis Zisakis; Arbeitsminister: Constantine Chryssanthopoulos; Minister für die Handelsmarine: Stelios Cotiadis.

### Großbritannien

2. November: Die Unterhausfraktion der Labour Party wählt mit 171 gegen 59 Stimmen erneut Hugh Gaitskell zu ihrem Führer und George Brown mit 169 gegen 56 Stimmen zu dessen Stellvertreter.

**3. November:** Die Regierung beantwortet eine sowjetische Note vom 9. September, in der die Sowjetunion vorgeschlagen hatte, die beiden Mächte sollten die Vereinigten Staaten auffordern, „aufzuhören, sich Süd-Vietnams für subversive Tätigkeiten gegen andere friedliche Staaten zu bedienen, da die amerikanischen ‚Aggressionsakte‘ den Frieden bedrohten.“ Die Regierung weist in ihrer Note die sowjetischen Beschuldigungen als unbegründet zurück und macht die sowjetische Regierung zugleich auf die Verschlechterung der Lage in der Republik Vietnam aufmerksam, für die die Demokratische Republik Vietnam verantwortlich sei.

**4. November:** Der indische Premierminister, Jawaharlal *Nehru*, führt in London eine Unterredung mit Premierminister Harold *Macmillan*, an der auch Commonwealth-Minister Duncan *Sandys* teilnimmt.

**9.—10. November:** Der Führer der Kenya African National Union, Jomo *Kenyatta*, führt in London mit Kolonialminister Reginald *Maudling* Besprechungen über die Zukunft seines Landes, bei denen er ein Memorandum überreicht, in dem die britische Regierung ersucht wird, Kenia am 1. Februar 1962 die Unabhängigkeit zu geben. Eine neue verfassunggebende Konferenz solle unverzüglich einberufen werden, worauf allgemeine Wahlen durchgeführt werden sollten.

**13. November:** Ein Sprecher des Außenministeriums erklärt in London zu Pressemeldungen über neue sowjetische Pläne in der Berlin- und Deutschland-Frage (vgl. S. Z 251, Sowjetunion), der britische Botschafter in Moskau, Sir Frank *Roberts*, sei über derartige Pläne nicht informiert worden.

Die Regierung schlägt gemeinsam mit der amerikanischen Regierung der Sowjetunion vor, die Genfer Verhandlungen über die kontrollierte Einstellung der Kernwaffenversuche am 28. November wieder aufzunehmen (vgl. S. Z 253, Vereinigte Staaten).

#### Israel

**7. November:** Die Knesset beschließt, den arabischen Flüchtlingen keine Rückkehr nach Israel zu gestatten. Die Entscheidung

wird damit begründet, daß eine Rückkehr der arabischen Flüchtlinge die Sicherheit Israels gefährden und untergraben würde.

#### Italien

**5. November:** Der österreichische Bundeskanzler, Alphons *Gorbach*, und Außenminister Bruno *Kreisky* führen in Rom mit Ministerpräsident Amintore *Fanfani* und Außenminister Antonio *Segni* eine Unterredung über die Südtirol-Frage.

#### Japan

**2.—4. November:** In Hakone findet eine Tagung des gemeinsamen amerikanisch-japanischen Ausschusses für Wirtschafts- und Handelsfragen statt, der nach dem Besuch Ministerpräsident Hayato *Ikeda* in den Vereinigten Staaten im Juni geschaffen wurde (vgl. S. D 704 f.). Bei den Beratungen, die auf Ministerebene stattfinden, werden die zwischen den beiden Ländern bestehenden Wirtschafts- und Handelsbeziehungen sowie Fragen des Wirtschaftswachstums, der Zahlungsbilanzen, der Lage auf dem Arbeitsmarkt und Fragen der gemeinsamen Planung der Entwicklungshilfe erörtert. In einem Abschlußkommuniqué heißt es, die Konferenzteilnehmer seien übereingekommen, die Konsultationen über die erörterten Fragen in intensiver Form fortzusetzen und auf eine weitere Liberalisierung des Handels hinzuwirken. (Vgl. S. D 705 ff.)

**12. November:** Der Vorsitzende des Obersten Rates für nationalen Wiederaufbau der Republik Korea, General *Park Chung Hee*, führt in Tokio mit Ministerpräsident Hayato *Ikeda* eine Unterredung über die koreanisch-japanischen Beziehungen.

#### Jordanien

**11. November:** Der Staatsminister für auswärtige Angelegenheiten, Rafic *Husseini*, übernimmt das Außenministerium, das bisher von Ministerpräsident Bajhat *Talhouni* geleitet wurde.

#### Jugoslawien

**13. November:** Staatspräsident Josip Broz *Tito* spricht sich in einer Rede in Skopje optimistisch über die auf dem XXII. Kongreß der KPdSU zutage getretenen Grundzüge der sowjetischen Politik aus



und beschuldigt seinerseits die albanischen und die chinesischen Kommunisten, am Stalinismus und am Personenkult festzuhalten. Auf die jugoslawisch-amerikanischen Beziehungen eingehend, wendet sich *Tito* gegen die Versuche „gewisser amerikanischen Kreise“, eine Fortsetzung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern zu verhindern. Er verurteilt erneut den „Militarismus und Revanchismus“ der herrschenden Kreise der Bundesrepublik Deutschland und unterstützt die sowjetischen Deutschland-Vorschläge.

#### Korea

4.—5. November: Der amerikanische Außenminister, *Dean Rusk*, führt in Söul Besprechungen mit Mitgliedern der Regierung.

#### Laos

2. November: Ministerpräsident *Boun Oum* gibt in einer in Vientiane veröffentlichten Erklärung bekannt, er werde nicht an dem für den 3. November vorgesehenen Treffen der drei laotischen Parteiführer teilnehmen. Er habe *Souvanna Phouma* mitgeteilt, das neue Treffen sei zwecklos, da dessen neue Vorschläge vom Pathet Lao diktiert seien, dem an einer wirklichen Lösung der Laos-Frage nichts gelegen sei. Am 10. November erklärt *Souvanna Phouma* auf einer Pressekonferenz in Khang Khai, wenn *Boun Oum* auf seine sechste und letzte Einladung zur Teilnahme an der nunmehr für den 17. November in der Plaine des Jarres vorgesehenen Zusammenkunft der drei politischen Führer nicht positiv antworte, werde er sich endgültig vom politischen Leben zurückziehen.

#### Libanon

1. November: Der frühere Ministerpräsident *Rachid Kerameh* bildet eine neue Regierung, in der *Philippe Takla* das Außen- und *Emir Magid Arslan* das Verteidigungsministerium übernehmen.

#### Oesterreich

10.—14. November: Der dänische Außenminister, *Jens Otto Krag*, besucht Oesterreich und führt in Wien Gespräche mit Bundeskanzler *Alphons Gorbach* und Außenminister *Bruno Kreisky*.

14. November: Die Bundesregierung erklärt in einem in Wien veröffentlichten Kommuniqué, Oesterreich werde im Kriegsfall fremden Streitkräften den Durchmarsch oder das Ueberfliegen österreichischen Gebietes nicht gestatten. Anlaß der Erklärung ist ein Pressebericht, in dem die ungenügende Verteidigungsbereitschaft Oesterreichs kritisiert und erwähnt worden war, ein Regierungsmitglied habe in kleinem Kreis geäußert, Oesterreich solle den Mitgliedstaaten der NATO und des Warschauer Paktes Verträge anbieten, durch die beiden Seiten im Kriegsfall das Transitrecht über österreichisches Territorium gestattet würde.

#### Peru

3. November: Die Regierung *Pedro Beltrán Espantoso* erklärt ihren Rücktritt.

#### Philippinen

14. November: Bei den Präsidentschaftswahlen erhält der Kandidat der oppositionellen Liberal Party, Vizepräsident *Diosado Macapagal*, 3 466 000 Stimmen. Der Kandidat der Nacionalista Party, Präsident *Carlos P. Garcia*, erringt 2 828 000 Stimmen.

#### Portugal

7. November: Die Führung der Demokratisch-Republikanischen Partei gibt in einem in Lissabon veröffentlichten Kommuniqué ihren Beschluß bekannt, sich an den Parlamentswahlen am 12. November nicht zu beteiligen. Sie begründet diesen Schritt mit der Einschränkung der Wahlpropaganda durch die Regierung und dem Mangel an Garantien für eine korrekte Durchführung der Wahlen. Die Partei fordert ihre Wähler auf, die Wahlen zu boykottieren.

12. November: Im Mutterland und in den überseeischen Gebieten finden Neuwahlen zum Parlament statt. Nach dem Boykott der Wahlen durch die Opposition (vgl. oben) kandidieren für die 130 Abgeordnetensitze nur Kandidaten der regierenden Nationalen Union. Innenminister *Rodrigos dos Santos* gibt noch am gleichen Tage in Lissabon bekannt, zwischen 70 und 80 vH der rund 1,5 Millionen Wähler hätten die Regierung unterstützt.

### Sowjetunion

5. November: In einem von *Tass* veröffentlichten Kommuniqué wird mit der Fortsetzung der sowjetischen Kernwaffenversuche für den Fall gedroht, daß die Vereinigten Staaten ihre Experimente in der Atmosphäre wieder aufnehmen.

6. November: Ministerpräsident Nikita S. Chruschtschow beantwortet ein Telegramm des schwedischen Ministerpräsidenten, Tage Erlander, vom 24. Oktober, in dem dieser an Chruschtschow appelliert hatte, die sowjetischen Kernwaffenversuche einzustellen. Chruschtschow begründet erneut die Wiederaufnahme der Versuche mit dem angeblichen mangelnden Willen der Westmächte, einen Friedensvertrag mit Deutschland abzuschließen. Er begrüßt die von dem schwedischen Außenminister, Oesten Unden, dem Politischen Ausschuß unterbreiteten Vorschläge für einen „Klub kernwaffenfreier Länder“, die nach seiner Auffassung mit den schon früher von der Sowjetunion gemachten Vorschlägen zur Errichtung von atomwaffenfreien Zonen, beispielsweise in Nordeuropa, in Einklang ständen. Er fordert Schweden auf, sich aktiver für die sowjetischen Vorschläge über eine allgemeine und vollständige Abrüstung einzusetzen.

7. November: Ministerpräsident Nikita S. Chruschtschow erklärt auf einem Empfang im Kreml anläßlich des 44. Jahrestages der Oktoberrevolution vor anwesenden Pressevertretern zur Berlin-Frage, es sei im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht angebracht, sich gegenseitig herauszufordern. Die Sowjetunion werde vorläufig noch abwarten. Ob es zu Ost-West-Gesprächen komme, hinge vom Westen ab. Chruschtschow äußert ferner, die Sowjetunion werde ihre Kernwaffenversuche erst einstellen, wenn der Westen keine Versuche mehr unternehme. An die Zündung weiterer Superbomben sei nicht gedacht.

9. November: Ministerpräsident Nikita S. Chruschtschow führt mit dem Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Moskau, Hans Kroll, eine Unterredung über die Deutschland- und Berlin-Frage. Zur gleichen Zeit führt Außenminister Andrej A. Gromyko ein Gespräch mit dem Außen-

minister der sogenannten DDR, Lothar Bolz. Im Zusammenhang mit diesen Unterredungen berichten westliche Presseagenturen aus Moskau, die Sowjetunion habe ihre Haltung in der Berlin-Frage geändert und schlage nun vor, ein Abkommen über den Status von West-Berlin abzuschließen, bevor ein Friedensvertrag mit Deutschland unterzeichnet werde. Ferner heißt es, Kroll habe bei seinem Gespräch mit Chruschtschow eigene Gedanken vorgetragen.

10. November: Im Zuge der durch den XXII. Parteitag eingeleiteten Entstalinisierungswelle (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 237) wird Stalingrad in Wolgograd umbenannt.

11.—12. November: Der finnische Außenminister, Ahti Karjalainen, führt in Moskau Besprechungen mit Außenminister Andrej A. Gromyko, die das Ziel verfolgen, die Motive der sowjetischen Note vom 30. Oktober (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 676 ff.) zu erkunden.

11. November: Ministerpräsident Nikita S. Chruschtschow behauptet in seiner Antwort auf das Schreiben des japanischen Ministerpräsidenten vom 28. Oktober (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 236, Japan) erneut, die Sowjetunion sei durch die Haltung der Westmächte zur Wiederaufnahme ihrer Kernwaffenexperimente gezwungen worden, und appelliert an das japanische Volk, mit der Sowjetunion für den Abschluß eines Abkommens über eine allgemeine und vollständige Abrüstung einzutreten.

13. November: Der Zweite Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU in Aserbeidschan, Wladimir Semitschastny, wird zum Vorsitzenden des Ausschusses für Staatssicherheit ernannt. Er löst den bisherigen Vorsitzenden Alexander Scheljepin ab.

### Syrien

9. November: Eine Gruppe von 70 Persönlichkeiten aus den verschiedenen politischen Parteien unterzeichnen in Damaskus einen „Pakt der nationalen Union“, der die Abschaffung aller Parteikämpfe in Syrien während der nächsten vier Jahre zum Ziele hat.

### Tunesien

**1. November:** Der Außenminister der Provisorischen Regierung der Republik Algerien (GPRA), Saad Dahlab, unterstreicht in einem Interview mit der Zeitschrift *Afrique Action* die Notwendigkeit einer künftigen algerisch-französischen Zusammenarbeit. Er gibt allerdings zu erkennen, daß dabei in erster Linie an eine Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur und des Verkehrs gedacht sei. Nach seiner Auffassung müsse Algerien dagegen auf militärischem Gebiet künftig die volle Unabhängigkeit eingeräumt werden. Lediglich über einen Zeitplan für die in verschiedenen Etappen zu vollziehende Räumung der französischen Militärbasen könne verhandelt werden. Dahlab erklärt die Bereitschaft der GPRA, der französischen Minderheit in Algerien angemessene Garantien zu geben.

### Venezuela

**11. November:** Präsident Romulo Betancourt gibt in einer Fernseh- und Radioansprache den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Kuba bekannt.

### Vereinigte Arabische Republik

**5. November:** Präsident Gamal Abdel Nasser kündigt in Kairo die Ausarbeitung einer neuen Verfassung an. Zu diesem Zweck sollen in allen Gemeinden Verfassungskomitees gebildet werden, aus deren Mitte Vertreter zu einem nationalen Kongreß gewählt werden sollen, der Anfang nächsten Jahres zusammentreten soll.

**7. November:** Präsident Gamal Abdel Nasser löst durch Dekret die Nationalversammlung auf.

### Vereinigte Staaten

**1. November:** Der Staatssekretär für Wirtschaftsfragen im Außenministerium, George W. Ball, unterstreicht in einer Rede vor der American Foreign Trade Convention in New York die überragende Bedeutung des Welthandels, der es den Ländern mit einer freien Wettbewerbswirtschaft ermögliche, der weltweiten kommunistischen Herausforderung zu begegnen. Auf die EWG eingehend, erklärt Ball, diese beeinflusse bereits heute maß-

geblich die Entwicklung des Welthandels. Ball spricht sich in diesem Zusammenhang für Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der EWG über Zollsenkungen und den Abbau von Handelsbeschränkungen aus. (Vgl. S. D 688 ff.)

In Washington wird ein von dem bisherigen Außenminister Christian A. Herter und dem früheren Staatssekretär für Wirtschaftsfragen im Außenministerium der Regierung Truman, William Clayton, im Auftrag des Unterausschusses für Außenhandelspolitik des Wirtschaftsausschusses des Kongresses ausgearbeiteter Bericht veröffentlicht. In dem Bericht wird empfohlen, die Vereinigten Staaten sollten so bald wie möglich Verhandlungen einleiten, um eine Handelspartnerschaft mit dem Gemeinsamen Markt zu begründen. (Vgl. S. D 696 ff.)

**2. November:** Präsident John F. Kennedy gibt nach einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates bekannt, er habe die Vorbereitung der Wiederaufnahme von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre für den Fall angeordnet, daß diese sich nach der Auswertung der gegenwärtigen sowjetischen Kernwaffenversuche als für die Sicherheit der Vereinigten Staaten erforderlich erweisen sollten. Er werde sich dabei ausschließlich von militärischen Gesichtspunkten leiten lassen. Kennedy weist darauf hin, daß die sowjetische Versuchsserie sehr wahrscheinlich für die sowjetische Verteidigung wertvolle Ergebnisse gebracht habe. Die Vereinigten Staaten seien in der nuklearen Rüstung jedem Land überlegen und gedächten, diesen Vorsprung zu bewahren. Allerdings würden die Vereinigten Staaten keinesfalls 50-Megatonnen-Bomben zur Explosion bringen. Auch würden die Versuche so durchgeführt werden, daß die Radioaktivität auf ein Minimum beschränkt bleibe.

Der finnische Staatspräsident, Urho Kekkonen, beendet einen am 16. Oktober begonnenen Besuch der Vereinigten Staaten, in dessen Verlauf er in Washington Besprechungen mit Präsident John F. Kennedy führte. In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, die Vereinigten Staaten würden die finnische Politik der



Neutralität auf das peinlichste respektieren. *Kennedy* betont, daß jedes Land eine Einnischung in die inneren Angelegenheiten Finnlands vermeiden müßte. *Kekkonen* erklärte zum Abschluß seines Besuches in Los Angeles in einer Stellungnahme zu der sowjetischen Note an Finnland vom 30. Oktober (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 676 ff.), die sowjetischen Vorschläge über die Aufnahme militärischer Konsultationen stellten angesichts der schweren Spannungen in Europa ein berechtigtes Verlangen dar. Er betont, für Finnland sei das Vertrauen der Sowjetunion von lebenswichtiger Bedeutung.

Die Regierung beschuldigt in Noten an die Mitgliedstaaten der OAS Kuba, es versuche, die verfassungsmäßigen Regierungen auf dem amerikanischen Kontinent zu stürzen. Unter Bezugnahme auf beigefügte Dokumente weist sie darauf hin, daß die kubanische Regierung enge Verbindungen zum Ostblock unterhalte.

3. November: Der Präsident von Senegal, Leopold S. Senghor, besucht Washington und führt Besprechungen mit Präsident John F. Kennedy. Senghor erklärt nach der Unterredung, es seien Fragen der Entkolonisierung und der unterentwickelten Länder sowie die Situation in Ghana, im Kongo und in Algerien erörtert worden.

5.—14. November: Der indische Premierminister, Jawaharlal Nehru, besucht die Vereinigten Staaten und führt in Washington Besprechungen mit Präsident John F. Kennedy. Dabei erörtern die Gesprächspartner die aktuellen weltpolitischen Fragen wie Berlin, Südostasien, Kernwaffenversuche, Kongo, Entkolonisierung, Stärkung der Vereinten Nationen und die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu Indien und Pakistan. In einem am 9. November herausgegebenen Kommuniqué geben *Kennedy* und *Nehru* ihrem Bemühen um eine friedliche Regelung der internationalen Spannungen Ausdruck. (Vgl. S. D 725 f.)

8. November: Präsident John F. Kennedy äußert sich auf einer Pressekonferenz in Washington zu dem künftigen Verhältnis der Vereinigten Staaten zur EWG und unter-

streicht die Notwendigkeit, diese Beziehungen positiv und konstruktiv zu gestalten. Es müsse mit der EWG auf der Grundlage der Gleichberechtigung verhandelt werden, wobei jedoch die Interessen Japans und Lateinamerikas berücksichtigt werden müßten. *Kennedy* bezeichnet seine Besprechungen mit dem indischen Premierminister, Jawaharlal Nehru, als sehr wertvoll. Es gebe zwischen *Nehru* und ihm zwar erhebliche Meinungsverschiedenheiten, *Nehru* stehe jedoch auf dem Boden der Freiheit und Unabhängigkeit, und er hege die höchste Achtung vor ihm.

Finanzminister Douglas D. Dillon setzt sich in einer Rede in New York für die allmähliche Abschaffung der Industriezölle zwischen den Vereinigten Staaten und dem Gemeinsamen Markt ein. Die Vereinigten Staaten brauchten Einnahmen in fremder Währung und müßten folglich ihre Industrieprodukte in Europa verkaufen. *Dillon* fordert in diesem Zusammenhang Verhandlungen mit den EWG-Staaten über eine gegenseitige Zollreduktion mit der Aussicht einer völligen Abschaffung der Zölle.

13. November: Die Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens schlagen in einer gemeinsamen Note an die Sowjetunion die Wiederaufnahme der am 9. September unterbrochenen Verhandlungen über die Einstellung der Kernwaffenversuche (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. 205) zum 28. November vor. In der Note wird daran erinnert, daß die Vollversammlung am 8. November mit überwältigender Mehrheit die Wiederaufnahme der Verhandlungen und die Unterbreitung eines Berichtes über den Fortgang der Verhandlungen empfohlen habe (vgl. S. Z 254). In einer am gleichen Tage vom Außenministerium veröffentlichten Erklärung wird betont, die Vereinigten Staaten würden ihr eigenes Versuchsprogramm bis zum Abschluß eines Vertrages fortsetzen, ohne jedoch in ihren Bemühungen um den Abschluß eines Vertrages nachzulassen.

14. November: Der Vorsitzende des Obersten Rates für nationalen Wiederaufbau

der Republik Korea, General *Park Chung Hee*, führt in Washington Besprechungen mit Präsident John F. *Kennedy*. In einem gemeinsamen Kommuniqué wird von amerikanischer Seite die Entschlossen-

heit der Vereinigten Staaten bekräftigt, Korea in Uebereinstimmung mit dem amerikanisch-koreanischen Verteidigungspakt vom Oktober 1953 im Falle eines Angriffs militärisch zu verteidigen.

## Internationale Organisationen

### Organisation der Vereinten Nationen

1. November: In der Debatte des Politischen Ausschusses der Vollversammlung über eine Einstellung der Kernwaffenversuche lehnt der amerikanische Delegierte, Arthur *Dean*, jede neue unkontrollierte Einstellung der Kernwaffenversuche ab. Er erinnert an den Bruch des letzten Moratorium durch die Sowjetunion und deren Haltung nach dem Appell der Vollversammlung vom 27. Oktober (vgl. Zeittafel Jg. 1961. S. Z 242). Der Ausschuß verabschiedet am 2. November mit 72 gegen 21 Stimmen bei acht Stimmenthaltungen eine von Indien und fünf anderen Staaten eingebrachte Resolution, in der die Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche bedauert wird und die Atomkräfte aufgefordert werden, bis zum Abschluß bindender internationaler Vereinbarungen von weiteren Explosionen abzusehen. Ferner wird in ihr die Hoffnung geäußert, daß sobald wie möglich eine internationale Vereinbarung über die Einstellung der Kernwaffenversuche unter geeigneter internationaler Kontrolle abgeschlossen wird. Gegen die Resolution stimmen u. a. die vier Atomkräfte.

3. November: Auf Empfehlung des Sicherheitsrates wählt die Vollversammlung einstimmig den birmanischen Delegierten *U Thant* zum interimistischen Generalsekretär. *U Thant* wird sein Amt bis zum 10. April 1963 ausüben, an dem die reguläre Amtszeit des tödlich verunglückten Generalsekretärs Dag *Hammarhjöld* abgelaufen wäre. In einer Grundsatzerklärung, über deren Inhalt es zu langen Verhandlungen gekommen war, gibt er seine Absicht kund, eine beschränkte Anzahl von Personen, die gegenwärtig Untergeneralsekretäre seien oder zu solchen ernannt würden, aufzufordern, ihn bei wich-

tigen Fragen zu beraten. In das Kollegium der Ratgeber werde er Ralph *Bunche* und Georgij P. *Arkadijew* berufen. *U Thant* gibt ferner seine Absicht bekannt, mit den Ratgebern in gegenseitigem Einvernehmen zusammenzuarbeiten.

6. November: Die Vollversammlung verabschiedet mit 71 gegen 20 Stimmen bei acht Stimmenthaltungen die am 1. November vom Politischen Ausschuß verabschiedete Resolution über ein neues Moratorium bis zum Abschluß eines Vertrages über die kontrollierte Einstellung der Kernwaffenversuche (vgl. oben).

Der Politische Ausschuß verabschiedet mit 67 gegen elf Stimmen bei 16 Enthaltungen eine britisch-amerikanische Resolution, in der Großbritannien, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten aufgefordert werden, sobald wie möglich einen Vertrag über die Einstellung der Kernwaffenversuche abzuschließen, der eine wirksame Kontrolle ohne Selbstinspektion und ein Verzicht auf ein Veto vorsehen müsse. In der Resolution werden die drei Staaten aufgefordert, dem Abrüstungsausschuß bis zum 1. März einen Bericht über den Stand der Verhandlungen vorzulegen. Am 7. November fordert der Ausschuß mit 39 gegen elf Stimmen bei zwölf Enthaltungen die Vollversammlung auf, sich in kürzester Frist mit der anglo-amerikanischen Resolution zu befassen. Am gleichen Tage erklärt er mit 49 Stimmen bei 35 Enthaltungen die Debatte über die Kernwaffenfrage für abgeschlossen. Die Vollversammlung billigt am 8. November die britisch-amerikanische Resolution mit 71 gegen elf Stimmen bei 15 Enthaltungen und fordert die beteiligten Staaten auf, dem Abrüstungsausschuß bis zum 14. Dezember einen Bericht über den Fortgang der Verhandlungen zu unterbreiten.

**10. November:** Der indische Premierminister, Jawaharlal *Nehru*, setzt sich in einer Rede vor der Vollversammlung für den Abschluß eines Vertrages über die Einstellung der Kernwaffenversuche ein, dem ein Moratorium vorausgehen müsse. Er fordert energische Maßnahmen zur Befriedung des Kongo und die Unabhängigkeit für Algerien und Angola. Seinen Konflikt mit der Volksrepublik China werde Indien nach den Worten *Nehrus* außerhalb der Vereinten Nationen zu regeln versuchen.

**13. November:** Der Politische Sonderausschuß verabschiedet mit 55 gegen 26 Stimmen bei 20 Enthaltungen eine von 31 afrikanischen Staaten eingebrachte Resolution, in der die südafrikanische Rassenpolitik scharf verurteilt und als Gefahr für Frieden und Sicherheit bezeichnet wird. Gleichzeitig werden in der Resolution dem Sicherheitsrat der Ausschluß der Südafrikanischen Republik aus den Vereinten Nationen empfohlen und scharfe diplomatische und wirtschaftliche Sanktionen gefordert. Eine zweite, mildere Resolution, in der die südafrikanische Rassenpolitik verurteilt und die Mitgliedstaaten zu einzelnen oder kollektiven Maßnahmen gegen die Südafrikanische Republik aufgefordert werden, wird mit 72 gegen zwei Stimmen bei 27 Enthaltungen angenommen.

Der Sicherheitsrat beginnt eine Debatte über die Kongo-Krise. Der kongolesische Außenminister, Justin *Bomboko*, fordert vor dem Sicherheitsrat eine verstärkte Hilfe der Vereinten Nationen, um die „chaotische Lage“ im Kongo zu beenden und Gesetz und Ordnung in Katanga wiederherzustellen.

**14. November:** Die von der Vollversammlung am 16. April eingesetzte Kommission zur Untersuchung des Todes des ehemaligen kongolesischen Ministerpräsidenten, Patrice *Lumumba* (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 100), veröffentlicht einen Bericht. Die Kommission, die ihre Untersuchungen außerhalb des Kongo führen mußte, kommt zu dem Schluß, daß *Lumumba* und seine beiden Mitgefangenen am 17. Januar in der Nähe von Léopold-

ville, wahrscheinlich in Anwesenheit hoher katangischer Persönlichkeiten, darunter Präsident Moise *Tshombé*, erschossen worden seien. Der kongolesische Staatspräsident, Joseph *Kasavubu*, und *Tshombé* seien nicht frei von Verantwortung an dem Schicksal *Lumumbas*.

**15. November:** Die Vollversammlung verabschiedet mit 62 Stimmen bei 31 Enthaltungen eine von 34 afrikanischen und asiatischen Staaten unterbreitete Resolution, in der an Frankreich appelliert wird, die inhaftierten Algerier als politische Gefangene zu behandeln. Der französische Vertreter nimmt an der Abstimmung nicht teil.

### Europäische Gemeinschaften

**8. November:** In Brüssel verhandeln die Vertreter der sechs EWG-Staaten und Großbritanniens unter dem Vorsitz des deutschen Staatssekretärs im Bundeswirtschaftsministerium, Alfred *Müller-Armack*, über das britische Beitrittsgesuch. Der deutsche Staatssekretär im Außenministerium, Rolf *Lahr*, legt in einer Erklärung den Standpunkt der Sechs dar, bei der es sich allerdings nicht um eine Beantwortung der einzelnen Punkte des von dem britischen Lordsiegelbewahrer, Edward *Heath*, am 10. Oktober vorgetragenen Exposés handelt. *Lahr* begrüßt die grundsätzlichen Erklärungen *Heaths* und erläutert, in welcher Weise die Sechs die durch den britischen Antrag aufgeworfenen grundsätzlichen Probleme, vor allem die Fragen im Zusammenhang mit der Zollunion und dem Commonwealth, im gegenwärtigen Zeitpunkt in Angriff zu nehmen gedenken. Der Präsident der EWG-Kommission, Walter *Hallstein*, nimmt darauf eingehend zu den verschiedenen Fragen Stellung und geht dabei insbesondere auf Fragen der Zoll- und Wirtschaftsunion ein.

**13. November:** In Brüssel tagt der Rat der EAG. Der Rat befaßt sich mit einem von der Kommission unterbreiteten Abkommen mit Argentinien, in dem ein Austausch von Technikern und Praktikanten, von wissenschaftlichen Forschungsergebnissen und von Rohstoffen vorgesehen ist.



14. November: In Brüssel tagt der Rat der EWG. Der Rat führt eine Aussprache über die Zollkontingente, die von den Mitgliedstaaten für 1962 beantragt worden sind, vertagt jedoch eine Entscheidung. Er vertagt ferner Beschlüsse über das Kartellproblem, die Frage der künftigen Beziehungen zu den assoziierten afrikanischen Gebieten, die Fortsetzung der Assoziierungsverhandlungen mit der Türkei sowie über die Vereinheitlichung der Löhne. Dagegen einigt sich der Rat über die Assoziation der Niederländischen Antillen. In einem Kommuniqué wird mitgeteilt, die Assoziation könne nun als feststehend gelten.

#### Liga der Arabischen Staaten

2. November: Der Generalsekretär der Liga der Arabischen Staaten, Abdel Khalek Hassouna, teilt in Kairo mit, zwischen Syrien und der Vereinigten Arabischen Republik sei ein Abkommen unterzeichnet worden, durch das alle Streitfragen beigelegt wurden.

#### Nordischer Rat

11.—12. November: In Hangö in Finnland findet eine Konferenz der fünf nordischen Regierungschefs und des Präsidiums des Nordischen Rates statt. Der finnische Ministerpräsident, Martti J. Miettunen, er-

klärt, es sei in letzter Zeit nichts vorgefallen, was die positive Einstellung Finnlands zu einer engen nordischen Zusammenarbeit ändern könne. Finnland könne sich an dieser Zusammenarbeit auch dann beteiligen, wenn andere nordische Länder sich der EWG anschließen würden. Miettunen äußert seine Befriedigung über die Erklärung des schwedischen Ministerpräsidenten, Tage Erlander, vom Vortage (vgl. S. Z 247 f., Finnland), mit der alle Gerüchte über eine Aenderung des außenpolitischen Kurses Schwedens entkräftet worden seien. In einem Abschlußkommuniqué setzen sich die Konferenzteilnehmer dafür ein, die Vorschläge für eine vertragsähnliche Fixierung der bisher erreichten nordischen Zusammenarbeit in der Arbeits-, Markt-, Sozial- und Kulturpolitik dem Nordischen Rate vorzulegen.

#### Westeuropäische Union

9.—10. November: Der Rat der Westeuropäischen Union führt in Luxemburg unter Vorsitz des luxemburgischen Außenministers, Eugene Schaus, vertrauliche Beratungen zusammen mit dem Prüfungsausschuß für Fragen der Verteidigung und der Ausrüstung sowie dem Ausschuß für allgemeine Fragen.

### Internationale Konferenzen

#### Genfer Laos-Konferenz

1. November: Die seit dem 16. Mai in Genf tagende Laos-Konferenz (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 121) tritt nach fünfwöchiger Unterbrechung wieder zu einer Plenarsitzung zusammen. Die Konferenz erörtert einen Zwischenfall bei Xieng Khouan, bei dem am gleichen Tage nicht identifizierte Flugzeuge Truppen des Pathet Lao bombardiert hatten. In der Debatte wird von den kommunistischen Delegierten vor allem die Entsendung des amerikanischen Sonderberaters, General Maxwell D. Taylor, nach Südostasien (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 229, Vereinigte Staaten) kritisiert und der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen

Kambodscha und Thailand (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 236, Kambodscha) verurteilt. Der amerikanische Delegierte, Averell Harriman, weist darauf hin, daß die Zwischenfälle in Laos vielleicht hätten vermieden werden können, wenn die Sowjetunion sich bereit gefunden hätte, der Internationalen Kontrollkommission Weisungen zur Ueberwachung und Kontrolle des Waffenstillstandes in Laos zu erteilen. In einem Bericht der Internationalen Kontrollkommission, der am 2. November den Co-Präsidenten vorgelegt wird, heißt es, ohne das Zustandekommen einer politischen Lösung werde sich der Waffenstillstand in Laos nicht auf unbestimmte Zeit aufrechterhalten lassen.

### Brasilien

23. November: Mit der Unterzeichnung eines Protokolls in Brasilia werden die seit 1947 unterbrochenen diplomatischen Beziehungen zwischen Brasilien und der Sowjetunion wieder aufgenommen.

### Deutschland

16. November: Bundeskanzler Konrad Adenauer bezeichnet in einem Interview mit amerikanischen Korrespondenten in Bonn die Wiederherstellung einer einheitlichen westlichen Auffassung in der Berlin-Frage und den mit ihr zusammenhängenden Problemen als die dringendste Aufgabe seiner bevorstehenden Gespräche mit dem amerikanischen Präsidenten, John F. Kennedy. Der Westen solle erst dann mit der Sowjetunion verhandeln, wenn er eine gemeinsame Grundlage gefunden habe. Adenauer lehnt den Vorschlag eines Disengagement in Mitteleuropa ab. Ein Disengagement könne nur in Frage kommen, wenn es einen größeren Raum umfasse. Vorstellungen, nach denen durch die Aufnahme von Kontakten mit der sogenannten DDR deren Staatsapparat unterhöhlt werden könnte, weist Adenauer als falsch zurück. Auf die Frage, ob er es für befriedigend halte, daß die der Bundeswehr überlassenen Atomsprengköpfe weiterhin amerikanischer Kontrolle unterstehen, antwortet Adenauer mit einem Hinweis auf den noch unentschiedenen Plan, die NATO zur vierten Atommacht zu machen. Auf die Berlin-Frage eingehend betont er, die Mauer in Berlin müsse fallen und die Verbindung der Stadt mit der Bundesrepublik gesichert werden.

18. November: Bundesaußenminister Gerhard Schröder nimmt anlässlich eines Besuches in West-Berlin auf einer Pressekonferenz zur Berlin- und Deutschland-Frage Stellung. Er betont, daß Verhandlungen der Westmächte mit der Sowjetunion nicht unter Druck stattfinden dürfen. Schröder hebt die Notwendigkeit hervor, die bestehenden Bindungen West-Berlins an die Bundesrepublik aufrechtzuerhalten und am Viermächtestatus für ganz Berlin festzuhalten. Auf die Frage

einer Erweiterung der technischen Kontakte mit der sogenannten DDR eingehend warnt er vor der Illusion, ein moderner totalitärer Staat könne durch derartige Kontakte „unterlaufen“ werden. Die Formulierung von Grundsätzen für einen Friedensvertrag durch die Bundesregierung hätte nach Ansicht Schröders keinen Sinn, solange zwischen Ost und West eine Annäherung in wesentlichen Punkten nicht erreicht sei. Die von Bundeskanzler Konrad Adenauer in seinem Interview am 16. November (vgl. oben) erhobene Forderung nach einer Beseitigung der Mauer in Berlin stellt nach Auffassung Schröders keine Vorbedingung für Verhandlungen mit der Sowjetunion dar, sondern eine Forderung, die von westlicher Seite immer erhoben werden müsse. Auf eine Frage nach Möglichkeiten einer gewissen Auflockerung der Hallstein-Doktrin erklärt Schröder, er wolle eine dahingehende Entwicklung nicht von vornherein ausschließen.

20. November: Die Behörden der sogenannten DDR lassen an einigen Stellen der Sektorengrenze eine zweite, aus Beton und Panzersperren bestehende Mauer errichten.

23.—26. November: In Ost-Berlin tagt das ZK der SED. Der Erste Sekretär des ZK und Vorsitzender des Staatsrats, Walter Ulbricht, erstattet einen Bericht über die Ergebnisse des XXII. Parteitages der KPdSU (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 237, Sowjetunion). Ulbricht kündigt die konsequente Fortführung der Sozialisierung an und verlangt von der Bevölkerung Arbeitsdisziplin, Pflichterfüllung und Steigerung der Produktion. Er erklärt, die SED habe bereits nach dem XX. Parteitag die von der KPdSU gewonnenen Erkenntnisse ausgewertet und einen entschiedenen Kampf gegen den Dogmatismus geführt. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, daß er sich bereits 1953 gegen die Deutschland-Politik Lawrentij P. Berijas gewandt habe. Im außenpolitischen Teil seiner Rede unterbreitet Ulbricht Vorschläge für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands (vgl. S. D 742 ff.). Das ZK der SED heißt in einer

einstimmig verabschiedeten Resolution den Bericht *Ulbrichts* gut. In der Resolution wird das Programm der KPDsU für die deutsche Arbeiterklasse und Nation als richtungweisend bezeichnet. Der Kampf um die Beseitigung der Reste des Zweiten Weltkrieges sowie um einen Friedensvertrag und die friedliche Lösung der West-Berlin-Frage sei in seine letzte Etappe eingetreten. Zu der vom XXII. Parteitag der KPDsU getroffenen Verurteilung des Personenkults heißt es, unter den Bedingungen der Entwicklung der SED habe ein solcher nicht entstehen können.

29. November: Vizekanzler und Bundeswirtschaftsminister Ludwig *Erhard* verliert an Stelle des erkrankten Bundeskanzlers, Konrad *Adenauer*, im Bundestag die Regierungserklärung. Im außenpolitischen Teil der Erklärung wird die Notwendigkeit hervorgehoben, die enge Bindung der Bundesrepublik an die Atlantische Verteidigungsallianz zu erhalten und die Politik des europäischen Zusammenschlusses fortzusetzen. In diesem Zusammenhang wird die Ausgestaltung der NATO zur „vierten Atommacht“ befürwortet und angekündigt, daß die Bundesregierung künftig größere Opfer für die Sache der gemeinsamen Verteidigung fordern werde. So werde der Grundwehrendienst auf 18 Monate verlängert und der Verteidigungshaushalt erhöht werden müssen. Ebenso sei eine baldige Verabschiedung des Notstandsrechts und eines Gesetzes über den zivilen Bevölkerungsschutz dringend erforderlich. Zur Berlin-Frage heißt es in der Erklärung, der Sowjetunion gehe es in Wirklichkeit nicht um die Konsolidierung ihres Machtbereiches, sondern um die Isolierung der Bundesrepublik und um die Zerstörung der NATO. Diese Ziele sollten durch die langsame Aushöhlung der Freiheit Berlins, durch die Erzwingung einer irgendwie gearteten Anerkennung der sogenannten DDR und durch die Herbeiführung eines „minderen Status der Bundesrepublik“ innerhalb der NATO erreicht werden. Zur Abwehr dieser Bedrohung werde die Bundesregierung die amerikanische Berlin-Politik voll unterstützen, welche die Anwesenheit der Westmächte in Berlin, den freien Zugang und die Freiheit und Le-

bensfähigkeit der Stadt sichern solle. Die Bundesregierung stimme darin mit ihren Verbündeten überein, daß jeder vertretbare Versuch gemacht werden sollte, um eine Entschärfung der Spannungen zu bewirken, aber Verhandlungen könnten nur dann Erfolg haben, wenn beide Seiten den Willen zu einem vernünftigen Ausgleich hätten. Bei derartigen Verhandlungen dürfe die Sicherheit der Bundesrepublik nicht angetastet werden. Ferner müßten die politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Bindungen zwischen Berlin und der freie Zugang auch für die Zivilbevölkerung erhalten bleiben und eine gemeinsame Deutschland-Politik des Westens gewährleistet sein. Konzessionen in der Frage der europäischen Sicherheit werden in der Regierungserklärung mit Nachdruck abgelehnt. Diese Frage gehöre nicht in den Zusammenhang der Berlin-Krise, sondern könne nur in Verbindung mit der Wiederherstellung der deutschen Einheit erörtert werden. Die Bundesregierung werde sich auch in Zukunft dafür einsetzen, daß nichts geschehe, was die Wiedervereinigung erschwere oder verhindern könne. Eine Anerkennung des kommunistischen Regimes in Mitteldeutschland lehne sie entschieden ab.

#### Dominikanische Republik

18. November: In einer Rundfunkmeldung wird mitgeteilt, der Oberbefehlshaber der Streitkräfte, General Rafael L. *Trujillo*, sei am 14. November von seinem Amt zurückgetreten und habe das Land am 17. November verlassen. Am gleichen Tage verhängt Präsident Joaquin *Balaguer* den Ausnahmezustand. Am 19. November kündigt *Balaguer* in einer Rundfunkansprache an, daß die Brüder Hector und José *Trujillo* ebenfalls das Land verlassen würden und daß er selbst das Oberkommando über die Streitkräfte übernommen habe. Am gleichen Tage tauchen mehrere amerikanische Kriegsschiffe an den Küsten der Insel auf. Am 23. November billigt die Abgeordnetenkammer einstimmig einen Gesetzesentwurf, in dem die Wiedereinführung des alten Namens Santo Domingo de Guzman für Ciudad Trujillo vorgesehen wird.



## Finland

17. November: In einem von der Regierung in Helsinki veröffentlichten Kommuniqué heißt es, der Stellvertretende sowjetische Außenminister, Wassilij V. Kuznezow, habe am Vortage bei einer Unterredung mit dem finnischen Botschafter in Moskau, Eero A. Wuori, vorgeschlagen, daß sich eine finnische Delegation sobald wie möglich nach Moskau zu den in der sowjetischen Note vom 30. Oktober (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 676 ff.) geforderten Verhandlungen begeben.

23. November: Reichspräsident Karl-August Fagerholm schlägt in einem offenen Brief an alle Fraktionen und in einer Rundfunkansprache vor, mit Rücksicht auf die außenpolitische Lage den Wahlkampf um das Amt des Staatspräsidenten einzustellen und das Mandat des jetzigen Staatspräsidenten, Urho Kekkonen, durch ein Sondergesetz um eine weitere Amtsperiode von sechs Jahren zu verlängern. Am 24. November zieht der Gegenkandidat Kekkonens, Olavi Honka, seine Kandidatur zurück.

26. November: Präsident Urho Kekkonen berichtet in einer Rundfunk- und Fernsehansprache über seine Besprechungen mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. Chruschtschow (vgl. S. Z 262, Sowjetunion). Er habe Chruschtschow vorgeschlagen, nicht auf den von ihm angeregten Konsultationen zu beharren, da nur auf diese Weise die öffentliche Meinung in Skandinavien beruhigt werden könne. Chruschtschow habe zugestimmt, daß ein Aufschub der Konsultationen unter diesem Aspekt angebracht sein könnte. Kekkonen betont, daß keine geheimen Forderungen gestellt und keine geheimen Abkommen getroffen worden seien. Die Sowjetunion sehe auch in der zugespitzten weltpolitischen Lage die finnische Neutralitätspolitik als wesentlichen Teil ihrer eigenen Sicherheitspolitik an.

## Frankreich

16. November: Justizminister Bernard Chenot nimmt in einer Rundfunkansprache zu Beschuldigungen Stellung, die Regierung verweigere den in Frankreich in-

haftierten Algeriern das Recht auf Behandlung als politische Häftlinge, und betont, die Haftbedingungen für politische Gefangene würden im Hinblick auf die Ereignisse in Nordafrika allen Inhaftierten gegenüber sehr liberal angewendet. Am 17. November beendet eine Delegation von drei marokkanischen Ministern dreitägige Besprechungen, die sie in Paris mit Außenminister Maurice Couve de Murville und in Garches mit dem dorthin überführten Stellvertretenden Ministerpräsidenten der Provisorischen Regierung der Republik Algerien (GPRA), Mohammed Ben Bella, über die algerisch-französischen Beziehungen nach Ausbruch des Hungerstreiks der algerischen Häftlinge (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 248) führten. Am 20. November beenden Ben Bella und seine Mithäftlinge den Hungerstreik. Einem Aufruf Ben Bellas folgend, stellen die in Frankreich inhaftierten Algerier ihrerseits den Hungerstreik ein.

Der Präsident der EWG-Kommission, Walter Hallstein, führt in Paris eine Unterredung mit Staatspräsident de Gaulle.

Der spanische Außenminister, Fernando Maria Castiella führt in Paris eine Unterredung mit Staatspräsident Charles de Gaulle.

20.—22. November: Der Präsident des Kongo (Brazzaville), Fulbert Youlou, besucht Paris und führt Besprechungen mit Staatspräsident Charles de Gaulle.

23. November: Staatspräsident Charles de Gaulle erklärt in Straßburg vor Offizieren, Frankreich müsse angesichts der erneuten Bedrohung durch die Mächte des Totalitarismus stark und fähig sein, seinen Beitrag zur Verteidigung der freien Welt zu leisten. Es müsse sich dabei in erster Linie auf seine Soldaten verlassen können. De Gaulle bezeichnete die Atlantische Allianz und die Zusammenarbeit mit den Alliierten als absolute Notwendigkeit. Dies dürfe aber nicht dazu führen, daß Frankreich auf die militärische Sicherung seiner nationalen Interessen verzichte. Heute müsse jeder Großstaat, der nicht darauf verzichten wolle, sein Schicksal selbst zu bestimmen, über eine angemessene Ausrüstung mit Atomwaffen und den erforderlichen Ra-

keten verfügen. *De Gaulle* erinnert daran, daß Frankreich den Prozeß der Entkolonialisierung erfolgreich abgeschlossen habe. Nur in dem durch engere Bande mit dem Mutterland verbundenen Algerien habe sich dieser Prozeß nicht vollziehen lassen, zum Teil wegen des Widerstandes gewisser Elemente in der Armee, die sich an eine aussichtslose Konzeption klammerten. Er betont, daß Frankreich heute auf eine Lösung der Algerien-Frage festgelegt sei, die auf den Grundsätzen der Selbstbestimmung, ausreichender Garantien für die europäischen Bewohner Algeriens und der Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten beruhe. Allerdings dürfe die Armee nie den Eindruck erhalten, in Algerien eine Niederlage erlitten zu haben.

### Großbritannien

20.—23. November: Der Ministerpräsident des Malaiischen Bundes, *Tunku Abdul Rahman*, führt in London mit Regierungsmitgliedern Besprechungen über Pläne zur Schaffung einer aus Singapur, Sarawak, Brunei und Nordborneo bestehenden Föderation, die Malaysia heißen soll. In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, die beiden Regierungen seien davon überzeugt, daß die Schaffung einer Föderation ein wünschenswertes Ziel darstelle. Die Minister hätten mit Befriedigung von den am 16. November in Form eines Weißbuchs veröffentlichten Grundsätzen der Union zwischen Singapur und dem Malaiischen Bund Kenntnis genommen und die Einsetzung einer Kommission beschlossen, die einen Bericht über die mit der Schaffung der Föderation zusammenhängenden Fragen erstatten solle, bevor ein endgültiger Beschluß gefaßt werde. Die Gesprächspartner beschließen ferner, daß Großbritannien auch weiterhin in Malaysia Stützpunkte unterhalten könne, und zwar sowohl für die Verteidigung des Commonwealth wie auch für die Erhaltung des Friedens in Südostasien.

24.—26. November: Der französische Staatspräsident, *Charles de Gaulle*, führt auf Birch Grove vertrauliche Besprechungen mit Premierminister *Harold Macmillan*. Ein Kommuniqué wird nicht veröffentlicht.

### Indien

20. November: Premierminister *Jawaharlal Nehru* gibt auf eine Anfrage im Parlament bekannt, seit April 1960 hätten chinesische Truppen im tibetisch-indischen Grenzgebiet über elf Grenzverletzungen begangen. Die Regierung habe am 31. Oktober in einer Note an die chinesische Regierung gegen die Errichtung von drei chinesischen Armeeposten im umstrittenen Gebiet von Ladakh protestiert und den Rückzug der Truppen gefordert. Zugleich seien militärische Schritte unternommen worden, um den Einfällen zu begegnen. Die Mitteilung *Nehrus* löst im Parlament eine heftige Debatte aus, in deren Verlauf die chinesischen Uebergriffe als flagrante Verletzung des im April 1960 geschlossenen Stillhalteabkommens bezeichnet werden. Am 28. November legt *Nehru* dem Unterhaus ein Weißbuch über den Notenwechsel der letzten Jahre zwischen China und Indien vor und teilt auf Fragen weitere Einzelheiten über jüngste Verletzungen der indisch-chinesischen Grenze durch chinesische Truppen mit.

20.—23. November: Der japanische Ministerpräsident, *Hayato Ikeda*, besucht Indien und führt in Neu-Delhi Besprechungen mit Premierminister *Jawaharlal Nehru*. In einem gemeinsamen Kommuniqué appellieren die Gesprächspartner an die Großmächte, die Kernwaffenversuche sofort einzustellen und bald ein Abkommen über ein Kernwaffenverbot mit wirksamer Inspektion und Kontrolle abzuschließen. Sie setzen sich ferner für eine allgemeine kontrollierte Abrüstung ein und unterstreichen die Notwendigkeit einer Stärkung der Vereinten Nationen. Wie es weiter in dem Kommuniqué heißt, erörtern die Gesprächspartner Mittel und Wege zur Erzielung einer besseren Integration der Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern. *Ikeda* sicherte die Bereitschaft Japans zu, seine wirtschaftliche und technische Hilfe zu erweitern.

### Israel

22. November: Der norwegische Ministerpräsident, *Einar Gerhardsen*, beendet einen einwöchigen Besuch Israels, in des-

sen Verlauf er in Jerusalem Besprechungen mit Ministerpräsident David *Ben Gurion* und Außenminister Frau Golda *Meir* führte.

### Japan

17. November: Die Regierung veröffentlicht ein Schreiben, mit dem Ministerpräsident Hayato *Ikeda* am 15. November ein Schreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow*, vom 29. September (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 212, Sowjetunion) beantwortet hatte. In dem Schreiben ersucht *Ikeda* die Sowjetunion, die Inseln Kunaschiri und Yeturufu zurückzugeben. Japan habe zwar 1951 im Vertrag von San Franzisko auf die Kurilen verzichtet, aber diese beiden Inseln seien niemals ein Teil der Kurilen gewesen. Ueberdies sei die Sowjetunion nicht Signatar des Vertrages gewesen, könne sich also nicht auf ihn berufen.

### Jugoslawien

16.—17. November: Der britische Lord-siegelbewahrer, Edward *Heath*, führt in Belgrad Besprechungen mit Staatspräsident Josip Broz *Tito*, Vizepräsident *Miljalko Todorovic* und Außenminister Koca *Popovic*. In einem gemeinsamen Communiqué heißt es, bei den Besprechungen seien die Auswirkungen eines Beitritts Großbritanniens zur EWG auf die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern geprüft worden.

27. November: In Belgrad tagt das ZK des Bundes der Jugoslawischen Kommunisten. Im Mittelpunkt der Beratungen steht ein vom Exekutivkomitee ausgearbeitetes Referat, in dem die Rolle der kommunistischen Parteimitglieder innerhalb der Selbstverwaltung der Betriebe und der Kommunalbehörden neu definiert wird. In einer zum Abschluß der Tagung verabschiedeten Resolution wird der XXII. Parteitag der KPdSU als ein Beitrag auf dem Wege zum Fortschritt des Sozialismus bezeichnet.

### Kongo (Léopoldville)

16. November: Ein Sprecher der Vereinten Nationen gibt in Léopoldville bekannt, daß eine am 11. November in Kindu ge-

landete Gruppe von 13 italienischen Fliegern, die zum Personal der Vereinten Nationen gehörten, nach Augenzeugenberichten am gleichen Tage von kongolesischen Soldaten mißhandelt und erschossen worden sei.

### Norwegen

18. November: Der deutsche Bundesverteidigungsminister, Franz-Joseph *Strauß*, besucht militärische Anlagen in Norwegen und führt Besprechungen mit Regierungsmitgliedern.

### Peru

20. November: Vizepräsident Carlos *Moreyra Paz* bildet als Nachfolger des am 4. November zurückgetretenen Ministerpräsidenten Pedro *Beltran* ein neues Kabinett.

### Polen

21.—22. November: In Warschau tagt das 9. Plenum des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. Der Erste Sekretär des ZK, Wladyslaw *Gomulka*, gibt einen Bericht über die Ergebnisse des XXII. Parteitages der KPdSU (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 237, Sowjetunion). *Gomulka* weist darauf hin, daß bei Anerkennung der Führerstellung der KPdSU die nationalen kommunistischen Parteien eine gewisse Autonomie besäßen, die die Vorstellung von verschiedenen Zentren der kommunistischen Bewegung überflüssig mache. Er beschuldigt die albanischen Kommunisten, eine kriegerrische Abenteuerpolitik zu führen und ihr Land mit Methoden zu regieren, die die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung unterminierten. In einer einstimmig verabschiedeten Resolution billigt das ZK die Darstellung der internationalen Lage und die Beschlüsse des XXII. Parteitages zur Außenpolitik. Es begrüßt die theoretische Entwicklung des Leninismus durch den XXII. Parteitag und die Beseitigung des Personenkults.

### Sowjetunion

16. November: Nach Ablösung von Wjatscheslaw M. *Molotow* als sowjetischer Vertreter bei der Internationalen Atomenergie-Organisation wird Alexander I. *Alexandrow* zum geschäftsführenden Missionschef ernannt.



20. November: Die Regierung erklärt sich in Antworten auf die Noten Großbritanniens und der Vereinigten Staaten vom 13. November (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 249, Großbritannien und S. Z 253, Vereinigte Staaten) bereit, am 28. November die Verhandlungen über ein Abkommen zur Einstellung der Kernwaffenversuche wiederaufzunehmen. Sie gehe von der Voraussetzung aus, daß während der Verhandlungen keinerlei Experimente unternommen würden und daß die Verhandlungspartner allgemeine und vollständige Abrüstung als gemeinsames Ziel betrachten.

24. November: Der finnische Staatspräsident, Urho Kekkonen, und Ministerpräsident Nikita S. Chruschtschow führen in Nowosibirsk Besprechungen über die Note vom 30. Oktober (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 676 ff.). In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, die Sowjetunion erachte es für möglich, die Finnland vorgeschlagenen militärischen Konsultationen zu verschieben. Sie wünsche jedoch, daß Finnland die Lage in Nordeuropa und im Ostseeraum aufmerksam verfolge und der sowjetischen Regierung gegebenenfalls ihre Vorstellungen über erforderliche Maßnahmen vortrage.

27. November: Die Regierung veröffentlicht in Moskau den Entwurf eines Abrüstungsabkommens der Atommächte, das auch von Frankreich unterzeichnet werden soll. Der neue Abrüstungsvorschlag umfaßt im einzelnen folgende vier Punkte: 1. Die Unterzeichner verpflichten sich, keinerlei nukleare oder thermonukleare Versuche in der Atmosphäre, im Weltraum oder unter Wasser zu unternehmen. 2. Die betreffenden Staaten werden eigene Systeme zur Feststellung derartiger Explosionen benutzen. 3. Kein Staat wird unterirdische nukleare Versuche unternehmen, bis eine Uebereinkunft über ein Kontrollsystem erzielt worden ist, welches Bestandteil eines internationalen Kontrollsystems für ein Abkommen über allgemeine und vollständige Abrüstung sein würde. 4. Das Abkommen soll von den vier Atommächten unterzeichnet werden und allen Staaten zum Beitritt offenstehen. In einer zur gleichen Zeit veröffentlichten Er-

klärung unterstreicht die Regierung, die Sowjetunion setze sich für die Abschaffung aller Waffen ein. Wenn es nur nach ihr ginge, sei die Abrüstungsfrage längst gelöst.

#### Spanien

21.—25. November: Der portugiesische Staatspräsident, Americo Deus Rodrigues Tomas, besucht Spanien und führt in Madrid Besprechungen mit Staatschef Francisco Franco Bahamondes.

#### Sudan

21. November: Der sowjetische Staatspräsident, Leonid I. Bresnjinow, beendet einen am 15. November begonnenen Besuch des Sudan, in dessen Verlauf er in Khartoum Besprechungen mit Präsident Ibrahim Abboud führte. Zum Abschluß des Besuches wird ein Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern unterzeichnet. In einem gemeinsamen Kommuniqué setzen sich die Gesprächspartner für eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung ein und unterstreichen die Notwendigkeit einer friedlichen Regelung der Deutschland-Frage.

#### Tschechoslowakei

17. November: In Prag wird eine dreitägige Sitzung des ZK der Tschechoslowakischen Kommunistischen Partei beendet. Staatspräsident Antonin Novotny erstattete einen Bericht über die Ergebnisse des XXII. Parteitages der KPdSU (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 237, Sowjetunion). Das ZK billigte einstimmig das Referat Novotnys, in dem die albanischen Kommunisten scharf verurteilt und das Verhalten des Ministerpräsidenten der Volksrepublik China, Chou En-lai, ausdrücklich kritisiert werden.

#### Türkei

20. November: Staatspräsident General Cemal Gürsel billigt die Kabinettsliste des mit der Regierungsbildung beauftragten Führers der Republikanischen Volkspartei, Ismet İnönü. Die Regierung setzt sich danach wie folgt zusammen: Ministerpräsident: Ismet İnönü; Stellvertretender Ministerpräsident: Akif İyidogan; Staatsminister: Turhan Feyzioglu, Avni Dogan,

Nihat Su, Necmi Öktem; Justizminister: Sahir Kurutluoglu; Verteidigungsminister: İlhami Sancar; Innenminister: Ahmet Topaloglu; Außenminister: Selim Sarper; Finanzminister: Sefik Inan; Erziehungsminister: Hilmi Incesulu; Minister für öffentliche Arbeiten: Emin Paksüt; Handelsminister: İhsan Gürsan; Gesundheitsminister: Suat Seren; Minister für Zölle und Monopole: Sevkett Boladoglu; Verkehrsminister: Cahit Akyar; Landwirtschaftsminister: Cavit Oral; Arbeitsminister: Bülent Ecevit; Industrieminister: Fethi Celikbas; Minister für Presse, Rundfunk und Tourismus: Kamuran Evliyaoglu; Aufbauamini-ster: Muhittin Güven.

27. November: Ministerpräsident İsmet İnönü hebt in einer Regierungserklärung die Treue der Türkei zur NATO und zur CENTO hervor und unterstreicht den ehrlichen Wunsch seiner Regierung, der EWG als der am weitesten gediehenen Stufe der europäischen Integrationsbewegung beizutreten. Die Regierung werde sich um gutnachbarliche Beziehungen zur Sowjetunion bemühen, wodurch allerdings die Bindungen an den Westen nicht beeinträchtigt werden dürften.

#### Ungarn

17. November: Das ZK der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei erörtert auf einer Sitzung in Budapest die Ergebnisse des XXII. Parteitages der KPdSU (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 237, Sowjetunion). In einer Resolution wird mit Befriedigung festgestellt, daß die von den ungarischen Kommunisten befolgte Linie bestätigt worden sei, und auf die Erfolge im Kampf gegen den Persönlichkeitskult hingewiesen.

#### Vereinigte Arabische Republik

18. November: Der jemenitische Thronfolger, Scheich *el Islam el Badr*, und Präsident Gamal Abdel Nasser beschließen nach einwöchigen Verhandlungen in Kairo, den 1958 abgeschlossenen Vertrag über eine aus der VAR und Jemen bestehende Föderation der Vereinigten Arabischen Staaten um weitere drei Jahre zu verlängern.

25. November: Die Regierung läßt acht Franzosen, unter ihnen drei Mitglieder der Commission pour les biens français, die

nach einem im August 1958 zwischen Frankreich und der VAR geschlossenen Abkommen die Privilegien der Immunität genießen, unter der Beschuldigung verhaften, sie hätten Spionage getrieben gegen Präsident Gamal Abdel Nasser und ein Komplott vorbereitet.

#### Vereinigte Staaten

16. November: Tod des langjährigen Vorsitzenden des Repräsentantenhauses, Sam Rayburn.

18. November: Der italienische Außenminister, Antonio Segni, führt in Washington mit Außenminister Dean Rusk eine Unterredung, bei der insbesondere die Lage im Kongo erörtert wird.

20. November: Der belgische Außenminister, Paul Henri Spaak, führt in Washington mit Präsident John F. Kennedy eine Unterredung über Fragen Berlins, der europäischen Integration und des Kongo. Am 21. November nimmt Spaak vor dem National Press Club zu diesen Fragen Stellung und setzt sich dafür ein, über das Berlin-Problem in möglichst engem Rahmen zu verhandeln, weil eine Wiedervereinigung Deutschlands auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes zur Zeit nicht zu erreichen sei. Auf Fragen der europäischen Integration eingehend betont Spaak, daß die politischen Aspekte der Verträge von Rom wichtiger seien als die wirtschaftlichen. Sie könnten aber durch einen Beitritt Großbritanniens und Dänemarks zur EWG in den Hintergrund treten. Spaak lehnt den Fouchet-Plan (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 235, Frankreich) als ungenügend ab. Er ziehe in gefährlicher Weise darauf ab, Westeuropa auf den Gebieten der Außen- und Verteidigungspolitik von den Vereinigten Staaten zu trennen. Die in den Vereinten Nationen geäußerte Kritik an der belgischen Haltung in der Kongo-Frage weist Spaak zurück und befürwortet den Versuch einer Vermittlung zwischen Moise Tshombe und Cyrille Adoula durch eine unabhängige afrikanische Persönlichkeit.

20.—22. November: Der deutsche Bundeskanzler, Konrad Adenauer, Bundesaußen-

minister Gerhard Schröder und Bundesverteidigungsminister Franz-Joseph Strauß führen in Washington Besprechungen mit Präsident John F. Kennedy, Außenminister Dean Rusk und Verteidigungsminister Robert S. McNamara. Die Gesprächspartner erörtern besonders die Berlin- und Deutschland-Frage sowie Probleme der NATO, der europäischen Einigung und der Entwicklungshilfe. In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es zur Berlin-Frage, Adenauer und Kennedy seien sich über die grundsätzlichen Elemente einig, die eine friedliche Lösung dieser Krise durch Verhandlungen ermöglichen würden, sofern die Sowjetunion ihrerseits eine vernünftige Haltung zeige. Sie stellten ferner fest, die Fähigkeit der NATO, Aggressionen zu widerstehen, müsse noch verbessert werden. (Vgl. S. D 727 f.) Bundesaußenminister Gerhard Schröder erklärt am 22. November vor dem National Press Club, die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik seien übereingekommen, daß jede Ablösung der gegenwärtigen westlichen Besatzungsrechte in Berlin durch eine neue Vertragskonstruktion mit der Sowjetunion die westliche Position verschlechtern würde. Er versichert, daß auch die neue Bundesregierung die bewährten Grundsätze der bisherigen Außenpolitik beibehalten würde und nennt in diesem Zusammenhang die enge Verbindung zur freien Welt und zur NATO, die Fortsetzung der wirtschaftlichen und politischen Bemühungen um die Einigung Europas und die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht für die Bevölkerung in der sogenannten DDR.

25. November: Präsident John F. Kennedy erklärt in einem Interview mit dem Chefredakteur des sowjetischen Regierungsorgans *Iswestija*, Alexej Adschubej, die Schwierigkeiten zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion hätten ihre Ursache in dem Versuch der Sowjetunion, die Welt dem Kommunismus zu unterwerfen. Auf die Deutschland- und Berlin-Frage eingehend, bezeichnet Kennedy den auf der Gipfelkonferenz von 1955 über die Wiedervereinigung Deutschlands festgelegten Kurs für die beste Lösung. Die Teilung Deutschlands und die Mauer in

Berlin könnten die Spannungen nur erhöhen. Kennedy verteidigt die Bundesrepublik Deutschland gegen den Vorwurf des Revanchismus und betont zur Frage einer Ausrüstung der Bundesrepublik mit Kernwaffen, es sei die offizielle Politik der Vereinigten Staaten, keinem Lande derartige Waffen zu geben. (Vgl. S. D 729 ff.)

26. November: Pressesekretär Pierre Salinger gibt in Hyannis Port Umbesetzungen in der Regierung bekannt, in deren Rahmen der Unterstaatssekretär im Außenministerium, Chester Bowles, durch den bisherigen Unterstaatssekretär für Wirtschaftsfragen im Außenministerium, George W. Ball, ersetzt und Sonderbotschafter Averell Harriman mit der Wahrnehmung fernöstlicher Fragen im Außenministerium betraut wird.

27. November: Der deutsche Bundesverteidigungsminister, Franz-Joseph Strauß, der nach Abschluß der Besprechungen zwischen Bundeskanzler Konrad Adenauer und Präsident John F. Kennedy (vgl. oben) weitere Besprechungen mit amerikanischen Regierungsvertretern führte, setzt sich in einem Vortrag in der Georgetown-Universität in Washington für die Schaffung eines gemeinsamen Marktes als Zwischenstufe einer Entwicklung ein, die von der Kooperation und der Koordination zur atlantischen Konföderation und schließlich zur partiellen Föderation führen sollte.

29. November: Präsident John F. Kennedy erklärt auf einer Pressekonferenz in Washington, detaillierte Vorschläge über eine Regelung des Zugangs nach Berlin könnten erst bei Aufnahme von Verhandlungen mit der Sowjetunion gemacht werden. Erst wenn auf dem Verhandlungswege befriedigende Abkommen über Berlin und Deutschland erreicht worden seien, könnte ein Arrangement zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Paktes zustande kommen. Kennedy bestreitet nachdrücklich, daß er dem deutschen Bundeskanzler, Konrad Adenauer, eine Verstärkung der politischen Kontakte der Bundesrepublik mit der sogenannten DDR nahegelegt habe. Er nimmt ferner zu den Beziehungen der Vereinigten Staaten mit



der EWG Stellung und weist darauf hin, daß es nicht um einen Beitritt oder eine Assoziierung gehe, sondern darum, mit der EWG ein sinnvolles System von Handels-

verträgen abzuschließen. Er werde deshalb dem Kongreß im Januar eine entsprechende Vorlage zur Umgestaltung des Reciprocal Trade Agreements Act unterbreiten.

## Internationale Organisationen

### Organisation der Vereinten Nationen

16. November: Der Präsident Mauretanien, Moktar Ould Daddah, bezeichnet in einer Ansprache vor der Vollversammlung die Wahl U Thants zum interimistischen Generalsekretär als einen Sieg der nichtgebundenen Staaten und setzt sich dafür ein, in einem zu erweiternden Sicherheitsrat das Vetorecht durch das Prinzip der Zweidrittelmehrheit zu ersetzen.

In der Debatte des Sicherheitsrates über die Kongo-Frage (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 255) setzt sich der amerikanische Delegierte, Adlai E. Stevenson, für die Einheit des Kongo und eine Reorganisierung der kongolesischen Armee ein. Er erklärt, Separatismus herrsche nicht nur in Katanga, sondern auch im Machtbereich Antoine Gizengas, wie sich an dem Zwischenfall von Kindu (vgl. S. Z 261, Kongo) zeige, an dem sehr wahrscheinlich Gizenga unterstehende Soldaten beteiligt gewesen seien. Der sowjetische Delegierte, Valerian A. Sorin, erklärt, durch die Ereignisse in Kindu hätte sich die Situation im Kongo nicht geändert. Vorgänge in anderen Provinzen berührten das wesentliche Problem, die Sezession in Katanga, in keiner Weise. Am 24. November beendet der Rat die Debatte mit der Annahme einer durch einige Zusätze abgeänderten Resolution Ceylons, Liberias und der Vereinigten Arabischen Republik, in der die separatistischen Bestrebungen in Katanga und die bewaffneten Aktionen gegen das Personal der Vereinten Nationen scharf verurteilt werden. Generalsekretär U Thant wird ermächtigt, notfalls mit Gewalt die Verhaftung und gerichtliche Verfolgung der ausländischen Söldner zu veranlassen. Ferner werden alle Mitgliedstaaten aufgefordert, sich jeder Unterstützung kriegsähnlicher Unternehmungen außerhalb der Ziele der Vereinten Nationen zu enthalten. Neun Staaten stimmen für die Resolution,

Frankreich und Großbritannien enthalten sich der Stimme. Nach der Abstimmung kündigt Generalsekretär U Thant strengste Maßnahmen gegen die „Söldner“ in Katanga an. U Thant fordert, daß die Vereinten Nationen ihre Versuche, eine Versöhnung mit friedlichen Mitteln herbeizuführen, fortsetzen und intensivieren. Er beabsichtige zu diesem Zweck, einen besonderen Vertreter zu ernennen. Sorin weist darauf hin, daß es nicht Aufgabe des Sekretariats sei, die angenommene Resolution auszulegen, sondern sie anzuwenden.

22.—28. November: Der Sicherheitsrat erörtert eine kubanische Klage gegen die Vereinigten Staaten, in der diese einer angeblichen Aggression gegen die Dominikanische Republik beschuldigt werden. Der amerikanische Delegierte, Adlai E. Stevenson, weist darauf hin, daß die im Einverständnis mit der Dominikanischen Republik entsandten Luft- und Seestreitkräfte außerhalb des dominikanischen Hoheitsgebietes verblieben wären. Der sowjetische Delegierte, Valerian A. Sorin, verurteilt die angebliche Aggression als eine grobe Verletzung der Satzung. Dagegen erklärt der dominikanische Delegierte, Sanchez y Sanchez, daß von einer amerikanischen Aggression keine Rede sein könne und die Dominikanische Republik es ablehne, als Vorwand für Angriffe gegen die Vereinigten Staaten herhalten zu müssen. Der Ratsvorsitzende Sorin vertagt die Debatte mit der Erklärung, die Angelegenheit bleibe weiterhin auf der Traktandenliste.

24. November: Die Vollversammlung verabschiedet mit 55 Stimmen bei 44 Enthaltungen eine Resolution, in der an alle Staaten appelliert wird, Afrika als eine atomwaffenfreie Zone zu betrachten und von allen Kernwaffenversuchen auf dem afrikanischen Kontinent Abstand zu nehmen. Die Vollversammlung verabschiedet

eine vom Politischen Ausschuß gebilligte Resolution der afro-asiatischen Staaten, in der die Anwendung von Kernwaffen mit 55 gegen 20 Stimmen bei 26 Enthaltungen verurteilt wird. Gegen die Resolution stimmen u. a. die drei Westmächte.

**27. November:** Der kongolesische Außenminister, Justin Bomboko, und Generalsekretär U Thant unterzeichnen in New York ein Abkommen über die Durchführung der Resolutionen des Sicherheitsrates und die Stellung der Angehörigen der Vereinten Nationen im Kongo.

**28. November:** Die Vollversammlung verabschiedet einstimmig eine Resolution, in der die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten aufgefordert werden, sich über die Zusammensetzung eines Organs für Abrüstungsverhandlungen zu einigen und vor Abschluß der Tagung zu berichten.

Die Vollversammlung billigt mit 40 gegen 31 Stimmen bei 22 Enthaltungen eine Resolution, in der Sanktionen gegen die Südafrikanische Union und deren Ausschluß aus den Vereinten Nationen gefordert werden. Eine zweite Resolution, in der die südafrikanische Rassenpolitik auf das schärfste verurteilt und die Mitgliedstaaten zu geeigneten Maßnahmen aufgefordert werden, erhält 97 Stimmen bei Gegenstimmen Portugals und Südafrikas. Die Vollversammlung beendet die Debatte über den Kolonialismus mit der Annahme einer afro-asiatischen Resolution, in der die Resolution vom 13. Dezember 1960 über die Gewährung der Unabhängigkeit an alle Treuhandschafts- und Kolonialgebiete (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 8) bekräftigt und die Einsetzung einer Sonderkommission beschlossen wird, welche die Verwirklichung der Resolution überwachen und der Vollversammlung auf der nächsten Tagung Bericht erstatten soll. Für die Resolution stimmen 97 Staaten, Frankreich, Großbritannien, Spanien und die Südafrikanische Union enthalten sich der Stimme. Portugal nimmt an der Abstimmung nicht teil. Ein Antrag der Sowjetunion, 1962 zum Jahr der Beendigung des Kolonialismus zu erklären, wird mit 46 gegen 19 Stimmen bei 36 Enthaltungen abgelehnt. Die Vollversammlung verabschiedet einstimmig

eine Resolution zur Südtirol-Frage, in der Italien und Oesterreich aufgefordert werden, ihre Bemühungen um eine Lösung der Frage gemäß der Resolution vom 31. Oktober 1960 fortzusetzen.

**30. November:** Die Sowjetunion legt im Sicherheitsrat ihr Veto gegen die von der Vereinigten Arabischen Republik beantragte Aufnahme Kuwaits in die Vereinten Nationen ein. Die übrigen zehn Ratsmitglieder stimmen dem Antrag zu.

#### Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen

**27.—30. November:** Im Rahmen der 19. Session der Mitgliedstaaten findet in Genf eine Ministerkonferenz statt. In dem zum Abschluß der Konferenz veröffentlichten Kommuniqué heißt es, die Minister hätten sich mit der Herabsetzung der Zölle, dem Agrarprotektionismus und den Handelsproblemen der Entwicklungsländer befaßt. Ferner stimmten die Minister einer „Erklärung über die Förderung des Handels der Entwicklungsländer“ zu.

#### Colombo-Plan

**18. November:** In Kuala Lumpur wird die am 13. November eröffnete Jahreskonferenz der Mitgliedstaaten des Colombo-Planes beendet, an der zum ersten Mal eine Beobachterdelegation der Republik Korea teilnahm. Die Konferenzteilnehmer führten einen Meinungsaustausch über Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung in Süd- und Südostasien. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. In einem Abschlußkommuniqué wird die Notwendigkeit eines Abbaus der Zoll- und Handelsschranken unterstrichen und daran erinnert, daß ein wirtschaftlicher Aufschwung nicht allein durch ausländische Entwicklungshilfe herbeigeführt werde, sondern vor allem eigene Anstrengungen erfordere.

#### Europäische Freihandels-Assoziation

**20.—21. November:** In Genf tagt der Ministerrat der EFTA. Er hört einen Bericht von Generalsekretär Frank E. Figgures über die Tätigkeit der EFTA von Juni bis November 1961 und befaßt sich mit Fragen, die sich aus den Beitrittsgesuchen Dänemarks und Großbritanniens an die

EWG ergeben. In einem Abschlußkommuniqué geben die Minister ihren Beschluß bekannt, die nächste Zollsenkung um 10 vH, die erst für den 1. Juli 1963 vorgesehen war, schon 1962 durchzuführen. Der Beschluß wird in Dänemark, Großbritannien, Portugal, Schweden und der Schweiz am 1. März 1962 und in Norwegen und Oesterreich nicht später als am 1. September 1962 in Kraft treten.

### Europäische Gemeinschaften

20.—24. November: In Straßburg tagt das Europäische Parlament. Im Mittelpunkt der Tagung steht das jährliche Kolloquium mit den Ministerräten und den Exekutivbehörden der drei Gemeinschaften. Der deutsche Bundeswirtschaftsminister, Ludwig Erhard, gibt der Versammlung als amtierender Präsident des EWG-Rates einen Bericht über die Arbeiten des Rates während der ersten Stufe des EWG-Vertrages. Trotz der günstigen Entwicklung sei nicht zu übersehen, daß zwischen den Mitgliedstaaten noch Meinungsverschiedenheiten beständen, die eine Aussage über die Erfüllung der Bedingungen für den Uebergang zur zweiten Stufe unmöglich machten. In der Debatte bezeichnen Sprecher aller Fraktionen den Uebergang zur zweiten Stufe als eine politische Notwendigkeit, auch wenn noch nicht alle Bedingungen dafür vollständig erfüllt seien. Ein Verzicht auf diesen Beschluß bedeute nicht nur das Eingeständnis eines Mißerfolges, sondern müßte wegen des hemmenden Einstimmigkeitsprinzips im Ministerrat auch wesentliche Fortschritte im kommenden Jahr verhindern. Der Präsident der EWG-Kommission, Walter Hallstein, weist darauf hin, daß die Stärkung der Gemeinschaft auch eine Verpflichtung gegenüber der ganzen freien Welt darstelle. Dazu trage der Uebergang zur zweiten Stufe wesentlich bei. Der belgische Abgeordnete Georges Bohy setzt sich dafür ein, dem Parlament größere Kontrollbefugnisse zu übertragen angesichts der Tatsache, daß durch die mit dem Uebergang zur zweiten Stufe verbundene Einschränkung des Prinzips der Einstimmigkeit die Minister auch der Kontrolle ihrer nationalen Parlamente

entzogen würden. Eines der Mittel wäre die Kontrolle der Budgets der europäischen Organe. Die Versammlung verabschiedet zum Abschluß einer Aussprache über das Budget der Gemeinschaften eine Resolution, in der die Budgetvorlagen an den Ministerrat zurückverwiesen werden, damit er die vorgenommenen Einsparungen überprüfe. In der Resolution heißt es, die bedeutenden Kreditkürzungen beeinträchtigten ernsthaft die Arbeit der Gemeinschaften. In einer zum Abschluß der Tagung einstimmig angenommenen Resolution fordert die Versammlung das Inkrafttreten der zweiten Stufe des EWG-Vertrages am 1. Januar 1962. Der Rat der EWG wird aufgefordert, noch vor Jahresende einen entsprechenden Beschluß zu fassen.

28. November: In Brüssel tagt der Ministerrat der EWG. Der Rat erklärt sich mit dem Text einer Entscheidung einverstanden, welche die Einführung eines Verfahrens zur vorherigen Prüfung und Beratung von Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet des Verkehrs betrifft.

30. November: In Brüssel werden die Beratungen der Minister der EWG-Staaten und Dänemarks über das dänische Beitrittsgesuch fortgesetzt. Der deutsche Staatssekretär im Außenministerium, Rolf Lahr, antwortet mit einem Exposé auf die Erklärung des dänischen Außenministers, Jens Otto Krag, vom 26. Oktober (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 243 f.). Er unterstreicht die Notwendigkeit, die Grundsätze und Regeln des EWG-Vertrages voll und ganz zu erhalten. Die dänischen Interessen könnten notfalls durch die im Vertrag enthaltenen Ausweichklauseln geschützt werden.

### Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

16.—17. November: In Paris findet die erste Tagung des Ministerrates der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung statt. Der Rat erörtert das Aktionsprogramm der neuen Organisation, das in drei Richtungen, Wirtschaftswachstum, Entwicklungshilfe und Förderung des Welthandels, entwickelt werden soll. Der deutsche Bundeswirt-



schaftsminister, Ludwig *Erhard*, hebt die Bedeutung hervor, die einem Beitritt Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt beikomme, und erklärt sich damit einverstanden, etwaige Auswirkungen dieses Beitritts innerhalb der OECD zu behandeln. Der Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, George W. *Ball*, schlägt erneut vor, als Ziel des Wirtschaftswachstums der in der Organisation versammelten 20 Länder bis 1970 eine Erhöhung des Sozialprodukts um 50 vH in Aussicht zu nehmen. In der Debatte wird *Balls* Vorschlag grundsätzlich begrüßt, jedoch die Notwendigkeit betont, die Sicherung der Stabilität der Innen- und Außenwirtschaft nicht zu vernachlässigen. Der Vorsitzende des Ausschusses für Entwicklungshilfe, James W. *Riddleberger*, gibt dem Rat einen Bericht über die bisherige Arbeit der Gruppe für Entwicklungshilfe, in dem er sich für eine wirksamere und rationellere Gestaltung der Entwicklungshilfe einsetzt. Der Rat verabschiedet zum Abschluß seiner Tagung ein Kommuniqué, in dem u. a. der Vorschlag *Balls* über die Festlegung eines gemeinsamen Wachstumsziels übernommen wird. In dem Kommuniqué wird ferner mitgeteilt, daß das Sekretariat damit beauftragt worden sei, die Schaffung

eines Entwicklungszentrums zu prüfen. (Vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 709 ff.)

#### Konferenz der NATO-Parlamentarier

17. November: In Paris wird die am 13. November eröffnete Siebente Jahreskonferenz der NATO-Parlamentarier beendet. NATO-Generalsekretär Dirk U. *Stikker* wies in einem Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der NATO auf die besonderen Aufgaben der NATO im Hinblick auf die entstehende atlantische Handelspartnerschaft hin und betonte, daß die Sicherheit der westlichen Völker nur durch eine hinreichende Ausrüstung mit Kernwaffen gewährleistet sei, solange es keine vollständige Abrüstung gebe. Der Oberste Alliierte Befehlshaber in Europa, General Lauris D. *Norstad*, ging in den Generaldebatten ausführlich auf die Verwirklichung seines im November 1960 vor den NATO-Parlamentariern und am 1. Dezember 1960 vor der WEU-Versammlung in Paris angekündigten Planes einer beweglichen Streikraft als integrierter Formation der Allianz (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 1 ff.) ein. Zum Abschluß der Debatten nahm die Konferenz eine Reihe von Empfehlungen zu politischen, militärischen, wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlich-technischen Fragen an (vgl. S. D 714 ff.).

### Internationale Konferenzen

#### Genfer Konferenz zur Einstellung der Kernwaffenversuche

28. November: In Genf tritt die am 9. September vertagte Konferenz zur Einstellung der Kernwaffenversuche zu ihrer 341. Sitzung zusammen. Der sowjetische Delegierte, Semjon K. *Zarapkin*, verliest die Erklärung der sowjetischen Regierung vom Vortage (vgl. S. Z 262, Sowjetunion). Der amerikanische Delegierte, Arthur *Dean*, weist den sowjetischen Vorschlag, der auf ein zeitlich unbefristetes und unkontrolliertes Moratorium für sämtliche Kernwaffenversuche hinauslaufe, mit Schärfe zurück und betont, die Westmächte würden hierüber nicht verhandeln. Das Verhalten der Sowjetunion beweise hinreichend, daß sich die Kernwaffenversuche ohne internationale Kontrolle nicht einstellen ließen.

#### Konferenz der Präsidenten Jugoslawiens und der VAR und des indischen Premierministers

18.—19. November: Die Präsidenten von Jugoslawien, Josip Broz *Tito*, und der Vereinigten Arabischen Republik, Gamal Abdel *Nasser*, sowie der indische Premierminister, Jawaharlal *Nehru*, führen in Kairo Besprechungen. In einem gemeinsamen Kommuniqué erklären die Gesprächspartner eine möglichst rasche allgemeine und vollständige Abrüstung für notwendig. Sie stellen mit Befriedigung fest, daß die bis jetzt unternommenen Anstrengungen namentlich der nichtverpflichteten Staaten zu einer gewissen Entspannung geführt hätten, und geben ihrer Beunruhigung über die Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche Ausdruck.

## Die Begegnung zwischen Präsident Kennedy und Ministerpräsident Chruschtschow in Wien (II)

Während der Zusammenkunft der beiden Regierungschefs in Wien am 3. und 4. Juni 1961 (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 343 ff.) überreichte der sowjetische Ministerpräsident, Nikita S. *Chruschtschow*, dem amerikanischen Präsidenten, John F. *Kennedy*, Memoranden zur Frage der Einstellung der Kernwaffenversuche und zur Deutschland-Frage. Obwohl ursprünglich die Vertraulichkeit dieser Dokumente vereinbart worden war, wurden diese von sowjetischer Seite am 10. Juni einseitig veröffentlicht.

Das Memorandum zur Frage der Einstellung der Kernwaffenversuche konzentriert sich auf das Verhältnis von allgemeiner Abrüstung und Kontrolle sowie auf die sowjetische Forderung, den Kontrollapparat für die Einstellung der Kernwaffenversuche einem Dreier-Direktorium zu unterstellen. Ferner wird der Vorschlag gemacht, die seit dem 31. Oktober 1958 tagende Genfer Konferenz über die kontrollierte Einstellung der Kernwaffenversuche mit Verhandlungen über eine allgemeine und vollständige Abrüstung zu verschmelzen. (Vgl. S. D 365 ff.)

In dem Memorandum zur Deutschland-Frage wird das Berlin-Problem wieder in den Zusammenhang der Deutschland-Frage als Ganzes gestellt, nachdem bei den Ost-West-Verhandlungen des Jahres 1959 beide Komplexe zeitweilig voneinander getrennt worden waren und gerade die Westmächte wiederholt darauf hingewiesen hatten, daß die Berlin-Frage nur im Zusammenhang mit der Deutschland-Frage gelöst werden könne. Die Sowjetregierung schlägt vor, eine Friedenskonferenz einzuberufen und einen Viermächte-Appell an die beiden deutschen Staaten zu richten, sich innerhalb einer Frist von sechs Monaten über einen Friedensvertrag mit Deutschland und die Wiedervereinigung zu einigen. Sollten diese Bemühungen jedoch zu keiner Ein-

gung führen, so würde ein Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten oder notfalls mit einem von ihnen abgeschlossen werden. (Vgl. S. D 370 ff.)

Während *Kennedy* bereits wenige Tage nach seiner Rückkehr aus Wien, am 6. Juni, dem amerikanischen Volk über seine Gespräche berichtet hatte (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 345 ff.), äußerte sich *Chruschtschow* erst am 15. Juni in einer Rundfunk- und Fernsehansprache zu dem Wiener Treffen. Er ging zunächst auf die Abrüstungsfrage ein, wobei er auf die von der Sowjetunion den Vereinten Nationen am 23. September 1960 unterbreiteten Vorschläge für eine allgemeine und vollständige Abrüstung hinwies. In der Frage der Kernwaffenversuche forderte er die Westmächte erneut auf, dieses Problem im Zusammenhang mit Verhandlungen über die allgemeine und vollständige Abrüstung zu regeln. Im weiteren Verlauf seiner Rede erläuterte *Chruschtschow* den sowjetischen Standpunkt zur deutschen Frage. (Vgl. S. D 373 ff.)

Wenige Stunden vor der Rede *Chruschtschows* hatte bereits der Erste Sekretär der SED, Walter *Ulbricht*, auf einer Pressekonferenz in Ost-Berlin zu den sowjetischen Deutschland-Vorschlägen Stellung genommen und sich für eine „Neutralisierung“ Deutschlands und West-Berlins eingesetzt.

Während *Chruschtschow* weder in dem Deutschland-Memorandum noch in seiner Rede vom 15. Juni einen Termin für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland gesetzt hatte, erklärte er in einer Rede am 21. Juni in Moskau zum 20. Jahrestag des deutschen Einmarsches in die Sowjetunion, falls keine Vereinbarung zwischen den ehemaligen deutschen Kriegsgegnern zustande komme, werde die Sowjetunion bis zum Ende dieses Jahres einen Friedensvertrag mit der DDR unterzeichnen.

### Memorandum der Sowjetregierung vom 4. Juni 1961 zur Frage der Einstellung der Kernwaffenversuche

*Betrifft:* Genfer Konferenz über die Einstellung der Kernwaffenversuche — Moratorium für unterirdische Kernwaffenversuche — Inspektion und Kontrolle — Verschmelzung der Frage der Einstellung der Kernwaffenversuche mit der Frage der „allgemeinen und vollständigen Abrüstung“.

Die Sowjetregierung hält es für notwendig, ihre Überlegungen zur Frage der Einstellung der Versuche mit Atom- und Wasserstoffwaffen darzulegen. Bekanntlich dauern

die Verhandlungen zwischen Vertretern der UdSSR, der USA und Großbritannien in Genf mehr als zweieinhalb Jahre. Dennoch stehen dem Abschluß eines Abkommens noch immer große Schwierigkeiten im Wege.

Die Sowjetunion tat und tut alles in ihren Kräften Stehende, um sobald wie möglich mit den USA und Großbritannien einen Vertrag über die Einstellung der Kernwaffenversuche zu vereinbaren. Bekanntlich hat die Sowjetunion mit dem Ziel, Hindernisse auf dem Wege zum Abkommen zu beseitigen, den westlichen Verhandlungspartnern wesentliche Zugeständnisse gemacht und eine Reihe der von ihnen gemachten Vorschläge angenommen.

Der Standpunkt der Sowjetregierung bei den Verhandlungen in Genf ist einfach und verständlich. Die Sowjetunion strebt an, daß alle Arten von Kernwaffenversuchen überall und für immer eingestellt werden. Aber die Sowjetregierung kann und wird sich niemals damit einverstanden erklären, daß der Vertrag über die Einstellung der Versuche zu einem leeren Stück Papier wird, unter dessen Schutz auch weiterhin Versuche mit Kernwaffen mit dem Ziel durchgeführt werden könnten, sie zu vervollständigen und neue Massenvernichtungsmittel zu schaffen. Es dürfen keinerlei Ausnahmen von dem Vertrag bestehen — es müssen alle Arten der Kernwaffenversuche in der Luft, unter Wasser, unter der Erde und im kosmischen Raum verboten werden.

Im Hinblick auf die jetzt entstandene unbefriedigende Lage auf der Konferenz in Genf möchte die Sowjetregierung noch einmal ihren Standpunkt zu grundlegenden Fragen darlegen, die bisher noch ungelöst geblieben sind.

Die Frage des Moratoriums. Bekanntlich hat sich die Sowjetregierung mit dem amerikanischen Vorschlag einverstanden erklärt, daß der Vertrag vorläufig ein Verbot der unterirdischen Erprobung von Kernwaffen, deren Stärke unter einer bestimmten Grenze liegt, nicht vorsehen soll. Jetzt müssen wir über ein Moratorium für unterirdische Kernexplosionen, die zeitweilig außerhalb des Vertrages bleiben, übereinkommen. Es versteht sich von selbst, daß das Abkommen über das Moratorium einen solchen Charakter besitzen muß, daß kein Staat es willkürlich verletzen und die Versuchsexplosionen nuklearer Bomben wiederaufnehmen kann. Davon ausgehend, ist die Sowjetregierung fest davon überzeugt, daß der Ablauf der Frist des Moratoriums, über welches ein Abkommen zwischen den interessierten Seiten erreicht wird, die Staaten nicht automatisch von der Verpflichtung befreien darf, keine unterirdischen Kernexplosionen durchzuführen.

Das Kontrollproblem. Ebenso wie die Vereinigten Staaten ist die Sowjetunion der Ansicht, daß über die Einstellung der Versuche eine strenge internationale Kontrolle errichtet werden muß. Jedoch ist völlig offensichtlich, daß diese Kontrolle nur dann wirksam sein kann, wenn sie auf der gegenseitigen Zustimmung der Partner beruht und nicht auf dem Bestreben, den Kontrollmechanismus zu benutzen, um den Willen der einen Gruppe von Staaten der anderen Gruppe aufzuzwingen.

Die Sowjetregierung hat die Frage, wie die Gleichberechtigung der Partner bei der Verwirklichung der Kontrolle zu gewährleisten ist, in jeder Weise erörtert und ist zu der festen Schlußfolgerung gelangt, daß die Zusammensetzung der Kontrollorgane auf einer gleichberechtigten Vertretung der Partner beruhen muß. Eben in Übereinstimmung mit diesen Prinzipien schlägt die Sowjetunion vor, die Zusammensetzung des wichtigsten Exekutivorgans — des Verwaltungsrats — zu vereinbaren.

Die Weigerung, dem Vorschlag zur Konstituierung eines Verwaltungsrats aus drei gleichberechtigten Vertretern jeder der wichtigsten Staatengruppen — der sozialistischen Staaten, der Länder der westlichen Militärblocks und der neutralen Staaten — zuzustimmen, wird mit der Behauptung verteidigt, daß die Sowjetunion angeblich danach strebt, irgendwelche Sonderrechte in der Kontrollorganisation zu erhalten. Diese Behauptung entbehrt natürlich jeglicher Grundlage. Worin besteht der tatsächliche Sinn



der Vorschläge der Sowjetunion? Gerade darin, die Möglichkeit auszuschließen, daß irgendeine Seite besondere Vorteile gewinnt oder die Sicherheit dieser oder jener Staatengruppe beeinträchtigt wird. Wir möchten nicht eine formale, sondern eine reale Gleichberechtigung der Partner bei der Verwirklichung des Vertrags über das Verbot der Kernwaffenversuche gewährleisten.

Die Kontrollkommission, in der alle Hauptgruppen der Staaten vertreten sein werden, kann gute, richtige Beschlüsse fassen, die die Interessen aller Staaten berücksichtigen. Es genügt jedoch nicht, solche Beschlüsse zu fassen. Es muß auch ihre unparteiische Ausführung gewährleistet werden. Dies aber kann nicht garantiert sein, wenn die Ausführung der Beschlüsse einer einzigen Person übertragen wird.

Die Geschichte der gegenwärtigen internationalen Beziehungen kennt nicht wenig Beispiele, daß eine Person, die sich unter dem Einfluß irgendeiner Gruppierung von Staaten befindet oder ihr zu Gefallen handelt, bereits vereinbarte Beschlüsse falsch ausführte. Das war natürlich nur für die Staatengruppe vorteilhaft, deren Interessen diese Person vertrat, fügte aber anderen Staaten Schaden zu. Ist es doch gut bekannt, daß es neutrale Staaten gibt, aber keine neutralen Menschen geben kann.

Das Abkommen über die Einstellung der Kernwaffenversuche berührt unmittelbar die Interessen der Sicherheit der Staaten, und die Regierung der Vereinigten Staaten wird zweifellos zugeben, daß bei der Lösung derartiger Fragen die größtmögliche Vorsicht walten muß. Unter den gegenwärtigen Bedingungen, da die Welt in Militärblocks geteilt ist und zahlreiche Armeen unterhalten werden, da über der Welt nach wie vor die Gefahr eines Atomkonfliktes schwebt, ist es unzulässig, daß Fragen, die die Interessen der Sicherheit der Staaten und das Schicksal der Völker berühren, von der Entscheidung einer Person abhängen.

Außerdem kann die Ernennung einer Person zur Verwirklichung der über die Kontrolle gefaßten Beschlüsse als Diktatur, als das Bestreben, seinen Willen aufzuzwingen, angesehen werden. Man kann tatsächlich kaum erwarten, daß die Westmächte sich damit einverstanden erklären werden, daß diese Person von einem sozialistischen Land bestimmt wird. Am wahrscheinlichsten wird für diesen Posten eine Person aus den neutralen Ländern vorgeschlagen werden. Bestehen aber irgendwelche Garantien dafür, daß auch eine solche Person gegenüber den sozialistischen Ländern eine neutrale, unparteiische Haltung einnehmen wird? Wir können uns mit einer solchen Einstellung nicht einverstanden erklären. Die Sowjetunion kann keine Diktatur von irgendeiner Seite zulassen. Wir wollen gleiche Bedingungen für alle und werden es nie zugeben, daß wir in eine ungleiche Lage gebracht werden.

Wir sind überzeugt, daß die Regierung der USA unsere Ansicht teilt, daß jedes internationale Uebereinkommen Garantien enthalten muß, die böswillige und unberechtigte Aktionen gegen einen Teilnehmerstaat des Uebereinkommens ausschließen. Das ist ein nicht wegzudenkendes Recht eines jeden Staates, einer jeden Regierung. Indem sie vorschlägt, ein Exekutivorgan aus gleichberechtigten Vertretern der drei Staatengruppen zu schaffen, geht die Sowjetunion davon aus, den Staaten die Verwirklichung gerade dieses Rechts zu garantieren.

Indem die Vertreter der Vereinigten Staaten und Großbritanniens sich gegen den sowjetischen Vorschlag über die Zusammensetzung des Verwaltungsrats wenden, behaupten sie auf der Genfer Konferenz, daß er gleichbedeutend mit der Schaffung eines „Vetorechts“ hinsichtlich der Durchführung von Inspektionen sei. Aber derartige Behauptungen können nicht anders gewertet werden denn als die Fortsetzung der alten Linie, die auf eine Entstellung des Standpunktes der UdSSR zur Frage der Kontrolle abzielt.

Man kann in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß die Sowjetregierung bereits im Mai 1959 bei der Erörterung ihres Vorschlages über die Festsetzung der Inspektions-

quote betonte, daß die Entsendung von Inspektionen an Ort und Stelle im Rahmen der vereinbarten Quoten auf Forderung der an der Inspektion interessierten Seite erfolgen sollte, ohne irgendwelche Abstimmungen in der Kontrollkommission oder irgendeiner anderen Körperschaft. Es bedarf nur der objektiven Angaben der Geräte auf den Kontrollposten, die davon zeugen, daß in irgendeinem Bezirk des betreffenden Landes eine Erscheinung aufgetreten ist, die eine Kernwaffenexplosion argwöhnen läßt. Wenn es solche objektiven Angaben gibt, so sieht der sowjetische Vorschlag vor, daß weder die Kontrollkommission noch irgendein anderes Organ der Kontrollorganisation die betreffende Seite daran hindern darf, eine Inspektion durchzusetzen. Folglich kann der Verwaltungsrat kein Hindernis für die Durchführung einer Inspektion schaffen, worauf sich die Vertreter der USA berufen, wenn sie von dem „Veto“ sprechen.

Freilich gibt es auch andere Fragen, und viele von ihnen werden unvermeidlich während der Erfüllung des Vertrags über die Einstellung der Kernwaffenversuche auftreten. Ueber diese Fragen wird das vollziehende Organ Beschlüsse fassen müssen. Man darf nicht zulassen, daß eine Lage entsteht, in der einseitige Beschlüsse gefaßt und Voraussetzungen für willkürliche Handlungen geschaffen werden. Die Gefahr der Willkür wächst bei einem Verwalter in Gestalt einer Person um ein Vielfaches. Falls die von der Sowjetregierung vorgeschlagene Struktur des vollziehenden Organs angenommen wird, so wird die Möglichkeit der Willkür und der einseitigen Beschlüsse vollständig ausgeschlossen. Daraus ist ersichtlich, daß die Frage des „Veto“ künstlich geschaffen ist.

Die Sowjetregierung ist überzeugt, daß die Annahme des Vorschlages der Sowjetunion über die Zusammensetzung des Verwaltungsrates eines der großen Hindernisse beseitigen wird.

Es gibt noch eine Frage, in der bis jetzt Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind. Das ist die Frage des Umfanges der Quote der Inspektionen. Die Sowjetregierung hofft, daß die Regierung der Vereinigten Staaten eine realistische Einstellung auch hinsichtlich der Lösung der Frage der Anzahl der Inspektionen an Ort und Stelle an den Tag legen wird. Unser Vorschlag über die Durchführung von je drei Inspektionen im Jahr auf dem Territorium der UdSSR, der USA und Großbritanniens gibt völlig genügende Garantien gegen Verletzungen des Vertrages über die Einstellung der Kernwaffenversuche. Die Forderung einer übermäßigen Anzahl von Inspektionen, auf welcher die USA und Großbritannien bestehen, muß den Gedanken hervorrufen, daß sich in diesem Falle durchaus nicht die Sorge um die Errichtung einer wirksamen Kontrolle zeigt. Bei der Einschätzung der Haltung der Staaten in den Fragen der Inspektion kann man natürlich den Umstand nicht außer acht lassen, daß — solange in der Welt noch militärische Staatengruppierungen bestehen — die Durchführung der Inspektion zu Spionagezwecken ausgenutzt werden kann.

So ist die Lage bei den Verhandlungen über die Einstellung der Kernwaffenversuche.

Wir haben mit aller Offenheit unsere Ueberlegungen über die Wege zur Ueberwindung der entstandenen Schwierigkeiten dargelegt. Unsere Einstellung gibt eine gute Grundlage für den Abschluß eines Vertrages über die Einstellung der Kernwaffenversuche in nächster Zeit.

Gleichzeitig muß man bei der objektiven Einschätzung der Lage, die sich um das Problem des Verbots der Kernwaffenversuche herausgebildet hat, offenbar zugeben, daß es den Teilnehmern der Verhandlungen in Genf, wie man sieht, gegenwärtig schwerfällt, sich über die Einstellung der nuklearen Versuche zu einigen. Wäre es somit für unsere Länder nicht besser, mit der Hauptfrage — der Frage der allgemeinen und vollständigen Abrüstung — anzufangen? Wir begrüßen in diesem Zusammenhang die Erklärung des Präsidenten Kennedy in seiner jüngsten Botschaft an den Kongreß darüber, daß der Abschluß eines Vertrages über ein wirksames Verbot der Kernwaffen-

versuche der erste wichtige Schritt in Richtung der Abrüstung sein wird. In der Tat, lassen sie uns beide Probleme im Zusammenhang lösen, dann entfällt auch das Haupthindernis, das die Westmächte gegenwärtig in dem sowjetischen Vorschlag zur Schaffung eines Verwaltungsrats aus drei Mitgliedern erblicken.

Die Sowjetregierung hat bekanntlich bereits wiederholt betont, daß sie, wenn die Westmächte den Vorschlag zu einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung annehmen, bereit ist, sämtlichen Vorschlägen der Westmächte vorbehaltlos zuzustimmen. Die Sowjetregierung bekräftigt erneut diese Bereitwilligkeit und ist in diesem Falle einverstanden, ein Dokument zu unterzeichnen, in welchem die Vorschläge der Westmächte zur Frage der Einstellung der Kernwaffenversuche aufgenommen sein werden.

Wir werden diesen Schritt deshalb tun können, weil unter den Bedingungen einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung die Frage der Sicherheit der Staaten auf einer anderen Ebene erhoben wird: Es wird keine Armeen und keine Gefahr des Ueberfalls eines Staates auf einen anderen geben.

Wenn alle Staaten abgerüstet haben und nicht mehr über Mittel für Ueberfälle auf andere Länder verfügen werden, dann werden tatsächlich Bedingungen geschaffen sein, unter denen ein jedes Land die erforderliche Garantie seiner Sicherheit haben wird. Kein Staat wird die Möglichkeit haben, insgeheim Streitkräfte zu schaffen, die einen anderen Staat oder eine Staatengruppe bedrohen könnten. Unter diesen Bedingungen sind wir bereit, jede von den Westmächten vorgeschlagene Kontrolle anzunehmen.

Jetzt jedoch, da in der Welt ein Wettrüsten vor sich geht und einander gegenüberstehende militärische Gruppierungen bestehen, sind wir gezwungen, im Interesse der Sicherheit unseres Landes und der mit uns verbündeten Länder unsere Streitkräfte zu erhalten. Bei der Erhaltung der Streitkräfte durch die Staaten läßt sich die Kontrolle von der militärischen Aufklärung nicht trennen. Die Kontrolle wird nur dann nicht mit der Aufklärung verbunden sein, wenn die Streitkräfte aufgelöst und die Waffen vernichtet sein werden. Dann wird eine allgemeine Kontrolle tatsächlich notwendig sein, damit kein Staat und keine Staatengruppe insgeheim Waffen herstellen oder sich zur Vorbereitung einer Aggression gegen andere Staaten bewaffnen können. Ohne eine strenge und wirksame Kontrolle, die sich gegen die Aufrüstung der Staaten richtet, wird man nicht auskommen.

Zugleich kann man nicht umhin, zuzugeben, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen eine Kontrolle keineswegs garantiert, daß irgendein Land nicht von einem anderen Land überfallen wird, weil Waffen und Streitkräfte nicht nur beibehalten, sondern auch noch verstärkt werden, besonders auf dem Gebiete der Kernwaffen, wie es auch der USA-Präsident selbst eingestanden hat. Eine Einstellung der Kernwaffenversuche bedeutet nicht die Einstellung der Produktion und Anhäufung von Kernwaffen, die Kriegsgefahr verringert sich nicht. Unter diesen Umständen kann ein jeder Staat mit Recht mutmaßen, daß man unter dem Aushängeschild einer Kontrolle Spionageorgane schaffen will.

Bei der Verwirklichung einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung verbleiben zur Verfügung der Staaten nur vereinbarte begrenzte Kontingente der Miliz oder der Polizei, die für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und den Schutz der persönlichen Sicherheit der Bürger erforderlich sind. Diese Kräfte können nicht die Gefahr eines Ueberfalls auf andere Länder heraufbeschwören. Im Falle der Notwendigkeit können diese Kontingente vom Sicherheitsrat eingesetzt werden, wenn irgendein Staat trotz allem aggressive Aktionen unternimmt. Natürlich müssen in der Führung dieser internationalen Kräfte alle Hauptgruppen der Staaten gleichmäßig vertreten sein, das heißt, es muß eine wirklich internationale Führung sein.

Die Sowjetregierung ist zutiefst davon überzeugt, daß in unserer Zeit der realste Weg zur Lösung des Abrüstungsproblems der Weg der allgemeinen und vollständigen



Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle ist. Das hat die Mehrzahl der Staaten der Welt anerkannt, wovon sowohl die Resolution der XIV. Tagung der UN-Vollversammlung als auch die Erörterung der Abrüstungsfragen auf der XV. Tagung der Vollversammlung zeugen.

Die Sowjetregierung bringt die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die im vorliegenden Memorandum dargelegten Ueberlegungen in Betracht ziehen und ihrerseits die Lösung des Problems der allgemeinen und vollständigen Abrüstung, darunter der Aufgabe der Einstellung sämtlicher Kernwaffenversuche für alle Zeiten, fördern wird.

Quelle: *Die Sowjetunion heute* (Botschaft der UdSSR, Bonn) Nr. 18 vom 20. Juni 1961.

### **Memorandum der Sowjetregierung vom 4. Juni 1961 zur Deutschland-Frage\***

*Betrifft:* Rüstung der Bundesrepublik Deutschland — Spannungen zwischen der UdSSR und den USA — Friedensregelung mit Deutschland — Einheitlicher Friedensvertrag oder Regelung durch zwei Verträge — Umwandlung West-Berlins in eine „entmilitarisierte Freie Stadt“ — Besatzungsrechte in Berlin — Garantien für Berlin — Einberufung einer Friedenskonferenz — Zwischenlösung — Frist für innerdeutsche Kontakte und Verhandlungen — Unilaterales Vorgehen der UdSSR.

1. Die Friedensregelung mit Deutschland, die sich viele Jahre verzögert hat, hat in bedeutendem Maße die gefährliche Entwicklung der Ereignisse in Europa in der Nachkriegszeit bestimmt. Die wichtigsten Beschlüsse der Alliierten über die Ausrottung des Militarismus in Deutschland, welche die Regierungen der USA und der UdSSR seinerzeit als Unterpfand eines dauerhaften Friedens ansahen, wurden nur teilweise durchgeführt und werden gegenwärtig auf dem größeren Teil des deutschen Territoriums faktisch nicht befolgt. Von den Regierungen der beiden deutschen Staaten, die sich nach dem Kriege herausgebildet haben, erkennt nur die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik dieses Uebereinkommen an und hält sich daran. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erklärt offen ihre ablehnende Einstellung diesem Uebereinkommen gegenüber, fördert den säbelraselnden Militarismus und tritt für eine Revision der Grenzen Deutschlands, für eine Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges ein. Sie versucht, ihren aggressiven Plänen eine starke militärische Grundlage zu geben, einen gefährlichen Herd für Konflikte auf deutschem Boden zu schaffen und die ehemaligen Verbündeten in der Anti-Hitler-Koalition gegeneinanderzutreiben.

Die Westmächte gestatten es der Bundesrepublik, mit der Anhäufung von Waffen und der Schaffung einer Armee zu beginnen, die offenkundig die Erfordernisse der Verteidigung übersteigen. Neue und gefährliche Schritte seitens der NATO-Mächte bestehen darin, daß sie der Bundesrepublik die Erlaubnis geben, Kriegsschiffe mit einer Wasserverdrängung bis zu 6000 Tonnen zu bauen sowie die Territorien Englands, Frankreichs und Italiens für Militärstützpunkte der Bundesrepublik auszunützen.

2. Die Sowjetregierung ist aufrichtig bestrebt, die Ursachen zu beseitigen, welche eine Spannung zwischen der UdSSR und den USA hervorrufen, und zu einer konstruktiven freundschaftlichen Zusammenarbeit überzugehen. Der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland würde beide Länder diesem Ziel bedeutend näherbringen. Die UdSSR und die USA kämpften gemeinsam gegen Hitler-Deutschland. Ihre gemeinsame Pflicht besteht darin, einen Friedensvertrag mit Deutschland abzuschließen und dadurch eine sichere Garantie dafür zu schaffen, daß sich von deutschem Boden niemals

\*) Originaltitel: „Memorandum zur Frage des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland und der Regelung der Frage West-Berlins auf dessen Grundlage.“

mehr die Kräfte erheben, die die Welt in einen neuen, noch verheerenderen Krieg stürzen könnten. Wenn der Wunsch der Sowjetunion, den Frieden zu festigen und die Entfesselung eines neuen Weltkrieges in Europa nicht zuzulassen, den Absichten der Regierung der USA nicht entgegensteht, so dürfte es nicht schwer sein, zu einer Einigung zu gelangen.

3. Von der realen Einschätzung der Lage ausgehend, tritt die Sowjetregierung für den unverzüglichen Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland ein. Die Frage des Friedensvertrages ist die Frage der nationalen Sicherheit der UdSSR und vieler anderer Staaten. Die Zeit, da man die Lage in Deutschland unverändert lassen dürfte, ist bereits vorbei, alle Voraussetzungen für den Abschluß eines Friedensvertrages sind längst herangereift, und ein solcher Vertrag muß abgeschlossen werden. Das Wesentliche besteht darin, durch wen und wie er abgeschlossen wird und ob es hierbei unnötigen Aufwand geben wird.

4. Die Sowjetregierung verfolgt nicht das Ziel, die Interessen der USA oder der anderen Westmächte in Europa zu schädigen. Sie schlägt nicht vor, irgend etwas in Deutschland oder in West-Berlin zugunsten irgendeines Staates oder einer Staaten-Gruppe zu verändern. Die UdSSR hält es im Interesse der Festigung des Friedens für erforderlich, die nach dem Kriege in Europa entstandene Lage zu fixieren, die Unantastbarkeit der bestehenden deutschen Grenzen juristisch zu formulieren und zu festigen und die Lage in West-Berlin auf der Grundlage einer vernünftigen Berücksichtigung der Interessen aller Seiten zu normalisieren.

Im Interesse einer Einigung über einen Friedensvertrag besteht die Sowjetunion nicht auf einem unverzüglichen Austritt der deutschen Bundesrepublik aus der NATO. Beide deutsche Staaten könnten eine bestimmte Zeitlang nach Abschluß eines Friedensvertrages in den militärischen Gruppierungen verbleiben, deren Mitglieder sie jetzt sind.

Der sowjetische Vorschlag verknüpft den Abschluß eines Friedensvertrages nicht mit der Anerkennung der DDR oder der Bundesrepublik Deutschland durch alle Partner dieses Vertrages. Ob der eine oder andere Staat anerkannt wird oder nicht, ist Sache einer jeden Regierung.

Wenn die USA nicht bereit sind, einen einheitlichen Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten zu unterzeichnen, so könnte eine Friedensregelung auf der Grundlage zweier Verträge getroffen werden. In diesem Falle würden die Teilnehmerstaaten der Anti-Hitler-Koalition einen Friedensvertrag mit beiden oder mit einem deutschen Staat nach eigenem Ermessen unterzeichnen. Diese Verträge müssen nicht unbedingt im Text übereinstimmen, aber sie müssen die gleichen Grundsätze zu den wichtigsten Fragen einer Friedensregelung enthalten.

5. Der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland würde auch die Aufgabe einer Normalisierung der Lage in West-Berlin lösen. West-Berlin ist heute, da es keinen festen internationalen Status besitzt, ein Ort, an dem die Bonner revanchistischen Kreise ständig eine äußerst starke Spannung aufrechterhalten und alle nur möglichen Provokationen organisieren, die für die Sache des Friedens überaus gefährlich sind. Wir sind verpflichtet, eine solche Entwicklung abzuwenden, bei der eine Forcierung des westdeutschen Militarismus infolge des unregelmäßigen Zustandes in West-Berlin nicht wiedergutzumachende Folgen nach sich ziehen könnte.

Die Sowjetregierung sieht heute keine bessere Lösung der West-Berlin-Frage als seine Umwandlung in eine entmilitarisierte Freie Stadt. Die Verwirklichung des Vorschlages über eine Freie Stadt würde die Lage in West-Berlin unter entsprechender Berücksichtigung der Interessen aller Seiten normalisieren. Das bis heute dort bestehende Besatzungsregime ist bereits überlebt. Es hat jede Verbindung mit den Zielen verloren, um deretwillen es geschaffen wurde, und mit den Alliiertenabkommen über Deutschland, auf deren Grundlage es existierte.

Die Besatzungsrechte erlöschen natürlich mit dem Abschluß eines Friedensvertrages, sei er mit beiden deutschen Staaten oder nur mit der DDR unterzeichnet, innerhalb deren Territorium West-Berlin liegt.

Die Sowjetregierung ist dafür, daß eine Freie Stadt West-Berlin ungehindert ihre Verbindungen mit der Außenwelt wahrnimmt und daß die innere Ordnung darin durch den frei geäußerten Willen seiner Bevölkerung bestimmt wird. Es versteht sich von selbst, daß die USA ebenso wie alle anderen Länder die volle Möglichkeit hätten, ihre Beziehungen mit der Freien Stadt zu unterhalten und zu entwickeln. Im allgemeinen muß West-Berlin, wie es sich die Sowjetregierung vorstellt, streng neutral sein. Freilich darf man nicht zulassen, daß West-Berlin auch weiterhin als Stützpunkt für eine provokatorische feindselige Tätigkeit gegen die UdSSR, die DDR oder irgendeinen anderen Staat benutzt wird und weiterhin ein gefährlicher Herd der Spannungen und der internationalen Konflikte bleibt.

Die UdSSR schlägt vor, die zuverlässigsten Garantien gegen die Einmischung in die Angelegenheiten der Freien Stadt seitens irgendeines Staates zu schaffen. Als Garant der Freien Stadt könnten in West-Berlin symbolische Kontingente von Truppen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion stationiert werden. Seitens der UdSSR würden auch keine Einwände gegen die Stationierung von Kontingenten der Truppen neutraler Länder unter der Schirmherrschaft der UN in West-Berlin zu gleichen Zwecken erhoben werden. Der Status der Freien Stadt könnte in geeigneter Weise in den UN registriert und durch die Autorität dieser internationalen Organisation gefestigt werden. Die sowjetische Seite ist bereit, sämtliche anderen Maßnahmen zu erörtern, die die Freiheit und Unabhängigkeit West-Berlins als entmilitarisierte Freie Stadt garantieren könnten.

Bei alledem müßte die West-Berlin-Regelung natürlich die Notwendigkeit der Achtung einer strengen Einhaltung der souveränen Rechte der Deutschen Demokratischen Republik berücksichtigen, die bekanntlich ihre Bereitschaft erklärt hat, sich einem entsprechenden Abkommen anzuschließen und es zu achten.

6. Die Sowjetregierung schlägt vor, schon jetzt ohne jede Verzögerung eine Friedenskonferenz einzuberufen, einen Friedensvertrag abzuschließen und auf dieser Grundlage die Frage West-Berlins als einer Freien Stadt zu lösen. Sollten die Regierungen der USA und der anderen Westmächte aus den einen oder anderen Motiven zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht dazu bereit sein, so könnte für eine bestimmte Zeitspanne eine Zwischenlösung getroffen werden.

Die vier Mächte werden sich an die deutschen Staaten mit dem Appell wenden, sich in jeder für sie annehmbaren Form über die Fragen zu einigen, die eine Friedensregelung mit Deutschland und die Wiedervereinigung betreffen. Die vier Mächte werden von vornherein erklären, daß sie jede Vereinbarung anerkennen, die von den Deutschen getroffen wird.

Im Falle eines positiven Ausgangs der Verhandlungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland würde hierauf ein einheitlicher deutscher Friedensvertrag vereinbart und unterzeichnet werden. Sollten sich aber die deutschen Staaten in den oben erwähnten Fragen nicht einigen können, dann werden Maßnahmen zum Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten oder mit einem von ihnen nach Ermessen der interessierten Länder ergriffen werden.

Damit eine Friedensregelung nicht weiter hinausgezögert wird, ist es notwendig, einen Termin festzulegen, binnen dessen die Deutschen nach Möglichkeiten zu Uebereinkommen in Fragen ihrer inneren Kompetenz suchen müssen. Die Sowjetregierung hält für solche Verhandlungen eine Frist von nicht mehr als sechs Monaten für genügend. Diese Frist für einen Kontakt zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR



und für Verhandlungen zwischen ihnen reicht vollkommen aus, da in den nach dem Kriege vergangenen 16 Jahren die Einsicht in die Notwendigkeit herangereift ist, mit den Ueberresten des Zweiten Weltkrieges in Europa Schluß zu machen.

7. Die Sowjetregierung ist bereit, alle konstruktiven Vorschläge der Regierung der USA zu einem Friedensvertrag mit Deutschland und zur Normalisierung der Lage in West-Berlin zu erörtern. Die Sowjetregierung wird ein Maximum an gutem Willen aufbringen, um die Frage eines Friedensvertrages in gegenseitigem Einvernehmen zwischen der UdSSR, den USA und den anderen interessierten Staaten zu lösen. Die Unterzeichnung eines deutschen Friedensvertrages durch alle Teilnehmer der Anti-Hitler-Koalition und die auf dieser Grundlage zu erfolgende Regelung der Frage eines neutralen Status von West-Berlin würden die besten Voraussetzungen für ein Vertrauen zwischen den Staaten und für die Lösung so wichtiger internationaler Probleme wie der Abrüstung und anderer schaffen. Sollten aber die USA kein Verständnis für die Notwendigkeit des Abschlusses eines Friedensvertrages aufbringen, dann würden wir dies bedauern, da wir einen Friedensvertrag, den weiter hinauszuschieben unmöglich und gefährlich wäre, nicht mit allen Staaten, sondern nur mit denen unterzeichnen müßten, die ihn unterzeichnen wollen.

Ein Friedensvertrag wird den Status West-Berlins als einer Freien Stadt besonders fixieren, und die Sowjetunion wird ebenso wie die anderen Vertragspartner den Status natürlich strikt einhalten, es werden Maßnahmen dafür getroffen werden, daß dieser Status auch von den anderen Ländern geachtet wird. Gleichzeitig wird dies auch die Aufhebung des Besatzungsregimes in West-Berlin mit allen sich hieraus ergebenden Folgen bedeuten. Insbesondere werden die Fragen der Benutzung der Verbindungswege auf dem Lande, zu Wasser und in der Luft, die über das Territorium der DDR führen, nicht anders zu lösen sein als auf der Grundlage entsprechender Uebereinkommen mit der DDR. Dies ist auch natürlich, da die Wahrnehmung einer Kontrolle über solche Verbindungswege das unveräußerliche Recht eines jeden souveränen Staates ist.

8. Der Abschluß eines Deutschland-Vertrages wird eine wichtige Maßnahme zur endgültigen Nachkriegsregelung in Europa sein, die die Sowjetunion unablässig anstrebt.

Quelle: *Die Sowjetunion heute* (Botschaft der UdSSR, Bonn) Nr. 18 vom 20. Juni 1961.

**Rundfunk- und Fernsehansprache des Ministerpräsidenten der Sowjetunion,  
Nikita S. Chruschtschow, vom 15. Juni 1961 über die sowjetisch-amerikanische  
Begegnung in Wien**

*Betrifft: Sowjetisch-amerikanische Begegnung in Wien — Sowjetische Memoranden vom 4. Juni 1961 — Beziehungen zwischen West und Ost — Abrüstung — Einstellung der Kernwaffenversuche — deutsche Frage — Laos — friedliche Koexistenz.*

Teure Genossen!  
Freunde!

Wie Sie wissen, bin ich kürzlich aus Wien zurückgekehrt, wo ich im Laufe von zwei Tagen mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, John Kennedy, zusammenkam und eingehende Gespräche führte.

In unserer Presse, wie in der gesamten Weltpresse, wurden nicht wenige Materialien dazu veröffentlicht. Viele von Ihnen kennen bereits die Memoranden, die Präsident Kennedy in Wien überreicht wurden.

Es sind dies das Memorandum zur Frage der Einstellung der Experimente mit Atom- und Wasserstoffbomben und das Memorandum zur Frage des Abschlusses eines

Friedensvertrages mit Deutschland zur Regelung der West-Berliner Frage auf dieser Grundlage. Gewiß haben viele von Ihnen auch die Rede Präsident Kennedys gelesen, die im Rahmen des Rundfunk- und Fernsehprogramms gehalten wurde und die in unseren Zeitungen in vollem Wortlaut veröffentlicht worden ist. Die Sowjetöffentlichkeit ist somit über den Standpunkt, den der Präsident der USA darlegte, über seine Bewertung unserer Zusammenkunft, gut informiert.

Heute möchte ich einige Gedanken, meine Ansichten über unsere Zusammenkunft und über die Gespräche mit Präsident Kennedy in Wien zum Ausdruck bringen.

Wie Sie bereits wissen, gingen dieser Zusammenkunft ein Meinungs austausch über diplomatische Kanäle sowie ein Austausch von Schreiben zwischen mir und dem Präsidenten der Vereinigten Staaten voraus. Wir vereinbarten diese Begegnung, die dann am 3. und 4. Juni in Wien stattfand. Diese Begegnung war eine gute Möglichkeit zu einem ersten persönlichen Kontakt und einem Meinungs austausch über die wichtigen Probleme zwischen mir, als Vorsitzendem des Ministerrats der UdSSR, und dem neuen Präsidenten der USA.

Auf dem Wege nach Wien verbrachten wir mehrere Tage bei unseren tschechoslowakischen Freunden und hatte natürlich sehr eingehende Aussprachen mit dem Präsidenten der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und Ersten Sekretär der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, dem Genossen Antonin Novotny, und den anderen leitenden Staatsmännern der Tschechoslowakei.

Ich hatte bereits mehrmals Gelegenheit, in der verbrüdeten Tschechoslowakei zu sein, und habe dort stets außerordentliche Freundschaft und Herzlichkeit erfahren. So war es auch diesmal. Ueberall nahm man uns wie nahe Freunde, wie Brüder auf, die durch eine Gemeinsamkeit der Lebensinteressen und der Ziele verbunden sind.

Ich nehme die Gelegenheit wahr, um noch einmal der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, allen unseren teuren Freunden — den Tschechen und den Slowaken — zu danken, die uns während des Aufenthalts in ihrem prachtvollen Land, das zuversichtlich auf dem Wege des kommunistischen Aufbaus schreitet, so freundschaftlich und gastlich aufgenommen haben.

So haben sich die Beziehungen zwischen allen unseren sozialistischen Staaten gestaltet.

Die große gemeinsame Sache des Aufbaus der neuen, der sozialistischen Welt, hat uns einander nahegebracht, uns zu einer einträchtigen Familie vereint. Indem die leitenden Staatsmänner unserer Länder die Interessen ihres Volkes verfechten und schützen, verfechten und verteidigen sie zugleich die Interessen aller Völker der sozialistischen Länder, die große Sache des Sozialismus und eines dauerhaften Friedens auf Erden.

Als wir uns nach Wien zu der Begegnung mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika begaben, dachten wir selbstredend vor allem darüber nach, wie sich diese Zusammenkunft nicht nur auf die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern, sondern auch auf die Beziehungen zwischen den Ländern der neuen, sozialistischen Welt und den kapitalistischen Ländern auswirken würde.

Wir sind der Auffassung, daß solche Zusammenkünfte erforderlich sind, weil unter den gegenwärtigen Verhältnissen Fragen, die sich auf dem gewöhnlichen diplomatischen Wege nicht lösen lassen, dringlich Zusammenkünfte der Regierungschefs erheischen.

Solche Zusammenkünfte sind notwendig, natürlich unter der Voraussetzung, daß diese Regierungschefs die Sicherung des Friedens zwischen den Staaten anstreben. Wir unsererseits tun alles, was in unseren Kräften steht, für die Minderung der internationalen Spannungen und für die Lösung kardinaler Fragen der Beziehungen zwischen den Staaten.

Bevor ich zu den konkreten Fragen übergehe, die bei unseren Aussprachen mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten erörtert wurden, möchte ich dem österreichischen Bundespräsidenten, Herrn Schärf, dem Bundeskanzler, Herrn Gorbach, dem Vizekanzler, Herrn Pittermann, meinen herzlichen Dank aussprechen für ihre Mithilfe, damit die Zusammenkunft in Wien unter den günstigsten Umständen für beide Staaten verlaufe. Wir sind den Einwohnern des herrlichen Wiens für die herzliche Freundschaft dankbar, die sie uns gegenüber, den Vertretern der Sowjetunion, bekundeten.

Und jetzt, teure Genossen, gestatten Sie mir, unseren Standpunkt zu den Fragen darzulegen, die bei den Gesprächen zwischen mir und dem Präsidenten der USA, Kennedy, erörtert worden sind. Ich möchte einige Gedanken darüber zum Ausdruck bringen, wie, meiner Ansicht nach, auf die beste Weise jene strittigen oder unregulierten Probleme in den Beziehungen zwischen den Staaten gelöst werden sollten, die spruchreif, die, man kann sagen, sogar überreif geworden sind und gebieterisch ihre Lösung fordern.

Eine dieser ausschlaggebenden, kardinalen Fragen ist das Problem der allgemeinen und völligen Abrüstung.

Es ist allgemein bekannt, daß sich die Sowjetunion beharrlich und konsequent für die Lösung der Abrüstungsfrage einsetzt. Der Sowjetstaat wirft diese Frage seit Jahrzehnten vor der ganzen Welt auf.

Ich erinnere daran, daß die Sowjetunion schon im Jahre 1922 auf der Konferenz von Genua, auf Initiative des großen Lenin, den Vorschlag machte, die allgemeine und völlige Abrüstung durchzuführen. Im Jahre 1927 wurde diese Frage von uns vor dem Völkerbund aufgeworfen; damals gelang es nicht, die Lösung dieses Problems zu erreichen, und in der Folge entfesselten die Imperialisten einen Weltkrieg.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, der den Völkern so viel Kummer und Leiden brachte, setzten wir uns mit doppelter Energie für die rascheste Lösung des Abrüstungsproblems ein. Wir nehmen in- und außerhalb der Organisation der Vereinten Nationen jede Möglichkeit wahr, um eine positive Lösung des Abrüstungsproblems zu erreichen und die Gefahr eines neuen Weltkriegs zu bannen.

Die Sowjetunion beteiligte sich an der UN-Atomenergiekommission, die beauftragt wurde, ein Abkommen über ein Kernwaffenverbot abzufassen.

Wir haben auch in der Kommission für konventionelle Rüstungen Verhandlungen geführt. Seit dem Jahre 1950, in dem die Vereinigte Abrüstungskommission geschaffen wurde, beteiligte sich die Sowjetunion aktiv an ihrer Tätigkeit. Vier Jahre lang nahmen unsere Vertreter an den Sitzungen des Unterausschusses dieser Kommission in London und New York teil. Es wurden viele Vorschläge gemacht, viele Reden gehalten — aber die Lösung des Abrüstungsproblems kam keinen Schritt voran.

Im vergangenen Jahr traf in Genf der Abrüstungsausschuß der zehn Staaten bereits in einer anderen Zusammensetzung als die vorhergehenden Körperschaften zusammen. In ihm waren fünf sozialistische und fünf westliche Staaten vertreten. Die Abneigung der Westmächte, auf eine Abrüstung einzugehen, führte jedoch dazu, daß es auch in diesem Ausschuß nicht gelang, irgendwelche positiven Ergebnisse zu erzielen.

Man sagt: Wenn die ganze Menge des in den Abrüstungskommissionen und Unterausschüssen verschriebenen Papiers in den Genfer See versenkt würde, so träte er über die Ufer. Papier wurde viel verbraucht, doch an eine reale Lösung des Abrüstungsproblems ist man nicht herangekommen.

Es ergibt sich die Frage: Weshalb vermochten alle diese Kommissionen und Unterausschüsse keinen Erfolg in ihrer Tätigkeit zu erreichen? Ja, deshalb, weil die Westmächte offensichtlich zu ersten Verhandlungen nicht bereit waren, weil sie diese nicht wollten und, um es offen zu sagen, bis zum heutigen Tage nicht wollen. Begreiflich,



daß keine Regierung mit einem solchen Standpunkt unverblümt vor die Völker treten kann!

Die Westmächte haben Angst, rundweg und ehrlich der Öffentlichkeit zu sagen, daß sie keine sachlichen Verhandlungen mit der Sowjetunion über die Abrüstungsfragen wollen.

Die kapitalistischen Monopole bereichern sich an der forcierten Aufrüstung und sind an ihrer Fortsetzung interessiert. Um jedoch all dies zu tarnen, bedürfen sie unverkennbar wenigstens eines Anscheins von Verhandlungen. So haben sie auch ein diplomatisches Verfahren ausgewählt: Verhandlungen nicht direkt abzusagen, gleichzeitig aber konkreten Abrüstungsvorschlägen nicht zuzustimmen. Sie machen einen langen Senf. Es ist bereits ein ganzes System ausgearbeitet worden, um das Erreichen des Ziels zu verhindern und die Sache der Abrüstung sicher in eine Sackgasse zu führen.

Die Vorschläge über die allgemeine und völlige Abrüstung, die von mir im Auftrage der Sowjetregierung der Vollversammlung der Organisation der Vereinten Nationen unterbreitet wurden, bieten eine gute Grundlage für eine Lösung des Abrüstungsproblems. Werden diese unsere Vorschläge angenommen, so werden die Völker auf immer der schweren Bürde des Wettrüstens entledigt, von der Gefahr eines verheerenden Raketen- und Atomkrieges befreit sein.

Wir sagten dabei, und ich wiederhole es kategorisch: Erklären sich die Westmächte mit der allgemeinen und vollständigen Abrüstung einverstanden, so ist die Sowjetunion bereit, jedwedes Kontrollsystem zu akzeptieren, das sie vorzubringen wünschen.

Ungeachtet dessen behaupten die Westmächte, daß der Standpunkt der Sowjetunion zu den Kontrollfragen eine Einigung über die Abrüstung verhindere, daß sie mit uns in diesen Fragen unmöglich zu einem gegenseitigen Einverständnis gelangen können.

Ich wiederhole noch einmal: Die Sowjetunion ist für strenge und wirksame internationale Kontrolle. Herr Präsident der USA! Wir sind bereit, Ihre Vorschläge über eine Kontrolle anzunehmen, aber nehmen Sie auch unsere Vorschläge über eine allgemeine und vollständige Abrüstung an, und dann wird es keinerlei Sackgasse bei den Abrüstungsverhandlungen geben!

Wir wollen ehrliche Abrüstung, wollen gleiche Bedingungen für alle Staaten bei der Abrüstung verbürgen, damit niemand jemals die Abrüstung mißbrauchen könne, um zum Schaden der Sicherheit der anderen Länder Vorteile für sich zu bekommen. Unsere Vorschläge sehen eine strenge Kontrolle in jeder Etappe der Durchführung des Abrüstungsabkommens vor. Wir sind der Auffassung, daß es nach der Verwirklichung der vollständigen Abrüstung der peinlich genauesten Kontrolle bedürfen wird. Den Kontrollorganen muß überallhin, ohne irgendein sogenanntes Veto, ohne jegliches Verbot, ohne jedwede Beschränkung, der Zutritt gewährleistet sein. Der Zutritt muß zu jeder Zeit und an jeder Stelle offen sein. Und wir sind bereit, dies für die Kontrollorgane sicherzustellen. Nur bei allgemeiner und vollständiger Abrüstung unter strengster Kontrolle kann man Vertrauen herbeiführen und wahre Voraussetzungen einer friedlichen Koexistenz der Staaten schaffen, bei denen kein einziges Land, keine einzige Staatengruppe heimlich zum Ueberfall auf andere Länder aufrüsten könnte.

Das ist unser Standpunkt. Was für eine noch deutlichere Erklärung ist nötig, damit die Vertreter des Westens aufhören zu wiederholen, daß die Sowjetunion eine Kontrolle nicht akzeptiere?

Alle Erfindungen, daß die Sowjetunion keine Kontrolle wolle, stellen nur eines bloß: wie man in der sogenannten freien Welt die Menschen frei hintergeht. Doch unsere Welt, die Welt der sozialistischen Länder, ist ausgezeichnet informiert und weiß, daß wir für wirksame Kontrolle sind. Doch in der „freien Welt“ bei „freier Information“

kann man frei die Gesellschaft täuschen, wissentlich lügenhafte Behauptungen wiederholen, um die Menschen irrezuführen.

Am 19. Juni beginnen in Washington Abrüstungsverhandlungen zwischen der UdSSR und den USA. Ich möchte die Hoffnung aussprechen, daß wir dieses Mal bei den USA endlich eine konstruktive Einstellung vorfinden werden.

Jetzt möchte ich auf eine andere Frage eingehen, bezüglich der wir mit dem Präsidenten Kennedy unsere Meinungen über das Verbot der Versuche mit Kernwaffen austauschten.

Seit nahezu drei Jahren verhandeln wir in Genf mit den USA und England in dieser Frage. Gleich am Anfang unterbreiteten wir den Westmächten einen Vertragsentwurf; obwohl dieser Entwurf den Interessen aller Verhandlungspartner Rechnung trägt und obwohl wir im Zuge der Verhandlungen den Westmächten in verschiedener Hinsicht entgegenkamen, haben die Verhandlungen kein konkretes Resultat erbracht.

Nun sind neue Schwierigkeiten entstanden. Die Westmächte lehnen es glatt ab, unseren Vorschlag für die Formen der Kontrolle zu akzeptieren.

Worin besteht das Wesen unseres Vorschlags? Gestatten Sie mir, ihn kurz darzulegen. Anfangs hielten wir es für möglich, dem Vorschlag der Westmächte zuzustimmen, daß dem Exekutivorgan des Kontrollsystems für die Versuchseinstellung eine auf Vereinbarung zwischen den Seiten nominierte Person vorstehen solle. Die Entwicklung im Kongo hat uns aber aufhören lassen, sie hat uns, wie man sagt, eines Besseren belehrt. Die Regierung der Republik Kongo wandte sich an die Organisation der Vereinten Nationen um Hilfe im Kampf gegen die belgischen Kolonialisten, die versuchten, ihre Kolonialherrschaft in diesem Lande wieder zu errichten. Der Sicherheitsrat und die Vollversammlung haben in diesem Zusammenhang eine Reihe guter Beschlüsse gefaßt. Was kam dann?

Herr Hammarskjöld, der sich als neutral eingestellt aufspielt, benutzte die Stellung des Generalsekretärs der Organisation der Vereinten Nationen, um diese Beschlüsse des Sicherheitsrates und der Vollversammlung zugunsten der Kolonialherren auszulegen und in die Tat umzusetzen. Spricht der schändliche Mord an dem Ministerpräsidenten der kongolesischen Republik, Patrice Lumumba, dem Chef derselben Regierung, die die Streitkräfte der UN um Beistand gegen die Ausschreitungen der Kolonialisten bat, etwa nicht davon? Die Tragödie des kongolesischen Volkes hat klar gezeigt, welche Folgen die Willkür des Exekutivorgans der UN in der Person des alleinigen Generalsekretärs nach sich ziehen kann. Man muß alles tun, damit sich derartige Akte nicht mehr wiederholen. Dies verlangen die Interessen der Völker, die Interessen der Erhaltung des Friedens.

Eben deshalb ist die Sowjetregierung zu der festen Ueberzeugung gelangt, daß die Kontrolle über die Ausführung des Vertrags zur Einstellung der Kernwaffenexperimente unter Beteiligung von Vertretern der drei bestehenden Staatengruppen der sozialistischen Länder, der Teilnehmerländer der westlichen Militärblocks und der Staaten, die eine neutrale Politik betreiben, ausgeübt werden muß. Dabei können die Vertreter dieser Staatengruppen nur vereinbarte Beschlüsse fassen.

Die Sowjetunion beanspruchte und beansprucht keine Sonderstellung. Wir wollen keine Herrschaft in der Kontrollkommission, wir werden aber auch nicht erlauben, daß jemand uns regiere. Wir fordern für uns ebensolche Rechte, wie sie die anderen Vertragspartner genießen werden. Wir streben danach, daß Mißbrauch seitens der Kontrollorganisation ausgeschaltet werde.

Was wollen nun die Westmächte? Sie wollen uns irgendeinen „neutralen Mann“ als alleinigen Interpreten und Vollstrecker des Vertrags aufzwingen. Sie wollen auf diesen Posten irgendeinen neuen Hammarskjöld bringen, der die Kontrolle auf dem ganzen Territorium unseres Landes dirigieren würde.

Um es freimütig zu sagen — sie wollen, daß ein solcher Mensch ihnen gestatte, ungehindert auf unserem Territorium Erkundungen im Interesse des Westens vorzunehmen. Damit können wir uns natürlich nicht einverstanden erklären, und wir werden uns dazu nie bereit finden, da es um die Sicherheit unseres Landes geht.

Jedermann ist es natürlich klar, daß die Einstellung der Versuche mit Kernwaffen an sich einen Raketen- und Atomkrieg nicht verhindern würde.

Man kann die Kernwaffenexperimente verbieten, die vorhandenen Bestände an diesen Waffen würden aber weiter existieren, ihre Produktion und folglich ihre Hortung können weitergehen. Die Gefahr eines Raketen- und Atomkriegs wird somit anwachsen. Es liegt klar auf der Hand, daß die Einstellung der Kernwaffenexperimente allein nicht den Damm abgeben würde, der dem Rüstungswettlauf den Weg versperren soll. Aus allem ist zu ersehen, daß es wegen der Haltung der Westmächte schwerfällt, bei den Verhandlungen in Genf die Einstellung der Kernwaffenexperimente zu vereinbaren.

Das Wichtigste besteht zur Zeit darin, die Frage der allgemeinen und vollständigen Abrüstung unverzüglich zu lösen. Wir erklärten dem Präsidenten der USA: Laßt uns die beiden Probleme — das Problem der Versuchseinstellung und das Problem der allgemeinen und totalen Abrüstung — in ihrem Zusammenhang regeln. Dann wäre es leichter, sich auch über die Schaffung eines Exekutivorgans für die Kontrolle zu verständigen. Unter den Bedingungen der allgemeinen und vollständigen Abrüstung wird die Frage der Sicherheit der Staaten in einem anderen Aspekt erscheinen: Es wird keine Armeen und keine Gefahr eines Angriffs des einen Staates auf den anderen geben. Unter diesen Verhältnissen wird die Sowjetregierung bereit sein, die Vorschläge der Westmächte für eine Kontrolle zu akzeptieren. Wir werden damit einverstanden sein, daß ein Kontrollsystem ohne jede Einschränkung, von welcher Seite auch immer, darunter auch von seiten des Staates, auf dessen Territorium die Kontrolle ausgeübt wird, vorgesehen wird. Dann verschwindet jede Gefahr, daß die Kontrolle zu Erkundungszwecken gegen einen Staat mißbraucht wird. Das ist ja auch logisch: Wenn es keine Armeen, kein Wettrüsten gibt, so können keine militärischen Geheimnisse der Staaten existieren, und die Vertreter der westlichen Länder werden dann jede Tür aufmachen, jedes Werk und Institut in unserem Lande betreten dürfen — ebenso wie unsere Vertreter in ihren Ländern.

Bei der Einschätzung der Möglichkeit eines Abkommens über eine Einstellung der Kernwaffenexperimente unter Bedingungen, da keine Verständigung über die allgemeine und totale Abrüstung vorhanden ist, darf man auch den folgenden wichtigen Umstand nicht ignorieren.

Während zwischen drei Ländern — der Sowjetunion, den Vereinigten Staaten von Amerika und England — Verhandlungen über die Einstellung der Kernexperimente im Gange sind, stellt Frankreich Versuche an; es schlägt die Proteste der Weltöffentlichkeit und der Regierungen in den Wind, setzt sich über die wiederholten Beschlüsse der Organisation der Vereinten Nationen hinweg, die die Staaten auffordern, von diesen Versuchen Abstand zu nehmen. Es entsteht eine seltsame Lage: Wir erstreben ein Abkommen mit den Westmächten, während ein Verbündeter dieser Westmächte — Frankreich — mit Kernwaffenexperimenten fortfährt und erklärt, die Genfer Verhandlungen legen ihm keine Verpflichtungen auf. Frankreich, Mitglied der NATO, des aggressiven Militärblocks, der aus seiner Ausrichtung gegen die Sowjetunion kein Hehl macht, hat folglich die Möglichkeit, im Interesse seiner westlichen Verbündeten Kernwaffen zu vervollkommen.

Außerdem muß man in Rechnung stellen, daß dem Beispiel Frankreichs auch andere Länder folgen können, wenn sie dazu die wissenschaftlichen und technischen Möglichkeiten haben.

Man kann freilich die eigenartige Logik der Westmächte begreifen, die sich offenbar auf ihre Militärblock-Verbündeten nicht verlassen können und ihre Selbständigkeit, auf



eigene Kernwaffen gestützt, sichern wollen. Der Präsident Frankreichs, General de Gaulle, sagte beispielsweise, er wolle eigene Kernwaffen haben, um Frankreich die Möglichkeit zu geben, eine unabhängige Politik durchzuführen. Doch auch andere Länder, die in das Netz der westlichen Militärblocks gegangen sind, könnten erklären, sie wollen sich auf das Abkommen über eine Einstellung der Kernwaffenversuche nicht verlassen, wo doch Staaten, die über Kernwaffen verfügen, auch nach der Unterzeichnung eines solchen Abkommens diese behalten werden. Sie können offensichtlich die gleichen Argumente ins Treffen führen, zu denen Frankreich zur Zeit greift, um die Versuche zu rechtfertigen, um eigene Kernwaffen zu entwickeln und dem sogenannten Atomklub beizutreten.

Diese Logik gereicht selbstverständlich der Sache des Friedens zum Schaden. Einer solchen Logik können sich diejenigen Kreise im Westen bedienen, die auf Kernwaffen nicht verzichten wollen und weiterhin auf diese Massenvernichtungsmittel bauen — und sie nehmen zu dieser Logik bereits Zuflucht.

All das läßt uns zu dem Schluß kommen, daß die Lösung der Frage einer Einstellung der Kernwaffenexperimente mit der Aufgabe, eine allgemeine und vollständige Abrüstung durchzuführen, verknüpft werden muß. Unter den gegebenen Bedingungen läßt sich offenbar ein anderer Ausweg unmöglich finden.

Im Zuge des Meinungsaustausches mit dem Präsidenten legten wir unseren Standpunkt hinsichtlich der gleichzeitigen Lösung des Problems der allgemeinen und vollständigen Abrüstung und der Einstellung aller Experimente mit Kernwaffen ausführlich dar. Wir möchten, daß die amerikanische Regierung unseren Standpunkt richtig versteht. Dies würde helfen, eine Grundlage für ein Abkommen zu finden.

Die Völker erwarten, daß die Regierungen die Lösung der Frage einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung beschleunigen, damit der Friede gesichert werde. Deshalb erhebt die Weltöffentlichkeit ihre Stimme und fordert, daß die Regierungen, die für die Lösung dieses Problems kein Interesse bekunden, mit ihrer Sabotage und Verschleppung der Verhandlungen aufhören. Es ist längst an der Zeit, das Problem der Abrüstung aus dem Labyrinth der Wortgefechte herauszuführen, wo es schon seit vielen Jahren herumirrt.

Gestatten Sie mir, nun zu der deutschen Frage überzugehen, die in unseren Gesprächen mit dem Präsidenten Kennedy viel Raum einnahm.

Die Sowjetregierung legte ihren Standpunkt in dieser Frage bereits wiederholt dar. Und die Westmächte können sich nicht beklagen, daß unsere Vorschläge ihnen nicht zur Genüge bekannt seien. Wir taten und tun alles, um die Regierungen Englands, der Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreichs und anderer Länder, die mit uns am Krieg gegen Hitler-Deutschland teilnahmen, zu überzeugen, daß das Fehlen eines Friedensvertrages mit Deutschland eine anomale und gefährliche Lage in Europa geschaffen hat.

Es galt immer als Regel, daß nach Kriegsende zwischen den Staaten ein Friedensvertrag abgeschlossen wird, und das ist schon Brauch, und wenn Sie wollen, eine Norm des Völkerrechts geworden. Beispiele dafür kann man in der internationalen Praxis auch nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs finden. Vor über 14 Jahren wurden die Friedensverträge mit Italien und den anderen Staaten unterzeichnet, die auf seiten Hitler-Deutschlands gekämpft hatten. Die Vereinigten Staaten von Amerika, England und andere Länder schlossen 1951 einen Friedensvertrag mit Japan. Doch die Regierungen der gleichen Länder wollen von einem Friedensschluß mit Deutschland gar nichts hören.

Es fragt sich: Kann man diese Lage fortbestehen lassen? Die Völker Europas sind doch an dem Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zutiefst interessiert. Auf ihn warten seit langem die Völker Polens, der Tschechoslowakei und aller anderen mit

Deutschland benachbarten Staaten. Diesen Vertrag brauchen die beiden deutschen Staaten: die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland.

Die Bevölkerung dieser Staaten hegt die Hoffnung darauf, daß unter den Zweiten Weltkrieg endlich der Schlußstrich gezogen wird und daß das deutsche Volk seine Beziehungen zu den Nachbarvölkern auf gegenseitigem Vertrauen aufbaut.

Die Frage scheint klar zu sein: Ein Friedensvertrag mit Deutschland ist notwendig. Dabei kann selbstverständlich von keiner neuen Grenzänderung die Rede sein. Wir gehen davon aus, daß der Friedensvertrag mit Deutschland das fixiert, was bereits durch das Potsdamer Abkommen festgelegt wurde. Die Regierung der DDR erklärte wiederholt, daß sie die durch dieses Abkommen festgelegte Ostgrenze Deutschlands an der Linie Oder-Neiße als endgültig anerkennt und sie als die Friedensgrenze zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk betrachtet.

Ja, auch die Regierungen der Westmächte begreifen augenscheinlich, wie unsinnig es wäre, jetzt die Frage einer Aenderung der Grenze Deutschlands aufzuwerfen. Ihre Vertreter äußerten das wiederholt bei Gesprächen mit uns.

Und der Präsident Frankreichs, General de Gaulle, sprach sich öffentlich dafür aus, daß das deutsche Volk „die heutigen Grenzen in West, Ost, Nord und Süd“ nicht in Zweifel ziehen solle. Selbst Bundeskanzler Adenauer, dieser Vorkämpfer des Kalten Krieges und Meister im Entfachen der Leidenschaften zwischen den Staaten, selbst er gab Erklärungen ab, die Bundesrepublik Deutschland wolle eine Aenderung der Grenzen mit Gewalt nicht durchsetzen.

Es fragt sich: Warum kann man in diesem Fall keinen Friedensvertrag unterzeichnen, wo doch jedermann klar ist, daß die heutigen Grenzen Deutschlands ohne Krieg nicht verändert werden können, und Kriege — wie die Regierungen der Westmächte beteuern — wollen sie nicht. Man sollte meinen, es sei ein unkomplizierter Akt, das faktisch Bestehende und das, was die Völker schon seit langem fordern, zu verankern. Was hält dann die Regierungen der Westmächte von diesem Schritt ab?

Die Ursache liegt offenbar darin, daß manche vom Frieden reden, in Wirklichkeit aber die vom Zweiten Weltkrieg hinterlassenen schwelenden Kohlen brennend erhalten wollen, um in einem passenden Augenblick den Brand eines neuen Krieges anzufachen. Dafür werden nun immer neue Divisionen in Westdeutschland aufgestellt, zu diesem Zweck fordert Bundeskanzler Adenauer Atomwaffen für seine Armee. Wozu wird all das getan? Für die Beibehaltung dessen, was Deutschland heute besitzt, sind doch weder eine starke Armee noch Atomwaffen nötig. Es gibt da aber Kräfte, die immer noch nach fremdem Gut gieren und sich mit den bestehenden Grenzen nicht abfinden können. Was würde aber ein Versuch bedeuten, die Grenzen unter den heutigen Bedingungen abzuändern? Das wäre Krieg, und dabei ein nuklearer.

Deshalb muß das Verhalten der Gegner einer Friedensregelung mit Deutschland die Völker aufhorchen lassen. Diese aber können mit vollem Recht sagen: Wenn ihr für den Frieden seid, so beweist das mit Taten — unterzeichnet einen Friedensvertrag und führt in Einklang damit eure Politik durch.

In Gesprächen mit mir berief sich Präsident Kennedy, wie übrigens auch andere Vertreter der westlichen Länder, darauf, daß die Westmächte Verpflichtungen den Bewohnern West-Berlins gegenüber hätten und daß diese Verpflichtungen nicht einmal durch den Abschluß eines Friedensvertrages angetastet werden könnten. Verständlich wäre aber die Frage: Um die Erhaltung welcher Verpflichtungen kann es sich da handeln, wenn sie alle sich aus der Kapitulation Hitler-Deutschlands und den provisorischen alliierten Abkommen ergeben und folglich nur bis zum Abschluß eines Friedensvertrages gültig sein können? Uebrigens gibt es überhaupt keine besonderen Verpflichtungen gegenüber West-Berlin.

Die Verpflichtungen der Alliierten bezogen sich auf das gesamte Territorium Deutschlands, und gerade diese Abmachungen sind von den Westmächten gröblich verletzt worden. Sie haben Westdeutschland in einen militärischen Staat verwandelt, einen militärischen Block geschaffen, der sich gegen uns richtet, und in diesem Block spielt die Bundesrepublik Deutschland eine erstrangige Rolle. Generale, die Hitlertruppen befehligten und in der Sowjetunion, in Polen, in der Tschechoslowakei, in Albanien, Jugoslawien, Frankreich, Griechenland, Belgien, Norwegen und anderen Ländern Bestialitäten verübten, nehmen heute in der NATO Kommandostellen ein.

Stets war es so, daß nach der Unterzeichnung eines Friedensvertrages die Kapitulationsbedingungen auf dem ganzen Gebiet, auf das sich dieser Vertrag erstreckt, ihre Kraft verlieren und daß das gesamte Gebiet vom Besatzungsregime befreit wird.

Darum würde West-Berlin, das sich auf dem Boden der DDR befindet, nach der Unterzeichnung eines Friedensvertrages von allen Bedingungen frei werden, die im Zusammenhang mit der Kapitulation Hitler-Deutschlands und der Einführung des Besatzungsregimes dortselbst eingeführt worden sind. Es muß gesagt werden, daß — wenn die Rede auf einen Friedensvertrag mit Deutschland und folglich auch auf die Normalisierung der Lage in West-Berlin kommt — die Vertreter der westlichen Länder nicht selten den juristischen Boden verlassen und an Erwägungen des Prestiges zu appellieren beginnen. Jedoch auch solche Versuche halten keiner Kritik stand. Ich möchte mich auf ein recht frisches Beispiel berufen.

Wir haben gemeinsam mit den USA gegen Japan gekämpft, unsere Völker haben gemeinsam ihr Blut vergossen. Die Sowjetarmee hat den eigentlichen Kerntrupp der japanischen Streitkräfte, die Kwantung-Armee, in der Mandschurei zerschmettert.

Zusammen mit den USA und den anderen Staaten, die gegen Japan gekämpft haben, beteiligte sich die Sowjetunion am Entwurf von Maßnahmen zur Kontrolle der Nachkriegsentwicklung Japans. Es wurden die Fernostkommission in Washington und der Alliierte Rat für Japan geschaffen, der sich in Tokio befand. In diesen Körperschaften betätigten sich die sowjetischen Vertreter aufs aktivste auf gleichberechtigter Grundlage. Dann aber war es soweit, daß mit Japan ein Friedensvertrag geschlossen werden sollte. Ohne die Meinung der Sowjetunion zu berücksichtigen, unterzeichneten unsere Verbündeten mit Japan einen Separatvertrag. Ich will nicht auf die Motive eingehen, die damals für die Haltung der Sowjetunion in der Frage eines Friedensvertrages mit Japan maßgeblich waren, da es sich heute um etwas anderes handelt, nämlich darum, wie die USA in diesem Fall mit ihrem Verbündeten umgegangen sind.

Sie haben den Alliierten Rat für Japan einseitig liquidiert und die sowjetischen Vertreter jeglicher Rechte beraubt, so daß unsere Vertreter im Grunde genommen zwischen Himmel und Erde schwebten; man hat sie auf jede Weise aus Tokio verdrängt. Wir hatten aber doch bestimmte Rechte und Pflichten, die sich aus der Tatsache der Kapitulation Japans ergaben und die in den entsprechenden internationalen Abkommen vereinbart worden waren. Wie Sie sehen, haben die Amerikaner damals weder auf die Rechte der Sowjetunion noch auf die internationalen Vereinbarungen Rücksicht genommen. Gestützt auf ihre Ueberlegenheit in der atomaren Waffe, waren sie bestrebt, nicht nur dem besiegten Japan ihre Bedingungen zu diktieren, sondern auch ihren Verbündeten im Krieg mit Japan.

Vor mehr als zwei Jahren veröffentlichten wir unseren Entwurf eines Friedensvertrags mit Deutschland. Es ist darin nichts enthalten, was die Interessen unserer ehemaligen Verbündeten, und übrigens auch die Interessen der Deutschen selbst, beeinträchtigen könnte.

Die Sowjetunion, die viel mehr Opfer gebracht hat als alle übrigen Verbündeten der Anti-Hitler-Koalition zusammen, schlägt vor, einen Friedensvertrag zu signieren, um die Lage in Europa, um die Beziehungen zu den beiden deutschen Staaten zu normalisieren.



Doch die USA, England und Frankreich, mitsamt der Bundesrepublik Deutschland, wollen keinen Friedensvertrag unterzeichnen, sie streben danach, die ungewisse und gefährliche Lage aufrechtzuerhalten, sie weigern sich, die Ueberreste des vergangenen Krieges durch den Abschluß eines Friedensvertrags zu beseitigen und versteifen sich auf die Aufrechterhaltung des Besatzungsregimes und die Belassung ihrer Truppen in West-Berlin.

Jeder Mensch, der die gesunde Urteilkraft nicht eingebüßt hat, versteht, daß die Unterzeichnung eines Friedensvertrages den Weg zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den Staaten darstellt.

Die Ablehnung eines Friedensvertrags und die Verewigung des Besatzungsregimes in West-Berlin zielen auf die Fortsetzung des Kalten Krieges ab, und wer kann sagen, wo die Grenze ist, die den Kalten Krieg von einem Krieg im wahren Sinne dieses Wortes trennt? Ist etwa nicht klar, daß der Kalte Krieg die Vorbereitung, die Kraftansammlung für einen Krieg ist?

Ich sage das, damit alle verstehen, mit welcher ernstesten Gefahr der weitere Aufschub des Abschlusses eines deutschen Friedensvertrages verknüpft ist.

Wenn wir vorschlagen, mit Deutschland einen Friedensvertrag zu unterzeichnen und West-Berlin in eine Freie Stadt zu verwandeln, beschuldigt man uns, wir wollen den Westmächten das Zugangsrecht zu dieser Stadt entziehen. Das ist aber ein unzutreffendes und hinfälliges Argument. West-Berlin den Status einer Freien Stadt verleihen würde bedeuten, daß alle Länder der Welt, welche mit dieser Stadt Wirtschafts- und Kulturbeziehungen zu pflegen wünschen, das Recht und die Möglichkeit besäßen, diese Beziehungen unbehindert zu verwirklichen.

Natürlich wäre dazu ein Abkommen mit dem Lande notwendig, durch dessen Gebiet die Verbindungswege zwischen West-Berlin und der Außenwelt verlaufen. Das ist normal. Anders wäre die Souveränität des Staates, innerhalb dessen West-Berlin gelegen ist, gefährdet.

Die Regierungen der Westmächte behaupten, sie hätten versprochen, Freiheit und Wohlergehen der Bevölkerung von West-Berlin zu verteidigen. Allerdings ist in den vierseitigen Abmachungen, die Berlin betreffen, über solche Verpflichtungen der USA, Englands und Frankreichs nichts gesagt. Der Gedanke einer Gewährleistung der Freiheit für die Bewohner von West-Berlin als solcher kann bei niemandem Einwände hervorrufen. Kein anderer als die Sowjetunion schlägt vor, daß das politische und soziale Regime in West-Berlin so sein soll, wie seine Bewohner es haben wollen. Also gibt es keinerlei Anschläge auf die Freiheit von West-Berlin, ebensowenig wie Hindernisse für den Zugang zu dieser Stadt.

Wir haben es wiederholt und wiederholen es wieder: Ein Friedensvertrag würde alle notwendigen Voraussetzungen zur Sicherung der Freiheit einer Freien Stadt West-Berlin und zu unbehinderter Verbindung West-Berlins mit der Außenwelt herbeiführen. Selbstverständlich müßte man sich bei der Lösung der Frage des Zugangs nach West-Berlin an die allgemein üblichen internationalen Normen halten, das heißt, das Gebiet des Landes, durch das die Zugangswege verlaufen, nur mit dem Einverständnis seiner Regierung benutzen.

Solch eine Lage wird von jedermann als normal anerkannt. Warum soll man es dann für anomal halten, wenn für den Zugang nach West-Berlin das Einverständnis der DDR beantragt werden müßte? Verlaufen doch die Landwege nach West-Berlin durch ihr Gebiet, die Wasserwege ebenfalls durch ihr Gebiet, die Luftwege wiederum durch ihr Gebiet. Darum werden sich die Länder, die mit West-Berlin Verbindung aufrechterhalten möchten, nach dem Abschluß eines Friedensvertrages mit der Regierung der DDR über die Regeln des Zugangs nach West-Berlin und über die Verbindungen mit dieser Stadt übereinkommen müssen.

Wir schlagen nichts Ungewöhnliches vor. So ist es seit langem, seit hundert, vielleicht sogar vielen hundert Jahren in den Beziehungen zwischen allen gleichberechtigten Staaten Gepflogenheit. Diese Ordnung haben nicht wir ausgedacht, sie besteht nicht nur de facto, sondern auch de jure und ist seit langem eine allgemeine Regel.

Wenn die Sowjetregierung vorschlägt, einen Friedensvertrag abzuschließen und auf dieser Basis die Lage in West-Berlin zu normalisieren, will sie nur den Frieden, will sie aus den Beziehungen zwischen den Staaten alles entfernen, was Reibungen verursacht und einen gefährlichen Konflikt hervorrufen kann. Nicht die sozialistischen Länder, sondern die Westmächte fordern die Welt heraus, wenn sie der gesunden Vernunft zum Trotz erklären, sie würden den Abschluß eines Friedensvertrages nicht anerkennen und würden versuchen, das Besatzungsregime in West-Berlin aufrechtzuerhalten, das sie doch erkämpft hätten. Das ist keine Friedenspolitik, sondern eine Verhöhnung der elementarsten Normen in den Beziehungen zwischen den Staaten. Das ist der Wunsch, in den internationalen Beziehungen den Zustand äußerster Spannung aufrechtzuerhalten. Ja, mehr noch, das ist eine Drohung mit Krieg.

Die Sowjetunion und unsere Freunde wollen keinen Krieg, und wir werden ihn nicht beginnen. Wir werden aber unsere Souveränität verteidigen, unsere heilige Pflicht erfüllen, um unsere Freiheit und Unabhängigkeit zu schützen. Sollte irgendein Land den Frieden verletzen und fremde Grenzen — zu Lande, in der Luft oder zu Wasser — überschreiten, dann übernimmt dieses die ganze Verantwortung für die Folgen der Aggression, und es wird die gebührende Abfuhr erhalten.

In der Weltpresse werden zahlreiche Stimmen zu unseren Begegnungen und Aussprachen mit dem Präsidenten Kennedy veröffentlicht. Unter diesen Stellungnahmen gibt es sowohl in den USA als auch in England, sowohl in Frankreich als auch in Westdeutschland viele vernünftige Äußerungen. Ich spreche schon gar nicht von der DDR und den anderen sozialistischen Ländern. Es gibt jedoch bössartige Leute, bar jeden gesunden Menschenverstandes, die sich gegen Verhandlungen mit der Sowjetunion stemmen und zu einem Kreuzzug gegen den Kommunismus rufen.

Sie zetteln ständig neue Provokationen an. Und nicht von ungefähr wurden in der Zeit der Wiener Begegnung in der Bundesrepublik Deutschland zahlreiche Zusammenrottungen der Revanchisten veranstaltet, bei denen Adenauer und andere führende Männer der Bonner Regierung krieglerische Reden hielten.

Die Gegner einer Normalisierung der internationalen Lage haben eine großangelegte Provokation in West-Berlin eingefädelt, wo seit Anfang Juni Ausschusssitzungen des westdeutschen Parlaments stattfinden und für den 16. Juni eine Bundesratssitzung festgesetzt ist, obgleich West-Berlin niemals zur Bundesrepublik Deutschland gehörte noch gehört. Offenbar macht sich in Westdeutschland selbst ein Mangel an „Lebensraum“ für provokatorische Unternehmungen fühlbar.

Bis zu welchem Wahnwitz Leute gelangen können, die von Wut gegen den Sozialismus verblendet sind, zeugt eine in diesen Tagen veröffentlichte Erklärung der kanadisch-amerikanischen interparlamentarischen Gruppe. Diese Parlamentarier heulen wie Hyänen und drohen mit dem nuklearen Krieg. Sie haben auf ihrem Boden keinen Krieg gesehen. Ich weiß nicht, ob sie persönlich an diesem Krieg teilgenommen haben oder nicht, es ist aber vollkommen klar, daß diese Leute sich den Charakter eines modernen thermonuklearen Krieges nicht vorstellen, wenn sie ihre eigenen und mit ihnen auch andere Länder in einen Konflikt treiben. Heute kann jeder beliebige Krieg, selbst wenn er als gewöhnlicher, nichtnuklearer beginnt, zu einem vernichtenden Raketen- und Atomkrieg werden. Jenen Wahnwitzigen, die zum Krieg treiben, müssen die Völker Zwangsjacken anziehen.

Die Völker Europas wissen, was Krieg ist. Wir haben an zwei Weltkriegen teilnehmen müssen.

Vor 20 Jahren wurde dem Sowjetvolk ein Krieg, der schwerste und blutigste Krieg in unserer Geschichte, aufgezwungen. Der Feind kam bis an die Schwelle von Moskau, er gelangte bis zur Wolga, besetzte und verwüstete einen bedeutenden Teil des sowjetischen Gebiets. Doch die Sowjetunion hat dem Ansturm des Feindes standgehalten und in diesem Krieg gesiegt. Wir kamen nach Berlin und bestraften jene, die den Krieg entfesselt hatten.

Wir wollen nicht noch einen Weltkrieg, wir wollen den Frieden. Das Sowjetvolk hat mit den Deutschen in der DDR ein gutes gegenseitiges Verhältnis zuwege gebracht. Zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik haben sich die besten Beziehungen herausgebildet und hat sich die Ueberzeugung gefestigt, daß wir nicht Feinde, sondern Freunde sein müssen, und daß diese Freundschaft für beide Völker nützlich und vorteilhaft ist. Die sowjetischen Menschen wollen auch gute Beziehungen zu den Deutschen in Westdeutschland. Unser Volk möchte Freundschaft mit den Franzosen. Zusammen mit ihnen haben wir gegen Hitler-Deutschland gekämpft, und jeder von uns hat aus eigener Erfahrung kennengelernt, was Faschismus, was Krieg ist.

Wir möchten gut Freund sein mit den Engländern, Amerikanern, Norwegern und den anderen Völkern der Anti-Hitler-Koalition, mit denen wir gemeinsam für den Frieden auf der Erde kämpften. Wir haben keinerlei Grund, uns mit irgendeinem Volk zu streiten, wir wollen mit allen Völkern in Freundschaft und Eintracht leben.

Darum schlägt die Sowjetunion denn auch vor, gemeinsam mit den anderen Ländern einen Friedensvertrag mit Deutschland zu schließen. Und diesen friedfertigen Schritt bezeichnet man als Drohung oder gar als Aggressionsakt! Doch so können nur diejenigen sprechen, die unsere Absichten verleumdend und entstellen, das Bewußtsein der Völker mit dem Gift der Lüge verseuchen möchten.

Wir bitten alle, uns richtig zu verstehen: Der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland darf nicht länger verschoben werden. Die friedliche Regelung in Europa muß in diesem Jahre erreicht werden.

Wir fordern alle Länder, die gegen Deutschland gekämpft haben, auf, an der Friedenskonferenz teilzunehmen, sobald eine Vereinbarung über ihre Einberufung erreicht ist. Die Frage lautet heute nicht, ob man einen Friedensvertrag unterzeichnen oder nicht unterzeichnen soll, sondern, ob dieser Friedensvertrag mit den beiden vorhandenen deutschen Staaten, der DDR und der Bundesrepublik, oder mit einem deutschen Staate geschlossen wird, und ob sich an der friedlichen Regelung alle Staaten, die gegen Deutschland kämpften, beteiligen werden oder nur ein Teil von ihnen.

Die Regierungen einiger Länder haben im voraus erklärt, sie würden an der Friedenskonferenz nicht teilnehmen. Die Sowjetunion wird es natürlich bedauern, wenn sich irgendwelche Staaten der Unterzeichnung eines deutschen Friedensvertrages entziehen. Wir waren immer bemüht und bemühen uns weiterhin darum, daß sich an der friedlichen Regelung der deutschen Frage alle Länder der Anti-Hitler-Koalition beteiligen.

Aber selbst wenn sich einige Länder weigern sollten, an den Verhandlungen über den Abschluß eines Friedensvertrages teilzunehmen, wird uns das nicht aufhalten, und wir werden zusammen mit den anderen Ländern, die es wünschen, einen Friedensvertrag mit den beiden deutschen Staaten unterzeichnen. Sollte sich die Bundesrepublik Deutschland nicht einverstanden erklären, einen Friedensvertrag abzuschließen, dann werden wir ihn nur mit der Deutschen Demokratischen Republik unterzeichnen, die bereits ihren Wunsch zum Abschluß eines Friedensvertrages geäußert und ihre Zustimmung zur Schaffung einer Freien Stadt West-Berlin auf ihrem Boden gegeben hat.

Gewisse Leute im Westen drohen uns und erklären, wenn wir einen Friedensvertrag unterzeichnen, würde dieser nicht anerkannt werden, und es werde sogar Waffengewalt angewandt, um seine Verwirklichung zu verhindern. Diese Leute scheinen zu ver-



gessen, daß heute andere Zeiten sind, und wenn schon früher die Politik der Stärke gegenüber der Sowjetunion untauglich war, so ist sie heute erst recht zum Fiasko verurteilt. Die Sowjetunion ist gegen Gewaltanwendung in den Beziehungen zwischen den Staaten. Wir sind für eine friedliche Regelung der strittigen Fragen zwischen Staaten. Wir sind jedoch imstande, jegliche Gewalt gebührend abzuweisen, und wir haben die Mittel, um unsere Interessen zu schützen.

Während der Begegnung in Wien fand auch ein Meinungsaustausch über die Lage in Laos, über eine friedliche Regelung der Laos-Frage statt.

Im diesbezüglichen Kommuniqué wird gesagt, daß der Präsident der Vereinigten Staaten und der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR aufs neue ihre Unterstützung eines neutralen und unabhängigen Laos unter Leitung einer Regierung bekräftigt haben, die von den Laoten selbst gewählt wurde, sowie der internationalen Abmachungen, welche die Neutralität und Unabhängigkeit gewährleisten, daß sie in diesem Zusammenhang die Wichtigkeit einer effektiven Waffenruhe in Laos anerkannt haben.

Die Laoten sind ein friedliebendes Volk. Seitdem dieses Land den Weg einer unabhängigen Entwicklung beschritt, hat es niemanden bedroht und war keine Quelle von Spannungen. So war es so lange, bis die Imperialisten sich vornahmen, Laos in ihr militärisches Aufmarschgebiet, in eine Basis zur Vorbereitung einer Aggression umzuwandeln.

Gegen die rechtmäßige Regierung des Prinzen Souvanna Phouma wurde ein Putsch angezettelt. Die Putschisten erhielten Waffen und militärische Berater aus den USA. Der Frieden in diesem Lande wurde gestört, es entbrannte ein Krieg, der infolge der Einmischung von außen zu einem großen Brand zu werden drohte. In Südostasien entstand eine für den Frieden höchst gefährliche Lage.

Die amerikanische Seite macht heute keinen Hehl daraus, daß der Schuldige an den bedrohlichen Ereignissen in Laos die frühere Regierung der USA war und daß deren Politik in diesem Raum des Erdballs nicht immer weise gewesen ist. Im März dieses Jahres erklärte Herr Kennedy, die von ihm geleitete Regierung werde sich um die Schaffung eines neutralen und unabhängigen Laos bemühen. Was die Sowjetunion betrifft, so waren wir früher und sind auch heute dafür, daß Laos ein unabhängiger, neutraler Staat, nicht aber ein Werkzeug der Kriegsblöcke werde und daß sich niemand in die inneren Angelegenheiten dieses Landes einmische.

Es gab somit vor der Begegnung in Wien hinreichende Voraussetzungen, um eine Grundlage zur Einigung in der Frage einer friedlichen Regelung in Laos zu finden.

Bei der Erörterung der Laos-Frage mit dem Präsidenten Kennedy trat bei uns eine einander nahekommende Einstellung zutage. Ich erklärte, daß zur Regelung dieser Frage die Schaffung eines unabhängigen und neutralen Laos sichergestellt werden müsse. Gleichzeitig müssen die auswärtigen Fragen von den inneren scharf abgegrenzt werden. Die Innenpolitik von Laos kann und darf weder von der UdSSR noch von den USA oder anderen Ländern bestimmt werden. Sollten irgendwelche Länder festsetzen, wie Laos leben und welche Regierung es haben müsse, dann würde dies kein unabhängiges, neutrales Land mehr, sondern ein von außen gelenktes Laos sein. Dies aber ist unzulässig. Die drei in Laos wirkenden politischen Kräfte müssen selber eine Regierung bilden, die auf dem Standpunkt der Unabhängigkeit und der Neutralität steht. Die Sowjetunion wird eine solche Politik begrüßen und alles dazu tun, was in ihren Kräften steht.

Das alles sagte ich dem Präsidenten Kennedy. Ich gelangte zu dem Eindruck, daß der Präsident für das von mir Gesagte Verständnis aufbringe. Er erklärte, unsere beiden Länder müßten auf die entsprechenden politischen Gruppierungen in Laos Einfluß nehmen, damit zwischen ihnen eine Uebereinkunft über die Schaffung einer einheit-

lichen Regierung und deren Programm auf der Grundlage der Anerkennung von Unabhängigkeit und Neutralität erzielt werde. Wir halten solch einen Standpunkt für vernünftig.

Wir sind fest davon überzeugt, daß sich niemand in die inneren Angelegenheiten von Laos einmischen dürfe, denn jede Einmischung von irgendeiner Seite kann höchst folgenschwerver sein. Man muß an die Lösung des Laos-Problems aufmerksam und vorsichtig herangehen und darf nichts zulassen, was die Möglichkeit einer friedlichen Regelung in Laos komplizieren könnte.

In diesem Zusammenhang machen wir darauf aufmerksam, daß die Verwendung amerikanischer Offiziere als Militärberater in den Putschistentruppen eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten zugunsten einer bestimmten politischen Gruppierung bedeutet. Solch ein Herangehen verträgt sich nicht mit der Anerkennung der Neutralitätspolitik von Laos und ist eine offene Einmischung in seine inneren Angelegenheiten. Je schneller die amerikanische Seite von solch einer Einmischung Abstand nimmt, desto besser. Sollte die jetzige Politik der Vorschubleistung der Putschisten fortgesetzt werden, dann kann die Entwicklung der Ereignisse zu üblen Folgen führen.

Um so unduldsamer ist es, wenn gewisse Leute in den USA noch immer nicht auf die Pläne des Einsatzes von Marineinfanterie in Laos und der Entfaltung eines Krieges dort mit Hilfe spezieller Truppeneinheiten verzichten wollen.

In den USA bezeichnet man diese Einheiten aus irgendeinem Grunde als Partisanen. In Wirklichkeit sind diese Einheiten nichts anderes als Diversions- und Wühlgruppen, zum Kampf gegen die Völker jener Länder bestimmt, deren Regimes den herrschenden Kreisen der USA nicht passen. Man kann im voraus sagen, daß diejenigen, die zu solchen Methoden greifen, nicht alle Folgen für sich selber erwogen haben.

Wenn der amerikanischen Regierung wirklich am Frieden in Laos gelegen ist, dann muß sie zum schnellsten Erfolg der Verhandlungen in Genf beitragen. Niemand darf diese Verhandlungen unter verschiedenen ausgedachten Vorwänden hemmen, daß angeblich in Laos die Vereinbarung über eine Waffenruhe verletzt werde. Wenn solche Fälle auch vorkamen, so haben die nationalen und patriotischen Kräfte keine Schuld daran. Das ist der amerikanischen Seite und ihren Militärberatern in Laos wohl bekannt.

Wir werden unsere Bemühungen fortsetzen, um eine friedliche Regelung in Laos sicherzustellen. Dazu rufen wir auch alle anderen an den Verhandlungen in Genf teilnehmenden Staaten auf.

Wir gehen davon aus, daß die Beziehungen zwischen den Staaten mit unterschiedlichen sozialen Systemen auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz aufgebaut werden müssen, wenn man wirklich nicht einen Krieg, sondern den Frieden erstrebt.

Bei den Aussprachen mit dem Präsidenten Kennedy stellte es sich heraus, daß wir die Frage einer friedlichen Koexistenz der Staaten unterschiedlich verstehen. Der Sinn der Äußerungen des Präsidenten gipfelt darin, es müsse irgendein Damm gegen die Bewegung der Völker zur Errichtung von den Ordnungen in ihren Ländern aufgeführt werden, welche den herrschenden Kreisen der westlichen Staaten nicht genehm sind.

Stellt man sich auf solch einen Standpunkt, dann muß ein Abkommen geschlossen und müssen Verpflichtungen übernommen werden, andere Staaten zu kontrollieren und keine Veränderungen der dort bestehenden Zustände zu dulden, sogar, wenn sich die Völker gegen diese Zustände auflehnen. Es kommt so heraus: Wenn das Volk irgendeines Landes eine Veränderung der sozialen und politischen Ordnung möchte, dann darf dies nicht zugelassen werden.

Es ist verständlich, daß dies eine völlig unrichtige Konzeption ist und daß wir uns mit ihr nicht einverstanden erklären können. Niemand ist imstande, den Freiheitsdrang der Völker aufzuhalten. Kein Regime, das auf Unterdrückung und Ausbeutung der

Völker aufgebaut wird, ist stabil, und es kann nicht ewig bestehen; und wie raffiniert das System der Ausbeutung und Unterdrückung auch aufgebaut sein mag, die Völker werden dennoch die Freiheit erringen und die Unterdrücker stürzen.

Veränderungen im gesellschaftlichen und politischen Leben der Gesellschaft sind ein unvermeidlicher Prozeß. Er hängt nicht von Vereinbarungen zwischen Staatsmännern ab. Sollte sich dennoch irgendwer solch einen Unsinn erlauben und sich irgendwie über diese Frage einigen wollen, würde er damit sein Unvermögen und sein Unverständnis für die in der Welt vor sich gehenden Ereignisse und Veränderungen beweisen.

Es ist unmöglich, der Bewegung der Völker zum Fortschritt, zu einem besseren Leben irgendwelche Hindernisse in den Weg zu stellen. Dies ist durch den ganzen Verlauf der menschlichen Entwicklung bewiesen worden. Seinerzeit gab es das Sklavensystem, an seiner Statt trat der Feudalismus, der dann von der kapitalistischen Ordnung abgelöst wurde. Ein System trat an die Stelle des anderen, weil das neue System fortschrittlicher war.

Man kann sich auf das Beispiel der Vereinigten Staaten selber berufen, die im Kampf gegen das Kolonialjoch Großbritanniens entstanden sind. Das amerikanische Volk führte einen beharrlichen Befreiungskampf und errang die Unabhängigkeit mit der Waffe in der Hand. Seinerzeit betrachteten die USA eine solche Entwicklung der Ereignisse als normal.

Heute aber versuchen die Vereinigten Staaten, wenn die Völker sich zum Kampf gegen ein reaktionäres Regime, gegen ihre Unterdrücker erheben, sich in die Angelegenheiten dieser Länder einzumischen, um die alten Zustände zu bewahren.

Die Vertreter der imperialistischen Staaten möchten ein Mittel finden, damit sich die Befreiungsideen, die Ideen des Marxismus-Leninismus, nicht weiterverbreiten. Sobald das Volk irgendeines kapitalistischen oder kolonialen Landes Unzufriedenheit mit der bestehenden Ordnung an den Tag legt und danach strebt, diese Ordnung zu ändern und neue Zustände herbeizuführen, die den Interessen des Volkes entsprechen, erklären die Regierungen der imperialistischen Länder das unverzüglich als Machenschaften der Kommunisten und sagen, dies sei die Hand Moskaus, und so weiter. Sie sind nicht abgeneigt, diese Erfindungen als Vorwand für eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder auszunützen.

Die Hilfe der imperialistischen Staaten an die reaktionären Kräfte in diesen oder jenen Ländern birgt eine Gefahr in sich und kann zu großen Komplikationen führen. Das Sowjetvolk und die anderen freiheitsliebenden Völker treten mit Entschiedenheit für die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines beliebigen Landes ein. Das ist eine notwendige Voraussetzung zur Gewährleistung des Friedens. Jedes Volk hat das Recht auf eine unabhängige und freie nationale Existenz, und kein einziger Staat darf sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einmischen. Innerhalb der kapitalistischen Länder vollzieht sich der Klassenkampf. Die Völker kämpfen gegen ihre Unterdrücker, gegen reaktionäre Ordnungen. Diese Prozesse lassen sich nicht durch Uebereinkünfte regeln. Wer über diese Frage Vereinbarungen treffen möchte, der würde nur beweisen, daß er die historischen Ereignisse, die Entwicklungsgesetze der Gesellschaft nicht versteht.

Das Wichtigste, was die Westmächte, und besonders die Vereinigten Staaten, unserer Meinung nach einsehen müssen, ist, daß der Sozialismus heute fest auf der Welt verankert und daß niemand imstande ist, diese Tatsache abzuändern. Es ist bekannt, daß in den herrschenden Kreisen der Westmächte Pläne einer Beseitigung der sozialistischen Ordnung gehegt wurden und gehegt werden. Aber solche Versuche werden wie bisher Schiffbruch erleiden. Man muß von der Tatsache der Existenz zweier sozialer Systeme in der Welt ausgehen und die Beziehungen zwischen den sozialistischen und den kapitalistischen Staaten so aufbauen, daß eine friedliche Zusammenarbeit zwischen ihnen



gewährleistet wird. Das ist der einzig vernünftige Weg in den Beziehungen zwischen den Staaten, um den Frieden sicherzustellen.

Das wollte ich Ihnen, Genossen, über unsere Gespräche mit dem Präsidenten der USA erzählen. Ich muß feststellen, daß ich im allgemeinen mit diesen Gesprächen zufrieden bin. Wenn Sie mich fragen würden: Hat es sich gelohnt, diese Begegnung zu vereinbaren, hat es sich gelohnt, sie durchzuführen — dann würde ich ohne nachzudenken antworten: Solch eine Begegnung lohnte sich, ja mehr als das, man mußte sie durchführen.

Bei unseren Aussprachen mit dem Präsidenten der USA hat weder die eine noch die andere Seite vermieden, die aktuellsten Fragen aufzuwerfen und zu erörtern. Man kann sagen, daß ein offenes Gespräch stattgefunden hat. Wir haben aufmerksam den Standpunkt der amerikanischen Regierung zur Kenntnis genommen und ausführlich die Haltung der Sowjetregierung zu einer Reihe großer internationaler Fragen dargelegt.

Schon das allein hat eine nicht geringe Bedeutung. Niemand hat natürlich erwartet, daß wir ein völliges Einvernehmen erzielen. Allzusehr gehen die Richtungen, denen unsere beiden Staaten folgen, auseinander, als daß man damit hätte rechnen können. Ich bin zu dem Eindruck gelangt, daß Präsident Kennedy die große Verantwortung versteht, die auf den Regierungen zweier so mächtiger Staaten ruht. Man möchte hoffen, daß das Bewußtsein dieser Verantwortung auch künftig erhalten bleibt, damit man die spruchreifen internationalen Fragen lösen und die Steine beiseite räumen kann, welche den Weg zu einem dauerhaften Frieden und zur Verbesserung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika versperren.

Die Beziehungen zwischen unseren Ländern lassen heute viel zu wünschen übrig, und solch eine Lage entstand nicht durch die Schuld der Sowjetunion.

Wir hegen aber die Hoffnung, daß die Zeit kommen wird, da sich die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen verbessern; und dies wird auf die ganze internationale Lage einen wohlthuenden Einfluß haben.

In Wien hatten wir, man kann sagen, nach einem ziemlich intensiven Stundenplan gearbeitet. Das Bewußtsein, daß wir die große Sowjetunion vertreten, verlieh uns Frische und erleichterte uns unsere Aufgabe. Wir wußten, daß unsere Leninsche Außenpolitik die einmütige Unterstützung des Sowjetvolkes und der Völker der sozialistischen Länder genießt.

Auf unserer Seite sind die Sympathien von Hunderten Millionen Menschen in aller Welt.

Die Sowjetregierung wird auch künftig mit aller Konsequenz die Leninsche Politik der friedlichen Koexistenz, die Politik der Festigung des Friedens und der Völkerfreundschaft befolgen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit, liebe Genossen.

Auf Wiederhören!

Gute Nacht!

Quelle: *Die Sowjetunion heute* (Botschaft der UdSSR, Bonn) Nr. 18 vom 20. Juni 1961.

## Stellungnahmen zu den sowjetischen Memoranden vom 4. Juni 1961

In Stellungnahmen zu dem sowjetischen Memorandum vom 4. Juni 1961 zur Deutschland-Frage (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 370 ff.) wurde von westlicher Seite erneut bekräftigt, daß die Westmächte entschlossen seien, die Freiheit West-Berlins zu erhalten und keine Einschränkung der alliierten Rechte in Berlin zu dulden. (Vgl. die Erklärung des amerikanischen Außenministers, Dean *Rusk*, auf einer Pressekonferenz in Washington am 22. Juni, S. D 395 f.; die Ausführungen des britischen Premierministers, Harold *Macmillan*, im Unterhaus am 27. Juni, S. D 396 ff.; und die Erklärung des amerikanischen Präsidenten, John F. *Kennedy*, auf einer Pressekonferenz in Washington am 28. Juni, S. D 398 f.) Der französische Staatspräsident, Charles *de Gaulle*, warnte am 2. Juli in Metz, daß es noch in diesem Jahr zu einer Berlin-Krise kommen könne. Frankreich wolle deshalb seine Beteiligung an den Landstreitkräften der NATO in Mitteleuropa verstärken. Er habe aus diesem Grund eine Division aus Algerien zurückgerufen, weitere würden folgen.

Am 30. Juni gab Bundestagspräsident Eugen *Gerstenmaier* vor dem Deutschen Bundestag eine Erklärung zur Deutschland-Frage ab, in der er darauf hinwies, daß das geteilte Berlin kein lokales Problem sei, sondern die Folge der abnormen, gewaltsam aufrechterhaltenen Teilung Deutschlands. *Gerstenmaier* bekräftigte die Entschließung des Bundestages vom 1. Oktober 1958 und erklärte, es sei das Gebot der Stunde, daß über das Verfahren zu

einem Friedensvertrag mit Deutschland eine Einigung zwischen den Westmächten und der Sowjetunion herbeigeführt wird. In einer Fernsehpresskonferenz am gleichen Tage erklärte Bundesaußenminister Heinrich von *Brentano*, nur dann könne der Abschluß eines Separatfriedens und eine Aktion gegen Berlin verhindert werden, wenn von seiten der Bundesrepublik und der Westmächte alles getan würde, um der Sowjetunion die Gewißheit zu geben, daß sie entschlossen seien, mit allen Mitteln darauf zu reagieren. (Vgl. S. D 400 ff.)

Während die amerikanische Antwort auf das sowjetische Deutschland-Memorandum noch mit den Verbündeten abgestimmt wurde, beantworteten die Vereinigten Staaten am 17. Juni das sowjetische Memorandum zur Frage der Einstellung der Kernwaffenversuche vom 4. Juni. (Vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 365 ff.) Die amerikanische Regierung lehnte in ihrer Antwort erneut eine Verschmelzung der Genfer Konferenz über die kontrollierte Einstellung der Kernwaffenversuche mit allgemeinen Abrüstungsverhandlungen ab. (Siehe unten.) Auf einer Pressekonferenz in Washington am 28. Juni erklärte Präsident *Kennedy*, die sowjetische Weigerung, in Genf ernsthaft über ein Kernwaffenversuchsverbot zu verhandeln, werfe die Frage auf, wie lange die USA ohne Schaden für ihre Sicherheit die freiwillig abgegebene Zusage einhalten könnten, keine Versuche zu unternehmen. (Vgl. S. D 399 f.)

### Antwortnote der Regierung der Vereinigten Staaten vom 17. Juni 1961 auf das Memorandum der Sowjetregierung zur Frage der Einstellung der Kernwaffenversuche

*Betrifft:* Westliche Vorschläge für ein Abkommen zur Einstellung der Kernwaffenversuche — Inspektion und Kontrolle — Zusammensetzung des Verwaltungsrates — Zahl der Inspektionen — Moratorium für unterirdische Kernwaffenversuche — Verschmelzung der Frage der Einstellung der Kernwaffenversuche mit der Frage der „allgemeinen und vollständigen Abrüstung“.

Ein internationales Abkommen über die Einstellung der Kernwaffenversuche ist eines der Hauptziele der amerikanischen Regierung und wird es auch weiterhin bleiben. Die Vereinigten Staaten und Großbritannien haben einen Vertrag vorgeschlagen, der dieses Ziel verwirklichen soll. Dieser vorgeschlagene Vertrag ist das Ergebnis von fast

drei Jahren eingehender Bemühungen seitens der Vereinigten Staaten und Großbritanniens, um ein wirksames Abkommen mit der Sowjetunion auszuarbeiten, dem, wie wir hoffen, andere Regierungen umgehend beitreten werden. Dieses Abkommen würde den Weg weisen für eine Beendigung des Wetttrübens in Sicherheit und Vertrauen; es würde alle sich durch die Versuche ergebenden Gefahren beseitigen. Es würde die Zahl der Länder, die Atomwaffen herstellen können, begrenzen und damit die Möglichkeit eines Atomkrieges einengen.

In den mehr als zwei Jahre dauernden Verhandlungen konnten bis zu ihrer Wiederaufnahme am 21. März 1961 offensichtlich die Gebiete wesentlich eingengt werden, auf denen zwischen den verschiedenen Parteien Meinungsverschiedenheiten bestanden. Praktisch schien es, als ob in diesen Verhandlungen mehr Fortschritte erzielt wurden als sonstwo auf dem allgemeinen Gebiet der Abrüstung. Jede Seite hatte ihren Standpunkt im Hinblick auf den Standpunkt der anderen Seite modifiziert. Die Vereinigten Staaten haben daher ihre Anstrengungen verdoppelt, eine gemeinsame Basis zu finden in der Hoffnung, daß dies zu einem Abkommen führen würde.

Seit der Wiederaufnahme der Verhandlungen am 21. März haben die Vereinigten Staaten und Großbritannien eine Reihe neuer Vorschläge unterbreitet. Aufbauend auf der Grundlage, die in den fast drei Jahre dauernden Verhandlungen geschaffen worden war, haben die Vereinigten Staaten und Großbritannien in dem Bemühen, dem sowjetischen Standpunkt entgegenzukommen, vorgeschlagen: 1. die Zahl der Inspektionen an Ort und Stelle in der Sowjetunion, den Vereinigten Staaten und Großbritannien auf 12 bis 20 festzusetzen, und zwar entsprechend der Zahl der pro Jahr auftretenden verdächtigen seismischen Vorkommnisse; 2. die Zahl der Kontrollposten auf sowjetischem Gebiet zu verringern; 3. eine Kontrollkommission mit einer gleichstarken Vertretung beider Seiten zu errichten; 4. Mittel für eine Kontrolle von Atomversuchen im Weltraum festzulegen; 5. das vorgeschlagene Moratorium für solche Waffenversuche auf drei Jahre zu verlängern, die das Kontrollsystem gegenwärtig noch nicht feststellen kann und die daher aus dem Vertrag bis zum Vorliegen des Ergebnisses eines Forschungsprogramms ausgeklammert werden würden; und 6. die bei den Forschungsarbeiten für eine Feststellung von Versuchen oder für friedliche technische Zwecke verwendeten technischen Hilfsmittel einer inneren und äußeren Inspektion zugänglich zu machen.

Bedauerlicherweise erfolgten auf sowjetischer Seite keine entsprechenden Schritte, um diese Differenzen zwischen den Verhandlungspartnern einzuengen, wie dies in Anbetracht der zahlreichen sowjetischen Erklärungen hätte erwartet werden können, bei denen die Wichtigkeit unterstrichen worden war, ein baldiges Abkommen zur Einstellung der Kernwaffenversuche zu erreichen. Statt dessen hat die Sowjetunion nach der Wiederaufnahme der Verhandlungen über eine Einstellung der Kernwaffenversuche am 21. März 1961 ihre Zusage zurückgezogen, einen einzigen unparteiischen Administrator für das Kontrollsystem einzusetzen, und hat ohne jede Aenderung ihren Standpunkt zu allen anderen noch offenen Fragen wiederholt. Sie argumentiert jetzt, daß das Erreichen eines Abkommens über eine Einstellung der Kernwaffenversuche der Lösung aller anderen Abrüstungsprobleme trotz der Tatsache untergeordnet werden sollte, daß es die Sowjetunion war, die von Anfang an auf einer Teilung dieser beiden Fragen bestanden hatte.

Die sowjetischen Vorschläge würden die Verwirklichung einer objektiven und wirksamen Kontrolle verhindert haben. Sie würden eine Annahme des Prinzips der Selbstinspektion bedeuten und es jedem Land gestatten, das Abkommen, wenn es dies wollte, ungestraft zu umgehen. Gleichzeitig schlägt die Sowjetunion als Alternative zu einer völligen Annahme ihres Standpunktes vor, die Verhandlungen in Genf abzubrechen, auf denen so viel Arbeit geleistet wurde, und sie mit den allgemeinen Abrüstungsverhandlungen zusammenzulegen, bei denen wir erneut von Anfang an beginnen müßten.

Die von der sowjetischen Delegation in Genf und in Wien eingenommenen Standpunkte, die in dem sowjetischen Memorandum vom 4. Juni 1961 zusammengefaßt



werden, geben den Anschein, als ob die Sowjetunion kein Abkommen über eine Einstellung der Kernwaffenversuche wünscht. In den Erklärungen der Sowjetunion ist nichts enthalten, was eine so wichtige Aenderung in ihrem Standpunkt zu einer Frage von so grundlegender Bedeutung für die Völker der Welt erklären würde. In dieser Situation hat die Regierung der Vereinigten Staaten die Pflicht, ihren Standpunkt zu umreißen und eindeutig zu erklären, daß sie mit dem sowjetischen Memorandum nicht übereinstimmt.

Die Vereinigten Staaten sind der Ansicht, daß ein Abkommen, das die Kernwaffenversuche untersagt, gleich allen anderen Abkommen auf dem Gebiet der Abrüstung wirksame Kontrollbestimmungen enthalten muß. Sie haben versucht, einen Vertrag auszuarbeiten, der solche wirksamen Kontrollen enthält und gleichzeitig sicherstellt, daß kein Partner des Abkommens und kein Angehöriger des technischen Kontrollsystems die Interessen des anderen Partners schädigen oder die ihm durch das Abkommen übertragenen Vollmachten mißbrauchen könnte. In langen und geduligen Verhandlungen haben die Vereinigten Staaten und Großbritannien mit der Sowjetunion Vereinbarungen ausgearbeitet, die die Erfordernisse eines solchen Kontrollsystems umreißen und die für beide Seiten akzeptabel erscheinen.

Die Sowjetunion erklärt in ihrem Memorandum vom 4. Juni 1961, daß sie ebenfalls für eine wirksame internationale Kontrolle ist. Aber die sowjetischen Vorschläge und der in dem sowjetischen Memorandum eingenommene Standpunkt negieren die Gesamtkonzeption einer wirksamen internationalen Kontrolle. Weiter hat die Sowjetunion alles, was in der langen Reihe der früheren Verhandlungen geschehen war, um die Erfordernisse eines wirkungsvollen Inspektionssystems mit der sowjetischen Besorgnis hinsichtlich ihrer Sicherheit und Geheimhaltung zu vereinbaren, zunichte gemacht, indem sie jetzt darauf besteht, die Kontrolle des Inspektionssystems einem nicht arbeitsfähigen dreiköpfigen Verwaltungsrat zu übertragen. Dieser Vorschlag bedeutet einen Schritt zurück gegenüber dem zuvor von der sowjetischen Regierung eingenommenen Standpunkt zugunsten eines einzigen unparteiischen Administrators, der von beiden Seiten gewählt werden sollte und dessen Pflichten in dem Vertrag vorgeschrieben sind.

Das Memorandum erklärt, daß eine Partei als Beweis lediglich die objektiven Instrumentenablesungen vorzulegen braucht, um eine Inspektion fordern zu können, und daß der Verwaltungsrat keine Möglichkeit habe, der Inspektion Hindernisse in den Weg zu legen. Das Memorandum übergeht dabei die Tatsache, daß es irgendeine Stelle innerhalb des Kontrollsystems geben muß, die die seismischen Vorkommnisse nach objektiven Kriterien als unter eine Inspektion fallend einstuft und die Vorkehrungen für den Einsatz und die Entsendung einer Inspektionsgruppe trifft. Auf Grund des vorgeschlagenen Vertrages würde der Administrator die notwendige Inspektion feststellen und die Entsendung von Inspektionsgruppen vornehmen. Nach dem sowjetischen Vorschlag könnte jedes Mitglied des Verwaltungsrates die Einstufung eines Ereignisses als für eine Inspektion in Frage kommend verhindern, indem es einfach erklärt, daß die Kriterien nicht erfüllt sind. Jedes Mitglied könnte darüber hinaus eine Entsendung von Inspektionsgruppen für eine Untersuchung an Ort und Stelle verzögern und sie damit unwirksam machen. Gleichgültig, was für eine Erklärung hierfür gesucht wird, bleibt die Tatsache bestehen, daß der sowjetische Vorschlag eines Drei-Mächte-Verwaltungsrates ein eingebautes Veto für die Arbeit des Kontrollsystems enthält.

Das sowjetische Memorandum vom 4. Juni 1961 sucht den sowjetischen Standpunkt zu rechtfertigen, indem darin behauptet wird, daß ein Mann an der Spitze des Inspektionssystems willkürliche Maßnahmen gegen die Interessen der Sowjetunion treffen könnte.

Der Vertreter der Vereinigten Staaten in Genf hat sich bei dem sowjetischen Vertreter erkundigt, welche Funktionen des vorgeschlagenen Administrators im speziellen die Besorgnis der Sowjetunion hervorrufen würden. Er hat darauf hingewiesen, daß

die Vollmachten und Pflichten des Administrators in dem Vertrag genau festgelegt sind. Darüber hinaus hat er hervorgehoben, daß der Administrator seine Anweisungen von der vertraglich festgelegten Kontrollkommission erhalten würde, in der beide Verhandlungspartner in gleicher Weise vertreten sein würden und die die Verantwortung für alle politisch wichtigen Entscheidungen hätte, die in dem Vertrag selbst nicht niedergelegt worden sind. Es besteht daher kein Grund für irgendeinen Signatarstaat, etwa zu befürchten, daß positive Maßnahmen des Administrators seine Sicherheit gefährden könnten. Was er befürchten mußte, sind vielmehr die Möglichkeiten der Obstruktion, der gegenseitigen Aufhebung und der Konfusion, die durch einen dreiköpfigen Rat in untragbarer Weise vervielfacht würden.

Das sowjetische Memorandum geht von der Annahme aus, daß die „westlichen“ Mächte höchstwahrscheinlich für den Posten des Administrators eine Person aus einem „neutralen“ Land vorschlagen würden, und stellt in Frage, ob eine solche Persönlichkeit, selbst wenn sie einstimmig gewählt werden sollte, „einen neutralen“ Standpunkt im Hinblick auf die kommunistischen Länder einnehmen würde. Es stellt fest, daß „es keine neutralen Personen gibt und geben kann“, und erhebt die Frage, ob ein einziger Administrator „eine unparteiische Verwirklichung“ eines Abkommens sicherstellen könnte.

Die Vereinigten Staaten können den Gedanken nicht akzeptieren, daß es keine Männer in den bündnisfreien Ländern geben sollte, die über genügend Objektivität und Pflichtbewußtsein verfügen, um die ausdrücklichen Bestimmungen eines internationalen Abkommens in die Tat umsetzen zu können. Die Vereinigten Staaten sind der festen Ueberzeugung, daß es solche Männer gibt und daß sie eine wichtige Rolle spielen in der Hoffnung, eine stabilere Weltordnung errichten zu können. Niemand sollte sich davon täuschen lassen, daß der sowjetische Vorschlag dem Neutralen scheinbar eine Rolle als Mitglied des dreiköpfigen Verwaltungsrates zukommen läßt. Es handelt sich dabei um eine Rolle, die nur mit der Zustimmung der Sowjetunion wirksam erfüllt werden kann.

Der sowjetische Vorschlag für einen dreigeteilten Verwaltungsrat ist natürlich nicht der einzige Punkt, um den es bei den Genfer Verhandlungen geht. Die vorliegenden sowjetischen Vorschläge für die an Ort und Stelle vorzunehmenden Inspektionen möglicher Verletzungen des Vertrages über die Einstellung der Kernwaffenversuche sind einfach und durchführbar. Ueber die Notwendigkeit sofortiger und wirksamer Inspektionen solcher Vorkommnisse an Ort und Stelle ist bereits auf der Genfer Expertenkonferenz im Jahre 1958 grundsätzliche Uebereinstimmung erzielt worden. Die von der sowjetischen Delegation vorgeschlagenen technischen Kriterien für die Beurteilung, ob solche Störungen für eine Inspektion in Frage kommen, sind vollkommen aus der Luft gegriffen und würden schon ihrer Natur nach jede Möglichkeit für die Inspektion vieler Vorkommnisse ausschließen, die tatsächlich Kernexplosionen sein könnten.

Darüber hinaus hat die Sowjetunion vorgeschlagen, daß die Zahl der Inspektionen an Ort und Stelle unbedingt auf drei pro Jahr begrenzt wird. Diese Zahl stellt einen völlig unzureichenden Querschnitt der über 100 seismischen Vorkommnisse dar, die im Durchschnitt jedes Jahr in der Sowjetunion zu verzeichnen sind. Nur ein kleiner Prozentsatz der letzteren Zahl kann als Erdbeben identifiziert werden. Jedes der übrigen Vorkommnisse kann ein geheimer Kernwaffenversuch sein.

Die Vereinigten Staaten haben vorgeschlagen, daß die Zahl der Inspektionen in der Sowjetunion, den Vereinigten Staaten und Großbritannien zwischen einem Minimum von zwölf und einem Maximum von zwanzig liegen soll, je nachdem, wie viele Vorkommnisse auftreten. Dies könnte wohl kaum eine Bedrohung der Sicherheit der Sowjetunion darstellen oder Gelegenheit zu versteckter Spionage geben. Zunächst einmal würden die Inspektionen von internationalen Inspektionsgruppen durchgeführt werden,

deren Bewegungsfreiheit auf ein sehr kleines Gebiet begrenzt sein würde und die nur auf Grund sorgfältiger und objektiver Instrumentenablesungen eingesetzt würden. Die Lage der zu inspizierenden Gebiete würde lediglich durch die Erdbeben bestimmt werden, über die der eine Inspektion fordernde Partner keinerlei Kontrolle hat. Darüber hinaus haben die Vereinigten Staaten eine Bestimmung vorgeschlagen, die es der Sowjetunion ermöglichen würde, den Inspektionsgruppen jede gewünschte Zahl von Beobachtern beizugeben, um so sicherzustellen, daß deren Mitglieder sich nicht in Spionagetätigkeiten einlassen. Wenn die Sowjetunion auf ihrem Gebiet ein solches Maß an sorgfältig überwachter Tätigkeit seitens eines internationalen Gremiums nicht zulassen kann, dann sind die Aussichten auf eine wirksam kontrollierte Abrüstung in einer friedlichen Welt in der Tat schlecht.

Die Sowjetunion besteht immer noch darauf, daß der Chef jedes auf ihrem Territorium errichteten Kontrollpostens Bürger der UdSSR sein muß. Die Vereinigten Staaten sind der Auffassung, daß dies dem Ziel einer objektiven internationalen Ueberwachung grundlegend konträr ist. Die Sowjetunion besteht ebenfalls darauf, daß Inspektionsgruppen für Inspektionen an Ort und Stelle, die innerhalb ihres Territoriums operieren, weitgehend aus Angehörigen ihres Landes bestehen müssen und der Leiter aus ihrem Lande kommen muß. Dies würde den Zweck der Inspektion verdächtiger Vorkommnisse an Ort und Stelle völlig zunichte machen.

Die Vereinigten Staaten können den sowjetischen Standpunkt bezüglich des Moratoriums für kleine unterirdische Versuche beim besten Willen nicht begreifen. Es ist klar geworden, daß nach dem gegenwärtigen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis die Art von Kontrollsystem, wie sie in dem Vertrag ins Auge gefaßt ist, nicht zuverlässig ist, wenn es gilt, festzustellen, ob solche Versuche stattgefunden haben oder nicht. Das Moratorium wurde vorgeschlagen, um Zeit für ein gemeinsames Forschungsprogramm zu gewinnen, das mit Nachdruck und in gemeinsamer Arbeit vorangetrieben werden soll, um Techniken für die Feststellung dieser kleinen unterirdischen Versuche zu entwickeln, damit der Vertrag auf diese ausgedehnt werden kann. Die Sowjetunion ist von ihrer ursprünglichen Verpflichtung, an diesem Programm mitzuarbeiten, zurückgetreten und hat den Standpunkt ihrer Wissenschaftler, daß ein solches Programm notwendig ist, desavouiert. Der gegenwärtige sowjetische Standpunkt bedeutet, daß die Sowjetregierung der Feststellung dieser Explosionen keine Bedeutung beimißt, und läuft auf ein ständiges unkontrolliertes Verbot für kleine unterirdische Kernwaffenversuche hinaus. Die Vereinigten Staaten haben ihrerseits eine große Summe für ein solches Forschungsprogramm bereitgestellt und sind bereit, ein solches Programm zur Verbesserung der Feststellungsmethoden durchzuführen, damit der Vertrag so rasch wie möglich auf alle Arten von Versuchen ausgedehnt werden kann. Die Vereinigten Staaten ersuchen die sowjetische Regierung, mit ihnen an diesem Programm mitzuarbeiten.

In dem Memorandum der sowjetischen Regierung wird die Frage erhoben, ob es nicht besser wäre, „mit der Haupt- und Kardinalfrage, das heißt der Frage der allgemeinen und vollständigen Abrüstung, zu beginnen“, und wird vorgeschlagen, beide Probleme „in Verbindung miteinander“ zu lösen. Ganz abgesehen davon, daß dies eine völlige Verkehrung des sowjetischen Standpunktes darstellt, der ursprünglich auf einem getrennten Vertrag über ein Versuchsverbot beharrte, wären die mit einer Verschmelzung der Verhandlungen über ein Versuchsverbot und der allgemeinen Abrüstungsbesprechungen verbundenen Verzögerungen und Schwierigkeiten unannehmbar.

Die Verzögerung in der Herbeiführung eines Versuchsverbotsabkommens, die sich aus der Verschmelzung der Verhandlungen über ein Versuchsverbot und der umfassenden Abrüstungsverhandlungen ergeben würde, läßt darauf schließen, daß die Sowjetunion versucht, eine Situation weiter zu erhalten, in der die Vereinigten Staaten eine unüberwachte Verpflichtung, keine Versuche durchzuführen, akzeptieren. Dies würde es der Sowjetunion mit ihrer geschlossenen Gesellschaft, ihrer Regierung, die weder einem



Parlament noch einer informierten öffentlichen Meinung verantwortlich ist, und ihren in einen Mantel des Geheimnisses gehüllten Maßnahmen freistellen, Kernwaffenversuche ohne Furcht vor Entdeckung durchzuführen. Seit fast drei Jahren sind die Vereinigten Staaten bereit gewesen, das Risiko auf sich zu nehmen, keine Kernwaffenversuche durchzuführen, ohne die Gewißheit zu haben, daß die Sowjetunion ebenfalls ihre Versuche eingestellt hat. Die nationale Sicherheit und die Verteidigung der freien Welt erlauben ein derartiges Risiko nicht auf unbegrenzte Zeit.

Wenn der sowjetische Vorschlag bedeutet, daß ein Fortschritt bei Verhandlungen über ein Versuchsverbot verzögert werden soll, bis ein Uebereinkommen auf anderen Gebieten der Abrüstung gefunden wird, dann ist dies in gleicher Weise abzulehnen. Die Vereinigten Staaten sind der Ueberzeugung, daß der bei diesen Verhandlungen bereits erzielte Fortschritt vertieft und nicht aufgehoben werden sollte und daß die Chancen für das Zustandekommen eines Abkommens über das Verbot von Kernwaffenversuchen nicht weiter in die Zukunft hinausgeschoben oder von dem Fortschritt auf anderen Gebieten der Abrüstung abhängig gemacht werden dürfen. Die Vereinigten Staaten sind der Auffassung, daß der schnellste und gangbarste Weg, um ein endgültiges Uebereinkommen über einen Vertrag über ein Versuchsverbot zu erlangen, darin besteht, diese Verhandlungen von anderen Abrüstungsgesprächen getrennt zu halten. Darüber hinaus würde der erfolgreiche Abschluß der Verhandlungen über ein Versuchsverbot den Fortschritt bei anderen Abrüstungsmaßnahmen weitgehend erleichtern.

Wenn man den in Richtung auf ein Versuchsverbotsabkommen erzielten Fortschritt aufgeben wollte, dann würde dies einen Rückschlag für die Hoffnungen der Welt auf eine Abrüstung bedeuten. Es würde eine weitere Ausbreitung der Kernwaffen und Versuche mit solchen Waffen durch eine ständig wachsende Zahl von Staaten bedeuten. Angesichts der Leichtigkeit geheimer Kernwaffenversuche im Rahmen eines unüberwachten Verbots bedeutet dies, daß jede Regierung vor der steigenden Notwendigkeit stehen wird, alle Schritte zu unternehmen, die sich für ihre eigene Verteidigung als nötig erweisen sollten, einschließlich der Erprobung von Kernwaffen. Dies wären die Folgen, wenn es nicht gelingt, ein Abkommen zustande zu bringen, wofür dann die Sowjetunion, die darauf auszugehen scheint, einen Fortschritt unmöglich zu machen, verantwortlich wäre.

Es gibt jedoch noch weitgehendere Folgen, für die die Sowjetunion ebenfalls die Verantwortung zu tragen hätte. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben sich die führenden Mächte bei der Gründung einer Weltorganisation zusammengetan, aus der gemeinsamen, aus den Lehren der Geschichte erwachsenen Ueberzeugung heraus, daß eine aus zahlreichen getrennten souveränen Staaten bestehende Welt, die ohne Rücksicht auf ihre Verpflichtungen im Rahmen der internationalen Gemeinschaft handeln, eine Welt ist, in der allzu leicht Kriege entstehen. Es herrschte fast überall die Ueberzeugung, daß die Staaten bereit sein müssen, der freien Ausübung ihrer souveränen Macht im Interesse der größeren Gemeinschaft der Nationen eine gewisse Begrenzung aufzuerlegen. Dies ist eine geschichtliche Tendenz gewesen. Jetzt wünscht die sowjetische Regierung augenscheinlich zu einer Periode der Geschichte zurückzukehren, in der souveräne Staaten keine Beschränkung ihres Handelns duldeten. Der von der Sowjetunion in Genf vertretene Standpunkt scheint zu bedeuten, daß — selbst wo all dies auf dem Spiele steht — die Sowjetunion nicht bereit ist, auch nur im geringsten von der von ihr geübten Praxis der Geheimhaltung und der eifersüchtig gehüteten Souveränität abzulassen.

Diese Haltung bietet wenig Aussicht auf ein konstruktives Ergebnis der Genfer Verhandlungen über ein Versuchsverbot. Sie bietet auch wenig Hoffnung für den Aufbau der Art von Welt unter der internationalen Herrschaft des Rechts, in der eine allgemeine Abrüstung stattfinden kann. Die Vereinigten Staaten ersuchen die Sowjetunion dringend, dem in dieser Note dargelegten amerikanischen Standpunkt sorgfältig

tige Beachtung zu schenken. Ein wirksamer Vertrag über ein Versuchsverbot, der bei den Genfer Verhandlungen umgehend zustande kommen müßte, ist von höchster Bedeutung für die Völker der Welt. Für eine über die sich hinausziehenden Spannungen und Störungen ungeduldig gewordene Welt würde ein solcher Vertrag die Bereitschaft der Großmächte demonstrieren, eine engstirnige Konzeption eigener nationaler Interessen dem höheren Ziel der Schaffung einer friedlicheren und stabileren Weltordnung unterzuordnen. Es würde die Aussichten für Uebereinkommen auf anderen Gebieten verbessern, auf denen entgegengesetzte Interessen bestehen. Ein wirksamer Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen sollte ohne Verzögerung unterzeichnet werden.

Quelle: *Kabel-Dienst* (Botschaft der Vereinigten Staaten, Bad Godesberg) vom 19. Juni 1961.

**Erklärung des amerikanischen Außenministers, Dean Rusk, auf einer Pressekonferenz in Washington am 22. Juni 1961 zur Deutschland- und Berlin-Frage**

*Betrifft: Deutschland und Berlin.*

Angesichts des gegenwärtigen Interesses an diesem Thema möchte ich mit einer Stellungnahme zu Deutschland und Berlin beginnen.

Auf Grund der de facto-Teilung Deutschlands ist die gesamte Lage in diesem Lande anomal. Der sowjetische Standpunkt bezüglich dieser Angelegenheit geht von der Auffassung aus, daß die Teilung Deutschlands normal sei, daß die Teilung Berlins normal sei und daß die einzige bestehende Anomalität West-Berlin sei. Dies ist eine Formulierung des Problems, die für die Vereinigten Staaten nicht annehmbar ist.

Der militante Ton der gestern von Ministerpräsident Chruschtschow und anderen sowjetischen Führern in Moskau gehaltenen Reden muß eine Quelle tiefer Enttäuschung für all diejenigen sein, die die Sache des Friedens vorantreiben wollen. Die Auswirkung dieser Reden kann, wie die sowjetischen Führer gewußt haben müssen, nur in einer Verschärfung der Spannungen in der Welt bestehen.

Die sowjetischen Führer sind sich bewußt, daß sie die Rechte der Westmächte in Berlin nicht durch eine Handlung ihrerseits auslöschen können. Wenn auch durch eine Propaganda getarnt, die davon spricht, daß alles, was sie vorschlagen, nur die Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit einem Teil Deutschlands ist, den sie kontrollieren, so besteht ihre Absicht doch darin, einseitig Verpflichtungen aufzugeben, die sie in feierlichen internationalen Abkommen übernommen haben. In diesem Zusammenhang darf ich daran erinnern, daß das amerikanische Außenministerium am 24. März 1960 den Text des grundlegenden Abkommens veröffentlicht hat, das die Gebiete betrifft, die die Streitkräfte der vier Besatzungsmächte jeweils in Deutschland und in Groß-Berlin besetzen würden.

Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten haben bestimmte grundsätzliche Verpflichtungen zum Schutze der Freiheit der Bevölkerung von West-Berlin übernommen; westliche Streitkräfte sind rechtmäßig in der Stadt und bleiben dort, um diese Freiheiten zu schützen. Die Bevölkerung von West-Berlin begrüßt und unterstützt diese Streitkräfte, deren Anwesenheit einen greifbaren Ausdruck unserer Verpflichtungen darstellt. Es liegt auf der Hand, daß die Vereinigten Staaten die Gültigkeit eines Anspruchs nicht akzeptieren können, der darauf abzielt, ihre Position in Berlin durch einseitige Handlungen zu beseitigen.

Seit die Sowjets die gegenwärtige Berlin-Krise im November 1958 heraufbeschworen haben, haben die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten ihren Standpunkt — sowohl, was die Substanz des Problems betrifft, als auch ihre Bereitschaft, friedliche Lösungen anzustreben — wiederholt bekräftigt. Ich brauche hier nicht auf die Geschichte

des langen und häufigen Austausches diplomatischer Noten, auf die Genfer Außenministerkonferenz des Jahres 1959 und auf die Erörterungen einzugehen, die auf der Ebene der Regierungschefs stattgefunden haben. Bei all dem waren die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten immer ernsthaft von dem Wunsche beseelt, die Spannungen bezüglich Deutschlands und Berlins, die die sowjetischen Drohungen heraufbeschworen haben, zu beenden. Aber derartige Lösungen können nicht auf Kosten unserer Verpflichtungen und der Grundprinzipien von Freiheit und Selbstbestimmung gehen.

Der gegenwärtige Standpunkt der sowjetischen Führer ist voller Widersprüche und historischer Irrtümer. Die Darstellung der angeblichen Gründe für den Zweiten Weltkrieg, die Ministerpräsident Chruschtschow in seiner gestrigen Rede gab, wird wohl kaum einen ernsthaften Historiker beeindrucken.

Die Sowjets sprechen ständig von Frieden, aber bedrohen den offensichtlichen Frieden, der in West-Berlin herrscht. Nachdem sie es sich angelegen sein ließen, Ost-Berlin in Verletzung bestehender Abkommen an die sogenannte Deutsche Demokratische Republik zu übergeben, schlagen sie jetzt ein Vorgehen gegen die Position West-Berlins vor. Wenn die Welt voller Sorge und Unruhe wegen Berlin ist, so ist dies direkt auf die sowjetische Bedrohung der Rechte anderer und der Freiheit der West-Berliner zurückzuführen und nicht auf irgendeinen Umstand der gegenwärtigen Lage in Berlin.

Forderungen und Drohungen, die eine Krise in einer Frage hervorrufen, bei der die Lebensinteressen anderer Völker auf dem Spiele stehen, können nicht jenen echten Frieden fördern, den sich die Welt wünscht.

Die Vereinigten Staaten und diejenigen, die mit uns verbündet sind, stehen klar und fest zu den Verpflichtungen gegenüber uns selbst und der Bevölkerung von West-Berlin.

Quelle: *Kabel-Dienst* (Botschaft der Vereinigten Staaten, Bad Codesberg) vom 29. Juni 1961.

### **Erklärungen des britischen Premierministers, Harold Macmillan, in der Fragestunde des Unterhauses am 27. Juni 1961 zur Deutschland- und Berlin-Frage**

*Betrifft: Deutschland und Berlin*

*Mr. Donnelly* (Pembroke, Lab.) richtete an den Premierminister die Frage, ob er sich bewußt sei, daß die von der Regierung beschlossene Modifizierung der britischen Verpflichtungen in Berlin, von der Präsident Kennedy nach den Londoner Gesprächen unterrichtet worden sei, in der Öffentlichkeit Besorgnis erregt habe, und ob er die gegenwärtige britische Politik erläutern könne.

*Mr. Macmillan* (Bromley, C.): Es gibt keinen solchen Beschluß, wie der Außenminister bereits am 20. Juni klargestellt hat.

Die britische Regierung hat gemeinsam mit ihren Verbündeten in den vergangenen Jahren eine Reihe umfassender Vorschläge für eine gerechte Lösung des Deutschland- und Berlin-Problems gemacht, die in dem westlichen Friedensplan gipfelten, der auf der Genfer Außenministerkonferenz von 1959 vorgelegt wurde. Alle diese Vorschläge sind von der Sowjetregierung zurückgewiesen worden, die es vorzieht, statt dessen eine künstliche Krise zu erzeugen, um ihre Ziele zu erreichen.

Wir und unsere Verbündeten haben bestimmte Verpflichtungen in Deutschland, und wir haben nicht die Absicht, sie aufzugeben. Zu dieser Verpflichtung gehört auch die Erhaltung der Freiheit der West-Berliner. Die Sowjetregierung muß begreifen, daß wir die feste Absicht haben, diese zu verteidigen, und daß wir keine Vorschläge unterstützen können, die damit unvereinbar sind. Wenn sie jedoch diese mit uns zu erörtern



wünschen, sind wir dazu bereit, aber sie müssen verstehen, daß es nur auf der Grundlage geschehen kann, die ich dargelegt habe.

Das Haus wird aus meinen Worten entnehmen, daß von einer Modifizierung der britischen Verpflichtungen in Berlin überhaupt nicht die Rede sein kann.

*Mr. Donnelly:* Ich begrüße die Festigkeit dieser Erklärung auf das wärmste. Gestatten Sie trotz allem die Frage, wie der Premierminister von uns erwartet, sicher zu sein, daß die britische Regierung diese Verpflichtung ernst nimmt, wenn der Schatzkanzler andererseits erklärt, daß wir daran denken, unsere Verpflichtungen in Deutschland einzuschränken?

*Mr. Macmillan:* Ich glaube, der Schatzkanzler sprach über Kosten- und Zahlungsbilanzfragen. Auf dieses Problem haben wir mehrmals hingewiesen und betont, daß dieses Problem gelöst werden müsse.

*Mr. Warbey (Ashfield, Lab.):* Im Gegensatz zu den Ausführungen des Premierministers hat Dr. Adenauer jeden vernünftigen Vorschlag für eine Lösung des Berlin-Problems zum Scheitern gebracht. Solange sich Dr. Adenauer weigert, auf Kernwaffen für Deutschland und auf das Recht eines wiedervereinigten Deutschlands auf Mitgliedschaft in der NATO sowie auf Wiedergewinnung der sogenannten verlorenen Gebiete zu verzichten, solange er seine Haltung nicht ändert, ist es für die Westmächte moralisch unmöglich, die Bevölkerung von West-Berlin zu unterstützen.

*Mr. Macmillan:* Ich würde dem ehrenwerten Mitglied vorschlagen, einigen seiner Freunde den Plan zu unterbreiten, daß der Berliner Bevölkerung — sowohl in Ost- wie in West-Berlin — gestattet wird, selbst darüber abzustimmen, unter welchem Regime sie leben möchte.

*Mr. Henderson (Rowley Regis und Tipton, Lab.):* Können wir daraus folgern, daß die Regierung, während sie an der Freiheit West-Berlins und an dem uneingeschränkten Recht auf freien Zugang nach Berlin festhält, zu Verhandlungen mit der Sowjetunion über das größere Problem Deutschlands und der Sicherheit Mitteleuropas bereit ist?

*Mr. Macmillan:* Ja, ich habe es sehr bedauert, als die Außenministerkonferenz zusammenbrach. Sie hatte gute Arbeit geleistet und schien voranzukommen. Ich würde es gern sehen, wenn wir zu der Position von vor zwei Jahren zurückkehren könnten, als die Aussicht auf freundschaftliche Verhandlungen mit der Sowjetunion über dieses Problem zu bestehen schien. Aber es müssen Verhandlungen sein und nicht eine Aufforderung, uns einer Erpressung zu beugen.

*Mr. Healey (Leeds, East, Lab.):* Beabsichtigt der Premierminister, die Frage einer Kontrolle der Rüstungen und Streitkräfte in Mitteleuropa wieder aufzuwerfen, der er Mr. Chruschtschow gegenüber vor zwei Jahren in Anbetracht der Tatsache zustimmte, daß durch eine solche Maßnahme die Gefahr eines durch falsche Einschätzung ausgelösten Konfliktes über die Berlin-Frage verringert werden könnte?

*Mr. Macmillan:* Ich glaube, ich habe diese Frage bereits neulich beantwortet. Eine Rüstungskontrolle war und ist auch heute noch Bestandteil des von den Verbündeten 1959 vorgelegten Planes.

*Sir James Duncan (South Angus, L. & C.):* Könnte der Premierminister in Anbetracht der Berichte über gewisse Äußerungen der russischen Führer bestätigen, daß wir rechtmäßig in Berlin sind?

*Mr. Macmillan:* Ja. Diese Rechte beruhen auf Verträgen und auf der nach dem Krieg herrschenden Situation.

*Mr. Hughes (South Ayrshire, Ind. Lab.):* Könnte der Premierminister der Bevölkerung von West-Berlin die Versicherung geben, daß die Westmächte unter keinen Umständen Berlin wieder bombardieren werden und daß Berlin unabhängig von der Ent-

wicklung der Lage als offene Stadt wie Paris und Rom im letzten Krieg betrachtet werden würde?

*Mr. Macmillan:* Was wir hoffen und was natürlich die ganze Welt hofft, ist, daß die Angelegenheit gelöst werden kann. Nicht wir haben sie aufgeworfen, sondern die Russen. Wenn sie vernünftige Verhandlungen beabsichtigen, bin ich gewiß, daß unsere Verbündeten und wir dazu bereit sein werden, aber wir müssen die Bedingungen berücksichtigen, unter denen diese Frage aufgeworfen ist. Wir werden in enger Harmonie zusammenarbeiten und eine starke Front aufrichten müssen, um zu verhindern, daß wir so behandelt werden, wie uns die Russen anscheinend behandeln wollen. Unter diesen Voraussetzungen hoffen wir natürlich alle, daß die Vernunft die Oberhand behält und eine angemessene Regelung zustande kommt.

Quelle: *The Times* (London) vom 28. Juni 1961.

### **Erklärung des amerikanischen Präsidenten, John F. Kennedy, auf einer Pressekonferenz in Washington am 28. Juni 1961 zur Deutschland- und Berlin-Frage**

*Betrifft:* Deutschland und Berlin.

Ich möchte kurz zu Deutschland und Berlin Stellung nehmen. Die sowjetischen und die ostdeutschen Führer haben dem jüngsten sowjetischen Aide-mémoire Reden folgen lassen, die offensichtlich die Spannungen vergrößern sollten. Es ist von größter Wichtigkeit, daß das amerikanische Volk die grundlegenden Fragen, um die es hier geht, sowie die Bedrohung des Friedens und der Sicherheit Europas wie auch der unserigen versteht, die die sowjetische Ankündigung darstellt, daß sie beabsichtigen, einseitig die bestehenden Vereinbarungen über Berlin zu ändern.

Die „Berlin-Krise“ ist von den Sowjets künstlich hervorgerufen worden. Die Sowjets haben die Stadt 1948 rechtswidrig blockiert und die Blockade im Frühjahr 1949 aufgehoben. Von diesem Zeitpunkt an bis zum November 1958 — also fast ein Jahrzehnt lang — war die Situation in Berlin verhältnismäßig friedlich. Die Bevölkerung West-Berlins schuf eine dynamische und aufblühende Stadt. Wir erfüllten unsere Verpflichtungen und übten unsere Rechte auf Zugang zu der Stadt aus, ohne daß es zu einem ersten Zwischenfall kam, obwohl es niemals ganz ohne ärgerliche Schwierigkeiten abging, die uns in den Weg gelegt wurden.

Im November 1958 begann die Sowjetunion eine neue Kampagne, um die alliierten Mächte zum Verlassen Berlins zu zwingen — ein Programm, an dessen Ende schließlich die nicht zustande gekommene Gipfelkonferenz in Paris im Mai vergangenen Jahres stand. Jetzt haben sie diese Kampagne wieder aufleben lassen. Sie fordern uns auf, einen — wie sie es nennen — „Friedensvertrag“ mit dem Regime zu unterzeichnen, das sie in Ostdeutschland geschaffen haben. Wenn wir uns weigern, so sagen sie, würden sie selbst einen solchen „Vertrag“ unterzeichnen. Das ganz offensichtliche Ziel besteht hier nicht darin, Frieden zu haben, sondern die Teilung Deutschlands zu verewigen. Die Sowjets erklären ferner, daß ihr einseitiges Vorgehen, nämlich die Unterzeichnung eines „Friedensvertrages“ mit Ostdeutschland, den alliierten Rechten, in West-Berlin zu sein und freien Zugang zu dieser Stadt zu haben, ein Ende setzen würde. Es ist ganz klar, daß ein solches einseitiges Vorgehen diese Rechte nicht beeinträchtigen kann, die aus der Kapitulation des Nazi-Deutschlands herrühren. Ein solches Vorgehen würde ganz einfach eine Zurückweisung der multilateralen Verpflichtungen hinsichtlich der Ausübung der Rechte der wichtigsten im Zweiten Weltkriege verbündeten Mächte durch die Sowjets darstellen, die diese feierlich unterzeichnet und wiederholt bekräftigt haben. Wenn die Sowjets so von ihren eigenen Verpflichtungen zurücktreten, dann ist es ganz eindeutig Sache der drei andern Verbündeten, darüber zu entscheiden, wie sie ihre Rechte ausüben und ihre Verpflichtungen erfüllen wollen. Aber die Sowjets erklären,

daß wir, wenn wir dies tun, uns den Plänen des ostdeutschen Regimes beugen müssen und daß diese Pläne mit Gewalt unterstützt würden. Die jüngsten Erklärungen der Führer dieses Regimes machen es ganz eindeutig klar, daß in der „Freien Stadt“, wie sie ihnen vorschwebt, die Rechte der Bürger West-Berlins allmählich, aber erbarmungslos ausgelöscht würden. Mit anderen Worten, eine solche Stadt wäre nicht frei.

Wohl niemand wird den Ernst dieser Drohung verkennen, und wohl niemand kann sie mit den sowjetischen Beteuerungen eines Wunsches nach friedlicher „Koexistenz“ vereinbaren. Hier geht es nicht einfach um formaltechnische Rechte. Hier stehen der Friede und die Sicherheit der Bevölkerung West-Berlins auf dem Spiel. Hier stehen die direkten Verpflichtungen und Zusagen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs auf dem Spiel. Hier stehen der Friede und die Sicherheit der westlichen Welt auf dem Spiel.

Im Interesse unserer eigenen lebenswichtigen Sicherheit haben wir und andere westliche Länder Verteidigungsvorkehrungen als direkte Antwort auf direkte sowjetische Schritte nach dem Zweiten Weltkrieg getroffen. Diese Bündnisse sind ihrer Natur nach völlig defensiv, aber die Sowjets würden einen schweren Fehler begehen, wenn sie annähmen, daß die alliierte Einigkeit und Entschlossenheit durch Drohungen oder neue aggressive Handlungen unterminiert werden können. In Deutschland und in Berlin ist Frieden. Wenn er gestört wird, dann ist die Sowjetunion direkt dafür verantwortlich.

Es besteht die Gefahr, daß totalitäre Regierungen, die keinen lebhaften öffentlichen Diskussionen unterliegen, den Willen und die Einheit demokratischer Gesellschaften unterschätzen, wo es um lebenswichtige Interessen geht. Die sowjetische Regierung hat sowohl ihrem eigenen Volk als auch dem Weltfrieden gegenüber die Verpflichtung, die lebenswichtige Bedeutung dieser Bindung anzuerkennen.

Wir möchten zustimmen, daß es in bezug auf Deutschland unerledigte Fragen gibt, die geregelt werden müssen. Seit vielen Jahren haben die Westmächte eine dauerhafte und friedliche Regelung solcher Fragen auf der Grundlage der Selbstbestimmung des deutschen Volkes vorgeschlagen. Darüber hinaus werden wir immer bereit sein, jeden Vorschlag zu erörtern, der dem Recht der Bevölkerung von Berlin, ihre unabhängige Wahl als freie Menschen auszuüben, vermehrten Schutz gibt. Die Vorschläge, die uns jetzt unterbreitet worden sind, bewegen sich in entgegengesetzter Richtung und werden als solche überall in der Welt erkannt. Die Erörterungen werden nutzbringend sein, wenn die Sowjets in Berlin — ja, in ganz Europa — die Selbstbestimmung akzeptieren, zu der sie sich in anderen Teilen der Welt angeblich bekennen, und wenn sie aufrichtig für den Frieden statt für eine Ausdehnung der Macht eintreten.

Quelle: *Kabel-Dienst* (Botschaft der Vereinigten Staaten, Bad Godesberg) vom 29. Juni 1961.

#### **Erklärung des amerikanischen Präsidenten, John F. Kennedy, auf einer Pressekonferenz in Washington am 28. Juni 1961 betr. Kernwaffenversuche**

*Betrifft: Kernwaffenversuche.*

Die Weigerung der Sowjetunion, in Genf ernsthaft über ein Kernwaffenversuchsverbot zu verhandeln, ist für alle die enttäuschend, die große Hoffnungen darauf gesetzt hatten, daß der Verbreitung der Kernwaffen sowie dem Lauf des Wettrüstens Einhalt geboten werden könnte.

Diese Weigerung wirft ebenfalls die ernste Frage auf, wie lange wir noch, ohne unserer Sicherheit zu schaden, die auf einer freiwilligen Basis gegebene Zusage einhalten können, in diesem Lande keine Versuche zu unternehmen, ohne eine Garantie dafür zu haben, daß die Sowjets nicht jetzt Versuche durchführen. Ich habe daher angeordnet, daß der wissenschaftliche Beirat des Präsidenten eine besondere Konferenz



maßgeblicher Wissenschaftler einberuft, die die ernststen Fragen, um die es hier geht, einer eingehenden Ueberprüfung nach dem neuesten Stand der Wissenschaft unterziehen soll, darunter ganz besonders zwei Fragen:

Erstens, wie weit gehen unsere Informationen, ob die Sowjetunion geheime Versuche durchgeführt hat oder durchführen könnte?

Zweitens, sofern bestimmte Arten von Versuchen von der Sowjetunion verheimlicht werden können, welche waffentechnischen Fortschritte könnten sich dann auf diesem Gebiet ohne unser Wissen anbahnen?

Die Antworten hierauf werden von mir selbst, dem Gemeinsamen Stab der Streitkräfte sowie dem Nationalen Sicherheitsrat daraufhin überprüft werden, was sie für die Sicherheit der freien Welt bedeuten. In der Zwischenzeit wird unsere Verhandlungsdelegation in Genf bleiben.

Unser Vertragsentwurf ist dort unterbreitet worden, und ich appelliere dringend an die Führer der Sowjetunion, nicht länger mehr so unnachgiebig zu sein und einen vernünftigen und durchsetzbaren Vertrag zu akzeptieren, den wir aufrichtig herbeiwünschen.

Quelle: *Kabel-Dienst* (Botschaft der Vereinigten Staaten, Bad Godesberg) vom 29. Juni 1961.

**Fernsehpresskonferenz des Bundesministers des Auswärtigen, Heinrich von Brentano, am 30. Juni 1961 (Auszüge zur Deutschland- und Berlin-Frage)**

*Betrifft:* Deutschland und Berlin.

*Frage:* Gestatten Sie mir im Rahmen dieses Programms, Herr Außenminister, die erste und später auch die letzte Frage: Der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow hat angekündigt, daß die UdSSR noch in diesem Jahr einen Friedensvertrag mit der Zonenregierung abschließen wird. Stellt sich die Bundesregierung darauf ein, daß dieser Vertrag unvermeidlich ist?

*Antwort:* Nein, ich glaube, wir werden alles tun und tun müssen, um gemeinsam mit unseren Verbündeten und Alliierten die Sowjetunion davon zu überzeugen, erstens, daß sie nicht berechtigt ist, einen Friedensvertrag abzuschließen, zweitens, daß ein solcher Friedensvertrag ohne rechtliche Wirkung wäre, und nicht zuletzt, daß ein solcher sogenannter Friedensvertrag kein Beitrag zur Entspannung, sondern ein verhängnisvoller Beitrag zur Verschärfung der internationalen weltpolitischen Spannung wäre.

*Frage:* Sind Sie der Meinung, Herr Minister, daß die NATO-Streitkräfte teilmobilisiert werden sollten, um die Abschreckungsstrategie des Westens gegenüber dieser soeben genannten sowjetischen Ankündigung glaubhafter zu machen?

*Antwort:* Ich glaube, die Frage ist etwas verfrüht. Wir stehen doch vor Drohungen und Ankündigungen, von denen wir nicht wissen, ob überhaupt und wann sie verwirklicht werden. Aber der Augenblick kann kommen, an dem die NATO sichtbar machen muß, daß sie nicht zulassen wird, daß die freie Stadt Berlin ihre Freiheit verliert.

*Frage:* Herr Minister, hat die Bundesregierung bisher verbindliche Zusagen der USA über das Ausmaß des amerikanischen militärischen Einsatzes im Falle eines Konflikts um Berlin bekommen? Und gibt es Absprachen darüber, wann und unter welchen Umständen zum Schutz der Bundesrepublik gegebenenfalls der Einsatz thermonuklearer Waffen angedroht würde?

*Antwort:* Es gibt keine Absprachen darüber, aber es gibt die verbindlichen Erklärungen, die gemeinsamen Erklärungen. Ein gewaltsamer Zugriff auf Berlin löst die Garantieverpflichtungen der Alliierten aus. Und daß die Garantie mit allen Mitteln dann verwirklicht wird, ich glaube, das liegt in der Natur der Dinge, und ich darf daran erinnern, daß noch vor wenigen Tagen der amerikanische Außenminister, Dean Rusk, mit wünschenswerter Deutlichkeit die Haltung seiner Regierung präzisiert hat.

*Frage:* Herr Minister, es wird von einem bevorstehenden deutschen Aufklärungsfeldzug im Ausland gesprochen, das heißt die Bundesregierung will offenbar gerade auch die neutralen Länder über die Berlin-Situation und über die Zustände in der Zone eingehend unterrichten. Die Frage liegt nahe, warum ist das eigentlich nicht schon bisher in viel stärkerem Umfange geschehen?

*Antwort:* Ich glaube, es ist nicht richtig, daß eine solche Aktion — ich habe das Wort Aufklärungsfeldzug nicht sehr gern — etwa geplant ist. Wir sind schon seit Jahren damit beschäftigt. Das Auswärtige Amt in Verbindung mit dem Bundespresse- und Informationsamt vermittelt im Rahmen des überhaupt Möglichen in den Ländern, die mit uns befreundet und verbündet sind, ebenso wie in den Ländern der neutralen und der neutralistischen Welt, die Kenntnisse über die tatsächlichen Zustände in der Zone und über die Situation in Deutschland. Daß wir jetzt vielleicht noch mehr tun als in den letzten Wochen und Monaten, liegt auch, glaube ich, in der Natur der Entwicklung, denn Sie kennen ja auch die jüngsten Erklärungen der Sowjetunion, des sowjetrussischen Regierungschefs. Die gefährliche Situation, die schon bestand, seit November 1958 bestand, ist noch gefährlicher geworden.

.....

*Frage:* Darf ich noch mal zurückkommen auf das Deutschland-Problem, Herr Minister. Sie halten es nicht für unvermeidlich, daß der Separatfriedensvertrag abgeschlossen wird. Glauben Sie, daß die Bundesrepublik Großbritannien und Frankreich gewinnen könnte, um zusammen mit der Bundesrepublik durch ein Wirtschaftsembargo gegenüber der Zone zu versuchen, den Friedensvertrag mit Pankow zu verhindern?

*Antwort:* Ob ein Wirtschaftsembargo eine Maßnahme ist, die den Abschluß eines Vertrags verhindern kann, scheint mir fraglich. Vergessen wir doch nicht, daß Embargomaßnahmen nur dann wirksam sind, wenn sie lückenlos durchgeführt werden, und außerdem würden wir ja hier denjenigen treffen, der an sich die geringste Verantwortung trägt, denn für den Friedensvertrag sind die Menschen in der Zone nicht verantwortlich, sondern die Handvoll Funktionäre, die dieses Konzentrationslager bewachen. Ob Embargomaßnahmen nach dem Abschluß eines Friedensvertrags ins Auge gefaßt werden, ich glaube, die Frage kann ich erst zu einem späteren Zeitpunkt konkret beantworten.

*Frage:* Würden Sie dann glauben, Herr Minister, daß die Sowjets schon dann von Schritten gegen Berlin abzuschrecken sind, wenn die Westmächte lediglich ihre Bereitschaft erklären, ihre Positionen in Deutschland in der Art und mit den Mitteln des Korea-Krieges zu verteidigen?

*Antwort:* Ich glaube, es gibt keine Vergleiche. Meiner Meinung nach können wir den Abschluß eines Separatfriedens, einer Aktion gegen Berlin, da ist ja beides miteinander verbunden, nur dann wirksam und mit Erfolg verhindern, wenn wir alles tun — wir, damit meine ich uns und unsere Verbündeten —, um der Sowjetunion, der Regierung der Sowjetunion und allen, die dort verantwortlich sind, die klare Gewißheit verschaffen, daß wir entschlossen sind, zu reagieren. Es darf nicht der Eindruck entstehen und es darf sich nicht so entwickeln, daß man etwa in Moskau das Gefühl hat, man könnte ja eine solche Aktion durchführen, und sie würde letzten Endes hingenommen. Darin liegt meines Erachtens die Gefahr.

*Frage:* Sie sagten gerade „entschlossen sind, zu reagieren“, aber mit welchen Mitteln müßte der Westen entschlossen sein zu reagieren, mit allen oder mit begrenzten Mitteln?

*Antwort:* Mit allen!

*Frage:* Darf ich hier gleich anschließen, Herr Minister, mit einer sehr direkten Frage. Halten Sie eine Kompromißlösung in der Berlin-Frage überhaupt für möglich, und, wenn ja, wie könnte sie Ihrer Meinung nach aussehen?

*Antwort:* Es gibt keine Kompromißlösung in der Berlin-Frage. Wir müssen immer wieder darauf hinweisen, das ist ja nicht eine deutsche Betrachtung, sondern das ist eine realistische Betrachtung. Es gibt keine isolierte Lösung des Berlin-Problems. Berlin ist nur ein Teilaspekt des Deutschland-Problems, und nur im Rahmen der Lösung, der schrittweisen Lösung des gesamten Deutschland-Problems gibt es auch eine Lösung des Berlin-Problems.

*Frage:* Glauben Sie, Herr Minister, daß die Hallstein-Doktrin durch die sowjetische Offensive in der Deutschland-Frage berührt oder gefährdet werden könnte, das heißt, könnte durch eine erpreßte de facto-Anerkennung Pankows eine Kettenreaktion der Anerkennungen im Ausland ausgelöst werden?

*Antwort:* Wenn ich da gleich eine Bemerkung machen darf: Ich habe nicht sehr gerne das Wort „Hallstein-Doktrin“, es ist eine allgemeine Formulierung geworden, aber ich glaube, es ist falsch, diese Politik der Bundesregierung, die vor und nach der Mitarbeit des hervorragenden Herrn Hallstein durchgeführt wurde, mit seinem Namen zu verbinden, das gibt auch eine falsche Wirkung. Es klingt nämlich so, als sei das irgendeine dogmatische Festlegung auf irgendeinen rechthaberischen Standpunkt. So ist es nicht. Wir haben klar und deutlich gesagt, es gibt nur ein freies Deutschland, und Staaten der freien Welt, die die sogenannte „DDR“ als einen unabhängigen, souveränen Staat anerkennen, übernehmen damit die Thesen der Sowjetunion, und wir betrachten das als einen unfreundlichen Akt gegenüber dem deutschen Volk, gegenüber dem gesamten deutschen Volk. Und wir ziehen daraus die notwendigen Konsequenzen. Ich darf daran erinnern, daß wir das nicht leichten Herzens getan haben gegenüber Jugoslawien. Und wir werden an dieser Politik, die nicht doktrinär ist, festhalten. Sie wäre doktrinär, wenn sie verbissen wäre und wenn sie töricht wäre, wenn es eine echte Alternative gäbe. Aber ich glaube, es gibt keine Alternative, es sei denn, wir sind selbst entschlossen, die Teilung Deutschlands anzuerkennen, und das glaube ich, wird weder die Regierung noch die Opposition jemals akzeptieren. Deswegen gibt es auch keine Erpressung uns gegenüber, von diesem Standpunkt abzugehen. Das würde nicht mehr bedeuten und nicht weniger bedeuten, als daß wir die Thesen aus der Note des 27. November 1958 übernehmen. Und ich glaube, dazu wird sich keine Bundesregierung heute, morgen oder übermorgen hergeben.

*Frage:* Wenn Sie an dieser Frage festhalten, dann müssen Sie konsequenterweise die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion abbrechen, wenn die Sowjetunion einen Separatfriedensvertrag mit der Zone schließt, denn dann gibt sie, nach Ihrer Auffassung, die Vier-Mächte-Verantwortlichkeit für Deutschland auf.

*Antwort:* Sie werden nicht von mir erwarten, daß ich heute eine Erklärung darüber abgebe, was wir in einem solchen Fall tun werden, um so weniger, als ich ja — ich sagte es vorhin noch — die Hoffnung habe, daß es uns gelingt, die Sowjetunion von einer solchen Entscheidung zurückzuhalten. Aber daß Reaktionen, Entscheidungen der Bundesregierung dieser Art in einem solchen Fall möglich sind, will ich durchaus nicht verneinen.

*Frage:* Wenn sich die Sowjetunion nicht von einem solchen Schritt zurückhalten läßt, halten Sie dann im Falle eines Separatfriedens Moskaus mit Pankow Gespräche zwischen den Westmächten und der Regierung in Ost-Berlin über den freien Zugang nach Berlin für denkbar?

*Antwort:* Nein.

.....

Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 119 vom 1. Juli 1961.



## Die Tagung der WEU-Versammlung in London vom 29. Mai bis zum 1. Juni 1961

Vom 29. Mai bis zum 1. Juni 1961 fand in London unter Vorsitz des neugewählten Präsidenten *Arthur Conte* der erste Teil der 7. Sitzungsperiode der WEU-Versammlung statt, die damit zum ersten Male in der britischen Hauptstadt tagte. Im Mittelpunkt der Debatten stand das Problem des britischen Beitritts zu den Europäischen Gemeinschaften. In seiner Begrüßungsansprache ging der britische Premierminister, *Harold Macmillan*, auf die zahlreichen Schwierigkeiten ein, die sich einem Anschluß Großbritanniens an die Sechs entgegenstellten. Der deutsche Bundesaußenminister, *Heinrich von Brentano*, legte als amtierender Präsident des Rates der WEU der Versammlung den 6. Jahresbericht vor. *Brentano* wies auf die zentrale Bedeutung des Ausbaus der Beziehungen zwischen Großbritannien und den sechs Staaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hin und betonte, daß die Verträge von Rom für Sonderregelungen Raum ließen, ihr Geist und Inhalt jedoch nicht angetastet werden dürften.

Im Namen des Ausschusses für allgemeine Angelegenheiten unterbreitete der britische Abgeordnete *Mathew* einen Bericht über die für einen Beitritt Großbritanniens zur EWG notwendigen Maßnahmen, der fest umrissene und ins einzelne gehende Vorschläge enthielt. Mit einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen billigte die Versammlung eine Empfehlung (vgl. S. D 405 ff.), in der der Rat aufgefördert wird, Verhandlungen zwischen den sieben Mitgliedstaaten der WEU und der EWG-Kommission einzuleiten.

Damit ging die Versammlung einen Schritt auf dem Wege weiter, den sie im Juni vorigen Jahres in Paris begann, als sie den Gedanken zur Debatte stellte, Großbritannien solle der EGKS beitreten. Dieser Vorschlag erwies sich als undurchführbar, da der Beitritt nur zu einer der Gemeinschaften als unmöglich betrachtet wurde. Im Dezember 1960 schlug die WEU-Versammlung daher vor, Großbritannien solle allen drei Gemeinschaften beitreten. Dabei wurden jedoch die Bedingungen für einen solchen Beitritt nur vage angedeutet.

Ebenfalls im Namen des Ausschusses für allgemeine Angelegenheiten legte der niederländische Abgeordnete *C. L. Patijn* der Versammlung einen Bericht über politische Konsultationen zwischen den sieben Mitgliedstaaten der WEU vor. Die Versammlung billigte einstimmig eine Empfehlung, in der vorgeschlagen wird, den politischen Konsultationen innerhalb der EWG regelmäßige Zusammenkünfte des Ministerrates der WEU vorausgehen zu lassen. (Vgl. S. D 407 f.)

Die Versammlung diskutierte ferner die Auswirkungen der europäischen Einigungspolitik auf Afrika. In dem *Conte*-Bericht, der von dem Abgeordneten *Junot* vortragen wurde, wurde auf die Notwendigkeit einer Harmonisierung der wirtschaftlichen Beziehungen Großbritanniens und der EWG-Staaten zu den afrikanischen Ländern hingewiesen. Der britische Kolonialminister, *Iain Macleod*, äußerte jedoch gewisse Vorbehalte seiner Regierung und wies auf die Auswirkungen hin, die die Ausgestaltung der europäischen Beziehungen zu Afrika auf weite Teile des Commonwealth haben würde. Zum Abschluß der Debatte billigte die Versammlung einstimmig eine Empfehlung, in der die Durchführung einer afro-europäischen Regierungskonferenz vorgesehen wird. (Vgl. S. D 404.)

Im weiteren Verlauf der Tagung gab der Alliierte Oberbefehlshaber Südeuropa, der amerikanische Admiral *Charles Brown*, einen Überblick über die Koordination und den Umfang der Verteidigungsanstrengungen im Mittelmeerraum. Für den Verteidigungsausschuß legte der niederländische Abgeordnete *Goedhart* einen Bericht über den Stand der europäischen Sicherheit vor, in dem er für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen strategischen Kernwaffen und konventioneller Rüstung plädierte. Die Versammlung billigte mit drei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen eine Empfehlung, in der u. a. die Aufstellung einer „NATO-Feuerwehr“, die Errichtung eines einheitlichen Oberbefehls der Seestreitkräfte im Mittelmeerraum sowie die Rückgliederung der französischen Flotte in den NATO-Befehlsbereich befürwortet wird. (Vgl. S. D 404 f.)

Als zweiter Sprecher des Verteidigungsausschusses berichtete der belgische Abgeordnete *de la Vallée Poussin* über die Tätigkeit der Rüstungskontrollbehörde. Der Redner führte aus, daß die Behörde bisher nicht in der Lage gewesen sei, ihre Tätigkeit in Übereinstimmung mit den ihr übertragenen Aufgaben durchzuführen, da von einem Teil der Mitglieder noch immer nicht die im Dezember 1957 unterzeichnete Konvention ratifiziert und die für die Durchführung von Inspektionen notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen worden seien. In einer mit einer Gegenstimme gebilligten Empfehlung werden Belgien, Frankreich, Luxemburg und die Niederlande auf-

gefordert, die Konvention über Rüstungskontrollmaßnahmen nunmehr vordringlich zu ratifizieren. (Vgl. S. D 408.)

Der britische Verteidigungsminister, *Harold Watkinson*, befaßte sich in seiner Rede vor allem mit Fragen der atomaren Bewaffnung und des Einsatzes dieser Waffen.

Für den ständigen Rüstungsausschuß wies sodann der deutsche Abgeordnete *Kliesing* in seinem Bericht auf die Schwierigkeiten bei der Standardisierung der Rüstungen hin. Die Versammlung nahm ferner einstimmig eine Empfehlung und eine Resolution zur Frage der Standardisierung der Rüstungen an.

### **Empfehlung Nr. 63 vom 30. Mai 1961 über die Auswirkungen der europäischen Zusammenarbeit auf Afrika (Auszug)**

*Betrifft:* Harmonisierung der wirtschaftlichen Beziehungen Großbritannien und der EWG-Staaten zu den afrikanischen Ländern.

Die Versammlung . . . .

empfehl[t] dem Rat,

in Erwartung des Beitritts Großbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zusammen mit einer möglichst großen Anzahl afrikanischer Staaten die baldige Einberufung einer afrikanisch-europäischen Konferenz auf Regierungsebene vorzubereiten mit dem Ziel, die bestehende wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Großbritannien und den mit ihm assoziierten Ländern Afrikas auf der einen Seite und die Zusammenarbeit zwischen den Sechs und den mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft assoziierten Ländern auf der anderen Seite in Übereinstimmung zu bringen.

Quelle: Western European Union, Assembly, Seventh Ordinary Session (First Part), Third Sitting, 30. Mai 1961 (A/WEU [7] PV 3).

### **Empfehlung Nr. 64 vom 31. Mai 1961 über den Stand der europäischen Sicherheit**

*Betrifft:* Stand der europäischen Sicherheit — Schaffung einer beweglichen Streitkraft — Seestreitkräfte im Mittelmeer — Verbindung zwischen CENTO und NATO — gemeinsame Außen- und Wirtschaftspolitik der NATO-Staaten.

Die Versammlung

hat über den gegenwärtigen Stand der europäischen Sicherheit beraten;

ist der Meinung, daß die Wahrscheinlichkeit für die Entstehung lokaler Konflikte größer ist als die für den Ausbruch eines größeren Krieges;

begrüßt es, daß die Notwendigkeit anerkannt wird, die NATO-Streitkräfte in den Stand zu setzen, sowohl mit konventionellen wie nuklearen Waffen eine wirksame Verteidigung je nach dem Ausmaß des Angriffs in die Wege zu leiten, ist jedoch wegen des immer noch unzureichenden Standes der konventionellen Streitkräfte der NATO beunruhigt;

gibt ihrer Beunruhigung Ausdruck hinsichtlich der Stärke der NATO-Streitkräfte in Europa und namentlich des Beitrags Frankreichs und des Vereinigten Königreichs zur Hauptfront der NATO;

hofft, daß es den Regierungen möglich sein wird, ihre Streitkräfte auf den Stand zu bringen, den zu erreichen sie sich verpflichtet haben;

ist von den Schlußfolgerungen unterrichtet, zu denen ihr Ausschuß für Verteidigung und Rüstung nach seinem Besuch bei den NATO-Hauptquartieren Südeuropa und Mittelmeer gelangt ist;

ist sich der Gefahr bewußt, die in der kommunistischen Unterwanderung der NATO-Verteidigung in diesem Gebiet besteht;

empfiehlt dem Rat,

1. daß die NATO ersucht wird, ihre gegenwärtige Konzeption einer „Feuerwehrbrigade“ dahingehend zu erweitern, daß die Schaffung einer beweglichen Streitkraft — wenn möglich zusätzlich zu den Schildstreitkräften — ins Auge gefaßt wird, die sich zusammensetzt aus Einheiten aller größeren NATO-Länder und mit einer standardisierten Ausrüstung und Organisation sowie ausreichendem fliegendem Transportmaterial ausgestattet wird, um in dringenden Fällen schnell aktionsbereit zu sein;

2. daß er die Versammlung über den gegenwärtigen Stand der französischen, britischen und anderen Streitkräfte auf dem Abschnitt Mitteleuropa informiert;

3. daß die der NATO zugeteilten Seestreitkräfte im Mittelmeer einem einzigen Oberkommando unterstellt werden;

4. daß die französische Regierung aufgefordert wird, ihre Entscheidung von 1958 rückgängig zu machen, wonach die französische Mittelmeerflotte dem NATO-Kommando nicht mehr unterstellt bleibt;

5. daß die Mitgliedsregierungen der NATO empfehlen, eine wirksame Verbindung zwischen der CENTO-Pakt-Organisation und den interessierten NATO-Kommandos herzustellen;

6. daß die Mitgliedsregierungen im Nordatlantikrat die Annahme einer gemeinsamen Außenpolitik vorschlagen und daß sie sich im Rahmen der bestehenden Organisationen um eine abgestimmte Wirtschaftspolitik gegenüber den Nicht-Mitgliedstaaten am Mittelmeer bemühen, die es diesen gestattet, ihre Wirtschaftsstruktur zu modernisieren, zur Hebung ihres Lebensstandards beizutragen und die Zunahme des kommunistischen Einflusses in diesem Gebiet zu verhindern.

Quelle: Western European Union, Assembly, Seventh Ordinary Session (First Part), Sixth Sitting, 31. Mai 1961 (A/WEU [7] PV 6).

### **Empfehlung Nr. 65 vom 31. Mai 1961 über den Beitritt Großbritanniens zu den Europäischen Gemeinschaften**

**Betrifft:** Beitritt Großbritanniens zur EWG — Aussprache zwischen den Mitgliedern der WEU und der EWG-Kommission.

#### **Die Versammlung**

erinnert daran, daß die am 30. November 1960 angenommene Empfehlung Nr. 53 Verhandlungen über einen Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft „als Vollmitglied“ empfiehlt;

anerkennt, daß dieser Beitritt, der in erster Linie von einem gemeinsamen politischen Willen abhängt, den Abschluß geeigneter Abmachungen erfordert, namentlich was die Präferenzen betrifft, welche gewisse britische Erzeugnisse auf einigen Märkten des Commonwealth genießen sowie die Einfuhren Großbritanniens aus dem Commonwealth, die Landwirtschaft und die Entwicklungsfonds für die überseeischen Länder;

anerkennt außerdem, daß die Lösung dieser Probleme an sich noch nicht genügt und daß ein vorläufiges Abkommen über geeignete Maßnahmen für die übrigen Mitglieder der EFTA notwendig sein wird, denen gegenüber Großbritannien vertragliche Verpflichtungen eingegangen ist;



erinnert an die Bestimmungen der Artikel I und VIII des am 17. März 1948 in Brüssel unterzeichneten Vertrags über Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet und über kollektive Verteidigung, der durch das am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichnete Protokoll ergänzt wurde,

empfiehlt dem Rat,

1. mit Rücksicht auf die derzeit stattfindenden bilateralen Gespräche, allgemeine Aussprachen zwischen Vertretern der sieben Mitgliedstaaten und der EWG-Kommission herbeizuführen, um ein Abkommen vorzubereiten, das den Beitritt Großbritanniens zu der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vorsieht, ohne dabei den politischen Inhalt des Römischen Vertrags abzuschwächen.

2. daß in diesen Gesprächen die Mitgliedstaaten unter anderem die in dem vorliegenden Bericht enthaltenen Vorschläge und insbesondere die folgenden Punkte berücksichtigen:

a) die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Großbritannien und den Ländern des Commonwealth sowie die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen diesen und den Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft;

b) die Lage der britischen Landwirtschaft;

c) die Probleme der Finanzierung des Entwicklungsfonds, der durch die mit dem Vertrag von Rom abgeschlossene Konvention geschaffen wurde;

d) die Lage der Europäischen Freihandelszone, die in diesem Bericht nicht behandelt wird, da sie nicht in die Zuständigkeit der Westeuropäischen Union gehört.

Quelle: Western European Union, Assembly, Seventh Ordinary Session (First Part), Sixth Sitting, 31. Mai 1961 (A/WEU [7] PV 6).

#### **Anhang zur Empfehlung Nr. 65 vom 31. Mai 1961**

*Betrifft: Commonwealth-Präferenzen — Einfuhren aus dem Commonwealth — Landwirtschaft — Entwicklungsfinanzierung.*

##### **A**

#### *Präferenzen, die gewisse Produkte Großbritanniens auf einigen Märkten des Commonwealth haben*

Großbritannien würde etappenweise auf alle vertraglichen Rechte verzichten, auf Grund deren seine Ausfuhren in das Commonwealth gegenüber den Exporten der übrigen Länder der erweiterten EWG bevorzugt behandelt werden.

##### **B**

#### *Einfuhren Großbritanniens aus dem Commonwealth*

Großbritannien würde das Prinzip eines Gemeinsamen Außentarifs für die erweiterte EWG annehmen unter dem Vorbehalt des Abschlusses von Sonderabkommen hinsichtlich gewisser Einfuhren aus dem Commonwealth zu einem Stand, der folgendermaßen auszuhandeln wäre:

##### **1. Rohstoffe**

Großbritannien würde sich verpflichten, den Gemeinsamen Außentarif auf seine Einfuhren von Rohstoffen, die nicht aus der erweiterten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft kommen, anzuwenden, unabhängig von ihrer Herkunft, unter dem Vorbehalt tariflicher Kontingente für gewisse besondere Rohstoffe. Die erweiterte EWG würde sich weiterhin bemühen, ihre Tarife für Rohstoffe so niedrig wie möglich zu halten.

##### **2. Industrielle Produkte aus Ländern mit hohen Löhnen**

Großbritannien würde sich verpflichten, mit den Ländern des Commonwealth zu verhandeln, die am progressiven Abbau der vertraglichen Präferenzen interessiert sind, die

den Exporteuren des Commonwealth für gewisse industrielle Produkte auf dem britischen Markt zugestanden werden.

### 3. Industrielle Produkte aus Ländern mit niedrigen Löhnen

Die erweiterte Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, ihrer Verpflichtung gegenüber den überseeischen Ländern im Entwicklungsstadium bewußt, würde eine progressive Vermehrung der Einfuhren dieser Produkte vorsehen und sich zu Verhandlungen im Rahmen der OECD und des GATT für eine globale Lösung dieses Weltproblems verpflichten. Großbritannien könnte weiterhin seine gegenwärtige liberale Politik hinsichtlich seiner Einfuhren anwenden.

### 4. Tropische Produkte

Die erweiterte Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, ihrer Verpflichtung gegenüber den überseeischen Ländern im Entwicklungsstadium bewußt, würde sich zu einer gemeinsamen Politik für die Einfuhr tropischer Produkte entschließen, die soweit wie möglich dem Abbau der Tarife und aller anderen Handelsbeschränkungen im Sinne einer globalen Lösung dieses Weltproblems Rechnung tragen müßte.

### 5. Lebensmittel aus Ländern der gemäßigten Zone

Auf Grund des Artikels 25 (3) des Römischen Vertrags könnte Großbritannien Lebensmittel aus Ländern der gemäßigten Zone auf der Basis tariflicher Kontingente entsprechend seinen eigenen Bedürfnissen einführen.

## C

### *Landwirtschaft*

Die britische Landwirtschaft muß auf längere Sicht bereit sein, mit der Landwirtschaft des Kontinents unter den gleichen Bedingungen und im Rahmen einer gemeinsamen Politik in Wettbewerb zu treten. Bis zur Erreichung dieses Zieles sollten Sonderabkommen abgeschlossen werden über die beiderseitige progressive Vermehrung des Handels mit landwirtschaftlichen Produkten zwischen Großbritannien und den gegenwärtigen Mitgliedern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, und es sollten Maßnahmen für die Errichtung eines gemeinsamen Preisniveaus ergriffen werden.

## D

### *Entwicklungsfinanzierung*

Großbritannien würde sich voll und ganz beteiligen an der Finanzierung und dem Funktionieren des Entwicklungsfonds, der gemäß dem Römischen Vertrag geschaffen wurde. Die Ueberseeländer des Commonwealth könnten auf Grund gemeinsam getroffener Abmachungen in den Genuß von Entwicklungskrediten aus diesem Fonds kommen.

Quelle: Western European Union, Assembly, Seventh Ordinary Session (First Part), Sixth Sitting, 31. Mai 1961 (A/WEU [7] PV 6).

### **Empfehlung Nr. 66 vom 31. Mai 1961 über politische Konsultationen zwischen den Mitgliedstaaten der WEU**

*Betrifft:* Politische Konsultationen zwischen den Mitgliedern der WEU — politische Konsultationen zwischen den Sechs — Gegenstand der Konsultationen — Zeitpunkt der Konsultationen.

### Die Versammlung

begrüßt den Beschluß des Ministerrates, politische Konsultationen zwischen den sieben Mitgliedstaaten der Westeuropäischen Union zu entwickeln;

hat die Auswirkungen der politischen Konsultationen zwischen sechs seiner Mitglieder, wie sie für die Staaten der Europäischen Gemeinschaften vorgeschlagen wurden, erörtert;

empfiehlt dem Ministerrat,

### *1. Gegenstand der politischen Konsultationen*

daß, bis Großbritannien Vollmitglied der drei Europäischen Gemeinschaften ist und es voll an den bisher auf die Sechs beschränkten politischen Konsultationen teilnimmt, Angelegenheiten der gemeinsamen europäischen Politik (vor allem auf dem Gebiet der Sicherheit) und die außereuropäischen Beziehungen zusammen mit Großbritannien auf regelmäßigen Zusammenkünften des Ministerrats der WEU erörtert werden sollen;

### *2. Zeitpunkt der politischen Konsultationen*

daß die Zusammenkünfte des Ministerrates der WEU weiterhin regelmäßig auf der Ebene der Regierungschefs oder der Außenminister durchgeführt werden, je nachdem wie es der Verhandlungsgegenstand angebracht erscheinen läßt;

daß die politischen Konsultationen innerhalb der WEU unmittelbar vor den Konsultationen innerhalb der Sechs stattfinden.

Quelle: Western European Union, Assembly, Seventh Ordinary Session (First Part), Sixth Sitting, 31. Mai 1961 (A/WEU [7] PV 6).

## **Empfehlung Nr. 67 vom 1. Juni 1961 über die Tätigkeit der Rüstungskontrollbehörde**

*Betrifft:* Tätigkeit der Rüstungskontrollbehörde — Fehlen der gesetzlichen Voraussetzungen — Ratifikation der Konvention.

### **Die Versammlung**

hat das Kapitel III des 6. Jahresberichtes des Ministerrates über die Tätigkeit der Rüstungskontrollbehörde in der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1960 erörtert;

stellt fest, daß es in dem Bericht heißt, die Behörde „sei nach wie vor nicht in der Lage, eine wirkliche oder vollständige Kontrolle auszuüben“, und daß nur, „wenn die rechtliche Garantie, die in Artikel XI des Protokolls Nr. IV vorgesehen ist, in Kraft tritt, es der Behörde möglich sein wird, alle notwendigen Kontrollen hinsichtlich konventioneller Waffen, Fernlenkraketen und chemischer Waffen durchzuführen;

ist besorgt, daß mehr als drei Jahre nach der Unterzeichnung der diesbezüglichen Konvention und ungeachtet der von der Versammlung am 1. Juni 1960 einstimmig angenommenen Empfehlung Nr. 46 die Regierungen Belgiens, Frankreichs, Luxemburgs und der Niederlande bisher noch nicht die für eine Ratifikation der Konvention notwendigen Maßnahmen in die Wege geleitet haben, um die Rechtsgrundlage für die Tätigkeit der Behörde zu schaffen;

bedauert, daß weder der 6. Jahresbericht des Ministerrates noch die Antwort des Rates auf die Empfehlung Nr. 46 zeigen, daß der Ministerrat irgendwelche vordringlichen Maßnahmen ergriffen hat, um die Ratifikation zu beschleunigen;

empfiehlt dem Ministerrat,

daß dieser jetzt die betreffenden Regierungen auffordert, die Konvention vordringlich zu ratifizieren, um in Übereinstimmung mit dem Artikel XI des Protokolls Nr. IV die Rechtsgrundlage für die Tätigkeit der Behörde zu schaffen.

Quelle: Western European Union, Assembly, Seventh Ordinary Session (First Part), Seventh Sitting, 1. Juni 1961 (A/WEU [7] PV 7).



## Schlußbericht der European-American Assembly über „Abrüstung und Rüstungskontrolle“ in Bürgenstock, 6. – 9. Juli 1961

Die von der „American Assembly“ und dem britischen „Institute of Strategic Studies“ veranstaltete Konferenz wurde nach intensiver Diskussion des Tagungsthemas „Abrüstung und Rüstungskontrolle“ am 9. Juli 1961 mit der Veröffentlichung eines Schlußberichtes\* beendet. Im Mittelpunkt

der Konferenz standen Referate von David Ormsby-Gore, Jules Moch und Senator Hubert Humphrey. Die rund 60 Teilnehmer aus 13 westlichen Ländern lenken mit diesem Bericht die Aufmerksamkeit auf die Bedeutung, die dem Problem der Rüstungsbeschränkung zukommt.

**Betrifft:** Internationale Sicherheit — Abrüstung — Rüstungskontrolle — Verhütung eines Krieges.

I. Die Länder der Welt geben heute jeden Tag rund 300 Millionen Dollar für Rüstungen aus, und in der nördlichen Hemisphäre stehen 14 Millionen Männer unter den Waffen. Dies ist zum Teil eine Reaktion auf den schwerwiegendsten Zusammenprall politischer Systeme, der die Welt seit Jahrhunderten heimgesucht hat. Aber es ist auch eine Folge der sich beschleunigenden Revolution der militärischen Technik, für welche die Atombombe, die Wasserstoffbombe und das ballistische Ferngeschoß vielleicht nur erste Vorläufer darstellen und die, wenn man sie unkontrolliert auf alle Zeit weitergehen läßt, alle Hoffnungen auf eine friedliche Welt, wenn nicht sogar auf ein Weiterbestehen des Menschen untergraben muß.

Wir sind zutiefst beeindruckt von den wachsenden Gefahren des unkontrollierten Wettrüstens und fest davon überzeugt, daß die Versuche, Sicherheit und Schutz durch eine bloße Anhäufung militärischer Macht zu erzielen, nicht mehr zweckmäßig und zum Scheitern verurteilt sind. Die Alternative, vor welche uns die moderne Technik stellt, lautet: Entweder Aufbau eines gesunden Systems der internationalen Sicherheit oder eine verzweifelt unsichere Welt. Es ist deshalb an der Zeit, die Verteidigungs- und Abrüstungspolitik der freien Nationen neu zu überprüfen.

II. Wir verlangen eine allgemeine, umfassende und kontrollierte Abrüstung; „allgemein“ insofern, als sie für alle Länder gilt; „umfassend“ insofern, als sie alle Kategorien von Waffen und Streitkräften erfaßt; „kontrolliert“ in dem Sinne, daß das System Vertrauen gibt, daß die Verpflichtungen respektiert werden. Die Verwirklichung eines so weitreichenden Zieles ist vielleicht die Vorbedingung für ein Weiterbestehen in einer Welt der sich überschneidenden politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Revolutionen.

Aber wir müssen auf zwei unausweichliche Erfordernisse für das Erreichen eines solchen Zieles hinweisen. Erstens würde es weitere beträchtliche Modifikationen der vollen nationalen Souveränität erfordern. Seine Schlußphasen würden ein System der zentralen polizeilichen und gerichtlichen Durchsetzung erfordern, gepaart mit einer internationalen Polizeitruppe mit beträchtlichen Vollmachten. Dies würde die Handlungsfreiheit der nationalen Staaten stark einschränken.

Zweitens muß die Abrüstung in Stufen voranschreiten. Kein Staat würde die späteren und drastischeren Phasen eines umfassenden Abrüstungssystems beschreiten, bevor die einleitenden Phasen erfolgreich abgeschlossen sind — insbesondere bevor die Maschi-

---

\*) Wenngleich die Konferenzteilnehmer dem Bericht allgemein zustimmten, wurde dieser nicht namentlich unterzeichnet und bindet daher die einzelnen Teilnehmer nicht an jede Schlußfolgerung und Empfehlung. Jules Moch und einige andere stimmten dem Teil des Abschnitts IV, der sich mit militärischen Maßnahmen befaßt, nicht zu.

nerie für die Durchsetzung der Bestimmungen und für die friedliche Beilegung von Konflikten geschaffen ist und man gesehen hat, daß sie wirksam funktioniert.

Es gibt heute mehr als hundert souveräne Staaten, und die Welt kann sich nicht mehr der Illusion hingeben, daß auch nur die einleitenden Phasen eines allgemeinen Abrüstungsabkommens rasch oder leicht ausgehandelt werden können. Je rascher die ersten Schritte auf diesem Wege unternommen werden können, desto rascher wird es möglich sein, aus tatsächlicher Erfahrung heraus abzuschätzen, wann weiterer Fortschritt in der Abrüstung erzielbar sein wird.

III. Wir sind der Ueberzeugung, daß sowohl die Westmächte wie die kommunistischen Mächte trotz ihrer politischen Gegnerschaft im Verein mit allen anderen Ländern ein gemeinsames Interesse an der Ausschaltung der offensichtlichen Kriegsgefahren haben. Die Zeit arbeitet nicht für den Frieden und die Sicherheit, und die ständigen technischen Neuerungen machen das Problem der Kontrolle noch komplexer und belastender. Dieses gemeinsame Interesse könnte durch die folgenden Maßnahmen gefördert werden:

a) Maßnahmen zur Verhinderung einer weiteren Entwicklung der Kapazität von Kernwaffen. Hier geht es aus verschiedenen Gründen um eine wachsende Gefahr, und wir erachten es als tragisch, daß die Sowjetunion nunmehr den Eindruck vermittelt, als ob sie ihr Interesse am Abschluß eines Vertrages über die Einstellung der Kernwaffenversuche verloren habe, der recht weitgehend dazu beigetragen hätte, diese Gefahr zu vermeiden.

b) Maßnahmen für die Einstellung der Produktion spaltbaren Materials für den Waffengebrauch und für eine allmähliche Ueberführung namhafter Vorräte für die friedliche Verwendung.

c) Maßnahmen für die Schaffung von Kontrollmöglichkeiten über die Träger von Massenvernichtungswaffen.

d) Maßnahmen für ein auf Gegenseitigkeit beruhendes Verbot der Entsendung von Massenvernichtungswaffen in den Weltraum. Der militärische Mißbrauch des Weltraums ist eine unmittelbare Gefahr, und es ist von größter Bedeutung, zu einer Vereinbarung zu gelangen, bevor die Weltraummächte durch die weitere Forschung und Entwicklung zu einem Schritt verleitet werden, der das Abrüstungsproblem aufs schwerste komplizieren würde.

e) Maßnahmen, die darauf abzielen, eine größere Sicherheit vor Ueberraschungsangriffen zu gewähren und die Gefahr eines Krieges aus falscher Berechnung, falscher Einschätzung der Absichten des Gegners oder einem technischen Versagen zu vermindern.

Wir glauben, daß die Abkommen über diese Maßnahmen gegenwärtig durch eine Vielfalt von Mitteln wirksam kontrolliert werden könnten. Das gemeinsame Interesse der betreffenden Mächte, solche Abkommen zu verewigen, trägt mit dazu bei, daß sie respektiert werden. Und sollte es zu Vertragsverletzungen kommen, so bliebe jedem Partner das Recht vorbehalten, von besonderen Abkommen zurückzutreten.

Aber die Dringlichkeit solcher begrenzter Abkommen muß betont werden. Mit jedem Jahr werden die Probleme einer wirksamen Kontrolle komplexer und könnten sich bald als unlösbar erweisen. Die kommende Generation wird uns nicht verzeihen, wenn wir ihr eine Welt mit vielen Atommächten und Weltraumwaffen oder eine Welt hinterlassen, die in ständiger Angst vor einem plötzlichen oder durch Zufall ausgelösten Krieg lebt, weil die größten Industriemächte durch einander fremde Gesellschaftsauffassungen entzweit sind. Zudem würden solche begrenzten Abkommen eine nützliche Erfahrung für die Ausarbeitung von internationalen Abkommen liefern, die notwendig sind, um viel weiterreichende Abrüstungsmaßnahmen zu kontrollieren.

Wir sind zutiefst besorgt um die Sicherheit und Stabilität Europas, denn hier handelt es sich noch immer um das Gebiet, in dem ein katastrophaler allgemeiner Krieg am leichtesten ausbrechen könnte. Die Versuche, mit der Sowjetunion zu einer politischen Lösung der Deutschland-Frage zu gelangen oder über ein umfassenderes System der europäischen Sicherheit zu verhandeln, waren bis jetzt zutiefst enttäuschend. Dies enthebt jedoch weder die NATO-Mächte noch die Länder des Warschauer Paktes von ihrer Verpflichtung, über Abkommen zu verhandeln, welche die Gefahr eines Krieges in Europa vermindern. In diesem Zusammenhang glauben wir, daß die Mittel ernsthaft studiert werden sollten, die, unter politisch annehmbaren Bedingungen und unter Beibehaltung der militärischen Präsenz der Vereinigten Staaten in Europa, zu diesem Ziele führen könnten.

IV. Leider macht die gegenwärtige Spannung den Abschluß formeller Abkommen in unmittelbarer Zukunft schwierig. Das kann sich ändern, aber auf jeden Fall ist es notwendig, die westliche Politik und Militärpolitik so zu gestalten, daß bei gebührender Berücksichtigung der bestehenden Verpflichtungen die Gefahr eines Krieges auf ein Minimum reduziert wird. Es gibt gewisse einseitige Schritte, die unternommen werden können, um den defensiven Charakter der militärischen Vorbereitung des Westens zu unterstreichen. Sie sind politischer und militärischer Natur.

Die militärischen Maßnahmen umfassen:

a) Raschen Fortschritt in der Entwicklung relativ unverletzlicher Waffensysteme und gleichzeitige Abschaffung verletzlicher und deshalb provokativer Systeme, um die aus der Furcht vor einem Ueberraschungsangriff entstehenden Spannungen herabzusetzen.

b) Wesentliche Verbesserungen in den konventionellen Kräften, um die Flexibilität der westlichen Abwehr von Kriegsdrohungen zu verstärken und die Gefahr des Einsatzes und die Furcht vor dem Einsatz von Atomwaffen zu reduzieren.

c) Verbesserung in den Kommando- und Kontrollsystemen, um die Gefahr über-eilter oder unüberlegter Aktionen herabzusetzen.

d) Verbesserung der Integration der amerikanischen Sicherheitspolitik mit der NATO-Politik, womit der Anreiz für die europäischen Mächte, auf die Vereinigten Staaten durch die Entwicklung eigener Kernwaffensysteme Einfluß auszuüben, abgeschwächt wird.

Die politischen Maßnahmen umfassen:

a) Engere Koordination der Politik bezüglich jener nichteuropäischen Fragen, bei denen die Interessen der Westmächte unteilbar sind.

b) Größere Unterstützung für die friedensbewahrende Autorität und Maschinerie der Vereinten Nationen.

c) Die raschestmögliche Stärkung des internationalen Rechts und der Maschinerie für die Beilegung von Meinungsverschiedenheiten.

Es mag sehr wohl sein, daß wir nur durch eine erfolgreiche Entwicklung der inneren Systeme gegenseitiger Abhängigkeit (Interdependence) und der Rüstungskontrollen innerhalb der westlichen Allianzen (einschließlich der Stärkung der Inspektionseinrichtungen der Westeuropäischen Union) sowohl unseren eigenen Völkern als auch der Sowjetunion vor Augen führen können, daß solche Techniken in größerem Maßstabe verwendet werden können.

V. Man kann sich des Eindrucks kaum erwehren, daß die Sowjetunion den Problemen der Abrüstung oder auch nur beschränkter Kontrollmaßnahmen nur geringe ernsthafte Aufmerksamkeit gewidmet hat, wie dies zum Beispiel aus ihrem Beharren darauf hervorgeht, daß eine totale Abrüstung in einer Welt vollständig souveräner Staaten leicht erreicht werden könnte. Wir glauben, daß diese Haltung unter dem Druck der



militärischen Technik und dem sowjetischen Verständnis für das gegenseitige Interesse aller Mächte an einem echten Fortschritt auf dem Wege zur Abrüstung sich ändern könnte.

Wir sind uns auch bewußt, daß ein Fortschritt auf dem Gebiet der Abrüstung nicht notwendigerweise eine Verringerung des gegenwärtigen Kampfes, sondern vielmehr dessen Verlegung auf die Ebene der wirtschaftlichen und politischen Kriegführung bedeuten würde. Wir sind vollständig bereit, diese Verschiebung hinzunehmen, weil wir die Zuversicht hegen, daß unsere eigene Gesellschaft und unsere eigene Politik diesen neuen Formen der Herausforderung begegnen können.

Der sowjetische Versuch, den führenden Instanzen eines Abrüstungs-, Inspektions- und Kontrollsystems sowie auch den Vereinten Nationen ein Dreiparteien-Kontrollsystem aufzuzwingen, scheint uns unlösbare Schwierigkeiten in den Weg des weiteren Fortschritts zu legen.

VI. Die Erörterung der Probleme der Abrüstung oder der Rüstungskontrolle ist in der Vergangenheit nur allzu oft durch zwei Täuschungen erschwert worden, nämlich erstens dadurch, daß für ein zwischenstaatliches Abkommen der gute Wille und das gegenseitige Vertrauen genühten, ohne einem eingehenden Studium der gegenseitigen Interessen und einer durchführbaren Kontroll- und Inspektionstechnik Rechnung zu tragen, und zweitens dadurch, daß die Militärpolitik und die Abrüstungspolitik in entgegengesetzte Richtungen führten, statt daß sie als sich ergänzende Aspekte desselben Problems betrachtet werden — der Aufrechterhaltung der nationalen und internationalen Sicherheit.

Zur Ueberwindung dieser Verwirrung erachten wir die folgenden Punkte als wichtig:

a) Die Regierungen sollten das offizielle Studium der Probleme der Abrüstung und der Rüstungskontrolle erweitern und das unabhängige Studium dieser Fragen aktiv fördern.

b) Sowohl die Regierungen wie die Völker selbst müssen sich vermehrt bewußt werden, daß es sich hier um Probleme handelt, die einer ständigen Aufmerksamkeit und nicht nur einer sporadischen Vorbereitung auf Verhandlungen bedürfen.

c) Den Querverbindungen zwischen der Abrüstungs- und Verteidigungspolitik muß bei militärischen, strategischen oder politischen Planungsmaßnahmen Rechnung getragen werden. Dies erfordert eine viel engere Zusammenarbeit zwischen den Außenministerien und militärischen Stäben bei der Ausarbeitung der Abrüstungs- und Verteidigungspolitik.

d) Von allen Ländern sollten größere offizielle und private Anstrengungen unternommen werden, um die Öffentlichkeit über die Fragen der Abrüstung und die Probleme, die sich daraus für jede einzelne Nation ergeben, zu informieren.

Gleichzeitig würden wir die Ausarbeitung von offiziellen und inoffiziellen Programmen begrüßen, die es denjenigen, die im Westen diese komplexen Fragen gründlich durchdacht haben, ermöglichen würden, häufigere Meinungsaustausche mit sowjetischen Experten zu führen, was — so hoffen wir — zu einem gemeinsamen Studium auf diesem Gebiet führen wird.

Endlich sollten wir einzeln und durch die Vereinten Nationen jede Anstrengung unternehmen, um das in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas noch beschränkte Wissen um die technischen und politischen Probleme der Abrüstung zu erweitern, damit die Anstrengungen, vor die sie eines Tages gestellt werden, auf eine besser informierte und zuständige Kritik stoßen können.

Auf diese Weise können wir hoffen, uns der Verwirklichung des beständigen und brennenden Wunsches aller Menschen nach Abrüstung und einem dauerhaften Frieden zu nähern.

Quelle: Nach *Neue Züricher Zeitung* (Fernaussgabe), Nr. 187 vom 10. Juli 1961, Blatt 3.

## Die Auseinandersetzung über die Einstellung der Kernwaffenversuche und die Deutschland-Frage

Bei der Begegnung zwischen dem amerikanischen Präsidenten und dem sowjetischen Ministerpräsidenten am 3. und 4. Juni 1961 in Wien hatte *Chruschtschow* *Kennedy* Memoranden zur Frage der Einstellung der Kernwaffenversuche und zur Deutschland-Frage überreicht. Während die Vereinigten Staaten das Deutschland-Memorandum erst nach eingehenden Beratungen mit den Verbündeten beantworteten, erfolgte die Antwort auf das Kernwaffen-Memorandum bereits am 17. Juni (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 389 ff.). Die Sowjetunion erwiderte die amerikanische Note am 5. Juli (vgl. S. D 414 ff.), und die Vereinigten Staaten nahmen sodann am 15. Juli zu der sowjetischen Note Stellung (vgl. S. D 443 ff.). Dieser Notenaustausch brachte inhaltlich keine neuen Gesichtspunkte.

Einen Tag vor der Ueberreichung der amerikanischen Note an die Sowjetunion ergriffen jedoch die Vereinigten Staaten und Großbritannien die Initiative, um die Vereinten Nationen mit der Kernwaffenfrage zu befassen. In einem gemeinsamen Schreiben ersuchten der amerikanische und der britische Vertreter bei den Vereinten Nationen Generalsekretär *Hammarhjöld* um Aufnahme der Kernwaffenfrage in die Tagesordnung der 16. UN-Vollversammlung (vgl. S. D 439). Dem Schreiben war ein gemeinsames amerikanisch-britisches Memorandum beigelegt, in dem die Vereinigten Staaten und Großbritannien die Vollversammlung aufforderten, die durch die Haltung der Sowjetunion auf der Genfer Konferenz entstandene kritische Situation zu erörtern. Sie gaben ihrem Bedauern über den Verlauf der Konferenz Ausdruck, erklärten aber zugleich ihre Bereitschaft, die Verhandlungen fortzusetzen. (Vgl. S. D 440 ff.)

Während die westlichen Antworten auf das Deutschland-Memorandum noch mit den Verbündeten abgestimmt wurden und dem Ständigen NATO-Rat zur Billigung vorlagen, nahm die Volkskammer der DDR am 6. Juli eine Erklärung über einen „Deutschen Friedensplan“ an, in der sie Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten, den Abschluß eines Friedensvertrages auf der Grundlage der sowjetischen Vorschläge, die Neutralisierung West-Berlins und die Bildung einer deutschen Konföderation forderte (vgl. S. D 422 ff.). In einer am gleichen Tag abgegebenen Re-

gierungserklärung betonte der Vorsitzende des Staatsrates, *Walter Ulbricht*, die friedlichen Absichten der DDR und bemühte sich, die durch die gegenwärtig in Mitteldeutschland herrschende Versorgungskrise bedrängte Bevölkerung zu beschwichtigen.

In einer Rede am 8. Juli auf einem Kreml-Empfang für Absolventen der Militärakademien unterstützte Ministerpräsident *Chruschtschow* die Vorschläge der Volkskammer und forderte erneut den raschen Abschluß eines deutschen Friedensvertrages, der West-Berlin den Status einer freien Stadt geben und der DDR die Kontrolle über die Verbindungswege übertragen werde. Er nahm ferner zu den jüngsten Erklärungen westlicher Staatsmänner zur Deutschland-Frage (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 395 ff.) Stellung und beschuldigte sie, sie fänden keine besseren und konstruktiven Worte als „Festigkeit“. Wenn sie damit drohten, ihre Truppen in Europa zu verstärken, so sei dies eine sture Weigerung, den Erfordernissen der Zeit und der Stimme der Vernunft Rechnung zu tragen. *Chruschtschow* erklärte, angesichts der zunehmenden Rüstungsausgaben der NATO-Staaten sei die Sowjetregierung gezwungen, die geplante Reduzierung der sowjetischen Streitkräfte zurückzustellen und die Rüstungsausgaben zu erhöhen. (Vgl. S. D 426 ff.)

Die deutsche Bundesregierung beantwortete am 12. Juli das sowjetische Deutschland-Memorandum vom 17. Februar (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 169 ff.). Sie forderte in ihrer Note erneut die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes und wies darauf hin, daß es nur ein deutsches Volk gebe und daß nur eine gesamtdeutsche Regierung einen Friedensvertrag abschließen könne (vgl. S. D 436 ff.). In einem anläßlich eines Besuches von Bundeskanzler *Adenauer* in Berlin veröffentlichten Kommuniqué werden folgende fünf Punkte als Grundlage der Berlin-Politik der Bundesregierung bezeichnet: 1. Die Anwesenheit der Westmächte beruht auf unveränderter Rechtsposition. 2. Die in den vergangenen Jahren erfolgte Eingliederung West-Berlins in das Rechts-, Finanz- und Wirtschaftssystem des Bundes ist ein Grundpfeiler für die freiheitliche Existenz der Stadt. 3. Der freie Zugang von und nach Berlin darf nicht eingeschränkt werden. 4. Jede Vereinbarung über Berlin muß den eindeutigen Willen der Berliner Be-

völkerung berücksichtigen. 5. Berlin muß weiter Begegnungsstätte der Deutschen bleiben.

Die Uebergabe der Antwort der Vereinigten Staaten auf das sowjetische Deutschland-Memorandum vom 4. Juni erfolgte am 17. Juli. In einer sehr ausführlichen Note, der eine Abschrift des Protokolls vom 12. September 1944 über die Besatzungszonen in Deutschland und die Verwaltung von „Groß-Berlin“ beigelegt war, wiesen die Vereinigten Staaten die in dem sowjetischen Memorandum enthaltenen Entstellungen zurück und warnten die Sowjetunion vor einem einseitigen Vorgehen in der Deutschland- und Berlin-Frage. In kürzeren, aber inhaltlich übereinstimmenden Noten bekräftigten die britische und die französische Regierung, die durch Außenminister *Gromyko* von der in dem Memorandum dargelegten sowjetischen Haltung unterrichtet worden waren, die westliche Position in der Deutschland- und Berlin-Frage. In allen drei Noten wurde die Viermächte-Verantwortung betont und die Bereitschaft zu Verhandlungen über eine Lösung der deutschen Frage erklärt. (Vgl. S. D 445 ff.)

Am 19. Juli erläuterte Präsident *Kennedy* in einer weiteren Erklärung zur Deutschland- und Berlin-Frage den in der amerikanischen Note dargelegten Standpunkt. Unter Hinweis auf die von Ministerpräsident *Chruschtschow* am 8. Juli angekündigte Erhöhung der sowjetischen Rüstung betonte *Kennedy* in einer Rundfunk- und Fernsehrede am 25. Juli, der Westen werde sich nicht durch Drohungen einschüchtern lassen. Er werde die notwendigen Maßnahmen treffen, um die Freiheit des Westens wie die Freiheit Berlins mit allen Mitteln zu verteidigen. Bereits am 19. Juli hatte der Nationale Sicherheitsrat eine Verstärkung der amerikanischen Streitkräfte beschlossen. Gleichzeitig waren Beratungen mit den Verbündeten über Maßnahmen zur Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft des Westens eingeleitet worden. Mit aller Deutlichkeit wies jedoch Präsident *Kennedy* in seiner Rede darauf hin, daß der Westen jederzeit zu ernsthaften Verhandlungen, sowohl in der Abrüstungs- als auch in der Deutschland-Frage, bereit sei. (Der Wortlaut der Rede *Kennedys* wird in einer der nächsten Folgen veröffentlicht.)

#### **Antwortnote der Sowjetregierung vom 5. Juli 1961 auf die Note der Regierung der Vereinigten Staaten vom 17. Juni 1961 zur Frage der Einstellung der Kernwaffenversuche**

*Betrifft:* Abkommen zur Einstellung der Kernwaffenversuche — unterirdische Kernwaffenversuche — Zusammensetzung der Kontrollbehörde — Verschmelzung der Frage der Einstellung der Kernwaffenversuche mit der Frage der allgemeinen und vollständigen Abrüstung — sozialistische und kapitalistische Gesellschaftsordnung.

Die Sowjetregierung hat die Antwort der Regierung der Vereinigten Staaten vom 17. Juni 1961 auf das Memorandum zur Frage der Einstellung der Kernwaffenversuche geprüft, das dem amerikanischen Präsidenten, Herrn J. F. Kennedy, während seiner Begegnung mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten, N. S. Chruschtschow, am 4. Juni d. J. in Wien übergeben worden war.

Aus der Antwort geht hervor, daß die Regierung der Vereinigten Staaten bedauerlicherweise den sowjetischen Vorschlägen nicht zustimmt, die darauf gerichtet sind, eine Lösung des Problems einer unbefristeten Einstellung der Versuche von atomaren und nuklearen Waffen zu erleichtern und zu beschleunigen.

Der gesamte Inhalt und insbesondere der Tenor der Note zeigen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten den Weg einer Verzerrung der sowjetischen Vorschläge und unbegründeter Anschuldigungen über die Haltung der Sowjetunion beschritten hat, anstatt sachlich und konstruktiv Meinungen auszutauschen. Die Regierung der Vereinigten Staaten strebt deutlich danach, die Polemik zu verschärfen und zur gleichen Zeit Dinge in die Diskussion zu bringen, die nichts mit der Sache selbst zu tun haben.

Dies alles geschieht anscheinend zu dem Zweck, die Vereinigten Staaten von der Verantwortung für die Ergebnislosigkeit der Genfer Gespräche freizusprechen. Es fehlt



auch die geringste Andeutung für den Wunsch, ein Abkommen über das Verbot von Kernwaffenversuchen zu erleichtern. Im Gegenteil, die amerikanische Note läßt den Gedanken aufkommen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten gegenwärtig nur eine Sorge hat: wie man in den Augen der öffentlichen Meinung die in den Vereinigten Staaten in Vorbereitung befindliche Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche rechtfertigen kann, und unter welchem Vorwand die Brücken zu einem Abkommen der Mächte über das Verbot dieser Versuche abgerissen werden können.

In der Tat macht die amerikanische Presse kein Hehl aus der Tatsache, daß das Verteidigungsministerium der Vereinigten Staaten, das Pentagon und die amerikanische Atomenergiekommission begierig auf den Tag warten, an dem ihnen das Signal für eine Fortführung der nuklearen Versuche gegeben wird. Dies ist offensichtlich der Grund, warum sich die Regierung der Vereinigten Staaten bemüht, den Verlauf der Dreimächte-Verhandlungen in Genf in einem schiefen Licht darzustellen.

Die Sowjetregierung betrachtet es als notwendig, an die wichtigsten Tatsachen zu erinnern, die mit den Verhandlungen über die Einstellung der Atom- und Wasserstoffbombenversuche in Verbindung stehen, sowie die Haltung der Verhandlungspartner darzustellen.

Die Sowjetunion hat sich viele Jahre lang für eine endgültige Befreiung der Welt von Kernversuchen eingesetzt, die den Kernwaffenwettlauf verstärken und das Leben und die Gesundheit der Bevölkerung gefährden. Niemand anders als die Sowjetunion hat als erste Atommacht auf die Notwendigkeit einer unverzüglichen Beendigung der gefährlichen Experimente mit Kernwaffen aufmerksam gemacht.

Die Sowjetunion hat bereits im März 1958 einseitig die Kernwaffenversuche eingestellt, um ein internationales Abkommen in dieser Frage zu erleichtern. Sie tat dies, obwohl bekanntlich die Sowjetunion weniger Versuchsexplosionen als die Vereinigten Staaten und Großbritannien durchgeführt hatte. Und was war die Antwort der Vereinigten Staaten und Großbritanniens darauf? Sie antworteten mit einer Serie von Kernbombenexplosionen, die in ihrer Intensität beispiellos waren. Die Sowjetunion hielt jedoch trotzdem an ihrem Grundsatz einer allgemeinen und raschen Einstellung der Kernwaffenversuche fest.

1959 beschloß die Sowjetregierung, die Kernversuche nicht wiederaufzunehmen, vorausgesetzt, daß auch die Westmächte darauf verzichteten, solche Versuche durchzuführen. Die Sowjetunion hielt sich streng an ihre Zusage trotz der Tatsache, daß Frankreich, ein Verbündeter der Vereinigten Staaten und Großbritanniens im NATO-Militärblock, regelmäßige Kernversuche durchführt.

Die Genfer Dreimächte-Konferenz wurde ebenfalls als Ergebnis der beharrlichen Anstrengungen der Sowjetunion einberufen. Der bisherige Verlauf der Genfer Verhandlungen ist in erster Linie die Geschichte des unermüdlichen sowjetischen Bemühens um allgemein annehmbare Lösungen für ein Verbot aller Kernwaffenversuche. Es ist bekannt, daß, um ein Abkommen zu erzielen, die Sowjetregierung eine Reihe von amerikanischen und britischen Vorschlägen über wichtige Punkte des Vertrages angenommen hat, der dort entworfen wurde. Wenn auf der Genfer Konferenz wirkliche Fortschritte erzielt wurden, war es in erster Linie ein Ergebnis des guten Willens und der ersten Bemühungen der Sowjetunion, die Frage der Versuchseinstellung voranzutreiben.

Wie verhielten sich dagegen die Regierungen der Vereinigten Staaten und der anderen Westmächte? Mit verschiedenen künstlichen Vorwänden verhinderten sie eine Lösung des Problems. Wer wüßte nicht, daß es gerade die Westmächte und in erster Linie die Regierung der Vereinigten Staaten waren, die lange Zeit Einwände gegen allgemeine Verhandlungen über eine Versuchseinstellung hatten.

Wenn man die Genfer Konferenz betrachtet, nicht durch einen verzerrenden Spiegel, wie es die amerikanische Regierung zu tun versucht, sondern im Lichte der Wirklichkeit, dann wird es jedem mehr oder weniger objektiven Beobachter offensichtlich, daß die Vereinigten Staaten während der ganzen Genfer Konferenz versucht haben, den Entwurf eines Abkommens über die Einstellung der Kernwaffenversuche zu verhindern. Viele Tatsachen weisen darauf hin, daß ohne die auf eine Vereitelung des Abkommens gerichtete Haltung der Vereinigten Staaten und Großbritanniens die Genfer Konferenz längst ihre Arbeit beendet hätte und ein Abkommen unterzeichnet worden wäre.

Eine günstige Situation war z. B. 1958 eingetreten nach der Expertenkonferenz der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, der Sowjetunion und anderer Länder, die eingehend Methoden für eine Entdeckung von Kernexplosionen erörtert hatte und die einstimmige Empfehlungen in der Frage von Kontrollen über die Einstellung der Atom- und Wasserstoffbombenversuche ausgearbeitet hatte. Den Regierungen, die an diesen Verhandlungen teilgenommen und die den Empfehlungen zugestimmt hatten, war lediglich die Aufgabe geblieben, auf dieser Grundlage ein Abkommen über die Beendigung aller Kernwaffenversuche abzuschließen.

Auf der Konferenz, an der Vertreter der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten und Großbritanniens teilnahmen und die in Genf eröffnet wurde, wurde über eine Reihe von Artikeln des Vertragsentwurfs über die Versuchseinstellung Einigung erzielt. Anscheinend alarmierte diese Tatsache aber jene Kreise in den Vereinigten Staaten, die die Aussicht auf eine Einstellung der Kernwaffenversuche fürchteten und auch heute noch fürchten. Es ist daher eine Tatsache, daß die amerikanische Regierung einen Rückzieher machte und versuchte, die Empfehlungen der Experten, denen sie selbst zugestimmt hatte, zu revidieren und sogar abzulehnen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten strengte sich sehr an, diese Empfehlungen zu diskreditieren. Ihre Vertreter ritten insbesondere auf dem Punkt herum, daß das von den Experten ausgearbeitete Kontrollsystem angeblich für unterirdische Explosionen unzureichend sei. Auf Grund dieser weit hergeholtten Argumente verlangten die Vereinigten Staaten zuerst, daß der Vertrag keinerlei Bestimmungen über ein Verbot unterirdischer Kernwaffenversuche enthalten sollte. Infolge des entschlossenen Widerstands der Sowjetunion schlugen sie dann vor, die Frage unterirdischer Kernwaffenversuche unter einer bestimmten Größe von dem Vertrag auszunehmen.

Die Vertreter der Vereinigten Staaten versuchten immer wieder ihre Forderungen mit dem Argument zu rechtfertigen, daß das von den Experten ausgearbeitete Kontrollsystem unzuverlässig sei. Die Experten, die diese Empfehlungen ausgearbeitet hatten, sind dagegen der Ansicht, daß gegenwärtig schon alle Möglichkeiten für die Entdeckung einer Verletzung des Abkommens über die Versuchseinstellung durch irgendwelche Staaten vorhanden sind und damit die Gewähr gegeben ist, daß alle Staaten ihre Verpflichtungen erfüllen.

Aber auch wenn das Kontrollsystem bis zu einem gewissen Grad unzureichend wäre, kann dies keineswegs als Hindernis für einen Vertragsabschluß betrachtet werden, da mit dem Fortschritt von Wissenschaft und Technik immer bessere Instrumente entworfen und damit das Kontrollsystem verbessert werden wird. Aus diesem Grund enthält der bereits angenommene Teil des Vertragsentwurfs eine Klausel, daß zwei Jahre nach dem Inkrafttreten des Vertrages über die Versuchseinstellung und von dann an jährlich die Kontrollbehörde in der Lage sein wird, auf Grund der gemachten Erfahrungen und des wissenschaftlichen Fortschritts Verbesserungen im Kontrollsystem einzuführen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten übersieht bewußt diese wichtige Klausel, über die als Ergebnis fortgesetzter Bemühungen Einigung erzielt wurde. Der Hinweis auf eine technische Unzulänglichkeit der Kontrollmethoden zeigt erneut, daß die Vereinigten Staaten nicht an einer ehrlichen Einigung über einen Vertrag interessiert sind,

der die Kernwaffenversuche für alle Zeit beenden würde. Sie hält statt dessen nach allen möglichen Schlupflöchern Ausschau, um den Vertrag zu umgehen und ihn zu einem Fetzen Papier herabzuwürdigen.

Wird dies nicht durch die Tatsache bewiesen, daß die Vereinigten Staaten versuchen, den Vertragspartnern einen solchen Vertrag aufzuzwingen und daß sie verlangen, daß die Einstellung unterirdischer Kernwaffenversuche geringer Größe (das sogenannte Moratorium für solche Versuche) nur auf drei Jahre befristet wird? Was für einen Sinn würde ein Abkommen über ein Moratorium haben, wie es die Vereinigten Staaten vorschlagen? Das Ergebnis würde sein, daß das Territorium der Sowjetunion unter Kontrolle gestellt wird und daß nach drei Jahren die Vereinigten Staaten die Möglichkeit hätten, die Kernwaffenversuche unter irgendwelchen Vorwänden wiederaufzunehmen.

Es ist daher jedem klar, daß unter solchen Bedingungen eine Kontrolle über die Einstellung der Kernwaffenversuche zur Sammlung von Spionageinformationen werden würde.

Auf diese Weise macht die Haltung der Vereinigten Staaten bereits in der Frage der unterirdischen Versuche ein Abkommen unmöglich. Aber dies ist nicht die einzige Frage, in der die Vereinigten Staaten gezeigt haben, daß sie nicht bereit sind, ein Abkommen abzuschließen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten versuchte in ihrer Note die von ihrer Delegation kürzlich auf der Genfer Konferenz vorgebrachten Vorschläge anzupreisen. Dabei übergeht sie jedoch sorgfältig und mit Stillschweigen die Tatsache, daß sich die Haltung der Regierung der Vereinigten Staaten in den wichtigsten Punkten nicht gewandelt hat, insbesondere nicht in der Frage der Anerkennung der vollen Gleichheit der Verhandlungspartner und der Sicherung gleicher Kontrollmöglichkeiten für jeden von ihnen, ohne die ein Abkommen undenkbar ist. Wenn man ernsthaft den Abschluß eines solchen Abkommens in Angriff nehmen will, so müssen zuerst alle diese Hindernisse beseitigt werden. Nur wenn das der Fall ist, wird der gegenwärtige Stillstand auf der Genfer Konferenz überwunden und der Weg für ein Abkommen beschritten werden können.

In diesem Zusammenhang ist es unmöglich, die Einwände der Regierung der Vereinigten Staaten gegen die Vorschläge der Sowjetregierung mit Stillschweigen zu übergehen, daß an der Spitze der Kontrollbehörde nicht ein einziger Administrator, sondern ein Kontrollrat stehen müsse, der sich aus gleichberechtigten Vertretern der drei wichtigsten Staatengruppen, der sozialistischen Staaten, der kapitalistischen Staaten der westlichen Militärböcke und der neutralen Staaten, zusammensetzt.

Die von der Sowjetregierung vorgeschlagene Errichtung eines Verwaltungsrates in dieser Zusammensetzung beruht auf den realen Tatsachen der gegenwärtigen internationalen Lage, auf der Notwendigkeit, gleiche Bedingungen für die Vertreter aller drei Staatengruppen zu schaffen und die Möglichkeit eines Mißbrauchs und eine die Sicherheit der Vertragsunterzeichner beeinträchtigende Ausnutzung der exekutiven Vollmachten auszuschließen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten räumt in ihrer Note vom 17. Juni ebenfalls ein, daß das Kontrollsystem nicht in einer Weise eingerichtet werden würde, daß irgendeiner der Vertragspartner oder irgend jemand in der Kontrollbehörde die Interessen des einen oder anderen Partners schädigen oder die ihm durch den Vertrag übertragenen Vollmachten mißbrauchen könne. Die Regierung der Vereinigten Staaten widerspricht sich jedoch selbst, wenn sie darauf besteht, daß die Exekutivgewalt in der Kontrollbehörde in die Hände einer einzigen Person gelegt werden sollte.

In der Tat zeigt die Erfahrung, daß es keine Person gibt, die eine vorurteilslose Haltung gegenüber diesem oder jenem internationalen Ereignis oder diesem oder jenem Gesellschaftssystem hätte. Das ist nicht überraschend, denn niemand kann in einer Ge-



sellschaft leben, ohne von der einen oder anderen Ideologie oder den zwischen den verschiedenen Gruppen dieser Gesellschaft bestehenden Beziehungen beeinflußt zu werden. Das ist der Grund dafür, daß, obwohl es neutrale Länder gibt, es keine neutralen Personen gibt und geben kann.

Man braucht nicht weit nach Beispielen — und zwar sehr eindrucksvollen — zu suchen. Die Tragödie im Kongo zeigt der ganzen Welt sehr plastisch, wie gefährlich es ist, wenn man die Verantwortung für wichtige Entscheidungen einer einzigen Person überträgt. Nur ein politisch Blinder sieht nicht, daß die Kolonialmächte ausgerechnet mit der Hilfe Hammarskjölds, der vorgibt, neutral zu sein, gewaltige Verbrechen auf kongolesischem Boden begingen und noch begehen. Es war niemand anders als Hammarskjöld, der den Kolonialmächten zu Gefallen die auf den Schutz der nationalen Unabhängigkeit des Kongo gerichteten Entschlüssen des Sicherheitsrates in ihr Gegenteil verkehrte.

Mit der Hilfe Hammarskjölds und der von ihm ernannten UN-Beamten als Stroh-männer erstickten die Kolonialmächte die Befreiungskräfte im Kongo und machten mit den kongolesischen Patrioten kurzen Prozeß. Kann man Hammarskjölds Verhalten im Kongo als neutral bezeichnen, wenn er die elementarsten Grundsätze des Rechts verletzt, indem er den Mördern Patrice Lumumbas Schutz gewährt, dieses leidenschaftlichen Kämpfers für die Unabhängigkeit des Kongo?

Nein, weder in der Kongo-Frage noch in anderen internationalen Angelegenheiten ist Hammarskjöld neutral, obwohl er ein Vertreter des neutralen Schwedens ist. Er ist und bleibt vielmehr ein Vertreter der Politik einer einzigen Staatengruppe, nämlich der kapitalistischen Staaten. Nach alledem versucht die Regierung der Vereinigten Staaten den Verhandlungspartnern einen einzigen Mann nach dem Muster Hammarskjölds als Administrator der Kontrollbehörde aufzudrängen, jene Behörde, die die Kontrolle über die Einstellung der Kernwaffenversuche ausüben soll!

Man braucht keine weiteren Worte darüber zu verlieren, daß ein Staat, dem die Sache des Friedens teuer ist, nicht bereit ist, dieses Experiment mit einem anderen Hammarskjöld zu wiederholen — um so weniger in einer Frage, die das Hauptinteresse aller Völker betrifft, das Interesse ihrer Sicherheit.

Wie kann man in der Kontrollbehörde einseitige Aktionen ausschließen, die die rechtmäßigen Interessen irgendeines der Unterzeichnerstaaten des Vertrages verletzen könnten? Die Sowjetregierung hat sich selbst diese Frage gestellt. Durch ein umfassendes Studium dieses Problems ist sie zu der festen Ueberzeugung gelangt, daß nur ein aus gleichberechtigten Vertretern der drei wichtigsten Staatengruppen bestehendes Exekutivorgan eine gerechte und vorurteilslose Kontrolle über die Durchführung der von den Staaten übernommenen Verpflichtungen garantieren kann.

Die Regierung der Vereinigten Staaten begründet ihre Einwände gegen eine gleichberechtigte Zusammenarbeit von Vertretern der drei wichtigsten Staatengruppen in dem entscheidenden Exekutivorgan der Kontrollbehörde mit der Behauptung, eine solche Zusammenarbeit würde diese Behörde unwirksam machen und würde der Einführung eines „Vetorechtes“ gleichkommen. Wenn man von einem „Vetorecht“ spricht, so ist es gerade die Regierung der Vereinigten Staaten, die den alleinigen Administrator mit einem solchen Recht ausstatten möchte. Die Vereinigten Staaten wollen, daß die Person an der Spitze der Kontrollbehörde darüber entscheiden kann, ob dieses oder jenes Anzeichen, über das von einem der Vertragsunterzeichner eine Untersuchung verlangt wird, zum Anlaß einer Inspektion gemacht werden soll oder nicht.

Damit hätte in Wirklichkeit dieser Administrator ein „Vetorecht“, das ihn in die Lage versetzen würde, nicht nur notwendige Inspektionen zu behindern, sondern auch diese ganz allgemein zu verhindern. Da ein Administrator nicht neutral sein kann, kann man von ihm auch keine objektiven Entscheidungen erwarten. Der Staat, dessen Inter-

essen durch den Administrator unrechtmäßigerweise verletzt würden, würde seinen Forderungen natürlich auch nicht zustimmen. In der Tat würde dadurch die Durchführung der Kontrolle paralytisiert und diese unwirksam gemacht werden.

Es erhebt sich daher die berechtigte Frage, wer in Wirklichkeit darauf besteht, ein „Vetorecht“ einzuführen und ein unwirksames Kontrollorgan zu errichten: die Sowjetunion, die die Errichtung eines dreiköpfigen Kontrollorgans vorschlägt, wobei jedes Mitglied gleiche Rechte haben würde, oder die Vereinigten Staaten, die die Forderung stellen, daß der Kontrollmechanismus in die Hände einer einzigen Person gelegt werden soll, von der die Vereinigten Staaten erwarten, daß sie als Werkzeug der Westmächte handele.

In Anbetracht dieser Tatsache kann es keine Zweifel daran geben, daß die Vereinigten Staaten sich bemühen, ein Organ zu errichten, dem einseitige Vorrechte zugebilligt und das durch das „Vetorecht“ des Statthalters einer Staatengruppe beherrscht würde, deren Handlungen, wie die Erfahrung zeigt — so z. B. in den Vereinten Nationen —, unvereinbar mit dem Völkerrecht sind.

Die Haltung der Sowjetunion schließt die Möglichkeit von Willkür bei der Durchführung der Inspektion völlig aus. Bei den Vorschlägen der Sowjetunion für jährliche Quoten der Inspektionen an Ort und Stelle heißt es ausdrücklich, daß in den Grenzen der vereinbarten Quoten die Inspektion auf Verlangen der Gegenseite durchgeführt wird und daß niemand — weder die Kontrollkommission noch der Verwaltungsrat, noch irgendein anderes Organ der Kontrollbehörde — die Durchführung des den Staaten zugebilligten Rechts auf Inspektion verhindern kann, wenn die objektiven Ablesungen der Instrumente auf das Vorhandensein verdächtiger Momente hinweisen.

Die Sowjetregierung und ihr Regierungschef, N. S. Chruschtschow, haben wiederholt erklärt, daß die Sowjetunion für sich in der Kontrollbehörde keine Sonderstellung oder Vorherrschaft beansprucht hat oder beanspruchen wird. Die Sowjetunion will sich lediglich die gleichen Rechte sichern, wie sie alle Teilnehmer des Vertrages genießen werden.

Die Regierung der Vereinigten Staaten weist in ihrer Note darauf hin, daß sie fast drei Jahre lang das „Risiko“ auf sich genommen hätte, auf Kernwaffenversuche zu verzichten, ohne darüber ein internationales Abkommen zu haben, und daß sie dieses „Risiko“ nicht unbegrenzt auf sich nehmen könnte.

Wenn man die Frage so stellt, so muß gesagt werden, daß die Sowjetunion und nicht die Vereinigten Staaten ein Risiko auf sich genommen haben. Es ist in der Tat allgemein bekannt, daß, während die Sowjetunion keine Versuchsexplosionen von Kernwaffen durchführt, der Verbündete der Vereinigten Staaten im NATO-Militärblock — Frankreich — Kernwaffenversuche abhält und so die Möglichkeit hat, diese Waffen im Interesse ihres Verbündeten in diesem Block, den Vereinigten Staaten, zu verbessern.

Eine allgemeine und vollständige Abrüstung würde die geeignetste Lösung für dieses Problem darstellen und würde einen neuen Weltkrieg verhindern. Unter den Umständen, unter denen die Westmächte in ihrem Bestreben, einseitige militärische Vorteile zu erlangen, die Gespräche über die Einstellung der Kernwaffenversuche zu einem Stillstand gebracht haben, kann ein Ausweg aus der bestehenden Situation nur durch eine Verbindung der Frage einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung mit jener der Einstellung der Kernwaffenversuche gefunden werden. Der Vorteil einer solchen Lösung besteht darin, daß das Haupthindernis überwunden wird, das nach Ansicht der Westmächte in dem sowjetischen Vorschlag auf Errichtung eines dreiköpfigen Verwaltungsrates besteht.

Wie Ministerpräsident N. S. Chruschtschow auf der Tagung der Vollversammlung der Vereinten Nationen betonte, ist die Sowjetregierung bereit, ohne Vorbehalte alle Vorschläge der Westmächte für die Kontrolle zu akzeptieren, falls die Westmächte den Vorschlag für eine allgemeine und vollständige Abrüstung annehmen.

Bei ihren Einwänden gegen eine Verbindung der Lösung des Problems der Einstellung der Kernwaffenversuche mit dem Problem der allgemeinen und vollständigen Abrüstung scheint die Regierung der Vereinigten Staaten zu übersehen, daß sich die Sowjetunion mit den von den Westmächten vorgeschlagenen Formen der Kontrolle einverstanden erklärt hat, vorausgesetzt, daß die allgemeine und vollständige Abrüstung verwirklicht wird.

Beachtenswert ist auch die von der Regierung der Vereinigten Staaten in ihrer Note vom 17. Juni gemachten Erklärung, wenn beide Fragen gleichzeitig erörtert würden, bedeute dies, daß man die Frage der Einstellung der Kernwaffenversuche unbegrenzt aufschiebe und daß es notwendig sein würde, „alles von vorne zu beginnen“, usw.

Diese Ausführungen lassen den Schluß zu, daß die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten in den westlichen Militärblocks den Abschluß eines Vertrages über allgemeine und vollständige Abrüstung endlos verzögern wollen. Damit übernehmen diese die schwere Verantwortung für alle Folgen. Die Sowjetregierung kann dem nicht zustimmen, daß man bei Gesprächen über allgemeine und vollständige Abrüstung ganz von vorne beginnen müsse.

Fast zwei Jahre sind vergangen, seit die Sowjetunion ihre Vorschläge für eine allgemeine und vollständige Abrüstung vorgelegt hat. Dieses Problem wurde verschiedene Monate lang in allen Einzelheiten im Zehnmächte-Abrüstungsausschuß erörtert, der im vergangenen Jahr tagte.

Die Sowjetregierung hatte die Hoffnung, daß die neue amerikanische Administration in dieser Frage die Politik der Eisenhower-Regierung revidieren würde, eine Politik, die man nur als Obstruktionspolitik bezeichnen kann. Aber im Hinblick auf die in der amerikanischen Note enthaltenen Erklärungen und einiger anderer Tatsachen muß man feststellen, daß diese Hoffnung nicht berechtigt war.

Die Regierung der Sowjetunion möchte ihrer Hoffnung Ausdruck geben, daß die beiden Großmächte — die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten — eine gemeinsame Sprache in der Abrüstungsfrage finden mögen.

Allgemeine und vollständige Abrüstung ist nunmehr zu einer dringenden historischen Notwendigkeit geworden und stellt den sichersten Weg zu einem beständigen Frieden in der Welt dar. Wenn auch die Frage der Versuchseinstellung von beträchtlicher Bedeutung ist und ein Abkommen darüber ein wichtiger Schritt in der Abrüstungsfrage wäre, so muß doch deutlich erkannt werden, daß die Einstellung der Kernwaffenversuche allein nicht die Gefahr eines atomaren Krieges bannen und das Wettrüsten beenden kann.

Wenn man die Menschheit von Kriegen und der Last der Rüstungen befreien will, ist eine allgemeine und vollständige Abrüstung notwendig. Es ist notwendig, die Kriegsmacht der Staaten aufzulösen und zu zerstören.

Die Sowjetunion ist ebenfalls der Ansicht, daß ein erfolgreicher Abschluß der Gespräche über die Einstellung der Kernwaffenversuche andere Abrüstungsmaßnahmen erleichtern würde. Sie hat ihrerseits alles in ihren Kräften Stehende getan, um dazu beizutragen. Sie wird dies auch weiter tun. Aus der Note vom 17. Juni geht jedoch hervor, daß die Regierung der Vereinigten Staaten ein Ergebnis der Genfer Dreimächte-Konferenz, die sich mit der Frage der Einstellung der Kernwaffenversuche befaßt, als Vorbedingung für die Lösung eines viel breiteren und wichtigeren Problems, nämlich der allgemeinen und vollständigen Abrüstung, benutzen möchte.

Während so die Regierung der Vereinigten Staaten auf der einen Seite beträchtliche Anstrengungen gemacht hat, um die Genfer Konferenz in einen Engpaß zu manövrieren, macht sie nun Gespräche über eine allgemeine und vollständige Abrüstung von dem Ergebnis der Genfer Verhandlungen abhängig.



Dies muß man zumindest als eine seltsame Logik bezeichnen. Damit wird höchstens denjenigen in die Hände gespielt, die sowohl die Gespräche über eine allgemeine und vollständige Abrüstung als auch die Verhandlungen über die Einstellung der Kernwaffenversuche sabotieren wollen.

Es ist zu bedauern, daß es die Vereinigten Staaten in ihrer Note für angebracht hielten, den schlüpfrigen Weg von Ausfällen gegen die Gesellschaftsordnung der Sowjetunion einzuschlagen. Was ist das — ein Ausdruck der Erbitterung gegen den Kommunismus oder ein Versuch, die Aufmerksamkeit von der Schwäche der Position der Vereinigten Staaten in der Abrüstungsfrage abzulenken?

Die Sowjetregierung hat nicht die Absicht, mit der Regierung der Vereinigten Staaten eine Diskussion über die Frage zu beginnen, welche Gesellschaftsordnung, die sozialistische oder die kapitalistische, „offen“ und welche „geschlossen“ ist.

Die Regierung der Sowjetunion geht von der Annahme aus, wenn jede Seite ihren Gefühlen hinsichtlich der Gesellschaftsordnung der anderen bei der Erörterung der Abrüstungsfrage, der Frage der Einstellung der Kernwaffenversuche oder ganz allgemein irgendeiner Frage der internationalen Beziehungen freien Lauf läßt, man dann zugeben müsse, daß man im voraus jede Möglichkeit für ein Uebereinkommen zunichte gemacht hat.

Die Sowjetregierung hat immer diesen Standpunkt eingenommen und betrachtet ihn als den einzig richtigen. Da jedoch die Regierung der Vereinigten Staaten diese Frage aufgeworfen hat, möchten wir gerne mit äußerster Deutlichkeit betonen, daß die sowjetische Gesellschaft tatsächlich für die Tätigkeit aller Arten von Ausbeutern und Unterdrückern geschlossen ist, die sich an dem Schweiß und Blut des Volkes bereichern. Sie ist geschlossen für alle Feinde der Gesellschaftsordnung und des Staatswesens der Sowjetunion. Aber sie steht offen für die unbegrenzten Möglichkeiten der Befriedigung der Bedürfnisse und Wünsche der arbeitenden Bevölkerung, die in der Sowjetunion in vollem Umfang die Macht innehaben und die ohne Einschränkung Herr über die Früchte ihrer Arbeit sind.

Für wen ist die amerikanische Gesellschaft offen? Sie ist nur für die Ausbeuter offen, für eine Handvoll von Monopolen, die die gesamte Macht des Staates in den Dienst ihrer eigennützigen Interessen gestellt haben.

Es steht der Regierung eines Landes, das sich auf die brutale Ausbeutung des Menschen durch den Menschen gründet, schlecht an, dem Sowjetvolk Demokratie zu predigen.

Wenn die amerikanischen Führer den Anspruch erheben, daß es in den Vereinigten Staaten für niemand Geheimnisse gebe und daß die Öffentlichkeit über jede Maßnahme der Regierung und anderer Behörden informiert wird, wenn dieser Anspruch korrekt ist, was kann dann die Regierung der Vereinigten Staaten z. B. auf folgende Fragen erwidern?

Wußte das amerikanische Volk oder gar eine solche hochgestellte Körperschaft wie der amerikanische Kongreß von den provozierenden Flügen amerikanischer U-2-Maschinen über die Sowjetunion? Sie wußten es augenscheinlich nicht, bevor diese Flüge aufgedeckt und die dafür Verantwortlichen auf frischer Tat ertappt wurden.

Geschah der Abwurf von Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki mit der Zustimmung des amerikanischen Volkes? Nein, das amerikanische Volk wußte nicht von den Vorbereitungen für diese unmenschliche Tat, und, soweit bekannt ist, verdammt es diese.

Wurde schließlich das amerikanische Volk befragt, als kürzlich der Angriff auf Kuba vorbereitet und vom Territorium und mit Unterstützung der Vereinigten Staaten organisiert wurde? Nein, dies wurde vor dem amerikanischen Volk als strenges Geheimnis behandelt.

Aber diese Tatsachen passen anscheinend in den Charakter einer „freien“ und „offenen“ Gesellschaft, deren sich die amerikanische Regierung in ihrer Note so rühmt, für die es jedoch keinen Platz in einer wirklich freien und offenen Gesellschaft gibt.

Seit langem ist bekannt, daß einige ausländische Militärhauptquartiere begierig darauf warten, daß die Sowjetregierung ihre Staatsgrenzen öffnet und auf diese Weise Spionageunternehmen auf sowjetischem Territorium erleichtert.

Die westlichen Regierungen geben häufig den Forderungen dieser Stellen nach und folgen ihren Anweisungen sogar auf internationalen Konferenzen. Ist das nicht besonders auch der Grund dafür, daß die Westmächte nach einer größtmöglichen Erhöhung der Zahl der Inspektionen an Ort und Stelle drängen, die die Verwirklichung der Einstellung der Kernwaffenversuche auf dem Territorium der UdSSR überwachen soll? Alles weist darauf hin, daß die Vereinigten Staaten bereit sind, den Abschluß eines Abkommens über die Einstellung der Kernwaffenversuche Spionageinteressen zu opfern.

Die Sowjetregierung hat wiederholt ihre Bereitschaft erklärt, in ihrem Land alle für die Durchführung eines Abkommens über die Einstellung der Kernwaffenversuche notwendigen Kontrollmaßnahmen durchzuführen. Aber die Sowjetregierung erachtet es für notwendig, erneut zu betonen, daß sie niemals einer Kontrolle zustimmen werde, die von der Abrüstung getrennt ist und die eine Kontrolle der Rüstungen darstellt, auf die die Vereinigten Staaten bereits seit mehreren Jahren, u. a. in den Vereinten Nationen drängen.

Die Sowjetunion erklärt zur gleichen Zeit, daß sie niemals irgendwelchen Abrüstungsmaßnahmen ohne eine wirksame Kontrolle über ihre Durchführung zustimmen werde. Die Sowjetregierung wird keiner Abrüstung ohne Kontrolle zustimmen, da sie die bittere Erfahrung gelehrt hat, nicht auf die vertraglichen Zusagen der westlichen Partner zu vertrauen.

Die Sowjetregierung hält strikt an den in ihrem Memorandum vom 4. Juni d. J. dargelegten Ansichten fest. Sie hat den Wunsch, daß die Regierung der Vereinigten Staaten den Standpunkt der Sowjetunion richtig versteht. Dies würde es erleichtern, eine Grundlage sowohl für das Problem der allgemeinen und vollständigen Abrüstung als auch für die Frage der Beendigung der Versuche mit Atom- und Wasserstoffbomben zu finden.

Quelle: *Sowjet News* (Sowjetische Botschaft, London), Nr. 4494 vom 10. Juli 1961.

### **Erklärung der Volkskammer der DDR vom 6. Juli 1961 über einen deutschen Friedensplan**

*Betrifft: Bildung einer deutschen Friedenskommission — Vorschläge für einen deutschen Friedensvertrag — Berlin — Wiedervereinigung.*

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik stimmt der Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates über den Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten und der Lösung der West-Berlin-Frage zu.

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik erklärt im Bewußtsein ihrer nationalen Verantwortung:

Zur Abwendung der ernsten Atomkriegsgefahr von Deutschland und der Welt sowie zur Sicherung einer friedlichen Zukunft für das deutsche Volk ist der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zur unaufschiebbaren Notwendigkeit geworden. 16 Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges ist die Beseitigung aller seiner Ueberreste für das deutsche Volk ein Gebot der nationalen Selbsterhaltung. Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik erklärt deshalb den Abschluß eines einheitlichen Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten als die alles überragende

Aufgabe des deutschen Volkes. Falls der Abschluß eines solchen Friedensvertrages am Widerstand der Regierungen der Westmächte und Westdeutschlands scheitern sollte, wird die Deutsche Demokratische Republik mit allen Staaten der Anti-Hitler-Koalition den Friedensvertrag schließen, die auf der Friedenskonferenz dazu bereit sind.

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik begrüßt die Vorschläge für den unverzüglichen Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland und die Regelung des West-Berlin-Problems, die der Ministerpräsident der Sowjetunion, N. S. Chruschtschow, dem Präsidenten der USA, J. F. Kennedy, bei der Wiener Begegnung unterbreitete. Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik sieht in der Empfehlung des sowjetischen Memorandums, nach der die Vier Mächte von vornherein erklären sollen, daß sie jede Vereinbarung anerkennen, die von den beiden deutschen Staaten gemeinsam in den Fragen getroffen wird, die eine Friedensregelung mit Deutschland und die Wiedervereinigung betreffen, eine historische Chance für die deutsche Nation.

In dieser Stunde sind die Deutschen aufgerufen, in ihrer ureigensten deutschen Sache des Friedens und der Wiedervereinigung selber zu handeln. In Erfüllung ihrer nationalen Pflicht beschließt die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik den Deutschen Friedensplan, den sie der Regierung und dem Bundestag Westdeutschlands und dem deutschen Volk in beiden deutschen Staaten unterbreitet.

Die Regierungen der beiden deutschen Staaten verständigen sich sofort über die Bildung einer Deutschen Friedenskommission aus Vertretern des Parlaments und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik. Vordringlichste Aufgabe der Deutschen Friedenskommission ist es, Verhandlungen zu führen und sich zu verständigen

über die Ausarbeitung von deutschen Vorschlägen zum Friedensvertrag;

über ein Abkommen des guten Willens, das darauf gerichtet ist, das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten sofort zu verbessern.

Das von der Deutschen Friedenskommission vorzubereitende Abkommen des guten Willens, das den beiden deutschen Regierungen und Parlamenten zum Abschluß empfohlen werden sollte, könnte zum Inhalt haben:

1. Beide deutsche Staaten vereinbaren den Verzicht auf die atomare Bewaffnung ihrer Streitkräfte und einen sofortigen Rüstungsstopp.

2. Beide deutsche Staaten verständigen sich bis zum Abschluß eines Abrüstungsabkommens über Stärke, Bewaffnung und Standorte ihrer bewaffneten Streitkräfte.

3. Beide deutsche Staaten lassen auf ihrem Territorium keinerlei Kriegs- und Revanche-propaganda zu.

4. Beide deutsche Staaten betrachten die Entscheidung über die Gesellschaftsordnung als einen Akt der Selbstbestimmung der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik. Sie übernehmen die Verpflichtung, sich nicht in Fragen der sozialen Ordnung des anderen deutschen Staates einzumischen.

5. Beide deutsche Staaten treten für den Abschluß eines Nichtangriffsvertrages zwischen den Staaten des Warschauer Vertrages und den Staaten der NATO und für die Bildung einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa ein.

6. Beide deutsche Staaten verpflichten sich zu Maßnahmen, die der Erweiterung des Handels zwischen ihnen dienen. Sie vereinbaren den Ausbau der kulturellen und sportlichen Beziehungen zwischen ihren Bürgern und Institutionen und treffen Maßnahmen zur Erleichterung und Verbesserung des Reiseverkehrs.

In der Friedenskommission soll der Grundsatz gelten, daß keine Seite der anderen ihren Willen aufzwingt, sondern Schritt für Schritt eine Verständigung erreicht wird.



Das gilt auch vordringlich für die Ausarbeitung von deutschen Vorschlägen zu einem Friedensvertrag, die darauf gerichtet sein müssen, den unverzüglichen Abschluß eines Friedensvertrages zu erleichtern und den Weg zur friedlichen Lösung der deutschen Frage freizumachen.

Die wichtigste Aufgabe des deutschen Friedensvertrages ist es, einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung eines dauerhaften Friedens auf der Grundlage der Charta der Vereinten Nationen zu leisten. Der Friedensvertrag muß verhindern, daß jemals wieder von Deutschland ein Krieg ausgeht. Er muß dem deutschen Volke für immer Frieden und volle Gleichberechtigung in der Familie der Völker sichern. Daher sollten deutsche Vorschläge für einen Friedensvertrag umfassen:

1. Die beiden deutschen Staaten verpflichten sich, in den internationalen Beziehungen auf jegliche Drohung mit Gewalt oder Gewaltanwendung zu verzichten, internationale Streitigkeiten nur mit friedlichen Mitteln zu lösen und aktiv bei der Gestaltung des friedlichen Zusammenlebens der Völker und Staaten mitzuwirken.

2. Die beiden deutschen Staaten treten für die Schaffung eines militärisch neutralen Deutschlands ein. Die Hauptmächte der Anti-Hitler-Koalition übernehmen die Garantie für die Unverletzlichkeit dieser Neutralität. Die Stärke, Bewaffnung und Stationierung der zur Verteidigung erforderlichen Streitkräfte der beiden deutschen Staaten werden festgelegt. Sie verzichten auf die Bewaffnung ihrer Streitkräfte mit Atomwaffen und unterstützen die allgemeine und vollständige Abrüstung.

3. Die beiden deutschen Staaten und die anderen Friedensvertragspartner bestätigen die bestehenden deutschen Grenzen. Die Unverletzlichkeit des Hoheitsgebietes der beiden deutschen Staaten wird garantiert.

4. Jegliche Kriegs- und Revanchepropaganda ist untersagt. Alle nazistischen, militaristischen und revanchistischen Organisationen und Verbände sind verboten. Personen, die Verbrechen gegen den Frieden, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen begangen haben, dürfen nicht in leitenden Ämtern im öffentlichen Leben tätig sein.

5. Die Partner des Friedensvertrages erkennen die volle Souveränität und Selbstbestimmung des deutschen Volkes an, darunter auch das Recht, nach eigenem Ermessen und ohne fremde Einmischung den Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands als friedliebender Staat zu beschreiten.

6. Die Partner des Friedensvertrages unterstützen den Anspruch des deutschen Volkes auf gleichberechtigte Mitarbeit in den Vereinten Nationen und anderen Organisationen. Bis zur Wiedervereinigung Deutschlands unterstützen sie die Aufnahme beider deutscher Staaten in die Vereinten Nationen.

7. Den beiden deutschen Staaten wird die volle Freiheit für die Entwicklung der Friedenswirtschaft, für die Seeschifffahrt und der Zugang zu den Weltmärkten gewährleistet.

Auf der Grundlage des Friedensvertrages findet auch die West-Berlin-Frage ihre Regelung. Der Friedensvertrag legt fest, daß West-Berlin bis zur Wiedervereinigung Deutschlands den Status einer neutralen Freien Stadt erhält.

Von der entmilitarisierten Freien Stadt West-Berlin darf keinerlei Spionage-, Diversions- und Unterminierungstätigkeit sowie feindliche Propaganda gegen andere Staaten ausgehen. Jede Form der Kriegshetze und Tätigkeit militaristischer faschistischer Organisationen ist untersagt.

Den Bewohnern West-Berlins wird die Unverletzlichkeit des Status der neutralen Freien Stadt und die Entscheidung über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten gewährleistet. Die Verbindungen der neutralen Freien Stadt werden auf der Grundlage entsprechender Vereinbarungen mit der Deutschen Demokratischen Republik garantiert.

Der Friedensvertrag sichert den Frieden und öffnet den Weg zur deutschen Wiedervereinigung, der angesichts der Existenz zweier deutscher Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung nur über die Bildung einer Konföderation führt. Ihr Ziel ist die Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz, um das weitere Auseinanderleben der deutschen Nation zu verhindern und die Voraussetzungen für ihre Wiedervereinigung in einem friedliebenden, demokratischen und neutralen Staat zu schaffen.

Die Körperschaften der deutschen Konföderation beraten und beschließen Empfehlungen an die beiden deutschen Regierungen.

Zur Gewährleistung der Sicherheit in Europa, zur Annäherung der beiden deutschen Staaten und ihrer friedlichen Vereinigung empfehlen sie unter anderem Maßnahmen zu folgenden Fragen:

1. Erfüllung der Bestimmungen des Friedensvertrages in ganz Deutschland.
2. Stufenweiser Abbau der sich aus der Zugehörigkeit beider deutscher Staaten zu Militärgruppierungen ergebenden Verpflichtungen, Ausscheiden aus diesen Militärbündnissen, Abzug der ausländischen Truppen und Auflösung ihrer Stützpunkte.
3. Vereinbarung der militärischen Neutralität beider deutscher Staaten als Grundlage für das spätere militärisch neutrale einheitliche Deutschland.
4. Zuendeführung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung der beiden deutschen Staaten als deutscher Beitrag zur Weltabrüstung.
5. Gestaltung der außenpolitischen Beziehungen der beiden deutschen Staaten entsprechend den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen. Mitgliedschaft der beiden deutschen Staaten oder ihrer Konföderation in internationalen Organisationen und Konventionen, Verständigung über alle Fragen, die sich aus der Zugehörigkeit beider deutscher Staaten zu internationalen wirtschaftlichen Vereinigungen ergeben.
6. Gewährleistung von Hilfe an wirtschaftlich schwach entwickelte Länder unter Ablehnung jeglicher Form des Kolonialismus.
7. Ausbau der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten auf dem Gebiet der Wirtschaft und des Handels, der Kultur, Wissenschaft und Technik und des Sports; Schaffung der Bedingungen für den ungehinderten Reiseverkehr.
8. Vorbereitung einer demokratischen Verfassung des einheitlichen deutschen Staates, in dem der Dienst am Frieden erste Bürgerpflicht ist. Vorbereitung und Durchführung von allgemeinen, freien und geheimen demokratischen Wahlen zum gesamtdeutschen Parlament in ganz Deutschland.
9. Bildung der gesamtdeutschen Regierung eines friedliebenden, neutralen und demokratischen deutschen Staates mit Berlin als Hauptstadt.

Der Friedensplan des deutschen Volkes weist den Weg in eine friedliche und glückliche Zukunft Deutschlands.

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik hält es für ein Gebot der Wahrhaftigkeit, das ganze deutsche Volk darauf hinzuweisen, daß der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands nur durch die Ueberwindung des in Westdeutschland wiedererstandenen deutschen Revanchismus und Militarismus freigelegt werden kann. Die Sicherung der friedlichen Zukunft der deutschen Nation erfordert die weitere Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik, des sicheren Hortes des Friedens und der Sicherheit in Deutschland.

Jeder gutwillige Deutsche im Osten und Westen unserer Heimat hat die nationale Pflicht, alles in seinen Kräften Stehende zu tun, damit der Deutsche Friedensplan Wirklichkeit wird.

Quelle: *Neues Deutschland* vom 7. Juli 1961.

**Rede des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. Chruschtschow,  
am 8. Juli 1961 auf einem Empfang im Kreml  
für Absolventen der Militärakademien (Auszug betr. internationale Lage)**

*Betrifft: Abrüstung — deutscher Friedensvertrag — Berlin —  
Wiedervereinigung — Verstärkung der Rüstungen — wirtschaft-  
licher Wettbewerb mit den Vereinigten Staaten.*

.....

Genossen! Die Sowjetunion ist ein zutiefst friedliebender Staat. Es gibt kein anderes Land in der Welt, das so viel für die Sicherung eines dauerhaften Friedens und der internationalen Zusammenarbeit getan hätte.

Die Sowjetunion unternahm und unternimmt riesige Anstrengungen, um ein Abkommen über die Abrüstung bei strikter internationaler Kontrolle zu erzielen. Der von der Sowjetregierung entwickelte Gedanke der allgemeinen und vollständigen Abrüstung wurde von der Vollversammlung der Organisation der Vereinten Nationen einmütig gebilligt und fand in allen Ländern der Welt breite Unterstützung.

Wie jedoch die Verhandlungen erwiesen haben, unterstützen die regierenden Kreise der Westmächte den Abrüstungsgedanken nur in Worten, wünschen aber in Wirklichkeit keine Abrüstung. In letzter Zeit fürchten sie gar, die allgemeine und vollständige Abrüstung auch nur zu erwähnen. Sie sind bestrebt, es nur auf eine Kontrolle über Rüstungen hinauslaufen zu lassen, wobei sie in erster Linie alle modernen Arten der sowjetischen Rüstungen und der Kriegstechnik unter ihre Kontrolle stellen möchten.

Die Westmächte vereiteln die Erzielung eines Abkommens sogar über die Einstellung der Kernwaffenversuche, wobei sie sich weigern, uns die gleichberechtigte Stimme im Kontrollorgan zu gewähren. Sie möchten, daß in unserem Lande ein System der Ueberwachung der Kerntesteinstellung funktioniert, wir aber im Grunde genommen von der Beteiligung an der Arbeit der Kontrollorgane ferngehalten werden. Uns würde es nur übrig bleiben, uns den Beschlüssen des internationalen Administrators, irgendeines neuen Hammarskjöld, zu unterordnen.

Gegenwärtig erkennt man im Westen an, daß die Kräfte der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten den Kräften der Westmächte nicht nachstehen.

Aus dieser Tatsache werden jedoch nicht die nötigen Schlußfolgerungen gezogen: bei gleichen Kräften muß es auch gleiche Rechte, gleiche Möglichkeiten geben. Unsere Partner aber, die zwar anerkennen, daß sich das Kräfteverhältnis nicht zu ihren Gunsten geändert hat, wollen immer noch in den internationalen Organen das Zepter führen und dort ihren Willen aufzwingen.

Die Sowjetregierung ist bei der Lösung des Abrüstungsproblems wie auch der anderen internationalen Fragen nicht bestrebt, die Westmächte in eine ungleiche Lage zu versetzen. Wir werden aber auch unsere Interessen nie abtreten.

Die Sowjetunion ist immer bereit, alle Vorschläge, die von den Regierungen und den Staatsmännern verschiedener Länder unterbreitet werden, sachlich zu prüfen.

Wir sind der Meinung, daß es nicht schlecht wäre, auf einige Vorschläge zurückzukommen, die verschiedene Länder in früheren Jahren eingebracht haben. Viele von ihnen waren doch sehr realistisch, und ihre Erfüllung würde dem Frieden nützen. Nehmen wir zum Beispiel den polnischen Vorschlag, im Zentrum Europas eine atomwaffenfreie Zone zu schaffen, die Vorschläge, die ausländischen Truppen aus fremden Gebieten in ihre nationalen Grenzen zurückzuführen, einen Nichtangriffspakt zwischen den Ländern der NATO und des Warschauer Vertrags zu schließen, einen überraschenden



Angriff zu verhüten und in Europa eine Zone gegenseitiger Inspektionen und Luftaufnahmen zu beiden Seiten der Trennungslinie zwischen den Streitkräften der NATO und des Warschauer Vertrags zu schaffen.

Würde etwa eine Annahme solcher Vorschläge jemanden benachteiligen? Nein, sie würde zur internationalen Entspannung, zur Ueberwindung des Kalten Krieges, zur besseren Verständigung beitragen. Aber auch bei der Durchführung dieser Maßnahmen wird die allgemeine und vollständige Abrüstung das Kardinalproblem sein, dessen Lösung die gesamte internationale Atmosphäre von Grund auf gesunden lassen und den Menschen die Zuversicht geben würde, daß es nicht zu einem dritten Weltkrieg kommt. Die Sowjetunion wird alles tun, was in ihren Kräften steht, damit dieses Problem zum Wohl der Menschheit gelöst wird.

Unser Land will gute Beziehungen zu allen Staaten haben. Man muß an die Lösung der internationalen Streitfragen nüchtern herangehen. Wir wollen die Ueberreste des Zweiten Weltkrieges überwinden, mit dem Kalten Krieg Schluß machen und so zur Erzielung eines Abrüstungsabkommens verhelfen. Man muß unter die Vergangenheit einen Schlußstrich setzen. Sie darf die Zukunft nicht verdecken.

Genossen, gestatten Sie auf eine so wichtige Frage wie den Abschluß eines deutschen Friedensvertrags etwas ausführlicher einzugehen, damit Sie im Bilde sind, wie unsere Politik gestaltet ist und welche Lage sich jetzt herausbildet.

Zusammen mit den Regierungen der anderen sozialistischen Länder schlug die Sowjetregierung unseren Verbündeten im Krieg gegen das faschistische Deutschland vor, einen deutschen Friedensvertrag zu schließen und auf dieser Basis die Lage in West-Berlin zu normalisieren. Wir appellierten auch an den Regierungschef Westdeutschlands, Kanzler Adenauer, bei der Lösung dieser dringenden Aufgabe der Gegenwart Verständnis und guten Willen zu zeigen. Die sozialistischen Länder erklärten offen, daß sie schon in diesem Jahr einen Friedensvertrag abschließen wollen, da seit Kriegsende mehr als sechzehn Jahre verstrichen sind — eine mehr als genügende Frist, um sich auf die Lösung dieser Frage vorzubereiten.

Wie reagiert der Westen darauf? Die Regierungen haben immer noch keine offizielle Antwort gegeben. In westlichen Presseorganen dafür, die den Regierungskreisen, oder den Militärstäben, oder den regierenden Parteien nahestehen, tauchten nicht wenige Mitteilungen darüber auf. Bedauerlicherweise werden Stimmen mit viel Unsinn und wenig gesundem Verstand laut. Man droht uns und sagt, daß man „fest“ stehen und zur Gewalt greifen wird, um sich nach West-Berlin durchzuschlagen, wenn der deutsche Friedensvertrag unterzeichnet ist.

In letzter Zeit vernahm man drohende Töne auch in Reden von Regierungschefs der Westmächte. Kürzlich erklärte der Präsident Frankreichs, General de Gaulle, bis Herbst werde eine französische Division aus Algerien nach Europa verschoben werden, um die NATO zu verstärken.

Der englische Premierminister, Herr Macmillan, hat ebenfalls noch keine besseren und konstruktiveren Worte als „Festigkeit“ im Interesse der Erhaltung der Reste des Krieges und der Okkupation in Deutschland gefunden.

Die Sowjetregierung steht auf dem Boden des Friedens und der friedlichen Koexistenz, auf dem Boden der Achtung der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten. Auf diesem Boden standen wir fest und werden wir fest stehen. Unsere Festigkeit hat also eine bestimmte, eine friedliche Ausrichtung.

Wenn andere aber in eine Zeile mit der Festigkeit Worte von der Notwendigkeit einflechten, eine Mobilisierung durchzuführen, neue Truppen nach Europa zu werfen und dergleichen mehr, so ist das ein ganz anderer Kurs. Das ist sture Weigerung, den Erfordernissen der Zeit und der Stimme der Vernunft Rechnung zu tragen, ein Versuch,

nach altem Brauch zu den Waffen zu greifen in der Annahme, daß dies das schlagendste Argument bei der Lösung spruchreifer internationaler Fragen sei.

Als Antwort auf unsere, wie man meinen sollte, natürlichsten Vorschläge zum Abschluß eines Friedensvertrages beginnt man im Westen die Divisionen zu zählen. Und Kanzler Adenauer schreit sich in seinen Forderungen nach Atomwaffen direkt heiser. Wozu braucht Adenauer Atomwaffen? Zweimal hat der deutsche Militarismus einen Weltkrieg entfesselt.

Jetzt, da sich die Wunden des Zweiten Weltkrieges immer noch fühlbar machen, fordert er Atomwaffen. Die Bundeswehr braucht diese Waffen nicht für den Frieden, sondern zur Entfesselung eines dritten Weltkrieges.

Viele von Ihnen, Genossen, waren Teilnehmer des Zweiten Weltkrieges und haben mit eigenen Augen gesehen, wieviel Leid er gebracht hat, sie haben selbst gespürt, was Krieg ist. Sie alle verstehen, was ein Krieg heute — Gott verhüte ihn — bedeuten würde. Da wird nicht die Zahl der Divisionen entscheiden. Im Kernkrieg werden Raketen, Atom- und Wasserstoffbomben den Ton angeben. Und es wird gar nicht so wichtig sein, wie viele Divisionen aus Algerien herübergeschafft werden — eine oder zehn, das ändert nichts an der Lage.

Herr Adenauer war nicht im Krieg und will offenbar auf seine alten Tage das Versäumte nachholen. Er hat auch schon vorgemerkt, gegen wen er Krieg führen wird. Vergangenen Sonntag erst nannte der Bonner Kanzler erneut die Sowjetunion einen „potentiellen Gegner“ und verlangte, die Bundeswehr in den Rüstungen diesem Gegner gleichzusetzen. Im selben Atemzug verfluchte er jene, die in Westdeutschland für Neutralität eintreten.

Hat sich der Kanzler eigentlich überlegt, was er sagt? Er gibt sich gern für ein Opfer Hitlers aus, wandelt aber in dessen Fußtapfen. Adenauer hat offenbar keine Ahnung, was ein moderner Krieg ist, sonst würde er nicht so wahnwitzig mit Menschen-schicksalen spielen.

Man soll nicht zum Krieg, sondern zum Frieden rufen, man soll die Atmosphäre nicht verschärfen, man soll es nicht auf einen Konflikt ankommen lassen. Wollen wir uns an einen Tisch setzen und alle Fragen ohne Drohungen ruhig erörtern. Wir schlagen vor, eine Friedenskonferenz einzuberufen, und werden zu ihr mit einem eigenen Vertragsentwurf kommen. Mögen die Westmächte ihre Vorschläge, ihren Entwurf für eine friedliche Regelung unterbreiten. Wir werden alle Vorschläge erörtern und aus ihnen das annehmen, was am besten der Festigung des Friedens dient und die Interessen und die Souveränität aller Staaten gebührend berücksichtigt.

West-Berlin ist eine Insel innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik, auf der die kapitalistischen Verhältnisse erhalten geblieben sind. Wir wollen uns nicht in die inneren Angelegenheiten der Bevölkerung der Stadt einmischen, das Prestige der Vereinigten Staaten von Amerika, Englands und Frankreichs antasten. Läßt sich eine Lösung der Frage finden, die allen Ländern, die gegen Deutschland Krieg geführt haben, Genugtuung verschaffen und die entstandene Lebensweise in West-Berlin nicht stören würde? Jawohl. Und wir schlagen eine solche Lösung vor: West-Berlin den Status einer freien Stadt zu gewähren, ihm Garantien der vier Großmächte — der Vereinigten Staaten, Englands, Frankreichs und der Sowjetunion — oder neutraler Länder oder aber der Organisation der Vereinten Nationen zu bieten.

Wenn die Westmächte eine bessere Variante für Garantien haben, so mögen sie diese vorschlagen.

Es ist jedoch ganz natürlich, daß jede beliebige Entscheidung über West-Berlin berücksichtigen muß, daß es sich im Zentrum eines souveränen Staats befindet und daß alle Verbindungen West-Berlins mit der Außenwelt über das Territorium dieses Staats

verlaufen. Wie in den internationalen Beziehungen üblich, erfordert der Zutritt in dieses oder jenes Land über das Territorium eines anderen Staats immer eine entsprechende Uebereinkunft mit den Behörden dieses Staats.

Die sowjetische und die englische Regierung zum Beispiel haben einen regelmäßigen Flugverkehr zwischen Moskau und London eingerichtet. Die Fluglinie verläuft über Kopenhagen. Niemand würde uns aber über Kopenhagen fliegen lassen, wenn wir keine Vereinbarung mit der Regierung Dänemarks hätten. Das ist so normal und rechtmäßig, daß es keine Mißverständnisse hervorruft. Warum soll eigentlich bei der Ueberfliegung des Territoriums der DDR oder bei der Benutzung ihrer Straßen und Eisenbahnen ein anderer Modus gelten?

Mit unserem Vorschlag, einen deutschen Friedensvertrag zu schließen und auf dieser Grundlage die Frage West-Berlins zu lösen, bedrohen wir niemanden.

Wir fordern weder eine Aenderung der nach dem Krieg entstandenen sozialen und politischen Verhältnisse in diesem oder jenem Staat noch die Festlegung neuer Grenzen. Die Sowjetunion sucht in der friedlichen Regelung nichts zu erwerben, sie trachtet nicht danach, irgend jemanden zu erniedrigen oder die Interessen von irgend jemandem zu beeinträchtigen.

Die sozialistischen Länder haben es nicht auf das Recht der Einwohner West-Berlins abgesehen, die sozialen und ökonomischen Verhältnisse frei zu bestimmen, in denen sie leben wollen. Niemand hat die Absicht, Hindernisse für den Zutritt nach West-Berlin zu schaffen. Es wird Verbindungen mit beliebigen Staaten, und zwar in einem Umfang, in dem es für West-Berlin vorteilhaft ist, aufnehmen und unterhalten können.

Die Sowjetregierung ist mit der jüngsten Erklärung des Präsidenten Kennedy einverstanden, daß keine neue Entscheidung über West-Berlin den Rechten der Bevölkerung dieser Stadt, als freie Menschen eine unabhängige Wahl zu treffen, Abbruch tun soll. Unser Vorschlag entspricht voll und ganz dieser Forderung.

Die Sowjetregierung ist zu den weitestgehenden Garantien für West-Berlin bereit. Ich habe wiederholt verschiedene Formen der Garantien genannt. Aber in den Ländern der NATO, die eine Psychose wegen West-Berlin entfachen, wird dieser Teil unserer Vorschläge geflissentlich totgeschwiegen.

Die kapitalistische „freie“ Presse, die die Schwäche des Standpunkts des Westens spürt, zetert, daß die Sowjetunion West-Berlin besetzen und irgendwelche Erwerbungen auf Kosten anderer machen wolle. Mit diesen Erdichtungen sucht sie der Oeffentlichkeit den wahren Charakter der sowjetischen Vorschläge zu verhehlen.

Wir haben es nicht auf West-Berlin oder auf die Freiheit seiner Bevölkerung abgesehen. Wir sind für die Freiheit West-Berlins auf der Grundlage der Freiheit und nicht auf der Grundlage der Okkupation. Wir wollen nichts als die Beseitigung der Ueberreste des Zweiten Weltkrieges zur Gesundung der Gesamtlage in Europa. Gerade dazu besteht die Sowjetunion auf dem Abschluß eines deutschen Friedensvertrages.

Die Sowjetunion bedauert, daß die führenden Männer der Westmächte keinen Wunsch an den Tag legen, mit uns beim Abschluß eines deutschen Friedensvertrages zusammenzuarbeiten. Entweder sie verstehen die Bedeutung einer friedlichen Regelung mit Deutschland für die Geschicke des Friedens nicht oder aber, und das ist wahrscheinlicher, sie können sich einfach nicht über die engen Interessen ihrer Militärblocks erheben.

Das ist für alle, die vernünftige Lösungen suchen, klar und verständlich. Es finden sich aber Leute, die unsere Vorschläge als „Drohung“ hinstellen und dann sagen, sie würden auf diese „Drohung“ mit Gewalt antworten. Ist das etwa eine nüchterne Politik? Nicht von ungefähr wird sie in den westlichen Ländern selbst mit Recht kritisiert.



Dort schätzen viele Menschen die Lage richtig ein und appellieren an die Führer der Vereinigten Staaten von Amerika, Englands und Frankreichs, die Voreingenommenheit abzustreifen und zu sehen, wie weit die Politik des Westens von den realen Bedingungen entfernt ist, in denen die Staaten leben.

Man kann sich auf so prominente Autoritäten in der westlichen Welt wie den amerikanischen General MacArthur berufen, der vor kurzem in einer Rede in Manila zum Verbot des Weltkrieges aufgerufen hat; oder auf den englischen Marschall Montgomery, der vorschlägt, alle ausländischen Truppen aus Europa abzuziehen, die ausländischen Militärstützpunkte aufzulassen, die ausländischen Truppen aus Berlin herauszuführen und dergleichen mehr. So sprechen Menschen, die im Kriege waren; sie wissen, was Krieg ist, und haben eine richtige Vorstellung davon, welche Leiden ein neuer Weltkrieg, wenn er ausbricht, der Menschheit bringt.

Wir fordern dazu auf, die Methode der Einschüchterung fallen zu lassen. Man darf keinen Krieg zulassen: er wird allzu viele Menschenleben verbrennen. Die ersten Schüsse können an den Grenzen losgehen, wo sich Truppen von Angesicht zu Angesicht gegenüberstehen. Aber wer kann dafür bürgen, daß diese Schüsse nicht Kernexplosionen auf dem ganzen Erdball zum Echo haben werden, daß nicht ein Krieg beginnt, in dem man nicht mehr weiß, wo Front und Hinterland ist? Darüber müssen sich alle bewußt werden. Diejenigen, die uns drohen, sollen wissen, daß wir imstande sind, den Aggressoren eine Abfuhr zu erteilen. Wir haben dazu die nötigen Mittel.

Die Sowjetunion hat in der Entwicklung der Wirtschaft, der Kultur und der Technik gewaltige Erfolge errungen. Unser Volk hat Streitkräfte geschaffen und geschmiedet, die die Hauptlast des Kampfes gegen den Faschismus auf ihren Schultern getragen und den deutschen Militarismus zerschmettert haben.

Das gibt uns das Recht — ich denke, daß man mich richtig verstehen wird —, an die führenden Männer der Länder, die unsere Verbündeten im vergangenen Krieg waren, an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, Herrn Kennedy, den Präsidenten der Französischen Republik, General de Gaulle, und den Ministerpräsidenten Großbritanniens, Herrn Macmillan, zu appellieren, daß sie bei der Lösung der deutschen Frage Klugheit an den Tag legen, sich zusammen mit anderen friedliebenden Staaten an den Verhandlungstisch setzen und einen Friedensvertrag schließen.

Vernunft und nochmals Vernunft — das ist jetzt vor allem erforderlich. Und sie muß sich in friedlichen Taten, in dem Bestreben, die Spannung mit der Wurzel auszurotten, äußern. Heutzutage kann kein Schritt friedliebender sein, als der Abschluß eines Friedensvertrages und die Ueberwindung der Reste des vergangenen Krieges.

Wir schlagen Frieden vor, wir wollen, daß in den Beziehungen zwischen den Staaten die Vernunft triumphiere, daß es friedliche Koexistenz und einen Wettbewerb darin gebe, welches System den Völkern mehr materielle und geistige Güter gewährleistet. Die Völker sollen selbst bestimmen, welche Ordnung ihren Lebensinteressen entspricht: die kommunistische oder die kapitalistische.

Wenn die Sowjetregierung einen Friedensvertrag zu schließen vorschlägt, so will sie nicht, daß irgend jemand Gewinn zieht und andere benachteiligt werden. Man möge fixieren, was besteht. Beim Abschluß eines deutschen Friedensvertrages wird die Souveränität von niemandem angetastet werden. Den militaristischen und revanchistischen Kreisen Westdeutschlands wird ein Friedensvertrag natürlich nicht in den Kram passen.

Er wird sie an den Händen fesseln, ihnen die Sammlung von Kräften für neue Abenteuer erschweren. Darin besteht eigentlich auch der Sinn des Friedensvertrages, dem gefährlichen Spiel der westdeutschen Revanchisten, die die labile Lage in Europa auszunutzen und die Großmächte gegeneinander auszuspielen suchen, einen Riegel vorzuschieben.

Ich wiederhole, es gibt keine ernststen Ursachen, die einer friedlichen Regelung mit Deutschland wirklich im Wege stünden. Aber nichtsdestoweniger suchen die Gegner der internationalen Entspannung und des Abschlusses eines Friedensvertrages ihre Einstellung mit allerlei haltlosen Auslassungen zu rechtfertigen.

Sie erklären zum Beispiel, daß die Spaltung Deutschlands der friedlichen Regelung im Wege stehe. Wenn die Westmächte den Deutschen wirklich helfen wollten, sich zu vereinigen, dann würden sie die Regierung der Bundesrepublik Deutschland nicht etwa daran hindern, sondern ihr vielmehr raten, mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in Verhandlungen zu treten, dann würden sie den Vorschlag der Regierung der DDR zur Schaffung einer Konföderation der zwei deutschen Staaten unterstützen.

Wenn das Fehlen einer für ganz Deutschland einheitlichen Regierung dem Abschluß eines Friedensvertrages tatsächlich hinderlich wäre, so würden die Westmächte und die Bundesrepublik Deutschland den Vorschlag annehmen, den die Sowjetunion jetzt unterbreitet, nämlich, daß die Deutschen noch vor der Unterzeichnung eines deutschen Friedensvertrages zur Festlegung eines gemeinsamen Standpunkts sowohl in der Frage der friedlichen Regelung als auch in der Frage der Vereinigung des Landes zusammenkommen.

Die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands ist Sache der Deutschen selbst. Keine anderen Staaten haben das Recht, sich in diese Angelegenheiten einzumischen, da niemand diese Frage an Stelle der Deutschen selbst lösen kann. Wir beabsichtigen nicht, irgendwelche Verhandlungen über diese Frage zu führen. Mögen sich die Regierungen der Bundesrepublik und der DDR über diese Frage einigen, und wir werden jede Entscheidung, zu der sie gelangen, anerkennen.

Wenn aber jemand glaubt, mit unseren Händen die sozialistische Ordnung in der DDR liquidieren zu können, dann schwebt er in der Welt der Illusionen. Die DDR besitzt in der Sowjetunion einen treuen und verlässlichen Freund.

In Deutschland gibt es viele ungeregelte Angelegenheiten. Das haben jetzt wohl alle erkannt; daraus muß sich aber eine logische Schlußfolgerung ergeben: man muß diese Angelegenheiten regeln und nicht warten, bis sie einen Konflikt auslösen. Fragen von internationalem Charakter müssen vor einem entsprechenden Forum gelöst werden. Innerdeutsche Fragen können nur von den Deutschen selbst geregelt werden.

Die Sowjetregierung wird es sehr bedauern, wenn irgend jemand von unseren ehemaligen Verbündeten nicht den deutschen Friedensvertrag mit uns zusammen unterschriebe und wenn Westdeutschland die Hand der Versöhnung, die die sozialistischen Länder ihm entgegenstrecken, ausschlagen wollte.

Wir können es aber nicht dulden, daß die Lösung dieser Frage, die für so viele Staaten und Völker lebenswichtig ist, noch auf Jahre verzögert wird, nur weil bestimmte Kreise sich die Möglichkeiten für eine Revanche bewahren und die Besatzungszustände in einem Teil des deutschen Gebiets verewigen wollen. Die Sowjetunion wird sich vor die Notwendigkeit gestellt sehen, mit der DDR und jenen Ländern, die einen Friedensvertrag mit diesem friedliebenden deutschen Staat zu schließen wünschen, übereinzukommen.

Die Prozedur des Abschlusses eines Friedensvertrags mit der DDR wird streng den geltenden internationalen Praktiken und Gepflogenheiten entsprechen. Nach dem Abschluß des Vertrags wird die Sowjetunion alle Verpflichtungen ablegen, die sie bisher auf den Kommunikationen mit West-Berlin erfüllte.

Mit einem Wort: die Regierung der DDR wird auf ihrem ganzen Territorium wie jeder andere unabhängige Staat die volle Souveränität ausüben.

Sie, Genossen, sind Militärs und verstehen gut, was es bedeutet, wenn man die Bedingungen des Friedensvertrags ignoriert und versucht, die Souveränität der DDR zu verletzen. Viele von Ihnen werden in den Truppen dienen, die sich gemäß dem Warschauer Vertrag im Gebiet der DDR befinden, und das heißt, daß Sie den Aggressionskräften, falls sie mit Waffengewalt eine friedliche Regelung vereiteln wollten, eine Abfuhr erteilen müssen.

Ich richte Ihre Aufmerksamkeit darauf, daß gewisse Leute gerade auf einen Friedensvertrag mit Gewalt zu antworten und eine gefährliche internationale Krise hervorzurufen drohen.

Die Sowjetregierung legt Beharrlichkeit in der Frage des Abschlusses des deutschen Friedensvertrages an den Tag, da sie überzeugt ist, daß die Völker, falls man jetzt keine Maßnahmen zur Normalisierung der Lage in Deutschland und West-Berlin trifft, vor die Tatsache einer Aggression der westdeutschen Militaristen gestellt werden können. Es gibt keinerlei Garantie dafür, daß nicht irgendein Abenteuer der westdeutschen Nachfolger Hitlers einen großen Kriegsbrand entfacht. Dann wird es zu spät sein, zu untersuchen, was dem rechtzeitigen Abschluß eines Friedensvertrages im Wege gestanden hat, wieso man dem Militarismus in Westdeutschland trotz aller Warnungen der friedliebenden Kräfte gestattet hat, sein Haupt zu erheben und wieder zu den Waffen zu greifen.

Erinnern Sie sich, wie Hitler die Welt an den Rand des Krieges führte und dann diesen Krieg entfesselte. Er ging allmählich, Schritt für Schritt, methodisch auf dieses Ziel zu und erpreßte die Westmächte um Zugeständnisse. Die regierenden Kreise Englands, Frankreichs und Amerikas leisteten ihm Vorschub. Sie meinten, daß sie mit Hilfe des Faschismus die Sowjetunion zerschlagen und den Kommunismus vernichten könnten.

Es gibt zahlreiche Dokumente und Bücher, in denen beschrieben wird, wie Hitlerdeutschland den Zweiten Weltkrieg vorbereitete. Vor kurzem habe ich zum Beispiel das Buch der französischen Journalistin Geneviève Tabouis „20 Jahre diplomatischer Kampf“ gelesen. Dieses Buch zeigt gut die versteckte Seite der Abrede der deutschen Militaristen mit den reaktionären Kräften anderer Länder des Monopolkapitals.

Offenbar wären die wildgewordenen Monopolherren und die westdeutschen Revanchisten nicht abgeneigt, wieder diesen Weg zu beschreiten und die strittigen Fragen durch Krieg zu entscheiden. Für die strittige Hauptfrage aber halten die Monopolherren die Frage des Kommunismus und seine Entwicklung. Der Haß gegen den Kommunismus und gegen die Länder des Sozialismus vernebelt ihnen den Geist. Die Hemmungszentren können bei ihnen versagen, und die Imperialisten können einen neuen Krieg vom Zaune brechen. Adenauer wiederholt das, was seinerzeit Hitler in der Vorbereitung des Krieges getan hat. Und ihm leisten im Grunde genommen die gleichen Länder Vorschub, die damals Hitler Vorschub leisteten.

Sie vergessen aber, daß sich die Lage seitdem von Grund auf gewandelt hat. Damals befanden sich die Sowjetunion und die Volksmongolei in kapitalistischer Umkreisung. Heute aber wächst und erstarkt ein mächtiges sozialistisches Lager, das über eine Milliarde Menschen vereinigt.

Die Kolonialordnung bricht zusammen, und immer neue unabhängige Staaten entstehen, die den Weg der friedlichen Politik beschreiten. Heute bestimmen nicht die Kräfte des Imperialismus, sondern die Kräfte des Friedens und des Sozialismus die Hauptgesetzmäßigkeiten, die Hauptrichtung der internationalen und der gesellschaftlichen Entwicklung.

Die Sowjetunion bekundet ein Maximum an gutem Willen, um mit unseren ehemaligen Verbündeten und der Bundesrepublik Deutschland zur Verständigung zu gelangen. Doch die Sprache der Drohungen und der Einschüchterungen, zu der man



im Westen öfters greift, trägt nicht dazu bei, eine sachliche Atmosphäre für Verhandlungen zu schaffen. Mehr noch: in einer solchen Situation kann sich der Abschluß eines Friedensvertrages mit der DDR mit allen daraus entspringenden Konsequenzen als einziger Ausweg aus der entstandenen Lage erweisen.

Wir werden den Friedensvertrag unterzeichnen, unseren Streitkräften werden wir aber den Befehl geben, jedem Aggressor, wenn er die Hand gegen die Sowjetunion oder gegen unsere Freunde erhebt, eine gebührende Abfuhr zu erteilen.

Die Sowjetregierung bemüht sich aufrichtig um die Herstellung eines dauerhaften Friedens. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß die Sicherung des Friedens nicht nur von unserem Wunsch, von unseren Bemühungen abhängt. Ein dauerhafter Frieden kann nur unter der Bedingung gewährleistet werden, daß auch die Regierungen anderer Staaten Anstrengungen zur Erreichung dieses Zieles machen, daß die Völker der ganzen Welt dafür kämpfen.

Wir sagen, daß ein neuer Weltkrieg nicht unvermeidlich ist. Aber man darf nicht glauben, daß die Möglichkeit des Ausbruchs eines Krieges schon vollkommen ausgeschaltet sei, denn es existieren imperialistische Mächte. Daher müssen wir auf jegliche Zufälligkeiten vorbereitet sein. Die sowjetischen Menschen, in erster Linie unsere Jugend, müssen Wachsamkeit an den Tag legen, müssen zur Verteidigung des Landes, zur Abwehr des Aggressors bereit sein, falls er es wagt, unser Heimatland zu überfallen.

Wir müssen unsere Waffen vervollkommen, wir müssen unsere Kenntnisse in der Beherrschung der Waffen vervollkommen, damit sie reibungslos und treffsicher wirken. Daran müssen vor allem Sie, die Kommandeure und Leiter unserer Truppen, denken.

Die Sowjetarmee muß bereit sein, den friedlichen Aufbau des Kommunismus in der Sowjetunion jederzeit zuverlässig zu schützen und ihrer internationalen Pflicht bei der Hilfeleistung für andere sozialistische Länder nachzukommen.

Die sowjetischen Streitkräfte besitzen jetzt alle erforderlichen Möglichkeiten zur erfolgreichen Erfüllung der ihnen gestellten verantwortungsvollen Aufgaben. Sie verfügen über die erforderlichen Mengen an Thermonuklearwaffen, über die vollkommensten Träger: Nahkampf-, Mittelstrecken- und Interkontinentalraketen.

Diejenigen, die einen Krieg schmieden, sollen nicht glauben, daß sie die Entfernung retten werde. Nein, wenn die Imperialisten einen Krieg entfesseln, wird er mit der völligen Zerschmetterung und dem Untergang des Imperialismus enden. Die Menschheit wird ein für allemal mit einer Ordnung Schluß machen, die Eroberungskriege hervorruft.

Genossen! Die Regierung der Sowjetunion verfolgt aufmerksam die militärischen Maßnahmen, die in letzter Zeit die Vereinigten Staaten von Amerika und ihre NATO-Verbündeten durchführen. Wir können nicht achtlos an solchen Tatsachen vorübergehen, wie die Erhöhung der zahlenmäßigen Stärke der Streitkräfte in den westlichen Ländern, die Maßnahme zur bedeutenden Steigerung der Zahl strategischer Bomber mit Atomwaffen an Bord, die sich ständig in der Luft befinden. Die Truppen in Westdeutschland werden mit neuesten Waffen ausgerüstet, und ihre Zahl wird erhöht.

Der Präsident der Vereinigten Staaten, Herr Kennedy, hat in seinen jüngsten Kongreßbotschaften einen sogenannten „neuen Aktionskurs“ verkündet. Er sieht die Forcierung des Programms zur Schaffung von Raketen- und Kernwaffen strategischer Bedeutung und die Erhöhung der Kampfbereitschaft aller Streitkräfte vor.

Dazu hat Präsident Kennedy vorgeschlagen, die militärischen Bewilligungen gegenüber dem vom ehemaligen Präsidenten unterbreiteten Staatshaushaltsplan um mehr als 3 500 000 000 Dollar zu vergrößern. Das bedeutet, daß die militärischen Bewilligungen im Budgetjahr 1961—1962 mehr als 53 Milliarden Dollar ausmachen werden. Um 18 vH sind in diesem Jahr die militärischen Ausgaben in der Bundesrepublik

Deutschland angestiegen. Er bedeutende Zunahme der Ausgaben für militärische Zwecke ist für Großbritannien, Frankreich und die anderen NATO-Länder charakteristisch.

So antworten die Westmächte darauf, daß die Sowjetunion im Laufe mehrerer Jahre ihre Streitkräfte und Bewilligungen für militärische Zwecke einseitig reduziert.

Wäre es richtig, in dieser Situation unsere Streitkräfte weiter einseitig zu reduzieren?

Angesichts der entstandenen Situation war die Sowjetregierung genötigt, dem Verteidigungsministerium Anweisung zu geben, die für 1961 geplante Reduzierung der Streitkräfte zeitweilig bis zu einer besonderen Verfügung zu stoppen.

Angesichts dessen, daß in den NATO-Ländern die Militäretats vergrößert wurden, beschloß die Sowjetregierung, die Ausgaben für Verteidigungszwecke in diesem Jahr um 3 144 000 000 Rubel zu erhöhen, so daß die Bewilligungen für militärische Zwecke 1961 insgesamt 12 399 000 000 Rubel betragen werden.

Das sind notgedrungene Maßnahmen, Genossen. Wir gehen angesichts der entstandenen Situation darauf ein, da wir die Interessen der Sicherheit des Sowjetvolkes nicht ignorieren können.

Genossen! Nach unserer festen Ueberzeugung hängt die Lösung vieler unaufschiebbarer Probleme, die mit der Gesundung der internationalen Atmosphäre verbunden sind, in bedeutendem Maße von der Verbesserung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika ab. Wir verstehen natürlich, daß die Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen keine einfache Aufgabe ist. Sie läßt sich nicht ohne Wunsch und ohne praktische Schritte beider Seiten lösen. Von Interesse ist in diesem Zusammenhang die Erklärung des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Herrn Kennedy, auf der Pressekonferenz am 28. Juni, in der er von dem friedlichen Wirtschaftswettbewerb zwischen unseren Ländern spricht. Ein solches Herangehen gefällt uns. Das ist natürlich viel besser, als in der Entwicklung immer zerstörenderer Waffenarten miteinander zu wetteifern. Wir sagten und sagen das immer.

Die Sowjetunion bleibt vorläufig noch hinsichtlich des wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus hinter den Vereinigten Staaten zurück, und wir geben das offen zu. Aber unser Land besitzt unerschöpfliche potentielle Möglichkeiten, diesen Rückstand schnell aufzuholen und reicher als die Vereinigten Staaten zu werden.

Die sowjetischen Menschen sind überzeugt, daß die Zeit nicht fern ist, da die Sowjetunion die Vereinigten Staaten von Amerika in allen wirtschaftlichen Hauptkennziffern einholen und überholen wird. Das sind keine abstrakten Wunschträume, sondern reale Pläne, die auf konkreten Berechnungen beruhen.

Unser Wunsch, reicher als die Vereinigten Staaten zu sein, sie in der wirtschaftlichen Entwicklung einzuholen, ist natürlich keine Gefahr für die Vereinigten Staaten. Manche Leute bezeichnen das als unsere Herausforderung an die Vereinigten Staaten. Doch das ist eine Herausforderung zum friedlichen Wettbewerb. Ist das etwa schlecht? Werden doch unabhängig davon, wer aus diesem Wettbewerb als Sieger hervorgeht, die Gewinner die Völker beider Länder sein, da sie die Früchte der friedlichen Arbeit genießen werden.

Präsident Kennedy hat in seiner Rede auf der Pressekonferenz eingestanden, daß das sozialistische System der Sowjetunion ermöglicht, die Vereinigten Staaten einzuholen. Er ist allerdings der Meinung, daß dieses in fernen Fristen, als wir sie nennen, geschehen wird. Er stellt die Realität unserer Pläne in Zweifel, doch die Tatsachen, das Leben, zeugen eindeutig davon, daß er unrecht hat.

Ich werde mich mit Herrn Kennedy in keine Polemik einlassen. Ich will mich nur auf eine einfache Rechnung beschränken. Der Umfang der Industrieproduktion der Sowjetunion machte 1960 60 vH der amerikanischen aus. Das durchschnittliche Wachstums-

tempo der Industrieproduktion belief sich bei uns in den letzten 16 Jahren auf 10,6 vH. Steigt die Produktion der sowjetischen Industrie jährlich um 10 vH, so wird sie 1966 106 vH und 1970 156 vH des gegenwärtigen amerikanischen Standes erreichen.

Damit die Industrieproduktion der Vereinigten Staaten sich im Laufe von zehn Jahren um 56 vH erhöht, muß sie jährlich um 4,5 vH steigen. Aber selbst wenn es den Amerikanern gelingt, eine jährliche Zuwachsrate von 4,5 vH zu gewährleisten, wie Herr Kennedy möchte, so werden wir ihnen auch dann 1970 gleichkommen.

Wenn die Amerikaner aber das Wachstumstempo der Industrieproduktion bei 2 vH halten, wie das durchschnittlich in der Nachkriegszeit bei ihnen der Fall war, so wird die Sowjetunion Amerika schon 1967 überholen. Wächst die amerikanische Industrieproduktion um 3 vH im Jahr, so werden wir sie 1968 überflügeln.

Aehnliche Angaben könnte man auch für die Entwicklungsperspektiven der Landwirtschaft unserer beiden Länder machen.

Die Prognosen für die wirtschaftliche Entwicklung rufen natürlich die meisten Diskussionen hervor. Ich zum Beispiel verhalte mich skeptisch zu den Erklärungen des Herrn Kennedy, die er während des Wahlkampfes machte, als er Eisenhower wegen des niedrigen Entwicklungstempos der amerikanischen Wirtschaft kritisierte und versprach, daß mit dem Antritt der neuen Regierung in den Vereinigten Staaten ein wirtschaftlicher Aufschwung beginnen und sich die Arbeitslosenzahl verringern werde.

Damals schon sagte ich in einem Gespräch mit Frau Roosevelt, daß, wenn die Demokratische Partei an die Macht kommt und Herr Kennedy Präsident wird, es ihm meiner Meinung nach kaum gelingen würde, auf wirtschaftlichem Gebiet mehr zu erreichen, als die Regierung Eisenhower erreicht hat. Im Grunde genommen ist das denn auch so gekommen. Sehen Sie zum Beispiel, wie es um die Arbeitslosigkeit bestellt ist. Im Oktober vorigen Jahres gab es in den Vereinigten Staaten 3 500 000 Arbeitslose. Im Juni dieses Jahres, acht Monate später, aber ist die Zahl der Arbeitslosen nicht etwa gesunken, sondern auf 5 500 000 gestiegen.

Im kapitalistischen System hängt die Entwicklung der Wirtschaft wenig vom Präsidenten ab. Jeder Kapitalist verfügt selber über sein Kapital, setzt die Arbeiter auf die Straße, wenn das für ihn vorteilhaft ist.

Das sind die Gesetze des Kapitalismus, drakonische Gesetze, aber sie wirken. Alles das gibt es natürlich nicht in der sozialistischen Ordnung und kann es auch nicht geben.

Man kann über die Prognosen der wirtschaftlichen Entwicklung dieses oder jenes Staates streiten. Man kann verschiedene Vermutungen anstellen, diese Diskussionen sind aber kein Grund für Kriege zwischen den Staaten.

So wollen wir denn, Herr Kennedy, es der Geschichte überlassen, darüber zu entscheiden, wer richtige Prognosen aufstellt und wer sich irrt.

Wichtig für die Entwicklung guter Beziehungen zwischen den Ländern sind wirtschaftliche, kulturelle und andere Verbindungen, und die Sowjetunion ist bestrebt, sie zu entwickeln. Wir haben nicht schlechte Handelsbeziehungen zu Großbritannien, Italien, Frankreich, Japan und Westdeutschland. Dieser Handel bringt beiden Seiten Vorteil.

Auch unsere Handelsbeziehungen zu anderen Ländern entwickeln sich. Allerdings kann man das nicht von unserem Handel mit den Vereinigten Staaten behaupten. Faktisch haben wir keinen Handel mit den Vereinigten Staaten, und das nützt beiden Ländern nicht.

Ich möchte, daß man mich richtig versteht. Wir sind für die Entwicklung des Handels mit den Vereinigten Staaten von Amerika nicht etwa, weil wir ohne ihn nicht aus-



kämen. Die Sowjetunion wird nicht nur auskommen, sondern auch nach wie vor schnell voranschreiten und die von ihr gestellten Wirtschaftspläne erfüllen und überbieten.

Doch kann man etwa von einer ernstlichen Verbesserung der Beziehungen und von der Schaffung einer Atmosphäre des Vertrauens zwischen den zwei mächtigsten Staaten der Welt sprechen, wenn einer von ihnen eine Politik der wirtschaftlichen Diskriminierung gegenüber dem anderen betreibt? Natürlich nicht. Würden die Vereinigten Staaten Vernunft an den Tag legen und die Politik der künstlichen Hemmung der Handelsbeziehungen zur Sowjetunion aufgeben, so würde das der Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen und der Gesundung der internationalen Lage dienen.

Die sowjetische Politik ist eine Politik der friedlichen Koexistenz, eine Politik des wirtschaftlichen Wettbewerbs. Daher sagen wir zu Präsident Kennedy, General de Gaulle, Herrn Macmillan: Wollen wir auf diesem Gebiet miteinander wetteifern. Das wäre vernünftig. Wenn wir nach dem Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland einander die Hände reichen und erklären würden, daß wir unsere Bemühungen dem wirtschaftlichen Wettbewerb widmen werden, dann würden alle Menschen auf Erden erleichtert aufatmen. Und das wäre ein guter Prolog für weitere Verhandlungen und für die Erfüllung des jahrhundertalten Traums der Menschheit von der Schaffung eines dauerhaften Friedens auf Erden. Wir sind dazu bereit und strecken den Regierungen der Westmächte die Hand entgegen.

.....

Quelle: *Die Sowjetunion heute* (Botschaft der UdSSR, Bonn), Nr. 21 vom 20. Juli 1961.

#### **Antwortnote der Bundesregierung vom 12. Juli 1961 auf das sowjetische Deutschland-Memorandum vom 17. Februar 1961**

*Betrifft:* Wiedervereinigung — Friedensvertrag mit Deutschland — Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes — Berlin — Abrüstung — Gewaltverzicht der Bundesregierung — keine Verschärfung der internationalen Spannungen.

Das Memorandum der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 17. Februar 1961 ist von der Bundesregierung sorgfältig geprüft worden. Sie nimmt hierzu wie folgt Stellung:

Die Bundesregierung hat mit Befriedigung von dem Bestreben der sowjetischen Regierung Kenntnis genommen, ihre Beziehungen zur Bundesrepublik in jeder Weise zu verbessern. Dieser Wunsch nach Verbesserung der Beziehungen wird von der Bundesregierung geteilt. Wenn die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in diesem Zusammenhang Erwägungen über eine Lösung der Deutschland-Frage anstellt, so muß darauf hingewiesen werden, daß die Verantwortung für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und damit für die Lösung der Deutschland-Frage in erster Linie bei den Regierungen Frankreichs, Großbritanniens, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Vereinigten Staaten von Amerika liegt. Die Bundesregierung gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Vier Mächte im Hinblick auf diese Verantwortung in Fühlung bleiben. Sie ist ihrerseits bestrebt, entsprechende Bemühungen der Vier Mächte nach besten Kräften zu unterstützen.

Die Bundesregierung begrüßt es, daß die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken dem ganzen deutschen Volk ihre Freundschaft anbietet. Diese Bezugnahme auf das ganze deutsche Volk erachtet die Bundesregierung als Ausdruck einer zutreffenden Einstellung der sowjetischen Regierung gegenüber den deutschen Problemen. Ist es doch eine unbestreitbare Tatsache, daß trotz aller Ereignisse, die im Gefolge des Zweiten Weltkrieges eingetreten sind, das deutsche Volk als Gesamtheit fortbesteht, daß es nur ein deutsches Volk gibt. Eine Politik, die bei dem Versuch einer

Lösung der Deutschland-Frage diese Tatsache außer acht läßt, kann nicht den Anspruch erheben, als realistisch betrachtet zu werden.

Der unbefriedigende Stand der Deutschland-Frage — wie er in dem Memorandum der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zum Ausdruck gelangt — ist darauf zurückzuführen, daß es dem deutschen Volk noch 16 Jahre nach dem Ende des Krieges verwehrt ist, sich in seiner Gesamtheit eine gemeinsame staatliche Ordnung zu geben. Eine nüchterne Einschätzung der gegenwärtigen Lage, wie sie in dem Memorandum vom 17. Februar 1961 mehrfach gefordert wird, führt zu der Schlußfolgerung, daß dieser Zustand nur dann geändert werden kann, wenn dem deutschen Volk die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts zugestanden wird. Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hat in den vergangenen Monaten in nachdrücklicher Form für viele Völker das Recht auf Selbstbestimmung verlangt. Wenn die sowjetische Regierung dieses Recht auch dem ganzen deutschen Volk — dem sie ihre Freundschaft anbietet — zubilligen würde, so wäre damit ein wertvolles und dauerhaftes Fundament für diese Freundschaft gelegt.

Die Bundesregierung findet ihre Auffassung von der ausschlaggebenden Bedeutung des Selbstbestimmungsrechts für die Deutschland-Frage bestätigt durch die Genfer Direktive der Regierungschefs Frankreichs, Großbritanniens, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Vereinigten Staaten von Amerika vom 23. Juli 1955. In realistischer Einschätzung der Zusammenhänge des Deutschland-Problems haben die vier Regierungschefs ihrer Direktive das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes zugrunde gelegt, indem sie übereinkamen, daß die Deutschland-Frage und die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen gelöst werden sollen. Die vier Regierungschefs haben diese Entscheidung im Bewußtsein ihrer gemeinsamen Verantwortung für die Lösung des deutschen Problems getroffen. An dieser Zuständigkeit der Vier Mächte hat sich bis zum heutigen Tage nichts geändert. Unverändert weisen die vorgenannten in der Direktive vom 23. Juli 1955 enthaltenen Grundsätze den Weg zur Lösung des Deutschland-Problems.

Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken betont in ihrem Memorandum vom 17. Februar 1961 die Dringlichkeit des Abschlusses eines Friedensvertrags mit Deutschland. Der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland setzt das Bestehen einer handlungsfähigen und durch einen demokratischen Entscheid des deutschen Volkes legitimierten Regierung voraus, deren Staatsgewalt das ganze deutsche Volk erfaßt. Diese Regierung kann vom deutschen Volk nur geschaffen werden, wenn ihm die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts durch eine freie Willensentscheidung ermöglicht wird. Der Zeitpunkt des Abschlusses eines Friedensvertrags mit Deutschland hängt daher von der Bereitschaft der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ab, dem deutschen Volk die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts zuzugestehen. Die Bundesregierung würde es außerordentlich begrüßen, wenn die sowjetische Regierung zu einem möglichst frühen Zeitpunkt einen entsprechenden Entschluß fassen würde, um damit die Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit einer gesamtdeutschen Regierung überhaupt zu ermöglichen.

In Übereinstimmung mit ihren Verbündeten ist die Bundesregierung der Auffassung, daß nur eine auf dem Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes beruhende Regierung legitimiert ist, einen Friedensvertrag für Deutschland abzuschließen. Ein Friedensvertrag, der diesen Erfordernissen nicht entspräche, würde diesen Namen nicht verdienen. Aber auch abgesehen von der rechtlichen Unmöglichkeit, den Friedensschluß mit dem zweigeteilten Deutschland herbeizuführen, würde ein derartiges Vorgehen vom deutschen Volk, das die Wiederherstellung seiner Einheit sehnlich wünscht, nicht verstanden werden. Das deutsche Volk würde in dem Abschluß des von der sowjetischen Regierung vorgeschlagenen Friedensvertrags eine Vertiefung der Spaltung Deutschlands erblicken. Wenn die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken behauptet,

ein derartiger Friedensvertrag verlange keinerlei Opfer von der Bundesrepublik, so übersieht sie, daß von der Bundesrepublik die Opferung des Hauptanliegens des deutschen Volkes, nämlich seiner Wiedervereinigung, verlangt wird.

Ein separater Friedensvertrag mit nur einem Teil Deutschlands würde gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker verstoßen, das in der von der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken unterzeichneten Satzung der Vereinten Nationen in Artikel 1 Ziffer 2 als einer der leitenden Grundsätze der Vereinten Nationen anerkannt worden ist und das zu respektieren die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken sich verpflichtet hat. Das Selbstbestimmungsrecht steht als unveräußerliches Grundrecht aller Völker auch dem deutschen Volk zu, das an seiner überkommenen nationalen Einheit festhält und seinen Willen hierzu in einer freien Wahl einmütig bestätigen würde.

Die sowjetische Regierung fordert in ihrem Memorandum die Bundesregierung auf, Gegenvorschläge für einen Friedensvertrag zu machen. Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken betrachtet jedoch nur solche Vorschläge als konstruktiv, die von der Unabänderlichkeit der Teilung Deutschlands ausgehen. Vorschläge, die von der Unabänderlichkeit der Teilung Deutschlands ausgehen, können jedoch nicht konstruktiv sein, da sie niemals zu einer dauerhaften Friedensregelung führen. Nur solche Vorschläge können ein konstruktiver Beitrag zu einer Friedensregelung sein, die die Ueberwindung der Teilung Deutschlands zum Ziel haben. Solche Vorschläge hat der Westen auf allen Viermächtekonferenzen über Deutschland in den vergangenen Jahren erfolglos unterbreitet, so zuletzt auf der Genfer Außenministerkonferenz im Jahre 1959. Der dort vorgelegte Friedensplan des Westens, der eine umfassende Grundlage für eine dauerhafte Friedensregelung bot, wurde leider ebenso wie vorangegangene konstruktive Vorschläge des Westens von der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken abgelehnt.

Ein Friedensvertrag mit einer auf dem Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes beruhenden allgemein anerkannten Regierung würde alle Deutschland betreffenden Probleme, einschließlich der Frage der deutschen Grenzen, regeln. Auch die von der sowjetischen Regierung aufgeworfene Frage Berlins wäre geklärt, da Berlin dann seine natürliche Bestimmung als Hauptstadt Deutschlands erfüllen könnte. Die heutige Lage in Berlin entspricht in ihren wesentlichen Zügen der Lage Deutschlands. Auch hier wurde ein einheitlicher Organismus künstlich und gegen den Willen des deutschen Volkes geteilt. Diese Tatsache gilt es zu beachten, wenn man die gegenwärtige Stellung Berlins beurteilen will. Nach Auffassung der Bundesregierung wäre ein Friedensvertrag auf der Grundlage der Teilung Deutschlands kein Mittel zur Verminderung der internationalen Spannungen. Im Gegenteil würde ein derartiger Friedensvertrag, da er die Teilung Deutschlands verewigen würde, zu einer Vermehrung der Spannungen führen. Die Bundesregierung sucht jedoch nach Möglichkeiten der Entspannung. Sie ist, wie sie häufig betont hat, der Auffassung, daß die allgemeine und kontrollierte Abrüstung ein wirksames Mittel ist, um die internationalen Spannungen in der ganzen Welt zu vermindern. Die durch eine derartige Abrüstung erreichte internationale Entspannung würde auch günstige Voraussetzungen für eine dauerhafte, gerechte, auf dem Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes beruhende Lösung der Deutschland-Frage schaffen.

Die Bundesregierung hat schon früher wiederholt erklärt, daß sie jederzeit bereit ist, einem Abkommen der Großmächte über eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung beizutreten. Durch diese im voraus erteilte Zustimmung zu einer Abrüstungsvereinbarung der Großmächte ist die Bundesregierung bestrebt, die Sache der Abrüstung zu fördern.

Die Bundesregierung bedauert, daß in dem Memorandum der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken Anschuldigungen enthalten sind, die jeder Grund-



lage entbehren. Derartige Anschuldigungen sind nicht geeignet, dem Bestreben der sowjetischen Regierung zu dienen, ihre Beziehungen zur Bundesrepublik zu verbessern. In dem Memorandum vom 17. Februar 1961 kommt zum Ausdruck, die Bundesregierung hoffe, ihre Ziele mit Gewalt zu erreichen, sie rüste sich, die Frage der deutschen Grenzen durch Krieg zu regeln. Die Bundesregierung weist diese Anschuldigungen mit allem Nachdruck zurück. Sie hat wiederholt erklärt und erklärt hiermit erneut, daß sie weder zur Herbeiführung der Wiedervereinigung noch zur Regelung der Grenzfrage Gewalt anwenden wird. Die Anschuldigungen der sowjetischen Regierung sind um so weniger verständlich, als es ihr bekannt sein dürfte, daß sämtliche Kampftruppen der Bundeswehr in die NATO integriert sind, die nur zum Zwecke der Verteidigung des Westens geschaffen wurde und keine aggressiven Ziele verfolgt. Die Bundesrepublik Deutschland nimmt ihre berechtigten Verteidigungsbedürfnisse ausschließlich im Rahmen des Verteidigungsbündnisses der NATO wahr. Es gibt keine nuklearen Sprengköpfe unter der Kontrolle der Bundesrepublik Deutschland oder ihrer Streitkräfte. Im übrigen weist die Bundesregierung darauf hin, daß die Bundesrepublik Deutschland von sich aus auf die Herstellung von Atomwaffen vertraglich verzichtet hat.

Mit Befremden hat die Bundesregierung auch von den in dem Memorandum vom 17. Februar 1961 enthaltenen Unterstellungen hinsichtlich des bevorstehenden Wahlkampfes in der Bundesrepublik Kenntnis genommen. Die Bundesregierung weist diese Unterstellungen mit Entschiedenheit zurück. Da die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken innere Angelegenheiten der Bundesrepublik zum Gegenstand ihrer Ausführungen macht, hält es die Bundesregierung für erforderlich, hiermit erneut zu erklären, daß sie sich mit allen Parteien des Bundestages in dem Bestreben einig weiß, alles in ihren Kräften Stehende für die Wiedervereinigung des deutschen Volkes in Frieden und Freiheit zu tun. Die Bundesregierung betont noch einmal, daß sie ihre Ziele nur mit friedlichen Mitteln zu erreichen wünscht. Sie beabsichtigt nicht, im Wahlkampf unter der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland das Gefühl der Feindschaft gegenüber der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zu erzeugen. Ein derartiges Verhalten würde dem Grundprinzip der Politik der Bundesregierung widersprechen, jede Handlung zu unterlassen, die eine Verschärfung der internationalen Spannungen hervorrufen könnte. Die Bundesregierung möchte der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken nahelegen, sich ebenfalls derartiger Handlungen zu enthalten.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 127 vom 13. Juli 1961.

**Gemeinsames Schreiben des britischen Vertreters und des amerikanischen stellvertretenden Chefdelegierten bei den Vereinten Nationen an Generalsekretär Hammarskjöld vom 14. Juli 1961**

*Betrifft: Tagesordnung der 16. Vollversammlung der Vereinten Nationen — Einstellung der Kernwaffenversuche.*

Euer Exzellenz,

auf Anweisung unserer jeweiligen Regierungen haben wir die Ehre zu ersuchen, daß der Punkt: „Die dringende Notwendigkeit eines Vertrages über das Verbot von Kernwaffenversuchen unter wirksamer internationaler Kontrolle“ in die Tagesordnung der 16. Vollversammlung der Vereinten Nationen aufgenommen wird.

Ein erläuterndes Memorandum ist gemäß Punkt 20 der Geschäftsordnung der Vollversammlung beigelegt.

Gez. Sir Patrick Dean

Gez. T. P. Plimpton

Quelle: *Kabel-Dienst* (Botschaft der Vereinigten Staaten, Bad Godesberg) vom 17. Juli 1961.

**Gemeinsames Memorandum der Vereinigten Staaten und Großbritanniens  
vom 14. Juli 1961 zur Frage der Einstellung der Kernwaffenversuche \***

*Betrifft:* Einstellung der Kernwaffenversuche — freiwilliger Versuchsverzicht — westliche Kompromißvorschläge — Zusammensetzung der Kontrollkommission — Inspektionen — Verschmelzung der Genfer Konferenz über die kontrollierte Einstellung der Kernwaffenversuche mit allgemeinen Abrüstungsverhandlungen — Aufnahme der Frage der Einstellung der Kernwaffenversuche in die Tagesordnung der 16. UN-Vollversammlung.

1. Während ihrer letzten sechs Sitzungsperioden hat die Vollversammlung sich ernsthaft mit dem Problem der Einstellung der Versuche mit nuklearen und thermonuklearen Waffen befaßt. In einer Anzahl von Resolutionen — von denen die letzte am 20. Dezember 1960 verabschiedet wurde — hat die Vollversammlung die zwingende und dringende Notwendigkeit eines vertraglichen Abkommens über ein solches Verbot anerkannt. Sie hat deshalb die drei in Genf verhandelnden Staaten aufgefordert, jede Anstrengung zu machen, um ein solches Abkommen unter den Bedingungen einer angemessenen internationalen Kontrolle zu erzielen. Zur gleichen Zeit, während die Verhandlungen im Gange waren, hat die Vollversammlung die verhandelnden Staaten aufgefordert, freiwillig von Versuchen mit nuklearen und thermonuklearen Waffen Abstand zu nehmen.

2. Die amerikanische und die britische Regierung sind sich ihrer Verantwortung vor der internationalen Gemeinschaft und der Bedeutung eines Abkommens über ein Versuchsverbot für den allgemeinen Weltfrieden und die internationale Sicherheit bewußt. Aus diesen Gründen haben sie in Genf fast drei Jahre lang geduldig mit der Sowjetunion verhandelt, um ein Verbot der Kernwaffenversuche zu erreichen, an das sich alle Staaten halten könnten. Aus diesen Gründen haben sie seit dem Beginn der Verhandlungen im Oktober 1958 von der Durchführung von nuklearen und thermonuklearen Versuchen Abstand genommen. Während dieser ganzen Zeitspanne gab es jedoch keine internationale Ueberprüfung, um sicherzustellen, daß von keiner Nation geheime Kernwaffenversuche durchgeführt werden. Die Sowjetunion hat sich beharrlich der Einführung von entscheidenden Maßnahmen der internationalen Kontrolle widersetzt, die allein allen Staaten ein vernünftiges Maß an Sicherheit bieten würden, daß sich die Vertragschließenden an ihre Verpflichtungen halten. Es muß anerkannt werden, daß der freiwillige Verzicht der Vereinigten Staaten und Großbritanniens auf die Durchführung von Kernwaffenversuchen unter diesen Umständen ein ernsthaftes Risiko für ihre Sicherheit bedeutet.

3. In Uebereinstimmung mit der Resolution Nummer 1578 (XV) vom 20. Dezember 1960 haben die Vereinigten Staaten und Großbritannien am 21. März und am 29. Mai dieses Jahres in Genf eine große Zahl von weitreichenden Kompromißvorschlägen unterbreitet, die sich mit den wichtigsten noch ungelösten Fragen zwischen ihnen und der Sowjetunion befassen. Diese Vorschläge würden nicht nur der Sowjetunion und den mit ihr assoziierten Staaten eine Position der absoluten Gleichberechtigung mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien und den mit diesen assoziierten Staaten in der die Politik bestimmenden Kontrollkommission und im ganzen Kontrollsystem verleihen, sondern sie würden auch — soweit es die technischen und organisatorischen Erfordernisse einer wirksamen Kontrolle erlauben — so weit wie nur möglich gehen, um der sowjetischen Empfindlichkeit in der Frage der Kontrolle Rechnung zu tragen. Darüber hinaus unterbreiteten die Vereinigten Staaten und Großbritannien am 18. April 1961

\* Originaltitel: „Die dringende Notwendigkeit eines Vertrages über das Verbot von Kernwaffenversuchen unter wirksamer internationaler Kontrolle.“

einen vollständigen Kompromißvertragstext, den sie bereit sind, sofort zu unterzeichnen oder als Grundlage für weitere ernsthafte Verhandlungen zu benutzen. Ein Exemplar dieses Vertrages wurde den Mitgliedern der Vereinten Nationen am 3. Juni zugeleitet.

4. Die Sowjetunion dagegen ist der Empfehlung der Vollversammlung, „jede Anstrengung zu machen, um so bald wie möglich zu einem Abkommen zu gelangen“, nicht nachgekommen. Sie hat nichts getan, um konstruktiv auf die Initiative ihrer beiden Verhandlungspartner zu reagieren. Sie hat seit den letzten anderthalb Jahren nicht einen einzigen positiven Vorschlag unterbreitet. Statt dessen ist die Sowjetunion seit dem 21. März von bereits getroffenen Uebereinkommen wieder zurückgetreten. Ihr wesentlichster Schritt zurück war ein neuer Vorschlag, daß die laufende exekutive Befugnis über das internationale Kontrollsystem durch einen dreiköpfigen Verwaltungsrat (Vertreter der beiden über Kernwaffen verfügenden Seiten und einen neutralen Vertreter umfassend) ausgeübt werden soll, der nur mit einstimmigem Beschluß handeln könnte. Dieser Vorschlag zog eine frühere sowjetische Zustimmung zu einem einzigen Administrator zurück, der mit Zustimmung der Sowjetunion ernannt werden würde, der die Direktiven des Vertrages und der die Politik bestimmenden Kontrollkommission ausführen würde und der der Kontrollkommission verantwortlich wäre und unter ihrer Aufsicht arbeiten würde. Während ein solcher Administrator als einzelner rasch und unparteiisch handeln könnte, wäre es bei dem Vorschlag eines dreiköpfigen Verwaltungsrates möglich, daß eine Maßnahme von einem der Mitglieder blockiert oder verzögert werden könnte.

Die Sowjetunion rechtfertigt ihren Vorschlag für einen aus drei Mitgliedern bestehenden Verwaltungsrat damit, daß sie behauptet, „keine Person kann in einer Gemeinschaft leben, ohne von der einen oder anderen Ideologie und durch die gegenseitigen Beziehungen beeinflußt zu werden, die zwischen verschiedenen Gruppen innerhalb einer Gemeinschaft bestehen. Es gibt neutrale Länder, aber es gibt keine neutralen Menschen und kann sie nicht geben“.

Die Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens weisen kategorisch jede Behauptung zurück, daß es keine Menschen gibt, die namens der internationalen Gemeinschaft ein unabhängiges Urteil ausüben. Ja, die gesamte Geschichte der internationalen Organisationen beweist das Gegenteil. Die beiden Regierungen glauben, daß die Zurückweisung des Gedankens durch die Sowjets, daß ein internationaler Zivilbeamter unter der Aufsicht eines internationalen, die Politik bestimmenden Gremiums unparteiisch arbeiten kann, nur als ein Angriff gegen die Fähigkeit jeder internationalen Organisation, wirksame Maßnahmen durchzuführen, angesehen werden kann.

Die Vereinigten Staaten und Großbritannien weisen den sowjetischen Vorschlag zurück, Drei-Mann-Ausschüsse zu ernennen, die sich aus Vertretern der Staaten oder angeblichen Staatenblöcke zusammensetzen und in denen alle Maßnahmen durch einstimmigen Beschluß aller drei getroffen werden müssen. — Dies würde nur eine weitere Möglichkeit bedeuten, den zahlreichen individuellen Vetos, die die Sowjets seit dem Kriege in internationalen Fragen eingelegt haben, neue hinzuzufügen. Sie sind überzeugt, daß alle Nationen, die nicht die Herrschaft der großen Mächte wollen, diesen Vorschlag in gleicher Weise zurückweisen werden.

Die Position der Sowjetunion begründet sich ferner auf anderen Unzulänglichkeiten, die die Konzeption einer wirksamen internationalen Kontrolle zunichte machen würden. Die wesentlichen davon sind: a) die Entschlossenheit, die Inspektion verdächtiger Vorgänge in den Vereinigten Staaten, Großbritannien und der Sowjetunion auf jährlich drei zu begrenzen; b) die Forderung, den Beginn der Kontrolltätigkeit bis auf vier Jahre nach der Ratifikation des Vertrages hinauszuzögern; und c) das Festhalten an Bestimmungen, die eine Selbstinspektion bedeuten würden, indem zum Beispiel die Leitung



über alle Kontrollposten und Inspektionsgruppen in der Sowjetunion an Staatsangehörige der Sowjetunion übertragen wird. Weiter hat die Sowjetunion, als sie die scheinbar plausible Behauptung aufstellte, daß die von den Vereinigten Staaten und Großbritannien vorgeschlagenen Kontrollvereinbarungen für Spionagezwecke mißbraucht werden könnten, nicht nur die weitreichenden Garantien übersehen, die in diese Vereinbarungen eingearbeitet sind, um jede solche Gefahr auszuschalten, sondern sie hat damit praktisch auch ein solches Kontrollsystem zurückgewiesen, wie es auf der Genfer Expertenkonferenz vom August 1958 empfohlen worden war.

5. Die Sowjetunion stellt jetzt die Bedeutung eines getrennten Vertrages in Abrede und bestätigt damit, daß sie nicht bereit ist, den zahlreichen Resolutionen der Vollversammlung zu entsprechen, in denen ein baldiges Abkommen über ein Verbot der Atomwaffenversuche gefordert wird. Statt dessen schlägt sie vor, daß ein Vertrag über ein Verbot der Atomwaffenversuche solange aufgeschoben werden sollte, bis eine Einigung über eine allgemeine und vollständige Abrüstung — und vielleicht sogar deren Verwirklichung — erreicht ist. Mit diesem Vorschlag widerruft die Sowjetunion ihren früheren Standpunkt; es kann daher daraus nur der Schluß gezogen werden, daß dies geschehen ist, um für den Augenblick jede Verpflichtung bezüglich eines Verbots der Atomwaffenversuche zu vermeiden, dem alle Staaten beitreten könnten. Die Vereinigten Staaten und Großbritannien lehnen jedes Hinauszögern eines Vertrages über ein Atomwaffenversuchsverbot bis zu dem Zeitpunkt, da ein allgemeines Abrüstungsabkommen ausgearbeitet werden kann, ab. Die Genfer Konferenz hat gezeigt, daß ein Vertrag mit vernünftigen und wirksamen internationalen Kontrollen möglich ist; bevor die Sowjetunion damit begann, ihre Standpunkte zu widerrufen, war ein solcher Vertrag auf der Konferenz durchaus in Reichweite. Die Vereinigten Staaten und Großbritannien sind der Ansicht, daß der Fortschritt, der in den nunmehr fast drei Jahren andauernden Verhandlungen erzielt wurde, nicht aufgegeben werden sollte, sondern daß vielmehr die Bemühungen fortgesetzt werden sollten, bis ein Abkommen erreicht ist. Sie glauben, daß ein ausreichend kontrolliertes Abkommen über ein Atomwaffenversuchsverbot, das zu einem baldigen Zeitpunkt abgeschlossen wird, von unschätzbarem Wert sein würde, insofern als a) die gefährliche Vermehrung des Atomwaffenpotentials beendet, b) die Sorge hinsichtlich der Ausfällungen für immer beseitigt, c) ein vereinbarter erster Schritt in Richtung auf eine kontrollierte Abrüstung gemacht und d) ganz allgemein ein Fortschritt erzielt würde, der das Vertrauen zwischen den Völkern stärken und die Gefahr eines Krieges vermindern würde.

6. Durch ihre gegenwärtige Haltung, wie sie in den jüngsten Noten der sowjetischen Regierung unterstrichen wird, tut die Sowjetunion nichts, um die Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Seiten zu verringern, ja, sie hat sie sogar noch vergrößert. Daher ist ein schwerwiegender völliger Stillstand eingetreten. Die Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens sind in Anerkennung der Bedeutung dieser Verhandlungen für die Sicherheit und den Frieden der internationalen Gemeinschaft der Ansicht, daß die Vollversammlung auf ihrer 16. Sitzung diese kritische Situation erörtern sollte, vor die sich die Konferenz nunmehr gestellt sieht. Die beiden Regierungen sind bereit, eine umfassende Darlegung der Maßnahmen zu geben, die sie unternommen haben, um den Auftrag der Vollversammlung auszuführen. Es ist die Hoffnung beider Regierungen, daß ein Vertrag über die Einstellung der Kernwaffenversuche unter angemessener internationaler Kontrolle noch erreicht werden kann, und sie sind bereit, die Genfer Verhandlungen zu diesem Zweck fortzusetzen. Die Bedeutung eines solchen Abkommens als erster Schritt zur Beseitigung des gefährlichen und kostspieligen Wettwüsts kann kaum überbewertet werden. Die Nationen der Welt müssen diese Gelegenheit, einen ersten bedeutsamen Schritt in Richtung auf einen dauerhaften Weltfrieden zu unternehmen, ergreifen.

Quelle: *Kabel-Dienst* (Botschaft der Vereinigten Staaten, Bad Godesberg) vom 17. Juli 1961.

**Antwortnote der Regierung der Vereinigten Staaten vom 15. Juli 1961 auf die Note der Sowjetregierung vom 5. Juli 1961 zur Frage der Einstellung der Kernwaffenversuche**

*Betrifft: Abkommen zur Einstellung der Kernwaffenversuche — allgemeines Abrüstungsabkommen — Zusammensetzung der Kontrollkommission — Verbesserung der Ost-West-Beziehungen.*

Die Botschaft der Vereinigten Staaten hat die Antwort der sowjetischen Regierung vom 5. Juli 1961 auf die Note der Regierung der Vereinigten Staaten vom 17. Juni 1961 zur Frage der Verhandlungen über die Einstellung der Kernwaffenversuche geprüft. Die sowjetische Note enthält, offensichtlich in einem Bemühen, die Frage der Einstellung der Kernwaffenversuche unter wirksamer internationaler Kontrolle zu umgehen, eine Fülle irrelevanter und ungerechtfertigter Äußerungen. Die Regierung der Vereinigten Staaten sieht keinen Grund, auf diese Äußerungen zu antworten.

Statt dessen zieht es die Regierung der Vereinigten Staaten vor, ihre Antwort an die sowjetische Regierung auf die zentrale Frage der Verhandlungen über ein Verbot der Kernwaffenversuche zu beschränken. Diese Frage ist klar: sie lautet, ob die Sowjetunion jetzt willens und bereit ist, ein Uebereinkommen zu erreichen, das die Kernwaffenversuche unter wirksamer internationaler Kontrolle beenden würde. Die Vereinigten Staaten sind ihrerseits vollkommen bereit, alle notwendigen internationalen Kontrollen auf ihrem Gebiet zu akzeptieren, um sicherzustellen, daß die Kernwaffenversuche tatsächlich eingestellt werden. Sie können nicht verstehen, warum die Sowjetunion der Ansicht ist, daß diese Kontrollen, die in ihrem Ausmaß strikte begrenzt sind, um den technischen und organisatorischen Erfordernissen zu entsprechen, ihre nationale Sicherheit gefährden würden.

In dem Bemühen, eine Grundlage für ein schließliches Abkommen zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu erreichen, haben die Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens zahlreiche Vorschläge unterbreitet, die auf eine Angleichung an die sowjetischen Standpunkte in der Frage der internationalen Inspektion und Kontrolle abzielten. In vielen Fällen haben diese Vorschläge der sowjetischen Position völlig entsprochen. Die Reaktion der sowjetischen Regierung auf unsere Bemühungen, die Kluft zwischen den beiden Seiten zu überbrücken, bestand jedoch darin, daß sie einem Abkommen neue Hindernisse in den Weg legte und daß sie kürzlich vorschlug, daß ein Vertrag über das Verbot der Kernwaffenversuche warten sollte, bis ein Abkommen über eine allgemeine und vollständige Abrüstung erreicht und vielleicht sogar verwirklicht worden sei.

Die Vereinigten Staaten sind bereit, so schnell wie dies möglich ist, über ein allgemeines Abrüstungsabkommen zu verhandeln. Es ist klar, daß ein sofortiges Abkommen über die Beendigung der Kernwaffenversuche den Abschluß eines solchen Abrüstungsabkommens erleichtern würde; und es ist gleichermaßen klar, daß das Nichtzustandekommen eines solchen Vertrages über ein Versuchsverbot aller Wahrscheinlichkeit nach die Bemühungen, schnell eine Einigung über die Abrüstung zu erreichen, behindern würde. Die Tatsache, daß die Sowjetunion so eifrig die für einen Vertrag über ein Kernwaffenversuchsverbot erforderlichen, begrenzten Kontrollmaßnahmen ablehnt, kann nur ernsthafte Besorgnisse im Hinblick auf die Möglichkeiten der Erreichung einer wirksamen kontrollierten Abrüstung hervorrufen.

Dieser Gegensatz zwischen der Haltung der Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens einerseits und der sowjetischen Regierung andererseits wurde — und wird weiterhin — auf den Konferenzsitzungen über die Frage, wie das Kontrollsystem gehandhabt und geleitet werden sollte, scharf herausgearbeitet.

Eine Frage, die die sowjetische Regierung seit langem als einen der wichtigsten Punkte bezeichnet hat, denen sich die Konferenz gegenübersteht, war die Frage der Zusammensetzung der Kontrollkommission. Die Vereinigten Staaten und Großbritannien haben sich mit der gleichen Repräsentation wie die Sowjetunion in diesem höchsten Ueberwachungsorgan des Kontrollsystems einverstanden erklärt. Es würde vier Vertreter der beiden Seiten und drei neutrale Vertreter geben. Die Sowjetunion und ihre Verbündeten würden direkt an der Arbeit der Kontrollkommission, die Richtlinien für die Durchführung des Kontrollsystems und seiner Ueberwachung festzusetzen, beteiligt sein.

Trotz dieses beachtlichen Schrittes, der der Sowjetunion gleiches Stimmrecht mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien bei der Leitung der Arbeit des Kontrollsystems einräumte, forderte die Sowjetunion immer noch größere Machtbefugnisse, um der Kontrollorganisation ihren Willen aufzuzwingen. Die Sowjetunion hat ihre bereits erteilte Zustimmung zu einer Bestimmung des Vertrages zurückgezogen und unglückseligerweise beschlossen, einen Vorschlag zu unterbreiten, wonach die laufenden administrativen und exekutiven Befugnisse des internationalen Kontrollsystems von einem dreiköpfigen Verwaltungsrat ausgeübt werden sollen. Dieser Rat, in dem jede der beiden über Kernwaffen verfügenden Seiten sowie die nichtassoziierten Staaten vertreten sein würden, könnte nur durch einstimmigen Beschluß Maßnahmen treffen, so daß die Durchführung sowohl der Beschlüsse der Kontrollkommission wie auch der Bestimmungen des Vertrages selbst ohne weiteres sabotiert oder ein Veto dagegen eingelegt werden könnte. Dieser Vorschlag würde bewirken, daß die Arbeit der gesamten Kontrollorganisation gelähmt würde, und würde jeder wirksamen internationalen Inspektion hohnsprechen.

Es kann nicht behauptet werden, daß dieser neue sowjetische Vorschlag notwendig war, um die sowjetischen Sicherheitsinteressen zu schützen. Die vereinbarten Bestimmungen des Vertrages geben der Sowjetunion eine ausreichende Garantie, daß die Verwaltung des Kontrollsystems kompetent und unparteiisch sein wird. Der Administrator ist der die Politik ausarbeitenden Kontrollkommission verantwortlich und arbeitet unter ihrer ständigen Ueberwachung. Seine Ernennung sowie die Ernennung seines Ersten Stellvertreters erfordern die Zustimmung der Sowjetunion. Die Sowjetunion hat das Recht, zwei stellvertretende Administratoren zu nominieren. Der Stab der Kontrollorganisation setzt sich so zusammen, daß beide über Kernwaffen verfügenden Seiten gleich vertreten sind. Beschlüsse hinsichtlich des Gesamtbetrages jedes einzelnen Jahreshaushalts und die Beschlüsse bezüglich einer Abänderung des Vertrages erfordern die Zustimmung der Sowjetunion. Hieraus wird zur Genüge klar, daß die Besorgnis über die Tätigkeit des Administrators nicht das Motiv für diese sowjetische Forderung nach einem Dreimächteverwaltungsrat gewesen sein kann.

In einer versuchten Rechtfertigung ihres Vorschlages für einen Dreimächteverwaltungsrat erklärt die sowjetische Regierung, daß „es keine Person gibt, die in einer Gemeinschaft lebt und nicht von dem einen oder anderen Angehörigen dieser Gemeinschaft beeinflußt wird. Es gibt neutrale Länder, aber neutrale Menschen kann es nicht geben und gibt es nicht“.

Die Regierung der Vereinigten Staaten ist der Ansicht, daß diese Zurückweisung des Gedankens, daß ein internationaler Zivilbeamter unter der Leitung eines internationalen, die Politik bestimmenden Gremiums unparteiisch arbeiten kann, nichts weniger als einen Angriff gegen die Fähigkeit jeder internationalen Organisation darstellen würde, wirksame Maßnahmen durchzuführen. Selbstverständlich gibt es zahlreiche Persönlichkeiten, die fähig sind, im Namen der internationalen Völkergemeinschaft ein unabhängiges Urteil zu fällen; die gesamte Geschichte der internationalen Organisationen bezeugt diese Tatsache. Die Vereinigten Staaten weisen diese sowjetische Auffassung kategorisch



zurück und sind überzeugt, daß auch solche Völker, die sich nicht der Herrschaft großer Mächte unterwerfen wollen, diese Auffassung zurückweisen werden.

Dies ist ein überzeugendes Beispiel für den Versuch der Sowjetunion, die Genfer Verhandlungen über ein Atomwaffenversuchsverbot zu sabotieren. Es ist jedoch nicht das einzige Beispiel hierfür, wie dies auch in der Note der amerikanischen Regierung vom 17. Juni unterstrichen wurde. Die Weigerung der Sowjetunion, mehr als nur drei Inspektionen an Ort und Stelle pro Jahr zu akzeptieren; die Forderung, daß die internationalen Kontrollposten und Inspektionsgruppen auf sowjetischem Territorium von sowjetischen Staatsangehörigen geleitet werden; das sowjetische Beharren auf Kriterien für die Inspektionen an Ort und Stelle, die selten, wenn überhaupt jemals die Durchführung von solchen Inspektionen zulassen würden, gleichgültig, wie verdächtig ein festgestellter Vorgang auch wäre — alles dies sind Beispiele für die Weigerung der Sowjets, ein wirksames Abkommen über ein Atomwaffenversuchsverbot in Genf auszuhandeln.

Die Regierung der Vereinigten Staaten muß ihrerseits ihr tiefes Bedauern über den Gang der Ereignisse zum Ausdruck bringen, der sich auf der Konferenz über ein Kernwaffenversuchsverbot vollzogen hat. Die Vereinigten Staaten sehen die Erreichung eines Abkommens immer noch als ein Hauptziel ihrer nationalen Politik an. Sie wiederholen ihre Bereitschaft, mit der Sowjetunion in einem vernünftigen Geist über die Bedingungen eines Vertrages über ein Versuchsverbot zu verhandeln. Trotzdem die Stunde spät ist, sind die Vereinigten Staaten der Ansicht, daß die sowjetische Regierung sich gegenüber den Forderungen von Millionen von Menschen überall auf der Welt, daß dringend ein Abkommen über ein Verbot der Kernwaffenversuche unter wirksamer internationaler Kontrolle erreicht wird, nicht gleichgültig verhalten kann.

Ein bindender Vertrag mit wirksamen Kontrollen würde vor den mit den Versuchen verbundenen Gefahren schützen; er würde ein erster Schritt auf dem Wege zu einem Abrüstungsabkommen und zur Verbesserung der Ost-West-Beziehungen sein; er würde die Ausbreitung der Kapazität zur Herstellung von Kernwaffen verhindern. Der Preis, um den wir uns bemühen, ist zu wertvoll, und wenn wir ihn nicht gewinnen, dann sind die Folgen zu ernst, als daß wir uns den Luxus leisten können, uns auf engstirnige und vorübergehende nationale Interessen einzulassen. Die Regierung der Vereinigten Staaten spricht für die gesamte Menschheit, wenn sie die sowjetische Regierung auffordert, die Fortsetzung der Arbeit der Unterhändler in Genf zu ermöglichen.

Quelle: *Kabel-Dienst* (Botschaft der Vereinigten Staaten, Bad Godesberg) vom 17. Juli 1961.

**Antwortnote der Regierung der Vereinigten Staaten vom 17. Juli 1961  
auf das sowjetische Deutschland-Memorandum vom 4. Juni 1961**

*Betrifft:* Deutscher Friedensvertrag — internationale Spannungen — Berlin — Selbstbestimmungsrecht — westlicher Friedensplan — Viermächte-Verpflichtung — Entmilitarisierung Deutschlands — Beschränkungen der Bundesrepublik Deutschland — Bedrohung Westeuropas — Potsdamer Abkommen — keine Anerkennung der DDR — Separatfrieden — Status Berlins — Londoner Protokoll von 1944 — sowjetische Haltung in der deutschen Frage — internationale Sicherheit.

1. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat das am 4. Juni 1961 in Wien erhaltene Aide-mémoire der sowjetischen Regierung sorgfältig geprüft. Sie hat mit ihren britischen und französischen Alliierten Konsultationen geführt und festgestellt, daß sie mit ihnen voll und ganz übereinstimmt. Sie hat ferner die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die übrigen Mitglieder der Nordatlantikpakt-Organisation konsultiert.

2. Die Regierung der Vereinigten Staaten stimmt mit der sowjetischen Regierung voll überein, daß eine Friedensregelung längst überfällig ist. Aus den der Öffentlichkeit zugänglichen Aufzeichnungen über die Bemühungen seitens der Westmächte, eine Uebereinkunft mit der Sowjetunion über die Bedingungen einer solchen Friedensregelung zu erreichen, geht ganz klar hervor, daß es die Sowjetunion war, die jeden Fortschritt blockiert hat. Die Vereinigten Staaten haben erstmalig 1946 vorgeschlagen, daß ein Sonderausschuß eingesetzt werden soll, um einen deutschen Friedensvertrag auszuarbeiten. Sie haben während der seither vergangenen Jahre ihre Anstrengungen fortgesetzt, aber ohne Erfolg, und zwar auf Grund der sowjetischen Bemühungen, bei jeder solchen Regelung für sich und den Sowjetblock auf Kosten eines dauerhaften Friedens besondere Vorteile zu erlangen.

3. Die Regierung der Vereinigten Staaten würde gerne der Erklärung der sowjetischen Regierung Glauben schenken, daß es ihr aufrichtiger Wunsch ist, die Ursachen der Spannungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zu beseitigen und zu einer konstruktiven freundschaftlichen Zusammenarbeit zu gelangen. Dieses Ziel liegt dem amerikanischen Volk und seiner Regierung sehr am Herzen. Dies kam in der Zusammenarbeit während des Krieges zum Ausdruck, und die Vereinigten Staaten waren zutiefst enttäuscht, als die sowjetischen Handlungen nach dem Kriege die Voraussetzungen für eine Fortsetzung dieser Zusammenarbeit zerstörten. Der Abschluß eines deutschen Vertrages in Frieden und Freiheit und auf der Grundlage des frei zum Ausdruck gebrachten Willens des deutschen Volkes würde es der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten allerdings gestatten, der Verwirklichung dieses Zieles bedeutend näher zu kommen.

4. Was Berlin anbetrifft, so bestehen die Vereinigten Staaten nicht auf der Wahrung ihrer legalen Rechte, nur weil sie etwa wünschen, ihre Anwesenheit dort zu verewigen. Sie bestehen auf ihren legalen Rechten und werden diese gegen alle Versuche verteidigen, sie durch einseitige Maßnahmen aufzuheben, weil die Freiheit der Bevölkerung West-Berlins von der Aufrechterhaltung dieser Rechte abhängt. Die Unterstützung und Billigung, die die Bevölkerung West-Berlins dem System, unter dem sie lebt, entgegenbringt, sind während der vergangenen Jahre zur Genüge zutage getreten. Die in freien Wahlen ihrer Regierung zuteil gewordene überwältigende Unterstützung ist ein dramatischer Beweis hierfür. Daß die Vereinigten Staaten nicht auf einer bestimmten Vereinbarung bezüglich Berlins bestehen, ist durch die Gesamtberlin-Lösung bewiesen worden, die in Genf im Jahre 1959 vorgeschlagen worden ist. Sie haben die Möglichkeit praktisch durchführbarer Vereinbarungen akzeptiert, die darauf abzielen, die gegenwärtige Situation in Berlin zu verbessern, bis die Zeit gekommen ist, da eine Gesamtlösung für das deutsche Problem erreicht werden kann. Sie stellen mit Bedauern fest, daß alle zu diesem Zweck unterbreiteten Vorschläge von der Regierung der Sowjetunion zurückgewiesen worden sind. Die Vereinigten Staaten unterstützen jedoch auch den klar zum Ausdruck gebrachten Wunsch der West-Berliner, daß keine Aenderung in dem Status ihrer Stadt vorgenommen wird, die sie auf einmal oder über einen längeren Zeitraum hinweg ganz allmählich der Herrschaft des Regimes aussetzen würde, das gegenwärtig das umliegende Gebiet kontrolliert.

5. Die Regierung der Vereinigten Staaten ist weiterhin der Ansicht, daß es weder eine wirkliche Lösung des deutschen Problems noch wirkliche Ruhe in Mitteleuropa geben wird, solange nicht das deutsche Volk in Frieden und Freiheit auf der Grundlage des weltweit anerkannten Rechtes der Selbstbestimmung wiedervereintigt ist. Aus dieser Ueberzeugung heraus haben die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten wiederholt Lösungen für das deutsche Problem vorgeschlagen, die auf diesen Prinzipien basieren — leider ohne eine positive Reaktion der sowjetischen Regierung hervorzurufen.

6. So schlugen sie der sowjetischen Regierung am 14. Mai 1959 den westlichen Friedensplan vor, der in der ganzen Welt als ein konstruktives Angebot begrüßt wurde.

Die detaillierten Vorschläge im Friedensplan waren als eine praktische, schrittweise Annäherung an das Problem einer mitteleuropäischen Lösung gedacht, die auf dem Grundsatz der Selbstbestimmung basiert, zu dem sich die Sowjetunion angeblich bekennt, der aber in auffälliger Weise in den sowjetischen Vorschlägen fehlt.

7. Das sowjetische Aide-mémoire argumentiert, daß die Zeit bereits vorüber sei, da die Situation in Deutschland unverändert gelassen werden könnte. Die Regierung der Vereinigten Staaten ist überzeugt, daß eine Aenderung zum Besseren wünschenswert wäre. Aber gleichzeitig ist sicher, daß die Weltmeinung festgestellt hat, daß in dem Jahrzehnt zwischen der Beendigung der sowjetischen Blockade Berlins und der erneuten Berlin-Drohung in der sowjetischen Note vom 27. November 1958 das deutsche Problem den Weltfrieden nicht gestört hat. Und wie die Welt nicht umhin konnte, festzustellen, wer für die Störung des Friedens bei jenen Gelegenheiten verantwortlich war, so wird sie ohne Frage jeden Versuch seitens einer der Vier Mächte verurteilen, die bestehende Situation in West-Berlin gegen den Willen der anderen drei und gegen den überwältigenden Wunsch der großen Mehrheit der Bevölkerung Berlins und Deutschlands, die am direktesten betroffen sind, zu ändern.

8. Um die Maßnahme zu rechtfertigen, die sie zu ergreifen wünscht, behauptet die Regierung der UdSSR, daß ohne einen Friedensvertrag die Gefahr eines Brandes in Europa gegeben sei. Die amerikanische Regierung ist nicht der Ansicht, daß dieses Argument etwas für sich hat. Kleinere Zwischenfälle, die sich in der gegenwärtigen Situation von Zeit zu Zeit ereignen, werden durch die Ausübung jener Viermächte-Verantwortlichkeiten beigelegt, die als solche den wirksamsten Schutz dagegen darstellen, daß sich irgendeine örtliche Verschlimmerung der Situation zu einer wahren Bedrohung des Friedens auswächst.

9. Im Gegensatz zu der in dem sowjetischen Aide-mémoire aufgestellten unbegründeten Behauptung haben die Westmächte energisch die Programme zur Ausmerzung des Nazi-Militarismus, zur Beseitigung der Ueberreste des Dritten Reiches, zur Verhinderung des Wiederauflebens aggressiver Kräfte und zur Festlegung eines Kurses durchgeführt, mit dessen Hilfe Deutschland seine Achtung wiedererlangen und eine konstruktive Rolle in internationalen Angelegenheiten spielen konnte. Die Bundesrepublik Deutschland ist der beste Beweis dafür, daß der Westen diese Ziele erfolgreich verwirklicht hat.

10. Die Bundesrepublik akzeptiert im Hinblick auf ihre Außen- und Militärpolitik wesentliche Beschränkungen. Sie hat sich verpflichtet, keine atomaren, chemischen und biologischen Waffen herzustellen, und hat eine internationale Kontrolle akzeptiert, um sicherzustellen, daß diese Verpflichtung auch eingehalten wird. Die gesamten Kampftruppen der Bundesrepublik sind vollständig in die NATO integriert, die lediglich defensive — keine aggressiven — Ziele verfolgt. Die Bundesrepublik versucht weder noch beabsichtigt sie, eine unabhängige nukleare Kapazität zu entwickeln oder Kernwaffen ihrer nationalen Jurisdiktion zu überstellen. Sie sieht ihre berechtigten Verteidigungserfordernisse völlig innerhalb des Rahmens der NATO. Darüber hinaus hat die Bundesregierung öffentlich erklärt, daß die Bundesrepublik nicht die Anwendung von Gewalt beabsichtigt, um die Wiedervereinigung zu erreichen oder die bestehenden Grenzen zu ändern. Sie hat ferner ständig wichtige Schritte ergriffen, um sich friedlich und fest in die westeuropäische Gemeinschaft zu integrieren — Maßnahmen, die niemals von einer auf einen militärischen Kurs ausgerichteten Regierung ergriffen würden.

11. Nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges demobilisierten die Vereinigten Staaten und ihre westlichen Alliierten ihre militärischen Streitkräfte in der Erwartung einer friedlichen Weltordnung. Die sowjetische Nachkriegspolitik zwang jedoch zur Organisation der militärischen Verteidigung des nordatlantischen Vertragsgebietes. Ohne die bewaffnete Bedrohung Westeuropas wäre die rein defensive Allianz, der sich die Ver-



einigten Staaten voll verpflichtet haben und an der sich die Bundesrepublik beteiligt, vielleicht niemals geschaffen worden. Die Tatsache, daß die UdSSR ihre einseitigen Ziele in Osteuropa verfolgte, überzeugte die gegenwärtigen Mitglieder der NATO, daß die sowjetische Macht auf jedes Gebiet nach Westen ausgedehnt werden würde, das nicht die Fähigkeit hätte, sich selbst zu verteidigen. Sollte die UdSSR in ihrer Deutschland-Politik einseitige Maßnahmen ergreifen, die im Gegensatz zu bindenden internationalen Abmachungen stehen, dann könnten die NATO-Länder solche Maßnahmen nur als eine bewußte Bedrohung ihrer nationalen Interessen interpretieren.

12. Die sowjetische Regierung präsentiert den Westmächten in ihrem Aide-mémoire die Forderung, daß sie ihre Lösung des Deutschland-Problems akzeptieren. Trotz der Beteuerungen der sowjetischen Regierung, daß sie nicht die Absicht habe, die Interessen der Vereinigten Staaten oder anderer westlicher Mächte zu schädigen, sind die Westmächte weiterhin der festen Ueberzeugung, daß das Endresultat der sowjetischen Vorschläge nicht nur ihre Interessen, sondern auch die des deutschen Volkes und — da sie den Frieden gefährden — die der gesamten Welt schädigen würde.

13. Die Kehrseite des sowjetischen Standpunktes ist, daß die sowjetische Regierung, sofern die Westmächte ihre deutsche Lösung nicht akzeptieren, versuchen wird, das, was sie will, durch einseitige Maßnahmen zu erreichen.

14. Die sowjetische Regierung droht also damit, ihre feierlichen internationalen Verpflichtungen zu verletzen, einseitig über das Schicksal von Millionen Deutschen ohne deren Zustimmung zu beschließen und Gewalt gegen ihre Verbündeten aus dem Zweiten Weltkrieg anzuwenden, wenn diese nicht freiwillig ihre Rechte und lebenswichtigen Positionen aufgeben. Die sowjetische Regierung muß erkennen, daß eine solche Handlungsweise nicht nur unannehmbar ist, sondern auch eine sehr ernste Bedrohung des Weltfriedens darstellt, für die sie die volle Verantwortung vor der gesamten Menschheit trägt.

15. Zu Ende des Zweiten Weltkrieges haben die Siegermächte eine Reihe von Abkommen getroffen, um das deutsche Problem zu regeln, und zwar auf der Grundlage des Prinzips, daß die Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen eine Angelegenheit für gemeinsame Maßnahmen der Siegermächte seien. Eine Friedensregelung mit Deutschland steht an oberster Stelle unter diesen Fragen. Das Potsdamer Abkommen aus dem Jahre 1945 zum Beispiel spricht von der „Vorbereitung einer Friedensregelung für Deutschland, die von der Regierung Deutschlands akzeptiert werden muß, sobald eine für diesen Zweck geeignete Regierung errichtet worden ist“.

16. Nach dem Völkerrecht kann die sowjetische Regierung diese Abkommen nicht einfach ignorieren, um einseitige Vereinbarungen mit einem Teile Deutschlands abzuschließen; noch würde ein solcher Schritt die Rechte der amerikanischen Regierung und der übrigen für die Regelung der deutschen Frage verantwortlichen Regierungen außer Kraft setzen, da diese Rechte eindeutig aus der bedingungslosen Kapitulation Nazi-Deutschlands herrühren und nicht von der Sowjetunion gewährt oder mit ihr ausgehandelt wurden. Dies ist wiederholt von der sowjetischen Regierung anerkannt worden und sogar erst noch auf dem Wiener Treffen und in der Rede von Ministerpräsident Chruschtschow am 15. Juni 1961. Aus den gleichen Gründen erkennt die Regierung der Vereinigten Staaten auch nicht an, daß ihre Rechte und Verpflichtungen gegenüber Deutschland als Ganzem durch einseitige Verhandlungen über Friedensregelungen mit einem Teil oder Teilen Deutschlands beeinträchtigt werden können.

17. Die Verpflichtung, die Einheit Deutschlands zu erhalten, ist von den Siegermächten von Anfang an bekräftigt worden. Sie wurde von der Sowjetunion im Jahre 1955 auf einer Konferenz anerkannt, an der Ministerpräsident Chruschtschow teilnahm — in der Genfer Direktive der vier Regierungschefs, die besagt:

„Die Regierungschefs (Frankreichs, Großbritanniens, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten) sind in dem Bewußtsein ihrer gemeinsamen Verantwortung für die Lösung des deutschen Problems und die Wiedervereinigung Deutschlands übereingekommen, daß die deutsche Frage und die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen im Einklang mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes . . . gelöst werden sollen.“

18. Was die Sowjetunion vorschlägt, falls die drei Mächte ihre Bemühungen um eine Wiedervereinigung Deutschlands nicht formell aufgeben, ist, selbst über das Schicksal Deutschlands durch ein Abkommen mit den Behörden der sogenannten „Deutschen Demokratischen Republik“, die nicht frei gewählt, sondern von der Sowjetunion als ein Instrument der sowjetischen Außenpolitik geschaffen worden sind, zu bestimmen.

19. Durch ihre Unterzeichnung der Charta der Vereinten Nationen wie auch durch zahlreiche Erklärungen ist die sowjetische Regierung verpflichtet, das Prinzip der Selbstbestimmung zu respektieren. Aber im Gegensatz hierzu verwehrt sie, indem sie 17 Millionen Ostdeutschen die Freiheit der Wahl vorenthält, dem deutschen Volke als Ganzem die Freiheit der Wahl. Und sie schlägt nunmehr vor, diese Verweigerung durch den Abschluß einer endgültigen Regelung mit einem Regime zu verewigen, das nicht der Repräsentant dieser Menschen ist, das nicht ihr Vertrauen genießt und das praktisch nichts weiter als ihre eigene Schöpfung und eine Erweiterung ihrer Autorität darstellt. Unter diesen Umständen kann der Teil Deutschlands, der diesem Regime untersteht, nicht als ein unabhängiger souveräner Staat betrachtet werden, und ein „Friedensvertrag“ mit diesem Teil des Gebietes Deutschlands, der von der sowjetischen Regierung als „Deutsche Demokratische Republik“ bezeichnet wird, könnte im Völkerrecht keine Gültigkeit haben, noch könnte er in irgendeiner Weise irgendwie die Rechte der Westmächte beeinträchtigen.

20. Nach der These, die die Sowjets immer wieder dargelegt haben, würde der „separate Friedensvertrag“ bei seinem Abschluß die Rechte des Westens in und in bezug auf Berlin auslöschen. Diese Behauptungen sind vom rechtlichen Standpunkt aus gesehen unhaltbar und irreführend, sowohl weil ein solcher separater Vertrag rechtlich unwirksam wäre als auch weil weder die Sowjetunion noch Ostdeutschland aus den oben dargelegten Gründen die drei Westmächte einseitig ihrer ursprünglichen Rechte in und in bezug auf Berlin berauben können. Die Rechte auf Zugang nach Berlin ergeben sich ganz einfach aus dem Recht der Westmächte, in Berlin zu sein. Die Art und Weise, wie diese Rechte ausgeübt werden, ist in zahlreichen Abkommen zwischen den vier Regierungen definiert worden und wurde von der sowjetischen Regierung im Pariser Abkommen vom 20. Juni 1949 bei der Beendigung der Berliner Blockade sowie jahrelang in der Praxis bestätigt. Sie können nicht einseitig durch irgendeinen Akt der sowjetischen Regierung aufgehoben werden. Wenn eine der Vier Mächte sich von diesen Vereinbarungen zurückzieht, dann haben die anderen drei ganz klar die Verpflichtung, in bezug auf die Ausübung ihrer Zugangsrechte solche Vorkehrungen zu treffen, wie sie sie für angemessen erachten.

21. Die Sowjetunion behauptet ferner, daß ein „Friedensvertrag“, ob er nun von allen interessierten Parteien unterzeichnet wird oder nicht, dazu führen werde, daß West-Berlin zu einer „entmilitarisierten freien Stadt“ wird. Wie sie darlegt, würde dies die Aufhebung der Rechte der westlichen Alliierten in Berlin, einschließlich des Rechtes auf Zugang, mit sich bringen.

22. Die Vereinigten Staaten betrachten die sowjetischen Ansprüche als völlig unbegründet, daß dieser einseitige Akt die anderen drei Beteiligten an der gemeinsamen Besatzung Berlins ihrer Grundrechte in der Stadt berauben könnte, Rechte, die sich — wie bereits betont — aus der Nazi-Kapitulation herleiten und die in bindenden und gültigen Abkommen, deren Partner auch die Sowjetunion ist, zum Ausdruck kommen. Die Abkommen vom 12. September 1944 und vom 1. Mai 1945, in denen die Vereinbarungen bezüglich der Besatzung der Stadt festgelegt wurden, waren gemeinsame

Unterfangen der Besatzungsmächte, die alle daraus Rechte und Verpflichtungen erhielten. Die Verpflichtung der Sowjetunion, das normale Funktionieren des Transport- und Verbindungswesens zwischen Berlin und den westlichen Zonen Deutschlands sicherzustellen, wurde in dem Viermächteabkommen vom 20. Juni 1949 erneut bestätigt. Diese Rechtslage wurde also von den Vier Mächten gemeinsam geschaffen und kann nicht geändert werden, es sei denn durch die gemeinsame Zustimmung aller vier.

23. Die Vereinigten Staaten möchten bei der Erörterung der rechtlichen Aspekte des Status von Berlin im besonderen wiederholen, daß sowjetische Bezugnahmen auf Berlin als auf dem Gebiet der sogenannten „Deutschen Demokratischen Republik“ liegend vollkommen jeder Grundlage entbehren. Dies kann leicht und eindeutig durch einen Verweis auf die beigelegte Kopie des Protokolls vom 12. September 1944 festgestellt werden. Das Protokoll stellt klar, daß Berlin weder Teil des Territoriums ist noch in dem Territorium liegt, das von einer der Mächte auf Grund des Abkommens als Zone besetzt werden sollte. Was im besonderen das Gebiet anbetrifft, das jetzt die sogenannte „Deutsche Demokratische Republik“ darstellt, so stellt das Protokoll eindeutig fest, daß ein im einzelnen angegebenes, seinen Grenzen nach genau festgelegtes Gebiet „von den bewaffneten Streitkräften der Sowjetunion besetzt werden wird — ausgenommen das Gebiet von Berlin, für das ein besonderes Besatzungssystem wie unten angeführt vorgesehen ist“. Das Protokoll gibt im folgenden eindeutig an, daß „das Gebiet von Berlin gemeinsam von Streitkräften der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Sowjetunion besetzt werden wird, die von dem jeweiligen Oberbefehlshaber abgestellt werden“. Die sowjetische Regierung hat das Protokoll am 6. Februar 1945 gebilligt, und seitdem hat es keine rechtlichen Änderungen des besonderen Status von Berlin gegeben.

24. Die Sowjetunion behauptet, daß die „freie Stadt“ West-Berlin in der Lage sein würde, ihre Verbindungen mit der Außenwelt ungehindert aufrechtzuerhalten und ihre innere Ordnung durch den frei geäußerten Willen ihrer Bevölkerung zu bestimmen. Da die „freie Stadt“ jedoch praktisch inmitten der sogenannten „Deutschen Demokratischen Republik“ isoliert sein würde, die entsprechend dem sowjetischen Vorschlag alle Zugangswege nach und von der Stadt kontrollieren würde, ist es wichtig, die erklärten Absichten der Führer dieses Regimes in bezug auf West-Berlin zu prüfen.

25. Die Vereinigten Staaten weisen insbesondere auf die Erklärungen hin, die Herr Ulbricht am 15. Juni machte und in denen er klarstellte, daß sein Regime versuchen würde, den Flugplatz Tempelhof — West-Berlins Hauptflugplatz und wichtigster Teil seiner Verbindung mit der Außenwelt — zu schließen.

Darüber hinaus teilte Herr Ulbricht mit, daß er es als eine „Selbstverständlichkeit“ ansehe, daß die Flüchtlingslager in West-Berlin geschlossen würden. Diese Lager werden von West-Berlin für den ständigen Strom von Flüchtlingen aufrechterhalten, die aus Ostdeutschland fliehen, und aus Ulbrichts Erklärung wird das Ausmaß deutlich, in dem sich sein Regime — wo immer dies seinen Zielen dient — in West-Berlin einzumischen gedenkt. Angesichts solcher Erklärungen ist es nicht verwunderlich, daß weder die West-Berliner noch die Westmächte durch die Beteuerungen friedlicher Absichten zufriedengestellt werden.

In diesem Zusammenhang ist es angebracht zu fragen, warum sich die Sowjetunion dazu entschlossen hat, die Frage überhaupt aufzuwerfen, wenn sie nicht eine grundlegende Änderung in West-Berlin im Sinne gehabt hätte.

26. Es ist offenkundig, daß der gegenwärtige Status der Stadt, den die Sowjetunion als ein „Besatzungsregime“ zu charakterisieren beliebt, das „sich selbst überlebt hat“, in Wirklichkeit eine Regelung ist, die — angesichts der bestehenden anomalen Teilung Deutschlands — keinerlei Bedrohung des Friedens darstellt. Versuche der Sowjetunion, diese Regelung in der Verfolgung ihrer politischen Ziele zu zerschlagen, gefährden mit Sicherheit gerade den Frieden, in dessen Namen die sowjetischen Schritte unternommen



werden. Was die Natur dieser Ziele in Berlin selbst angeht, ist es bedeutsam, daß die Sowjetunion, die vormalig Ost-Berlin besetzt hatte und dessen Viernächtestatus durch die dortige Errichtung einer angeblichen „DDR“-Regierung verletzt hat, nunmehr vorschlägt, daß ihre Truppen zu denen gehören, die in einer „freien Stadt“ West-Berlin stationiert werden sollen. Die Sowjetregierung möchte auf diese Weise versuchen, ihren Nachkriegsmachtbereich durch die Einbeziehung des Ostsektors von Berlin auszuweiten und das Viernächteprinzip von ganz Berlin auf den westlichen Teil der Stadt allein zu verlagern.

27. Der unmittelbare Anlaß für diese Bedrohung des Friedens ergibt sich aus der von der Sowjetregierung angekündigten Absicht, den drei Westmächten de facto eine Situation zu präsentieren, die auf der unrichtigen Behauptung basiert, daß sie nicht länger berechtigt seien, in Berlin zu bleiben oder freien Zugang nach Berlin zu haben. Ein solches Vorgehen könnte zu höchst gefährlichen Entwicklungen führen und wäre rechtlich völlig wirkungslos. Die Vereinigten Staaten erachten die Ausübung ihrer Rechte gemeinsam mit ihren britischen und französischen Verbündeten zur Aufrechterhaltung der Freiheit von mehr als zwei Millionen Menschen in West-Berlin als eine fundamentale politische und moralische Verpflichtung.

28. Die internationale Auseinandersetzung, die sich aus den sowjetischen Ansprüchen ergäbe, würde die ernstesten Auswirkungen auf den Weltfrieden und die Sicherheit haben und das Leben und Wohlergehen von Millionen von Menschen in Gefahr bringen. Von seiten der direkt beteiligten Nationen wäre es unverantwortlich, nicht alle verfügbaren Mittel einzusetzen, um eine solche Auseinandersetzung auf friedliche Weise beizulegen.

29. Wie in der Vergangenheit wird die Regierung der Vereinigten Staaten immer bereit sein, im Einvernehmen mit ihren Verbündeten eine in freien Verhandlungen erzielte Regelung der ungelösten Deutschland-Probleme in Betracht zu ziehen. Ein solches Abkommen müßte in Einklang mit dem Prinzip der Selbstbestimmung und den Interessen aller Beteiligten stehen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat ihrerseits niemals in Erwägung gezogen, die Sowjetunion vor vollendete Tatsachen zu stellen. Sie hofft, daß auch die sowjetische Regierung ihrerseits von dem Gedanken einer solchen Handlung Abstand nehmen wird, die — wie bereits festgestellt — unabsehbare Folgen nach sich ziehen würde. Sie erachtet es als notwendig, die Sowjetregierung mit allem Nachdruck vor den ersten Gefahren einer solchen Handlungsweise zu warnen und ihrer Hoffnung Ausdruck zu verleihen, daß die sowjetische Regierung, wie dies die Regierung der Vereinigten Staaten tut, vielmehr auf die Schaffung von Bedingungen abzielen wird, auf deren Grundlage eine echte und friedliche Beilegung der anstehenden Probleme erreicht werden kann.

30. Frieden und Freiheit sind weder leere Worte, noch können sie durch Worte oder Versprechen allein erreicht werden. Sie sind Ausdruck einer Sachlage.

31. Eine Stadt wird dadurch nicht frei, daß man sie einfach als frei bezeichnet. Wenn eine Stadt oder ein Volk frei sein sollen, dann setzt dies voraus, daß ihnen ohne wirtschaftlichen, politischen oder polizeilichen Druck die Gelegenheit gegeben wird, ihre eigene Wahl zu treffen und ihr eigenes Leben zu leben. Die Bevölkerung West-Berlins hat heute diese Freiheit. Es ist das Ziel unserer Politik, daß sie sie auch weiterhin behält.

32. Der Frieden kommt nicht automatisch mit einem „Friedensvertrag“. Es herrscht heute Frieden in Deutschland, obwohl die Situation „anomal“ ist. Ein „Friedensvertrag“, der das Leben und die Rechte von Millionen nachteilig beeinflusst, wird keinen Frieden bringen. Ein „Friedensvertrag“, der versucht, die feierlichen Verpflichtungen von drei Großmächten nachteilig zu beeinflussen, bringt keinen Frieden.

33. Es besteht kein Grund für eine Krise wegen Berlin. Wenn sich eine entwickelt, dann deshalb, weil die Sowjetunion versucht, die Grundrechte anderer anzutasten. Die ganze Welt wird klar erkennen, daß der Mißbrauch solcher Wörter wie „Frieden und Freiheit“ die Drohung nicht verbergen können, die Spannung bis zum Gefahrenpunkt zu erhöhen und die Freiheit jener zu unterdrücken, die sich ihrer heute noch erfreuen.

Quelle: *Kabel-Dienst* (Botschaft der Vereinigten Staaten, Bad Godesberg) vom 19. Juli 1961.

### Anlage

#### Protokoll zwischen den Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Besatzungszonen in Deutschland und die Verwaltung von „Groß-Berlin“ vom 12. September 1944

(Vgl. den Wortlaut des Abkommens in EA 7—8/1960, S. D 101 f.)

#### Antwortnote der britischen Regierung vom 17. Juli 1961 auf das sowjetische Deutschland-Memorandum vom 4. Juni 1961

*Betrifft:* Deutscher Friedensvertrag — Berlin — internationale Spannungen — Haltung der BRD — Viermächte-Verantwortung — Regelung der deutschen Frage durch Verhandlungen.

1. Am 12. Juni 1961 informierte der Außenminister der Sowjetunion den Earl of Home über die Ansichten der sowjetischen Regierung in der Deutschland- und Berlin-Frage, wie sie in dem Aide-mémoire dargelegt sind, das Ministerpräsident Chruschtschow am 4. Juni in Wien Präsident Kennedy überreichte. Die Regierung Ihrer Majestät hat diese Ansichten sorgfältig geprüft. Sie hat ihre amerikanischen und französischen Verbündeten konsultiert, mit denen sie sich in völliger Uebereinstimmung fand. Sie hat ferner die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die anderen Mitgliedsregierungen der Nordatlantikpakt-Organisation konsultiert.

2. Die Regierung Ihrer Majestät teilt voll und ganz die Ansicht der sowjetischen Regierung, daß der Abschluß eines deutschen Friedensvertrages einen wichtigen Schritt in Richtung auf eine endgültige Nachkriegsregelung in Europa bilden würde. Doch ist sie der Auffassung, daß weder sie noch ihre Verbündeten in irgendeiner Weise für das Nichtzustandekommen eines solchen Friedensvertrags verantwortlich sind. Bei zahlreichen Gelegenheiten seit Kriegsende und insbesondere seit der Aufhebung der Berliner Blockade im Jahre 1949 haben sich die Westmächte um eine Lösung des deutschen Problems bemüht. Sie unterbreiteten detaillierte Vorschläge im Jahre 1954, im Jahre 1955 und erneut im Jahre 1959. Diese Vorschläge zielten auf die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und in Etappen ab, die den Interessen aller Beteiligten Rechnung tragen und somit die Grundlage für eine stabile Regelung in Europa schaffen. Wäre die sowjetische Regierung bereit gewesen, diese Vorschläge zu akzeptieren, hätte ein Friedensvertrag abgeschlossen werden können, wie er in den Abkommen von 1945 vorgesehen ist, die die sowjetische Regierung mitunterzeichnet hat. Doch die sowjetische Regierung hat sich beharrlich geweigert, diese Vorschläge in Erwägung zu ziehen.

3. Die sowjetische Regierung behauptet nun, das Fehlen eines Friedensvertrages sei die Ursache der Spannungen in Europa und werde zu einer Krise führen. Nach Ansicht der Regierung Ihrer Majestät dürfte an sich das Fehlen eines Friedensvertrages keine Krise darstellen. Die Situation in Berlin hat den Frieden seit Aufhebung der sowje-

tischen Blockade im Jahre 1949 nicht bedroht und braucht ihn auch jetzt nicht zu bedrohen, wenn sie nicht künstlich verschärft wird. Die Bevölkerung von West-Berlin versucht nicht, eine einseitige Aenderung der gegenwärtigen Situation herbeizuführen, und sie bedroht nicht die Interessen der anderen betroffenen Parteien. Weder sie noch ihre Behörden im Westsektor der Stadt stören die öffentliche oder internationale Ordnung in irgendeiner Weise, noch besteht Grund zu der Annahme, daß sie es in Zukunft tun werden.

4. Auch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland kann vernünftigerweise nicht beschuldigt werden, in Europa Spannungen zu verursachen oder wegen Berlin eine Krise heraufzubeschwören. Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die Wiedervereinigung Deutschlands oder eine Aenderung der gegenwärtigen Grenzen niemals mit Gewalt herbeizuführen. Sie hat sich verpflichtet, keine atomaren, biologischen oder chemischen Waffen herzustellen, und einer internationalen Kontrolle zugestimmt, die die Einhaltung dieser Verpflichtungen überwacht. Die Bundesrepublik strebt weder nach dem Besitz eigener Atomstreitkräfte noch versucht sie, ein eigenes Verfügungsrecht über atomare Sprengköpfe zu erlangen. Ihre Verteidigungsorganisation ist vollständig in der ihrem Charakter nach ausschließlich defensiven Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft integriert und unterliegt der feierlichen Verpflichtung, niemals aggressive Handlungen zu begehen. Was Großbritannien und seine Verbündeten angeht — vor allem Frankreich und die Vereinigten Staaten —, so haben sie immer ihren Willen zu Bemühungen bekundet, die gegenwärtige Situation in Deutschland durch Verhandlungen zu verbessern und, wie bereits oben erwähnt wurde, zu diesem Zweck mehrere Vorschläge unterbreitet.

5. Unter diesen Umständen kann die Regierung Ihrer Majestät nicht verstehen, mit welcher Begründung die Sowjetregierung behauptet, daß in Europa ein Brand ausbrechen könnte, falls ein Friedensvertrag mit Deutschland nicht unverzüglich unterzeichnet wird. Wie schon erwähnt, unternimmt niemand auf westlicher Seite etwas, um den Frieden zu gefährden oder die bestehende Lage zu ändern. Die Gefahr, die die Regierung Ihrer Majestät voraussieht, liegt in der offen erklärten Absicht der Sowjetregierung, das Berlin-Problem einseitig zu lösen, falls ihre Vorschläge für den Abschluß eines Friedensvertrages nicht akzeptiert werden. Die sowjetischen Vorschläge können jedoch nicht zu der politischen Regelung führen, die die Sowjetregierung angeblich wünscht, weil sie eine dauernde Quelle der Spannung in Europa schaffen würden, indem sie dem deutschen Volk das Recht der Selbstbestimmung vorenthielten. Falls die Sowjetregierung ihre erklärten Absichten verwirklicht, würde dies in der Tat zu einer äußerst ernsten Situation führen, denn nach Ansicht der Regierung Ihrer Majestät kann der Status Berlins nicht geändert werden ohne Zustimmung aller vier beteiligten Regierungen und nur in Uebereinstimmung mit den Verpflichtungen, die diese Regierungen im Hinblick auf Deutschland als Ganzes tragen. Die Sowjetregierung ist sich zweifellos bewußt, daß die Stadt Berlin weder zur Sowjetunion noch zur sogenannten „Deutschen Demokratischen Republik“ gehört. Sie liegt nicht, wie die Sowjetregierung behauptet, auf dem Territorium der „Deutschen Demokratischen Republik“. Solange die Deutschland betreffenden Verpflichtungen der übrigen Mächte nicht voll erfüllt sind, die die Sowjetregierung 1955 selber anerkannt hat, bleibt Berlin unter seiner eigenen speziellen Regierungsform. Das Protokoll vom 12. September 1944 ist in diesem Punkt völlig klar. Es sieht vor, daß die Sowjetunion ein Gebiet im Osten Deutschlands besetzen soll „mit Ausnahme des Gebiets von Berlin, für das ein besonderes Besatzungssystem gilt“. Dieses Protokoll, das die Sowjetregierung am 6. Februar 1945 gebilligt hat, ist nach wie vor in Kraft. Es kann revidiert oder außer Kraft gesetzt werden durch ein Uebereinkommen zwischen den Vier Mächten, aber nicht durch Uebereinkunft zwischen einer der Mächte und den von dieser Macht in einem Teil Deutschlands eingesetzten Behörden.



6. Die Regierung Ihrer Majestät hat die Möglichkeit praktischer Regelungen zur Verbesserung der gegenwärtigen Lage in Berlin bis zu dem Zeitpunkt, da eine Gesamtlösung für das deutsche Problem gefunden ist, anerkannt, aber die Sowjetregierung hat alle derartigen Vorschläge abgelehnt. Die Regierung Ihrer Majestät weist auf jeden Fall nachdrücklich die Behauptung der Sowjetregierung zurück, daß die Rechte, die sie im Interesse Deutschlands und des gesamten Europas in Berlin genießt, in irgendeiner Weise durch einseitige Maßnahmen der Sowjetunion berührt oder aufgehoben werden könnten.

7. Wie bisher ist die Regierung Ihrer Majestät stets bereit, im Einvernehmen mit ihren Verbündeten eine frei ausgehandelte Regelung der noch ungelösten Deutschland-Probleme zu erwägen. Diese Regelung muß dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts und den Interessen aller Beteiligten Rechnung tragen. Die Regierung Ihrer Majestät hat ihrerseits niemals in Erwägung gezogen, die Sowjetregierung vor vollendete Tatsachen zu stellen. Sie hofft, daß die Sowjetregierung ihrerseits nicht daran denkt, einen solchen Schritt zu unternehmen, der, wie bereits gesagt, unübersehbare Folgen haben würde. Sie hält es für notwendig, die Sowjetregierung mit allem Ernst vor den schweren Gefahren einer solchen Handlungsweise zu warnen und der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß die Sowjetregierung vielmehr, ebenso wie die Regierung Ihrer Majestät, bemüht sein wird, die Voraussetzungen für eine echte und friedliche Regelung offener Probleme zu schaffen.

Quelle: *Londoner Diplomatische Korrespondenz* (Britische Botschaft, Bonn), Nr. 46 vom 18. Juli 1961.

#### **Antwortnote der französischen Regierung vom 17. Juli 1961 auf das sowjetische Deutschland-Memorandum vom 4. Juni 1961**

*Betrifft:* Berlin — Haltung der BRD — deutscher Friedensvertrag — Viermächteverantwortung — Regelung der deutschen Frage durch Verhandlungen.

1. Im Verlaufe einer Unterhaltung am 16. Juni in Genf unterrichtete der Außenminister der Sowjetunion Herrn Couve de Murville über die Ansichten der Regierung der Sowjetunion in der Deutschland- und Berlin-Frage. Diese Ansichten sind die gleichen wie jene, die in dem Memorandum dargelegt sind, das am 4. Juni in Wien Herrn Kennedy von Herrn Chruschtschow überreicht worden ist. Die britische Regierung hat die französische Regierung davon unterrichtet, daß sie in gleicher Weise von Herrn Gromyko auch Lord Home mitgeteilt worden sind. Die französische Regierung hat die Regierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreiches konsultiert und hat volle Uebereinstimmung mit ihnen festgestellt.

2. Es ist irrig, von einer Berlin-Krise und einer unerträglichen Spannung in Europa zu sprechen. Die Bevölkerung von Berlin provoziert trotz der Schwierigkeiten, die sie kennt, keine Krise. Sie bedroht niemanden und nimmt nicht für sich das Recht in Anspruch, irgend jemanden einseitige Lösungen aufzuzwingen. Noch weniger als die Bevölkerungen stören die Behörden der Westsektoren von Berlin in irgendeiner Weise die öffentliche Ordnung oder die internationalen Beziehungen.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat ihrerseits nach ihrer Erklärung vom 23. Oktober 1954 auf jeden Gedanken der Gewaltanwendung verzichtet. Sie hat sich verpflichtet, keine atomaren, chemischen oder biologischen Waffen herzustellen und ist damit einverstanden, daß eine internationale Kontrolle die Beachtung dieser Verpflichtungen sicherstellt. Die Bundesrepublik bemüht sich nicht darum, eine unabhängige nukleare Streitmacht zu erlangen. Sie fordert nicht die Uebergabe von Kernwaffen unter ihre eigene Verfügungsgewalt. Ihre ganze Verteidigungsorganisation ist

auf das engste mit der gemeinsamen Planung des atlantischen Bündnisses verknüpft, dessen rein defensiver Charakter immer hervorgehoben worden ist.

Frankreich und die mit ihm verbündeten Länder, besonders die Vereinigten Staaten und Großbritannien, haben, während sie mit allen Mitteln an einer Verbesserung der bestehenden Situation in Deutschland mitzuwirken wünschen, niemals in irgendeiner Weise ins Auge gefaßt, dies auf anderem Wege als durch Verhandlungen zu erreichen und tun es auch heute nicht. Man ist deshalb gezwungen, anzuerkennen, daß eine Berlin-Krise, wenn es sie tatsächlich gibt, auf Ursachen zurückzuführen ist, die nicht in die Verantwortung der französischen Regierung oder der ihrer Verbündeten fallen.

3. Um die Initiativen zu rechtfertigen, die sie ergreifen will, betont die Regierung der Sowjetunion, daß sie nicht mehr warten könne, weil, solange kein Friedensvertrag unterzeichnet sei, in Europa die Gefahr einer kriegesischen Auseinandersetzung bestehe. Die französische Regierung kann in keiner Weise diese Argumentation als begründet ansehen. Die geringfügigen Zwischenfälle, die durch die jetzige Situation unvermeidlich sind, sind immer auf normale Weise geregelt worden, wobei genau den Verantwortlichkeiten Rechnung getragen wurde, die die Vier Mächte haben und die den wirkungsvollsten Schutz gegen jede Verschärfung der örtlichen Situation oder jede Erhitzung, der die Gemüter unterliegen könnten, darstellt. Die Bevölkerung Berlins hat überdies klar manifestiert, daß sie die Erhaltung der alliierten Rechte in dieser Stadt wünscht.

4. Auch ohne eine unerträgliche Situation in Berlin oder eine Bedrohung des Friedens durch die Anwesenheit der Garnisonen der drei Westmächte in dieser Stadt könnte man sagen — und das ist eines der von der Regierung der Sowjetunion vorgebrachten Argumente —, daß es sechzehn Jahre nach dem Ende des Krieges an der Zeit ist, eine Lösung des deutschen Problems zu finden. Niemand bestreitet das. Aber die sowjetische Regierung spricht nicht von den zahlreichen Versuchen, die im Laufe dieser Zeit und insbesondere seit dem Ende der Blockade Berlins 1948—1949 unternommen worden sind, um eine solche Lösung durch freie Verhandlungen herbeizuführen. 1954, 1955 und noch 1959 sind der Regierung der Sowjetunion präzise und detaillierte Vorschläge unterbreitet worden. Diese Vorschläge haben eine schrittweise Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit behandelt, bei der keines seiner Teile benachteiligt werden sollte. Sie führen zum Abschluß eines Friedensvertrages unter den in den Abkommen von 1945 vorgesehenen Bedingungen hin, auf die sich die Regierung der Sowjetunion beruft. Die Regierung der Sowjetunion hat sich niemals dazu bereit erklärt, diese Vorschläge zu erörtern.

5. Es scheint daher so zu sein, daß die sowjetische Regierung, die von niemand bedroht wird und der zu wiederholten Malen die Lösung des deutschen Problems angeboten worden ist, bestimmte Pläne hat, wenn sie davon spricht, einen Friedensvertrag „mit den beiden deutschen Staaten“ abzuschließen. Der Plan ist offensichtlich, das deutsche Volk endgültig ohne Rücksicht auf das Recht der Selbstbestimmung zu spalten, um ständig in Ostdeutschland ein kommunistisches Regime zu erhalten. Wenn sich auch die französische Regierung der Motive dieser Politik bewußt sein kann, so kann sie sie doch offensichtlich nicht gutheißen. Das Vorhandensein von zwei Regimes in Deutschland zu bestätigen, hieße, in Europa eine Spannungssituation zu schaffen, die für alle gefährlich wäre. Wenn sich die Vier Mächte, die seit 1945 für das endgültige Schicksal Deutschlands und die Friedensregelung verantwortlich sind, dazu verstehen würden, in Deutschland eine derartige Situation zu schaffen, würde es schwer sein, sich eine friedliche Entwicklung in Europa vorzustellen. Die sowjetische Regierung scheint indessen entschlossen zu sein, sich auf diesen Weg einzulassen.

6. Auf diese Weise kann sich die Beharrlichkeit erklären, mit der die Sowjetregierung ankündigt, daß sie das Berlin-Problem einseitig zu regeln beabsichtigt, falls die von ihr gemachten Vorschläge nicht angenommen werden. Da sie es in der Tat nicht erreicht,

daß die französische Regierung sie annimmt, bemüht sie sich um ihre Durchsetzung, indem sie droht, den gegenwärtigen Zustand in Berlin zu beeinträchtigen. Aber die Regierung der Sowjetunion muß sich darüber im klaren sein, daß die Verhältnisse in Berlin nicht ohne die Zustimmung der französischen, amerikanischen und britischen Regierung geändert werden können. Eine solche Zustimmung läßt sich nur erlangen, wenn die drei interessierten Regierungen von der Notwendigkeit einer Aenderung des Regimes überzeugt sind, und zwar unter Berücksichtigung der Verantwortung, die sie gegenüber Deutschland in seiner Gesamtheit tragen. Der Status von Berlin ist in der Tat nicht aus egoistischen Motiven aufgestellt worden. Er entsprang der Tatsache, daß die Vier Mächte bei Kriegsende die Verantwortung zur Wiedereingliederung Deutschlands in die Gemeinschaft der Nationen übernommen haben. Die Stadt Berlin liegt nicht, wie die Sowjetunion versichert, auf dem Gebiet der „DDR“. Sie bleibt unter einem ihr eigenen Status, bis der Auftrag der Vier Mächte in Deutschland, dessen Gültigkeit die Sowjetregierung selbst 1959 anerkannt hat, beendet ist. Das Protokoll vom 12. September 1944 ist in dieser Beziehung völlig klar. Es besagt, daß die Sowjetunion die in Ostdeutschland gelegenen Gebiete besetzen wird, und zwar „mit Ausnahme des Gebiets von Berlin, in dem ein besonderes Besatzungssystem vorgesehen ist“. Dieses am 6. Februar 1945 von der Sowjetregierung gebilligte Protokoll ist noch immer in Kraft. Es kann durch ein Uebereinkommen zwischen den Vier Mächten revidiert oder annulliert werden, jedoch keineswegs durch ein Uebereinkommen zwischen einem der Unterzeichner und den von ihm in einem Gebiet Deutschlands eingesetzten Behörden. Falls einer der Vier die gemeinsam vereinbarten Abmachungen aufgibt, so geht die Verantwortung auf die notwendigen Vorkehrungen zur Ausübung ihrer Zugangsrechte auf die drei anderen über.

7. Die französische Regierung kennt und versteht die Schwierigkeiten, die sich aus der gegenwärtigen Situation sowohl für die Bevölkerung ganz Deutschlands als auch für die interessierten Regierungen oder Behörden einschließlich der sowjetischen Regierung ergeben. Sie hat sich zu der Möglichkeit praktischer Vorkehrungen bekannt, die zur Verbesserung der gegenwärtigen Lage dienen sollen, bis das Deutschland-Problem eine Gesamtlösung erfahren kann. Sie bedauert, feststellen zu müssen, daß alle von ihr in diesem Sinne gemachten Vorschläge von der Sowjetregierung zurückgewiesen worden sind. Die Sowjetregierung hat jedes Mal praktische Vorkehrungen für Berlin von einer direkten oder indirekten Zusage der französischen Regierung zur Aenderung des Status von Berlin abhängig gemacht. Die französische Regierung kann nicht in Betracht ziehen, daß die Rechte, die sie in Berlin im Interesse ganz Europas hat, auf irgendeine Weise durch einseitige Aktionen der Sowjetunion, wie sie von Gromyko in seiner Unterredung vom 16. Juni angekündigt worden sind, beeinträchtigt werden. Sie hält die Ausübung dieser Rechte durch Frankreich wie durch seine amerikanischen und britischen Verbündeten mit dem Ziel der Wahrung der Freiheit von mehr als zwei Millionen Menschen in West-Berlin für eine entscheidende politische und moralische Verpflichtung.

8. Die französische Regierung bleibt immer bereit, gemeinsam mit ihren Alliierten eine frei ausgehandelte Lösung der noch ungeklärten Probleme in Deutschland zu suchen. Diese Lösung muß mit dem Prinzip der Selbstbestimmung und dem Interesse des Friedens in Europa in Einklang stehen. Die französische Regierung wünscht, daß die Regierung der Sowjetunion jede Idee aufgibt, die französische Regierung und ihre Alliierten vor eine vollzogene Tatsache zu stellen, die unvorhersehbare Folgen für den Weltfrieden haben könnte. Sie erachtet es als notwendig, die Sowjetregierung mit allem Ernst vor den schweren Gefahren einer solchen Politik zu warnen. Sie drückt die Hoffnung aus, daß die sowjetische Regierung den Weg einer wirklichen und friedlichen Regelung der schwebenden Probleme beschreitet.

Quelle: *La Documentation Française*, Articles et Documents, No. 1122 vom 25. Juli 1961.



## Die Weiterführung der Europa-Politik (III)

Vgl. hierzu Teil I und Teil II dieser Dokumentation in Dokumente Jg. 1961, S. D 199 ff. und D 323 ff.

Die mehrfach verschobene Konferenz der Regierungschefs der sechs EWG-Staaten, die am 18. Juli in Bonn tagte, bildet seit der Zusammenkunft von Präsident *de Gaulle* und Bundeskanzler *Adenauer* in Rambouillet am 29. und 30. Juli 1960 die nächste größere Zäsur in der Entwicklung der europäischen Integrationspolitik. In der Zwischenzeit fand ein intensiver Meinungsaustausch im Kreise der sechs Regierungen und im Kreise der EFTA-Staaten statt. Es ging dabei einerseits um den künftigen politischen Charakter der Europäischen Gemeinschaft, andererseits um das Verhältnis zwischen EWG und EFTA. Dabei traten die verschiedenen Pläne für einen „Brückenschlag“ immer weiter in den Hintergrund. Um so deutlicher zeichnete sich die Bereitschaft Großbritanniens und anderer EFTA-Staaten ab, den Beitritt zur EWG unter Wahrung bestimmter Sonderinteressen zu beantragen. In dieser Uebergangszeit schalteten sich sowohl das Europäische Parlament (vgl. S. D 459 f.) als auch die verschiedenen Organisationen der Europäischen Einigungsbewegung in die Diskussion ein. Unter den letzteren sind besonders hervorzuheben die Europäische Bewegung (vgl. S. D 458 f.), das Comité Européen pour le Progrès Economique et Social (CEPES) (vgl. S. D 462 ff.) und der Aktionsausschuß für die Vereinigten Staaten von Europa (vgl. S. D 465 ff.).

Die Bonner Konferenz der Regierungschefs der sechs EWG-Staaten gewann dadurch besondere Bedeutung, daß sie der bereits bestehenden Kommission hoher Regierungsbeamten der Sechs, der sogenannten Fouchet-Kommission, die mit der Koordinierung der Integrationspolitik beauftragt ist, nunmehr den zusätzlichen Auftrag erteilte, ein europäisches Statut auszuarbeiten. Auch sollen die Konsultationen der Regierungschefs in Zukunft zu einer regelmäßigen Einrichtung werden. (Vgl. S. D 470 ff.)

Die Abklärung der nächsten politischen Schritte der Sechs erleichterte es dem britischen Premierminister, Harold *Macmillan*, seinerseits formell die Aufnahme von Verhandlungen über einen Beitritt Großbritanniens in die Gemeinschaft einzuleiten. Diesen Schritt kündigte er dem Unterhaus am 31. Juli an. *Macmillan* betonte dabei zwar, daß befriedigende Ver-

einbarungen über die Berücksichtigung der besonderen Erfordernisse Großbritanniens, des Commonwealth und der EFTA die Voraussetzung für den Beitritt sein müßten, erklärte jedoch andererseits, daß die britische Regierung keine Mühe scheuen wolle, ein zufriedenstellendes Abkommen zu erreichen. (Vgl. S. D 471 ff.). In der auf diese Erklärung folgenden Debatte erläuterte *Macmillan* seine Auffassung über die politische Bedeutung des Schrittes und sprach sich für die Konföderationsidee *de Gaulles* aus. Das Unterhaus billigte am 1. August die von der Regierung eingebrachte Vorlage mit 313 gegen 5 Stimmen. Eine Gruppe von über 20 Konservativen, die sich in der Debatte gegen den Antrag ausgesprochen hatte, enthielt sich, ebenso wie die Labour-Opposition, der Stimme.

Unmittelbar nach der Erklärung *Macmillans* gaben auch die übrigen Mitgliedstaaten der EFTA ihre individuelle Stellungnahme zu der Frage von Verhandlungen mit der EWG bekannt.

Der Ministerrat der WEU und die Kommission der EWG begrüßten die Erklärung des britischen Ministerpräsidenten in ihren Communiqués vom 1. August als einen Wendepunkt in der europäischen Nachkriegsgeschichte. (Vgl. S. D 473 f. und S. D 474). Der Ministerrat der EFTA, der bereits in seiner Londoner Erklärung vom 28. Juni den Beschluß bekanntgegeben hatte, die Integrationsbestrebungen im Rahmen der EFTA bis zum Abschluß befriedigender Vereinbarungen mit der EWG weiterzuführen (vgl. S. D 461 f.), brachte in einer Erklärung vom 1. August seine Auffassung zum Ausdruck, daß die Entscheidung der britischen Regierung geeignet sei, eine Lösung der Probleme der europäischen wirtschaftlichen Integration zu fördern. (Vgl. S. D 473).

Am 10. August überreichten die Leiter der diplomatischen Vertretungen Großbritanniens und Dänemarks bei den Europäischen Gemeinschaften dem Generalsekretär der Räte der Gemeinschaften den an den amtierenden Ratspräsidenten der EWG, Ludwig *Erhard*, gerichteten offiziellen Antrag auf Beitritt zur EWG. Irland, das weder der EWG noch der EFTA angehört, hatte bereits am 31. Juli einen entsprechenden Antrag gestellt.

**Politische Entschließung des Internationalen Kongresses der Europäischen Bewegung  
in Brüssel vom 17. Juni 1961**

*Betrifft:* Die europäische politische Autorität — Fusion der Exekutiven — regelmäßige Konferenzen der Regierungschefs — direkte Wahlen zum Europäischen Parlament — Agrarpolitik — Assoziierung Großbritanniens und anderer Länder mit dem Gemeinsamen Markt — Entwicklungsländer — Europäische Universität.

Die Europäische Bewegung ruft alle ihre Mitglieder und Förderer auf, den Kampf auf der Grundlage des nachstehenden Sofortprogramms entschlossen aufzunehmen.

In einer Zeit, in der die Ereignisse die europäische Einigung notwendiger und dringender denn je machen, bekräftigt die Europäische Bewegung ihre Ueberzeugung, daß eine europäische politische Autorität auf demokratischer Grundlage beschleunigt geschaffen werden muß.

Zu diesem Zweck muß die Fusion der drei Exekutiven der Europäischen Gemeinschaft ohne Verzug verwirklicht werden. Desgleichen muß ihre Verantwortung vor einem aus direkten Wahlen hervorgehenden Parlament festgelegt werden.

In diesem Rahmen würde die Europäische Bewegung regelmäßige Konferenzen der Regierungschefs als eine Etappe akzeptieren unter der Bedingung, daß diese Begegnungen nicht zu einer Aufweichung der bestehenden europäischen Organe führen, daß die Mitwirkung des Präsidenten eines einheitlichen Exekutivorgans bei diesen Konferenzen gewährleistet ist, daß ein Uebereinkommen über direkte Wahlen zum Europäischen Parlament zustande kommt und daß diesem Parlament Tätigkeitsberichte erstattet werden.

Die Europäische Bewegung ist über die Verzögerung der Verhandlungen über die Inkraftsetzung einer gemeinsamen Agrarpolitik besorgt und fordert ihre Anhänger auf, auf ihre Regierungen einen Druck auszuüben, damit ein gemeinschaftlicher politischer Wille hervorgerufen wird, der allein die zur Zeit bestehenden Interessengegensätze und technischen Schwierigkeiten überwinden kann.

Die Europäische Bewegung begrüßt die schnelle Entwicklung, mit der sich Großbritannien und andere demokratische Länder in Europa einer Mitgliedschaft im Gemeinsamen Markt nähern. Sie stellt indessen fest, daß diese Mitgliedschaft nur von wahrhaft politischer Bedeutung sein wird, wenn sie auf einem politischen Willen und nicht nur auf wirtschaftlichem Interesse beruht, wenn sie das im Vertrag von Rom hergestellte allgemeine Gleichgewicht nicht stört und wenn sie weder den Rhythmus der Verwirklichung des Vertrages noch den darin vorgesehenen politischen Ausbau verzögert.

Die Europäische Bewegung wird alles unternehmen, um zu einem immer umfassenderen Europa zu gelangen. Sie wird insbesondere den Abschluß von Assoziationsverträgen fördern, die den Sonderproblemen einiger demokratischer Länder Rechnung tragen.

Europa, das sich so immer mehr seiner selbst bewußt wird, muß sich mit allen großen Weltproblemen befassen. Das Problem der Entwicklungsländer gehört hierzu, und die Europäische Bewegung ist der Ansicht, daß es notwendig ist, diesen Ländern — und ganz besonders Afrika — wirksame öffentliche Hilfe zu leisten unter Wahrung der völligen Gleichberechtigung aller dieser Staaten innerhalb einer gemeinschaftlichen Solidaritäts-Assoziation.

Die Europäische Bewegung begrüßt die Fortschritte im Hinblick auf die Errichtung einer Europäischen Universität in Florenz. Sie ist jedoch der Meinung, daß in jedem Land der Unterricht, mit Blick auf eine europäische Aufgabenstellung der höheren und technischen Studien, neu geordnet und in einer Weise reorganisiert werden sollte,

daß alle Studenten die Möglichkeit haben, einen Teil ihrer Studien in einem anderen europäischen Land zu absolvieren.

Die Europäische Bewegung fordert besondere Anstrengungen innerhalb der jungen Generation, die überzeugt werden muß, daß ihre Zukunft als freie Menschen von den Fortschritten abhängig ist, die das europäische Einigungswerk erzielt.

Quelle: Informationsdienst des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung, 12. Jg., Nr. 13 vom 1. Juli 1961.

### **Grundsatzerklärung des Internationalen Kongresses der Europäischen Bewegung in Brüssel vom 17. Juni 1961**

*Betrifft:* die Vereinigten Staaten von Europa.

1948 erklärte der Haager Kongreß, daß für die Nationen Europas die Stunde gekommen sei, nunmehr einen Teil ihrer Hoheitsrechte gemeinsam auszuüben.

Seit dieser Zeit wurden große Fortschritte erzielt. Aber noch immer wartet Europa auf die Verwirklichung seiner Einheit, die es ihm allein ermöglichen wird, auf der Grundlage eines wahrhaft europäischen Patriotismus seiner Verantwortung im atlantischen und weltweiten Rahmen nachzukommen und seinen Völkern Fortschritt in Frieden und Freiheit zu gewährleisten.

Die Europäische Bewegung fordert nach wie vor die Verwirklichung einer europäischen Gemeinschaft — unter Wahrung der Menschenrechte — durch eine politische, militärische, wirtschaftliche und soziale Integration der europäischen Nationen. Ihr Ziel ist die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa, ausgestattet mit einer Regierung, einem Zweikammerparlament, dessen eine Kammer aus direkten Wahlen hervorgehen muß, einem Gerichtshof und einem Wirtschafts- und Sozialrat.

Diese Institutionen müssen über die Mittel für eine wirksame Politik verfügen, die einen gemeinsamen Entwicklungsplan zur Erhöhung des Kräftepotentials und des Lebensstandards in Europa, zur wirtschaftlichen Emanzipation der Entwicklungsländer und zur Steigerung des Welthandels beinhaltet.

Die Europäische Bewegung begrüßt die von den Europäischen Gemeinschaften erzielten Erfolge. Ihr Ausbau kann und wird die Einigungsentwicklung in ganz Europa beschleunigen.

Die Europäische Bewegung wird jede Initiative ergreifen oder unterstützen, die geeignet ist, den Uebergang zu neuen Etappen der Integration ganz Europas zu erleichtern.

Die Europäische Bewegung bekräftigt ihre Solidarität mit den europäischen Völkern, die ihrer Freiheit beraubt sind, deren eigentlicher Platz aber in der europäischen Gemeinschaft ist.

Quelle: Informationsdienst des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung, 12. Jg., Nr. 13 vom 1. Juli 1961.

### **Entschließung des Europäischen Parlaments vom 29. Juni 1961 über die politische Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften**

*Betrifft:* die politische Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften.

Das Europäische Parlament,

nach Kenntnisnahme der Ergebnisse der ersten Konferenz der Regierungschefs und der Außenminister, die am 10. und 11. Februar 1961 in Paris stattfand, ist der Ansicht,



- daß regelmäßige Zusammenkünfte der Regierungschefs oder der für die Außenpolitik der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften verantwortlichen Minister wirksam und in der besten Weise zur Stärkung dieser Zusammenarbeit beitragen können;
  - daß eine solche Initiative einen Fortschritt für die europäische Integration darstellen würde:
    - wenn eine Beteiligung der Exekutiven der Gemeinschaften an der Beratung aller die Durchführung ihrer Aufgabe betreffenden Fragen damit verbunden wäre;
    - wenn sie das Funktionieren und die Zuständigkeiten dieser Gemeinschaften und ihrer Institutionen auf der Grundlage der Verträge von Rom und von Paris unberührt läßt und die Gemeinschaften stärkt;
    - wenn die Regierungen mindestens einmal im Jahr dem Europäischen Parlament über den Stand der politischen Zusammenarbeit berichten;
    - wenn sie dazu beitrüge, den Abkommensentwurf des Europäischen Parlaments über unmittelbare europäische Wahlen, die Verschmelzung der europäischen Exekutiven und die Gründung einer Europäischen Universität zu verwirklichen;
- ersucht die Regierungen, die Stufen der fortschreitenden Verwirklichung eines engen politischen Zusammenschlusses zu prüfen und die Zeiträume für diese Stufen festzulegen, wobei die letzte Stufe besonders zu präzisieren ist, damit ein Mindestmaß an funktioneller und lebenskräftiger gemeinschaftlicher europäischer politischer Struktur geschaffen wird;
- ist der Meinung, daß die in den vorstehenden Absätzen vorgesehenen Ziele ein wohlausgewogenes Ganzes bilden, und wünscht, daß ihre Verwirklichung gleichzeitig beschlossen wird;
- beauftragt seinen Präsidenten, den Text dieser Entschliebung der nächsten zwischenstaatlichen Konferenz bekanntzugeben.

Quelle: Europäisches Parlament, Protokoll der Sitzung vom 28. Juni 1961, APE 5952.

### **Entschliebung des Europäischen Parlaments vom 29. Juni 1961 über die Beschleunigung des EWG-Vertrages**

*Betrifft: die Beschleunigung des EWG-Vertrages.*

#### **Das Europäische Parlament**

hebt die politische und wirtschaftliche Bedeutung einer beschleunigten Durchführung des Vertrages hervor;

billigt aus diesem Grunde die Absicht der EWG-Kommission, Ende des Jahres eine zusätzliche Senkung der Zölle zwischen den Mitgliedstaaten von 10 vH vorzunehmen;

erinnert daran, daß diese Senkung nicht darüber hinwegtäuschen darf, daß im Bereich der Wirtschaftsunion noch nicht genug unternommen wurde;

fordert folglich die uneingeschränkte Einhaltung des Vertrages, der die Festlegung einer gemeinsamen Agrarpolitik und einer gemeinsamen Verkehrspolitik sowie die Harmonisierung auf dem sozialen Gebiet und auf dem Gebiet des Handels vorsieht;

fordert die Kommission und den Ministerrat auf, auf allen Gebieten, insbesondere denjenigen der Landwirtschaft, des Verkehrs, des Handels und der Sozialpolitik, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, damit Ende des Jahres von der ersten zur zweiten Stufe übergegangen und gleichzeitig entsprechend dem Beschluß, der am 10. Mai 1960 von den im Rat versammelten Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten gefaßt wurde, eine zusätzliche Senkung der Zölle um 10 vH vorgenommen werden kann.

Quelle: Europäisches Parlament, Protokoll der Sitzung vom 28. Juni 1961, APE 5952.

**Kommuniqué über die Tagung des Ministerrats der EFTA in London  
vom 27. bis zum 28. Juni 1961**

*Betrifft: Ueberwindung der wirtschaftlichen Spaltung in Europa —  
Beschleunigung des Zeitplans für den Zollabbau.*

Der Rat der Europäischen Freihandelsassoziation trat am 27. und 28. Juni 1961 auf Ministerebene unter dem Vorsitz von Handelsminister Reginald Maudling in London zusammen.

Das Ziel der Europäischen Freihandelsassoziation war von Anfang an nicht nur die Schaffung eines freien Marktes zwischen ihren Mitgliedern, sondern letztlich auch die wirtschaftliche Integration ganz Europas zu einem einzigen europäischen Markt, der 300 Millionen Verbraucher umfassen und gegenüber der Außenwelt eine liberale Politik verfolgen würde. Dieses Ziel ist in der Stockholmer Konvention niedergelegt und seit Juli 1959 auf jedem Ministertreffen bekräftigt worden. Die Minister stellten fest, daß man sich der Gefahren der gegenwärtigen Spaltung in Europa allgemein stärker bewußt ist und infolgedessen Anzeichen für eine Bereitschaft vorhanden sind, neue Anstrengungen zur Beendigung dieser Spaltung zu machen, die während der letzten Jahre die europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit behindert hat. Die Beseitigung dieser Spaltung würde es den europäischen Ländern ermöglichen, den ersten Problemen der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Europa und der übrigen Welt ihre volle Aufmerksamkeit zu widmen, insbesondere den Beziehungen zwischen Westeuropa als Industriegebiet und den Entwicklungsländern anderer Kontinente. Neue Bemühungen um eine Beseitigung dieser europäischen Spaltung setzen die Bereitschaft voraus, daß jede Seite eine gewisse Modifizierung ihrer Politik vornimmt, doch muß dabei die grundlegende politische Position nicht nur mehrerer europäischer Staaten, sondern auch der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft respektiert werden. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben die Grundlage für eine Ueberprüfung der Probleme einer europäischen Integration geschaffen. Diese Ueberprüfung hat gezeigt, daß einige EFTA-Länder zwar keine Verpflichtungen politischer Art akzeptieren könnten, daß aber alle EFTA-Mitglieder bereit sind, zwecks Schaffung eines integrierten europäischen Marktes Verpflichtungen zu übernehmen, die über ihre Verpflichtungen aus der Stockholmer Konvention hinausgehen.

Die Minister kamen überein, daß das Ziel jeder Lösung sein muß, die Einheit und Solidarität in Europa zu fördern, die europäische Wirtschaft zu stärken und einen integrierten Markt auf einem soliden beständigen Fundament aufzubauen. Die Minister kamen überein, daß zu diesem Zweck wirksame Institutionen geschaffen werden müssen, um die Durchführung der Verpflichtungen zu überwachen, die zur Erzielung einer für alle Seiten annehmbaren Lösung erforderlich sind.

Die Minister prüften, ob ihr gemeinsames Ziel — ein einziger, alle EFTA-Mitglieder umfassender europäischer Markt — durch Verhandlungen über eine Mitgliedschaft in oder eine Assoziierung mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft erreicht werden könnte. Sie kamen zu dem Schluß, daß es noch zu früh sei, um zu beurteilen, ob das möglich und ein Erfolg wahrscheinlich sei; sie beschlossen, diese Frage auf ihrem nächsten Treffen erneut zu prüfen.

Die Minister kamen überein, daß die EFTA-Mitglieder, wenn ein solcher Kurs dann möglich sein sollte, ihr Vorgehen koordinieren und während der ganzen Verhandlungen geschlossen auftreten sollten. Die Minister beschlossen, daß Verpflichtungen der Mitglieder aus der Konvention der Europäischen Freihandelsassoziation sowie die Bestrebungen um eine Integration innerhalb der Assoziation zumindest so lange beibehalten

werden würden, bis in Verhandlungen zufriedenstellende Vereinbarungen ausgearbeitet worden sind, die den verschiedenen legitimen Interessen aller EFTA-Mitglieder Rechnung tragen und es somit allen ermöglichen, von demselben Zeitpunkt an in einem integrierten europäischen Markt mitzuwirken. Sie kamen überein, daß eine Teillösung, die eine neue wirtschaftliche Spaltung in Westeuropa schaffen würde, unter keinen Umständen als befriedigend betrachtet werden könnte.

Die Minister erinnerten an ihre Beratungen auf dem Genfer Treffen vom 14. bis zum 16. Februar 1961 und an ihren Beschluß, das Datum für die nächste zehnprozentige Senkung der Einfuhrzölle vom 1. Januar 1962 auf 1. Juli 1961 vorzuverlegen. Sie kamen überein, daß eine weitere Beschleunigung des Zeitplans für den Abbau der Schutzzölle innerhalb der EFTA von Vorteil sein würde, und beschlossen, die Angelegenheit auf ihrem nächsten Treffen weiter zu erörtern.

Im Verlauf ihres Treffens empfingen die EFTA-Minister den finnischen Botschafter in London, Tuominen, als Vertreter der finnischen Regierung. Der Vorsitzende des EFTA-Rates gab im Namen aller EFTA-Minister seiner Freude über das jüngste Inkrafttreten des Assoziierungs-Abkommens mit Finnland Ausdruck sowie über die damit gebotenen Aussichten auf eine fruchtbare wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Der finnische Botschafter erwiderte, seine Regierung empfinde große Genugtuung über die Bindung, die jetzt zwischen Finnland und den EFTA-Ländern durch das neue Abkommen geschaffen worden sei, das für sein Land größte Bedeutung habe.

Quelle: *British Information / Wirtschaft* (Britische Botschaft, Bonn) vom 6. Juli 1961.

#### **Erklärung des internationalen CEPES-Präsidiums, abgegeben anläßlich der Tagung des Comité Européen pour le Progrès Economique et Social in Frankfurt a. M. vom 7. Juli 1961**

*Betrifft:* Ausdehnung des kommunistischen Machtbereichs — politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit in der NATO — Aufgaben der OECD — Erfüllung des EWG-Vertrags — Zusammenlegung der Exekutiven der Europäischen Gemeinschaften — Erweiterung der EWG durch Beitritt oder Assoziation — politische Integration Europas.

I. Seit Kriegsende sieht sich die freie Welt einer wachsenden Bedrohung durch den Kommunismus ausgesetzt. Während es der Sowjetunion in den vergangenen 15 Jahren gelungen ist, ihren Machtbereich erheblich auszudehnen und mit den verschiedenen kommunistischen Ländern einen militärisch, politisch und wirtschaftlich einheitlichen Block zu schaffen, hat die Zusammenarbeit des Westens noch nicht das angestrebte Ausmaß erreicht. Der Nordatlantikpakt konnte durch die Zusammenfassung und den koordinierten Aufbau des Verteidigungssystems der Länder Nordamerikas und Westeuropas ein weiteres Vordringen kommunistischer Streitkräfte in Europa verhindern.

Auch die zwischenstaatlichen Organisationen in Europa hatten auf wirtschaftlichem Gebiet insofern Erfolg, als es gelungen ist, die nationalstaatliche Abkapselung zu überwinden. Trotzdem hat sich gezeigt, daß der Grad der Zusammenarbeit des Westens bisher nicht ausgereicht hat, internationale Erfolge des Ostblocks auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet zu verhindern.

II. Um diesen unbefriedigenden Zustand zu überwinden, setzt sich CEPES nachdrücklich dafür ein, daß die Atlantische Gemeinschaft politisch und wirtschaftlich gestärkt wird. Die Herausforderung des kommunistischen Blocks macht es zur Sicherung unserer



freiheitlichen Gesellschaftsordnung notwendig, daß die Staaten der Atlantischen Gemeinschaft ihre Zusammenarbeit auf alle wesentlichen Bereiche von Politik und Wirtschaft ausdehnen und ihre politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den übrigen Staaten der freien Welt intensivieren. Der defensive Charakter der Atlantischen Allianz darf nicht so ausgelegt werden, daß sich die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten auf die Fälle einer direkten militärischen Bedrohung oder die Abwehr kommunistischer Störmanöver zu beschränken hat. CEPES befürwortet eine ständige gegenseitige Konsultation zwischen den Regierungen der Vertragspartner über alle wichtigen Fragen der internationalen Politik und Wirtschaft. Kraftvolles und konstruktives Handeln der Organe der Atlantischen Gemeinschaft und der beteiligten Regierungen soll ihren Völkern das Leben in Freiheit bei steigendem Wohlstand und sozialer Sicherheit gewährleisten.

III. CEPES appelliert an die Regierungen der Nordatlantischen Allianz, den in Art. 2 des NATO-Vertrages niedergelegten Zielen der Beseitigung von Gegensätzen in ihrer internationalen Wirtschaftspolitik sowie der Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Vertragspartnern erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. Diese Aufgaben könnten für alle Länder des freien Europas, für die Vereinigten Staaten und Kanada von der OECD übernommen werden.

Durch einen progressiven und multilateralen Abbau der Zolltarife und quantitativen Restriktionen sollte die OECD auf eine allgemeine Steigerung des Welthandels hinwirken. Dabei muß in der westlichen Welt aber dem Erfordernis Rechnung getragen werden, einen möglichst hohen Beschäftigungsgrad aufrechtzuerhalten, um den Vorsprung gegenüber den totalitären Staaten zu halten, den Lebensstandard der westlichen Völker zu stabilisieren und zu erhöhen und die politische Stabilität in ihren Staaten zu bewahren.

Zugleich muß die OECD eine größere Freizügigkeit der Arbeitskräfte und des Kapitals gewährleisten, eine Harmonisierung der Konjunktur- und Währungspolitik erstreben und künstliche Verzerrungen der Selbstkostenpreise korrigieren, die aus unterschiedlicher sozialer und fiskalischer Gesetzgebung resultieren. Darüber hinaus sollte sie sich bemühen, die Entwicklung der unterentwickelten Länder zu fördern und deren dringlichste Probleme zu lösen. Das betrifft vor allem die Stabilisierung der Rohstoffpreise, die Ausbildung von Fachkräften, die technische Hilfeleistung und die Handels- und Fiskalpolitik der Industrieländer gegenüber den Entwicklungsländern.

Schließlich muß die OECD einen Beitrag zur Koordinierung der Handelspolitik gegenüber den Ostblockstaaten leisten. Auf Grund der Unterschiedlichkeit der Wirtschaftssysteme ist eine solche Koordinierung unerlässlich. Um diese Aufgaben erfüllen zu können, ist es wichtig, das Volumen, die Struktur und die Entwicklung der Austauschbeziehungen fortlaufend zu beobachten und die Durchsetzung gemeinsamer Prinzipien sicherzustellen. Ziel jeder gemeinsamen Wirtschaftspolitik der atlantischen Staaten muß es sein, allen Mitgliedern ein kräftiges Wirtschaftswachstum unter Aufrechterhaltung eines hohen Beschäftigungsgrades und eines stabilen Preisniveaus bei möglichst ausgeglichenen Zahlungsbilanzen zu gewährleisten.

IV. CEPES sieht in der Erfüllung des EWG-Vertrages eine notwendige Voraussetzung für die Festigung der gesamten Atlantischen Allianz und setzt sich nachdrücklich für eine raschere Weiterentwicklung der Zollunion zu einer echten Wirtschaftsgemeinschaft ein. Dazu ist es erforderlich, daß die EWG entschlossen auf dem Wege zu einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik, insbesondere auf dem Gebiet der Währungs- und Konjunkturpolitik, der Fiskalpolitik, der Sozialpolitik und Agrarpolitik, der Wettbewerbspolitik, der Energiepolitik und der Verkehrspolitik, fortschreitet.

Durch die Zusammenlegung der Exekutivorgane der drei Gemeinschaften — EWG, EGKS und EAG — sollte eine einheitliche Wirtschaftspolitik erleichtert und zugleich das Gewicht der Europäischen Gemeinschaft gestärkt werden.

V. Ein besonderes Problem ergibt sich durch das Nebeneinander von EWG und EFTA. CEPES fordert die Regierungen der sechs EWG-Länder und die EWG-Kommission auf, Großbritannien und andere westeuropäische Länder zum Beitritt zur EWG einzuladen. Denjenigen westeuropäischen Ländern, die aus politischen Gründen einen Beitritt zur EWG nicht vollziehen können (wie z. B. Oesterreich), sollte die EWG einen akzeptablen Assoziationsmodus anbieten.

Die Aufnahme weiterer Mitglieder in oder die Assoziierung weiterer Staaten an die EWG darf jedoch keinesfalls mit Konzessionen erkaufte werden, die die Erreichung der in den Verträgen der sechs Länder aufgestellten Ziele und die Fortschritte in der politischen Integration notwendigerweise gefährden müßten. CEPES befürwortet eine Erweiterung der EWG gemäß den in den Verträgen von Rom vorgesehenen Modalitäten, die den unerläßlichen Ausbau der OECD beschleunigen und verstärken würde.

VI. Die politischen Krisen, die in einigen Mitgliedstaaten der EWG in letzter Zeit offenkundig wurden, haben gezeigt, daß solche Erschütterungen eines Staates die Partnerstaaten nicht unberührt lassen, sondern im Gegenteil die politische Stabilität der ganzen Gemeinschaft bedrohen. Angesichts dieser Erkenntnis appelliert CEPES an die Regierungen der Mitgliedstaaten der EWG, eine neue Initiative zur politischen Integration Europas zu ergreifen. Dabei erinnert CEPES daran, daß schon auf der im Jahre 1955 abgehaltenen Außenministerkonferenz von Messina Einigkeit darüber bestand, daß die wirtschaftliche Integration der erste Schritt in Richtung auf eine nachfolgende politische Integration sein sollte. Die von Präsident de Gaulle vorgeschlagene Errichtung eines politischen Sekretariats der sechs Länder wird von CEPES als wichtiger Ansatzpunkt für die politische Integration angesehen. Um jedoch einen entscheidenden Fortschritt zu erzielen, schlägt CEPES vor, dieses Sekretariat nicht nur mit der Konfrontierung und Koordinierung der nationalstaatlichen Politik zu befassen, sondern es auch mit der Ausarbeitung eines Planes für eine echte politische Integration zu beauftragen. Dem politischen Sekretariat könnte auf diese Weise eine analoge Funktion übertragen werden, wie sie die Expertengruppe unter Paul-Henri Spaak bei der Vorbereitung des EWG-Vertrages oder die Gruppe der sogenannten „Vier Weisen“ bei der Vorbereitung der OECD-Charta innehatten.

Bei der Ausarbeitung des vorgeschlagenen Planes könnte auf Vorarbeiten der ad hoc-Versammlung der Montanunion zurückgegriffen werden, die im Jahre 1953 einen Satzungsentwurf für eine europäische Gemeinschaft erstellt hat. Die vorgeschlagene europäische politische Gemeinschaft sollte grundsätzlich allen Staaten Westeuropas offenstehen. Die Realisierung dieses Planes sollte keinesfalls hinausgezögert werden, wenn einige europäische Staaten heute noch nicht bereit sein sollten, sich diesen Bestrebungen anzuschließen. Eine europäische politische Gemeinschaft der Sechs wird im Laufe der Zeit einen ähnlichen Integrationssoß entwickeln, wie ihn die EWG heute bereits auf wirtschaftlichem Gebiet besitzt.

VII. CEPES appelliert an die Regierungen der atlantischen Staaten, sich noch stärker als bisher auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet zusammenzuschließen. Dabei muß der besonderen politischen und wirtschaftlichen Situation jedes Landes Rechnung getragen werden. Die einzelnen Staaten müssen aber auch bereit sein, nationale Interessen zurückzustellen, wenn sich diese mit dem Gesamtinteresse der westlichen Schicksalsgemeinschaft nicht decken. Nur eine Zusammenfassung des gesamten politischen und wirtschaftlichen Potentials wird den Völkern Westeuropas und Nordamerikas Freiheit und Frieden sichern.

Quelle: Pressemitteilung der deutschen CEPES-Gruppe.

**Erklärung des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa vom 11. Juli 1961**

*Betrifft:* Wirtschaftliche und politische Einigung Europas — gemeinsame Politik Europas und Amerikas — Entwicklungshilfe — wirtschaftliche Expansion — Währungsstabilität — Gemeinsamer Fonds für europäische Währungsreserven — Beitritt Großbritanniens zu den Europäischen Gemeinschaften.

Durch alle Krisen hindurch, die überall in der Welt aufeinanderfolgen, zeichnen sich tiefgreifende und umfassende Änderungen ab.

Das Kolonialzeitalter ist beendet. Die neuen unabhängigen Staaten drängen mit Ungeduld danach, zum Wohlstand zu gelangen, der heute das Merkmal der Industrieländer ist. Der Ostblock erweitert schnell seine Produktionskapazität. Die Sowjetunion verfügt über eine Rüstung, deren Stärke sich aus den Drohungen ihrer Führer gegen Berlin erkennen läßt.

Bei diesen Veränderungen der Welt drängt sich die jetzt im Gange befindliche Einigung Europas — wirtschaftlich und politisch — allmählich als eine Wirklichkeit auf, die die Aussichten unserer Länder und damit des Westens verändert. Auf Grund der Tatsache, daß unsere sechs Länder der Gemeinschaft sich vereinigen, arbeiten die Vereinigten Staaten jetzt mit Europa auf gleichem Fuß in der Atlantischen Wirtschaftsorganisation (OECD) zusammen, und England sowie andere europäische Staaten, die sich bisher von dieser Vereinigung ferngehalten haben, bereiten sich darauf vor, sich ihr anzuschließen. Gleichzeitig wandelt sich die Assoziation Europas mit gewissen afrikanischen Ländern, nachdem sie nunmehr unabhängig geworden sind, unter Bedingungen, die, wie die vor kurzem in Straßburg abgehaltene Konferenz zwischen afrikanisch-madagassischen und europäischen Parlamentariern zeigt, für die Zukunft ermutigend sind.

Wir erleben das Entstehen der europäischen Einheit, die unter Einbeziehung Englands zu den Vereinigten Staaten von Europa führen soll und schon jetzt die Assoziation mit Amerika ermöglicht, die uns die Einheit des Westens bringen wird.

Nur die Einigung kann den Westen in die Lage versetzen, seine eigenen Probleme nach und nach zu lösen und zur Beseitigung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Spannungen in der Welt beizutragen, die Konflikte auslösen können, welche zur Vernichtung der Zivilisation führen können. Die westlichen Länder haben seit dem Kriege immer Fehlschläge erlitten, wenn sie getrennt vorgegangen sind, während sie sich bei gemeinsamem Handeln neue Aussichten eröffnet haben.

Wir stehen noch am Anfang der Entwicklung, die zur Schaffung der Einheit des Westens notwendig ist. Unsere Länder haben bisher Schritt für Schritt das wirtschaftliche Europa, angefangen von der Kohle-Stahl-Gemeinschaft bis zum Gemeinsamen Markt, aufgebaut und nehmen jetzt ihre politische Organisation in Angriff, indem sie die jeweils auftretenden konkreten Probleme lösen.

In diesem Geiste bittet das Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa die Regierungen und die verantwortlichen Institutionen darum, daß diese zwar begrenzten, aber doch stetigen Fortschritte durch die im folgenden dargelegten Maßnahmen weiter verfolgt werden, deren Ziel es ist,

die Bemühungen um die wirtschaftliche und politische Einigung Europas fortzusetzen, eine gemeinsame Politik Europas und Amerikas (Hilfe für die unterentwickelten Länder — wirtschaftliche Expansion und Währungsstabilität des Westens) herbeizuführen, einen Gemeinsamen Fonds für europäische Währungsreserven zu schaffen, der den ersten Schritt auf dem Wege zu einer europäischen Währung bildet,



den Beitritt Großbritanniens und anderer europäischer Staaten zur wirtschaftlichen und politischen Einheit Europas zu erreichen.

### *Die Fortsetzung der wirtschaftlichen und politischen Einigung Europas*

Es ist wesentlich, daß die Bewegung zur wirtschaftlichen und sozialen Einheit unserer Länder weiterhin verstärkt wird, die zu Maßnahmen der Gemeinschaften führen soll, durch welche die gegenwärtige Lage tiefgreifender geändert wird, als es durch eine einfache Zollunion möglich wäre.

Ferner ist es notwendig und bei der derzeitigen Konjunktur auch möglich, die Herabsetzung der Zölle zwischen unseren Ländern noch zu beschleunigen, d.h. sie am 1. Januar des nächsten Jahres auf 50 vH ihres Standes vor Beginn des Gemeinsamen Marktes herabzusetzen, wie es die Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vorgeschlagen hat.

Außerdem muß alles darangesetzt werden, daß am 1. Januar nächsten Jahres der erste Abschnitt der Uebergangszeit des Gemeinsamen Marktes abgeschlossen und der zweite begonnen wird.

Die für eine Wirtschaftsunion, die mehr als nur eine einfache Zollunion sein soll, unerläßliche gemeinsame Politik unter Einbeziehung des sozialen Gebietes muß als notwendiger Schritt zur politischen Einheit unserer Länder unverzüglich in Angriff genommen werden. Insbesondere ist es dringend erforderlich, daß die Gemeinschaft eine gemeinsame Agrarpolitik annimmt und anwendet, denn von dieser wird die Lebenshaltung eines Viertels der erwerbstätigen Bevölkerung der Gemeinschaft sowie ihrer 170 Millionen Verbraucher betroffen.

Seit einem Jahr führen die Regierungen unserer sechs Länder Gespräche über die Gestaltung ihrer politischen Zusammenarbeit. Die Regierungschefs werden zur Besprechung dieser Fragen am 18. Juli zusammenkommen.

Die Europäische Gemeinschaft wird schließlich gefährdet sein, wenn die Länder der Gemeinschaft keine politische Zusammenarbeit herbeiführen.

Im Hinblick darauf hält es das Komitee für unerläßlich, ein Verfahren aufzustellen, das politische Abmachungen und eine politische Zusammenarbeit ermöglicht.

Diese Zusammenarbeit wird ihre Stärke aus der Interessengemeinschaft, die die im Gang befindliche wirtschaftliche Einigung zustande bringt, erhalten. Aus diesem Grunde ist das Komitee der Auffassung, daß es unbedingt notwendig ist, die Verbindungen zu definieren, die zwischen dieser politischen Zusammenarbeit und den bestehenden Wirtschaftsgemeinschaften erforderlich wären. Auf diese Weise wird die politische Zusammenarbeit zu neuen wichtigen Schritten auf dem Wege zur Bildung der Vereinigten Staaten Europas führen.

Das Komitee ist daher der Auffassung, daß die vorgesehenen Konsultationen einen positiven Anfang auf einem Wege darstellen, auf dem auch noch weitere Fortschritte erzielt werden müssen.

Man wird Wege finden müssen, um die Verfahren, nach denen die Abmachungen auf den Tagungen der Staats- und Regierungschefs gefaßt werden sollen, wirkungsvoller zu machen.

Die demokratische Grundlage der Institutionen muß erweitert werden.

Was die Verschmelzung der Exekutiven der drei Europäischen Gemeinschaften angeht, so würde deren Notwendigkeit durch den Beitritt Großbritanniens und anderer europäischer Länder noch mehr in Erscheinung treten.

Das Komitee ist der Ansicht, daß die sechs Regierungen unverzüglich eine grundsätzliche Entscheidung treffen sollten; die Zahl der Mitglieder und die Zusammensetzung wären später festzulegen.

*Die Einführung einer gemeinsamen Politik Europas und Amerikas*

Hilfe an die Entwicklungsländer — Wirtschaftliche Expansion und Währungsstabilität des Westens

Die Einigung Europas gibt den westlichen Ländern zum ersten Mal die Möglichkeit, die Probleme, die ihnen ganz offensichtlich gemeinsam sind, gemeinschaftlich in Angriff zu nehmen. Sie hat die Errichtung der Atlantischen Wirtschaftsorganisation, der OECD, ermöglicht, diese hat mit Vorrang einen Ausschuß für Entwicklungshilfe und einen Währungsausschuß gebildet, die eine gemeinsame Politik auf diesen lebenswichtigen Gebieten ausarbeiten sollen.

Das Komitee nimmt mit Befriedigung Kenntnis von der Einsetzung des Ausschusses für Entwicklungshilfe. Ebensowenig wie unsere Gesellschaft ihr inneres Gleichgewicht gefunden hätte, wenn sie nicht gegen die Probleme des Massenelends angegangen wäre, könnten die Freiheiten, die den höchsten Wert der westlichen Traditionen darstellen, in einer Welt, in der die Gegensätze zwischen Reichen und Armen, zwischen Schwarzen, Gelben und Weißen nicht beseitigt wären, kaum fortbestehen.

Die Anstrengungen unserer Länder waren bisher ungleich verteilt und insgesamt unzureichend. Jetzt bedarf es großzügigerer Programme und eines gemeinsamen Vorgehens.

Das Komitee ist der Auffassung, daß die gemeinsamen Anstrengungen der Länder der Gemeinschaft für die Hilfe an die Entwicklungsländer vermehrt werden müssen, und bittet die Regierungen unserer Länder, die Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu ersuchen, eine Auffassung über den Gesamtbeitrag, den unsere Länder während mehrerer Jahre leisten könnten, auszuarbeiten und im Sonderausschuß der OECD zum Ausdruck zu bringen.

Es ist dringend notwendig, das Währungssystem des Westens zu stärken, denn von ihm hängt es ab, ob wir die Probleme lösen können, die sich unseren Ländern in der Welt stellen.

Die Währungsstabilität ist ein wichtiges Mittel zur Sicherung der Kontinuität, die für den Erfolg der Wirtschaftspolitik erforderlich ist. Diese Stabilität ist heute nicht mehr ein Selbstzweck, sondern sie ist der unerläßliche Rahmen einer aktiven Politik der Vollbeschäftigung und der Ausweitung der Produktion, deren Ziel es ist, die Lebenshaltung unserer Industrieländer zu erhöhen und die Leistung von Entwicklungshilfe an die weniger begünstigten Länder zu ermöglichen.

Im Hinblick auf die stetige Produktionsausweitung des Westens erfordert die Währungsstabilität eine gemeinsame Politik Europas und Amerikas. Wenn Währungsmaßnahmen, die ohne ausreichende Koordinierung zur Ausführung kommen, zu einseitigen Reaktionen führen, so besteht die Gefahr, daß die Zersplitterung allmählich die bereits durch die Zusammenarbeit erzielten Erfolge zunichte macht und die Grundlagen des Währungssystems zerstört.

Die Erfahrung zeigt, daß man nur dann zu gemeinsamen Maßnahmen kommen kann, wenn gemeinsame Besprechungen stattfinden, bevor die Regierungen ihre Politik festlegen. Im Währungsausschuß der OECD besitzen wir zum ersten Mal die Einrichtung für diese Gespräche, der sowohl Amerika als auch Europa angehören.

Nach Ansicht des Komitees ist es dringend erforderlich, daß Amerika und Europa zusammen eine gemeinsame Politik erarbeiten und im Währungsausschuß der OECD vertreten, um das Währungssystem des Westens zu stärken und die Expansion seiner Produktionskapazität zu fördern.

*Gemeinsamer Fonds für europäische Währungsreserven*

## Erster Schritt auf dem Wege zu einer europäischen Währung

Das Aktionskomitee hatte in seiner Entschließung vom 20. November 1959 um die Schaffung eines Gemeinsamen europäischen Reservefonds für alle Länder der Gemeinschaft ersucht. Dieser Vorschlag ist von den Regierungen der Mitgliedstaaten nicht aufgegriffen worden. Die Entwicklung auf dem internationalen Währungsgebiet und die Bildung des Währungsausschusses der OECD verlangen jedoch heute Maßnahmen der Gemeinschaft als Gesamtheit, und das Komitee hält es für unerlässlich, auf diesen Vorschlag zurückzukommen.

Die gegenwärtige Schwäche des Währungssystems des Westens ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft durch ihren Wiederaufschwung heute als Gesamtheit ein Gewicht im internationalen Währungssystem erhalten und Verantwortungen zu übernehmen haben, die in ihrer nationalen Politik noch nicht genügend berücksichtigt werden.

Die Gesamtreserven der Länder der Gemeinschaft haben sich seit 1956 fast verdoppelt; während die einzelnen Mitgliedstaaten Reserven zwischen 2 und 7 Milliarden Dollar besitzen, verfügt die Gemeinschaft als Ganzes über 16 Milliarden Dollar und kommt damit nahe an den Stand der Reserven der Vereinigten Staaten heran<sup>1</sup>.

Der Gemeinsame Fonds für europäische Währungsreserven, der zum mindesten teilweise die Währungsreserven der sechs Länder zentralisieren würde und dessen Bestand je nach den nationalen Reserven veränderlich wäre, würde die technische Grundlage für eine wirksamere Aktion der Gemeinschaft im Innern und nach außen schaffen.

Es liegt auf der Hand, daß die stufenweise Einführung der im Vertrag von Rom vorgesehenen gemeinsamen Handelspolitik notwendigerweise eine gemeinsame Währungspolitik und eine europäische Währung erfordert. Der Gemeinsame Fonds für europäische Währungsreserven wäre der erste Schritt zur Erreichung dieses Zieles.

Auf diese Weise könnte der gegenseitige Beistand für alle Länder organisiert werden, die heute oder morgen an der Einigung Europas teilnehmen. Ferner wird die gemeinsame Währungsreserve es der Gemeinschaft ermöglichen, im Währungsausschuß der OECD eine gemeinsame Politik zu vertreten.

Das Komitee gibt dem Wunsche Ausdruck, daß die Kommission und der Währungsausschuß des Gemeinsamen Marktes dringlichst Vorschläge über Mittel und Wege zur Schaffung eines Gemeinsamen Fonds für europäische Währungsreserven, der zumindest teilweise die Währungsreserven der sechs Länder zentralisiert, ausarbeiten und den Regierungen der Mitgliedstaaten unterbreiten. Dieser Fonds würde es der Gemeinschaft ermöglichen, ihre gemeinsame Finanzpolitik als ersten Schritt auf dem Wege zu einer europäischen Währung zu gestalten und im Rahmen der OECD zur Stärkung des Währungssystems des Westens beizutragen.

*Beitritt Großbritanniens und anderer europäischer Länder zur wirtschaftlichen und politischen Einheit Europas*

Das Komitee ist der Auffassung, daß die Teilnahme Großbritanniens und anderer europäischer Länder an der Gesamtheit, welche durch die drei Europäischen Gemeinschaften und die Zusammenarbeit unserer Länder auf dem Gebiete der Politik gebildet wird, wesentlich zur Einigung Europas und zur Organisation des Westens beitragen würde.

Das Komitee mißt dem Gedeihen des Commonwealth höchste Bedeutung bei und glaubt, daß dieses durch den Beitritt Großbritanniens zur Einheit Europas, ungeachtet der etwa notwendigen Maßnahmen für einen Handelsausgleich, gefördert wird.

<sup>1</sup>) Außerdem sind die europäischen Reserven nicht mit hohen kurzfristigen Schulden belastet, wie es bei den amerikanischen Reserven der Fall ist.



Um zu erreichen, daß dieser Beitritt sich zum Nutzen aller auswirkt, muß, wie in der Vergangenheit, so auch in Zukunft die wirkliche Verbundenheit der Mitgliedstaaten gesichert werden. Diese Verbundenheit beruht auf der Annahme der von gemeinsamen Institutionen aufgestellten gemeinsamen Vorschriften durch alle. Dies ermöglichte es, an Stelle der nationalen Rivalitäten das gemeinsame Handeln unserer Länder zu setzen.

Der Gemeinsame Markt bringt außer einer Zollunion im wesentlichen Verfahren mit sich, die gemeinsame Beratungen und die Ausarbeitung einer gemeinsamen Politik auf allen Gebieten, in der Landwirtschaft, im Sozialwesen, auf dem Gebiet der Finanzen, des Handels und in anderen Bereichen, ermöglichen sollen. Die Erfahrung zeigt, daß die Probleme, die früher die Nationen getrennt haben, in der Gemeinschaft zu gemeinsamen Problemen werden und daß die Entscheidungen, die getroffen werden, zwangsläufig den Einzelinteressen der Mitgliedstaaten im Rahmen des Allgemeininteresses Rechnung tragen.

Es ist also möglich, daß Großbritannien der europäischen wirtschaftlichen und politischen Einheit beitrifft, und zwar notwendigerweise auf derselben Grundlage wie die derzeitigen Mitglieder und mit den gleichen Rechten und Pflichten.

Das Komitee bestätigt nochmals, daß die Europäische Gemeinschaft eine offene Gemeinschaft ist, und gibt dem lebhaften Wunsch Ausdruck, daß die Regierungen Großbritanniens und anderer europäischer Länder schnell die Entscheidung über ihren Beitritt zu der in Bildung begriffenen wirtschaftlichen und politischen Einheit Europas treffen.

Quelle: Comité d'Action pour les Etats-Unis d'Europe, Paris.

#### **Erklärung der Konferenz der Staats- bzw. Regierungschefs der sechs Mitgliedstaaten der EWG in Bonn vom 18. Juli 1961 über die Verstärkung der europäischen Zusammenarbeit**

*Betrifft:* Weiterentwicklung der politischen Arbeit — regelmäßige politische Konsultationen — Abstimmung der Außen- und Kulturpolitik — europäisches Statut — Beratungen des Europäischen Parlaments.

Die Staats- beziehungsweise Regierungschefs der Bundesrepublik Deutschland, Belgiens, Frankreichs, Italiens, Luxemburgs sowie der Ministerpräsident und der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Niederlande,

von dem Wunsche beseelt, die geistigen Werte und die politischen Ueberlieferungen, die ihr gemeinsames Erbe bilden, zu bekräftigen,

einig in dem Bewußtsein der großen Aufgaben, die Europa innerhalb der Gemeinschaft der freien Völker gestellt sind, um die Freiheit und den Frieden in der Welt zu wahren,

in dem Bestreben, die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bande, die zwischen ihren Völkern bestehen, insbesondere im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften, zu stärken und auf dem Wege zur Einigung Europas fortzuschreiten,

in der Ueberzeugung, daß nur ein geeintes Europa in der Lage ist, verbündet mit den Vereinigten Staaten von Amerika und anderen freien Völkern, den Gefahren zu begegnen, die die Existenz Europas und die der ganzen freien Welt bedrohen, und daß es unerläßlich ist, die Energien, die Fähigkeiten und die Mittel aller derer zusammenzufassen, für die die Freiheit ein unveräußerliches Gut ist,

entschlossen, ihre politische Zusammenarbeit mit dem Ziele der Einigung Europas zu entwickeln und damit gleichzeitig das mit den Europäischen Gemeinschaften begonnene Werk fortzuführen,

in dem Wunsch, daß andere europäische Staaten, die bereit sind, in allen Bereichen die gleiche Verantwortung und die gleichen Verpflichtungen zu übernehmen, den Europäischen Gemeinschaften beitreten mögen,

haben beschlossen:

1. dem Willen zur politischen Einigung, der schon in den Verträgen zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften enthalten ist, Form und Gestalt zu geben; zu diesem Zweck ihre Zusammenarbeit zu organisieren, deren Weiterentwicklung vorzusehen und ihr die Regelmäßigkeit zu sichern, die in fortschreitendem Maße die Voraussetzungen für eine gemeinsame Politik schaffen und es schließlich gestatten wird, das begonnene Werk durch Institutionen zu krönen;

2. in regelmäßigen Zeitabständen Zusammenkünfte zu dem Zweck abzuhalten, ihre Ansichten zu vergleichen, ihre Politik miteinander abzustimmen und zu gemeinsamen Auffassungen zu gelangen, um die politische Einigung Europas zu fördern und so das atlantische Bündnis zu stärken. Die notwendigen praktischen Vorkehrungen werden getroffen, um diese Zusammenkünfte vorzubereiten. Andererseits wird die Weiterführung einer aktiven Zusammenarbeit der Außenminister zur Stetigkeit des gemeinsamen Vorgehens beitragen. Die Zusammenarbeit der Sechs muß über den politischen Rahmen im eigentlichen Sinne hinausgehen; sie wird sich insbesondere auf den Bereich des Unterrichtswesens, der Kultur und der Forschung erstrecken, wo sie durch periodische Zusammenkünfte der beteiligten Minister sichergestellt werden wird;

3. ihre Kommission zu beauftragen, ihnen Vorschläge über die Mittel und Wege vorzulegen, die es ermöglichen würden, der Einigung ihrer Völker binnen kürzester Frist einen statuarischen Charakter zu geben.

Die Staats- bzw. Regierungschefs sind überzeugt, daß sie gerade durch eine derartige Ausgestaltung ihrer Zusammenarbeit die Ausführung der Verträge von Paris und Rom fördern werden. Sie sind ferner der Ansicht, daß ihre Zusammenarbeit die Reformen erleichtern wird, die im Interesse einer größeren Wirksamkeit der Gemeinschaften angebracht erscheinen sollten. Zu diesem Zweck haben sie beschlossen:

1. die verschiedenen Punkte der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 29. Juni 1961 über die politische Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften einer Prüfung unterziehen zu lassen;

2. die öffentliche Meinung stärker an dem begonnenen Werk zu beteiligen, indem man an das Europäische Parlament die Einladung ergehen läßt, seine Beratungen unter Mitarbeit der Regierungen auf die neuen Bereiche auszudehnen.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 132 vom 20. Juli 1961.

#### **Erklärung der Konferenz der Staats- bzw. Regierungschefs der sechs Mitgliedstaaten der EWG in Bonn vom 18. Juli 1961 über die kulturelle Zusammenarbeit**

*Betrifft: Hochschulwesen und Forschung — Rat der Erziehungsminister — Zusammenarbeit der Universitäten — Gründung der Europäischen Universität in Florenz.*

Die am 18. Juli 1961 in Bonn zusammengetretene Konferenz der Staats- beziehungsweise Regierungschefs hat den von der Studienkommission abgefaßten Bericht über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Hochschulwesens und der Forschung zur Kenntnis genommen.

Sie hat die Bildung eines Rats vorgesehen, der aus den Erziehungsministern bzw. den für die internationalen kulturellen Beziehungen zuständigen Ministern besteht und der von einem Kultursachverständigen-Ausschuß unterstützt wird, sowie den Abschluß einer oder mehrerer Uebereinkünfte über folgende Angelegenheiten:

Zusammenarbeit und Austausch zwischen den Universitäten der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften,

den „europäischen Charakter“, der nationalen Universitäts- oder Forschungsinstituten zuerkannt werden kann,

die Gründung einer Europäischen Universität in Florenz durch Italien, an deren geistigem Leben und an deren Finanzierung die sechs Regierungen sich beteiligen,

gegebenenfalls die Schaffung anderer europäischer Institute für Hochschulunterricht oder wissenschaftliche Forschung.

Die Studienkommission hat den Auftrag erhalten, in kürzester Frist den Entwurf der Uebereinkommen und der Dokumente fertigzustellen, die dazu bestimmt sind, diesen Plan einer kulturellen Zusammenarbeit in einer Gesamtheit zu verwirklichen.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 132 vom 20. Juli 1961.

**Erklärung des britischen Premierministers, Harold Macmillan, im Unterhaus am 31. Juli 1961 über die Politik der britischen Regierung gegenüber der EWG**

*Betrifft: Beziehungen zwischen EWG, Großbritannien, Commonwealth und EFTA — Aufnahme von Verhandlungen über Großbritanniens Beitritt zur EWG.*

Wenn Sie gestatten, möchte ich eine Erklärung über die Politik der britischen Regierung gegenüber der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft abgeben.

Die künftigen Beziehungen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Großbritannien, dem Commonwealth und dem übrigen Europa sind zweifellos Fragen von höchst entscheidender Bedeutung für das Leben unseres Landes, ja für alle Länder der freien Welt.

Hier handelt es sich sowohl um ein politisches als auch ein wirtschaftliches Problem. Obwohl sich der Vertrag von Rom mit Wirtschaftsfragen befaßt, hat er doch auch ein wichtiges politisches Ziel, nämlich die Einheit und Stabilität in Europa zu fördern, die im Kampf um die Freiheit und den Fortschritt auf der ganzen Welt ein so unerläßlicher Faktor sind. In unserer modernen Welt führt die Tendenz, daß sich größere Gruppen von Nationen bilden, die im gemeinsamen Interesse gemeinsam handeln, zu einer größeren Einheit und verleiht uns somit größere Stärke im Kampf um die Freiheit. Ich glaube, daß es sowohl unsere Pflicht ist als auch in unserem Interesse liegt, zu dieser Stärke beizutragen, indem wir uns um größtmögliche Einheit innerhalb Europas bemühen. Wenn engere Beziehungen zwischen Großbritannien und den Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft jedoch die seit langem bestehenden historischen Bande zwischen Großbritannien und den anderen Commonwealth-Nationen zerreißen sollten, dann wäre der Verlust größer als der Gewinn. Das Commonwealth ist ein großer Quell der Stabilität und Stärke sowohl für Westeuropa als auch für die gesamte Welt, und ich bin davon überzeugt, daß die Mitgliedsregierungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft seinen Wert voll würdigen. Ich glaube nicht, daß Großbritanniens Beitrag zum Commonwealth geschmälert wird, wenn sich Europa zusammenschließt. Im Gegenteil, ich glaube, sein Wert wird noch wachsen.

In wirtschaftlicher Hinsicht könnte eine Gemeinschaft, der die Länder des freien Europas als Vollmitglieder oder assoziierte Mitglieder angehören, zu einer sich sehr schnell ausweitenden Wirtschaft führen, die — was schließlich der Fall sein würde — einen einzigen Markt von annähernd 300 Millionen Menschen beliefern könnte. Diese sich rasch ausweitende Wirtschaft könnte ihrerseits zu einem erhöhten Bedarf an Erzeugnissen aus anderen Teilen der Welt führen und auf diese Weise zur Expansion



des Welthandels und zur Verbesserung der Aussichten der weniger entwickelten Gebiete beitragen.

Keine britische Regierung kann der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beitreten ohne vorherige Verhandlungen, die den Erfordernissen der Commonwealth-Länder, unserer Partner in der Europäischen Freihandelsassoziation und der britischen Landwirtschaft im Einklang mit den Grundgedanken und Zielen Rechnung tragen, die zur Konzeption einer europäischen Einheit führten und im Vertrag von Rom niedergelegt sind.

Wie dem Haus bekannt ist, haben einige Minister kürzlich die Commonwealth-Länder besucht, um die Probleme zu erörtern, die sich ergäben, falls sich die britische Regierung für Verhandlungen über den Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft entscheiden sollte. Wir haben den Commonwealth-Regierungen die grundlegenden politischen und wirtschaftlichen Ueberlegungen erläutert, die wir berücksichtigen müssen. Sie haben uns ihrerseits ihre Vorstellungen und in einigen Fällen ihre Besorgnisse um ihre lebenswichtigen Interessen dargelegt. Wir haben den Commonwealth-Regierungen zugesichert, während etwaiger Verhandlungen ständig in enger Fühlungnahme mit ihnen zu bleiben.

Zweitens ist da die Europäische Freihandelsassoziation. Wir haben gegenüber unseren Partnern in dieser Assoziation vertragliche und andere Verpflichtungen, und meine Ministerkollegen sind gerade von einer Konferenz des Ministerrats der Europäischen Freihandelsassoziation in Genf zurückgekehrt, auf der sich alle darin einig waren, daß sie während etwaiger Verhandlungen eng zusammenarbeiten sollten. Und schließlich sind wir entschlossen, den Lebensstandard unserer landwirtschaftlichen Bevölkerung auch weiterhin zu schützen.

Während der letzten neun Monate haben wir nützliche und offene Gespräche mit den Regierungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft geführt. Wir haben jetzt das Stadium erreicht, in dem wir ohne Aufnahme formeller Verhandlungen keine weiteren Fortschritte mehr erzielen können. Ich glaube, daß die große Mehrheit in diesem Hause und in unserem Land der Ansicht ist, daß sie nicht einwandfrei beurteilen kann, ob für Großbritannien ein Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft möglich ist, bevor sie nicht ein genaueres Bild von den Voraussetzungen hat, unter denen wir beitreten können, und weiß, in welchem Umfang diese unseren besonderen Erfordernissen Rechnung tragen. Artikel 237 des Vertrages von Rom sieht vor, daß die Bedingungen für die Aufnahme eines neuen Mitglieds und die Aenderungen in dem dabei ausgehandelten Vertrag in einem Abkommen niederzulegen seien. Deshalb müssen Verhandlungen stattfinden zur Festlegung der Bedingungen, unter denen wir beitreten können. Um in diese Verhandlungen einzutreten, ist es gemäß den Bestimmungen des Vertrags notwendig, einen formellen Antrag auf Aufnahme in die Gemeinschaft zu stellen — obwohl die letzte Entscheidung über den Beitritt oder Nichtbeitritt vom Ergebnis der Verhandlungen abhängen muß.

Die britische Regierung ist daher nach langen und ernsten Ueberlegungen zu dem Schluß gekommen, daß Großbritannien richtig handle, wenn es gemäß Artikel 237 des Vertrags formell die Aufnahme von Verhandlungen beantragt mit dem Ziel eines Beitritts in die Gemeinschaft, sofern befriedigende Vereinbarungen getroffen werden können zur Berücksichtigung der besonderen Erfordernisse Großbritanniens, des Commonwealth und der Europäischen Freihandelsassoziation.

Falls, wie ich ernstlich hoffe, unser Angebot, in Verhandlungen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft einzutreten, angenommen wird, werden wir keine Mühe scheuen, ein zufriedenstellendes Abkommen zu erreichen. Diese Verhandlungen werden zwangsläufig detaillierter und technischer Art sein und sich auf eine sehr große Zahl äußerst heikler und schwieriger Fragen erstrecken. Sie können sich deshalb sehr in die Länge ziehen, und natürlich ist keine Garantie für einen Erfolg gegeben.

Wenn etwaige Verhandlungen zu einem Abschluß gekommen sind, wird es die Aufgabe der Regierung sein, dem Haus vorzuschlagen, welchen Kurs wir steuern sollten. Ein Abkommen wird erst dann geschlossen werden, wenn es nach eingehenden Beratungen mit den anderen Commonwealth-Ländern, deren Form sie bestimmen können, die Zustimmung des Hauses gefunden hat.

Quelle: *British Information* (Britische Botschaft, Bonn) vom 3. August 1961.

### **Erklärung des Ministerrats der EFTA in Genf vom 31. Juli 1961 über Verhandlungen mit der EWG**

*Betrifft: Verhandlungen mit der EWG — Mitgliedschaft oder Assoziation — die Initiative Großbritanniens.*

Anläßlich ihres Londoner Treffens am 27. und 28. Juni hatten die EFTA-Minister beschlossen, in ihrer nächsten Sitzung die Frage zu prüfen, ob ihr gemeinsames Ziel, nämlich ein einziger europäischer Markt, durch Verhandlungen mit der EWG über die Mitgliedschaft beziehungsweise Assoziation erreicht werden könnte. Die Minister einigten sich über die Art und Weise, in welcher diese Verhandlungen innerhalb der EFTA zu koordinieren wären. Die Prüfung dieses Problems wurde bei der Ministerrats-sitzung in Genf am 28. Juli fortgesetzt. In diesem Zusammenhang erinnerten die Minister an die wiederholten Erklärungen der Mitglieder der EWG bezüglich ihrer Bereitwilligkeit, andere Länder als Vollmitglieder aufzunehmen oder diesen den Status eines assoziierten Landes zu gewähren.

Die Regierungen der EFTA-Länder sind der Auffassung, daß die Entscheidung der britischen Regierung über die heute nachmittag vom Premierminister im Unterhaus bekanntgegebene Initiative, der eine ähnliche Erklärung der dänischen Regierung folgte, geeignet ist, eine allen EFTA-Ländern gerecht werdende Lösung zu finden und damit die Solidarität und den Zusammenhalt Europas zu fördern. Bei dieser Beschlußfassung bekräftigten die Mitglieder der EFTA erneut die im Londoner Kommuniqué festgehaltenen Entscheidungen.

Die Mitglieder der EFTA sind der Auffassung, daß es die Pflicht aller Beteiligten ist, diese neue Möglichkeit nicht vorbegehen zu lassen. Die EFTA ihrerseits wird im Sinne des Londoner Kommuniqués alles in ihrer Macht Stehende tun, um diese Möglichkeit zu nutzen. Sämtliche Mitgliedstaaten der EFTA erklären ihre Absicht, mit der EWG Mittel und Wege für eine Lösung zu suchen, die es allen Mitgliedern der EFTA erlauben würde, gemeinsam an einem einzigen Markt von etwa 300 Millionen Menschen teilzunehmen.

Der EFTA-Rat wird in seinen künftigen Sitzungen prüfen, welche weiteren Maßnahmen von den EFTA-Mitgliedern im Hinblick auf diese neue Entwicklung zu ergreifen sein werden.

Der Rat ersuchte seinen Vorsitzenden, Dr. Bruno Kreisky, diese Erklärung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zur Kenntnis zu bringen.

Der Rat beauftragte den Generalsekretär, die finnische Regierung von diesen Entscheidungen zu informieren.

Quelle: EFTA-Pressemitteilung vom 31. Juli 1961.

### **Kommuniqué über die Tagung des Ministerrats der WEU in Paris vom 1. August 1961**

*Betrifft: Aufnahme von Verhandlungen über den Beitritt Großbritanniens zur EWG.*

1. Am 1. August 1961 trat der Rat der Westeuropäischen Union in der italienischen Botschaft in Paris unter dem Vorsitz von Herrn C. Russo zusammen. Die Bundes-

republik Deutschland war durch Herrn H. von Brentano, Belgien durch Herrn P. H. Spaak, Frankreich durch Herrn Couve de Murville, Luxemburg durch Herrn E. Schaus, die Niederlande durch Herrn J. M. A. H. Luns und das Vereinigte Königreich durch Herrn E. Heath vertreten.

2. Der Rat nahm einen Bericht von Lordsiegelbewahrer Heath über den von der britischen Regierung gefaßten Beschluß entgegen, nach Artikel 237 des Vertrages von Rom die Aufnahme von Verhandlungen mit dem Ziel des Beitritts des Vereinigten Königreichs zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu beantragen.

3. Die Vertreter der Unterzeichnerstaaten dieses Vertrages haben diesen Schritt, der für die politische und wirtschaftliche Zukunft Europas von größter Bedeutung ist, sehr begrüßt.

4. Sie erinnerten daran, daß sie stets den Beitritt derjenigen europäischen Staaten zu den Europäischen Gemeinschaften gewünscht haben, die bereit sind, auf allen Gebieten die gleiche Verantwortung und die gleichen Verpflichtungen zu übernehmen.

5. Der Rat war sich über die Notwendigkeit einig, unmittelbar nach Abschluß des vorgesehenen Verfahrens Verhandlungen aufzunehmen und im Geiste gegenseitigen guten Willens zu einem erfolgreichen Ende zu führen.

6. Wie es bei den regelmäßigen Tagungen des Rates der Westeuropäischen Union üblich ist, fand zwischen den Ministern ein Meinungsaustausch über andere Probleme von gemeinsamem Interesse statt, die sich aus der gegenwärtigen politischen Situation ergeben.

Quelle: *Bulletin des Presse und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 143 vom 4. August 1961.

**Kommuniqué der Kommission der EWG vom 1. August 1961  
über die Unterhauserklärung des britischen Premierministers vom 31. Juli 1961**

*Betrifft: Großbritanniens Beitritt zur EWG.*

Die Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hat mit lebhaftem Interesse und großer Befriedigung die Erklärung des Premierministers Macmillan bezüglich eines Beitritts Großbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zur Kenntnis genommen. Sie betrachtet diese Erklärung als einen Wendepunkt in der europäischen Nachkriegsgeschichte.

Sie sieht darin erneut den wirtschaftlichen und politischen Wert des seit 1950 unternommenen Integrationswerks. Sie begrüßt insbesondere die glückliche Formulierung der britischen Erklärung, wonach die bedeutende politische Zielsetzung des Vertrags von Rom in der Förderung der europäischen Einheit und Stabilität zu sehen sei, mit denen die wesentlichen Voraussetzungen für den Kampf um die Freiheit und den Fortschritt in der Welt geschaffen werden.

Sie verkennt ebensowenig wie die britische Regierung das Ausmaß und die Schwierigkeiten der künftigen Verhandlungen. Seit mehreren Monaten hat sich die Kommission mit den Fragen auseinandergesetzt, die im Falle eines Beitritts für Großbritannien und seine verschiedenen Partner einerseits und die Gemeinschaft andererseits aufgeworfen werden. Die Kommission ist entschlossen, sich ganz für eine positive Lösung dieser Fragen einzusetzen, um damit ihren Beitrag zur Verwirklichung dieser neuen Etappe in der wirtschaftlichen und politischen Einigung Europas zu leisten und die Bindungen der freien Welt auf beiden Seiten des Atlantik enger zu gestalten.

Quelle: Pressemitteilung der EWG vom 1. August 1961.



## Afrikanische Konferenzen seit Brazzaville und Casablanca

Auf den Konferenzen von Brazzaville und Casablanca um die Jahreswende 1960/61 (vgl. Dokumente S. D 112 ff.) hatte sich gezeigt, daß die Regierungen der selbständigen Staaten Afrikas sich immer intensiver in die Bemühungen um die afrikanische Einigung oder zumindest um regionale afrikanische Zusammenschlüsse einschalteten. In dem gleichen Maße hat die 1958 in Accra gegründete Konferenz der Afrikanischen Völker, die Sammelbecken der panafrikanischen Bewegung sein wollte, an repräsentativer Bedeutung und Einheitlichkeit verloren. Auf der dritten Vollversammlung, die vom 25. bis zum 31. März in Kairo stattfand, waren aus den Staaten der Brazzaville-Gruppe keine Delegationen mehr erschienen; viele andere Länder waren nur durch Exil- und Oppositionsgruppen vertreten. Die Spaltung zwischen den im betont antikolonialistischen Lager stehenden Gruppen und den gemäßigten Regierungen vieler Staaten, insbesondere den aus der Communauté und dem britischen Kolonialreich hervorgegangenen, wurde offen in den Debatten der dritten Vollversammlung ausgetragen und fand auch in den Schlußresolutionen einen Niederschlag, wo „die Haltung einiger unabhängiger afrikanischer Staaten beklagt wird, die sich unter dem Deckmantel der Neutralität selbst in lebenswichtigen gesamtafrikanischen Fragen passiv verhalten und durch ihre pazifistische Tätigkeit tatsächlich den Neokolonialismus fördern“. Die Bekämpfung von Imperialismus und Neokolonialismus nahm auf der Agenda der Konferenz und in ihren Resolutionen einen breiteren Raum ein als die positiven Ziele der Einigung und Zusammenarbeit. In diesem Zusammenhang wurden außer Israel, das besonders heftigen Angriffen ausgesetzt war, die Vereinigten Staaten, die Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Belgien, die Niederlande, die Südafrikanische Union und Frankreich namentlich erwähnt und die afrikanischen Völker vor jedem Zusammenschluß unter Anleitung solcher Mächte sowie vor der

wirtschaftlichen Durchdringung Afrikas durch sie gewarnt.

Fast zur gleichen Zeit traten vom 26. bis zum 28. März die Staats- und Regierungschefs der Brazzaville-Gruppe in Jaunde zusammen. Sie hatten seit Brazzaville bereits Gelegenheit gehabt, die damals beschlossene Koordinierung ihrer Außenpolitik bei den Verhandlungen über Algerien, Mauretanien und Kongo im Rahmen der Vereinten Nationen zu verwirklichen. Die Konferenz der Staatshäupter Afrikanischer Staaten und Madagaskars in Jaunde diente dazu, die wirtschaftliche, politische und militärische Zusammenarbeit weiter zu festigen. Wie aus dem Schlußkommuniqué hervorgeht, soll die afrikanisch-madagassische Union durch die Ausarbeitung der Modalitäten für gemeinsame Institutionen und Organe stark vorangetrieben werden (vgl. S. D 477 ff.). Ein wichtiges Ergebnis der Konferenz war die Unterzeichnung des vom Sachverständigenausschuß in Dakar Anfang Februar ausgearbeiteten Vertrages für die Organisation für Afrikanisch-Madagassische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (vgl. S. D 481 ff.).

Der Konferenz von Jaunde lag auch eine durch den Premierminister von Nigeria übermittelte Einladung zur Teilnahme an einer Konferenz Unabhängiger Afrikanischer Staaten südlich der Sahara vor, auf der der Aufbau einer wirtschaftlichen, kulturellen und technischen Zusammenarbeit beraten werden sollte. Mit dieser zum 8. Mai nach Monrovia einberufenen Konferenz sollte der Versuch unternommen werden, die Kluft zwischen der Brazzaville- und der Casablanca-Gruppe zu überbrücken. Die Brazzaville-Staaten kamen diesem Bestreben durch Annahme der Einladung entgegen. Auch Guinea und Mali, die der Casablanca-Gruppe angehören, assoziierten sich zunächst mit diesen Bemühungen. Auf einem Treffen mit dem Staatspräsidenten von Ghana, Kwame Nkrumah, beschlossen die

beiden Staatschefs, Sekou Touré und Modibo Keita, jedoch, eine Verschiebung der Konferenz zu beantragen. Ihre Bereitschaft zur Teilnahme ließen sie zunächst im ungewissen (vgl. den Wortlaut des Schlußkommunikés auf S. D 485).

Das Treffen der Staatschefs von Ghana, Guinea und Mali in Accra vom 27. bis zum 29. April galt vor allem der endgültigen Abfassung und Billigung eines Unionsvertrages zwischen den drei Staaten (vgl. S. D 486 ff.). Nach der Absicht der Gründer soll diese Union die Kerngruppe darstellen, um die sich später die „Vereinigten Staaten von Afrika“ kristallisieren könnten. Die als oberstes Organ fungierende Konferenz der Staatschefs der Union würde nach der „Union Charta“, die allerdings noch von den Parlamenten zu billigen ist, alle Macht innerhalb der Union in Händen halten. Bei ihrer zweiten Konferenz am 27. Juni 1961 in Bamako beschloß die Konferenz der Staatschefs, die in der Charta vorgesehenen Koordinierungsausschüsse am 12. August nach Labé einzuberufen. Am 1. Juli wurde die Charta in den Hauptstädten der drei Unionsländer veröffentlicht. Die Bekanntmachung über die geplante Gründung der Union Afrikanischer Staaten war unmittelbar vor dem Beginn einer Außenministerkonferenz der Casablanca-Staaten, deren Kerngruppe die drei Gründerländer bilden, erfolgt.

Die Casablanca-Gruppe hatte inzwischen auf einer Außenministerkonferenz in Accra vom 20. bis zum 22. Februar 1961 erneut zur Kongo-Frage Stellung genommen. In dem Abschlußkommuniké, das allerdings von Guinea nicht unterzeichnet wurde, hatte sich die Konferenz analog den von *Nkrumah* den Vereinten Nationen unterbreiteten Vorschlägen und im Gegensatz zu den in Casablanca gefaßten Beschlüssen für die Schaffung eines afrikanischen Kongo-Kommandos der Vereinten Nationen und den vorübergehenden Abzug aller auswärtigen diplomatischen Missionen und Vertreter aus dem Kongo eingesetzt. Da über die Durchführungsmaßnahmen der in Casablanca beschlossenen Charta noch keine Einigung erzielt werden konnte, fiel diese Aufgabe der nächsten Außenministerkonferenz in Kairo vom 30. April bis zum 5. Mai 1961 zu. Wie es in der Abschlusserklärung (vgl. S. D 489 f.) heißt, billigten die Außenminister den

Text eines Protokolls für die Durchführung der Afrikanischen Charta von Casablanca. In dem Protokoll sind Zusammensetzung, Aufgaben und Befugnisse der fünf geplanten Organe niedergelegt (vgl. S. D 490 ff.). Sitzungen des Wirtschaftsausschusses und des Gemeinsamen Oberkommandos haben in der zweiten Julihälfte in Conakry und Kairo stattgefunden. In ihren Stellungnahmen zu den aktuellen internationalen Problemen bestätigte die Außenministerkonferenz wiederum die antiwestliche Haltung der Gruppe, indem sie die Regierung *Gizenga* im Kongo und die Araber Palästinas ihrer Unterstützung versicherte und die Intervention in Kuba verurteilte. Dadurch, daß weder Ceylon, das als Beobachter in Casablanca vertreten war, noch Libyen als ursprüngliches Mitglied der Casablanca-Gruppe, noch Tunesien, das der Gruppe in Accra beigetreten war, in Kairo beteiligt waren, trat deutlich zutage, daß es nicht gelungen war, eine geschlossene Gruppe selbständiger afrikanischer Staaten in das antiwestliche Lager zu ziehen.

Die endgültige Absage dieser Gruppe an die Konferenz der Unabhängigen Afrikanischen Staaten südlich der Sahara, die kurz vor deren Zusammentreten am 8. Mai in Monrovia erfolgte, war daher für die Initiatoren eine Enttäuschung, besonders da Guinea und Mali gemeinsam mit Liberia, Elfenbeinküste, Togo und Kamerun zu den einladenden Staaten gehört hatten. Immerhin entsandten 20 von den 27 eingeladenen Staaten repräsentative Delegationen, von denen zehn durch die Staatschefs der betreffenden Länder angeführt wurden. Auf dieser Konferenz kamen zum ersten Mal Vertreter der Staaten des französischen Sprachbereichs mit solchen aus dem englischen Sprachbereich in Afrika zusammen. Besondere Bedeutung wurde der Teilnahme der Staatschefs von Nigeria, Sierra Leone und Togo beigemessen. Der Wunsch, die noch fehlenden unabhängigen Staaten zur Annäherung zu bewegen, kam in der versöhnlichen Rede zum Ausdruck, die der Präsident der Republik Senegal, Leopold Sedar Senghor, auf der Eröffnungssitzung hielt. Die Resolutionen der Konferenz von Monrovia (vgl. S. D 493 ff.) zeigen, daß die gemäßigte Konzeption der Brazzaville-Staaten, die jede Einschränkung der staatlichen Souveränität und jeden Führungs-

anspruch eines einzelnen Staates ablehnen und die gegenseitige Achtung der territorialen Integrität fordern, sich weitgehend durchgesetzt hat und daß es gelungen war, die zwischen verschiedenen Teilnehmerstaaten bestehenden Spannungen jedenfalls vorübergehend zu überbrücken.

Vier von der Konferenz von Monrovia geschaffene Expertenkommissionen, die in Dakar zusammentraten, um genauere Pläne

für die Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, kulturellem, wissenschaftlichem und technischem Gebiet auszuarbeiten, beendeten am 24. Juli ihre Arbeiten, deren Ergebnisse im September einer weiteren Konferenz der Staatschefs vorgelegt werden sollen. Die wichtigste Empfehlung dieser Expertenkonferenz bezieht sich auf die Schaffung eines gemeinsamen Marktes der 20 Teilnehmerstaaten.

## Konferenz der Staatschefs Afrikanischer Staaten und Madagaskars in Jaunde vom 26. bis zum 28. März 1961

### Schlußkommuniqué der Konferenz der Staatschefs Afrikanischer Staaten und Madagaskars in Jaunde vom 28. März 1961

Betrifft: Internationale Fragen — Algerien — Kongo — Mauretanien — Kamerun — Südafrika — Ruanda-Urundi — Beziehungen der auf der Konferenz vertretenen Staaten — wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit — Verhältnis zur EWG — gemeinsame Verteidigung.

Die Konferenz der Staatschefs Afrikanischer Staaten und Madagaskar, die am 26., 27. und 28. März 1961 in Jaunde unter dem Präsidium des Präsidenten der Republik Madagaskar, Philibert Tsiranana, tagte, hatte auf ihrer Tagesordnung Fragen politischer Natur stehen, die einmal die internationale Lage, zum anderen die Beziehungen dieser Staaten untereinander behandelten, sowie Fragen wirtschaftlicher Art betreffend die Beschlüsse der Konferenz von Dakar am 30. Januar 1961.

Die Konferenz hat der Prüfung dieser Fragen sechs Sitzungen gewidmet.

Sie hat eine allgemeine politische Erklärung angenommen, welche die Haltung der auf der Konferenz vertretenen Staaten gegenüber den internationalen Problemen, wie Algerien, dem Kongo, der Aufnahme Mauretaniens in die Vereinten Nationen, der Wiedervereinigung Kameruns und gegenüber der Apartheidspolitik in Südafrika festlegt.

Jeder Staat soll entsprechend dieser Erklärung seiner Delegation bei den Vereinten Nationen Anweisung geben, den von der Konferenz ausgearbeiteten Standpunkt zu unterstützen.

Ebenso hat die Konferenz das besondere Problem Ruanda-Urundis geprüft und beschlossen, sich für diejenige Stellungnahme einzusetzen, die der Demokratie und Unabhängigkeit in diesem Territorium am meisten nützt.

Die Konferenz hat die Einladung des Premierministers der Föderation von Nigeria, Sir Alhadji Abubakar (Tafawa) Belawa, zur Teilnahme an einer Konferenz der unabhängigen afrikanischen Staaten südlich der Sahara angenommen.

Ziel dieser Konferenz wäre der Aufbau einer kulturellen, technischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit dieser Staaten untereinander.

Die Konferenz könnte nach der Kongo-Konferenz von Monrovia stattfinden.

Hinsichtlich der Beziehungen der auf der Konferenz vertretenen Staaten untereinander hat die Konferenz mehrere Entschlüsse gefaßt über:



*A. Die diplomatische Vertretung*

Die Republik Elfenbeinküste ist mit der Ausarbeitung eines entsprechenden Vertragsentwurfs und einer Untersuchung über diese Frage beauftragt worden.

*B. Nationalität und staatsbürgerliche Zugehörigkeit*

Die Republik Kamerun ist mit der Ausarbeitung eines multilateralen Vertragsentwurfs und einer Bestandsaufnahme beauftragt worden.

*C. Gegenseitige Hilfe auf dem Gebiet der Rechtsprechung und Beratung auf wirtschaftlichem Gebiet*

Die Republik Senegal ist mit der Ausarbeitung eines entsprechenden Vertragsentwurfs und einer Untersuchung beauftragt worden.

*D. Koordinierung des Fernmeldewesens*

Die Republik Niger ist mit der Ausarbeitung eines entsprechenden Vertragsentwurfs und einer Untersuchung beauftragt worden.

Die einzelnen Untersuchungen werden allen Staaten zugeleitet, die ihrerseits dem referierenden Staat vor dem 15. Juni 1961 ihre Einwände und Verbesserungsvorschläge unterbreiten.

*E. Die gemeinsame Verteidigung*

Eine Sachverständigenkonferenz, die den Auftrag hat, das Verteidigungsabkommen auszuarbeiten, wird am 30. Juni 1961 in Tananarivo zusammentreten.

Als Sitz der Organisation ist Ouagadougou festgelegt.



Hinsichtlich der Entschließung der Wirtschaftskonferenz von Dakar hat die Konferenz sämtliche von den Sachverständigen in Dakar und Jaunde ausgearbeiteten Resolutionen gebilligt.

Die Konferenz hat auf Grund dessen mehrere Entscheidungen getroffen.

Sie hat den Vertrag der „Organisation Africaine et Malgache de Coopération Economique“ angenommen, der die 12 Staaten angehören. Sitz des Generalsekretariats der Organisation ist Jaunde.

Die Staats- und Regierungsoberhäupter haben den Vertrag zur Gründung einer Allgemeinen Luftfahrtgesellschaft, genannt „Air-Afrique“, unterzeichnet. Als Verwaltungssitz dieser Gesellschaft wurde Abidjan bestimmt.

Die Konferenz hat schließlich die Frage der Beziehungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auf Grund der Ergebnisse der Konferenz von Dakar sowie eines Briefes geprüft, den der Präsident der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vor kurzem an jeden einzelnen Staatschef gerichtet hat.

Die Konferenz hat die Grundsätze für eine einheitliche Verhandlungsführung der 12 Staaten mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft festgelegt und hat beschlossen, daß jedes Staatsoberhaupt diese Grundsätze dem Präsidenten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft mitteilt. Schließlich hat die Konferenz ein Datum für die Aufnahme dieser Verhandlungen vorgeschlagen.

Ein Sachverständigenkomitee, das die Aufgabe hat, die technischen Grundlagen für diese Verhandlungen auszuarbeiten, wird am 25. April in Paris in der Botschaft Kameuns zusammentreffen.

Die nächste Konferenz der afrikanischen und madagassischen Staats- und Regierungsoberhäupter wird vom 4. bis zum 10. Juli in Tananarivo tagen.

Die Konferenz hat die Grußbotschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten mit Befriedigung zur Kenntnis genommen und hat ihren Präsidenten ermächtigt, Präsident Kennedy zu antworten.

Die Staats- und Regierungsoberhäupter, die an der Konferenz teilgenommen haben, möchten dem Präsidenten der Republik Kamerun, der in seiner Begrüßungsansprache eine bedeutende Bilanz der wirksamen und brüderlichen Zusammenarbeit der 12 Staaten untereinander gezogen hat, sowie der Regierung, der Nationalversammlung und dem ganzen Volk Kameruns ihren persönlichen Dank aussprechen und ihnen und ihrer Völker beste Wünsche für das Glück und Wohlergehen der Republik Kamerun entbieten.

Quelle: Nach *Afrika-Informationsdienst*, Nr. 11/1961, Dokument Nr. 89.

**Erklärung der Konferenz der Staatshäupter Afrikanischer Staaten und Madagaskars  
in Jaunde vom 28. März 1961**

*Betrifft:* Algerien — Kongo — Mauretanien — Kamerun — Südafrika — Beziehungen zwischen dem Conseil de l'Entente und Frankreich.

Zusammengetreten zu einem Zeitpunkt, da die Hoffnungen auf Frieden in Algerien und die Entwicklung des kongolesischen Problems die Richtigkeit der Einschätzung dieser beiden Probleme und der Stellungnahme dazu seitens der Konferenz der beteiligten Staaten beweisen;

besorgt über die internationale Spannung zwischen den Großmächten, die wieder einmal in einem unterentwickelten Lande, in Laos, aufgetreten ist — eine erneute Bestätigung der Tatsache, daß der Kalte Krieg sich immer wieder in Ländern verbreitet, die erst kurze Zeit zuvor die Unabhängigkeit erlangt haben;

in dem Wunsch, die Weltöffentlichkeit auf die Gefahr aufmerksam zu machen, die solche Situationen für den Frieden darstellen;

in der Erkenntnis, daß die Bedrohung noch größer ist für die jungen unabhängigen Nationen, deren Gebiete der Gefahr ausgesetzt sind, zum Kampfplatz zu werden, auf dem die Großmächte ihre Rivalitäten austragen;

unter Hinweis auf die von der Konferenz von Brazzaville aufgestellten Prinzipien, die die Grundlage für eine politische Abstimmung der zwölf afrikanischen Staaten und Madagaskar darstellen;

begrüßt die Konferenz die bevorstehende Aufnahme von direkten Verhandlungen zwischen der französischen Regierung und der GPRA in Evian als neuen bedeutenden Fortschritt auf dem Wege zum Frieden in Algerien;

die Aufnahme dieser Verhandlungen zeigt, daß die von den zwölf Staaten in Brazzaville formulierte und von ihren Delegationen in New York verteidigte These über direkte Verhandlungen ohne Vorbedingungen und ohne Teilung sich durchgesetzt hat.

Die Konferenz appelliert an die französische Regierung und an die GPRA, dafür Sorge zu tragen, daß die Verhandlungen von Evian endlich Frieden und Freundschaft zwischen dem französischen und dem algerischen Volk bringen.

Die Konferenz begrüßt mit Genugtuung die Ergebnisse der Konferenz von Tananarivo über die Kongo-Frage. Sie wünscht, daß alle politischen Richtungen im Kongo diese Linie weiter verfolgen und sich darauf einigen, eine Lösung der gegenwärtigen Krise

zu finden, die den Interessen des kongolesischen Volkes entspricht und seine Unabhängigkeit und Einheit wahrt und festigt.

Sie verurteilt jede Haßpolitik, die die Kongolesen gegeneinander aufwiegelt, und deren Konsequenz wie bei Korea und Vietnam die verhängnisvolle Aufspaltung des Landes in zwei Teile sein würde.

Sie ist der Ansicht, daß der Beitrag der Vereinten Nationen, so wertvoll er in vieler Hinsicht für das kongolesische Volk ist, sich nicht zu unzulässiger Vormundschaft auszuwachsen darf. Jeder Beschluß der Vereinten Nationen auf allen Gebieten muß in Übereinstimmung mit den kongolesischen Behörden gefaßt werden.

Für den Fall, daß diese von den kongolesischen Behörden akzeptierte Hilfe in militärischer Form zu leisten ist, würde die Konferenz gegebenenfalls die Entsendung von Truppen durch die Teilnehmerstaaten vorsehen.

Dies sind die Grundsätze, die die Konferenzstaaten bezüglich des Kongo-Problems bei der geplanten Zusammenkunft in Monrovia vertreten werden, an der sie beschlossen haben, sich zu beteiligen.

Die an der Konferenz beteiligten Staaten werden nach der Zusammenkunft von Monrovia alle Maßnahmen treffen, die die Situation im Kongo erfordert.

Die Konferenz stellt mit Befriedigung fest, daß die Sache Mauretaniens, das seine Unabhängigkeit auf der Grundlage der Selbstbestimmung des mauretanischen Volkes und auf friedlichem Wege erlangt hat, jetzt in der Weltöffentlichkeit ein besseres Verständnis findet und durch die wachsende Solidarität der afrikanischen Völker und der ganzen Welt begünstigt wird, wie bewiesen ist durch die Zulassung der Islamischen Republik Mauretanien zur Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Afrika und zur Weltgesundheitsorganisation.

Die Nichtzulassung der Islamischen Republik Mauretanien zu den Vereinten Nationen auf Grund des sowjetischen Vetos und nicht auf Grund eines Beschlusses der Generalversammlung darf also nicht andauern.

Demgemäß fordert die Konferenz die Delegierten der Teilnehmerstaaten auf, der Generalversammlung die Resolution vorzulegen, die im Verlauf der vorhergehenden Sitzung hinterlegt worden ist, und in der eine Wiederaufnahme der Frage der Zulassung Mauretaniens durch den Sicherheitsrat vorgesehen ist.

Die Konferenz beschließt ferner, den Standpunkt der Republik Kamerun über das Problem Nordkamerun zu unterstützen, das noch unter britischer Treuhandschaft steht.

Die Konferenz verurteilt feierlich die von Südafrika eingeführte Apartheidspolitik, deren Verfolgung zu der Krise im Commonwealth geführt hat.

Die Konferenz stellt mit Genugtuung fest, daß ihre Zwölf-Staaten-Gruppe im internationalen Rahmen in zunehmendem Maße Gehör findet und daß ihr in gemäßigter Form und mit Festigkeit vorgetragener Standpunkt zu allen Problemen, die die Zukunft Afrikas und den Weltfrieden betreffen, als wertvoller Beitrag gedient hat.

Sie blickt ferner mit Genugtuung auf die in der Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerstaaten auf allen Gebieten erzielten Fortschritte, die auf die Entstehung einer afrikanisch-madagassischen Union hinzielen.

Die Konferenz begrüßt die Abkommen, die zur Zeit zwischen Frankreich und den Staaten des „Conseil de l'Entente“ abgeschlossen werden. Durch diese Verträge zeigen Frankreich und die Teilnehmerstaaten der Konferenz, daß sie einen überholten Formalismus überwinden und sich den Idealen zuwenden, von denen sie beseelt sind. Damit beweisen sie in ihrem Lebensstil und ihrer Handlungsweise, daß die brüderliche



Freundschaft zwischen ihren Völkern und die wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit auf der Grundlage der Unabhängigkeit und Gleichberechtigung der Staaten die besten Fundamente für eine Gemeinschaft der Interessen, der Gefühle und der Handlungen sind, wie sie heute mehr denn je notwendig ist in einer Welt, die um die Erhaltung des Friedens und die Sicherung einer glücklichen Zukunft für die Menschheit bemüht ist.

Die Konferenz appelliert erneut an alle afrikanischen Staaten, die um die Einheit bemüht sind und mit den Teilnehmerstaaten auf der Grundlage der in Brazzaville definierten und in Jaunde feierlich bestätigten Prinzipien zusammenarbeiten wollen.

Quelle: *La Documentation Française, Articles et Documents*, Nr. 0.1084 vom 18. April 1961.

### **Vertrag vom 28. März 1961 über die Errichtung einer Afrikanisch-Madagassischen Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit**

*Betrifft:* Koordinierung der Wirtschaftspolitik und Entwicklungspläne — Arbeitsmethode der Organisation — Organe: Rat, Sekretariat, technische Ausschüsse — regionale Zusammenarbeit.

Die Regierungen der Republik Kamerun, der Zentralafrikanischen Republik, der Republik Kongo (Brazzaville), der Elfenbeinküste, der Republik Dahome, der Republik Gabun, der Republik Obervolta, der Republik Madagaskar, der Islamischen Republik Mauretanien, der Republik Niger, der Republik Senegal und der Republik Tschad

In Anbetracht der Notwendigkeit, ihre politische Unabhängigkeit durch die wirtschaftliche und soziale Förderung ihrer Völker zu festigen;

von der Feststellung ausgehend, daß es sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht darum handelt, eine Körperschaft mit supranationalem Charakter zu schaffen, was mit der Aufgabe von Souveränitätsrechten verknüpft wäre, da die Verwirklichung der erwähnten Ziele durch eine auf Vereinbarung beruhende Aktion erreicht werden kann, bei der die politische Persönlichkeit respektiert wird, und die die Staaten auf eigene Initiative und in eigener Verantwortung durchführen;

in der Erwägung, daß die Verwirklichung dieser Ziele eine auf Vereinbarung beruhende Aktion erfordert, bei der die politische Persönlichkeit respektiert wird, und die die Staaten auf eigene Initiative und in eigener Verantwortung durchführen;

in dem Wunsch, ihre Wirtschaftspolitik zu harmonisieren und so einen Beitrag zur Stärkung der afrikanisch-madagassischen Solidarität zu leisten, indem sie unter Wahrung der bestehenden internationalen Verpflichtungen die wirtschaftlichen Bindungen, die sie untereinander einigen, weiter stärken

sind zu folgender Uebereinkunft gekommen:

## **KAPITEL I**

### **Allgemeine Bestimmungen**

**Artikel 1:** Es wird eine Afrikanisch-Madagassische Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit geschaffen, die im folgenden als die Organisation bezeichnet wird.

**Artikel 2:** Ziel der Organisation ist es, eine feste Solidarität zu schaffen und den Willen zu enger Zusammenarbeit bei den afrikanischen Staaten und Madagaskar zu stärken, damit sie raschere Fortschritte bei der Hebung des Lebensstandards ihrer Völker erzielen können.

*Artikel 3:* Zu diesem Zweck wirkt die Organisation mit ihrer Arbeit auf eine stetige Annäherung der wirtschaftspolitischen Zielsetzungen der Mitgliedstaaten und auf eine Koordinierung ihrer Entwicklungspläne hin. Diese Wirksamkeit kann alle Gebiete der Volkswirtschaft erfassen, insbesondere jedoch die folgenden:

- die Produktion (Koordinierung der landwirtschaftlichen Erzeugung, Technisierung) und die Industrialisierung sowie die Finanzierung dieser beiden Gebiete (Kredit- und Fiskalpolitik, Investierungsmethoden, afrikanisch-madagassischer Entwicklungs- und Solidaritätsfonds);
- Binnen- und Außenhandelsverkehr (Preise und Märkte, Zolltarife, Handelspolitik, interafrikanische Handelswege);
- die Währung (afrikanisch-madagassische Zusammenarbeit und gemeinsame Währungspolitik gegenüber der Außenwelt);
- Beziehungen zu den anderen regionalen und internationalen Wirtschaftsorganisationen.

*Artikel 4:* Für ihre Tätigkeit macht die Organisation Gebrauch von den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln, insbesondere:

- Ausarbeitung von Empfehlungen an die Mitgliedstaaten bezüglich der Harmonisierung der inländischen Wirtschaftspolitik;
- Inangriffnahme gemeinsamer Unternehmen auf Grund gemeinsam aufgebrachtter Mittel und zum gemeinsamen Nutzen, sofern diese notwendigerweise auf mehrstaatlicher Basis ausgeführt werden müssen;
- Koordinierung von afrikanisch-madagassischen wissenschaftlichen und geologischen Forschungsprogrammen, wobei auch die Schaffung mehrstaatlicher Institute und die Zusammenarbeit mit ausländischen oder internationalen Instituten ins Auge gefaßt werden kann;
- Festsetzung von Normen, Zentralisierung und Verbreitung von Dokumentation und Information;
- das Führen von Verhandlungen im Namen der einzelnen Mitgliedstaaten mit anderen Organisationen oder Ländern.

*Artikel 5:* Die Organisation hat folgende Organe: den Rat, das Generalsekretariat, die technischen Ausschüsse.

## KAPITEL II

*Artikel 6:* Der Rat ist das oberste beschlußfassende Organ der Organisation. Jeder Staat entsendet einen Vertreter in den Rat.

*Artikel 7:* Der Rat tritt alle sechs Monate zu einer ordentlichen Sitzung zusammen, wobei der Termin für die Eröffnung einer Sitzung jeweils von ihm selbst bei Abschluß der vorhergehenden Sitzung festzulegen ist.

Er kann auf Veranlassung seines Präsidenten oder einer Mehrheit seiner Mitglieder durch den Präsidenten zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen werden.

Er tagt abwechselnd in den verschiedenen Mitgliedstaaten, das erste Mal zwei Monate nach Inkrafttreten dieses Vertrages.

*Artikel 8:* Der Vorsitz im Rat wird der Reihe nach von jedem Mitglied wahrgenommen, und zwar jeweils für die gesamte Sitzungsperiode, von Beginn einer ordentlichen Sitzung bis zum Beginn der nächsten.

*Artikel 9:* Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, an den Ratssitzungen teilzunehmen oder sich durch einen anderen Mitgliedstaat vertreten zu lassen.

*Artikel 10:* Die Beschlußfassung und die Abfassung von Empfehlungen erfolgt durch übereinstimmenden Beschluß aller Mitglieder.

Jedes Mitglied hat eine Stimme.

*Artikel 11:* Wenn ein Mitgliedstaat bei einer Sitzung des Rates nicht anwesend und nicht vertreten ist, wird vorausgesetzt, daß dieses Mitglied die in seiner Abwesenheit gefaßten Beschlüsse annimmt, falls es nicht innerhalb einer vom Rat anzusetzenden Frist seinen Einspruch geltend gemacht hat; in diesem Fall werden die Beschlüsse nicht durchgeführt. Die Mitglieder, die bei diesen Beschlüssen mitgewirkt haben, können jedoch beschließen, daß sie für die Beteiligten anwendbar sein sollen.

*Artikel 12:* Der Rat nimmt zu allen Fragen Stellung, deren Studium seiner Ansicht nach für die Verwirklichung der gemeinsamen Ziele angebracht ist.

*Artikel 13:* Der Rat stellt die Geschäftsordnung für die verschiedenen Organe der Organisation auf.

*Artikel 14:* Der Rat stellt jedes Jahr den Haushalt der Organisation auf und setzt den Beitrag fest, den jeder Staat zu leisten hat.

### KAPITEL III

#### Das Generalsekretariat

*Artikel 15:* Der Rat wird bei der Durchführung seiner Aufgaben von einem jeweils auf zwei Jahre zu ernennenden Generalsekretär unterstützt.

*Artikel 16:* Im Rahmen der Befugnisse des Rates nimmt der Generalsekretär die Verwaltungsgeschäfte der Organisation wahr.

Der Rat legt die Befugnisse des Generalsekretärs fest.

Außer dem Jahresbericht legt der Generalsekretär dem Rat bei der Eröffnung jeder Sitzungsperiode einen Bericht vor.

*Artikel 17:* Der Generalsekretär und das Personal des Sekretariats, das ihm unterstellt ist, erhalten ihre Anweisungen nur von dem jeweils amtierenden Ratsvorsitzenden und können auch nur von ihm Anweisungen anfordern.

### KAPITEL IV

#### Die technischen Ausschüsse

*Artikel 19:* Die Organisation umfaßt folgende technischen Ausschüsse:

- einen Ausschuß für wissenschaftliche und technische Forschung,
- einen Studienausschuß für Währungsprobleme,
- einen Ausschuß für wirtschaftliche und soziale Entwicklung (Studien, Pläne, Harmonisierung der Fiskalpolitik und der Investierungsmethoden . . .)

*Artikel 20:* Weitere Ausschüsse können auf Veranlassung der Organisation oder mehrerer Staaten zum Studium allgemeiner regionaler oder besonderer Probleme geschaffen werden.

### KAPITEL V

#### Regionale Zusammenarbeit

*Artikel 21:* Die afrikanischen und madagassischen Staaten, gleichgültig ob die Anregung dazu von einem Mitglied der Organisation oder von einem Nichtmitglied ausgeht, können jederzeit, wenn es notwendig ist, zur Behandlung spezifischer Interessen



unter der Schirmherrschaft der Organisation, im Geiste der Zusammenarbeit und der Solidarität, der auch den gegenwärtigen Vertrag bestimmt, zusammentreten.

Die so zusammengetretenen Staaten können Sonderbeschlüsse, die nur sie betreffen, fassen, soweit diese nicht im Widerspruch zu den Entscheidungen der Organisation stehen.

Sie können von der Organisation beauftragt werden, regionale Aktionen durchzuführen.

Sie haben die Möglichkeit, die Errichtung regionaler Sekretariate oder technischer Ausschüsse zu fördern, die sich mit ihren spezifischen Problemen befassen.

## KAPITEL VI

### Verschiedene Bestimmungen

*Artikel 22:* Der Rat befaßt sich alljährlich im Verlauf seiner letzten Sitzung mit der Frage, wie die Arbeit der Organe auf die inzwischen erfolgte Weiterentwicklung der in diesem Vertrag enthaltenen Zielsetzung umzustellen ist.

Die vom Rat in diesem Zusammenhange getroffenen Beschlüsse werden in diesen Vertrag aufgenommen werden.

*Artikel 23:* Die Mitgliedstaaten ergreifen alle erforderlichen Maßnahmen, um die Durchführung der Bestimmungen dieses Vertrages und der sich aus der Tätigkeit der Organe ergebenden Beschlüsse sicherzustellen.

*Artikel 24:* Die Zulassung eines neuen Mitglieds erfolgt durch Entscheidung des Rats.

*Artikel 25:* Der vorliegende Vertrag wird von den Signatarstaaten gemäß ihren jeweiligen Verfassungsbestimmungen ratifiziert oder angenommen.

Die Ratifikations- oder Annahmearkunden werden bei der Regierung der Republik . . . hinterlegt, die als Verwahrerregierung bezeichnet wird.

*Artikel 26:* Der vorliegende Vertrag tritt in Kraft, sobald Ratifikations- oder Annahmearkunden von acht Staaten bei der Regierung der Republik . . . hinterlegt worden sind.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten ihre Unterschriften unter diesen Vertrag gesetzt.

Geschehen zu Jaunde am . . .

Der Präsident der Republik Kamerun

Der Präsident der Zentralafrikanischen Republik

Der Präsident der Republik Kongo

Der Präsident der Republik Elfenbeinküste

Der Ministerpräsident der Republik Gabun, Staatschef

Der Präsident der Republik Dahome

Der Präsident der Republik Obervolta

Der Ministerpräsident der Islamischen Republik Mauretanien

Der Präsident der Republik Madagaskar

Der Präsident der Republik Niger

Der Regierungspräsident der Republik Senegal

Der Staatschef, Präsident des Ministerrates der Republik Tschad.

Quelle : *La Documentation Française, Articles et Documents*, Nr. 0.1084 vom 18. April 1961.

Konferenz der Staatschefs der Union von Ghana, Guinea und Mali  
in Accra vom 27. bis zum 29. April 1961

**Schlußkommuniqué der Konferenz der Staatschefs der Union von Ghana,  
Guinea und Mali in Accra vom 29. April 1961**

*Betrifft:* Gründung der „Union Afrikanischer Staaten“ — Kongo —  
Algerien — französische Kernwaffenversuche — Neokolonialismus.

Die Staatschefs von Ghana, Guinea und Mali haben vom 27. bis zum 29. April 1961 die erste Konferenz der Staatschefs der Union abgehalten.

Sie haben die Empfehlungen geprüft, die von der am 24. Dezember in Conakry gebildeten Kommission unterbreitet wurden und die Gründung einer Union zwischen den drei Republiken Ghana, Guinea und Mali beschlossen, die nach Billigung der jeweiligen Parlamente die Bezeichnung „Union Afrikanischer Staaten“ erhalten soll; eine Charta der Union, die die Verfügung enthält, daß jeder andere Staat oder jede andere afrikanische Föderation der Union beitreten kann, wurde angenommen.

Die drei Staatschefs haben in großen Zügen allgemeine Probleme der internationalen Lage besprochen, im besonderen die Fragen, die den Kongo, Algerien, die Atomversuche und den Neokolonialismus betreffen.

Nach einer Prüfung der Lage im Kongo haben die drei Staatschefs der legalen Regierung von Herrn Antoine Gizenga ihre volle Unterstützung zugesichert.

Die drei Staatschefs haben von neuem ihr Vertrauen zum Ausdruck gebracht, das sie in das algerische Volk und in die Provisorische Regierung der Algerischen Republik setzen, die sich mutig einsetzen, um die vollständige Unabhängigkeit und eine wirkliche Souveränität zu erreichen.

Die drei Staatschefs haben ihre Empörung über die Atomexplosion ausgesprochen, die Frankreich auf afrikanischem Boden unweit der Grenze eines Mitgliedstaates der Union vorgenommen hat, und haben Frankreich wegen seiner vollkommenen Nichtachtung der afrikanischen Meinung verurteilt.

Die drei Staatschefs haben alle afrikanischen Staaten vor dem Neokolonialismus gewarnt, besonders aber die Staaten, die noch nicht lange im Besitz der Unabhängigkeit sind und solche, die sie in Kürze erlangen werden.

Die drei Staatschefs haben die faschistischen Aufstände in Algerien verurteilt.

Sie appellieren an alle afrikanischen Staaten, eine gemeinsame Front zu bilden zum Kampf gegen die Balkanisierung und den Neokolonialismus.

Die drei Staatschefs haben erklärt, daß sich zwei unter ihnen anderen afrikanischen Staaten angeschlossen hätten, um in Monrovia vom 8. Mai ab eine Konferenz der Staatschefs verschiedener afrikanischer Staaten einzuberufen, damit die Hauptverantwortlichen für das Schicksal der unabhängigen Staaten Afrikas ernsthaft die afrikanische Solidarität prüfen könnten und damit sie annehmbare Lösungen für die afrikanische Einheit und Zusammenarbeit der Staaten untereinander und besonders für die vollständige Dekolonisierung der Völker des afrikanischen Kontinents ausarbeiten könnten.

Nachdem festgestellt wurde, daß die meisten Staaten, die an dieser Konferenz teilnehmen, nicht durch ihre Staatschefs, sondern durch andere Delegierte vertreten sein würden, halten es die drei Staatschefs der Union für angebracht, daß die Konferenz auf Grund eines vollständigen Uebereinkommens zwischen den teilnehmenden Staatschefs auf ein späteres Datum verschoben werde, damit diese mit Sicherheit an der für die gemeinsame und solidarische Zukunft unserer Völker so wichtigen Konferenz teilnehmen können.

Quelle: Nach *Afrika-Informationsdienst*, Nr. 12/1961, Dokument Nr. 90.

**Gründungscharta der Union Afrikanischer Staaten  
vom 29. April 1961**

*Betrifft:* Zielsetzung der Union — Organe: Konferenz der Staatshäupter, Vorbereitungskommission — Koordinierungsausschuß der Massenorganisationen — diplomatische Zusammenarbeit — gemeinsame Verteidigung — Wirtschaftskommission — kulturelle Zusammenarbeit.

Der Präsident der Republik Ghana,  
der Präsident der Republik Guinea,  
der Präsident der Republik Mali,  
die am 27., 28. und 29. April 1961 in Accra zusammengetreten sind, haben  
im Hinblick auf die folgenden gemeinsamen Kommunikés:

a) das am 23. November 1958 in Accra unterzeichnete Kommuniké, mit dem eine Union zwischen Ghana und Guinea geschaffen wurde;

b) das am 1. Mai 1959 in Conakry unterzeichnete Kommuniké, das die praktische Grundlage für die Verwirklichung dieser Union bildete und die Grundsätze einer großen afrikanischen Gemeinschaft entwarf, die keiner fremden Macht Ergebnisheit schuldet;

c) das gemeinsame Kommuniké der Staatshäupter der Republik Ghana und der Republik Mali, das im November 1960 in Bamako im Sinne einer Verwirklichung der afrikanischen Einheit unterzeichnet wurde;

d) das gemeinsame Kommuniké der Staatshäupter der Republik Guinea und der Republik Mali, das am 5. Dezember 1960 in Siguiri unterzeichnet wurde, und in dem eine Union der beiden Staaten vorgesehen ist und die Intensivierung ihrer freundschaftlichen Beziehungen und der Zusammenarbeit mit der Republik Ghana beschlossen wurde;

e) das anläßlich der Zusammenarbeit der Präsidenten Kwame Nkrumah, Sekou Touré und Modibo Keita in Conakry am 25. Dezember 1960 herausgegebene gemeinsame Kommuniké, in dem diese erneut ihren gemeinsamen Willen bestätigen, eine Union zwischen Ghana, Guinea und Mali zu schaffen und in dem sie eine besondere Kommission damit beauftragen, die Modalitäten für die konkrete Verwirklichung dieser Union auszuarbeiten.

Im Hinblick auf die Ergebnisse der Arbeit dieser Kommission, die vom 13. bis zum 18. Januar 1960 in Accra tagte,

beschlossen (unter Vorbehalt der Zustimmung ihrer Parlamente):

**KAPITEL I**

**Allgemeine Bestimmungen**

Zwischen den Republiken Ghana, Guinea und Mali wird eine Union gegründet, die den Namen „Union Afrikanischer Staaten“ annimmt.

Die Union betrachtet sich als Keimzelle der Vereinigten Staaten von Afrika; sie steht jedem afrikanischen Staat oder Staatenbund offen, der ihre Ziele und Zwecke akzeptiert.

Sie bekräftigt, daß ihre Mitglieder vorbehaltlos hinter der Afrikanischen Charta und den Resolutionen von Casablanca stehen.



Die Union Afrikanischer Staaten (UAS) setzt sich folgende Ziele:

- die Entwicklung der freundschaftlichen Bindungen und der brüderlichen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten untereinander auf politischem, diplomatischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet zu stärken;
- die ihnen für die Konsolidierung ihrer Unabhängigkeit und die Wahrung ihrer territorialen Integrität zur Verfügung stehenden Mittel gemeinsam einzusetzen;
- gemeinsam für die völlige Liquidierung des Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus in Afrika und für den Aufbau der afrikanischen Einheit zu wirken;
- die nationale und internationale Politik ihrer Mitglieder aufeinander abzustimmen, um ihren Aktionen eine größere Wirksamkeit zu verleihen und ihren Beitrag zur Wahrung des Weltfriedens zu vergrößern.

Die Union wird in erster Linie auf folgenden Gebieten tätig sein:

- a) Innenpolitik: Ausarbeitung einer gemeinsamen innenpolitischen Orientierung der Staaten;
- b) Außenpolitik: Strenge Beobachtung einer Koordinierung der Diplomatie im Geiste der engen Zusammenarbeit;
- c) Verteidigung: Organisation eines gemeinsamen Verteidigungssystems, das die Mobilisierung aller Verteidigungsmittel der Staaten zugunsten jedes einzelnen Unionsstaates ermöglicht, der das Opfer einer Aggression wird;
- d) Wirtschaft: Definition einer gemeinsamen Ausrichtung der Richtlinien über die wirtschaftliche Planung mit dem Ziel der völligen Entkolonisierung der von den Kolonialregimen überlieferten Strukturen und Organisation und Ausnutzung der natürlichen Hilfsquellen der Länder im Interesse ihrer Völker;
- e) Kultur: Wiederbelebung und Entwicklung der afrikanischen Kultur sowie zahlreiche und vielseitige Tauschbeziehungen.

## KAPITEL II

### Ueber den politischen Bereich

Das oberste Organ der Union ist die Konferenz der Staatschefs.

1. Die Unionskonferenz: Sie findet dreimal jährlich abwechselnd in Accra, Bamako und Conakry statt.

Den Vorsitz führt der gastgebende Staatschef, der auch das Datum der Konferenz festlegt.

2. Die Konferenz der Staatschefs der Union faßt Entschlüsse, die sofort vollziehbar sind.

3. Vorbereitungskommission: Der Konferenz der Union geht stets eine Sitzung einer Vorbereitungskommission voraus. Diese kann von dem gastgebenden Staatschef jederzeit einberufen werden, der auch entsprechend dem Umfang der Tagesordnung die Zahl der Delegierten aus jedem Staat festlegt.

Die Vorbereitungskommission formuliert Empfehlungen zur Beratung durch die Staatschefs.

4. Koordinierungsausschuß der Massenorganisationen der Union: Die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, die Frauen- und Jugendorganisationen der Unionsstaaten werden untereinander einen Koordinierungsausschuß schaffen, der ihnen eine gemeinsame ideologische Ausrichtung geben soll, wie sie für die Entwicklung der Union unerlässlich ist.

Diese Ausschüsse werden innerhalb von drei Monaten nach der Veröffentlichung des vorliegenden Dokuments gebildet.

5. Nationale Feiertage: Solange noch kein nationaler Feiertag für die Union angesetzt ist, werden die nationalen Feiertage der Unionsstaaten durch Kundgebungen, Feiern und öffentliche Versammlungen in allen Staaten begangen werden.

Diese Tage können ganz oder teilweise, je nach den Bedürfnissen der Länder, zu öffentlichen Feiertagen erklärt werden.

### KAPITEL III

#### Ueber den diplomatischen Bereich

Das Prinzip der außenpolitischen Abstimmung unter den Unionsstaaten wird auf der Grundlage einer koordinierten Diplomatie durchgeführt werden. Im Hinblick auf diese außenpolitische Abstimmung

a) wird bei jeder Konferenz der Staatschefs der Union die internationale politische Situation durch die Staatschefs analysiert und die Richtlinien der Union bestimmt werden, die allen diplomatischen Missionen der Mitgliedstaaten zugeleitet werden;

b) werden die Botschafter, Geschäftsträger, Konsuln und Missionschefs der drei Länder im Ausland ihre Tätigkeit durch häufige Beratungen untereinander koordinieren;

c) wird jedem Staat freigestellt werden, seine Vertretung im Ausland durch die Botschaft eines anderen Mitgliedstaates der Union wahrnehmen zu lassen. In dem Fall, wo keiner der drei Unionsstaaten eine diplomatische Vertretung in einem Lande hat, kann ein Mitgliedstaat nach Beratung in der Unionskonferenz seine Geschäfte der diplomatischen Mission eines anderen Staates, der nicht Mitglied der Union ist, übertragen;

d) bei Teilnahme an den Arbeiten internationaler Organe, Konferenzen oder sonstiger internationaler Begegnungen besteht für die Unionsstaaten die Pflicht, sich miteinander zu beraten und gemeinsame Dispositionen zu treffen, die von keinem von ihnen mißachtet werden dürfen und die jeder von ihnen verpflichtet ist, zu verteidigen.

### KAPITEL IV

#### Ueber die gemeinsame Verteidigung

Im Interesse der Wahrung ihrer Souveränität werden sich die Mitgliedstaaten jeder Errichtung von ausländischen Militärstützpunkten auf ihrem Staatsgebiet widersetzen.

Sie werden gemeinsam die Verteidigung ihrer territorialen Integrität wahrnehmen. Jede Aggression gegen einen der Staaten wird als Aggression gegen die anderen Mitgliedstaaten der Union betrachtet werden.

Es wird ein gemeinsames Verteidigungssystem organisiert werden, durch das die Verteidigung der Unionsstaaten auf eine dauerhafte Basis gestellt wird.

### KAPITEL V

#### Ueber die Wirtschaft Wirtschaftskommission der Union

Die Wirtschaftskommission der Union wird beauftragt, die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Unionsstaaten gemäß den gemeinsam festgelegten Richtlinien zu koordinieren und aufeinander abzustimmen.

Die Wirtschaftskommission umfaßt Delegationen von je fünf Mitgliedern aus jedem Staat. Die Mitglieder werden aus den für die wirtschaftlichen und finanziellen Sektoren jedes Staates verantwortlichen Persönlichkeiten ausgewählt werden.

Die Kommission wird zwei Jahressitzungen abhalten, eine im März und eine im September. Jeder Unionsstaat wird jeweils ein Jahr lang Gastgeber der Wirtschaftskommission sein und den Vorsitz führen.

Die Wirtschaftskommission der Union wird auf ihrer ersten Sitzung ihre Geschäftsordnung festlegen. Die Sitzungen der Wirtschaftskommission der Union dürfen nicht länger als vierzehn Tage dauern.

Auf ihren Sitzungen formuliert die Kommission Empfehlungen, die unmittelbar an die Staatshäupter weitergeleitet werden.

## KAPITEL VI

### Ueber die Kultur

Die Wiederbelebung der afrikanischen Kultur und die Entwicklung der afrikanischen Zivilisation werden von den Unionsstaaten unermüdlich vorangetrieben werden.

Zweisprachiger Unterricht, Austausch von Personal, Rundfunkprogrammen, und die Errichtung von gemeinsamen Forschungsinstituten werden durch die Unionsstaaten gefördert werden.

## KAPITEL VII

### Verschiedene Bestimmungen

Die Institutionen werden mit dem Datum der gleichzeitigen Veröffentlichung der vorliegenden Charta in den Unionsstaaten in Kraft treten.

Änderungen an den vorliegenden Bestimmungen können durch die Konferenz der Staatshäupter vorgenommen werden, falls ein weiterer Staat beizutreten wünscht, oder auf Antrag eines Staatshauptes, wenn es sich darum handelt, den Zusammenhalt der Union zu stärken.

Jeder afrikanische Staat, dessen Regierung die Ziele und Zwecke der vorliegenden Charta akzeptiert, kann mit Wirkung von dem Tage Mitglied der Union werden, an dem sein Staatshaupt eine ausdrückliche Erklärung in diesem Sinne abgibt.

Diese Erklärung ist an die Staatshäupter der Mitgliedstaaten zu übermitteln.

Geschehen zu Accra, den 29. April 1961.

Quelle: *La Documentation Française, Articles et Documents*, Nr. 0.1097 vom 25. Mai 1961.

## Außenministerkonferenz der Casablanca-Staaten in Kairo vom 30. April bis zum 5. Mai 1961

### Abschlußerklärung der Außenministerkonferenz der Casablanca-Staaten in Kairo vom 5. Mai 1961

*Betrifft:* Charta von Casablanca — Kongo — Algerien — Palästina  
— Angola — Rassenfrage — Abrüstung — Kernwaffenversuche —  
Laos — Kuba.

Die Außenminister der Staaten der Afrikanischen Charta von Casablanca tagten vom 30. April bis zum 5. Mai 1961 in Kairo, um die Empfehlungen des Expertenkomitees, das in Accra tagte, für die Durchführung der Afrikanischen Charta von Casablanca zu prüfen.

Die Außenminister definierten und billigten den Text des Protokolls für die Durchführung der Afrikanischen Charta von Casablanca. Sie ergriffen die notwendigen Entscheidungen zur Verwirklichung der Charta.

Die Außenminister prüften die afrikanischen und internationalen Probleme, die Afrika und die Welt beschäftigen. Ueber all diese Probleme bestand eine volle Uebereinstimmung der Ansichten. Sie wurden über die Situation im Kongo unterrichtet und



beschlossen, ihre Anstrengungen für die Sicherung der Unabhängigkeit, der Integrität und der nationalen Einheit des Kongo weiter zu stärken und ihre Unterstützung für die von Antoine Gizenga geleitete legitime Regierung des Kongo zu erneuern.

Sie prüften die jüngste Entwicklung der Situation in Algerien und erneuerten die Bekräftigung ihrer bedingungslosen Unterstützung des kämpfenden algerischen Volkes. Sie verliehen ihrer absoluten Zustimmung für die Politik Ausdruck, die die Provisorische Regierung der Algerischen Republik zwecks Herbeiführung einer auf dem Recht des algerischen Volkes auf Selbstbestimmung und der territorialen Integrität Algeriens basierenden Lösung auf dem Verhandlungswege vertritt.

Sie bekräftigten ihre Unterstützung für die legitimen Rechte der Araber Palästinas und ihren Wunsch, die in Casablanca angenommenen Resolutionen über Palästina durchzuführen.

Die Außenminister prüften die jüngsten Entwicklungen des in verschiedenen Teilen Afrikas, besonders in Angola, vor sich gehenden nationalen Befreiungskampfes. Sie bekräftigten ihre Unterstützung für das algerische Volk und würdigten seinen heldenhaften Kampf.

Sie erörterten die zur Durchführung der Resolutionen von Casablanca — besonders jener über rassische Diskriminierung — erforderlichen Maßnahmen.

Es bestand volle Übereinstimmung der Ansichten über die Probleme der Abrüstung und des Verbots der Kernwaffenversuche.

Die Außenminister untersuchten die Situation in Laos und bekräftigten die Notwendigkeit der Erhaltung der Unabhängigkeit und territorialen Integrität des Staates sowie seiner Neutralität.

Sie verurteilten die ausländische Intervention in Kuba und gaben ihrer Bewunderung für den Kampf des kubanischen Volkes um die Sicherung seiner Unabhängigkeit und für die Verteidigung seines Territoriums Ausdruck.

Quelle: *Middle East News Agency*, Kairo, vom 6. Mai 1961.

#### **Protokoll vom 5. Mai 1961 zur Afrikanischen Charta von Casablanca**

*Betrifft:* Organe — der Afrikanische Politische Ausschuß — der Afrikanische Wirtschaftsausschuß — der Afrikanische Kulturausschuß — das Gemeinsame Afrikanische Oberkommando — das Verbindungsbüro — der Sekretär — Mitgliedschaft — Inkrafttreten.

In der Absicht, die Afrikanische Charta zu verwirklichen, die von der Casablanca-Konferenz vom 3. bis zum 7. Januar 1961 ausgearbeitet worden ist, und auf Grund der Bestimmungen der obenerwähnten Charta sind die afrikanischen Regierungen, die die Charta unterzeichnet haben, übereingekommen, das vorliegende Protokoll zu beschließen.

#### *Artikel I*

Die Zusammenarbeit unter den Mitgliedstaaten der Afrikanischen Charta von Casablanca soll durch folgende Organe bewirkt werden:

1. durch einen Afrikanischen Politischen Ausschuß,
2. durch einen Afrikanischen Wirtschaftsausschuß,
3. durch einen Afrikanischen Kulturausschuß,
4. durch ein Gemeinsames Afrikanisches Oberkommando,
5. durch ein Verbindungsbüro.

Diese Exekutivorgane der Charta sollen eine ständige Einrichtung bilden.

## *Artikel II*

Der Afrikanische Politische Ausschuß ist das oberste Organ, das für die Koordinierung und Vereinheitlichung der allgemeinen Politik der Mitgliedstaaten verantwortlich ist. Er soll aus den Staatshäuptern der Mitgliedstaaten oder aus deren rechtmäßig akkreditierten Vertretern zusammengesetzt sein. Der Ausschuß soll auf seiner ersten Tagung seine eigenen Verfahrensregeln festlegen.

## *Artikel III*

Der Afrikanische Politische Ausschuß soll einmal im Jahr eine ordentliche Sitzung abhalten. Er kann auch auf Verlangen eines Mitgliedstaates und mit Einverständnis der Mehrheit zu außerordentlichen Sitzungen zusammenkommen.

## *Artikel IV*

Der Afrikanische Wirtschaftsausschuß soll durch die Wirtschaftsminister der Mitgliedstaaten oder deren Vertreter gebildet werden. Er soll periodisch tagen und dem Afrikanischen Politischen Ausschuß einen Bericht über die behandelten Probleme unterbreiten. Der Wirtschaftsausschuß soll dem Politischen Ausschuß auch einen Jahresbericht, der über seine Tätigkeit Aufschluß gibt, vorlegen. Der Wirtschaftsausschuß soll auf seiner ersten Tagung seine Verfahrensregeln festlegen.

## *Artikel V*

Der Afrikanische Kulturausschuß soll durch die Minister für Erziehung der Mitgliedstaaten oder aus deren Vertretern gebildet werden. Er soll sich regelmäßig treffen und dem Afrikanischen Politischen Ausschuß einen Bericht über die behandelten Probleme unterbreiten. Außerdem soll er dem Politischen Ausschuß einen Jahresbericht, der über seine Tätigkeit Aufschluß gibt, vorlegen. Der Kulturausschuß soll auf seiner ersten Tagung seine eigenen Verfahrensregeln festlegen.

## *Artikel VI*

Das Gemeinsame Afrikanische Oberkommando soll durch die Stabschefs der Mitgliedstaaten oder aus ihren Vertretern gebildet werden. Es soll regelmäßig zusammenkommen und dem Afrikanischen Politischen Ausschuß sofort nach Abschluß eines jeden Treffens einen Bericht unterbreiten.

## *Artikel VII*

Empfehlungen, die vom Oberkommando ausgehen, sollen nicht rechtsgültig sein, bevor sie nicht vom Afrikanischen Politischen Ausschuß bestätigt worden sind.

## *Artikel VIII*

Das Verbindungsbüro soll sein Hauptquartier in Bamako, Republik Mali, aufschlagen; es kann aber auch, auf Beschluß des Afrikanischen Politischen Ausschusses, an jeden anderen Ort verlegt werden. Das Verbindungsbüro soll von einem Sekretär geleitet werden, der vom Afrikanischen Politischen Ausschuß für die Dauer von drei Jahren ernannt wird; seine Amtsdauer kann verlängert werden. Der Sekretär soll von den ihm unterstellten Sekretären assistiert werden, die ebenfalls durch den Politischen Ausschuß ernannt werden. Der Sekretär des Verbindungsbüros soll der oberste Verwaltungsbeamte dieses Organes sein.

## *Artikel IX*

Der Sekretär des Verbindungsbüros soll das Personal, das für den korrekten Betrieb der verschiedenen Ausschüsse erforderlich ist, ernennen. Er soll dem Politischen Ausschuß Vertragsentwürfe für deren Einstellungsbedingungen unterbreiten.

*Artikel X*

Der Sekretär soll dem Afrikanischen Politischen Ausschuß einen Jahresbericht unterbreiten bezüglich der wirksamsten Maßnahmen, die zu ergreifen sind, um die bestmögliche Koordinierung der verschiedenen in der Afrikanischen Charta von Casablanca vorgesehenen Organe zu erreichen.

*Artikel XI*

Der Sekretär oder sein Vertreter sollen auf Tagungen der obengenannten Organe das Sekretariat leiten.

*Artikel XII*

Der Sekretär soll den Haushaltsplan vorbereiten und ihn dem Afrikanischen Politischen Ausschuß vor Beginn jedes Finanzjahres unterbreiten. Der Politische Ausschuß soll die Beiträge der Mitgliedstaaten festlegen.

*Artikel XIII*

Der Sekretär sowie das Personal sollen als internationale Staatsbeamte gelten. In Ausübung ihrer Pflichten sollen sie keinerlei Anweisungen von irgendeinem Mitgliedstaat unterliegen. Alle ihre Handlungen sollen im Einklang mit ihrer Stellung als internationale Staatsbeamte stehen. Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, von jeder Aktion abzusehen, die sie dahingehend beeinflussen könnten, sich ihrer Verantwortlichkeit zu entledigen.

*Artikel XIV*

In allen Mitgliedstaaten der Afrikanischen Charta von Casablanca sollen der Sekretär des Verbindungsbüros, seine Assistenten, sein Personal, die Sondergesandten sowie die Vertreter der Mitgliedstaaten für die Dauer ihrer Mission die Privilegien und Immunitäten genießen, die dem diplomatischen Korps zustehen.

*Artikel XV*

Das Hauptquartier des Verbindungsbüros soll soweit Privilegien und Immunitäten genießen, wie sie vereinbart werden. Zu diesem Zweck soll der Sekretär mit dem Gastgeberstaat ein Abkommen treffen. Ähnliche Privilegien und Immunitäten sollen den Ausschüssen während der Sitzungen gewährt werden, die außerhalb des Hauptquartiers des Verbindungsbüros stattfinden.

*Artikel XVI*

Jeder afrikanische Staat, der die Bestimmungen der Afrikanischen Charta von Casablanca und das vorliegende Protokoll akzeptieren will, kann sich an den Vorsitzenden des Afrikanischen Politischen Ausschusses wenden und die Mitgliedschaft beantragen. Die Mitgliedschaft soll rechtsgültig sein, nachdem der Politische Ausschuß seine Zustimmung erteilt hat.

*Artikel XVII*

1. Die Mitgliedstaaten erklären, daß die Pflichten und Verbindlichkeiten, die sich aus ihren internationalen Verpflichtungen ergeben, mit den Pflichten und Verbindlichkeiten vereinbar sein sollen, die sie gemäß der Bestimmungen der Afrikanischen Charta von Casablanca und des vorliegenden Protokolls eingegangen sind; dies gilt besonders für die Politik der Nichtbindung, die in der Charta proklamiert wird.

2. Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, den Sekretär über die Verträge und Konventionen zu informieren, denen sie sich anschließen.

3. Die Afrikanische Charta von Casablanca und dieses Protokoll sollen auf dem Sekretariat der Vereinten Nationen registriert werden gemäß Artikel 102 (1) der Charta der Vereinten Nationen.



Artikel XVIII

Auf Verlangen irgendeines Mitgliedstaates und mit Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit der Mitgliedstaaten kann das vorliegende Protokoll geändert werden, um die Bindungen zwischen den Mitgliedstaaten zu stärken und zu konsolidieren. Vorschläge, die solche Änderungen betreffen, sollen dem Sekretariat des Verbindungsbüros zwei Monate vor Sitzungsbeginn des Afrikanischen Politischen Ausschusses mitgeteilt werden.

Artikel XIX

Das vorliegende Protokoll soll in Kraft treten, nachdem es von wenigstens zwei Mitgliedstaaten gebilligt wurde.

Verfaßt in Kairo, Vereinigte Arabische Republik, am Freitag, dem 5. Mai 1961, in drei Originalschriften in Arabisch, Englisch und Französisch, von denen jede als authentisch gelten soll.

Für die Provisorische Regierung  
der Republik Algerien  
M'hammad Yazid

Für die Republik Guinea  
Louis Lansana Beavogui

Für das Königreich Marokko  
Driss M'Hammedi

Für die Republik Ghana  
Ako Adjei

Für die Republik Mali  
Baïema Bocoum

Für die Vereinigte Arabische Republik  
Mahmud Fawzy

Quelle: *The Egyptian Gazette*, Kairo, 82. Jg., Nr. 26 288 vom 11. Mai 1961. Deutsche Übersetzung in *Afrika-Informationsdienst*, Nr. 12/1961, Dokument Nr. 92.

Konferenz der Staatshäupter Afrikanischer Staaten und Madagaskars  
in Monrovia vom 8. bis zum 12. Mai 1961

**Resolution der Konferenz der Staatshäupter Afrikanischer Staaten und Madagaskars  
in Monrovia vom 12. Mai 1961 über die Möglichkeiten zur Förderung des besseren  
Verständnisses und der Zusammenarbeit auf dem Weg, die Einheit Afrikas und  
Madagaskars zu erreichen**

*Betrifft: Zusammenarbeit der unabhängigen afrikanischen Staaten  
— Grundprinzipien der Zusammenarbeit — Umsturzversuche dritter  
Länder — Gründung einer interafrikanischen und madagassischen  
beratenden Organisation — kulturelle, wissenschaftliche und tech-  
nische Zusammenarbeit.*

Die Konferenz der Staats- und Regierungschefs Afrikanischer Staaten und Madagaskars, die vom 8. bis zum 12. Mai 1961 in Monrovia tagte,

anerkennt die historische Bedeutung der Konferenz von Monrovia auf Grund der Teilnahme zahlreicher Staaten;

bedauert die Abwesenheit einiger Schwesterstaaten feststellen zu müssen;

ist zuversichtlich in ihrem starken Wunsch nach afrikanischer Solidarität und drückt die Hoffnung aus, daß es den erwähnten afrikanischen Staaten möglich sein wird, späteren Treffen beizuwohnen;

ist bemüht, fortan die volle und brüderliche Zusammenarbeit zwischen den unabhängigen afrikanischen Staaten und Madagaskar zu fördern;

berücksichtigt die Notwendigkeit, alle Mittel zu vereinigen und alle Bemühungen zu koordinieren, um die Hindernisse, denen alle afrikanischen Länder und Madagaskar in ihrem Entwicklungsgang begegnen, zu überwinden;

A. anerkennt und bekräftigt folgende Prinzipien, die die Beziehungen zwischen den afrikanischen Staaten und Madagaskar bestimmen sollen:

1. Absolute Gleichberechtigung afrikanischer und madagassischer Staaten, wie groß auch immer ihre Gebiete, ihre Bevölkerungsdichte oder der Wert ihrer Besitztümer sein mögen;

2. Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten;

3. Achtung der Souveränität jedes Staates und der unveräußerlichen Rechte auf Existenz und Entwicklung seiner Kultur;

4. uneingeschränkte Verurteilung von Umsturzversuchen, die von Nachbarstaaten ausgehen;

5. Förderung der Zusammenarbeit mit allen afrikanischen Staaten, die auf Toleranz, Solidarität und guten nachbarlichen Beziehungen basiert, regelmäßiger Meinungsaustausch und Ablehnung jeder Führerschaft;

6. die Einheit, die zu erreichen man bestrebt ist, bedeutet gegenwärtig nicht die politische Integration souveräner afrikanischer Staaten, sondern die Einheit im Bestreben und Handeln vom Standpunkt afrikanischer sozialer Solidarität und politischer Gleichheit aus betrachtet.

B. Fordert, daß alle afrikanischen Staaten und Madagaskar sich enthalten sollen, in direkter oder indirekter Weise feindlich gesinnte Gruppen oder Personen fremder Staaten, die Umsturzversuche planen, zu ermutigen, indem sie ihnen die Erlaubnis erteilen, ihre Staaten als Basen zu benutzen, von denen aus die Revolutionäre operieren könnten, oder Revolutionäre anderer Länder finanziell oder auf andere Weise zu unterstützen.

C. Akzeptiert im Prinzip die Gründung einer interafrikanischen und madagassischen beratenden Organisation, deren wichtigste Aufgabe es ist, die oben aufgeführten Prinzipien durchzusetzen. Sie ist mit der Gründung dieser Organisation während der nächsten Konferenz einverstanden.

#### D. Beschließt

1. die Gründung einer technischen Kommission, bestehend aus Experten, die von den jeweiligen Staaten ernannt werden und deren Treffen in Dakar, Senegal, innerhalb drei Monaten nach Beendigung dieser Konferenz stattfinden soll, zur Ausarbeitung genauer Pläne für eine wirtschaftliche, erzieherische, kulturelle, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit sowie von Plänen für Nachrichten- und Transportmöglichkeiten zwischen afrikanischen und madagassischen Staaten;

2. daß die bestehenden Forschungszentren und technischen Institute eine wirksame Einrichtung bilden sollten zur Sammlung von Unterlagen und zur Verbreitung von Forschungsergebnissen in den afrikanischen Staaten und in Madagaskar, und daß alle Staaten diesbezügliche Anordnungen treffen sollten;

3. daß alle afrikanischen Staaten und Madagaskar den Wunsch teilen sollten, durch die Wiederbelebung afrikanischer Kultur und Tradition die Erhaltung des echten afrikanischen Erbes zu fördern;

4. daß alle afrikanischen Staaten und Madagaskar besondere Anstrengungen machen sollten, zusätzlich zu ihrer jeweiligen offiziellen und Muttersprache die französische und englische Sprache zu lehren.

E. Beschließt weiterhin, daß die nächste Konferenz der afrikanischen Staaten und Madagaskars in Lagos, Nigeria, stattfinden wird.

**Resolution der Konferenz der Staatshäupter Afrikanischer Staaten und Madagaskars  
in Monrovia vom 12. Mai 1961 über die Bedrohung des Friedens und der Stabilität  
Afrikas und der Welt**

*Betrifft:* Nichteinmischung — Unabhängigkeit — Algerien-Frage —  
Kongo — Angola — Südafrikanische Union — Abrüstung — Ein-  
stellung der Kernexplosionen — Vereinte Nationen.

Die Konferenz, die sich durch die ernsthaften Drohungen, die über dem Frieden und der Stabilität Afrikas und der Welt hängen, sehr beunruhigt fühlt,

ist der Ansicht, daß sich das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten der afrikanischen Staaten nur auf Staaten bezieht, die bereits unabhängig und souverän sind;

versichert ihre einmütige Entschlossenheit, allen von Kolonialmächten abhängigen Ländern materielle und moralische Hilfe zu gewähren im Hinblick darauf, das Erlangen der Unabhängigkeit zu beschleunigen.

Die Konferenz — soweit es die Algerien-Frage betrifft — begrüßt die Verbesserung der Lage in Algerien und den Entschluß der beiden Parteien, am 20. Mai 1961 in Verhandlungen miteinander zu treten, und

appelliert an die Regierung Frankreichs und an die Provisorische Regierung der Republik Algerien, so schnell wie möglich zu einer Uebereinstimmung zu kommen, um dem Krieg ein Ende zu setzen und Algerien seine Unabhängigkeit und territoriale Integrität zu gewähren.

Die Konferenz — soweit es den Kongo betrifft — bekräftigt noch einmal ihren Glauben an die Vereinten Nationen als der einzigen Organisation, die trotz einiger in der Vergangenheit gezeigter Schwächen und Fehler in ihrer Arbeit geeignet ist, eine wirkliche Lösung des Kongo-Problems herbeizuführen;

ruft alle afrikanischen Staaten auf, sich solcher Aktivitäten, wie der übereilten Anerkennung von abgesplitterten Regimen in der Republik Kongo, zu enthalten und im allgemeinen in keiner Weise für feindlich gesinnte Gruppen Partei zu ergreifen;

verurteilt Morde als Mittel, politische Macht zu erlangen;

verurteilt das Handeln gewisser nichtafrikanischer Staaten, die zu Umstürzbewegungen in anderen afrikanischen Staaten ermutigen.

Die Konferenz — soweit sie Angola betrifft —

ruft alle afrikanischen Staaten und Madagaskar auf, den Afrikanern in Angola in ihrem Kampf für ihre Autonomie aufrichtig vollste materielle und moralische Unterstützung zu gewähren;

appelliert an das Gewissen der Welt gegen die Grausamkeiten und die blutigen Repressionen, denen die Bevölkerung Angolas ausgesetzt ist.

Die Konferenz — soweit es die Südafrikanische Union betrifft —

verurteilt uneingeschränkt die Theorie und Praxis der Apartheidspolitik, die durch die Regierung der Südafrikanischen Union ausgeführt wird;

ruft alle afrikanischen Staaten und Madagaskar auf, sofort, gemeinsam und auch individuell, politische und wirtschaftliche Strafmaßnahmen gegen die Südafrikanische Union anzuwenden, nicht nur um unsere Empörung über die grausame Entwürdigung der dortigen Nichtweißen zu demonstrieren, sondern um die Regierung der Südafrikanischen Union endgültig zu zwingen, die frevelhafte Ausübung der Apartheid zu unterlassen;

ruft alle afrikanischen Staaten und Madagaskar auf, alle nötigen Schritte zu veranlassen, um den Afrikanern und Asiaten Südafrikas in ihrem Kampf um Wiedergewinn



nung ihrer Menschenwürde alle nur mögliche materielle und moralische Unterstützung zu geben;

versichert, daß alle teilnehmenden Staaten den bereits oft wiederholten Beschluß des Treuhandschaftsrates der Vereinten Nationen sehr unterstützen: die Regierung der Südafrikanischen Union müsse die Autorität des Rates als Schützer des Mandates über die Länder Südwestafrikas anerkennen.

Die Konferenz — soweit es die Abrüstung betrifft —

appelliert an alle Atommächte, die Herstellung und Aufstapelung von Kernwaffen und alle weiteren Kernwaffenexplosionen in der ganzen Welt einzustellen, und

beschließt, daß der Vorsitzende einen schriftlichen Aufruf im Namen der Konferenz an die Atomabrüstungskommission, die zur Zeit in Genf tagt, richtet, daß diese ihre ganze Kraft einsetzen möge, um dieses Ziel, das im vorhergehenden Paragraphen festgesetzt ist, zu erreichen;

nimmt die Versicherung der französischen Regierung zur Kenntnis, weitere Kernexplosionen in Afrika einzustellen;

fordert die Mitglieder der Vereinten Nationen auf, eine den geographischen Gegebenheiten entsprechende Verteilung der Sitze im Sicherheitsrat sowie im Wirtschafts- und Sozialrat zu sichern und auch für die Erweiterung des Rates zu arbeiten;

beschließt, an alle Mitglieder der Vereinten Nationen eine Depesche zu senden, um sie zu bitten, zugunsten der Zulassung Mauretaniens zu den Vereinten Nationen eine Entscheidung zu treffen, die im Einklang mit der letzten Resolution der Vollversammlung steht;

verurteilt alle Versuche, die Autorität der Vereinten Nationen zu schwächen und zu untergraben und

bezeugt die Absicht aller afrikanischer Staaten und Madagaskars, in Zukunft eine vereinigte Front gegenüber allen weltweiten Problemen zu bilden, denen Afrika sich in den Vereinten Nationen gegenübergestellt sieht.

**Resolution der Konferenz der Staatshäupter Afrikanischer Staaten und Madagaskars in Monrovia vom 12. Mai 1961 über die Beseitigung der Konflikte, die zwischen den afrikanischen Staaten entstehen können**

*Betrifft:* Beseitigung von Streitigkeiten durch friedliche Mittel — gemeinsame Kommission — Grenzstreit zwischen Äthiopien und Somali.

Die Konferenz der Regierungshäupter Afrikanischer Staaten und Madagaskars, die in Monrovia vom 8. bis zum 12. Mai 1961 tagte,

empfiehlt

1. die Beseitigung von Streitigkeiten durch friedliche Mittel;
2. die Bildung einer Kommission, der Streitfälle vorgelegt werden können, und die der Organisation der Zusammenarbeit zwischen den Afrikanischen Staaten und Madagaskar angeschlossen werden soll;
3. der Konferenz, einmütig zu entscheiden, daß durch die Exekutivbehörde dieser Konferenz ein schriftlicher Appell an seine Majestät den Kaiser von Äthiopien und an seine Exzellenz den Präsidenten von Somali gerichtet wird, demnach erneute Bemühungen gemacht werden sollen, um alle zwischen ihnen bestehende Grenzstreitigkeiten bald und in aufrichtiger Absicht beizulegen.

Quelle: Nach Afrika-Informationsdienst, Nr. 11/1961, Dokument Nr. 88.

## Dokumente zur Deutschland-Frage

Nachdem die Westmächte ihren Standpunkt in der Deutschland-Frage bereits am 17. Juli in ihren Antworten auf das sowjetische Deutschland-Memorandum vom 4. Juni dargelegt hatten, wies Präsident *Kennedy* in einer Rundfunk- und Fernsehansprache am 25. Juli erneut darauf hin, daß der Westen entschlossen sei, seine Rechte in Berlin mit allen Mitteln zu verteidigen. *Kennedy* betonte jedoch zugleich, daß die Westmächte jederzeit zu ernsthaften Verhandlungen mit der Sowjetunion bereit seien. (Vgl. S. D 498 ff.) In einer am 26. Juli veröffentlichten Erklärung unterstrich die britische Regierung ihre Übereinstimmung mit den Ausführungen des amerikanischen Präsidenten. (Vgl. S. D 505 f.) Ministerpräsident *Chruschtschow* antwortete auf die Rede *Kennedys* am 7. August in einer Rundfunk- und Fernsehansprache anläßlich des zweiten sowjetischen bemannten Weltraumfluges. In dieser Rede verband er die Drohung, mit der sogenannten DDR einen Separatvertrag abzuschließen und West-Berlin in eine „freie Stadt“ umzuwandeln, mit einem Verhandlungsangebot. (Vgl. S. D 524 ff.)

Die Sowjetregierung antwortete am 3. August auf die westlichen Deutschland-Noten vom 17. Juli (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 445 ff.), die ihrerseits eine Antwort auf das Deutschland-Memorandum darstellten, das *Chruschtschow Kennedy* am 4. Juni in Wien übergeben hatte. In den sowjetischen Noten wird erneut der rasche Abschluß eines deutschen Friedensvertrages mit „beiden deutschen Staaten“ unter Beteiligung der ehemaligen deutschen Kriegsgegner gefordert und die Bereitschaft erklärt, Verhandlungen über den Abschluß eines solchen Vertrages aufzunehmen. (Vgl. den Wortlaut der Note an die Vereinigten Staaten S. D 506 ff., die Noten an Frankreich und Großbritannien entsprechen im wesentlichen der Note an die USA.) Im Gegensatz zu den Noten an die Westmächte wird in dem Memorandum an die Bundesregierung, das am gleichen Tag überreicht wurde und das eine Antwort auf die Note der Bundesregierung vom 12. Juli (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. 436 ff.) darstellt, ein Termin genannt und erklärt, bis zum Ende des Jahres müsse die Frage des Abschlusses eines deutschen Friedensvertrages und die Regelung der Lage in West-Berlin in dieser oder jener Form gelöst werden. (Vgl. S. D 516 ff.)

Vom 3. bis zum 5. August fand in Moskau eine Konferenz der Ersten Sekretäre der kommunistischen Parteien der Teilnehmerstaaten des Warschauer Paktes statt, die zunächst geheimgehalten wurde. In einem am 6. August veröffentlichten Kommuniqué heißt es, die Beratung habe der Vorbereitung eines deutschen Friedensvertrages gedient. Es sei beschlossen worden, noch in diesem Jahr eine friedliche Regelung der deutschen Frage einschließlich der Lage in West-Berlin durchzusetzen. (Vgl. S. D 523 f.)

Auch die Außenministerkonferenz der drei Westmächte und der Bundesrepublik, die vom 5. bis zum 7. August in Paris stattfand, beschäftigte sich mit der Deutschland- und Berlin-Frage. Ueber die Beratungen wurde kein Kommuniqué herausgegeben. Am 12. August gab Bundesaußenminister *von Brentano* eine Rundfunkerklärung zum Ergebnis der Konferenz ab. (Vgl. S. D 535 f.)

Eine Verschärfung erfuhr die Berlin-Krise durch die Abriegelung der Sektorengrenze am 13. August. Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Paktes hatten die Behörden der DDR zu dieser Maßnahme in einer Erklärung ermächtigt (vgl. S. D 533 f.), die am 13. August gleichzeitig mit einem Beschluß des Ministerrates der DDR veröffentlicht wurde, in dem es heißt, die Maßnahmen entsprächen den an den Grenzen eines souveränen Staates üblichen und behielten bis zur Umwandlung West-Berlins in eine entmilitarisierte „freie Stadt“ Gültigkeit. (Vgl. S. D 531 f.) Bereits am 11. August hatte die Volkskammer „vom Ministerrat eingeleitete Maßnahmen... zur Sicherung der DDR“ bestätigt. (Vgl. S. D 530 f.)

Gegen diese Verletzung des Viermächtestatus von Berlin protestierten die Regierungen der drei Westmächte am 16. August in Noten an die Sowjetregierung. (Vgl. S. D 537 f.) Die westlichen Proteste wurden am 18. August von der Sowjetregierung zurückgewiesen. (Vgl. S. D 543 ff.) Für die Bundesregierung gab der Bundeskanzler *Adenauer* am 18. August in einer Sondersitzung des Bundestages eine Erklärung ab, in der er aufs schärfste gegen die Zwangsmaßnahmen protestierte, zugleich aber die Hoffnung aussprach, daß bald Verhandlungen aufgenommen würden, durch die eine Lösung des Deutschland-Problems ermöglicht wird. (Vgl. S. D 538 ff.)

**Rundfunk- und Fernsehsprache des Präsidenten der Vereinigten Staaten,  
John F. Kennedy, am 25. Juli 1961**

*Betrifft:* Berlin — Stärkung der Verteidigungsbereitschaft — Zivilverteidigung — Bereitschaft zu Verhandlungen — Einheit des Westens.

Guten Abend! Heute nacht sind es sieben Wochen her, daß ich von Europa zurückgekehrt bin und Ihnen über mein Treffen mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten, Chruschtschow, und den anderen berichtet habe.

Seine düsteren Warnungen in bezug auf die Zukunft der Welt, sein Aide-mémoire zu Berlin, die späteren Reden und die Drohungen, die von ihm und seinen Beauftragten ausgingen, sowie die von ihm verkündete Erhöhung des sowjetischen Militärbudgets, dies alles hat zu einer Reihe von Entscheidungen seitens der amerikanischen Regierung und zu einer Reihe von Konsultationen mit den Mitgliedern der NATO geführt.

In Berlin will er — wie Sie sich erinnern — durch einen Federstrich erstens unsere legalen Rechte auf Anwesenheit in West-Berlin aufheben und zweitens uns die Möglichkeit nehmen, unsere Verpflichtungen gegenüber den zwei Millionen Einwohnern dieser Stadt zu erfüllen. Das können wir nicht zulassen.

Wir sind uns über das, was getan werden muß, im klaren — und wir werden es tun. Ich möchte mit Ihnen heute abend offen über die ersten Schritte sprechen, die wir ergreifen werden. Diese Maßnahmen werden Opfer von vielen Bürgern fordern; und die Zukunft wird in dieser Hinsicht noch mehr verlangen. Sie wird von uns allen Mut und Beharrlichkeit in den kommenden Jahren fordern.

Wenn wir und unsere Verbündeten jedoch aus der Stärke und Einheit der Zielsetzung heraus handeln — mit ruhiger Entschlossenheit und starken Nerven —, mit unseren Worten und unseren Waffen Zurückhaltung üübend, dann habe ich die Hoffnung, daß sowohl Friede wie Freiheit erhalten werden.

Die unmittelbare Bedrohung der freien Menschen liegt in West-Berlin. Aber dieser isolierte Vorposten ist kein isoliertes Problem.

Die Bedrohung ist weltumfassend. Unsere Anstrengung muß gleichermaßen umfassend und stark sein und nicht von einer einzelnen angezettelten Krise allein beherrscht. Wir sehen uns einer Bewährungsprobe in Berlin gegenüber. Aber auch in Südostasien, wo die Grenzen weniger bewacht sind, der Feind schwerer auszumachen ist und die Gefahren des Kommunismus denen, die so wenig ihr eigen nennen, oft weniger in die Augen fallen, müssen wir eine solche Herausforderung bestehen. Wir sehen uns in unserer eigenen Hemisphäre, ja, wo immer sonst die Freiheit der Menschen auf dem Spiel steht, einer derartigen Herausforderung gegenüber.

Lassen Sie mich Sie daran erinnern, daß die Wechselfälle des Krieges und der Diplomatie bewirkten, daß die freie Bevölkerung West-Berlins im Jahre 1945 110 Meilen hinter dem Eisernen Vorhang verblieb. Aus dieser Karte hier wird das Problem, dem wir uns gegenübersehen, sehr klar. Wie Sie aus der Karte ersehen können, liegt West-Berlin 110 Meilen innerhalb des Gebietes, das die Sowjets jetzt beherrschen und das unter unmittelbarer Kontrolle des sogenannten ostdeutschen Regimes steht. Unsere Anwesenheit dort ist ein Resultat unseres Sieges über Nazideutschland — und zu unseren Grundrechten, die aus diesem Sieg stammen, gehören sowohl unsere Anwesenheit in West-Berlin wie auch die Wahrnehmung des Rechtes auf Zugang durch Ostdeutschland.

Diese Rechte sind wiederholt in besonderen Abkommen mit der Sowjetunion bestätigt und anerkannt worden. Berlin ist nicht ein Teil Ostdeutschlands, sondern ein separates Gebiet unter der Kontrolle der Alliierten Mächte. Somit sind unsere diesbezüglichen Rechte klar definiert und fest verankert. Aber zu diesen Rechten kommt noch unsere



Verpflichtung hinzu, für mehr als zwei Millionen Menschen die Selbstbestimmung über ihre Zukunft und die freie Wahl ihrer Lebensform zu gewährleisten — und diese Möglichkeit notfalls zu verteidigen.

Deshalb kann unserer Anwesenheit in West-Berlin und unserem Zugang zu dieser Stadt nicht durch irgendwelche Handlungen der Sowjetregierung ein Ende gesetzt werden. Schon vor langer Zeit wurde West-Berlin unter die Obhut des NATO-Schildes genommen, und wir haben unser Wort gegeben, daß wir jeden Angriff auf diese Stadt als einen gegen uns alle gerichteten Angriff betrachten werden.

Denn West-Berlin — in seiner exponierten Lage 110 Meilen innerhalb Ostdeutschlands, umgeben von sowjetischen Truppen und nahe den sowjetischen Versorgungs-linien — spielt eine vielgestaltige Rolle. Es ist mehr als ein Schaufenster der Freiheit — ein Symbol, eine Insel der Freiheit inmitten der kommunistischen Flut. Es ist noch weit mehr als ein Bindeglied zur freien Welt — ein Leuchtfeuer der Hoffnung hinter dem Eisernen Vorhang und ein Schlupfloch für die Flüchtlinge.

West-Berlin ist alles das. Aber darüber hinaus ist es jetzt — mehr denn je zuvor — zu dem großen Prüfstein für den Mut und die Willensstärke des Westens geworden, zu einem Brennpunkt, in dem unsere feierlichen, durch all die Jahre bis 1945 zurückreichenden Verpflichtungen jetzt mit den sowjetischen Ambitionen in grundsätzlicher Gegenüberstellung zusammentreffen.

Es wäre ein Fehler, wenn andere Berlin — seiner Lage wegen — als ein verlockendes Ziel ansähen. Die Vereinigten Staaten sind dort und Großbritannien und Frankreich ebenfalls, da ist ferner die Bürgerschaft der NATO — und die Bevölkerung Berlins selbst. Es ist in diesem Sinne genauso sicher wie wir alle, denn wir können seine Sicherheit nicht von unserer eigenen trennen.

Ich habe sagen hören, West-Berlin sei militärisch nicht zu halten. Das galt auch für Bastogne und in der Tat selbst für Stalingrad. Jede gefährliche Position ist zu halten, wenn tapfere Männer dafür eintreten.

Wir wollen den Kampf nicht — aber wir haben schon gekämpft; und andere haben in zurückliegenden Zeiten den gleichen gefährlichen Fehler gemacht, anzunehmen, der Westen sei zu selbstsüchtig, zu weich und zu gespalten, um Angriffen auf die Freiheit in anderen Ländern zu widerstehen. Diejenigen, die jetzt damit drohen, die Kräfte des Krieges wegen eines Streits um West-Berlin zu entfesseln, sollten sich an die Worte des klassischen Philosophen erinnern, der sagte: „Ein Mann, der Furcht hervorruft, kann selbst nicht frei von Furcht sein.“

Wir können und werden es nicht zulassen, daß die Kommunisten uns — sei es allmählich oder mit Gewalt — aus Berlin vertreiben. Denn die Erfüllung unseres dieser Stadt gegebenen Versprechens ist für die Moral und Sicherheit Westdeutschlands, für die Einheit Westeuropas und das Vertrauen der gesamten freien Welt wesentlich. Die sowjetische Strategie richtet sich seit langem schon nicht nur auf Berlin, sondern auch auf die Teilung und Neutralisierung ganz Europas, um uns an unsere eigenen Küsten zurückzuwerfen. Wir müssen unser der freien Bevölkerung West-Berlins gegebenes und oft wiederholtes Versprechen halten und unsere Rechte und ihre Sicherheit selbst angesichts von Gewalt wahren, um das Vertrauen der anderen freien Völker in unser Wort und unsere Entschlossenheit nicht zu verlieren. Die Stärke der Allianz, von der unsere Sicherheit abhängt, ist wiederum von unserer Bereitschaft, unseren Verpflichtungen ihnen gegenüber nachzukommen, abhängig.

Solange die Kommunisten erklären, daß sie Vorbereitungen treffen, um unsere Rechte in West-Berlin und unsere Verpflichtungen gegenüber seiner Bevölkerung einseitig aufzuheben, müssen wir darauf vorbereitet sein, diese Rechte und diese Verpflichtungen zu verteidigen. Wir werden zu allen Zeiten zu Gesprächen bereit sein, wenn Gespräche

nützen. Aber wir müssen genauso bereit sein, mit Gewalt zu antworten, wenn uns gegenüber Gewalt angewendet wird. Jedes für sich würde vergeblich sein; vereint aber können beide der Sache des Friedens und der Freiheit nutzen.

Die neuen Vorbereitungen, die wir zur Verteidigung des Friedens treffen werden, sind Teil des langfristigen Aufbaus unserer Stärke, der bereits seit Januar im Gange ist. Sie gründen sich auf der Notwendigkeit, einer weltweiten Bedrohung zu begegnen — auf einer Basis, die weit über die gegenwärtige Berlin-Krise hinausreicht. Unser Hauptziel ist weder Propaganda noch Provokation — sondern Bereitschaft.

Das erste Erfordernis besteht darin, den Fortschritt in Richtung auf die militärischen Ziele zu beschleunigen, die sich die Nordatlantikpakt-Organisation selbst gesetzt hat. Weniger wird in Europa heute nicht mehr ausreichen. Wir werden vielmehr noch größere Hilfsquellen für die Erreichung dieser Ziele bereitstellen, und wir erwarten von unseren Verbündeten, daß sie das gleiche tun.

Die zusätzlichen Verteidigungsanstrengungen, um die ich den Kongreß im März und Mai ersuchte, haben uns auf dem Wege zu diesen und unseren anderen Verteidigungszielen bereits ein Stück vorangebracht. Sie umfaßten die Vergrößerung des Marinekorps, die Erhöhung der Einsatzbereitschaft unserer Reserven, die Erweiterung unserer Luft- und Seetransportkapazität sowie die beschleunigte Beschaffung von Waffen, Munition und anderen Gegenständen. Um unsere unverletzliche Fähigkeit zur Abschreckung bzw. Vernichtung jedes Aggressors ständig sicherzustellen, sahen sie die Verstärkung unserer Raketenwaffe vor sowie die Bereitstellung von 50 Prozent unserer B-52- und B-47-Bomber für den sofortigen Einsatz, so daß sie im Alarmfalle binnen 15 Minuten von ihren Bereitstellungsplätzen aufsteigen können.

Diese Maßnahmen sind beschleunigt durchzuführen, und darüber hinaus sind jetzt weitere zu ergreifen. Wir benötigen ausreichenden See- und Lufttransportraum, um unsere Streitkräfte rasch und in großer Zahl in jeden Teil der Erde entsenden zu können.

Aber noch wichtiger ist, daß wir imstande sein müssen, in jedes Krisengebiet rechtzeitig Truppenverbände zu schicken, die zusammen mit denen unserer Verbündeten stark genug sind, um unsere Entschlossenheit und Fähigkeit zur Verteidigung unserer Rechte um jeden Preis klarzustellen — und um einem Aggressionsdruck jeder Art mit den entsprechenden Kräften zu begegnen. Wir wollen einen größeren Spielraum haben als die Wahl zwischen Demütigung und totalem Kernwaffeneinsatz.

Während es im Augenblick unklug ist, solche Verbände in großer Zahl einzuberufen oder ins Ausland zu entsenden, bevor sie benötigt werden, möchte ich dennoch klarstellen, daß ich beabsichtige, im Laufe der Zeit alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, daß solche Verbände zum richtigen Zeitpunkt eingesetzt werden können, ohne daß hierdurch unser Vermögen beeinträchtigt wird, unseren Verpflichtungen in anderen Gebieten nachzukommen.

Ich werde also in den vor uns liegenden Tagen und Monaten nicht zögern, den Kongreß um weitere Maßnahmen zu ersuchen oder von meinen Befugnissen Gebrauch zu machen, um dieser Bedrohung des Friedens zu begegnen. Alles für die Gewährleistung der Freiheit Erforderliche muß getan werden. Und wenn dies mehr Soldaten, neue Steuern und mehr Kontrollen oder anderweitige neue Vollmachten erfordern sollte, so werde ich nicht zögern, um diese nachzusuchen. Die heute vorgeschlagenen Maßnahmen werden ständig überprüft und — sofern erforderlich — geändert werden. Aber genauso, wie wir es nicht zulassen werden, daß unsere Politik von Panik bestimmt wird, werden wir es auch nicht zulassen, daß unser Programm von Furcht dirigiert wird. Und daher unternehme ich jetzt die folgenden Schritte:

1. Ich werde den Kongreß morgen um zusätzliche Bewilligungen für die bewaffneten Streitkräfte in Höhe von 3 247 000 000 Dollar für das laufende Finanzjahr ersuchen.

2. Um unsere gegenwärtigen Heeres-Divisionen aufzufüllen und mehr Soldaten für einen sofortigen Einsatz verfügbar zu haben, werde ich eine Erhöhung der Gesamtstärke der US-Armee von 875 000 auf zirka 1 Million Mann beantragen.

3. Ich werde um eine Erhöhung der Stärke der aktiven Marine- und der aktiven Luftstreitkräfte um 29 000 respektive 63 000 Mann nachsuchen.

4. Um diesen Mannschaftsbedarf sicherzustellen, werde ich anordnen, daß unsere Einberufungen in den kommenden Monaten auf das Doppelte und das Dreifache erhöht werden; ich werde den Kongreß um die Vollmacht ersuchen, bestimmte Reserveeinheiten und einzelne Reservisten zum aktiven Dienst einzuberufen und die Dienstzeiten zu verlängern; und ich plane im Rahmen dieser Vollmacht, eine Anzahl von Lufttransportgeschwadern und taktischen Geschwadern der Nationalgarde zum aktiven Dienst einzuberufen, damit wir über die erforderliche Lufttransportkapazität verfügen und den erforderlichen Schutz haben. Andere Reserveeinheiten werden, sobald erforderlich, einberufen werden.

5. Viele Schiffe und Flugzeuge, die schon dazu bestimmt waren, ausrangiert zu werden, werden im Dienst bleiben oder wieder in Dienst gestellt werden, wodurch unsere taktische Luftwaffe und unsere See- und Lufttransport- sowie die U-Boot-Abwehrkapazität verstärkt wird. Außerdem wird unsere Strategische Luftwaffe durch einen Aufschub der Außerdienststellung der B-47-Bomber eine Verstärkung erfahren.

6. Schließlich werden 1,8 Mrd. Dollar — das ist etwa die Hälfte der Gesamtsumme — für die Beschaffung von nichtnuklearen Waffen, Munition und Ausrüstung benötigt.

Einzelheiten zu all diesen Forderungen werden dem Kongreß morgen unterbreitet werden. Weitere Schritte werden getan werden, um weiteren Erfordernissen zu genügen. Ähnliche Anstrengungen für die gemeinsame Verteidigung werden zur Zeit mit unseren NATO-Verbündeten erörtert, denn ihre Verpflichtungen und Interessen sind genauso konkret wie unsere eigenen.

Und lassen Sie mich hinzufügen, daß ich mir der Tatsache wohl bewußt bin, daß viele amerikanische Familien die Last dieser Anforderungen tragen werden. Für manchen wird Studium und Karriere unterbrochen werden, Ehemänner und Söhne werden abberufen werden, und die Einkommen werden in einigen Fällen geringer werden.

Aber dies sind Lasten, die getragen werden müssen, wenn die Freiheit verteidigt werden soll — schon früher haben die Amerikaner sie bereitwillig getragen, und sie werden sich dieser Aufgabe auch jetzt nicht entziehen.

Wir haben noch eine andere ernste Verantwortung. Die im Raketenzeitalter gegebenen Möglichkeiten eines Atomkrieges zu erkennen, ohne unsere Bürger wissen zu lassen, was sie tun sollen und wohin sie gehen sollen, wenn Bomben fallen, wäre eine Verantwortungslosigkeit. Im Mai habe ich einen neuen Anfang in der Zivilverteidigung versprochen. In der vergangenen Woche habe ich auf Empfehlung des Direktors des Amtes für Zivilverteidigung die grundsätzliche Verantwortung für dieses Programm dem Verteidigungsminister übertragen, um sicherzugehen, daß es mit unseren kontinentweiten Verteidigungsanstrengungen auf der höchsten zivilen Ebene koordiniert und verwaltet wird. Morgen werde ich den Kongreß um neue Mittel für die folgenden Sofortziele ersuchen: in den bestehenden — öffentlichen oder privaten — Gebäuden Räume auszusuchen und zu bezeichnen, die im Falle eines Angriffs zum Schutz gegen radioaktiven Fallout benutzt werden können; diese Schutzräume mit Lebensmitteln, Wasser, Verbandskästen für Erste Hilfe und anderen für das Ueberleben unbedingt erforderlichen Dingen auszustatten; ihr Fassungsvermögen zu vergrößern; unsere Luftwarn- und Strahlungsmeldesysteme zu verbessern, wozu auch ein neues Hauswarnsystem gehört, das zur Zeit entwickelt wird; und andere Maßnahmen zu treffen, die rechtzeitig wirksam werden, um im Notfalle Millionen von Menschenleben zu retten.



Im Falle eines Angriffs ist das Leben jener Familien, die nicht von der Spreng- und Hitzewelle einer Kernwaffenexplosion getroffen werden, dann zu retten, wenn sie auf Grund einer Vorwarnung Schutzräume aufsuchen können und wenn solche Schutzräume vorhanden sind. Wir sind unseren Familien — und unserem Lande — diese Form der Vorsorge schuldig. Anders als für unsere Freunde in Europa ist für unsere Heimatgestade die Notwendigkeit solcher Schutzvorkehrungen etwas Neues. Jetzt ist es jedoch an der Zeit, damit zu beginnen. In den kommenden Monaten möchte ich jedem Bürger sagen können, welche Schritte er unverzüglich unternehmen sollte, um im Falle eines Angriffs seine Familie zu schützen. Ich weiß, daß Sie selbst nicht weniger tun würden.

Mit den zusätzlichen 207 Millionen Dollar an Bewilligungen für die Zivilverteidigung erhöhen sich unsere gesamten Neuanforderungen für das Verteidigungsbudget auf 3454 Millionen Dollar, das sich dann auf insgesamt 47,5 Mrd. Dollar im Jahr stellt. Dies bedeutet eine Erhöhung des Verteidigungsbudgets um 6 Mrd. Dollar seit Januar und hat nach offiziellen Schätzungen zu einem Haushaltsdefizit von über 5 Mrd. Dollar geführt. Der Finanzminister und andere Wirtschaftsberater haben mir jedoch zugesichert, daß unsere Wirtschaft über die Kapazität verfügt, um diese neuen Anforderungen verkraften zu können.

Wir erholen uns schnell von der Rezession des vergangenen Jahres. Die Zunahme unseres Bruttosozialprodukts gerade im letzten Quartal war größer als in jeder anderen Anfangsphase der Wiedererholung in der Nachkriegszeit. Und trotzdem sind unsere Großhandelspreise tatsächlich niedriger als sie während der Rezession waren, und die Verbraucherpreise sind lediglich  $\frac{1}{4}$  Prozent höher als im Oktober vergangenen Jahres.

Praktisch hat in diesem letzten Quartal unsere Produktion zum ersten Male in acht Jahren zugenommen, ohne daß gleichzeitig der Gesamtpreisindex anzog. Und zum erstenmal seit Herbst 1959 haben sich unsere Goldreserven erhöht und wird der Dollar im Ausland wieder mehr geachtet. Diese Erfolge, dies muß betont werden, sind bei einem weit geringeren Haushaltsdefizit erreicht worden als dem der Rezession des Jahres 1958.

Die verbesserten Aussichten für die Wirtschaft bedeuten auch höhere Einnahmen, und ich beabsichtige, dem Kongreß im Januar einen Haushalt für das nächste Haushaltsjahr vorzulegen, der wirklich ausgeglichen ist. Sollte aber auf Grund der Ereignisse der nächsten Monate eine Erhöhung der Steuern notwendig werden, um einen solchen Ausgleich zu erreichen, oder auf Grund der noch kommenden höheren Verteidigungsausgaben, so werden solche Steuererhöhungen im Januar beantragt werden.

Um indessen sicherzustellen, daß sich das gegenwärtige Defizit in einem erträglichen Rahmen hält, müssen wir alle Ausgaben beschränken, die nicht in den Haushaltsanforderungen stichhaltig begründet sind. Der Luxus unseres derzeitigen Bundespost-Defizits muß aufhören. Die Kosten der militärischen Beschaffung werden genau überprüft werden — und hier wäre ich für die Mitwirkung des Kongresses dankbar. Die von mir angeführten Steuerlücken — bei den Spesenabrechnungen, den Auslandseinkommen, den Dividenden, Zinserträgen, genossenschaftlichen Einkünften usw. — sind zu schließen.

Es ist mir klar, daß keine Maßnahme zur Aufbringung von Haushaltsmitteln den Beifall aller Betroffenen finden wird, aber ich bin sicher, daß jeder Amerikaner bereit ist, seinen angemessenen Beitrag zu zahlen und die Last der Verteidigung der Freiheit nicht ausschließlich jenen zu überlassen, die unter den Waffen stehen. Denn bei diesen Verteidigungsanstrengungen steht unsere ganze Zukunft auf dem Spiel — und wir können uns unserer Verantwortung unmöglich entziehen.

Ich muß jedoch nochmals betonen, daß wir nicht nur zwischen Widerstand und Rückzug, zwischen Atomkatastrophe und Kapitulation zu wählen haben. Militärisch sind wir in Friedenszeiten traditionsgemäß auf Verteidigung eingestellt, doch braucht das nicht

für unsere Diplomatie zu gelten. Wir werden auf die Berlin-Krise keineswegs nur militärisch oder negativ reagieren. Wir werden mehr tun als nur eine feste Haltung bewahren. Denn wir denken nicht daran, anderen die Auswahl und Monopolisierung des Forums und des Rahmens der Diskussion zu überlassen. Wir denken nicht daran, von unserer Verpflichtung gegenüber der Menschheit, eine friedliche Lösung zu suchen, zurückzutreten.

Als Unterzeichner der UN-Charta werden wir stets bereit sein, internationale Probleme mit jeder Nation und allen Nationen zu erörtern, die bereit sind, vernünftig zu reden und zuzuhören. Wenn sie Vorschläge — nicht Forderungen — haben, werden wir diese anhören. Wenn sie eine echte Verständigung suchen — nicht Konzessionen in bezug auf unsere Rechte —, werden wir mit ihnen zusammenkommen.

Wir haben bereits früher unsere Bereitschaft bekundet, jedwede wirkliche Störfaktoren in West-Berlin zu beseitigen, aber über die Freiheit dieser Stadt gibt es kein Verhandeln. Wir können nicht mit denen verhandeln, die sagen, „was mir gehört, ist mein, und was dir gehört, darüber läßt sich reden“. Aber wir sind bereit, jede Vereinbarung oder jeden Vertrag in bezug auf Deutschland zu prüfen, der mit Erhaltung von Frieden und Freiheit sowie mit den legitimen Sicherheitsinteressen aller Nationen in Einklang steht.

Wir erkennen die in der Geschichte begründete Besorgnis der Sowjetunion bezüglich ihrer Sicherheit in Mittel- und Osteuropa nach einer Reihe räuberischer Invasionen an — und wir glauben, daß Vereinbarungen ausgearbeitet werden können, die dazu beitragen werden, dieser Besorgnis gerecht zu werden, und die es möglich machen, daß sowohl Sicherheit wie auch Freiheit in diesem Unruhegebiet herrschen.

Denn nicht die Freiheit Berlins ist es, die im heutigen Deutschland „anomal“ ist, sondern die Situation in diesem gesamten geteilten Lande. Wenn irgend jemand die Legalität unserer Rechte in Berlin anzweifelt, so sind wir bereit, diese einem internationalen Rechtspruch zu unterwerfen. Wenn irgend jemand Zweifel darüber hegt, in welchem Maße die Bevölkerung West-Berlins unsere Anwesenheit wünscht — verglichen mit den Gefühlen, die die Ostdeutschen gegenüber ihrem Regime hegen —, so sind wir bereit, diese Frage Berlin und, wenn möglich, dem ganzen deutschen Volk zur freien Abstimmung zu stellen. Und lassen Sie uns auch gleichzeitig die zweieinhalb Millionen Flüchtlinge hören, die vor dem kommunistischen Regime in Ostdeutschland geflohen sind und die mit ihren Füßen für die westliche Form der Freiheit gestimmt haben.

Die Welt läßt sich durch den kommunistischen Versuch, Berlin zu einer Brutstätte des Krieges zu stempeln, nicht täuschen. In Berlin herrscht heute Frieden. Der Ursprung der Unruhe und der Spannungen in der Welt ist Moskau und nicht Berlin. Und sollte ein Krieg beginnen, dann wird er in Moskau und nicht in Berlin begonnen haben.

Denn die Entscheidung für Krieg oder Frieden liegt bei den Sowjets, nicht bei uns. Sie sind es, die diese Krise geschürt haben. Sie sind es, die eine Veränderung zu erzwingen versuchen. Sie sind es, die sich freien Wahlen widersetzt haben, und sie sind es auch, die einen gesamtdeutschen Friedensvertrag und die Bestimmungen des Völkerrechts verworfen haben. Und wie wir Amerikaner aus der Geschichte unserer eigenen Grenzerzeit wissen, sind es die Gesetzesbrecher, durch die Schießereien verursacht werden, und nicht die Hüter des Friedens.

Kurzum, während wir bereit sind, unsere Interessen zu verteidigen, werden wir genauso bereit sein, durch besonnenes Sondieren, auf formellen oder informellen Zusammenkünften, nach dem Frieden zu streben. Wir wollen nicht, daß militärische Erwägungen im Denken des Westens oder des Ostens die Oberhand gewinnen. Und Herr Chruschtschow wird vielleicht feststellen müssen, daß seine an andere Nationen gerichtete Einladung, sich einem bedeutungslosen Vertrag anzuschließen, dazu führt, daß diese ihn einladen, der Gemeinschaft friedlicher Menschen beizutreten, auf Anwendung von Gewalt zu verzichten und die Unverletzlichkeit der Verträge zu respektieren.

Während alle diese Anstrengungen gemacht werden, dürfen wir uns nicht von unserer Gesamtverantwortung, von anderen Gefahren, von anderen Aufgaben ablenken lassen. Sollten neue Drohungen in Berlin oder sonstwo dazu führen, daß unser Hilfsprogramm für die Entwicklungsländer, die ebenfalls schwerem Druck von der gleichen Seite ausgesetzt sind, geschwächt wird, daß unsere Bemühungen um eine wirkliche Abrüstung eingestellt werden, daß unsere Wirtschaft gestört, die Wirtschaftstätigkeit verlangsamt oder die Erziehung unserer Kinder vernachlässigt wird, dann wären diese Drohungen bestimmt die erfolgreichsten und am wenigsten kostspieligen Manöver in der Geschichte des Kommunismus. Denn wir können uns alle diese Anstrengungen und noch mehr leisten, aber wir können es uns nicht leisten, dieser Herausforderung nicht zu begegnen.

Und die Herausforderung ist nicht nur gegen uns allein gerichtet. Diese Herausforderung richtet sich gegen jede Nation, die ihre Souveränität unter einem freiheitlichen System ausübt. Diese Herausforderung richtet sich gegen alle die, die eine Welt der Entscheidungsfreiheit wollen. Diese Herausforderung richtet sich im besonderen gegen die Atlantische Gemeinschaft — die Staaten, die das Kernland der menschlichen Freiheit umschließen.

Wir im Westen müssen beim Aufbau der militärischen Stärke zusammengehen. Wir müssen einander stärker als bisher konsultieren. Wir müssen unsere Vorschläge für den Frieden zusammen entwerfen und uns gemeinsam anstrengen, wenn sie am Konferenz-tisch vorgetragen werden, und wir müssen zusammen die Lasten und die Risiken dieser Anstrengungen tragen.

Die Atlantische Gemeinschaft ist in ihrer heutigen Form lediglich die Antwort auf Herausforderungen: auf das in Europa drohende Chaos im Jahre 1947, auf die Berliner Blockade im Jahre 1947, auf die kommunistische Aggression in Korea im Jahre 1950. Nunmehr, zu Stärke und Prosperität gelangt, wird die Atlantische Gemeinschaft nach einem einzigartigen Jahrzehnt des Fortschritts weder ihre Geschichte noch die Prinzipien vergessen, die ihr Sinn und Bedeutung gaben.

Das feierliche Gelöbnis, das jeder von uns West-Berlin in Zeiten des Friedens gegeben hat, wird in Zeiten der Gefahr nicht gebrochen werden. Wenn wir unsere Verpflichtungen gegenüber Berlin nicht erfüllen, was wird dann sein? Werden wir hier wortbrüchig, dann wird alles seinen Sinn verlieren, was wir bisher hinsichtlich der kollektiven Sicherheit erreicht haben, die auf eben diesem unserem Wort beruht; und wenn es einen Weg gibt, der vor anderen zum Kriege führt, so ist es der Weg der Schwäche und Uneinigkeit.

Heute verläuft die gefährdete Grenze der Freiheit quer durch das geteilte Berlin. Wir wollen, daß sie eine Friedensgrenze bleibt. Das ist die Hoffnung jedes Bürgers der Atlantischen Gemeinschaft, jedes Bürgers der osteuropäischen Länder und, wie ich zuversichtlich glaube, auch jedes Bürgers der Sowjetunion. Denn ich kann mir nicht vorstellen, daß die Völker Rußlands — die im Zweiten Weltkrieg enorme Verluste so tapfer ertrugen — jetzt einen erneuten Bruch des Friedens in Deutschland wünschen sollten. Die sowjetische Regierung allein vermag die Friedensgrenze in Berlin in einen Kriegsvorwand zu verwandeln.

Die von mir heute abend angedeuteten Schritte haben die Vermeidung dieses Krieges zum Ziel. Um alles noch einmal zusammenzufassen: Wir erstreben den Frieden — aber wir werden nicht kapitulieren. Das ist der zentrale Inhalt dieser Krise und der Inhalt unserer Regierungspolitik.

Mit Ihrer Hilfe und der Hilfe anderer freier Menschen ist diese Krise zu überwinden. Die Freiheit kann fortbestehen, der Friede kann von Dauer sein.

Ich möchte gerne mit einigen persönlichen Worten schließen. Als ich für das Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten kandidierte, wußte ich, daß dieses Land vor schweren Aufgaben stand, aber ich konnte nicht ermessen — noch konnte es irgend jemand



anders, der nicht die Bürde dieses Amtes trägt —, wie groß und konstant diese Lasten sein würden.

Dreimal zu meinen Lebzeiten waren unser Land und Europa in größere Kriege verwickelt. In allen diesen Fällen waren schwere Fehlkalkulationen auf beiden Seiten hinsichtlich der Absichten der anderen der Anlaß zu riesigen Zerstörungen. Heute, im thermonuklearen Zeitalter, würde jede Fehlkalkulation auf einer Seite hinsichtlich der Absichten der anderen in wenigen Stunden mehr Vernichtung über uns bringen als alle Kriege in der Geschichte der Menschheit zusammen.

In diesem Bewußtsein werde ich als Präsident und Oberbefehlshaber — in den schweren Tagen, die uns Amerikanern bevorstehen — die Verantwortung, die mir unsere Verfassung auferlegt, in den kommenden dreieinhalb Jahren tragen. Aber ich bin sicher, daß wir alle — ganz gleich, auf welchem Platz wir stehen — unser Bestes für unser Land und unsere Sache tun werden. Denn wir alle wollen, daß unsere Kinder in einem Lande, in dem der Friede herrscht, und in einer Welt, in der die Freiheit fortbesteht, aufwachsen.

Ich weiß, daß wir zuweilen ungeduldig werden. Es gelüstet uns nach einer sofortigen Aktion, die den uns drohenden Gefahren ein Ende bereitet. Aber ich muß Ihnen sagen, daß es keine schnelle und leichte Lösung gibt. Die Kommunisten haben die Kontrolle über eine Milliarde Menschen, und sie wissen, daß ihnen — sollten wir fallen — der Erfolg gewiß ist. Wir müssen in die Zukunft planen, die uns — wenn wir mutig und standhaft sind — das bringen kann, was wir alle ersehnen. In diesen Tagen und Wochen bitte ich um Ihre Hilfe und Ihren Rat. Ich bitte um Ihre Vorschläge, wenn Sie der Ansicht sind, daß wir etwas besser machen könnten. Wir alle, das weiß ich, lieben unser Land und werden unser Bestes tun, um ihm zu dienen. Um meiner Verantwortung als Präsident in diesen kommenden Monaten gerecht werden zu können, brauche ich Ihren guten Willen und Ihre Unterstützung, vor allem aber Ihr Gebet.

Ich danke Ihnen und wünsche Ihnen eine gute Nacht.

Quelle: *Amerika-Dienst* (Botschaft der Vereinigten Staaten, Bad Godesberg) v. 28. Juli 1961.

**Erklärung des britischen Außenministeriums vom 26. Juli 1961  
zur Rundfunk- und Fernsehansprache Präsident Kennedys am 25. Juli 1961**

*Betrifft:* Deutschland und Berlin — Bereitschaft zu Verhandlungen  
— Stärkung der Verteidigungsbereitschaft — Konsultationen des Westens — britische NATO-Verpflichtungen.

1. Die britische Regierung begrüßt und ist in voller Uebereinstimmung mit der Erklärung des Präsidenten, insbesondere mit jenen Stellen, die das gesamte deutsche Problem einschließlich Berlin betreffen.

2. Wir teilen die in Präsident Kennedys Erklärung zum Ausdruck gebrachte Bereitschaft der amerikanischen Regierung, zu verhandeln, immer vorausgesetzt, daß sich die Sowjetregierung dazu auf einer vernünftigen Basis bereit findet. Wir stellten das in unserer Note an die sowjetische Regierung vom 17. Juli klar. Doch wenn Verhandlungen Aussicht auf Erfolg haben sollen, müssen wir und unsere Verbündeten der sowjetischen Regierung unmißverständlich beweisen, daß Drohungen, ihre Ziele durch ein einseitiges Vorgehen zu verfolgen, nur höchst ernste Gefahren heraufbeschwören können.

3. Die britische Regierung stimmt mit der Regierung der Vereinigten Staaten völlig darin überein, daß wir die erforderlichen Vorbereitungen treffen müssen, um der kritischen Situation, die entstehen kann, zu begegnen. Wir sind von der amerikanischen Regierung über die Entwicklung ihrer Politik in diesem Zusammenhang stets ausführlich informiert worden. Wir haben mit ihr in ständiger Verbindung gestanden — durch die Besuche, die den Premierminister und den Außenminister Anfang dieses Jahres nach

Washington führten, über die diplomatischen Kanäle und, in jüngster Zeit, durch das Treffen, das diese Woche in London zwischen dem amerikanischen Verteidigungsminister und Minister Watkinson stattfand.

4. Jede weiteren Schritte, die dieses Land vielleicht unternehmen muß, werden Gegenstand von Beratungen sein, die der Außenminister mit seinen Kollegen auf den Ende nächster Woche in Paris anberaumten Treffen abhalten wird. Ferner werden auch innerhalb der NATO ausführliche Erörterungen über die Rolle stattfinden, die die NATO spielen muß. Folglich kann jetzt noch keine Erklärung über die Art der Schritte abgegeben werden, die die britische Regierung unternehmen wird. Es werden nicht zwangsläufig die gleichen sein, wie sie von Präsident Kennedy unternommen wurden, aber sie werden dem gleichen Zweck dienen.

5. Das steht in keinem Widerspruch zu den Ausführungen, die der Schatzkanzler gestern zu diesem Thema im Unterhaus machte. Wie Schatzkanzler Selwyn Lloyd erläuterte, hat die britische Regierung den Nordatlantikpakt ersucht, die finanziellen Bedingungen zu überprüfen, unter denen unsere Streitkräfte unterhalten werden. Er führte weiter aus, daß ein solches Ersuchen gemäß den Bestimmungen des Vertrags zulässig ist und unsere Entschlossenheit nicht berührt, zu unseren Verpflichtungen innerhalb der NATO zur Verteidigung West-Berlins zu stehen. Er erklärte auch, daß sich diese Überprüfung auf das nächste Finanzjahr beziehen werde.

Quelle: *Londoner Informationen* (Britische Botschaft, Bonn), Nr. 66 vom 26. Juli 1961.

### **Note der Sowjetregierung vom 3. August 1961 an die Regierung der Vereinigten Staaten zum Friedensvertrag mit Deutschland**

*Betrifft:* Deutscher Friedensvertrag — Revisionismus und Militarismus — Selbstbestimmungsrecht — Wiedervereinigung — Separatfrieden — Berlin — Bereitschaft zu Verhandlungen.

Die Sowjetregierung möchte glauben, daß die Regierung der USA aufrichtig bereit ist, zu einer Festigung des Friedens, zur Beseitigung der Quellen der Spannung in den Beziehungen der Staaten, zur friedlichen Regelung der herangereiften internationalen Probleme beizutragen, wie dies feierlich auch von der gegenwärtigen Regierung der USA erklärt worden ist. In Beantwortung des Appells der Sowjetunion, gemeinsam an die Lösung eine der wichtigsten und akutesten Fragen der Gegenwart, von deren Regelung Frieden und Ruhe in Europa abhängen — den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland —, heranzugehen, hat sich die Regierung der USA darauf beschränkt, den alten Standpunkt der USA darzulegen, der außerordentlich entfernt von einer echten Sorge um den Frieden, darunter auch in Europa, ist.

Seit vielen Jahren weichen die USA einer Friedensregelung mit Deutschland aus, wobei sie sie auf unbestimmte Zeit hinauszuschieben suchen. Die amerikanische Note zeigt, daß die Regierung der USA es offensichtlich vorzieht, diesen Kurs auch weiterhin zu befolgen.

Hierbei löst der Versuch Befremden aus, die Vereinigten Staaten von Amerika gleichsam als Verfechter einer Friedensregelung mit Deutschland hinzustellen, die Sowjetunion dagegen als die Seite auszugeben, die dabei Hindernisse in den Weg legt. Um dem den Anschein von Glaubwürdigkeit zu verleihen, nimmt die Regierung der USA in ihrer Note zu einem Exkurs auf das Gebiet der Geschichte Zuflucht. Sie konnte jedoch aus den diplomatischen Archiven nur eine einzige Tatsache hervorholen, daß die USA überhaupt einen Vorschlag über die Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland unterbreitet haben. Diese Tatsache geht auf das Jahr 1946 zurück.

Unmittelbar nach der Beendigung des Krieges, als die Sowjetunion und die USA als Verbündete auftraten, gab es zwischen ihnen im wesentlichen keine Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Notwendigkeit, den deutschen Militarismus auszurotten, die Demokratisierung Deutschlands zu sichern und einen Friedensvertrag abzuschließen, wie dies im Potsdamer Abkommen vorgesehen war. Gerade aus diesem Grunde erwies es sich damals als möglich, faktisch eine Einigung über das Verfahren des Abschlusses eines Friedensvertrages zu erzielen.

Schon bald darauf vollzog die Regierung der USA gemeinsam mit den Regierungen der anderen Westmächte eine jähe Wendung ihrer Deutschland-Politik. Sie brachte die Dinge dahin, den deutschen Militaristen erneut in den Sattel zu helfen. Es ist verständlich, daß bei einer solchen Kursänderung in der Politik der USA kein Platz mehr für einen Friedensvertrag mit Deutschland blieb. Für die USA, Großbritannien und Frankreich erwiesen sich die Verhandlungen über das Verfahren des Abschlusses eines Friedensvertrages, die sich bereits ihrem Ende näherten, als unnötig, und sie führten diese Verhandlungen in eine Sackgasse.

Während der ganzen nachfolgenden Jahre lehnten die Westmächte die Vorschläge der Sowjetunion über die Vorbereitung eines Friedensvertrages ab. So geschah es im Jahre 1949, als die Sowjetregierung vorschlug, binnen drei Monaten den Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland auszuarbeiten und darauf mit seiner Erörterung zu beginnen. Die Regierung der USA weigerte sich auch 1952, über einen Friedensvertrag mit Deutschland zu sprechen, als die Sowjetregierung ihren Entwurf der Grundlagen eines solchen Vertrages den Westmächten zur Erörterung vorgelegt hatte. Auch der Vorschlag der Sowjetunion von 1954, sich mit der Frage eines Friedensvertrages zu befassen, fand bei den USA kein positives Echo. Eine negative Haltung nahmen die USA auch in den folgenden Jahren ein. Es genügt zu sagen, daß sie gegen die neue Initiative der Sowjetunion, die im Januar 1959 den Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland vorschlug, Sturm liefen.

Es muß noch hinzugefügt werden, daß die Regierung der USA nicht ein einziges Mal im Verlauf von 15 Jahren vorgeschlagen hat, mit der Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beginnen, und sie es sogar vermieden hat, sich darüber zu äußern, welche Prinzipien sich nach ihrer Meinung in diesem Friedensvertrag widerspiegeln sollen.

Bereits diese Tatsachen zeigen, wie wenig der Regierung der USA eine Berufung auf die Geschichte nützen kann.

Weshalb erwies es sich aber für die Regierung der USA als nötig, den Weg der Verzerrung allgemein bekannter Tatsachen zu beschreiten und offene Fälschungen zu begehen? Der gesamte Inhalt der amerikanischen Note zeigt, wie die amerikanische Regierung in erster Linie darum besorgt ist, ihre Politik vor der öffentlichen Meinung der Welt zu rechtfertigen und nach Möglichkeit die Verantwortung dafür von sich abzuwälzen, daß bis zum heutigen Tage noch nicht der Schlußstrich unter den Zweiten Weltkrieg gezogen wurde, daß es in Mitteleuropa keine stabile Lage und keine geordneten Völkerrechtsverhältnisse gibt und in Westdeutschland die Militaristen und Revanchisten wieder Kräfte sammeln.

Um dieses Zieles willen sind in der amerikanischen Note die längst verblaßten und jeder Ueberzeugungskraft baren Argumente gegen den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland gesammelt, die sich in jeder neuen Note der Vereinigten Staaten wiederfinden. Man brauchte sich mit diesen Argumenten nicht aufzuhalten, wenn es sich nicht um eine für das Schicksal des Friedens in Europa so wichtige Angelegenheit wie die friedliche Regelung mit Deutschland handelte. In dieser Angelegenheit kann man keinen Platz für Täuschungen, Unklarheiten und fehlerhafte Schlußfolgerungen lassen.



Die amerikanische Regierung erweist den Völkern einen schlechten Dienst, wenn sie in ihrer Note versucht, die Dinge so darzustellen, als ob das Fehlen eines Friedensvertrages mit Deutschland keine reale Gefahr hervorruft. Wieweit man in diesem Zusammenhang in der Heuchelei gehen kann, zeigt die in der Note enthaltene Behauptung, daß nicht das Fehlen eines Friedensvertrages, sondern der Vorschlag der Sowjetunion, daß sein Abschluß notwendig ist, eine Gefahr für den Frieden darstelle und daß das deutsche Problem in den ganzen zehn Jahren die Welt angeblich nicht beunruhigt hat.

Möglicherweise beunruhigt die amerikanische Regierung tatsächlich nicht die Situation, die in Mitteleuropa entstanden ist, aber sie hat keinerlei Recht, ihren Standpunkt als den der ganzen Welt auszugeben.

Vor aller Augen verwandelt sich Westdeutschland in einen Herd der Kriegsgefahr in Europa. Dort ist eine reguläre Armee, geführt von ehemaligen Hitler-Generalen und -Offizieren, entstanden. Bereits heute verfügt Westdeutschland unter den NATO-Partnern über die zahlenmäßig stärkste Armee auf dem europäischen Kontinent. Die Vertreter der Bundesrepublik reißen in den NATO-Stäben eine Schlüsselposition nach der anderen an sich.

Die westdeutsche Militärelite trachtet fieberhaft nach dem Besitz von Massenvernichtungsmitteln. Die Bundeswehr ist, ihrem Ursprung und ihrer Ausbildung nach, eine Armee, die dazu bestimmt ist, einen Krieg mit Raketen und Atomwaffen zu führen. Wie in Hitler-Deutschland bestehen zwischen der Armee und den Industriemonopolen, die bereit sind, die Bedürfnisse der Armee in jeder Hinsicht zu befriedigen, enge Verbindungen. In den Dienst der Bundeswehr werden die Ergebnisse der wissenschaftlich-technischen Arbeit gestellt, die in der Stille der Kabinette und Laboratorien geleistet wird. Und bekanntlich sind in unserer Zeit manche Laboratorien weit gefährlicher als Militärkasernen.

Schon heute, zu Friedenszeiten, wurde der Bundeswehr eine Reihe von Militärstützpunkten auf den Territorien einiger Staaten Westeuropas, darunter Großbritannien und Frankreich, NATO-Verbündeten der Vereinigten Staaten, zur Verfügung gestellt.

Fügt man der militärischen und materiellen Basis der deutschen Bundesrepublik noch den militaristischen und revanchistischen Geist hinzu, der wie vor einem Vierteljahrhundert alle Bereiche des staatlichen und öffentlichen Lebens durchdringt, so wird offensichtlich, wie tief die Gefahr ist, die durch die gegenwärtige Entwicklung in der deutschen Bundesrepublik heraufbeschworen wird.

Die Tatsachen zeigen, daß die deutschen Militaristen und Revanchisten mit Hilfe der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs in den seit der Kapitulation vergangenen 16 Jahren in Westdeutschland mehr erreicht haben als ihre Vorgänger in 16 Jahren nach Beendigung des Ersten Weltkrieges.

Man sagt, in Westdeutschland gäbe es heute keinen Führer namens Hitler. Bestimmen denn Namen den Gang der Ereignisse? Menschen beeinflussen die Entwicklung der Ereignisse. Und in Westdeutschland gibt es Führerkandidaten im Ueberfluß.

Die Bevölkerung Westdeutschlands lebt in einer Atmosphäre der Entfachung revanchistischer Leidenschaften. Immer wieder erhebt die Regierung der deutschen Bundesrepublik Forderungen nach Aenderung der bestehenden Grenzen.

Faktisch tritt die Regierung der deutschen Bundesrepublik in Europa als wütendster Verfechter der „Politik der Stärke“ und als Herold des „Kalten Krieges“ auf. Sie ist schon heute bereit, es bis zum Äußersten kommen zu lassen, aber so, daß Westdeutschland einstweilen nicht in Erscheinung tritt. Ihr wäre es am liebsten, wenn die Vereinigten Staaten bis zum letzten amerikanischen Soldaten für die Interessen der Bonner Revanchisten einträten.

Man kann sich leicht vorstellen, welchen Ton die westdeutschen Militaristen anhängen, wenn sich in ihren Händen Kernwaffen befänden, wozu die Westmächte offenbar gern beitragen möchten. Kann denn die Sowjetregierung eingedenk der verheerenden Invasion der Hitler-Horden achtlos daran vorübergehen, daß in Westdeutschland die Vorbereitungen zu einem „Ritt nach dem Osten“ erneut auf vollen Touren laufen?

Es ist bezeichnend, daß auch die Regierung der Vereinigten Staaten in ihrer Note die revanchistischen Forderungen Bonns nicht übergehen konnte. Allerdings wird dies in der Note gleichsam als Beweis für die Friedensliebe der Regierung der deutschen Bundesrepublik hingestellt, da sie erkläre, sie habe nicht die Absicht, zu einer Revision der Grenzen Deutschlands Gewalt anzuwenden. Wer kann diesen Versprechungen wohl Vertrauen schenken? Alle wissen, daß selbst die Bonner Regierung derartigen Versicherungen wenig Bedeutung beimißt.

Man kann nicht umhin, daran zu erinnern, daß beispielsweise Kanzler Adenauer im November 1949 öffentlich erklärt hat, er sei „prinzipiell gegen die Wiederbewaffnung der deutschen Bundesrepublik und damit auch gegen die Aufstellung neuer deutscher Streitkräfte“. Das hat die Regierung der deutschen Bundesrepublik nicht im geringsten daran gehindert, die Remilitarisierung des Landes in großem Umfang vorzunehmen und die Bundeswehr aufzustellen. Als die Rede auf Atomwaffen kam, wandte Kanzler Adenauer dieselbe Methode an. Er begann damit, daß er sich für einen Menschen ausgab, der den Atomtod für das deutsche Volk nicht möchte. 1957 erklärte Kanzler Adenauer, er könne die atomare Bewaffnung neuer Mächte nicht begrüßen, und die deutsche Bundeswehr habe sich nicht um Lieferungen von Atomwaffen beworben. Heute spricht derselbe Adenauer ohne Umschweife die Forderung aus, die deutsche Bundesrepublik in der Rüstung mit den Atommächten gleichzusetzen.

Nach alledem wäre es zumindest naiv, den Erklärungen der Regierung der Bundesrepublik, sie denke nicht daran, Gewalt anzuwenden, um ihre politischen Ziele durchzusetzen, irgendwelche Bedeutung beizumessen. Geniert sich doch die Regierung der Bundesrepublik offensichtlich nicht im mindesten, wenn sie ihre eigenen Versicherungen mit einem Federstrich rückgängig macht.

Es ist natürlich von Bedeutung, wie sich diese oder jene Persönlichkeit der Regierung der Bundesrepublik zu ihren eigenen Worten verhält. Unermeßlich wichtiger ist es jedoch, daß keinerlei einseitige Versicherungen ein Ersatz sein können für die klaren und unmißverständlichen Bestimmungen eines Friedensvertrages, die für alle seine Teilnehmer verpflichtend sind.

In dem Bemühen, die gegenwärtige anomale Situation zu legalisieren und den Gedanken eines Friedensvertrages mit Deutschland zu Grabe zu tragen, zieht die Regierung der Vereinigten Staaten praktisch die Rolle des Rechts im Leben der Völker und in der Entwicklung der Beziehungen zwischen den Staaten in Zweifel, womit man sich natürlich in keiner Weise einverstanden erklären kann. Der Abschluß eines Friedensvertrages ist der natürliche und allgemein anerkannte Uebergang vom Zustand des Krieges in den des Friedens. Ohne eine solche Regelung werden die Ueberreste des Krieges unausbleiblich die Beziehungen zwischen den Staaten, die am Kriege teilnahmen, verdüstern und eine Quelle von Reibungen zwischen ihnen, eine Quelle des gegenseitigen Mißtrauens sein. Wenn schon ein Friedensvertrag in jedem Fall notwendig ist, um einen Schlußstrich unter einen vergangenen Krieg zu ziehen, so ist seine Bedeutung hundertfach größer, wenn einer der Rechtsnachfolger des besiegten Staates sich weigert, die reale Lage, die im Ergebnis des Krieges entstanden ist, anzuerkennen und wiederum auf Böses gegen seine Nachbarn, gegen den allgemeinen Frieden sinnt. Unter diesen Umständen wäre ein Verzicht auf den Abschluß eines Friedensvertrages gleichbedeutend mit einer Einladung zur Revanche und mit dem Versprechen der Straflosigkeit.

In der Note der amerikanischen Regierung wird der Versuch unternommen, die Beteiligung der deutschen Bundesrepublik am Militärblock der NATO als eine weitere Bestätigung dafür hinzustellen, daß Westdeutschland auch ohne Friedensvertrag angeblich niemand bedrohe. Glaubt man der Regierung der Vereinigten Staaten, so kommt dabei heraus, daß der aggressive NATO-Block eine friedliebende Organisation, die Beteiligung der deutschen Bundesrepublik an diesem Block eine Garantie für die Sicherheit der europäischen Staaten und die im Rahmen der NATO gefaßten militärischen Beschlüsse ein ausreichender Ersatz für die Beschlüsse eines Friedensvertrages mit Deutschland seien.

Doch für wen sind derartige Behauptungen berechnet? Wenn für das Sowjetvolk, dann verfehlen sie ihr Ziel völlig.

Aber selbst wenn man die Frage der Zielrichtung des NATO-Blocks beiseite läßt, muß man auch mit verbundenen Augen erkennen, daß die Beteiligung der deutschen Bundesrepublik an diesem Block geradezu Treibhausbedingungen für den deutschen Militarismus schafft. Gerade durch die Kanäle der NATO kommen nach Westdeutschland die modernsten Waffenarten für die Bundeswehr. Die Beteiligung an der NATO ermöglichte es der deutschen Bundesrepublik, ihre Militärstützpunkte auf dem weiten Raum Westeuropas zu errichten; das hatte selbst Hitler-Deutschland nicht, als es sich darauf vorbereitete, den Zweiten Weltkrieg zu entfesseln. Nicht geringe Bedeutung hat auch die Tatsache, daß Militärspezialisten der deutschen Bundesrepublik in den Organen der NATO Zugang zu militärischen Geheimnissen der anderen Partnerstaaten dieses Blocks bekommen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten möchte offensichtlich gern die Bedeutung des Militärpotentials der deutschen Bundesrepublik bagatellisieren, wobei sie davon ausgeht, daß es bisher noch beträchtlich geringer ist als das amerikanische. Es wäre jedoch gefährlich, außer acht zu lassen, daß die deutsche Bundesrepublik bereits heute über mehr als genügend Streitkräfte und Waffen verfügt, um einen allgemeinen kriegerischen Konflikt auszulösen. Um eine Pulverkammer explodieren zu lassen, ist ja ein Kommandant dieser Kammer gar nicht notwendig; es genügt, wenn sich unter den den Kommandanten umgebenden Offizieren ein Wahnwitziger befindet, der ein Streichholz anzündet.

Wenn man von der Notwendigkeit ausgeht, dem für den Frieden gefährlichen Anwachsen des Militarismus und Revanchismus in Westdeutschland einen Riegel vorzuschieben, oder von den Interessen einer Verbesserung der Beziehungen zwischen den Großmächten, wenn man sich von den Interessen des deutschen Volkes selbst oder der Völker, die im Krieg gegen Hitler-Deutschland Blut vergossen haben, leiten läßt, so muß man zu dem Schluß gelangen, daß ein deutscher Friedensvertrag abgeschlossen werden muß.

Dies fordern die seinerzeit feierlich verkündeten Ziele, die in den Kriegsjahren die Teilnehmer an der Anti-Hitler-Koalition begeisterten und in der die Sowjetunion, die Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien und Frankreich die führende Rolle spielten. In diesen Jahren war es durch die gemeinsame Zielsetzung der Verbündeten möglich, gemeinsam außerordentlich komplizierte militärische und politische Aufgaben zu lösen.

Wenn die Sowjetregierung dazu aufruft, eine Situation zu beenden, in der, obwohl seit der Beendigung des Krieges 16 Jahre vergangen sind, immer noch kein deutscher Friedensvertrag abgeschlossen ist, so ist die Sowjetregierung gleichzeitig bestrebt, die Meinungsverschiedenheiten in der deutschen Frage zu beseitigen und die Beziehungen der Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika zum Wohle des Friedens wieder herzustellen. Die Sowjetregierung ist überzeugt, wenn alle interessierten Staaten guten Willen und den Wunsch zur Zusammenarbeit an den Tag legen, dann wird es



auf dem Weg zum Abschluß eines deutschen Friedensvertrages keine unüberwindlichen Hindernisse geben.

In der Note der Regierung der Vereinigten Staaten wird besonderer Nachdruck darauf gelegt, daß angeblich die Frage einer friedlichen Regelung mit Deutschland solange nicht gelöst werden kann, bis die Wiedervereinigung Deutschlands verwirklicht ist.

Dies ist aber ein zumindest unrealistischer Standpunkt. Das Problem der Vereinigung Deutschlands ist ein rein inneres Problem des deutschen Volkes und kann nur auf der Grundlage einer Übereinkunft zwischen den beiden deutschen Staaten, der DDR und der Bundesrepublik, gelöst werden, während die Frage des Friedensvertrages ihrer Natur nach international ist und die Interessen vieler Staaten berührt.

Bei der Erwähnung der Vereinigung Deutschlands hielt es die amerikanische Regierung für angebracht, die Frage des Rechts auf Selbstbestimmung zu berühren. Demzufolge erheben sich zum Schutz des Rechts auf Selbstbestimmung diejenigen, die in der Praxis ein Bollwerk der Kolonialordnung sind und jedes Mal den Weg zu blockieren suchen, wenn ein Volk den Kampf für das Recht auf eine unabhängige nationale Entwicklung aufnimmt.

Das Manipulieren mit der Losung der Selbstbestimmung der deutschen Nation angesichts der Existenz zweier unabhängiger deutscher Staaten ist ein äußerst billiger Trick. Die DDR und die Bundesrepublik gehen heute nicht in der nationalen Frage auseinander, sie trennen vielmehr tiefe Unterschiede in den inneren Lebensverhältnissen, anders gesagt, tiefe soziale Unterschiede. Versucht man, der Losung der Selbstbestimmung den Kampf innerhalb einer Nation um den sozialen Fortschritt gegenüberzustellen, so bedeutet dies, die Begriffe zu verwechseln. Wenn man von der sozialen Ordnung spricht, und gerade davon muß man im Zusammenhang mit der Bildung zweier selbständiger Staaten aus dem ehemaligen Deutschland sprechen, so haben diese beiden Staaten bereits längst ihre Wahl getroffen.

Es ist Sache der Deutschen selbst, nach Wegen zur Wiedervereinigung ihrer beiden Staaten, die sich in verschiedenen Richtungen entwickeln, zu suchen. In einer Situation, da sich die Regierung der deutschen Bundesrepublik kategorisch weigert, Verhandlungen mit der Regierung der DDR über die Frage einer Vereinigung überhaupt aufzunehmen, bestehen natürlich bei einer solchen Politik der Regierung der deutschen Bundesrepublik keinerlei Aussichten auf ein Übereinkommen beider deutscher Staaten in dieser Frage und werden auch keine bestehen. Das ist eine unwiderlegbare Tatsache, die nicht ignoriert werden darf.

Die Vier Mächte können an der entstandenen Situation nichts ändern. Selbst wenn sie sich untereinander über ein für sie wünschenswertes Verfahren der Wiedervereinigung Deutschlands einigen würden, so müßten sie beiden deutschen Staaten ihre Entscheidung gewaltsam aufzwingen. Was hätte dies mit dem Prinzip der Selbstbestimmung zu tun, über dessen Anwendung bei der Lösung des Problems der Vereinigung Deutschlands sich die Regierung der Vereinigten Staaten äußert.

Wenn die Vier Mächte überhaupt durch irgend etwas wirklich zur Lösung des Problems der Wiedervereinigung Deutschlands beitragen können, dann nur durch den Abschluß eines Friedensvertrages. Wenn beide deutschen Staaten auf Grund eines Friedensvertrages die gleichen internationalen Verpflichtungen übernehmen würden, so erhielten sie damit einen gemeinsamen Boden zur Annäherung im Interesse einer Lösung der gesamtationalen Aufgaben des deutschen Volkes. Den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages aber von der Lösung des Problems der Wiedervereinigung Deutschlands abhängig zu machen, würde bedeuten, auf die Lösung sowohl der einen als auch der anderen Frage zu verzichten.

Die Sowjetregierung ist der Ansicht, daß unter den entstandenen Bedingungen der Abschluß eines Friedensvertrages unter Beteiligung aller Staaten, die sich im Kriegs-

zustand mit Deutschland befanden, einerseits und beider deutscher Staaten andererseits die beste Lösung wäre. Wie die Sowjetregierung betont hat, hält sie auch folgende Lösung der Frage eines deutschen Friedensvertrages für möglich: es werden zwei Friedensverträge abgeschlossen — der eine mit der Deutschen Demokratischen Republik und der andere mit der deutschen Bundesrepublik, wobei die Grundbestimmungen beider Verträge gleichlautend sind.

Indessen gewinnt die Situation in Europa eine solche Schärfe, daß es unmöglich und gefährlich ist, sich auf den Standpunkt derjenigen zu begeben, die aus diesen oder jenen engen Ueberlegungen weiter Einwendungen gegen den Abschluß eines Friedensvertrages erheben. Würde man den Gegnern einer friedlichen Regelung mit Deutschland Gefolgschaft leisten, so bedeutete das, mit ihnen die schwere Verantwortung für alle Folgen zu teilen, die sich aus der weiteren Verzögerung des Abschlusses eines Friedensvertrages ergeben. Die Sowjetunion würde die Prinzipien ihrer Friedenspolitik verraten, wenn sie diesen Weg gehen und zulassen würde, daß sich die Ereignisse, die offensichtlich zu einer Verschärfung der Kriegsgefahr führen, so entwickeln.

Wenn die Westmächte und die Regierung der Bundesrepublik, wie sie ständig erklären, sich weigern werden, einen Friedensvertrag mit Deutschland zu unterzeichnen, so muß ein solcher Vertrag ohne sie unterzeichnet werden. In diesem Fall wird ein Friedensvertrag zwischen denjenigen Staaten abgeschlossen werden, die am Krieg gegen Hitler-Deutschland teilgenommen haben und die dies wünschen, und der Deutschen Demokratischen Republik, die bereits ihr Einverständnis damit erklärt hat.

Man braucht nicht viel darüber zu reden, welche große Bedeutung der Abschluß eines Friedensvertrages mit der DDR haben wird. Dieser Vertrag wird die nach dem Zweiten Weltkrieg festgelegten Grenzen Deutschlands juristisch verankern. Internationale Anerkennung wird die Tatsache erhalten, daß in einem Teil Deutschlands, der Deutschen Demokratischen Republik, für immer mit der dunklen Vergangenheit, da der deutsche Militarismus Aggressionskriege entfesselte, aufgeräumt wurde. Der Friedensvertrag mit der DDR wird wie ein Leuchtturm dem ganzen deutschen Volk den Weg zu einem friedlichen Leben unter den Bedingungen voller Souveränität und Unabhängigkeit, den Weg zur Lösung seiner gesamten nationalen Aufgaben weisen. All dies wird in Mitteleuropa eine stabile Lage schaffen und den Frieden in der ganzen Welt festigen.

Es versteht sich von selbst, daß die in der amerikanischen Note enthaltene Behauptung, der Friedensvertrag mit der Deutschen Demokratischen Republik habe angeblich „keinerlei Gültigkeit vom Standpunkt des internationalen Rechts“, den Standpunkt der Sowjetunion wie auch der anderen friedliebenden Staaten nicht beeinflussen kann, die den festen Entschluß gefaßt haben, der unzulässigen Verzögerung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland ein Ende zu bereiten. Um ihren offensichtlich haltlosen Standpunkt zu stützen, vermochte die amerikanische Regierung nichts anzuführen als in den Beziehungen zwischen den Staaten nicht erlaubte Ausfälle gegen die politische und gesellschaftliche Ordnung der Deutschen Demokratischen Republik, des Staates der deutschen Arbeiter und Bauern.

Die Sowjetregierung hält es nicht für möglich, mit der Regierung der Vereinigten Staaten in eine Polemik über Fragen der inneren Ordnung der DDR einzutreten. Die sozialökonomische und politische Ordnung jedes Staates ist Sache jedes Volkes selbst und nichts weiter. Die Staaten, die an der Anti-Hitler-Koalition teilnahmen, haben lediglich Veranlassung, sich für die Fragen des inneren Lebens der beiden deutschen Staaten ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Erfüllung der Verpflichtungen über die Ausrottung des Nazismus und Militarismus als der unerläßlichen Bedingung einer friedlichen und demokratischen Entwicklung Deutschlands zu interessieren. Niemand kann jedoch abstreiten, daß gerade in der Deutschen Demokratischen Republik die Beschlüsse von Potsdam voll und ganz verwirklicht wurden, was man von Westdeutschland nicht sagen kann.

Uebrigens brauchen sich die sozialistischen Staaten über Demokratie keineswegs von denjenigen belehren zu lassen, in deren Ländern die Stellung in der Gesellschaft, die Rechte und die Würde des Menschen von seiner Hautfarbe und dem gegenwärtigen Bankkonto abhängen. Und was sind überhaupt die in der Note der Vereinigten Staaten enthaltenen Ueberlegungen über das Wahlsystem in der DDR wert, wenn die Vereinigten Staaten es für anständig halten, engste Beziehungen, ja sogar ein militärisches Bündnis mit Staaten wie zum Beispiel Spanien einzugehen, wo eine den Völkern verhaßte faschistische Diktatur herrscht, die ihren Weg über Berge von Leichen der Spanier nahm.

Die amerikanische Regierung versucht, den Abschluß eines Friedensvertrages mit der DDR als eine „einseitige Maßnahme“ zu interpretieren, als eine Art Zurücktreten der Sowjetunion von ihren Bündnisverpflichtungen gegenüber Deutschland. Aber wer, wenn nicht die Vereinigten Staaten mit ihren Partnern in den militärischen Blocks, haben die gesamte Politik in Deutschland auf einseitigen militärischen Maßnahmen aufgebaut und die Sowjetunion ihres legitimen Rechts beraubt, an der Regelung von Fragen teilzunehmen, die den größeren Teil des gegenwärtigen Territoriums von Deutschland angehen.

Man muß schon ein recht kurzes Gedächtnis haben, um die Kette der einseitigen Handlungen der Westmächte zu vergessen, die zur Spaltung Deutschlands führten. Da sind die Bildung der „Bizone“, die Verletzung des alliierten Kontrollmechanismus, die separate Währungsreform und die Schaffung des Bonner Staates selbst zu nennen.

Demzufolge hätten die drei Westmächte das Recht gehabt, in den Jahren 1952 bis 1953 in bezug auf Westdeutschland die von den Vier Mächten ausgearbeiteten Gesetze und Beschlüsse des Kontrollrates zu annullieren und diese Handlungen als vereinbar mit den Bündnisverpflichtungen zu erklären.

Die Westmächte konnten also im Jahre 1954 mit Westdeutschland die Pariser Abmachungen unterzeichnen, die die Militarisierung dieses Landes legalisierten, während die Sowjetunion, die unter Aufopferung vieler Millionen Leben den Sieg über Deutschland errang, das Recht auf einen Friedensvertrag aufgeben soll.

Außerdem ist bekannt, daß die Vereinigten Staaten nicht nur in der Deutschland-Frage den Weg einseitiger Entscheidungen beschritten haben. Wie verhält es sich mit dem Abschluß eines Friedensvertrages mit Japan ohne Beteiligung der Sowjetunion? Nach all dem unternimmt es die Regierung der Vereinigten Staaten, von irgendwelchen „einseitigen Handlungen“ der Sowjetunion zu sprechen.

Aus der amerikanischen Note geht hervor, daß der amerikanischen Regierung vor allem nicht gefällt, daß der Abschluß eines Friedensvertrages mit der DDR die Rechtsbasis für die weitere Aufrechterhaltung des Besatzungsregimes und der Stationierung von Truppen der Westmächte in West-Berlin beseitigen würde. Aber in der Praxis gibt es kein isoliertes Problem West-Berlin außerhalb des Zusammenhangs mit dem deutschen Friedensvertrag. Wenn die amerikanische Regierung eine Beteiligung an der Friedensregelung ablehnt, würde sie sich selbst in die Lage bringen, daß die Frage West-Berlins ohne sie gelöst wird, mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Rechte der Westmächte, die auf der Kapitulation Deutschlands beruhen.

Der Vorschlag zur Umwandlung West-Berlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt bedeutet nichts anderes als die Bereitschaft der Sowjetunion, gemeinsam mit allen interessierten Seiten die Frage des Status von West-Berlin nach der Unterzeichnung des deutschen Friedensvertrages zu regeln.

Die amerikanische Regierung hat sich wiederholt auf irgendwelche Verpflichtungen gegenüber West-Berlin berufen. Tatsächlich spielt die Frage West-Berlins in den Pariser Abkommen, die von den Westmächten und der Regierung der deutschen Bundesrepu-



blik unterzeichnet wurden, eine Rolle. Aber auf welcher Grundlage kann man ein Gleichheitszeichen zwischen den separaten Pariser Abkommen und den Bündnisverpflichtungen der Vier Mächte setzen? Was haben die Vereinigten Staaten von Amerika in den verschiedenen Teilen der Welt bei der Durchführung einer Politik des Aufbaus militärischer Blocks nicht für Verpflichtungen übernommen!

Die „Verpflichtungen“ gegenüber West-Berlin, auf die sich die Regierung der Vereinigten Staaten beruft, sind nicht im gemeinsamen Kampf der Völker der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten und der anderen Länder gegen Hitler-Deutschland entstanden. Sie sind die Folge eines anderen, den Völkern aufgezwungenen Krieges, des Kalten Krieges.

Das Recht auf Aufenthalt ihrer Truppen in West-Berlin möchten die Vereinigten Staaten also aus den gemeinsam mit der Sowjetunion unterzeichneten Abkommen herleiten, die „Verpflichtungen“ gegenüber dieser Stadt aber aus Abkommen, die ohne die Sowjetunion und gegen sie abgeschlossen wurden. Die Sowjetregierung kann einen solchen widersprüchlichen Standpunkt nicht als rechtmäßig anerkennen und wird dies niemals tun.

Heute wie vor 16 Jahren ist West-Berlin eine besetzte Stadt. Nur darauf, auf dem Recht der militärischen Okkupation, beruht die Anwesenheit der Westmächte in West-Berlin. Und wenn die Vereinigten Staaten von dem „Schutz der Freiheit der Stadt“ sprechen, so befürworten sie die Aufrechterhaltung des Besatzungsregimes in West-Berlin, das, wie selbst die amerikanische Regierung zugibt, bei allen nur Entrüstung hervorruft.

Was die Freiheit West-Berlins anbelangt, das heißt das unabdingbare Recht der Bevölkerung dieser Stadt, nach ihrem Ermessen die Fragen des inneren Lebens zu entscheiden und entsprechend ihren Wünschen eine politische und soziale Ordnung zu errichten, so bedroht niemand diese Freiheit. Im Gegenteil, der Abschluß eines Friedensvertrages, sei es mit einem, sei es mit beiden deutschen Staaten, wird eine festere Grundlage für die Sicherung der Freiheit West-Berlins schaffen, da dessen Bevölkerung nicht unter den Bedingungen des Besatzungsregimes, sondern unter den Bedingungen der Völkerrechtsordnung leben wird.

Die amerikanische Regierung lehnt es ab, an einer Lösung des Problems des deutschen Friedensvertrages auf vereinbarter Grundlage teilzunehmen, erhebt jedoch gleichzeitig Einwände gegen den Abschluß eines Friedensvertrages zwischen einer Reihe von Staaten, die zur Anti-Hitler-Koalition gehörten, und der Deutschen Demokratischen Republik. Was gedenkt die amerikanische Regierung auf diesem Wege zu erreichen? Den Abschluß eines Friedensvertrages mit der DDR kann sie doch nicht verhindern. Ein solcher Vertrag wird abgeschlossen, es sei denn, die Vereinigten Staaten und die anderen Westmächte hörten auf, die Lösung der Frage des Friedensvertrages auf vereinbarter Grundlage zu behindern.

Natürlich schließt die Sowjetregierung einen Friedensvertrag ohne Teilnahme der Westmächte ungern ab. Sie würde eine Änderung des Standpunktes der Westmächte in der Richtung gemeinsamer konstruktiver Maßnahmen mit der Sowjetunion in der Frage des deutschen Friedensvertrages aufrichtig begrüßen.

Im vergangenen Jahr wurde bekanntlich vorgeschlagen, das Problem des deutschen Friedensvertrages auf der Konferenz der Staatsoberhäupter der Vier Mächte in Paris zu erörtern. Der sowjetische Regierungschef ist zu dieser Konferenz nicht mit leeren Händen gekommen. Allen ist jedoch erinnerlich, daß die Konferenz der Staatsoberhäupter der Vier Mächte angesichts der provokatorischen Handlungen der früheren Regierung der Vereinigten Staaten gegenüber der Sowjetunion nicht stattfinden konnte. Aber die Sowjetregierung, die insbesondere die Tatsache des Regierungswechsels in den Vereinig-

ten Staaten von Amerika berücksichtigte, hat niemals den Gedanken der Erörterung des Problems einer friedlichen Regelung mit Deutschland als begraben angesehen. Die Sowjetregierung erklärt erneut, daß sie zu Verhandlungen bereit ist, die den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages zum Ziel haben.

Leider läßt die amerikanische Note ernste Zweifel daran aufkommen, ob die Regierung der Vereinigten Staaten solche Verhandlungen anstrebt. In der Note heißt es allerdings, daß „die Regierung der Vereinigten Staaten immer bereit ist, im Einklang mit ihren Verbündeten durch freimütige Verhandlungen die Frage einer Regelung der ungelösten Probleme Deutschlands zu erörtern“. Hier werden jedoch ebenso wie früher Einwände gegen den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages und eine auf dieser Grundlage zu erfolgende Regelung des Status in West-Berlin erhoben. Dies alles ist begleitet von Bemerkungen über „gefährliche Folgen“, eine „ernste Gefahr für den Weltfrieden“ und sogar darüber, wie die NATO-Länder die Schritte anderer Staaten „auslegen können“, wenn diese den Weg einer Friedensregelung mit Deutschland beschreiten. Welchen Wert können in diesem Falle die Versicherungen der amerikanischen Regierung über ihre Bereitschaft zu Verhandlungen haben?

Vor der Sowjetregierung erhebt sich die Frage: Welche Ziele verfolgt dies alles?

Will man vielleicht eine Atmosphäre schaffen, bei der die Profite der Rüstungsmonopole in den Vereinigten Staaten noch mehr steigen würden? Bekanntlich spricht man in den höchsten Kreisen der Vereinigten Staaten bereits heute von einer bevorstehenden Erhöhung der Steuern, einer Heraufsetzung der Preise und einer allgemeinen Senkung des Lebensstandards der Bevölkerung.

Die Kriegsspekulation, die der gesamten Situation in den Vereinigten Staaten immer mehr ihren Stempel aufdrückt und zu einer Verschärfung der internationalen Lage führt, versetzt natürlich auch die militaristischen und revanchistischen Kreise Westdeutschlands in Freude. In wenigen Wochen sollen dort ja Parlamentswahlen stattfinden, und die Partei Kanzler Adenauers war stets bemüht, auf dem Wellenkamm des „Kalten Krieges“ Wählerstimmen zu fischen.

Glaubt aber jemand, auf diese Weise Druck auf die Sowjetunion ausüben zu können, so sollte er langsam wissen, daß die Sprache der Drohungen in den Beziehungen zur Sowjetunion am wenigsten taugt und daß ihre Anwendung nur zu gegenteiligen Ergebnissen führen kann.

Die Sowjetregierung erklärte und erklärt: Sie schlägt einen Friedensschluß und den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland vor. Wenn die eine oder andere Macht oder Mächtigkeitsgruppe Handlungen unternimmt, die gefährliche Folgen haben, so wird das nicht die Sowjetunion sein. Die ganze Schwere der Verantwortung für eventuelle gefährliche Folgen für die Sache des Friedens, die die amerikanische Regierung andeutet, werden diejenigen tragen, die Schritte gegen den Frieden unternehmen. Die Sowjetunion und die anderen friedliebenden Staaten aber werden die gerechte Sache zu verfechten und für ihre Sicherheit, für den Frieden einzutreten wissen.

Es liegt nicht in der Absicht der Sowjetunion, die Lage zu verschärfen. Im Gegenteil, sie strebt nach Frieden und Minderung der internationalen Spannung durch Abschluß eines deutschen Friedensvertrages und durch friedliche Zusammenarbeit zwischen den Staaten. Die Sicherung des Friedens und die friedliche Koexistenz der Staaten war und bleibt die Grundlage der gesamten Außenpolitik der Sowjetunion. Davon läßt sich die Sowjetregierung in ihrer ganzen Politik leiten, wenn sie die Aufgabe einer Friedensregelung mit Deutschland stellt. Sie gibt der Hoffnung Ausdruck, daß sich die Regierung der Vereinigten Staaten dieser Frage mit vollem Ernst zuwenden und ihrerseits zur gemeinsamen Lösung dieser Frage im Interesse des Friedens beitragen wird.

Quelle: *Neues Deutschland* vom 5. August 1961.

**Memorandum der Sowjetregierung vom 3. August 1961 an die Bundesregierung  
zur Deutschland-Frage**

*Betrifft: Deutscher Friedensvertrag — Viermächteverpflichtungen —  
Wiedervereinigung — Abrüstung — Atombewaffnung der Bundes-  
wehr — Revanchismus und Militarismus — Selbstbestimmungs-  
recht — zwei deutsche Staaten — Berlin.*

Als die Sowjetregierung der Bundesregierung die Denkschrift vom 17. Februar dieses Jahres übermittelte, ging sie davon aus, daß die friedliche Regelung mit Deutschland unter Berücksichtigung der rechtmäßigen Interessen des ganzen deutschen Volkes, mit Beteiligung beider auf dem Territorium des einstigen Deutschlands bestehenden Staaten vorbereitet werden muß. Doch als Antwort auf den Appell der Sowjetregierung, einen eigenen Beitrag zur friedlichen Regelung mit Deutschland zu leisten, beschränkte sich die Bundesregierung darauf, den alten Standpunkt darzulegen, der schon seine völlige Fruchtlosigkeit bewiesen hat und dem völlige Ignorierung der realen Lage in Deutschland zugrunde liegt.

Die Sowjetregierung betrachtet die erwähnte Antwort der Bundesregierung als einen weiteren Beweis dafür, daß die Bundesregierung eine unrealistische Politik betreibt und die feste Absicht hat, sich jeder Regelung, die zur Festigung des Friedens in Europa führen könnte, zu widersetzen. Sowohl dem Ton als auch dem Inhalt des Memorandums ist zu entnehmen, daß der Bundesregierung die Absicht fernliegt, eine solche Regelung zu fördern.

Zur Rechtfertigung ihrer Politik, die auf Vereitelung einer friedlichen Regelung mit Deutschland abzielt, bringt die Regierung der Bundesrepublik Deutschland in dem Memorandum verschiedene Argumente vor, die sich schon bei ihrer ersten Konfrontierung mit den wirklichen Tatsachen als absolut haltlos erweisen.

1. Die in dem Memorandum der Bundesregierung enthaltenen Behauptungen, der Abschluß eines Friedensvertrages müsse aufgeschoben werden, da die DDR und die Bundesrepublik Deutschland nicht ganz Deutschland vertreten können und eine friedliche Regelung nur dann möglich sei, wenn an Stelle der zwei gegenwärtig bestehenden deutschen Staaten ein Staat geschaffen wird und an Stelle der zwei Regierungen eine Regierung gebildet wird, die ganz Deutschland vertritt, halten keiner Kritik stand, sei es vom politischen, vom faktischen oder vom juristischen Standpunkt.

Die Notwendigkeit eines deutschen Friedensvertrages und einer friedlichen Regelung entspringt schon aus der Tatsache, daß das aggressive Hitler-Deutschland einen Raubkrieg gegen die Sowjetunion und verschiedene andere Länder zur Unterjochung der Völker organisiert und in diesem Krieg eine vernichtende Niederlage erlitten hat. Die Bestimmungen der bedingungslosen Kapitulation müssen durch einen normalen Friedensvertrag ersetzt werden, der die Interessen der Gewährleistung des Friedens, der Sicherheit der Völker Europas, darunter auch des deutschen Volkes, berücksichtigt. Daher hängt eine Entscheidung über den Friedensvertrag und die Beseitigung der Ueberreste des vergangenen Krieges nicht von der Lösung der Frage der Einheit Deutschlands ab, die eine innere Angelegenheit der Deutschen selbst ist, und sie kann nicht von ihr abhängen. Ging es doch im Krieg nicht um die Einheit Deutschlands, sondern um die Gewährleistung eines dauerhaften Friedens in Europa und der Vernichtung des deutschen Militarismus und Faschismus.

Faktisch gibt es jetzt kein einheitliches Deutschland, wie es auch keine gesamtdeutsche Regierung gibt. Es bestehen zwei selbständige deutsche Staaten: die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland. In beiden deutschen Staaten hat sich eine unterschiedliche soziale und ökonomische Ordnung entwickelt. In der Deutschen Demokratischen Republik sind sozialistische Verhältnisse entstanden, und Nazis-



mus und Militarismus sind dort restlos ausgerottet. In der Bundesrepublik Deutschland sind die alten imperialistischen Verhältnisse geblieben. Das ist der reale Sachverhalt.

Sowohl vom Standpunkt der tatsächlichen Lage als auch juridisch gesehen, sind diese zwei Staaten, diese zwei Regierungen, die auf dem Boden Deutschlands bestehen, Rechtsnachfolger jenes Deutschlands, gegen das die Staaten der Anti-Hitler-Koalition Krieg geführt haben. Daher ist der Abschluß eines Friedensvertrages mit diesen zwei deutschen Staaten der einzig vernünftige Ausweg aus der entstandenen Lage. Dem nicht Rechnung zu tragen bedeutet, eine Illusion für Wirklichkeit zu nehmen und die Politik auf Betrug der Völker, darunter des deutschen Volkes, zu bauen.

2. In ihrer Stellungnahme gegen den Friedensvertrag beruft sich die Bundesregierung auf Verpflichtungen der Staaten der Anti-Hitler-Koalition, vor allem der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten, Englands und Frankreichs, gegenüber Deutschland.

Die Vier Mächte haben tatsächlich bestimmte Verpflichtungen gegenüber Deutschland, die sich aus dem Akt über bedingungslose Kapitulation und aus alliierten Abkommen ergeben. Diese historischen Dokumente erlegen Deutschland selbst, den auf seinem Territorium existierenden Regierungen, ganz bestimmte Verpflichtungen auf. Das sind vor allem Verpflichtungen, die die Verhütung der Wiedergeburt des deutschen Militarismus, die Demokratisierung des Landes sowie die Vorbereitung einer friedlichen Regelung mit Deutschland betreffen. Die Sowjetunion tat und tut alles, damit diese Bestimmungen verwirklicht werden. Bekanntlich sind im östlichen Teil Deutschlands, für dessen Entwicklung die Sowjetunion in der Zeit der alliierten Kontrolle unmittelbare Verantwortung trug, Militarismus und Nazismus auf immer ausgerottet worden, haben die deutschen demokratischen Kräfte hier die nötigen Lehren aus der Geschichte Deutschlands gezogen und tiefgreifende Umgestaltungen vorgenommen, indem sie diejenigen, die das deutsche Volk in zwei verhängnisvolle Kriege gestürzt hatten, entmachteten und ihrer wirtschaftlichen Stärke beraubten.

Wenn aber der deutsche Militarismus jetzt in Westdeutschland wieder sein Haupt erhoben hat und erneut den Frieden in Europa bedroht, so kann für die Verletzung der sogenannten feierlichen Verpflichtungen aus verständlichen Gründen nicht die Sowjetunion die Verantwortung übernehmen. Diese Verantwortung trifft die Westmächte, die sich einen Treubruch gegenüber ihrem Kriegsverbündeten zuschulden kommen ließen, mit dem sie gemeinsame Verpflichtungen übernommen hatten, in Zukunft zu verhindern, daß der Militarismus in Deutschland und die deutsche Aggression wieder aufleben; diese Verantwortung trifft ferner die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die die Sache der Vereinigung des Landes auf demokratischer und friedlicher Grundlage geopfert hat, um sich die Teilnahme Westdeutschlands am aggressiven nordatlantischen Militärblock zunutze zu machen und aufzurüsten, aufzurüsten und nochmals aufzurüsten.

Somit entbehren die Hinweise der Bundesregierung auf die Verantwortung der Vier Mächte gegenüber Deutschland jeder Grundlage und sind offenbar dazu nötig, ihre gefährliche und zutiefst antinationale Politik zu tarnen, die Jahr für Jahr die Bindeglieder zwischen beiden deutschen Staaten zerstörte und zerstört, Bindeglieder, auf die man sich bei der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands stützen könnte.

3. Nicht minder scheinheilig ist die These der Bundesregierung, daß der Abschluß eines Friedensvertrages die Spaltung Deutschlands vertiefen würde. Nicht der Abschluß eines Friedensvertrages, sondern die Politik der Bundesregierung zieht einen immer tieferen Graben zwischen beiden deutschen Staaten, entzweit das deutsche Volk und legt seiner Einheit immer neue Hindernisse in den Weg. Wenn die Bundesregierung sich weigert, an dem Abschluß eines Friedensvertrages teilzunehmen, so unterminiert sie vielleicht die letzte Möglichkeit, einen entscheidenden Schritt zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands zu tun. Nicht von ungefähr ist in Westdeutschland die Meinung

so stark verbreitet, daß die Politik der Bundesregierung eine Politik der verpaßten Gelegenheiten ist.

Wäre die Bundesregierung wirklich um die Wiederherstellung der nationalen Einheit des Landes besorgt, so würde sie Verhandlungen mit der Regierung der DDR nicht ausweichen, so würde sie im besonderen vor dem Vorschlag nicht zurückschrecken, eine deutsche Konföderation zu schaffen. Sie würde auch nicht dem Abschluß eines Friedensvertrages entgegenwirken, da dies in den gegenwärtigen Verhältnissen faktisch das einzig reale Mittel ist, das zur Schaffung einer gemeinsamen Plattform für die Annäherung und Zusammenarbeit beider deutschen Staaten, zur Ueberwindung der Spaltung Deutschlands führen könnte.

Die Sowjetregierung bekräftigt natürlich ihre Bereitschaft, den Deutschen bei der Vereinigung ihres Landes behilflich zu sein — vorausgesetzt allerdings, daß sie dies wünschen —, und jede diesbezügliche Vereinbarung, die zwischen beiden deutschen Staaten erzielt werden könnte, ohne weiteres anzuerkennen. Dazu fordert sie auch die Regierungen der Vereinigten Staaten, Englands und Frankreichs auf. Die Sowjetregierung kann und wird natürlich nie darauf eingehen, daß das unveräußerliche Recht der Deutschen verletzt wird, selbständig über ihre inneren Probleme zu entscheiden.

4. In ihrer Denkschrift vom 17. Februar hat die Sowjetregierung die Bundesregierung bereits darauf aufmerksam gemacht, daß ihre Versuche haltlos sind, die Lösung der Frage des Friedensvertrages von einem Abkommen über allgemeine kontrollierte Abrüstung abhängig zu machen. Statt die vordringliche und längst sprudreife Frage des Friedensvertrages zu lösen, sucht die Bundesregierung, die Staaten in ein Labyrinth von Fragen, die nichts mit der Sache zu tun haben, zu führen, um Zeit zu gewinnen und Westdeutschland bis an die Zähne zu bewaffnen.

Es wäre gut, wenn die Bundesregierung auch nur das geringste unternommen hätte, ein Abkommen über allgemeine und vollständige Abrüstung zu erleichtern. Die Tatsachen zeugen jedoch davon, daß die Bundesregierung in diametral entgegengesetzter Richtung wirkt. Ihre gegenwärtige Haltung zur Abrüstung erinnert allzu lebhaft an die jüngste Vergangenheit, da die Anführer Hitler-Deutschlands erklärten, sie seien auch für Abrüstung, und sogar für allgemeine Abrüstung, aber solange eine derartige Abrüstung keine Tatsache sei, würden sie „zu gleichen Bedingungen“ wie andere Staaten aufrüsten. Hören wir jetzt etwa nicht dasselbe von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland?

Die regierenden Kreise der Bundesrepublik Deutschland machen sich das Fehlen eines Friedensvertrages zunutze, um mit jedem Jahr die Militarisierung des Landes zu beschleunigen. Bewilligungen für Rüstungszwecke in Höhe von Dutzenden Milliarden Mark, die ständige Vergrößerung der zahlenmäßigen Stärke der Bundeswehr, ihre Ausstattung mit Angriffswaffen, darunter Raketen, der Wiederaufbau einer eigenen Rüstungsindustrie, die Oktroyierung von Stützpunkten der Bundeswehr in anderen Staaten, alles das zeugt davon, daß die Bundesregierung Ziele verfolgt, die mit einer wirklichen Abrüstung nichts gemein haben.

Von allem Anfang an wird die westdeutsche Bundeswehr als aggressive Kraft aufgestellt. Westdeutsche Soldaten werden von Hitler-Generalen und -Offizieren ausgebildet und erzogen, die sich in Memoiren und „Erinnerungen“ ihrer „reichen Erfahrungen“ aus räuberischen Hitler-Feldzügen rühmen. Die Bundesregierung hat sich so weit versteigen, daß sie an die Spitze ihrer Streitkräfte den Kriegsverbrecher Foertsch stellte, der sich durch schwere Untaten auf dem Territorium der Sowjetunion und anderer Länder besudelt hat. Ausgehend von Erwägungen der Humanität gegenüber dem deutschen Volk ließ die Sowjetregierung Foertsch vorfristig nach Deutschland zurückkehren, übergab sie ihn als Kriegsverbrecher den westdeutschen Behörden. Auf welche Einstellung des Sowjetvolkes kann die Bundesregierung rechnen, wenn sie seine Großmut damit beantwortet, daß sie einen abgefeimten Verbrecher, der den Tod vieler Tausender

friedlicher Bürger der Sowjetunion und anderer europäischer Länder auf dem Gewissen hat, auf den höchsten Militärposten im Lande setzt?

Auf Betreiben der Bundesregierung werden sogar jene unwesentlichen formellen Beschränkungen eine nach der anderen aufgehoben, die durch die Pariser Abkommen von 1954 in bezug auf die Rüstungsproduktion der Bundesrepublik Deutschland eingeführt worden waren. Seitdem sind diese Beschränkungen dreimal revidiert worden, und nun ist in der Bundesrepublik die Herstellung solcher offensiver Waffen wie Lenk-raketen, Kriegsschiffen von großer Tonnage, die mit Raketenwaffen bestückt werden können, und anderen Kriegsgüter entfaltet worden.

Was die Friedensbeteuerungen der Bundesregierung wert sind, ist schon aus folgendem zu ersehen. Im November 1949 sprach sich Kanzler Adenauer öffentlich gegen die Schaffung einer neuen Armee aus, da dies, wie er sagte, militärische Traditionen wiederbeleben würde, die ein für allemal verschwinden müssen. Heute besitzt die Bundesrepublik die größte Armee in Westeuropa, und Kriegsminister Strauß nennt den Kanzler der Bundesrepublik „Vater der Bundeswehr“.

1957 beteuerte der Bundeskanzler in einem Schreiben an den Botschafter der Sowjetunion in der Bundesrepublik, die Bundesregierung beantrage keine Atomwaffenlieferungen und er, Adenauer, könne es nicht begrüßen, daß weitere Staaten mit Kernwaffen ausgerüstet werden, weil dadurch eine kontrollierte Atomabrüstung erschwert würde. Doch schon im März 1958 faßte der Bundestag auf Vorschlag eben jenes Kanzlers den Beschluß, die Bundeswehr mit Raketen- und Kernwaffen auszurüsten; auf Grund dieses Beschlusses wurden der Bundeswehr Kernwaffenträger zur Verfügung gestellt. 1960 forderten die Generale der Bundeswehr in einem speziellen Memorandum bereits offen, daß ihnen Kernwaffen aller Art in die Hand gegeben werden. Gegenwärtig aber haben es auf Atomwaffen nicht nur Generale, sondern auch die Bundesregierung selbst abgesehen, deren Leiter darüber öffentlich reden. Und wenn die Bundesregierung in ihrem Memorandum feststellt, daß der Bundeswehr heute keine nuklearen Sprengköpfe zur Verfügung stehen, so ist das natürlich keineswegs darauf zurückzuführen, daß sie es an entsprechenden Bemühungen hätte fehlen lassen. Anscheinend macht sie in diesem Falle nur, wie man zu sagen pflegt, „aus der Not eine Tugend“.

Die Sowjetregierung käme ihren Verpflichtungen gegenüber den Völkern der Sowjetunion, die im vergangenen Krieg große Opfer gebracht haben, gegenüber den anderen friedliebenden Völkern der Welt nicht nach, wenn sie die Augen davor verschließen würde, welchen Spielraum heute in der Bundesrepublik Deutschland allerlei revanchistische und militaristische Organisationen erhalten, die von der Bundesregierung nicht etwa verboten, sondern sogar rückhaltlos unterstützt werden. Hemmungsloser Revanchismus und Forderungen nach einer Revision der Grenzen Deutschlands sind zum wichtigsten Bestandteil der offiziellen Politik der Bundesregierung und zu einer der wichtigsten Losungen des gegenwärtigen Wahlkampfes geworden.

Können in einer solchen Situation die Völker der Sowjetunion, Polens, der Tschechoslowakei, Frankreichs, Belgiens, Jugoslawiens, Rumäniens, Norwegens, Dänemarks und anderer europäischer Staaten, die wiederholt am eigenen Leibe gespürt haben, was eine derartige Entfesselung der revanchistischen und militaristischen Leidenschaften in Deutschland für den Frieden und für das Leben der europäischen Völker bedeutet, unbesorgt bleiben? Die Sowjetregierung ist überzeugt, daß diejenigen, die Revancheideen hegen und so die Bundesrepublik auf einen verhängnisvollen Weg treiben, gezügelt und ihre Positionen im deutschen Volk untergraben werden müssen. Ein Mittel dazu ist der sofortige Abschluß eines deutschen Friedensvertrags und auf seiner Grundlage die Regelung der Lage in West-Berlin.

5. Die Tatsache, daß die Bundesrepublik Deutschland ihre militärischen Vorbereitungen im Rahmen der NATO trifft, verringert nicht etwa, wie dies im Memorandum



behauptet wird, den gefährlichen Charakter der gegenwärtigen Politik der Bundesregierung, sondern verstärkt ihn noch. Die Teilnahme der Bundesrepublik an der NATO, die Gewährung führender Posten in den Stäben dieses Militärblocks an Hitler-Generale vom Schlage eines Speidel, eines Heusinger usw. unterstreicht nur ihr aggressives Wesen.

Die Sowjetregierung hat die Bundesregierung bereits auf die Gefahren aufmerksam gemacht, denen sich die Bundesrepublik aussetzt, wenn sie den Weg der Kriegsvorbereitungen, darunter auch im Rahmen der NATO, geht. In seinen jüngsten Reden nannte Kanzler Adenauer die Sowjetunion einen „potentiellen Gegner“ und verlangte, die Bundeswehr in den Rüstungen der Sowjetunion gleichzusetzen. Zugleich fiel er über die Anhänger der Neutralität in Westdeutschland her.

Somit bedient sich der Chef der Bundesregierung bereits unumwunden der Sprache einiger seiner Vorgänger. Möglicherweise stellen sich die Leiter der Bundesrepublik, wenn sie mit Waffen klirren und die Welt zu einem Kriege provozieren, nicht ganz klar vor, was ein Krieg unter den gegenwärtigen Verhältnissen vor allem für Westdeutschland bedeutet. Es gibt jedoch nichts Gefährlicheres für Staatsmänner, als die Politik von Staaten aus illusorischen Vorstellungen aufzubauen.

Die Sowjetregierung möchte glauben, daß in der Bundesrepublik klare Einsicht besteht, daß sie nicht einmal wenige Stunden eines dritten Weltkrieges, falls er entfesselt wird, überleben würde und daß die obersten Lebensinteressen der Bevölkerung Westdeutschlands die Ausschaltung einer solchen tragischen Möglichkeit erheischen. Das beste und sicherste Mittel dafür ist der Abschluß eines Friedensvertrages, eine friedliche Regelung mit allen Ländern, die am Krieg gegen Hitler-Deutschland teilgenommen haben, und die Beseitigung der Krebsgeschwulst in Form der Besatzungszustände, die in West-Berlin herrschen.

6. In dem Memorandum der Bundesregierung, das der Botschafter der Bundesrepublik in Moskau am 12. Juli übergeben hat, wird behauptet, die Sowjetunion gestehe dem deutschen Volk kein Recht auf Selbstbestimmung zu bzw. hindere es an der Ausübung dieses Rechts. Faktisch erhebt die Bundesregierung Anspruch darauf, daß sie und nicht die Sowjetregierung als wahrer Verfechter des Selbstbestimmungsrechts der Völker anerkannt werde.

Derartige Versuche können nur Befremden hervorrufen. Wurden etwa nicht vom Territorium der Bundesrepublik Deutschland Truppeneinheiten zur Unterdrückung der nationalen Befreiungsbewegung in Ägypten, Algerien, Irak, Kongo entsandt? Waren es nicht westdeutsche Soldaten, die in der Bundesrepublik als „Helden“ gefeiert werden, die in Fremdenlegionen und Kolonialarmeen gegen die für ihre Freiheit kämpfenden Völker Algeriens, Vietnams, Tunesiens, Angolas wüteten?

Gehört etwa nicht die Bundesrepublik Deutschland neben den Hauptkolonialmächten jenem Komitee der NATO an, das sich eigens mit der Ausarbeitung und Koordinierung von Maßnahmen zur blutigen Unterdrückung und gewaltsamen Drosselung der Völker Afrikas befaßt, die für ihre Befreiung vom Kolonialjoch und für die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts kämpfen?

Hat jemand etwa von Stellungnahmen offizieller Persönlichkeiten Westdeutschlands für die Völker Algeriens, Tunesiens, Angolas, Kongos, Südwestafrikas, Laos und anderer Länder gehört, die die Selbstbestimmung fordern? Ist nicht die ganze Atmosphäre des offiziellen Westdeutschlands vom Geist des Kolonialismus und der Unterdrückung anderer Völker durchtränkt und ist die Bundesrepublik Deutschland heute nicht ein Bollwerk des Kolonialismus in seinen alten und neuen Erscheinungsformen?

Die Sowjetunion tritt konsequent und unbeirrbar dafür ein, daß überall das demokratische Selbstbestimmungsrecht der Nationen, so auch in der deutschen Frage, wirk-

lich durchgeführt wird. Gemäß diesem Recht bestimmen jede Nation und jedes Volk selbst ihr Schicksal und ihre Gesellschaftsordnung, schaffen sie die Verhältnisse, die ihren Interessen am meisten entsprechen. Das bedeutet aber, daß nicht irgendwelche ausländischen Staaten, wie die Bundesrepublik im Memorandum vorschlägt, sondern die Deutschen selbst ihre inneren Fragen, einschließlich der Frage der Vereinigung, entscheiden müssen.

In Deutschland bestehen heute zwei Staaten, und die Bevölkerung jedes von ihnen hat ihr Schicksal so entschieden, wie sie es für nötig hielt, hat die Gesellschafts- und Staatsordnung gewählt, die sie wünscht. Mögen diese zwei Staaten über diese oder jene Form der Vereinigung übereinkommen, wie sie es selbst für nötig befinden. Dazu sind natürlich Kontakte zwischen beiden Staaten erforderlich. Die Bundesrepublik Deutschland aber geht auf keinerlei Kontakte ein, obwohl ihre führenden Persönlichkeiten auch von friedlicher Vereinigung reden.

Die gegenwärtige tiefe Spaltung Deutschlands ist nicht in der nationalen, sondern in der sozialen Frage eingetreten. Sie ist eine Folge der unterschiedlichen Entwicklung der einzelnen Teile des ehemaligen Deutschlands und der Entstehung zweier Staaten mit unterschiedlicher sozialer und ökonomischer Ordnung.

Und wenn sogar die Vereinigung von Staaten mit gleicher Ordnung eine bei weitem nicht einfache Aufgabe ist, wovon beispielsweise die historische Erfahrung Deutschlands selbst zeugt, so erfordert die Vereinigung zweier Staaten mit ihrem Wesen nach verschiedener sozialer und ökonomischer Struktur um so mehr eine Annäherung und Zusammenarbeit dieser Staaten ohne Diktat und ohne Einmischung von außen.

Zu welchen Feinheiten die Bundesregierung auch greifen mag, sie wird um die Tatsache nicht herumkommen, daß es unter den gegenwärtigen Bedingungen, da auf der einen Seite der Elbe sozialistische Verhältnisse geschaffen worden sind und auf der anderen kapitalistische, keinen anderen Weg zur friedlichen Vereinigung Deutschlands gibt als die Annäherung und Anbahnung der Zusammenarbeit zwischen beiden deutschen Staaten, als Verhandlungen bei strikter Wahrung der Gleichberechtigung der Seiten und der vorbehaltlosen Achtung jener gesellschaftlichen Verhältnisse, die in jedem der deutschen Staaten existieren.

Wenn die Regierung der Bundesrepublik jedoch weiter Verhandlungen mit der Regierung der DDR ablehnt und alle ihre Angebote auf Zusammenarbeit mit einer Politik der Feindschaft und des Hasses beantwortet, so drängt sich eine Schlußfolgerung auf: Hinter der Losung der Selbstbestimmung verbirgt sich die Absicht, der Deutschen Demokratischen Republik das in Westdeutschland bestehende Regime aufzuzwingen.

Was aber wäre, wenn die DDR ähnlich verfahren und darauf bestehen würde, daß die in der DDR herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse auf Westdeutschland übertragen werden? Wären 17 Millionen Deutsche, die in Ostdeutschland tiefgreifende demokratische Umgestaltungen vorgenommen haben, etwa nicht im Recht zu erwarten, daß auch im westlichen Teil ihrer Heimat die Herrschaft der Kräfte beseitigt werde, die Deutschland zweimal in eine Katastrophe gestürzt haben? Die Bundesrepublik Deutschland mag dem Flächeninhalt und der Bevölkerungszahl nach größer als die DDR sein. Aber wie kann man seine Politik auf Methoden arithmetischer Berechnungen, wer mehr Stimmen hat, aufbauen, wenn es sich um tiefeschürfende soziale Prozesse handelt, die in den Nachkriegsjahren das deutsche Volk erfaßt haben, wie kann man das in die Rubrik „Selbstbestimmung“ bringen?

Die Hoffnungen auf eine Unterminierung oder Einverleibung der DDR sind Illusionen, und zwar sehr gefährliche Illusionen. Die DDR denkt bekanntlich nicht daran, ihre Rechte abzutreten. Die Bundesregierung sollte auch ein für allemal begreifen, daß die Deutsche Demokratische Republik ein Freund und Verbündeter der Sowjetunion ist, die immer bereit ist, mit ihrer ganzen Macht der DDR zum Schutz deren souveräner

Rechte, deren Gesellschaftsordnung gegen Anschläge und Umtriebe von gleich welcher Seite und gegen jede Aggression zu Hilfe zu kommen.

7. Was die Lage in West-Berlin betrifft, von der die Bundesregierung im Memorandum beiläufig spricht, so wird, wie die Sowjetregierung bereits hingewiesen hat, der Abschluß eines Friedensvertrags mit beiden deutschen Staaten oder einem von ihnen den dort fortbestehenden Besatzungszuständen ein Ende setzen und ihm eine weitere selbständige Entwicklung garantieren.

Ihre Vorschläge hierüber hat die Sowjetunion bereits in verschiedenen der Bundesregierung bekannten Dokumenten dargelegt. Diese Vorschläge zur Frage der friedlichen Regelung mit Deutschland werden die Möglichkeit bieten, die Lage in West-Berlin zu normalisieren, das infolge der Aufrechterhaltung der Besatzungszustände nach wie vor eine ständige Quelle internationaler Komplikationen ist, die die Gefahr einer militärischen Explosion in sich bergen. Die Sowjetunion und die mit ihr befreundeten Staaten haben es keineswegs auf die Freiheit West-Berlins und seine inneren Verhältnisse abgesehen.

Die Sowjetunion schlägt vor, West-Berlin auf Grund des Abschlusses eines Friedensvertrags mit beiden deutschen Staaten oder mit einem von ihnen den Status einer entmilitarisierten Freien Stadt zu gewähren und die sichersten internationalen Garantien zu bieten, die jede Möglichkeit einer Einnischung von außen her in seine inneren Angelegenheiten ausschließen würden. Die Teilnahme der Regierung der Bundesrepublik Deutschland an der Ausarbeitung einer friedlichen Regelung mit Deutschland würde es ihr gestatten, diese Möglichkeit zur Wahrung ihrer Interessen in West-Berlin zu benutzen. Dabei müßte die Bundesregierung natürlich der offensichtlichen Tatsache Rechnung tragen, daß die Bundesrepublik keinerlei Anrecht auf West-Berlin besaß und besitzt.

8. Die Sowjetregierung möchte nochmals unterstreichen, daß weder die Sowjetunion noch die mit ihr befreundeten Staaten, entgegen der gewissenlosen Propaganda im Westen, die nationalen Interessen des deutschen Volkes beeinträchtigen wollen. Davon zeugen auch die Hauptgrundsätze des sowjetischen Entwurfs eines deutschen Friedensvertrags, die die Regierung der Sowjetunion gemeinsam mit Vertretern der anderen interessierten Länder, einschließlich Vertreter beider deutscher Staaten, zu erörtern bereit ist. Die Regierung der Sowjetunion ist überzeugt, daß diese Vorschläge die Wiederherstellung der vollen Souveränität der Deutschen in ihren inneren und auswärtigen Angelegenheiten, ihre volle Gleichberechtigung mit anderen Völkern gewährleisten, ihnen die denkbar besten Bedingungen für die Lösung ihrer inneren Probleme, einschließlich des Problems der Ueberwindung der Spaltung des Landes, sichern.

Wenn der Bundesregierung diese oder jene Bestimmungen des sowjetischen Entwurfs eines Friedensvertrags nicht passen, so kann sie selbstverständlich eigene Vorschläge unterbreiten, die die Sowjetregierung bereit ist, zusammen mit den anderen interessierten Staaten, zu erörtern.

Die Sowjetregierung möchte erneut darauf hinweisen, daß sie eine Vereinbarung aller interessierten Seiten über die Frage eines Abschlusses eines deutschen Friedensvertrages vorzieht. Sie wird einen Friedensvertrag mit der DDR nur dann unterzeichnen, wenn eine solche Vereinbarung nicht zustande kommt. Im Laufe dieses Jahres muß die Frage des Abschlusses eines deutschen Friedensvertrags und der Regelung der Lage in West-Berlin auf seiner Grundlage in dieser oder jener Form gelöst werden. Daher appelliert die Sowjetregierung nochmals an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der Stimme der Vernunft Gehör zu schenken und ihrerseits Schritte zu unternehmen, die einer von den interessierten Seiten vereinbarten Lösung dieser unaufschiebbaren Frage dienen würden.

Quelle: *Neues Deutschland* vom 5. August 1961.



**Kommuniqué vom 6. August 1961 über die Beratung der Ersten Sekretäre der ZK der kommunistischen und Arbeiterparteien der Teilnehmerstaaten des Warschauer Paktes vom 3. bis zum 5. August 1961 in Moskau**

*Betrifft: Deutscher Friedensvertrag — Berlin.*

Vom 3. bis zum 5. August fand in Moskau eine Beratung der Ersten Sekretäre der Zentralkomitees der kommunistischen und Arbeiterparteien der Teilnehmerstaaten des Warschauer Paktes über Fragen statt, die mit der Vorbereitung zum Abschluß eines deutschen Friedensvertrags verbunden sind.

An der Beratung nahmen Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien der Teilnehmerstaaten des Warschauer Paktes teil. Der Beratung wohnten auch Vertreter der Bruderparteien der sozialistischen Länder Asiens bei.

Die Beratungsteilnehmer führten einen breiten Meinungsaustausch über außenpolitische und wirtschaftliche Fragen durch, die mit der Vorbereitung zum Abschluß eines deutschen Friedensvertrags verbunden sind.

Alle Beratungsteilnehmer sprachen die einmütige Meinung aus, daß die Frage des Abschlusses eines deutschen Friedensvertrags und der Normalisierung der Lage in West-Berlin auf seiner Grundlage schon lange aktuell ist und ihre Lösung keinen Aufschub duldet. Es wurde hervorgehoben, daß ein Aufschub des Abschlusses eines deutschen Friedensvertrags auf unbestimmte Zeit bedeutet, bewußt zur Verschärfung der Gefahr eines neuen Krieges in Europa, und nicht nur in Europa, beizutragen.

Die Beratungsteilnehmer erklärten sich bereit, mit allen Mitteln dazu beizutragen, daß eine mit den Westmächten vereinbarte friedliche Regelung mit beiden deutschen Staaten erzielt wird. Der deutsche Friedensvertrag ist berufen, die nach dem Krieg faktisch entstandene Lage in Europa zu fixieren, die Unantastbarkeit der gegenwärtigen deutschen Grenzen de iure zu dokumentieren, die Lage in West-Berlin zu normalisieren, bessere Voraussetzungen für die Annäherung und Zusammenarbeit beider deutschen Staaten zu schaffen, Bedingungen für die friedliche Entwicklung sowohl Deutschlands selbst als auch aller Staaten Europas zu sichern.

Die Beratungsteilnehmer gehen davon aus, daß eine solche friedliche Regelung keinem der Länder Schaden zufügen wird und den Interessen aller entspricht, die tatsächlich die Aufrechterhaltung und Festigung des allgemeinen Friedens anstreben.

Die Beratungsteilnehmer bekräftigten einmütig, daß West-Berlin, falls ein Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten geschlossen wird, als entmilitarisierte Freie Stadt ihre Verbindungen mit der Außenwelt ungehindert aufrechterhalten kann. Keines der sozialistischen Länder strebt eine Aenderung der in West-Berlin bestehenden Gesellschaftsordnung an. Um eine strenge Nichteinmischung in die Angelegenheiten West-Berlins und den Zutritt nach West-Berlin zu gewährleisten, wird der Friedensvertrag sichere und effektive Garantien bieten.

Die Beratung hat die unbeugsame Entschlossenheit aller ihrer Teilnehmer zum Ausdruck gebracht, noch in diesem Jahr die friedliche Regelung mit Deutschland durchzusetzen. Dabei wurde einstimmig beschlossen, daß die interessierten Staaten, falls die Westmächte dem Abschluß eines deutschen Friedensvertrags weiter ausweichen, genötigt sein werden, mit der Deutschen Demokratischen Republik einen Friedensvertrag zu schließen, der den Schlußstrich unter den vergangenen Krieg ziehen und Bedingungen für die Stabilisierung der Lage in diesem Teil Europas gewährleisten wird. Der Friedensvertrag wird auch die souveränen Rechte der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich ihres Rechts in bezug auf ihren Raum zu Lande, zu Wasser und in der Luft energisch schützen.

Auf Grund des genannten Friedensvertrags wird auch die Lage in West-Berlin geregelt werden. Als Freie Stadt muß es sein selbständiges, unabhängiges Leben führen

und gemäß den Abkommen, die mit der DDR geschlossen werden, die Rechte eines ungehinderten Verkehrs mit der Außenwelt genießen.

Die Beratung hat die entsprechenden zuständigen Organe beauftragt, alle nötigen außenpolitischen und wirtschaftlichen Maßnahmen vorzubereiten, die den Abschluß eines deutschen Friedensvertrags und die Einhaltung seiner Bestimmungen, einschließlich der Bestimmungen, die West-Berlin als Freie Stadt betreffen, gewährleisten.

Die Beratung verlief in einer Atmosphäre völliger Einheit und manifestierte die unbeugsame Entschlossenheit der sozialistischen Länder, die Ueberreste des Zweiten Weltkriegs zu beseitigen.

Quelle: *Die Sowjetunion heute* (Sowjetische Botschaft, Bonn), Nr. 23 vom 10. August 1961.

**Rundfunk- und Fernsehansprache des sowjetischen Ministerpräsidenten,  
Nikita S. Chruschtschow, am 7. August 1961 (Auszüge)**

*Betrifft:* Deutscher Friedensvertrag — Berlin — Selbstbestimmung  
— Wiedervereinigung — westliche Drohungen — Kriegsgefahr —  
Separatfrieden — Bereitschaft zu Verhandlungen.

.....

Der Präsident der USA, Herr Kennedy, sagte während unserer Gespräche in Wien, daß zwischen beiden Weltlagern gegenwärtig ein Gleichgewicht der Kräfte entstanden sei und daß man einen direkten Zusammenstoß zwischen der Sowjetunion und den USA vermeiden müsse, weil ein solcher Zusammenstoß die verhängnisvollsten Folgen haben würde. In diesem Fall bekundete Herr Kennedy ein nüchternes Herangehen an die Dinge und einen bestimmten Realismus. Das muß man ihm schon einräumen. Das Leben jedoch erfordert, daß Staatsmänner vernünftige Gedanken nicht nur aussprechen, sondern auch in der Politik nicht die Grenze überschreiten, hinter der die Argumente der Vernunft verstummen und ein blindes und gefährliches Spiel mit den Geschicken der Völker und Staaten beginnt.

Wir können nicht teilnahmslos bleiben, wenn aggressive Kreise der Westmächte mit Hilfe Bundeskanzler Adenauers alle materiellen und geistigen Kräfte Westdeutschlands für die Vorbereitung eines dritten Weltkrieges mobilisieren. Die Bundesrepublik ist heute schon nicht mehr jenes Land, das vor sechzehn Jahren sein Haupt vor den Siegern gebeugt und sich verpflichtet hat, einen friedlichen und demokratischen Weg zu beschreiten. Heute haben die Revanchisten in Westdeutschland ihr Haupt erhoben. Sie verfügen über eine Massenarmee, die für Angriffsoperationen ausgebildet und ausgerüstet wird. Die Bundesrepublik Deutschland nimmt am nordatlantischen Militärblock teil, der sich gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder richtet. Militarisierung und Entzündung der revanchistischen Leidenschaften, Kultivierung des Hasses und der Feindschaft gegen den Kommunismus und gegen alles Neue und Fortschrittliche, Wiederaufleben der pangermanischen Traditionen und Stimmungen — das bestimmt heute das Leben des westdeutschen Staates.

Nach dem Willen der Westmächte ist im Zentrum Europas mehr Zündstoff angehäuft worden als in einem beliebigen anderen Raum der Welt. Von dort aus droht wieder die Flamme eines Weltkrieges hochzuschlagen.

Nachdem die Westmächte die alliierten Abkommen über Entmilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands zunichte gemacht haben, kann nur ein Friedensvertrag die gefährliche Entwicklung des deutschen Militarismus und Revanchismus aufhalten. Daher schlagen wir auch vor, daß einerseits die Sowjetunion, die USA, Großbritannien, Frankreich, Polen, die Tschechoslowakei, Jugoslawien, alle Länder, die am Krieg gegen Hitler-Deutschland teilgenommen haben, und andererseits die DDR und die Bundesrepublik Deutschland als Rechtsnachfolger des ehemaligen Dritten Reichs einen Friedensvertrag schließen, der den rechtmäßigen Interessen aller Seiten entsprechen

würde. Das gäbe die Möglichkeit, unter Wahrung aller Rechtsnormen und internationaler Gepflogenheiten endgültig mit dem Kriegszustand Schluß zu machen und den Weg zu Frieden und friedlicher Koexistenz in Europa freizulegen.

Der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland würde es ermöglichen, die Lage in West-Berlin zu normalisieren und damit einem scharfen Zusammenstoß zwischen den Staaten das Wasser abzugraben. Man darf nicht zulassen, daß West-Berlin zu einer Art Sarajewo wird, jener serbischen Stadt, in der die Schüsse fielen, die den Ausbruch des Ersten Weltkrieges ankündigten. Die Umwandlung West-Berlins in eine Freie Stadt, wie es die Sowjetunion vorschlägt, würde weder die Interessen noch das Prestige irgendeines Staates berühren. Wir schlagen vor, in den Friedensvertrag eine Klausel aufzunehmen, daß der Freien Stadt West-Berlin die Freiheit der Verbindungen mit der Außenwelt gewährt wird. Wir sind zu beliebigen wirksamen Garantien für die unabhängige Entwicklung und für die Sicherheit der Freien Stadt West-Berlin bereit.

Wenn die Sowjetregierung auf dem Abschluß eines Friedensvertrages besteht, so erklärt sie: Wir sind für die Freiheit West-Berlins, aber nicht auf der Grundlage einer Beibehaltung des militärischen Okkupationsregimes. Es ist allgemein bekannt, daß Okkupation nie Freiheit war und es nie sein wird. Nicht von ungefähr heißt es doch, daß es unbequem ist, auf Bajonetten zu sitzen.

Alle östlichen Nachbarn Deutschlands stimmen dem zu, daß es notwendig ist, einen deutschen Friedensvertrag abzuschließen und West-Berlin den Status einer Freien Stadt zu gewähren. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, auf deren Territorium sich West-Berlin befindet, ist ebenfalls mit unseren Vorschlägen einverstanden und hat eine diesbezügliche Erklärung abgegeben. Die Westmächte haben mit Nein geantwortet, jedoch ihrerseits keine Vorschläge zu einer Friedensregelung mit Deutschland eingebracht. Sie sollten sich über die gefährliche Entwicklung in Westdeutschland Gedanken machen und auch Rückschau halten. Haben doch die Westmächte auch nach dem Ersten Weltkrieg Deutschland geholfen aufzurüsten, in der Hoffnung, daß es nach Osten marschieren würde. Das hat Deutschland jedoch nicht daran gehindert, seine Waffen vor allem gegen diejenigen zu richten, die den deutschen Militaristen auf die Beine geholfen haben, und einen Krieg um die Weltherrschaft zu entfachen.

Sowohl in der Deklaration von Jalta als auch im Potsdamer Abkommen ist klar festgelegt, daß die Besetzung Deutschlands dem deutschen Volk helfen soll, Militarismus und Nazismus zu beseitigen. Die Westmächte haben alle in Jalta und Potsdam für die Besetzung Deutschlands vereinbarten Grundsätze verletzt. Der Schacher der Westmächte Ende 1946 um die Verschmelzung zweier Besatzungszonen bildete den Anfang der Spaltung Deutschlands und der Wiedererrichtung der Macht der Militaristen und Revanchisten in Westdeutschland. Mit der Bildung des westdeutschen Separatstaates, mit dem Abschluß der Pariser Abkommen und der Eingliederung Westdeutschlands in die NATO haben die Westmächte endgültig das Potsdamer Abkommen einseitig zerrissen. Nicht von ungefähr ist im Zusammenhang damit für West-Berlin ein besonderes Besatzungsstatut der drei Großmächte eingeführt worden. Durch dieses dreiseitige Besatzungsstatut bestätigen die Westmächte selbst, daß sie die völkerrechtliche Grundlage ihres Besatzungsregimes in West-Berlin zerstört haben und daß dieses Regime lediglich auf unverhüllter militärischer Gewalt beruht.

Vor kurzem haben die Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs eine Antwort auf die Präsident Kennedy bei unserer Begegnung in Wien überreichte Denkschrift über die Deutschland-Frage übersandt.

Die Westmächte versuchen wieder, dem Abschluß eines Friedensvertrages auszuweichen. Sie stellen ihm die Idee der Selbstbestimmung der Deutschen und der Wiedervereinigung Deutschlands entgegen. Es ginge noch an, wenn wirkliche Freunde der Freiheit und der Unabhängigkeit der Völker sich um die Selbstbestimmung der Deutschen bemühten. Es klingt aber zumindest merkwürdig, wenn man diejenigen



nach Selbstbestimmung rufen hört, die jahrhundertlang Völker in Sklaverei hielten und auf jeden Versuch der Völker, sich von fremder Unterdrückung zu befreien und Selbstbestimmung zu üben, mit Kugel und Peitsche antworteten ....

Mit der Losung der Selbstbestimmung spekulieren eingefleischte Gegner der nationalen Einheit des deutschen Volkes. Zur Zeit führt Bundeskanzler Adenauer diese Losung dauernd im Munde, der ihr einen ganz bestimmten Sinn beilegt: Einverleibung der Deutschen Demokratischen Republik.

Wie kann man ein Abkommen über die Frage der Wiedervereinigung erzielen, wenn die Regierung Westdeutschlands von Verhandlungen mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik nichts wissen will? .....

Was man sich nicht alles im Westen ausdenkt, um unseren Standpunkt in der Frage eines Friedensvertrages mit Deutschland zu entstellen!

In seiner kürzlichen Rede sprach der Präsident der Vereinigten Staaten darüber, daß sich die USA einer Herausforderung seitens der Sowjetunion gegenübersehen, daß eine Gefahr für die Freiheit der Bevölkerung West-Berlins bestehe und daß die Sowjetunion sogar Gewalt anzuwenden trachte. Andererseits ließ er kein Wort über das Wesen der Frage fallen, darüber, daß die Sowjetunion einen Friedensvertrag mit Deutschland abzuschließen vorschlägt und dabei bestrebt ist, die Bestimmungen dieses Vertrages gemeinsam mit allen Staaten, die am Krieg gegen Deutschland teilgenommen haben, auszuarbeiten. Nach der Rede seines Präsidenten könnte das amerikanische Volk tatsächlich glauben, daß wir nicht die Ueberreste des vergangenen Krieges zu beseitigen bestrebt seien, sondern einen dritten Weltkrieg vom Zaune brechen wollten.

Welche Bestimmungen des sowjetischen Entwurfs eines Friedensvertrages mit Deutschland konnten dem amerikanischen Präsidenten Anlaß zu der Behauptung geben, daß die Sowjetunion den Frieden zu verletzen „droht“? Etwa gar die Bestimmungen, die den Verzicht Deutschlands auf Atomwaffen vorsehen, die rechtliche Verankerung der bestehenden deutschen Grenzen, die Gewährung der vollkommenen Souveränität an beide deutsche Staaten und ihre Aufnahme in die Organisation der Vereinten Nationen?

Wenn schon jemand wirklich zu Drohungen greift, so ist es der Präsident der USA. Er machte nicht davor halt, uns als Antwort auf den Vorschlag, einen Friedensvertrag mit Deutschland zu unterzeichnen, eine Art Ultimatum zu stellen. Gleichsam um seine Drohungen zu bekräftigen, gab der Präsident eine Erhöhung der zahlenmäßigen Stärke der Streitkräfte um 217 000 Mann bekannt, während amerikanische Senatoren davon zu trommeln begannen, daß einige Kategorien der Reservisten mobilgemacht werden müßten.

In den Vereinigten Staaten wird jetzt eine Kriegshysterie entfacht. Gleichzeitig versuchen gewisse Leute, das amerikanische Volk an den Gedanken zu gewöhnen, daß es nicht gar so schlimm wäre, wenn ein Krieg ausbricht. Seitens der amerikanischen Führer wäre es jedoch verbrecherischer Leichtsinn, ernsthaft damit zu rechnen, daß man einen Krieg, wenn er gegen die sozialistischen Staaten begonnen wird, in einem bestimmten Rahmen halten könnte. Wenn zwei Giganten, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten, die eine mächtige Wirtschaft und große Vorräte an Atomwaffen besitzen, aufeinanderprallen, wird sich natürlich keine der Seiten geschlagen geben wollen, ohne alle Kampfmittel, einschließlich der verheerendsten, eingesetzt zu haben. Hat das amerikanische Volk das etwa nötig? Will die amerikanische Regierung das etwa wirklich?

Wenn sich die Führer der USA dessen bewußt sind, was ein Krieg mit thermonuklearen Waffen bedeutet, wozu bringen sie dann die Atmosphäre zum Weißglühen, wie das Präsident Kennedy in seiner Rede getan hat?

Es ist verständlich, daß ein dritter Weltkrieg, wenn er ausbrechen sollte, nicht auf ein Duell ausschließlich zwischen den zwei Großmächten, der Sowjetunion und den

Vereinigten Staaten, beschränkt bliebe. Ist doch manches Dutzend von Staaten in den Netzen der von den USA geschaffenen Militärbündnisse hängengeblieben, und diese Staaten würden natürlich in den Strudel des Krieges mit hineingerissen werden. Wir ziehen das alles in Betracht und haben die nötigen Kampfmittel zur Verfügung, um im Falle der Auslösung eines Krieges durch die Imperialisten nicht nur einen vernichtenden Schlag gegen das Territorium der USA zu führen, sondern auch die Verbündeten des Aggressors unschädlich zu machen und die über die ganze Welt verstreuten amerikanischen Stützpunkte zu bekämpfen.

Jeder Staat, der als Sprungbrett für einen Angriff auf das sozialistische Lager benutzt werden wird, bekommt die ganze Zerstörungskraft unseres mächtigen Gegenschlags zu spüren. Der Krieg wird auch im Hause des amerikanischen Volkes Einkehr halten, das seit dem Bürgerkrieg zwischen den Nord- und den Südstaaten ein Jahrhundert lang von militärischen Operationen auf seinem Territorium verschont geblieben ist. Wir wollen niemandem drohen. Wir wollen nur diejenigen, von denen die Politik der Mitgliedstaaten der NATO abhängt, auf vernünftige Gedanken bringen . . . . .

Wollen wir uns einmal überlegen, warum der Abschluß eines deutschen Friedensvertrages für die Festigung des allgemeinen Friedens so unaufschiebbar ist. Was würde es bedeuten, wenn der Abschluß eines deutschen Friedensvertrages noch auf einige Jahre aufgeschoben wird? Das hieße, den Aggressionskräften Vorschub zu leisten, ihrem Druck nachzugeben. Eine solche Lage würde die NATO und die Bonner Regierung noch mehr dazu ermuntern, immer neue und neue Divisionen in Westdeutschland aus dem Boden zu stampfen, sie mit atomaren und thermonuklearen Waffen auszurüsten, Westdeutschland zur Hauptkraft der Auslösung eines neuen Weltkrieges zu machen.

Die Sowjetunion besteht auf einem unverzüglichen Abschluß eines deutschen Friedensvertrages, nicht, weil sie für sich irgendwelche Sondervorteile sucht. Wir denken nicht daran, West-Berlin zu erobern, wir haben es nicht auf eine Aenderung der gegenwärtigen Grenzen Deutschlands abgesehen und wir wollen Westdeutschland nicht antasten. Das einzige, was wir erstreben, ist die Festigung des Friedens durch den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages.

Wenn die Westmächte ihren Standpunkt überprüfen, wenn sie der Stimme der Vernunft Gehör schenken und sich bereit erklären, mit uns zusammen einen deutschen Friedensvertrag zu unterzeichnen, werden wir uns nur freuen. Wenn sie irgendwelche Bemerkungen und Abänderungen bezüglich unseres Friedensvertragsentwurfes oder eigene Vorschläge zu dieser Frage haben, so sind wir bereit, sie nicht nur anzuhören, sondern auch alle ihre Erwägungen auf das gründlichste zu erörtern. Wir wollen auch nicht im geringsten die rechtmäßigen Interessen der Westmächte beeinträchtigen; wir haben es nicht darauf abgesehen, die nach dem Zweiten Weltkrieg gezogenen Staatsgrenzen zu ändern. Das erkläre ich heute nochmals im Namen der Sowjetregierung.

Wenn die Westmächte sich auch weiter versteifen und weigern werden, einen deutschen Friedensvertrag zu unterzeichnen, werden wir uns genötigt sehen, dieses Problem ohne sie zu lösen. Dieser Tage fand in Moskau eine Konferenz der Ersten Sekretäre der Zentralkomitees der kommunistischen und Arbeiterparteien der Partnerländer des Warschauer Vertrages statt. Bei dieser Gelegenheit wurden die Meinungen über Fragen ausgetauscht, die mit der Ausarbeitung und dem Abschluß eines deutschen Friedensvertrages im Zusammenhang stehen. In der Mitteilung über diese Konferenz hieß es, daß die interessierten Staaten sich genötigt sehen werden, einen Friedensvertrag mit der Deutschen Demokratischen Republik zu unterzeichnen, wenn die Westmächte weiterhin dem Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland ausweichen.

Es versteht sich von selbst, daß die Deutsche Demokratische Republik dann die absolute Souveränität erhält und daß folglich die Fragen der Benutzung der über ihr Terri-

torium verlaufenden Kommunikationen mit West-Berlin durch eine Vereinbarung mit der Regierung der DDR gelöst werden müssen. Die in der Besatzungszeit getroffenen Abkommen zwischen der Sowjetunion und den Westmächten über den Zutritt nach West-Berlin aber treten dann außer Kraft. Man sollte meinen, daß das alles natürlich und ganz gerecht ist und bei niemandem Einwände und Unzufriedenheit hervorrufen könnte. Man kann doch nicht Kommunikationen auf dem Territorium eines Staates benutzen und mit der Regierung dieses Staates nicht verkehren wollen. Das wäre doch absolut anomal und würde den elementaren Prinzipien des Völkerrechts widersprechen.....

Das Verfügungsrecht über das Territorium dieses oder jenes Staates geht nicht dritte Länder, sondern das Volk des betreffenden Staates an, und über diese Frage muß die Regierung entscheiden, die dieses Volk vertritt. In dem Fall, von dem ich soeben sprach, hatten wir es mit Adenauer zu tun, da er die Bundesrepublik Deutschland vertritt, ähnlich wie Ulbricht die Deutsche Demokratische Republik, und mit ihm wird man in bezug auf den Zugang nach West-Berlin nach Abschluß eines Friedensvertrages in Fühlung treten müssen. Das ist eine reale Tatsache, die sich aus dem Völkerrecht ergibt; auf das Völkerrecht aber muß man Rücksicht nehmen.

Ich will noch einmal wiederholen: Wenn wir mit der DDR einen Friedensvertrag schließen, so haben wir nicht im Sinne, irgendwelche legitimen Interessen der Westmächte anzutasten. Es ist von keinem Verbot des Zutritts nach West-Berlin, von keiner Blockade West-Berlins die Rede. All das existiert bloß in der Phantasie derjenigen, die die Atmosphäre für die Vorbereitung eines Krieges erhitzen möchten. Die Völker aber werden verstehen, wessen Bemühungen und wessen Anstrengungen auf die Entfaltung der Leidenschaften und auf die Vorbereitung eines dritten Weltkrieges gerichtet sind.

Worum aber handelt es sich? Warum haben die Westmächte angesichts unserer Absicht, nach Abschluß eines Friedensvertrages der DDR die volle Souveränität über die Verbindungswege nach West-Berlin zu übertragen, solchen Lärm geschlagen? Warum versuchen sie, uns sogar zu drohen, warum reden sie von einer Kraftprobe?

Wenn man das, was sich zur Zeit abspielt, näher betrachtet, muß man den Schluß ziehen, daß es sich um viel ernstere Dinge handelt. Die Imperialisten wollen nicht wahrhaben, daß die Deutsche Demokratische Republik als souveräner Staat das Recht besitzt, über ihr ganzes Territorium die volle Kontrolle auszuüben. Die Imperialisten sind der Auffassung, die derzeitige Lage öffne ihnen ein willkommenes Hintertürchen, mit dessen Hilfe sie die Entwicklung der DDR als sozialistischer Staat hemmen könnten. Sie benutzen West-Berlin als Basis für eine subversive Tätigkeit gegen die DDR und andere Länder des Sozialismus, sie schleusen ihre Agenten ein, damit diese dort dauernd eine Kriegsatmosphäre schüren. Die Imperialisten trachten nur danach, diese Hintertür noch weiter zu öffnen, die Deutsche Demokratische Republik zu untergraben. Man sagt ihnen jedoch: „Haltet ein, Herrschaften, wir wissen sehr gut, was ihr wollt, was ihr anstrebt; wir werden den Friedensvertrag unterzeichnen und eure Tür zu der DDR zumachen.“

Der eine oder der andere wird möglicherweise sagen: Ist es denn jetzt so notwendig, einen Friedensvertrag mit Deutschland abzuschließen? Warum könnte man mit der Unterzeichnung dieses Vertrages nicht noch zwei bis drei Jahre oder sogar länger warten? Vielleicht würde das die Spannungen mindern und die Kriegsgefahr bannen?

Nein, so darf man nicht handeln. Man muß der Wahrheit ins Gesicht sehen. Die Westmächte weigern sich, einen Friedensvertrag mit Deutschland auf vereinbarter Grundlage zu schließen. Gleichzeitig drohen sie mit Krieg und fordern, daß wir mit der DDR keinen Friedensvertrag abschließen. Sie wollen nicht mehr und nicht weniger, als den Ländern des sozialistischen Lagers ihren Willen aufzwingen.



Die Frage des Zutritts nach West-Berlin und die Frage des Friedensvertrages überhaupt ist für sie nur ein Vorwand. Würden wir auf den Abschluß eines Friedensvertrages verzichten, so würden sie das als einen strategischen Durchbruch bewerten und sogleich ihre Forderungen höher schrauben. Sie würden die Beseitigung der sozialistischen Ordnung in der Deutschen Demokratischen Republik verlangen. Hätten sie auch das erreicht, dann würden sie sich natürlich das Ziel setzen, die an Polen und an die Tschechoslowakei auf Grund des Potsdamer Abkommens zurückerstatteten Gebiete — polnische und tschechoslowakische Gebiete — loszutrennen. Hätten die Westmächte auch das alles erreicht, würden sie ihre Hauptforderung vorbringen: die sozialistische Ordnung in allen Ländern des sozialistischen Lagers zu beseitigen. Das möchten sie auch jetzt schon.

Ebendeshalb kann die Lösung der Frage des Friedensvertrages nicht aufgeschoben werden .....

Die Sowjetunion will gegen niemanden Krieg führen. Wir benötigen von niemandem Territorien und Reichtümer. Können wir etwa fremde Schätze begehren, wenn die Sowjetunion doch über große natürliche Ressourcen, über eine hochentwickelte Industrie und über so prächtige Wissenschaftler, Ingenieure, Techniker, Arbeiter und Werktätige aus der Landwirtschaft verfügt?

Wie oft sagten wir den Vereinigten Staaten, ihrer Regierung und ihrem Volk in den offiziellen und inoffiziellen Erklärungen von Vertretern der Sowjetregierung und unserer Öffentlichkeit: Laßt uns miteinander Handel treiben, die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen entwickeln! Die Vereinigten Staaten sind reich und stark, und wir sind reich und stark. Wenn die Beziehungen zwischen uns in ruhigen Bahnen verlaufen, ist das ein Gewinn für die Völker aller Länder.

Eben deshalb appellieren wir nochmals an die Regierungen der Vereinigten Staaten, Englands, Frankreichs: Wollen wir uns ehrlich an den runden Verhandlungstisch setzen, keine Kriegspsychose schaffen, die Atmosphäre bereinigen und uns auf die Vernunft und nicht auf die Stärke thermonuklearer Waffen stützen!

Wir achten das amerikanische Volk, dessen Soldaten gemeinsam mit den sowjetischen Soldaten in den schweren Tagen des Kampfes gegen die faschistischen Armeen im Einsatz waren. Wir sind dessen eingedenk und wissen, welchen Beitrag das englische Volk zur Zerschlagung des Hitlerfaschismus geleistet hat. Wir hegen Achtung für Frankreich und das große französische Volk. Wir ehren die heldenmütigen Söhne Frankreichs, unsere würdigen Verbündeten im Kampf, die sich Hitler auch dann nicht beugten, als ihr Land okkupiert war. Wir sind natürlich auch dessen eingedenk, wie die Polen, die Tschechen, die Jugoslawen und andere Völker gegen die faschistischen Okkupanten gekämpft haben.

Ich möchte mich an die Völker und Regierungen der neutralen Länder wenden und ihnen heute sagen: Sie können nicht abseits stehen! Nur durch den Einsatz aller Völker kann der Aggressor gezügelt werden, und wir werden die Gefahr eines dritten Weltkrieges so von der Menschheit abwenden. Nur durch den Einsatz aller Völker und Regierungen kann man den großen Prinzipien der friedlichen Koexistenz zum vollen Triumph verhelfen, kann man eine Einigung über die allgemeine und vollständige Abrüstung unter strenger internationaler Kontrolle zustande bringen. In der Frage Krieg oder Frieden können weder die Regierungen noch die Völker neutral bleiben.

Das ist die Situation, in der wir heute leben, so sieht die Welt mit ihren Sorgen und Befürchtungen in der Mitte des Jahres 1961 aus. Wenn man sich überlegt, ob es so komplizierte Situationen schon in früheren Jahren gab, ob es gelang, aus ihnen auf vernünftigem Wege, ohne Krieg herauszukommen, so lehrt uns die Geschichte,

daß es derartige und ähnliche Situationen bereits gab und die Vernunft triumphierte. Das Zentralkomitee unserer Partei, die Sowjetregierung taten und tun alles nur mögliche, damit das Sowjetvolk und die Völker aller Länder aus dieser spannungsgeladenen Zeit ohne Krieg herauskommen. Wir wollen keinen Krieg, aber unser Volk fürchtet sich nicht vor Prüfungen: auf Gewalt wird es mit Gewalt antworten und jeden beliebigen Aggressor aufs Haupt schlagen.....

Quelle: *Die Sowjetunion heute* (Sowjetische Botschaft, Bonn), Nr. 23 vom 10. August 1961.

### **Beschluß der Volkskammer der DDR vom 11. August 1961 zu Fragen eines deutschen Friedensvertrages**

*Betrifft:* Deutscher Friedensvertrag — Berlin — Berlin als Spionagezentrum — Flucht aus Mitteldeutschland — Gegenmaßnahmen.

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik stimmt der vom Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz, abgegebenen Stellungnahme der Regierung zu den Fragen des Abschlusses eines deutschen Friedensvertrages zu.

Seit der Grundsatzerklärung, mit der der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, den „Friedensplan des deutschen Volkes“ vor der Volkskammer begründete, ist die gefährliche Entwicklung in Westdeutschland, die den Abschluß eines Friedensvertrages zur unaufschiebbaren Notwendigkeit macht, in beschleunigtem Tempo weitergegangen.

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik bringt ihre volle Uebereinstimmung mit der Einschätzung der Lage in Westdeutschland zum Ausdruck, die der Vorsitzende des Ministerrates der Sowjetunion, N. S. Chruschtschow, in seiner Fernsehrede am 7. August 1961 gegeben hat. Durch die Aufrüstung und Atombewaffnung der westdeutschen Bundeswehr und infolge der verschärften Revanchepolitik wurde in der Tat im Zentrum Europas mehr Zündstoff angehäuft als in irgendeinem anderen Gebiet der Welt. Dieser Herd der Kriegsgefahr kann durch den Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten unschädlich gemacht werden.

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik begrüßt es deshalb, daß die Regierung der Sowjetunion in ihren Noten an die Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreichs nicht nur die Bereitschaft zu Verhandlungen über die Friedensregelung mit Deutschland, sondern zugleich die Entschlossenheit ausgesprochen hat, im Interesse der Sicherung des Friedens den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages mit allen Staaten herbeizuführen, die dazu bereit sind.

Die Oberste Volksvertretung der Deutschen Demokratischen Republik stimmt mit der Feststellung der Beratung der Ersten Sekretäre der Zentralkomitees der kommunistischen und Arbeiterparteien der Teilnehmerstaaten des Warschauer Paktes überein, daß eine weitere Hinauszögerung des Abschlusses eines deutschen Friedensvertrages eine Ermunterung der deutschen Revanchisten bedeutet und einer bewußten Förderung der Steigerung der Gefahr eines neuen Krieges in Europa und in der Welt gleichkommt. Deshalb begrüßt es die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, daß die zuständigen Organe der Teilnehmerstaaten des Warschauer Paktes festgelegt haben, alle notwendigen außenpolitischen und wirtschaftlichen Maßnahmen vorzubereiten, die den Abschluß des deutschen Friedensvertrages einschließlich der Bestimmungen, die West-Berlin als eine Freie Stadt betreffen, gewährleisten.

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik verurteilt auf das schärfste, daß die Friedenspolitik der sozialistischen Staaten von der Bonner Regierung, von den Interessenverbänden des westdeutschen Monopolkapitals, von den reaktionären, militaristischen und revanchistischen Organisationen sowie von den Agenten- und Spionage-

diensten in Westdeutschland und West-Berlin mit einer enormen Verschärfung des Kalten Krieges, mit der Schürung einer sinnlosen Kriegshysterie, mit systematischen Bürgerkriegsvorbereitungen gegen die Deutsche Demokratische Republik und mit groß-angelegten und freigebig finanzierten Maßnahmen zur Störung ihrer Wirtschaft beantwortet wurde, wie das im Bericht des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates Willi Stoph unterbreitete Material beweist. Die Volkskammer bestätigt daher die vom Ministerrat, vom Magistrat von Groß-Berlin und den Räten der Bezirke Potsdam und Frankfurt (Oder) eingeleiteten Maßnahmen zur Sicherung der Deutschen Demokratischen Republik und zur Unterbindung der von Westdeutschland und West-Berlin aus organisierten Kopfgängerei und des Menschenhandels.

Sie beauftragt den Ministerrat, alle Maßnahmen vorzubereiten und durchzuführen, die sich auf Grund der Festlegungen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Paktes und dieses Beschlusses als notwendig erweisen.

Die Volkskammer appelliert an alle friedliebenden Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, den Organen ihres Arbeiter-und-Bauern-Staates allseitige Unterstützung zu leihen, selber Wachsamkeit zu üben und durch vorbildliche Arbeitsleistungen zum Erfolg unserer Friedenspolitik beizutragen.

Die Volkskammer wendet sich an alle Arbeiter, Bauern, Angehörigen der Intelligenz, Handwerker und Gewerbetreibenden, an alle Männer und Frauen und an die Jugend mit dem Ruf: Seid euch der nationalen Aufgabe bewußt! Die Deutsche Demokratische Republik, den ersten deutschen Friedensstaat, gilt es so zu festigen und zu schützen, daß durch den Abschluß eines Friedensvertrages den revanchistischen Kriegstreibern der Weg versperrt und der Weg zu einer friedlichen Zukunft unseres Volkes und zur Wiedervereinigung in einem antiimperialistischen, friedliebenden und neutralen Deutschland geöffnet wird.

Quelle: *Neues Deutschland* vom 12. August 1961.

### **Beschluß des Ministerrates der DDR vom 12. August 1961 über Maßnahmen zur Sperrung der Sektorengrenze von Berlin**

*Betrifft: Deutscher Friedensvertrag — Militarismus und Revanchismus — Berlin als Spionagezentrum — Sperrung der Sektorengrenze.*

Auf Grund der Erklärung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Paktes und des Beschlusses der Volkskammer beschließt der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik:

Die Erhaltung des Friedens erfordert, dem Treiben der westdeutschen Revanchisten und Militaristen einen Riegel vorzuschieben und durch den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages den Weg zu öffnen für die Sicherung des Friedens und die Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender, antiimperialistischer, neutraler Staat. Der Standpunkt der Bonner Regierung, der Zweite Weltkrieg sei noch nicht zu Ende, kommt der Forderung gleich auf Freiheit für militaristische Provokationen und Bürgerkriegsmaßnahmen. Diese imperialistische Politik, die unter der Maske des Antikommunismus geführt wird, ist die Fortsetzung der aggressiven Ziele des faschistischen deutschen Imperialismus zur Zeit des Dritten Reiches. Aus der Niederlage Hitler-Deutschlands im Zweiten Weltkrieg hat die Bonner Regierung die Schlußfolgerung gezogen, daß die räuberische Politik des deutschen Monopolkapitals und seiner Hitlergenerale noch einmal versucht werden soll, indem auf eine deutsche nationalstaatliche Politik verzichtet und Westdeutschland in einen NATO-Staat, in einen Satellitenstaat der Vereinigten Staaten, verwandelt wurde.

Diese neuerliche Bedrohung des deutschen Volkes und der europäischen Völker durch den deutschen Militarismus konnte zu einer akuten Gefahr werden, weil in der west-



deutschen Bundesrepublik und in der Frontstadt West-Berlin die grundlegenden Bestimmungen des Potsdamer Abkommens über die Ausmerzung des Militarismus und Nazismus fortlaufend gebrochen worden sind.

In Westdeutschland ist eine Verschärfung der Revanchepolitik mit sich steigernden Gebietsforderungen gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik und den Nachbarstaaten Deutschlands erfolgt, die in enger Verbindung steht mit der beschleunigten Aufrüstung und Atombewaffnung der westdeutschen Bundeswehr. Es wird eine systematische Bürgerkriegsvorbereitung durch die Adenauer-Regierung gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik betrieben. Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, die Westdeutschland besuchen, sind in zunehmendem Maße terroristischen Verfolgungen ausgesetzt. Von westdeutschen und West-Berliner Agentenzentralen wird eine systematische Abwerbung von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik und ein regelrechter Menschenhandel organisiert.

Wie aus offiziellen Regierungsdokumenten und aus der Grundsatzerklärung der Parteiführung der CDU/CSU zu entnehmen ist, hat diese aggressive Politik und Störtätigkeit das Ziel, ganz Deutschland in den westlichen Militärblock der NATO einzugliedern und die militaristische Herrschaft in der Bundesrepublik auch auf die Deutsche Demokratische Republik auszudehnen. Die westdeutschen Militaristen wollen durch alle möglichen betrügerischen Manöver, wie z. B. „freie Wahlen“, ihre Militärbasis zunächst bis zur Oder ausdehnen, um dann den großen Krieg zu beginnen.

Die westdeutschen Revanchisten und Militaristen mißbrauchen die Friedenspolitik der Sowjetunion und der Staaten des Warschauer Paktes in der Deutschland-Frage, um durch feindliche Hetze, durch Abwerbung und Diversionstätigkeit nicht nur der Deutschen Demokratischen Republik, sondern auch anderen Staaten des sozialistischen Lagers Schaden zuzufügen.

Aus all diesen Gründen beschließt der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik in Uebereinstimmung mit dem Beschluß des Politischen Beratenden Ausschusses der Staaten des Warschauer Vertrages zur Sicherung des europäischen Friedens, zum Schutze der Deutschen Demokratischen Republik und im Interesse der Sicherheit der Staaten des sozialistischen Lagers folgende Maßnahmen:

Zur Unterbindung der feindlichen Tätigkeit der revanchistischen und militaristischen Kräfte Westdeutschlands und West-Berlins wird eine solche Kontrolle an den Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik einschließlic der Grenze zu den Westsektoren von Groß-Berlin eingeführt, wie sie an den Grenzen jedes souveränen Staates üblich ist. Es ist an den West-Berliner Grenzen eine verlässliche Bewachung und eine wirksame Kontrolle zu gewährleisten, um der Wühltätigkeit den Weg zu verlegen. Diese Grenzen dürfen von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik nur noch mit besonderer Genehmigung passiert werden. Solange West-Berlin nicht in eine entmilitarisierte neutrale Freie Stadt verwandelt ist, bedürfen Bürger der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik für das Ueberschreiten der Grenzen nach West-Berlin einer besonderen Bescheinigung.

Der Besuch von friedlichen Bürgern West-Berlins in der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik (das demokratische Berlin) ist unter Vorlage des West-Berliner Personalausweises möglich. Revanchepolitikern und Agenten des westdeutschen Militarismus ist das Betreten der Hauptstadt der DDR (demokratisches Berlin) nicht erlaubt. Für den Besuch von Bürgern der westdeutschen Bundesrepublik im demokratischen Berlin bleiben die bisherigen Kontrollbestimmungen in Kraft. Die Einreise von Bürgern anderer Staaten in die Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik wird von diesen Bestimmungen nicht berührt.

Für Reisen von Bürgern West-Berlins über die Verbindungswege der Deutschen Demokratischen Republik ins Ausland gelten die bisherigen Bestimmungen.

Für den Transitverkehr zwischen West-Berlin und Westdeutschland durch die Deutsche Demokratische Republik wird an den bisherigen Bestimmungen durch diesen Beschluß nichts geändert.

Der Minister des Innern, der Minister für Verkehrswesen und der Oberbürgermeister von Groß-Berlin werden beauftragt, die notwendigen Ausführungsbestimmungen zu erlassen.

Dieser Beschluß über Maßnahmen zur Sicherung des Friedens, zum Schutze der Deutschen Demokratischen Republik, insbesondere ihrer Hauptstadt Berlin, und zur Gewährleistung der Sicherheit anderer sozialistischer Staaten bleibt bis zum Abschluß eines deutschen Friedensvertrages in Kraft.

Quelle: *Neues Deutschland* vom 13. August 1961.

### **Erklärung der Staaten des Warschauer Paktes über Maßnahmen zur Sperrung der Sektorengrenze von Berlin \***

*Betrifft:* Deutscher Friedensvertrag — Berlin — verstärkte Kriegsvorbereitungen der NATO-Staaten — Berlin als Spionagezentrum — Flucht aus Mitteldeutschland — Sperrung der Sektorengrenze.

Die Regierungen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Paktes streben bereits seit mehreren Jahren nach einer Friedensregelung mit Deutschland. Sie gehen dabei davon aus, daß diese Frage längst spruchreif ist und keinen weiteren Aufschub duldet. Wie bekannt, hat die Regierung der Sowjetunion mit vollem Einverständnis und voller Unterstützung aller Staaten, die der Warschauer-Pakt-Organisation angehören, den Regierungen der Länder, die am Krieg gegen das hitlerfaschistische Deutschland teilnahmen, den Vorschlag gemacht, mit den beiden deutschen Staaten einen Friedensvertrag abzuschließen und auf dieser Grundlage die Frage West-Berlin durch die Verleihung des Status einer entmilitarisierten Freien Stadt zu lösen. Dieser Vorschlag berücksichtigt die reale Lage, die sich in der Nachkriegszeit in Deutschland und in Europa herausgebildet hat. Er ist nicht gegen irgendwessen Interessen gerichtet und hat nur den Zweck, die Ueberreste des Zweiten Weltkrieges zu beseitigen und den Weltfrieden zu festigen.

Die Regierungen der Westmächte haben sich bisher nicht bereit gezeigt, durch Verhandlungen aller interessierten Länder zu einer vereinbarten Lösung zu kommen. Mehr noch: die Westmächte beantworten die von Friedensliebe getragenen Vorschläge der sozialistischen Länder mit verstärkten Kriegsvorbereitungen, mit der Entfachung einer Kriegshysterie und mit der Androhung militärischer Gewalt. Offizielle Vertreter einer Anzahl von NATO-Ländern haben eine Verstärkung ihrer Streitkräfte und Pläne einer militärischen Teilmobilmachung bekanntgegeben. In einigen NATO-Ländern wurden sogar Pläne einer militärischen Invasion des Hoheitsgebietes der DDR veröffentlicht.

Die aggressiven Kräfte machen sich das Fehlen eines Friedensvertrags zunutze, um die Militarisierung Westdeutschlands zu forcieren und in beschleunigtem Tempo die Bundeswehr zu verstärken, wobei sie diese mit den modernsten Waffen ausrüsten. Die westdeutschen Revanchisten fordern offen, daß ihnen Kern- und Raketenwaffen zur Verfügung gestellt werden. Die Regierungen der Westmächte, die die Aufrüstung Westdeutschlands auf jede Weise begünstigen, verstoßen damit gröblichst gegen die wichtigsten internationalen Abkommen, die die Ausrottung des deutschen Militarismus und die Verhütung seines Wiedererstehens in irgendeiner Form vorsehen.

Die Westmächte haben sich nicht nur nicht um die Normalisierung der Lage in West-Berlin bemüht, sondern fahren fort, es verstärkt als Zentrum der Wühlarbeit

\*) Undatiert. Veröffentlicht am 13. August 1961 zusammen mit dem Beschluß des Ministerrates der DDR vom 12. August 1961.

gegen die DDR und andere Länder der sozialistischen Gemeinschaft zu mißbrauchen. Es gibt auf der Erde keinen Ort, wo so viele Spionage- und Wühlzentralen fremder Staaten konzentriert wären und wo sie sich so ungestraft betätigen können wie in West-Berlin. Diese zahlreichen Wühlzentralen schleusen in die DDR Agenten ein, damit sie verschiedene Diversionen unternehmen. Sie werben Spione an und putschen feindliche Elemente zur Organisation von Sabotageakten und Unruhen in der DDR auf.

Die herrschenden Kreise der Bundesrepublik und die Spionageorgane der NATO-Länder benutzen die gegenwärtige Verkehrslage an der West-Berliner Grenze, um die Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik zu unterhöhlen. Durch Betrug, Korruption und Erpressung veranlassen Regierungsorgane und Rüstungskonzerne der Bundesrepublik einen gewissen labilen Teil von Einwohnern der DDR, nach Westdeutschland zu gehen. Diese Betrogenen werden in die Bundeswehr gepreßt, sie werden in großem Umfang für Spionageorgane verschiedener Länder angeworben, worauf sie als Spione und Sabotageagenten wieder in die DDR geschickt werden. Für derartige Diversionstätigkeit gegen die Deutsche Demokratische Republik und die anderen sozialistischen Länder ist sogar ein Sonderfonds gebildet worden. Der westdeutsche Kanzler Adenauer hat unlängst die NATO-Regierungen aufgefordert, diesen Fonds zu vergrößern.

Es ist charakteristisch, daß sich die von West-Berlin ausgehende Wühltätigkeit in letzter Zeit verstärkt hat, und zwar gerade nachdem die Sowjetunion, die DDR und die anderen sozialistischen Länder Vorschläge für eine unverzügliche Friedensregelung mit Deutschland gemacht haben. Diese Wühltätigkeit schädigt nicht nur die Deutsche Demokratische Republik, sondern berührt auch die Interessen der anderen Länder des sozialistischen Lagers. Angesichts der aggressiven Bestrebungen der reaktionären Kräfte der Bundesrepublik und ihrer NATO-Verbündeten können die Warschauer-Vertrags-Staaten nicht umhin, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um ihre Sicherheit und vor allem die Sicherheit der Deutschen Demokratischen Republik im Interesse des deutschen Volkes selbst zu gewährleisten.

Die Regierungen der Warschauer-Pakt-Staaten wenden sich an die Volkskammer und an die Regierung der DDR, an alle Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik mit dem Vorschlag, an der West-Berliner Grenze eine solche Ordnung einzuführen, durch die der Wühltätigkeit gegen die Länder des sozialistischen Lagers zuverlässig der Weg verlegt und rings um das ganze Gebiet West-Berlins einschließlich seiner Grenze mit dem demokratischen Berlin eine verlässliche Bewachung und eine wirksame Kontrolle gewährleistet wird. Selbstverständlich werden diese Maßnahmen die geltenden Bestimmungen für den Verkehr und die Kontrolle an den Verbindungswegen zwischen West-Berlin und Westdeutschland nicht berühren.

Die Regierungen der Warschauer-Pakt-Staaten verstehen natürlich, daß die Ergreifung von Schutzmaßnahmen an der Grenze West-Berlins für die Bevölkerung gewisse Unbequemlichkeiten schafft, aber angesichts der entstandenen Lage trifft die Schuld daran ausschließlich die Westmächte und vor allem die Regierung der Bundesrepublik. Wenn die West-Berliner Grenze bisher offengehalten wurde, so geschah dies in der Hoffnung, daß die Westmächte den guten Willen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik nicht mißbrauchen würden. Sie haben jedoch unter Mißachtung der Interessen des deutschen Volkes und der Berliner Bevölkerung die jetzige Ordnung an der West-Berliner Grenze zu ihren heimtückischen Wühlzwecken ausgenutzt. Der jetzigen anomalen Lage muß durch eine verstärkte Bewachung und Kontrolle an der West-Berliner Grenze ein Ende gesetzt werden. Zugleich halten es die Regierungen der Teilnehmerländer des Warschauer Vertrags für notwendig, zu betonen, daß die Notwendigkeit dieser Maßnahmen fortfällt, sobald die Friedensregelung mit Deutschland verwirklicht ist und auf dieser Grundlage die spruchreife Fragen gelöst sind.

Quelle: *Neues Deutschland* vom 13. August 1961.



**Erklärung des Bundesministers des Auswärtigen, Heinrich von Brentano,  
vom 12. August 1961 zum Ergebnis der Pariser Außenministerkonferenz  
vom 5. bis zum 7. August 1961**

*Betrifft:* Deutschland und Berlin — Flucht aus Mitteldeutschland  
— Bereitschaft zu Verhandlungen mit der Sowjetunion — Sicher-  
heit — deutsch-sowjetische Beziehungen — Selbstbestimmungsrecht.

Die Konferenz der vier Außenminister, die vor zehn Tagen in Paris zusammengetreten sind, hatte ein ernstes Thema zum Gegenstand. Was kann geschehen, um den sowjet-russischen Drohungen zu begegnen? Was kann geschehen, um den Abschluß eines Separatvertrages zwischen Pankow und Moskau zu verhindern, eines Vertrags, der nichts anderes zum Gegenstand haben soll, als die Teilung Deutschlands endgültig zu besiegeln und gleichzeitig Berlin aus seiner Verbindung mit dem Westen, aus seiner Verbindung mit der freien Bundesrepublik zu lösen?

Wir haben uns in Paris natürlich auch mit dem erschreckenden Vorgang beschäftigt, der sich tagaus, tagein in Berlin wiederholt, mit dem Strom von Flüchtlingen, die aus der Zone herübergehen nach Berlin, um über Berlin in die Bundesrepublik zu fliehen. Es sind Tausende und aber Tausende von Menschen, die täglich und wöchentlich und monatlich alles verlassen, was sie bisher gebunden hat. Sie verlassen ihre Heimat, sie verlassen ihre Familien, sie geben ihren Beruf auf, sie lassen das Wenige an Eigentum zurück, das ihnen noch geblieben ist, weil sie den unerträglichen Druck nicht mehr ertragen, unter dem sie leben müssen.

Ich glaube, es gibt keine überzeugendere, aber vielleicht auch keine erschütterndere Form, das Selbstbestimmungsrecht auszuüben, als die Art, in der diese Menschen es tun. Und man sollte immer wieder die Welt auf diese Entwicklung ansprechen, auf diese beispiellose Tragik, die in dieser Völkerwanderung von Hunderttausenden von Menschen liegt. Man sollte die Welt daran erinnern, daß in den Jahren seit der Gründung dieses sogenannten Staates drüben dreieinhalb Millionen Menschen die Freiheit gesucht haben, dreieinhalb Millionen Menschen dieses Opfer gebracht haben, von dem ich sprach, dreieinhalb Millionen Menschen die Brücken hinter sich abgebrochen haben und alles aufgaben, um in der Freiheit leben zu können.

Es gibt keinen Bereich in dieser Welt, in dem sich ein gleiches heute wiederholt. Und das Ganze geschieht im Herzen des europäischen Kontinents, geschieht auf dem Boden Deutschlands. Und betroffen sind deutsche Menschen, denen man das Recht verweigert, selbst nach ihrem Willen, nach ihrer Vorstellung das Leben und die Ordnungen zu bestimmen, das ihnen angemessen erscheint. Wir haben uns in Paris mit diesen Fragen beschäftigt, und ich kann eines mit großer Befriedigung feststellen. Ich sage es besonders ausdrücklich, weil begreiflicherweise auch wieder die eine oder andere Nachricht kam, daß die Meinungen auseinandergegangen seien. Wir waren vollkommen einig in der Beurteilung, wir waren vollkommen einig aber auch in der Verurteilung dessen, was durch die Sowjetunion heute geschieht. Die westliche Welt hat auch auf ihrer Pariser Konferenz eine neue und, wie ich glaube, eine ungeheuer wichtige Anstrengung unternommen, sich solidarisch zusammenzuschließen, um dieser unmenschlichen Entwicklung gemeinsam zu begegnen.

Niemand kann die Entwicklung voraussagen. Und ich glaube, wir haben keinen Anlaß, heute nur Sorgen zu äußern. Ich begrüße es, daß der amerikanische Präsident, Kennedy, vor kurzem in seiner hervorragenden Ansprache an das amerikanische Volk mit großem Ernst auch die Bereitschaft erklärt hat, erneut Verhandlungen aufzunehmen; Verhandlungen nicht aufzunehmen, um das, was wir besitzen und verteidigen müssen, preiszugeben, aber Verhandlungen aufzunehmen mit dem Zweck, die Sowjetunion davon zu überzeugen, daß sie durch ihre Maßnahmen, die sie angekündigt hat, ja durch Maßnahmen, die z. T. schon durch die sowjetzonalen Behörden in Kraft gesetzt sind,

in einer gefährlichen Weise den Frieden in der Welt stört und gefährdet. Und es sollte kein Zweifel an der Entschlossenheit der freien Welt bestehen, dieser Entwicklung mit offenen Augen und im Bewußtsein der Verantwortung entgegenzuwirken.

Ich sprach von Verhandlungen. Es gibt kaum mehr einen Verhandlungsspielraum, wenn die Sowjetunion glaubt, daß der Westen etwa bereit sei, ihre Bedingungen zu akzeptieren. Nein, Verhandlungen kann ich mir nur denken, wenn beide Seiten mit ihren Vorstellungen an den Verhandlungstisch gehen und mit großem Ernst den Versuch unternehmen, dieser gefährlichen Entwicklung zu begegnen, wenn der Wille dort sichtbar wird, eine Weltkatastrophe zu verhindern. Der Westen hat ein gutes Gewissen. Er verlangt nichts von der Sowjetunion, was für die Sowjetunion unannehmbar wäre. Wir haben nichts anderes von der Sowjetunion zu fordern als das Recht, als Menschen frei zu leben, unsere Ordnung frei zu bestimmen, ein Recht, das nach der Charta der Vereinten Nationen einem jeden Volk auf dieser Erde gewährt wird.

Wir haben der Sowjetunion immer wieder auch angeboten, daß wir, wenn echte Sicherheitsorgen bestehen sollten, uns auch über dieses Problem mit ihr unterhalten wollen. Noch zuletzt am 17. Juni, am Tag der Erinnerung an die tragischen Ereignisse in Berlin im Jahre 1953, hat der Bundeskanzler mit großem Ernst auch dieses Angebot erneuert. Aber die Sowjetunion sollte wissen, und das ganze deutsche Volk sollte es ebenso wissen, daß auch hier Grenzen gezogen sind, daß wir nicht mehr Rücksicht nehmen können und werden auf das Sicherheitsbedürfnis irgendeines Landes auf dieser Erde, als dieses Land bereit ist, Rücksicht zu nehmen auf das echte Sicherheitsbedürfnis des deutschen Volkes. Wir wollen in der garantierten Freiheit leben.

Wir wollen in einer echten und ungeminderten Freiheit leben. Das ist die einzige Voraussetzung auch für die Erfüllung des Wunsches, den der sowjetrussische Regierungschef wiederholt geäußert hat, die Beziehungen zwischen dem russischen und dem deutschen Volk auf eine neue Basis zu stellen. Er mag überzeugt sein, daß das deutsche Volk dazu bereit ist, wenn seine unverzichtbaren Ansprüche erfüllt werden. Dann wird er einen Partner, einen Verhandlungspartner haben, der bereit ist, mit ihm über echte Formen des Nebeneinander- und Miteinanderlebens zu sprechen. Diese Sitzung in Paris war von besonderer Bedeutung, weil sie ja eine Fortsetzung der Gespräche war, die wir schon seit Wochen und Monaten führen. Alle diese Gespräche dienen dem gleichen Zweck: die Geschlossenheit des Westens noch zu stärken, in allen Bereichen, um auch der Sowjetunion klarzumachen, daß die Bereitschaft des Westens, unverzichtbare Rechte zu verteidigen, unerschütter ist, ja, daß sie mit dem Maß der Bedrohung wächst.

Ich glaube, daß die Ergebnisse dieser Pariser Konferenz, von der ich nur mit großem Ernst, aber auch mit großer Befriedigung sagen kann, daß sie alle Erwartungen erfüllt hat, die wir in sie gesetzt haben, daß die Ergebnisse dieser Pariser Konferenz in der ganzen Welt Beachtung finden als der Ausdruck einer ruhigen Entschlossenheit, einer echten, unverbrüchlichen Solidarität. Und daß damit die Voraussetzungen geschaffen worden sind, um auch dieser weltpolitischen Krise zu begegnen, zu begegnen wie wir es wünschen, in einem echten Gespräch am Verhandlungstisch, damit der Friede in der Welt, dieses höchste Gut, das gerade auch das deutsche Volk zu schätzen weiß nach dem ungeheuren Elend, das es in der Vergangenheit ertragen mußte, daß der Friede in der Welt auf diese Weise wiederhergestellt und für die Zukunft gesichert wird. Die Bundesregierung wird keine Anstrengungen scheuen, um an diesem Ergebnis mitzuwirken. Sie wird keine Anstrengung scheuen, mit ihren Partnern die Welt davon zu überzeugen, daß wir keine aggressiven Absichten verfolgen, daß wir nichts anderes wollen als die Verwirklichung des Rechts für das deutsche Volk, des Rechts auf Selbstbestimmung, auf Freiheit, auf Unabhängigkeit und auf demokratische Ordnung, die wir hier geschaffen haben, und die wir auch denen vermitteln wollen, die sie heute entbehren.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 1456 vom 15. August 1961.

**Protestnote der Vereinigten Staaten vom 16. August 1961 an die Sowjetregierung  
gegen die Sperrung der Sektorengrenze von Berlin**

**Betrifft:** Sperrung der Sektorengrenze — Bruch der Viermächte-  
Vereinbarungen — Flucht aus Mitteldeutschland — Warschauer-  
Pakt-Organisation — Selbstbestimmungsrecht.

Am 13. August haben die ostdeutschen Behörden verschiedene Maßnahmen in Kraft gesetzt, mit denen der Verkehr an der Grenze zwischen den Westsektoren und dem Sowjetsektor Berlins geregelt wird. Diese Maßnahmen hatten eine Begrenzung der Passage vom Sowjetsektor in die Westsektoren der Stadt zur Folge, die an eine völlige Unterbindung heranreicht. Begleitet waren diese Maßnahmen von einer Abschießung der Sektorengrenze durch beträchtliche Einheiten der Polizei und durch militärische Verbände, die zu diesem Zweck nach Berlin gebracht wurden.

Alles dies stellt eine flagrante und besonders ernste Verletzung des Viermächtestatus Berlins dar. Die Bewegungsfreiheit in Berlin wird durch das Viermächteabkommen vom 4. Mai 1949 in New York geregelt und ist durch den am 20. Juni 1949 in Paris durch die Außenminister der Vier Mächte gefaßten Beschluß bekräftigt worden. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat niemals gebilligt, daß die Bewegungsfreiheit innerhalb Berlins Beschränkungen unterworfen wird. Die Grenze zwischen dem Sowjetsektor und den Westsektoren Berlins ist keine Staatsgrenze. Die Regierung der Vereinigten Staaten betrachtet daher die von den ostdeutschen Behörden verfügten Maßnahmen als illegal. Sie wiederholt, daß sie die Behauptung, der Sowjetsektor Berlins bilde einen Teil der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik und Berlin liege auf deren Territorium, nicht anerkennt.

Eine solche Behauptung stellt in sich eine Verletzung der feierlichen Erklärung dar, die die Regierung der Sowjetunion durch ihre Zustimmung zu den Besatzungszonen Deutschlands und der Verwaltung Groß-Berlins abgegeben hat. Ferner kann die Regierung der Vereinigten Staaten nicht das Recht der ostdeutschen Behörden anerkennen, bewaffnete Streitkräfte in den Sowjetsektor Berlins zu entsenden. Die ostdeutschen Behörden haben selbst zugegeben, daß die von ihnen getroffenen Maßnahmen ihren Grund darin haben, daß eine ständig wachsende Zahl von Einwohnern Ostdeutschlands dieses Gebiet zu verlassen wünscht. Die Gründe für diesen Exodus sind bekannt. Sie betreffen einfach die inneren Schwierigkeiten Ostdeutschlands.

Aus dem Wortlaut einer Deklaration der Warschauer-Pakt-Staaten vom 13. August geht hervor, daß die fraglichen Maßnahmen offenbar den ostdeutschen Behörden von diesen Mächten empfohlen worden sind. Die Regierung der Vereinigten Staaten nimmt zur Kenntnis, daß die Mächte, die sich durch Unterzeichnung des Warschauer Pakts mit der Sowjetunion verbündet haben, damit auf einem Gebiet eingreifen, auf dem sie keine Kompetenz besitzen. In der Deklaration wird ferner behauptet, daß die von den ostdeutschen Behörden ergriffenen Maßnahmen im Interesse der ostdeutschen Bevölkerung selbst erfolgten. Es ist schwierig, irgendeine Grundlage für diese Behauptung zu finden und zu verstehen, wieso es den Mitgliedern des Warschauer Pakts zukommt zu entscheiden, was im Interesse des ostdeutschen Volkes liegt.

Es ist offensichtlich, daß diese Meinung von keinem Deutschen, insbesondere nicht von denen, deren Bewegungsfreiheit gewaltsam eingeschränkt ist, geteilt wird. Ueberwältigend klar würde dies, wenn allen Deutschen die freie Wahl erlaubt wäre und wenn das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts auch im Sowjetsektor Berlins und in Ostdeutschland Gültigkeit hätte.

Die Regierung der Vereinigten Staaten protestiert feierlich gegen die obengenannten Maßnahmen, für die sie die sowjetische Regierung verantwortlich macht. Die Regierung der Vereinigten Staaten erwartet, daß die sowjetische Regierung diesen illegalen Maß-



nahmen eine Ende setzt. Diese einseitige Verletzung des Viermächtestatus Berlins kann nur die bestehenden Spannungen und Gefahren vergrößern.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 154 vom 19. August 1961.

**Erklärung von Bundeskanzler Konrad Adenauer am 18. August 1961  
vor dem Deutschen Bundestag zur Sperrung der Sektorengrenze von Berlin**

*Betrifft:* Sperrung der Sektorengrenze — Bruch der Viermächte-Vereinbarungen — Bereitschaft zu Verhandlungen — deutscher Friedensvertrag — Militarismus und Revanchismus — Selbstbestimmungsrecht — Flucht aus Mitteldeutschland — Konsultation mit den Westmächten — Stärkung der militärischen Bereitschaft — deutsch-sowjetische Beziehungen.

Die Machthaber in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands haben seit den frühen Morgenstunden des 13. August den Verkehr zwischen dem sowjetischen Sektor und den drei westlichen Sektoren Berlins fast völlig zum Erliegen gebracht. Entlang der Sektorengrenze wurden Stacheldrahtverhaue errichtet; starke Verbände der Volks- und Grenzpolizei bezogen ihre Stellungen an der Sektorengrenze, um die Abriegelung des Verkehrs zwischen Ost- und West-Berlin durchzuführen. Gleichzeitig wurden Truppen der Nationalen Volksarmee in Ost-Berlin eingesetzt.

Diese Abriegelungsmaßnahmen wurden auf Grund eines Beschlusses der Zonenmachthaber vom 12. August ergriffen. Mit ihrer Durchführung hat das Ulbricht-Regime gegenüber der gesamten Welt eine klare und unmißverständliche politische Bankrotterklärung einer 16jährigen Gewaltherrschaft abgegeben. Mit diesen Maßnahmen hat das Ulbricht-Regime eingestehen müssen, daß es nicht vom freien Willen der in der Zone lebenden Deutschen getragen und gestützt wird. Mit diesen Maßnahmen hat das Ulbricht-Regime bestätigt, daß die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts durch das deutsche Volk zur Erhaltung des Weltfriedens unaufschiebbar geworden ist!

Diese widerrechtlichen Maßnahmen, die die Bundesregierung mit Sorge und Abscheu zur Kenntnis genommen hat, stehen in flagrantem Widerspruch zu den Viermächte-Vereinbarungen über die Bewegungsfreiheit innerhalb Groß-Berlins und denjenigen Viermächte-Vereinbarungen, die die Regelung des Verkehrs zwischen Berlin und der Zone zum Gegenstand haben. Mit der Abriegelung des Verkehrs zwischen Ost- und West-Berlin hat das Zonenregime die bestehenden und von der Regierung der Sowjetunion bis auf den heutigen Tag anerkannten Viermächte-Vereinbarungen betreffend Berlin einseitig und mit brutaler Gewalt verletzt.

Die Bundesregierung stellt mit großem Bedauern fest, daß dieser Willkürakt mit Billigung der Regierung der Sowjetunion als Führungsmacht des Warschauer Pakts erfolgt ist. Mit dieser Billigung hat sich die sowjetische Regierung in Gegensatz zu ihren ständigen Beteuerungen gestellt, die Deutschland- und Berlin-Frage auf dem Verhandlungswege zu lösen. Während der amerikanische Präsident in seiner letzten Pressekonferenz vom 10. August erneut die Bereitschaft der Regierung der Vereinigten Staaten zum Ausdruck gebracht hat, über die Deutschland- und Berlin-Frage Verhandlungen zu führen, reagieren die Zonenmachthaber auf diesen westlichen Friedens- und Verhandlungswillen mit militärischen Maßnahmen. Diese Reaktion führt der gesamten Weltöffentlichkeit — mehr als Worte dies zu tun vermögen — vor Augen, daß die gegenwärtige Krise einzig und allein durch die sowjetische Deutschland- und Berlin-Politik ausgelöst wurde.

Die Regierung der Sowjetunion hat am 10. November 1958 durch ihre Erklärungen die Berlin-Krise ausgelöst. Sie hat in der Zwischenzeit in zahllosen Noten und Erklärungen darauf hingewiesen, daß sie, was auch sonst ihr Ziel sei, nicht daran denke, die Freiheit West-Berlins anzutasten, die vielmehr von ihr feierlich garantiert werden solle. Wie lassen sich diese Erklärungen mit den Ereignissen der letzten Tage vereinbaren?

Die Abmachungen der Sowjetunion mit den drei westlichen Mächten wurden zerrissen. Die Panzer der Volksarmee, die Volkspolizei und die Betriebskampfgruppen, die in und um Ost-Berlin zusammengezogen wurden, um einen rechtswidrigen Angriff gegen den Status der Stadt Berlin militärisch zu unterstützen, geben eine Vorahnung dessen, wie die Garantie einer sogenannten Freien Stadt beschaffen wäre.

Die Welt war am 13. August 1961 Zeuge des ersten Schritts auf dem Wege zur Verwirklichung der angekündigten Ziele. Das nach den Regeln des Völkerrechts gültige Viermächtestatut der Stadt Berlin ist erneut gebrochen worden. Die jüngste Maßnahme ist zugleich die schwerwiegendste und brutalste. Die von den Behörden der sowjetischen Besatzungszone auf Weisung ihrer Auftraggeber durchgeführten Absperrungsmaßnahmen innerhalb der Stadt Berlin und zwischen der Stadt und der sowjetisch besetzten Zone sollen offensichtlich der Auftakt sein für die Abschnürung des freien Teils der deutschen Reichshauptstadt von der freien Welt.

Das Marionettenregime in der Zone macht in seinem Beschluß vom 12. August den vergeblichen Versuch, die angebliche Notwendigkeit dieser Abriegelungsmaßnahmen zu begründen. Die Bundesregierung hält es für unter ihrer Würde, auf diese Verdrehungen und unwahren Behauptungen näher einzugehen. Diese Behauptungen werden von der Wirklichkeit selbst gerichtet. Die Bundesregierung möchte jedoch mit allem Nachdruck klarstellen, daß diese illegale Aktion der Zonenmachthaber ein für allemal der Weltöffentlichkeit zeigt, in welchem Teil Deutschlands „Militarismus und Aggression“ praktiziert werden.

Noch in ihrer letzten Note vom 3. August 1961 hat die Sowjetunion erneut ihre Forderung nach Abschluß eines sogenannten Friedensvertrags und nach Umwandlung des geltenden Viermächtestatus der Stadt Berlin, und zwar nur des westlichen Teils von Berlin, in eine sogenannte freie Stadt mit der Behauptung begründet, daß diese Maßnahme notwendig sei, um dem angeblichen Militarismus und Revanchismus in der Bundesrepublik zu begegnen. Sie hat erneut versucht, den Eindruck zu erwecken, als ob verantwortliche Kreise in der Bundesrepublik die Absicht hätten, gegen die Sowjetunion oder irgendeinen anderen Staat der Welt kriegerische Maßnahmen vorzubereiten. Jeder, der in die Bundesrepublik kommt, kann sich von dem Gegenteil überzeugen, und die überwältigende Mehrheit aller Staaten der Welt stimmt mit uns in der Bewertung unserer friedlichen und ausschließlich auf die Verteidigung unserer Lebensinteressen ausgerichteten Politik überein.

Jeder, der heute nach Ost-Berlin und in die Zone geht, kann sich durch Augenschein davon überzeugen, daß dort Maßnahmen getroffen worden sind, die im wahren Sinne des Wortes die Bezeichnung militaristisch und revanchistisch verdienen. Diese Maßnahmen sind zudem in einem Zeitpunkt ergriffen worden, in dem die ganze Welt nur von der einen Hoffnung erfüllt ist, daß es nicht zu einer kriegerischen Auseinandersetzung kommen möge. In einer solchen an und für sich schon sehr ernsten Situation treiben die Zonenmachthaber durch ihre militärischen Vorbereitungen ein gefährliches Spiel mit dem Feuer.

Die Bundesregierung hält es für unerläßlich, die Weltöffentlichkeit auf die wahren Ursachen dieser Gewaltpolitik hinzuweisen. Nicht die angebliche militaristische und revanchistische Politik der Bundesrepublik hat die Zonenmachthaber veranlaßt, ihre wahren Absichten offenzulegen, sondern das Resultat ihrer ständigen Weigerung, den in der Zone lebenden Deutschen die Lebensordnung zu geben, die diese Menschen haben wollen. Es mutet wie eine makabre Groteske an, wenn sich die Vertreter des Ulbricht-Regimes heute hinstellen und erklären, daß die Deutschen in der Zone das Selbstbestimmungsrecht bereits ausgeübt hätten. Der ständige Flüchtlingsstrom der vergangenen Wochen spricht eine andere Sprache, die Sprache der Wirklichkeit.

Es ist aufschlußreich, sich in das Gedächtnis zurückzurufen, wann dieser verstärkte Flüchtlingsstrom erneut einsetzte. Er setzte ein, als die massiven Drohungen des so-

wjetischen Ministerpräsidenten, einen Friedensvertrag mit der Zone abzuschließen, den Menschen in der Zone die Hoffnungslosigkeit ihrer Situation vor Augen führte. Für diese Menschen wurde der angekündigte Separationsvertrag ein Alpdruck, dem sie unter allen Umständen entrinnen wollten. In ihrer seelischen Verzweiflung sahen diese Menschen keinen anderen Ausweg, als ihre Heimat in der Zone unter Aufgabe von Hab und Gut und unter Gefährdung ihres Lebens zu verlassen, um in der Bundesrepublik ein neues Leben in Freiheit zu beginnen und aufzubauen. Ihr freier Entschluß, ihre Heimat aufzugeben, war die einzige Form, in der sie das ihnen verbliebene persönliche Selbstbestimmungsrecht ausüben konnten. Es blieb ihnen nichts anderes übrig als die „Abstimmung mit den Füßen“. Mit dieser Abstimmung haben diese Menschen der Welt gezeigt, was sie wirklich wollen: Sie wollen die Freiheit und nicht die Unfreiheit.

Die Bundesregierung hat sichere Unterlagen dafür, daß trotz einer 16jährigen Terrorherrschaft kommunistischer Funktionäre in der Zone über 90 vH der dort lebenden Deutschen das Regime, welches sie unterdrückt, ablehnen, den Sklavenstaat, den man ihnen aufgezwungen hat, verachten und nichts sehnlicher als die Vereinigung mit den in Freiheit lebenden Deutschen wünschen.

Die Sowjetunion behauptet immer wieder, daß der jetzt gültige Status der Stadt Berlin eine der Ursachen für die bestehenden Spannungen sei. Es ist nicht nötig, zu wiederholen, daß diese Behauptung unrichtig ist. Wohl aber ist es angebracht, nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß eine Lösung des Deutschland-Problems auf der Grundlage der Selbstbestimmung der beste, ja der einzige Weg ist, um die Spannungen und Schwierigkeiten auszuräumen. Eine solche Lösung wäre wirklich ein echter Beitrag zur Erhaltung und Sicherung des Friedens in der Welt.

In dieser ernsten Lage, die durch den Rechtsbruch der Zonenmachthaber entstanden ist, steht die Bundesregierung mit ihren drei westlichen Verbündeten in engster Verbindung. Sie wird gemeinsam mit ihnen die erforderlichen Maßnahmen vorbereiten. Die Bundesregierung und ihre Verbündeten sind sich in der Bewertung der der freien Welt drohenden Gefahren einig. Die Außenminister der drei Westmächte und der Bundesrepublik sind vor zwei Wochen in Paris zu Beratungen zusammengetreten. Ich kann mit besonderer Genugtuung feststellen, daß diese Beratungen im Geiste vollen gegenseitigen Einvernehmens geführt wurden. Diese Beratungen wurden ergänzt und bestätigt durch eine ausführliche Konsultation zwischen den vier Mächten und allen NATO-Partnern. Auf diese Weise ist es möglich gewesen, über die Grundlage der westlichen Haltung eine volle Übereinstimmung nicht nur zwischen den an der Lösung der Deutschland-Frage unmittelbar beteiligten Westmächten und uns, sondern auch zwischen allen NATO-Partnern zu erzielen.

Der amerikanische Außenminister, Dean Rusk, hat im Anschluß an die mit den Außenministern Frankreichs, Großbritanniens und der Bundesrepublik geführten Besprechungen den NATO-Rat unterrichtet, der bei dieser Gelegenheit erneut und unzweideutig die Entschlossenheit aller NATO-Staaten zum Ausdruck gebracht hat, die Freiheit Berlins aufrechtzuerhalten. Zugleich hat der NATO-Rat wiederholt die Ueberzeugung ausgedrückt, daß eine friedliche und gerechte Lösung der deutschen Frage einschließlich Berlins nur auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts des gesamten deutschen Volkes herbeigeführt werden kann. Wir werden diese Kontakte in den nächsten Wochen und Monaten fortsetzen und werden in engstem Einvernehmen miteinander gemeinsam die Schritte ergreifen, die zur Abwehr etwaiger sowjetischer Versuche, die Freiheit Berlins zu beeinträchtigen, erforderlich sind.

Während aber die Westmächte und insbesondere die den freien Teil Deutschlands repräsentierende Bundesregierung bei dem Versuch, diese Probleme einer Regelung zuzuführen, eine geradezu unendliche Geduld bewiesen haben und alles vermeiden, was zu einer Verschärfung oder Zuspitzung der internationalen Lage führen könnte, glaubt die Sowjetunion, diese Probleme durch Billigung illegaler Aktionen der Zonen-



machthaber in einer dem Recht und den Erfordernissen der politischen Vernunft widersprechenden Weise lösen zu können. In dieser Lage muß Europa, muß das Nordatlantische Verteidigungsbündnis die Maßnahmen vorbereiten, die zur Aufrechterhaltung unserer Sicherheit und Freiheit erforderlich sind. Die Bundesregierung hat mit großer Befriedigung von der ausgezeichneten Erklärung Kennedys genommen, die der amerikanische Präsident, Kennedy, am 25. Juli an das amerikanische Volk gerichtet hat. Die Bundesregierung stimmt mit dieser Erklärung vollkommen überein. Auch sie ist der Meinung, daß der Westen sich auf die gegen ihn gerichtete Drohung vorbereiten muß, indem er seine militärischen Kräfte zusammenschließt. Wir wissen, und die Sowjetunion weiß es, daß das militärische Gesamtpotential des Westens demjenigen der Sowjetunion überlegen ist. Daher sind die Drohungen, die die sowjetische Regierung von Zeit zu Zeit gegen den einen oder anderen NATO-Partner ausspricht, sie würde sein Gebiet mit Atombomben vernichten, gefährlich. Die sowjetische Regierung muß wissen, daß sie durch einen solchen Schlag einen Gegenschlag auslösen würde, der sie selbst vernichten würde.

Auch die Bundesrepublik Deutschland wird im Rahmen der Atlantischen Verteidigungsorganisation ihrerseits Maßnahmen zur Stärkung der militärischen Bereitschaft ergreifen müssen, um die Anstrengungen, die insbesondere durch die Vereinigten Staaten, aber in erheblichem Umfang auch von den anderen NATO-Partnern unternommen werden, zu unterstützen und zu ergänzen. Es ist für uns ein Gebot der Selbsterhaltung, daß wir uns in diesem Augenblick, in dem es um Berlins Schicksal, um unser Schicksal, geht, mit unseren westlichen Verbündeten solidarisch erklären und mit ihnen gemeinsam die Anstrengungen unternehmen, die erforderlich sind, um der Gefahr zu begegnen.

Wir sind jedoch weit davon entfernt, in militärischen Maßnahmen eine Lösung der künstlich von der Sowjetunion erzeugten Krise zu erblicken. Die Bundesregierung ist nicht davon überzeugt, daß der sowjetische Ministerpräsident einen Krieg auslösen will, der auch sein Land vernichten würde. Die Bundesregierung glaubt vielmehr, daß es nach wie vor möglich ist, aus der Lage, in der die Welt sich befindet, durch Verhandlungen einen Ausweg zu finden. Sie ist bereit, jeden Ansatz für Verhandlungen zwischen den vier für Berlin und Deutschland als Ganzes zuständigen Mächte zu unterstützen. Die Bundesregierung erachtet es jedoch für unerlässlich, darauf hinzuweisen, daß das einseitige Vorgehen der Zonenmachthaber, das mit Zustimmung der Regierung der Sowjetunion erfolgt ist, eine Belastung der vom Westen gezeigten Verhandlungsbereitschaft darstellt.

Die Bundesregierung wird aber die Hoffnung nicht aufgeben, daß bald Verhandlungen aufgenommen werden, und daß durch sie eine Lösung des Deutschland-Problems und damit der Berlin-Frage auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker ermöglicht wird. Das Prinzip, daß den Völkern das Recht gegeben werden muß, über ihre staatliche Ordnung selbst zu entscheiden, hat seinen Siegeszug über die ganze Welt angetreten. Die Bundesregierung vertraut darauf, daß es auch im Herzen Europas, wo zur Zeit immer noch 16 Millionen Deutschen dieses Recht verweigert wird, durchgesetzt werden kann. Die Bundesregierung hat mehrfach erklärt und wiederholt es bei dieser Gelegenheit, daß sie bereit ist, an Plänen mitzuwirken, die für den Fall der Wiedervereinigung Deutschlands der Sowjetunion Sicherheitsgarantien geben. Zuletzt habe ich noch hier von dieser Stelle aus am 17. Juni dieses Jahres diese Bereitschaft bekräftigt. An dieser Absicht der Bundesregierung hat sich nichts geändert. Die Wiederherstellung der deutschen Einheit würde nicht nur dem Frieden, sondern auch dem richtig verstandenen Sicherheitsinteresse der Sowjetunion und allen anderen Völkern dienen.

Die drei westlichen Verbündeten, die im Rahmen der Viermächte-Vereinbarung eine besondere Verpflichtung für Berlin und für Deutschland übernommen haben,

haben einen nachdrücklichen Protest und eine ernste Mahnung an die Sowjetunion gerichtet. Sie haben die ergriffenen Maßnahmen als illegal und als einen unverantwortlichen einseitigen Bruch der bestehenden Vereinbarungen bezeichnet. Sie haben mit Recht die verlogene Behauptung zurückgewiesen, die in der sogenannten Empfehlung der Staaten des Warschauer Pakts enthalten ist, daß nämlich diese Maßnahmen im eigenen Interesse des deutschen Volkes liegen würden; und sie haben betont, daß diese Behauptung nichts anderes darstellt als eine Einmischung in die inneren Verhältnisse des deutschen Volkes. Wie das deutsche Volk über diese brutalen Maßnahmen denkt, wäre leicht zu ermitteln. Es würde genügen, alle Deutschen in der Bundesrepublik, in der sowjetisch besetzten Zone und in ganz Berlin darüber zu befragen. Die Antwort wäre eine leidenschaftliche Verurteilung durch die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes.

Die Bundesregierung hat das Recht und hat die Pflicht, für das ganze deutsche Volk zu sprechen, also auch für diejenigen Deutschen, die durch die Gewaltmaßnahmen in der sowjetischen Besatzungszone zum Schweigen verurteilt sind. Sie appelliert eindringlich an die Sowjetunion, in diesem kritischen Augenblick zu einer realistischen Betrachtung der Dinge zurückzufinden. Es sollte unter der Würde eines großen Volkes sein, Kreaturen zu schützen, die vom eigenen Volke verachtet werden. Die russische Regierung und das russische Volk sollten sich nicht dazu hergeben, daran mitzuwirken, daß ein Teil eines großen ihnen benachbarten Landes gegen den Willen der Bewohner in ein Konzentrationslager umgewandelt wird.

Man sollte in Moskau erkennen, daß alle Menschen in der Welt, die sich zu dem mit der Charta der Vereinten Nationen anerkannten Selbstbestimmungsrecht der Völker bekennen, nur eine tiefe Verachtung für ein Regime haben können, das dieses Selbstbestimmungsrecht mit Füßen tritt. Eine Neuordnung der Beziehungen zwischen dem russischen Volk und dem deutschen Volk ist auf dem von den Behörden der Sowjetzone beschrittenen Wege nicht denkbar. Die Deutschen in der Zone empfinden Haß und Verachtung gegenüber denen, die sie in unmenschlicher Weise vergewaltigen. Und sie müssen ähnliche Gefühle denen gegenüber tragen, die dieses System unterstützen. Die Schließung der Grenzen ist eine beispiellose Bankrotterklärung; sie zeigt, daß die Menschen, die in diesem Teil Deutschlands zu leben gezwungen sind, nur unter Anwendung physischen Zwangs daran gehindert werden können, dieses Paradies der Arbeiter und Bauern zu verlassen.

Es gibt nur eine Möglichkeit, die Beziehungen zwischen dem russischen und dem deutschen Volk auf eine neue Grundlage zu stellen: dem deutschen Volk muß das Recht zurückgegeben werden, das man keinem Volk der Welt verweigert, durch freie und unbeeinflusste Willensentscheidung eine Regierung zu bilden, die dann den legitimen Auftrag besitzen würde, für das ganze deutsche Volk zu sprechen, zu handeln und zu entscheiden.

Die Bundesregierung appelliert aber auch an die Regierungen aller Nationen der Welt, die die Charta der Vereinten Nationen unterzeichnet oder anerkannt haben. Die Maßnahmen, die von den sowjetzonalen Behörden durchgeführt und angekündigt wurden, sind nichts anderes als ein flagranter Verstoß gegen dieses Grundgesetz, das für die innere Ordnung aller Völker der Welt ebenso gültig sein soll wie für die Beziehungen zwischen diesen Nationen.

Mit tiefer Bewegung gedenkt die Bundesregierung aber auch des persönlichen Schicksals der vielen Millionen, die ein Opfer dieser unmenschlichen Maßnahmen geworden sind. Nahezu dreieinhalb Millionen Menschen sind in den zurückliegenden Jahren aus der Zone und dem Ostsektor von Berlin geflohen, weil ihnen keine andere Möglichkeit blieb, ein Leben in Freiheit zu führen. Unter Aufgabe ihres Berufs, unter Zurücklassung von Hab und Gut haben sie sogar die menschlichen Beziehungen abgebrochen, die sie mit ihrer Familie, mit ihren Verwandten, mit ihren Freunden verbanden. Für unzählige Menschen, die den gleichen Weg gehen wollten,

ist nun die Tür zugeschlagen worden. Die Bundesregierung gibt der Hoffnung, aber auch der Ueberzeugung Ausdruck, daß am Beginn der auch von ihr gewünschten Verhandlungen die Aufhebung dieser Maßnahmen stehen wird. Nichts könnte das deutsche Volk besser davon überzeugen, daß solche Verhandlungen der Aufrechterhaltung des Friedens in der Welt und einer dauerhaften Neuordnung der Beziehungen zwischen den Völkern dienen, als eine solche Maßnahme.

Es genügt nicht, von Frieden zu sprechen; dem mündlichen Bekenntnis müssen Taten folgen, die erkennen lassen, daß der Friede nicht nur zwischen, sondern erst recht und ganz besonders in den Völkern bestehen muß. Jeder einzelne hat ein Recht darauf, in Frieden zu leben. Die Unfreiheit ist die schauerlichste Form der Friedlosigkeit.

Lassen Sie mich zum Schluß einige Sätze an die Bewohner des Ostsektors von Berlin und der Zone richten: Ihr Leid und Ihre Sorge ist unser Leid und unsere Sorge. In Ihrer so besonders schweren Lage fanden Sie wenigstens in dem Gedanken Trost, daß Sie, wenn Ihr Los nicht mehr tragbar sei, ihm durch die Flucht entgehen könnten. Es sieht jetzt so aus, als wenn Ihnen auch dieser Trost genommen sei. Ich bitte Sie von Herzen, geben Sie die Hoffnung auf eine bessere Zukunft für Sie und Ihre Kinder nicht auf. Wir sind überzeugt, daß es den Anstrengungen der freien Welt und insbesondere auch unseren Anstrengungen doch eines Tages gelingen wird, Ihnen die Freiheit wieder zu verschaffen. Das Selbstbestimmungsrecht wird seinen Siegeszug durch die Welt fortsetzen und wird auch vor den Grenzen der Zone nicht haltmachen. Sie werden eines Tages, glauben Sie es mir, mit uns in Freiheit vereint sein. Wir stehen nicht allein in der Welt, das Recht steht auf unserer Seite, und auf unserer Seite stehen alle Völker, die die Freiheit lieben.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 154 vom 19. August 1961.

**Antwortnote der Sowjetregierung vom 18. August 1961 auf die Protestnote der Vereinigten Staaten vom 16. August 1961 gegen die Sperrung der Sektorengrenze von Berlin (Auszüge)**

*Betrifft: Sperrung der Sektorengrenze — Berlin — Stör- und Spionagetätigkeit — Revanchismus und Militarismus — Bruch der Viermächte-Vereinbarungen — deutscher Friedensvertrag.*

1. Die Sowjetregierung versteht und unterstützt vollkommen die Maßnahmen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, die eine wirksame Kontrolle an der Grenze mit West-Berlin errichtete, um der aus West-Berlin gegen die DDR und andere Länder der sozialistischen Gemeinschaft betriebenen Wühl­tätigkeit den Weg zu versperren.

In ihren Maßnahmen an den Grenzen hat die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik lediglich das für jeden souveränen Staat übliche Recht zum Schutze seiner Interessen angewandt. Jedweder Staat errichtet an den Grenzen mit anderen Staaten das Regime, das er für notwendig hält und was seinen legitimen Interessen entspricht. Bekanntlich gehört das Regime der Staatsgrenzen zu den inneren Fragen eines Staates, und ihre Lösung bedarf weder der Anerkennung noch der Billigung von seiten anderer Regierungen. Die Versuche der amerikanischen Regierung, sich in die inneren Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik einzumischen, sind daher völlig unbegründet und unangebracht.

2. Der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika sind zweifellos die Ursachen gut bekannt, die die Einführung der Kontrolle über den Verkehr an der Grenze zwischen der DDR und West-Berlin notwendig und sogar unvermeidlich machten. Sie hat selbst nicht wenige Anstrengungen gemacht, um diese Ursachen herbeizuführen. West-Berlin ist in ein Zentrum der politischen und wirtschaftlichen Provokationen gegen die Deutsche Demokratische Republik, die Sowjetunion und andere sozialistische Länder ver-



wandelt worden. Die früheren und jetzigen Führer West-Berlins bezeichneten West-Berlin zynisch als „Pfahl im Fleische der DDR“, „Frontstadt“, „Ruhestörer“, als „billigste, im Zentrum eines sozialistischen Staats gelegte Atombombe“. Die Tore West-Berlins waren für die internationalen Verbrecher und Provokateure aller Schattierungen weit geöffnet, einzig und allein zu dem Zweck, die internationale Spannung zu verschärfen und die Maßstäbe der Provokation und Wühlaktionen gegen die Länder der sozialistischen Gemeinschaft zu erweitern.

3. Es ist gut bekannt, daß sich in West-Berlin über 80 Diversions- und Spionageorganisationen und -zentren eingenistet haben, die dort ungestraft ihr Handwerk betrieben. In den seinerzeit den Westmächten übergebenen Dokumenten wurden wiederholt die genauen Adressen und Namenslisten von Personen angegeben, die eine feindselige Tätigkeit betreiben, die nicht mit der Stellung West-Berlins, das sich auf dem Territorium der DDR befindet, vereinbar ist. Die West-Berliner Behörden und Besatzungsorgane der drei Mächte haben jedoch keinen Finger gerührt, um dieser verbrecherischen Tätigkeit ein Ende zu setzen.

Offenbar besteht die Ursache hierfür darin, daß West-Berlin in einen Hort für Abenteurer, Hochstapler, bezahlte Agenten, Terroristen und andere Verbrecher verwandelt wurde, die den Geheimdiensten der ganzen imperialistischen Welt einschließlich der Zentralen Aufklärungsbehörde der Vereinigten Staaten (CIA), des englischen Geheimdienstes, des französischen „Dienstes für äußere Dokumentation und Spionageabwehr“, den Spionageorganen der Bundesrepublik Deutschland mit ihren zahlreichen Filialen und Verzweigungen dienen. Es ist so weit gekommen, daß West-Berlin zum Sitz des sogenannten „Amerikanischen Komitees zur Befreiung der Völker Rußlands“ geworden ist. Es erhebt sich nun die Frage, ob solche Handlungen irgend etwas gemeinsam haben mit der Einhaltung des Viermächtestatus, der nach der Zerschlagung Hitler-Deutschlands in Berlin errichtet wurde...

4. Der Regierung der Vereinigten Staaten muß gut bekannt sein, daß die herrschenden Kreise der Bundesrepublik Deutschland mit Unterstützung der Besatzungsmächte West-Berlin in eine Hauptbasis ständiger wirtschaftlicher Diversionen gegen die Deutsche Demokratische Republik verwandelten.

Aus Steuermitteln, von der Bevölkerung der Bundesrepublik erhoben, wurde in West-Berlin ein Spekulationskurs für den Umtausch von Westmark gegen DDR-Währung willkürlich festgesetzt und künstlich aufrechterhalten. In keiner einzigen Stadt der Welt gab es jemals eine so schamlose Währungsspekulation wie in West-Berlin — und das unter den Fittichen der Besatzungsmächte. In riesigem Ausmaß wurde der Einkauf wertvoller Waren und Lebensmittel in der DDR und ihre Ausfuhr nach West-Berlin und in die Bundesrepublik organisiert, was der Bevölkerung und der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik einen beträchtlichen Schaden zufügte. Die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik waren genötigt, für die offene Grenze mit West-Berlin jährlich mindestens 3,5 Milliarden Mark zu zahlen.

West-Berlin lebte sein ungesundes und fieberhaftes Leben faktisch auf Kosten der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und der Milliarden Unterstützungen, die aus den Taschen der Steuerzahler der Bundesrepublik — ihrer Arbeiter, Angestellten und Bauern — gezogen wurden. Der Löwenanteil dieser Mittel kam den Spekulanten, den Schädlingen und den Sabotageorganisationen zugute. Das war die Bezahlung für die Rolle, die die „Frontstadt“ West-Berlin zugunsten des NATO-Militärblocks im „Kalten Krieg“ gegen die sozialistischen Länder erfüllte.

Die Regierungsorgane und die Konzerne der Bundesrepublik leiteten von West-Berlin aus eine ganze Armee von Abwerbern, die durch Betrug, Bestechung und Erpressung einen gewissen Teil der Einwohner der DDR zur Uebersiedlung nach Westdeutschland bewegten. Dort zwang man sie, in die Bundeswehr einzutreten, in der Rüstungsproduktion zu arbeiten, und zog sie in verschiedene Wühlorganisationen hinein.

5. Bei der Durchführung ihres friedensfeindlichen, aggressiven militärischen Kurses verwandelten die herrschenden Kreise der Bundesrepublik West-Berlin in eine Arena offener revanchistischer Treffen und Hetzkundgebungen, die gegen die benachbarten friedliebenden sozialistischen Staaten gerichtet waren. Die Regierung der Bundesrepublik verbarg nicht ihre Bemühungen, die Bevölkerung West-Berlins in ihre Kriegsvorbereitungen hineinzuziehen. Auf dem Territorium der Stadt arbeiten Abwerbestellen der Bundesrepublik, die Söldner für die Bundeswehr liefern. Es ist bekannt, daß in der westdeutschen Armee gegenwärtig 20 000 Einwohner West-Berlins dienen. In West-Berlin wurde und wird systematisch eine der Sowjetunion, der DDR und anderen sozialistischen Ländern feindliche verleumderische Hetzpropaganda im Rundfunk und Fernsehen betrieben. Rundfunk und Fernsehen in West-Berlin stehen voll und ganz im Dienste einer Aufgabe — Feindschaft zwischen den Völkern zu säen, die Kriegsspychose zu schüren, Versuche der Unruhestiftung zu unternehmen und chiffrierte Anweisungen der westlichen Spionagedienste zu übermitteln.

Die Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs haben es selbst zugegeben, daß West-Berlin kein Teil der deutschen Bundesrepublik ist und nicht von ihren Organen regiert werden kann. Die Sowjetregierung hat die Aufmerksamkeit der Regierung der Vereinigten Staaten wiederholt auf die unzulässigen Aktionen der Behörden der Bundesrepublik Deutschland in West-Berlin gelenkt, die weder mit dem gegenwärtigen Status dieser Stadt noch mit den Interessen des Friedens in Europa zu vereinbaren sind. Nichtsdestoweniger betätigen sich gegenwärtig in West-Berlin über 50 staatliche Einrichtungen der westdeutschen Bundesrepublik, die sich ungeniert in alle Angelegenheiten der Stadt einmischen, und Organe des Bundestags und des Bundesrates erheben ihre widerrechtlichen Ansprüche auf diesen Teil der Stadt...

6. Die Deutsche Demokratische Republik hat während vieler Jahre eine große Langmut gegenüber diesem absolut unmöglichen und unhaltbaren Zustand bewiesen. Bei dieser konsequent friedliebenden und demokratischen Politik brachte sie gewaltige Opfer, um eine Vereinbarung zwischen den beiden deutschen Staaten über eine Friedensregelung und die Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage zu erleichtern.

Nichtsdestoweniger hat besonders in letzter Zeit nach der Unterbreitung der Vorschläge über den unverzüglichen Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die auf seiner Grundlage erforderliche Normalisierung der Lage in West-Berlin die aus West-Berlin gegen die DDR und andere sozialistische Länder betriebene Wühlätigkeit noch breitere Ausmaße angenommen. Hierbei ließen die Feinde des Friedens und der Ruhe in diesem Gebiet keine Gelegenheit aus, um den sozialistischen Aufbau in der DDR zu stören, die Hebung des Wohlstandes ihrer Bevölkerung zu verhindern und mit allen Mitteln, wobei sie vor nichts zurückschreckten, die Lage in der Republik zu komplizieren.

Es ist daher durchaus verständlich, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in dem Bestreben, eine Komplizierung der gegenwärtigen internationalen Lage nicht zuzulassen und in Befolgung des Aufrufes der sozialistischen Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages die notwendigen Maßnahmen zum Schutz ihrer staatlichen Interessen und der Interessen der Sicherheit der anderen sozialistischen Staaten getroffen hat.

7. Als die Sowjetunion, die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich am Ende des Zweiten Weltkrieges nach der Zerschlagung Hitler-Deutschlands ihre historischen Abkommen schlossen, legten sie ein gemeinsames Programm zur Erneuerung des Lebens in Deutschland auf demokratischer, friedlicher Grundlage fest. Dieses Programm wurde auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik verwirklicht. Bedauerlicherweise ist die Entwicklung in Westdeutschland, worauf von der Regierung der Sowjetunion mehrmals aufmerksam gemacht wurde, den Weg der Wiedergeburt des Militarismus gegangen. Jetzt gedeihen dort wieder die den Frieden bedrohenden chau-

vinistischen und revanchistischen Kräfte, die die Inspiratoren und Organisatoren der Hitler-Aggression waren.

Die Westmächte haben selbst hierzu beigetragen und alle Prinzipien der Viermächte-Nachkriegsabkommen gröblich verletzt. In ihrer Note vom 16. August dieses Jahres versucht die amerikanische Regierung, sich auf die Viermächteabkommen über Deutschland zu berufen, die sie selbst verletzt hat. Aber kann man etwa, wenn man das Ganze zerstört hat, irgendeinen für sich selbst vorteilhaften Teil der Abkommen in Anspruch nehmen? Und haben sich etwa die Regierung der Vereinigten Staaten und ihre Organe in West-Berlin in der Praxis von den Prinzipien der Viermächteabkommen leiten lassen, auf die sie sich jetzt berufen?

Hatte denn die separate Währungsreform, die von Westdeutschland aus auf West-Berlin ausgedehnt worden ist, den vierseitigen Prinzipien entsprochen? Oder hat ihnen die Schaffung der Bizone und des separaten Magistrats in West-Berlin entsprochen? Oder kann man nach Meinung der Regierung der Vereinigten Staaten das separate dreiseitige Besatzungsstatut für West-Berlin und die Pariser Vereinbarungen über die Aufrüstung der Bundesrepublik Deutschland und ihre Einbeziehung in die NATO mit diesen vierseitigen Prinzipien vereinbaren? Oder ist es so, daß die oben angeführten Diversionsakte gegen die Sowjetunion, die DDR und die anderen Länder von West-Berlin aus ebenfalls den Prinzipien der vierseitigen Zusammenarbeit entsprechen?

Es genügt, diese Fragen aufzuwerfen, um zu begreifen, wie unbegründet und absurd der Hinweis der Regierung der Vereinigten Staaten auf die erwähnten Vereinbarungen ist.

8. Die Hinweise der Westmächte auf die Vereinbarungen der Verbündeten sind auch aus dem Grunde gegenstandslos, weil diese Vereinbarungen für die Dauer der Besetzung Deutschlands und zum Zwecke der Besetzung abgeschlossen worden sind. In den vergangenen sechszehneinhalb Jahren hat sich vieles verändert, hat sich das Antlitz Deutschlands selbst verändert. Auf seinem Territorium sind zwei selbständige Staaten mit eigenen Hauptstädten und Grenzen entstanden — die sozialistische friedliebende Deutsche Demokratische Republik und die kapitalistische, militaristische Bundesrepublik Deutschland.

Niemand hat das Recht, sich in die Angelegenheiten dieser beiden deutschen Staaten, soweit sie sich auf die Fragen ihrer inneren Kompetenz erstrecken, einzumischen. Ob man diese realen Tatsachen anerkennt oder nicht, sie bleiben deswegen doch bestehen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten versucht in ihrer Note, das Bestreben, die Besetzung West-Berlins zu verewigen, als eine Fürsorge für die Deutschen und beinahe als einen konkreten Ausdruck des Rechtes auf Selbstbestimmung auszugeben. Solche Versuche können selbstverständlich nicht ernst genommen werden. Und wenn die Verteidigungsmaßnahmen an der Grenze der DDR zu West-Berlin gewisse Unbequemlichkeiten für die Bevölkerung der Stadt schaffen, so muß die Schuld dafür voll und ganz den Besatzungsmächten und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland aufgelegt werden, die alles unternehmen, um eine Gesundung der Situation in diesem Gebiet — unter Berücksichtigung der rechtmäßigen Interessen aller Staaten — nicht zuzulassen. Im Hinblick darauf entbehrt der in der Note der Regierung der Vereinigten Staaten enthaltene Protest der Begründung und wird von der Sowjetregierung kategorisch abgelehnt.

9. Wie bereits erklärt worden ist, sind die von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ergriffenen Maßnahmen zeitweilig. Die Sowjetregierung hat mehrfach betont, daß der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Normalisierung der Lage in West-Berlin auf seiner Grundlage die Interessen keiner der Seiten beeinträchtigen und dem Frieden und der Sicherheit aller Völker nützen wird. Dazu fordert sie die Regierung der Vereinigten Staaten auch auf.

Quelle: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 21. August 1961.



## Die Verschärfung der Berlin-Krise

Nach Abriegelung der Sektorengrenze von Berlin am 13. August 1961 durch die Behörden der sogenannten DDR (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 530 ff.) erhob die Sowjetregierung am 23. August in gleichlautenden Noten an die drei Westmächte Protest gegen die Benutzung der alliierten Luftkorridore nach Berlin für nichtmilitärische Flüge (vgl. S. D 548 f.).

Die Vereinigten Staaten reagierten noch am gleichen Tage mit einer vom Weißen Haus herausgegebenen Erklärung, die, wie Pressesekretär Pierre Salinger betonte, die Ansicht der amerikanischen Regierung enthalte und von Präsident *Kennedy* und Außenminister *Rusk* gebilligt worden sei. In der Erklärung richten die Vereinigten Staaten an die Sowjetunion die erste Warnung, daß jede Behinderung des freien Zuganges nach West-Berlin durch die sowjetische Regierung oder ihr ost-deutsches Regime ein aggressiver Akt wäre, für dessen Konsequenzen die Sowjetregierung die volle Verantwortung tragen würde.

Die Beantwortung der sowjetischen Note durch die drei Westmächte erfolgte am 26. August. In der westlichen Note werden die sowjetischen Vorwürfe energisch zurückgewiesen und daran erinnert, daß die alliierten Luftkorridore im Jahre 1945 durch Kontrollratsbeschluß errichtet wurden (vgl. S. D 549 f.). Zur Untermauerung der Rechte der Westmächte veröffentlichte das amerikanische Außenministerium am 1. September ein sowjetisches Dokument aus dem Jahre 1947 (vgl. S. D 551), nachdem es bereits am 23. August ein Weißbuch „Berlin — 1961“ veröffentlicht hatte, dem eine Reihe von Dokumenten zur Berlin-Frage sowie eine Aufstellung sowjetischer Verletzungen von internationalen Verträgen und Abkommen bezüglich Deutschlands beigefügt sind und in dem an Hand der historischen Entwicklung der Standpunkt der Vereinigten Staaten in der Berlin-Frage dargelegt wird. Ministerpräsident *Chruschtschow* erläuterte in einem am 28. August veröffentlichten Interview mit dem amerikanischen Journalisten *Drew Pearson* erneut seine Haltung in der Berlin-Frage, wobei er erklärte, die Sowjetunion sei immer bereit, sich mit den Führern der Westmächte zu Friedensverhandlungen an den runden Tisch zu setzen.

Auf die Noten der Westmächte vom 26. August antwortete die Sowjetregierung am 2. September mit einer neuen Note, in der sie erklärt, die Luftkorridore seien den westlichen Besatzungsmächten lediglich zur Versorgung ihrer Garnisonen in Berlin und nur zeitweilig zur Verfügung gestellt worden (vgl. S. D 552 ff.). Am gleichen Tage übermittelte die Regierung der DDR den Regierungen der Westmächte über ihre diplomatischen Vertretungen in Prag ebenfalls Noten zur Frage der Luftkorridore nach Berlin.

Staatspräsident *de Gaulle* nahm auf einer Pressekonferenz am 5. September in Paris Stellung zur Berlin- und Deutschland-Frage und sprach sich nachdrücklich dafür aus, daß der Westen seine Position in Berlin und die Verbindungen nach der Stadt gegebenenfalls „mit Gewalt“ behaupten müsse.

Wie ernst die Vereinigten Staaten die internationale Lage auf Grund der jüngsten sowjetischen Noten zur Berlin-Frage und der Wiederaufnahme der Kernwafferversuche durch die Sowjetunion sehen, geht besonders deutlich aus einer Rede hervor, die der Unterstaatssekretär für internationale Sicherheit im Verteidigungsministerium, *Paul H. Nitze*, am 7. September vor dem Verband Amerikanischer Armeemitglieder hielt. *Nitze* erklärte, daß Berlin nur eine Art Versuchsfeld darstelle, während das umfassendere kommunistische Ziel darin bestehe, „dem Westen und den Vereinigten Staaten durch Gewaltandrohung und Taktiken des Terrors eine psychologische Schlappe beizubringen“ und die Einheit der NATO aufzubrechen. Würden die Kommunisten mit diesen Zielen Erfolg haben, dann wären die Auswirkungen nicht nur in Westeuropa, sondern in der ganzen Welt zu spüren.

Die drei Westmächte beantworteten die sowjetische Note vom 2. September mit gleichlautenden Noten vom 8. September 1961. Darin betonen sie erneut die Untastbarkeit ihres Zuganges nach West-Berlin und weisen ihren diesbezüglichen Rechtsanspruch im einzelnen nach. Mit großem Nachdruck wird die schon früher ausgesprochene Warnung vor jeder Maßnahme zur Behinderung des Flugverkehrs nach West-Berlin wiederholt. (Vgl. S.

D 554 ff.) Gleichfalls am 8. September veröffentlichte das amerikanische Außenministerium eine Reihe von Dokumenten zusammen mit einem erläuternden Memo-

randum zur Frage der Luftkorridore und der Alliierten Kontrollbehörde, in denen die amerikanische Rechtsposition noch einmal unterstrichen wird (vgl. S. D 558 ff.).

# **Noten der Sowjetregierung vom 23. August 1961 an die Regierungen der drei Westmächte in der Frage der Luftkorridore nach Berlin**

*Betrifft:* Berlin — Luftkorridore — Viermächtevereinbarungen — Revanchismus und Militarismus — „Provokationen“ der BRD.

## *Note an die Vereinigten Staaten*

Die Sowjetregierung hat wiederholt die Regierung der USA auf die widerrechtliche und unzulässige Einmischung der Bundesrepublik Deutschland in die Angelegenheiten West-Berlins aufmerksam gemacht. Es ist allgemein bekannt, daß West-Berlin nicht zum Bestand der Bundesrepublik Deutschland gehört und daß die Kompetenz der Ämtsstellen der Bundesrepublik Deutschland sich auf West-Berlin nicht erstrecken kann. Dies wird auch von den Regierungen der Westmächte anerkannt.

Nichtsdestoweniger hat die Regierung der USA nicht die gebührenden Maßnahmen ergriffen, um die provokatorische Tätigkeit bestimmter Kreise der Bundesrepublik Deutschland in West-Berlin zu unterbinden.

Unter Vorschubleistung durch die Besatzungsorgane der drei Mächte in West-Berlin ist diese Tätigkeit nicht nur nicht eingestellt worden, sondern hat sich in der letzten Zeit, besonders im Hinblick auf den Vorschlag zur unverzüglichen Friedensregelung mit Deutschland und auf dieser Grundlage zur Lösung der West-Berlin-Frage, rapid verschärft. Diese Tätigkeit nimmt jetzt solche Ausmaße an, daß die Gefahr einer Verletzung des Friedens und der Ruhe in diesem Raume entsteht.

In West-Berlin betätigt sich seit längerer Zeit der Bonner Minister für sogenannte gesamtdeutsche Fragen, Lemmer, der seine Residenz dort aufgeschlagen hat, wo Provokationen diverser Art vorbereitet werden und von wo die Leitung der Wühltätigkeit gegen die Deutsche Demokratische Republik und andere sozialistische Länder erfolgt. Aus der Bundesrepublik Deutschland werden nach West-Berlin Revanchisten, Extremisten, Wühlagenten, Spione und Diversanten jeder Art eingeschleust.

Für ihre Einschleusung benutzen die Westmächte auch Luftkorridore. Somit mißbrauchen die USA, England und Frankreich offenkundig ihre Position in West-Berlin, wobei sie sich des Umstandes bedienen, daß die Luftlinien unkontrolliert sind. Infolgedessen ist die 1945 getroffene Vereinbarung in grober Weise verletzt, derzufolge, wie bekannt, Luftkorridore für die drei Westmächte zeitweilig zur Gewährleistung der Bedürfnisse ihrer Militärgarnisonen, nicht aber für subversive und revanchistische Zwecke des westdeutschen Militarismus und nicht für jene subversiven Handlungen bereitgestellt wurden, die vor den Augen der ganzen Welt, darunter vor den Augen der Deutschen selbst, demonstrativ von westdeutschen Politikern unternommen werden, welche in letzter Zeit fast täglich in West-Berlin auftauchen.

Ueber die Luftkorridore kommen auch offizielle Vertreter der Regierung und des Bundestages der Bundesrepublik Deutschland nach West-Berlin, die direkt vom Flugplatz aus demonstrative „Inspektions“-Reisen durch die Stadt unternehmen und mit herausfordernden feindseligen Erklärungen gegen die DDR und die Sowjetunion auftreten.

Allein in der vorigen Woche haben sich dort der Bundestagspräsident Gerstenmaier, der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im Bundestag, Krone, der Vorsitzende der

SPD, Ollenhauer, der Vorsitzende der FDP, Mende, und andere in West-Berlin eingefunden. Ihr Besuch war von Treffs und Demonstrationen begleitet, bei denen offen zur Aggression gegen friedliebende Nachbarstaaten und zur Abrechnung mit den demokratischen Kräften Berlins aufgerufen wurde:

Die verstärkten Umtriebe der regierenden Kreise der Bundesrepublik in West-Berlin sind ein Zeichen dafür, daß sie bestrebt sind, die Lage in diesem Raum vorsätzlich zuzuspitzen, um Komplikationen und Konflikte hervorzurufen und zu versuchen, zum Vorteil der westdeutschen Militaristen und Revandhisten die Westmächte auf die Sowjetunion zu hetzen. Und all das geschieht vor den Augen und mit der wohlwollenden Unterstützung der Besatzungsbehörden der drei Mächte in West-Berlin, die sich doch wohl der gefährlichen Folgen der erwähnten provokatorischen Tätigkeit jener Kreise der Bundesrepublik bewußt sein sollten, die ihrer Politik Revancheideen zugrunde gelegt haben.

Die Regierung der USA, die die Einmischung der Behörden der Bundesrepublik in die Angelegenheiten West-Berlins und die Benutzung des Stadtgebiets für internationale Provokationen nach wie vor begünstigt, übernimmt die volle Verantwortung für die eventuellen Folgen.

Die Regierung der UdSSR besteht darauf, daß die Regierung der USA, die gegenwärtig in West-Berlin Besatzungsfunktionen ausübt, unverzüglich Maßnahmen ergreife, um den widerrechtlichen provokatorischen Handlungen der Bundesrepublik Deutschland in dieser Stadt einen Riegel vorzuschieben.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 159 vom 26. August 1961.

#### **Antwortnoten der Westmächte vom 26. August 1961 auf die sowjetische Note vom 23. August 1961 in der Frage der Luftkorridore nach Berlin**

*Betrifft:* Berlin — Luftkorridore — Viermächtevereinbarungen — Sperrung der Sektorengrenze — Bindungen an die Bundesrepublik — Viermächtestatus.

#### *Note Großbritanniens*

Die Regierung der Sowjetunion erhebt in ihrer Note gegen die Benutzung der Luftkorridore nach Berlin durch die westlichen Alliierten Einspruch. Die Regierung Ihrer Majestät muß nachdrücklich gegen die Behauptung protestieren, daß die Zwecke, für die die Westalliierten die Luftkorridore benutzen, unter die Zuständigkeiten der Sowjetunion fallen.

Diese Korridore wurden 1945 durch Beschluß des Viermächte-Kontrollrats als eine Einrichtung gegründet, durch die das unbeschränkte Zugangsrecht nach Berlin auf dem Luftwege von den Westmächten ausgeübt werden kann. Der Benutzung durch die Flugzeuge der Westmächte ist niemals irgendeine Beschränkung auferlegt worden. Die Regierung Ihrer Majestät wird die Regierung der Sowjetunion deshalb für jede Beeinträchtigung der Sicherheit dieser Flugzeuge in den Korridoren verantwortlich machen.

Die Regierung der UdSSR beschuldigt in ihrer Note die Westmächte der Verletzung des Viermächteabkommens von 1945, insbesondere wegen „ihrer aktiven Duldung der Einmischung der Behörden der Bundesrepublik in die Angelegenheiten West-Berlins und der Benutzung des Territoriums der Stadt für internationale Provokationen ...“. Sie fordert, „daß die britische Regierung, die zur Zeit Besatzungsfunktionen in West-



Berlin ausübt, Schritte unternimmt, um die illegalen und provokativen Aktionen der Bundesrepublik in dieser Stadt zu unterbinden“.

Dieses Verlangen ist zuallermindest überraschend. In Wirklichkeit haben die Behörden Ostdeutschlands seit der Nacht vom 12. zum 13. August mit Einvernehmen der Sowjetunion, wie die vom 18. August datierte Note der Sowjetregierung erkennen läßt, nicht aufgehört, einseitige Maßnahmen zu ergreifen, die genau die Viermächtevereinbarungen und die Bewegungsfreiheit innerhalb der Stadt Berlin verletzen. Zuerst errichteten sie Barrikaden, die von Tag zu Tag verstärkt wurden, um den Verkehr von Ost nach West zu stoppen und dem zunehmenden Flüchtlingsstrom tatsächlich ein Ende zu bereiten.

Seit einigen Tagen haben dieselben Behörden versucht, einseitige und willkürliche Kontrollen über den Zugang von Einwohnern West-Berlins und der Bundesrepublik nach Ost-Berlin einzuführen, und sie haben soeben die Bewegungsmöglichkeiten der Alliierten von West nach Ost auf einen einzigen Punkt beschränkt. Ueberdies ist es den Einwohnern Ost-Berlins, die in West-Berlin arbeiteten, versagt worden, ihrer Arbeit nachzugehen.

Wenn es „illegale und provokative Aktionen“ gibt, dann sind es bestimmt die der Behörden Ostdeutschlands. Wenn es — wie die am 17. Juli der Sowjetregierung überreichte britische Note erklärt — eine Krise in Berlin gibt, dann ist diese bestimmt das Werk der Sowjetunion. Stieg nicht die Zahl der Flüchtlinge beträchtlich von dem Tage an, an dem die Sowjetregierung die bevorstehende Gefahr der Verwirklichung ihres Planes für einen separaten „Friedensvertrag“ und für eine „Freie Stadt“ offenkundig werden ließ?

Die Sowjetregierung protestiert gegen die Anwesenheit von Persönlichkeiten aus der Bundesrepublik in West-Berlin, wie zum Beispiel des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier, des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Krone, des SPD-Vorsitzenden Ollenhauer, des FDP-Vorsitzenden Mende und anderer.

Die Regierung Ihrer Majestät versteht die Haltung der Sowjetregierung nicht. West-Berlin hat eine Vielzahl von Bindungen zur Bundesrepublik, die in keiner Weise mit dem Viermächtestatus Berlins unvereinbar sind. Diese Beschuldigungen sind um so unzulässiger, als die Sowjetunion ebenso wie die ostdeutschen Behörden seit langer Zeit und noch ganz vor kurzem versucht haben, Ost-Berlin vollständig in Ostdeutschland einzuverleiben, indem sie es von der Außenwelt isolieren und versuchen, es zur Hauptstadt Ostdeutschlands zu machen.

Die fundamentale Tatsache ist, daß ganz Berlin einen Viermächtestatus hat. Die britische Regierung stellt fest, daß die Sowjetregierung die Rechte und Verantwortlichkeiten der Westmächte in Berlin ausdrücklich anerkennt. Im Gegensatz zur Sowjetregierung haben sich die Westmächte immer sehr darum bemüht, daß der Sonderstatus der Stadt als Ganzes im Einklang mit den Viermächtevereinbarungen geschützt und bewahrt wird.

Die Westmächte haben zu diesem Zweck Maßnahmen und Vorkehrungen getroffen, und die Sowjetregierung ist sich dessen wohl bewußt. Die Regierung Ihrer Majestät ist, wie immer, bereit, alle legitimen Beschwerden, die die Sowjetunion vorbringen mag, zu prüfen, aber die Behauptungen in der sowjetischen Note sind falsch.

Daher ist es Sache der Sowjetunion und nicht der Regierung Ihrer Majestät, Maßnahmen zu ergreifen, um den Zustand der Spannung und Unruhe, der in Berlin entstanden ist, zu bereinigen. Die ganze Welt wird über die kaum verhüllte Aggressionsdrohung gegen die alliierten Luftwege von und nach West-Berlin besorgt sein. Die Regierung Ihrer Majestät muß der Sowjetunion eine nachdrückliche Warnung erteilen, daß die Beeinträchtigung des freien Zugangs nach Berlin durch die Sowjetregierung

oder ihr ostdeutsches Regime die ernstesten Konsequenzen haben würde, für die sie die volle Verantwortung tragen würde.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 160 vom 29. August 1961.

**Sowjetischer Bericht vom 5. Februar 1947 zur Entwicklung der Frage „Flüge alliierter Luftfahrzeuge über deutschem Gebiet“\***

*Betrifft:* Errichtung von drei Luftkorridoren nach Berlin — unbeschränkte Flüge alliierter Luftfahrzeuge — Luftüberwachungszentrale — Zivilluftverkehr über Deutschland.

5. Februar 1947 (Übersetzung)

Anhang ‚e‘ zu Docs / sec (47) 33

— Alliierte Kontrollbehörde

Direktorium der zusammengefaßten Dienstzweige

Sowjetischer Bericht zur Entwicklung der Frage „Flüge alliierter Luftfahrzeuge über deutschem Gebiet“, die in den Dienststellen des Alliierten Kontrollrats in Deutschland erörtert worden ist.

Abschnitt IV, Wirtschaftsfragen, Teil 8, Absatz (d). — Wirtschaftsdirektorium —:

1. Bisher sind Fragen betreffend die „Freiheit der Luftfahrt über Deutschland“ und die unbeschränkten Flüge mit Luftfahrzeugen alliierter und befreundeter Nationen über deutschem Gebiet von den Dienststellen des Alliierten Kontrollrats wiederholt erörtert worden.

2. Nachdem ein Viermächteabkommen zustande gekommen war, wurde beschlossen, drei Luftkorridore zuzuweisen:

Berlin—Hamburg, Berlin—Bückeburg, Berlin—Frankfurt am Main für unbeschränkte Flüge alliierter Luftfahrzeuge über der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland. Alle Flüge mit Luftfahrzeugen alliierter und befreundeter Nationen von Berlin in andere Richtungen über der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland haben stattgefunden, nachdem Einzelgenehmigungen durch die sowjetische Militärverwaltung erteilt worden sind; bezüglich dieser Flüge sind von den alliierten und befreundeten Regierungen keine Beschwerden erhoben worden.

3. Infolge einer vereinbarten Entscheidung wurde eine Viermächte-Leitstelle eingerichtet, die „Berliner Luftüberwachungszentrale“, um die Sicherheit der Luftfahrt über deutschem Gebiet zu lenken und zu organisieren; die erforderlichen Bestimmungen und Weisungen zur Regelung des Luftverkehrs wurden ausgearbeitet (s. Dokumente — dair/p [46] 18, dair/m [45] 13, Punkt 11 [a], dair/p [46] 132, abgeänderte Fassung von dair/p [46] 10, zweite abgeänderte Fassung von dair/p [45] 71 sowie dair/p [46] 113).

Die sowjetische Delegation ist der Auffassung —:

a) daß die obigen vereinbarten Entscheidungen in vollem Umfang den Luftverkehrserfordernissen der alliierten Besatzungsbehörden im gegenwärtigen Stadium des Besatzungsregimes in Deutschland genügen;

b) daß die Vorschläge der amerikanischen, britischen und französischen Delegationen über die „Freiheit des Luftverkehrs über Deutschland“ und die „Errichtung besonderer Stellen“ auf Viermächtegrundlage für die Einrichtung und Lenkung der Zivilluftfahrt anderer Nationen in Deutschland in diesem Stadium des Besatzungsregimes in Deutschland unzweckmäßig und verfrüht sind.

\* Am 1. September 1961 vom Außenministerium der Vereinigten Staaten veröffentlicht.

Die zukünftige Entwicklung der „Zivilluftfahrt anderer Nationen in Deutschland“, „Sonderstellen für die Lenkung dieser Luftfahrt“ und die Annahme neuer diesbezüglicher Rechtsvorschriften können nur in Frage kommen, nachdem die alliierten Regierungen zu einer gemeinsamen Entscheidung gekommen sind und dem Alliierten Kontrollrat in Deutschland hierüber besondere Weisungen erteilt wurden.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, 5. 9. 1961.

**Antwortnote der Sowjetregierung vom 2. September 1961 auf die Noten der drei Westmächte vom 26. August 1961 in der Frage der Luftkorridore nach Berlin**

*Betrifft:* Berlin — Viermächtestatus — Lage in Mitteldeutschland — Luftkorridore — Kontrollratsbeschlüsse — Verbindungen zwischen Berlin und der BRD — Beziehungen Berlins zur BRD — „freie Stadt“ — „Provokationen“ der BRD.

*Note an die Vereinigten Staaten*

1. In ihrer Note bringt die Regierung der USA die Frage des sogenannten Viermächtestatus von Berlin wiederum als Hauptfrage vor. Die Sowjetregierung hat in ihrer Note vom 18. August umfangreiches Material angeführt, aus dem hervorgeht, daß die Westmächte durch alle ihre Handlungen seit vielen Jahren diesen Viermächtestatus verletzt und West-Berlin in eine Basis für Diversions-, Spionage-, Spekulations- und andere Wühltätigkeit gegen die Deutsche Demokratische Republik, die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten verwandelt haben. Die Regierung der USA gibt sich den Anschein, als bemerke sie die von der Sowjetregierung vorgebrachten unwiderlegbaren Argumente und Tatsachen nicht; sie hat offenbar nichts zu diesen Tatsachen und Argumenten zu sagen. Damit bestätigt sie, daß sie sie weder widerlegen noch leugnen kann und folglich auch nicht bestreiten kann, daß die Haltung der Sowjetunion, die auf der Beseitigung einer solchen unzulässigen Situation in West-Berlin und auf der sofortigen Unterbindung der für den Frieden gefährlichen subversiven und verbrecherischen Tätigkeit von Behörden der deutschen Bundesrepublik vom West-Berliner Territorium aus besteht, berechtigt und begründet ist.

2. In der erwähnten Note der USA wird erneut der Versuch unternommen, die inneren Maßnahmen eines dritten souveränen Staates — der Deutschen Demokratischen Republik — zum Diskussionsgegenstand zu machen. Derartige Handlungen stehen im krassen Widerspruch zu den allgemein anerkannten Normen des Völkerrechts. Wenn die USA keine normalen Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik haben, so gibt ihnen das noch nicht das Recht, sich irgendwie in die inneren Angelegenheiten der DDR einzumischen. Räumt man die Rechtmäßigkeit einer gegenteiligen Behauptung ein, so bedeutet dies, im internationalen Leben Willkür an die Stelle des Gesetzes und Chaos in den Beziehungen zwischen den Staaten an die Stelle einer internationalen Rechtsordnung zu setzen.

Aus den Erwägungen in der Note der USA zu den Maßnahmen der DDR-Regierung an der Grenze zu West-Berlin weht der Modergeruch der längst überlebten Besatzung; aus ihnen ist zu erkennen, daß man nicht gewillt ist, der realen Wirklichkeit ins Gesicht zu sehen. Das alte Deutschland gibt es nicht mehr — an seiner Stelle entstanden die sozialistische Deutsche Demokratische Republik und die kapitalistische deutsche Bundesrepublik. Jede realistische Politik der Staaten muß der Existenz dieser beiden souveränen deutschen Staaten Rechnung tragen, die nicht erst gestern und heute entstanden sind, sondern vor zwölf Jahren. Durch keinerlei Beschwörungen, wie oft sie auch in Bonn oder anderen Hauptstädten der Westmächte wiederholt werden mögen, läßt sich diese Tatsache aus der Welt schaffen.



3. Die Regierung der USA bestreitet in ihrer Note nicht, daß die über das Territorium der Deutschen Demokratischen Republik verlaufenden Luftkorridore dazu benutzt werden, um Revanchisten, Militaristen, Spione und Diversanten, die gegen die DDR und andere sozialistische Länder arbeiten, aus der deutschen Bundesrepublik nach West-Berlin zu befördern. Zugleich behauptet sie, die Westmächte hätten auf Grund der Beschlüsse des Kontrollrats in Deutschland das „uneingeschränkte Recht“, Lufttransporte nach West-Berlin vorzunehmen — von einer solchen Sorte Personen wohl-gemerkt —, und es habe „nie irgendwelche Beschränkung in bezug auf ihre (der Luftkorridore) Benutzung durch Flugzeuge der Westmächte“ bestanden.

Derartige Behauptungen können weder vom juristischen Standpunkt aus noch ihrem Wesen nach begründet werden. Aus den Dokumenten des Kontrollrats ist ersichtlich, daß die heute benutzten Luftkorridore zwischen Berlin und den westlichen Besatzungs-zonen Deutschlands ausschließlich für den Bedarf der Militärgarnisonen der USA, Großbritanniens und Frankreichs in West-Berlin und für die Sicherung der Verbindungen und der Beförderung von Personal und Frachten dieser Garnisonen zu den Stäben der Besatzungstruppen der entsprechenden Mächte in West-Berlin zeitweilig zur Verfügung gestellt wurden. Davon ist unter anderem in einem am 30. November 1945 einstimmig gefaßten Beschluß des Kontrollrats zu einem Bericht des militärischen Luftdirektorats die Rede.

Der Kontrollrat hat keine vierseitigen Beschlüsse über unkontrollierte kommerzielle Lufttransporte in den Luftkorridoren oder über die Beförderung von irgendwelchem deutschen Personal oder von Personen, die nicht im Dienst der Besatzungsbehörden der drei Mächte stehen, und schon gar nicht über die Beförderung westdeutscher Revanchisten und Militaristen in diesen Korridoren gefaßt, und solche Beschlüsse existieren auch nicht.

Es ist bekannt, daß in den Organen des Kontrollrates seinerzeit die Frage der Festlegungen von Luftlinien auf dem Territorium Deutschlands erörtert wurde, die nicht direkt mit der Ausübung von Besatzungsfunktionen durch die Vier Mächte zusammenhängen würden. Doch der Kontrollrat hielt sich nicht für zuständig, eine solche Frage zu lösen.

Ueberhaupt wurden die Abkommen, auf die sich die Regierung der USA beruft, vor der Bildung souveräner deutscher Staaten abgeschlossen, die bereits weitgehende internationale Anerkennung gefunden haben. Außerdem wurden diese Abkommen in der Periode der Besetzung Deutschlands abgeschlossen, bei deren Beendigung entsprechende Erklärungen der Besatzungsmächte abgegeben wurden. Ausgenommen war West-Berlin, in dem das Besatzungsregime von den drei Westmächten aus einem bestimmten Grund bis heute aufrechterhalten wird.

4. In ihrer Note ist die Regierung der USA bestrebt, die Sache so hinzustellen, als seien die gegenwärtigen „sehr vielseitigen Verbindungen“ zwischen West-Berlin und der deutschen Bundesrepublik „mit dem Viermächtestatus von Berlin nicht unvereinbar“.

Die Sowjetregierung hatte bereits die Möglichkeit, aufzuzeigen, welcherart diese „vielseitigen Verbindungen“ sind. Es ist vollkommen offensichtlich, daß derartige Verbindungen mit den Viermächteabmachungen, auf die man sich in der amerikanischen Note beruft, nichts weiter gemein haben als den Spionagetunnel in Alt-Gliencke, die Tätigkeit revanchistischer Organisationen und subversiver Zentren in West-Berlin, Währungsspekulation und andere ähnliche Verbrechen.

5. Die Westmächte haben wiederholt anerkannt und bestreiten, der Note der USA nach zu beurteilen, auch heute nicht, daß West-Berlin kein Bestandteil der deutschen Bundesrepublik ist, daß es nicht von ihren Behörden regiert werden und folglich auch nicht als Amtssitz für derartige Behörden dienen kann. Es fragt sich jedoch, wie die

Errichtung und Tätigkeit westdeutscher Ämter und Institutionen in West-Berlin unter dem Schutz der Besatzungsbehörden, die Abhaltung von Sitzungen des Parlaments der deutschen Bundesrepublik und seiner Organe in West-Berlin, die Ausdehnung der Bonner Gesetze auf West-Berlin, die Ansprüche der Regierung der deutschen Bundesrepublik, West-Berlin in den Beziehungen zum Ausland zu vertreten, und dergleichen mehr mit einem solchen offiziellen Standpunkt der USA zu vereinbaren sind. Es ist klar, daß dies nicht zu vereinbarende Dinge sind.

Man kann sich schwerlich des Eindrucks erwehren, daß die drei Westmächte mit diesem Standpunkt ihre westdeutschen Verbündeten zu schützen suchen, die in West-Berlin eine provokatorische und den Frieden gefährdende Tätigkeit betreiben und jetzt versuchen, sich hinter dem Rücken der Besatzungsbehörden der Westmächte zu verstecken.

6. Die Sowjetregierung hat wiederholt erklärt, daß sie nicht im geringsten die Absicht hat, die internationalen Verbindungen West-Berlins im allgemeinen und zur deutschen Bundesrepublik im besonderen zu beschränken. West-Berlin wird als Freie Stadt nach dem Abschluß eines Friedensvertrages das Recht und die Möglichkeit haben, diplomatische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen zu jedem beliebigen Land jedes Kontinents zu unterhalten.

Es darf aber kein subversives Zentrum gegen die DDR sein, auf deren Territorium es liegt. Die Freie Stadt West-Berlin wird natürlich das Recht auf ungehinderten Verkehr mit der Außenwelt haben. Doch dieses Recht wird nicht mit der Besatzung verknüpft sein, sondern auf entsprechenden Abmachungen mit den Regierungen der Länder beruhen, durch deren Territorium ihre Verbindungswege verlaufen.

7. In Bekräftigung ihrer Note vom 23. August 1961 besteht die Regierung der Sowjetunion darauf, daß die Regierung der USA, die zusammen mit den Regierungen Großbritanniens und Frankreichs gegenwärtig Besatzungsfunktionen in West-Berlin ausübt, den widerrechtlichen und provokatorischen Handlungen der deutschen Bundesrepublik in dieser Stadt ein Ende setzt. Die Sowjetregierung hält es für notwendig, die Regierung der USA warnend darauf aufmerksam zu machen, daß sie die volle Verantwortung für eventuelle Folgen einer Fortsetzung solcher provokatorischer Tätigkeit trägt. Die Regierung der USA zeigt eine allzu leichtfertige Einstellung zu dieser ganzen Frage der Benutzung der Verbindungswege nach West-Berlin für provokatorische Zwecke, die in der Note der Regierung der Sowjetunion vom 23. August erwähnt sind, wenn sie weiter den Standpunkt vertritt, der in der amerikanischen Note vom 26. August geäußert wurde.

Quelle: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 5. September 1961.

#### **Antwortnoten der Westmächte vom 8. September 1961 auf die sowjetische Note vom 2. September 1961 in der Frage der Luftkorridore nach Berlin**

*Betrifft: Luftkorridore — Ziviler Luftverkehr zwischen der BRD und Berlin — Viermächtevereinbarungen — Kontrollratsbeschlüsse — Gewohnheitsrecht — Viermächtestatus — Beziehungen Berlins zur BRD — Auswirkungen eines „Friedensvertrages“ zwischen der Sowjetunion und der DDR auf West-Berlin — Wiederholung der Warnung vor Behinderung des Flugverkehrs nach Berlin.*

#### *Note der Vereinigten Staaten*

Der Zugang auf dem Luftwege nach Berlin in den drei Korridoren von Westdeutschland aus ist und war seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges im Jahre 1945 unbeschränkt.

Westdeutsche, die sich dieses Transportmittels nach Berlin bedienen, tun dies, um nach eigenem Ermessen einer Vielfalt von geschäftlichen, kulturellen, politischen oder anderen normalen Zielen nachzugehen, und zwar in einer Weise, die in Gesellschaften, in denen freie Menschen ihr eigenes Leben nach ihrer eigenen freien Entscheidung gestalten können, vertraut und wohlbekannt ist. Dadurch, daß die Sowjetunion solche Tätigkeiten als verbrecherisch bezeichnet, werden sie dies noch lange nicht. Darüber hinaus sind diese Bindungen mit der Bundesrepublik und der Außenwelt von entscheidender Bedeutung für die Lebensfähigkeit und das Wohlergehen West-Berlins. Die Haltung der Sowjetunion und der ostdeutschen Behörden gegenüber der Reisefreiheit wird aus den jüngsten Aktionen sehr deutlich, durch die eine Gefängnismauer durch das Herz Berlins gezogen wurde. Die Behörden des ostdeutschen Regimes haben auf ihre Landsleute, die nicht mehr wollten, als West-Berlin zu betreten, geschossen und sogar einige getötet.

Die Rechte in bezug auf den Zugang auf dem Luftwege nach Berlin haben genau denselben Ursprung wie die Rechte der Sowjetunion in Ostdeutschland und Ost-Berlin, sie stammen nämlich aus dem gemeinsamen militärischen Sieg über das Deutsche Reich und der gemeinsamen Uebernahme der höchsten Autorität über Deutschland. Diese Rechte werden bestätigt durch die Umstände, unter denen die Vier Mächte in Deutschland einrückten, durch ihre darauffolgenden Besprechungen und Abkommen sowie durch eine offenkundige und ständige Praxis über einen Zeitraum von mehr als 15 Jahren.

Die Sowjetnote nimmt auf einen Bericht des Luftdirektorats des Alliierten Kontrollrates — das in der Note inkorrekt als militärisches Luftdirektorat bezeichnet wird — sowie auf eine von dem Rat selbst über den Flug in den Korridoren getroffene Entscheidung Bezug. Diese Dokumente erhellen das Wesen der Rechte der Beteiligten und die Abmachungen in bezug auf die Ausübung dieser Rechte. In § 1 des Berichtes des Luftdirektorats wird dargelegt, daß „wegen der zunehmenden Zahl von Flügen zwischen dem Gebiet von Groß-Berlin und den betreffenden Besatzungszonen der vier alliierten Mächte in Deutschland ... ein reales Bedürfnis nach Gewährleistung der Sicherheit der Flüge ... durch Luftkorridore unter strikten Flugbestimmungen für alle die Korridore benutzenden Flugzeuge besteht“. § 3 schlägt sechs Luftkorridore vor, drei nach Punkten in den Westzonen und drei nach Punkten außerhalb Deutschlands, „die von den Flugzeugen der vier alliierten Nationen mit voller Aktionsfreiheit benutzt werden können“.

Der Koordinierungsausschuß der Alliierten Kontrollbehörde billigte am 22. November 1945 das folgende Gesuch des Luftdirektorats: „Den Vorschlag zur Schaffung von folgenden Luftkorridoren westlich Berlins zu bestätigen: Berlin—Hamburg; Berlin—Bückeburg; Berlin—Frankfurt am Main; jeder von ihnen zwanzig englische Meilen breit. Flüge auf diesen Routen (Korridoren) werden von den Flugzeugen der in Deutschland die Regierung ausübenden Nationen ohne vorherige Ankündigung durchgeführt werden.“ Die Sowjetunion wurde von Generalleutnant Kuzewalow vertreten. Am 30. November 1945 hat der Kontrollrat selbst das Dokument gebilligt, wobei Marshall Schukow als Vertreter der Sowjetunion fungierte. Entgegen dem, was von der Sowjetregierung, der diese Entscheidung heute nicht paßt, behauptet wird, findet sich weder in dieser Entscheidung noch in dem Bericht des Luftdirektorats ein Hinweis auf irgendwelche Beschränkungen in bezug auf die Benutzung der Luftkorridore — weder was ihre Dauer noch was die von den Flugzeugen der verbündeten Nationen zu befördernden Güter oder Personen anbetrifft.

Die Sowjetunion hat also damit von Anfang an anerkannt, daß die Luftkorridore „von Flugzeugen der vier alliierten Mächte mit voller Aktionsfreiheit“ benutzt werden sollten. Diese Uebereinkunft wurde in den Protokollen der darauffolgenden Viermächte-



sitzungen bestätigt. So erklärte beispielsweise der sowjetische Delegierte, Generalleutnant Kuzewalow, am 30. April 1946 auf der Sitzung des Luftdirektorates:

„Die sowjetische Delegation ist der Ansicht, daß das bestehende System der Luft-routen durch die sowjetische Besatzungszone in Deutschland völlig ausreichend ist, um nicht nur den Erfordernissen der alliierten Truppen im Sektor von Groß-Berlin gerecht zu werden, sondern auch, um erfolgreich allen alliierten Transportbedürfnissen für kommerzielle Fracht ungeachtet ihres Umfangs nachzukommen.“

Im Februar 1947 erneuerten die Westmächte im Zusammenhang mit den Vorbereitungen für das Treffen des Rates der Außenminister eine Empfehlung für die Einrichtung zusätzlicher Luftkorridore für Zivilflüge nach Berlin durch Flugzeuge anderer Nationen als der Vier Mächte. Die Sowjetunion lehnte dies mit der Begründung ab — wie es in dem sowjetischen Bericht vom 5. Februar 1947 heißt —, daß die Viermächte-entscheidungen, mit denen die drei Luftkorridore geschaffen wurden, ausreichende Möglichkeiten böten, um den bestehenden Erfordernissen nachzukommen. Die Sowjetunion hat damit anerkannt, daß die Luftkorridore von den Zivilflugzeugen der alliierten Mächte zu Recht benutzt wurden.

Die von den Westmächten geübte Praxis ist ebenfalls bedeutsam für die Bestätigung der Uebereinkunft bezüglich des Zuganges auf dem Luftwege. Von den ersten Tagen der Besatzung an haben Zivilflugzeuge der alliierten Mächte besondere Charterflüge nach und von Berlin durchgeführt. Am 20. Mai 1946 führte American Overseas Airlines regelmäßige wöchentliche Flüge ein. Im Jahre 1947 führte Pan American World Airways 52 solcher Flüge durch. Im Jahre 1948 fanden, alle Maschinen zusammengekommen, 549 Hin- und Rückflüge statt; 1949 waren es 4776 und 1950 6974. Alle diese Flüge wurden durch die Berliner Luftsicherheitszentrale, in der die Sowjetunion vertreten ist, als eine Routineangelegenheit behandelt. Die Zivilflüge nach Berlin gingen ohne Beschränkungen während der Berliner Blockade und danach weiter.

Was den Rest der sowjetischen Note angeht, so besteht sie lediglich in einer Wiederholung zahlreicher Beschuldigungen und Behauptungen, die die Regierung der Vereinigten Staaten nicht akzeptieren kann und mit denen sie sich in ihren Noten vom 17. Juli 1961 und vom 26. August 1961 sowie in zahlreichen früheren Noten über das Deutschland- und Berlin-Thema ausführlich auseinandergesetzt hat.

Die Sowjetregierung behauptet, daß der Viermächtestatus Berlins durch Handlungen der amerikanischen Regierung und ihrer Verbündeten zerstört worden ist. Es ist jedoch klar ersichtlich, was Berlin in zwei Teile teilt. Es ist die Mauer aus Stacheldraht und Beton, die am Ostsektor von den ostdeutschen Behörden in Verletzung der von der Sowjetunion freiwillig und wiederholt eingegangenen feierlichen Verpflichtungen errichtet wurde. Dies dürfte die „echte Wirklichkeit“ sein, der die in der Sowjetunion oder unter ostdeutschen Behörden lebenden Menschen „ins Gesicht sehen“ müssen. Die Regierung der Vereinigten Staaten kann jedoch nicht zulassen, daß eine willkürliche Gewaltanwendung die legalen oder moralischen Grundlagen der Rechte und Verpflichtungen ändern kann.

Die Sowjetregierung verweist auf gewisse Beziehungen zwischen West-Berlin und Westdeutschland. Die Bindungen, auf die hier verwiesen wird, erfüllen die von den Vier Mächten in Paris am 20. Juni 1949 — nach der Berliner Blockade — übernommene Verpflichtung, für eine „Erleichterung des Personen- und Güterverkehrs und den Informationsaustausch zwischen den Westzonen und der Ostzone und zwischen Berlin und den Zonen“ zu sorgen. Die Maßnahmen der Sowjetunion erfolgten in flagranter Verletzung dieser Verpflichtung. Ja, die in der sowjetischen Note geübte Kritik an den normalen und friedlichen Beziehungen zwischen diesen beiden Teilen des gleichen Landes ist besonders unangebracht angesichts der Tatsache, daß die ostdeutschen Behörden mit sowjetischer Unterstützung seit Jahren ihren Hauptsitz in Ost-Berlin

beibehalten und dort militärische und halbmilitärische Verbände stationiert haben, wodurch sie den vereinbarten Status von Berlin verletzt und versucht haben, in illegaler Weise Ost-Berlin gewaltsam zu annektieren. Die Regierungsbehörden von West-Berlin wurden von der West-Berliner Bevölkerung in freien Wahlen gewählt, und diese Behörden haben Beziehungen zwischen West-Berlin und Westdeutschland bereitwillig gebilligt. Diese Beziehungen stehen im Einklang mit dem rechtlichen Status Berlins.

Die sowjetische Regierung geht erneut davon aus, daß der von ihr vorgeschlagene „Friedensvertrag“ mit den ostdeutschen Behörden den Status von West-Berlin irgendwie ändern könnte. Ein solcher „Friedensvertrag“ kann jedoch höchstens gewisse begrenzte Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und ihrer Besatzungszone haben. Die drei Westmächte erkannten das Prinzip, um das es hier geht, an, als sie sich in ihrer am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten Konvention über die Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland ausdrücklich die Rechte und Pflichten vorbehielten, die sie in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes ausübten und besaßen, und sicherten somit die Positionen aller betroffenen Länder, einschließlich der Sowjetunion. Ja, der sowjetische Außenminister hat noch am 25. Mai 1959 in einer Stellungnahme zu dieser Konvention die Ansicht der sowjetischen Regierung klargestellt, wonach Abkommen, „die nicht mit allen Mächten, die gegen Deutschland kämpften, sondern nur mit einer Gruppe dieser Mächte, und nicht mit Gesamtdeutschland, sondern nur mit einem Teil abgeschlossen werden“, nicht ernsthaft als „eine Art Friedensvertrag oder als ein Ersatz dafür“ angesehen werden können.

Die Regierung der Vereinigten Staaten muß zu dem Schluß kommen, daß die weittragenden Behauptungen der sowjetischen Regierung bezüglich der Auswirkungen eines „Friedensvertrages“ zwischen der Sowjetunion und der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik lediglich das Bemühen darstellen, die Ausnützung gewisser Vorteile zu verschleiern, die die sowjetische Regierung auf Grund der geographischen Lage Berlins zu haben glaubt. Die sowjetische Note gibt einen Vorgeschmack davon, wie die „Freiheit“ West-Berlins als Folge eines „Friedensvertrages“ mit dem ostdeutschen Regime aussehen würde. Obwohl in der Note erneut behauptet wird, daß die „Freie Stadt West-Berlin natürlich das Recht haben würde, unbeschränkte Verbindungen mit der Außenwelt zu unterhalten...“, so ist doch klar erkennbar, daß dieses Recht nicht auf jemand ausgedehnt werden würde, dem die Sowjetunion oder die ostdeutschen Behörden es etwa verwehren möchten, indem sie ihn als Revanchisten, Militaristen, Spion, Diversanten oder subversives Element bezeichnen. Die Völker der Welt sind bereits zu sehr an die völlige Sinnverkehrung der Worte im sowjetischen Vokabularium gewöhnt, um sich durch die Bemühungen täuschen zu lassen, sie mit solchen Kennzeichnungen irrezuführen. Im sowjetischen Sprachgebrauch scheint also jeder ein „Revanchist“ zu sein, der an die Selbstbestimmung für das deutsche Volk glaubt; ein „Militarist“ scheint jeder zu sein, der an die Verteidigung seiner Heimat gegen die von den großen Streitkräften in Ostdeutschland verursachte Bedrohung glaubt; ein „Spion“ scheint jeder zu sein, der sich öffentlich gegen die sowjetischen Ansichten, was richtige Politik ist, stellt, während ein „subversives Element“ jeder zu sein scheint, der für die Freiheit der Rede, für die Versammlungsfreiheit und die Freizügigkeit eintritt.

Gegenwärtig besteht ein freier und friedlicher Verkehr von Personen und Gütern auf dem Luftwege zwischen Westdeutschland und West-Berlin. Jede Aenderung dieser Situation wird das Ergebnis eines aggressiven Akts gegen die bestehenden Rechte seitens der Sowjetregierung und des ostdeutschen Regimes sein. Es ist die Pflicht aller Staaten — vor allem in Zeiten wachsender Spannungen und Gefahren für den internationalen Frieden, wie es die gegenwärtige ist —, sich aller einseitigen Handlungen zur Aenderung bestehender Abkommen und Verfahren zu enthalten, da solche Handlungen diese Spannungen nur weiter erhöhen könnten. Die Regierung der Vereinigten

Staaten möchte noch einmal mit größtem Nachdruck die bereits in der Note vom 26. August 1961 und in der Erklärung des Weißen Hauses vom 24. August 1961 ausgesprochene Warnung vor jeder Maßnahme zur Behinderung der Flüge in den Luftkorridoren nach West-Berlin wiederholen.

Quelle: *Kabel-Dienst* (Botschaft der Vereinigten Staaten, Bad Godesberg) vom 11. September 1961.

### **Erläuterndes Memorandum des amerikanischen Außenministeriums vom 8. September 1961 zur Frage der Luftkorridore nach Berlin\***

*Betrifft:* Viermächtevereinbarungen über den Kontrollrat für Deutschland und zur Frage der Berliner Luftkorridore.

1. Das grundlegende Uebereinkommen der Vier Mächte in bezug auf den Kontrollapparat, der in Deutschland nach der bedingungslosen Kapitulation geschaffen werden sollte, wurde in einem Regierungsabkommen niedergelegt, das von der Europa-Beratungskommission entworfen worden war und am 14. November 1944 unterzeichnet wurde (abgeändert am 1. Mai 1945). Dieses Abkommen<sup>1</sup> legt dar, daß die vier Oberkommandierenden als Mitglieder des obersten Kontrollorgans gemeinsam die höchste Gewalt in den Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen ausüben würden (Art. 1). Dieses oberste Kontrollorgan sollte Kontrollrat genannt werden (Art. 3). Unter dem Kontrollrat sollte ein ständiger Koordinierungsausschuß gebildet werden (Art. 4), dessen Aufgabe sein sollte (Art. 5):

- a) die Durchführung der Entscheidungen des Kontrollrates;
- b) die laufende Ueberwachung und Kontrolle der Tätigkeit der deutschen Behörden und Institutionen;
- c) die Koordinierung laufender Probleme, die gemeinsame Maßnahmen in allen vier Zonen erfordern;
- d) eine erste Prüfung und Bearbeitung aller von den einzelnen Oberkommandierenden unterbreiteten Fragen für den Kontrollrat.

2. Gegen Ende der Potsdamer Konferenz im Juli 1945 kamen die Vertreter der vier Oberkommandierenden in Deutschland in Berlin zusammen, um die Aktivierung des Kontrollapparates zu erörtern. Ein von ihnen ausgearbeitetes Dokument wurde den vier Oberkommandierenden vorgelegt (Conl/P-(45)7)<sup>2</sup>. In ihm wird die Veröffentlichung einer Reihe von Direktiven vorgeschlagen, die sich auf den Kontrollapparat beziehen. Das Schriftstück wurde von den Oberkommandierenden gebilligt (Conl/M(45)2), und die Direktiven wurden am 10. August 1945 veröffentlicht. In der Direktive Nr. 2 über die „Bildung eines Koordinierungsausschusses“<sup>3</sup> wird erklärt:

„Der Koordinierungsausschuß soll die in Art. 5 des Abkommens über den Kontrollapparat vorgeschriebenen Aufgaben durchführen sowie andere Aufgaben, die ihm vom Kontrollrat aufgegeben werden.“

3. Auf seiner sechsten Sitzung, die am 20. September 1945 stattfand, erörterte der Kontrollrat ein Dokument (Conl/P(45)36) mit Arbeitsvorschlägen für gesetzgeberische Maßnahmen. Im Verlauf der Diskussion schlug General Eisenhower als amerikanischer

\* Originaltitel: Quadripartite Agreements Regarding the Berlin Air Corridors.

<sup>1</sup> Englischer Wortlaut in Anhang A der Veröffentlichung des amerikanischen Außenministeriums, Französischer Wortlaut und deutsche Uebersetzung in *Europa-Archiv* 5/1955, S. 7376 ff.

<sup>2</sup> Englischer Wortlaut in Anhang B a. a. O.

<sup>3</sup> Englischer Wortlaut in Anhang C a. a. O.



Oberkommandierender vor, „daß die Maßnahmen des Koordinierungsausschusses grundsätzlich denjenigen des Kontrollrates gleichzusetzen sind, und regte an, daß der Koordinierungsausschuß in Zukunft für den Kontrollrat die Mehrzahl der Dokumente unterzeichnen und daß nur eine kleinere Zahl wichtiger Entscheidungen dem Rat zur Unterzeichnung vorgelegt werden sollte“.

Der Rat „nahm die oben erwähnte Erklärung General Eisenhowers zustimmend zur Kenntnis“. (Schriftstück 58, Conl/M(45)6)<sup>4</sup>. Das Sitzungsprotokoll wurde anschließend von dem Koordinierungsausschuß bestätigt. (Schriftstück 114, Corc/M(45)9).

4. Am 22. November 1945 übermittelte das Luftdirektorat dem Koordinierungsausschuß (Corc/P(45)170)<sup>5</sup> einen Bericht über die Schaffung eines Systems von Luftkorridoren nach Berlin. Wie auf dem Vorsatzblatt zu diesem Dokument ausgeführt wird, ersucht das Luftdirektorat den Koordinierungsausschuß:

„Den Vorschlag des Direktorates für die Schaffung von Luftkorridoren westlich Berlins zu billigen, nämlich: Berlin—Hamburg, Berlin—Bückeburg, Berlin—Frankfurt am Main, und ersucht ferner um eine Entscheidung über die Frage der Schaffung von Luftkorridoren: Berlin—Warschau, Berlin—Prag und Berlin—Kopenhagen, da über diese Frage vom Direktorat kein einstimmiges Uebereinkommen erzielt werden konnte.

Ferner ersucht das Direktorat den Koordinierungsausschuß, dem Direktorat die Verantwortung für Sicherheitsmaßnahmen und ein System zur Sicherung der Flüge in den vom Koordinierungsausschuß gebilligten Luftkorridoren zu übertragen.“

Der Zweck dieses Vorschlages wird in § 1 des Schriftstückes dargelegt:

„Erstens wegen der zunehmenden Zahl von Flügen zwischen dem Gebiet von Groß-Berlin und den betreffenden Besatzungszonen der vier alliierten Mächte in Deutschland und auf Grund der Tatsache, daß diese Flüge oft unter schlechten Sichtverhältnissen oder nachts durchgeführt werden müssen, wobei die Gefahr von Zusammenstößen auftritt, besteht ein reales Bedürfnis nach Gewährleistung der Sicherheit der Flüge über die Besatzungszonen und das Gebiet von Groß-Berlin durch ein System von Luftkorridoren unter strikten Flugbestimmungen für alle die Korridore benutzenden Flugzeuge.“

§ 4 des Schriftstückes gibt eine Zusammenfassung der Erörterungen im Luftdirektorat, bei denen der sowjetische Vertreter erklärte, daß das Luftdirektorat — da die Korridore von Berlin nach Hamburg, Bückeburg und Frankfurt am Main notwendig für die Bedürfnisse der Besatzungstruppen im Gebiet von Groß-Berlin seien — den Koordinierungsausschuß um ihre Billigung ersuchen könnte. Da aber andererseits die Korridore nach Warschau, Prag und Kopenhagen dem üblichen zwischenstaatlichen Reiseverkehr dienen würden, könnte das Luftdirektorat sich mit ihnen nur auf Grund der Entscheidung einer höheren Behörde befassen. Diese Erklärung besagte nicht, daß die ersten drei Korridore ausschließlich für die Bedürfnisse der Besatzungstruppen bestimmt seien, sondern daß das Luftdirektorat verfahrensmäßig in der Lage war, ihre Billigung vorzuschlagen, da ihre Benutzung die Bedürfnisse der Besatzungstreiber einschließen würde. Von den westlichen Vertretern im Luftdirektorat wurde gegen diese Darlegung eines offensichtlichen Faktums kein Einwand erhoben.

5. Das Dokument Corc/P(45)170) wurde vom Koordinierungsausschuß auf seiner 23. Sitzung am 27. November 1945 erörtert. Dabei erklärte der sowjetische Vertreter, daß er nicht ermächtigt sei, Fragen in bezug auf die Luftkorridore von Berlin nach Warschau, Prag und Kopenhagen zu regeln, und auf Vorschlag des sowjetischen Vertreters (Schriftstück 309, Corc/M(45)23)<sup>6</sup> „billigte (der Ausschuß) das Dokument Corc/P

<sup>4</sup>) Englischer Wortlaut in Anhang D a. a. O.

<sup>5</sup>) Englischer Wortlaut in Anhang E a. a. O.

<sup>6</sup>) Englischer Wortlaut in Anhang F a. a. O.

(45)170 und kam überein, es dem Kontrollrat zur Bestätigung jenes Teiles zu unterbreiten, der sich mit den Luftkorridoren von Berlin nach dem Westen befaßt“.

Den Teil des Dokumentes, der diese Luftkorridore behandelt, bildet § 6, welcher vorsieht:

„1) Den Vorschlag zur Schaffung von folgenden Luftkorridoren westlich Berlins zu bestätigen: Berlin—Hamburg, Berlin—Bückeburg, Berlin—Frankfurt am Main; jeder von ihnen zwanzig englische Meilen breit. Flüge auf diesen Routen werden von den Flugzeugen der in Deutschland die Regierung ausübenden Nationen ohne vorherige Ankündigung durchgeführt werden.

2) Das Luftdirektorat anzuweisen, Flugvorschriften und Mittel zur Sicherung der Flüge in den unter § 1 oben angeführten Korridoren auszuarbeiten.“

Das Dokument wurde dann dem Kontrollrat (Conl/P(45)63)<sup>7</sup> unterbreitet, der „die Schaffung von drei Luftkorridoren von Berlin nach den Westzonen, wie in Conl/P (45)63 dargelegt, billigte“. Schriftstück 110 (A), Conl/M(45)13<sup>8</sup>.

Der Kontrollrat bestätigte damit die frühere Billigung von § 6 des Dokumentes des Luftdirektorates durch den Koordinierungsausschuß.

6. Auf seiner 17. Sitzung am 8. Dezember 1945 hat das Luftdirektorat („Bericht über die Entscheidung des Koordinierungsausschusses über Luftkorridore“) (Schriftstück 136, Dair/M(45)17)<sup>9</sup> beschlossen:

„Die Entscheidung des Kontrollrates zur Kenntnis zu nehmen und ihr zu entsprechen“ sowie „den Luftfahrt Ausschuß anzuweisen, die Flugbestimmungen und die Bestimmungen über Navigationshilfen für Flugzeuge, die die zugelassenen Korridore befliegen, zur Vorlage auf der nächsten Sitzung des Luftdirektorats vorzubereiten.“

7. Entsprechend den vom Luftdirektorat gegebenen Anweisungen stellte der Luftfahrt Ausschuß eine Reihe von Regeln und Bestimmungen auf, die als der „Bericht des Luftfahrt Ausschusses über die Flugbestimmungen für in den Luftkorridoren in Deutschland und der Berliner Kontrollzone fliegende Flugzeuge (Dair/P (45)71)“ unterbreitet wurden. Dieses Dokument wurde von dem Luftdirektorat auf seiner 18. Sitzung am 18. Dezember 1945 gebilligt mit dem gleichzeitigen Beschluß (Schriftstück 141 D) (B, Dair/M (45)18)<sup>10</sup> „... es der ausführenden Behörde zum Vollzug zu übersenden.“

Entsprechend den Ermächtigungen und den oben dargelegten Verfahren erarbeitete und veröffentlichte das Luftdirektorat daraufhin neue Bestimmungen und modifizierte die in den ursprünglichen Direktiven enthaltenen. Das Viernächtedokument in bezug auf die derzeit gültigen Flugbestimmungen und -vorschriften ist das

Schriftstück Dair/P(45)71 „Flugbestimmungen für Flugzeuge, die in den Luftkorridoren in Deutschland und der Berliner Kontrollzone fliegen“, in seiner zweiten revidierten Form vom 22. Oktober 1946<sup>11</sup>.

9. Die Frage zusätzlicher Luftkorridore wurde auch weiterhin von der Alliierten Kontrollbehörde erörtert. Am 6. März 1946 legte das amerikanische Mitglied des Koordinierungsausschusses ein Memorandum (Corc/P(46)84) vor, in dem die Notwendigkeit zusätzlicher Korridore für den kommerziellen Flugverkehr zur Sprache gebracht wurde, und verwies auf die Tatsache, daß die bestehenden drei Korridore für diesen Zweck nicht ausreichten<sup>12</sup>. Der Koordinierungsausschuß leitete das Problem an das

<sup>7</sup>) Englischer Wortlaut in Anhang G a. a. O.

<sup>8</sup>) Englischer Wortlaut in Anhang H a. a. O.

<sup>9</sup>) Englischer Wortlaut in Anhang I a. a. O.

<sup>10</sup>) Englischer Wortlaut in Anhang J a. a. O.

<sup>11</sup>) Englischer Wortlaut in Anhang K a. a. O.

<sup>12</sup>) Englischer Wortlaut in Anhang L a. a. O.

Luftdirektorat weiter, in welchem der sowjetische Vertreter sich gegen die Schaffung weiterer Luftkorridore für den zivilen Luftverkehr in einer Form aussprach, aus der klar hervorgeht, daß die bestehenden Korridore allen Arten des Luftverkehrs zur Verfügung stehen sollten:

„Die sowjetische Delegation ist der Ansicht, daß das bestehende System von Luftkorridoren durch die sowjetische Besatzungszone in Deutschland völlig ausreichend ist, und zwar nicht nur, um den Erfordernissen der alliierten Truppen im Sektor von Groß-Berlin zu genügen, sondern auch, um allen Transporterfordernissen der Alliierten für kommerzielle Frachten ungeachtet ihres Umfangs nachzukommen.“

10. Ein unwiderlegbarer Beweis für die Anerkennung der Rechtsgültigkeit der uneingeschränkten Benutzung der drei Berliner Luftkorridore und der Uebereinkommen des Luftdirektorats seitens des Kontrollrats findet sich in dem Sonderbericht des Alliierten Kontrollrates an den Rat der Außenminister, der für die Moskauer Konferenz im Jahre 1947 vorbereitet wurde. Wiederum ging es um die Frage der Schaffung weiterer Einrichtungen für den zivilen Luftverkehr. § 6, Abschnitt IV, Teil 8 (D) dieses Berichts sah eine Viermächteerklärung über den Status des „Luftverkehrs ausländischer Staaten in Deutschland“ vor. Da die Alliierte Kontrollbehörde über diese Erklärung zu keinem Uebereinkommen gelangen konnte, wurden von der französischen, britischen und amerikanischen Delegation auf der einen Seite und der sowjetischen Delegation auf der anderen Seite getrennte Berichte vorbereitet. In dem sowjetischen Bericht — der bereits vom State Department als Presseverlautbarung Nummer 603 am 1. September 1961 veröffentlicht wurde<sup>13</sup> — wird sowjetischerseits unter anderem erklärt: „(2) Nachdem ein Uebereinkommen aller vier Seiten erreicht worden war, wurde der Entschluß gefaßt, drei Luftkorridore:

Berlin—Hamburg,  
Berlin—Bückeburg,  
Berlin—Frankfurt am Main

für den uneingeschränkten Flugverkehr durch Flugzeuge der Verbündeten über der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland einzurichten...

(3) Auf Grund einer gemeinsamen Entscheidung wurde eine Viermächte-Leitstelle, die ‚Berliner Luftsicherheitszentrale‘, geschaffen, um die Flugsicherheit über deutschem Territorium zu überwachen und zu organisieren, und es wurden die erforderlichen Bestimmungen und Instruktionen für die Regelung der Flüge aufgestellt...

Die sowjetische Delegation ist der Ansicht:

a) daß die oben erwähnten vereinbarten Entscheidungen den Luftverkehrserfordernissen der alliierten Besatzungsbehörden voll entsprechen.“

Der oben angeführte Bericht wurde dem Schriftstück Conl/P(47)14 beigelegt, das vom Kontrollrat gebilligt (Schriftstück 23, Conl/(47)5) und in den Gesamtbericht des Rats der Außenminister aufgenommen wurde, dem es nicht gelang, die Kontroverse beizulegen, womit die existierenden Abkommen für den zivilen Luftransport erhalten blieben.

Quelle: *Kabel-Dienst* (Amerikanische Botschaft, Bad Godesberg) vom 11. Sept. 1961.

<sup>13</sup>) Vgl. den Wortlaut dieses Dokuments auf S. D 551.



## Die Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche

Nachdem die sowjetische Regierung in ihrer Antwort auf die Note der Vereinigten Staaten vom 15. Juli zur Frage der Einstellung der Kernwaffenversuche (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 443 ff.) am 9. August nochmals die Prüfung der sowjetischen Vorschläge für eine allgemeine Abrüstung gefordert hatte (vgl. S. D 562 f.), gab sie am 30. August 1961 in einer Erklärung die Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche bekannt. Gleichzeitig wurde ein Beschluß des ZK der KPdSU über die vorläufige Aussetzung der Entlassung von Militärdienstpflichtigen veröffentlicht. Die Sowjetregierung begründete die Wiederaufnahme der Kernversuche damit, daß die Vereinigten Staaten unmittelbar vor der Durchführung unterirdischer Versuche stünden, und warf den Westmächten vor, sie hätten die Genfer Verhandlungen über die kontrollierte Einstellung der Kernwaffenversuche sabotiert. (Vgl. S. D 563 ff.) Von amerikanischer Seite war bereits in einem am 23. August veröffentlichten Weißbuch eine Darstellung der Verhandlungen über die Einstellung der Kernwaffenversuche seit dem 31. Oktober 1958 gegeben worden, in der die Sowjetunion für deren Scheitern verantwortlich gemacht wurde.

Der Beschluß der sowjetischen Regierung, die Kernwaffenversuche wiederaufzunehmen, wurde noch am 30. August in einer vom Weißen Haus herausgegebenen

Erklärung Präsident *Kennedys* scharf verurteilt. In einer weiteren Erklärung vom 31. August gab *Kennedy* seiner Zuversicht Ausdruck, daß die Atomwaffenarsenale der Vereinigten Staaten für die Verteidigungszwecke der freien Welt ausreichend seien. Das britische Außenministerium erklärte am gleichen Tage, Großbritannien werde die Atomwaffenversuche nicht wiederaufnehmen.

Bereits am 1. September brachte die Sowjetunion, wie ein Sprecher des Weißen Hauses am gleichen Tage bekanntgab, in Kasakstan einen atomaren Sprengkörper in der Atmosphäre zur Explosion.

Am 3. September richteten Präsident *Kennedy* und Premierminister *Macmillan* an den sowjetischen Ministerpräsidenten den dringenden Appell, bis zum 9. September einem Abkommen über die Einstellung der Kernwaffenversuche in der Atmosphäre zuzustimmen (vgl. S. D 572).

Unmittelbar nachdem die amerikanische Atomenergiekommission einen dritten sowjetischen Kernwaffenversuch gemeldet hatte, kündigte Präsident *Kennedy* in einer Erklärung vom 5. September an, er habe die Wiederaufnahme von Kernversuchen im Laboratorium und unter der Erde ohne radioaktive Ausfälle angeordnet. Die amerikanisch-britischen Vorschläge für ein Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre würden dadurch jedoch nicht berührt.

### Antwortnote der Sowjetregierung vom 9. August 1961 auf die Note der Vereinigten Staaten vom 15. Juli 1961 zur Frage der Einstellung der Kernwaffenversuche

*Betrifft:* Einstellung der Kernwaffenversuche — allgemeine und vollständige Abrüstung.

Nach Prüfung der Note der Vereinigten Staaten sieht sich die Sowjetregierung zu der Feststellung genötigt, daß die amerikanische Regierung auf ihren bisherigen Positionen verharret und nicht die Bereitschaft bekundet, die Frage der Einstellung der Kernwaffenversuche auf gegenseitig annehmbarer Grundlage zu lösen. Aus dieser Note, aus anderen offiziellen Dokumenten der amerikanischen Regierung wie auch aus langjährigen Verhandlungen geht hervor, daß die Bemühungen der Vereinigten Staaten hauptsächlich darauf hinauslaufen, in einem beliebigen Abkommen, wenn ein solches Abkommen überhaupt unterzeichnet würde, faktisch die Versuche zu legalisieren und ein solches internationales Kontrollorgan zu bilden, das ein gefügiges Werkzeug in den Händen der Westmächte wäre und von ihren Generalstäben zur Sammlung der von ihnen benötigten Spionageangaben benutzt werden würde.

Dieser Standpunkt der Vereinigten Staaten macht ein Abkommen über Einstellung der Kernwaffenversuche unmöglich und ist zudem offenkundig nicht auf einen solchen Ausgang berechnet. Die Verantwortung dafür tragen die Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens.

Die Sowjetregierung hat ihren Standpunkt zu Fragen der Einstellung der Kernwaffenversuche in der Denkschrift vom 4. Juni und in der Note vom 5. Juli dieses Jahres vollständig genug dargelegt.

Diesen Standpunkt ist sie fest entschlossen, auch weiterhin zu vertreten. Die Sowjetregierung hat nach objektiver Beurteilung der rund um das Problem der Einstellung der Kernwaffenversuche entstandenen Situation, und geleitet von dem Streben, die Menschheit auf immer von der Gefahr eines Kernkriegs zu erlösen, einen sicheren und realen Weg vorgeschlagen, der zur Einstellung der Kernwaffenversuche aller Art für alle Zeiten führt. Dieser Weg besteht in einer gegenseitig miteinander verbundenen Lösung der Fragen der Einstellung der Kernwaffenversuche und des Problems der allgemeinen und vollständigen Abrüstung. Der Abschluß eines Vertrags über allgemeine und vollständige Abrüstung würde die Hindernisse restlos beseitigen, die die Westmächte einem Abkommen über Einstellung der Kernwaffenversuche in den Weg gelegt haben.

Dieser Vorschlag der Sowjetregierung entspricht den Forderungen der Völker aller Länder: dem gefährlichen Wettrüsten ein Ende zu setzen und die Gefahr eines vernichtenden Kernkriegs auszuschalten.

Was die Sowjetunion betrifft, so ist sie bereit, jederzeit einen Vertrag über allgemeine und vollständige Abrüstung der Staaten zu unterzeichnen und beliebige Vorschläge der Westmächte über internationale Kontrolle der Durchführung eines solchen Abkommens anzunehmen.

Die Sowjetregierung hat das Recht, darauf zu bestehen, daß die amerikanische Regierung die Vorschläge der Sowjetunion zur schnellsten Lösung des Problems der allgemeinen und vollständigen Abrüstung und damit auch des Problems der Einstellung aller Kernwaffenversuche für alle Zeiten aufmerksam prüft und ihren Beitrag zu dem großen Werk der Festigung des Völkerfriedens leistet.

Quelle: *Prawda* vom 11. August 1961.

#### **Erklärung der Sowjetregierung vom 30. August 1961 über die Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche (Auszüge)**

*Betrifft:* Wettrüsten — Verhütung des Krieges — Abrüstung — Einstellung der Kernwaffenversuche — Erweiterung des Atomklubs — Genfer Verhandlungen — Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche durch die Sowjetunion — Remilitarisierung der BRD — Berlin — neue Superbomben — friedliche Koexistenz.

Die Völker sind gegenwärtig Zeugen einer ständig zunehmenden Aggressivität der Politik des Militärblocks der NATO. Die Vereinigten Staaten von Amerika und ihre Verbündeten kurbeln ihre Kriegsmaschine immer stärker an, entfalten das Wettrüsten in nie dagewesenen Ausmaßen, vergrößern den Bestand ihrer Armeen und treiben die Spannungen in der internationalen Lage zur Weißglut. Das geht soweit, daß die führenden Politiker der Vereinigten Staaten und der mit ihnen verbündeten Länder drohen, zu den Waffen zu greifen und als Antwort auf den Abschluß eines Friedensvertrages mit der Deutschen Demokratischen Republik einen Krieg zu entfesseln.

Angesichts dieser Tatsachen, die zum Aufhören zwingen, hält es die Sowjetregierung für ihre Pflicht, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, damit die Sowjetunion

in voller Bereitschaft ist, jeglichen Aggressor unschädlich zu machen, wenn er einen Ueberfall versuchen sollte. Noch ist die Tragödie der ersten Monate des Großen Vaterländischen Krieges, als Hitler die Sowjetunion überfiel, nachdem er sich die Ueberlegenheit in der Kampftechnik gesichert hatte, zu frisch in der Erinnerung der Menschen, als daß man jetzt ein Gleiches zulassen dürfte. Deshalb hat die Sowjetregierung bereits eine Reihe ernsthafter Maßnahmen zur Festigung der Sicherheit der Sowjetunion getroffen. Aus dem gleichen Grunde hat sie nach gründlicher und allseitiger Ueberlegung dieser Frage den Beschluß gefaßt, Versuchsexplosionen von Kernwaffen durchzuführen.

Im vollen Bewußtsein der Wichtigkeit und Verantwortlichkeit dieses ernsten Schrittes hält es die Regierung der Sowjetunion für notwendig, dem Sowjetvolk und der ganzen Menschheit den Sinn und die Bedeutung dieses Beschlusses zu erläutern, dessen einziges Ziel darin besteht, alles zu tun, um die Katastrophe zu verhindern, zu der ein dritter Weltkrieg für Hunderte Millionen Bewohner unseres Planeten werden würde.

Diejenigen, die ein neues Weltmassaker vorbereiten, säen jetzt Illusionen, daß ein neuer Krieg — falls er entfesselt werden würde — sich ohne Anwendung von thermonuklearen Waffen abspielen würde. Das aber ist ein Betrug an den Völkern. Die Erfahrungen der Geschichte lehren, daß es noch niemals gelungen ist, einen Kriegsbrand in vorher festgelegten Grenzen zu halten. Kriege haben ihre eigenen unerbittlichen, grausamen Gesetze. Der Aggressor entfesselt einen Krieg, um sein Opfer auf die Knie zu zwingen und ihm seinen Willen aufzuzwingen. Aber auch der Aggressor versteht, daß ihn im Falle einer Niederlage selbst das Schicksal ereilen wird, das er seinem Opfer bereiten wollte. Deshalb macht jeder Staat, der am Kriege beteiligt ist, ganz gleich ob er angreift oder sich verteidigt, vor nichts halt, um den Sieg zu erringen, und gibt sich nicht geschlagen, ohne alle verfügbaren Mittel der Kriegführung einzusetzen und auszuschöpfen. Unter diesen Bedingungen würde jeder bewaffnete Konflikt — und sei er anfangs auch unbedeutend — sich unvermeidlich zu einem allgemeinen Raketen- und Atomkrieg entwickeln, falls die Atommächte in ihn einbezogen werden.

Die Sowjetmenschen, die erst vor kurzem den Krieg in ihrem eigenen Hause erlebten und für die Wiederherstellung des Friedens unvergleichliche Opfer bringen mußten, verstehen besonders gut die Bestrebungen der Völker, mit dem Wettrüsten Schluß zu machen und sich für alle Zeiten von Vernichtungskriegen zu befreien. Aber alles, was die Menschen in den vergangenen Kriegen erlebten, verblaßt vor den Schrecken, die einige thermonukleare Bomben über sie bringen können. Heute befinden sich in den Arsenalen der Großmächte ja nicht nur ein Dutzend oder hundert, sondern Tausende solcher Bomben. Als eine der Atommächte hat die Sowjetunion genügend Kenntnisse über die Zerstörungskraft der neuen Waffenarten, über die Mittel zur Beförderung thermonuklearer Sprengköpfe ins Ziel und über die Folgen der Anwendung dieser Waffen gesammelt, um sich den Charakter eines modernen Krieges voll und ganz vorstellen zu können.

Der Sowjetstaat hat als erster seine Stimme für die allgemeine und vollständige Abrüstung und für die Einstellung der Atomwaffenversuche erhoben. Er hat der Organisation der Vereinten Nationen mehr als einmal konkrete Vorschläge unterbreitet, die die Erreichung dieses Zieles sichern würden. Von der Tribüne der Organisation der Vereinten Nationen, in den Botschaften und Reden des Chefs der Sowjetregierung, N. S. Chruschtschow, überall, wo sich Vertreter des sozialistischen Lagers mit Vertretern der westlichen Länder am Verhandlungstisch trafen, erklang der ehrliche und leidenschaftliche Appell der Sowjetunion, sich darüber zu verständigen, ein für allemal und unter strengster internationaler Kontrolle alle Waffenarten zu vernichten, bis zur letzten



Bombe und zum letzten Geschöß, die Armeen aufzulösen bis zum letzten Soldaten und die Generalstäbe und Militärbehörden vollständig zu beseitigen.

Es ist nicht übertrieben zu sagen, daß die Menschheit bereits heute in einer Welt ohne Waffen und ohne Armeen leben könnte, wenn nur die Regierungen der Vereinigten Staaten, Englands, Frankreichs und einiger anderer Teilnehmerstaaten der westlichen Militärblocks ein ähnliches Streben gezeigt hätten.

Die Gegner der Abrüstung tun immer so, als ob dem Abkommen über die Abrüstung das unterschiedliche Herangehen der Sowjetunion und der Westmächte an die Frage der Kontrolle im Wege stünde. Niemand bestreitet, daß die Einrichtung einer internationalen Kontrolle über die Abrüstung, die die empfindlichsten Interessen der Staaten, die Interessen ihrer Sicherheit, berühren, eine komplizierte und delikate Angelegenheit ist. Die Frage der Kontrolle war tatsächlich lange Jahre hindurch der Stein des Anstoßes auf dem Weg zu einem Uebereinkommen über die Abrüstung. Das war deshalb der Fall, weil die Westmächte die Kontrolle als Vorwand benutzten, um alle Abrüstungsvorschläge zu Fall zu bringen. Sie waren auch früher niemals um eine Kontrolle der Abrüstung bemüht. Am deutlichsten wurde das von der Tribüne der Vereinten Nationen aus von dem ehemaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten, D. Eisenhower, ausgesprochen, der unzweideutig erklärte, daß es sich nicht um eine Kontrolle über die Abrüstung, sondern um eine Kontrolle über die Rüstung handle.

Um das Wesen der Sache, die Abrüstung selbst, nicht zugrunde zu richten, hat die Sowjetregierung ausdrücklich erklärt, daß sie bereit sei, von vornherein beliebige Vorschläge der Westmächte über eine internationale Kontrolle anzunehmen. Von den Westmächten wurde dabei nur eines erwartet: sich unseren Vorschlägen über die allgemeine Abrüstung anzuschließen und eigene Vorschläge über eine allgemeine Kontrolle zu unterbreiten. Aber wie merkwürdig — denjenigen, die sich bis dahin über die internationale Kontrolle so besorgt zeigten, verschlug es förmlich die Sprache, als ihnen unbegrenzte Möglichkeiten geboten wurden, die eigenen Ideen über ein System der internationalen Kontrolle zu formulieren und zu verwirklichen!

Wie ist es denn zu erklären, daß seitens der Westmächte bisher keinerlei konkrete Vorschläge zu dieser Frage erfolgten? Das läßt sich nur mit der Furcht erklären, die Sowjetunion könne deren Vorschläge über die Kontrolle annehmen, und dann wären die Westmächte gezwungen, entweder der allgemeinen und vollständigen Abrüstung zuzustimmen, oder sich endgültig als Feinde der Abrüstung und damit auch als Feinde der Kontrolle über die Abrüstung zu entlarven.

Das Wichtigste in unseren Tagen ist die Abrüstung, die allgemeine und vollständige Abrüstung. Ein Uebereinkommen über diese Abrüstung würde auch die Frage der Kernwaffenversuche erledigen. In der Tat, wenn das Wettrüsten eingestellt wird und die angesammelten Waffen vernichtet werden, dann entfällt jeglicher Ansporn zu ihrer Vervollkommnung und folglich auch zur Durchführung von Kernversuchsexplosionen. Andererseits kann ein Uebereinkommen über die Einstellung der Kernwaffenversuche allein dem Wettrüsten noch kein Ende bereiten. Die Staaten, die über Atomwaffen verfügen, werden unvermeidlich in die Versuchung geraten, ein solches Uebereinkommen zu umgehen, werden nach immer neuen Wegen und Hintertüren suchen, um die Waffen zu vervollkommen, schon gar nicht davon zu reden, daß die von drei, vier Mächten durchgeführten Versuche völlig ausreichen, um gefährliche Kernwaffen der bestehenden Typen bis ins uferlose anzuhäufen.

Andererseits werden die Staaten, die noch keine Kernwaffen haben, versuchen, solche zu entwickeln, ungeachtet der bestehenden Uebereinkommen, die Kernwaffenversuche verbieten. Nebenbei bemerkt, können sie dabei Argumente anführen, denen die Anhänger der Atomabrüstung gar nicht so leicht begegnen könnten. In der Tat — ist es denn realistisch zu glauben, daß auf die Dauer ein Zustand aufrechterhalten werden

kann, bei dem die einen Staaten, die in der Ausnutzung der Kernenergie für Kriegszwecke weit vorgestürmt sind, weiterhin Berge von Atom- und Wasserstoffbomben auf der Grundlage der bereits von ihnen durchgeführten Versuche anhäufen, während die anderen die Hände in den Schoß legen und zusehen, wie sie in ihrer militärischen Macht immer weiter hinter den Atommächten zurückbleiben und folglich auch in der Möglichkeit, ihre Sicherheit zu gewährleisten.

Die Erfahrungen besagen etwas anderes.

Es gab eine Zeit, da auf der Welt ein Atomwaffenmonopol existierte und die Vereinigten Staaten bestrebt waren, es für sich zu behalten. Unter Ausnutzung dessen, daß sich in ihren Händen eine Waffe befand, wie sie kein anderer Staat besaß, erprobten die Vereinigten Staaten ihre Atombomben, wann und wo immer es ihnen paßte, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, was die Völker darüber dachten und sagten. Die Vereinigten Staaten machten nicht einmal davor halt, diese entsetzliche Waffe an lebenden Menschen, an Kindern, Frauen und Greisen auszuprobieren, indem sie Atombomben auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki, auf das Land des faktisch schon am Boden liegenden Feindes abwarfen. Die Atombombe schwingend, versuchten jene, die damals die Politik der Vereinigten Staaten bestimmten, ihren Willen nahezu der ganzen Welt aufzuzwingen und die sozialistischen Länder zu erpressen. Es entstand eine außerordentlich gefährliche Lage. Das Sowjetvolk sah sich gezwungen, alle seine materiellen und geistigen Kräfte zu mobilisieren, um das zur Bedrohung des Friedens gewordene Atommonopol der Vereinigten Staaten zu durchbrechen und in kürzester Frist eigene Atomwaffen zu entwickeln. Bald erweiterte sich der Kreis der Atommächte noch mehr. Auch England kam dazu.

Die Völker erkannten rechtzeitig, welche Gefahren die Einbeziehung immer neuer Länder in das Wettrüsten mit sich bringt, und stimmten leidenschaftlich der Forderung zu, die Atomwaffenversuche einzustellen. Zum Bannerträger dieser Forderungen wurde die Sowjetunion, die sich im Laufe vieler Jahre konsequent und beharrlich dafür einsetzte, daß die Versuche mit allen Arten von Kernwaffen überall und für alle Zeiten eingestellt werden. Mit diesem Ziel stellte sie selbst einseitig die Kernwaffenversuche ein, obwohl ein solcher Akt ihrerseits mit einem gewissen Risiko verbunden war, da die Vereinigten Staaten und England zu dieser Zeit eine größere Anzahl von Kernwaffenexplosionen durchgeführt hatten als die Sowjetunion. Gerade dank der Initiative und den Bemühungen der Sowjetunion begannen Verhandlungen zwischen den drei Atommächten in Genf, in deren Verlauf die Sowjetregierung geduldig nach für alle annehmbaren Lösungen suchte und mehr als einmal wichtige Schritte unternahm, um den Wünschen der Vereinigten Staaten und Englands entgegenzukommen.

Welche Linie jedoch setzten die Westmächte der klaren und ehrlichen Position der Sowjetregierung entgegen?

Die einseitige Einstellung der Kernwaffenversuche durch die Sowjetunion beantworteten sie mit einer ihrer Intensität nach nie dagewesenen Serie von Atombombenexplosionen. Die wiederholten Versuche der Sowjetunion, die Standpunkte der Verhandlungsteilnehmer anzunähern, beantworteten die Regierungen der Vereinigten Staaten und Englands jedesmal damit, daß sie von ihren eigenen Vorschlägen, die sie gestern noch verteidigt hatten, abgingen und buchstäblich alles unternahmen, um nur kein Uebereinkommen zuzulassen. Im Grunde genommen durchkreuzten sie die einmütig angenommenen Schlußfolgerungen und Empfehlungen der wissenschaftlichen Experten, darunter auch ihrer eigenen — der amerikanischen und englischen — hinsichtlich der Methoden zur Feststellung von Kernexplosionen und zur Sicherung einer entsprechenden Kontrolle über die Einhaltung eines Abkommens zur Einstellung der Atomwaffenversuche.

Die Regierungen der Westmächte erhoben und erheben beharrlich die Forderung, das Abkommen über die Einstellung der Kernwaffenversuche dürfe kein Verbot unterirdischer Explosionen enthalten. Indessen weiß jeder sachkundige Mensch, daß die Durchführung solcher Explosionen — selbst wenn behauptet wird, daß sie zu friedlichen Zwecken erfolgen — nichts anderes ist als eine versteckte Form der Vervollkommnung der vorhandenen Kernwaffen oder der Entwicklung neuer Typen. Wenn z. B. eine Einrichtung für Kernexplosionen bei einer „Bodenverschiebung“ ihren Dienst leistet — und das Recht auf die Durchführung solcher Explosionen wollten sich die Westmächte vorbehalten —, so leistet die gleiche Explosionseinrichtung ihren Dienst auch für Kriegszwecke. Indem die Vereinigten Staaten und auch England in Worten für die Einstellung der Kernwaffenversuche eintreten, sind sie jedoch in der Wirklichkeit um etwas ganz anderes besorgt, nämlich darum, wie man in das Abkommen eine Hintertür für die weitere Vervollkommnung der thermonuklearen Waffen mit Hilfe von unterirdischen Explosionen bzw. Explosionen für sogenannte friedliche Zwecke einbauen könnte.

Die Sowjetregierung hatte vorgeschlagen, übereinzukommen, daß in dem internationalen Kontrollorgan gleichermaßen sozialistische Staaten, kapitalistische Staaten, die zu Militärblöcken gehören, sowie neutrale Staaten vertreten sind und über die gleichen Kontrollmöglichkeiten verfügen. Im Gegensatz dazu traten die Westmächte mit Vorschlägen auf, deren Verwirklichung ihnen eine Vorrangstellung vor der Sowjetunion einräumen würde, eine Stellung, die es diesen Mächten erlauben würde, im Kontrollorgan unumschränkt zu kommandieren und das Territorium der Sowjetunion unter dem Deckmantel von Kontrollposten und -gruppen mit einem ganzen Netz von Spionagezentralen zu überziehen.

Der gesamte Verlauf der Verhandlungen in Genf beweist, daß die Westmächte Kurs darauf genommen hatten, diejenigen Arten von Kernversuchen, an deren Durchführung sie interessiert sind, faktisch rechtlich zu verankern und ein internationales Kontrollorgan zu schaffen, das ein gehorsames Instrument in ihren Händen und im Grunde genommen ein Anhängsel der Generalstäbe der Westmächte wäre. Die heuchlerischen Erklärungen der Vertreter der USA und Englands zum Thema der Einstellung der Versuche sowie der internationalen Kontrolle erwiesen sich bei näherer Betrachtung lediglich als Tarnung.

Um die Verhandlungen aus der Sackgasse herauszuführen, hat die Sowjetregierung vorgeschlagen, die Lösung der Frage der Einstellung der Kernwaffenversuche mit dem Problem der allgemeinen und vollständigen Abrüstung zu verknüpfen. Dieser wichtige Vorschlag wurde in dem Memorandum unterbreitet, daß bei dem Zusammentreffen des Vorsitzenden des Ministerrates der Sowjetunion, N. S. Chruschtschow, und des Präsidenten der Vereinigten Staaten, J. Kennedy, in Wien überreicht wurde. Diese Initiative der Sowjetregierung eröffnete zusätzliche Möglichkeiten, um gegenseitig annehmbare Lösungen zum gesamten Fragenkomplex der Abrüstung zu erzielen und — was besonders wichtig ist — beseitigte die Hindernisse zur Errichtung der breitesten und umfassendsten internationalen Kontrolle auch über die Einstellung der Kernversuche.

Welche Stellung nahmen aber die Westmächte zu dem neuen Versuch der Sowjetunion ein, eine gegenseitige Verständigung zu erleichtern? Anstatt die sowjetischen Vorschläge sachlich zu prüfen, zogen es die Regierungen der Vereinigten Staaten und Englands vor, ihren Inhalt zu entstellen und müßige Ueberlegungen hinsichtlich der Absichten der Sowjetunion anzustellen. Gleichzeitig begannen die verantwortlichen Vertreter der Vereinigten Staaten, unzweideutig darauf anzuspielen, daß die Vereinigten Staaten in nächster Zukunft die Kernwaffenversuche wieder aufnehmen werden.



Die Sowjetregierung hält es für ihre Pflicht, die besondere Aufmerksamkeit der Völker der Welt auf die Tatsache zu lenken, daß man sich jetzt in den Vereinigten Staaten mit Projekten zur Schaffung einer Neutronenbombe beschäftigt, das heißt einer Bombe, die alles Leben töten, aber dabei keine materiellen Werte zerstören würde. Nur Aggressoren, die von Raub, von der Eroberung anderer Länder und von fremdem Gut träumen, können die Bemühungen von Wissenschaftlern für die Schaffung einer derartigen Waffe mobilisieren. Indem sie die Menschen vernichten, wollen sie sich die Früchte der Arbeit der von ihnen getöteten Opfer, die von diesen geschaffenen Reichtümeraneignen. Das ist die Moral von Unmenschen. Die Pläne zur Schaffung einer Neutronenbombe enthüllten das ganze menschenfeindliche Wesen des modernen Imperialismus, der sich schon nicht mehr mit der schonungslosen Ausbeutung der arbeitenden Menschen begnügen will und um der Bereicherung willen zu Verbrechen bereit ist, deren Ungeheuerlichkeit die Erinnerungen an die Gaskammern und Vergasungswagen der Hitlerhenker verblassen lassen würde.

Es ist kein Geheimnis, daß die Vereinigten Staaten unmittelbar vor der Durchführung unterirdischer Kernexplosionen stehen und nur den ersten besten geeigneten Vorwand suchen, um damit zu beginnen. Wenn die Regierung der Vereinigten Staaten schon beabsichtigt, die Kernwaffenexperimente wiederaufzunehmen, so dürfte es jedem klar sein, daß dies nur eine Frage der Zeit ist.

Die Sowjetregierung kann auch nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß der NATO-Verbündete der Vereinigten Staaten, Frankreich, bereits seit längerer Zeit Kernwaffenversuche durchführt. Während sich die Sowjetunion aller Kernwaffenversuche enthielt und am Verhandlungstisch um ein Abkommen mit den Vereinigten Staaten und England über ihre generelle Einstellung bemüht war, führte Frankreich eine Kernexplosion nach der anderen durch. Es setzt sie fort, trotz des Appells der Vereinten Nationen an alle Staaten, auf solche Experimente zu verzichten, trotz der Proteste breiter Kreise der Öffentlichkeit in allen Ländern der Welt, trotz der Warnungen der Sowjetunion, daß sie gezwungen sein wird, die Versuche wiederaufzunehmen, wenn Frankreich nicht mit seinen Kernwaffenexperimenten aufhört.

Wenn die Sowjetunion nicht die notwendigen Schlußfolgerungen aus der Tatsache der Durchführungen von Kernwaffenversuchen durch Frankreich ziehen würde, so wären die Sowjetunion und ihre Verbündeten in einer nachteiligen Lage gegenüber den Vereinigten Staaten, England, Frankreich und den anderen Ländern, die mit ihnen in einem Militärblock vereint sind. Mögen sich diejenigen Menschen in den Vereinigten Staaten und England, bei denen Versuchsexplosionen sowjetischer Kernwaffen Bestürzung auslösen könnten, einmal vorstellen, daß nicht ihr Verbündeter Frankreich, sondern ein Verbündeter der Sowjetunion, zum Beispiel die Tschechoslowakei, Kernwaffenversuche vornehmen würde, während sich alle anderen Mächte solcher Versuche enthalten!

... Mögen die französischen Explosionen in der Sahara vorläufig noch von relativ geringer Stärke sein, ihre politische Resonanz jedoch ist um ein Vielfaches gefährlicher. Die Explosionswelle der französischen Kernwaffenversuche hatte die Hoffnung der Menschen in den entferntesten Gebieten des Erdballs zerschlagen und allgemeinen Zorn und Empörung ausgelöst. Sie rollte auch bis nach Genf und fegte faktisch die Vorschläge vom Verhandlungstisch, deren Ziel es war, mit den Kernwaffenversuchen ein für allemal Schluß zu machen. Die Fortsetzung der Kernwaffenversuche wie auch die aktive Rolle der französischen Regierung im aggressiven militärischen NATO-Block wird von vielen mit Recht mit dem schmachvollen Kolonialkrieg in Algerien und mit dem Ueberfall auf Biserta in Tunesien in Verbindung gebracht.

Man kann mit Fug und Recht fragen: Was haben die Regierungen der Vereinigten Staaten und Englands getan, als Frankreich die Kernwaffen auf dem afrikanischen Kontinent zur Explosion brachte und damit den Vereinten Nationen und den Völ-

kern der ganzen Welt eine Herausforderung entgegenschleuderte? Statt auf ihren militärischen Bündnispartner einzuwirken und ihn von den Kernwaffenversuchen abzuhalten, haben sie im Grunde genommen die Regierung Frankreichs noch ermuntert. Ein genügend überzeugender Beweis dafür ist schon die Tatsache, daß sich die Vereinigten Staaten und England weigerten, die Entschließung der Vollversammlung der Vereinten Nationen zu unterstützen, in der die Staaten aufgerufen werden, keine Kernwaffenversuche durchzuführen.

Die Sowjetregierung würde jedoch nur die halbe Wahrheit sagen, wenn sie verschwiege, daß sich nicht nur die Staaten, die den westlichen Militärblocks angehören, sondern auch viele andere Länder, die für diese Entschließung stimmten, im Grunde genommen damit abgefunden haben, daß die französische Regierung dem Willen der Vereinten Nationen, dem Willen der Völker zuwiderhandelte. Die Sowjetregierung weiß natürlich, daß es unter diesen Staaten zahlreiche aufrichtige Anhänger der Einstellung der Kernwaffenversuche gibt. Aber wenn jetzt das atomare Wettrüsten erneut angefacht wird, sollten die Regierungen dieser Staaten unumwunden und ehrlich zugeben, daß auch sie selbst einen bestimmten Teil der Verantwortung für diese Lage tragen, weil sie jenen französischen Kreisen, die die Welt zur Fortsetzung der Kernwaffenversuche stoßen, nicht rechtzeitig Einhalt geboten haben.

In der Sowjetunion sind die schädlichen Auswirkungen der Kernwaffenversuche auf die lebenden Organismen wohl bekannt, und deshalb werden alle Maßnahmen getroffen, um diese Folgen auf das Mindestmaß zu reduzieren. Jawohl, jedes Kernwaffenexperiment versetzt die Menschen in Unruhe und ist für sie ein seelischer Schmerz. Und wenn die Sowjetregierung trotzdem beschlossen hat, Kernwaffenversuche durchzuführen, so ist ihr das nicht leichtgefallen. Sie war gezwungen, dies zu tun, schweren Herzens, mit größtem Bedauern und erst im Ergebnis der sorgfältigsten und allseitigen Prüfung dieser Frage. Die Sowjetregierung war zu diesem Schritt, dessen Bedeutung sie sich vollauf bewußt ist, unter dem Druck der von den imperialistischen Ländern geschaffenen internationalen Lage gezwungen. Die Politik der führenden NATO-Mächte — der Vereinigten Staaten, Englands, Frankreichs, der deutschen Bundesrepublik — wie auch die Politik dieses aggressiven Blocks insgesamt lassen der Sowjetunion keine andere Wahl.

Das Sowjetvolk, die Sowjetregierung müssen dem Umstand Rechnung tragen, daß wiederum, wie schon vor zwanzig Jahren, an der Schwelle unserer Heimat drohende Kriegswolken heraufziehen, daß Westdeutschland und die heutigen Verbündeten der deutschen Militaristen vom Fieber der Kriegsvorbereitungen geschüttelt werden. Nicht nur die Regierungen der Vereinigten Staaten, Englands und Frankreichs, sondern auch die Regierungen einer Reihe europäischer Länder, deren Völker unter der Hitler-Invasion schwer gelitten haben, helfen heute mit ihren eigenen Händen den westdeutschen Revanchisten, sich für neue Kriegsabenteuer zu rüsten. Auch die Regierungen der kleineren NATO-Staaten — Belgiens, Dänemarks, Hollands, Norwegens, Griechenlands und anderer Teilnehmer dieses Militärblocks — tragen ihren Teil der Verantwortung für die Politik der Aufrüstung Westdeutschlands. Es wird ihnen nicht gelingen, sich hinter dem Rücken ihrer Seniorpartner in der NATO zu verstecken. Sie werden sich selbst für alle schwerwiegenden Folgen dieser kurzsichtigen und gefährlichen Politik verantworten müssen.

Adenauer und die hinter ihm stehenden Kräfte halten Kurs auf die Verwandlung Westdeutschlands in einen bis an die Zähne bewaffneten militaristischen Staat. Das Hauptziel der Außenpolitik dieses Staates ist die Revanche und die Revision der im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges in Europa entstandenen Grenzen. Jetzt will die Regierung der deutschen Bundesrepublik das in den ersten Jahren nach der bedingungslosen Kapitulation Hitler-Deutschlands Versäumte nachholen, als die Vereinigten Staa-

ten, England und Frankreich noch nicht völlig mit den Alliierten-Abkommen gebrochen hatten, die die Entmilitarisierung Deutschlands vorsahen.

Die sechzehn Nachkriegsjahre sind eine vollkommen ausreichende Zeit, um zu beurteilen, ob das Volk Westdeutschlands die notwendigen Lehren aus der militaristischen Vergangenheit und aus den katastrophalen Niederlagen in zwei von Deutschland entfesselten Weltkriegen gezogen hat, so wie das in der Deutschen Demokratischen Republik geschehen ist. Leider spricht vieles dafür, daß der in Westdeutschland lebende Teil des deutschen Volkes sich erneut vom Rausch der Revanche benebeln und von den neu hervorgetretenen Führern auf den Kriegspfad zerren läßt. Wie ließe sich sonst der Umstand erklären, daß die Bevölkerung der deutschen Bundesrepublik jedesmal bei den Bundestagswahlen folgsam ihre Stimme dem Kanzler Adenauer und jenen Politikern gibt, die die Deutschen beharrlich zu neuen Aggressionsakten drängen? Die Deutschen, die für Adenauer stimmen, müssen doch wissen, daß sich Adenauer und die Anhänger seiner Politik in Westdeutschland die gleichen Lösungen des Antikommunismus und der Revanche zu eigen gemacht haben, mit denen Hitler an die Macht kam und dann den Zweiten Weltkrieg entfesselte.

Es steht natürlich jedem Volk frei, die Politiker ans Ruder der Staatsmacht zu stellen, die es wünscht. Aber niemand kann den Völkern der anderen Länder, die schon einmal miterlebt haben, in Deutschland die Saat des Militarismus und der Aggression aufging, das Recht nehmen, ihre warnende Stimme gegen die Wiederholung der tragischen Ereignisse der Vergangenheit zu erheben, eine Stimme, die jeder Deutsche hören muß.

So bitter es auch ist, muß man doch erkennen, daß nicht nur die Deutschen in Westdeutschland, sondern auch die Völker einiger anderer Teilnehmerländer der westlichen Militärböcke die Erfordernisse der Epoche noch nicht begriffen haben und nicht die notwendige Aktivität entwickeln, um die Vorbereitung zu einem neuen Krieg zu unterbinden. Dieser Schluß drängt sich schon deshalb auf, weil sie bei den Wahlen ebenfalls für Kandidaten und Parteien stimmen, die Regierungen bilden, welche eine Politik der verstärkten Rüstungen durchführen. Sie halten sich bei den Bemühungen um die Beseitigung des Kalten Krieges und um die Verteidigung des Friedens abseits und können nicht die Entschlossenheit aufbringen, das Vertrauen und die Unterstützung den Regierungen zu versagen, die in ihrer ganzen Tätigkeit bewiesen haben, daß sie Gegner der allgemeinen und vollständigen Abrüstung und Anhänger des Wettrüstens und der Entfachung der Kriegspsychose sind. Wenn diese Völker nicht ihre Möglichkeiten nutzen, die Regierungen zu zügeln, die die Welt einer Kriegskatastrophe entgegen-treiben, wenn sie nicht ihre Bemühungen mit den anderen Völkern vereinen, um ihren Willen zur Abrüstung, zur völligen Verbannung des Krieges aus dem Leben der menschlichen Gesellschaft durchzusetzen, so kann man daraus nur eine Schlußfolgerung ziehen: Die Völker dieser Länder sind noch nicht erwacht, sie haben noch nicht die ganze Schwere der Verantwortung für die Sicherung des Friedens erkannt, die sie selbst tragen.

Je spürbarer die Gefahr der Entfesselung eines militärischen Konflikts durch Westdeutschland wird, desto dringender und unaufschiebbarer wird der Abschluß eines deutschen Friedensvertrages, der die Völker vor neuen Anschlägen der deutschen Militaristen bewahren würde. Eben dieses Ziel strebt die Sowjetunion bekanntlich an. Aber als Antwort auf die von der Sowjetunion verkündete Entschlossenheit, einen deutschen Friedensvertrag abzuschließen und damit endgültig einen Schlußstrich unter den Zweiten Weltkrieg zu ziehen, droht man ihr mit der Entfesselung eines dritten Weltkrieges.

Eine neuerliche Demonstration der Stärke als Antwort auf die sowjetischen Vorschläge über den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages ist der Einmarsch zusätzlicher Streitkräfte und die Einfuhr zusätzlicher Waffen der Vereinigten Staaten und Englands nach West-Berlin. Für die Verstärkung der militärischen Garnisonen der



Westmächte in West-Berlin hat das keine besondere Bedeutung, sondern dieser Schritt dient offensichtlich einzig und allein provokatorischen Zielen. Das wissen diejenigen am besten, die die Entscheidung getroffen haben, dieses Truppenkontingent nach West-Berlin zu entsenden.

Die Sowjetregierung würde ihre heilige Pflicht vor den Völkern ihres Landes, vor den Völkern der sozialistischen Länder und vor allen Völkern, die nach einem friedlichen Leben streben, nicht erfüllen, wenn sie angesichts der Drohungen und der Kriegsvorbereitungen in den Vereinigten Staaten und einigen anderen NATO-Ländern nicht die ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Vervollkommenung der wirksamsten Waffenarten nutzen würde, die geeignet sind, die Hitzköpfe in den Hauptstädten einiger NATO-Mächte abzukühlen.

In der Sowjetunion liegen fertige Projekte vor für die Schaffung einer Serie nuklearer Bomben mit erhöhter Sprengkraft — in der Größenordnung von 20, 30, 50 und 100 Millionen t Trotyl. Und mächtige Raketen, ähnlich denen, mit deren Hilfe Major Gagarin und Major Titow ihre beispiellosen kosmischen Flüge um die Erde vollbrachten, sind imstande, solche Bomben an jeden beliebigen Punkt des Erdballs zu tragen, von dem aus ein Angriff auf die Sowjetunion oder die anderen sozialistischen Länder erfolgen könnte. Es wäre sträflicher Leichtsinn, nicht die entsprechenden Schlußfolgerungen aus der Lage zu ziehen, die sich angesichts der aggressiven Politik des NATO-Militärblocks ergeben hat, nicht für die Festigung der Sicherheit und Macht des Sowjetstaates, des großen sozialistischen Lagers und aller friedliebenden Staaten zu sorgen.

Die Sowjetregierung wendet sich mit dieser Erklärung nicht nur an die Freunde des Sowjetvolkes, die die Friedenspolitik der Sowjetunion richtig verstehen, sondern auch an jene Menschen im Ausland, die vielleicht über die Durchführung von Versuchen mit neuen Kernwaffentypen durch die Sowjetunion streng urteilen möchten. Die Sowjetregierung tut diesen Schritt in der festen Zuversicht, daß die Völker den erzwungenen Charakter dieser Maßnahme und ihre Unvermeidlichkeit unter den entstandenen Bedingungen begreifen werden. Um dem Aggressor die Lust zu nehmen, ein verbrecherisches Spiel mit dem Feuer zu treiben, muß er wissen und sehen, daß es in der Welt eine Kraft gibt, die bereit und genügend gerüstet ist, jeden Anschlag auf die Unabhängigkeit und Sicherheit der friedliebenden Staaten zurückzuschlagen, und daß die Waffe der Vergeltung den Aggressor in seiner eigenen Höhle treffen wird.

Die Sowjetregierung sagt das alles nicht nur, um restlos die Motive klarzustellen, die sie veranlaßten, zu diesem Zeitpunkt Kernwaffenversuche durchzuführen. Sie erinnert in erster Linie deshalb daran, damit die Völker der ganzen Welt wissen, von wo die Gefahr kommt, damit sie die Umdriebe der Feinde des Friedens mit wachem Auge verfolgen und ihre Kräfte zum Kampf gegen diese Gefahr vereinen können. Mögen alle, denen die Erhaltung des Friedens am Herzen liegt, wissen, daß sie sich fest auf die Sowjetunion stützen können, auf die von ihr unternommenen gigantischen Anstrengungen, die darauf gerichtet sind, die Anstifter der Kriegspsychose zur Vernunft zu bringen und dem immer schneller werdenden Lauf zu einem neuen Krieg Einhalt zu gebieten.

Die Sowjetunion läßt sich unverändert von den Leninschen Prinzipien der friedlichen Koexistenz leiten. Sie bedroht niemanden und hat noch weniger die Absicht, irgend jemanden zu überfallen. Die Sowjetregierung erklärt feierlich, daß die Streitkräfte der Sowjetunion niemals als erste Waffen zur Anwendung bringen werden...

Sie bekräftigt erneut, daß die Sowjetunion jederzeit bereit ist, ein Abkommen über die allgemeine und vollständige Abrüstung zu unterzeichnen, das den Kernwaffenversuchen ein Ende setzen würde...

Quelle: *Neues Deutschland* vom 31. August 1961.

**Appell des Präsidenten der Vereinigten Staaten, John F. Kennedy, und des britischen Premierministers, Harold Macmillan, vom 3. September 1961 an Ministerpräsident N. S. Chruschtschow über die Einstellung aller Kernwaffenversuche in der Atmosphäre**

*Betrifft:* Abkommen über die Einstellung der Kernwaffenversuche in der Atmosphäre.

Der Präsident der Vereinigten Staaten und der Premierminister Großbritanniens schlagen Ministerpräsident Chruschtschow vor, daß ihre drei Regierungen mit sofortiger Wirkung übereinkommen, keine Kernwaffenversuche in der Atmosphäre durchzuführen, die radioaktive Ausfällungen verursachen.

Ihr Vorschlag zielt darauf ab, die Menschheit vor den zunehmenden Gefahren der Verseuchung der Atmosphäre zu schützen und zur Verringerung der internationalen Spannungen beizutragen.

Sie ersuchen Ministerpräsident Chruschtschow, telegrafisch seine sofortige Annahme dieses Angebots und die Einstellung weiterer Versuche in der Atmosphäre mitzuteilen.

Sie ersuchen weiter, daß ihre Vertreter in Genf bis spätestens 9. September zusammentreffen, um dieses Abkommen zu schließen und den Vereinten Nationen darüber zu berichten. Sie hoffen ernsthaft, daß die Sowjetunion dieses Angebot annehmen wird, das bis zu dem genannten Zeitpunkt gültig bleibt.

Sie weisen darauf hin, daß die Vereinigten Staaten und Großbritannien bezüglich der Versuche in der Atmosphäre bereit sind, sich auf die bestehenden Mittel und Wege zur Feststellung zu verlassen, die sie als ausreichend betrachten, und keine zusätzlichen Kontrollen vorschlagen. Sie bekräftigen jedoch ihren ernsthaften Wunsch, einen Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen abzuschließen, der auch auf andere Formen der Versuche anwendbar ist, und bedauern, daß die sowjetische Regierung das Zustandekommen eines solchen Abkommens verhindert hat.

Quelle: *Kabel-Dienst* (Botschaft der Vereinigten Staaten, Bad Godesberg) vom 5. September 1961.

**Erklärung des Präsidenten der Vereinigten Staaten, John F. Kennedy, vom 5. September 1961 über die Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche**

*Betrifft:* Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche im Laboratorium und unter der Erde durch die Vereinigten Staaten.

Angesichts der fortgesetzten Versuche der sowjetischen Regierung habe ich heute die Wiederaufnahme der Kernversuche im Laboratorium und unter der Erde ohne radioaktive Ausfällungen angeordnet.

Wir haben in unseren Bemühungen um eine Beendigung der Kernwaffenversuche jeden nur möglichen Schritt unternommen, den ein vernünftiger Mensch verantworten kann.

Angesichts der Handlungen der sowjetischen Regierung müssen wir jetzt jene Schritte tun, die ein kluger Mensch als entscheidend wichtig ansehen muß.

Wir haben keine andere Wahl, wenn wir den Verpflichtungen der amerikanischen Regierung gegenüber ihren eigenen Bürgern und gegenüber der Sicherheit der anderen freien Nationen nachkommen wollen.

Unser Angebot, ein Abkommen über die Beendigung aller radioaktive Ausfällungen hervorrufenden Versuche zu schließen, bleibt bis zum 9. September bestehen.

Quelle: *Kabel-Dienst* (Botschaft der Vereinigten Staaten, Bad Godesberg) vom 6. September 1961.

## Das Berlin-Problem im Rahmen der weltweiten Zielsetzung des Kommunismus

Der Unterstaatssekretär für internationale Sicherheit im amerikanischen Verteidigungsministerium, Paul H. Nitze, hielt am 7. September vor dem Verband amerikanischer Armeeingehöriger in Washington eine Rede zur außenpolitischen Lage. Die Rede wurde in einem am 11. September vom United States In-

formation Service herausgegebenen „Potomac Cable“ als „autoritative Darstellung der amerikanischen Sicherheitspolitik angesichts der kommunistischen Herausforderung“ bezeichnet und nicht nur westlichen Politikern, sondern auch den Führern kommunistischer Staaten besonders zur Beachtung empfohlen.

**Rede des Unterstaatssekretärs für internationale Sicherheit im amerikanischen Verteidigungsministerium, Paul H. Nitze, vor dem Verband amerikanischer Armeeingehöriger am 7. September 1961 in Washington**

*Betrifft:* Berlin — Ziele des Sowjetblocks — Ziele des Westens — Haltung der Neutralen — militärische Maßnahmen der USA.

In den vergangenen Wochen wurden wir Zeuge einer Reihe von Entscheidungen, die die Verstärkung der amerikanischen Armee betreffen. Ich glaube, daß wir in den kommenden Wochen weitere ähnliche Entscheidungen erleben werden. Es ist daher angebracht, wenn ich dieses Jahrestreffen des Verbandes amerikanischer Armeeingehöriger zum Anlaß nehme, um einiges zu der allgemeinen Weltlage zu sagen, die diese Entscheidungen bewirkte und bewirken wird.

Vor allem dürfte es für jeden klar ersichtlich sein, daß die gegenwärtige Krise von Herrn Chruschtschow persönlich gewollt ist. Er hat die Initiative ergriffen, er hat den Zeitpunkt gewählt, er hat die Forderungen und die Drohungen ausgesprochen. Er hat die Termine festgelegt, und er könnte, wenn er wollte, die Krise beenden. Er spielt die klassische Rolle eines Aggressors.

Die Krise hat ihren Brennpunkt in Berlin — einer Enklave, deren Zugangswege durch sowjetisch kontrolliertes Gebiet laufen. Aber diese gegenwärtige Krise umfaßt mehr als nur Berlin. In ihr stehen die Ziele des Sowjetblocks in ihrer Gesamtheit den Zielen der nichtkommunistischen Welt in totaler Konfrontierung gegenüber.

Die Führer der Sowjets bezeichnen sich als „friedliebend“. Das sozialistische Lager, so erklären sie, wünsche nichts als den Frieden. Lassen Sie uns einmal untersuchen, was dies in Wirklichkeit besagt. Außenminister Rusk hat bereits auf die ungewöhnliche Wortverdrehung hingewiesen, die es den totalitären Regimen möglich macht, sich selbst als „Demokratien“ zu bezeichnen und die westlichen „Verteidigungs“-Maßnahmen als „Aggression“ zu stempeln. Wenn die Russen sagen, sie seien „friedliebend“, so kommt darin andererseits auch zum Ausdruck, daß sie einer bestimmten Entwicklung den Vorzug geben würden; sie würden es nämlich vorziehen, ohne militärischen Konflikt die Herrschaft zu erlangen. Sie möchten, daß der Westen seine Hingabe an die Sache des Friedens durchaus beweist, daß er allen sowjetischen Forderungen entgegenkommt — so maßlos sie auch sein mögen — und auf diese Weise die Richtigkeit des kommunistischen Dogmas beweisen hilft, daß der Triumph ihres sogenannten „Sozialismus“ ohne Krieg erreicht wird. Ich halte es für wesentlich, daß alle freien Menschen diese sowjetische Weltanschauung verstehen.

Wie verdreht deren Logik uns auch immer erscheinen mag, so ist doch klar, daß die Sowjets ernsthaft behaupten, die einzige Gefahr für den „Frieden“ komme von denjenigen, die ihrer Aggression gegenüber fest zu bleiben gedenken, die eher einen Krieg riskieren, als die Werte einer freien Gesellschaftsform preisgeben würden. Wie Clause-



witz es vor Jahren kurz und prägnant gesagt hat, der Aggressor ist immer friedliebend; denn er möchte ohne Widerstand in das Gebiet seines Opfers vordringen. Clausewitz sagte, daß der Krieg um des Verteidigers willen existiert; zum Kriege kommt es nur, wenn der Verteidiger für seine lebenswichtigen Interessen lieber kämpfen, als sie preisgeben will.

Wir wollen uns jetzt dem besonderen Fall Berlin zuwenden. Die Ziele des Westens sind klar und offen: Wir sind verpflichtet, die Freiheit der West-Berliner Bevölkerung und die Lebensfähigkeit der Stadt selbst zu erhalten. Das bedeutet, es muß das Recht auf freien Zugang nach Berlin geben. Um dieses Recht zu gewährleisten, ist es notwendig, daß auch weiterhin Streitkräfte der drei Westmächte in der Stadt stationiert bleiben. Die Hauptziele der Sowjets bestehen darin, das Fenster nach Osteuropa, das Berlin darstellt, zu beseitigen — dies haben sie zum Teil mit der Abriegelung des Ostteiles der Stadt erreicht — und zumindest eine de facto-Anerkennung des ostdeutschen Staates und seiner derzeitigen Grenzen durchzusetzen. Sie möchten die militärische Anwesenheit des Westens in West-Berlin unterminieren und die Stadt fest unter ostdeutsche oder russische Kontrolle bringen.

Ich persönlich bin überzeugt, daß dabei außerdem noch ein viel umfassenderes kommunistisches Ziel im Spiele ist, bei dem Berlin nur eine Art Versuchsfeld darstellt. Dieses Ziel besteht darin, dem Westen und den Vereinigten Staaten durch Gewaltandrohung und Taktiken des Terrors eine psychologische Schlappe beizubringen, indem sie dem Anschein nach unsere Ohnmacht angesichts der vielgepriesenen sowjetischen Macht demonstrieren. Im Verein damit hoffen sie, durch eine Kombination von Drohungen und Schmeicheleien die Einheit der NATO-Allianz aufzubrechen und den Widerstandswillen einzelner oder aller ihrer Mitglieder gegen das kommunistische Programm zu untergraben. Würden die Kommunisten mit diesen Zielen Erfolg haben, dann wären die Auswirkungen dieses Erfolges nicht nur in Westeuropa, sondern unbedingt in der ganzen Welt — in Indochina, im Fernen Osten, im Nahen Osten, in Afrika und Lateinamerika — zu spüren.

Die sowjetische Entscheidung, die Kernwaffenversuche wieder aufzunehmen, ist offensichtlich ein Teil dieses Einschüchterungsplanes. Der Zeitpunkt ihrer Ankündigung war in der Tat ein wohlberechneter Nasenstüber für die Belgrader Konferenz der blockfreien Staaten. Er besagte im wesentlichen: „Wir sind stark, wir sind gerüstet, wir werden tun, was uns paßt“ — in direktem Gegensatz zu den Worten unserer eigenen Unabhängigkeitserklärung tragen die Sowjets stolz eine „schamlose Mißachtung“ der öffentlichen Meinung zur Schau.

Die neutralen Staaten glauben, daß die sowjetische Haltung starr und unwandelbar ist — ein Eindruck, den die Sowjets nach besten Kräften bestärkten — und daß daher der Westen einen Rückzieher machen, ja, wenn notwendig, die Sowjetunion beschwichtigen muß, falls ein dritter Weltkrieg vermieden werden soll. Diese irrtümliche Ansicht bestärkt die Sowjets in ihrer „Salamitaktik“, durch die sie eine Konstellation zu vermeiden hoffen, bei der die Frage des Krieges so unumgänglich auftauchen würde wie bei Pearl Harbor. Es ist daher wahrscheinlicher, daß sie versuchen werden, den Westen zu einer Reihe von Rückzügen zu zwingen — von denen keiner an sich bedeutungsvoll genug erscheinen würde, um eine glatte Entscheidung für den Krieg zu erfordern, die aber insgesamt dem Westen eine Niederlage bereiten würden. Die Kommunisten sollten jedoch begreifen, daß die Demokratien zwar ein großes Maß an Geduld und Langmut besitzen, daß aber schließlich ein Punkt erreicht wird, wo ein einziger weiterer Strohalm die Tragwilligkeit dieser Langmut zusammenbrechen läßt. Jede Einmischung in unsere wesentlichen Rechte in bezug auf Berlin muß von uns als ein solcher Strohalm betrachtet werden, der diese Tragwilligkeit zerbricht.

Berlin ist der Brennpunkt eines größeren Problems. Unsere Kapazität, der Berlin-Situation zu begegnen, geht über die Grenzen dieser Stadt und ihrer Zugangswege

hinaus. Dies kam mir während der jüngsten Verhandlungen in Genf über das Laos-Problem zum Bewußtsein. Um seine Argumente zu bekräftigen, wies der sowjetische Außenminister, Gromyko, mehrmals auf eine Karte von Laos, auf der die verschiedenen Gebiete markiert waren, die angeblich von den einzelnen Streitkräften beherrscht wurden, und sagte: „Sehen Sie nur auf die Karte!“ Die Frage war jedoch nicht, was man auf der Karte sehen würde, sondern ob diese Karte die richtige sei. War sie groß genug? Herr Gromyko versuchte unsere Aufmerksamkeit auf eine Karte zu lenken, die sich auf ein Gebiet beschränkte, das den Kommunisten einen überwiegenden Vorteil bot — nicht jedoch auf eine größere Karte, aus der unsere jeweilige Stärke, unter einem globalen Maßstab gesehen, hervorginge. Worauf es ankommt, ist, daß wir ein lokal begrenztes Übergewicht der kommunistischen Stärke durch die Entschlossenheit ausgleichen können, die eigene westliche Stärke in einer anderen Form als die von den Sowjets gewählte zum Tragen zu bringen. Sowjetische Panzer auf der Autobahn nach Berlin würden nur an einem der vielen Punkte auf der ganzen Welt dazwischentreten können, an denen die wesentlichen und lebenswichtigen Interessen des sowjetischen Imperiums verletzbar sind.

Bei der Begegnung der kommunistischen Herausforderungen in Berlin — oder anderswo — darf ein allgemeiner Atomkrieg nicht unsere einzige Zuflucht sein. Aber ich möchte hier sehr klar betonen: Wir müssen zuerst eine atomare Schlagkraft besitzen, ehe die uns zur Begegnung dieser Herausforderungen zur Verfügung stehenden anderen Möglichkeiten wirkungsvoll sein können. Eine der ersten Aufgaben, denen sich die neue amerikanische Regierung zuwandte, bestand daher in der Stärkung unseres atomaren Abschreckungspotentials sowohl für die unmittelbare Zukunft als auch auf längere Sicht hin.

Um dies zu erreichen, haben die Vereinigten Staaten eine ganze Reihe von Maßnahmen ergriffen. Erstens begannen wir unsere Raketenabschreckungswaffe zu verbessern, indem wir mehr Gewicht auf verborgene, bewegliche oder unverwundbare Abschußsysteme legten. Wir beschleunigten das Bauprogramm für die Polaris-Unterseeboote. Wir erweiterten die Entwicklung der Feststoffrakete „Minuteman“. Wir entwickelten ferner verbesserte Luft-Boden-Raketen, wie zum Beispiel die „Skybolt“.

Zweitens, um unsere verfügbaren Bomberverbände für ihre atomare Abschreckungsaufgabe zu schützen, haben wir unsere Boden- und Luftwarnsysteme verstärkt und arbeiten an der Einrichtung von Bombenalarmanlagen und -signalen in wichtigen Warn- und Nachrichtenzentren und in allen Stützpunkten des Strategischen Luftkommandos.

Drittens, wir bauen unsere kontinentalen Verteidigungs- und Warnsysteme aus und verbessern sie ständig; ich nenne als Beispiel das Raketen-Frühwarnsystem und das Midas-Satellitennetz, durch die die Schnelligkeit der Warnung vor einem gegen uns gerichteten Angriff um weitere kostbare Minuten erhöht wird.

Viertens, wir prüfen sorgfältig sowohl organisatorisch als auch technisch das Problem des Einsatzbefehls für nukleare Waffen und ihrer Kontrolle, um sicherzustellen, daß die Entscheidung für die Anwendung derartiger Waffen unter der Autorität des Präsidenten verantwortungsvoll ausgeübt werden kann, und um die Gefahren eines durch Zufall oder Fehleinschätzung ausgelösten Krieges zu vermindern.

Fünftens, als Schutz- und Sicherheitsvorkehrung zur Linderung der Verheerungen für unsere Bevölkerung im Falle eines Atomkrieges haben wir ernsthaft ein Programm der Zivilverteidigung in Angriff genommen.

Schließlich aber werden wir trotz der Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche durch die Sowjets weiterhin vernünftige Vorschläge für eine verantwortungsbewußte Rüstungskontrolle unterstützen.

Wenn wir lediglich über eine starke Atomwaffe verfügten, um den kommunistischen Herausforderungen zu begegnen, dann könnte uns eine Situation, bei der die Kommu-

nisten eine lokale Kraftüberlegenheit besitzen, zu der Alternative einer nationalen Demütigung oder eines totalen Krieges zwingen. Aus diesem Grunde besteht das zweite Ziel unserer Regierung darin, die — was die militärische Seite anbetrifft — dazwischen liegenden Möglichkeiten stärker zu betonen und auszubauen. Der amerikanischen Armee kommt hierbei eine entscheidend wichtige Rolle zu. Unsere Fähigkeit, Herausforderungen mit einem wachsenden Maß an Stärke — von einem totalen Krieg abgesehen — zu begegnen, ist in der Vergangenheit vernachlässigt worden. Wir tun unser Bestes, um die notwendigen Anpassungen vorzunehmen.

Beginnend mit Präsident Kennedys Sonderbotschaft zum Verteidigungsbudget vom März dieses Jahres\* haben die Vereinigten Staaten einen neuen Nachdruck auf eine vermehrte konventionelle Schlagkraft gelegt. Dazu gehören: die Erweiterung der Forschung in bezug auf nichtnukleare Waffen; die Aufstellung von neuen, modernen Lufttransportmaschinen mit größerem Aktionsradius und die Vergrößerung der Seetransportkapazität; ein Umbau der taktischen Jagdflugzeuge, um sie für den Einsatz konventioneller Waffen und für Landungen und Starts in verschiedenartigstem Gelände besser geeignet zu machen; ferner eine Erhöhung der Mannschaftsstärke in bescheidenem Umfang.

In seiner tiefen Besorgnis über die unnachgiebige Haltung der Sowjets in bezug auf Berlin sprach Präsident Kennedy am 25. Juli\*\* zur Nation und forderte weitere Maßnahmen zur Verbesserung unserer konventionellen Streitkräfte in kürzester Frist, die in Einklang mit seinem auf weitgestreckte Ziele gerichteten Programm stehen. Schiffe und Flugzeuge, die für die taktische Luftstreitmacht, den Lufttransport und die U-Boot-Abwehr von Bedeutung sind, werden im Dienst belassen oder wieder in Dienst gestellt, und die Ausrangierung bestimmter Bomber vom Typ B-47 wird vorerst aufgeschoben. Die Einberufungen werden wesentlich gesteigert. Wir füllen unsere vorhandenen Armeedivisionen auf und nehmen bestimmte Verstärkungen in den Luftstreitkräften und der Marine vor. Verteidigungsminister McNamara hat in diesem Zusammenhang vor kurzem die Aufrufung bestimmter Reserven angekündigt, worin unsere Sorge um die Verbesserung unserer Kampfbereitschaft im Falle einer weiteren Verschlechterung der Berlin-Situation ihren Ausdruck findet. Ich rechne damit, daß Sie in nächster Zukunft Zeuge weiterer Maßnahmen zur Verbesserung dieser Bereitschaft sein werden. Die Reihe der bisherigen Maßnahmen soll die bei unseren Streitkräften vorhandenen Lücken ausfüllen — vor allem bei den Streitkräften in Westeuropa —, um ihre Ausbildung und Bereitschaft zu steigern und sie mit dem für eine verbesserte konventionelle Kampfkapazität Notwendigen zu versehen. Sie sind ein Teil der Bemühungen, auf kurze Frist wie auf lange Sicht die Kapazität der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten zu erhöhen, wirksam auf einer nichtatomaren Basis zu kämpfen und dabei gleichzeitig eine starke und einsatzbereite atomare Abschreckungswaffe zu erhalten und zu verbessern.

Die Steigerung der konventionellen Kampfkraft wird unsere auf die Abschreckung vor einem Krieg ausgerichtete Politik nicht schwächen, sondern stärken. Denn die Fähigkeit, Truppen in dem (oben erwähnten) Zwischenbereich einzusetzen, wird der Sowjetunion die sichere Aussicht glaubhafter erscheinen lassen, daß wir unsere nichtnuklearen Streitkräfte durch den Einsatz unserer strategischen Kampfkapazität stützen würden, falls dies sich als notwendig erweisen sollte.

Zusammenfassend gesagt: Wir haben erstens ein mächtiges Atomwaffenpotential. Die sowjetische Drohung, Kernwaffen im Bereich von 100 Megatonnen zu entwickeln, beeindruckt uns nicht sonderlich. Wir haben kein Interesse an Waffen terrorartiger Natur; unser Atomwaffenpotential ist vielmehr auf spezifische Aufgaben zugeschnitten. Wir haben eine ungeheure Vielfalt an Sprengköpfen, die uns die notwendige Elastizität

\*) Vgl. den Wortlaut auf S. D 252 ff.

\*\*) Vgl. den Wortlaut auf S. D 498 ff.



verleihen, um Atomwaffenaktionen durchzuführen, die von einer riesigen Zerstörung bis zur bloßen Demolierung in kleinem Umfang reichen. Ich kann natürlich keine einzelnen gehenden Angaben machen, aber ich darf wohl sagen, daß die Zahl der nuklearen Einsatzmittel aller Typen, über die die Vereinigten Staaten verfügen, die Elastizität für praktisch alle Arten und gerade der Kriegführung verleiht.

Zweitens, wir besitzen gleichzeitig eine wachsende nichtnukleare Kampfkapazität, die stark ausbaufähig ist. Die Wirtschaftsbasis, die durch die Vereinigten Staaten und ihre westeuropäischen Verbündeten gebildet wird, übertrifft die des kommunistischen Blocks bei weitem. Um sie jedoch zur Entwicklung einer konventionellen militärischen Stärke einzusetzen, die ausreicht, um die Stärke der Kommunisten an konventionellen Kampfmitteln voll auszugleichen, werden Entschlossenheit, Wille und Opfer erforderlich sein. Ich kann Ihnen nur versichern, daß — sobald die Entwicklungen derartiges gebieten — die Regierung sie fordern wird, in vollem Vertrauen, daß das amerikanische Volk so reagieren wird, wie es stets reagiert hat, wenn seine führenden Männer ihn große Aufgaben stellten, und daß unsere Verbündeten ihren Anteil dazu beitragen werden.

Die heutige Berlin-Krise rückt die grundlegenden Fragen im Hinblick auf den Ablauf der nächsten hundert oder mehr Jahre der Weltgeschichte in den Brennpunkt. Wir scheinen jetzt an einem entscheidenden Krisenpunkt zu stehen. Die nächsten neunzig und mehr Tage werden vielleicht die Bewährungsprobe bringen, die darüber entscheiden wird, ob die künftige Geschichte eine Geschichte des trostlosen Konformismus mit einem weltweiten Totalitarismus sein wird. Selbst wenn wir den Herausforderungen der nächsten neunzig Tage oder gar des nächsten Jahres begegnen, wird dies nicht alle unsere Probleme lösen. Die grundlegende kommunistische Herausforderung wird andauern. Wir werden ihr an allen Fronten begegnen müssen — an der politischen, der wirtschaftlichen, der militärischen und der psychologischen —, wenn die Freiheit auf der Welt nicht untergehen soll. An der militärischen Front kann unser Erfolg sehr wohl von der Anzahl der Möglichkeiten abhängen, über die wir verfügen und mit deren Hilfe wir elastisch auf einen weiten Bereich eventueller Provokationen reagieren können. In großem Maße sind es die Landtruppen der US-Armee, die uns diese militärische Elastizität verleihen werden. Dies ist einer der wichtigen Gründe, warum ich es für eine so große Auszeichnung halte, vor Ihnen — dem Verband amerikanischer Armeeangehöriger — zum gegenwärtigen Zeitpunkt sprechen zu dürfen.

Quelle: *Kabel-Dienst* (Botschaft der Vereinigten Staaten, Bad Godesberg) vom 12. September 1961.

## Die Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche (II)

Am 9. September 1961 nahm der sowjetische Ministerpräsident, Nikita S. Chruschtschow, zu dem gemeinsamen Appell des amerikanischen Präsidenten, John F. Kennedy, und des britischen Premierministers, Harold Macmillan, vom 3. September zur Einstellung der Kernwaffenversuche in der Atmosphäre (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 572) Stellung. Chruschtschow lehnte das vorgeschlagene Abkommen ab und begründete die Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche durch die Sowjetunion mit den „fieberhaften militärischen Vorbereitungen der NATO-Mächte“ (vgl. S. D 578 ff.).

Der amerikanische und der britische Vertreter bei der Genfer Konferenz zur Einstellung der Kernwaffenversuche hatten am 4. September auf der 339. Sitzung der Konferenz den gemeinsamen Appell ihrer Regierungschefs zu Protokoll gegeben. Nachdem der sowjetische Delegierte, Semjon Zarapkin, zu verstehen gegeben hatte, daß die Antwort der Sowjetunion bereits in der Erklärung der Sowjetregierung vom 30. August (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. 563 ff.) enthalten sei, hatte sich die Konferenz auf den 9. September vertagt. Nach Uebermittlung der Erklärung Chruschtschows vom 9. Sep-

tember trat die Konferenz am gleichen Tage zu ihrer vorläufig letzten Sitzung zusammen. Das Problem der Einstellung der Kernwaffenversuche steht nun auf der Agenda der 16. UN-Vollversammlung.

Kennedy und Macmillan brachten in einer gemeinsamen Erklärung vom 9. September ihr Bedauern über die Ablehnung ihres Vorschlages zum Ausdruck (vgl. S. D 584).

**Erklärung des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. Chruschtschow, vom 9. September 1961 zu dem gemeinsamen Appell des Präsidenten der Vereinigten Staaten, John F. Kennedy, und des britischen Premierministers, Harold Macmillan, vom 3. September 1961**

*Betrifft:* Spannung der internationalen Lage — Kernwaffenversuche — Abrüstungsprobleme — Sicherheitsinteressen der Sowjetunion — Ablehnung der amerikanisch-britischen Vorschläge — Wiederaufnahme unterirdischer Versuche durch die USA — Versuche im kosmischen Raum — Genfer Verhandlungen — Frankreich als Atom-macht — NATO-Politik — militärische Vorbereitungen der USA und ihrer Verbündeten — deutscher Friedensvertrag — erhöhte Verteidigungsanstrengungen der Sowjetunion — Begründung des sowjetischen Beschlusses zur Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche — radioaktive Niederschläge — Gleichgewicht der Kräfte — allgemeine und vollständige Abrüstung — Belgrader Konferenz.

Die Sowjetregierung hat in die gemeinsame Erklärung des Präsidenten der Vereinigten Staaten und des Ministerpräsidenten Großbritanniens vom 3. September dieses Jahres zur Frage der Kernwaffenexperimente Einblick genommen. Wie ist diese Erklärung zu bewerten?

Vor allem verdient der Umstand Beachtung, daß die führenden Staatsmänner der Vereinigten Staaten und Großbritanniens mit keinem einzigen Wort die Schärfe der gegenwärtigen Situation, die Spannung der internationalen Lage erwähnt haben, obwohl es ihnen doch, wie man meinen sollte, klar sein mußte, daß die Frage der Kernexperimente unmöglich losgelöst von dieser Situation betrachtet werden kann. Gerade von den Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens, die in den Militärblocks des Westens das Zepter führen, dürfen die Völker eine klare und unumwundene Antwort darauf erwarten, wann sie eigentlich aufhören werden, mit Waffen zu klirren, wann sie endlich aufhören werden, die Welt in die Katastrophe eines Kernkriegs zu treiben.

Das alles beiseite lassend, trennen Herr Kennedy und Herr Macmillan nicht nur die Frage der Kernwaffenexperimente vom Abrüstungsproblem, dessen Bestandteil sie ist, sondern versuchen sie auch, die Frage isoliert, wie in einem Probierrglas, ohne Zusammenhang mit den wichtigen internationalen Ereignissen zu betrachten. In jeder Zeile der Erklärung des Präsidenten der Vereinigten Staaten und des Ministerpräsidenten Großbritanniens tritt das Bestreben zutage, den Westmächten und ihren Verbündeten in den aggressiven Militärblocks um jeden Preis einseitige militärische Vorteile auf Kosten der Sicherheitsinteressen der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten zu sichern. Und dabei versuchen die leitenden Staatsmänner der Vereinigten Staaten und Großbritanniens noch, die Dinge so hinzustellen, als würde ihre gemeinsame Erklärung von Sorge für die internationale Entspannung und für die Interessen der ganzen Menschheit getragen sein.

Doch welch hochtrabende Worte die Chefs der Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens bei dem Versuch zur Rechtfertigung ihres Kurses in der Frage der Kernwaffen auch wählen mögen, damit kann man aggressive Politik nicht für friedliebend, Barbarei nicht für Humanismus ausgeben.

Damit klar wird, welchen Zielen diese Erklärung dient, wollen wir betrachten, welchen konkreten Inhalt sie hat.

In der Erklärung wird der Vorschlag gemacht, daß die Sowjetunion, die Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien unverzüglich übereinkommen, keine Kernwaffenversuche in der Atmosphäre anzustellen, wobei jedoch die Frage der experimentellen Explosionen dieser Waffen unter der Erde und im Kosmos von dieser Uebereinkunft nicht berührt werden soll.

Den Sinn dieses Vorschlags zu durchschauen, ist nicht allzu schwierig. Man schlägt uns vor, daß die Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien, schon gar nicht zu sprechen von Frankreich, das von diesem Vorschlag überhaupt nicht berührt wird, die Möglichkeit behalten, die Kernwaffe auch weiterhin zu vervollkommen. Doch auch dies scheint wenig zu sein. Man will versuchen, ob es nicht gelingt, der Sowjetunion die Hände hinsichtlich der Steigerung ihrer Verteidigungskraft noch stärker zu binden. Mit anderen Worten — man möchte mit einer propagandistischen Klappe zwei Fliegen schlagen: Mit Einverständnis der Sowjetunion die eigenen militärischen Vorbereitungen im Bereich der Kernrüstungen heiligen und zu gleicher Zeit dem Verhandlungspartner — der Sowjetunion — ein Bein stellen.

In Wirklichkeit ist bekannt, daß das in den Vereinigten Staaten abgefaßte Programm zur Entwicklung neuer Typen von Kernwaffen gegenwärtig die Durchführung gerade von unterirdischen Versuchen, das heißt einer solchen Art von Versuchen erfordert, denen der amerikanisch-britische Vorschlag freie Bahn zu geben ausersehen ist. Eine Reihe von Jahren hindurch haben sich die Vereinigten Staaten bei den Verhandlungen der drei Kernmächte in Genf für Legalisierung der unterirdischen Kernversuche eingesetzt, was eines der Haupthindernisse für den Abschluß eines Vertrags über vollständige Einstellung der Kernwaffenversuche war. Es ist ja kein Geheimnis, daß in den Vereinigten Staaten die Durchführung unterirdischer Kernwaffenversuche schon seit langem eingeplant ist und entsprechende Schächte und riesige unterirdische Gänge im Staat Nevada bereit gehalten werden.

Wenn es noch eines Beweises bedurfte, daß die Ziele, die mit der gemeinsamen Erklärung des Präsidenten der Vereinigten Staaten und des Ministerpräsidenten Großbritanniens verfolgt werden, höchst durchsichtig sind, so hat einen solchen Beweis Herr Kennedy selber mit der Anordnung erbracht, die unterirdischen Kernwaffenexperimente am 5. September, dies ist zwei Tage nach dem Appell an die Sowjetunion, wieder aufzunehmen. Die Regierung der Vereinigten Staaten war von solcher Ungeduld ergriffen, daß es ihr offenbar nicht in den Sinn kam, sei es auch aus Anstand, die Antwort der Sowjetregierung auf die amerikanisch-britische Erklärung abzuwarten. Ist etwa daraus nicht ersichtlich, daß sie von allem Anfang an nicht die Absicht hatte, ihre Maßnahmen mit der bevorstehenden Antwort der Sowjetregierung auf diese Erklärung in Uebereinstimmung zu bringen?

Die Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens versuchen nicht zum erstenmal, ein Verbot der Kernwaffenexperimente so zu gestalten, daß solche Experimente lediglich in der Atmosphäre nicht durchgeführt werden. Ein Vorschlag, analog dem jetzigen, wurde von ihnen beispielsweise im Jahre 1959 gemacht. Weshalb war und bleibt die Sowjetregierung Gegner eines derartigen Herangehens an die Frage der Einstellung der Kernwaffenversuche? Deshalb, weil ein Abkommen über Einstellung nur einer Art von Versuchen — in der Atmosphäre — einen schlechten Dienst der Sache des Friedens erwiese. Es würde Völkerbetrug bedeuten. Ein solches Abkommen könnte bei den Völkern schädliche und gefährliche Illusionen erwecken, daß Schritte zur Einstellung des Wettrüstens getan würden, während in Wirklichkeit nichts dergleichen geschähe. In Wirklichkeit würden die Staaten schon „legitim“ die vorhandenen Arten von Atom- und Wasserstoffwaffen weiter vervollkommen und dafür unter-



irdische Versuche, darunter auch für sogenannte friedliche Zwecke, sowie Versuche im kosmischen Raum auswerten.

Ueberdies würde auch die Möglichkeit gewahrt bleiben, auf der Grundlage der Angaben, die durch diese Experimente erzielt werden, neue Arten von Kernwaffen von noch größerer Zerstörungskraft zu entwickeln. Natürlich würden sich die militärischen Kreise der NATO-Staaten nur vergnügt die Hände reiben, denn sie wissen sehr wohl, daß die Durchführung eines solchen Planes Wasser auf die Mühle des NATO-Blocks — des potentiellen Aggressors — leiten würde.

Das Kernwetterrüsten ginge mithin weiter, und seine gefährlichen Folgen wären um nichts geringer als jetzt. Den Abschluß eines Abkommens, das eine Art Rennen bei der Durchführung unterirdischer Kernwaffenversuche und, wenn erwünscht, im Kosmos oder unter Wasser entfesselt, könnten die Völker mit vollem Grund als unehrliche Abrede bewerten. Auf eine solche Abrede kann und wird die Sowjetregierung selbstverständlich nicht eingehen. Eine solche Abrede wollen jene, die ihre Politik auf Täuschung der Völker, auf Spiel mit Verhandlungen gründen.

Die Sowjetunion ist Verfechter der Einstellung aller Arten von Kernwaffenversuchen, ohne irgendwelche Ausnahme, überall und auf ewige Zeiten. Gerade als Ergebnis sowjetischer Bemühungen wurden vor drei Jahren die Verhandlungen von Vertretern der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten und Großbritanniens über Einstellung der Kernwaffenexperimente begonnen. Die Sowjetregierung ging auf diese Verhandlungen in der Hoffnung ein, daß sich auch die Westmächte zu einer Vereinbarung über Einstellung der Experimente entschließen werden. Im Laufe der Verhandlungen machte die Sowjetunion eine Anzahl Schritte, um dem Standpunkt der Vereinigten Staaten und Großbritanniens entgegenzukommen, und doch entschwandten mit jeder Sitzung — und es haben schon mehr als 300 solcher Sitzungen stattgefunden — die Hoffnungen auf Erfolg, wie in der Wüste eine Fata Morgana entschwindet, je mehr man sich dem gewünschten Objekt nähert. So bitter es sein mag, dies anzuerkennen, so muß doch bei realer Betrachtung der Dinge der Schluß gezogen werden, daß die Genfer Verhandlungen heute von ihrem Abschluß ebenso weit entfernt sind wie vor drei Jahren.

Man kann nicht umhin, in Rechnung zu stellen: Während die Vereinigten Staaten und Großbritannien die Verhandlungen in Genf hinzogen, ist ihr Militärblockpartner Frankreich eine Atommacht geworden. Die französische Regierung hat eine Anzahl Kernwaffenexplosionen durchgeführt und klar zu verstehen gegeben, daß sie sich durch keinerlei Verpflichtungen hinsichtlich einer Einstellung der Kernwaffenversuche als gebunden betrachten wird. Die Sowjetregierung hat wiederholt darauf hingewiesen, daß im Zusammenhang mit den französischen Kernwaffenversuchen eine schwierige Lage für die Genfer Verhandlungen entstanden ist. Die Sowjetunion machte wiederholt warnend darauf aufmerksam, daß sie gezwungen sein wird, die Versuche wieder aufzunehmen, wenn Frankreich seine Versuchsexplosionen nicht einstellt. Es trat jedoch an den Tag, daß eine bestimmte Verteilung der Rollen zwischen den NATO-Verbündeten vorliegt: die Vereinigten Staaten und Großbritannien führen Verhandlungen mit der Sowjetunion über Einstellung der Versuche und halten so eine Vervollkommnung der sowjetischen Kernwaffen auf, während Frankreich zugleich eine Kernanlage nach der anderen zur Explosion bringt.

Wenn sich noch leichtgläubige Menschen gefunden haben, die sich von den Versicherungen beeinflussen lassen konnten, daß Frankreich von selbst Kernwaffenversuche durchführt und darin nicht im Einvernehmen mit den Vereinigten Staaten, im Interesse des ganzen Militärblocks NATO handelt, so hat das eben von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten gutgeheißene Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich über Zusammenarbeit in der Atomenergienutzung für militärische Zwecke alle diesbezüglichen Illusionen zerstreut. Es ist klar, daß die Ergeb-

nisse der Kernwaffenversuche, die von irgendeiner NATO-Macht angestellt werden, in den gemeinsamen imperialistischen NATO-Kessel gelangen.

Nun, und jetzt ist in der Erklärung J. Kennedys und H. Macmillans nur von drei Kernmächten — von der Sowjetunion, den Vereinigten Staaten und Großbritannien — die Rede. Und wie ist es mit Frankreich? Die Verfasser der Erklärung gehen davon aus, daß Frankreich nach wie vor Kernwaffenversuche durchführen wird. Verlangt man nicht zuviel von der Sowjetunion, wenn man erwartet, daß sie sich mit einer solchen unzulässigen Lage abfinden wird? Die Lage verschärft sich dadurch, daß die NATO-Mächte in den letzten Monaten das Steuer ihrer Politik scharf auf Vorbereitungen zu militärischem Zusammenstoß herumgeworfen haben.

Beginnen wir allein schon mit dem Hinweis, daß im Frühjahr 1961 die Regierung der Vereinigten Staaten eine rapide Erhöhung der militärischen Bewilligungen forderte. Das Militärbudget der Vereinigten Staaten stellt sich jetzt auf mehr als 50 Milliarden Dollar. Noch nie hat in Friedenszeiten ein Staat solche kolossalen Mittel für militärische Zwecke aufgewendet. Dem folgten die Verstärkung der Streitkräfte der Vereinigten Staaten, die Einberufung von 250 000 Reservisten zum aktiven Dienst, die Vergrößerung der amerikanischen Garnison in West-Berlin, die Beschlüsse der Regierung der Vereinigten Staaten zur Verkürzung der Fristen der Herstellung neuer Arten von U-Booten und Raketen und zur Wiederverwendung sogar alter amerikanischer Schiffe und Fahrzeuge. Solcher Tatsachen gibt es viele, alle lassen sich gar nicht aufzählen.

Militärische Vorbereitungen treffen nicht nur die Vereinigten Staaten, sondern auch ihre Militärblock-Verbündeten und vor allem Westdeutschland, dessen leitende Staatsmänner, besessen von den Ideen des Militarismus und Revanchismus, wohl mehr als alle darum bemüht sind, im Zusammenhang mit dem Abschluß eines deutschen Friedensvertrags die Großmächte gegeneinander aufzubringen, einen Funken zu entzünden, aus dem die Flamme eines dritten Weltkriegs auflodern kann.

Am meisten veranlaßt auf der Hut zu sein die Einstellung der Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland zu dem Vorschlag, endlich einen deutschen Friedensvertrag zu schließen. Als Antwort auf die Einladung, sich an einen Tisch zu setzen und in ruhiger Atmosphäre sachlich einen Beschluß über Friedensregelung mit Deutschland und auf dieser Grundlage über die Normalisierung der Lage in West-Berlin zu fassen, haben die Regierungen der Westmächte eine ganze Lawine militärischer Vorbereitungen niedergehen lassen. Immer öfter ertönen unverhohlene Drohungen gegen die Sowjetunion und andere sozialistische Länder.

All dies hat die Sowjetunion, wie die Regierung der Sowjetunion bereits erklärt hat, gezwungen, für die weitere Verstärkung ihrer Verteidigungskraft Sorge zu tragen. Angesichts der fieberhaften militärischen Vorbereitungen der NATO-Mächte, gerichtet gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder, blieb uns keine andere Wahl, als jene Maßnahmen zu ergreifen, die von der Notwendigkeit diktiert werden, den Drohungen zu begegnen, von der Notwendigkeit, bereit zu sein, einer Aggression gewappnet entgegenzutreten. Zu dieser Notwendigkeit ist es gegen unseren Willen gekommen; sie ist nicht durch uns, sondern durch die Politik des Säbelrasselns und des Drängens zum Krieg entstanden, die jetzt von den Hauptmächten der NATO, besonders im Zusammenhang mit der Frage des Abschlusses eines deutschen Friedensvertrages, ausgehen. Die Sowjetunion hat sich zur Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche entschlossen, da es an Leichtsinn grenzen würde, unter den entstandenen Verhältnissen nicht mit der Möglichkeit der Entfesselung einer Aggression gegen die Sowjetunion zu rechnen.

Bei ihrem Beschluß auf Wiederaufnahme der Versuche legte sich die Sowjetregierung natürlich Rechenschaft darüber ab, daß sich anfänglich Menschen finden können, welche die ganze Kompliziertheit der internationalen Lage nicht einzuschätzen vermögen und

ein gewisses nicht volles Verständnis für diesen Schritt der Sowjetunion zeigen werden. Uns war im voraus klar, daß gewisse Kreise im Westen nicht unterlassen werden, dies zu benutzen, um zu versuchen, daraus propagandistisches Kapital zu schlagen. Dennoch konnte die Sowjetunion nicht anders handeln. Nach Abwägung all des Für und Wider sah sich die Sowjetregierung schweren Herzens gezwungen, sich zur Wiederaufnahme der Versuchsexplosionen zu entschließen.

Wir bezweifeln nicht, daß die überwältigende Mehrheit der Menschheit die Maßnahmen der Sowjetregierung richtig versteht. Die Verstärkung der Verteidigungskraft der Sowjetunion ist zugleich eine Verstärkung der Kräfte des Friedens in der ganzen Welt. Ein Aggressor soll wissen, daß eine zuverlässige Kraft vorhanden ist, die das friedliche Schaffen, die Freiheit und die Unabhängigkeit der Völker zu schützen vermag.

In der gemeinsamen amerikanisch-britischen Erklärung wird die Frage der zunehmenden Gefahr einer Verunreinigung der Atmosphäre durch radioaktive Stoffe berührt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß dies unliebsame Erscheinungen sind. Die Sowjetunion trifft alle Maßnahmen, um schädliche Auswirkungen der Versuche für lebende Organismen auf ein Minimum herabzusetzen.

Es ist jedoch berechtigt, die Frage zu stellen, weshalb weder die Regierung der Vereinigten Staaten noch die Regierung Großbritanniens über die Verunreinigung der Atmosphäre geklagt haben, als eine Reihe von Jahren hindurch das Dröhnen der Explosionen von Atom- und Wasserstoffbomben nicht aufhörte, die entfernt von den Lebenszentren dieser Staaten — auf den Bikini-Inseln, der Eniwetok-Insel, der Weihnachtsinsel — durchgeführt wurden, und kolossale Mengen radioaktiver Niederschläge nicht nur die Erdatmosphäre vergifteten, sondern auch Gewässer des Pazifik verseuchten, durch Flora und Fauna des Meeres in die Knochen und in das Blut völlig unschuldiger Menschen gelangten?

Weshalb haben die Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens keine Worte einer Verurteilung der Handlungen der französischen Regierung gefunden, die seit fast zwei Jahren die Erdatmosphäre verseucht, indem sie Kernwaffenexplosionen in der Sahara vornimmt?

Die in der amerikanisch-britischen Erklärung bekundete Sorge um Verseuchung der Atmosphäre erweist sich bei Prüfung als gemacht, als vorgetäuscht. Wäre es nicht ehrlicher, den Völkern zu sagen, was ihrer in Wirklichkeit harret, wenn sich die Ereignisse weiterhin in der Richtung entwickeln, in der sie sich in den letzten Monaten infolge der anschwellenden Aggressivität der Politik der NATO-Mächte entwickeln? Die Dinge nehmen ja eine solche Wendung: wenn die Politik der Westmächte nicht rechtzeitig geändert wird, so kann die Menschheit in den Strudel eines Raketen- und Kernkriegs gezogen werden, und im Feuer eines solchen Kriegs würden Dutzende und Hunderte Millionen Menschen verbrennen.

Die jetzige Politik der NATO-Mächte führt dahin, daß nicht allein radioaktive Niederschläge zu befürchten sind, sondern sogar, daß über die Köpfe der Menschen Kernwaffen selber, mit all ihrer todbringenden und zerstörenden Wucht, hereinbrechen können. Legt man auf die Waagschale die Schädlichkeit der Kernwaffenversuche für die Gesundheit der Menschen und die Folgen eines Kriegeinsatzes der Kernwaffen, so wird jedem klar, vor welche Wahl heute die Menschheit gestellt ist und welche Scheinheiligkeit die Erklärungen der Regierung der Westmächte hinsichtlich der Kernwaffenversuche enthalten.

Nein, die Sowjetunion kann es nicht gestatten, das Leben von Millionen und aber Millionen Menschen zu riskieren. Die Regierung der Sowjetunion würde ihrer Pflicht nicht gerecht werden, wenn sie nicht in gebührender Weise für die Sicherheit des Sowjetvolks Sorge trüge. Und wenn sie jetzt vor die schwere Notwendigkeit gestellt ist, die Kernwaffenversuche wiederaufzunehmen, so tut sie dies nur um dessentwillen, daß



unser Volk, daß auch die ganze Menschheit von Kriegsexplosionen dieser Waffen, wie dies den japanischen Städten Hiroshima und Nagasaki zuteil wurde, nicht heim-gesucht wird.

Die Sowjetunion ist bemüht, nicht zuzulassen, daß die Menschen Opfer von Atom-, Wasserstoff- oder Neutronenbomben werden, von denen im Westen immer öfter jene sprechen, die dem wahren Humanismus der sozialistischen Gesellschaft und unserer Außenpolitik ihre kannibalische Politik entgegenstellen, der die Menschen Material für die Feuerung eines Kernkriegs und die von den Völkern geschaffenen materiellen und kulturellen Schätze eine potentielle Beute, militärische Trophäen der imperialistischen Aggressoren sind.

Wer weiß nicht, daß die Sowjetunion viel weniger Kernexplosionen durchgeführt hat als die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich. Wir haben aber doch allen Grund, sowohl vom Standpunkt der Moral als auch von dem der Gewährleistung unserer staatlichen Interessen, eine gleiche Zahl von Kernwaffenversuchen wie die Westmächte zu beanspruchen.

Sagen ja die leitenden Staatsmänner der Westmächte selber oft, daß, solange die Arsenale der Länder brechend voll von aufgespeicherten Waffen sind, die Sicherheit eines jeden von ihnen in vielem vom Gleichgewicht der Kräfte abhängt. Daran ist viel Wahres. Das, was die leitenden Männer der Westmächte im Interesse der Sicherheit ihrer Staaten, die niemand bedroht, für gerechtfertigt halten, ist um so mehr gerechtfertigt hinsichtlich der Sowjetunion und der ganzen Gemeinschaft der sozialistischen Länder, die in einer Atmosphäre von Drohungen und Waffengeklirr der Imperialisten zu leben haben.

Um die Gewitterwolken des Krieges zu verjagen und die Beziehungen zwischen den Staaten zu normalisieren, bedarf es der Lösung des wichtigsten Problems der Gegenwart — des Problems der allgemeinen und vollständigen Abrüstung. Nicht nur die Sowjetunion, die sozialistischen Länder, sondern auch viele unabhängige asiatische, afrikanische und lateinamerikanische Staaten erheben jetzt mutig die Stimme zur Unterstützung dieser Idee, die die Geister aller, denen der Friede teuer ist, erobert hat.

Davon zeugen auch die Ergebnisse der eben beendeten Belgrader Konferenz von 25 Staaten, die keinem Militärblock angehören — dieser Konferenz, die eine gute Beisteuer zur Fesselung der Kräfte des Krieges und zur Verstärkung der Friedenskräfte geleistet hat. Wer der Wahrheit ins Auge zu sehen versteht, der anerkennt, daß mit den Kernwaffenversuchen auf immer und überall ein Ende zu machen jetzt nur auf der Grundlage allgemeiner und vollständiger Abrüstung denkbar ist. Nach Lösung dieses Problems würde es für niemand verlockend sein, Kernwaffen auf der Erde, unterirdisch, in der Atmosphäre, im kosmischen Raum auszu-proben, und eigentlich wäre nichts auszuprobieren, da alle Waffen und vor allem die Raketen- und Kernwaffen verschrottet würden. Das Leben selbst hat diese beiden Fragen zu einem unlöslichen Ganzen verknüpft.

Bedauerlicherweise will, wie die zweiseitigen sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen zeigen, die Regierung der Vereinigten Staaten an die allgemeine und vollständige Abrüstung unter strengster internationaler Kontrolle der Maßnahmen des Staates in diesem Bereich nicht einmal herangehen. Dann aber sollte die Regierung der Vereinigten Staaten und mit ihr zusammen die Regierung Großbritanniens, die nach allem zu urteilen den gleichen Standpunkt bezieht, die Verantwortung auch dafür übernehmen, daß die Lösung der Frage der Einstellung der Kernwaffenversuche offen bleibt.

Als Antwort auf den Vorschlag, sich auf Absage an Kernwaffenversuche in der Atmosphäre zu beschränken, können wir dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und dem Ministerpräsidenten Großbritanniens nur sagen: Laßt uns den Verstand und die Energie

der Völker unserer Länder nicht auf militärische Vorbereitungen, nicht auf Anfachung des Kalten Krieges, nicht auf Suche nach heuchlerischen propagandistischen Kniffen, sondern darauf einstellen, sich mit aufgestreiften Ärmeln gemeinsam an die Lösung des Hauptproblems der Gegenwart — der allgemeinen und vollständigen Abrüstung — zu machen.

Laßt uns ernstlich, auf ehrliche Weise, die Lösung der Frage des Abschlusses eines deutschen Friedensvertrages suchen, damit dem Hinabgleiten der Staaten in den Abgrund eines Raketen- und Kernkrieges rechtzeitig Einhalt getan wird. Dann wird alles in Ordnung kommen; es wird nicht nur keine Kernwaffenversuche, sondern auch keine Kernkriegsgefahr geben.

Man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusagen, daß die Russen und die Amerikaner, die Tschechen und die Engländer, die Araber und die Inder, daß alle Völker des Erdballs ewig mit guten Worten jener Staatsmänner, jener Regierungen eingedenk sein werden, die keine Anstrengungen gespart haben, damit die allgemeine und vollständige Abrüstung verwirklicht und die Menschheit auf immer von Kriegen befreit wird.

Und im Gegenteil, bleibt dieses Problem ungelöst, dann werden die Völker jene Politiker verwünschen, die ihr Amt und ihre Macht benutzt haben, um das Fieber der Kriegsvorbereitungen und die ständige Gefahr eines Raketen- und Kernkrieges aufrechtzuerhalten. Gleichmaßen werden sie nie und nimmer verzeihen, wenn nicht alles Erforderliche getan wird, um einen Schlußstrich unter den Zweiten Weltkrieg zu ziehen, den Friedensvertrag mit Deutschland zu schließen, der die Völker Europas, und nicht nur Europas, der Angst und Besorgnis um ihren morgigen Tag entledigen und ihnen Ruhe und friedliches Leben bringen würde.

Die allgemeine und vollständige Abrüstung, samt Vernichtung der gesamten Militärmaschinen der Staaten, der unverzügliche Abschluß eines deutschen Friedensvertrages und der Schlußstrich unter den Zweiten Weltkrieg — das ist unter den jetzigen Gegebenheiten der gerade Weg zur Erlösung der Völker von Kriegen und von jenem Unglück und Leid, die sie den Menschen bringen. Diesen Weg zu betreten, appellieren wir an die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritanniens.

Quelle: *Prawda* vom 10. September 1961.

**Gemeinsame Erklärung des Präsidenten der Vereinigten Staaten, John F. Kennedy, und des britischen Premierministers, Harold Macmillan, vom 9. September 1961 über die sowjetische Ablehnung ihres Vorschlages vom 3. September 1961**

*Betrifft:* Sowjetische Ablehnung des Kernversuchsstopps in der Atmosphäre — gesundheitliche Gefahren — britisch-amerikanische Bereitschaft zur kontrollierten Einstellung der Kernwaffenversuche.

Präsident Kennedy und Premierminister Macmillan haben mit dem tiefsten Bedauern zur Kenntnis genommen, daß die Sowjetunion ihren Vorschlag vom 3. September, wonach Versuche in der Erdatmosphäre, die radioaktive Niederschläge hervorrufen, unverzüglich eingestellt werden sollen, nicht akzeptiert hat.

Diese Handlungsweise steht in krassem Widerspruch zu der von der Sowjetunion selbst wiederholt zum Ausdruck gebrachten Besorgnis über die gesundheitlichen Gefahren solcher Versuche.

Der Präsident und der Premierminister bekräftigen erneut die Bereitschaft der Vereinigten Staaten und Großbritanniens, über ein Abkommen zur kontrollierten Einstellung der Kernwaffenversuche in dem größtmöglichen Ausmaß zu verhandeln.

Quelle: *Kabel-Dienst* (Botschaft der Vereinigten Staaten, Bad Godesberg) vom 11. 9. 1961.

## Die Belgrader Konferenz blockfreier Staaten vom 1. bis zum 6. September 1961

Am 1. September 1961 trat in Belgrad die Konferenz blockfreier Staaten zusammen. Die Delegationen aus 25 Ländern wurden von ihren Staats- oder Regierungschefs, bzw. Außenministern, angeführt. Auch eine Delegation der algerischen Exilregierung und Beobachter aus Bolivien und Ecuador beteiligten sich an der Konferenz. Am 4. September traf noch die Delegation des Kongo (Léopoldville) unter Führung des Ministerpräsidenten Cyrille Adoula ein. Westeuropäische neutrale Länder hatten keine Einladungen erhalten.

Die Tagesordnung war auf einer Vorkonferenz in Kairo vom 5. bis zum 12. Juni und in zwei Botschafterbesprechungen in Belgrad ausgearbeitet worden. Sie sah Debatten über die internationale Lage, die Festigung des internationalen Friedens und der Sicherheit sowie das Problem der ungleichen Wirtschaftsentwicklung und Förderung der internationalen Wirtschaftshilfe vor. Im Rahmen des zweiten Tagesordnungspunktes sollten die Fragen der Selbstbestimmung, des Kolonialismus, der staatlichen Souveränität und Integrität, der Rassendiskriminierung, der allgemeinen vollständigen Abrüstung, des Verbots von Kernwaffenversuchen, der Militärstützpunkte, der friedlichen Koexistenz verschiedenartiger politischer und sozialer Systeme und der Rolle der Vereinten Nationen zur Sprache kommen.

Der amerikanische Präsident, John F. Kennedy, hatte der Konferenz am 30. August eine Botschaft zugesandt, in der er betonte, daß die Vereinigten Staaten sich gemeinsam mit den blockfreien Völkern für den Frieden in einer Welt einsetzen, in der jede Nation ihr politisches und wirtschaftliches System selbst bestimmen könne. Der Konferenz lag bei ihrer Eröffnung auch eine Botschaft des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. Chruschtschow, vor, die auf die besorgniserregende Lage in der Welt hinwies und versicherte, die Staaten, die die Ueberreste des vergangenen Krieges beiseiten wollten, müßten notgedrungen Maßnahmen ergreifen, um die verbliebe-

nen Herde der Kriegsgefahr zu löschen. Die am 30. August angekündigte Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche durch die Sowjetunion (vgl. Dokumentation Jg. 1961, S. D 563 ff.) war in der Botschaft Chruschtschows nicht erwähnt.

Die Bundesregierung hatte bereits am 7. August an alle Teilnehmerstaaten der Konferenz ein ausführliches Memorandum zur Deutschland-Frage gerichtet (vgl. S. D 600 ff.). Nach der Sperrung der Sektorengrenze in Berlin am 13. August wies die Bundesregierung in einem weiteren Memorandum vom 23. August (vgl. S. D 603 f.) auf die durch das einseitige Vorgehen der kommunistischen Behörden geschaffene neue Lage hin und wiederholte, daß die Deutschland- und Berlin-Frage nur durch Verhandlungen in allseitigem Einverständnis gelöst werden könnten. Der Staatsrat der sogenannten DDR hatte in der zweiten Augsthälfte die Staatschefs Jugoslawiens, Indiens und Indonesiens durch Sonderbotschafter über seine Auffassung zur Deutschland-Frage orientieren lassen.

Im Verlauf der Debatten zeigte sich, daß die Auffassungen der Konferenzteilnehmer über die Deutschland- und Berlin-Frage wesentlich voneinander abwichen. Zwar unterstützten die meisten Redner das Prinzip des freien Zugangs nach West-Berlin, einige Sprecher, wie zum Beispiel der indonesische Ministerpräsident, Sukarno, und der jugoslawische Staatschef, Tito, erklärten sich eindeutig für die Anerkennung zweier deutscher Staaten. So erklärte Sukarno u. a.: „Die Bevölkerung West-Berlins sollte freien Zugang zu den anderen Teilen der Welt haben, und die Welt sollte auch freien Zugang nach West-Berlin haben. Dies kann, wie ich meine, durch die Anerkennung der beiden Deutschland als einer de facto-Position der beiden Staaten erreicht werden. Wenn die Sowjetunion es für richtig hält, mit Ostdeutschland einen Friedensvertrag abzuschließen, dann sollte man sie gewähren lassen.“ Andere Sprecher, wie der Präsident der Vereinigten Arabischen Republik, Gamal Abdel Nasser, der Präsident von



Ghana, Kwame *Nkrumah*, und der irakische Außenminister, Hashim *Jawad*, sahen die Teilung Deutschlands zwar als Realität an, glaubten aber, daß eine Lösung der Deutschland-Frage nur durch eine Loslösung der Bundesrepublik aus der NATO und der sogenannten DDR aus dem Warschauer Pakt zu erreichen sei. Auch der indische Premierminister, Jawaharlal *Nehru*, vertrat die Ansicht, daß die Bundesrepublik und die DDR „zwei selbständige Einheiten“ darstellten. „Ob es uns gefällt oder nicht, es gibt zwei deutsche Staaten, dies ist eine Realität, und daran sollte man sich erinnern.“

Während alle Teilnehmer für die noch unter Kolonialregimen stehenden Gebiete die Selbstbestimmung forderten, brachten nur der Premierminister von Zypern, Erzbischof *Makarios*, der Präsident von Somalia, Adan Abdullah *Osman*, und der Premierminister von Kongo, Cyrille *Adoula*, diese Forderung in Zusammenhang mit der Deutschland-Frage. Einmütig waren die Konferenzteilnehmer der Ansicht, daß die Weltlage die Aufnahme von Verhandlungen zwischen den beiden Machtblöcken dringend notwendig mache. In ihrer Erklärung über die Gefahr eines Krieges und Aufruf zum Frieden (vgl. unten) appellierte die Konferenz an die Großmächte, ihre „jüngsten Kriegsvorbereitungen“ einzustellen und solange zu verhandeln, bis die vollkommene Abrüstung erreicht sei.

Neben diesem Friedensappell einigte sich die Konferenz auf eine Erklärung der Staats- und Regierungschefs der blockfreien Länder, die in 27 Punkten die gemeinsame Stellungnahme zu den diskutierten Fragen darlegt (vgl. S. D 587 ff.). Im letzten Punkt dieser Erklärung wird auf das deutsche Problem Bezug genommen. Die Teilnehmerländer stellten hierzu

fest, daß es sich nicht um ein regionales Problem handle, sondern daß diese Frage einen entscheidenden Einfluß auf die weiteren Entwicklungen in den internationalen Beziehungen ausüben werde. Sie fordern alle betroffenen Parteien auf, von Gewalt oder Gewaltandrohung abzusehen.

Im Anschluß an die Konferenz wurden gleichlautende Schreiben an Präsident *Kennedy* und Ministerpräsident *Chruschtschow* gesandt, in denen diese zur Aufnahme direkter Verhandlungen aufgefordert werden. Die Ueberbringer dieser Schreiben und der zwei Erklärungen waren in Moskau *Nehru* und *Nkrumah*, in Washington der Präsident von Mali, *Modibo Keita*, und *Sukarno*. *Chruschtschow* empfing *Nehru* und *Nkrumah* am 6. September.

*Sukarno* und *Keita* wurden am 12. und 13. September von Präsident *Kennedy* empfangen, der ihnen im Anschluß an die Besprechungen ein an alle Konferenzteilnehmer gerichtetes Schreiben mit seiner Stellungnahme zu den Konferenzdokumenten überreichte (vgl. S. D 594 ff.). Gleichzeitig erklärte er die Bereitschaft der Vereinigten Staaten zu Verhandlungen über Berlin und andere dringende Probleme mit anderen Regierungen, einschließlich der sowjetischen. Allerdings müßten solche Verhandlungen sorgfältig vorbereitet sein, da ein Fehlschlag nur zur Verschlechterung der Lage führen könne.

*Chruschtschow* beantwortete das an ihn gerichtete Schreiben der Belgrader Konferenz mit einem Schreiben vom 16. September, in dem er versicherte, daß seine Regierung um der Sicherung des Friedens willen zu Verhandlungen zu jeder Zeit, an jedem beliebigen Ort und auf beliebiger Ebene bereit sei (vgl. S. D 597 ff.).

#### Erklärung der Belgrader Konferenz blockfreier Staaten vom 6. September 1961 über die Gefahr eines Krieges und Aufruf zum Frieden

*Betrifft:* Gefahr eines Atomkrieges — Aufforderung an *Chruschtschow* und *Kennedy* zu Verhandlungen.

Diese Konferenz der Staats- oder Regierungschefs bündnisfreier Nationen ist tief beunruhigt darüber, daß, abgesehen von den bestehenden Spannungen, die ernste und kritische Situation, die wie nie zuvor die Welt mit der unmittelbaren und unheilvollen Aussicht auf einen Konflikt bedroht, sich später beinahe sicher zu einem Weltkrieg entwickeln könnte.

In diesem Zeitalter der Kernwaffen und der Vervielfachung der Kraft der Massenvernichtung würde ein solcher Konflikt und Krieg unweigerlich zu einer Verheerung bisher unbekannten Ausmaßes, wenn nicht sogar zur Auslöschung der Erde führen.

Diese Konferenz ist der Ansicht, daß dieses Unglück verhindert werden muß. Es ist daher dringlich und zwingend, daß die betroffenen Parteien, im besonderen die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion, umgehend ihre jüngsten Kriegsvorbereitungen einstellen, keine Schritte unternehmen, die zu einer Verschärfung oder weiteren Verschlechterung der Situation führen könnten, und unter gebührender Berücksichtigung der Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen wieder Verhandlungen über eine friedliche Lösung aller zwischen ihnen bestehenden Streitigkeiten aufnehmen und diese Verhandlungen fortsetzen, bis sie und die übrige Welt die vollkommene Abrüstung und einen dauerhaften Frieden erreicht haben.

Die Entscheidung über Krieg und Frieden liegt zwar gegenwärtig bei den Großmächten, doch wirken sich die Konsequenzen auf die gesamte Welt aus. Alle Nationen und Völker haben daher ein dauerndes Interesse daran, daß diese Annäherungen und Maßnahmen der Großmächte so beschaffen sein sollten, daß es der Menschheit ermöglicht werde, vorwärtzuschreiten zu Frieden und Wohlstand, und daß sie nicht dem Schicksal der Ausrottung anheimfällt.

In der Gewißheit, daß sie Frieden suchen, appelliert diese Konferenz an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika und an den Vorsitzenden des Ministerrats der Sowjetunion, sofort und direkt miteinander in Verbindung zu treten, um den drohenden Konflikt zu verhüten und den Frieden zu sichern.

Diese Konferenz drückt die ernste Hoffnung aus, daß alle nicht hier vertretenen Nationen, die sich des außerordentlichen Ernstes der Lage bewußt sind, ähnliche Appelle an die Führer der betreffenden Mächte richten und auf diese Weise den Wunsch und die Entschlossenheit der ganzen Menschheit bekunden und fördern, daß ein dauerhafter Frieden und Sicherheit für alle Nationen erreicht wird.

Quelle: Belgrade Conference, No. 5/1961. Published by *Review of International Affairs*, Belgrad. Deutsch nach *Die Welt* vom 7. September 1961.

## **27-Punkte-Erklärung der Belgrader Konferenz blockfreier Staaten vom 6. September 1961**

*Betrifft:* Friedliche Koexistenz — Ausdehnung des blockfreien Gebiets — Beseitigung des Kolonialismus — Militärstützpunkte — Selbstbestimmung — Abrüstung — friedliche Nutzung des Welt- raums — wirtschaftliche Entwicklung — Revision der UN-Charta — Deutschland- und Berlin-Problem.

Die Konferenz der Staats- oder Regierungschefs der folgenden blockfreien Länder: 1. Afghanistan, 2. Algerien, 3. Birma, 4. Kambodscha, 5. Ceylon, 6. Kongo, 7. Kuba, 8. Zypern, 9. Äthiopien, 10. Ghana, 11. Guinea, 12. Indien, 13. Indonesien, 14. Irak, 15. Libanon, 16. Mali, 17. Marokko, 18. Nepal, 19. Saudi-Arabien, 20. Somalia, 21. Sudan, 22. Tunesien, 23. Vereinigte Arabische Republik, 24. Jemen, 25. Jugoslawien und der folgenden, durch Beobachter vertretenen Länder: 1. Bolivien, 2. Brasilien, 3. Ecuador wurde vom 1. bis zum 6. September 1961 in Belgrad zu dem Zweck abgehalten, einen Meinungsaustausch über internationale Probleme durchzuführen und einen wirksameren Beitrag zum Weltfrieden, zur Sicherheit und zur friedlichen Zusammenarbeit der Völker zu leisten.

Die Staats- und Regierungschefs der obengenannten Länder sind in einem Augenblick zusammengekommen, da die internationalen Ereignisse eine Wende zum Schlechteren genommen haben und der Weltfrieden ernstlich gefährdet ist. In großer Sorge

um die Zukunft des Friedens, als Sprecher für die Bestrebungen der großen Mehrheit der Völker der Welt und im Bewußtsein, daß in unserer Zeit kein Volk und keine Regierung sich ihrer Verantwortung für die Sicherung des Weltfriedens entziehen kann oder sollte, geben die Teilnehmerländer nach eingehender, in einer Atmosphäre der Gleichheit, der Aufrichtigkeit und des gegenseitigen Vertrauens erfolgten Prüfung des gegenwärtigen Standes der internationalen Beziehungen und der in der heutigen Welt herrschenden Trends folgende Erklärung ab:

Die Staats- oder Regierungschefs der blockfreien Länder

stellen fest, daß es Krisen gibt, die im Uebergang von einer alten, auf Beherrschung basierenden Ordnung zu einer neuen, auf Zusammenarbeit zwischen den Nationen, auf Freiheit, Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit für die Förderung der Prosperität beruhenden Ordnung zu einem Weltkonflikt führen;

stellen fest, daß die dynamischen Prozesse und Formen der sozialen Veränderungen oft zu einem Konflikt zwischen den althergebrachten und den neu auftauchenden nationalen Kräften führen oder einen Konflikt darstellen;

stellen fest, daß ein dauerhafter Friede nur erreicht werden kann, wenn diese Konfrontierung zu einer Welt führt, in der die Herrschaft des Kolonialimperialismus und des Neokolonialismus in allen Erscheinungsformen radikal beseitigt wird;

und in der Erkenntnis der Tatsache,

daß in der Periode des Konflikts in Afrika, Asien, Europa und Lateinamerika akute, den Weltfrieden bedrohende Notstände bestehen und die Wahrscheinlichkeit, daß die Rivalität der Großmächte zu einem Weltenbrand führt, nicht ausgeschlossen ist,

daß die gründliche Beseitigung der Konfliktquelle die Beseitigung des Kolonialismus in all seinen Erscheinungsformen und die Akzeptierung und Praktizierung einer Politik der friedlichen Koexistenz in der Welt erfordert;

und daß bei Befolgung dieser Prinzipien in der Periode des Uebergangs und des Konflikts feste Grundlagen der Zusammenarbeit und Brüderlichkeit der Nationen geschaffen werden können,

erklären sie:

## I

Der Krieg hat die Menschheit nie mit ernsteren Folgen bedroht als heute. Andererseits standen der Menschheit nie zuvor stärkere Kräfte zur Verfügung, um den Krieg als Instrument der Politik in den internationalen Beziehungen auszuscheiden.

Der Imperialismus wird schwächer. Kolonialreiche und andere Formen der fremden Unterdrückung der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas verschwinden allmählich von der Bühne der Geschichte. Im Kampf vieler Völker für nationale Unabhängigkeit und Gleichheit sind große Erfolge erzielt worden. Gleichzeitig fahren die Völker Lateinamerikas fort, einen zunehmend wirksamen Beitrag zur Verbesserung der internationalen Beziehungen zu leisten. Die großen sozialen Veränderungen in der Welt wirken sich ebenfalls fördernd auf diese Entwicklung aus. Dies alles beschleunigt nicht nur das Ende der Epoche der fremden Unterdrückung von Völkern, sondern macht auch die friedliche Zusammenarbeit zwischen den Völkern auf der Grundlage der Prinzipien der Unabhängigkeit und der Gleichberechtigung zu einer wesentlichen Bedingung für Freiheit und Fortschritt.

In der Entwicklung der Wissenschaft und Technik und der Mittel der wirtschaftlichen Entwicklung sind außerordentliche Fortschritte erzielt worden.

Unter dem Eindruck dieser Entwicklung in der Welt wird sich die große Mehrheit der Völker in zunehmendem Maße der Tatsache bewußt, daß Krieg zwischen den



Völkern nicht nur einen Anachronismus, sondern auch ein Verbrechen gegen die Menschheit darstellt. Dieses Bewußtsein der Völker ist im Begriff, zu einer großen moralischen Kraft zu werden, die in der Lage ist, einen starken Einfluß auf die Entwicklung der internationalen Beziehungen auszuüben.

Gestützt auf diese Tatsache und auf den Willen ihrer Völker, weisen die Regierungen der an der Konferenz teilnehmenden Länder entschieden die Ansicht zurück, daß der Krieg, der Kalte Krieg inbegriffen, unvermeidlich sei, da diese Ansicht ein Gefühl sowohl der Hilflosigkeit als auch der Hoffnungslosigkeit widerspiegelt und im Widerspruch steht mit dem Fortschritt der Welt. Sie bestätigen ihren unerschütterlichen Glauben, daß die internationale Gemeinschaft in der Lage ist, ihr Leben zu organisieren, ohne zu den Mitteln zu greifen, die der vergangenen Epoche der Menschheitsgeschichte angehören.

Die bestehenden Militärböcke jedoch, die zu immer mächtigeren militärischen, wirtschaftlichen und politischen Gruppierungen werden, provozieren durch die Logik und die Natur ihrer gegenseitigen Beziehungen periodische Verschlechterungen der internationalen Beziehungen.

Der Kalte Krieg und die ständige und akute Gefahr seiner Umwandlung in einen wirklichen Krieg sind zu einem Bestandteil der in den internationalen Beziehungen herrschenden Situation geworden.

Aus all diesen Gründen wünschen die Staatshäupter und Regierungsvertreter der blockfreien Länder, auf diese Weise die Aufmerksamkeit der Weltgemeinschaft auf die bestehende Situation und auf die Notwendigkeit zu lenken, daß alle Völker Anstrengungen unternehmen, um einen sicheren Weg zur Stabilisierung des Friedens zu finden.

## II

Die heutige Welt ist durch die Existenz verschiedener Gesellschaftssysteme gekennzeichnet. Die Teilnehmerländer sind nicht der Meinung, daß die Unterschiede ein unüberwindliches Hindernis für die Stabilisierung des Friedens darstellen, vorausgesetzt, daß keine Versuche der Beherrschung und der Einmischung in die innere Entwicklung anderer Völker und Nationen unternommen werden.

Alle Völker müssen die Probleme ihrer eigenen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Systeme in Übereinstimmung mit ihren eigenen Bedingungen, Bedürfnissen und Möglichkeiten lösen.

Ferner stellt jeder Versuch, Völkern das eine oder andere soziale oder politische System mit Gewalt und von außen aufzuzwingen, eine direkte Bedrohung des Weltfriedens dar.

Die Teilnehmerländer sind der Auffassung, daß unter solchen Umständen die Prinzipien der friedlichen Koexistenz die einzige Alternative gegenüber dem „Kalten Krieg“ und einer möglichen allgemeinen nuklearen Katastrophe sind. Deshalb müssen diese Prinzipien — die das Recht der Völker auf Selbstbestimmung, auf Unabhängigkeit und auf freie Wahl der Formen und Methoden der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung einschließen — die einzige Grundlage aller internationalen Beziehungen sein.

Die aktive internationale Zusammenarbeit auf den Gebieten des materiellen und kulturellen Austauschs zwischen den Völkern ist ein wichtiges Mittel zur Stärkung des Vertrauens in die Möglichkeit einer friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen.

Die Teilnehmer der Konferenz unterstreichen in diesem Zusammenhang, daß die Politik der Koexistenz eine aktive Anstrengung in Richtung auf die Beseitigung der

historischen Ungerechtigkeiten und der nationalen Unterdrückung bedeutet und gleichzeitig jedem Volk seine unabhängige Entwicklung garantiert.

In der Erkenntnis, daß ideologische Differenzen notwendigerweise eine Begleiterscheinung des Wachstums der menschlichen Gesellschaft sind, sind die teilnehmenden Länder der Meinung, daß die Völker und Regierungen jeden Versuch unterlassen sollten, die Ideologien für Zwecke des Kalten Krieges, der Ausübung von Druck und der Aufzwingung ihres Willens einzusetzen.

### III

Die Staats- oder Regierungschefs der an der Konferenz teilnehmenden blockfreien Länder unterbreiten keine konkreten Vorschläge für die Lösung aller internationalen Streitfragen oder gar der Streitfragen zwischen den zwei Blöcken. Sie wollen in erster Linie die Aufmerksamkeit auf jene akuten Probleme unserer Zeit lenken, die schnell gelöst werden müssen, damit sie nicht zu Konsequenzen führen, die nicht wieder rückgängig gemacht werden können.

In diesem Zusammenhang betonen sie vor allem die Notwendigkeit eines großen Verantwortungsbewußtseins und Realismus bei dem Versuch, die verschiedenen, aus Unterschieden in den Gesellschaftssystemen resultierenden Probleme zu lösen.

Die auf dieser Konferenz vertretenen blockfreien Länder wollen keinen neuen Block bilden und können auch kein Block sein. Sie wünschen aufrichtig die Zusammenarbeit mit jeder Regierung, die zur Stärkung des Vertrauens und des Friedens in der Welt beizutragen bestrebt ist.

Die blockfreien Länder wünschen um so mehr, auf diese Weise zu verfahren, als sie sich bewußt sind, daß der Friede und die Stabilität in der Welt in beträchtlichem Maße von den gegenseitigen Beziehungen zwischen den Großmächten abhängen. Aus diesem Grunde betrachten es die Konferenzteilnehmer als eine Frage des Prinzips, daß die Großmächte entschlossene Aktionen für die Lösung der verschiedenen Probleme auf dem Verhandlungswege unternehmen und gleichzeitig die nötige konstruktive Einstellung und die Bereitschaft zeigen, Lösungen herbeizuführen, die gegenseitig annehmbar und für den Weltfrieden nützlich sind.

Die Teilnehmer der Konferenz sind der Auffassung, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen die Existenz und die Aktivität der blockfreien Länder im Interesse des Friedens zu den wichtigeren Faktoren für die Sicherung des Weltfriedens gehören.

Die Konferenzteilnehmer halten es für wesentlich, daß die blockfreien Länder an der Lösung der offenen, den Frieden und die Sicherheit der Welt betreffenden internationalen Streitfragen teilnehmen, da keines von ihnen von diesen Fragen unberührt bleiben oder ihnen gegenüber gleichgültig sein kann.

Sie sind der Meinung, daß die weitere Ausdehnung des blockfreien Gebiets in der Welt die einzig mögliche und unerläßliche Alternative zu der Politik der totalen Blockspaltung der Welt und der Verstärkung der Politik des Kalten Krieges ist. Die blockfreien Länder ermutigen und unterstützen alle für Unabhängigkeit und Gleichheit kämpfenden Völker. Die Teilnehmer der Konferenz sind überzeugt, daß das Entstehen neuer befreiter Länder helfen wird, das Gebiet des Blockantagonismus einzuzengen und so alle auf die Stärkung des Friedens und die Förderung der friedlichen Zusammenarbeit zwischen unabhängigen und gleichberechtigten Nationen abzielenden Tendenzen ermutigen wird.

1. Die Konferenzteilnehmer bekräftigen feierlich ihre Unterstützung für die auf der 15. Tagung der UN-Vollversammlung angenommene „Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker“ und empfehlen die sofortige

bedingungslose, totale und endgültige Beseitigung des Kolonialismus. Sie sind entschlossen, gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, um jeder Art von Neokolonialismus und imperialistischer Beherrschung in allen Erscheinungsformen ein Ende zu bereiten.

2. Die Konferenzteilnehmer fordern die sofortige Einstellung bewaffneter Aktionen und unterdrückender Maßnahmen jeder Art gegen die abhängigen Völker, damit diese in die Lage versetzt werden, ihr Recht auf völlige Unabhängigkeit friedlich und frei auszuüben. Sie fordern ferner die Respektierung der Integrität ihres nationalen Territoriums. Jede Unterstützung, die einer Kolonialmacht bei dieser Unterdrückung geleistet wird, steht im Widerspruch zu der Charta der Vereinten Nationen.

Die territoriale Integrität aller Staaten uneingeschränkt respektierend, widersetzen sich die Teilnehmerländer mit allen Mitteln allen Annexionsbestrebungen anderer Nationen.

3. Die Teilnehmerländer betrachten den Kampf des algerischen Volkes für Freiheit, Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und die Integrität seines nationalen Territoriums, die Sahara inbegriffen, als gerecht und notwendig und sind daher entschlossen, dem algerischen Volk jede mögliche Unterstützung und Hilfe zu leisten. Die Staats- oder Regierungschefs sind besonders darüber erfreut, daß Algerien auf dieser Konferenz durch seinen rechtmäßigen Vertreter, den Premierminister der Provisorischen Algerischen Regierung, vertreten ist.

4. Die Teilnehmerländer lenken mit großer Sorge die Aufmerksamkeit auf die Entwicklung in Angola und auf die unerträglichen Unterdrückungsmaßnahmen der portugiesischen Kolonialbehörden gegen das Volk von Angola und fordern die unverzügliche Beendigung jedes weiteren Blutvergießens und die Unterstützung des Volkes von Angola durch alle friedliebenden Völker, insbesondere durch die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, bei der Schaffung eines freien und unabhängigen Staates.

5. Die Konferenzteilnehmer fordern die sofortige Beendigung jeder kolonialen Besetzung und die Rückgabe der territorialen Integrität an die rechtmäßigen Völker in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, in denen sie verletzt wurde. Sie fordern ferner den Abzug ausländischer Truppen von ihrem nationalen Boden.

6. Die Teilnehmerländer fordern in Uebereinstimmung mit dem gesetzmäßigen Recht Tunesiens auf Ausübung der vollen nationalen Souveränität den sofortigen Abzug der französischen Truppen vom gesamten tunesischen Staatsgebiet.

7. Die Teilnehmerländer fordern, daß die tragischen Ereignisse im Kongo nicht wiederholt werden dürfen, und sie halten es für die Pflicht der Weltgemeinschaft, weiterhin alles in ihrer Macht stehende zu tun, die Auswirkungen zu beseitigen, jede weitere ausländische Einmischung in diesen jungen afrikanischen Staat zu verhindern und den Kongo in die Lage zu versetzen, frei den Weg seiner unabhängigen Entwicklung auf der Grundlage der Achtung seiner Souveränität, Einheit und territorialen Integrität zu gehen.

8. Die Konferenzteilnehmer verurteilen entschieden die von der Südafrikanischen Union verfolgte Apartheid-Politik und fordern die sofortige Aufgabe dieser Politik. Sie stellen ferner fest, daß die Politik der Rassendiskriminierung überall in der Welt eine schwere Verletzung der Charta der Vereinten Nationen und der Erklärung der Menschenrechte darstellt.

9. Die Teilnehmerländer erklären feierlich die absolute Achtung der Rechte ethnischer und religiöser Minderheiten und insbesondere ihren Anspruch auf Schutz vor Verbrechen des Völkermords oder jeder anderen Verletzung ihrer grundlegenden Menschenrechte.



10. Die Konferenzteilnehmer verurteilen die im Nahen Osten verfolgte imperialistische Politik und erklären ihre Unterstützung für die uneingeschränkte Rückgabe aller Rechte der arabischen Bevölkerung in Palästina in Übereinstimmung mit der Charta und den Resolutionen der Vereinten Nationen.

11. Die Konferenzteilnehmer sehen in der Errichtung und Unterhaltung ausländischer Militärstützpunkte auf den Territorien anderer Länder, besonders, wenn sie gegen deren ausdrücklichen Willen erfolgt, eine schwere Verletzung der Souveränität dieser Staaten. Sie erklären ihre volle Unterstützung jener Länder, die die Räumung dieser Stützpunkte zu erreichen suchen. Sie rufen alle Länder, die Stützpunkte im Ausland unterhalten, auf, die Auflösung dieser Stützpunkte als Beitrag zum Weltfrieden ernstlich ins Auge zu fassen.

12. Sie stellen ferner fest, daß der gegen den Willen der Regierung und des Volkes von Kuba in Guantanamo beibehaltene nordamerikanische Militärstützpunkt die Souveränität und territoriale Integrität des Landes beeinträchtigt.

13. Die Konferenzteilnehmer bekräftigen ihre Ueberzeugung, daß

a) alle Nationen das Recht auf Einheit, Selbstbestimmung und Unabhängigkeit haben und auf Grund dieses Rechtes ihren politischen Status bestimmen und ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung frei und unbehindert verfolgen dürfen; und daß

b) alle Völker zu ihrem eigenen Wohl frei über ihre Naturschätze und Ressourcen bestimmen können, ohne irgendwelche Verpflichtungen zu präjudizieren, die sich aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Nutzens und des internationalen Rechts ergeben. Auf keinen Fall darf ein Volk seiner eigenen Unterhaltsmöglichkeiten beraubt werden.

Die Teilnehmerländer glauben, daß das Recht Kubas wie das jeder anderen Nation auf freie Wahl des politischen und sozialen Systems gemäß den eigenen Bedingungen, Bedürfnissen und Möglichkeiten respektiert werden sollte.

14. Die Teilnehmerländer geben ihrer Ueberzeugung Ausdruck, daß die Ausübung des Rechts auf Selbstbestimmung der Völker — einschließlich des Rechts auf Verfolgung einer konstruktiven und unabhängigen Politik zwecks Erreichung und Erhaltung der Souveränität — durch keine Einschüchterung oder Einmischung behindert werden sollte.

15. Die Konferenzteilnehmer sind der Meinung, daß die Abrüstung eine gebieterische Notwendigkeit und die dringendste Aufgabe der Menschheit ist. Eine radikale Lösung dieses Problems, die beim gegenwärtigen Stand der Rüstung zu einer dringenden Notwendigkeit geworden ist, kann nach einstimmiger Auffassung der Teilnehmerländer nur durch eine allgemeine, vollständige und international streng kontrollierte Abrüstung erreicht werden.

16. Die Staats- und Regierungschefs erklären, daß die allgemeine und vollständige Abrüstung die Abschaffung der Streitkräfte, der Rüstung, der ausländischen Militärstützpunkte, der Herstellung von Waffen sowie die Beseitigung von Institutionen und Einrichtungen zur militärischen Ausbildung, außer für Zwecke der inneren Sicherheit, und das totale Verbot der Produktion, des Besitzes und des Einsatzes von nuklearen und thermonuklearen Waffen, bakteriologischen und chemischen Waffen sowie die Abschaffung von Geräten und Einrichtungen für die Zielbeförderung und den operativen Einsatz von Massenvernichtungswaffen auf nationalen Territorien einschließen sollte.

17. Die Teilnehmerländer rufen alle Staaten — insbesondere die gegenwärtig mit der Weltraumforschung beschäftigten Staaten — auf, die Verpflichtung einzugehen,

den Weltraum ausschließlich für friedliche Zwecke zu benutzen. Sie geben der Hoffnung Ausdruck, daß die internationale Gemeinschaft durch kollektive Aktion eine internationale Behörde einrichtet, deren Aufgabe es wäre, die Aktionen auf dem Gebiet der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung des Weltraums zu fördern und zu koordinieren.

18. Die Konferenzteilnehmer richten an die Großmächte die dringende Aufforderung, ohne weitere Verzögerung einen Vertrag für allgemeine und vollständige Abrüstung zu unterzeichnen, um die Menschheit vor der Geißel eines Krieges zu bewahren und die jetzt für die Rüstung aufgewendeten Energien und Mittel für die friedliche wirtschaftliche und soziale Entwicklung der gesamten Menschheit einzusetzen. Die Teilnehmerländer sind ferner der Auffassung, daß

a) die blockfreien Länder auf allen zukünftigen Weltabrüstungskonferenzen vertreten sein sollen;

b) alle Abrüstungsdiskussionen unter den Auspizien der Vereinten Nationen abgehalten werden sollen;

c) die allgemeine und vollständige Abrüstung durch ein wirksames System der Inspektion und Kontrolle garantiert werden sollte, an dem auch Mitglieder der blockfreien Nationen beteiligt sind.

19. Die Konferenzteilnehmer halten es für wesentlich, daß ein Abkommen über das Verbot aller nuklearen und thermonuklearen Versuche dringlichst abgeschlossen wird. Angesichts dieses Ziels ist es notwendig, daß Verhandlungen unverzüglich wiederaufgenommen werden, entweder separat oder als Teil allgemeiner Abrüstungsverhandlungen. Inzwischen sollte das Moratorium über die Versuche mit Kernwaffen wieder in Kraft gesetzt und von allen Ländern beachtet werden.

20. Die Teilnehmerländer empfehlen, die Vollversammlung der Vereinten Nationen solle auf ihrer bevorstehenden Sitzung einen Beschluß über die Einberufung entweder einer der Abrüstung gewidmeten Sondersitzung der Vollversammlung oder einer Weltabrüstungskonferenz fassen, um den Prozeß der allgemeinen Abrüstung in Gang zu bringen.

21. Die Konferenzteilnehmer sind der Meinung, daß Anstrengungen unternommen werden sollten, um das vom Kolonialismus und Imperialismus hinterlassene wirtschaftliche Ungleichgewicht zu beseitigen. Sie halten es für notwendig, die immer größer werdende Kluft zwischen dem Lebensstandard der wenigen wirtschaftlich fortgeschrittenen Länder und der vielen wirtschaftlich minderentwickelten Länder durch eine beschleunigte wirtschaftliche, industrielle und landwirtschaftliche Entwicklung zu schließen. Die Konferenzteilnehmer empfehlen die sofortige Gründung und Inbetriebnahme eines Kapital-Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen. Sie vereinbaren ferner, gerechte „terms of trade“ für die wirtschaftlich minderentwickelten Länder zu fordern, insbesondere konstruktive Anstrengungen zur Beseitigung der übermäßigen Schwankungen der Rohstoffpreise und der restriktiven Maßnahmen und Praktiken, die den Handel und die Einkommen der neuen Länder ungünstig beeinflussen. Sie fordern außerdem, daß die Ergebnisse der wissenschaftlichen und technologischen Revolution auf allen Gebieten der wirtschaftlichen Entwicklung angewandt werden, um die Herbeiführung einer internationalen sozialen Gerechtigkeit zu beschleunigen.

22. Die Konferenzteilnehmer fordern alle in der Entwicklung begriffenen Länder auf, wirksam auf dem Gebiet der Wirtschaft und des Handels zusammenzuarbeiten, um der Politik des Drucks auf wirtschaftlicher Ebene sowie den schädlichen Einflüssen zu begegnen, die durch die wirtschaftlichen Blöcke der Industrieländer geschaffen werden könnten. Sie fordern ferner alle interessierten Länder auf, die baldmögliche Einberufung einer internationalen Konferenz zu erwägen, um die gemeinsamen Pro-

bleme zu erörtern und eine Einigung über die Mittel und Wege zur Abwendung aller ihrer Entwicklung schädlichen Hindernisse zu erreichen und außerdem die wirksamsten Maßnahmen zur Verwirklichung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zu diskutieren und zu vereinbaren.

23. Die Teilnehmerländer erklären, daß es den Empfängern von wirtschaftlicher und technischer Hilfe freistehen muß, über deren Verwendung nach eigenem Ermessen zu verfügen und gemäß ihren Bedürfnissen eigene Pläne zu entwerfen und Prioritäten festzulegen.

24. Die Teilnehmerländer halten es für wesentlich, daß die Vollversammlung der Vereinten Nationen durch die Revision der Charta eine Lösung des Problems der Vergrößerung der Mitgliederzahl des Sicherheitsrates sowie des Wirtschafts- und Sozialrats findet, um die Zusammensetzung und die Arbeit dieser beiden wichtigsten Organe der Vollversammlung mit den Bedürfnissen der Organisation und mit der zunehmenden Mitgliederzahl der Vereinten Nationen in Einklang zu bringen.

25. Die Einheit der Weltorganisation und die Sicherstellung der Wirksamkeit ihrer Arbeit machen es unerlässlich, eine geeignetere Struktur des Sekretariats zu entwickeln, wobei nach dem Gesichtspunkt einer gleichmäßigen Verteilung zu verfahren wäre.

26. Jene Konferenzteilnehmer, die die Regierung der Volksrepublik China anerkennen, empfehlen, die Vollversammlung der Vereinten Nationen solle auf ihrer bevorstehenden Tagung die Vertreter der Regierung der Volksrepublik China als einzig legitime Vertreter jenes Landes in den Vereinten Nationen akzeptieren.

27. Die Teilnehmerländer sind der Ansicht, daß das deutsche Problem nicht nur ein regionales Problem darstellt, sondern zwangsläufig einen entscheidenden Einfluß auf den Verlauf der weiteren Entwicklungen in den internationalen Beziehungen ausüben wird.

Ueber die Entwicklung besorgt, die zur gegenwärtigen akuten Verschlechterung der Situation in Deutschland und Berlin führte, fordern die Teilnehmerländer alle betroffenen Seiten auf, gemäß dem Appell der Staats- und Regierungschefs vom 5. September 1961 bei der Lösung der deutschen Frage oder des Berlin-Problems nicht zur Gewalt oder zur Androhung von Gewalt zu greifen.

Die Staats- und Regierungschefs der blockfreien Länder beschließen, diese Deklaration den Vereinten Nationen vorzulegen und sie allen Mitgliedstaaten der Weltorganisation zur Kenntnis zu bringen. Die vorliegende Deklaration wird auch allen anderen Staaten zugeleitet werden.

Quelle: Belgrade Conference, No. 5/1961. Published by *Review of International Affairs*, Belgrad.

**Schreiben von Präsident John F. Kennedy vom 13. September 1961 an den Präsidenten der Republik Mali, Modibo Keita, und den Präsidenten der Republik Indonesien, Achmed Sukarno**

*Betrifft:* Botschaft der Belgrader Konferenz blockfreier Staaten — Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion — Deutschland-Frage — Selbstbestimmung — Kernwaffenversuchsverbot — allgemeine und vollständige Abrüstung — Abrüstungsverhandlungen im Rahmen der UN.

Ich habe die Botschaft der Konferenz der blockfreien Staaten, die Sie die Güte hatten, persönlich zu übermitteln, mit Sorgfalt gelesen. Die amerikanische Regierung ist sich bewußt, daß die in Belgrad zusammengekommenen blockfreien Staaten einen wichtigen Sektor der Weltmeinung darstellen und insbesondere, daß die Bevölkerung



dieser Staaten mit dem amerikanischen Volk ein entscheidend wichtiges Interesse gemeinsam hat — die Erhaltung des Friedens. In den ständigen Besprechungen innerhalb der amerikanischen Regierung und mit unseren Verbündeten werden wir die von der Konferenz übersandte Botschaft mit größtem Bedacht in Erwägung ziehen.

Was den Vorschlag anbetrifft, daß ich in direkte Verhandlungen mit Ministerpräsident Chruschtschow trete, so sind wir bereit, bestehende und geeignete Kanäle zu benutzen, um festzustellen, ob es möglich ist, den derzeitigen toten Punkt zu überwinden. Es ist unsere Politik gewesen und wird es auch weiterhin sein, die Lösung der zwischen uns und anderen bestehenden Probleme durch friedliche Mittel zu erreichen zu suchen. Wir haben nicht versucht, Krisen hervorzurufen, und wir glauben, daß es die unbedingte Pflicht aller verantwortungsbewußten Regierungen ist, alle Möglichkeiten — einschließlich von Verhandlungen auf höchsten Ebenen — zu sondieren, die zu beiderseits annehmbaren Lösungen der derzeitigen internationalen Probleme führen könnten.

Wenn jedoch solche Verhandlungen nicht sorgfältig vorbereitet werden, dann besteht für sie die Gefahr eines Fehlschlags, und sie könnten dadurch zu einer Verschlechterung der Lage führen. Wir sind daher der Ansicht, daß es zu Zeiten großer Spannung ganz besonders notwendig ist, daß Verhandlungen von der Art, wie sie die Belgrader Konferenz vorgeschlagen hat, nicht nur sorgfältig vorbereitet werden, sondern auch einige Erfolgchancen haben müssen.

Die Außenminister der Westmächte kommen morgen in Washington zusammen. In der kommenden Woche wird der amerikanische Außenminister an der Spitze der amerikanischen Delegation an der Sitzung der UN-Vollversammlung teilnehmen. Unseres Wissens wird auch Außenminister Gromyko dort sein. Dies wird Gelegenheit zu ernsthaften Besprechungen über Deutschland und andere Probleme geben, wenn die sowjetische Seite sich gewillt dazu zeigt. Die diplomatischen Kanäle stehen zur Sondierung konstruktiver Schritte in Richtung auf eine Reduzierung der Spannung offen. Weitere Mittel stehen zur Verfügung, wenn sie einem nützlichen Zweck dienen können. Inzwischen aber ist es ohne Frage von größter Bedeutung, daß keine einseitigen Maßnahmen ergriffen werden, die einen friedlichen Fortschritt unmöglich machen.

Sofern auf der anderen Seite wie auf der unsrigen eine realistische Einstellung und der aufrichtige Wunsch vorhanden ist, zu einer für beide Seiten annehmbaren Lösung zu gelangen, so sehen wir keinen Grund, warum schließliche Verhandlungen nicht erfolgreich mit der derzeitigen Krise fertig werden sollten. Wir werden jedoch nicht unter Ultimaten oder Drohungen in Verhandlungen eintreten. Es ist ferner klar, daß wir nicht daran denken, über die Preisgabe unserer Verantwortungen oder den Verzicht auf die Modalitäten für die Durchführung dieser Aufgaben Erörterungen zu führen.

Dennoch halten wir es für möglich, eine Lösung zu finden, die lebenswichtigen Interessen auf beiden Seiten der Krise entgegenkommen kann.

Die Vereinigten Staaten haben sorgfältig die während der Belgrader Konferenz abgegebenen Erklärungen zur Kenntnis genommen, in denen anerkannt wird, daß die Berlin- und Deutschland-Situation von lebenswichtigem Interesse für die künftigen Entwicklungen in den internationalen Beziehungen ist. Es ist stets unsere Politik gewesen — und es wird weiterhin unsere Politik sein —, Differenzen mit Realismus und Verantwortungsbewußtsein auszugleichen. Wir möchten darauf hinweisen, daß diese Krise durch eine sowjetische und nicht durch eine amerikanische Aktion ausgelöst wurde. Wir unterstützen den in der Deklaration ausgesprochenen Hinweis auf die Rechte aller Staaten auf Einheit, Selbstbestimmung und Unabhängigkeit und die Verdammung jeder Einschüchterung, Intervention und Behinderung der Ausübung des Rechtes auf Selbstbestimmung. Wir setzen dabei voraus, daß die Prinzipien in gleicher Weise für die Bevölkerung von Deutschland und Berlin Anwendung finden.

Wir haben uns mit unseren Maßnahmen in diesem Gebiet bemüht, diese Prinzipien zu respektieren. Wir haben durchaus nicht die Absicht, zur Gewalt oder zu Gewalt-

androhungen Zuflucht zu nehmen, um das Berlin- und Deutschland-Problem zu lösen, Aber wir sind entschlossen, unseren Verpflichtungen nachzukommen, und sind bereit, Gewalt mit Gewalt zu begegnen, wenn sie gegen uns angewandt wird. Wenn auch die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten durchaus darin übereinstimmen, daß Verhandlungen über dieses Problem stattfinden müssen, so muß doch die Sowjetunion ihrerseits ein Zeichen der Bereitwilligkeit zur Aufnahme von Verhandlungen geben, die auf gegenseitiger Achtung beruhen. Die einzigen Bedingungen, die zu erörtern sie bisher überhaupt eine Bereitschaft gezeigt hat, sind Bedingungen, die die Preisgabe der westlichen Rechte mit sich bringen würden.

Die Vereinigten Staaten sind nach wie vor der Ansicht, daß der Abschluß eines durch ausreichende Kontrollen gesicherten Abkommens über ein Verbot der Atomwaffenversuche auch weiterhin eine Angelegenheit höchster Dringlichkeit ist. Wir möchten hierbei jedoch erneut unsere Ueberzeugung zum Ausdruck bringen, daß erneute Verhandlungen über ein Atomwaffenversuchsverbot getrennt von den Verhandlungen über eine allgemeine und vollständige Abrüstung geführt werden sollten.

Die Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche in der Atmosphäre durch die Sowjetunion hat die Dringlichkeit noch erhöht, die der Unterzeichnung eines vollständigen Atomwaffenversuchsbotes zukommt. Die verwickelten Verhandlungsführungen über eine allgemeine Abrüstung sollten nicht das Zustandekommen dieses bedeutenden Fortschritts hinauszögern dürfen.

Ich möchte erneut mein Bedauern zum Ausdruck bringen, daß die Sowjetunion das Angebot der britischen und amerikanischen Regierung zurückgewiesen hat, Versuche in der Atmosphäre, die radioaktive Niederschläge hervorrufen, einzustellen.

Erst nach einer genauen Ueberprüfung der amerikanischen Sicherheitsinteressen und nach größter Provokation gaben wir unsere Absicht bekannt, die unterirdischen Versuche wieder aufzunehmen. Die blockfreien Staaten können versichert sein, daß wir auch weiterhin bereit sind, über einen wirksamen Vertrag zu verhandeln; inzwischen müssen jedoch die nationalen Sicherheitsinteressen unseres Landes und unserer Alliierten in der freien Welt geschützt werden. Die Vereinigten Staaten rechnen mit einer umfassenden Erörterung der Frage eines Versuchsverbots auf der bevorstehenden Vollversammlung der Vereinten Nationen, die — so hoffen wir — die Sowjetunion dazu bewegen wird, ihre Ablehnung wirksamer Kontrollen aufzugeben und einem Abkommen über das Verbot von Kernwaffenversuchen zuzustimmen.

Die Vereinigten Staaten haben erfreut zur Kenntnis genommen, daß die Teilnehmer der kürzlichen Konferenz in Belgrad auf die Bedeutung eines wirksamen Inspektions- und Kontrollsystems hingewiesen haben. Dies ist die eigentliche Schwierigkeit in dieser Angelegenheit. Aus den im Zuge der Kernwaffenverhandlungen unterbreiteten amerikanischen Vorschlägen geht klar hervor, daß die Vereinigten Staaten Inspektions- und Kontrollverfahren auf dem Gebiete der Abrüstung ins Auge gefaßt haben, an denen sich die blockfreien Staaten, wie auch andere, beteiligen würden.

Die Vereinigten Staaten haben einige Monate lang eine intensive Studie über das Problem einer allgemeinen Abrüstung durchgeführt, die zu dem Ersuchen an den Kongreß geführt hat, eine Abrüstungsbehörde ins Leben zu rufen. Die Studie hat ferner zu der Ausarbeitung eines umfassenden Planes für eine allgemeine und völlige Abrüstung geführt, der kurz vor seiner Veröffentlichung steht. Dieser Plan enthält ein Programm, mit dem sichergestellt werden soll, daß die Abrüstung allgemein und vollständig ist, daß der Krieg nicht mehr ein Mittel zur Lösung internationaler Streitfragen ist und daß die Abrüstung von verlässlichen Verfahren für eine friedliche Beilegung von Streitfragen und die Aufrechterhaltung des Friedens in Uebereinstimmung mit den Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen begleitet wird.

Die Vereinigten Staaten haben sich diesen Zielen zutiefst verpflichtet. Unsere Partner in der Weltgemeinschaft werden uns in dieser Sache nicht schwach finden. In dem wei-

teren Bemühen, die beiden Seiten einander näherzubringen und ein zufriedenstellendes Abrüstungsforum zu schaffen, sind am 6. September in New York die Gespräche zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion wieder aufgenommen worden. Die von den Vereinigten Staaten im Zuge dieser Gespräche unterbreiteten Vorschläge sehen die Beteiligung blockfreier Länder an zukünftigen breitangelegten Abrüstungsverhandlungen vor. Sie sehen ferner Verhandlungen unter der Ägide der Vereinten Nationen vor, falls die Sowjetunion dem zustimmen wird. Die Vereinigten Staaten glauben, daß die Vollversammlung die Gelegenheit finden wird, sich mit dieser Frage zu befassen, da ja in Gestalt der Abrüstungskommission ein Komitee vorhanden ist, das jederzeit einberufen werden kann.

Lassen Sie mich abschließend sagen, Herr Präsident, daß wir in der Botschaft und in der Deklaration Elemente fanden, die den echten Wunsch nach einer Verminderung der Spannungen deutlich werden ließen und die — wenn sie in wirklich neutraler und objektiver Weise angewendet werden — von großem Nutzen bei der Verminderung der internationalen Spannungen sein könnten.

Wir respektieren wie immer den Wunsch anderer Länder, bündnisfrei zu bleiben. Wir haben großes Verständnis für ihr leidenschaftliches Eintreten für den Frieden und teilen diesen Einsatz. Wir sind wie immer bereit, uns allen Initiativen zur Verbesserung der weltpolitischen Situation anzuschließen. Wir hoffen auf weitere freundschaftliche Beziehungen zu den Regierungen und Völkern, die an der Belgrader Konferenz teilgenommen haben.

Quelle: *Kabel-Dienst* (Botschaft der Vereinigten Staaten, Bad Godesberg) vom 18. September 1961.

**Schreiben von Ministerpräsident Nikita S. Chruschtschow vom 16. September 1961  
an den indischen Premierminister, Jawaharlal Nehru**

*Betrifft:* Botschaft der Belgrader Konferenz der blockfreien Staaten — allgemeine und vollständige Abrüstung — Kolonialismus — Kriegsgefahr — deutscher Friedensvertrag — Verteidigungsmaßnahmen der Sowjetunion — Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten — Aufnahme der DDR und der Bundesrepublik in die UN.

Mit großer Aufmerksamkeit und mit Interesse habe ich das Schreiben der kürzlich beendeten Konferenz der Staats- und Regierungschefs von 25 blockfreien Ländern gelesen und bin tief bewegt darüber, daß Sie sich die Mühe nahmen, das Schreiben nach Moskau zu bringen und es mir persönlich zu übergeben. Ich spreche allen hohen Teilnehmern der Konferenz meinen herzlichen Dank für diesen Brief aus. Der Umstand, daß die Auffassungen der Sowjetregierung über die gegenwärtige Lage in der Welt mit den im Schreiben der Konferenzteilnehmer dargelegten Ansichten in vielem übereinstimmen, ruft Befriedigung hervor. Mir haben auch die anderen, von der Sorge um Frieden erfüllten Dokumente Freude gemacht, die von der Konferenz der blockfreien Länder beschlossen worden sind.

Wie sollte man sich nicht darüber freuen, daß die Regierungen der neutralen Staaten, deren Bevölkerung ein Drittel der Menschheit ausmacht, ihre Stimme zum Schutze des Friedens erhoben, die Politik der Kriegsvorbereitung entschieden verurteilt haben. Dies wird von um so größerer Bedeutung für die Entwicklung der internationalen Ereignisse sein, als das Ringen um die Verhinderung eines Krieges und um die Festigung des Friedens der Hauptinhalt der ganzen außenpolitischen Tätigkeit der sozialistischen Staaten, die ein anderes Drittel der Menschheit darstellen, stets war und ist.

So groß ist jetzt der Kreis der Staaten geworden, die die Sorge um den Frieden als ihre ureigenste Sache betrachten! Der eindringliche Appell der Konferenz zu unverzüglichem



Abschluß eines Vertrages über allgemeine und vollständige Abrüstung wird zweifellos die Aufmerksamkeit aller Menschen auf sich ziehen. Ja, das ist tatsächlich die dringendste und unaufschiebbarste Angelegenheit, weil gerade sie ein zuverlässiger Schlüssel zu dauerhaftem Frieden auf der Erde ist.

Die Sowjetregierung schenkt den Erwägungen und Schlußfolgerungen der Konferenz auch zu einer Reihe anderer internationaler Probleme, darunter zur Frage der vollständigen und endgültigen Beseitigung des Kolonialismus, große Bedeutung. Jetzt kann man schon mit Gewißheit sagen, daß bald, sehr bald, unter dem Druck der vereinten Kräfte der Völker der Widerstand der Staaten gebrochen wird, welche sich an ihre Kolonialbesitzungen klammern, die ihnen viele Jahrzehnte als Goldgrube dienten, aber nur darum, weil die Kolonialherren die Kolonialvölker brutal ausplünderten und ausbeuteten. Der Schweiß und das Blut dieser Völker — sie bilden die Quelle des Reichtums der Kolonialmächte. Der Tag ist nicht mehr fern, wo der Kolonialismus auf immer vom Antlitz der Erde verschwinden wird.

In dem mir übergebenen Schreiben der Konferenzteilnehmer wird die tiefe Sorge angesichts der Verschlechterung der internationalen Lage und der Gefahr eines neuen Krieges ausgedrückt. Die Sowjetregierung teilt voll und ganz diese Sorge. In der ganzen Nachkriegszeit war die Kriegsgefahr noch nie so stark fühlbar wie jetzt. Wie Sie es sicherlich gut verstehen, ist eine solche Lage nicht von selbst entstanden; sie ist das Ergebnis der Tätigkeit bestimmter Kräfte, die an allem Beliebigen, nur nicht an einem dauerhaften Frieden interessiert sind. Man kann den Gedanken nicht loswerden, daß Kreise, die ganz einfach den Krieg suchen, zum Kriege treiben, immer mehr ihren Einfluß auf die Politik der NATO-Mächte ausüben. Sie erkennen offenbar, daß die Zeit gegen die alte imperialistische Ordnung arbeitet, die auf Beherrschung und Knechtschaft, auf der Mißachtung der elementaren Rechte der Völker beruht, und erwägen, ob es nicht an der Zeit sei, alles auf eine Karte zu setzen und zu versuchen, durch Krieg den in der Welt vor sich gehenden großen Wandlungen im Leben der Völker Einhalt zu gebieten, besonders der Völker jener Kontinente, die gestern noch unter den Peitschenschlägen der kolonialistischen Aufseher stöhnten.

Diese Schlußfolgerung drängt sich auf, wenn man sieht, daß die Regierungen der Westmächte die militärischen Vorbereitungen auf jede Weise forcieren, die ohnehin aufgeblähten Militärbudgets erhöhen, Reservisten unter die Waffen rufen, unter der Bevölkerung ihrer Länder den Ungeist des Militarismus säen, der auch ohnedies in vielen Teilnehmerstaaten der NATO im Uebermaß wuchert. Es sieht so aus, als ob diese Länder nicht abgeneigt seien, für eine Generalprobe der Kräfte die zentrale und vordringliche Frage des deutschen Friedensvertrages zu benutzen, dessen Abschluß, auf Grund der Berücksichtigung der in Deutschland in Zusammenhang mit der Bildung zweier souveräner deutscher Staaten entstandenen realen Lage, die Atmosphäre in Europa fundamental verbessern und der Sache des allgemeinen Friedens einen ernsthaften Dienst leisten würde.

Selbstverständlich kann das Sowjetvolk nicht passiver Beobachter bleiben, wenn einige Mächte der Vernunft zuwiderlaufende, ich sage es geradeheraus — gefährliche, abenteuerliche Schritte unternehmen. Wir waren gezwungen, die Ihnen bekannten Maßnahmen zur Verstärkung der Sicherheit unseres Landes zu ergreifen. Anders verfahren würde bedeuten, unser Land angesichts der Drohung aggressiver Kräfte in eine gefährliche Lage zu versetzen. Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, um zu erklären, daß die von uns ergriffenen Maßnahmen, nach unserer tiefen Ueberzeugung, nicht nur den Interessen des Sowjetvolkes und unserer Verbündeten, die ebenso wie wir die Sache des Friedens und die Notwendigkeit verfechten, einen Schlußstrich unter den Zweiten Weltkrieg zu ziehen und zu diesem Zwecke einen deutschen Friedensvertrag abzuschließen, sondern auch den Interessen aller anderen Völker entsprechen, die nach einem friedlichen Leben dürsten. Wir geben unserer Befriedigung darüber Ausdruck,

daß unsere Verteidigungsmaßnahmen im großen und ganzen auf richtiges Verständnis bei breitesten Kreisen der Öffentlichkeit vieler Länder gestoßen sind.

Ich möchte geradeheraus und freimütig sagen, wenngleich dies für Sie keine Neuigkeit sein wird: Die Sowjetunion möchte nicht in das Fahrwasser militärischen Wettstreits mit den Westmächten geraten. Das ist nicht unsere Politik, das ist nicht unser Weg, und wir wollen dieser Bahn nicht folgen, wenn man uns nicht dazu zwingen will. Unser größter und innigst gehegter Wunsch geht dahin, in Freundschaft mit allen Staaten, in einer Welt ohne Waffen, in einer Welt ohne Kriege zu leben. Deshalb verlangen wir mit solcher Beharrlichkeit, daß die Staatsmänner, die für den Frieden die Verantwortung tragen, den einzig richtigen Beschluß fassen — den Ueberresten des Zweiten Weltkriegs ein Ende zu bereiten, die Kriegsmaschinerie der Staaten völlig zu zerschlagen, alle Waffen einschließlich der Kernwaffen zu vernichten, was auch die Frage der Kernwaffenversuche endgültig gegenstandslos machen würde; diese beiden Fragen sind organisch unlöslich miteinander verknüpft und können nur gleichzeitig gelöst werden. Bei meiner kürzlichen Zusammenkunft mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten in Wien war ich in jeder Weise bemüht, dies hervorzuheben.

Die Teilnehmer der Konferenz blockfreier Länder erklären sich in ihrem Schreiben für Verhandlungen zwischen den Großmächten, damit die Kriegsgefahr gebannt werde. Im besonderen schlagen sie direkte Verhandlungen zwischen dem Vorsitzenden des Ministerrats der Sowjetunion und dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika vor.

Was ist dazu zu sagen? Ihnen ist natürlich bekannt, daß die Sowjetunion stets Anhänger der Regelung strittiger Fragen durch Verhandlungen war. Wir sind selbstredend auch jetzt der Auffassung, daß Verhandlungen zwischen den Staaten, und um so mehr zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten als den mächtigsten und einflußreichsten Staaten, eine wichtige Rolle bei der Gesundung der internationalen Lage spielen können und müssen. Wir sind um der Gewährleistung des Friedens willen zu Verhandlungen in jedem beliebigen Zeitpunkt, an jeglichem Ort und auf jedweder Ebene bereit.

Längst ist die Notwendigkeit herangereift, daß die Staatsmänner der Länder, die am Kriege gegen Hitlerdeutschland teilgenommen haben, zu einer Friedenskonferenz zusammenkommen und gemeinsam mit Vertretern der beiden deutschen Staaten, in einer ruhigen Atmosphäre, ohne Erregung der Leidenschaften einen Friedensvertrag abfassen, der die glimmenden Kohlen löscht, die von dem vor anderthalb Jahrzehnten lodern den Weltbrand übriggeblieben sind. Und diese Kohlen sind nicht irgendwo, sondern im Zentrum Europas, von wo sich der Weltbrand ausbreitete, in dessen Feuer Dutzende Millionen Menschen umkamen. Wir, die sowjetischen Menschen, wissen besser als sonst irgend jemand, was die Tragödie gekostet hat und wie viele Menschenleben sie davongetragen hat.

Es versteht sich von selbst, daß Verhandlungen über die spruchreif gewordenen internationalen Probleme notwendig sind, und wir haben wiederholt darüber gesprochen, doch sie sind nicht um der Gespräche willen notwendig. Bittere Erfahrungen haben uns gelehrt, darüber offen zu sprechen. Verhandlungen werden nur dann Nutzen bringen, wenn die Staatsmänner zu ihnen mit dem ernststen Wunsch und der Bereitschaft kommen, Vereinbarungen zu erzielen, die eine Grundlage für die Festigung des Friedens abgeben. Die Verhandlungsteilnehmer müssen den Mut haben, der realen Lage der Dinge ins Auge zu sehen, und müssen sich klar Rechenschaft darüber ablegen, daß niemand imstande ist, den Lauf der Ereignisse, die die gesetzmäßige Entwicklung der menschlichen Gesellschaft widerspiegeln, nach rückwärts zu lenken. Davon muß gesprochen werden, weil manche Politiker im Westen geneigt sind, sogar dann, wenn es um sehr ernste Dinge geht, sich in die Brust zu werfen: Seht, was wir für Kerle sind, wir lassen uns nicht überreden! Ist es etwa keine Tatsache, daß manche Politiker des We-

stens ständig in ihren Erklärungen Deklarationen darüber einflechten, daß sie harte Standpunkte einnehmen, und dieses Wort — hart — in jeder Weise genießerisch auskosten?

Wir aber sind der Meinung, daß führende Staatsmänner, die vom Vertrauen der Völker getragen werden, vorausblicken, sich den Weg klar vorstellen müssen, den ihre Staatsschiffe nehmen, und in jedem Falle bestrebt sein müssen, diesen Weg zu erkennen, Klippen und Riffe zu umschiffen. Auch ein gutes Beginnen kann auf verschiedene Weise ablaufen. Verhandlungen vermögen eine zuverlässige Fahrwinne zu legen, auf der diese Schiffe sicher in ruhige Gewässer segeln, dem heranziehenden Sturm ausweichen.

Verhandlungen können, wenn man sie im voraus zum Fiasko verurteilt und Beschwörungen von der Notwendigkeit einer harten Stellungnahme wiederholt, nach dem Beispiel mancher Politiker, sagen wir, in Bonn, auch Staatsschiffe auf eine Sandbank, auf felsigen Grund auflaufen lassen und den Völkern Unglück bringen.

Ich möchte, daß man mich richtig versteht. Die Sowjetregierung ist bereit, an Verhandlungen, die wirklich auf die rascheste Lösung dringlicher internationaler Probleme gerichtet sind, und vor allem an einer Friedenskonferenz zur Frage des Abschlusses eines deutschen Friedensvertrages und der Normalisierung der Lage in West-Berlin auf der Grundlage eines solchen Vertrages teilzunehmen. Die Sowjetregierung ist überzeugt, daß es um so besser sein wird, je rascher solche ernsthaften Verhandlungen beginnen. Es würde große Staatsweisheit bezeugen, wenn dieser Vertrag in kürzester Frist auf vereinbarter Grundlage geschlossen würde.

Für die Festigung des Friedens und die Normalisierung der Lage in Europa und in der ganzen Welt wäre es gut, wenn die anderen Länder, die die beiden deutschen Staaten — die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland — noch nicht anerkannt haben, sie de jure anerkennen, Beziehungen zu ihnen aufnehmen würden. Diesem Ziel würde auch die Aufnahme der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland in die Organisation der Vereinten Nationen entsprechen. Im Endergebnis könnte gegenüber den revanchistischen Kreisen in Westdeutschland eine ernsthafte Schranke errichtet werden, jenen Kreisen, die bekanntlich alle Kräfte aufbieten, um die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Verhältnisse zu verändern. Der Beitritt beider deutscher Staaten zu den Vereinten Nationen und die Aufnahme von Beziehungen zu ihnen würden die Lage, die in Deutschland besteht, verankern, und dies wäre ein großer Beitrag zur Festigung des Friedens in der ganzen Welt.

Gestatten Sie, Herr Ministerpräsident, noch einmal der Befriedigung über die Bemühungen Ausdruck zu verleihen, die Sie persönlich zusammen mit den führenden Staatsmännern der anderen blockfreien Länder zur Gesundung der internationalen Lage unternehmen. Ich möchte Ihnen versichern, daß die Sowjetregierung, getreu ihrer Friedenspolitik, ihrerseits auch weiterhin alles tun wird, damit die Völker die Möglichkeit erhalten, ohne Angst vor Krieg, in Frieden und Wohlergehen zu leben.

Quelle: *Die Sowjetunion heute*, Nr. 28 vom 1. Oktober 1961

#### **Memorandum der Bundesregierung vom 7. August 1961 an die Teilnehmerstaaten der Belgrader Konferenz blockfreier Staaten**

*Betrifft: Deutsche Frage — Selbstbestimmungsrecht — Wiedervereinigung — Lage in Mitteldeutschland — freie Wahlen — Friedensvertrag.*

Die Bundesregierung begrüßt dankbar jeden ehrlich gemeinten Vorschlag für eine Lösung des Deutschland- und Berlin-Problems, glaubt jedoch nicht, daß eine dauer-



hafte Lösung gefunden werden kann, solange dem deutschen Volk das fundamentale Recht der Selbstbestimmung und das Recht der nationalen Einheit vorenthalten wird. Wenn daher das deutsche Problem auf der bevorstehenden Konferenz zur Sprache kommen sollte, so sollte nach Ansicht der Bundesregierung diese Frage unter dem Tagesordnungspunkt „Selbstbestimmungsrecht der Völker und Nationen“ behandelt werden. Die Wiedervereinigung des deutschen Volkes in Frieden und Freiheit, das sehnlichste Ziel aller Deutschen, ist leicht zu lösen, wenn dem ganzen deutschen Volk endlich das Recht zugestanden wird, über seine Staats- und Lebensordnung selbst zu bestimmen.

Die Bundesregierung legt besonderen Wert darauf, den Delegierten der Belgrader Konferenz neutraler Staaten einen Ueberblick über die tatsächliche Lage und die sich aus ihr ergebenden Folgerungen zu geben:

Deutschland ist geteilt. 54 Millionen Deutsche leben im Westen Deutschlands, in der Bundesrepublik. Sie haben in freien und geheimen Wahlen ihre Regierung gewählt. Im östlichen Teil, in der sowjetisch besetzten Zone, leben 16 Millionen Deutsche. Das dortige Regime ist von der sowjetischen Besatzungsmacht eingesetzt worden. Der Bevölkerung wurde nie Gelegenheit gegeben, in freier und geheimer Wahl zu entscheiden, ob sie dieses Regime will oder nicht. Es wird von dem ganz überwiegenden Teil der Bevölkerung abgelehnt, die es als ein kolonialistisches Unterdrückungsregime betrachtet, das ausschließlich von 22 sowjetischen Divisionen getragen wird. Als sich die gequälte Bevölkerung vor acht Jahren gegen dieses Regime erhob, wurde der Aufstand von sowjetischen Truppen und Panzern unterdrückt.

Die beiden Teile Deutschlands werden getrennt durch einen über 500 km langen Stacheldrahtzaun, errichtet von den Machthabern der Sowjetzone, Tag und Nacht bewacht von ihrer Polizei. Während die Behörden der Bundesrepublik Deutschen, die sich friedfertig von einem Teil ihres Vaterlands in den anderen und zurück begeben wollen, nicht das geringste Hindernis in den Weg legen, hat das Sowjetzonenregime eine Stacheldraht- und Grabensperre errichtet, die von Wachttürmen und Gräben strotzt und mit Tausenden bewaffneter Leute bemannt ist, um jeden freien Verkehr zwischen seiner Zone und der Bundesrepublik zu unterbinden. Nur eine Insel der Freiheit liegt östlich dieses Stacheldrahtverhaues, die eigentliche Hauptstadt Deutschlands, Berlin, genauer gesagt: die westlichen Sektoren Berlins, deren Freiheit durch die Anwesenheit der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs garantiert wird. Mit anderen Worten, auch die Stadt Berlin ist geteilt. Den Ostsektor hat das Regime der Sowjetzone abgetrennt und ihrem Machtbereich zugeschlagen, ohne der Bevölkerung Gelegenheit zu geben, ihren Willen zu bekunden.

In welchem Ausmaße das die sowjetische Besatzungszone Deutschlands beherrschende Regime von der Bevölkerung abgelehnt wird, beweist die große Flüchtlingszahl. Aus der Sowjetzone sind in den vergangenen zwölf Jahren über drei Millionen Menschen in den freien Teil Berlins und in die Bundesrepublik geflüchtet. Ueber ein Sechstel der Menschen, die 1945 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands lebten, ist seitdem nach Westen geflohen. Und neuerdings steigt diese Zahlenkurve steil an. Während der ersten sechs Monate dieses Jahres waren es etwa 120 000; im Juli waren es täglich eintausend Menschen, die ihren gesamten Besitz zurückließen und allen Strafandrohungen der sowjetzonalen Machthaber zum Trotz den Weg in die Freiheit wählten, weil das Leben in Unfreiheit für sie nicht mehr erträglich war.

Wie unhaltbar dieser Zustand ist, wieviel Leiden und Sorgen diese künstliche Teilung dem einzelnen und dem ganzen deutschen Volk bereitet, ist für jeden offenkundig, der sich vorzustellen vermag, daß sein eigenes Land und seine eigene Hauptstadt

in gleicher Weise zerrissen sind. Die Sowjetunion ist entschlossen, diesen Zustand zu verewigen, indem sie Friedensverträge mit beiden Teilen Deutschlands fordert oder den Abschluß eines Separat- und Abtrennungsvertrages mit der sowjetisch besetzten Zone androht.

Die Bundesregierung hat seit ihrem Bestehen immer wieder vorgeschlagen, die Sowjetregierung möge freie Wahlen in ganz Deutschland zulassen, damit das Deutschland- und Berlin-Problem in einer dem Willen des deutschen Volkes entsprechenden Weise gelöst werden und eine vom gesamten deutschen Volk getragene Regierung dann einen Friedensvertrag abschließen kann. Die Bundesregierung hat zudem wiederholt den Vorschlag gemacht, die vier ehemaligen Besatzungsmächte unter Beteiligung der Vereinten Nationen sollten darüber wachen, daß diese Wahlen frei und geheim abgehalten werden, weil sie darauf vertraut, daß neutrale Beobachter an dieser Aufgabe unparteiisch und korrekt mitwirken würden. Die Sowjetunion aber hat alle diese Vorschläge zurückgewiesen.

Als die Vollversammlung der Vereinten Nationen im Jahre 1951 einer neutralen Kommission den Auftrag gab, zu prüfen, ob in Deutschland die Voraussetzungen für solche freien Wahlen beständen, verweigerte der sogenannte Ministerpräsident der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands, Grotewohl, dieser neutralen Kommission der Vereinten Nationen den Zutritt zu seinem Machtbereich. Die Sowjetunion bezeichnete sogar in einer Note den Auftrag der Vereinten Nationen als eine „Beleidigung der deutschen Nation“ und fügte hinzu, man dürfe an Deutschland keine Forderungen richten, „die gewöhnlich gegenüber zurückgebliebenen Ländern erhoben werden“.

Wenn die Bundesregierung und ihre Verbündeten immer wieder fordern, die Sowjetregierung solle ihre Zustimmung zu freien Wahlen in ganz Deutschland geben, so verlangen sie für das deutsche Volk nichts weiter als die Anwendung des Selbstbestimmungsrechts, das in der Charta der Vereinten Nationen für alle Völker der Welt gefordert wird. Viele Nationen Afrikas und Asiens sind seit dem letzten Weltkrieg auf Grund dieses Prinzips unabhängig geworden, über 600 Millionen Menschen haben dadurch ihre Freiheit wiedergewonnen. Nur die Sowjetunion und die Volksrepublik China sind den umgekehrten Weg gegangen: die Sowjetunion, als sie im Jahre 1941 den baltischen Staaten — Estland, Lettland und Litauen —, die Volksrepublik China, als sie Tibet die Unabhängigkeit raubten und sie ihren Staatsgebieten einverleibten.

Die Sowjetunion verweigert somit dem Teil des deutschen Volkes, über den sie die Macht hat, das Recht der Selbstbestimmung. Sie droht jetzt damit, in einem Separat- und Abtrennungsvertrag mit der sowjetisch besetzten Zone die Teilung Deutschlands zu verewigen, das Recht des Zugangs nach West-Berlin und das Schicksal dieser Stadt in die Hände des Sowjetzonen-Regimes zu legen. Diese Drohung allein hat die gegenwärtige, den Frieden der Welt so ernsthaft bedrohende Krise herbeigeführt.

Die Bundesregierung hofft daher, daß die Delegierten der Konferenz der neutralen Staaten sich dafür aussprechen, daß, wenn die Deutschland- und Berlin-Frage zur Sprache kommen sollte, dieses Problem gemäß dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker gelöst wird und daß die am 15. Dezember 1960 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedete Entschliebung auch auf Deutschland angewandt wird. In ihr heißt es: „Any attempt aimed at the partial or total disruption of the national unity and the territorial integrity of a country is incompatible with the purposes and principles of the Charter of the United Nations.“

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 159 vom 26. August 1961.

**Memorandum der Bundesregierung vom 23. August 1961 an die Teilnehmerstaaten  
der Belgrader Konferenz blockfreier Staaten**

*Betrifft:* Berlin — sowjetische Drohungen — Viermächtevereinbarungen — Sperrung der Sektorengrenze — friedliche Koexistenz — „freie Stadt West-Berlin“ — Bereitschaft zu Verhandlungen.

Die Bundesregierung hält es für ihre Pflicht, Ihre Regierung auf die gegenwärtige Lage in Berlin aufmerksam zu machen, die sich zu einer ernsten Gefahr für den Frieden entwickeln kann, nicht nur für den Frieden Mitteleuropas, sondern für den Frieden der ganzen Welt, also auch der freien und neutralen Staaten.

Das Problem der Stadt Berlin ist erst akut geworden, seit die sowjetische Regierung seit November 1958 wiederholt mit ultimativen Forderungen und Drohungen versucht hatte, eine Aenderung des Viermächtestatus dieser Stadt zu erzwingen, das die Sowjetregierung selbst mitunterzeichnet hatte. Nunmehr sind die Sowjetregierung und — als ihr Werkzeug — das Ulbricht-Regime in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands zu schwerwiegenden einseitigen Handlungen übergegangen, die das Viermächteabkommen flagrant verletzen.

Am 13. August hat das Sowjetzonen-Regime mit ausdrücklicher Billigung der sowjetischen Regierung quer durch Berlin eine Stacheldrahtbarriere errichtet. Damit sind die vertraglich garantierten Verkehrsverbindungen zwischen den beiden Hälften der Stadt zerrissen. Die 16 Millionen Deutsche, die in der sowjetisch besetzten Zone zurückgeblieben sind, sind nun gefangen in einem einzigen großen Konzentrationslager. Ihre Proteste werden von sowjetischen Truppen und ostzonaler Polizei rücksichtslos unterdrückt. Ein solcher Druck aber kann nur zu leicht zu Verzweiflungshandlungen der erbitterten Bevölkerung führen.

Die Bundesregierung betrachtet diese Entwicklung mit tiefer Sorge. Sie gibt aber die Hoffnung nicht auf, daß die für die gegenwärtige Lage Verantwortlichen Vernunft annehmen und die Gefahr des Weges erkennen, den sie mit ihren Vertragsverletzungen und einseitigen Maßnahmen beschritten haben.

Die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs hatten im Einverständnis mit der Bundesregierung oft Vorschläge zur Verbesserung der Lage in Berlin gemacht. Da die Sowjetregierung aber keinen dieser Vorschläge akzeptierte, hielten sich die Westmächte und die Bundesregierung weiterhin strikt an den vereinbarten Viermächtestatus der Stadt.

Die Sowjetregierung dagegen fordert ultimativ, die Westmächte sollten die sowjetischen Forderungen zur Aenderung des Berliner Status bedingungslos akzeptieren. Wenn dies nicht geschehe, werde sie die von ihr beschlossenen Maßnahmen ohne Rücksicht auf die bestehenden Vereinbarungen durchführen. Mit den Absperrungsmaßnahmen vom 13. August beginnt sie nun, diese Drohungen wahrzumachen.

Eine solche Haltung steht im offenen Widerspruch zu dem, was die Bundesregierung unter „friedlicher Koexistenz“ versteht. Wenn die Sowjetregierung — wie sie behauptet — wirklich friedliche Koexistenz will, sollte sie überzeugende Vorschläge zur Verbesserung des Status von Berlin machen. Solange diese Vorschläge aber nicht annehmbar sind, ist die Sowjetregierung gemäß den von allen zivilisierten Nationen anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts verpflichtet, sich an die bestehenden und von ihr selbst mitunterzeichneten Vereinbarungen zu halten. Die bisherigen Vorschläge der Sowjetregierung waren jedoch unannehmbar, weil sie nur neue Konfliktsituationen geschaffen hätten. Dies trifft besonders auf die Forderung zu, dem westlichen Stadtteil Berlins den Status einer autonomen „Freistadt“ mit eigener Regierung aufzudrängen. Heute ist West-Berlin wirklich frei. Durch den sowjetischen Vorschlag aber würde



West-Berlin nicht zu einer freien, sondern einer eingeschlossenen Stadt. Sie wäre nur weiteren Rechtsbrüchen, Willkürakten und Schikanen des Sowjetzonen-Regimes ausgeliefert. Das einzige Ziel der kommunistischen Regierungen ist es, wie vor dreizehn Jahren den östlichen Stadtteil Berlins, nun auch den westlichen Stadtteil mit seinen über zwei Millionen freiheitsbewußten Einwohnern unter ihre Herrschaft zu bringen. Denn die Ausdehnung der kommunistischen Herrschaft auf alle Staaten der Welt ist das offen erklärte Ziel des Sowjetblocks.

Künstliche staatsrechtliche Not- und Scheinkonstruktionen würden die Berlin-Frage nicht lösen, sondern nur dem eben genannten kommunistischen Ziel dienen. Die gerechteste und einfachste Lösung wäre zweifellos, das gesamte deutsche Volk aufzurufen, in wirklich freier, von neutralen Beobachtern kontrollierter Entscheidung eine eigene Regierung zu wählen. Von diesem Augenblick an gäbe es keine Berlin-Frage mehr. Die Westmächte haben mit Zustimmung der Bundesregierung schon verschiedene Vorschläge in diesem Sinne gemacht. Sie sind noch weitergegangen und haben, um alle etwaigen Befürchtungen der Sowjetregierung zu zerstreuen, Sicherheits- und Abrüstungsmaßnahmen vorgeschlagen, zuletzt in dem Westlichen Friedensplan der Genfer Außenministerkonferenz. Die Sowjetregierung aber hat alle Lösungsversuche zurückgewiesen, die dem deutschen Volk eine wirkliche freie Selbstbestimmung zusicherten. Sie ist statt dessen dazu übergegangen, die Durchsetzung ihrer eigenen Pläne durch ein *Fait accompli* ihrer Satellitenregierung in Ost-Berlin einzuleiten, obwohl sie sich bewußt sein muß, daß die Westmächte ihre Rechte, die bestehenden Vereinbarungen über Berlin und die Freiheit der West-Berliner Bevölkerung verteidigen werden.

In dieser ernsten Lage wiederholt die Bundesregierung, daß die Deutschland- und Berlin-Frage nur durch Verhandlungen und in alloseitigem Einverständnis gelöst werden kann. Solche Verhandlungen aber können nur in einer ruhigen, von Ultimaten, Drohungen und Erpressungen freien Atmosphäre stattfinden. Wenn sie Erfolg haben sollen, dürfen sie nicht durch einseitige Maßnahmen und Vertragsverletzungen präjudiziert werden.

Die Bundesregierung würde es daher begrüßen, wenn Ihre Regierung und möglichst viele weitere neutrale Regierungen einen Appell an die Großmächte richten und sie auffordern, die bestehenden Vereinbarungen in der Deutschland- und Berlin-Frage zu respektieren und jede einseitige Maßnahme zu vermeiden, die eine Uebereinkunft durch Verhandlungen erschweren könnte.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 162 vom 31. August 1961.

## Die Zusammenarbeit afrikanischer Staaten mit der EWG

Vom 11. bis zum 24. Juni 1961 fand in Straßburg eine Konferenz des Europäischen Parlaments mit Parlamentariern afrikanischer Staaten und Madagaskars statt, auf der über die künftige Form der Assoziierung der selbständigen afrikanischen Staaten mit der EWG beraten wurde. Die Empfehlungen dieser Konferenz zeigen, daß die 15 Teilnehmerländer, zu denen außer den 12 Ländern der OAMCE auch Mali, Togo und Somalia gehören, die Zusammenarbeit mit der EWG bejahen. Auf der Grundlage der von den europäischen Partnern anerkannten völligen Gleichberechtigung der afrikanischen Staaten wurden Vorschläge für die institutionellen Voraussetzungen der Assoziierung (vgl. unten), für die Regelung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen (vgl. S. D 607 ff.), für die technische und kulturelle Zusammenarbeit (vgl. S. D 610 f.) und für die zukünftige Gestaltung des Entwicklungsfonds (vgl. S. D 612 f.) ausgearbeitet. In einer weiteren Empfehlung fordert die Konferenz das Europäische Parlament und die Parlamente der assoziierten Staaten auf, sich bei den Regierungen und bei den Institutionen der Europäischen Gemeinschaften für die

Durchführung der in den Empfehlungen enthaltenen Anregungen einzusetzen. Am 29. Juni befaßte sich das Europäische Parlament mit den Empfehlungen der Konferenz und forderte in einer Entschließung die Räte der Gemeinschaft auf, alles zu tun, um die darin aufgezeigten Ziele zu erreichen (vgl. S. D 613).

Eine kritischere Haltung gegenüber der Zusammenarbeit mit der EWG nahm die Konferenz der Commonwealth-Finanzminister ein, die vom 12. bis zum 14. September in Accra über die mit dem Beitrittsgesuch Großbritanniens an die EWG auftretenden Probleme beriet. Wie aus dem Communiqué über die Beratungen (vgl. S. D 613 f.) hervorgeht, machten alle Commonwealth-Länder schwerwiegende politische und wirtschaftliche Bedenken gegen den Beitritt Großbritanniens geltend. Auch Nigeria und Sierra Leone, die im Rahmen der Monrovia-Konferenz im Mai 1961 (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 475 ff.) ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Ländern der OAMCE bekundet hatten, schlossen sich der Kritik der übrigen Commonwealth-Länder an der Zusammenarbeit mit der EWG vorbehaltlos an.

### **Empfehlung der Konferenz des Europäischen Parlaments mit den Parlamenten afrikanischer Staaten und Madagaskars vom 24. Juni 1961 zu politischen und institutionellen Fragen**

*Betrifft:* Gleichberechtigung der Assoziierung — Assoziierungsabkommen — Parlamentarische Konferenz — Assoziationsrat — Schiedsgerichtshof.

Die erste Konferenz des Europäischen Parlaments mit den Parlamenten afrikanischer Staaten und Madagaskars;

#### **I**

1. a) ist sich einig darin, daß die Assoziierung zwischen den afrikanischen Staaten und Madagaskar einerseits und der Europäischen Gemeinschaft andererseits unter Berücksichtigung der veränderten politischen Verhältnisse fortgesetzt werden soll;

b) begrüßt die Uebereinstimmung der Ansichten über eine ganze Reihe von Problemen der Assoziierung und namentlich über den Grundsatz der absoluten Gleichberechtigung der Assoziierung;

2. stellt fest, daß die Assoziierung auf der Grundlage der Grundsätze der Satzung der Vereinten Nationen beruht, auf die im Vertrag von Rom ausdrücklich verwiesen wird;

die Assoziierung gründet sich daher auf:

die Anerkennung der souveränen Gleichberechtigung der Staaten;

die Respektierung der territorialen Integrität und der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit;

die Respektierung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten ohne Unterschied von Rasse, Geschlecht, Sprache oder Religion;

3. billigt daher im Hinblick auf die Erneuerung der Bestimmungen über die Assoziierung das wie folgt definierte Ziel der Assoziierung:

die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der assoziierten Staaten und die Herstellung enger Wirtschaftsbeziehungen zwischen ihnen und der Europäischen Gemeinschaft, die in erster Linie darauf abzielt, die Interessen der Einwohner dieser Staaten und ihren Wohlstand zu fördern, um sie der von ihnen erstrebten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung entgegenzuführen;

4. erklärt, daß auf dieser Grundlage bereits von jetzt ab die neuen Formen der Assoziierung und der Beteiligung an den dafür zu schaffenden Führungsgremien vorbereitet werden müssen;

5. betont, daß die neue Assoziierung durch den Abschluß von Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den assoziierten Staaten — einzeln oder zusammen — zustande kommen muß, wobei von einem Modellassoziiierungsabkommen auszugehen ist, das gemeinsam ausgearbeitet werden soll und die Zustimmung aller Beteiligten finden muß;

6. ist der Ansicht, daß die neue Assoziierung, die von unbegrenzter Dauer sein wird, allen afrikanischen Staaten offenstehen muß, wobei vorausgesetzt wird, daß keiner von ihnen einer anderen Wirtschaftsgruppierung angehören darf, die Ziele verfolgt, die mit denjenigen der Assoziierung unvereinbar sind;

7. schlägt vor, folgende Ziele für die Erneuerung der Assoziierung bis zum 31. Dezember 1962 zu erreichen:

a) eine paritätisch zusammengesetzte Parlamentarische Konferenz, die mindestens einmal im Jahr zusammentritt, und zwar abwechselnd in Europa und in Afrika, wobei die Kontinuität durch die Zusammenarbeit in den aus dieser Konferenz hervorgegangenen Ausschüssen gewährleistet wird;

b) ein paritätisch zusammengesetzter Assoziationsrat zur Behandlung aller die Assoziierung angehenden Fragen. Dieser Assoziationsrat soll einerseits aus je einem Vertreter jeder afrikanischen Regierung und der Regierung von Madagaskar und andererseits aus dem Rat und der Kommission der EWG bestehen, wobei dieser Assoziationsrat jedes Komitee einsetzen kann, das geeignet ist, ihm bei der Erfüllung seiner Aufgabe zur Seite zu stehen;

c) eine direkte Vertretung der assoziierten Staaten bei den Institutionen der Europäischen Gemeinschaft sowie der Europäischen Gemeinschaft bei den afrikanischen Staaten und Madagaskar;

d) ein Schiedsgerichtshof, der für alle Streitfragen bezüglich der Auslegung und Durchführung des Assoziierungsabkommens zuständig ist;

8. fordert die Verwirklichung dieser Ziele während der laufenden Assoziierungsperiode, wobei selbstverständlich den assoziierten Staaten Afrikas und Madagaskar die Möglichkeit gelassen wird, sich an diesen gemeinsamen Institutionen zu beteiligen, wenn sie dies wünschen;

9. erinnert an die Notwendigkeit einer offenen Information sowohl in Europa über das assoziierte Afrika als in den assoziierten Staaten über die Europäische Gemeinschaft;

## II

### Die Konferenz

fordert das Europäische Parlament und die Parlamente der afrikanischen Staaten und Madagaskars auf, den Institutionen der Europäischen Gemeinschaft und den Regierungen der assoziierten Staaten zu empfehlen:



a) so schnell wie möglich die Verhandlungen für die Erneuerung der Assoziierung einzuleiten, so daß das neue Abkommen am 1. Januar 1963 in Kraft treten kann;

b) die Erweiterung der künftigen Assoziierung auf das Gebiet der EGKS und der EAG in Betracht zu ziehen;

c) die vorstehend aufgeführten Grundsätze bei der Ausarbeitung des für die neue Assoziierung bestimmenden Abkommens zu berücksichtigen, um den Erfolg des großen Experiments, das durch diese neue Zusammenarbeit der Europäischen Gemeinschaft und der afrikanischen Staaten und Madagaskars eingeleitet wurde, sicherzustellen.

#### **Die Konferenz**

beauftragt ihre Präsidenten, die vorliegende Empfehlung den Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft, den Regierungen der afrikanischen Staaten und der madagassischen Regierung mitzuteilen.

Quelle: Europäisches Parlament, Sitzungsdokumente, Nr. 38 vom 26. Juni 1961.

### **Empfehlung der Konferenz des Europäischen Parlaments mit den Parlamenten afrikanischer Staaten und Madagaskars vom 24. Juni 1961 zu Wirtschafts- und Handelsfragen**

*Betrifft: Zollpräferenzen — Absatzgarantien — Stabilisierung der Rohstoffpreise — Afrikanisch-Madagassisches Forschungs- und Entwicklungsinstitut — Niederlassungsrecht — Energieversorgung.*

Die Konferenz des Europäischen Parlaments mit den Parlamenten der afrikanischen Staaten und Madagaskars, die vom 19. bis zum 24. Juni 1961 in Straßburg abgehalten wurde,

unterrichtet über die von den assoziierten Staaten verfolgten Bemühungen, die Strukturen aufzubauen und die Aufgaben für zusammenhängende und vorausschauende nationale Planungen festzulegen, in die sich ihre verschiedenen Vorhaben für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung einfügen müssen;

sowie das von den gleichen Staaten an den Tag gelegte Bestreben, diese Planungen insbesondere innerhalb der OAMCE durch eine Gegenüberstellung ihrer Ziele für die Produktion, den Verbrauch, die Ausfuhr, die angewandte technische Forschung und die Ausbildung des leitenden Personals zu harmonisieren;

in der Erwägung, daß die Assoziierung mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die die unabhängig gewordenen afrikanischen Staaten und Madagaskar fortsetzen wollen, den assoziierten Ländern auf dem Gebiet von Wirtschaft und Handel völlige Handlungsfreiheit läßt, nur mit dem einzigen Vorbehalt, daß nicht gegen die vertraglichen Bestimmungen und den Geist der Assoziierung verstoßen wird;

lenkt die Aufmerksamkeit aller teilnehmenden Staaten auf die gegenwärtige Struktur der Wirtschaft und des Außenhandels der assoziierten Länder, auf die enge Zusammengehörigkeit, die sie mit den ehemaligen Mutterländern verband, und auf die Erschütterung, der diese Nationen ausgesetzt wären, wenn ihnen im Rahmen der Assoziierung mit der EWG nicht eine der bisherigen zumindest gleichwertige Unterstützung zugute käme, die zur Aufrechterhaltung ihres Volkseinkommens unerläßlich ist;

schlägt vor, daß die Assoziierung, wie sie durch den Vierten Teil des Vertrages von Rom und das gegenwärtige Assoziierungsabkommen geschaffen und wie sie in einer neuen, in freien Verhandlungen festzulegenden Form für einen neuen, am 1. Januar 1963 beginnenden Zeitabschnitt zu verlängern ist, von folgenden Grundsätzen ausgehe und deren Verwirklichung sicherstellt.

I — *Intensivierung des Warenaustausches zwischen den Mitgliedstaaten und den assoziierten Staaten*

Die Konferenz ist der Ansicht, daß von den Mitgliedstaaten alle Vorkehrungen getroffen werden müssen, um den Warenaustausch zu intensivieren.

A. Zollpräferenzen

a) Die Konferenz ist der Ansicht, daß gewisse Maßnahmen der Mitgliedstaaten der EWG die Zollvorteile, die den assoziierten Staaten nach dem Geist des Vertrages zustanden, vermindert haben. In dieser Hinsicht ist die Konferenz vor allen Dingen der Ansicht, daß die Beibehaltung von inländischen Verbrauchsteuern auf die tropischen Erzeugnisse oder jeder anderen Verbraucherabgabe auf diese Erzeugnisse für die Erzeuger eher abträglich ist und eine Einschränkung des Verbrauchs dieser Erzeugnisse nach sich zieht. Die Konferenz verlangt folglich, daß die inländischen Verbrauchsteuern auf tropische Erzeugnisse so bald wie möglich abgeschafft werden.

Die Konferenz ist in jedem Falle der Ansicht, daß jede spezifische Besteuerung entschlossen abgeschafft werden muß, da sie praktisch die den assoziierten Staaten gegenwärtig eingeräumten Präferenzen zu einem erheblichen Teil aufhebt.

b) Die Konferenz ist der Ansicht, daß bei der Angleichung der einzelstaatlichen Zollsätze an den Gemeinsamen Außentarif darauf geachtet werden muß, daß die Spannen der Zollpräferenz strikt eingehalten werden, so daß den assoziierten Staaten innerhalb der Gemeinschaft die Präferenzen, die ihnen gemäß dem Buchstaben und dem Geist des Vertrags von Rom gewährleistet werden müssen, erhalten bleiben.

c) Was die Zollkontingente betrifft, ist die Konferenz der Auffassung, daß jede Zunahme des Verbrauchs mit Vorrang den assoziierten Staaten zugute kommen müsse und in keinem Fall Anlaß zur Einführung neuer Zollkontingente oder zur Erhöhung der vorhandenen Zollkontingente sein dürfe. Die Konferenz fordert mit Nachdruck, daß kein Zollkontingent aufgestellt oder beibehalten werde, das im Widerspruch zu den Bestimmungen des Vertrages steht.

d) Ganz allgemein ist die Konferenz der Ansicht, daß das Prinzip der Zollpräferenz an sich nicht in Frage gestellt und der gegenwärtig geltende Gemeinsame Außentarif für die die assoziierten Staaten angehenden Erzeugnisse nicht geändert werden darf, es sei denn in den Fällen, daß vorher eine Konsultation mit diesen Staaten stattgefunden hat und daß ihnen zum Ausgleich andere Vorteile eingeräumt würden. Die Beibehaltung des Gemeinsamen Außentarifs auf seiner jetzigen Höhe ist um so mehr gerechtfertigt, als später vielleicht Aussichten auf Verhandlungen mit anderen Wirtschaftszonen wie dem Commonwealth, der Europäischen Freihandelsassoziation oder der lateinamerikanischen Freihandelszone, insbesondere im Rahmen des GATT, bestehen.

B. Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Handelspräferenzen

a) Die Konferenz ist der Ansicht, daß die Systeme zur Regulierung der Preise der tropischen Erzeugnisse, wie sie gegenwärtig die Stabilisierungskassen oder die nationalen Preisstützungsfonds darstellen, Gegenstand einer Regulierung im Rahmen der Assoziierung mit der EWG werden müßten. Diese Regulierung müßte soweit wie möglich unter Berücksichtigung der nationalen Marktgesetze erfolgen. Ihre Verwirklichung auf der Stufe der Assoziierung würde einen internationalen Präzedenzfall und einen wichtigen Beitrag zu den weltweiten Bemühungen darstellen.

Eine Erstausrüstung aus Beiträgen aller Mitglied- und assoziierten Staaten könnte das Funktionieren des Mechanismus sicherstellen.

b) Unabhängig von den Maßnahmen zur Regulierung der Konjunkturschwankungen sind erforderlich:

ein System, das eine Mindestabsatzgarantie gewährleistet, um der Krise vorzubeugen, die durch die Einführung des freien Warenverkehrs innerhalb des Gemeinsamen Marktes sowie durch den Wegfall der bilateralen Kontingente ausgelöst werden könnte;

die Preisstützung für tropische Erzeugnisse, die gegenwärtig im Rahmen der assoziierten Staaten durch ein System erfolgt, das dem Erzeuger einen angemessenen und von den Schwankungen der Weltmarktpreise unabhängigen Ertrag sichert;

die Pflicht für die Mitgliedstaaten, die Lagerung der tropischen Erzeugnisse, die sich dazu eignen, sowie deren Finanzierung zu fördern, um die Aktion zur Stabilisierung der Rohstoffpreise zu ergänzen.

Die Konferenz fordert die beteiligten Regierungen und die zwischenstaatliche Konferenz auf, die Durchführung dieser Maßnahmen, für die nach ihrer Ansicht der Entwicklungsfonds der assoziierten Länder ein grundlegendes Instrument bilden könnte, in Angriff zu nehmen.

Diese Garantien und Stützungen müßten so erfolgen, daß den Handelsströmungen der Mitgliedstaaten möglichst wenig Zwang angetan wird. Sie könnten degressiv sein, um die assoziierten Staaten auf den freien Zugang zu den Weltmärkten vorzubereiten, insbesondere in dem Maße, in dem die die Ueberschußproduktionen betreffenden Umstellungsprogramme verwirklicht werden.

## *II — Zusammenarbeit für die wirtschaftliche Entwicklung und die Planung der assoziierten Staaten*

Die Konferenz ist der Ansicht, daß die Schaffung eines Afrikanisch-Madagassischen Forschungs- und Entwicklungsinstituts zu dieser Koordinierung beitragen könnte. Die Mitgliedstaaten könnten sich daran beteiligen, indem sie einen Beitrag aus dem gemeinsamen Fonds für die Finanzierung der Tätigkeit dieses Afrikanisch-Madagassischen Forschungs- und Entwicklungsinstituts vorsehen.

## *III*

Die Konferenz von Straßburg hat den Meinungsaustausch über die Frage des Niederlassungsrechts innerhalb der einzelnen Mitglied- und assoziierten Staaten zur Kenntnis genommen. Nach Ansicht der Konferenz soll die Schlußfolgerung aus diesem Meinungsaustausch verfaßt werden, bis die assoziierten Staaten sich an Hand der Entwicklungspläne, die sie aufstellen werden, über diese Frage abgestimmt haben.

## *IV*

Was die Entwicklung der Energiequellen anbelangt, so mißt die Konferenz der Unterstützung, die die EAG den assoziierten Staaten zuteil werden lassen könnte, große Bedeutung bei. Sie ist der Auffassung, daß die Schwierigkeiten der Energieversorgung für einige dieser Staaten, besonders für diejenigen, die geographisch besonders benachteiligt sind, ein schweres Handikap für ihre wirtschaftliche Entwicklung darstellen.

Von diesem Gesichtspunkt aus ist die Konferenz der Ansicht, daß sich die Errichtung von Kernenergiekraftwerken in einigen Gebieten, in denen die Verwendung von klassischer Energie aus geographischen Gründen mit außerordentlich hohen Kosten verbunden wäre, als notwendig und wirtschaftlich erweisen könnte. Die Konferenz hat mit Interesse von den Möglichkeiten einer Hilfeleistung der Europäischen Atomgemeinschaft bei der praktischen Anwendung von Isotopen, der Ausbildung von leitendem technischem Personal, der Ausarbeitung von Gesundheitsvorschriften usw. Kenntnis genommen.

Unter diesem gleichen Gesichtspunkt der Entwicklung der Energiequellen ersucht die Konferenz darum, die Möglichkeit der direkten und möglichst wirtschaftlichen Versorgung der geographisch benachteiligten assoziierten Staaten mit Gas und Erdöl zu prüfen.

Quelle: Europäisches Parlament, Sitzungsdokumente, Nr. 39 vom 26. Juni 1961.



**Empfehlung der Konferenz des Europäischen Parlaments  
mit den Parlamenten afrikanischer Staaten und Madagaskars vom 24. Juni 1961  
zu Problemen der technischen und kulturellen Zusammenarbeit**

*Betrifft: Unterrichtswesen — Berufsausbildung — kulturelle Zusammenarbeit.*

Die erste Konferenz des Europäischen Parlaments mit den Parlamenten afrikanischer Staaten und Madagaskars;

nach Kenntnisnahme der Arbeitsdokumente betreffend die technische und kulturelle Zusammenarbeit, die sowohl von den europäischen als auch von den afrikanischen und madagassischen Abgeordneten ausgearbeitet wurden;

macht sich die Grundsätze, die sich aus diesen Dokumenten ableiten lassen, zu eigen;

beglückwünscht die EWG-Kommission zu der Tätigkeit, die sie im Bereich der technischen und kulturellen Zusammenarbeit mit den assoziierten Ländern bereits entfaltet hat;

wünscht, daß die Exekutiven der übrigen europäischen Gemeinschaften in Zukunft zu diesem Werk beitragen werden;

begrüßt die Uebereinstimmung der Ansichten, die im Anschluß an die Debatten über diese Probleme im Ausschuß wie in den Plenarsitzungen der Konferenz zutage getreten ist;

ist der Ansicht, daß die Entscheidung über den Vorrang und den Umfang der Projekte auf dem Gebiet der technischen und kulturellen Zusammenarbeit im Rahmen der von den Assoziierungspartnern im Einvernehmen gefaßten Beschlüsse den assoziierten Staaten selbst überlassen werden müßte;

billigt insbesondere die folgenden Punkte, die ihr wesentlich erscheinen und auf die sie die Aufmerksamkeit ganz besonders lenken möchte:

1. ein Land, das reich an natürlichen Hilfsquellen und arm an qualifizierten Arbeitern ist, ist zur Armut verdammt;

2. die Entwicklungshilfe erstreckt sich, je nach den Bedürfnissen der beteiligten Staaten, auf alle Gebiete, denn die technische und kulturelle Zusammenarbeit, die Kapitalinvestitionen und die Ausweitung des Außenhandels sind Mittel, die alle dem gleichen Zweck dienen;

3. die technische und finanzielle Zusammenarbeit in Form von Vorinvestitionen, d. h. bei den Vorarbeiten zu einem Projekt, sind häufig die Voraussetzung für die Wirksamkeit der finanziellen Hilfe;

4. die den afrikanischen Staaten und Madagaskar bereits gewährte Hilfe im Bereich der technischen und kulturellen Zusammenarbeit muß in der institutionellen Form, die von den zuständigen Stellen gewählt wird, fortgesetzt und verstärkt werden, und zwar so, daß insbesondere das Unterrichtswesen und die berufliche Ausbildung entwickelt werden;

*a) hinsichtlich des Unterrichtswesens,*

die Konferenz

5. fordert, daß die Europäische Gemeinschaft die assoziierten Staaten beim Ausbau ihres Unterrichtswesens, und zwar insbesondere beim Bau, bei der Ausstattung und der Tätigkeit der Grundschulen sowie der höheren Schulen und der Hochschulinstitute aktiver unterstützt;

6. wünscht, daß die Gemeinschaft auch insofern tätig wird, als sie den assoziierten Staaten in ausreichendem Umfang Personal für die Heranbildung einheimischer Lehrkräfte zur Verfügung stellt;

7. gibt dem Wunsch Ausdruck, daß in immer größerem Umfang Praktikantenstellen für die Staatsangehörigen der assoziierten Staaten bei den Dienststellen der Europäischen Gemeinschaft eingerichtet werden;

8. regt an, daß das bereits bestehende System der Stipendien — und besonders der Stipendien für Hochschul-Ergänzungskurse — erweitert wird und die Zahl der Stipendiaten an einer größeren Anzahl von Schulen und Universitäten der Länder der Europäischen Gemeinschaft erhöht wird;

9. würde es begrüßen, wenn die verschiedenen Unterrichtssysteme und -programme den örtlichen Verhältnissen besser angepaßt und miteinander harmonisiert würden;

*b) hinsichtlich der beruflichen Ausbildung,*

die Konferenz

10. fordert eine substantielle Hilfe für die Errichtung technischer Schulen und einen echten Beitrag zur Ausrüstung und zum Funktionieren dieser Schulen;

11. wünscht eine besondere Anstrengung zur Gewährleistung einer beschleunigten beruflichen Ausbildung der Führungskräfte insbesondere in den Bereichen, in denen der Mangel an diesen Kräften besonders fühlbar ist;

12. verlangt, daß die Ausbildung der Führungskräfte so schnell wie möglich an Ort und Stelle in den assoziierten Staaten vorgenommen wird, damit sie gegebenenfalls in Europa mit Hilfe von Stipendien für Praktikantenkurse in den einzelnen Berufszweigen fortgesetzt und vervollständigt werden kann;

13. ist der Ansicht, daß über die Anstrengungen der EWG hinaus sowohl von seiten der Mitgliedstaaten als auch der assoziierten Staaten die geeigneten Voraussetzungen geschaffen werden müßten, um den privaten Unternehmen und Stellen der Mitgliedstaaten zu gestatten, ihren Beitrag zu der gemeinsamen Anstrengung zu leisten; insbesondere könnte man ins Auge fassen, die Abkommen zwischen den assoziierten Staaten und den ausländischen Unternehmen für die Ausführung von Arbeiten, die von der Europäischen Gemeinschaft finanziert werden, mit einer Klausel über die Berufsausbildung und die weitere Ausbildung des leitenden Personals zu versehen;

14. ist der Ansicht, daß die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft, soweit sie dafür zuständig sind, alle Maßnahmen fördern müßten, die geeignet sind, die Einstellung und Auswahl der Techniker zu erleichtern, welche den assoziierten Staaten zur Verfügung gestellt werden können;

*c) hinsichtlich der eigentlichen kulturellen Zusammenarbeit,*

die Konferenz

15. schlägt vor, in einer Satzung jedes Jahr afrikanische und madagassische Studenten an der künftigen Europäischen Universität vorzusehen;

16. wünscht, daß die Europäische Gemeinschaft erwägt, an den nationalen Universitäten der sechs europäischen Länder Lehrstühle und Institute für afrikanische und madagassische Studien zu gründen, und daß die assoziierten Staaten ihrerseits im Zuge der Gegenseitigkeit die Gründung europäischer Lehrstühle an ihren Universitäten fördern;

17. fordert, daß gemäß den Wünschen der Vertreter der europäischen Exekutiven ein europäisch-afrikanisch-madagassisches Institut für Entwicklung gegründet wird, das die öffentlichen und privaten Bemühungen um die technische Unterstützung der assoziierten Staaten und die Ausbildung ihrer Experten koordinieren soll.

Quelle: Europäisches Parlament, Sitzungsdokumente, Nr. 40 vom 26. Juni 1961.

**Empfehlung der Konferenz des Europäischen Parlaments  
mit den Parlamenten afrikanischer Staaten und Madagaskars vom 24. Juni 1961  
über den Entwicklungsfonds**

*Betrifft: Tätigkeit des bestehenden Entwicklungsfonds — Gemeinsamer Entwicklungsfonds ab 1963.*

Die Konferenz des Europäischen Parlaments mit den Parlamenten afrikanischer Staaten und Madagaskars,

nach Kenntnisnahme der von Herrn Peyrefitte im Namen des Europäischen Parlaments und der von den afrikanischen und madagassischen Parlamentariern vorgelegten Arbeitsdokumente betreffend den Entwicklungsfonds,

nach der Feststellung, daß diese Dokumente nicht nennenswert voneinander abweichen,

nach Kenntnisnahme der Mängel, die der nach dem Durchführungsabkommen errichtete Entwicklungsfonds in seiner Anlaufzeit aufwies, sowie der kürzlich an seiner Tätigkeit vorgenommenen Verbesserungen,

a) ist überzeugt,

daß die Fortsetzung und Erweiterung der Finanzhilfe, die den assoziierten Staaten mit Hilfe eines Fonds zu gewähren ist, eine für die Entwicklung dieser Staaten notwendige Voraussetzung ist;

b) empfiehlt,

**I**

bezüglich der Tätigkeit des gegenwärtigen Entwicklungsfonds,

1. daß die EWG-Kommission, der die Verwaltung dieses Fonds obliegt, die Aktion, die sie unternommen hat, um das Funktionieren des Fonds elastischer zu gestalten und zu beschleunigen, damit bis zum 31. Dezember 1962 die gesamten Mittel des Fonds eingesetzt sind, in direkter Verbindung mit den assoziierten Staaten fortsetzt;

2. daß die Kommission die Möglichkeit erhält, den Regierungen der assoziierten Staaten bei der Einreichung ihrer Vorhaben behilflich zu sein, indem sie ihnen die zur Beschleunigung der Vorarbeiten unerläßlichen technischen Berater zur Verfügung stellt.

**II**

bezüglich des Entwicklungsfonds, der zum 1. Januar 1963 einzusetzen ist,

1. daß bei diesem Fonds der Paritätsgrundsatz eingehalten wird

auf dem Gebiet der Beiträge, die nicht nur von den Mitgliedstaaten, sondern auch von den assoziierten Staaten gemäß in gemeinsamem Einverständnis der Beteiligten festzulegenden Kriterien aufgebracht werden müßten;

auf dem Gebiet der Verwaltungs- und Finanzkontrolle sowie auf dem Gebiet einer parlamentarischen Kontrolle, deren Einrichtung unerläßlich erscheint;

2. daß dieser Grundsatz in einer neuen Bezeichnung des Fonds zum Ausdruck kommt, etwa: „Gemeinsamer Entwicklungsfonds“;

3. daß der Arbeitsweise des Fonds elastische Regeln zugrunde gelegt werden, wobei zu berücksichtigen ist, daß man so kurzfristig wie möglich zur Annahme oder Ablehnung summarischer Vorentwürfe kommen und den assoziierten Staaten die erforderlichen Mittel rasch zur Verfügung stellen muß;

4. daß gemeinsam mit den assoziierten Staaten neue Kriterien für die Zuweisung der Beihilfen festgelegt werden;



5. daß dieser Fonds über erhöhte Mittel verfügt und für einen unbegrenzten Zeitraum errichtet wird;

6. daß die Modalitäten des Eingreifens vervielfältigt werden (verlorene Zuschüsse, mittel- und langfristige Darlehen, Mitwirkung bei Anleihegarantien oder Privatinvestitionen, bei der Stabilisierung der Preise sowie bei der Finanzierung von kulturellen und Bildungsvorhaben und von bestimmten Verwaltungsausgaben), um der Verschiedenartigkeit des Bedarfs der assoziierten Staaten Rechnung zu tragen; eine Aufstellung dieses Bedarfs muß im Rahmen eines allgemeinen Programms mit technischer Unterstützung der EWG erfolgen.

Quelle: Europäisches Parlament, Sitzungsdokumente, Nr. 41 vom 26. Juni 1961.

**Entschließung des Europäischen Parlaments vom 29. Juni 1961 über die Empfehlungen der Konferenz des Europäischen Parlaments mit den Parlamenten afrikanischer Staaten und Madagaskars**

*Betrifft:* Assoziierung afrikanischer Staaten mit der EWG.

Das Europäische Parlament,

beat mit den Empfehlungen, die die Konferenz des Europäischen Parlaments mit den Parlamenten afrikanischer Staaten und Madagaskars angenommen hat,

beeindruckt von der Atmosphäre des Vertrauens und der Einstimmigkeit, welche die Aussprachen kennzeichnete, in deren Verlauf diese Texte beraten und angenommen wurden,

in dem Bewußtsein der politischen Bedeutung, die der raschen Durchführung einer immer engeren Assoziierung der afrikanischen Staaten und Madagaskars mit den Europäischen Gemeinschaften zukommt,

in dem Wunsch, die an es gerichteten Texte uneingeschränkt und spontan zu unterstützen,

in dem Bestreben, daß innerhalb kürzester Frist, so wie die Konferenz selbst den Wunsch geäußert hat, „auf die in den Empfehlungen niedergelegten Grundsätze, Vorschläge und Anregungen die entsprechenden Schritte unternommen werden“,

macht sich die Empfehlungen

betreffend die politischen und institutionellen Fragen,

betreffend die Wirtschafts- und Handelsfragen,

betreffend die Probleme der technischen und kulturellen Zusammenarbeit,

betreffend den Entwicklungsfonds,

deren Text dieser Entschließung als Anlage beigefügt wird, zu eigen,

fordert die Exekutiven und die Räte der drei Gemeinschaften auf, alles zu tun, um die Ziele der oben genannten Empfehlungen zu erreichen.

Quelle: Europäisches Parlament, Protokoll der Sitzung vom 29. Juni 1961, APE 5952.

**Kommuniqué über die Konferenz der Commonwealth-Finanzminister in Accra vom 12. bis zum 14. September 1961**

*Betrifft:* Das britische Beitrittsgesuch an die EWG — Bedenken der Commonwealth-Länder gegenüber Großbritanniens Mitgliedschaft in der EWG.

Die Konferenz bot den Commonwealth-Ländern zum erstenmal Gelegenheit zu einer allgemeinen Erörterung der Lage, die sich aus dem Beschluß der britischen Regierung

ergeben hat, die Mitgliedschaft im Gemeinsamen Markt zu beantragen und darüber zu verhandeln. Die britischen Vertreter legten verschiedene Gründe dar, die Großbritannien zur Beantragung der Mitgliedschaft veranlaßt hätten.

Alle übrigen Commonwealth-Vereiter brachten ihre tiefe Besorgnis über den britischen Beschluß zum Ausdruck. Sie unterstrichen erneut den Wert und die Bedeutung, die sie den traditionellen Handelsabkommen innerhalb des Commonwealth beimessen, in deren Rahmen die meisten Nahrungsmittel, Rohstoffe und Fertigwaren zollfrei aus den Commonwealth-Ländern nach Großbritannien eingeführt werden können, während in der Mehrzahl der anderen Fälle Präferenzzölle gewährt werden; die übrigen Commonwealth-Länder gewähren sich gegenseitig Zollkonzessionen. Die Vorteile dieser Vereinbarungen kommen sowohl Großbritannien als auch den übrigen Commonwealth-Ländern zugute.

Die meisten Commonwealth-Länder bezweifelten, ob es Großbritannien mit seinen weiteren internationalen und binnenwirtschaftlichen Verpflichtungen gelingen werde, in den bevorstehenden Verhandlungen zu einer Vereinbarung zu kommen, die die Interessen des Commonwealth in angemessener und wirksamer Weise wahrt. Es herrschte allgemeine Uebereinstimmung, daß eine Verletzung dieser Interessen sich für manche oder sogar alle Commonwealth-Länder nachteilig auswirken und einen ungünstigen Einfluß auf bestimmte Industriezweige und für bestimmte Gegenden haben könnte.

Mehrere Delegierte unterstrichen die Gefahr, die die Solidarität des Commonwealth bedrohen würde, wenn es Großbritannien gelänge, nur für einzelne Commonwealth-Länder bestimmte Vorteile in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auszuhandeln. Einzelne Länder wiesen darauf hin, daß größere Veränderungen in den gegenwärtigen Uebereinkommen für den Commonwealth-Handel zwangsläufig eine Neuorientierung ihrer Handelsstruktur bewirken würden und zur Entstehung weiterer Handelsblöcke führen könnten. Eine solche Entwicklung würde die traditionellen multilateralen Handelsabkommen untergraben, die von allen Commonwealth-Ländern unterstützt worden seien.

Wegen der Verflechtung der gegenseitigen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen im Commonwealth und im Hinblick auf die politischen und institutionellen Ziele der EWG sowie der Bestimmungen des Vertrags von Rom hegten die anderen Commonwealth-Länder die Befürchtung, daß eine britische Mitgliedschaft in der EWG die Beziehungen zwischen Großbritannien und den Commonwealth-Ländern grundlegend ändern würde.

Diese Beziehungen könnten derart gefährdet werden, daß der Zusammenhalt des Commonwealth als Ganzes geschwächt und dadurch seine Wirksamkeit als weltweite, für Völkerverständigung, Wohlstand und Frieden wirkende Kraft geschmälert würde.

Die britische Delegation wies darauf hin, daß man ihrer Ansicht nach vor dem Beginn der vorgeschlagenen Verhandlungen nicht mit Gewißheit sagen könne, ob zufriedenstellende Vereinbarungen zur Sicherung der lebenswichtigen Interessen der Commonwealth-Länder getroffen werden könnten. Sie betonte, daß in allen Stadien der Verhandlungen eine ständige enge Konsultation mit sämtlichen Commonwealth-Regierungen stattfinden werde, und lenkte die Aufmerksamkeit des Rats auf die Erklärung des britischen Premierministers vom 31. Juli 1961 über die mögliche Einberufung einer Konferenz der Commonwealth-Premierminister, auf der man dieses Thema erörtern würde.

Quelle: Britische Botschaft (Bonn).

## Der Meinungsaustausch zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion über die Probleme der allgemeinen Abrüstung und die Vorschläge der beiden Mächte an die Vereinten Nationen

Als in der zweiten Hälfte der 15. Vollversammlung der Vereinten Nationen der neue amerikanische UN-Delegierte, Adlai E. Stevenson, neue Vorschläge der Vereinigten Staaten zur Abrüstungsfrage in Aussicht stellte, gleichzeitig jedoch um Aufschub der Diskussion in den Vereinten Nationen bat, zeigte sich, daß die Administration *Kennedy* das Terrain zunächst in bilateralen Gesprächen mit der Sowjetunion sondieren wollte, ehe sie auf die Ebene der multilateralen Verhandlungen zurückkehrte. *Stevenson* und der sowjetische Außenminister, *Gromyko*, einigten sich auf einen Resolutionsentwurf, der dem Politischen Ausschuß am 30. März 1961 unterbreitet wurde. Darin kündigten die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion an, die Diskussion über die Abrüstungsfrage im Juni und Juli in einem geeigneten Gremium fortzusetzen, über dessen Zusammensetzung man sich noch einigen müsse. Die Vollversammlung nahm diese Resolution am 21. April zur Kenntnis und vertagte die Abrüstungsdebatte auf die 16. Vollversammlung.

Die neue amerikanische Regierung ergriff zunächst in der Kernwaffenfrage die Initiative. Am 21. März hatten die Vereinigten Staaten und Großbritannien eine Reihe neuer Vorschläge auf der Genfer Konferenz zur Einstellung der Kernwaffenversuche vorgelegt, die in der Frage der Kontrolle ein Zugeständnis an den sowjetischen Standpunkt darstellten. Von sowjetischer Seite wurde nun jedoch die Forderung aufgestellt, an die Spitze der Kontrollbehörde ein Dreierkollegium zu stellen. Am 18. April unterbreiteten die Vereinigten Staaten und Großbritannien einen Vertragsentwurf, der ein kontrolliertes Verbot aller Kernwaffenversuche in der Atmosphäre, im Weltall und unter Wasser sowie aller unterirdischen Versuche über dem seismographischen Wert von 4,75 vorsah.

Bei der Wiener Begegnung zwischen Präsident *Kennedy* und Ministerpräsident *Chruschtschow* am 3. und 4. Juni (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 343 ff.) erhob die Sowjetunion die Forderung, die Genfer Konferenz zur Einstellung der Kernwaffenversuche mit allgemeinen Abrüstungsverhandlungen zu verschmelzen. *Kennedy* betrachtete dagegen die Genfer Verhandlungen als Testfall für die sowjetische Verhandlungsbereitschaft in der Abrüstungsfrage. Die auf der Wiener Konferenz von der Sowjetunion überreichten Memoranden zur Deutschland-Frage und zur Frage der Einstellung der Kernwaffenversuche führten in der Folgezeit zu einem mehrfachen Notenwechsel, in dem die Vereinigten Staaten die sowjetischen Forderungen zurückwiesen und die Sowjetunion ihrerseits die Vereinigten Staaten der Obstruktion der Genfer Verhandlungen beschuldigte. (Vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 365 ff., D 389 ff., D 413 ff., D 462 ff.)

Vom 19. bis zum 30. Juni fand in Washington die erste Phase des zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion während der zweiten Sitzungsperiode der Vollversammlung der Vereinten Nationen in vertraulichen Besprechungen vereinbarten Meinungsaustausches zwischen dem amerikanischen Abrüstungsbeauftragten, John J. McCloy, und dem sowjetischen Stellvertretenden Außenminister, Valerian A. Sorin, statt. Die Sowjetunion vertrat dabei die Auffassung, daß ohne ein gewisses Maß an Übereinstimmung über konkrete Abrüstungsfragen keine multilateralen Verhandlungen vorbereitet werden könnten, während die Vereinigten Staaten sich in einem ersten Entwurf einer Grundsatzerklärung auf die Erörterung von Verfahrensfragen beschränkten. Von sowjetischer Seite wurde am 27. Juni eine Erklärung über die allgemeine und vollständige Abrüstung vorgelegt, in der die



von *Chruschtschow* in den Jahren 1959 und 1960 den Vereinten Nationen unterbreiteten Vorschläge zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung wiederholt wurden. Die zweite Phase des Meinungsaustausches fand vom 17. bis zum 29. Juli in Moskau statt. In ihrem Verlauf legten die Vereinigten Staaten einen revidierten Entwurf ihrer Grundsatzerklärung und die Sowjetunion eine Erklärung über die Notwendigkeit einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung vor, in der sie sich mit der amerikanischen Haltung auseinandersetzte und an Stelle der Erörterung von Verfahrensfragen eine solche von Abrüstungsgrundsätzen forderte. Am 21. Juli übermittelte *Sorin McCloy* ferner eine sowjetische Denkschrift über die Ueberwachung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung (vgl. S. D 638 ff.) und am 27. Juli den Entwurf einer Erklärung über die wichtigsten Grundsätze eines Vertrages über die allgemeine und vollständige Abrüstung sowie am 28. Juli ein sehr allgemein gehaltenes Memorandum über die Zusammensetzung des Abrüstungsausschusses (vgl. S. D 642). Auf dieses sowjetische Memorandum antworteten die Vereinigten Staaten mit einem Memorandum, in dem sie konkrete Vorschläge für die Zusammensetzung des Abrüstungsgremiums machten (vgl. S. D 620 f.).

Die zweite Phase des Meinungsaustausches stand im Zeichen einer massiven Verstärkung des sowjetischen Druckes in der Berlin-Frage, die sich bereits bei der Wiener Begegnung der beiden Regierungschefs abgezeichnet hatte. Auch in den Genfer Verhandlungen über die Einstellung der Kernwaffenversuche verschärfte sich die Gegensätze in einer Weise, die den baldigen Abbruch der Verhandlungen voraussehen ließ. Bereits am 14. Juli hatten Großbritannien und die Vereinigten Staaten die Aufnahme der Frage einer Einstellung der Kernwaffenversuche in die Tagesordnung der 16. UN-Vollversammlung beantragt und ihre Haltung in einem Memorandum begründet (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 439 ff.). Am 30. August gab die Sowjetunion die Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche bekannt (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 563 ff.). Am 5. September, nach dem Bekanntwerden des dritten sowjetischen Kernwaffenversuches, kündigten auch die Vereinigten Staaten die Wiederaufnahme von Versuchen an,

wobei sie jedoch erklärten, daß nur Versuche ohne radioaktiven Ausfall durchgeführt würden (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 572). Ein von Präsident *Kennedy* und Premierminister *Macmillan* am 3. September an den sowjetischen Ministerpräsidenten gerichteter Appell, einem Abkommen über die Einstellung der Kernwaffenversuche in der Atmosphäre zuzustimmen (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 572), wurde von Ministerpräsident *Chruschtschow* am 9. September abgelehnt (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 576 ff.). Am gleichen Tage vertrat sich auch die Genfer Konferenz zur Einstellung der Kernwaffenversuche.

Im Zeichen dieser bedrohlichen Situation waren am 6. September die Gespräche zwischen *McCloy* und *Sorin* wieder aufgenommen worden. Die Vereinigten Staaten eröffneten sie mit der Bereitschaft, den sowjetischen Wünschen nach der Formulierung einer Reihe von Grundsätzen für die multilateralen Abrüstungsverhandlungen entgegenzukommen. Der am 6. September unterbreitete, zum zweiten Male revidierte Entwurf für eine Grundsatzerklärung, der zuvor mit den Verbündeten im NATO-Rat abgestimmt worden war, erfuhr am 14. September noch eine weitere Revision. Nachdem die umstrittene amerikanische Forderung nach umfassender Kontrolle, die sich auch auf die in jeder Etappe verbleibenden Streitkräfte und Rüstungen erstrecken sollte, in beiderseitigem Einvernehmen ausgeklammert und die amerikanischen Vorbehalte in einem Briefwechsel zwischen *McCloy* und *Sorin* fixiert wurden (vgl. S. D 627 und D 642 f.), stimmte die Sowjetunion der Grundsatzerklärung zu.

In dieser gemeinsamen Erklärung, die am 20. September der Vollversammlung zugeleitet wurde, sind die Vereinigten Staaten dem sowjetischen Wunsch gefolgt, über die materiellen Grundsätze für die neuen Abrüstungsverhandlungen zu sprechen, ehe Ort und Zeit der Verhandlungen und die Zusammensetzung des Verhandlungsgremiums geregelt sind. Inhaltlich haben die Vereinigten Staaten in ihrer Abrüstungskonzeption keine wesentlichen Abstriche gemacht. (Vgl. S. D 617 ff.)

Für die Konkretisierung der amerikanischen Abrüstungspolitik hat das „Programm für eine allgemeine und vollständige Abrüstung in einer friedlichen

Welt“, das im Anschluß an die Rede Präsident *Kennedy* vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 25. September veröffentlicht wurde, zentrale Bedeutung (vgl. S. D 643 ff.). Der neue amerikanische Abrüstungsplan enthält als Kernstück die Aufstellung einer Internationalen Friedenstruppe und die Einrichtung von Verfahren zur friedlichen Regelung der Meinungsverschiedenheiten zwischen den Völkern. Nachdem schon in den Abrüstungsverhandlungen von 1956/57 die Erreichung der ersten Stufe nicht mehr von der Lösung politischer Fragen, wie z.B. des Deutschland-Problems, abhängig gemacht worden war, hat dieses Zugeständnis des Westens in dem amerikanischen Plan dadurch eine bedeutsame Erweiterung erfahren, daß schon wesentlich weiterreichende Abrüstungsmaßnahmen für die erste Stufe vorgesehen sind.

Der sowjetische Außenminister, *Gromyko*, ging in seiner Rede vor der Vollversammlung am 26. September auf die neuen amerikanischen Vorschläge nicht näher ein. Er beschränkte sich darauf, erneut die Forderung nach einer Kontrolle über die verbleibenden Rüstungen scharf zurückzuweisen und forderte statt dessen die Westmächte auf, den sowjetischen Plan für eine allgemeine und vollständige Abrüstung zu akzeptieren. Die Sowjetunion würde dann ihrerseits bereit sein, allen westlichen Vorschlägen für eine Abrüstungskontrolle zuzustimmen. Am folgenden Tag unterbreitete die Sowjetunion der Vollversammlung drei Memoranden,

darunter ein Acht-Punkte-Memorandum zur internationalen Entspannung, in dem sie einen Verzicht auf die Anwendung von Kernwaffen, den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Mitgliedern der NATO und des Warschauer Paktes sowie die Schaffung von atomwaffenfreien Zonen vorschlug (vgl. S. D 649 ff.), sowie ein Memorandum zur Kernwaffenfrage, in dem sie erneut eine Versuchseinstellung im Rahmen eines allgemeinen Abrüstungsabkommens forderte (vgl. S. D 655 ff.).

Am 28. September unterbreiteten die Vereinigten Staaten und Großbritannien gemeinsam einen Resolutionsentwurf, in dem die Wiederaufnahme der Genfer Verhandlungen über die kontrollierte Einstellung der Kernwaffenversuche mit dem Ziel des Abschlusses eines Vertrages gefordert wird (vgl. S. D 662).

Damit liegt das Problem der Abrüstung und Sicherheit, das seit dem Scheitern der Beratungen des Unterausschusses der Abrüstungskommission der Vereinten Nationen in London im Jahre 1957 weitgehend in Spezialkonferenzen (Genfer Expertenkonferenz zur Verhütung von Ueberraschungsangriffen 1958, Genfer Zehn-mächte-Abrüstungskonferenz 1960 und die mehrjährigen Genfer Verhandlungen über die kontrollierte Einstellung der Kernwaffenversuche) außerhalb der Vereinten Nationen behandelt wurde, ohne jedoch zu greifbaren Ergebnissen zu führen, wieder auf dem Verhandlungstisch der Vereinten Nationen.

**Gemeinsame Erklärung der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion  
über vereinbarte Grundsätze für Abrüstungsverhandlungen,  
der UN-Vollversammlung am 20. September 1961 unterbreitet**

*Betrifft:* Grundsätze der Abrüstungsverhandlungen — internationale Sicherheit — Truppen- und Rüstungsstärken — Kernwaffen — stufenweise Abrüstung — internationale Kontrolle — Maßnahmen zur Erhaltung des Friedens.

Nachdem auf Grund ihres in der UN-Vollversammlung am 30. März 1961 getroffenen Uebereinkommens ein umfassender Austausch ihrer Ansichten über die Abrüstung stattgefunden hat, und

sie mit Besorgnis zur Kenntnis genommen haben, daß das anhaltende Wettrüsten eine schwere Bürde für die Menschheit darstellt und Gefahren für den Weltfrieden birgt, und

unter erneuter Bekräftigung ihres Festhaltens an sämtlichen Bestimmungen der Resolution 1378 (XIV) der UN-Vollversammlung vom 20. November 1959, sowie

unter Anerkennung, daß es zur Erleichterung des Zustandekommens einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung in einer friedlichen Welt von Wichtigkeit ist, daß alle Staaten sich an die bestehenden internationalen Abkommen halten, von allen Handlungen absehen, die die internationalen Spannungen vermehren könnten und sich durch friedliche Mittel um eine Lösung aller Streitfragen bemühen,

sind die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion übereingekommen, folgende Grundsätze als Basis für künftige multilaterale Abrüstungsverhandlungen zu empfehlen und die anderen Staaten aufzufordern, mit ihnen bei der Erzielung eines baldigen Abkommens über eine allgemeine und vollständige Abrüstung in einer friedlichen Welt gemäß diesen Prinzipien zusammenzuarbeiten.

Erstens, Ziel der Verhandlungen ist die Erzielung eines Uebereinkommens über ein Programm, durch das Sicherheit geboten wird, daß

a) die Abrüstung allgemein und vollständig und der Krieg nicht länger mehr ein Instrument zur Lösung internationaler Probleme ist, und

b) mit einer solchen Abrüstung die Schaffung zuverlässiger Verfahren einhergeht, um Streitfälle friedlich beizulegen und wirksame Vorkehrungen zu treffen, um in Uebereinstimmung mit den Prinzipien der UN-Charta den Frieden zu erhalten.

Zweitens, das Programm für eine allgemeine und vollständige Abrüstung soll sicherstellen, daß die Staaten nur über solche nichtnuklearen Waffen, Streitkräfte, Einrichtungen und Anlagen verfügen, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern und zum Schutz der persönlichen Sicherheit ihrer Bürger übereinkunftsgemäß notwendig sind; und daß die Staaten ein vereinbartes Kontingent für eine UN-Friedenstruppe bereitstellen und unterhalten werden.

Drittens, zu diesem Zweck soll das Programm für eine allgemeine und vollständige Abrüstung die notwendigen Bestimmungen hinsichtlich der militärischen Einrichtungen jedes Staates enthalten für:

a) die Auflösung der Streitkräfte, den Abbau militärischer Anlagen, einschließlich von Stützpunkten, die Einstellung der Rüstungsproduktion und ihre Vernichtung oder Umstellung für friedliche Zwecke;

b) die Vernichtung aller Kernwaffenarsenale sowie der chemischen und bakteriologischen Kampfmittel sowie anderer Massenvernichtungswaffen und die Einstellung der Produktion derartiger Waffen;

c) die Vernichtung aller Einsatzmittel für Massenvernichtungswaffen;

d) die Auflösung der Organisationen und Institutionen, die dem Aufbau der militärischen Stärke der Staaten dienen, die Einstellung militärischer Ausbildung und die Schließung aller militärischer Ausbildungseinrichtungen;

e) Einstellung der Ausgaben für militärische Zwecke.

Viertens, das Abrüstungsprogramm sollte in einer vereinbarten Folge durchgeführt werden — stufenweise bis zu seiner Vollendung, wobei für jede Maßnahme und jede Stufe bestimmte Termine einzuhalten sind. Der Uebergang zu der nächstfolgenden Stufe bei dem Abrüstungsvorgang sollte erst nach Ueberprüfung der Durchführung jener Maßnahmen erfolgen, die zu der vorhergehenden Stufe gehörten und nach der Entscheidung, daß alle diese Maßnahmen durchgeführt und verifiziert worden sind und daß jegliche weiteren Verifizierungsvorkehrungen, die für die in der nächsten Stufe vorgesehenen Maßnahmen notwendig werden, wenn erforderlich einsatzbereit sind.

Fünftens, alle Maßnahmen zu einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung sollen so ausgewogen sein, daß auf keiner Stufe bei der Durchführung des Vertrags irgendein



Staat oder eine Staatengruppe einen militärischen Vorteil erlangen kann und daß für alle die Sicherheit in gleicher Weise gewährleistet wird.

Sechstens, alle Abrüstungsmaßnahmen sollten von Anfang an bis zum Abschluß unter einer so strikten und wirksamen internationalen Kontrolle durchgeführt werden, daß die feste Gewähr gegeben ist, daß alle Parteien ihren Verpflichtungen nachkommen. Während und nach der Durchführung der allgemeinen Abrüstung sollte eine äußerst gründliche Kontrolle ausgeübt werden, wobei Art und Ausmaß dieser Kontrolle von den Erfordernissen für die Verifizierung der in dem jeweiligen Stadium zur Durchführung gelangenden Abrüstungsmaßnahmen abhängen. Zur Durchführung der Kontrolle über die Abrüstung und zu ihrer Inspektion sollte im Rahmen der Vereinten Nationen eine internationale Abrüstungsorganisation gebildet werden, der alle Partner des Abkommens angehören sollen. Dieser internationalen Abrüstungsorganisation und ihren Inspektoren sollte ungehinderter Zugang ohne Veto zu allen Plätzen zugesichert werden, wie es zum Zweck einer wirksamen Verifizierung als notwendig erachtet wird.

Siebtens, neben dem Fortschritt in der Abrüstung sollten Maßnahmen zur Stärkung von Institutionen zur Aufrechterhaltung des Friedens und der Regelung internationaler Streitfragen mit friedlichen Mitteln einhergehen. Während und nach der Verwirklichung des Programms der allgemeinen und vollständigen Abrüstung sollten in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen die notwendigen Schritte unternommen werden, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit aufrechtzuerhalten, wozu die Verpflichtung der Staaten gehört, den Vereinten Nationen eine vereinbarte Zahl von Soldaten zur Verfügung zu stellen, die für die Aufstellung einer internationalen, mit vereinbarten Typen von Waffen ausgerüsteten Friedensstreitmacht erforderlich sind. Die Vereinbarungen über den Einsatz dieser Truppen sollten sicherstellen, daß die Vereinten Nationen jede Androhung oder Ausübung von Waffengewalt in Verletzung der Zielsetzungen und Prinzipien der Vereinten Nationen wirksam verhüten oder unterbinden können.

Achtens, die an den Verhandlungen beteiligten Staaten sollten versuchen, zu dem frühestmöglichen Zeitpunkt das größtmögliche Uebereinkommen zu erreichen und zu verwirklichen. Die Bemühungen sollten so lange ohne Unterbrechung weitergeführt werden, bis ein Abkommen über das Gesamtprogramm erreicht ist, und es sollten ohne Rücksicht auf den Fortschritt im Uebereinkommen über das Gesamtprogramm Bemühungen zur Sicherstellung einer baldigen Vereinbarung über und einer Verwirklichung von Abrüstungsmaßnahmen unternommen werden, und zwar in solcher Weise, daß diese Maßnahmen das Gesamtprogramm erleichtern und Bestandteil dessen werden würden.

Quelle: *Kabel-Dienst* (Botschaft der Vereinigten Staaten, Bad Godesberg) vom 21. September 1961.

**Schreiben des Vertreters der Vereinigten Staaten bei den Vereinten Nationen, Adlai E. Stevenson, an den Präsidenten der UN-Vollversammlung vom 20. September 1961**

*Betrifft: Abrüstung.*

Ich beehre mich, die unten aufgeführten Dokumente zu übermitteln, und wäre dankbar, wenn dieses Schreiben und seine Anhänge an alle Mitglieder der Vereinten Nationen zur Information der Vollversammlung und der Abrüstungskommission weitergeleitet werden könnten:

Memorandum der Vereinigten Staaten über die Zusammensetzung des Abrüstungsgremiums vom 29. Juli 1961;

Memorandum der Vereinigten Staaten über Grundsätze für die Verhandlungen über eine allgemeine und vollständige Abrüstung in einer friedlichen Welt;

Schreiben des Vertreters der Vereinigten Staaten bei dem amerikanisch-sowjetischen Meinungsaustausch über Abrüstungsfragen, John J. McCloy, an den Stellvertretenden Außenminister der Sowjetunion, V. A. Sorin, vom 20. September 1961.

Quelle: United Nations, General Assembly, A/4880 vom 20. September 1961.

### **Memorandum der Vereinigten Staaten über die Zusammensetzung des Abrüstungsgremiums vom 29. Juli 1961**

*Betrifft: Zusammensetzung des Abrüstungsgremiums.*

Das Ziel der Vereinigten Staaten ist die Wiederaufnahme der multilateralen Abrüstungsverhandlungen. Sie haben vier verschiedene Vorschläge für die Zusammensetzung eines Abrüstungsgremiums gemacht, die sie wie folgt bestätigen:

1. *Zehnmächtekommission:* Die Vereinigten Staaten bleiben bereit, die Verhandlungen in der Zehnmächtekommission wieder aufzunehmen, die durch ein Uebereinkommen zwischen den Vereinigten Staaten, der Sowjetunion, Frankreich und Großbritannien im September 1959 errichtet wurde. Die Kommission, die sich aus fünf NATO-Staaten (den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, Kanada und Italien) und fünf Staaten des Warschauer Paktes (die Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Bulgarien und Rumänien) zusammensetzt, beendete infolge des sowjetischen Abbruchs der Genfer Verhandlungen am 27. Juni 1960 seine Arbeit nicht. Es war die Ansicht vertreten worden, daß die Beratungen dieser Kommission eine nützliche Grundlage für die Erörterung der Abrüstungsfrage in den Vereinten Nationen bilden könnten. Auf diese Weise würde, nachdem durch die Mitglieder dieser Kommission eine Grundlage für ein Uebereinkommen erarbeitet worden ist, ein Stadium erreicht werden, in dem alle Mitglieder der Vereinten Nationen in wirksamer Weise an den Abrüstungsverhandlungen, die alle Staaten der Welt angehen, teilnehmen würden. Die Vereinigten Staaten glauben weiterhin, daß dies ein vernünftiger und ordnungsgemäßer Weg wäre, dem die Vereinten Nationen zugestimmt haben und der nicht verlassen werden sollte.

2. *Zehnmächtekommission mit eingeladenen Präsidiumsmitgliedern:* Die Vereinigten Staaten sind ganz dazu bereit, zusammen mit den anderen Mächten, die die Zehnmächtekommission errichtet haben, eine Einladung an drei andere Staaten, die nicht Mitglieder der NATO oder des Warschauer Paktes sind, zu richten, einen Vorsitzenden und zwei Stellvertretende Vorsitzende der Zehnmächtekommission zu benennen. Die so Ernannten würden den Vorsitz bei den Tagungen der Kommission führen und ihre guten Dienste in geeigneter Weise zur Verfügung stellen, um den Abschluß eines Abkommens zu erleichtern. Sie würden aber nicht gleichzeitig mit der Verantwortung belastet sein, bei den Verhandlungen als offizielle Sprecher ihrer Regierungen zu fungieren oder den Versuch zu unternehmen, als formelle „Vertreter“ eines nichtvorhandenen „neutralen“ Blockes zu handeln.

3. *Zwanzigmächtekommission:* In Hinblick auf ihr Ziel, ein Uebereinkommen über die Abrüstung zu erreichen, sind die Vereinigten Staaten ganz dazu bereit, eine Aenderung der ursprünglichen Anlage der Zehnmächtekommission vorzuschlagen, und zwar könnte ihre Zusammensetzung so erweitert werden, daß Staaten, die nicht Mitglieder der NATO oder des Warschauer Paktes sind, am Anfangsstadium der Verhandlungen ebenso wie in den Vereinten Nationen teilnehmen könnten. Eine solche Ausweitung sollte mit den üblichen Grundsätzen einer gleichen Vertretung der verschiedenen Regionen der Welt übereinstimmen, wie es auch wünschenswert sein würde, die Länder nach solchen sachdienlichen Faktoren, wie Bevölkerung und militärische Stärke, auszuwählen. Dementsprechend schlagen die Vereinigten Staaten vor, daß zu der Zehnmächtekommission

drei Länder aus Asien, drei aus Lateinamerika, drei aus dem Mittleren Osten und Afrika und ein weder der NATO noch dem Ostblock angehörender Staat hinzugezogen werden sollten. Die Vereinigten Staaten haben vorgeschlagen, daß zweckmäßigerweise die folgenden Staaten hinzugezogen werden sollten: Pakistan, Indien und Japan aus Asien, Mexiko, Brasilien und Argentinien aus Lateinamerika, die Vereinigte Arabische Republik, Nigeria und Tunesien aus Afrika und dem Mittleren Osten sowie aus Europa Schweden.

4. *Die Abrüstungskommission der Vereinten Nationen:* Wenn keiner dieser Vorschläge von der Sowjetunion angenommen wird, schlagen die Vereinigten Staaten die Wiederaufnahme von wirklichen Verhandlungen in der Abrüstungskommission der Vereinten Nationen vor, in welcher alle Mitglieder der Vereinten Nationen vertreten sind. Es würde der Abrüstungskommission der Vereinten Nationen freistehen, wenn es gewünscht würde, kleinere Ausschüsse zu errichten, in welchen detaillierte Verhandlungen geführt werden könnten.

Quelle: United Nations, General Assembly, A/4880 vom 20. September 1961.

**Memorandum der Vereinigten Staaten über Grundsätze für die Verhandlungen über eine allgemeine und vollständige Abrüstung in einer friedlichen Welt  
vom 14. September 1961**

*Betrifft:* Zweiseitiger Meinungs austausch — Grundsätze der Abrüstung — Inangriffnahme von Einzelmaßnahmen — Internationales Schiedsgericht — Kontrolle der Abrüstungsmaßnahmen — Zeitgrenzen — Uebergang von einer Etappe zur nächsten — Zusammensetzung der Abrüstungskommission.

Die Regierung und das Volk der Vereinigten Staaten haben sich traditionsgemäß für die Errichtung einer friedlichen Welt eingesetzt, in der die Staaten nicht länger zum Krieg als Mittel zur Regelung internationaler Streitfragen Zuflucht nehmen. Sie bleiben auch weiterhin diesem Ziel verpflichtet.

Als die Vereinigten Staaten im letzten März die Initiative ergriffen und einen zweiseitigen Meinungs austausch über die Abrüstung mit der Sowjetregierung vorschlugen, handelten sie in dem Glauben, daß eine freimütige und informelle Erörterung der Grundsätze einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der Ansichten und Standpunkte der anderen Seite leisten und wirksame Fortschritte auf dem Weg zu einem dauernden Frieden bringen könnte. Sie versuchten ebenfalls, dem von den Sowjets wiederholt beharrlich vertretenen Standpunkt entgegenzukommen, daß keine multilateralen Verhandlungen stattfinden könnten, ohne daß man sich auf ihren Rahmen geeinigt hätte. Die Vereinigten Staaten hofften, daß dieser Gedankenaustausch zu einem gemeinsamen Einvernehmen über die Richtlinien führen würde, auf deren Grundlage die multilateralen Verhandlungen, die von der Sowjetunion 1960 willkürlich verlassen worden waren, wieder aufgenommen werden könnten. Im letzten März schien mit der Sowjetunion ein gemeinsames Einvernehmen darüber zu bestehen, daß, sobald man sich über diese Richtlinien und ein geeignetes und repräsentatives Gremium geeinigt hätte und dieses von den anderen Teilnehmern akzeptiert worden sei, die multilateralen Verhandlungen am 31. Juli beginnen würden. Unglücklicherweise vertrat die Sowjetregierung die Ansicht, daß ein solches Einvernehmen sowohl hinsichtlich der Art der zweiseitigen Gespräche als auch der Wiederaufnahme der multilateralen Verhandlungen am 31. Juli nicht bestanden habe.

Die Sowjetregierung erklärte statt dessen, die zweiseitigen Gespräche sollten sich direkt der Erörterung spezifischer Pläne zuwenden, und wies darauf hin, daß ohne ein



großes Maß von Uebereinstimmung über solche spezifischen Pläne keine multilateralen Verhandlungen stattfinden könnten. Die Vereinigten Staaten sind dagegen der Ansicht, daß Verhandlungen über detaillierte Abrüstungspläne viele Staaten angehen. Die Vereinigten Staaten können daher nicht in ein Verfahren einwilligen, durch das diese interessierten Staaten von der Teilnahme an der Ausarbeitung eines Abkommens ausgeschlossen würden.

Die Vereinigten Staaten haben deshalb versucht, eine gedankliche Annäherung über eine Reihe von Grundsätzen zu erzielen, die den anderen Teilnehmern an multilateralen Verhandlungen zur Billigung vorgelegt werden sollten. Die Vereinigten Staaten waren der Ansicht, daß dies den Boden für detaillierte und fruchtbare Verhandlungen über spezifische Maßnahmen und Programme vorbereiten würde. Wenn man solch einem Verfahren entsprechend dem von Botschafter Stevenson und Außenminister Gromyko im letzten März erzielten Einvernehmen von Anfang an gefolgt wäre, dann hätte die Möglichkeit bestanden, ein spezifisches Programm für eine allgemeine und vollständige Abrüstung in einer friedlichen Welt einem geeigneten multilateralen Gremium zu jedem Termin nach dem 31. Juli vorzulegen und es dort zu erörtern. Die Vereinigten Staaten sahen jedoch mit Bedauern den 31. Juli vorübergehen, ohne daß solche Verhandlungen begonnen hätten.

Um die Erfüllung der dem zweiseitigen Gedankenaustausch gestellten Aufgaben zu erleichtern, übermittelte der Vertreter der Vereinigten Staaten dem sowjetischen Vertreter am 19. Juni den Entwurf einer Grundsatzklärung, in dem das Ziel der multilateralen Verhandlungen und die Grundsätze, nach denen diese geführt werden sollten, dargelegt wurden. Diese Erklärung stimmte weitgehend mit den Erklärungen überein, die zuvor Gegenstand des Meinungsaustausches zwischen Botschafter Stevenson und Außenminister Gromyko gewesen waren. Die Vereinigten Staaten nahmen verschiedene Male Änderungen an ihrem Entwurf einer Grundsatzklärung vor, um Punkten Rechnung zu tragen, die im Verlauf der bilateralen Gespräche aufgeworfen worden waren.

Der Vertreter der Vereinigten Staaten beschränkte sich jedoch nicht darauf, diese Dokumente vorzulegen. In Uebereinstimmung mit unserer Ansicht über den Zweck des bilateralen Gedankenaustausches versuchte er den sowjetischen Vertreter zu einer produktiven Erörterung der den Schriftstücken zugrunde liegenden Prinzipien und Erwägungen zu veranlassen.

Wie aus den von den Vereinigten Staaten während der bilateralen Erörterungen unterbreiteten Dokumenten deutlich hervorgeht, ist das Ziel der Vereinigten Staaten die Durchführung eines Programmes, das die vollständige Abrüstung sichert, wobei die Staaten nur die Verfügung über geringe Streitkräfte und nichtatomare Rüstungen behalten, die zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und zum Schutz der persönlichen Sicherheit der Bürger notwendig sind. Außer diesen inneren Sicherheitskräften würde es nur eine Internationale Friedenstruppe geben. Alle anderen militärischen Streitkräfte würden abgeschafft. Das von den Vereinigten Staaten gewünschte Programm würde die Einrichtung verlässlicher Verfahren für eine friedliche Regelung von Streitfällen und wirksame Maßnahmen zur Erhaltung des Friedens, einschließlich der Internationalen Friedenstruppe, in Uebereinstimmung mit den Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen enthalten.

Die Vereinigten Staaten legten ebenfalls ihre Ansichten über verschiedene wichtige Einzelaspekte bei den Bemühungen um ein Uebereinkommen über die allgemeine und vollständige Abrüstung in einer friedlichen Welt dar.

Erstens betonen die Vereinigten Staaten, es sei wichtig, ein totales und umfassendes Programm für eine vollständige Abrüstung auszuarbeiten. Die Vereinigten Staaten sind

bereit, das gesamte Programm auszuarbeiten. Gleichzeitig können die Vereinigten Staaten jedoch nicht in eine Situation einwilligen, in der nichts Konkretes unternommen werden kann, bis man sich auch auf das letzte Wort des Gesamtprogrammes geeinigt hat. Daher fordern sie dringend die Annahme des Vorschlages, daß, ohne die mögliche Entwicklung des Gesamtprogrammes zu präjudizieren, der Versuch unternommen werden soll, einen möglichst großen Bereich von Uebereinstimmung zu finden — einschließlich einzelner Maßnahmen oder Gruppen von Maßnahmen — und diese Maßnahmen durchzuführen, sobald man sich über sie geeinigt hat. Die Vereinigten Staaten glauben, daß, während das vollständige Programm mit seinen eingestandenermaßen komplexen Maßnahmen ausgearbeitet wird, keine Gelegenheit verpaßt werden sollte, einen Anfang zu machen. Jeder Anfang, selbst der begrenzteste, würde einen Fortschritt darstellen. Dies würde darüber hinaus die Arbeit an dem Gesamtprogramm, das das erklärte Ziel ist, erleichtern und in der Tat einen Teil desselben bilden. Die Vereinigten Staaten hoffen, daß die Sowjetunion diesen praktischen Vorstellungen zustimmen wird. Bei der Abrüstung, wie überall, besteht das beste Mittel, um sie zu beginnen, darin, einen Anfang zu machen. Aus diesem Grund bedauern die Vereinigten Staaten besonders, daß die Sowjetregierung nicht mehr bereit ist, ein wirksames Abkommen über das Verbot von Kernwaffenversuchen abzuschließen, das ein bedeutsamer erster Schritt auf dem Weg zu einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung in einer friedlichen Welt gewesen wäre.

Zweitens betonen die Vereinigten Staaten, daß eine untrennbare Beziehung zwischen einer drastischen Herabsetzung der nationalen Rüstungen und der Einrichtung von internationalen Verfahren und Institutionen zur Erhaltung des Friedens besteht. Ein Programm, selbst wenn es den Titel „allgemeine und vollständige Abrüstung“ trägt, das nicht dieser Beziehung Rechnung trägt, ist ein Programm zur Unordnung und zur Verewigung der Streitfälle zwischen den Staaten. Die Staaten, von denen erwartet wird, daß sie die Mittel zu ihrem Schutz aufgeben, müssen andere wirksame Möglichkeiten zur Sicherung ihrer legitimen Interessen zur Verfügung haben. Sie brauchen einen Schutz gegen mögliche Verletzungen des Abrüstungsabkommens durch wirksame internationale Zwangsmaßnahmen. Sie brauchen gerichtliche und nichtgerichtliche Verfahren für die unparteiische Regelung von Streitfällen und um auftauchende gegensätzliche Interessen und Bestrebungen miteinander in Einklang zu bringen. Sie müssen die Versicherung erhalten, daß sich der Wandel in der Welt ordnungsgemäß und auf fortschrittliche Weise vollzieht. Und wenn notwendig, müssen sie des Schutzes einer Internationalen Streitmacht sicher sein, die in der Lage ist, wirksam für das gemeinsame Wohl aller Staaten und nicht für das Sonderinteresse eines einzelnen Staates oder einer Staatengruppe zu operieren.

Die von den Vereinigten Staaten in Betracht gezogenen Verfahren und Institutionen würden im Rahmen der Vereinten Nationen als Teil des Programmes für eine allgemeine und vollständige Abrüstung in einer friedlichen Welt geschaffen werden. Diese Verfahren und Institutionen würden es den Staaten nicht gestatten, die Doktrin eines heiligen oder gerechten Krieges zur Rechtfertigung einseitiger militärischer Aktionen zu beschwören, da durch sie sichergestellt würde, daß niemand, der wirklich Recht oder die Erfüllung seiner berechtigten Bestrebungen sucht, zur Gewalt Zuflucht zu nehmen braucht. Sie würden keine willkürliche Revision der getroffenen internationalen Abkommen oder eine Verletzung der Rechte anderer Staaten zulassen. Die Vereinigten Staaten sind der festen Ueberzeugung, daß die Staaten dazu bereit sein müssen, allmählich von der Ausübung ihrer unbeschränkten Souveränität abzugehen und sich den Entscheidungen und Urteilen von Schiedsgerichten und anderen Körperschaften zu unterwerfen, selbst dann, wenn solche Entscheidungen zeitweilig nicht die Zustimmung des betreffenden Staates erhalten.

Nach den Erklärungen des sowjetischen Vertreters während der zweiseitigen Gespräche zu urteilen, scheint die Sowjetregierung bisher nicht die dringende Notwendigkeit zu erkennen, die allmähliche Errichtung eines wirksamen Verfahrens zur Sicherung des Friedens gleichzeitig mit der Durchführung von Maßnahmen, die zu einer vollständigen Abrüstung führen, zu betreiben.

Drittens bestehen die Vereinigten Staaten auf einer wirksamen Kontrolle aller Abrüstungsmaßnahmen vom Anfang bis zum Ende. Die Vereinigten Staaten lassen sich dabei von dem grundlegenden Gedanken leiten, daß die Erfüllung jeder übernommenen Verpflichtung einer wirksamen Kontrolle unterworfen werden müsse, um jedem Teilnehmerstaat die Gewähr zu geben, daß auch jeder andere Staat seine Verpflichtungen erfüllt.

Eine Kontrolle nur der Maßnahmen zur Herabsetzung und Zerstörung bestimmter Teile der militärischen Stärke, wie sie von der Sowietunion vorgeschlagen wurde, entspricht nicht den Bedingungen einer wirksamen Kontrolle aller übernommenen Verpflichtungen. Es muß sichergestellt werden, daß die Staaten nicht nur eine bestimmte Anzahl von Streitkräften und Rüstungen von ihren militärischen Einrichtungen entfernen, sondern auch, daß sie nicht Streitkräfte und Rüstungen unterhalten oder Handlungen vornehmen, die über die bei einer bestimmten Abrüstungsmaßnahme oder der betreffenden Abrüstungsphase geltenden Bestimmungen hinausgehen.

Jedes Abrüstungsprogramm, das vorgibt, den Bedingungen einer wirksamen Kontrolle Rechnung zu tragen, muß eindeutig für Maßnahmen zur Entdeckung heimlicher oder anderer, nach dem Abkommen nicht gestatteter Tätigkeiten sorgen. Das Fehlen solcher Bestimmungen würde jeden Abrüstungsplan zum bloßen Stück Papier werden lassen.

Daraus geht weiter hervor, daß das Kontrollsystem ohne Einschränkung in der Lage sein muß, während des gesamten Abrüstungsprozesses und nicht nur bei seinem Abschluß die Maßnahmen durchzuführen, die notwendig sind, um die Erfüllung des Abkommens zu gewährleisten. Die in den sowjetischen Erklärungen häufig gebrauchte Redewendung, daß „unter den Bedingungen einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung eine sehr gründliche Kontrolle durchgeführt werden müsse“, ist zweideutig und weist nicht genügend auf die Notwendigkeit einer wirksamen Kontrolle jedes Schrittes und jeder Etappe des Abrüstungsprozesses hin. Es muß vielmehr darauf hingewiesen werden, daß, wenn entsprechend den sowjetischen Vorschlägen eine „sehr gründliche“ Kontrolle nur „unter der Bedingung“ einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung durchgeführt werden kann, aber nicht während der Durchführung von Maßnahmen, die zu einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung führen, es schwer sein wird zu entscheiden, ob die „Bedingungen“ einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung erfüllt sind, und daß es nicht möglich sein wird, eine vertragserfüllende Partei vor den Folgen einer Verletzung oder Umgehung des Abrüstungsabkommens durch andere zu schützen.

Die Vereinigten Staaten sind der Ansicht, daß eine wirksame Kontrolle ein reibungsloses tägliches Funktionieren des Inspektionsapparates erfordert. Die Rechte und Funktionen des Kontrollsystems würden in einem Abkommen und in seinen Annexen im einzelnen dargelegt werden. Es würde natürlich eine nach Uebereinkunft der Vertragspartner zusammengesetzte politische Körperschaft geben, welche die Tätigkeit des Verwaltungsapparates der Kontrollbehörde überwachen würde. Wenn dieser Verwaltungsapparat das Vertrauen aller Vertragspartner haben soll, muß er in der Lage sein, so schnell und so wirksam wie möglich sowie ohne Störungen zu arbeiten. Eine gesunde Verwaltungspraxis in der ganzen Welt und die Forderung einer wirksamen Kontrolle setzen auch eine wirksame Verwaltung des Kontrollapparates über die Abrüstung voraus. Aus diesem Grunde lehnen die Vereinigten Staaten standhaft die Vorstellung eines



vielköpfigen Verwaltungsapparates ab. Darüber hinaus stimmen die Vereinigten Staaten nicht den sowjetischen Bestrebungen zu, die Welt in drei oder mehr Blöcke oder „Lager“ einzuteilen. Wie der Vertreter der Vereinigten Staaten während der zweiseitigen Erörterungen zu verstehen gab, sollte in dem Abkommen über eine allgemeine und vollständige Abrüstung in einer friedlichen Welt ein Mechanismus enthalten sein, den die Staaten in Anwendung bringen können, wenn sie der Ansicht sind, daß die Angestellten des Verwaltungsapparates ihre Aufgaben nicht richtig erfüllen.

Die Vereinigten Staaten sind der Ansicht, daß die Art und der Umfang der Kontrollen streng von den wirklichen Erfordernissen für die Kontrolle jeder einzelnen Abrüstungsmaßnahme abhängen sollten. Das Abkommen und seine Anhänge, die notwendigerweise auf angemessenen wissenschaftlichen und technischen Erkenntnissen beruhen müssen, sollten in allen Einzelheiten die Erfordernisse für die Kontrolle jeder einzelnen Maßnahme darlegen. Keine andere Erwägung als die Gewähr, daß jede Maßnahme vollständig und pünktlich ausgeführt wird, sollte bei der Spezifizierung der Erfordernisse für die Kontrolle eine Rolle spielen. Dadurch wird sichergestellt, daß keine legitimen Sicherheitsinteressen irgendeines Staates bei der Durchführung der Abrüstungskontrolle beeinträchtigt werden.

Die Vereinigten Staaten sind der Ansicht, daß für die Ausarbeitung der Kontrollmaßnahmen alle Staaten gemeinsam verantwortlich sind, die an der Verwirklichung einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung in einer friedlichen Welt interessiert sind. Während des letzten Jahres hat die Sowjetunion jedoch vorgeschlagen, daß der Westen die beschwerliche Aufgabe übernehmen müsse, ein Kontrollsystem auszuarbeiten. Die Vereinigten Staaten fordern die Sowjetregierung dringend auf, zusammen mit den Vereinigten Staaten in multilaterale Verhandlungen und die gewissenhafte und praktische Entwicklung eines Kontrollsystems einzutreten, das in der Lage wäre, allen Parteien Vertrauen in ein Abrüstungsabkommen einzuflößen.

Der Vertreter der Vereinigten Staaten behandelte ebenfalls zahlreiche andere grundsätzliche Aspekte, um die von den Vereinigten Staaten vorgelegten schriftlichen Dokumente zu ergänzen. Er erklärte, daß die Vereinigten Staaten der Ansicht sind, daß sowohl für die Erfüllung aller Abrüstungsmaßnahmen als auch für die Erfüllung jeder einzelnen Phase Zeitgrenzen ausgearbeitet werden müssen. Darüber hinaus würde natürlich eine allgemeine Zeitgrenze den Verfahren beim Uebergang von einer Phase zur anderen Rechnung tragen müssen. Die Vereinigten Staaten werden alles aufbieten, um diese Probleme zu lösen, und hoffen, daß die Sowjetunion bereit ist, das gleiche zu tun. Wenn einmal die Zeitgrenzen für die Maßnahmen in jeder Phase und für die Phasen selbst ausgearbeitet sind, wird es möglich sein, die Zeitgrenze für die Durchführung des gesamten Programms abzuschätzen. Die Vereinigten Staaten sind jedoch der Ansicht, daß es unrealistisch und auf gefährliche Weise irreführend wäre, wenn man vorgeben würde, daß eine genaue Zeitgrenze für das gesamte Programm im voraus festgelegt werden könnte.

Im Hinblick auf den Uebergang von einer Phase zur anderen sind die Vereinigten Staaten der Ansicht, das grundlegende Prinzip müsse sein, daß die Staaten bei jeder Phase die Gewähr dafür erhalten, daß alle Vertragsparteien ihre Verpflichtungen erfüllt haben und daß die nächsten Maßnahmen des Abrüstungsprogrammes ohne Risiko vorgenommen werden können. Ohne eine solche Gewähr würde Anlaß zu Verdächtigungen und Streitigkeiten bestehen, durch die der gesamte Abrüstungsprozeß unterbrochen werden könnte. Gleichermaßen glauben die Vereinigten Staaten, daß der Uebergang von einer Phase zur anderen erst nach einer nochmaligen Prüfung der Durchführung der in der vergangenen Phase enthaltenen Maßnahmen und nach einem Beschluß, daß alle diese Maßnahmen wirklich in der im Abkommen vorgesehenen Weise erfüllt worden

sind, vorgenommen werden sollte. Sobald dieser Beschluß gefaßt worden ist, könnte sogleich mit der Durchführung der nächsten Phase begonnen werden. Die sowjetische Haltung in dieser Frage bleibt trotz wiederholter Versuche der Vereinigten Staaten, Aufklärung zu erlangen, undurchschaubar.

Die Vereinigten Staaten versuchten ebenfalls die Frage der Zusammensetzung eines multilateralen Verhandlungsgremiums zu lösen. Botschafter Stevenson und Außenminister Gromyko waren zuvor übereingekommen, daß dies eine der Aufgaben der bilateralen Erörterungen sein würde. In Übereinstimmung damit schlugen die Vereinigten Staaten der Sowjetunion verschiedene Möglichkeiten für ein Gremium vor, darunter die folgenden: 1. Die Wiedereinberufung des Zehnmächteausschusses, der von der Sowjetunion 1960 verlassen worden war; 2. die Hinzuziehung von drei, aus anderen Ländern ausgewählten Beamten zu diesem Ausschuß; 3. die Erweiterung des Ausschusses durch zehn weitere Mitglieder, die auf der Grundlage einer gleichmäßigen geographischen Vertretung ausgewählt werden sollten; und 4. die Abrüstungskommission der Vereinten Nationen. Unglücklicherweise gaben weder die mündlichen Erklärungen des sowjetischen Vertreters noch das am 28. Juli vorgelegte sowjetische Memorandum einen Hinweis auf eine konstruktive Haltung der Sowjetunion gegenüber diesen Vorschlägen der Vereinigten Staaten. Abrüstungsverhandlungen können jedoch nicht ohne die Sowjetregierung stattfinden. Da diese Regierung immer noch nicht bereit zu sein scheint, einem Gremium von arbeitsfähiger Größe und gerechter Zusammensetzung zuzustimmen, schlugen die Vereinigten Staaten vor, die Verhandlungen zunächst in der Abrüstungskommission der Vereinten Nationen wieder aufzunehmen. Wenn die Sowjetregierung jedoch ihre Zustimmung erteilt, bleiben die Vereinigten Staaten bereit, die Verhandlungen in einem Ausschuß aufzunehmen, der sich aus den ursprünglichen Mitgliedern des Zehnmächteausschusses zuzüglich der folgenden Staaten zusammensetzt: aus Asien — Pakistan, Indien und Japan; aus Lateinamerika — Mexiko, Brasilien und Argentinien; aus Afrika und dem Mittleren Osten — die Vereinigte Arabische Republik, Nigeria und Tunesien; und aus Europa — Schweden. Ein solcher Ausschuß würde eine gerechte Vertretung der verschiedenen geographischen Regionen der Welt sichern. Die Sowjetregierung ist bereits im Besitz des Memorandums der Vereinigten Staaten vom 29. Juli 1961, in dem die Haltung der Vereinigten Staaten hinsichtlich der Frage des Gremiums im einzelnen dargelegt ist.

Die in diesem Memorandum dargelegten Ansichten und Erwägungen geben zusammen mit dem Entwurf einer Grundsatzerklärung, welcher der Sowjetregierung übergeben wurde, eine klare Darstellung der Haltung der Vereinigten Staaten hinsichtlich der Grundsätze, von denen die Ausarbeitung eines Abkommens über die allgemeine und vollständige Abrüstung in einer friedlichen Welt geleitet werden sollte. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat die Erklärung der Sowjetregierung vom 27. Juni 1961, die Memoranden der Sowjetregierung vom 19. und 21. Juli 1961 und den Entwurf einer Grundsatzerklärung, den der sowjetische Vertreter am 27. Juli vorlegte, geprüft. Sie hat sowohl der in diesen Dokumenten dargelegten Haltung der Sowjetregierung als auch den Erklärungen des sowjetischen Vertreters während der zweiseitigen Gespräche Rechnung getragen. Die verschiedenen von den Vereinigten Staaten unterbreiteten Entwürfe für eine Grundsatzerklärung sind ein Beweis für ihre ständigen Bemühungen, jedem von der Sowjetunion unterbreiteten konstruktiven Vorschlag entgegenzukommen. Die Vereinigten Staaten hoffen, daß die Sowjetunion gleicherweise ernsthafte Anstrengungen machen wird, um eine gegenseitig annehmbare Grundsatzerklärung auszuarbeiten, die eine baldige Wiederaufnahme der multilateralen Verhandlungen erlaubt.

Quelle: United Nations, General Assembly, A/4880 vom 20. September 1961.

**Schreiben des Vertreters der Vereinigten Staaten bei dem amerikanisch-sowjetischen Meinungsaustausch über Abrüstungsfragen, John J. McCloy, an den Stellvertretenden Außenminister der Sowjetunion, V. A. Sorin, vom 20. September 1961**

**Betrifft:** Zweiseitiger Meinungsaustausch — Kontrolle über Abrüstungsmaßnahmen und Stärke der Streitkräfte — gemeinsame Grundsatzerklärung.

Bei unseren zweiseitigen Erörterungen über die Abrüstung gaben Sie in der Sitzung vom 18. September 1961 zu verstehen, daß der Entwurf für eine Grundsatzerklärung, den ich Ihnen am 14. September 1961 im Namen der Regierung der Vereinigten Staaten übermittelte, für die Regierung der Sowjetunion unter der Voraussetzung annehmbar wäre, daß folgender Satz im Paragraph 6 wegfällt:

„Eine solche Kontrolle sollte sicherstellen, daß nicht nur die vereinbarten Begrenzungen und Herabsetzungen stattfinden, sondern auch, daß die verbleibenden Streitkräfte und Rüstungen in keiner Etappe die vereinbarte Höhe überschreiten.“

In diesem Satz kommt ein Grundelement der Haltung der Vereinigten Staaten zum Ausdruck, das unserer Ansicht nach in der gesamten gemeinsamen Grundsatzerklärung enthalten ist und das darin besteht, daß, wenn immer in einem Abkommen festgelegt wird, daß zu einem bestimmten Zeitpunkt Streitkräfte und Rüstungen in bestimmter Höhe unterhalten werden dürfen, der Kontrollapparat alle notwendigen Rechte und Befugnisse haben muß, um sicherzustellen, daß diese Höhen nicht überschritten werden.

Aus Ihren Erklärungen scheint hervorzugehen, daß die Sowjetunion nicht bereit ist, einer gemeinsamen Grundsatzerklärung zuzustimmen, wenn nicht der oben erwähnte Satz weggelassen wird. Meine Regierung hat mich ermächtigt, Ihnen mitzuteilen, daß sie im Interesse eines Fortschritts hinsichtlich der Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen bereit ist, den obenerwähnten Satz aus dem Paragraph 6 der gemeinsamen Grundsatzerklärung wegzulassen, da er ein Punkt ist, dem die Sowjetunion nicht zugestimmt hat.

Sie tut dies mit dem ausdrücklichen Hinweis darauf, daß sich die in dem oben zitierten Satz und in unserem Memorandum vom 14. September 1961 umrissene Grundhaltung der Vereinigten Staaten nicht geändert hat und in keiner Weise durch die Auslassung dieses Satzes in der gemeinsamen Grundsatzerklärung präjudiziert wird.

Die Vereinigten Staaten halten weiterhin an dem ausgelassenen Satz als einem notwendigen Bestandteil umfassender Abrüstungsverhandlungen oder eines Abkommens fest und werden ihn weiter vorbringen.

Quelle: United Nations, General Assembly, A/4880 vom 20. September 1961.

**Mitteilung der Sowjetregierung über die sowjetisch-amerikanischen Abrüstungsverhandlungen, der UN-Vollversammlung am 24. September 1961 unterbreitet**

**Betrifft:** Zweiseitiger Meinungsaustausch — allgemeine und vollständige Abrüstung — Abrüstungskontrolle — Haltung der Vereinigten Staaten — gemeinsame Grundsatzerklärung — Zusammensetzung des Abrüstungsausschusses.

In Erfüllung der Resolution der UN-Vollversammlung vom 21. April 1961 betrachtet es die Sowjetregierung als ihre Pflicht, die UN-Mitglieder über den Verlauf und die Ergebnisse des Meinungsaustausches über Abrüstungsfragen zu informieren, den die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten im Juni, Juli und September 1961 in Washington, Moskau und New York hatten. Das große Interesse der UN-Mitglieder für diesen Meinungsaustausch ist durchaus begreiflich.



Es gibt heutzutage keine brennendere und dringlichere Aufgabe als die Festigung und Erhaltung des Friedens. Diesem edlen Ziel gilt das Sinnen und Trachten aller Völker. Vom Frieden erhoffen sie sich die Verwirklichung ihrer sehnlichsten Träume von einem glücklichen Leben, von ruhiger Arbeit und vom Wohlergehen ihrer Kinder. Den sicheren und verlässlichen Weg dazu sehen die Völker in der allgemeinen und vollständigen Abrüstung, die die materiellen Mittel der Kriegführung abschaffen und damit einen Krieg unmöglich machen würde.

Es ist darum nicht verwunderlich, daß die auf Initiative der Sowjetregierung auf der 14. Tagung der UN-Vollversammlung erstmalig zur Debatte gestellte Frage der allgemeinen und vollständigen Abrüstung bei allen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen sofort größten Anklang fand und von ihnen einmütig zum wichtigsten Problem der Gegenwart erklärt wurde, wobei sie von den Regierungen die eifrigsten Bemühungen um die schnellste Lösung dieses Problems verlangten. Alarmiert über das Scheitern der Zehnernkommission in Genf, die es aus Verscheiden der Westmächte nicht vermochte, ein Abkommen über die allgemeine und vollständige Abrüstung aufzustellen, erachteten es viele Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen für notwendig, Maßnahmen zu treffen, damit die Lösung dieses wichtigsten internationalen Problems nicht neuerlich verschleppt werden kann. Sie haben sich dafür ausgesprochen, daß die Vollversammlung konkrete Weisungen für die Ausarbeitung eines Vertrages über die allgemeine und vollständige Abrüstung bestätigt.

Bestrebt, zur Lösung des Abrüstungsproblems beizutragen, hat die Sowjetunion Vorschläge über solche Weisungen für spätere Verhandlungen eingebracht. Eine große Gruppe von neutralistischen Ländern, darunter Indien, Indonesien und Ghana, hat gleichfalls einen Resolutionsentwurf über die wichtigsten Grundsätze der allgemeinen und vollständigen Abrüstung unterbreitet. Die Sowjetregierung hat bereits damals ihre positive Einstellung zu diesem Entwurf verkündet.

Bekanntlich hat die 15. Tagung der Vollversammlung solche Weisungen dennoch nicht vereinbaren können, da die damalige Regierung der Vereinigten Staaten offen gegen irgendwelche Beschlüsse über die allgemeine und vollständige Abrüstung war. Die neue amerikanische Regierung, die dann an die Macht kam, erklärte, noch nicht in der Lage zu sein, das Abrüstungsproblem unmittelbar zu behandeln, und bat um Zeit zu seinem Studium.

Die UN-Vollversammlung kam den Wünschen der neuen Regierung der Vereinigten Staaten entgegen und verzichtete auf eine unmittelbare Behandlung der Abrüstungsfrage während des zweiten Teils ihrer 15. Tagung. Dabei berücksichtigte sie auch den wichtigen Umstand, daß die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten einen zweiseitigen Meinungsaustausch über die Abrüstungsfragen vereinbart hatten. Bekanntlich billigte die Vollversammlung diesen Meinungsaustausch durch eine besondere Resolution, in der Annahme, daß er dazu beitragen werde, das Abrüstungsproblem zu lösen und das erforderliche Einvernehmen herzustellen.

Die Sowjetregierung unterbreitet der Vollversammlung nunmehr eine Mitteilung über die sowjetisch-amerikanischen Abrüstungsverhandlungen.

### *1. Die allgemeine und vollständige Abrüstung — der zuverlässigste Weg zur Erlösung der Menschheit von der Kriegsgefahr*

Die Sowjetregierung maß den direkten Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten große Bedeutung bei, da sie der Ansicht war, daß beide Partner bei diesen Verhandlungen aufrichtig danach streben würden, ihre Standpunkte einander so nahe wie möglich zu bringen, ist es doch wohl bekannt, daß die Lösung des Abrüstungsproblems wesentlich von einer Einigung dieser beiden Mächte abhängt. Man darf nicht außer acht lassen, daß die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten von

Amerika gegenwärtig die größten Streitkräfte und die mächtigsten modernen Rüstungen, darunter Raketen- und Kernwaffen, besitzen und daß eine Einigung der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten über die wichtigsten Abrüstungsfragen der Lösung des gesamten Abrüstungsproblems sicherlich einen starken Auftrieb geben und eine Einigung über die Abschaffung der gesamten Kriegsmaschine der Staaten vorbestimmen würde.

Die Sowjetregierung bereitete sich gründlich zu diesem zweiseitigen Meinungsaustausch vor, wobei sie annahm, daß diese neue Form von Verhandlungen es den Partnern möglich machen werde, sich nicht nur besser zu verständigen und klar zu erkennen, welche ihrer Standpunkte sich decken und worüber sie verschiedener Ansicht sind, sondern auch gemeinsam konkrete Wege zur Lösung des Abrüstungsproblems zu finden. Die Sowjetregierung wünschte aufrichtig, daß die Verhandlungen von Anfang an sachlich verlaufen und zu positiven Ergebnissen führen sollten. Gerade deswegen schlug die Sowjetregierung der amerikanischen Regierung vor allem einen Meinungsaustausch über das Wesen des Problems der allgemeinen und vollständigen Abrüstung und eine Prüfung der zu dieser Frage eingebrachten konkreten Vorschläge vor, zumal die UN-Vollversammlung bereits festgestellt hat, daß das Abrüstungsproblem auf der Grundlage der allgemeinen und vollständigen Abrüstung der Staaten gelöst werden muß.

Damit die Regierung der Vereinigten Staaten die Position der Sowjetunion genauer studieren konnte, überreichte die Delegation der Sowjetunion dem amerikanischen Verhandlungspartner am 27. Juni 1961 eine Erklärung der Sowjetregierung über die allgemeine und vollständige Abrüstung. Im Zuge der weiteren Verhandlungen händigte die Sowjetdelegation der Delegation der Vereinigten Staaten am 19. Juli 1961 eine Denkschrift über die Notwendigkeit der allgemeinen und vollständigen Abrüstung und am 21. Juli 1961 eine besondere Denkschrift über die Ueberwachung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung aus. In diesen Dokumenten wird das Programm für die allgemeine und vollständige Abrüstung unter strikter internationaler Kontrolle, das der Regierungschef der Sowjetunion, N. S. Chruschtschow, der UN-Vollversammlung am 23. September 1960 unterbreitete, eingehend begründet.

Aus welchen Motiven muß die Regierung der Sowjetunion auf der unverzüglichen allgemeinen und vollständigen Abrüstung bestehen?

Noch nie in der Geschichte waren entschiedenste Maßnahmen zur Rettung der Menschheit vor einem Vernichtungskrieg so notwendig und unaufschiebbar wie heute. Die stürmische Entwicklung der Wissenschaft und der Kriegstechnik hat zur Schaffung ungeheuerlicher Kernbomben geführt, von denen jede bei ihrer Explosion ein großes Industrie- und Kulturzentrum von der Erde auslöschen könnte. Es gibt jetzt interkontinentale ballistische Raketen, die solche Bomben binnen gezählter Minuten an einen beliebigen Zielpunkt auf Erden befördern können, ohne daß etwas gegen sie unternommen werden könnte. Dadurch, daß die Westmächte eine Reihe von Militärblocks wie die NATO, die SEATO und die CENTO gegen die friedliebenden Staaten gebildet und ein dichtes Netz amerikanischer Militärstützpunkte in fremden Gebieten angelegt haben, dadurch, daß der Kalte Krieg geschürt wird, der die Beziehungen zwischen den Staaten vergiftet, und daß das Wettüben ständig neuen Auftrieb erhält, ist bereits Zündstoff für einen ungeheuer gefährlichen Krieg zusammengetragen worden.

Eine besonders große Gefahr ist in letzter Zeit im Zusammenhang damit entstanden, daß die Westmächte den Vorschlag der Sowjetunion, einen Friedensvertrag mit Deutschland zu schließen und auf dieser Grundlage die Situation in West-Berlin zu normalisieren, mit Säbelrasseln und Drohungen beantworten, einen militärischen Konflikt zu entfesseln.

Der sicherste Weg, auf dem die Menschheit für alle Zeiten von der drohenden Gefahr erlöst werden kann, ist gerade die allgemeine und vollständige Abrüstung. Es gilt, alle Mittel der Kriegführung abzuschaffen, die militärisch-organisatorische Maschine der Staaten zu beseitigen und nicht zuzulassen, daß sie in irgendeiner Form wieder aufgebaut wird.

Solange die Staaten Armeen und Waffen besitzen, ist die Kriegsgefahr nicht gebannt. Solange selbst reduzierte, beschränkte oder zum Teil abgebaute Rüstungen und Streitkräfte bestehen, bleibt auch die Möglichkeit eines militärischen Konflikts und der Anwendung militärischer Gewalt durch einen Staat gegen einen anderen oder durch eine Staatengruppe gegen eine andere bestehen.

Die Sowjetregierung betrachtet die allgemeine und vollständige Abrüstung als eine real lösbare Aufgabe. Was berechtigt sie zu diesem Schluß? Vor allem der Umstand, daß eine solche Abrüstung es unmöglich macht, daß sich dieser oder jener Staat militärische Vorteile verschafft, daß eine solche Abrüstung allen Ländern gleiche Bedingungen garantiert. Wenn alle abrüsten, wenn kein Staat mehr über eine Militärmaschine verfügt, so ist die Gefahr für die Sicherheit aller Staaten beseitigt.

Allgemeine und vollständige Abrüstung ermöglicht es, viele von den Hindernissen aus dem Weg zu räumen, die sich jedesmal ergaben, wenn von einer Teilabrüstung die Rede war, da dann einzelne Staaten die Befürchtung äußerten, daß Teilabrüstungsmaßnahmen in diesem oder jenem Stadium das Kräfteverhältnis ändern und ihre Sicherheit gefährden könnten. Während früher viele Staaten den verschiedenen Abrüstungsplänen mißtrauisch gegenüberstanden, da sie vermuteten, daß sich andere mit Hilfe solcher Pläne einseitige Vorteile verschaffen wollten, macht die allgemeine und vollständige Abrüstung alle derartigen Befürchtungen gegenstandslos, da sie allen zum Vorteil und niemand zum Nachteil gereichen würden.

Es braucht nicht erst erwähnt zu werden, daß schon die bloße Bereitschaft der Staaten, an eine solche Abrüstung zu gehen, die ganze internationale Lage sofort günstig beeinflussen würde. Eine solche Bereitschaft würde beweisen, daß die Staaten sich nicht mit der Absicht tragen, irgend jemand zu überfallen, daß sie vielmehr fest entschlossen sind, das Vertrauen zu stärken, ihre Beziehungen zueinander auf den Grundsätzen der friedlichen Koexistenz aufzubauen und miteinander in Frieden und Freundschaft zu leben.

Ferner ist zu berücksichtigen, daß ein Abkommen über die allgemeine und vollständige Abrüstung auch die internationale Kontrolle über die Abrüstungsmaßnahmen wesentlich erleichtern würde. Wenn der Sicherheit der Staaten nach erfolgter allgemeiner und vollständiger Abrüstung keine Gefahr mehr droht, werden sie nichts mehr zu verbergen haben und darum der internationalen Inspektion Tür und Tor auftun, damit sie prüfen kann, wie die übernommenen Verpflichtungen eingehalten werden. Dann wird die Kontrolle das Vertrauen unter den Staaten nicht schwächen, sondern stärken, da sie jedem die Möglichkeit geben wird, sich davon zu überzeugen, daß auch die anderen Partner des Abkommens ihren Verpflichtungen nachkommen.

Es braucht wohl kaum betont zu werden, daß die Vernichtung der Kriegführungsmittel die gesamte Weltlage von Grund aus verändern würde: an die Stelle des Wettrennens und des Kalten Krieges, die die Völker zwingen, in stetiger Furcht vor dem kommenden Tag zu leben, würde eine stabile friedliche Koexistenz treten, begleitet von gemeinsamen Anstrengungen um die Nutzbarmachung noch unerforschter Naturkräfte, um die Erschließung der Kernenergie und aller Naturschätze unseres Planeten wie auch des kosmischen Raumes, wohin der Mensch schon seinen kühnen Vorstoß begonnen hat. Dann wird alles Sinnen und Trachten der Menschen nicht mehr der Vorbereitung eines verheerenden Krieges gelten, sondern der Schaffung materieller und kultureller



Werte und der gemeinsamen Bekämpfung von Krankheiten und Naturkatastrophen, die den Völkern beträchtlichen Schaden zufügen.

Bei der Ausarbeitung ihres Dreiphasenplans für die allgemeine und vollständige Abrüstung ließ sich die Sowjetunion von dem Bestreben leiten, schon die ersten Schritte auf diesem Weg so nutzbringend wie möglich zu gestalten, um die Gefahr eines für die Menschheit so überaus gefährlichen Kernkrieges wenn nicht völlig zu bannen, so doch wenigstens auf ein Mindestmaß zu beschränken. Die Sowjetunion schlägt daher vor, die Abrüstung nicht nur mit einer wesentlichen Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen der Staaten zu beginnen, sondern auch mit der Vernichtung aller Kernwaffenträger, der Auflösung der ausländischen Militärstützpunkte in fremden Gebieten und der Zurücknahme aller ausländischen Truppen aus diesen Gebieten.

Man kann sich ohne weiteres davon überzeugen, daß die restlose Vernichtung der Kernwaffenträger die Gefahr, daß ein Land ein anderes mit Hilfe von Atom- und Wasserstoffwaffen überfallen könnte, praktisch aus der Welt schaffen würde. Dadurch entstünden wieder günstigere Voraussetzungen dafür, daß die Aufgabe des vollen Verbots der Kernwaffen bei Einstellung ihrer Produktion und Einziehung und Vernichtung aller Vorräte an solchen Waffen in der nächsten Phase schneller gelöst wird.

Wenn die Sowjetunion auf die Waffe verzichtet, die ihr als wichtigstes Verteidigungsmittel gegen eine Aggression dient, so darf sie verlangen, daß auch ihre Sicherheitsinteressen berücksichtigt werden und daß zugleich mit der Vernichtung der Kernwaffenträger die ausländischen Militärstützpunkte in fremden Gebieten aufgelöst werden. Ein Blick auf die Karte der Militärstützpunkte, die die Vereinigten Staaten und die anderen westlichen Militärblockpartner zu den Grenzen der sozialistischen Staaten vorgeschoben haben, genügt, um sich davon zu überzeugen, daß die Vereinigten Staaten von Amerika und ihre Militärblockverbündeten sich in einer privilegierten Lage befänden, wenn die Raketen vernichtet würden, die ausländischen Militärstützpunkte aber ungetastet blieben.

Die Abschaffung der Kernwaffenträger bei gleichzeitiger Auflösung der Militärstützpunkte ist eine unerläßliche Voraussetzung dafür, daß allen Staaten bei der Abrüstung praktisch die gleichen Bedingungen garantiert werden. Die Sowjetunion verlangt zwar keine Vorteile für sich, kann aber auch ihre Sicherheit nicht aufs Spiel setzen und darum nicht dulden, daß anderen widerrechtliche Vorteile geboten werden. Gerade deswegen ist sowohl im Gesamtprogramm der allgemeinen und vollständigen Abrüstung als auch für jede ihrer Phasen eine Kombination von Abrüstungsmaßnahmen vorgesehen, bei der kein Land oder keine Ländergruppe irgendwelche Vorteile gegenüber den anderen erhält.

Beim zweiseitigen Meinungsaustausch hob die Sowjetdelegation die große Bedeutung hervor, die eine Einigung darüber hätte, daß ein einheitlicher Vertrag ausgearbeitet und abgeschlossen wird, der sämtliche Phasen des Programms der allgemeinen und vollständigen Abrüstung umfaßt und konkrete Termine sowohl für die einzelnen Phasen als auch für die Verwirklichung des Gesamtprogramms vorsieht. Nur beim Abschluß eines Abkommens, das konkrete Termine für die Durchführung der Abrüstungsmaßnahmen unter wirksamer Kontrolle festsetzt, kann von einem konkreten Charakter der Verpflichtungen die Rede sein, die die Staaten zu übernehmen haben. Nur in diesem Fall besteht die Gewißheit, daß die Gegner der Abrüstung nicht imstande sein werden, die Abrüstungsmaßnahmen unter Hinweis auf den unbestimmten Charakter, der sich aus einem solchen Vertrag ergebenden Verpflichtungen zu bremsen oder gar zu hintertreiben.

Da die Lösung des Abrüstungsproblems keinen Aufschub duldet, hat die Sowjetregierung bei den zweiseitigen Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten ihrer Ueberzeugung Ausdruck verliehen, daß die Staaten sich mit allen Kräften um die Ausführung des Abrüstungsprogramms in kürzester Frist bemühen müssen. Die Sowjet-

union schlägt vor, die allgemeine und vollständige Abrüstung innerhalb von vier bis fünf Jahren durchzuführen. Das ist eine reale Frist, die die Möglichkeiten der Staaten zur Abschaffung ihrer Militärmaschine und zur Umstellung ihrer Wirtschaft und des gesamten Staatslebens auf friedliche Bahnen berücksichtigt. Die Sowjetunion ist bereit, auch andere Vorschläge betreffs der Fristen zu prüfen, in denen das Programm der allgemeinen und vollständigen Abrüstung zu verwirklichen ist. Unter allen Umständen jedoch müssen die zu vereinbarenden Fristen ihrer Ansicht nach genau bestimmt und möglichst kurz bemessen werden.

## *II. Die allgemeine und vollständige Abrüstung muß unter strenger internationaler Kontrolle durchgeführt werden*

Im Laufe der Verhandlungen wurde der Standpunkt der Sowjetunion zur Frage der internationalen Abrüstungskontrolle eingehend dargelegt.

Die Sowjetregierung ist der Auffassung, daß ein Abkommen über die allgemeine und vollständige Abrüstung die feste Gewähr dafür geben muß, daß kein Partner seine Verpflichtungen verletzt. Die Sowjetunion ist deshalb für die Einführung einer strengen internationalen Abrüstungskontrolle; sie wird niemals in irgendwelche Abrüstungsmaßnahmen ohne eine wirksame Kontrolle über ihre Verwirklichung einwilligen.

Wie die Sowjetregierung bereits betonte, hat der Sowjetstaat Grund zu einer solchen Einstellung, zeigt doch die historische Erfahrung, daß auf die Gewissenhaftigkeit einiger westlicher Partner eines solchen Abkommens kein Verlaß ist.

Die Regierung der Sowjetunion und ihr Chef, N. S. Chruschtschow, haben, wie bekannt, wiederholt erklärt: sollten die Westmächte den Vorschlag für allgemeine und vollständige Abrüstung annehmen, so wird die Sowjetunion beliebige Vorschläge dieser Mächte betreffs der Abrüstungskontrolle vorbehaltlos annehmen. Diese eindeutigen Erklärungen zeigen jedermann klar, daß die Lösung des Problems der Abrüstungskontrolle nicht durch die Haltung der Sowjetunion verhindert wird, sondern durch die Versuche der Regierungen der Westmächte, dieses Problem auszunutzen, um der Abrüstung ein künstliches Hindernis in den Weg zu legen, durch deren unaufrichtige Einstellung zu den Fragen der Abrüstung und der Kontrolle, durch ihre fehlende Bereitschaft, in die Abrüstung und die Abrüstungskontrolle einzuwilligen.

Die Sowjetunion ist für eine wirksame Abrüstungskontrolle, aber entschieden gegen Rüstungskontrolle. Eine solche Kontrolle würde das Wettrüsten nicht im geringsten einschränken, dafür aber Voraussetzungen für seine ungehinderte Fortsetzung schaffen, folglich aber auch für die weitere Speicherung aller Arten von Waffen unter Einschluss von Kern- und Raketenwaffen; eine Kontrolle ohne Verbindung mit Abrüstungsmaßnahmen würde sich in ein internationales System legalisierter Spionage verwandeln, durch das sich die interessierten militärischen Dienststellen einiger Staaten Informationen verschaffen könnten. Eine solche Kontrolle würde nicht der Abrüstung dienen, sondern der Vorbereitung eines neuen Krieges.

Das sowjetische Programm der allgemeinen und vollständigen Abrüstung sieht ein wirksames und zuverlässiges Kontrollsystem vor. Die Sowjetunion ist dafür, daß sowohl die Abrüstung im ganzen als auch jede einzelne Abrüstungsmaßnahme von A bis Z unter wirksamer Kontrolle stattfindet. Daraus ergibt sich, daß die Aufgaben der Kontrolle, ihre Funktionen und Befugnisse stetig erweitert werden müssen, nach Maßgabe dessen, wie sich der Abrüstungsprozeß entwickelt und sich auf immer neue Gebiete erstreckt. Nur durch Unfairneß und mangelnde Einigungsbereitschaft sind die im Westen verbreiteten Behauptungen zu erklären, die Sowjetunion schlage vor, zuerst an die Abrüstung zu gehen und erst dann eine Kontrolle einzuführen.

Was schlägt die Sowjetunion zur Kontrolle vor? Die internationale Kontrollorganisation muß zum selben Zeitpunkt an die Ausübung ihrer Funktionen gehen, zu dem

der Vertrag über die allgemeine und vollständige Abrüstung in Kraft tritt. Diese Organisation wird sich aus allen Partnerstaaten des Vertrags zusammensetzen. Vertreter dieser Staaten werden periodisch zu Konferenzen zusammentreten, um die Fragen zu prüfen, die mit einer wirksamen Abrüstungskontrolle zusammenhängen. Die Konferenz wählt einen Kontrollrat, der Organe in allen Teilnehmerländern dieses Vertrags haben wird. Das Personal dieser Organe ist auf internationaler Grundlage zu bestimmen.

Die Sowjetregierung erachtet, daß der Kontrollrat, der die praktische Leitung über das ganze Kontrollsystem auszuüben hat, aus Vertretern der sozialistischen Länder, Vertretern der Teilnehmerstaaten der westlichen militärpolitischen Allianzen und Vertretern der neutralen Staaten bestehen muß. Wenn die Sowjetunion eine solche Zusammensetzung vorschlägt, so tut sie es auf Grund der realen Lage, die sich heute in der Welt herausgebildet hat, und aus dem Bestreben, daß die Kontrollorganisation nicht das Instrument irgendeiner Staatengruppe sei, sondern ein zuverlässiges und wirklich unparteiisches Kontrollorgan.

Gerade davon ging die Sowjetunion aus, als sie für ihr Programm der allgemeinen und vollständigen Abrüstung die Kontrollbestimmungen ausarbeitete; sie wollte, daß das internationale Kontrollorgan über die erforderlichen Mittel und Möglichkeiten gebietet, um seinen Aufgaben gerecht werden zu können.

Dementsprechend ist für die erste Phase eine internationale Kontrolle an Ort und Stelle über die Abschaffung der Raketenwaffen, Militärflugzeuge, Ueberwasserkriegsschiffe und Unterseeboote und der anderen Mittel vorgesehen, die als Träger von Atom- und Wasserstoffwaffen eingesetzt werden können. Zu kontrollieren sind die Auflösung der ausländischen Militärstützpunkte, die Zurückziehung des Militärpersonals und der Truppen in die nationalen Hoheitsgebiete, ferner die Auflösung der Truppen und die Vernichtung der Waffen. In ähnlicher Weise, eng verbunden mit den Abrüstungsmaßnahmen, sind auch die Kontrollmaßnahmen für die zweite und die dritte Phase des sowjetischen Abrüstungsprogramms ausgearbeitet.

Die Sowjetregierung erachtet, daß die Kontrollorganisation ihre Tätigkeit auch nach der Verwirklichung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung fortsetzen und ständig darüber wachen muß, daß kein Staat insgeheim die Rüstungsproduktion wiederaufnimmt und von neuem beginnt, Streitkräfte aufzustellen.

Die Staaten werden der Kontrollorganisation Angaben über die Standorte der Polizei-(Miliz-)Kontingente, deren Stärke an jedem Ort und über alle wesentlichen Verschiebungen dieser Kontingente in der Nähe der Staatsgrenzen vorlegen. Internationale Inspektionsgruppen werden allseitig überwachen, daß die Stärke und Bewaffnung der Polizei (Miliz) den für jedes Land vereinbarten Richtsätzen entsprechen.

Die sowjetischen Vorschläge entsprechen sämtlichen Forderungen, die an ein internationales System für strenge Abrüstungskontrolle gestellt werden können. Sollten die Vereinigten Staaten und die anderen Westmächte jedoch aus irgendwelchen Erwägungen mit ihnen nicht einverstanden sein und eigene Vorschläge zur Verstärkung der Kontrolle unterbreiten, so wird die Sowjetregierung bereit sein, sie zu prüfen.

Die Sowjetunion ist wie früher bereit, unverzüglich ein Abkommen über die allgemeine und vollständige Abrüstung unter beliebiger, auch der strengsten internationalen Ueberwachung bis zur weitestgehenden allumfassenden Kontrolle unter den Verhältnissen der allgemeinen und vollständigen Abrüstung zu unterzeichnen.

### *III. Die Haltung der Vereinigten Staaten bei den Verhandlungsetappen in Washington und Moskau*

Während der ersten beiden Etappen der zweiseitigen Verhandlungen — in Washington und in Moskau — lehnte die amerikanische Delegation eine Behandlung des



Programms der allgemeinen und vollständigen Abrüstung rundweg ab und bestand darauf, lediglich die allgemeinen Grundsätze zu vereinbaren. In der „Grundsatz-erklärung“, die die Delegation der Vereinigten Staaten am 19. Juni 1961 vorlegte, ist nicht einmal die Notwendigkeit erwähnt, das Problem der allgemeinen und vollständigen Abrüstung zu lösen, obwohl die von der Vollversammlung am 20. November 1959 einstimmig beschlossene Resolution, für die auch die Vereinigten Staaten stimmten, dieses Problem zum wichtigsten erklärt, dem sich die Welt jetzt gegenübersteht, und die Regierungen auffordert, alles an seine konstruktive Lösung zu setzen. An Stelle der allgemeinen und vollständigen Abrüstung schlugen die Vereinigten Staaten die Idee einer „totalen Universalabrüstung“ vor, die weder die Abschaffung der Rüstungen und Streitkräfte noch das Verbot der Kernwaffen und anderen Arten von Massenvernichtungswaffen oder die Auflösung der militärischen Stützpunkte in fremden Gebieten vorsah.

Zugleich arbeitete die amerikanische Delegation während der ersten beiden Verhandlungsetappen darauf hin, die allgemeine und vollständige Abrüstung durch Maßnahmen wie die Einstellung der Produktion von spaltbaren Stoffen für militärische Zwecke, die Kontrolle über den Start von Weltraumprojektilen und dergleichen mehr zu ersetzen, obwohl diese Maßnahmen in Wirklichkeit mit der Abrüstung nichts gemein haben.

Tatsächlich hätte die Einstellung der Produktion spaltbarer Stoffe für militärische Zwecke keinen realen Sinn ohne das Verbot der Kernwaffen und die Vernichtung der gespeicherten Vorräte an diesen Waffen; sie würde lediglich darauf hinauslaufen, daß die Atomindustrie und nicht nur die Atomindustrie unter Kontrolle käme, was es den Westmächten ermöglichen würde, sich die sie interessierenden Angaben über die sowjetischen Kernwaffen zu besorgen. Wenn vorgeschlagen wird, den Start von Weltraumprojektilen unter Kontrolle zu stellen, und zwar losgelöst von der Abrüstung, so kann das nur als Bestreben gewertet werden, sich Informationen über die sowjetischen Raketen zu verschaffen.

Von amerikanischer Seite wurde größter Nachdruck auf die Notwendigkeit der Aufstellung „internationaler Streitkräfte“ gelegt, wobei vorgeschlagen wurde, solche Kräfte unter Umgehung des Sicherheitsrates aufzustellen. Es wurde ferner vorgeschlagen, diese Kräfte nach Maßgabe dessen zu verstärken, wie die nationalen Streitkräfte eingeschränkt werden, und daß die „internationalen Streitkräfte“ mit Kernwaffen ausgerüstet sein könnten. Die amerikanische Regierung begleitete diese Vorschläge mit der Forderung nach Aufhebung der in der UN-Charta vorgesehenen Regel der Einhelligkeit bei der Beschlußfassung über den Einsatz „internationaler Kräfte“, bestrebt, auf diese Weise den wichtigsten Grundsatz zu Fall zu bringen, auf dem die UN-Charta beruht und den die Staaten, die bei der Gründung der UN eine führende Rolle spielten, als den Eckstein für das Wirken dieser Organisation betrachteten. Offenbar könnte die Aufstellung „internationaler Streitkräfte“ zu solchen Bedingungen keine Garantie dafür bieten, daß diese Kräfte im Interesse des Friedens eingesetzt werden und sich nicht in ein Instrument der Expansionspolitik eines Staates oder einer Staatengruppe verwandeln. Die Erfahrungen beim Einsatz der nach Kongo entsandten UN-Streitkräfte sind in dieser Hinsicht eine beredete Warnung.

Bei seinem Vorschlag, „internationale Streitkräfte“ aufzustellen, umging der amerikanische Verhandlungspartner vollständig die Frage der Befehlsgewalt über diese Kräfte und die Notwendigkeit, ihren widerrechtlichen Einsatz zu verhüten. Darüber hinaus begünstigte die Forderung nach Aufhebung der in der UN-Charta vorgesehenen Regel der Einhelligkeit bei der Entscheidung von Fragen des Einsatzes „internationaler Streitkräfte“ jede Willkür bei der Verwendung dieser Kräfte im Interesse des Militärblocks der Westmächte, gegen die Lebensinteressen der friedliebenden Staaten, zur Unterdrückung der nationalen Befreiungsbewegung in den Kolonien und

abhängigen Ländern und zur Erhaltung und Schaffung von reaktionären Regimes, die den Völkern verhaßt sind.

Begreiflicherweise konnte angesichts dieser Einstellung der Regierung der Vereinigten Staaten während der ersten beiden Verhandlungsetappen keine Einigung über das Programm der allgemeinen und vollständigen Abrüstung erzielt werden.

Von dem Bestreben geleitet, die Verhandlungen dennoch über den toten Punkt hinwegzubringen, erklärte sich die Sowjetregierung gegen Ende der Moskauer Verhandlungsetappe bereit, wenigstens eine Einigung über die wichtigsten Grundsätze der allgemeinen und vollständigen Abrüstung zu erzielen. Zu diesem Zweck wurde sowjetischerseits am 27. Juli d. J. der Entwurf einer „Gemeinsamen sowjetisch-amerikanischen Erklärung über die wichtigsten Grundsätze eines Vertrags über die allgemeine und vollständige Abrüstung“ eingebracht. Dieses Dokument formulierte die Empfehlungen für Weisungen, die einem künftigen Organ zu Verhandlungen zu geben wären, auf deren Grundlage an die Ausarbeitung des Entwurfs eines Abrüstungsvertrages gegangen werden könnte. Die Vertreter der Vereinigten Staaten nahmen den von der Sowjetunion unterbreiteten Entwurf eines gemeinsamen Dokuments jedoch nicht an.

Angesichts dieser Haltung der Regierung der Vereinigten Staaten erwies es sich als unmöglich, bei den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Washington und Moskau auch nur die wichtigsten Grundsätze der allgemeinen und vollständigen Abrüstung zu vereinbaren.

#### *IV. Die Schlußetappe und die Vereinbarung der wichtigsten Grundsätze*

Auf der letzten Etappe der zweiseitigen Verhandlungen, in New York, änderte die Regierung der Vereinigten Staaten einiges an ihrer Einstellung zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung und unterbreitete am 6. September d. J. ein neues Dokument, eine „Grundsatzserklärung“, die dann amerikanischerseits noch einmal korrigiert und am 14. September d. J. in endgültiger Form vorgelegt wurde. In dieser „Grundsatzserklärung“ erkannte die Regierung der Vereinigten Staaten die Notwendigkeit einer Einigung über ein Programm an, das die allgemeine und vollständige Abrüstung gewährleistet und sich erstreckt auf die Auflösung der Streitkräfte; die Abschaffung der militärischen Stützpunkte; die Einstellung der Rüstungsproduktion; die Liquidierung aller Vorräte an nuklearen, chemischen, bakteriologischen und anderen Arten von Massenvernichtungswaffen sowie aller Träger für solche Waffen; die Einstellung der Produktion dieser Arten von Waffen; die Abschaffung der Institutionen und Aemter, die der Organisation des Militärwesens der Staaten dienen; die Einstellung der militärischen Ausbildung und die Schließung aller militärischen Lehranstalten; die Einstellung der Verausgabung von Mitteln für militärische Zwecke. Im amerikanischen Dokument heißt es ferner, daß die allgemeine und vollständige Abrüstung in einzelnen Phasen und zu den festgesetzten Terminen erfolgen soll und daß kein Staat oder keine Staatengruppe bei einer dieser Phasen in den Besitz militärischer Vorteile gelangen darf.

Die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten diese Leitsätze, auf denen der sowjetische Partner während der ganzen Verhandlungen bestanden hatte, akzeptierten, war ein Fortschritt gegenüber der früheren Haltung der amerikanischen Regierung. Angesichts dieses Umstands und von dem Wunsch geleitet, auf jede Weise zur Lösung des Problems der allgemeinen und vollständigen Abrüstung beizutragen, kam die Sowjetregierung zu dem Schluß, daß es möglich ist, der UN-Vollversammlung die „Grundsatzserklärung“ als gemeinsamen Vorschlag der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten für die Weisungen vorzulegen, die dem Arbeitsorgan zur Vorbereitung eines Abkommens über die allgemeine und vollständige Abrüstung gegeben werden sollen. Die Sowjetregierung entschloß sich dazu, obwohl der amerikanische Entwurf der „Grundsatzserklärung“ nicht wenig Formulierungen von mangelnder Klarheit enthielt, die verschiedene, auch

mit den Abrüstungsaufgaben nichts gemein habende Auslegungen gestatten, wie das auch aus den mündlichen Erläuterungen des Vertreters der Vereinigten Staaten bei den zweiseitigen Verhandlungen hervorgeht. Sowjetischerseits wurde erklärt, daß eine wichtige These des amerikanischen Entwurfs völlig unannehmbar ist und sich einer Einigung über das Programm der allgemeinen und vollständigen Abrüstung als unüberwindliches Hindernis in den Weg stellen könnte. Dieser These zufolge sollte sich die Kontrolle nicht nur auf die Durchführung der Abrüstungsmaßnahmen erstrecken, sondern auch auf die Streitkräfte und Rüstungen, die den Staaten in dieser oder jener Phase der Abrüstung verbleiben. Praktisch wäre das nicht Abrüstungskontrolle, sondern Rüstungskontrolle, was nur für einen potentiellen Aggressor vorteilhaft wäre und womit sich Staaten, die keine aggressiven Absichten haben, natürlich nicht einverstanden erklären können.

Auf Drängen des sowjetischen Verhandlungspartners hin erklärte sich die Regierung der Vereinigten Staaten am 19. September 1961 einverstanden, die obenerwähnte, auf die Herstellung einer Rüstungskontrolle abzielende These aus der „Grundsatzerklärung“ zu streichen. Dadurch wurde es möglich, der Vollversammlung einen gemeinsamen Vorschlag der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten über die wichtigsten Grundsätze vorzulegen.

Die „Gemeinsame Erklärung der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten über vereinbarte Grundsätze für die Abrüstungsverhandlungen“ wurde der Vollversammlung am 20. September 1961 von der sowjetischen und der amerikanischen Delegation unterbreitet. Es muß jedoch erklärt werden, daß sich bei den bevorstehenden Verhandlungen über die Vorbereitung eines Abkommens über die allgemeine und vollständige Abrüstung ernsthafte Schwierigkeiten ergeben können, wenn die Vereinigten Staaten und ihre Bundesgenossen nicht von ihrer Position Abstand nehmen, die auf die Herstellung einer Rüstungskontrolle abzielt. Obwohl die Vereinigten Staaten die betreffende These aus dem Grundsatzdokument gestrichen haben, haben sie den Kurs auf Ersetzung der Abrüstung durch Rüstungskontrolle immer noch nicht aufgegeben. Das ergibt sich namentlich aus dem Schreiben des Vertreters der Vereinigten Staaten bei den zweiseitigen Verhandlungen an den Vertreter der Sowjetunion vom 20. September 1961, in dem es direkt heißt, daß die Kontrolle über die verbleibenden Streitkräfte und Rüstungen in jeder Abrüstungsphase ein „Grundelement der Position der Vereinigten Staaten“ darstellt.

Die Sowjetregierung hält es für notwendig zu erklären, daß die Frage, ob eine kontrollierte Abrüstung verwirklicht oder eine Rüstungskontrolle errichtet werden soll, eine zutiefst grundsätzliche Frage ist.

#### *V. Ueber die Zusammensetzung der Abrüstungskommission*

Bei den zweiseitigen Verhandlungen sahen sich die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten auch vor die Aufgabe gestellt, die Zusammensetzung des Arbeitsorgans zu vereinbaren, in dem die Verhandlungen zur Ausarbeitung eines Vertrags über die allgemeine und vollständige Abrüstung fortgesetzt werden sollen.

Die Sowjetregierung erinnerte im Laufe der Besprechungen daran, daß sie es für zwecklos hält, die Verhandlungen über die allgemeine und vollständige Abrüstung in der Zehnerkommission fortzusetzen, die sich im Frühjahr und Sommer 1960 in Genf versammelte. In diesem Organ waren bekanntlich fünf sozialistische Länder und fünf Westmächte vertreten. Eine solche Zusammensetzung erwies sich als unbefriedigend, und die Tätigkeit der Kommission war in erheblichem Maße deswegen unfruchtbar, weil eine der drei Hauptstaatengruppen, die unter den jetzigen Verhältnissen entstanden sind, nämlich die Gruppe der neutralistischen Länder, nicht an der Kommission beteiligt war.

Indessen ist die unmittelbare Teilnahme der Staaten, die eine neutralistische Politik durchführen, an den Abrüstungsverhandlungen nicht nur nützlich, sondern auch not-



wendig, mögen die neutralistischen Staaten selber auch nicht über große Streitkräfte verfügen. Die Friedenspolitik dieser Staaten, die etwa eine Milliarde Menschen vertreten, ist eine wichtige Reserve für die Erhaltung des Friedens, und diese Reserve muß bei der Lösung des Problems der Bannung der Kriegsgefahr genutzt werden. Darum schlug die Sowjetunion bereits auf der 15. UN-Tagung vor, in den Abrüstungsausschuß neben den bisherigen zehn Mitgliedern auch eine Gruppe neutralistischer Länder als gleichberechtigte Verhandlungspartner einzugliedern. Welche Anzahl von neutralistischen Staaten in die Kommission einzugliedern ist und welche Staaten das namentlich sein sollen, ist zu vereinbaren. Bei den zweiseitigen Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten betonte die Sowjetregierung, daß das Arbeitsorgan für die Abrüstung nur dann wirksam funktionieren und seine Aufgaben erfüllen kann, wenn in diesem Organ als Gleichberechtigte alle drei Staatengruppen vertreten sind: die sozialistischen Länder, die Staaten, die Mitglieder westlicher militärischer Blocks sind, und die neutralistischen Länder.

Die Vorschläge, die die Regierung der Vereinigten Staaten während des sowjetisch-amerikanischen Meinungsaustausches zur Zusammensetzung des Arbeitsorgans machte, entsprechen diesen wichtigen Grundsätzen nicht. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika schlug vor, daß die Zehnmächtekommission ihre Arbeit wiederaufnehmen solle. Sowjetischerseits konnte dieser Vorschlag nicht angenommen werden, da er vorsah, daß die neutralistischen Staaten den Abrüstungsverhandlungen nach wie vor ferngehalten werden.

Die Regierung der Vereinigten Staaten schlug ferner vor, als Vorsitzenden und Vizevorsitzenden in die Zehnmächtekommission zwei oder drei Bürger neutralistischer Länder zu delegieren, die nicht als Gleichberechtigte an der Erörterung und Lösung der Abrüstungsfragen teilnehmen könnten. Natürlich konnte auch dieser Vorschlag nicht angenommen werden, da auch er die neutralistischen Staaten faktisch der Teilnahme an der Abrüstungskommission fernhielt.

Schließlich schlug die Regierung der Vereinigten Staaten vor, die Zehnmächtekommission durch weitere zehn Staaten zu ergänzen, die in ihrer Mehrheit offene Anhänger der Politik der Westmächte oder sogar deren militärische Verbündete sind. Nur unter der Bedingung, daß die Sowjetunion dem Vorschlag über die Eingliederung solcher Länder zustimmt, war die Regierung der Vereinigten Staaten bereit, auch die wenigen neutralistischen Staaten einzugliedern, die in ihrem Vorschlag genannt sind. Selbstverständlich konnte auch dieser Vorschlag nicht als Grundlage für eine Einigung dienen.

Bei den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen hat sich also herausgestellt, daß die Zusammensetzung des Arbeitsorgans für die Vorbereitung eines Abkommens über die allgemeine und vollständige Abrüstung nicht vereinbart werden konnte. Die Sowjetregierung erachtet es als notwendig, daß die Vollversammlung dazu einen Beschluß faßt, der die Teilnahme aller Staaten, die dazu ein legitimes Recht haben und ohne die keine produktiven Abrüstungsverhandlungen geführt werden können, als Gleichberechtigte an den Abrüstungsverhandlungen vorsieht.

Indem die Sowjetregierung die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen über den Verlauf und die Ergebnisse der zweiseitigen Verhandlungen informiert, möchte sie betonen, daß die Lage, die sich in bezug auf die Lösung der Abrüstungsfrage ergeben hat, der ernstesten Beachtung bedarf. Die Vollversammlung muß die größtmöglichen Anstrengungen machen, um diese Frage — das wichtigste Problem, dem die Menschheit je gegenüberstand — erfolgreich zu lösen. Was die Sowjetregierung angeht, so wird sie auch künftig alles tun, damit die Frage der allgemeinen und vollständigen Abrüstung ihre schnellste praktische Entscheidung im Interesse des Weltfriedens findet.

Dieser Mitteilung liegen folgende Dokumente bei, die die Sowjetregierung während der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen überreicht hat:

1. Erklärung der Sowjetregierung über die allgemeine und vollständige Abrüstung vom 27. Juni 1961.

2. Denkschrift über die Notwendigkeit der allgemeinen und vollständigen Abrüstung vom 19. Juli 1961.

3. Denkschrift über die Ueberwachung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung vom 21. Juli 1961.

4. Entwurf einer gemeinsamen sowjetisch-amerikanischen Erklärung über die wichtigsten Grundsätze eines Vertrages über die allgemeine und vollständige Abrüstung vom 27. Juli 1961.

5. Denkschrift über die Zusammensetzung der Abrüstungskommission vom 28. Juli 1961.

6. Schreiben des Vertreters der Sowjetunion bei den sowjetisch-amerikanischen Abrüstungsverhandlungen an den Vertreter der Vereinigten Staaten vom 20. September 1961.

Quelle: *Neue Zeit* (Moskau), Nr. 40 vom 4. Oktober 1961, Beilage.

### **Sowjetisches Memorandum über die Ueberwachung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung vom 21. Juli 1961**

**Betrifft:** Arbeitsweise der Kontrollorgane — Kontrollrat — Kontrollorganisation — Gegenstand der Kontrolle.

Die Sowjetregierung ist für die Herstellung einer strengen internationalen Abrüstungskontrolle. Maßgebend für die Position der Sowjetunion ist die Notwendigkeit, ein Abkommen über die allgemeine und vollständige Abrüstung auszuarbeiten, das die feste Gewißheit bietet, daß keine Partei gegen ihre Verpflichtungen verstoßen wird. Es braucht nicht betont zu werden, daß die Sowjetunion keineswegs weniger, sondern eher mehr als die anderen Staaten an der gewissenhaften Einhaltung eines Abrüstungsabkommens durch alle seine Teilnehmer interessiert ist. Da die Sowjetunion weiß, wie gering ihre eventuellen Partner eines Abrüstungsabkommens ihre Unterschriften auf Dokumenten schätzen, nach denen sie diese oder jene Verpflichtungen übernehmen, wird sie nie in irgendwelche Abrüstungsmaßnahmen einwilligen, wenn nicht für die wirksame Ueberwachung ihrer Durchführung gesorgt ist.

Bei allgemeiner und vollständiger Abrüstung ist die sorgfältigste internationale Kontrolle erforderlich, und den Kontrollorganen muß ohne jegliches sogenannte Vetorecht, ohne jegliches Verbot, ohne jegliche Beschränkungen jederzeit und überall Zutritt gewährt werden.

Um eine Einigung mit den Westmächten zu erleichtern und die Kontrollfrage nicht zu einem Hindernis für ein Abrüstungsabkommen werden zu lassen, hat die Sowjetregierung erklärt, daß die Sowjetunion die Kontrollvorschläge dieser Mächte vorbehaltlos annimmt, wenn die Westmächte den Vorschlag über die allgemeine und vollständige Abrüstung annehmen. Diese Erklärung, die der Chef der Sowjetregierung, N. S. Chruschtschow, auf der Tribüne der UN-Vollversammlung abgegeben hat, macht es für alle klar, daß nicht die Position der Sowjetunion die Lösung des Problems der Abrüstungskontrolle erschwert, sondern die Versuche bestimmter Kreise der Westmächte, dieses Problem auszunutzen, um der Abrüstung und der Erlösung der Menschheit von der Kriegsgefahr ein künstliches Hindernis in den Weg zu legen.

Die Sowjetunion tritt für die Abrüstungskontrolle ein und wünscht, den Abschluß eines Abkommens über eine solche Kontrolle nach Möglichkeit zu erleichtern, wendet sich aber entschieden gegen die Rüstungskontrolle, auf der die Regierung der Vereinigten Staaten bis jetzt besteht. Eine solche Kontrolle würde, weit davon entfernt, das

Wettrüsten zu beschränken, die Voraussetzungen für seine ungehinderte Fortsetzung und folglich auch für die weitere Speicherung von Waffen aller Art, darunter von Kern- und Raketenwaffen, schaffen. Eine Kontrolle, die nicht mit Abrüstungsmaßnahmen verbunden wäre, würde sich in ein internationales System legalisierter Spionage verwandeln, das es erlauben würde, Informationen zu sammeln, an denen die militärischen Dienststellen einiger Staaten interessiert sind. Folglich würde sie nicht der Abrüstung dienen, sondern der Vorbereitung eines neuen Krieges.

Gerade aus diesem Grund kann die Sowjetregierung nicht in die Herstellung einer Kontrolle vor der Abrüstung einwilligen, wozu die amerikanische Delegation den sowjetischen Verhandlungspartner während der sowjetisch-amerikanischen Abrüstungsverhandlungen in Washington aufforderte. Kontrolle vor der Abrüstung ist nichts anderes als eine Form der Rüstungskontrolle, mit anderen Worten der Kontrolle über das fortdauernde Wettrüsten, was die Sowjetregierung kategorisch ablehnt.

Die Sowjetregierung möchte darauf aufmerksam machen, daß die Kontrollbestimmungen in den Vorschlägen der Sowjetunion über die allgemeine und vollständige Abrüstung mit hinreichender Ausführlichkeit dargelegt sind.

In ihnen ist vorgesehen, daß alle vereinbarten Abrüstungsmaßnahmen von A bis Z unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle verlaufen werden. Zu dem Zeitpunkt, an dem der Vertrag über allgemeine und vollständige Abrüstung in Kraft tritt, muß eine internationale Kontrollorganisation geschaffen sein, die ihr auf internationaler Grundlage zu bestimmendes Personal über alle Teilnehmerländer dieses Vertrages verteilt.

Sie wird sich aus allen Teilnehmerstaaten des Vertrages zusammensetzen, deren Vertreter periodisch zu Konferenzen zusammentreten werden, um die mit einer wirksamen Abrüstungskontrolle verbundenen Fragen zu behandeln. Die Konferenz wählt einen Kontrollrat aus ständigen und nichtständigen Mitgliedern, der seine Organe an Ort und Stelle haben wird. Der Kontrollrat besteht aus Vertretern der sozialistischen Länder, aus Vertretern der Staaten, die heute westlichen militärpolitischen Allianzen angehören, und aus Vertretern der neutralen Staaten. Mit Ausnahme von besonders ausbedingten Fällen werden die Beschlüsse im Kontrollrat zu den eigentlichen Verhandlungsgegenständen mit Zweidrittelmehrheit und zu Verfahrensfragen mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt.

Der Kontrollrat übt die praktische Leitung über das Kontrollsystem aus, stellt Instruktionen auf, analysiert die bei ihm einlaufenden Meldungen und wertet sie rechtzeitig aus. Die Staaten legen dem Kontrollrat Angaben über ihre Streitkräfte und Rüstungen vor.

Die Kontrollorganisation wird in allen Teilnehmerländern des Abkommens ihr Personal haben. Dieses Personal wird auf internationaler Grundlage unter Berücksichtigung des Prinzips einer gerechten geographischen Verteilung in Übereinstimmung mit den Vertragsklauseln ernannt werden. Die Kontrollorganisation verteilt ihre Inspektoren so über die Hoheitsgebiete der Staaten, daß sie in dem Augenblick an die Ausübung ihrer Funktionen gehen können, in dem die Staaten mit der Verwirklichung der Abrüstungsmaßnahmen beginnen. Jeder Vertragsteilnehmer verpflichtet sich, den Kontrolleuren und Inspektionsgruppen auf seinem Hoheitsgebiet rechtzeitig und ungehindert Zutritt zu jedem Punkt zu gewähren, an dem zu überwachende Abrüstungsmaßnahmen verwirklicht werden, oder zu jedem Raum, in dem im Zusammenhang mit derartigen Maßnahmen unmittelbare Inspektionen vorzunehmen sind. Die Vertragsteilnehmer werden zu diesem Zweck auf Kosten der Kontrollorganisation deren Personal alle erforderlichen Verkehrsmittel zu Reisen auf ihrem Hoheitsgebiet zur Verfügung stellen.



Das Personal der Kontrollorganisation wird im Hoheitsgebiet eines jeden Vertragsteilnehmers die Privilegien und Immunitätsrechte genießen, die notwendig sind, damit es die Kontrolle über die Einhaltung des Abrüstungsvertrages unabhängig und unbehindert ausüben kann. Den Gruppen der internationalen Kontrolleure müssen Fachleute angehören, je nach dem Charakter der aufzulösenden Truppenteile und der zu vernichtenden Waffen. Der Verkehr der Kontrolleure mit dem Kontrollrat vollzieht sich über die bestehenden Fernmeldekanäle, wobei Vorrechte zu gewähren sind, die die rasche Uebermittlung der Meldungen und Verfügungen gewährleisten.

Alle Ausgaben der internationalen Kontrollorganisation sind aus Mitteln zu bestreiten, die von den Teilnehmerstaaten des Vertrages zur Verfügung zu stellen sind. Die Skala für die von den Staaten zu entrichtenden Beiträge ist im Text des Vertrags über allgemeine und vollständige Abrüstung festzulegen.

Damit die internationale Kontrolle tatsächlich wirksam ist, müssen die Kontrollmaßnahmen in untrennbarem Zusammenhang mit den konkreten Abrüstungsmaßnahmen stehen und diesen Maßnahmen entsprechen. Eine Kontrolle ohne konkrete Aufträge zur Ueberprüfung der Verwirklichung von Abrüstungsmaßnahmen kann ihrem Zweck nicht entsprechen und würde ein Mittel der Spionage sein. Daraus ergibt sich, daß die Aufgaben, Funktionen und Befugnisse der Kontrolle ständig nach Maßgabe dessen erweitert werden müssen, wie sich der Abrüstungsprozeß entwickelt und immer neue Gebiete erfaßt.

Wie bekannt, sieht das sowjetische Programm in der ersten Phase die Vernichtung aller Kernwaffenträger bei gleichzeitiger Auflösung der ausländischen Militärstützpunkte, eine wesentliche Einschränkung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen sowie einige andere Maßnahmen vor. Diesen Maßnahmen entsprechend sind die Kontrollbestimmungen so ausgearbeitet, daß das internationale Kontrollorgan über die erforderlichen Mittel und Möglichkeiten zur Erfüllung seiner Aufgaben verfügt.

Dementsprechend wird für die erste Phase eine internationale Kontrolle über die Abschaffung der Raketenwaffen, Militärflugzeuge, Ueberwasser-Kriegsschiffe und Unterseeboote sowie der anderen Mittel hergestellt, die als Atom- und Wasserstoffwaffenträger verwendet werden können. Diese Kontrolle ist an Ort und Stelle auszuführen.

Internationale Inspektionsgruppen werden an die Standorte von Stützpunkten und ausländischen Truppen in fremden Gebieten geschickt, um darüber zu wachen, daß die genannten Stützpunkte liquidiert und das militärische Personal und die Truppen in die nationalen Hoheitsgebiete zurückgezogen werden; ebenso werden die Flugplätze und Häfen unter Kontrolle gestellt, damit sie nicht zu militärischen Zwecken verwendet werden können. Gleichzeitig werden unter Beobachtung der internationalen Kontrollorganisation die Raketenstartplätze geschleift, ausgenommen diejenigen, die für den Start von Raketen zu friedlichen wissenschaftlichen Zwecken erhalten bleiben.

Die Kontrollorganisation wird berechtigt sein, unbehindert alle Unternehmen, Werke, Fabriken und Werften zu inspizieren, die früher ganz oder teilweise mit der Produktion von Raketen, Flugzeugen, Ueberwasser-Kriegsschiffen, Unterseebooten und allen anderen Kernwaffenträgern beschäftigt waren, damit keine Geheimproduktion von Kriegsgeschütz organisiert werden kann, das zur Beförderung von Atom- und Wasserstoffwaffen ans Ziel verwendbar ist. Auf Vereinbarung können bei einigen Betrieben und Anlagen ständige Kontrollgruppen eingerichtet werden.

An Ort und Stelle wird eine internationale Kontrolle über die Auflösung der Truppen und die Vernichtung der Waffen ausgeübt.

Die Kontrolleure haben folgende Aufgaben: darüber zu wachen, daß die Beschlüsse, die die Auflösung von Verbänden und Einheiten, die Eliminierung und Vernichtung von konventionellen Waffen, Kriegsmaterial und militärischen Vorräten betreffen, genau

und rechtzeitig ausgeführt werden; dem Kontrollrat und der Regierung des Aufenthaltslandes Meldungen vorzulegen.

Die Kontrollorganisation erhält ungehinderten Zutritt zu den Materialien, die die Haushaltsbewilligungen der Staaten für militärische Zwecke betreffen, inbegriffen zu allen Beschlüssen der Legislativ- und Exekutivorgane der Staaten über diese Frage.

Die internationalen Inspektionsgruppen, die von der Kontrollorganisation entsandt werden, haben das Recht, Raketensysteme, die zu friedlichen wissenschaftlichen Zwecken gestartet werden, allseitig zu untersuchen und ihrem Start beizuwohnen.

Analoge Kontrollmaßnahmen sind auch für die zweite und dritte Phase des Programms der allgemeinen und vollständigen Abrüstung ausgearbeitet. So inspizieren die Vertreter der Kontrollorganisation in der zweiten Phase an Ort und Stelle die Vernichtung aller Vorräte an nuklearen, chemischen und biologischen Waffen. Die Kontrollorganisation wird berechtigt sein, alle Betriebe zu inspizieren, die Atomrohstoffe gewinnen und Atomstoffe oder Atomenergie produzieren bzw. verwenden. Auf Vereinbarung können bei einigen Betrieben und Anlagen ständige Kontrollgruppen eingerichtet werden.

Die internationale Ueberwachung der Auflösung der Truppen und der Vernichtung der Waffen an Ort und Stelle wird fortgesetzt.

In der dritten Phase wird der Abschluß der Auflösung aller Streitkräfte und der Vernichtung von Waffen aller Art wie auch die Liquidierung der Kriegsmaschinerie der Staaten — der Kriegsministerien und aller ihrer örtlichen Dienststellen — unter Kontrolle gestellt. Die internationale Kontrollorganisation entsendet Kontrolleure, die an Ort und Stelle zu prüfen haben, ob die Kriegsministerien, die Generalstäbe, alle militärischen und paramilitärischen Institutionen und Organisationen aufgelöst, die militärische Ausbildung und alle anderen Arten militärischer Tätigkeit eingestellt sind. Es wird eine Kontrolle darüber hergestellt, daß keine Mittel mehr für militärische Zwecke bewilligt werden.

Wenn erforderlich, kann die Kontrollorganisation ein System der Luftbeobachtung und der Luftaufnahmen im Luftraum der Staaten festsetzen.

Die Sowjetregierung erachtet, daß die Kontrollorganisation auch nach der restlosen Ausführung des Programms der allgemeinen und vollständigen Abrüstung ihre Tätigkeit fortsetzen und ständig darüber wachen muß, daß kein Staat insgeheim die Rüstungsproduktion wiederaufnimmt und wieder Streitkräfte aufstellt. Nach vollzogener allgemeiner und vollständiger Abrüstung wird die Kontrollorganisation berechtigt sein, einen beliebigen Punkt und ein beliebiges Objekt in den Hoheitsgebieten der Staaten zu inspizieren.

Die Staaten legen der Kontrollorganisation Angaben über die Standorte der Polizei-(Miliz-)Kontingente, über deren Stärke an jedem Ort (in jedem Bezirk) wie auch über alle Verschiebungen bedeutender Polizei-(Miliz-)Kontingente in der Nähe der Staatsgrenzen vor. Die internationalen Inspektionsgruppen werden eine allseitige Kontrolle darüber ausüben müssen, daß die zahlenmäßige Stärke der Polizei (Miliz) und ihre Waffen den für jedes Land vereinbarten Richtsätzen entsprechen.

Die sowjetischen Vorschläge über die internationale Kontrolle zeigen mit voller Deutlichkeit, daß das Kontrollsystem, das laut Vorschlag der Sowjetunion zur Ueberwachung der Maßnahmen der allgemeinen und vollständigen Abrüstung geschaffen werden soll, tatsächlich ein wirksames und zuverlässiges System ist.

Sollten die Vereinigten Staaten und die anderen Westmächte jedoch aus irgendwelchen Erwägungen damit nicht einverstanden sein und eigene Vorschläge zur Verstärkung der Kontrolle einbringen, so ist die Sowjetregierung nicht nur einverstanden, die Kontrollvorschläge der Vereinigten Staaten und der anderen Länder zu prüfen,

sondern auch, wie der Vorsitzende des Ministerrates der Sowjetunion, N. S. Chruschtschow, wiederholt erklärt hat, bereit, beliebige Vorschläge der Westmächte anzunehmen, jawohl, beliebige Kontrollvorschläge, vorausgesetzt, daß die Westmächte ihrerseits die sowjetischen Vorschläge auf allgemeine und vollständige Abrüstung annehmen.

Quelle: *Neue Zeit* (Moskau), Nr. 40 vom 4. Oktober 1961, Beilage.

**Sowjetisches Memorandum über die Zusammensetzung der Abrüstungskommission  
vom 28. Juli 1961**

*Betrifft: Zusammensetzung der Abrüstungskommission.*

Die Sowjetregierung hat bereits wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß es, wie die Erfahrung zeigt, zwecklos ist, die Abrüstungsverhandlungen in der Zehnmächtekommission fortzusetzen, die im Jahre 1960 in Genf tagte. In diesem Organ waren bekanntlich einerseits die sozialistischen Länder und andererseits die Westmächte vertreten. Eine solche Zusammensetzung kann nicht als befriedigend betrachtet werden, da eine der drei wichtigsten Staatengruppen, nämlich die der neutralistischen Länder, in der Zehnmächtekommission überhaupt nicht vertreten war.

Das Abrüstungsproblem betrifft ausnahmslos alle Staaten. Mögen die Länder, die eine neutralistische Politik durchführen, auch nicht über mächtige Streitkräfte verfügen, so sind sie doch nicht weniger als alle anderen Länder an der schnellsten Lösung des Abrüstungsproblems, an der Bannung der Kriegsgefahr interessiert. Die Erfahrungen beweisen, daß eine auf Gleichberechtigung beruhende Teilnahme neutralistischer Staaten an der Tätigkeit eines beliebigen Abrüstungsorgans positive Bedeutung für die Ausfindigmachung gegenseitig annehmbarer Entscheidungen haben könnte.

Von diesen Erwägungen ausgehend, hat die Sowjetunion bekanntlich vorgeschlagen, daß in die Abrüstungskommission neben den bisherigen zehn Mitgliedern des Ausschusses eine Gruppe neutraler Länder als gleichberechtigte Verhandlungsteilnehmer eingegliedert wird. Eine solche Erweiterung des Abrüstungsausschusses würde ihn am besten zur Lösung seiner Aufgaben befähigen.

Die Sowjetregierung steht nach wie vor zu ihren bisherigen Vorschlägen über die Zusammensetzung der Kommission.

Quelle: *Neue Zeit* (Moskau), Nr. 40 vom 4. Oktober 1961, Beilage.

**Schreiben des Vertreters der Sowjetunion bei den sowjetisch-amerikanischen  
Abrüstungsverhandlungen, V. A. Sorin, an den Vertreter der Vereinigten Staaten,  
John J. McCloy, vom 20. September 1961**

*Betrifft: Abrüstungskontrolle.*

Ich habe Ihr Schreiben vom 20. September d. J. erhalten, in dem Sie einen Vorbehalt in bezug auf die Position anmelden, die die Vereinigten Staaten bei den weiteren Abrüstungsverhandlungen zu beziehen gedenken.

Entsprechend der Uebereinkunft, die wir im Laufe des zweiseitigen Meinungsaustausches erzielt haben, erklärten die Vereinigten Staaten sich einverstanden, die Ihnen bekannte These, deren Annahme das Einverständnis mit der Konzeption der Herstellung einer Rüstungskontrolle an Stelle der Abrüstungskontrolle bedeuten würde, nicht in die gemeinsame Erklärung der Regierungen der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten über die Grundsätze für Abrüstungsverhandlungen aufzunehmen. In Ihrem Schreiben weisen Sie darauf hin, daß diese These „ein Grundelement der Position der Vereinigten Staaten zum Ausdruck bringt“.



In diesem Zusammenhang muß ich erklären, daß die Position der Sowjetunion in der Frage der Kontrolle über die allgemeine und vollständige Abrüstung, wie Ihnen bekannt ist, hinreichend ausführlich und klar in den Erklärungen der Sowjetregierung und ihres Chefs, N. S. Chruschtschow, dargelegt ist. Die Sowjetunion ist für die sorgfältigste, strengste internationale Kontrolle über die Maßnahmen auf dem Gebiet der allgemeinen und vollständigen Abrüstung. Während die Sowjetunion für eine wirksame Abrüstungskontrolle eintritt und bestrebt ist, eine Einigung über eine solche Kontrolle mit allen Mitteln zu erleichtern, wendet sie sich entschieden gegen die Herstellung einer Rüstungskontrolle.

Aus Ihrem Schreiben geht hervor, daß die Vereinigten Staaten bestrebt sind, eine Kontrolle über die Streitkräfte und Rüstungen herzustellen, die den Staaten in dieser oder jener Abrüstungsphase verbleiben. Eine solche Kontrolle, die in der Tat eine Rüstungskontrolle bedeutet, würde sich aber in ein internationales System legalisierter Spionage verwandeln, was selbstverständlich kein Staat zulassen kann, der um seine Sicherheit und um die Erhaltung des Weltfriedens besorgt ist. Wenn die Vereinigten Staaten auf der obengenannten These bestehen, so muß ihre Haltung in dieser Frage eine Einigung über das Programm der allgemeinen und vollständigen Abrüstung erschweren, über dessen allgemeine Grundsätze wir zu einem Einvernehmen gelangt sind.

Was die Sowjetunion angeht, so wird sie auch künftig alles daransetzen, damit der Vertrag über allgemeine und vollständige Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle schleunigst ausgearbeitet wird.

Quelle: *Neue Zeit* (Moskau), Nr. 40 vom 4. Oktober 1961, Beilage.

**Programm der Vereinigten Staaten für eine allgemeine und vollständige Abrüstung  
in einer friedlichen Welt, als Resolutionsentwurf der UN-Vollversammlung  
am 25. September 1961 unterbreitet**

*Betrifft:* Teilziele eines Programms zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung — Grundsätze der Abrüstungsverhandlungen — internationale Abrüstungsorganisation — Truppen- und Rüstungsstärken — Kernwaffen — Kernwaffenträger — friedliche Nutzung des Weltraumes — Ueberraschungsangriffe — Maßnahmen zur Erhaltung des Friedens — UN-Friedenstruppe.

Die Völker der Erde,

in dem Bewußtsein der Krise in der Geschichte der Menschheit, die durch die revolutionäre Entwicklung moderner Waffen in einer von ernsten ideologischen Auseinandersetzungen gespaltenen Welt hervorgerufen wurde, und

in dem Entschluß, die heutigen und künftigen Generationen vor der Geißel des Krieges und den Gefahren und Belastungen des Wettrüstens zu bewahren und Bedingungen zu schaffen, unter denen alle Völker in Freiheit und Frieden danach trachten können, ihre grundlegenden Aspirationen zu verwirklichen,

erklären es als ihr Ziel: eine freie, sichere und friedliche Welt unabhängiger Staaten zu schaffen, die gemeinsame Normen der Gerechtigkeit und des internationalen Verhaltens befolgen und die Anwendung von Gewalt der Herrschaft des Rechts unterordnen; eine Welt, in der sich die Anpassung an den Wandel der Verhältnisse in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der Vereinten Nationen vollzieht; eine Welt, die sich in einem ständigen Zustand der allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle befindet, und in der die Hilfsquellen der Staaten dem materiellen, kulturellen und geistigen Fortschritt des Menschen dienen;

proklamieren als Teilziele eines Programms zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung in einer friedlichen Welt:

a) die Auflösung aller nationalen Streitkräfte mit Ausnahme derer, die für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und als Kontingente für eine UN-Friedenstruppe benötigt werden, und das Verbot ihrer Wiederaufstellung in jedweder Form;

b) die Herausnahme sämtlichen Rüstungsmaterials, einschließlich aller Massenvernichtungswaffen und deren Einsatzmittel aus den nationalen Arsenalen mit Ausnahme derer, die für eine UN-Friedenstruppe und für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung erforderlich sind;

c) die Schaffung und erfolgreiche Tätigkeit einer internationalen Abrüstungsorganisation (International Disarmament Organization — IDO) im Rahmen der Vereinten Nationen, um die Erfüllung aller Abrüstungsverpflichtungen jederzeit sicherzustellen;

d) die Bereitstellung wirksamer Mittel für den Vollzug internationaler Abmachungen, für die Beilegung von Meinungsverschiedenheiten und für die Aufrechterhaltung des Friedens in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Vereinten Nationen;

fordern die verhandelnden Staaten auf,

a) den nachstehend dargelegten Programmabriß zu einem vertraglichen Plan für eine allgemeine und vollständige Abrüstung weiterzuentwickeln und ihre Anstrengungen ohne Unterbrechung so lange fortzusetzen, bis das gesamte Programm verwirklicht ist;

b) zu diesem Zweck den weitestmöglichen Bereich der Übereinstimmung zu dem frühestmöglichen Zeitpunkt anzustreben;

c) ferner — ohne den Fortgang des Abrüstungsprogramms zu beeinträchtigen — eine Übereinkunft bezüglich jener Sofortmaßnahmen zu erstreben, die zur gemeinsamen Sicherheit der Staaten beitragen würden und die Durchführung des Programms erleichtern und Teil desselben bilden könnten;

bekräftigen, daß die Abrüstungsverhandlungen von folgenden Grundsätzen geleitet werden sollen:

a) Die Abrüstung soll so rasch wie möglich bis zu ihrer Vollendung in Phasen vollzogen werden, die wohlausgewogene, gegliederte und durch Sicherheiten garantierte Maßnahmen einschließen, wobei jede Maßnahme und Phase innerhalb eines vereinbarten Zeitraums abgewickelt werden soll.

b) Die Erfüllung aller Abrüstungsverpflichtungen soll von ihrem Inkrafttreten an wirksam verifiziert werden. Die Verifizierungsvorkehrungen sollen schrittweise und auf solche Weise getroffen werden, daß nicht nur festgestellt wird, ob vereinbarte Beschränkungen oder Bestandsverringerungen vorgenommen werden, sondern auch ob nicht die verbleibenden Streitkräfte und Waffen in irgendeiner Phase den vereinbarten Stand überschreiten.

c) Die Abrüstung soll in einer Weise vorgenommen werden, die die Sicherheit keines Staates abträglich berührt, gleichgültig ob es sich um einen Partner einer internationalen Abmachung oder Vereinbarung handelt oder nicht.

d) Während die Staaten sich ihrer Waffen entledigen, sollen die Vereinten Nationen Schritt für Schritt gestärkt werden, um ihre Fähigkeit zu steigern, die internationale Sicherheit und die friedliche Regelung von Streitfällen zu gewährleisten und auch die Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit bei gemeinsamen Aufgaben zum Wohle der Menschheit zu erleichtern.

e) Der Uebergang von einer Phase der Abrüstung zur nächsten soll erfolgen, sobald alle Maßnahmen der vorausgegangenen Phase ausgeführt sind — wobei die wirksame Verifizierung fortgesetzt wird — und sobald die Vorkehrungen, die für die nächste Phase als notwendig anerkannt wurden, getroffen worden sind;

einigen sich auf den folgenden Programmabriß für die Verwirklichung einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung:

*Phase I*

**A. Schaffung einer internationalen Abrüstungsorganisation**

a) Es soll bei Inkrafttreten der Uebereinkunft eine internationale Abrüstungsorganisation im Rahmen der Vereinten Nationen errichtet werden. Ihre Funktionen sollen progressiv erweitert werden, wie dies für die wirksame Verifizierung des Abrüstungsprogramms erforderlich ist.

b) Die IDO soll umfassen: 1. eine Vollkonferenz (General Conference) aller Signatarstaaten; 2. eine Kommission (Commission), die sich aus Vertretern aller Großmächte als ständige Mitglieder und verschiedener anderer Staaten nach dem Prinzip der Rotation zusammensetzt; 3. einen Administrator, der die Organisation gemäß den Anweisungen der Kommission verwalten und die Befugnisse, die Mitarbeiter und die finanziellen Mittel haben soll, um eine wirksame, unparteiische Ausübung der Funktionen der Organisation sicherzustellen.

c) Die IDO soll: 1. die Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen durch die Verifizierung der Ausführung der vertraglich vereinbarten Maßnahmen sicherstellen; 2. die Staaten bei der Ausarbeitung der Einzelheiten der vereinbarten weiteren Verifizierung der Abrüstungsmaßnahmen unterstützen; 3. für die Schaffung solcher Körperschaften, die für die Ausarbeitung der Einzelheiten der weiteren, im Programm vorgesehenen Maßnahmen notwendig sind, und solcher Studiengruppen von Fachleuten Sorge tragen, die erforderlich werden könnten, um die Abrüstungsfragen einer fortgesetzten Ueberprüfung zu unterziehen; 4. Berichte über den Fortgang der Abrüstungs- und Verifizierungsvereinbarungen entgegennehmen und den Zeitpunkt für den Uebergang von einer Phase zur nächsten bestimmen.

**B. Verringerung der Truppen- und Rüstungsstärken**

a) Die Truppenstärken sollen für die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion auf je 2,1 Millionen und für alle anderen größeren Militärmächte auf solche angemessenen Stärken beschränkt werden, die jeweils 2,1 Millionen nicht überschreiten. Die Verringerung auf die vereinbarten Stärken wird in zumutbaren, proportionalen und verifizierten Stufen erfolgen.

b) Die Bestände an Rüstungsmaterial vorgeschriebener Typen sollen in zumutbaren und wohlausgewogenen Stufen verringert werden. Die Bestandsverringerungen sollen durch die Ueberstellung der Waffen an Depots erfolgen, die von der IDO überwacht werden. Wenn die Signatarstaaten der Uebereinkunft zu bestimmten Zeiten während des Verringerungsprozesses der Phase I darin übereinstimmen, daß die Rüstungs- und Truppenstärken auf den vorgeschriebenen Stand gebracht worden sind, sollen die Waffen in den Depots zerstört oder der friedlichen Verwendung zugeführt werden.

c) Die Herstellung von bestimmten vereinbarten Waffentypen soll beschränkt werden.

d) Eine Fachkommission für chemische, biologische und radiologische Waffen (CBR Experts Commission) soll innerhalb der IDO zu dem Zweck geschaffen werden, die Möglichkeit und die Methoden der Verwirklichung einer verifizierbaren Verringerung und schließlichen Beseitigung der Vorräte an CBR-Waffen und der Einstellung der Produktion derselben zu untersuchen und darüber Bericht zu erstatten.

**C. Einschränkung und Verringerung der Bedrohung durch Kernwaffen**

a) Staaten, die einem Vertrag zu einem wirksamen Verbot der Erprobung von Kernwaffen nicht beigetreten sind, sollen dies tun.

b) Die Herstellung von spaltbarem Material für die Verwendung in Waffen soll eingestellt werden.



c) Bei Einstellung der Produktion von spaltbarem Material für die Verwendung in Waffen sollen vereinbarte erste Mengen von spaltbarem Material aus früherer Produktion der friedlichen Verwendung zugeführt werden.

d) Alles spaltbare Material, das von einem Land in ein anderes für friedliche Verwendungszwecke verbracht wird, soll geeigneten Sicherheitsvorschriften unterliegen, die in Übereinstimmung mit der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) ausgearbeitet werden sollen.

e) Staaten, die Kernwaffen besitzen, sollen die Kontrolle über derartige Waffen keinem Staat einräumen, der keine besitzt, und sollen keinem derartigen Land Informationen oder Materialien liefern, die für ihre Herstellung erforderlich sind. Staaten, die keine Kernwaffen besitzen, sollen keine derartigen Waffen herstellen, nicht die Kontrolle über derartige Waffen im Besitz anderer Staaten zu erlangen suchen oder danach trachten, Informationen oder Materialien zu erhalten, die für deren Herstellung notwendig sind.

f) Eine Fachkommission für Atomfragen (Nuclear Experts Commission) aus Vertretern der Atommächte soll innerhalb der IDO zu dem Zweck errichtet werden, die Möglichkeit und die Methoden der Verwirklichung einer verifizierten Verringerung und der schließlichen Beseitigung der Vorräte an Kernwaffen zu untersuchen und darüber Bericht zu erstatten.

D. Verringerung der Bestände an Kernwaffenträgern für den strategischen Einsatz

a) Die Bestände an Kernwaffenträgern für den strategischen Einsatz bestimmter Kategorien und an vereinbarten Typen und Trägerabwehrwaffen sollen in zumutbaren und wohlausgewogenen Stufen auf einen vereinbarten Stand verringert werden. Die Bestandsverringerung soll auf jeder Stufe durch die Ueberstellung der über den Stand hinaus, der für die jeweilige Stufe vereinbart ist, vorhandenen Träger an Depots erfolgen, die von der IDO überwacht werden. Zu bestimmten Zeiten während der Bestandsverringerung in der Phase I sollen die Träger, die der Aufsicht der IDO unterstellt worden sind, zerstört oder der friedlichen Verwendung zugeführt werden.

b) Die Herstellung vereinbarter Kategorien von Kernwaffenträgern für den strategischen Einsatz und vereinbarter Typen von Trägerabwehrwaffen soll eingestellt oder beschränkt werden.

c) Die Erprobung vereinbarter Kategorien von Kernwaffenträgern für den strategischen Einsatz und vereinbarter Typen von Trägerabwehrwaffen soll beschränkt oder eingestellt werden.

E. Förderung der friedlichen Nutzung des Weltraums

a) Die Verbringung von Massenvernichtungswaffen auf eine Kreisbahn um die Erde oder deren Stationierung im Weltraum soll verboten werden.

b) Die Staaten sollen den Teilnehmerstaaten und der IDO im voraus Mitteilung über den Abschluß von Raumflugkörpern und Raketen sowie über deren Flugbahn machen.

F. Verringerung der Gefahr eines Krieges durch Zufall, Fehleinschätzung und Ueberraschungsangriff.

a) Die Staaten sollen den anderen Teilnehmerstaaten und der IDO im voraus Mitteilung von größeren Truppenverschiebungen und Manövern der vereinbarten Größenordnung machen, die Anlaß zu Fehlinterpretationen geben oder Beunruhigung hervorrufen und Gegenmanöver auslösen könnten. Die Mitteilung soll Angaben über das zu benutzende Gebiet und die Art, das Ausmaß und die Zeitdauer des Geschehens einschließen.

b) An Orten, wie größeren Häfen, Eisenbahnknotenpunkten, Fernstraßen und Flugplätzen, sollen Beobachtungsposten errichtet werden, um über Truppenmassierungen und -bewegungen Bericht zu erstatten.

c) Ferner sollen noch zu vereinbarende zusätzliche Inspektionsvorkehrungen getroffen werden, um die Gefahr von Ueberraschungsangriffen zu verringern.

d) Es soll eine internationale Kommission unmittelbar innerhalb der IDO geschaffen werden, um die Möglichkeiten für weitere Maßnahmen zur Verringerung des Risikos eines Krieges mit Kernwaffen auf Grund von Zufällen, der Fehleinschätzung oder des Ausfalls von Nachrichtennetzen zu untersuchen und entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

#### **G. Erhaltung des Friedens**

a) Die Staaten sollen ihre Verpflichtungen gemäß der Charta der Vereinten Nationen bekräftigen, sich der Drohung mit jeder Art von Streitkräften — einschließlich aller mit Kernwaffen, herkömmlichen Waffen oder ABC-Waffen ausgerüsteten Truppen — und des Einsatzes derselben entgegen den Grundsätzen der UN-Charta zu enthalten.

b) Die Staaten sollen dahingehend übereinkommen, sich jeder gegen ein anderes Land gerichteten indirekten Aggression oder subversiven Tätigkeit zu enthalten.

c) Die Staaten sollen sich aller geeigneten Verfahren für die friedliche Beilegung von Meinungsverschiedenheiten bedienen und sich bemühen, im Rahmen der Vereinten Nationen weitere Vereinbarungen für die friedliche Beilegung internationaler Meinungsverschiedenheiten und die Kodifizierung und progressive Weiterentwicklung des internationalen Rechts zu treffen.

d) Die Staaten sollen in der Phase I Vereinbarungen für die Schaffung einer UN-Friedenstruppe in der Phase II treffen.

e) Eine Friedensbeobachtungsgruppe der Vereinten Nationen soll mit einem ständigen Kader von Beobachtern ausgestattet werden, die ausgesandt werden können, um jede Situation zu untersuchen, die eine Bedrohung oder einen Bruch des Friedens darstellen könnte.

### **Phase II**

#### **A. Internationale Abrüstungsorganisation**

Die Befugnisse und Verantwortlichkeiten der IDO sollen progressiv erweitert werden, um sie in die Lage zu versetzen, die in der Phase II durchzuführenden Maßnahmen zu verifizieren.

#### **B. Weitere Verringerung der Truppen und Rüstungsstärken**

a) Die Truppenstärken der Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und anderer Militärmächte sollen weiter beträchtlich und in zumutbaren und wohlausgewogenen Stufen auf den vereinbarten Stand verringert werden.

b) Der Bestand an Rüstungsmaterial festgesetzter Typen soll weiter in zumutbaren und wohlausgewogenen Stufen verringert werden. Die Bestandsverringerung soll durch die Ueberstellung von Rüstungsmaterial an Depots vorgenommen werden, die der Aufsicht der IDO unterstehen. Wenn die Signatarstaaten zu bestimmten Zeitpunkten während der Bestandsverringerung in der Phase II darin übereinstimmen, daß die Rüstungs- und Truppenstärken auf den vorgeschriebenen Stand gebracht worden sind, sollen die Waffen in den Depots zerstört oder der friedlichen Verwendung zugeführt werden.

c) Es sollen weitere vereinbarte Beschränkungen der Herstellung von Rüstungsmaterial vorgenommen werden.

d) Vereinbarte militärische Stützpunkte und Einrichtungen sollen, wo immer sie auch liegen mögen, geschleift oder der friedlichen Verwendung zugeführt werden.

e) Nach Maßgabe des Gutachtens des Experten-Ausschusses für Fragen der CBR-Waffen sollen die Herstellung von CBR-Waffen eingestellt, bestehende Vorräte schritt-

weise abgebaut und sich ergebende Ueberschußbestände vernichtet oder der friedlichen Verwendung zugeführt werden.

#### C. Weitere Verringerung der Bedrohung mit Kernwaffen

Vorräte an Kernwaffen sollen schrittweise bis auf einen Stand verringert werden, der auf Grund des Gutachtens der Fachkommission der Atomwissenschaftler vereinbart wird; verbleibende Ueberschußbestände an spaltbarem Material sollen der friedlichen Verwendung zugeführt werden.

#### D. Weitere Verringerung der Bestände an Kernwaffenträgern für den strategischen Einsatz

Eine weitere Verringerung der Bestände an Kernwaffenträgern für den strategischen Einsatz und an vereinbarten Typen von Trägerabwehrwaffen soll in Uebereinstimmung mit den in Phase I dargelegten Verfahren vorgenommen werden.

#### E. Erhaltung des Friedens

Während der Phase II sollen die Staaten die zur Erhaltung des Friedens geeigneten Verfahren der Vereinten Nationen mit dem Ziel weiterentwickeln, die Vereinten Nationen in die Lage zu versetzen, in der Phase III wirksam von jeder Drohung mit Gewalt und Gewaltanwendung in Verletzung der Zielsetzungen und der Grundsätze der Vereinten Nationen abzuschrecken und ihr entgegenzutreten.

a) Die Staaten sollen sich auf die Stärkung der Struktur, der Befugnisse und der Tätigkeit der Vereinten Nationen einigen, um sicherzustellen, daß die Vereinten Nationen in der Lage sind, die Staaten wirkungsvoll vor der Bedrohung oder dem Bruch des Friedens zu schützen.

b) Die UN-Friedenstruppe soll geschaffen und schrittweise verstärkt werden.

c) Die Staaten sollen sich ferner auf die weitere Verbesserung und Entwicklung der Regeln des internationalen Verhaltens und der Verfahren der friedlichen Regelung von Meinungsverschiedenheiten und Streitfällen einigen.

### *Phase III*

Beim Abschluß der Phase II sollte das Vertrauen, das durch ein verifiziertes Abrüstungsprogramm, die allgemeine Anerkennung der Regeln des friedlichen internationalen Verhaltens und die Entwicklung verbesserter Verfahren zu Erhaltung des Weltfriedens innerhalb der Vereinten Nationen gewonnen wurde, so weit gediehen sein, daß die Staaten der Erde zur Phase III übergehen können. In Phase III würden eine progressive kontrollierte Abrüstung und fortlaufend sich weiterentwickelnde Grundsätze und Verfahren des internationalen Rechts so weit gediehen sein, daß kein Staat die militärische Macht besäße, die schrittweise verstärkte UN-Friedenstruppe herauszufordern, und alle internationalen Meinungsverschiedenheiten würden gemäß den vereinbarten Grundsätzen des internationalen Verhaltens geregelt.

Die progressiven Schritte, die in der Endphase der Abrüstung unternommen werden sollen, würden sich auf die Schaffung einer Welt richten, in der

a) die Staaten nur jene Truppen, nichtnuklearen Waffen und Einrichtungen beibehielten, die zum Zwecke der Aufrechterhaltung der inneren Ordnung erforderlich sind; sie würden ferner die vereinbarten Kontingente für eine UN-Friedenstruppe unterhalten und zur Verfügung stellen;

b) die mit vereinbarten Typen und Mengen an Waffen ausgerüstete UN-Friedenstruppe voll einsatzfähig wäre;

c) die Herstellung von Rüstungsmaterial mit Ausnahme jener vereinbarten Typen und Mengen, die für die UN-Friedenstruppe und die Aufrechterhaltung der inneren Ord-



nung benötigt werden, verboten ist. Alle anderen Waffen würden vernichtet oder der friedlichen Verwendung zugeführt;

d) die Möglichkeiten der Vereinten Nationen, den Frieden zu wahren, in so starkem Maße gegeben und die Verpflichtung aller Staaten im Rahmen derartiger Vereinbarungen weitgehend genug wären, um den Frieden und die gerechte Regelung von Streitfällen in einer abgerüsteten Welt zu garantieren.

Quelle: *Amerika-Dienst* (Botschaft der Vereinigten Staaten, Bad Godesberg) vom 29. September 1961.

**Sowjetisches Acht-Punkte-Programm über Maßnahmen zur internationalen Entspannung, der UN-Vollversammlung am 27. September 1961 unterbreitet\*)**

*Betrifft:* Allgemeine und vollständige Abrüstung — Einfrieren der Militärbudgets — Verbot der Anwendung von Kernwaffen — Verbot der Kriegspropaganda — Nichtangriffspakt zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Paktes — Abzug ausländischer Truppen von fremden Stützpunkten — Maßnahmen gegen die weitere Verbreitung von Kernwaffen — Bildung atomwaffenfreier Zonen — Verhinderung von Ueberraschungsangriffen.

In unserer Zeit gibt es keine brennendere und dringlichere Aufgabe als die, den Frieden zu erhalten. Die Bemühungen aller Staaten, aller Mitglieder der Vereinten Nationen, aller Menschen des Erdballs müssen darauf gerichtet sein, die Entstehung eines Krieges nicht zuzulassen, zu erreichen, daß er für immer aus dem Leben der menschlichen Gesellschaft verschwindet. Ein sicherer und verlässlicher Weg dazu ist die allgemeine und völlige Abrüstung, die die Kriegs-Organisations-Maschinerie der Staaten endgültig zerbricht und eine Welt ohne Waffen, eine Welt ohne Kriege gewährleistet.

Die Sowjetregierung erstrebt beharrlich den unverzüglichen Abschluß eines Abkommens über allgemeine und völlige Abrüstung und hat wiederholt konkrete Vorschläge zu dieser Frage unterbreitet, in denen alle positiven Elemente des Standpunktes der Westmächte berücksichtigt sind. Das Programm der allgemeinen und völligen Abrüstung, das der sowjetische Regierungschef, N. S. Chruschtschow, der XV. Vollversammlung der Vereinten Nationen am 23. September 1960 vorlegte, bildet eine gute Grundlage für ein solches Abkommen, weil es eine radikale Lösung des Abrüstungsproblems und die völlige Befreiung der Menschheit von der Rüstungslast vorsieht. Die Sowjetunion ist bereit, unmittelbar einen Vertrag über allgemeine und völlige Abrüstung, bei Errichtung einer beliebigen, der allerstrengsten internationalen Kontrolle, zu unterzeichnen.

Die allgemeine und völlige Abrüstung als das Hauptmittel zur Sicherung eines dauerhaften Friedens ansehend, schließt die sowjetische Regierung gleichzeitig damit die Möglichkeit nicht aus, die Durchführung einer Reihe von Maßnahmen zu vereinbaren, die eine Entspannung der internationalen Lage begünstigen würden sowie die Festigung des Vertrauens zwischen den Staaten und damit die Realisierung der allgemeinen und völligen Abrüstung erleichtern. Es versteht sich von selbst, daß es sowohl bei der Wahl solcher Maßnahmen als auch bei ihrer Durchführung notwendig ist, sich davon leiten zu lassen, daß kein einziger Staat und keine Staatengruppe die Möglichkeit militärischer Vorteile erhalten darf und daß für alle Staaten gleichermaßen die Sicherheit gewährleistet werden muß. Die Verwirklichung dessen darf nicht die Aufmerksamkeit und die Bemühungen von der Lösung der Hauptaufgabe — der allgemeinen und

\*) Originaltitel: Memorandum der Sowjetregierung über die Maßnahmen, die auf eine Entspannung der internationalen Lage, die Stärkung des Vertrauens zwischen den Staaten gerichtet sind und die allgemeine und völlige Abrüstung fördern.

völligen Abrüstung — ablenken. Im Gegenteil: Jede dieser Maßnahmen im einzelnen und sie alle in ihrer Gesamtheit müssen der Schaffung einer Lage dienen, die den Abschluß eines solchen Vertrages und seine effektive Verwirklichung begünstigt. Gleichzeitig mit der Behandlung des Abrüstungsproblems im ganzen und einer Reihe anderer wichtiger internationaler Probleme kann und muß man dazu kommen, eine Reihe von einfachen, Millionen Menschen selbstverständlichen Beschlüssen anzunehmen, die die Gefahr der Entstehung eines Krieges verringern würden und über die die Staaten schon in nächster Zukunft eine Uebereinkunft treffen könnten.

In diesem Sinne schlägt die Sowjetregierung vor zu vereinbaren, daß folgende Maßnahmen durchgeführt oder wenigstens einige von ihnen vereinbart werden:

### *1. Ueber das Einfrieren der Militärbudgets der Staaten*

Die Kriegsvorbereitungen und das unaufhaltsame Wettrüsten legen sich als schwere Last auf die Schultern des werktätigen Volkes, verschärfen die internationalen Spannungen und vergrößern die Gefahr der Entstehung eines Krieges. In dem Bestreben, diese gefährliche Lage in der Welt zu beseitigen, schlägt die Sowjetregierung vor, die Lösung der Frage einer allgemeinen und völligen Abrüstung nicht abzuwarten und einige vereinbarte Maßnahmen durchzuführen, um für die militärischen Ausgaben in den Budgets der Staaten eine maximale Grenze auf einem Niveau zu setzen, das ihre militärischen Assignierungen am 1. Januar 1961 nicht übersteigt. Es ist völlig offensichtlich, daß solche Maßnahmen keinem Staat Schaden für seine Sicherheit zufügen würden.

Es ist doch kein Geheimnis, daß gegenwärtig schon so viele Waffen gehortet sind, darunter auch Kernwaffen, daß sie im Ueberfluß genügen, um riesige Zerstörungen anzurichten. Dabei schadet das sich fortsetzende Anwachsen der militärischen Ausgaben nicht nur der normalen Entwicklung der Wirtschaft, sondern verstärkt auch in ungeheurem Maße den Argwohn und das Mißtrauen zwischen den Staaten, kompliziert also immer mehr die Lösung des Problems einer allgemeinen und völligen Abrüstung.

Das Einfrieren der Militärbudgets würde kein schlechter Beitrag zur Verhütung eines verstärkten Wettrüstens sein. Es ist allgemein bekannt, daß die Sowjetunion schon wiederholt bestimmte einseitige Maßnahmen durchgeführt hat, die auf die Verringerung ihrer Streitkräfte und Rüstungen und dementsprechend auf die Einschränkung von einzelnen Haushaltsposten der militärischen Ausgaben gerichtet waren. Die Sowjetregierung ist bereit, diesen Weg zu verfolgen, wenn die Vereinigten Staaten und andere Westmächte ihrerseits auch entsprechende Schritte in dieser Richtung unternehmen. Man braucht nicht daran zu zweifeln, daß diese friedliche Initiative von allen Staaten unterstützt wird.

### *2. Ueber den Verzicht auf die Anwendung von Kernwaffen*

Noch vor dem Abschluß eines Abkommens über allgemeine und völlige Abrüstung, das der Existenz von Atom- und Wasserstoffbomben und von Mitteln zu ihrem Transport ans Ziel selbst ein Ende bereiten wird, könnten die Staaten, die Kernwaffen herstellen, als moralische Vorbereitung zu einem solchen Abkommen ihren Beschluß deklarieren, keine Kernwaffen anzuwenden — ähnlich dem, wie eine Reihe von Staaten seinerzeit erklärten, daß die Anwendung von Giftgasen und bakteriologischen Waffen nicht zulässig sei. Es ist bekannt, daß die Uebereinkunft über das Verbot von Mitteln des chemischen und biologischen Krieges die Prüfung durch die Zeit ausgehalten hat. Man braucht nicht daran zu zweifeln, daß das Vorhandensein eines solchen Abkommens in nicht geringem Maße dazu beigetragen hat, in den Jahren der erbittertsten Kämpfe des Zweiten Weltkrieges Millionen Menschen, darunter Kinder, Frauen und Greise, vom qualvollen Tod durch erstickende Gase oder künstlich hervorgerufene epidemische Erkrankungen zu befreien, obgleich die kriegführenden Staaten auch damals entsprechende Waffenarten besaßen.

Aber wenn die Menschheit in der Lage war, sich vor einer Erscheinung der Barbarei zu bewahren, warum sollte man nicht versuchen, das gleiche auch in bezug auf eine andere, noch schrecklichere ihrer Erscheinungen zu unternehmen, wie es die Anwendung der modernen Kernwaffen darstellt, die Hunderte von Millionen Menschen wahllos, ohne Teilung in Front und Hinterland, in Armeeangehörige und friedliche Bevölkerung, zum Untergang verurteilen?

Als geeignete Grundlage für die Lösung der Frage eines Verbots der Anwendung von Kernwaffen kann nach Meinung der Sowjetregierung der Resolutionsentwurf über den Abschluß einer Konvention darstellen, der auf der XV. Vollversammlung von Äthiopien und anderen afro-asiatischen Ländern eingebracht worden ist. Die Sowjetunion unterstützt nach wie vor diesen Vorschlag. Wenn jedoch die Westmächte gegenwärtig nicht bereit sind, zusammen mit der Sowjetunion eine Verpflichtung über den bedingungslosen Verzicht auf die Anwendung von Kernwaffen auf sich zu nehmen, so könnte als erster Schritt vereinbart werden, sich zu verpflichten, Kernwaffen nicht als erster anzuwenden.

### *3. Ueber das Verbot der Kriegspropaganda*

Alle Staaten könnten einen großen Beitrag zur Sache der Gesundung der internationalen Atmosphäre leisten, indem sie gemeinsam für das Verbot aller Arten von Kriegspropaganda, von Feindschaft und Haß zwischen den Völkern eintreten.

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat ja bereits im Jahre 1947 einen Beschluß über das Verbot der Kriegspropaganda angenommen, aber dieser Beschluß wird bis jetzt in vielen Ländern noch nicht durchgeführt. Es ist kein Geheimnis, daß in der Presse, im Rundfunk, im Fernsehen, im öffentlichen Auftreten bekannter Politiker einiger Länder der Gedanke der Unausweichlichkeit von Kriegen systematisch propagiert, das Kernwetterüsten gerechtfertigt, die Gefühle des Hasses und der Feindschaft gegenüber anderen Völkern entfacht werden.

Bekanntlich findet eine solche Propaganda verschiedene Beurteilungen. In einigen Ländern wird sie fast als ein Ausdruck der Freiheit des Wortes angesehen. Aber wir, indem wir die Dinge beim Namen nennen, betrachten Aufrufe zum Krieg, selbst wenn sie in verschleiierter Form ihren Ausdruck finden, als eines der schwersten kriminellen Verbrechen, weil dies das Vertrauen in den Beziehungen zwischen den Staaten ernsthaft untergräbt, zur Forcierung der Kriegsvorbereitungen beiträgt und die Gefahr eines Krieges, der Millionen und aber Millionen Menschen den Untergang bringen würde, verschärft.

Aber wie man auch die Kriegspropaganda qualifizieren mag, eines ist klar — sie steht der Anbahnung friedlicher Beziehungen zwischen den Staaten im Wege. Und wenn überall Maßnahmen zu ihrer Einstellung getroffen werden, so wird das nicht irgendeinem Lande, sondern allen Ländern, allen Völkern nützen.

Maßnahmen, die eine solche Propaganda unterbinden, können verschieden sein. In der Sowjetunion und in anderen sozialistischen Ländern sind spezielle Gesetze angenommen worden, die Kriegspropaganda verbieten. Analoge Maßnahmen könnten auch in anderen Ländern unternommen werden. Die Annahme einer gemeinsamen Deklaration oder Erklärung mit dem Aufruf, die Kriegspropaganda einzustellen, die der Sache des Friedens und des gegenseitigen Verständnisses zwischen den Völkern Schaden zufügt, würde eine große politische Bedeutung haben.

### *4. Ueber den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Ländern der NATO und des Warschauer Paktes*

Auf der Suche nach Möglichkeiten zur gegenseitigen Verständigung über Maßnahmen, die wenigstens in naher Zukunft die Perspektive eröffnen würden, die Teilung der Welt in Blocks zu überwinden, hat die Sowjetunion wiederholt vorgeschlagen, ein Nichtangriffsabkommen zwischen den Ländern der NATO und den Teilnehmerstaaten



des Warschauer Paktes abzuschließen. Als Grundlage einer solchen Uebereinkunft könnten der Verzicht der Vertragspartner auf die Anwendung von Gewalt oder Gewaltdrohung und die Verpflichtung gelten, strittige Fragen, die unter den Vertragspartnern auftauchen könnten, nur auf friedlichem Wege zu lösen.

Die Partner dieses Abkommens würden einander in den Fragen konsultieren, die mit der Durchführung dieser Uebereinkunft verbunden sind. Die Verwirklichung dieser Maßnahme würde zweifelsohne die Atmosphäre in Europa verbessern, die Gewißheit der Völker stärken, daß es eine Möglichkeit gibt, unter den Bedingungen einer wirklich friedlichen Zeit zu leben. Ohne die Lösung dieser Frage wird das gegenseitige Mißtrauen erhalten bleiben, werden Komplikationen stets möglich sein und, mehr noch, wird eine chronische Gefahr der Entstehung eines kriegesischen Konfliktes bestehen bleiben.

Die Unterzeichnung eines Nichtangriffspaktes würde das bestehende „Kräfteverhältnis“ zwischen den Blöcken nicht um einen Soldaten, nicht um ein Gewehr stören. Eine solche Maßnahme würde sogar noch nicht einmal die Frage der Beseitigung der Blöcke auf eine praktische Ebene stellen, obgleich dies nach Meinung der Sowjetregierung die beste Lösung wäre. Gleichzeitig wäre das vorgeschlagene Abkommen ein Ausdruck dafür, daß die Staaten, die sich in den einander gegenüberstehenden Blöcken befinden, keine aggressiven Absichten hegen, würde es zur Gesundung der internationalen Lage beitragen. Diese Uebereinkunft könnte einen ernsthaft zügelnden Einfluß auf den potentiellen Aggressor haben, der sich im Falle der Entfachung eines Aggressionskrieges in internationaler Isolierung mit allen daraus für ihn erwachsenden Folgen befände.

##### *5. Ueber den Abzug der ausländischen Truppen von fremden Territorien*

Die Sowjetunion ist ein Anhänger des Abzugs der ausländischen Truppen von fremden Territorien. Sie hat wiederholt den Vereinigten Staaten und den anderen Westmächten vorgeschlagen, den Abzug der ausländischen Truppen vom europäischen Territorium zu vereinbaren, wobei sie im Auge hat, daß die sowjetischen Truppen aus Deutschland, Ungarn und Polen zurückgezogen werden, und die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und Kanada ihre Truppen, die auf den Territorien der anderen Mitgliedstaaten der NATO stationiert sind, in die nationalen Grenzen zurückziehen.

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind jedoch, wie die Erfahrungen früherer Verhandlungen zeigen, offensichtlich noch nicht bereit, die sowjetischen Vorschläge über den völligen Abzug der ausländischen Truppen vom Territorium der europäischen Staaten anzunehmen. Unter diesen Umständen entsteht nach Meinung der Sowjetregierung die Notwendigkeit, wenigstens die Frage einer Verringerung der Anzahl ausländischer Truppen, die sich sowohl auf dem Territorium der Mitgliedstaaten der NATO als auch des Warschauer Paktes befinden, zu lösen.

Als ersten Schritt könnte man darauf eingehen, im Verlauf einer bestimmten Periode alle ausländischen Truppen, die in Deutschland stationiert sind, auf ein Drittel oder in einem anderen vereinbarten Ausmaß zu reduzieren, wobei eine entsprechende Kontrolle über die Durchführung dieser Maßnahmen zu errichten ist.

Die Reduzierung der ausländischen Truppen auf dem Territorium Deutschlands würde eine besonders große Bedeutung für die Sicherung des Friedens haben. Im Zentrum Europas hat sich mehr Brennmaterial für einen Krieg als in irgendeinem anderen Gebiet der Welt angehäuft. Von hier aus droht von neuem die Flamme eines Weltbrandes aufzulodern. Man muß der Entzündung der Kriegsleidenschaft in diesem Pulverfaß Europas ein Ende bereiten. Die Einschränkung und dann der Abzug aller ausländischer Truppen vom Territorium Deutschlands würden der Normalisierung der Lage in Deutschland und in Europa als Ganzem dienen, was eine außerordentlich positive Bedeutung für die Festigung des allgemeinen Friedens mit sich brächte.

Nach Meinung der Sowjetregierung darf die Lage, die sich im Zusammenhang mit der Frage eines Friedensvertrages mit Deutschland herausgebildet hat, der Erörterung dieser Frage keine Hindernisse in den Weg legen.

#### *6. Ueber die Maßnahmen gegen eine weitere Verbreitung von Kernwaffen*

Nach Meinung der Sowjetregierung ist zur Zeit die Möglichkeit vorhanden, ein Abkommen zu unterzeichnen, demgemäß sich die Atommächte verpflichten würden, keine Kernwaffen anderen Ländern zu übergeben, und die Staaten, die keine Kernwaffen besitzen, würden die Verpflichtung auf sich nehmen, diese Waffen nicht herzustellen und sie nicht bei den Atommächten zu erwerben.

Es ist sicherlich nicht notwendig, ausführlich davon zu sprechen, welche zugespitzte Gefahr eine Erweiterung des Kreises der Mächte, die über Kernwaffen oder über das Geheimnis ihrer Produktion verfügen, für die Sache des Friedens bilden könnte — gleichgültig, ob es sich um einen „individuellen“ Besitz oder um die Uebergabe dieser Waffe im Rahmen des Systems dieses oder jenes Militärblocks handelt. Man muß sich deutlich vorstellen, wozu die Uebergabe von Atomwaffen in die Verfügung der Bundesrepublik Deutschland führen könnte, wo es viele Menschen gibt, die von Revanche träumen und vor nichts zurückschrecken würden, um ihre aggressiven Ziele zu erreichen. Was bleibt dann den Nachbarn der Bundesrepublik Deutschland zu tun übrig, ja und nicht nur den Nachbarn? Es ist selbstverständlich, daß in diesem Falle die Sowjetunion und andere Länder gezwungen sein würden, ernsthafte Gegenmaßnahmen zu ergreifen, um ihre Sicherheit zu gewährleisten. Es ist nicht schwer, sich vorzustellen, in welcher Richtung unter diesen neuen Bedingungen die Entwicklung der Ereignisse in Europa vor sich gehen würde.

Auch die Lösung des Abrüstungsproblems müßte sich bei einer Vergrößerung des Kreises der Atommächte um vieles komplizieren. Wenn schon jetzt die Lösung dieses Problems — besonders der Frage der Vernichtung der Kernwaffen und der Kontrolle ihrer Vernichtung — solche Schwierigkeiten hervorruft, was kann man dann erwarten, wenn nicht drei bis vier, sondern sagen wir zehn Staaten des Ostens und des Westens über die Kernwaffe verfügen werden? Es ist klar, daß sich in einem solchen Falle die Welt bei den Versuchen, das Abrüstungsproblem zu lösen, weit zurückgeworfen sähe.

#### *7. Ueber die Bildung atomwaffenfreier Zonen*

Eine zweite effektive Methode, der Verbreitung der Atomwaffe auf unserem Planeten Einhalt zu gebieten, besteht darin, zu vereinbaren, daß bestimmte geographische Zonen frei von der Lagerung und der Produktion dieser Waffe, durch wen es auch sei, gehalten werden.

Bekanntlich haben die Regierungen verschiedener Länder in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Projekten und Plänen zur Schaffung atomwaffenfreier Zonen vorgelegt. Es gibt Vorschläge über die Bildung atomwaffenfreier Zonen in den besorgniserregendsten Gebieten Europas. Es gibt einen Vorschlag der Volksrepublik China über die Bildung einer atomwaffenfreien Zone im Gebiet des Fernen Ostens und des Stillen Ozeans. Ein analoger Plan in bezug auf Afrika ist aufgestellt worden, was die Unterstützung seitens vieler afrikanischer Staaten gefunden hat. All das beweist, welche Anziehungskraft Pläne zur Bildung atomwaffenfreier Zonen für die Völker und Regierungen vieler Länder haben. Man kann sagen, daß die Idee, solche Zonen zu schaffen, buchstäblich in der Luft liegt.

Die Sowjetregierung erachtet es als notwendig, die praktische Durchführung dieser Pläne zu unterstützen. Es wird wohl kaum jemand bestreiten, daß das Entstehen solcher Zonen die Wahrscheinlichkeit des Ausbruchs kriegesischer Konflikte verringern, die Möglichkeit einer gefährlichen Verbreitung der Kern- und Raketenwaffen auf neue Länder und Kontinente verhüten, die Herstellung einer Atmosphäre des Vertrauens in

den Beziehungen zwischen den Staaten begünstigen würden. Gleichzeitig könnten nützliche Erfahrungen für die Organisierung einer Kontrolle und Inspektion — wenn auch vorläufig nur in regionalen Maßstäben — gesammelt werden, was eine positive Bedeutung für die Einrichtung einer Kontrolle über die allgemeine und völlige Abrüstung hätte.

Nach Meinung der Sowjetregierung wäre in der Praxis eine Verwandlung des ganzen afrikanischen Kontinents in eine atomwaffenfreie Zone leicht durchzuführen, dort, wo es eine große Zahl von Staaten gibt, die aktiv eine neutrale Politik durchführen und entschlossen gegen die Atomwaffen auftreten. Auf der vorigen Vollversammlung sind Ghana und sechs andere afrikanische Staaten mit einem Vorschlag über die Umwandlung Afrikas in eine atomwaffenfreie Zone hervorgetreten, der vorsieht, Afrika aus der Sphäre der Produktion, der Verbreitung und der Lagerung von Atom- und Wasserstoffwaffen auszuschließen. Die Sowjetunion hat diesen Vorschlag bekanntlich unterstützt und ist nach wie vor bereit, seiner Verwirklichung jedwede Hilfe zu gewähren.

Mit der Bildung atomwaffenfreier Zonen könnte man auch in Zentraleuropa beginnen, wofür ausführliche Vorschläge der polnischen Regierung vorliegen, die von der Tschechoslowakei und der DDR unterstützt werden. Wenn auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik, Polens und der Tschechoslowakei die Lagerung und die Produktion von Raketen- und Kernwaffen verboten würden, so entstünde zwischen den Organisationen der NATO und des Warschauer Paktes quasi ein Gürtel verminderter Spannungen. Die Verwirklichung einer solchen Maßnahme würde einen großen Beitrag zur Sache der Gesundung der ganzen Atmosphäre in Europa und der Verhütung einer Kriegsgefahr bilden.

Die Schaffung atomwaffenfreier Zonen stellt um so mehr eine reale Angelegenheit dar, da durch sie niemand irgendwelche militärischen Vorteile erhalten und die bestehenden gegenseitigen militärischen Kräfteverhältnisse in der Welt auch in diesem Falle nicht verletzt würden.

#### *8. Ueber Maßnahmen zur Minderung der Gefahr eines unerwarteten Ueberfalls*

Bestrebt, die Gefahr der Entstehung eines Krieges zu beseitigen, hat die Sowjetunion bereits im Jahre 1958 vorgeschlagen, eine Reihe konkreter Maßnahmen zur Verhütung eines unerwarteten Ueberfalls zu vereinbaren und zu verwirklichen, die es ermöglichen würden, die Gefahr der Entstehung eines Krieges bedeutend zu verringern. Natürlich kann man die Möglichkeit eines Ueberfalls unter Anwendung vernichtender Raketen- und Kernwaffen nur unter den Bedingungen einer allgemeinen und völligen Abrüstung ausschließen, wenn die Kriegs-Organisations-Maschinerie der Staaten endgültig zerbrochen ist. Man könnte jedoch nach Meinung der Sowjetregierung schon jetzt eine Reihe von Maßnahmen durchführen, die, verwirklicht, der Sache des Friedens Nutzen brächten.

Natürlich müssen die Maßnahmen zur Verhütung eines unerwarteten Ueberfalls zur Beseitigung und nicht zur Verstärkung des Mißtrauens zwischen den Staaten führen. Es ist wichtig, daß dabei nicht das Ziel verfolgt wird, für irgendeine Gruppe von Staaten militärische Vorteile zu erlangen oder Erkundungsinformationen zu sammeln, und daß der Sicherheit der Staaten, die an der Durchführung dieser oder jener Maßnahmen teilnehmen, kein Schaden zugefügt werde.

Zu den am meisten realen Maßnahmen, die in der allernächsten Zeit verwirklicht werden können, gehört die Schaffung überirdischer Kontrollposten an den Eisenbahnknotenpunkten, in großen Häfen und auf den Autobahnen, zu deren Aufgabe es gehört, zu beobachten, daß eine gefährliche Konzentration von Streitkräften und von militärischer Technik nicht zugelassen werde.



Nach Meinung der Sowjetregierung könnte die Aufstellung solcher Kontrollposten über Tage eines der effektiven Mittel zur Verringerung der Gefahr eines unerwarteten Ueberfalls darstellen. Es könnte wohl kaum jemand den Umstand verneinen, daß sogar bei Vorhandensein von Atomwaffen die Vorbereitung zu einem modernen großen Krieg unausweichlich mit der Notwendigkeit verbunden ist, an bestimmten Punkten große Militärverbände mit einer großen Zahl von Rüstungen und Technik zu konzentrieren.

Gleichzeitig damit könnten eine entsprechende Verkürzung und der Abzug der Streitkräfte und Rüstungen von den Territorien, die in einem bestimmten Abstand von beiden Seiten der Trennungslinie stationiert sind, durchgeführt werden.

Die von der Sowjetunion vorgeschlagenen Maßnahmen gewährleisteten eine ausreichende Möglichkeit, um in dem gefährlichsten Raum Anzeichen beabsichtigter Konzentration von Streitkräften zu entdecken und rechtzeitig vor dem sich vorbereitenden Ueberfall zu warnen. Gleichzeitig berücksichtigen sie in gleichem Maße die Interessen der Sicherheit beider Seiten. Ihre Verwirklichung würde eine nützliche Grundlage für die Erweiterung der Zusammenarbeit der Staaten bei der Festigung der europäischen Sicherheit bilden und der Durchführung einer allgemeinen und völligen Abrüstung dienen.

\*

Die Sowjetregierung ist nicht der Meinung, daß die angeführte Aufzählung der Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, die internationalen Beziehungen von der Belastung des Kalten Krieges zu befreien, erschöpft ist. Sie wird sich aufmerksam mit jeder beliebigen konstruktiven Meinung in dieser Hinsicht bekannt machen und ist bereit, einen Austausch der Meinungen zu diesen Fragen in jeder beliebigen Form, die als die geeignetste erachtet wird, zu führen.

Quelle: *Die Sowjetunion heute* (Sowjetische Botschaft, Bonn), Nr. 29. vom 10. Oktober 1961.

#### **Sowjetisches Memorandum zur Frage der Kernwaffenversuche, der UN-Vollversammlung am 27. September 1961 unterbreitet**

*Betrifft:* Sicherung des Friedens — Einstellung der Kernwaffenversuche — unterirdische Versuchsexplosionen — Fortsetzung des Wettrüstens — Wiederaufnahme der sowjetischen Kernwaffenversuche — allgemeine und vollständige Abrüstung — Lösung der Kernwaffenfrage auf der Grundlage der allgemeinen und vollständigen Abrüstung.

Von den Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens wurde das Thema: „Die dringende Notwendigkeit eines Vertrages über ein Verbot von Kernwaffenversuchen unter wirksamer internationaler Kontrolle“ auf die Tagesordnung der 16. Sitzungsperiode der Vollversammlung der Vereinten Nationen gesetzt.

Die Tatsache, daß diese Angelegenheit von den Westmächten, die seit vielen Jahren die Lösung des Problems der Einstellung der Atomversuche behindern und die in der Zwischenzeit das nukleare Wettrüsten intensivieren, vor die Vollversammlung gebracht wurde, zeigt nur das eine: Die Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens möchten die Tribüne der Vollversammlung benutzen, um ihre für die Völker so gefährliche Politik in der Frage der Kernwaffen zu rechtfertigen und um die Möglichkeit zu erhalten, unbehindert ihre Vorbereitungen für einen thermonuklearen Krieg fortzusetzen, der ungeheure Folgen für die gesamte Menschheit mit sich bringen würde.

In Anbetracht des Interesses vieler Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen an dem Problem der Kernwaffenversuche hält es die Sowjetregierung für notwendig, zum Nutzen der Vereinten Nationen ihre Haltung in der Frage der allgemeinen und voll-

ständigen Abrüstung darzulegen. Es ist die tiefe Ueberzeugung der sowjetischen Regierung, daß die Haltung der Sowjetunion mit den Interessen aller Völker der Welt völlig übereinstimmt und daß sie die drohende Gefahr eines nuklearen Krieges aus dem Leben der menschlichen Gesellschaft wirksam und vollständig beseitigen würde.

## I

In ihrer gesamten Politik geht die Sowjetregierung von der Notwendigkeit aus, einen dauernden und unzerstörbaren Frieden auf Erden zu sichern, einen Frieden ohne Rüstungen, einen Frieden ohne Kriege.

Die Völker haben immer unter den Kriegen gelitten, die ihnen die größten Nöte und Verluste gebracht haben. Nachdem unsere Zeit Kernwaffen mit beispielloser Zerstörungskraft und interkontinentale Raketen hervorgebracht hat, die in der Lage sind, diese Waffen innerhalb weniger Minuten an jeden Punkt des Erdballs zu tragen, würde ein Krieg ein ungeheures Verbrechen sein. Sobald die Staaten in den Besitz von Kernwaffen gelangt sind, kann jede kriegerrische Auseinandersetzung zwischen ihnen, auch wenn sie zu Beginn nur kleinerer Art war, zu einem vernichtenden thermonuklearen Krieg anwachsen.

Wir dürfen dem Krieg nicht wieder erlauben, millionenfachen Tribut an menschlichen Leben zu fordern und die größten materiellen und kulturellen Werte zu zerstören, die durch die Arbeit und den Genius des Menschen geschaffen worden sind. Nicht darum bauen die Menschen Städte und verwandeln Wüsten in blühende Obstgärten, nicht darum haben sie die Geheimnisse des Atoms erschlossen und wagen kühn den Angriff auf den Weltraum. Sie tun dies im Namen des Lebens, im Namen des Friedens; sie hoffen, daß niemals ein Krieg ihre friedlichen und schöpferischen Anstrengungen unterbrechen möge.

Gegenwärtig, im Zeitalter des Atoms und der Weltraumforschung, ist es notwendiger denn je, kühne und weitreichende Schritte zu unternehmen, um den Kriegen ein Ende zu bereiten und einen dauernden Frieden auf der Erde zu errichten. Was muß getan werden, um dies zu erreichen? Den einzig wirklichen und verläßlichen Weg, die Menschheit von der Furcht einer neuen Kriegskatastrophe zu befreien und die Völker von der schweren Bürde der Rüstungsausgaben zu erlösen, stellt die Abrüstung dar, die allgemeine und vollständige Abrüstung.

Die Sowjetunion hat standhaft und beharrlich die schnellste praktische Lösung dieses Problems vorgeschlagen. Schon vor langer Zeit, in der 14. Sitzungsperiode der Vollversammlung der Vereinten Nationen, unterbreitete der Ministerpräsident der Sowjetunion, N. S. Chruschtschow, im Namen der Sowjetregierung ein konkretes Programm über die allgemeine und vollständige Abrüstung, in dem die Auflösung aller Streitkräfte, die Vernichtung aller Waffen einschließlich der Vorräte an Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen, die Einstellung der Rüstungsproduktion, die Abschaffung der Kriegsapparate in den Staaten — Kriegsministerien, Generalstäbe, Militärakademien — und die Einstellung der Rüstungsausgaben vorgesehen war. In den sowjetischen Vorschlägen war ebenfalls die Errichtung einer wirksamen internationalen Kontrolle über alle Abrüstungsmaßnahmen vorgesehen.

Seither hat sich die Sowjetregierung unverändert für die Ausarbeitung und den Abschluß eines Vertrages über die allgemeine und vollständige Abrüstung eingesetzt, und um möglichst rasch ein Uebereinkommen zu erzielen, ist sie in vielen wichtigen Punkten des Abrüstungsprogramms den Westmächten auf halbem Wege entgegengekommen. Da die Westmächte versuchten, das Problem der Kontrolle zu einem Hinderungsgrund für eine allgemeine und vollständige Abrüstung zu machen, erklärte die Sowjetregierung ihre Bereitschaft, alle westlichen Kontrollvorschläge anzunehmen, wenn der Westen seinerseits bereit sei, die Vorschläge der Sowjetunion für eine allgemeine und vollständige Abrüstung zu akzeptieren.

## II

Die Sowjetunion unterbreitete ihren Vorschlag für eine allgemeine und vollständige Abrüstung als grundlegenden Beitrag zur Sicherung eines dauernden Friedens in der Ueberzeugung, daß die Lösung dieses Hauptproblems auch die Lösung aller Einzelprobleme, einschließlich der Beendigung der Kernwaffenversuche, ermöglichen würde. Gleichzeitig hielt es die Sowjetregierung jedoch verschiedene Jahre lang für möglich, das Problem der Einstellung der Atomversuche getrennt davon zu lösen, ohne auf die Lösung des allgemeinen Abrüstungsproblems zu warten.

Um die Durchführung dieser Aufgabe zu erleichtern, stellte die Sowjetregierung am 11. März 1958 einseitig die Atom- und Wasserstoffbombenversuche ein, obwohl ein solcher Schritt von seiten der Sowjetunion ein gewisses Risiko in sich schloß, da sie weniger versuchsweise Kernexplosionen durchgeführt hatte als Großbritannien und die Vereinigten Staaten. Dennoch nahm die Sowjetunion dieses Risiko auf sich, um möglichst rasch ein Uebereinkommen zu erreichen.

Später jedoch, während der Genfer Verhandlungen, wurde die Sowjetregierung mit einer Reihe von Tatsachen konfrontiert, die sie zwangen, ihre Haltung zu revidieren. Angesichts der Opposition der Westmächte gegen alle Vorschläge, die auf eine wirkliche Einstellung der Atomversuche abzielten, redete sie zu leeren Wänden.

Während die Vereinigten Staaten und Großbritannien in Genf über den Abschluß eines Vertrages zur Beendigung der Kernwaffenversuche sprachen, führte Frankreich, ihr Verbündeter im aggressiven NATO-Block, im Interesse dieses Blocks Kernwaffenversuche durch. Frankreich tat dies trotz wiederholter Warnungen der Sowjetunion und ihrer ausdrücklichen Erklärung, daß die Sowjetunion gezwungen sein würde, ihre Versuche wieder aufzunehmen, wenn Frankreich nicht seine Versuchsexplosionen einstelle. Es ist allgemein bekannt, daß die Vereinigten Staaten und Großbritannien nicht den notwendigen Einfluß auf Frankreich, ihren Verbündeten, ausübten. Im Gegenteil, in Wirklichkeit ermutigten sie Frankreich zu diesen Versuchen, da die Ergebnisse dieser Versuche dazu benutzt wurden, die Rüstungen der NATO zu verstärken.

Uebrigens erklärte die französische Regierung auf unzweideutige Weise, weder die Tatsache, daß in Genf Dreimächte-Verhandlungen über die Einstellung der Versuche stattfänden, noch gar der Abschluß eines Vertrages in dieser Frage könne Frankreich hinsichtlich seiner Kernwaffenversuche und der Schaffung eines „nuklearen Schock-Potentials“ in irgendeiner Weise binden.

Für die Sowjetunion ist es natürlich nicht von besonderer Bedeutung, welche der NATO-Mächte neue Informationen als Ergebnis von Kernwaffenversuchen erhält. Die französischen Versuche mit Kernwaffen waren ein Teil des allgemeinen Programmes zur Stärkung des Kriegspotentials der NATO. Daher haben die NATO und ihre Mitgliedstaaten militärische Vorteile gegenüber der Sowjetunion erlangt, die seit 1958 keine Kernwaffenversuche durchgeführt hatte.

Daraus läßt sich ersehen, daß die Westmächte ein doppeltes Spiel betrieben, bei dem einige Mitglieder des NATO-Militärblockes in Genf am Konferenztisch saßen und vorgaben, sie seien bemüht, ein Uebereinkommen über die Einstellung der Kernversuche zu erzielen, während ihr NATO-Partner Frankreich in den Versuchsgebieten der Sahara eine A-Bombe nach der anderen explodieren ließ. Sie wollten damit die Sowjetunion daran hindern, ihre Waffen zu entwickeln, während sie selbst ihre Waffen heimlich vervollkommneten. Dieses doppelte Spiel wurde jetzt besonders deutlich an der allgemein bekannten Tatsache, daß die Vereinigten Staaten und Frankreich ein Abkommen über die Zusammenarbeit bei der Benutzung von Atomenergie für militärische Zwecke abgeschlossen haben.

## III

Die von den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich verfolgte Praxis, einseitige militärische Vorteile gegenüber der Sowjetunion zu erlangen, wurde ebenfalls



im Verlauf der Genfer Gespräche über den Abschluß eines Abkommens zur Beendigung der Kernwaffenversuche ganz deutlich.

Die Regierung der Vereinigten Staaten bemühte sich sehr darum, unterirdische Kernwaffenversuche legalisiert zu bekommen, da in den Vereinigten Staaten schon vor geraumer Zeit ein Programm für die Vervollkommnung der Kernwaffen durch unterirdische Versuche in den Schächten und unterirdischen Stollen im Staat Nevada aufgestellt worden war.

Mit demselben Ziel, sich auf Umwegen die Vervollkommnung ihrer Kernwaffen zu sichern, verlangte die Regierung der Vereinigten Staaten hartnäckig von der Sowjetunion, diese solle der Durchführung einer unbegrenzten Zahl von Kernexplosionen „zu friedlichen Zwecken“ zustimmen. Auch wer nur oberflächlich mit der modernen Kerntechnik vertraut ist, weiß doch, daß eine nukleare Einrichtung, die sich für „friedliche Zwecke“ verwenden läßt, auch für militärische Zwecke dienen und daher zur Vervollkommnung von Kernwaffen benutzt werden kann.

Mit diesen Forderungen, die eine lange Zeit hindurch beharrlich vorgebracht wurden, gingen in den Vereinigten Staaten intensive Vorbereitungen für unterirdische Atomversuche einher. Seit 1960 waren in den Vereinigten Staaten umfangreiche Vorbereitungen für eine neue Kernwaffen-Versuchsreihe im Gange. Die offiziellen amerikanischen Vertreter haben es noch nicht einmal für nötig gefunden, diese Vorbereitungen zu verheimlichen. Die amerikanische Presse hat Berichte über die vorbereitenden Arbeiten, Fotografien der Tunnel, Erklärungen hochgestellter amerikanischer Beamter über die Notwendigkeit einer baldigen Wiederaufnahme der Versuche usw. veröffentlicht.

Es ist bezeichnend, daß bereits am 5. September 1961 in den Vereinigten Staaten angekündigt wurde, daß ein umfangreiches Programm gerade unterirdischer Versuche durchgeführt werden soll. Ueberdies enthielt die am 3. September d. J. von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und dem britischen Premierminister an den Ministerpräsidenten der Sowjetunion gerichtete Botschaft den Vorschlag, daß nur ein Uebereinkommen über das Verbot von Versuchen in der Atmosphäre getroffen werden sollte. Die Frage von unterirdischen Versuchsexplosionen dieser Waffen oder Explosionen im Weltraum war in dem vorgeschlagenen Abkommen ausgeklammert worden. Dies war wiederum ein Ausdruck der von den Vereinigten Staaten und Großbritannien verfolgten Tendenz, die Möglichkeit zur Durchführung von Atomversuchen zu behalten, während gleichzeitig der Sowjetunion die Hände gebunden werden sollten, indem sie Schritte unternahm, durch die die sowjetische Verteidigungskraft beschränkt werden sollte.

## IV

Während die Vertreter der drei Mächte in Genf über die Frage der Kernwaffenversuche berieten, fuhren die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland und andere Mitglieder der NATO ungestört fort, das Wettrüsten, insbesondere hinsichtlich nuklearer, chemischer und biologischer Waffen, zu verstärken.

Die NATO begann praktische Vorbereitungen für die Ausrüstung der westdeutschen Bundeswehr mit atomaren Raketenwaffen. In der ganzen Welt wurden fieberhaft immer mehr amerikanische Militärstützpunkte errichtet, die als Ausgangspunkt der Aggression gegen die sozialistischen Länder dienen sollten. Schon im März dieses Jahres wurde eine starke Erhöhung des Verteidigungshaushaltes der Vereinigten Staaten geplant, und zur gleichen Zeit wurden die militärischen Vorbereitungen in der Bundesrepublik Deutschland und in einigen anderen NATO-Staaten beschleunigt.

Diese schon beispiellosen militärischen Vorbereitungen haben in den vergangenen Monaten ein besonderes Maß erreicht. Als Antwort auf den Vorschlag der Sowjetunion, unverzüglich einen deutschen Friedensvertrag abzuschließen und die Situation in West-

Berlin auf dieser Grundlage wieder zu normalisieren, beschritten die Vereinigten Staaten und andere führende NATO-Staaten den Weg direkter Drohungen gegen die Sowjetunion sowie andere sozialistische Länder und schufen eine Atmosphäre wilder Kriegshysterie. Durch die Erhöhung der schon aufgeblasenen Verteidigungshaushalte, den Aufruf immer neuer Jahrgänge von Reservisten und die immer schnellere Bildung von neuen Divisionen, die sodann in die Nähe der Grenzen der Sowjetunion geschickt wurden, erhitzen die Regierung der Vereinigten Staaten und ihre NATO-Verbündeten die internationale Atmosphäre bis zum Siedepunkt.

V

Konfrontiert mit dieser starken Verschärfung der internationalen Spannungen war die sowjetische Regierung gezwungen, Maßnahmen zur Verstärkung der Verteidigungskraft der Sowjetunion zu unternehmen. Sie war gezwungen, den Beschluß zu fassen, Kernwaffenversuche durchzuführen. Die Sowjetregierung unternahm diesen Schritt ungerne und unter dem Druck der Umstände, aber sie konnte nicht auf ihn verzichten, ohne lebenswichtige Interessen der Sicherheit der Sowjetunion und aller sozialistischen Länder preiszugeben.

Die von der Sowjetunion unternommenen Maßnahmen zur Stärkung ihrer Verteidigungskraft dienen auch der Sicherheit aller anderen friedliebenden Staaten und Völker sowie der gemeinsamen Sache der Sicherung und Stärkung des Friedens. Denjenigen, die für den Krieg rüsten, soll klar zu verstehen gegeben werden, daß eine Aggression ihrerseits vernichtend zurückgeschlagen werden wird, daß es Mächte in der Welt gibt, die gerüstet sind, jeden Versuch eines Aggressors oder einer Gruppe von Aggressoren zurückzuweisen, die friedliche Tätigkeit und Sicherheit der Staaten zu beeinträchtigen. Nur auf diese Weise kann ein potentieller Angreifer davon abgebracht werden, ein Spiel mit dem Feuer zu beginnen, nur auf diese Weise können die Kriegspsychopathen und die mit dem Krieg Spielenden zur Vernunft gebracht werden.

VI

Die Entscheidung der Sowjetregierung, die Kernwaffenversuche wiederaufzunehmen, wurde auch im Zusammenhang mit der Tatsache getroffen, daß die Westmächte hartnäckig gegen alle Versuche der Sowjetunion opponierten, in den Gesprächen über eine allgemeine und vollständige Abrüstung einen Fortschritt zu erzielen, und daß sie sich entgegen dem Beschluß der Vollversammlung der Vereinten Nationen weigerten, mit der Ausarbeitung eines Vertrages über die allgemeine und vollständige Abrüstung zu beginnen.

Das Verhalten der Westmächte bei ihren Kriegsvorbereitungen und ihre Verstärkung derselben sowie ihre Sabotage des Beschlusses der UN-Vollversammlung über den Abschluß eines Übereinkommens über die allgemeine und vollständige Abrüstung hat neues Licht auf die gesamte Frage der Beendigung der Kernwaffenversuche geworfen. Es ist offenbar geworden, daß der Abschluß eines separaten Abkommens über die Beendigung der Kernwaffenversuche, während dessen die Westmächte mit ihrem rücksichtslosen nuklearen Wettrüsten fortfahren, nur die Völker zu dem Glauben verleiten kann, daß etwas getan werde, um einen nuklearen Krieg abzuwenden, während die Westmächte in Wahrheit auf gerade einen solchen Krieg zusteuern.

Unter diesen Umständen könnte der Abschluß eines Vertrages über die Beendigung der Atomversuche, der nicht Teil eines Programmes der allgemeinen und vollständigen Abrüstung ist, den Völkern ein falsches Gefühl der Sicherheit geben und als eine Art von Schlaftrunk wirken, um ihre Wachsamkeit in Hinblick auf die Frage der Sicherung des Friedens einzuschläfern.

Denn es ist absolut klar, daß ein Vertrag über die Beendigung der Versuche allein nicht einen Tag den Prozeß der Anhäufung von Massenvernichtungswaffen durch die

Atomkräfte stoppen würde, selbst wenn man die Tatsache beiseite läßt, daß die schon vorhandenen Vorräte dieser Waffen intakt bleiben würden. Wenn zum Beispiel die westdeutschen Revanchisten und Militaristen unter Ausnutzung der ihnen von den Vereinigten Staaten und der NATO zuteil gewordenen Begünstigung die Zukunft der Menschheit durch den verrückten Versuch gefährden würden, mit Gewalt die Ergebnisse des letzten Krieges zu ihren Gunsten zu ändern und dadurch die NATO-Staaten in ein allgemeines Gemetzel hineinziehen würden, könnte ein Vertrag über die Versuchseinstellung auf keine Weise die Benutzung von Kernwaffen verhindern.

Daher würde ein unabhängig von einer Lösung des allgemeinen Abrüstungsproblems und unter Bedingungen eines fortgesetzten atomaren Wettrüstens unterzeichneter Vertrag über die Beendigung der Versuche der Sache des Friedens nicht dienen. Er könnte sogar die umgekehrte Wirkung haben, Vorbereitungen für einen Atomkrieg zu verdecken.

## VII

Gleicherweise würde unter den Bedingungen eines fortgesetzten nuklearen Wettrüstens durch die Westmächte der Abschluß eines separaten Vertrages über die Beendigung der Atomversuche nicht dazu beitragen, eine weitere Verbreitung von Kernwaffen zu verhindern. Bei einer Fortdauer des atomaren Wettrüstens könnte niemand diejenigen Staaten, die noch nicht im Besitz von Kernwaffen sind, daran hindern, ihre wissenschaftlichen und technischen Möglichkeiten für die Entwicklung solcher Waffen zu mobilisieren.

Ein isoliert von einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung in Genf ausgehandeltes Dreimächteabkommen über einen Versuchsstop könnte keinem Staate irgendwelche Verpflichtungen auferlegen, außer vielleicht moralischen. Was Frankreich betrifft, so hat es alle diese moralischen Verpflichtungen grob mit den Füßen getreten, und zwar hat es dies mit Unterstützung der Vereinigten Staaten und Großbritanniens getan. Seine Antwort auf die Erklärung der drei Mächte, daß diese die Atomversuche eingestellt hätten, lautete, die Sowjetunion, die Vereinigten Staaten und Großbritannien hätten bereits Kernwaffen erprobt und stellten diese jetzt serienmäßig her. Frankreich wolle ebenfalls dem „Atomklub“ beitreten, das heißt, Kernwaffen serienmäßig herstellen und unbegrenzte Versuche durchführen.

Daraus folgt, daß, wenn nicht ein beharrlicher und entschlossener Kampf für eine allgemeine und vollständige Abrüstung geführt wird, niemand dafür garantieren kann, daß nicht morgen auch andere Staaten Versuche mit eigenen Kernwaffen beginnen, auch wenn ein Dreimächteabkommen über die Beendigung der Versuche abgeschlossen wäre.

Man muß der Wahrheit offen ins Gesicht schauen: Im Augenblick geht es nicht um die Frage der schädlichen Folgen eines radioaktiven Niederschlages für die Lebewesen, sondern um die Befreiung der Menschheit von den Gefahren eines thermonuklearen Krieges, um die Rettung der Leben Hunderter von Millionen von Menschen und um die Verhinderung des Gebrauchs von Kernwaffen. Dies kann nur durch eine allgemeine und vollständige Abrüstung erreicht werden. Das ist heute das Hauptziel, die Hauptaufgabe.

## VIII

Was würde heute denn die Unterzeichnung eines Vertrages über die Versuchseinstellung durch die Sowjetunion, die Vereinigten Staaten und Großbritannien bedeuten? Nur das eine: die Legalisierung eines Systems, durch das der Sowjetunion, dem mächtigen Bollwerk des Friedens und der Unabhängigkeit und Sicherheit der Völker, die Möglichkeit genommen würde, ihre bei dem Fehlen einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung zur Verteidigung des Friedens notwendigen Kernwaffen zu vervollkommen, während die Westmächte zum Zweck ihrer Kriegsvorbereitungen ihre Versuche mit immer vernichtenderen Typen von Atom- und Wasserstoffwaffen fort-



setzen würden. Eine solche Situation eintreten zu lassen würde gleichbedeutend mit einer Ermutigung der Aggressoren sein, ihre für die gesamte Menschheit so gefährlichen Pläne zu realisieren.

IX

Was für einen Ausweg gibt es? Wie kann die Frage der Kernwaffenversuche unter den gegenwärtigen Bedingungen gelöst werden?

Die Sowjetregierung sieht eine realistische und vernünftige Lösung der Frage der Beendigung der Atomversuche auf der Grundlage der allgemeinen und vollständigen Abrüstung und nicht isoliert davon. Ein Herangehen an das Problem auf diese Weise würde alle Hindernisse und Schwierigkeiten beseitigen und würde alle Ausflüchte und Umwege ausschließen, die sonst diejenigen anwenden könnten, die nicht den Frieden wollen und deren Politik auf der Täuschung der Völker beruht.

Wenn die Staaten die allgemeine und vollständige Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle durchführten, und wenn alle Arten von Waffen, einschließlich der Kernwaffen, vernichtet und die Streitkräfte aufgelöst würden, würde auch der Anreiz zur Vervollkommnung von Kernwaffen und, daraus sich ergebend, zur Durchführung von Versuchen mit solchen Waffen, verschwinden. Niemand würde in die Versuchung geraten, Kernwaffen über- oder unterirdisch, in der Atmosphäre oder im Weltraum zu erproben; tatsächlich würde es dann nichts mehr zu erproben geben, denn die Kernwaffen würden vernichtet worden sein.

Die Schwierigkeiten, die sich während der Verhandlungen über die Frage der Kontrolle, einschließlich der Kontrolle über die Kernwaffenversuche, ergaben, würden damit ebenfalls beseitigt sein. Aus diesem Grund hat die Sowjetregierung erklärt, daß sie jeder von den Westmächten vorgeschlagenen Kontrolle zustimmen würde, wenn diese die sowjetischen Vorschläge über die allgemeine und vollständige Abrüstung annähmen. Die Sowjetunion wird niemals einer Abrüstung ohne wirksame Kontrolle zustimmen, denn die allgemeine und vollständige Abrüstung wird die strengste internationale Kontrolle verlangen, und den Kontrollorganen wird freier Zugang zu jedem Winkel der Erde ohne jedes Veto oder Einschränkungen gegeben werden müssen.

Die allgemeine und vollständige Abrüstung wird nicht nur die Gesundheit der Völker erhalten und die gefährlichen Folgen des radioaktiven Niederschlages beseitigen, sie wird das Leben der Völker erhalten und die Menschheit von der Bedrohung durch die tödliche Vernichtungskraft der Kernwaffen befreien.

Es ist die feste Ueberzeugung der Sowjetregierung, daß unter den gegebenen Umständen ihr Vorschlag zur Lösung der Frage der Beendigung der Kernwaffenversuche auf der Grundlage einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung der einzig richtige und realistische Weg ist. Ein Abkommen über die allgemeine und vollständige Abrüstung und die Lösung der Frage eines Verbots der Kernwaffenversuche auf dieser Grundlage würde mit den Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen übereinstimmen, die von allen Staaten, den großen wie den kleinen, verlangt, in Frieden und Freundschaft miteinander zu leben und strittige Fragen nicht durch Waffengewalt, sondern durch Verhandlungen auf der Grundlage der Zusammenarbeit und der gegenseitigen Achtung ihrer Rechte und Interessen zu lösen.

Die Regierung der Sowjetunion erklärt feierlich, daß die Sowjetunion bereit ist, sofort ein Abkommen über die allgemeine und vollständige Abrüstung unter strenger internationaler Kontrolle zu unterzeichnen.

Die Sowjetregierung ruft alle Völker, alle Regierungen der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen auf, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um ohne Aufschub die Frage der allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger internationaler Kontrolle zu lösen und damit einen dauernden Frieden auf der Erde zu sichern.

Quelle: *Soviet News* (Sowjetische Botschaft, London), Nr. 4537 vom 3. Oktober 1961.

**Gemeinsamer britisch-amerikanischer Resolutionsentwurf über die Einstellung der Kernwaffenversuche, der UN-Vollversammlung am 28. September 1961 unterbreitet**

*Betrifft:* Abschluß eines Vertrages über die Einstellung der Kernwaffenversuche.

**Die Vollversammlung**

erinnert an ihre Resolutionen 1252 (XIII) vom 4. November 1958, 1402 (XIV) vom 21. November 1959 und 1577 sowie 1578 (XV) vom 20. Dezember 1960,

stellt mit Bedauern die kürzliche Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche und die Zurückweisung der Vorschläge der Regierungen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten über die Suspendierung weiterer Kernwaffenversuche in der Erdatmosphäre fest,

stellt fest, daß die Genfer Verhandlungen über die Einstellung der Kernwaffenversuche bis zum Abschluß der Erörterung dieser Frage durch die Vollversammlung vertagt wurden,

ist der Ansicht, daß eine ständige und fortgesetzte Unterbindung der Kernwaffenversuche in allen Gegenden der Welt nur durch ein wirksames und unparteiisches Kontrollsystem, in das alle Staaten Vertrauen haben, garantiert werden kann,

1. bekräftigt, daß es dringend notwendig ist, ein Uebereinkommen über das Verbot aller Kernwaffenversuche unter wirksamer Kontrolle zu erzielen, das ein erster Schritt zur Abwendung des gefährlichen und belastenden Wettrüstens sein und die Verbreitung von Kernwaffen an andere Länder verhindern würde sowie zur Herabsetzung der internationalen Spannungen beitragen und die im Gefolge der Kernwaffenversuche auftretenden gesundheitlichen Gefährdungen ausschließen würde;

2. drängt die an den Verhandlungen der Genfer Konferenz über die Einstellung der Kernwaffenversuche teilnehmenden Staaten, sofort ihre Anstrengungen zu erneuern, um zum frühestmöglichen Zeitpunkt einen Vertrag über die Einstellung der Kernwaffenversuche auf der folgenden Grundlage abzuschließen:

a) der Vertrag sollte die Einstellung aller Kernwaffenversuche in allen Gegenden der Welt unter einem Inspektions- und Kontrollapparat zum Ziel haben, der die Einhaltung der Vertragsbestimmungen garantiert;

b) der internationale Kontrollapparat sollte so organisiert sein, daß er repräsentativ für alle Vertragspartner ist, er sollte so besetzt und gehandhabt werden, daß seine Objektivität und Wirksamkeit — unter Vermeidung der Selbstkontrolle — durch ein Verfahren garantiert wird, das den Gebrauch seiner Einrichtungen ausschließlich zum Zweck einer wirksamen Kontrolle garantiert;

c) die tägliche exekutive und administrative Tätigkeit des durch den Vertrag errichteten Kontrollapparates sollte nicht der Obstruktion durch die Einlegung eines Vetos unterliegen; die administrative Verantwortung sollte in den Händen eines einzelnen Administrators liegen, der unparteiisch und unter der Aufsicht einer aus den Vertretern der Vertragsparteien zusammengesetzten Kommission amtiert;

3. ersucht die verhandelnden Staaten, der UN-Abrüstungskommission bis zum 1. März 1962 über den Fortschritt ihrer Verhandlungen zu berichten;

4. ruft alle Staaten auf, nach dem Abschluß eines Vertrages, der gewährleistet, daß Kernwaffenversuche ständig unter wirksamer Kontrolle verboten sein werden, diesen zu ratifizieren oder ihm beizutreten.

Quelle: *Wireless Bulletin* (Botschaft der Vereinigten Staaten, Bad Godesberg), Nr. 246 vom 29. September 1961.

## Die Weiterführung der Europa-Politik (IV)

Vgl. hierzu Teil I, II und III dieser Dokumentation in Dokumente Jg. 1961, S. D 199 ff., D 323 ff. und D 457 ff.

Die Herbstsitzungen der europäischen parlamentarischen Versammlungen, die am 18. September 1961 mit einer Sondersitzung des Europäischen Parlaments begannen, gaben den Abgeordneten zum ersten Mal Gelegenheit, das britische Beitritts-gesuch an die EWG zu erörtern. Im Lichte der Ereignisse des 13. August und der Wiederaufnahme der Kernversuche durch die Sowjetunion wurde die Notwendigkeit einer beschleunigten Integration Europas als besonders dringlich empfunden.

Der zweitägigen Sondersitzung des Europäischen Parlaments lag ein Entschließungsantrag zur Assoziation zwischen der EWG und Griechenland vor, der einstimmig angenommen wurde. Die Entschließung enthält einen nachdrücklichen Hinweis darauf, daß die Bestimmungen des vorliegenden Assoziationsabkommens „nicht als Präzedenzfall für andere spätere Assoziierungsabkommen angesehen werden dürfen, die auf ihre eigenen Qualitäten hin zu prüfen sind“. Zur Frage der politischen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der Gemeinschaften nahm das Parlament ebenfalls einstimmig eine Entschließung an, mit der es an die Bonner Erklärung der sechs Regierungschefs vom 18. Juli 1961 (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 469) anknüpfend beschließt, der darin enthaltenen Aufforderung unverzüglich zu entsprechen und das Feld seiner Beratungen auf alle gemeinsamen politischen Probleme auszudehnen (vgl. S. D 664 f.).

Im Anschluß an diese Sondersitzung berieten das Europäische Parlament und die Beratende Versammlung des Europarats auf ihrer vierten gemeinsamen Sitzung über die Berichte der Kommissionen der EWG und EAG sowie der Hohen Behörde der EGKS. Bei der Vorlage des Berichts der EWG-Kommission stellte der Präsident der EWG-Kommission, Walter Hallstein, die Beitrittsgesuche Großbritanniens, Dänemarks und Irlands in den Mittelpunkt seiner Ansprache und wies auf die in der Bewährung begründete Ueberzeugungskraft der Gemeinschaften hin. Zu den Fragen, die sich in bezug auf die Neutralen ergeben, könne man allerdings noch nicht vorstoßen. Zunächst würden sich die Verhandlungen nur auf den britischen Fall beschränken. In der Debatte erörterten Sprecher der neutralen Länder eingehend die Möglichkeiten, die sich für

das zukünftige Verhältnis ihrer Länder mit der EWG ergeben. Als Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats des Europarats würdigte Bundesminister Hans Joachim von Merkatz die weltpolitische Bedeutung des britischen Beitritts-gesuchs und appellierte an die Mitgliedstaaten der EWG, in gemeinsamer Anstrengung die Schwierigkeiten auf dem Wege zum Beitritt zu überwinden. Von Merkatz nannte die Europäischen Gemeinschaften das mächtigste Bollwerk gegen die aus dem Osten drohenden Gefahren.

Die Beratende Versammlung des Europarats hielt vom 21. bis zum 28. September den zweiten Teil ihrer 13. Sitzungsperiode. Die Versammlung setzte zunächst ihre Arbeiten auf den Gebieten der europäischen Landwirtschaftspolitik, der Sozial-, Rechts- und Bevölkerungsfragen und der kulturellen Zusammenarbeit fort. Insbesondere setzte sie sich mit der einstimmigen Annahme einer vom Kulturausschuß vorgelegten Empfehlung für die Schaffung eines Rates für Europäische Kulturelle Zusammenarbeit zum 1. Januar 1962 ein und einigte sich nach eingehender Erörterung der Probleme der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern auf eine Empfehlung, mit der sie sich der großen Linie des Kennedy-Plans anschließt und Vorschläge zur Fusion der Präferenzsysteme in Afrika sowie zur Stabilisierung der Weltrohstoffmärkte macht (vgl. S. D 665 f.). Die politischen Debatten wurden am 25. September durch den Berichterstatter des Politischen Ausschusses, Maurice Macmillan, eingeleitet, der die Ereignisse in Berlin als einen Ausschnitt aus dem komplexeren Bild der sowjetischen Politik in Ost- und Mitteleuropa bezeichnete. Außer der Entschließung zum Gesamtproblem Deutschland (vgl. S. D 667) und einer Empfehlung über die Erweiterung des Teilnehmerkreises bei den politischen Konsultationen der EWG-Staaten (vgl. S. D 668) nahm die Versammlung im Rahmen dieser Debatte eine Entschließung zur Abrüstung an, in der sie die Hoffnung zum Ausdruck bringt, daß ein Abkommen über das Verbot von Kernversuchen als erste Stufe zu einem multilateralen allgemeinen Abrüstungsabkommen zustande kommen möge. In der Wirtschaftsdebatte am 27. September wurde der Versammlung von dem österreichischen Außenminister, Bruno Kreisky,



in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Ministerrats der EFTA der erste Jahresbericht der EFTA vorgelegt. Die Versammlung begrüßte in ihrer Entschlußung zu diesem Bericht besonders die Bereitschaft der EFTA-Länder, mit der EWG zu verhandeln, um die wirtschaftliche Spaltung Europas zu überwinden. In der Empfehlung zu den europäischen Wirtschaftsbeziehungen, die zum Abschluß der Wirtschaftsdebatte einstimmig angenommen wurde, kommt das Interesse zum Ausdruck, das alle Mitgliedstaaten an der Schaffung eines umfassenden integrierten europäischen Marktes haben (vgl. S. D 668 ff.).

Bei der Eröffnung der Verhandlungen über den Beitritt Großbritanniens zur EWG auf Regierungsebene gab der britische Lordsiegelbewahrer, Edward Heath, am 10. Oktober in Paris eine Erklärung ab, die den Teilnehmern in Form eines vertraulichen Memorandums überreicht wurde (vgl. Zusammenfassung auf S. D 670 f.). Er bekundete darin Großbritanniens Bereitschaft, als Vollmitglied der EWG beizutreten, und brachte die Ansicht zum Ausdruck, daß sich die speziellen britischen Probleme durch Protokolle lösen lassen würden. Heath stellte den Beitritt Großbritanniens zur EGKS und zur EAG in Aussicht und brachte das Interesse der britischen Regierung an den in der Bonner Erklärung der Regierungschefs vom 18. Juli 1961 aufgezeigten Zielen zum Ausdruck.

Am 19. Oktober traten die Außen- und Handelsminister der drei neutralen EFTA-Staaten, Oesterreich, Schweden und Schweiz, zu einer Beratung der Integrationsfragen in Wien zusammen. Sie kamen zu der Auffassung, daß die Neutralität kein Hindernis für die Teilnahme an der wirtschaftlichen Integration Europas durch Assoziierungsabkommen darstelle und daß

formelle Schritte der einzelnen Staaten noch vor Ablauf des Jahres angebracht sein könnten, um ein gleichzeitiges Inkrafttreten einer Gesamtlösung für alle EFTA-Staaten zu erreichen (vgl. S. D 672 f.).

Das Europäische Parlament faßte in seiner ordentlichen Sitzung vom 16. bis zum 20. Oktober wichtige Beschlüsse auf dem Gebiet der Agrarpolitik und der Wettbewerbspolitik sowie über den Entwurf eines europäischen Beamtenstatuts, über eine Gemeinschaftssteuer, über den Gesundheitsschutz im Rahmen der EAG und die Harmonisierung der Löhne für männliche und weibliche Arbeitskräfte. In der politischen Debatte legte das Parlament, dessen Politischer Ausschuß seine letzte Sitzung am 10. Oktober in Berlin abgehalten hatte, ein eindeutiges Bekenntnis zur Solidarität mit Berlin ab. Zur Beratung und Abstimmung lag der von der niederländischen Regierung unterbreitete Entwurf eines Übereinkommens zur Einsetzung eines Rates der Europäischen Gemeinschaften und einer Hohen Kommission vor, der nach eingehender Erörterung mit einigen Änderungen zur Annahme empfohlen wurde (vgl. S. D 673 ff.). In einer Entschlußung über das für den Abschluß der Beitrittsabkommen anzuwendende Verfahren bedauerte das Parlament, daß die EWG-Kommission noch nicht mit den Verhandlungen betraut worden sei, die für die Vorbereitung der Beitrittsabkommen notwendig sind, und betonte, es sei unerlässlich, daß das Parlament regelmäßig zu den verschiedenen Aspekten der Verhandlungen konsultiert werde.

Auch der Internationale Rat der Europäischen Bewegung nahm anläßlich seiner Sitzung in Paris am 14. Oktober in zwei Entschlüssen zum Berlin-Problem und zu der neuesten Entwicklung der europäischen Integrationsbestrebungen Stellung (vgl. S. D 671 f.).

## Entschlußung des Europäischen Parlaments vom 19. September 1961 über die politische Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften

*Betrifft:* Politische Zusammenarbeit der EWG-Staaten.

### Das Europäische Parlament

hat von dem Kommuniké Kenntnis genommen, das nach der Gipfelkonferenz der Staats- oder Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft vom 18. Juli 1961 in Bonn veröffentlicht wurde;

stellt fest, daß die Staats- oder Regierungschefs endlich die Notwendigkeit erkannt haben, dem in den Verträgen zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften enthalte-

nen Willen zur politischen Einheit feste Form zu geben, und daß sie zur institutionellen Vollendung dieser Einheit gelangen wollen, die das Parlament immer als das einzige Mittel zur Sicherung der Zukunft Europas angesehen hat;

begrüßt es, daß seine Entschliebung vom 29. Juni 1961 einer Prüfung unterzogen wurde, erwartet aber, daß keine weiteren, ungerechtfertigten Verzögerungen der tatsächlichen, konkreten Verwirklichung der empfohlenen Lösungen in den Weg treten;

erklärt sich bereit, die Regierungen der Mitgliedstaaten mit seiner eigenen Erfahrung bei der Suche nach den geeignetsten Wegen zur Verwirklichung einer echten, uneingeschränkten politischen Einheit zu unterstützen;

beauftragt seinen Politischen Ausschuß, sofort mit der eingehenden Prüfung dieser Probleme zu beginnen;

beschließt, unverzüglich der an das Parlament ergangenen Aufforderung zu entsprechen und das Feld seiner Beratungen auf alle politischen Probleme von gemeinsamem Interesse auszudehnen;

beauftragt seinen Präsidenten, die Regierungen der Mitgliedstaaten aufzufordern, sich gemäß dem nach der Konferenz von Bonn veröffentlichten Communiqué an diesen Arbeiten zu beteiligen, und ihnen gleichzeitig den Wortlaut dieser Entschliebung mitzuteilen.

Quelle: Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, 4. Jg. Nr. 67, vom 13. Oktober 1961.

### **Empfehlung der Beratenden Versammlung des Europarats vom 22. September 1961 über die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern**

*Betrifft: Kennedy-Plan für das Jahrzehnt der Entwicklungshilfe — Steigerung des europäischen Beitrags — Fusion der Präferenzsysteme — Regelung der internationalen Rohstoffmärkte.*

#### **I**

##### **Die Versammlung**

erinnert an ihre früheren Empfehlungen über die Probleme der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern, insbesondere ihre Empfehlungen Nr. 158, 159, 211, 222, 223 und 243;

in der Auffassung, daß ein Teil dieser Empfehlungen bereits im Rahmen der Arbeitsgruppe für Hilfe und Entwicklung in Durchführung begriffen ist, daß aber die Entwicklung der amerikanischen Politik den Europarat vor neue Verantwortungen stellt;

in der Erwägung, daß Europa zum Kennedy-Plan über „The Decade of Development“ (das Jahrzehnt der Entwicklungshilfe) schon deswegen Stellung nehmen muß, weil die Vereinigten Staaten mit einer beträchtlichen Steigerung des europäischen Beitrags zu den Bemühungen um die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern rechnen;

in der Auffassung, daß diese Gegenüberstellung des europäischen und nordamerikanischen Standpunktes normalerweise innerhalb der OECD erfolgen soll, deren wichtigste Aufgabe es sein sollte, die verschiedenen Hilfsmaßnahmen zu koordinieren, deren Wirksamkeit zu erhöhen und darüber zu wachen, daß die Beiträge der einzelnen Staaten in einem Verhältnis zu ihren Mitteln stehen;

empfiehlt der Ministerausschuß:

sich mit den großen Linien des Kennedy-Planes einverstanden zu erklären, der in glücklicher Weise der bereits früher entwickelten Politik des Europarates entspricht:

— Respektierung der Unabhängigkeit der Staaten;

- Gestaltung der Hilfe auf der Grundlage von Plänen, deren Aufstellung von Regierungen übernommen wird, die ihre Völker repräsentieren und die zugleich bereit sind, ihren Beitrag zu diesem Werk mit entsprechenden politischen, sozialen und steuerlichen Maßnahmen zu leisten;
- Kontrolle der Finanzmittel durch die verteilenden Organisationen;
- Anpassung der Hilfe an die jeweiligen Situationen unter besonderer Berücksichtigung der
  - menschlichen Infrastruktur (kulturelle Entwicklung, Ernährungspolitik, Gesundheitszustand);
  - der besonderen kulturellen Bemühung, die für die Ausbildung von leitendem Personal notwendig ist;
  - der wirtschaftlichen Infrastruktur;
  - der Art der Zuwendungen;
  - der Zuweisung langfristiger Kredite mit niedrigem Zinssatz, aber in harter Währung rückzahlbar;
- Möglichkeiten für Privatkapital, sich an der Entwicklung unter der Voraussetzung zu beteiligen, daß die Vorhaben im Rahmen des Planes liegen;
- von den Staaten gewährte Garantien zur Respektierung der Privatinvestitionen;
  - den Anteil der multilateralen Hilfe auf ein Maximum zu erhöhen, wenigstens aber in zwei Jahren auf 15 vH der Globalsumme der bilateralen Hilfe;

## II

in der Erwägung, daß in Kürze Verhandlungen betreffend einen Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft aufgenommen werden;

empfiehlt den betreffenden Regierungen:

eine Fusion der Präferenzsysteme der afrikanischen Staaten des englischen und französischen Sprachbereichs anzustreben und damit einen Faktor für die Einheit in Afrika und Europa zu schaffen;

innerhalb dieser unter Umständen erweiterten Gemeinschaft eine so liberale Politik anzuwenden, daß auf keinen Fall der normalen industriellen Expansion der mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft nicht assoziierten Entwicklungsländer Hindernisse in den Weg gelegt werden;

## III

in Erwägung, daß auch eine erweiterte Europäische Wirtschaftsgemeinschaft nicht über die notwendige Zuständigkeit verfügt, um ein besonderes Exportsystem zugunsten jener Länder zu schaffen, die nicht Mitglieder sind oder die mit ihr nicht durch Assoziierungsabkommen verbunden sind;

in Erwägung, daß es bisher noch nicht möglich war, innerhalb der Vereinten Nationen und der ECOSOC oder des GATT ein Weltabkommen zur Regelung des internationalen Rohstoffmarktes zu schaffen;

in Erwägung, daß für die außereuropäischen Länder und insbesondere für die Länder Asiens, Ozeaniens und Südamerikas eine wirksame Unterstützung ihrer Exporte unbedingt notwendig ist und darüber hinaus geeignet wäre, die allgemeinen Bedingungen für eine wirtschaftliche Entwicklung zu verbessern;

empfiehlt dem Ministerausschuß:

er möge im Rat der OECD die Aufnahme von Verhandlungen über Verbesserungsmöglichkeiten der ständig schwankenden Rohstoffmärkte aufnehmen.

Quelle: Empfehlung 288. Deutsch nach *Mitteilungen des Europarats*, Oktober 1961.



Ostsee geworden. Basierte in den ersten Jahren der Neuaufrüstung Westdeutschlands in der Ostsee weniger als die Hälfte der gesamten Flotte dieses Landes, so sind dort jetzt bereits drei Viertel aller Kriegsschiffe der Bundesrepublik Deutschland stationiert.

Der Stab der Flotte der Bundesrepublik Deutschland wurde von der Nordseeküste nach Flensburg an der Ostsee übergeführt. Gegenwärtig wird immer öfter von einer Raketen- und Kernbewaffnung der westdeutschen Flotte gesprochen.

Die Dinge entwickeln sich also dahin, daß die westdeutschen Militaristen unter Ausnutzung der dominierenden Lage ihrer Flotte sowie der anderen Waffengattungen im Ostseeraum den mit ihnen durch das NATO-„Bündnis“ verknüpften Ländern dieses Raumes ihren Willen diktieren werden. Wohin so ein Diktat der Militaristen der Bundesrepublik führen wird, ist nicht schwer vorauszusehen. Wenn Dänemark zum Beispiel in einem gefährlichen Augenblick die Revanchisten in ihrem Abenteuer nicht unterstützen wollte, so werden die bereits getroffenen Maßnahmen zur Unterordnung der dänischen Streitkräfte unter das westdeutsche Kommando Dänemark nicht gestatten, dies zu tun, und es würde unweigerlich zu einem Komplizen der Aggression werden.

Es ist auch nicht zu erwarten, daß ehemalige Hitleradmirale, falls ein Krieg ausbricht, den unterstellten dänischen Schiffen gestatten würden, den Gehorsam und die Ausführung ihrer Kampfbefehle zu verweigern.

Man könnte noch eine ganze Reihe von Angaben anführen, die von einer forcierten militärisch-politischen Infiltration Westdeutschlands im Raum Nordeuropas und der Ostsee zeugen, die die Grundlagen des Friedens und der Ruhe in diesem Raum untergräbt. Aber die oben angeführten Tatsachen genügen schon, um die Schlußfolgerung zu ziehen, daß der europäische Norden und der Ostseeraum, der lange Zeit ein verhältnismäßig ruhiger und friedlicher Raum blieb, nun in die gefährlichen Kriegsvorbereitungen des westdeutschen Militarismus einbezogen worden ist und infolgedessen zu einem potentiellen Herd eines militärischen Konfliktes werden kann.

All diese Kriegsvorbereitungen des NATO-Blocks und in erster Linie des westdeutschen Militarismus in Nordeuropa erfolgen mit Wissen und Zustimmung der Regierungen Norwegens und Dänemarks. Statt der Wahrheit ins Auge zu schauen, begnügen sich die Regierungen dieser Länder als Antwort auf die berechtigten Warnungen der Sowjetunion damit, festzustellen, sie bewerteten die Entwicklung in Westdeutschland anders; sie behaupten, die Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland an der NATO sei an sich eine Garantie für deren friedliche und demokratische Entwicklung. In Wirklichkeit aber zeugen die fieberhafte Militarisierung der Bundesrepublik Deutschland, die Forderungen Bonns nach Kernbewaffnung der Bundeswehr und die Orgie des Revanchismus von völliger Haltlosigkeit dieser Behauptungen.

Auch die herrschenden Kreise Schwedens unterschätzen die Gefahr der Kriegsvorbereitungen der Bundesrepublik Deutschland im Norden Europas. Amtliche Sprecher dieses Staates, deren Stimme man in diesem Raum aufmerksam Gehör schenkt, bekundeten wiederholt ihr Streben, den Frieden und die Ruhe im Ostseeraum zu wahren. Sie haben jedoch immer noch nicht ihre Stimme erhoben, um den europäischen Norden vor den Intrigen der westdeutschen Revanchisten zu schützen. Mehr noch: die militärischen Kreise des neutralen Schwedens stellen Kontakte mit dem Bonner Militärklüngel her, und schwedische Konzerne beliefern die Bundeswehr mit Waffen und fördern somit die weitere Militarisierung der Bundesrepublik Deutschland.

Man muß auch vermerken, daß gewisse Organe der finnischen Presse als Sprachrohre bestimmter Kreise die gefährlichen militärischen Vorbereitungen der Mitgliedsländer der NATO aktiv unterstützen und damit zur Schürung der Kriegspsychose beitragen, was im Widerspruch zu dem von Finnland eingeschlagenen außenpolitischen Kurs steht. Diese Kreise stellen die dem Frieden dienenden Vorschläge der Sowjetregierung und erlauben sich der Sowjetunion gegenüber feindselige Stellungnahmen; das widerspricht

dem Friedensvertrag mit Finnland und dem Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe zwischen der Sowjetunion und der Finnischen Republik.

Bekanntlich hat Finnland selbst am Krieg gegen Hitlerdeutschland teilgenommen, und auf dem finnischen Volk lastete schwer der Stiefel der Hitlerokkupanten.

Die Zerstörung Rovaniemis wie auch vieler anderer Städte Europas durch die Hitlerfaschisten dient als ernste Mahnung an diejenigen, die heute, bewußt oder unbewußt, die Augen vor der Gefahr des wiedererstehenden deutschen Militarismus und Revanchismus verschließen, dessen militärischen Vorbereitungen im Raum Nordeuropas und der Ostsee auch die Sicherheit Finnlands unmittelbar bedrohen.

Die Sowjetregierung hat bereits wiederholt darauf hingewiesen, daß die sich festigenden militärisch-politischen Verbindungen der skandinavischen Mitgliedsländer der NATO mit der Bundesrepublik Deutschland zur weiteren Verstärkung der aggressiven und revanchistischen Kreise in Westdeutschland beitragen.

Ausgehend von den Interessen der Wahrung des Friedens im Norden Europas und in Sorge um die Geschicke der Völker dieses Raums, erachtet es die Sowjetunion für notwendig, erneut davor zu warnen, daß diese Länder, wenn sie sich mit dem westdeutschen Militaristenklüngel verbinden, das Risiko eingehen, entgegen ihrem Willen zu direkten Komplizen bei der Ausführung der verbrecherischen Pläne der Bonner militaristischen Kreise zu werden und in ein Abenteuer der westdeutschen Generale verwickelt zu werden, das den nationalen Interessen dieser Länder selbst widerspricht und die schwersten Folgen für sie haben kann.

In Anbetracht der wachsenden Bedrohung des Friedens durch die westdeutschen Militaristen und ausgehend von den Interessen der Völker, die Opfer der Hitleraggression waren, machte und macht die Sowjetregierung in den letzten Jahren wiederholt den Vorschlag, einen deutschen Friedensvertrag abzuschließen, der das Leben und die Sicherheit der Völker Europas verläßlich schützen würde.

Dieser Vertrag würde jene deutschen Staatsgrenzen verankern, deren Revision die westdeutschen Revanchisten fordern, darunter die Grenze zwischen beiden deutschen Staaten.

Der Abschluß des deutschen Friedensvertrags würde zur Normalisierung der Situation in West-Berlin auf seiner Grundlage führen. Kann man es etwa für normal ansehen, daß diese Stadt wie in den letzten Tagen des Zweiten Weltkrieges, der vor mehr als 16 Jahren beendet wurde, okkupiert bleibt? Kann man sich etwa damit abfinden, daß die führenden Mächte der NATO West-Berlin für Provokationen, Diversionsakte und Spionage gegen die Sowjetunion und andere friedliebende Staaten ausnutzen?

Die dem Frieden dienenden Vorschläge der Regierung der Sowjetunion, unverzüglich einen deutschen Friedensvertrag zu schließen und auf seiner Grundlage die Situation in West-Berlin zu normalisieren, haben bei verschiedenen Staaten, die im Krieg gegen Hitlerdeutschland schwere Verluste erlitten hatten, volles Verständnis und Unterstützung gefunden.

Einer der Rechtsnachfolger des ehemaligen deutschen Staats, die Deutsche Demokratische Republik, die ihre den Potsdamer Beschlüssen entspringenden Verpflichtungen zur Ausrottung des Nazismus und Militarismus vollkommen erfüllt hat, erklärte sich bereits einverstanden, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen und damit ein trauriges Blatt in den Beziehungen Deutschlands zu anderen Staaten zu beenden.

Einen anderen, einen feindseligen Standpunkt gegenüber den Vorschlägen zur friedlichen Regelung mit Deutschland nimmt die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ein. Die Bonner Militaristen widersetzen sich dem Abschluß eines deutschen Friedensvertrages, weil er ihnen die Handlungsfreiheit bei den fieberhaften Kriegsvorbereitungen und bei der Vorbereitung militärischer Provokationen und Zusammenstöße nehmen würde. Die Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frank-

reichs, die einst Verbündete der Sowjetunion im gemeinsamen Kampf gegen die Hitler-aggression waren, leisten den revanchistischen und militaristischen Bestrebungen der Adenauer-Regierung Vorschub, wenn sie die vernünftigen Vorschläge zum Abschluß eines deutschen Friedensvertrages ablehnen. Von den führenden NATO-Mächten begünstigt, verschärft die Bundesregierung durch ihre provokatorischen Handlungen in West-Berlin und durch die militärischen Vorbereitungen sowohl auf ihrem Territorium als auch auf den Territorien der NATO-Partner die Lage in Europa, und die abenteuerlichsten Bonner Generale versteigen sich sogar dazu, mit der Entfesselung eines neuen Kriegs zu drohen.

Unter diesen Umständen muß die Sowjetregierung natürlich zwangsläufig die nötigen Konsequenzen ziehen. In Anbetracht der sich verstärkenden Kriegsvorbereitungen des aggressiven NATO-Blocks und Westdeutschlands hat die Sowjetunion bereits verschiedene wirksame Maßnahmen zur Festigung ihrer Verteidigungskraft und der Sicherheit ihrer Verbündeten, ausgehend von den entsprechenden gegenseitigen Verpflichtungen gemäß dem Warschauer Vertrag, ergriffen.

Die Infiltration des Nordens Europas und des Ostseeraums durch die westdeutschen Militaristen und Revanchisten und ihr Bestreben, diesen Raum als ein Aufmarschgebiet für neue Kriegsabenteuer auszunutzen, berühren jedoch, wie oben erwähnt wurde, unmittelbar die Sicherheit der Sowjetunion wie auch der Finnischen Republik.

In Anbetracht des oben dargelegten unterbreitet die Sowjetregierung der Regierung Finnlands den Vorschlag, Konsultationen über Maßnahmen zur Sicherung der Grenzen beider Länder vor der Gefahr eines militärischen Ueberfalls Westdeutschlands und der mit ihm verbündeten Staaten durchzuführen, wie dies im Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe zwischen der Sowjetunion und der Finnischen Republik vorgesehen ist. Datum und Ort für die genannten Verhandlungen könnten auf diplomatischem Wege vereinbart werden.

Quelle: TASS/dtsch. vom 30. Oktober 1961.

## Erklärungen des amerikanischen Außenministers zum Deutschland-Problem und zur Frage verdünnter Zonen

**Interview des amerikanischen Außenministers, Dean Rusk, mit der „Stimme Amerikas“  
am 29. Oktober 1961**

*Betrifft:* Berlin — sowjetische Außenpolitik — ideologische Spaltung  
zwischen Ost und West — Deutschland — Viermächtestatus von  
Berlin — neutrale Zonen — Abrüstung.

*Sonderkorrespondent Ronald I. Dunlavy:* Herr Außenminister, ich möchte Sie zunächst in unserem Programm „Probleme und politische Wege“ willkommen heißen. Dies ist die erste Sendung, und wir freuen uns sehr, daß Sie die Reihe eröffnen. Ich spreche nun seit ungefähr sieben Jahren Nachrichtenanalysen für unsere Freunde in Uebersee über die „Stimme Amerikas“, und von Zeit zu Zeit erhalte ich Briefe oder Postkarten mit Fragen über diesen oder jenen Aspekt der Politik der Vereinigten Staaten. Ich nehme an, daß es Ihnen mittlerweile zum Halse heraushängt, über Berlin zu sprechen; ich möchte es jedoch darauf ankommen lassen und Ihnen einige Fragen über Berlin stellen, denn in Europa macht man sich bestimmt Sorgen darüber, während dieses Thema einigen Ländern Asiens und Afrikas eine Art Rätsel aufgeben dürfte. Es wäre vielleicht gut, wenn wir einen Blick zurückwerfen könnten, um über einige der grundsätzlichen Probleme zu sprechen, die dabei eine Rolle spielen!



*Rusk:* Herr Dunlavey, ich bin sehr froh, an der ersten Sendung Ihrer Reihe teilnehmen zu können und ich wünsche Ihnen alles Gute dafür. Es stimmt, daß ich in den letzten Wochen und Monaten oft über Berlin sprechen mußte, und zweifellos werden wir auch in Zukunft noch oft darüber reden müssen. Es stimmt, daß wir im Augenblick dabei sind, zwischen den Regierungen vertrauliche Gespräche zu führen, und Äußerungen darüber sind darum gewisse Beschränkungen auferlegt. Trotzdem stehe ich Ihnen zur Verfügung, und ich werde mein Bestes tun, Ihre Fragen zu beantworten!

*Dunlavey:* Zu allererst möchte ich Ihnen, Herr Außenminister, eine Frage stellen, die wir in dieser oder jener Form manchmal von unseren Freunden im Ausland und manchmal sogar an diesem Land zu hören bekommen: Wir hören, daß Zweifel an der Bereitschaft Amerikas geäußert werden, wegen zwei Millionen Deutschen und dem Teil einer Stadt einen möglicherweise nuklearen Krieg zu riskieren. Wie ist Ihre Einstellung zu dieser Frage?

*Rusk:* Die Freiheit und das Schicksal von zwei Millionen Menschen sind an sich schon nicht unbedeutend. Es gibt jetzt eine Anzahl unabhängiger Staaten in den Vereinten Nationen, deren Gesamtbevölkerungszahl noch geringer ist. Die Zukunft der Menschen in West-Berlin und ihre Fähigkeit, diese Zukunft auf Grund ihrer eigenen freien Wahl zu entscheiden, sind von allergrößtem Interesse für uns hier in den Vereinigten Staaten. Aber von ihrer besonderen Lage ganz abgesehen, sind wir — die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich und Frankreich — gegenüber den Menschen in West-Berlin sehr fundamentale Verpflichtungen eingegangen, die sich bei Kriegsende ergaben. Und die NATO hat wichtige Verpflichtungen gegenüber diesen Menschen. Dieses Problem ist nur ein Teil eines totalen, weltweiten Problems zwischen dem chinesisch-sowjetischen Block auf der einen und denjenigen auf der anderen Seite, die versuchen, eine Welt aufzubauen, wie sie in der Charta der Vereinten Nationen herausgestellt wurde. Es geht nicht nur darum, daß die zwei Millionen Menschen Berlins wichtig sind. Ihre Bedeutung besteht zugleich darin, daß sie Teil einer historischen Krise sind, für die der Berlin-Konflikt nur ein Beispiel darstellt.

*Dunlavey:* Herr Außenminister, könnten Sie sich vielleicht darüber noch ein bißchen verbreitern? Sind Sie der Meinung, daß diese von den Sowjets in Berlin heraufbeschworene Krise Teil eines umfassenderen Plans ist, eine ganze Reihe von Krisen auszulösen, wo immer das möglich erscheint?

*Rusk:* Herr Dunlavey, ich habe nicht die Absicht, diese Fragen polemisch darzustellen. Wenn wir uns jedoch ruhig hinsetzen und einen Blick auf die Lage werfen, müssen wir feststellen, daß im Grunde genommen ein Kampf zwischen zwei Konzeptionen der Welt im Gange ist, der wir entgegengehen. Die eine dieser Konzeptionen ist die, welche — wie ich vorhin schon sagte — von der Charta der Vereinten Nationen dargestellt wurde, deren Mitglieder sich auf eine Welt festgelegt haben, in der unabhängige Nationen friedlich miteinander leben, indem sie die gegenseitigen Rechte respektieren und über die nationalen Grenzen hinweg miteinander zusammenarbeiten, um mit den wirksamsten Mitteln gemeinsame Aufgaben zu bewältigen. Die andere Art von Welt ist dergestalt, wie sie letzten Dezember während des sogenannten „kommunistischen Gipfels“ und in der Rede Chruschtschows vom 6. Januar sowie in jüngerer Zeit auf dem Moskauer Parteikongreß vor Augen geführt wurde: eine Welt kommunistischer Staaten unter strenger monolithischer Führung. Sie glauben, daß diese Art von Welt historisch unvermeidlich ist. Wir aber glauben das nicht. Sie sind offensichtlich darauf vorbereitet, ihre Energien und materiellen Hilfsmittel darauf zu verwenden, ihre Art von Welt zu verwirklichen. Wir glauben nicht, daß die Völker der Welt das akzeptieren werden, oder daß sie es wünschen. Denn wir glauben, daß die Charta der Vereinten Nationen die Bestrebungen der großen Mehrheit der Völker der Welt verkörpert.

*Dunlavey:* Herr Rusk, es ist nun gesagt worden, daß wir, wenn wir uns mit dem Berlin-Problem befassen, es vom Standpunkt Chruschtschows aus sehen sollten — im

Hinblick auf sein Prestige in der Öffentlichkeit und die möglichen Probleme, denen er sich zu Hause und innerhalb der Partei gegenüber sieht. Es ist gesagt worden, daß die Sowjetunion und Herr Chruschtschow einfach nicht zulassen können, daß eine Insel der Freiheit hinterm Eisernen Vorhang besteht. Was halten Sie von diesem Argument?

*Rusk:* Ich glaube nicht, daß das eine Grundlage für Konzessionen gegenüber der Sowjetunion abgeben könnte — auf Kosten der Menschen in West-Berlin oder auf Kosten grundsätzlicher westlicher Verpflichtungen. Zunächst einmal sollte sich der Eisernen Vorhang nicht dort befinden, wo er heute ist. Man hatte sich Ende des Krieges darauf geeinigt, daß Deutschland wiedervereinigt werden sollte, daß ein einziger deutscher Staat, der den frei ausgedrückten Wunsch des deutschen Volkes repräsentiert, geschaffen werden und daß ein Friedensvertrag schließlich die Lage auf dieser Grundlage regeln sollte. Es kann sein, daß einige der Sowjetführer zu Hause, innerhalb ihres eigenen politischen Systems, Probleme haben — ich bin mir dessen nicht so sicher — oder daß sie in öffentlichen Erörterungen dieser Probleme Prestigeprobleme für sich geschaffen haben, die Anpassungen ihrer Ansichten schwierig machen. Die meisten dieser Probleme sind jedoch von ihnen selber geschaffen, und sie sind keine Grundlage für eine Aufgabe der lebenswichtigen Interessen der Völker, die am direktesten betroffen sind, oder derjenigen von uns, deren Schutz diese Völker anvertraut sind.

*Dunlavey:* Herr Außenminister, Sie haben sich, glaube ich, vorhin auf die Rechte der Westmächte in Berlin bezogen. Könnten Sie uns sagen, was die Grundlage für die Rechte der Westmächte darstellt?

*Rusk:* Die fundamentalsten dieser Rechte sind diejenigen, die sich direkt aus der Kapitulation Nazi-Deutschlands ergaben. Das waren Rechte, die wir als Siegermächte direkt vom besiegten Deutschland erhielten. Sie gingen durch diese Kapitulation direkt auf uns über, nicht aber über irgendeinen Mittelsmann — an keiner Stelle! Aber diese Rechte sind von den Vier Mächten — einschließlich der Sowjetunion — auch auf andere Weise anerkannt und geplant worden — zum Beispiel in den Vereinbarungen von 1944 hinsichtlich der Maßnahmen nach der Kapitulation Deutschlands. Und sie sind auf verschiedenste Weise bestätigt worden, einige in schriftlichen Abmachungen wie diejenigen, die zur Zeit der ersten Berliner Blockade erzielt wurden, und andere durch die Praxis, die sich in einer Periode von 16 Jahren fest herausgebildet hat. Hinsichtlich der legalen Gültigkeit dieser Rechte gibt es keine Frage. Wenn irgend jemand die Frage der Legalität aufzuwerfen wünscht, dann gibt es legale Mittel, um solche Probleme zu lösen. Ich würde jedoch nicht sagen, daß diese legalen Rechte die einzige Rechtfertigung für die Anwesenheit der Westmächte in West-Berlin darstellen. Eine der besten Möglichkeiten, schwierige politische Fragen zu beantworten, besteht nach amerikanischer Auffassung entsprechend unserer großen Tradition darin, die Frage zu stellen, was die betroffenen Menschen selbst davon halten. Und wir glauben, daß einer der Gründe für unsere Anwesenheit in West-Berlin darin besteht, daß die West-Berliner den starken Wunsch haben, daß wir uns dort befinden, damit ihre Freiheit und ihre freie Wahl garantiert werden können.

*Dunlavey:* Es ist gesagt worden, daß Berlin vom militärischen Standpunkt aus strategisch unhaltbar ist, und man könnte so argumentieren: Wenn in Europa gegen sowjetische territoriale Expansion Stellung bezogen werden soll, wäre es dann nicht besser, etwas zu warten und diese Stellung dann vielleicht in einer anderen Position zu beziehen, die stärker ist als Berlin — und wer weiß, vielleicht würde sich das gar nicht als notwendig erweisen?

*Rusk:* Ich glaube, daß Präsident Kennedy diese Frage in einer seiner Erklärungen gegen Ende des Sommers beantwortet hat. Die Tatsache, daß West-Berlin physisch von Westdeutschland oder den NATO-Ländern getrennt ist, macht es nicht unhaltbar oder im üblichen Sinne verwundbar. Es mag sein, daß diese physische Trennung die andere Seite zu einer diesbezüglichen Illusion verleitet hat. Aber die einfache Tatsache, daß

die Vereinigten Staaten dort sind — wie der Präsident es ausdrückte —, daß Großbritannien, Frankreich und die West-Berliner dort sind — all das bedeutet, daß West-Berlin keine verwundbare Stadt ist!

*Dunlavey:* Von Zeit zu Zeit sind immer wieder Vorschläge dieser oder jener Art gemacht worden, daß nicht nur Deutschland, sondern vielleicht auch andere Teile Europas — Polen, Tschechoslowakei — zur neutralen Zone gemacht werden und daß die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten ihre Truppen mehrere hundert Meilen zurückziehen. Es würden sozusagen „Pufferzonen“ gebildet und es käme zu einer allgemeinen Spannungsverminderung, die vielleicht zum „Frieden für unsere Zeit“ führen könnte. Ganz allgemein nun: Haben die Vereinigten Staaten etwas gegen Vorschläge dieser Art — und falls ja, warum?

*Rusk:* Hier spielen sowohl technische als auch umfassende politische Fragen eine Rolle. Was die rein militärische Seite, die Sicherheitsseite angeht: Ein Rückzug der sowjetischen Truppen an die Grenzen der Sowjetunion und der amerikanischen Streitkräfte über den Atlantik ist keine wohlausgewogene militärische Regelung. Aber ganz davon abgesehen, hegen wir große Zweifel hinsichtlich des Gedankens einer Pufferzone, des Disengagements und einer neutralisierten Zone, weil die langfristigen Verpflichtungen, die die kommunistische Welt öffentlich bekanntgegeben hat, bedeuten, daß neutrale Zonen oder Pufferzonen für sie Gebiete künftiger Ausbeutung, Erkundung und Durchdringung sind. Solange also die Politik des chinesisch-sowjetischen Blocks darin besteht, seine Konzeption der Weltrevolution voranzutreiben, ist die Konzeption langfristiger neutralisierter Zonen und Pufferzonen äußerst schwer zu akzeptieren oder in die Tat umzusetzen. Ich glaube, eine bessere Möglichkeit, dieses Problem anzupacken, bestünde darin, nicht auf dieser Basis zu argumentieren, sondern den umfassenderen Problemen einer internationalen Abrüstung direkte Aufmerksamkeit zu widmen. Diese allgemeine Abrüstung würde weitgehende Verpflichtungen aller Nationen, die über eine größere Rüstung verfügen, einschließen, ihre Waffen wirksamer Kontrolle zu unterwerfen und den Weg für ihre schrittweise Verminderung zu ebnen. Dies würde uns einer friedlicheren Ordnung entgegenführen und die Frage der direkten Konfrontation bedeutender Streitkräfte nicht nur in Westeuropa, sondern vielleicht auch in anderen Teilen der Welt angehen.

Quelle: *Stimme Amerikas*/englisch (United States Information Service) vom 29. Oktober 1961.

## Die Konferenz von Punta del Este

Vom 5. bis zum 17. August 1961 hielt der Interamerikanische Wirtschafts- und Sozialrat eine von der OAS einberufene Sondersitzung in Punta del Este in Uruguay ab, um dem Aufruf Präsident Kennedys vom 14. März zur Gründung einer „Allianz für den Fortschritt“ durch den Entwurf eines Entwicklungs- und Selbsthilfeprogramms für die westliche Hemisphäre zu entsprechen.

Zum Abschluß der Konferenz wurde von allen Teilnehmern mit Ausnahme Kubas die „Charta von Punta del Este“ unterzeichnet. Beigefügt ist der Charta eine „Erklärung an die Völker Amerikas“, in der die Signatarstaaten die Grundsätze des Selbsthilfeprogramms darlegen und sich zu konkreten Maßnahmen verpflichten, um

ihren Völkern ein besseres Leben in Freiheit zu sichern (vgl. S. D 685 f.). Das Hauptvertragswerk gliedert sich in drei Teile. Im ersten sind Ziele und Methoden für die Durchführung der Allianz für den Fortschritt im einzelnen dargestellt und die Verpflichtung zur Hilfeleistung aus verschiedenen internationalen Quellen festgelegt. Der zweite Teil bringt die Beschlüsse über die Wirtschaftsintegration Lateinamerikas, und der dritte enthält Entschlüsse und Empfehlungen über Fragen des Rohstoffexports. Ein weiteres Ergebnis der Konferenz war die Einsetzung eines Ausschusses von neun Experten, der die Aufgabe hat, die lateinamerikanischen Länder bei der Ausarbeitung ihrer Entwicklungsprogramme zu beraten.



**Erklärung an die Völker Amerikas, angenommen am 17. August 1961 von der Sondersitzung des Interamerikanischen Wirtschafts- und Sozialrates in Punta del Este**

*Betrifft: Allianz für den Fortschritt — Integration Lateinamerikas — Lateinamerikanische Freihandelszone — Selbsthilfe — Beitrag der USA — nationale Entwicklungsprogramme.*

Versammelt in Punta del Este und erfüllt vom Geiste der hohen Grundsätze der Charta der Organisation der Amerikanischen Staaten, der „Operation Pan America“ und der Akte von Bogotá, vereinbaren die Vertreter der amerikanischen Republiken hiermit die Schaffung der „Allianz für den Fortschritt“. Sie soll als umfassende Aktion den Lebensstandard aller Menschen des Kontinents heben.

Diese Allianz beruht auf dem Grundsatz, daß freie Menschen mit Hilfe der Institutionen der repräsentativen Demokratie die Wünsche der Menschheit am besten erfüllen können. Zu diesen Wünschen zählen unter anderen der Wunsch nach Arbeit, nach einem Heim, nach Grund und Boden, nach Gesundheit und Ausbildung. Nur ein System, das die Würde des Individuums als Grundlage unserer Zivilisation anerkennt, kann echten Fortschritt gewährleisten.

In Ausübung ihrer Souveränität vereinbaren die Signatarstaaten deshalb, in den kommenden Jahren folgende Ziele anzustreben:

Die demokratischen Einrichtungen sind durch Anwendung des Prinzips der Selbstbestimmung durch das Volk zu verbessern und zu stärken.

Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ist zu beschleunigen, um die Durchschnittseinkommen so rasch wie möglich erheblich und stetig zu steigern. Dadurch sollen die Unterschiede im Lebensstandard zwischen den lateinamerikanischen und den industrialisierten Ländern verringert werden.

In Stadt und Land sind Wohnbauprogramme durchzuführen, um angemessene Unterkünfte für alle Menschen Amerikas zu schaffen.

Im Einklang mit den Eigenarten eines jeden Landes sollen umfassende Bodenreformprogramme gefördert werden. Sie sollen, wo dies notwendig ist, ungerechte Strukturen und Systeme des Grundbesitzes und der Bodennutzung wirksam umgestalten. Ziel ist dabei, Latifundien und landwirtschaftliche Zwergbetriebe durch ein gerechtes System des Eigentums an Grund und Boden zu ersetzen, damit mit Hilfe rechtzeitig und ausreichend gewährter Kredite, technischer Unterstützung und verbesserter Absatzverhältnisse der Boden für die Menschen, die ihn bearbeiten, zur Grundlage wirtschaftlicher Stabilität und steigenden Wohlstandes wird und ihnen ihre Freiheit und Menschenwürde sichert.

Allen Arbeitnehmern sind gerechte Löhne und zufriedenstellende Arbeitsbedingungen zu sichern. Im Interesse der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung sollen wirksame Systeme zur Regelung der Beziehungen zwischen den Sozialpartnern geschaffen und das Verfahren für Konsultation und Zusammenarbeit zwischen Regierungsstellen, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften festgelegt werden.

Dem Analphabetentum soll ein Ende gesetzt werden. Alle Menschen Lateinamerikas sollen so bald wie möglich in den Genuß einer Grundschulbildung kommen. Auf breiter Grundlage sind größere Möglichkeiten zum Besuch von Ober- und Fachschulen sowie für die höhere Bildung zu schaffen.

Die Programme zur Verbesserung des Gesundheitswesens und der sanitären Verhältnisse sind voranzutreiben, um die Ausbreitung von Krankheiten zu verhindern, Epidemien zu bekämpfen und unser Menschenpotential zu stärken.

Durch Reform der Steuergesetzgebung sollen diejenigen stärker herangezogen werden, die mehr besitzen. Steuerhinterziehungen sollen schwer bestraft werden. Eine

Neuverteilung des Sozialprodukts soll den Bedürftigsten zugute kommen. Gleichzeitig sind Spar-, Investitions- und Reinvestitionstätigkeit zu fördern.

Die Währungs- und Fiskalpolitik soll so gehandhabt werden, daß Inflation und Deflation mit ihren verheerenden Auswirkungen vermieden, die Kaufkraft der Massen geschützt, die Preisstabilität nach Möglichkeit gewahrt und eine angemessene Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung geschaffen wird.

Die Privatinitiative soll gefördert werden, um die Entwicklung der lateinamerikanischen Volkswirtschaften in einem Tempo zu ermöglichen, das es ihnen gestattet, Arbeitsplätze für die wachsende Bevölkerung zu schaffen, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen und ihren Platz an der Seite der Industrienationen einzunehmen.

Eine baldige und dauerhafte Lösung ist für das schwerwiegende Problem der übermäßigen Preisschwankungen bei den Hauptausfuhrsgütern der lateinamerikanischen Länder zu finden, von denen das wirtschaftliche Wohlergehen dieser Staaten abhängt.

Die Integration Lateinamerikas soll beschleunigt werden, um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Kontinents zu fördern. Durch den Vertrag über die wirtschaftliche Integration Zentralamerikas und, in anderen Ländern, durch die Lateinamerikanische Freihandelsassoziation ist dieser Prozeß bereits in Gang gesetzt worden.

Aus dieser Deklaration spricht die Ueberzeugung der lateinamerikanischen Nationen, daß dieser tiefgreifende wirtschaftliche, soziale und kulturelle Wandel nur durch Selbsthilfe jedes einzelnen Landes herbeigeführt werden kann. Wenn die gesteckten Ziele so rasch erreicht werden sollen, wie notwendig ist, müssen allerdings die Bemühungen der einzelnen Länder selbst noch durch entscheidende Hilfe von außen ergänzt werden.

Die Vereinigten Staaten verpflichten sich ihrerseits zu finanzieller und technischer Zusammenarbeit, damit die Ziele der „Allianz für den Fortschritt“ erreicht werden können. Die Vereinigten Staaten werden zu diesem Zweck einen erheblichen Teil der hauptsächlich aus öffentlichen Mitteln aufzubringenden Mindestsumme von 20 Milliarden Dollar bereitstellen, die Lateinamerika in den kommenden zehn Jahren aus auswärtigen Quellen aller Art zur Ergänzung seiner eigenen Bemühungen benötigt.

Als unmittelbaren Beitrag zum wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt Lateinamerikas werden die Vereinigten Staaten innerhalb von zwölf Monaten, gerechnet vom Tage der Verkündung der „Allianz für den Fortschritt“ am 13. März 1961, über eine Milliarde Dollar aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung stellen. Die Vereinigten Staaten beabsichtigen, langfristige Entwicklungskredite mit Laufzeiten bis zu 50 Jahren, soweit das angebracht erscheint, und zu sehr niedrigem Zinsfuß oder zinslos zu gewähren.

Die Länder Lateinamerikas erklären sich ihrerseits bereit, ihre eigenen Ressourcen in zunehmendem Ausmaß für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung einzusetzen und Reformen durchzuführen, die sicherstellen, daß alle Menschen voll an den Früchten der „Allianz für den Fortschritt“ teilhaben. Als eigenen Beitrag zur „Allianz für den Fortschritt“ werden die Länder Lateinamerikas umfassende und fundierte nationale Entwicklungsprogramme für ihre Volkswirtschaften ausarbeiten.

Den Ländern Lateinamerikas werden unabhängige und hochqualifizierte Sachverständige zur Verfügung stehen, um sie bei der Ausarbeitung und Prüfung der nationalen Entwicklungspläne zu unterstützen.

Eingedenk der überragenden Bedeutung dieser Deklaration erklären die Signatarstaaten, daß die interamerikanische Gemeinschaft nunmehr in eine neue Ära eintritt: Zur Ergänzung ihrer institutionellen, rechtlichen, kulturellen und sozialen Leistungen wird sie sofortige und konkrete Maßnahmen einleiten, um für die gegenwärtige Generation und für künftige Generationen ein besseres Leben in Freiheit und unter demokratischen Verhältnissen zu sichern.

Quelle: Organisation of American States, Special Meeting of the Inter-American Economic and Social Council at the Ministerial Level. Uruguay, August 1961. Official Records, ES-RE-Doc. 145 (English) Rev. 3 Corr. Vom 16. August 1961.

mindestens drei Tagen nach seiner Einbringung und nur in öffentlicher Abstimmung entscheiden. Wird der Mißtrauensantrag mit der Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen und mit der Mehrheit der Stimmen aller Mitglieder des Parlaments angenommen, so müssen die Mitglieder der Europäischen Hohen Kommission geschlossen ihr Amt niederlegen. Sie führen die laufenden Geschäfte bis zur Ernennung ihrer Nachfolger weiter.

#### Artikel 9

Die Europäische Hohe Kommission gibt sich ihre Geschäftsordnung, um ihr ordnungsgemäßes Arbeiten und das ihrer Dienststellen zu gewährleisten. Sie sorgt für die Veröffentlichung dieser Geschäftsordnung.

Nach Maßgabe dieser Geschäftsordnung nimmt der Präsident der Europäischen Hohen Kommission die Verwaltung der Dienststellen wahr und sorgt für die Ausführung der Kommissionsbeschlüsse.

#### Artikel 10

Die Ausgaben für den Rat der Europäischen Gemeinschaften, die Mitglieder der Europäischen Hohen Kommission und deren Kabinette sowie die entsprechenden Haushaltsmittel werden auf die Haushaltspläne der drei Gemeinschaften verteilt. Binnen drei Monaten nach Inkrafttreten des Übereinkommens unterbreitet die Europäische Hohe Kommission dem Rat Vorschläge für die Einzelheiten der Verteilung dieser Ausgaben auf die drei Gemeinschaften. Der Rat entscheidet nach Konsultation des Parlaments.

#### Artikel 11

Der Rat der Europäischen Gemeinschaften nimmt seine Tätigkeit am zehnten Tage des Monats auf, der auf den Monat folgt, in dem dieses Übereinkommen in Kraft tritt. Der Präsident, die Vizepräsidenten und die Mitglieder der Europäischen Hohen Kommission werden binnen zwei Monaten nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens ernannt. Mit Ernennung ihrer Mitglieder nimmt die Europäische Hohe Kommission ihre Tätigkeit auf.

#### Artikel 12

Mit Beginn der Tätigkeit des Rates der Europäischen Gemeinschaften und der Europäischen Hohen Kommission treten folgende Bestimmungen außer Kraft:

- a) Artikel 144, 146, 157 Absatz (1), 162 Absatz 2 und 163 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft;
- b) Artikel 114, 116, 126 bis 130, 131 Absatz 2, 132 und 133 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft;
- c) Artikel 9 bis 13, 16 Absatz 3, 24 Absatz 2 und 3 und 27 des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl.

#### Artikel 13

Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifizierung durch die Hohen Vertragsparteien gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften. Die Ratifikationsurkunden werden bei der Regierung der Italienischen Republik hinterlegt.

Es tritt am Tage der Hinterlegung der letzten Ratifikationsurkunde in Kraft.

#### Artikel 14

Dieses Übereinkommen ist in einer Urschrift in deutscher, französischer, italienischer und niederländischer Sprache abgefaßt, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist; es wird im Archiv der Regierung der Italienischen Republik hinterlegt; diese übermittelt der Regierung jedes anderen Unterzeichnerstaates eine beglaubigte Abschrift.

Quelle: Europäisches Parlament, Sitzungsdokumente 1961—1962, Dokument 74.



# Das sowjetische Begehren an Finnland über Konsultationen auf Grund des Beistandpaktes von 1948

Am 30. Oktober 1961, am gleichen Tag, als die Sowjetunion auf der Arktis-Insel Novaja Semlja eine Superbombe mit einer Sprengwirkung von mehr als 50 Megatonnen TNT explodieren ließ, und an dem der 22. Parteitag in Moskau beschloß, den Sarkophag *Stalins* aus dem Mausoleum zu entfernen, überreichte der sowjetische Außenminister, *Gromyko*, dem finnischen Botschafter in Moskau eine Note, in der die Sowjetregierung die Aufnahme von militärischen Konsultationen auf Grund des sowjetisch-finnischen Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe vom 6. April 1948 (vgl. *Europa-Archiv*, Mai 1948, S. 1349 ff.) forderte. In ihrer Note richtete die Sowjetregierung scharfe Angriffe gegen die Bundesrepublik, die sie beschuldigte, die Ostsee zum Ausgangspunkt ihrer revanchistischen Bestrebungen zu machen und der sie unterstellte, sie plane zusammen mit ihren Verbündeten in der NATO einen Angriff auf die Sowjetunion über finnisches Territorium. Den Regierungen Norwegens und Dänemarks wurde in der Note vorgeworfen, sie leisteten den deutschen Bestrebungen Vorschub, indem sie der deutschen Bundeswehr Stützpunkte auf ihrem Territorium einräumten. Eine Abschrift der Note wurde der schwedischen Regierung übermittelt. (Vgl. S. D 676 ff.)

Bereits am 31. August hatte die Sowjetregierung in einer Note an die dänische Regierung gegen die Errichtung eines gemeinsamen deutsch-dänischen Kommandos protestiert. In ihrer Antwort am 7. Oktober hatte die dänische Regierung darauf hingewiesen, daß es sich nicht um ein deutsch-dänisches Arrangement, sondern

ein gemeinsames NATO-Kommando handle, und zugleich den defensiven Charakter des Bündnisses hervorgehoben.

Die sowjetische Note an Finnland wurde in einem Augenblick überreicht, als sich Staatspräsident *Kekkonen* und Außenminister *Karjalainen* zu einem Besuch in den Vereinigten Staaten aufhielten. In einer ersten Stellungnahme bezeichnete *Kekkonen* die in der sowjetischen Note enthaltenen Vorschläge über die Aufnahme militärischer Konsultationen als ein berechtigtes Verlangen angesichts der schweren Spannungen in Europa. Er betonte, für Finnland sei das Vertrauen der Sowjetunion von lebenswichtiger Bedeutung, es müsse diese daher davon überzeugen, daß sie Finnland als freundschaftlichen und friedlichen Nachbarstaat betrachten könne. In einer Rundfunkansprache am 5. November wies *Kekkonen* die sowjetischen Befürchtungen über einen Angriff von seiten der Bundesrepublik oder der mit ihr verbündeten Staaten als unbegründet zurück und betonte, Finnland werde auch künftig an seiner Neutralität festhalten.

Am 10. November reiste der finnische Außenminister, *Karjalainen*, zu einem zweitägigen Besuch nach Moskau, um in Unterredungen mit seinem sowjetischen Kollegen *Gromyko* die Motive des sowjetischen Vorgehens zu erkunden. In einem am 14. November in Helsinki veröffentlichten Kommuniqué heißt es, die Sowjetunion habe von Finnland politische Garantien darüber erbeten, daß es seine neutrale Außenpolitik weiterverfolgen werde. Am gleichen Tage löste Präsident *Kekkonen* das Parlament auf und schrieb für Anfang 1962 Neuwahlen aus.

## Note der Sowjetregierung an die Regierung Finnlands vom 30. Oktober 1961 betr. Konsultationen über Maßnahmen zur Sicherung der Grenzen beider Länder

*Betrifft:* Internationale Sicherheit — deutscher Militarismus — Rolle der Bundeswehr in der NATO — militärische Planung im Ostseeraum — Sicherheit Finnlands — deutscher Friedensvertrag — sowjetisch-finnische Konsultationen.

Die Sowjetregierung bezeugt der Regierung Finnlands ihre Hochachtung und hält es für notwendig, sich an sie in der folgenden Frage zu wenden.

Die Sowjetregierung hat bereits mehrmals die finnische Regierung sowie die Regierungen anderer Staaten auf die bedrohliche Lage aufmerksam gemacht, die in Westdeutschland entsteht, wo die Kräfte des deutschen Militarismus aufs neue ihr Haupt erheben und sich verstärken. Westdeutschland wird in raschem Tempo zum Herd der Kriegsgefahr in Europa, darunter auch in dessen nördlichem Teil.

Schon jetzt ist in der Bundesrepublik Deutschland eine zahlenmäßig starke reguläre Armee wieder aufgestellt — die Bundeswehr. Diese Armee wird mit den neuesten Waffen ausgerüstet. Wie in den traurigen Zeiten des Hitlerregimes sind industrielle Großbetriebe und wissenschaftlich-technische Zentren, Millionen Arbeitshände in der Bundesrepublik auf die eine Aufgabe — auf die Befriedigung des anschwellenden militärischen Bedarfs der Bundeswehr — ausgerichtet.

An das Lenkrad dieser gefährlichen Militärmaschine sind ehemalige Hitlergenerale und Hitleroffiziere gesetzt, deren Namen mit Verachtung die Russen und Franzosen, die Tschechen und Dänen, die Polen und die Norweger sowie viele andere Völker Europas eingedenk sind, die durch diese Henker furchtbar gelitten haben.

Es könnte gesagt werden, daß diese ehemaligen Hitlerleute jetzt umerzogen seien und an Stelle einer Todeswaffe den Palmzweig des Friedens in der Hand hätten. Bedauerlicherweise steht es damit jedoch ganz anders. Die Leiter der Bundeswehr betätigen sich wie früher aktiv auf der Bahn des Militarismus und Revanchismus, zerren ihr Land und dessen Verbündete auf den Weg von militärischen Abenteuern und Diversionen, die vor allem gegen die der Bundesrepublik Deutschland benachbarten Staaten gerichtet sind.

Bei dieser, die Sache des Friedens bedrohenden Tätigkeit beteiligen sich die Staatsmänner der Bundesrepublik Deutschland, die in jeder Weise die ehemaligen Hitlerleute begünstigen und nicht selten auch selber auf zahlreichen Revanchistentreffen als Scharfmacher auftreten. Nicht zufällig hat deshalb das Wüten des Militarismus und Revanchismus jetzt so große Ausmaße in der Bundesrepublik Deutschland angenommen.

Manche Kreise im Westen hegen seinerzeit die naiven Illusionen, daß der Rahmen des nordatlantischen Paktes der Bundeswehr keine Möglichkeit geben werde, mehr als „vernünftige“ Ausmaße anzunehmen, und daß durch die NATO eine „strenge“ Kontrolle über die Neuausrüstung der Bundesrepublik Deutschland erfolgen werde. Die Wirklichkeit hat diese nicht weitsichtigen Politiker weidlich verspottet. Jetzt ist die Armee der Bundesrepublik Deutschland die Hauptstoßkraft der NATO in Europa und übertrifft in ihrer zahlenmäßigen Stärke die Armee jedes ihrer europäischen Partner.

Nach dem „Recht des Stärkeren“ haben die Generale und Offiziere der Bundeswehr eine feste Position in den Stäben der NATO inne, und es ist schon keine Rede mehr von irgendeiner Kontrolle über ihre Tätigkeit, sondern davon, daß sie selber in der NATO kontrollieren und kommandieren. Spricht davon beredt nicht etwa die „geräuschlose Okkupation“ von Basen und Stützpunkten in England, Frankreich und anderen europäischen Mitgliedstaaten der NATO durch Truppen der Bundeswehr?

Die deutschen Militaristen, die im vergangenen Krieg die nationale Würde des französischen, des dänischen, des norwegischen Volkes und der anderen Völker Europas rücksichtslos mit Füßen traten, werfen sich jetzt heuchlerisch in die Toga von neugebackenen „Verteidigern“ der Sicherheit der europäischen Staaten.

Mit der Flagge der NATO bemäntelt, sucht der westdeutsche Militärklüngel zu seiner Verfügung die zerstörendste Waffe zu bekommen — die thermonukleare Waffe —, wobei diese gefährlichen Bestrebungen volle Unterstützung bei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland finden. Noch ganz vor kurzem, erst vor wenigen Jahren, erklärte der Bundeskanzler feierlich, er sei gegen Erweiterung der Zahl der Mitglieder des „Kernklubs“, und die Bundesrepublik Deutschland habe nicht angesucht, ihr die Kernwaffe zu liefern. Jetzt aber fordert Adenauer beharrlich, daß diese Todeswaffe den Militaristen und Revanchisten — ehemaligen Hitlerleuten — gegeben wird.

Der westdeutsche Militärklüngel gibt schon jetzt in den NATO-Stäben den Ton an. Man kann sich vorstellen, mit welcher Stimme die Bonner Politiker und Militärs reden werden, sobald die Bundeswehr außer der zahlenmäßigen Ueberlegenheit über die Armeen der Blockpartner der Bundesrepublik Deutschland auch in Hinsicht der Ausrüstung mit Kernwaffen ihnen gleichkommt.

Diese Entwicklung in Westdeutschland ist selbstredend nur durch die Politik der Begünstigung des deutschen Militarismus möglich geworden, mit der die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich bald nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs begonnen haben.

Besonderes Augenmerk widmet die Bonner Militärkaramilla dem nordeuropäischen Raum. Schon jetzt sind Länder wie Norwegen und Dänemark, die während des Zweiten Weltkriegs deutscher Okkupation ausgesetzt waren, aufs neue in die Sphäre des militärischen und politischen Einflusses des westdeutschen Militarismus geraten.

Norwegen hat Westdeutschland das Recht gegeben, Militärstützpunkte auf norwegischem Territorium zu benutzen sowie Depots für die westdeutschen Seestreitkräfte anzulegen. Ebensolche Rechte sowohl hinsichtlich der Stützpunkte als auch der Depots erhielt die Bundeswehr auf dänischem Territorium. Es ist bezeichnend, daß in einer Reihe von Fällen für die Einrichtung der genannten Depots Anlagen benutzt werden, welche die Hitlerschen Okkupationstruppen hinterließen. Die Bundeswehr marschiert mithin unverhohlen in den Fußtapfen der Hitlerschen Wehrmacht.

Bundeswehroffiziere befinden sich im Stab der nördlichen NATO-Zone in Kaalsos in der Nähe von Oslo. Bonner Offiziere und Generale erhielten die Möglichkeit, norwegische und dänische Truppeneinheiten und Militäranlagen zu inspizieren. Gemeinsam werden Gefechtsübungen westdeutscher, norwegischer und dänischer Kriegsschiffe im Zusammenwirken und in der Benutzung der Militäranlagen der NATO auf dem Territorium Norwegens und Dänemarks vorgenommen. Es sei vermerkt, daß bei der Durchführung der genannten gemeinsamen Manöver deren aggressiver Charakter gegenüber der Sowjetunion nicht einmal verheimlicht wird.

Norwegen und Dänemark, deren Regierungen 1947 feierlich verkündeten, sie würden alles daransetzen, um eine Wiederbelebung des deutschen Militarismus und seiner Kriegsmaschinerie zu verhindern, nehmen heute unmittelbar an der Wiederherstellung und an der Verstärkung des Kriegspotentials Westdeutschlands teil. Ende vorigen Jahres wurde diese Vorschubleistung durch ein Abkommen zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und Norwegens dokumentiert, nach dem Norwegen für die Bundeswehr Munition, Torpedoboote, U-Boot-Bekämpfungsmittel und andere Waffen produziert. Die Rüstungsindustrie Dänemarks schaltete sich ebenfalls tatkräftig in die Produktion wichtigster Munitions- und Waffenarten für die Armee der Bundesrepublik Deutschland ein.

Parallel mit der Aktivierung der genannten Formen der militärischen Verbindungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den skandinavischen Mitgliedsländern der NATO sind gegenwärtig verstärkte Vorbereitungen zur Bildung eines sogenannten einheitlichen militärischen Kommandos aller Waffengattungen der Bundesrepublik Deutschland und Dänemarks im Ostseeraum im Gange, an dem, nach allem zu urteilen, in der einen oder anderen Form sich auch Norwegen zu beteiligen beabsichtigt. Die dänische Regierung sucht dabei die Zimmerung dieses Kommandos durch Hinweise darauf zu rechtfertigen, daß die Vereinigung der Streitkräfte Dänemarks und der Bundesrepublik Deutschland nicht auf zweiseitiger Grundlage erfolge, sondern „unter der Aegide der NATO“ unter Ueberlassung von Kommandoposten an Dänen.

Es ist jedoch nicht zu bezweifeln, daß die Verwirklichung des Planes zur Bildung des einheitlichen Kommandos in jedweder Form einen neuen Schritt zur Einordnung der Streitkräfte der skandinavischen Teilnehmerstaaten der NATO unter die revanchistischen Pläne des westdeutschen Militarismus im Norden Europas und im Ostseeraum bedeuten wird.

Die westdeutschen Militaristen verhehlen nicht, daß sie sich anschicken, die Ostsee in einen militärischen Startplatz umzuwandeln. Deshalb wird in den revanchistischen Plänen Bonns dem Ostseeraum außerordentliche Bedeutung beigemessen. Die Kriegsflotte der Bundesrepublik Deutschland ist bereits die mächtigste im westlichen Teil der



Ostsee geworden. Basierte in den ersten Jahren der Neuaufrüstung Westdeutschlands in der Ostsee weniger als die Hälfte der gesamten Flotte dieses Landes, so sind dort jetzt bereits drei Viertel aller Kriegsschiffe der Bundesrepublik Deutschland stationiert.

Der Stab der Flotte der Bundesrepublik Deutschland wurde von der Nordseeküste nach Flensburg an der Ostsee übergeführt. Gegenwärtig wird immer öfter von einer Raketen- und Kernbewaffnung der westdeutschen Flotte gesprochen.

Die Dinge entwickeln sich also dahin, daß die westdeutschen Militaristen unter Ausnutzung der dominierenden Lage ihrer Flotte sowie der anderen Waffengattungen im Ostseeraum den mit ihnen durch das NATO-„Bündnis“ verknüpften Ländern dieses Raumes ihren Willen diktieren werden. Wohin so ein Diktat der Militaristen der Bundesrepublik führen wird, ist nicht schwer vorauszusehen. Wenn Dänemark zum Beispiel in einem gefährlichen Augenblick die Revanchisten in ihrem Abenteuer nicht unterstützen wollte, so werden die bereits getroffenen Maßnahmen zur Unterordnung der dänischen Streitkräfte unter das westdeutsche Kommando Dänemark nicht gestatten, dies zu tun, und es würde unweigerlich zu einem Komplizen der Aggression werden.

Es ist auch nicht zu erwarten, daß ehemalige Hitleradmirale, falls ein Krieg ausbricht, den unterstellten dänischen Schiffen gestatten würden, den Gehorsam und die Ausführung ihrer Kampfbefehle zu verweigern.

Man könnte noch eine ganze Reihe von Angaben anführen, die von einer forcierten militärisch-politischen Infiltration Westdeutschlands im Raum Nordeuropas und der Ostsee zeugen, die die Grundlagen des Friedens und der Ruhe in diesem Raum untergräbt. Aber die oben angeführten Tatsachen genügen schon, um die Schlußfolgerung zu ziehen, daß der europäische Norden und der Ostseeraum, der lange Zeit ein verhältnismäßig ruhiger und friedlicher Raum blieb, nun in die gefährlichen Kriegsvorbereitungen des westdeutschen Militarismus einbezogen worden ist und infolgedessen zu einem potentiellen Herd eines militärischen Konfliktes werden kann.

All diese Kriegsvorbereitungen des NATO-Blocks und in erster Linie des westdeutschen Militarismus in Nordeuropa erfolgen mit Wissen und Zustimmung der Regierungen Norwegens und Dänemarks. Statt der Wahrheit ins Auge zu schauen, begnügen sich die Regierungen dieser Länder als Antwort auf die berechtigten Warnungen der Sowjetunion damit, festzustellen, sie bewerteten die Entwicklung in Westdeutschland anders; sie behaupten, die Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland an der NATO sei an sich eine Garantie für deren friedliche und demokratische Entwicklung. In Wirklichkeit aber zeugen die fieberhafte Militarisierung der Bundesrepublik Deutschland, die Forderungen Bonns nach Kernbewaffnung der Bundeswehr und die Orgie des Revanchismus von völliger Haltlosigkeit dieser Behauptungen.

Auch die herrschenden Kreise Schwedens unterschätzen die Gefahr der Kriegsvorbereitungen der Bundesrepublik Deutschland im Norden Europas. Amtliche Sprecher dieses Staates, deren Stimme man in diesem Raum aufmerksam Gehör schenkt, bekundeten wiederholt ihr Streben, den Frieden und die Ruhe im Ostseeraum zu wahren. Sie haben jedoch immer noch nicht ihre Stimme erhoben, um den europäischen Norden vor den Intrigen der westdeutschen Revanchisten zu schützen. Mehr noch: die militärischen Kreise des neutralen Schwedens stellen Kontakte mit dem Bonner Militärklüngel her, und schwedische Konzerne beliefern die Bundeswehr mit Waffen und fördern somit die weitere Militarisierung der Bundesrepublik Deutschland.

Man muß auch vermerken, daß gewisse Organe der finnischen Presse als Sprachrohre bestimmter Kreise die gefährlichen militärischen Vorbereitungen der Mitgliedsländer der NATO aktiv unterstützen und damit zur Schürung der Kriegspsychose beitragen, was im Widerspruch zu dem von Finnland eingeschlagenen außenpolitischen Kurs steht. Diese Kreise entstellen die dem Frieden dienenden Vorschläge der Sowjetregierung und erlauben sich der Sowjetunion gegenüber feindselige Stellungnahmen; das widerspricht

dem Friedensvertrag mit Finnland und dem Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe zwischen der Sowjetunion und der Finnischen Republik.

Bekanntlich hat Finnland selbst am Krieg gegen Hitlerdeutschland teilgenommen, und auf dem finnischen Volk lastete schwer der Stiefel der Hitlerokkupanten.

Die Zerstörung Rovaniemis wie auch vieler anderer Städte Europas durch die Hitlerfaschisten dient als ernste Mahnung an diejenigen, die heute, bewußt oder unbewußt, die Augen vor der Gefahr des wiedererstehenden deutschen Militarismus und Revanchismus verschließen, dessen militärischen Vorbereitungen im Raum Nordeuropas und der Ostsee auch die Sicherheit Finnlands unmittelbar bedrohen.

Die Sowjetregierung hat bereits wiederholt darauf hingewiesen, daß die sich festigenden militärisch-politischen Verbindungen der skandinavischen Mitgliedsländer der NATO mit der Bundesrepublik Deutschland zur weiteren Verstärkung der aggressiven und revanchistischen Kreise in Westdeutschland beitragen.

Ausgehend von den Interessen der Wahrung des Friedens im Norden Europas und in Sorge um die Geschicke der Völker dieses Raums, erachtet es die Sowjetunion für notwendig, erneut davor zu warnen, daß diese Länder, wenn sie sich mit dem westdeutschen Militaristenklüngel verbinden, das Risiko eingehen, entgegen ihrem Willen zu direkten Komplizen bei der Ausführung der verbrecherischen Pläne der Bonner militaristischen Kreise zu werden und in ein Abenteuer der westdeutschen Generale verwickelt zu werden, das den nationalen Interessen dieser Länder selbst widerspricht und die schwersten Folgen für sie haben kann.

In Anbetracht der wachsenden Bedrohung des Friedens durch die westdeutschen Militaristen und ausgehend von den Interessen der Völker, die Opfer der Hitleraggression waren, machte und macht die Sowjetregierung in den letzten Jahren wiederholt den Vorschlag, einen deutschen Friedensvertrag abzuschließen, der das Leben und die Sicherheit der Völker Europas verläßlich schützen würde.

Dieser Vertrag würde jene deutschen Staatsgrenzen verankern, deren Revision die westdeutschen Revanchisten fordern, darunter die Grenze zwischen beiden deutschen Staaten.

Der Abschluß des deutschen Friedensvertrags würde zur Normalisierung der Situation in West-Berlin auf seiner Grundlage führen. Kann man es etwa für normal ansehen, daß diese Stadt wie in den letzten Tagen des Zweiten Weltkrieges, der vor mehr als 16 Jahren beendet wurde, okkupiert bleibt? Kann man sich etwa damit abfinden, daß die führenden Mächte der NATO West-Berlin für Provokationen, Diversionsakte und Spionage gegen die Sowjetunion und andere friedliebende Staaten ausnutzen?

Die dem Frieden dienenden Vorschläge der Regierung der Sowjetunion, unverzüglich einen deutschen Friedensvertrag zu schließen und auf seiner Grundlage die Situation in West-Berlin zu normalisieren, haben bei verschiedenen Staaten, die im Krieg gegen Hitlerdeutschland schwere Verluste erlitten hatten, volles Verständnis und Unterstützung gefunden.

Einer der Rechtsnachfolger des ehemaligen deutschen Staats, die Deutsche Demokratische Republik, die ihre den Potsdamer Beschlüssen entspringenden Verpflichtungen zur Ausrottung des Nazismus und Militarismus vollkommen erfüllt hat, erklärte sich bereits einverstanden, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen und damit ein trauriges Blatt in den Beziehungen Deutschlands zu anderen Staaten zu beenden.

Einen anderen, einen feindseligen Standpunkt gegenüber den Vorschlägen zur friedlichen Regelung mit Deutschland nimmt die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ein. Die Bonner Militaristen widersetzen sich dem Abschluß eines deutschen Friedensvertrages, weil er ihnen die Handlungsfreiheit bei den fieberhaften Kriegsvorbereitungen und bei der Vorbereitung militärischer Provokationen und Zusammenstöße nehmen würde. Die Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frank-

reichs, die einst Verbündete der Sowjetunion im gemeinsamen Kampf gegen die Hitleraggression waren, leisten den revanchistischen und militaristischen Bestrebungen der Adenauer-Regierung Vorschub, wenn sie die vernünftigen Vorschläge zum Abschluß eines deutschen Friedensvertrages ablehnen. Von den führenden NATO-Mächten begünstigt, verschärft die Bundesregierung durch ihre provokatorischen Handlungen in West-Berlin und durch die militärischen Vorbereitungen sowohl auf ihrem Territorium als auch auf den Territorien der NATO-Partner die Lage in Europa, und die abenteuerlichsten Bonner Generäle versteigen sich sogar dazu, mit der Entfesselung eines neuen Kriegs zu drohen.

Unter diesen Umständen muß die Sowjetregierung natürlich zwangsläufig die nötigen Konsequenzen ziehen. In Anbetracht der sich verstärkenden Kriegsvorbereitungen des aggressiven NATO-Blocks und Westdeutschlands hat die Sowjetunion bereits verschiedene wirksame Maßnahmen zur Festigung ihrer Verteidigungskraft und der Sicherheit ihrer Verbündeten, ausgehend von den entsprechenden gegenseitigen Verpflichtungen gemäß dem Warschauer Vertrag, ergriffen.

Die Infiltration des Nordens Europas und des Ostseeraums durch die westdeutschen Militaristen und Revanchisten und ihr Bestreben, diesen Raum als ein Aufmarschgebiet für neue Kriegsabenteuer auszunutzen, berühren jedoch, wie oben erwähnt wurde, unmittelbar die Sicherheit der Sowjetunion wie auch der Finnischen Republik.

In Anbetracht des oben dargelegten unterbreitet die Sowjetregierung der Regierung Finnlands den Vorschlag, Konsultationen über Maßnahmen zur Sicherung der Grenzen beider Länder vor der Gefahr eines militärischen Ueberfalls Westdeutschlands und der mit ihm verbündeten Staaten durchzuführen, wie dies im Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe zwischen der Sowjetunion und der Finnischen Republik vorgesehen ist. Datum und Ort für die genannten Verhandlungen könnten auf diplomatischem Wege vereinbart werden.

Quelle: TASS/dtsch. vom 30. Oktober 1961.

## Erklärungen des amerikanischen Außenministers zum Deutschland-Problem und zur Frage verdünnter Zonen

**Interview des amerikanischen Außenministers, Dean Rusk, mit der „Stimme Amerikas“  
am 29. Oktober 1961**

*Betrifft:* Berlin — sowjetische Außenpolitik — ideologische Spaltung zwischen Ost und West — Deutschland — Viermächtestatus von Berlin — neutrale Zonen — Abrüstung.

*Sonderkorrespondent Ronald I. Dunlavey:* Herr Außenminister, ich möchte Sie zunächst in unserem Programm „Probleme und politische Wege“ willkommen heißen. Dies ist die erste Sendung, und wir freuen uns sehr, daß Sie die Reihe eröffnen. Ich spreche nun seit ungefähr sieben Jahren Nachrichtenanalysen für unsere Freunde in Uebersee über die „Stimme Amerikas“, und von Zeit zu Zeit erhalte ich Briefe oder Postkarten mit Fragen über diesen oder jenen Aspekt der Politik der Vereinigten Staaten. Ich nehme an, daß es Ihnen mittlerweile zum Halse heraushängt, über Berlin zu sprechen; ich möchte es jedoch darauf ankommen lassen und Ihnen einige Fragen über Berlin stellen, denn in Europa macht man sich bestimmt Sorgen darüber, während dieses Thema einigen Ländern Asiens und Afrikas eine Art Rätsel aufgeben dürfte. Es wäre vielleicht gut, wenn wir einen Blick zurückwerfen könnten, um über einige der grundsätzlichen Probleme zu sprechen, die dabei eine Rolle spielen!



*Rusk:* Herr Dunlavey, ich bin sehr froh, an der ersten Sendung Ihrer Reihe teilnehmen zu können und ich wünsche Ihnen alles Gute dafür. Es stimmt, daß ich in den letzten Wochen und Monaten oft über Berlin sprechen mußte, und zweifellos werden wir auch in Zukunft noch oft darüber reden müssen. Es stimmt, daß wir im Augenblick dabei sind, zwischen den Regierungen vertrauliche Gespräche zu führen, und Äußerungen darüber sind darum gewisse Beschränkungen auferlegt. Trotzdem stehe ich Ihnen zur Verfügung, und ich werde mein Bestes tun, Ihre Fragen zu beantworten!

*Dunlavey:* Zu allererst möchte ich Ihnen, Herr Außenminister, eine Frage stellen, die wir in dieser oder jener Form manchmal von unseren Freunden im Ausland und manchmal sogar an diesem Land zu hören bekommen: Wir hören, daß Zweifel an der Bereitschaft Amerikas geäußert werden, wegen zwei Millionen Deutschen und dem Teil einer Stadt einen möglicherweise nuklearen Krieg zu riskieren. Wie ist Ihre Einstellung zu dieser Frage?

*Rusk:* Die Freiheit und das Schicksal von zwei Millionen Menschen sind an sich schon nicht unbedeutend. Es gibt jetzt eine Anzahl unabhängiger Staaten in den Vereinten Nationen, deren Gesamtbevölkerung noch geringer ist. Die Zukunft der Menschen in West-Berlin und ihre Fähigkeit, diese Zukunft auf Grund ihrer eigenen freien Wahl zu entscheiden, sind von allergrößtem Interesse für uns hier in den Vereinigten Staaten. Aber von ihrer besonderen Lage ganz abgesehen, sind wir — die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich und Frankreich — gegenüber den Menschen in West-Berlin sehr fundamentale Verpflichtungen eingegangen, die sich bei Kriegsende ergaben. Und die NATO hat wichtige Verpflichtungen gegenüber diesen Menschen. Dieses Problem ist nur ein Teil eines totalen, weltweiten Problems zwischen dem chinesisch-sowjetischen Block auf der einen und denjenigen auf der anderen Seite, die versuchen, eine Welt aufzubauen, wie sie in der Charta der Vereinten Nationen herausgestellt wurde. Es geht nicht nur darum, daß die zwei Millionen Menschen Berlins wichtig sind. Ihre Bedeutung besteht zugleich darin, daß sie Teil einer historischen Krise sind, für die der Berlin-Konflikt nur ein Beispiel darstellt.

*Dunlavey:* Herr Außenminister, könnten Sie sich vielleicht darüber noch ein bißchen verbreitern? Sind Sie der Meinung, daß diese von den Sowjets in Berlin heraufbeschworene Krise Teil eines umfassenderen Plans ist, eine ganze Reihe von Krisen auszulösen, wo immer das möglich erscheint?

*Rusk:* Herr Dunlavey, ich habe nicht die Absicht, diese Fragen polemisch darzustellen. Wenn wir uns jedoch ruhig hinsetzen und einen Blick auf die Lage werfen, müssen wir feststellen, daß im Grunde genommen ein Kampf zwischen zwei Konzeptionen der Welt im Gange ist, der wir entgegengehen. Die eine dieser Konzeptionen ist die, welche — wie ich vorhin schon sagte — von der Charta der Vereinten Nationen dargestellt wurde, deren Mitglieder sich auf eine Welt festgelegt haben, in der unabhängige Nationen friedlich miteinander leben, indem sie die gegenseitigen Rechte respektieren und über die nationalen Grenzen hinweg miteinander zusammenarbeiten, um mit den wirksamsten Mitteln gemeinsame Aufgaben zu bewältigen. Die andere Art von Welt ist dergestalt, wie sie letzten Dezember während des sogenannten „kommunistischen Gipfels“ und in der Rede Chruschtschows vom 6. Januar sowie in jüngerer Zeit auf dem Moskauer Parteikongreß vor Augen geführt wurde: eine Welt kommunistischer Staaten unter strenger monolithischer Führung. Sie glauben, daß diese Art von Welt historisch unvermeidlich ist. Wir aber glauben das nicht. Sie sind offensichtlich darauf vorbereitet, ihre Energien und materiellen Hilfsmittel darauf zu verwenden, ihre Art von Welt zu verwirklichen. Wir glauben nicht, daß die Völker der Welt das akzeptieren werden, oder daß sie es wünschen. Denn wir glauben, daß die Charta der Vereinten Nationen die Bestrebungen der großen Mehrheit der Völker der Welt verkörpert.

*Dunlavey:* Herr Rusk, es ist nun gesagt worden, daß wir, wenn wir uns mit dem Berlin-Problem befassen, es vom Standpunkt Chruschtschows aus sehen sollten — im

Hinblick auf sein Prestige in der Öffentlichkeit und die möglichen Probleme, denen er sich zu Hause und innerhalb der Partei gegenüber sieht. Es ist gesagt worden, daß die Sowjetunion und Herr Chruschtschow einfach nicht zulassen können, daß eine Insel der Freiheit hinter dem Eisernen Vorhang besteht. Was halten Sie von diesem Argument?

*Frank:* Ich glaube nicht, daß das eine Grundlage für Konzessionen gegenüber der Sowjetunion abgeben könnte — auf Kosten der Menschen in West-Berlin oder auf Kosten grundsätzlicher westlicher Verpflichtungen. Zunächst einmal sollte sich der Eisernen Vorhang nicht dort befinden, wo er heute ist. Man hatte sich Ende des Krieges darauf geeinigt, daß Deutschland wiedervereinigt werden sollte, daß ein einziger deutscher Staat, der den frei ausgedrückten Wunsch des deutschen Volkes repräsentiert, geschaffen werden und daß ein Friedensvertrag schließlich die Lage auf dieser Grundlage regeln sollte. Es kann sein, daß einige der Sowjetführer zu Hause, innerhalb ihres eigenen politischen Systems, Probleme haben — ich bin mir dessen nicht so sicher — oder daß sie in öffentlichen Erörterungen dieser Probleme Prestige-Probleme für sich geschaffen haben, die Anpassungen ihrer Ansichten schwierig machen. Die meisten dieser Probleme sind jedoch von ihnen selber geschaffen, und sie sind keine Grundlage für eine Aufgabe der lebenswichtigen Interessen der Völker, die am direktesten betroffen sind, oder derjenigen von uns, deren Schutz diese Völker anvertraut sind.

*Dunlavey:* Herr Außenminister, Sie haben sich, glaube ich, vorhin auf die Rechte der Westmächte in Berlin bezogen. Könnten Sie uns sagen, was die Grundlage für die Rechte der Westmächte darstellt?

*Rusk:* Die fundamentalsten dieser Rechte sind diejenigen, die sich direkt aus der Kapitulation Nazi-Deutschlands ergaben. Das waren Rechte, die wir als Siegermächte direkt vom besiegten Deutschland erhielten. Sie gingen durch diese Kapitulation direkt auf uns über, nicht aber über irgendeinen Mittelsmann — an keiner Stelle! Aber diese Rechte sind von den Vier Mächten — einschließlich der Sowjetunion — auch auf andere Weise anerkannt und geplant worden — zum Beispiel in den Vereinbarungen von 1944 hinsichtlich der Maßnahmen nach der Kapitulation Deutschlands. Und sie sind auf verschiedenste Weise bestätigt worden, einige in schriftlichen Abmachungen wie diejenigen, die zur Zeit der ersten Berliner Blockade erzielt wurden, und andere durch die Praxis, die sich in einer Periode von 16 Jahren fest herausgebildet hat. Hinsichtlich der legalen Gültigkeit dieser Rechte gibt es keine Frage. Wenn irgend jemand die Frage der Legalität aufzuwerfen wünscht, dann gibt es legale Mittel, um solche Probleme zu lösen. Ich würde jedoch nicht sagen, daß diese legalen Rechte die einzige Rechtfertigung für die Anwesenheit der Westmächte in West-Berlin darstellen. Eine der besten Möglichkeiten, schwierige politische Fragen zu beantworten, besteht nach amerikanischer Auffassung entsprechend unserer großen Tradition darin, die Frage zu stellen, was die betroffenen Menschen selbst davon halten. Und wir glauben, daß einer der Gründe für unsere Anwesenheit in West-Berlin darin besteht, daß die West-Berliner den starken Wunsch haben, daß wir uns dort befinden, damit ihre Freiheit und ihre freie Wahl garantiert werden können.

*Dunlavey:* Es ist gesagt worden, daß Berlin vom militärischen Standpunkt aus strategisch unhaltbar ist, und man könnte so argumentieren: Wenn in Europa gegen sowjetische territoriale Expansion Stellung bezogen werden soll, wäre es dann nicht besser, etwas zu warten und diese Stellung dann vielleicht in einer anderen Position zu beziehen, die stärker ist als Berlin — und wer weiß, vielleicht würde sich das gar nicht als notwendig erweisen?

*Rusk:* Ich glaube, daß Präsident Kennedy diese Frage in einer seiner Erklärungen gegen Ende des Sommers beantwortet hat. Die Tatsache, daß West-Berlin physisch von Westdeutschland oder den NATO-Ländern getrennt ist, macht es nicht unhaltbar oder im üblichen Sinne verwundbar. Es mag sein, daß diese physische Trennung die andere Seite zu einer diesbezüglichen Illusion verleitet hat. Aber die einfache Tatsache, daß

die Vereinigten Staaten dort sind — wie der Präsident es ausdrückte —, daß Großbritannien, Frankreich und die West-Berliner dort sind — all das bedeutet, daß West-Berlin keine verwundbare Stadt ist!

*Dunlavy:* Von Zeit zu Zeit sind immer wieder Vorschläge dieser oder jener Art gemacht worden, daß nicht nur Deutschland, sondern vielleicht auch andere Teile Europas — Polen, Tschechoslowakei — zur neutralen Zone gemacht werden und daß die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten ihre Truppen mehrere hundert Meilen zurückziehen. Es würden sozusagen „Pufferzonen“ gebildet und es käme zu einer allgemeinen Spannungsverminderung, die vielleicht zum „Frieden für unsere Zeit“ führen könnte. Ganz allgemein nun: Haben die Vereinigten Staaten etwas gegen Vorschläge dieser Art — und falls ja, warum?

*Rusk:* Hier spielen sowohl technische als auch umfassende politische Fragen eine Rolle. Was die rein militärische Seite, die Sicherheitsseite angeht: Ein Rückzug der sowjetischen Truppen an die Grenzen der Sowjetunion und der amerikanischen Streitkräfte über den Atlantik ist keine wohlausgewogene militärische Regelung. Aber ganz davon abgesehen, hegen wir große Zweifel hinsichtlich des Gedankens einer Pufferzone, des Disengagements und einer neutralisierten Zone, weil die langfristigen Verpflichtungen, die die kommunistische Welt öffentlich bekanntgegeben hat, bedeuten, daß neutrale Zonen oder Pufferzonen für sie Gebiete künftiger Ausbeutung, Erkundung und Durchdringung sind. Solange also die Politik des chinesisch-sowjetischen Blocks darin besteht, seine Konzeption der Weltrevolution voranzutreiben, ist die Konzeption langfristiger neutralisierter Zonen und Pufferzonen äußerst schwer zu akzeptieren oder in die Tat umzusetzen. Ich glaube, eine bessere Möglichkeit, dieses Problem anzupacken, bestünde darin, nicht auf dieser Basis zu argumentieren, sondern den umfassenderen Problemen einer internationalen Abrüstung direkte Aufmerksamkeit zu widmen. Diese allgemeine Abrüstung würde weitgehende Verpflichtungen aller Nationen, die über eine größere Rüstung verfügen, einschließen, ihre Waffen wirksamer Kontrolle zu unterwerfen und den Weg für ihre schrittweise Verminderung zu ebnen. Dies würde uns einer friedlicheren Ordnung entgegenführen und die Frage der direkten Konfrontation bedeutender Streitkräfte nicht nur in Westeuropa, sondern vielleicht auch in anderen Teilen der Welt angehen.

Quelle: *Stimme Amerikas*/englisch (United States Information Service) vom 29. Oktober 1961.

## Die Konferenz von Punta del Este

Vom 5. bis zum 17. August 1961 hielt der Interamerikanische Wirtschafts- und Sozialrat eine von der OAS einberufene Sondersitzung in Punta del Este in Uruguay ab, um dem Aufruf Präsident Kennedys vom 14. März zur Gründung einer „Allianz für den Fortschritt“ durch den Entwurf eines Entwicklungs- und Selbsthilfeprogramms für die westliche Hemisphäre zu entsprechen.

Zum Abschluß der Konferenz wurde von allen Teilnehmern mit Ausnahme Kubas die „Charta von Punta del Este“ unterzeichnet. Beigefügt ist der Charta eine „Erklärung an die Völker Amerikas“, in der die Signatarstaaten die Grundsätze des Selbsthilfeprogramms darlegen und sich zu konkreten Maßnahmen verpflichten, um

ihren Völkern ein besseres Leben in Freiheit zu sichern (vgl. S. D 685 f.). Das Hauptvertragswerk gliedert sich in drei Teile. Im ersten sind Ziele und Methoden für die Durchführung der Allianz für den Fortschritt im einzelnen dargestellt und die Verpflichtung zur Hilfeleistung aus verschiedenen internationalen Quellen festgelegt. Der zweite Teil bringt die Beschlüsse über die Wirtschaftsintegration Lateinamerikas, und der dritte enthält Entschlüsse und Empfehlungen über Fragen des Rohstoffexports. Ein weiteres Ergebnis der Konferenz war die Einsetzung eines Ausschusses von neun Experten, der die Aufgabe hat, die lateinamerikanischen Länder bei der Ausarbeitung ihrer Entwicklungsprogramme zu beraten.



**Erklärung an die Völker Amerikas, angenommen am 17. August 1961 von der Sondersitzung des Interamerikanischen Wirtschafts- und Sozialrates in Punta del Este**

*Betrifft: Allianz für den Fortschritt — Integration Lateinamerikas — Lateinamerikanische Freihandelszone — Selbsthilfe — Beitrag der USA — nationale Entwicklungsprogramme.*

Versammelt in Punta del Este und erfüllt vom Geiste der hohen Grundsätze der Charta der Organisation der Amerikanischen Staaten, der „Operation Pan America“ und der Akte von Bogotá, vereinbaren die Vertreter der amerikanischen Republiken hiermit die Schaffung der „Allianz für den Fortschritt“. Sie soll als umfassende Aktion den Lebensstandard aller Menschen des Kontinents heben.

Diese Allianz beruht auf dem Grundsatz, daß freie Menschen mit Hilfe der Institutionen der repräsentativen Demokratie die Wünsche der Menschheit am besten erfüllen können. Zu diesen Wünschen zählen unter anderen der Wunsch nach Arbeit, nach einem Heim, nach Grund und Boden, nach Gesundheit und Ausbildung. Nur ein System, das die Würde des Individuums als Grundlage unserer Zivilisation anerkennt, kann echten Fortschritt gewährleisten.

In Ausübung ihrer Souveränität vereinbaren die Signatarstaaten deshalb, in den kommenden Jahren folgende Ziele anzustreben:

Die demokratischen Einrichtungen sind durch Anwendung des Prinzips der Selbstbestimmung durch das Volk zu verbessern und zu stärken.

Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ist zu beschleunigen, um die Durchschnittseinkommen so rasch wie möglich erheblich und stetig zu steigern. Dadurch sollen die Unterschiede im Lebensstandard zwischen den lateinamerikanischen und den industrialisierten Ländern verringert werden.

In Stadt und Land sind Wohnbauprogramme durchzuführen, um angemessene Unterkünfte für alle Menschen Amerikas zu schaffen.

Im Einklang mit den Eigenarten eines jeden Landes sollen umfassende Bodenreformprogramme gefördert werden. Sie sollen, wo dies notwendig ist, ungerechte Strukturen und Systeme des Grundbesitzes und der Bodennutzung wirksam umgestalten. Ziel ist dabei, Latifundien und landwirtschaftliche Zwergebetriebe durch ein gerechtes System des Eigentums an Grund und Boden zu ersetzen, damit mit Hilfe rechtzeitig und ausreichend gewährter Kredite, technischer Unterstützung und verbesserter Absatzverhältnisse der Boden für die Menschen, die ihn bearbeiten, zur Grundlage wirtschaftlicher Stabilität und steigenden Wohlstandes wird und ihnen ihre Freiheit und Menschenwürde sichert.

Allen Arbeitnehmern sind gerechte Löhne und zufriedenstellende Arbeitsbedingungen zu sichern. Im Interesse der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung sollen wirksame Systeme zur Regelung der Beziehungen zwischen den Sozialpartnern geschaffen und das Verfahren für Konsultation und Zusammenarbeit zwischen Regierungsstellen, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften festgelegt werden.

Dem Analphabetentum soll ein Ende gesetzt werden. Alle Menschen Lateinamerikas sollen so bald wie möglich in den Genuß einer Grundschulbildung kommen. Auf breiter Grundlage sind größere Möglichkeiten zum Besuch von Ober- und Fachschulen sowie für die höhere Bildung zu schaffen.

Die Programme zur Verbesserung des Gesundheitswesens und der sanitären Verhältnisse sind voranzutreiben, um die Ausbreitung von Krankheiten zu verhindern, Epidemien zu bekämpfen und unser Menschenpotential zu stärken.

Durch Reform der Steuergesetzgebung sollen diejenigen stärker herangezogen werden, die mehr besitzen. Steuerhinterziehungen sollen schwer bestraft werden. Eine

Neuverteilung des Sozialprodukts soll den Bedürftigsten zugute kommen. Gleichzeitig sind Spar-, Investitions- und Reinvestitionstätigkeit zu fördern.

Die Währungs- und Fiskalpolitik soll so gehandhabt werden, daß Inflation und Deflation mit ihren verheerenden Auswirkungen vermieden, die Kaufkraft der Massen geschützt, die Preisstabilität nach Möglichkeit gewahrt und eine angemessene Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung geschaffen wird.

Die Privatinitiative soll gefördert werden, um die Entwicklung der lateinamerikanischen Volkswirtschaften in einem Tempo zu ermöglichen, das es ihnen gestattet, Arbeitsplätze für die wachsende Bevölkerung zu schaffen, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen und ihren Platz an der Seite der Industrienationen einzunehmen.

Eine baldige und dauerhafte Lösung ist für das schwerwiegende Problem der übermäßigen Preisschwankungen bei den Hauptausfuhrsgütern der lateinamerikanischen Länder zu finden, von denen das wirtschaftliche Wohlergehen dieser Staaten abhängt.

Die Integration Lateinamerikas soll beschleunigt werden, um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Kontinents zu fördern. Durch den Vertrag über die wirtschaftliche Integration Zentralamerikas und, in anderen Ländern, durch die Lateinamerikanische Freihandelsassoziation ist dieser Prozeß bereits in Gang gesetzt worden.

Aus dieser Deklaration spricht die Ueberzeugung der lateinamerikanischen Nationen, daß dieser tiefgreifende wirtschaftliche, soziale und kulturelle Wandel nur durch Selbsthilfe jedes einzelnen Landes herbeigeführt werden kann. Wenn die gesteckten Ziele so rasch erreicht werden sollen, wie notwendig ist, müssen allerdings die Bemühungen der einzelnen Länder selbst noch durch entscheidende Hilfe von außen ergänzt werden.

Die Vereinigten Staaten verpflichten sich ihrerseits zu finanzieller und technischer Zusammenarbeit, damit die Ziele der „Allianz für den Fortschritt“ erreicht werden können. Die Vereinigten Staaten werden zu diesem Zweck einen erheblichen Teil der hauptsächlich aus öffentlichen Mitteln aufzubringenden Mindestsumme von 20 Milliarden Dollar bereitstellen, die Lateinamerika in den kommenden zehn Jahren aus auswärtigen Quellen aller Art zur Ergänzung seiner eigenen Bemühungen benötigt.

Als unmittelbaren Beitrag zum wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt Lateinamerikas werden die Vereinigten Staaten innerhalb von zwölf Monaten, gerechnet vom Tage der Verkündung der „Allianz für den Fortschritt“ am 13. März 1961, über eine Milliarde Dollar aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung stellen. Die Vereinigten Staaten beabsichtigen, langfristige Entwicklungskredite mit Laufzeiten bis zu 50 Jahren, soweit das angebracht erscheint, und zu sehr niedrigem Zinsfuß oder zinslos zu gewähren.

Die Länder Lateinamerikas erklären sich ihrerseits bereit, ihre eigenen Ressourcen in zunehmendem Ausmaß für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung einzusetzen und Reformen durchzuführen, die sicherstellen, daß alle Menschen voll an den Früchten der „Allianz für den Fortschritt“ teilhaben. Als eigenen Beitrag zur „Allianz für den Fortschritt“ werden die Länder Lateinamerikas umfassende und fundierte nationale Entwicklungsprogramme für ihre Volkswirtschaften ausarbeiten.

Den Ländern Lateinamerikas werden unabhängige und hochqualifizierte Sachverständige zur Verfügung stehen, um sie bei der Ausarbeitung und Prüfung der nationalen Entwicklungspläne zu unterstützen.

Eingedenk der überragenden Bedeutung dieser Deklaration erklären die Signatarstaaten, daß die interamerikanische Gemeinschaft nunmehr in eine neue Ära eintritt: Zur Ergänzung ihrer institutionellen, rechtlichen, kulturellen und sozialen Leistungen wird sie sofortige und konkrete Maßnahmen einleiten, um für die gegenwärtige Generation und für künftige Generationen ein besseres Leben in Freiheit und unter demokratischen Verhältnissen zu sichern.

Quelle: Organisation of American States, Special Meeting of the Inter-American Economic and Social Council at the Ministerial Level. Uruguay, August 1961. Official Records, ES-RE-Doc. 145 (English) Rev. 3 Corr. Vom 16. August 1961.

## Die amerikanische Handelspolitik und die regionalen Wirtschaftsprobleme in Europa und Asien

Die Diskussion über eine Erneuerung des im Juni 1962 erlöschenden Reciprocal Trade Agreements Act der Vereinigten Staaten hat durch den Entschluß Großbritanniens, in Verhandlungen über einen Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften einzutreten, neue Aspekte gewonnen. Am 1. November 1961 forderte der Staatssekretär für Wirtschaftsfragen im amerikanischen Außenministerium, George W. Ball, in einer Rede vor der National Foreign Trade Convention in New York zoll- und handelspolitische Vollmachten für den Präsidenten der Vereinigten Staaten, die so umfassend sein müßten, daß die Vereinigten Staaten die durch die EWG gebotenen Möglichkeiten wahrnehmen könnten (vgl. S. D 688 ff.). Am 8. November erklärte Finanzminister Douglas Dillon in einer Rede über die künftige Gestaltung der amerikanischen Handelspolitik, die neue Gesetzgebung müsse den Präsidenten ermächtigen, Verhandlungen über gegenseitige Zollsenkungen mit der EWG zu führen. Ein am 1. November durch den Gemeinsamen Ausschuß für Wirtschaftsfragen des amerikanischen Kongresses veröffentlichter Bericht, der von dem bisherigen Außenminister Christian Herter und dem früheren Staatssekretär für Wirtschaftsfragen im Außenministerium der Regierung Truman, William Clayton, ausgearbeitet wurde, geht noch einen Schritt weiter. Dieser Bericht enthält den Vorschlag einer Partnerschaft der Vereinigten Staaten mit der EWG (vgl. S. D 696 ff.).

Neben diesen Vorstellungen einer neuen, liberalen, auf die Schaffung einer atlantischen, beziehungsweise einer Wirtschaftsgemeinschaft aller freien Länder der Welt orientierten Handelspolitik gibt es in den Vereinigten Staaten aber auch nicht zu unterschätzende protektionistisch orientierte Gegenkräfte, die angesichts der zu erwartenden Erweiterung der EWG eine verschärfte Konkurrenz der westeuropäischen Industrie befürchten. Die National Foreign Trade Convention, auf der Staatssekretär Ball seine Gedanken vortrug, hat sich in ihrer Schlußresolution zu der Frage einer etwaigen Assoziation der Vereinigten Staaten mit der EWG nicht geäußert, dagegen aber vor möglichen Auswüchsen

der EWG gewarnt. Die Resolution spricht sich zwar ausdrücklich für eine Verlängerung des Reciprocal Trade Agreements Act aus; doch wird betont, daß die größeren Vollmachten dem Präsidenten nur gewährt werden sollten, um echte wirtschaftliche Vorteile für das amerikanische Volk zu erreichen.

Während die Diskussion über die Neuordnung der amerikanischen Handelspolitik in den letzten Wochen vornehmlich mit dem Blickpunkt auf Europa geführt wurde, haben die Vereinigten Staaten und Japan durch die Bildung eines gemeinsamen ministeriellen Ausschusses für Handels- und Wirtschaftsfragen eine bilaterale Institution geschaffen, die der Verstärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern dienen soll. Der Gedanke zur Bildung dieses Ausschusses geht auf den Besuch des japanischen Ministerpräsidenten, Hayato Ikeda, vom 19. bis zum 25. Juni 1961 in Washington zurück. In einem Notenwechsel am 22. Juni 1961 wurden unter Berufung auf den amerikanisch-japanischen Vertrag über gegenseitige Zusammenarbeit und Sicherheit vom 19. Januar 1960 Zusammensetzung und Aufgaben des gemeinsamen Ausschusses festgelegt. (Vgl. S. D 704 f.) Die erste Tagung des Ausschusses fand vom 2. bis zum 4. November 1961 in Hakone (Japan) statt. Im Mittelpunkt der Erörterungen standen neben Fragen der Handelspolitik und der Zahlungsbilanzen die Probleme des Wirtschaftswachstums und die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Entwicklungshilfe (vgl. S. D 705 ff.).

Die gleichen Fragen, wenn auch in einem weiteren Rahmen, waren Gegenstand der ersten Tagung des Ministerrates der OECD, die nach Umwandlung der OEEC in die OECD am 16. und 17. November 1961 in Paris stattfand (vgl. S. D 709 ff.).

Während die Verhandlungen über den Beitritt Großbritanniens zur EWG weitergehen, hat der Ministerrat der EFTA in Genf am 21. November 1961 beschlossen, die nächste Zollsenkung um 10 vH nicht erst zum 1. Juli 1963, sondern schon im Laufe des nächsten Jahres, 1962, durchzuführen (vgl. S. D 712 ff.).



**Rede des Staatssekretärs für Wirtschaftsfragen im amerikanischen Außenministerium,  
George W. Ball, vor der National Foreign Trade Convention  
in New York am 1. November 1961**

*Betrifft: Handels- und Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten —  
Beziehungen zwischen USA und EWG.*

*An der Schwelle eines neuen Zeitalters im Welthandel*

Es fällt mir nicht leicht, vor dieser Versammlung von Praktikern des Außenhandels aufzutreten. Schon vor Jahren machte ich die Erfahrung, daß, wo nur zwei Außenhandelsexperten zusammenkommen, meistens drei verschiedene Ansichten darüber herrschen, wie unsere Handelspolitik zu gestalten wäre. Aber in letzter Zeit ist mir ein Geist der Uebereinstimmung aufgefallen, wie man ihn sonst selten in diesen esoterischen Kreisen findet — Uebereinstimmung über die Tatsache, daß wir dem Ende der uns vertrauten Ära der Welthandelsbeziehungen entgegengehen und nun in eine uns völlig unvertraute neue Ära eintreten.

Einige sehen in der neuen Phase die Aussicht auf neue Möglichkeiten und neue Aufgaben, andere dagegen haben Bedenken. Aber kaum jemand zweifelt daran, daß die vor uns liegenden Jahre einen durchgreifenden Wandel bringen werden.

*Geschichtlicher Rückblick*

Um die Kräfte zu verstehen, die heute in der Welt wirken, dürfte ein kleiner Rückblick von Nutzen sein — eine Betrachtung des Geländes, das wir hinter uns gelassen haben, damit wir die vor uns liegende Marschroute besser erkennen.

In der Zeit zwischen dem Bürgerkrieg bis zu der großen Wirtschaftsdepression hat das industrielle Amerika seine Kräfte darauf konzentriert, die Vereinigten Staaten zu einer großen Kontinentalmacht zu machen. Große Aufgaben, verlockende Möglichkeiten boten sich innerhalb unserer eigenen Landesgrenzen zwischen Atlantik und Pazifik dar. Ungeheure Ressourcen im eigenen Lande harhten der Erschließung, es gab genug Neuland urbar zu machen und Wälder zu roden. Die Einwanderung und schnelles Bevölkerungswachstum brachten uns die notwendigen Arbeitskräfte für diese herkulischen Aufgaben. Sie brachten uns auch die Verbraucher für den endlosen Strom der Erzeugnisse, die unsere Felder und Fabriken hervorbrachten.

Dem Vormarsch unserer selbstbewußten Vorfahren gen Westen, in dessen Verlauf sie ihre eigene frühe Form eines gemeinsamen Marktes schufen, folgte ein Strom von Menschen und Geld. Kapital aus England und von der Atlantikküste strömte in den Mittelwesten ein, und später weiter bis an die Pazifikküste. Eisenbahnen wurden gebaut und Siedlungen gegründet. Alte Handelssysteme gingen zugrunde und neue, bessere wurden geschaffen.

Beweglichkeit war die Parole des Tages, nicht nur für Arbeitskräfte und Kapital, sondern auch für Ideen. Die Zeit und die Anforderungen, die sie an die Menschen stellte, brachten eine Schicht derber Freigeister hervor, Erfinder, Räuberbarone, Weltreichgründer — Menschen, die vor neuen Ideen nicht zurückschreckten und sich in einer Umwelt bewegten, wo keine veralteten Institutionen ihnen den Weg versperrten.

Es war nur natürlich, daß der amerikanische Industrielle in der Pionierzeit für eine protektionistische Handelspolitik eintrat, so wie er in der internationalen Politik für den Isolationismus war. Ihm stand der ganze Kontinent zur Verfügung, an dem er seine Kräfte messen konnte, und die schnell wachsende Bevölkerung bot ihm aus-

reichende Absatzmöglichkeiten. Er brauchte die ausländischen Märkte kaum; nur die Landwirtschaft und der Bergbau waren auf ausländische Märkte angewiesen. Der Industrielle fand alles, was er brauchte, im eigenen Lande.

Der Erste Weltkrieg brachte die ersten großen Veränderungen. Amerikas Stellung in der Welt machte eine Wandlung durch, die nicht mehr rückgängig zu machen war. Dennoch setzten wir in den zwanziger Jahren den einmal eingeschlagenen Kurs fort. Ja, wir versteiften noch unsere protektionistische Haltung, bis wir während der großen Depression zu einer bösen Wirklichkeit erwachten. Durch schmerzliche Erfahrung lernten wir nun, daß wir uns nicht von den Wirtschaftskräften in der übrigen Welt abschließen können.

Zu dieser Zeit waren die Vereinigten Staaten bereits dazu übergegangen, ihre Nahrungsmittel und Mineralien aus fernen Ländern zu beziehen und ihre Industrieprodukte in der ganzen Welt abzusetzen. Wir hatten festgestellt, daß wir auf ausländischen Märkten konkurrenzfähig waren, und zur Ueberraschung der Pessimisten hatten wir herausgefunden, daß unsere steigenden Löhne unsere internationale Handelsposition nicht beeinträchtigten, sondern im Gegenteil eine Folgeerscheinung unserer großen Produktionskraft waren, die wiederum die Grundlage unserer immer stärker werdenden Stellung auf allen Märkten der Welt darstellte.

Ich brauche an dieser Stelle nicht daran zu erinnern, wie wir Amerikaner am Tiefpunkt der großen Depression zur Selbsterkenntnis kamen und von einem Tag zum anderen eine umwälzende Wandlung unserer Handelspolitik durchführten. Wir machten ein Ende mit den restriktiven Smoot-Hawley-Zöllen und machten so den Weg frei für das Handelsabkommen-Programm von Cordell Hull. Mit diesem entscheidenden Schritt gelangten die Vereinigten Staaten zum ersten Male zu einer zeitgemäßen und ihrer Stellung in der Welt entsprechenden Handelspolitik. Mit Hilfe dieser Politik konnten wir im nächsten Vierteljahrhundert unsere führende Rolle beim Aufbau eines Handels- und Zahlungssystems spielen, das sich als tragfähige Basis für einen internationalen Tauschverkehr von beispiellosem Umfang erwies.

Die endgültige Bestätigung für unsere liberale Handelspolitik erhielten wir allerdings erst am Ende des Zweiten Weltkrieges. In den ersten Nachkriegsjahren waren die Vereinigten Staaten das Produktionszentrum für die ganze Welt. Die Fabriken in Europa waren zerstört; die japanische Wirtschaft lag völlig am Boden. Die Welt brauchte Waren, um sich am Leben zu erhalten und um die ungeheuren Aufgaben des Wiederaufbaus in Angriff zu nehmen — Waren, die nur die Vereinigten Staaten hervorbringen konnten. Abgesehen von der allgemeinen Dollarknappheit, die teilweise durch den Marshall-Plan gemildert wurde, gab es keinerlei ernsthafte Schwierigkeiten mit der Auslandskonkurrenz, weder auf unseren eigenen Märkten noch im Ausland.

Im Rahmen der in der Gesetzgebung über Handelsabkommen vorgesehenen Vollmachten führte die Regierung Verhandlungen über Zollsenkungen und über den Abbau des Einfuhrlicenzsystems. Mit dem Abbau der Handelsschranken zwischen den Staaten drangen amerikanische Waren in alle Märkte der Welt ein. Ein Jahrzehnt lang, bis 1957 — viele von Ihnen werden sich mit Sehnsucht dieser Zeit erinnern —, konnten wir es uns leicht machen. Außer einigen wenigen Produkten, die schon immer Sorgenkinder unserer Wirtschaft gewesen waren, brauchte die Wirtschaft und die Geschäftswelt sich kaum Gedanken über die Wettbewerbsfähigkeit unserer Waren im Ausland zu machen. Fast niemand rechnete mit der Möglichkeit eines Zahlungsbilanzproblems für die Vereinigten Staaten. Unsere einzige ständige Sorge war die Dollarknappheit. Es wurde sogar oft die Befürchtung ausgesprochen, daß man sich wegen des großen technologischen Vorsprungs der Vereinigten Staaten mit der Dollarknappheit als einer permanenten Erscheinung in der Weltwirtschaft abfinden müsse.

*Eine neue Epoche*

Diejenigen unter uns, die über die Zukunft der Wirtschaft nachdachten, neigten dazu, ein Element zu unterschätzen und ein weiteres völlig zu übersehen. Wir hatten die Vitalität in der europäischen Industrie noch latent vorhandener Kräfte nicht richtig eingeschätzt, und wir ahnten nicht, welche Energien sie hervorbringen würden, sobald sie einmal an dem freien Spiel der Kräfte auf der Arena der großen neuen Massenabsatzmärkte teilnehmen konnten.

Wir wußten, soweit wir uns diese Dinge klarmachten, daß die europäischen Nationen harte Entscheidungen trafen. Sie hielten ihre Investitionen auf außerordentlich hohem Niveau, was im Augenblick beträchtliche Opfer forderte. Sie strebten mit Macht der wirtschaftlichen und politischen Einigung zu. Aber selbst unter den begeisterten und optimistischen Befürwortern eines integrierten Europa gab es nur wenige, die voraussehen konnten, daß das Zusammenspiel dieser beiden Entwicklungen zu derartig einmaligen Ergebnissen führen würde.

Als die sechziger Jahre anbrachen, war die Lage hinreichend klar. Der Marshall-Plan hatte die in ihn gesetzten Erwartungen erfüllt. Die aufstrebende europäische Industrie fand an der „New Frontier“ eines Gemeinsamen Marktes eine völlig neue Situation mit neuen Möglichkeiten vor.

Die Geschichte dieser Entwicklung könnte für uns sehr lehrreich sein. Die europäischen Industriellen waren ursprünglich nicht sehr für Änderungen gewesen. Die meisten hatten sich den ersten Vorschlägen für eine Einigung Europas widersetzt und hatten dem Gedanken eines Gemeinsamen Marktes sehr skeptisch gegenübergestanden. Aber sobald der Gemeinsame Markt unwiderrufliche Wirklichkeit geworden war, waren sie gezwungen, ihn als einen ständigen Faktor in ihre Planung mit einzubeziehen. Dabei stießen sie auf bisher noch völlig unerschlossene Kraftquellen.

Die europäische Geschäftswelt paßte sich den Anforderungen und Möglichkeiten eines neuen Massenabsatzmarktes durch verschiedene Maßnahmen an. Durch Firmenzusammenschlüsse sorgte sie für strukturelle Stärkung. Durch Rationalisierung der Warensorten, durch Investitionen und durch Modernisierung verbesserte sie ihre Handelsgepflogenheiten. Nachdem sie einmal diese schwierigen Maßnahmen durchgeführt hatten, stellten viele Geschäftsleute mit großer Erleichterung fest, daß die gefürchtete Konkurrenz der anderen europäischen Produzenten gar nicht so furchtbar war.

Viele von uns waren überrascht, als sich herausstellte, daß die führenden Industriellen Westeuropas nach ihrem anfänglichen Widerstand zu den nachdrücklichsten Befürwortern einer beschleunigten Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes bis zur vollen Integration geworden waren. Sie haben ihr Selbstvertrauen wiedergewonnen und arbeiten an den Plänen für weitere Expansion, größere Spezialisierung und Durchdringung des Marktes in einem in der europäischen Geschichte einmaligen Ausmaß.

Die Verwandlung der sechs europäischen Nationen in einen Gemeinsamen Markt hat offenbar spürbare Auswirkungen auf das Welthandelssystem gehabt. Das geht bereits aus den Handelsstatistiken mit aller Deutlichkeit hervor. Aber damit ist nur eine unvollständige Vorstellung von der Entwicklung gegeben, die eintreten wird, wenn die jetzt begonnenen Verhandlungen über den Beitritt Großbritanniens zur EWG zum Erfolg führen.

Diese Verhandlungen werden bestimmt höchst kompliziert sein. Denn es handelt sich ja nicht nur um eine geographische Ausweitung des bestehenden Gemeinsamen Marktes, sondern darum, das ganze komplizierte Netz der Handelsbeziehungen umzugestalten, wobei ein großer Teil der freien Welt in Mitleidenschaft gezogen wird.

Selbst in seiner jetzigen Form ist der Europäische Gemeinsame Markt eine Institution, die über den europäischen Rahmen hinausgeht; er bildet den Kern eines Han-



delssystem, dessen Verzweigungen bis nach Afrika und anderen Kontinenten reichen. 16 unabhängige Länder und verschiedene noch abhängige Gebiete sind mit ihm assoziiert und bilden die Gruppe der assoziierten Ueberseestaaten, die freien Zugang zum Gemeinsamen Markt haben.

Großbritannien steht seinerseits im Zentrum eines weiteren Welthandelssystems, das über 60 Länder und Gebiete mit einer Gesamtbevölkerung von einer dreiviertel Milliarde Menschen umfaßt, eines Systems, das auf den Zollpräferenzen des Sterling-Gebiets beruht.

Es wird unumgänglich sein, bei der zukünftigen Regelung, wie sie sich aus den gegenwärtigen Verhandlungen ergibt, die bestehenden Beziehungen sowohl innerhalb des europäischen als auch des britischen Systems abzuwandeln und neu zu formulieren.

Die britische Initiative ist nicht der einzige Vorschlag für eine Erweiterung des Gemeinsamen Marktes. Dem britischen Beitrittsgesuch folgten ähnliche Gesuche von Dänemark und Irland, und möglicherweise wird sich auch Norwegen anschließen. Schweden, Oesterreich und die Schweiz haben ihre Absicht bekanntgegeben, die Assoziierung mit dem Gemeinsamen Markt zu beantragen, eine Form, die in einigen Punkten weniger als die volle Mitgliedschaft bedeutet. Auch Finnlands Handelsinteressen werden in der endgültigen Regelung berücksichtigt werden müssen.

Es wäre völlig unangebracht, wollte ich jetzt versuchen, das Endergebnis dieser Verhandlungen vorauszusagen. Aber es ist ganz klar, daß Form und Inhalt der endgültigen Lösungen einmal die lebenswichtigen Interessen nicht nur der Vereinigten Staaten, sondern auch anderer Nationen der freien Welt berühren werden. Die Regierung der Vereinigten Staaten verfolgt natürlich sorgfältig den Verlauf der gegenwärtigen Verhandlungen. Zu gegebener Zeit werden wir geeignete Schritte unternehmen, um sicherzustellen, daß die Einstellung der Vereinigten Staaten zu verschiedenen in diesen Verhandlungen behandelten Aspekten in vollem Umfang bekanntgemacht wird.

Ich will hier nicht versuchen, die komplizierten Probleme darzustellen, mit denen sich diese Diskussionen befassen. Es bedarf keiner besonderen Einsicht, um zu erkennen, daß ein Erfolg dieser Gespräche zu grundlegenden Veränderungen des Welthandelssystems und der politischen Weltordnung führen wird.

Auf die einfachste Formel gebracht, kann man sagen, daß die Entwicklung dazu führen kann, daß fast 90 vH der Industrieausfuhren der gesamten freien Welt sich in zwei großen gemeinsamen Märkten konzentrieren — dem Gemeinsamen Markt in Europa, der über 300 Millionen Menschen und eine noch unbestimmte Zahl weiterer Staaten umfaßt, und dem Gemeinsamen Markt der Vereinigten Staaten, der 180 Millionen Menschen und 50 Staaten umfaßt. In jedem dieser Gebiete wird fast völlige Bewegungsfreiheit für Waren, Arbeitskräfte, Kapital und Dienstleistungen herrschen, und jedes dieser Gebiete wird sich einen gemeinsamen Außentarif geschaffen haben.

Wie die amerikanische Industrie sich auf die Realität dieser neuen Welt auf dem Gebiet des Handels einstellt, wird, wie mir scheint, die Bewährungsprobe nicht nur für unsere Führerrolle im Wirtschaftsleben, sondern auch dafür sein, wie ernst es uns mit unserer Verpflichtung auf die wirtschaftlichen Prinzipien ist, für die wir ständig eintreten. Schließlich sind wir doch die Verkünder der Heilslehre vom freien Wettbewerb gewesen. Wir haben unseren europäischen Freunden immer wieder diese Lehre gepredigt. Wenn sie jetzt das in die Praxis umsetzen, was wir ihnen gepredigt haben, sollten wir nicht überrascht und auch nicht bestürzt sein.

Es scheint mir darum auch etwas merkwürdig, daß in Geschäftskreisen heutzutage ein so defätistischer Unterton verbreitet ist. Immer wieder hört man Ansichten wie etwa die, daß wir unsere Stellung auf den Weltmärkten durch unsere Preise verscherzt

haben, daß unsere Löhne zu hoch und unsere Anlagen veraltet sind, daß ausländische Konkurrenten liberalere Kreditbedingungen bieten können als amerikanische Firmen, daß ausländische Produzenten von der amerikanischen Technologie gelernt haben und jetzt dank ihres niedrigen Lohnniveaus in der Lage sind, uns aus den Weltmärkten zu vertreiben.

Ich will diese Litanei nicht fortsetzen. Wir alle kennen sie nur zu gut. Diese ängstlichen Mitbürger sehen nicht nur schwarz für die Zukunft unseres Exporthandels, sie sehen uns auch schon auf dem eigenen Importmarkt gefährdet. Die gleichen ausländischen Konkurrenten, die uns auf den Weltmärkten schlagen, dringen nun auch auf unseren Binnenmärkten vor, so sagen sie. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht irgendein Industrieller uns in Washington nachdrücklich versichert, daß sein Industriezweig dem Untergang geweiht sei, wenn er nicht durch strenge Kontingentierung vor ausländischen Importen geschützt wird. Das mindeste, was seine Branche brauche, seien hohe Schutzzölle oder andere restriktive Maßnahmen.

Niemand kann Zweifel darüber hegen, daß es von äußerster Wichtigkeit ist, die Konkurrenzfähigkeit der Vereinigten Staaten auf den Weltmärkten zu erhalten. Um das zu erreichen, müssen wir jedes uns zur Verfügung stehende Mittel ergreifen, um die inflationistischen Kräfte einzudämmen und der Gefahr der Lohn-Preis-Spirale entgegenzuwirken. Eine der wirksamsten Maßnahmen, mit der die Europäer bereits ihre Erfahrungen gemacht haben, wäre, daß wir auf den Protektionismus verzichten und der Konkurrenz, der wir uns jetzt auf den Weltmärkten stellen müssen, Tür und Tor öffnen. Das wäre eine Methode, der Inflation entgegenzuwirken, die im vollen Einklang zu den von uns allen vertretenen Idealen des freien Unternehmertums steht.

Auch auf andere Weise würde ein offenes Wettbewerbssystem mit konkurrenzfähigen Gütern unseren Interessen dienen. Bei all unserer gegenwärtigen Besorgnis über die Zahlungsbilanzlage unseres Landes vergessen wir leicht, daß die Vereinigten Staaten in ihrer Handelsbilanz einen Ueberschuß und nicht etwa ein Defizit haben. Im vergangenen Jahr belief sich dieser Ueberschuß auf 4,9 Milliarden Dollar, oder 2,8 Milliarden, wenn man den Anteil für die Auslandshilfe abzieht. Wenn wir nur von den Industrieprodukten ausgehen, ist der Ueberschuß im Verhältnis noch höher, da unsere Gesamtausfuhr von Industrieprodukten im vergangenen Jahr fast doppelt so groß war wie die Einfuhr.

Dieser Ueberschuß muß erhalten bleiben und sogar noch erhöht werden. Er wird für militärische Einrichtungen und die Bezahlung der Streitkräfte in Uebersee ausgegeben und bestreitet damit einen entscheidenden Anteil der Finanzlasten, die wir für die Verteidigung der freien Welt tragen. Aber wenn wir diesen Ueberschuß noch erhöhen wollen, müssen wir jede Politik vermeiden, in deren Rahmen Einfuhrbeschränkungen für die Vereinigten Staaten gefordert werden. Die Reaktionen auf solche Forderungen würden den Vereinigten Staaten einen Schaden zufügen, der durch die in der Zahlungsbilanz entstehenden Gewinne nicht aufzuwiegen wäre.

Bei den Ueberlegungen über Maßnahmen, die von den Vereinigten Staaten jetzt auf dem Gebiet der Handelspolitik ergriffen werden sollten, ist noch ein Ziel zu bedenken, für das wir uns alle einsetzen, die Steigerung der Löhne und die weitere Erhöhung des Lebensstandards in den Vereinigten Staaten, so rasch es nur unsere wachsende Produktivität zuläßt. Glücklicherweise sind die erfolgreichsten Exportindustrien auch diejenigen mit den höchsten Lohnniveaus. Und ebenso begrüßenswert ist der Umstand, daß diejenigen Industrien, die in erster Linie über die ausländische Konkurrenz klagen, im allgemeinen zu denen gehören, die niedrige Löhne zahlen.

Was die Löhne anbetrifft, so handelt es sich also darum, wie man das amerikanische Arbeitspotential so schnell und schmerzlos wie möglich aus den Industrien herausnimmt, die der ausländischen Konkurrenz nicht standhalten können und dorthin über-

führt, wo diese Probe bereits bestanden wurde. Wenn die Vereinigten Staaten diese Umschichtung fertigbringen, werden sie eine Arbeiterschaft zur Verfügung haben, die mit viel größerem Eifer an ihre zukunftsreichen Aufgaben in den vordersten Linien der technologischen Revolution herangeht, und die die führende Rolle der Vereinigten Staaten in dieser Revolution mit sichern wird.

Um es ganz schonungslos auszusprechen, — wir dürfen uns nicht der Logik unserer eigenen wirtschaftlichen Situation verschließen. Fast 30 Jahre lang haben wir die Welt auf dem Wege zum freieren Handel angeführt. Wenn wir in diesem späten Stadium dem Drängen jener nachgeben wollen, die von unserer Wirtschaft einen Schutz für ihre Industrien und ihr niedriges Lohnniveau fordern, so sollten wir uns über die Konsequenzen im klaren sein. Wir würden eine Kettenreaktion von Kampfmaßnahmen und Gegenmaßnahmen auslösen, die der ganzen freien Welt und am meisten uns selbst nie wiedergutzumachenden Schaden zufügen würden. Wir würden jeden Anspruch auf eine führende Rolle in der freien Welt verlieren. Wir würden die Stärke und Vitalität des Wirtschaftssystems, das wir vertreten, verleugnen.

### *Der Weg in die Zukunft*

Ich will mich aber heute nicht damit begnügen, diejenigen Wege aufzuzeigen, die wir nicht gehen sollten. Wir müssen einen positiven Kurs festlegen, der uns zu einer stärkeren und sichereren Position im In- und Auslande führt. Mir scheint die allgemeine Richtung dieses Kurses auf der Hand zu liegen.

Wie ich bereits erwähnte, haben wir das Ende einer Epoche erreicht, in der die Vereinigten Staaten vorherrschend waren in der Welt des Handels. In den kommenden Jahren wird der Handelsverkehr der freien Welt in hohem Maße von zwei großen Handelsgebieten abhängen — von Europa und den Vereinigten Staaten.

Bisher hat das neue Europa eine wirtschaftliche Wachstumsrate aufgewiesen, die das Doppelte unserer eigenen ausmacht. Bei der Aussicht auf einen Wettbewerb mit einheimischen Produzenten, denen der Zugang zu allen Kunden am Gemeinsamen Markt offensteht, sind viele amerikanische Industrielle zu dem Schluß gekommen, daß sie, sofern sie an der Entwicklung dieses großen neuen Handelsgebietes teilhaben wollen, Produktionsquellen innerhalb der Schutzmauern des Gemeinsamen Außentarifs erschließen müssen. Es ist nur natürlich, daß sich die amerikanische Industrie bemüht, ihre Fabriken in Kundennähe zu errichten, so wie sie einstmalige Fabriken und Montageanlagen an die Pazifikküste verlegte, als das Bevölkerungszentrum sich nach Westen verschob. Ich rechne auch damit, daß die europäische Industrie mit wachsenden Kapitalüberschüssen Gelegenheit finden wird, mehr und mehr in den Vereinigten Staaten zu investieren.

Es wäre aber völlig verkehrt, wenn wir es versäumen würden, den richtigen handelspolitischen Weg einzuschlagen und dadurch unsere Produzenten so stark benachteiligten, daß sie gar keine Wahl mehr hätten, sondern gezwungen wären, ihr Kapital in Europa zu investieren, weil ihre Exportprodukte jenseits der europäischen Zollmauer nicht mehr konkurrenzfähig wären. Damit würden wir unseren eigenen Produzenten einen schlechten Dienst erweisen, und einen noch schlechteren Dienst würden wir unseren Arbeitskräften erweisen. Außerdem würden wir unserer eigenen Wirtschaft den Segen des Wettbewerbs entziehen, der den Anreiz zu jeder Neuerung, zum technischen Fortschritt und zu gesunden und starken Wirtschaftsverhältnissen gibt.

Um das weltoffene Handelssystem zu schaffen, in dem unsere leistungsfähigsten Exportindustrien an dem neuen Absatzmarkt teilhaben können, brauchen wir allerdings auch neue, der Aufgabe angemessene gesetzliche Handhaben. Ich will mir hier die Einzelheiten ersparen. Gewisse Mindestforderungen, die uns unerläßlich erscheinen, kann ich jedoch schon angeben.



1. Der Gedanke, daß wir jeden amerikanischen Industriezweig vor den Umstellungen schützen müssen, die der Wettbewerb erforderlich macht, entspricht nicht dem Geist unserer volkswirtschaftlichen Konzeption. Schließlich ist Anpassungsfähigkeit doch der Genius einer dynamischen industrialisierten Wirtschaft. Unserer Wirtschaft werden täglich durch die Wandlungen des Publikumsgeschmacks, durch Bevölkerungsverschiebungen, durch die Anwendung neuer Techniken, durch die Verbesserungen der Automationstechnik Umstellungen abverlangt. Im Vergleich zu diesen normalen Umstellungen stellen die Anpassungen, die durch Zollsenkungen verursacht werden, nur eine Randerscheinung dar. Selbst wenn wir die Industriezölle völlig abschaffen würden, würden die erforderlich werdenden Umstellungen für die Volkswirtschaft insgesamt nur relativ geringfügige Bedeutung haben, wenn auch zugegeben werden muß, daß sie bestimmte Industrien schwer treffen würden.

Wenn wir den Anforderungen des neuen Welthandelssystems gerecht werden wollen, müssen wir meiner Ansicht nach vor allem von der Erkenntnis ausgehen, daß Zollsenkungen immer mit gewissen strukturellen Umstellungen bei einzelnen Industriezweigen Hand in Hand gehen. In Europa hat die Industrie sich diese Erkenntnis bereits zu eigen gemacht, was sich in erstaunlichem Maße auf Investitionen und Neuerungen ausgewirkt hat. Europäische Firmen haben festgestellt, daß die erforderlichen Umstellungen tatsächlich viel schmerzloser durchgeführt werden konnten, als man befürchtet hatte. In den meisten Fällen handelte es sich darum, den Betrieb von einem Produktionstyp auf einen anderen umzustellen, Muster zu ändern, bestimmte Materialien durch andere zu ersetzen oder die Produktion von bestimmten Warensorten einzustellen, die nicht konkurrenzfähig waren. Dabei waren vor allem Initiative, Phantasie und gute Geschäftsführung vonnöten.

Bis zu einer gewissen Grenze sollte meiner Ansicht nach bestimmten Industrien und Firmen zugemutet werden, daß sie zum Wohl der Gesamtwirtschaft die Bürde solcher Umstellungen auf sich nehmen. Dieser Grundgedanke klingt immer wieder in unserer Gesetzgebung an.

Es gibt immer eine kleine Anzahl von Ausnahmefällen in jedem allgemeinen Programm der Art, wie wir es jetzt in Angriff nehmen sollten, für die Ausnahmeregelungen geschaffen werden müssen. Aber wir sollten uns nicht von dem Grundsatz leiten lassen, daß wir es den amerikanischen Unternehmern oder Arbeitern ersparen müßten, sich den Anforderungen der Zeit anzupassen. Vielmehr sollte vorgesehen werden, daß die Regierung dann Hilfe leistet, wenn die Anforderungen der Umstellung so einschneidend sind, daß eine vorübergehende Stillegung amerikanischer Produktionsstätten erforderlich wird. In solchen Fällen sollte die Regierung eingreifen, um die Ueberführung von Arbeitskräften und Kapital in produktivere Produktionsgebiete zu beschleunigen, die sich in der amerikanischen Wirtschaft jederzeit bieten.

Zu diesem Zweck sollte die Regierung, wie Präsident Kennedy schon vor einigen Jahren vorschlug, ermächtigt werden, Unterstützung zu gewähren, um den Uebergang einzuleiten und durchzuführen. Unter diesem Titel würden auch Maßnahmen wie die beschleunigte Amortisierung veralteter Maschinen, die Bereitstellung von Krediten für die Modernisierung und die Beschaffung von Mitteln für die Umschulung und Umsiedlung von Arbeitskräften fallen.

2. Die dem Präsidenten übertragenen Vollmachten, über Zollsenkungen und den Abbau sonstiger Handelsbeschränkungen zu verhandeln, müssen so umfassend sein, daß wir die durch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gebotenen Möglichkeiten wahrnehmen und uns den Aufgaben, die sie uns stellt, gewachsen zeigen können. Das heißt zum mindesten, daß wir es uns nicht mehr leisten können, unsere Verhandlungsbefugnisse nur zum Aushandeln einzelner Positionen zu ermächtigen, sondern daß wir ihnen den Auftrag geben müssen, der Industrie der Vereinigten Staaten durch ihre Verhandlungen ein viel weiteres Feld zu eröffnen.

Für diese Forderung kann man verschiedene Gründe anführen. Erstens werden die strukturellen Wandlungen, die der Europäische Gemeinsame Markt verursachen wird, wahrscheinlich so einschneidend sein, daß heute noch niemand genau abschätzen kann, wie sich die Exportchancen für die Vereinigten Staaten gestalten werden. Die bisher gültigen Richtlinien über historische Handelsbedingungen und Lieferantenregeln werden uns nicht mehr viel helfen können bei der Wahl der Gebiete, in denen wir in Europa die besten Zukunftschancen haben. Unsere Bestrebungen müßten darauf gerichtet sein, unseren Produzenten einen Einbruch in den europäischen Markt auf breiter Front zu ermöglichen, und die gleiche Möglichkeit müssen wir den Europäern hier bieten.

Abgesehen von unseren eigenen Interessen ist aber noch ein weiterer zwingender Grund in der Tatsache zu sehen, daß die Länder des Gemeinsamen Marktes ihre Verhandlungen überhaupt nur auf der Basis linearer Senkungen führen können. Diese Verhandlungsmethode ist nicht nur aus Zweckmäßigkeitsgründen eingeführt worden, sondern ist eine Notwendigkeit. Es gibt keine andere Methode, um unter den sechs Mitgliedstaaten Uebereinstimmung über eine gemeinsame Handelspolitik zu erzielen.

3. Wenn ich mich hier auf unser bei weitem wichtigstes Problem — das Problem des Europäischen Gemeinsamen Marktes — konzentriere, so soll dennoch nicht die Tatsache übersehen werden, daß durch unsere neue Gesetzgebung auch die Grundlage für die Fortführung unseres offenen Welthandelssystems mit anderen Nationen gelegt werden muß. Mit dem Abbau der Handelsschranken durch die Vereinigten Staaten und den Gemeinsamen Markt auf Grund der zwischen ihnen geführten Verhandlungen werden sich natürlich auch für die anderen Handelspartner größere Chancen ergeben. Denn alle Maßnahmen im Rahmen dieses Abbaus der Handelsschranken müssen natürlich auf der Grundlage der Nichtdiskriminierung durchgeführt werden. Allerdings wird es auch erforderlich sein, Vollmachten für direkte Verhandlungen mit anderen Ländern zu delegieren, damit die Möglichkeiten für alle Nationen auf Gegenseitigkeitsbasis erweitert werden und ein dicht geknüpftes Handelssystem in der ganzen freien Welt geschaffen werden kann.

Es ist heute jedoch nicht meine Absicht, Form und Inhalt der Vollmachten, die dem Präsidenten übertragen werden müssen, noch ausführlicher zu behandeln. Es soll hier nur gesagt werden, daß das Programm eine Reihe neuer Vorschläge enthalten wird, die den ungewöhnlich hohen Anforderungen einer völlig veränderten Welt angemessen sind.

### *Die politische Notwendigkeit*

Bisher habe ich mich in diesen Ausführungen fast ausschließlich auf wirtschaftliche und kommerzielle Probleme und Möglichkeiten beschränkt. Aber das ist natürlich nur ein Teilaspekt, und vielleicht noch nicht einmal der wichtigste.

Wie uns allen stets bewußt ist, stehen wir gegenwärtig mitten in einem Kampf, der vielleicht die Zukunft der Menschheit entscheiden wird, oder sogar entscheiden wird, ob die Menschheit überhaupt eine Zukunft hat. In diesem Kampf ist es unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß wir nicht nur eine starke und leistungsfähige Wirtschaft und Industrie haben, sondern auch, daß die freie Welt so einig wie möglich für die gemeinsame Sache einsteht.

In seiner Rede vor dem XXII. Parteikongreß der KPdSU hat Chruschtschow zu Anfang dieses Monats dem westlichen System des freien Kapitalismus erneut die Fehde angesagt. Er sagte diesmal zwar nicht, daß er uns begraben wolle, aber er stellte die Behauptung auf, die Sowjetunion werde uns auf dem Sektor der Industrieproduktion und sogar in der Herstellung von Konsumgütern für die eigene Bevölkerung überholen. Mit dieser großsprecherischen Herausforderung hat er uns wieder einmal daran erinnert, daß wir alle Mittel, über die die freie Welt verfügt, einsetzen und zur höch-

sten Wirksamkeit bringen müssen, wenn wir überleben wollen. Ich glaube, es ist wichtig für uns, daß wir von unserem Vertrauen in unser eigenes System nicht nur sprechen, sondern daß wir es auch wirklich empfinden. Wenn wir ernstlich an die Leistungsfähigkeit des Wettbewerbssystems glauben, dürfen wir auch vor den Konsequenzen des Wettbewerbs nicht zurückschrecken. Wenn die Vereinigten Staaten das täten, wenn wir Amerikaner uns in unserem eigenen Kontinent abkapseln und den Konkurrenzkampf aufgeben würden, könnte nur Stagnation die Folge sein.

In einer Welt, in der wir dem Untergang nur entgehen können, wenn wir uns zusammenschließen, ist kein Platz für engstirnigen Nationalismus auf wirtschaftlichem Gebiet. Wir können uns nicht mehr auf eine Festung Amerika zurückziehen, auf wirtschaftlichem ebensowenig wie auf politischem Gebiet. In dem vor uns liegenden wirtschaftlichen Kampf würde uns das nicht vor den „atomaren Niederschlägen“ und erst recht nicht vor direkten Angriffen schützen.

Die von mir angedeuteten Ziele mögen Ihnen hochgesteckt erscheinen. Lassen Sie mich bekennen — sie sind es auch. Sie können nicht ohne neue politische Konzeptionen erreicht werden, ohne daß der Regierung wesentlich umfassendere und flexiblere Verhandlungsvollmachten übertragen werden. Und sie können auch nicht erreicht werden, wenn unsere Privatunternehmer und Geschäftsleute nicht ungeheure Energien aufwenden und eine große Vorstellungskraft beweisen.

Aber das ist auch das mindeste dessen, was von uns gefordert wird.

Die Frage, die heute an uns gerichtet wird, lautet, ob wir wirklich an die Lebensfähigkeit einer freien Wettbewerbswirtschaft glauben oder nicht. Es ist nicht der chinesisch-sowjetische Block und nicht die Revolution in den Entwicklungsländern und auch nicht die Integration des industriellen Westens, die uns vor diese Frage stellt, sondern wir selbst.

Quelle: *Wireless Bulletin* (Botschaft der Vereinigten Staaten, Bad Godesberg), Nr. 279 vom 1. November 1961.

**Bericht über die Außenhandelspolitik der Vereinigten Staaten vom 1. November 1961, ausgearbeitet von Christian A. Herter und William L. Clayton für den Unterausschuß für Außenhandelspolitik des Wirtschaftsausschusses des Kongresses**

*Betrifft:* Interdependenz der Nationen — technische Entwicklung — Bevölkerungsexplosion — amerikanische Außenhandelsgesetzgebung — Umstellungshilfe für Industrien — OECD — Handelspartnerschaft zwischen USA und EWG.

Vor 27 Jahren verpflichteten sich die Vereinigten Staaten mit dem Gesetz über Handelsabkommen (Trade Agreements Act) zu einer liberalen Außenwirtschaftspolitik. Mit der elfmaligen Verlängerung der Geltungsdauer dieses Gesetzes ist auch die Verpflichtung immer wieder erneuert worden, allerdings mit einschränkenden Änderungen. Im nächsten Jahr muß das Gesetz wieder erneuert werden. Aber „Erneuerung“ ist eigentlich ein irreführendes Wort, wenn man darunter versteht, daß auch jetzt noch einmal beibehalten werden soll, was im vergangenen Vierteljahrhundert elfmal gut genug gewesen ist. Das wird nicht so sein. Für die Vereinigten Staaten ist jetzt die Zeit gekommen, einen entscheidenden Schritt zu tun.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges sind zwei Entwicklungen eingetreten; die eine bedeutet eine Herausforderung für die Vereinigten Staaten, der sie nicht ausweichen können, die andere enthält die einzig richtige Antwort auf diese Herausforderung. Die Herausforderung ist der Kalte Krieg, in dem die Sowjetunion das Ziel verfolgt, die Industrienationen der freien Welt untereinander zu entzweien und die unterentwickelten Länder der Welt für den Kommunismus zu gewinnen. Eine Antwort darauf



gibt die Entwicklung des Gemeinsamen Marktes in Europa. Die Nationen der freien Welt müssen so zusammenarbeiten, wie es die „Sechs“ im Gemeinsamen Markt bereits tun. Solange wir denken können, sind es unter den internationalen Streitfragen in erster Linie die Wirtschaftsfragen gewesen, die die Einigkeit verhindert haben. Wir gehen von der Annahme aus, daß es keinen Heißen Krieg geben wird und daß es gilt, den Kalten Krieg zu gewinnen. Die Ausgangssituation bietet folgendes Bild:

Es gibt drei Milliarden Menschen auf der Erde. Etwa ein Drittel der Menschheit lebt unter kommunistischer Herrschaft. Die Einwohner der großen Industrienationen machen ein Sechstel aus. Die übrige Menschheit, also etwa die Hälfte, lebt in den armen unterentwickelten Ländern — den bündnisfreien oder, wie wir sie vorzugsweise bezeichnen, den „umworbenen“ Ländern.

Die unter kommunistischer Herrschaft lebende eine Milliarde Menschen bewohnt eine große, verhältnismäßig selbstgenügsame Festlandsmasse mit ungeheuren natürlichen Hilfsquellen. Ihr gesamter Außenhandel und ein großer Teil ihres Binnenhandels befinden sich in Händen des Staates. Diese Länder haben totalitäre Regierungen.

Eine halbe Milliarde Menschen, die Einwohner der großen Industrienationen im Westen, in Japan und Australien, lebt unter stabilen politischen Verhältnissen mit gewählten Regierungen. Sie nehmen eine wirtschaftliche Vormachtstellung in der Weltgemeinschaft ein. Dieser Punkt ist für unsere gegenwärtige Betrachtung von entscheidender Bedeutung. 18 vH der Menschheit verfügt über zwei Drittel der gesamten industriellen Kapazität. Es ist unsere feste Ueberzeugung, daß Entwicklung und Ausgang des Kalten Krieges entscheidend davon abhängen werden, welchen Gebrauch die Industrienationen von dieser ihrer Uebermacht machen werden.

Die eineinhalb Milliarden, die in den Entwicklungsgebieten der Erde leben, nehmen 50 vH der Festlandfläche der Erde ein, und zwar hauptsächlich die tropischen Gebiete und die Gebiete südlich davon. Diese Gebiete bergen ungeheure natürliche Hilfsquellen, dennoch leiden die Bewohner zum überwiegenden Teil Hunger. Hunger und politische Labilität gehen Hand in Hand. Die Kommunisten konzentrieren ihre subversive Tätigkeit hauptsächlich auf diese armen, unterentwickelten Länder. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges hat der politische und militärische Druck der Sowjets in diesen Gebieten niemals nachgelassen. In den fünfziger Jahren kam mit dem wirtschaftlichen Element noch eine weitere Dimension hinzu.

Chruschtschow legte die Bedingungen für den Kalten Krieg auf wirtschaftlichem Gebiet in seiner Erklärung vor dem XX. Parteikongreß im Jahre 1956 fest: „Aus der Tatsache, daß wir für den friedlichen Wettbewerb mit dem Kapitalismus eintreten, sollte man unter keinen Umständen schließen, daß unser Volk im Kampf gegen die bürgerliche Ideologie und gegen die Ueberbleibsel des Kapitalismus nachlassen wird. Unsere Aufgabe besteht darin, die bürgerliche Ideologie unaufhörlich anzugreifen und ihren asozialen und reaktionären Charakter zu entlarven.“ Damit ist die wirtschaftliche Kriegserklärung der Sowjets gegen die nichtsowjetische Welt ausgesprochen. Das unmittelbare Ziel in diesem Kriege besteht darin, den entscheidenden Einfluß über die Entwicklungsländer zu gewinnen, d. h. über mehr als 70 Länder. Das Endziel ist die Weltherrschaft. Der Kampf wird mit unversöhnlicher, gnadenloser Unnachgiebigkeit geführt. Der Westen hat von diesem Feind keinen Pardon zu erwarten. Sollte die Entschlossenheit des Westens geringer sein als die des sowjetischen Blocks, so wäre dessen endgültiger Triumph bereits sicher.

In allen Entwicklungsländern, insbesondere in denen, die erst kürzlich aus der Kolonialherrschaft entlassen worden sind, hat die Sowjetunion einheimische Kommunisten in Gruppen organisiert, die den Völkern unaufhörlich einreden, daß das kommunistische System den besten und schnellsten Weg bietet, um ihren Lebensstandard zu heben. Kann man erwarten, daß Völker, die nichts anderes als Sklaverei und Hunger gewohnt sind, die Freiheit dem täglichen Brot vorziehen?

Wenn man Richtlinien einer Politik entwerfen will, die der beschriebenen Situation gerecht werden soll, muß man sich drei Tatsachen vor Augen halten, die für die heutige Welt bezeichnend sind:

Die erste Tatsache ist die zunehmende Interdependenz der Nationen untereinander. Die interne Wirtschaftspolitik kann nicht mehr ohne Rücksicht auf ihre möglichen Auswirkungen im Auslande betrieben werden. Ebenso ist es unmöglich, die Verhältnisse draußen in der Welt zu ignorieren, wenn man die Wirtschaftspolitik eines Landes zu formulieren hat. Die Vereinigten Staaten haben schon vor Jahren erkannt, daß sie nicht ein isoliertes politisches System bilden. Sie müssen jetzt lernen, daß das ebenso auf dem wirtschaftlichen Gebiet zutrifft. Für die Vereinigten Staaten trifft es sogar in besonderem Maße zu dank ihrer wirtschaftlichen Vormachtstellung in der westlichen Gemeinschaft. Wenn innenpolitische Maßnahmen der Vereinigten Staaten sich nachteilig für die westliche Gemeinschaft auswirken, so erleidet der Westen einen Rückschlag im Kalten Krieg. Das gleiche trifft auf die Innenpolitik jedes unserer größeren Verbündeten zu.

Es ist grotesk, wenn die Vereinigten Staaten weiterhin Handelsschranken gegenüber anderen Ländern errichten, deren Rohstoffe sie brauchen. Trotz ihrer eigenen Ressourcen müssen die Vereinigten Staaten viele der Rohstoffe importieren, die für ihre Industrien von lebenswichtiger Bedeutung sind. Das einzige Mineral, von dem in den Vereinigten Staaten ein Ausfuhrüberschuß produziert wird, ist, soweit bekannt ist, die Kohle. Der Verband der Automobilfabrikanten führt 38 Einfuhrpositionen auf, die für die Automobilproduktion unerlässlich sind. Die Telefongesellschaften führen 20 solcher Positionen aus verschiedenen Ländern Asiens, Afrikas und Südamerikas auf.

Die Agrarpolitik der Vereinigten Staaten hat das System der Importkontingente bei uns verankert. Wenn die Preise weiterhin über dem Weltmarktniveau gehalten werden sollen, müssen die Vereinigten Staaten zweifellos auch das System der Importkontingente beibehalten.

In noch größerem Umfang macht sich die unausgeglichene internationale Zahlungsbilanz bemerkbar, deren Auswirkungen weithin sichtbar sind. Noch vor fünf Jahren hätten sich nur wenige Menschen träumen lassen, daß man in den Vereinigten Staaten jemals solche Dinge wie Herstellungskosten, Zinssätze und Steuern im selben Atemzug mit Gold und heißem Geld nennen würde.

Die zweite Tatsache ist die neue Rolle der Technik. Dr. Guy Suits von den General Electric Laboratories hat eine bemerkenswerte Tatsache erwähnt: Das Wachstum (in den Naturwissenschaften und der Technik) sei so rasch gewesen, daß 90 vH der Wissenschaftler aller Zeiten noch heute am Leben sein müssen. Wissenschaft und technologische Entwicklung hatten noch auf den Ausgang des Ersten Weltkrieges so gut wie gar keinen Einfluß. Im Zweiten Weltkrieg stellten sie bereits einen entscheidenden Faktor dar. Lord Keynes hatte vor 20 Jahren die technischen Neuerungen noch nicht als Wirtschaftsfaktor erkannt. Heute sind sie es in allergrößtem Ausmaß.

Eine weitere bemerkenswerte Tatsache wurde von Gerard Piel, dem Verleger der Zeitschrift „The Scientific American“, in seinen kurzen Ausführungen unter dem Titel „Der Verbraucher des Ueberflusses“ angeführt. Dr. Piel bemerkte — unserer Ansicht nach mit Recht —, daß der „Fortschritt der Technik so stürmisch ist, daß unsere Fähigkeit, entsprechende soziale Neuerungen einzuführen, nicht mehr ausreicht“. Insbesondere stellt er fest, daß wir in den letzten Jahren „trotz eines ständig ansteigenden Brutto-Sozialprodukts steigende Arbeitslosigkeit hatten“.

So ist also tatsächlich dank der technologischen Fortschritte im Westen der Ueberfluß endgültig hergestellt, aber die westlichen Institutionen sind nicht mehr in der Lage, dem raschen Wandel gerecht zu werden. In den Augen vieler Gruppen der westlichen Öffentlichkeit erscheint die Automation als eine ernste Gefahr, obgleich sie doch ein

unentbehrlicher Faktor für die militärische Sicherheit, für das Gleichgewicht der Wettbewerbsbedingungen in der Weltwirtschaft und schließlich auch für die Entlastung des westlichen Menschen von den verblödenden Auswirkungen monotoner Arbeitsverrichtungen ist.

Die dritte Tatsache, die zu beachten wäre, ist die Bevölkerungsexplosion. 20 oder mehr Länder in den Entwicklungsgebieten haben zur Zeit eine Bevölkerungs-Zuwachsrates gemäß den von Malthus aufgestellten Gesetzen, d. h. ihre Bevölkerung verdoppelt sich alle 25 Jahre. Hier möchten wir einen Satz aus dem Vorwort zu Professor Philip M. Hausers erstklassigem Buch „Population Perspectives“ zitieren: „Die revolutionären Wandlungen, die in der Neuzeit und insbesondere im Laufe des jetzigen Jahrhunderts bezüglich Größe, Zusammensetzung und Verteilung der Bevölkerung eingetreten sind, werfen Probleme auf, die zu den dringendsten und schwerwiegendsten Fragen der Gegenwart gehören.“

Die Vereinigten Staaten haben die Wandlungen in der Bevölkerungsstruktur in eigenen Lande zu spüren bekommen. Das rasche Einströmen der ländlichen Bevölkerung in die Großstädte, das nach der unaufhaltsamen technologischen Entwicklung in der Landwirtschaft einsetzte, hat bedenkliche Auswirkungen auf die städtischen Gebiete gehabt. Mit Sorge sehen wir die Großstädte überquellen, und die Lage kann sich noch weiter verschlimmern, wenn die ständig wachsende junge Generation sich in den Vororten ausbreitet. Die Explosion der Großstädte in den Vereinigten Staaten tritt zu einer Zeit auf, da Japan mit der Einführung von Maßnahmen zur Bevölkerungsbeschränkung einen historischen Schritt tut. Eine maßgebliche Bewertung der Auswirkungen dieser beispiellosen Entwicklung ist ohne sorgfältige und umfassende Untersuchungen nicht möglich, aber man kommt um die Schlußfolgerung nicht herum, daß die Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung Japans sehr günstig waren.

Unsere Hauptsorge im Zusammenhang mit der Bevölkerungsexplosion gilt den Entwicklungsländern. Ihre Bevölkerungszunahme ist doppelt so groß wie die der westlichen Gemeinschaft, während ihre wirtschaftlichen Ressourcen nur einen Bruchteil dessen ausmachen, was der Westen zur Verfügung hat. Unter solchen Verhältnissen der beispiellosen Vermehrung muß sich der tägliche Kampf um Brot und Lebensraum bei Völkern, bei denen schon vorher Unterernährung herrschte, immer mehr verschärfen. Das ist ein Problem, das uns direkt angeht.

Offen zutage tretende soziale Konflikte sind in einem malthusischen Zeitalter an der Tagesordnung. Aus den Konflikten dieser Art beziehen die Agenten des Weltkommunismus ihre Munition, von solchen Verhältnissen hängt oft das Schicksal labiler Regierungen ab. Das jährliche Durchschnittseinkommen von Milliarden von Menschen in den Entwicklungsgebieten beträgt etwa 100 Dollar gegenüber annähernd 2500 Dollar in den Vereinigten Staaten. Die meisten dieser Völker haben seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ihre politische Freiheit errungen. Sie sind nicht nur fest entschlossen, sich diese Freiheit zu erhalten, sondern auch, ihren Lebensstandard zu heben, sich mehr Nahrung, mehr Kleidung und bessere Wohnungen zu beschaffen.

Auch hier in unserer unmittelbaren Nähe, in Lateinamerika, ist die Kluft zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern aufgerissen. In einem kürzlich erschienenen Artikel mit dem Titel „The United States and Latin America — the Sins of the Fathers“ schrieb Frank Tannerbaum, der Professor für lateinamerikanische Geschichte an der Columbia-Universität: „Einfach ausgedrückt, läßt sich unsere Aufgabe in Lateinamerika in einer einzigen Frage zusammenfassen: Was können die Vereinigten Staaten tun, um die Kluft zwischen dem durchschnittlichen Jahreseinkommen von 2500 Dollar der Nordamerikaner und dem von 200 Dollar der Lateinamerikaner zu überbrücken? ... Der Unterschied in den Einkommensverhältnissen ist so kraß, daß wir, solange er nicht ausgeglichen wird, von den Völkern dieser Länder nicht erwarten können, daß sie sich mit unseren Zielen und Projekten, mit unserer Politik identifizieren.“



Betrachten wir einmal einige der von den Vereinigten Staaten ergriffenen Maßnahmen, die für die lateinamerikanischen Erzeugnisse eine Einschränkung der Absatzmöglichkeiten bedeutet haben und so zu einer Minderung der Einkommen und zur Vergrößerung der Kluft zwischen reich und arm unter den Ländern führten. Auf Ersuchen politisch mächtiger Minderheitengruppen in den Vereinigten Staaten hat die Regierung Importkontingente für Blei, Zink und Oel eingeführt. Viele Jahre lang sind Importe von Zucker und anderen landwirtschaftlichen Produkten kontingentiert gewesen. Für Baumwollexporte wurden Subventionen ausgezahlt. All diese Erzeugnisse werden auch in Lateinamerika produziert.

Solange der Unterschied im Lebensstandard zwischen den Industrienationen und den Entwicklungsländern so groß ist, wird die Welt, die heute immer mehr zusammenschrumpft, keinen Frieden haben. Zur Zeit vergrößert sich diese wirtschaftliche Kluft zwischen den beiden Ländergruppen noch ständig. Sie muß verringert werden, wenn die Hoffnung auf einen dauerhaften Weltfrieden keine Illusion bleiben soll. Noch ist es möglich, die Kluft zu verkleinern und gleichzeitig den Lebensstandard beider Gruppen zu heben. Aber die Zeit wird knapp.

Es ist heute fast genau 99 Jahre her, daß Abraham Lincoln am 1. Dezember 1862 in seiner Botschaft an den Kongreß sagte: „Die Dogmen der ruhigen Vergangenheit sind unzulänglich geworden in dieser stürmischen Gegenwart. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen häufen sich die Schwierigkeiten, aber wir müssen an den Verhältnissen wachsen... Wir müssen von vorn anfangen, zu denken und zu handeln. Wir müssen abwerfen, was uns hemmt, dann werden wir unser Land retten.“

Der „Trade Agreements Act“ in seiner heutigen Form ist völlig unzulänglich für die Verhältnisse, wie sie sich uns heute darstellen und wie sie sich vor unseren Augen weiter entwickeln. Bei der letzten Verlängerung der Laufzeit des Gesetzes im Jahre 1958 wurde die Länge der neuen Laufzeit besonders begrüßt. Eine vierjährige Laufzeit stellte die bisher ausgedehnteste Verlängerung dar. Aber sie hat sich als weniger sinnvoll erwiesen, als sie zunächst erschien. Der dem Präsidenten übertragene Verhandlungsspielraum war gering, und als die amerikanischen Vertreter bei der diesjährigen Sitzung des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) in Genf ihre Verhandlungspositionen vorbereiten wollten, stellten sie fest, daß die Schutzklauseln des Gesetzes ihnen keine Bewegungsfreiheit ließen. Unter diesen Umständen steht uns nur ein Weg offen, wenn wir im kommenden Jahr das Gesetz erneut zu beraten haben.

Ließen wir das Gesetz ablaufen, ohne es weiter zu erneuern, so hätte der Protektionismus einen eindeutigen Sieg errungen. Damit würden wir das Symbol unseres Liberalismus preisgeben. Die Verhandlungsvollmachten des Präsidenten wären beendet. Aber die Schutzklauseln des Gesetzes würden ihre Gültigkeit behalten, denn sie sind stehendes Recht.

Die Aufgaben, mit denen uns die heutige Zeit konfrontiert, machen eine wesentliche Erweiterung und Umgestaltung des Gesetzes und eine Verlängerung seiner Laufzeit um mehrere Jahre notwendig. Dabei werden die Schwächen des Gesetzes in seiner jetzigen Form erkannt. Erkannt wird ebenfalls, daß die Vereinigten Staaten eine sehr viel stärkere Hand brauchen, als sie sie heute haben, wenn sie der dem Gemeinsamen Markt innewohnenden Herausforderung auf dem Wettbewerbssektor etwas entgegenzusetzen wollen. Wir hoffen jedoch, daß damit die Abrechnung in dem größeren Wettstreit, dem wir uns stellen müssen, nicht hinausgeschoben wird.

Wir glauben, daß die Vereinigten Staaten in eine Handelspartnerschaft mit dem Gemeinsamen Markt in Europa treten und die Führung bei der zukünftigen Erweiterung einer Wirtschaftsgemeinschaft der freien Welt übernehmen müssen.

Das mindeste, was wir in diesem Sinne tun müssen, ist, dem Präsidenten an Stelle seiner jetzigen Vollmacht zu Verhandlungen über jede einzelne Position eine Verhand-

lungsvollmacht für pauschale Zollsenkungen zu übertragen. Unsere Verbündeten in Europa verhandeln nicht mehr auf der Basis einzelner Positionen, und wir müssen unsere Verhandlungsvollmachten anpassen.

Es wird häufig angeregt, daß die Vereinigten Staaten auf Bundesebene ein Hilfsprogramm für die Industrien und Arbeitergruppen, ja sogar für ganze Gemeinwesen, einführen sollten, die durch Importkonkurrenz geschädigt werden, damit sie sich auf neue wirtschaftliche Betätigungsfelder umstellen können. Wir glauben, daß die Umstellungen, die für Arbeitskräfte oder Kapital auf Grund erhöhter Importe erforderlich werden, besser von den Betroffenen selbst durchgeführt werden können als von der Regierung. Dennoch treten wir für ein staatliches Programm ein, das in Grenzfällen anzuwenden wäre. Wir stellen fest, daß von dem auf Regierungshilfe beruhenden Umstellungsprogramm des Gemeinsamen Marktes verhältnismäßig wenig Gebrauch gemacht worden ist. Hierzulande ist es schwer, Industrien zu finden, deren Schwierigkeiten einzig auf Importkonkurrenz zurückzuführen wären. Wir befürchten daher, daß ein allzu großzügiges Anpassungshilfe-Programm eher zur Untätigkeit verführen als einen Anreiz zu einem Neuanfang geben würde.

Mehr noch als in der Ausweitung und Umgestaltung des bestehenden Gesetzes sehen wir in dem Beispiel des Gemeinsamen Marktes das aussichtsreichste Instrument, um den Westen zu stärken und Chruschtschow im Kalten Krieg zu besiegen. Ziel eines gemeinsamen Marktes ist es, die Zahl der Verbraucher innerhalb eines Freihandelsgebietes zu erhöhen. Die Vereinigten Staaten bildeten ihren gemeinsamen Markt, als sich die dreizehn Kolonien durch Annahme einer Verfassung zusammenschlossen.

Viele Jahre hindurch hat den Europäern der Traum von den Vereinigten Staaten von Europa vorgeschwebt. Jetzt haben sie einen Anfang gemacht. Leider sind es nur sechs Länder, die in diesem ersten Stadium zusammengetreten waren. Sieben andere Länder haben die Europäische Freihandelsassoziation gebildet und so eine rivalisierende Organisation geschaffen, die auf diesem lebenswichtigen Gebiet eine schwerwiegende Spaltung bedeutet. Der kürzlich von Großbritannien und anderen Ländern gefaßte Entschluß, in Verhandlungen über einen Beitritt zu dem Gemeinsamen Markt der Sechs zu treten, gibt Anlaß zu der Hoffnung, daß eines der Elemente westlicher Uneinigkeit bald ausgeschaltet sein wird. Solange Westeuropa in „Sechs“ und „Sieben“ aufgespalten ist, bleibt nicht nur die wirtschaftliche Einigkeit unerreichbar, sondern es besteht auch die Gefahr schwerwiegender politischer Differenzen. Die „New York Times“ hat Großbritanniens Entschluß einen Wendepunkt der Geschichte genannt, und das ist er auch. Mit dem Gemeinsamen Markt beginnt ein Zeitalter neuen Wettbewerbs, neuer Ideen und neuer Initiativen.

Aber bei aller Hoffnung auf eine Beilegung der westeuropäischen Differenzen bleibt immer noch die Kluft zwischen den wirtschaftspolitischen Konzeptionen diesseits und jenseits des Atlantiks, die sich ständig erweitert. Auf der einen Seite haben wir Westeuropa, das jahrhundertlang in streng getrennte wirtschaftliche und politische Einheiten aufgespalten war und jetzt versucht, seine internen Handelsschranken und Zollgrenzen abzuschaffen und volle Bewegungsfreiheit von einem Lande zum anderen für seine 325 Millionen Einwohner und ihren Güteraustausch herbeizuführen. Auf der anderen Seite stehen die Vereinigten Staaten, bei denen eine gegenläufige Tendenz herrscht. Allzu oft wird hier auf protektionistische Maßnahmen zurückgegriffen. Selbst ein Stillstand in den Vereinigten Staaten müßte schon einem unmerklichen Abgleiten in eine rückschrittliche Bewegung gleichkommen, denn sie würden dann nicht mehr mit der entschlossen fortschreitenden Entwicklung Europas Schritt halten können.

Bei Beendigung des Zweiten Weltkrieges schlugen die Vereinigten Staaten einen Weg ein, der zu einer großen weltwirtschaftlichen Expansion führen sollte. Die Ergebnisse waren das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) und später der Marshall-Plan mit dem Europäischen Wirtschaftsrat (OEEC) als ausführendem Organ.

Der Europäische Wirtschaftsrat, der jetzt zur Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ausgeweitet worden ist, wurde auf Wunsch der Vereinigten Staaten von den Empfängerstaaten der Marshall-Plan-Hilfe organisiert. Man kann wohl ohne Uebertreibung sagen, daß der Gemeinsame Markt aus dieser Organisation hervorgegangen ist. (Heute ist es interessant, sich ins Gedächtnis zu rufen, daß der amerikanische Vorschlag zur Gründung einer OEEC die Sowjets im Jahre 1947 veranlaßte, die erste internationale Marshall-Plan-Konferenz zu verlassen und auch Polen und die Tschechoslowakei zur Rücknahme ihrer Erklärungen zu zwingen, mit denen sie zunächst ihre Bereitschaft zur Annahme von Marshall-Plan-Hilfe bekundet hatten. Die Sowjetunion erkannte damals, daß eine solche Gruppe sich eines Tages als wirksames Hindernis für die kommunistischen Pläne erweisen könnte.)

Wenn die Vereinigten Staaten auch weiterhin in der Lage sein sollen, ihre führende Rolle bei der Erhaltung der Freiheit in der westlichen Welt zu spielen, dann müssen sie wie im Jahre 1947 noch einmal das nationale und internationale Interesse den kurzfristigen Sonderinteressen der politisch mächtigen Minderheiten voranstellen. Es kann gar nicht oft genug gesagt werden, daß der Kommunismus all seine Künste und Listen in einem erbarmungslosen Krieg gegen den Westen einsetzt. Der Westen wird diesen Krieg verlieren, wenn er seine Einheit nicht wahren und es nicht erreichen kann, daß die umworbenen Entwicklungsländer sich ihre Unabhängigkeit erhalten und außerhalb des kommunistischen Blocks bleiben. Wenn die Kommunisten in der Lage sein sollten, einen überwiegenden Teil der Entwicklungsländer auf ihre Seite zu ziehen und in ihrem Sinne zu organisieren, wird der Kommunismus die Welt beherrschen. Der Westen hat die NATO, die jedoch in erster Linie auf die Funktion eines Militärbündnisses beschränkt ist. In Chruschtschows Krieg wird wahrscheinlich kein Schuß fallen. Die Kommunisten haben eine weniger kostspielige und schlaupere Methode. Ihr Plan ist, uns lebend zu vereinnahmen und all unsere Aktiva unvermindert einzukassieren. Wenn es ihnen gelingt, uns einzukreisen, werden unsere Enkel unter dem Kommunismus leben, wie Chruschtschow es vorausgesagt hat. Die westliche Einheit ist lebenswichtig, wenn der Westen überleben soll.

Die 20 Länder der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung — 18 westeuropäische Länder, die Vereinigten Staaten und Kanada — umfassen eine halbe Milliarde Menschen, die den höchsten Stand der Industrialisierung in der Welt erreicht haben. Sind sie einig im Handeln, dann gibt es wohl nichts, was sie nicht erreichen könnten. Unglücklicherweise sind sie es nicht. Mit Ausnahme des Marshall-Plans ist bisher jede Initiative in diesem weltumspannenden Ringen von den Kommunisten ausgegangen, während der Westen in der Defensive stand. Mit defensiven Stellungen ist aber kaum jemals ein Krieg gewonnen worden.

Wenn die Vereinigten Staaten es versäumen, sich der Bewegung anzuschließen, die den Gemeinsamen Markt zum Ziele hat, wird es ständig wirtschaftliche Reibungen zwischen Westeuropa, den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten im Pazifik geben. Ein geeintes Westeuropa würde mit seinem hochentwickelten Industriepotential und mit seiner disziplinierten Arbeiterschaft das leistungsfähigste Produktionszentrum der Welt darstellen. Bisher sind die Vereinigten Staaten, das Land mit dem größten Binnenmarkt in der westlichen Welt, in der Lage gewesen, ihre hohen Löhne (das Dreifache des Durchschnittslohns im Gemeinsamen Markt) durch Massenproduktion auszugleichen und so die Herstellungskosten auf einem Niveau zu halten, das es ihnen erlaubt, mit anderen Industrienationen zu konkurrieren. Der europäische Gemeinsame Markt verfügt bereits jetzt über einen Binnenmarkt, der, wenn man von den Bevölkerungszahlen ausgeht, fast dem der Vereinigten Staaten entspricht. Wenn alle oder fast alle westeuropäischen Länder dem Markt beitreten, wie zu erwarten ist, wird hier ein viel größerer Binnenmarkt entstehen als in den Vereinigten Staaten, und was das bedeutet, dürfte nur allzu klar sein.



Der Gemeinsame Markt hat die optimistischen Erwartungen seiner Befürworter erfüllt. Nach offiziellen Berichten ist der Handel der Sechs untereinander seit 1958 um fast 50 vH gestiegen — eine Wachstumsrate, die bei weitem diejenige aller anderen Industrienationen übersteigt. Geschäftsleute in den sechs Ländern, die ursprünglich zum Teil gegen diesen Plan für einen Abbau der Zölle, Kontingente und anderer Schutzmaßnahmen waren, gehören jetzt zu denen, die am eifrigsten eine Beschleunigung der Uebergangsmaßnahmen fordern. Als die Bestimmungen des Gemeinsamen Marktes in Kraft traten, wurde eine beträchtliche Zunahme des Absatzes von Volkswagen in Frankreich und von Renaults in Deutschland verzeichnet. Auch hat die Zahl der Firmenzusammenschlüsse und Firmenverbindungen über die Landesgrenzen hinaus rasch zugenommen.

Die mit Abstand zuverlässigsten und einträglichsten Absatzmärkte für die Ausfuhren der Vereinigten Staaten sind die Industrieländer der freien Welt. Wenn einmal alle oder fast alle diese Länder durch die Wettbewerbslage gezwungen sind, dem Gemeinsamen Markt beizutreten, bleibt den Vereinigten Staaten nur noch eine Möglichkeit, ihre Exportmärkte zu retten, nämlich daß sie sich selbst den Bestrebungen zur Bildung eines gemeinsamen Marktes anschließen. Die Vereinigten Staaten müssen sich ihre Exportmärkte erhalten und vermehren, damit sie ihre lebenswichtigen Importe bezahlen und ihren großen Verpflichtungen im Ausland weiterhin nachkommen können. Je länger die Vereinigten Staaten noch warten, desto schwieriger wird es für sie werden, ihre Handelspolitik den Entwicklungen des Gemeinsamen Marktes anzupassen. Schon zum Jahresende 1961 werden die „Sechs“ ihre Binnenzölle um 40 bis 50 vH herabgesetzt haben.

Wir empfehlen daher, daß die Vereinigten Staaten sobald wie möglich Verhandlungen einleiten, um eine Handelspartnerschaft mit dem europäischen Gemeinsamen Markt zu begründen, wobei sie ganz besonders betonen sollten, daß die Erweiterung des Gebietes absolute Notwendigkeit ist.

Es sollte nicht allzu schwierig sein, den Entwicklungsländern überzeugend darzulegen, daß es in ihrem besten Interesse läge, wenn sie sich diesem historischen Vorgang anschließen. Wenn man die 42 Länder mitzählt, die seit Ende des Zweiten Weltkrieges ihre Freiheit errungen haben, gibt es unter diesen Entwicklungsländern keine zehn Staaten mit einer Einwohnerschaft von über 25 Millionen, und viele von ihnen haben weniger als zehn Millionen Einwohner. Es wird viel über die Industrialisierung dieser kleinen Staatswesen gesprochen; wir meinen allerdings, ihr wirkliches Interesse würde eher auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Produktion liegen. Die Anstrengungen um eine Industrialisierung würden im Saldo nur einen Verlust aufzeigen können, wenn diese Länder kleine Industriekapazitäten aufbauen, um den heimischen Bedarf zu decken, die auf Grund ihrer mangelnden Leistungsfähigkeit ständigen Zoll- und Kontingentschutz verlangen würden.

Um den Entwicklungsländern die Anpassung zu erleichtern und um unserm Hauptziel der Hebung ihres Lebensstandards näherzukommen, könnte man einmal bestimmten Ländergruppen — nicht etwa einzelnen Ländern — unilateral ein Freihandelsrecht für ihre Rohstoffexporte in die Industrieländer einräumen. Ferner könnte eine Herabsetzung der Einfuhrzölle seitens der Entwicklungsländer um jährlich fünf Prozent als Gegenleistung für eine jährliche zehnprozentige Senkung seitens der Industrieländer ins Auge gefaßt werden.

Ohne Zollschränken und andere Hindernisse, die dem freien Güteraustausch über die nationalen Grenzen im Wege stehen, würde die Produktion nach den jeweils vorteilhaftesten Bedingungen rationalisiert werden, wie es in den 50 Staaten der Vereinigten Staaten bereits geschehen ist. Unter solchen Bedingungen würde unserer Meinung nach die größte Expansion des Produktionspotentials, einschließlich desjenigen der Vereinig-

ten Staaten, eintreten, die die Welt je erlebt hat. Die Produktionsstätten würden ihre Standorte in den Gebieten finden, die vom Standpunkt des Arbeitsmarktes, der technischen Ausbildung, des Klimas, der Rohstofflage, der Verkehrslage und des Absatzes die größten Vorteile bieten. Die meisten würden durch Privatkapital geschaffen werden. Viele würden auch in den Entwicklungsländern entstehen auf Grund günstiger Betriebsbedingungen und weil das gesamte Handelsgebiet mit seinen zwei Milliarden Menschen ohne Handelsschranken einen potentiellen Absatzmarkt darstellen würde.

Auf diese Weise würden die Entwicklungsländer eine gesunde Wirtschaftsentwicklung durchmachen. Ihr Lebensstandard würde steigen. Die wirtschaftliche Kluft zwischen arm und reich würde kleiner werden, und die Bedrohung des Weltfriedens durch den Kommunismus würde nachlassen.

Wir sind uns der innenpolitischen Schwierigkeiten in den Vereinigten Staaten, die von der durch uns empfohlenen Politik ausgelöst werden würden, wohl bewußt, aber wir sind dennoch überzeugt, daß wir an diesem Wendepunkt unserer Geschichte mit einer realistischen Konzeption an die Lösung der Probleme herangehen müssen.

Quelle: Botschaft der Vereinigten Staaten, Bad Godesberg.

**Notenwechsel zwischen dem Außenminister der Vereinigten Staaten, Dean Rusk, und dem Außenminister Japans, Zentaro Kosaka, vom 22. Juni 1961 über die Bildung eines gemeinsamen amerikanisch-japanischen Ausschusses für Handels- und Wirtschaftsfragen**

*Betrifft: Bildung eines gemeinsamen amerikanisch-japanischen Ausschusses für Handels- und Wirtschaftsfragen — Zusammensetzung — Ziele und Aufgaben — Arbeitsweise.*

*Wortlaut der amerikanischen Note*

Ich habe die Ehre, auf die kürzlich zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und dem Ministerpräsidenten Japans stattgefundenen Besprechungen Bezug zu nehmen, in denen es wünschenswert erschienen war, Vorkehrungen für Konsultationen über Wirtschaftsfragen von gemeinsamem Interesse zwischen unseren beiden Regierungen zu treffen. In diesem Zusammenhang wurde festgestellt, daß in Artikel II des Vertrages über gegenseitige Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Japan, der am 19. Januar 1960 in Washington unterzeichnet worden war, beide Parteien übereingekommen seien, daß „sie bemüht sein werden, Meinungsverschiedenheiten in ihren internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu vermeiden und die wirtschaftliche Zusammenarbeit untereinander zu fördern“. In diesen Besprechungen wurde der Wunsch von seiten beider Regierungen offenbar, einen Ausschuß zum Zweck periodischer Konsultationen zwischen denjenigen Regierungsmitgliedern, die die Hauptverantwortung für die Wirtschaftspolitik tragen, zu errichten.

Ich beehre mich daher vorzuschlagen, unsere beiden Regierungen mögen gemeinsam beschließen:

a) Es wird ein gemeinsamer amerikanisch-japanischer Ausschuß für Handels- und Wirtschaftsfragen errichtet.

b) Diesem Ausschuß sollen angehören:

für die Vereinigten Staaten von Amerika die Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Finanzen, Inneres, Landwirtschaft, Handel und Arbeit;

für Japan die Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Finanzen, Landwirtschaft und Forsten, Internationalen Handel und Industrie, Arbeit sowie der Direktor der Behörde für wirtschaftliche Planung.

zusammen mit weiteren Beamten im Kabinettsrang, die eine Regierung nach Bedarf von Zeit zu Zeit benennen kann;

e) Dieser Ausschuß soll folgende Aufgaben haben:

1. Maßnahmen zur Verstärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern zu erörtern;
2. insbesondere Informationen und Ansichten über Angelegenheiten auszutauschen, die eine fortgesetzte Ausdehnung eines gegenseitig vorteilhaften Handels ungünstig beeinflussen könnten, sowie über Fragen hinsichtlich der wirtschaftlichen Hilfsprogramme beider Länder, die gemeinsame Ueberlegungen erfordern;
3. den jeweiligen Regierungen über solche Erörterungen zu berichten, damit Maßnahmen in Betracht gezogen werden können, die geeignet und erforderlich sind, um Meinungsverschiedenheiten in ihren internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu vermeiden, für ein größeres Maß wirtschaftlicher Zusammenarbeit zu sorgen und den Handelsaustausch zu fördern.

d) Dieser Ausschuß soll einmal im Jahr oder häufiger zusammenkommen, wie es von den beiden Regierungen für notwendig befunden wird.

e) Dieser Ausschuß soll abwechselnd in den Vereinigten Staaten und in Japan zusammenkommen. Wenn die Tagungen des Ausschusses in den Vereinigten Staaten stattfinden, wird der amerikanische Außenminister oder ein anderes, von der Regierung der Vereinigten Staaten benanntes Mitglied den Vorsitz führen, wenn die Tagungen in Japan stattfinden, der japanische Außenminister oder ein anderes, von der japanischen Regierung benanntes Mitglied.

Wenn die japanische Regierung den obigen Vorschlägen zustimmt, würde ich vorschlagen, daß die vorliegende Note und die Antwort Eurer Exzellenz ein Abkommen zwischen unseren beiden Regierungen darstellt, das an dem heutigen Tag in Kraft treten und bis zu einem Zeitpunkt gültig bleiben soll, an dem eine der beiden Regierungen schriftlich ihren Wunsch nach Beendigung des Abkommens bekanntgibt.

#### *Wortlaut der japanischen Note*

Ich habe die Ehre, auf die Note Eurer Exzellenz vom heutigen Datum Bezug zu nehmen, in welcher Sie die Errichtung eines gemeinsamen amerikanisch-japanischen Ausschusses für Handels- und Wirtschaftsfragen vorschlagen.

Ich beehre mich, Eure Exzellenz davon in Kenntnis zu setzen, daß die japanische Regierung diesen Vorschlägen zustimmt und damit einverstanden ist, daß Ihre Note und die vorliegende Antwort ein Abkommen zwischen unseren beiden Regierungen darstellt, das heute in Kraft treten und bis zu einem Zeitpunkt gültig bleiben soll, an dem eine der beiden Regierungen schriftlich ihren Wunsch nach Beendigung des Abkommens bekanntgibt.

Quelle: *The Department of State Bulletin*, Vol. XLV, Nr. 1150 vom 10. Juni 1961, S. 58 f.

#### **Kommuniqué über die erste Tagung des gemeinsamen amerikanisch-japanischen Ausschusses für Handels- und Wirtschaftsfragen in Hakone vom 4. November 1961**

*Betrifft:* Handels- und Wirtschaftsbeziehungen — wirtschaftliche Situation in den Vereinigten Staaten und Japan — Zahlungsbilanzen — Export und Import — Entwicklungshilfe — Arbeitsmarkt — Kapitalverkehr — Austausch von Informationen — Abbau der Diskriminierungen gegen Japan.

#### **I**

1. Die erste Tagung des gemeinsamen amerikanisch-japanischen Ausschusses für Handels- und Wirtschaftsfragen fand am 2. bis zum 4. November 1961 in Hakone statt.



2. Japan war bei der Tagung vertreten durch Herrn Zentaro Kosaka, Minister für Auswärtige Angelegenheiten; Herrn Eisaku Sato, Minister für internationalen Handel und Industrie; Herrn Ichiro Kono, Minister für Landwirtschaft und Forsten; Herrn Mikio Mizuta, Minister der Finanzen; Herrn Alichiro Fujiyama, Direktor der Behörde für wirtschaftliche Planung; Herrn Kenji Fukunaga, Minister der Arbeit; sowie Herrn Masayoshi Onira, Kabinettschef. Ebenfalls waren anwesend die Stellvertretenden Minister der betreffenden Ministerien und Herr Koichiro Asakai, der japanische Botschafter in den Vereinigten Staaten.

3. Die Vereinigten Staaten waren vertreten durch Herrn Dean Rusk, Außenminister; Herrn Stewart Udall, Innenminister; Herrn Orville L. Freeman, Landwirtschaftsminister; Herrn Luther H. Hodges, Handelsminister; Herrn Arthur J. Goldberg, Arbeitsminister; Herrn Henry H. Fowler, Staatssekretär im Finanzministerium; sowie Herrn Walter W. Heller, Vorsitzender des Wirtschaftsbeirates des Präsidenten. Ebenfalls waren anwesend Herr Myer Feldman, Stellvertretender Sonderberater des Präsidenten, und Herr Edwin O. Reischauer, der amerikanische Botschafter in Japan, sowie die Berater der betreffenden Ministerien.

4. In der Eröffnungssitzung der Tagung des Ausschusses richtete Herr Hayato Ikeda, der japanische Ministerpräsident, einen Willkommensgruß an Außenminister Rusk und die übrigen Mitglieder der amerikanischen Delegation. Er gab ferner seiner Hoffnung Ausdruck, daß diese Tagung zu einer weiteren Festigung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen Japan und den Vereinigten Staaten beitragen werde.

5. Die Arbeit des Ausschusses vollzog sich unter dem Vorsitz von Außenminister Kosaka reibungslos. In einer sehr herzlichen und freimütigen Atmosphäre fand ein lebhafter Gedankenaustausch statt.

6. Ziel dieser Konferenz, wie es in einem Notenwechsel zwischen den beiden Außenministern vom 22. Juni 1961 dargelegt wurde, war der Austausch von Informationen und Ansichten, um „Meinungsverschiedenheiten in ihren internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu vermeiden, für ein größeres Ausmaß wirtschaftlicher Zusammenarbeit zu sorgen und den Handelsaustausch zu fördern“.

## II

7. Die Erörterungen umfaßten die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen Japan und den Vereinigten Staaten im allgemeinen, ihre Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit anderen Gebieten der Welt und ihre wirtschaftliche Lage und Wirtschaftspolitik im Innern.

8. Zu Beginn anerkannte der Ausschuß die engen Beziehungen zwischen der Wirtschaftspolitik im Innern und den internationalen Wirtschaftsbeziehungen und kam überein, daß für beide Länder ein wirksames Funktionieren des multilateralen Handels- und Zahlungssystems der freien Welt auf einer liberalen Grundlage wichtig sei.

9. Der Ausschuß erörterte die gegenwärtige wirtschaftliche Situation und ihre künftigen Entwicklungsaussichten in beiden Ländern. Das bemerkenswerte Wachstum der japanischen Wirtschaft in den letzten Jahren wurde festgestellt und der japanische Plan zur Verdoppelung des Volkseinkommens erörtert und begrüßt.

10. Die gegenwärtige Wirtschaftslage in den Vereinigten Staaten wurde dargestellt und die Erholung der Wirtschaft von der kürzlichen Rezession wurde festgestellt und begrüßt. Ebenfalls wurde die grundsätzliche Frage erörtert, auf welche Weise in den Vereinigten Staaten eine volle wirtschaftliche Erholung und ein schnelleres wirtschaftliches Wachstum bei gleichzeitiger Beibehaltung einer vernünftigen Preisstabilität und Fortschritten hinsichtlich eines Ausgleichs in der Zahlungsbilanz erreicht werden kann.

11. Die Wichtigkeit für beide Länder, ihre Wirtschaft gesund zu halten und einen zufriedenstellenden Ausgleich ihrer Zahlungsbilanz zu erreichen, sowie die Arbeitsbedingungen und den Lebensstandard in beiden Ländern zu verbessern, wurde betont. Es wurde ebenfalls darauf hingewiesen, daß die Handelspolitik durch die Lage auf dem Arbeitsmarkt beeinflusst wird und werden muß.

12. Der Ausschuß erörterte das Zahlungsbilanzproblem in den Vereinigten Staaten und in Japan. Er war übereinstimmend der Ansicht, daß beide Länder ihren Exportmarkt erweitern müssen. Japan muß Handel treiben, um leben und wachsen zu können, und die Vereinigten Staaten müssen Handel treiben, um wachsen und ihren Teil zur Gewährleistung der Sicherheit der freien Welt beitragen zu können. Im Fall der Vereinigten Staaten betonte die amerikanische Delegation, daß ein Handelsüberschuß erforderlich sei für die Finanzierung der Hilfsprogramme und der wichtigsten militärischen Ausgaben in Uebersee — Ausgaben, die für die Sicherheit und das Wohlergehen der freien Welt lebenswichtig seien. Sie betonten ebenfalls, daß das amerikanische Zahlungsbilanzdefizit durch größere Handelsüberschüsse ausgeglichen werden müsse, um ein fortgesetztes internationales Vertrauen in den Dollar als eine der beiden Reservewährungen, auf denen das Handels- und Zahlungssystem der freien Welt beruht, aufrechtzuerhalten. In Hinblick auf die in letzter Zeit unausgeglichene japanische Handelsbilanz mit den Vereinigten Staaten betonte die amerikanische Delegation, daß dies, wenigstens zum Teil, ein Ergebnis der wirtschaftlichen Rezession in den Vereinigten Staaten in den letzten Jahren und des plötzlichen und schnellen Anstiegs der japanischen Wachstumsraten und des japanischen Importbedarfs sei.

Im Fall Japans betonte die japanische Delegation, daß erhöhte Exporte erforderlich seien, um die zur Erfüllung des Zehnjahresplans der Regierung für eine Verdoppelung des Volkseinkommens notwendigen Importe zu finanzieren. In diesem Zusammenhang wiesen sie auf die in letzter Zeit unausgeglichene Handelsbilanz zwischen den Vereinigten Staaten und Japan hin und vertraten die Ansicht, daß Japan kein ausreichendes Exportvolumen erlangen könne, wenn nicht der Umfang ihrer Exporte nach den Vereinigten Staaten sich wieder vergrößern würde. Die japanische Delegation wies weiter darauf hin, daß, wenn es auch wünschenswert sei, daß beide Länder auf multilateralem Wege zu einem verbesserten Zahlungsausgleich gelangten, auf beiden Seiten jede Anstrengung gemacht werden sollte, um die Exporte und Importe so weit wie möglich der besonderen Handelsposition anzupassen, in der sich Japan befindet, sowie dem in letzter Zeit außerordentlich unausgebalancierten Handel zwischen Japan und den Vereinigten Staaten.

Im Hinblick auf die von amerikanischer und japanischer Seite dargelegten Ansichten untersuchte der Ausschuß sodann Maßnahmen zur Erweiterung des Exporthandels.

13. Der Ausschuß vertrat die Ansicht, daß trotz aller Anstrengungen die Exporte nur durch einen Handel zwischen den zwei Ländern nicht genügend gesteigert werden könnten. Er stellte daher mit Bedauern fest, daß viele Länder noch immer japanische Exporte nach dem Artikel XXXV des GATT mit diskriminierenden Beschränkungen belegen.

14. Der Ausschuß besprach kurz die Bestrebungen und Programme beider Länder in Hinblick auf die Hilfe an die Entwicklungsländer. Dabei wurde die auf diesem Gebiet zwischen den beiden Regierungen bilateral sowie auch in der Weltbank, dem Colombo-Plan und seit kurzem in der Gruppe für Entwicklungshilfe innerhalb der neugegründeten OECD stattfindende Koordinierung festgestellt.

15. Beträchtliche Aufmerksamkeit wurde der schwierigen, aber wichtigen Frage gewidmet, das Einkommen der Entwicklungsländer durch koordinierte internationale Maßnahmen zur Stabilisierung der Rohstoffpreise und durch erhöhten Kauf dieser Rohstoffe zu erhöhen. Die Vereinigten Staaten wiesen auf die Bedeutung ihres Programmes

„Nahrungsmittel für den Frieden“ in Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung der Entwicklungsländer hin und forderten zur Zusammenarbeit auf diesem Gebiet auf.

16. Der Ausschuß erörterte Lohn-, Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen in Japan und den Vereinigten Staaten sowie die Auswirkungen dieser Faktoren auf den Handel zwischen beiden Ländern.

17. Der Ausschuß erörterte ebenso verschiedene andere Probleme, einschließlich der Förderung des Kapitalverkehrs und des technologischen Austausches sowie engerer Kontakte auf dem Arbeitssektor zwischen beiden Ländern.

### III

18. In Hinblick auf die große Bedeutung der von beiden Ländern verfolgten Wirtschafts- und Finanzpolitik — sowohl im Innern als nach außen — und der Tatsache, daß die freie Welt auf einer offenen und liberalen Grundlage beruhe, wie auch hinsichtlich der Notwendigkeit für einen vollen Austausch von Informationen über gegenwärtige und künftige Pläne, kamen die Mitglieder des Ausschusses überein, daß gemeinsame Konsultationen und Untersuchungen auf normalem diplomatischem Wege, durch Diskussionen zwischen den Vertretungen der Vereinigten Staaten und Japans in den internationalen Institutionen, und, wenn dies zweckmäßig sei, durch besondere informelle Zusammenkünfte von Vertretern der beiden Regierungen verstärkt durchgeführt werden sollen. Solche engen und häufigen Kontakte werden es künftigen Tagungen auf Regierungsebene ermöglichen, noch wertvollere Beiträge zur Erreichung der gemeinsamen wirtschaftlichen Ziele zu leisten.

19. Der Ausschuß kam ebenfalls überein, daß der amerikanische Botschafter in Japan, der japanische Botschafter in den Vereinigten Staaten sowie geeignete Beamte des amerikanischen und des japanischen Außenministeriums zwischen den Sitzungsperioden für die energische Weiterführung der Arbeit des gemeinsamen amerikanisch-japanischen Ausschusses für Handels- und Wirtschaftsfragen verantwortlich sein sollten.

### IV

20. In Uebereinstimmung mit dieser allgemeinen Uebereinkunft für eine engere Zusammenarbeit wurde beschlossen, sofort auf verschiedenen Gebieten einen Anfang zu machen. Es wird erwartet, daß sich andere Gebiete, auf denen gemeinsame Anstrengungen wünschenswert erscheinen, in den kommenden Monaten zeigen werden.

a) Beide Länder kamen überein, für die Verwirklichung einer fortgesetzten Liberalisierung ihres gemeinsamen Handels sowie ihres Handels mit anderen Staaten zusammenzuarbeiten, um die Exportmöglichkeiten auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zu verbessern.

b) Die amerikanische Delegation erklärte sich bereit, die Bemühungen der japanischen Regierung um die Verminderung oder den Wegfall der gegen eine gleichberechtigte Teilnahme Japans an den multilateralen Handelsbeziehungen mit anderen Staaten gerichteten Diskriminierungen, insbesondere nach Artikel XXXV des GATT, zu unterstützen.

c) Beide Länder kamen überein, ihre Zusammenarbeit bei wirtschaftlichen und technischen Hilfsprogrammen an die Entwicklungsländer auszudehnen und gemeinsam Anstrengungen zu machen, um den Lebensstandard in diesen Ländern zu heben.

d) Beide Delegationen einigten sich auf einen Austausch derjenigen Informationen hinsichtlich der laufenden wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung sowie der zukünftigen Pläne und Programme, die erforderlich sein könnten, um beiden Ländern einen möglichst frühen Hinweis auf wichtige Veränderungen ihrer Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu geben.

e) Beide Länder haben ein gemeinsames Interesse an besseren Informationen über Arbeitsbedingungen, die Lage auf dem Arbeitsmarkt, Löhne und andere Aspekte



der Arbeitspolitik, um den Einfluß falscher Vorstellungen auf ihre Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu vermeiden. Es wurde daher vereinbart, diese Fragen durch beide Regierungen untersuchen zu lassen.

f) Ebenso haben beide Länder ein lebhaftes Interesse an Maßnahmen zur Marktförderung, zur Vermeidung von Störungen auf den Märkten für bestimmte Produkte sowie die Untersuchung der Auswirkungen von Importen auf ihre Industrien, und sie sind der Ansicht, daß diese Probleme eines weiteren intensiven Studiums bedürfen. Sie vereinbarten einen Austausch von Informationen und Unterlagen über diese Fragen.

21. In Anerkennung der Tatsache, daß eine Konferenz, an der so viele Regierungsmitglieder Japans und der Vereinigten Staaten teilnahmen und die mit dem Ziel stattfand, das gegenseitige Verständnis für Probleme von gemeinsamem Interesse zu vertiefen, ohne Beispiel in der diplomatischen Geschichte beider Länder ist, und in der Erkenntnis der Bedeutung des zwischen dem japanischen Ministerpräsidenten, Ikeda, und dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, Kennedy, im Juni geschlossenen Uebereinkommens, durch das der gemeinsame amerikanisch-japanische Ausschuß für Handels- und Wirtschaftsfragen geschaffen wurde, kam der Ausschuß überein, die weitere wirtschaftliche Zusammenarbeit zu fördern und dadurch die freundschaftlichen Beziehungen in den kommenden Jahren zu stärken.

Quelle: *The Japan Times Weekly* (International Edition), Vol. 1, No. 22 vom 11. November 1961.

### **Kommuniqué über die Tagung des Ministerrats der OECD in Paris vom 17. November 1961**

**Betrifft:** Wirtschaftswachstum — fünfzigprozentige Erhöhung des Bruttosozialprodukts — Ausgleich der Zahlungsbilanzen — Stabilität der Preise — Wachstumsziele der Entwicklungsländer — Landwirtschaftspolitik — Ausschuß für Entwicklungshilfe — Entwicklungszentrum der OECD — Abbau der Handelsbeschränkungen.

1. Der erste Ministerrat der OECD trat am 16. und 17. November in Paris unter dem Vorsitz des kanadischen Finanzministers, Donald M. Fleming, zusammen und überprüfte die wirtschaftlichen Ausblicke für die große Gemeinschaft der Mitgliedstaaten mit ihren über 500 Millionen Einwohnern in Europa und Nordamerika sowie ihre weltweiten Verpflichtungen.

2. Die Minister stellten das beachtliche wirtschaftliche Wachstum fest, das sich in den meisten Mitgliedstaaten im letzten Jahrzehnt vollzogen hat. Sie stimmten darin überein, daß es wünschenswert sei, ein Ziel für das weitere Wachstum festzusetzen. Unter der Voraussetzung der Stabilisierung der Preise sowie der notwendigen Vorkehrungen für Investitionen fördert rasches Wirtschaftswachstum die harmonische Entwicklung der Weltwirtschaft, unterstützt den Ausbau eines liberalen Welthandelsystems, schafft die notwendigen Voraussetzungen für die Erhöhung des Lebensstandards und gewährleistet einen hohen Beschäftigungsstand. Es wird den industrialisierten Mitgliedstaaten ermöglichen, wirksamer als bisher zur Entwicklung der weniger fortgeschrittenen Länder beizutragen, sei es durch die Gewährung finanzieller und technischer Hilfe, sei es durch eine Ausweitung der Exportmärkte dieser Länder und eine Erhöhung ihrer Exporteinnahmen.

3. Dementsprechend stellten die Minister als gemeinsames Ziel auf, in dem Jahrzehnt 1960—1970 eine reale Erhöhung des Bruttosozialproduktes um 50 vH für die Gesamtheit der zwanzig Mitgliedstaaten zu erreichen. Diese Wachstumsrate kann von Jahr zu Jahr und von Land zu Land variieren, außerdem können einzelne Länder — da es sich um ein gemeinsames Ziel handelt — diese nicht ganz erreichen oder sie überschreiten.

4. Jedes Land wird entsprechend seinen eigenen wirtschaftlichen Bedingungen seinen Beitrag zu diesem gemeinsamen Wachstum zu leisten haben. Dieser Beitrag wird durch eine gleichzeitige Expansion in anderen Ländern gefördert und verstärkt werden. Die Aufstellung eines gemeinsamen Zieles für das wirtschaftliche Wachstum bedeutet an sich schon die Anerkennung der zunehmenden gegenseitigen Abhängigkeit der einzelnen Volkswirtschaften der zwanzig Mitgliedstaaten. Angesichts ihrer Erfordernisse sollten die Entwicklungsländer unter den Mitgliedstaaten eine relativ höhere Wachstumsrate aufweisen. Eine fünfzigprozentige Produktionssteigerung im Laufe der nächsten zehn Jahre macht eine bewußte und entschlossene Wirtschaftspolitik der einzelnen Länder und deren Koordinierung auf dem Wege über die Konsultations- und Zusammenarbeitsverfahren der Organisation erforderlich.

5. In diesem Zusammenhang betonten die Minister insbesondere die Notwendigkeit eines angemessenen Gleichgewichtes im Zahlungsverkehr der Mitgliedstaaten gegenüber anderen Ländern als Voraussetzung für die Erfüllung des vorerwähnten Wachstumszieles. Deshalb erwies es sich als notwendig, die Koordinierung der Finanz- und Wirtschaftspolitik der einzelnen Länder und das gegenseitige Verantwortungsbewußtsein zwischen Defizit- und Ueberschußländern weiter zu verstärken, um das gemeinsame Ziel eines beschleunigten wirtschaftlichen Wachstums bei gleichzeitiger weiterer Verbesserung des internationalen Zahlungsmechanismus zu erreichen. Die verschiedenen bereits verfügbaren Mittel zur Milderung zeitweiligen Drucks auf bestimmte Währungen waren von großem Wert. Sie sollten aber noch weiter ausgebaut werden.

6. Die Stabilität der Preise ist von höchster Bedeutung, um der Bevölkerung den vollen Nutzen des wirtschaftlichen Wachstums zukommen zu lassen und den internationalen Zahlungsverkehr im Gleichgewicht zu halten. Eine Uebernachfrage sollte daher verhindert werden, und man sollte darauf hinarbeiten, die Produktivität und die Beweglichkeit der Arbeitskräfte zu steigern. Die durch höhere Produktivität erzielten Gewinne sollten in gerechter Weise verteilt werden, und Erhöhungen aller Arten von Geldeinkommen sollten grundsätzlich innerhalb der Grenzen der Produktivitätssteigerung gehalten werden, was allein die Voraussetzung für eine dauerhafte Verbesserung des Lebensstandards bieten kann. Für Länder mit Zahlungsbilanzdefiziten ist es besonders wichtig, daß ihre Wettbewerbslage nicht durch einen Kostenanstieg unterminiert wird. Eine liberale Einfuhrpolitik bietet ein weiteres Mittel, um die Stabilität der Preise zu sichern. Die Ueberschußländer stehen unter einer besonderen Verantwortung, diese und andere ihnen zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, die sowohl zum inneren wie auch zum äußeren Gleichgewicht beitragen.

7. Die Minister betonten, daß besondere Anstrengungen gemacht werden müßten, um das Wachstum in weniger entwickelten Mitgliedstaaten zu fördern und auf diese Weise zu versuchen, die sehr großen Unterschiede in dem Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung zu verringern. In diesen Ländern sind noch sehr große Möglichkeiten vorhanden, durch intensivere Nutzung des naturgegebenen und menschlichen Potentials einen höheren Lebensstandard zu erreichen. Die Minister bekräftigten ihre Ueberzeugung, daß höhere Investitionen und bessere Ausbildungsmöglichkeiten notwendige Vorbedingungen für eine derartige Entwicklung sind. Um eine echte Zunahme der unzureichenden Wachstumsraten derartiger Mitgliedstaaten herbeizuführen, beauftragten die Minister die Organisation, solche Länder in ihren Bemühungen zu ermutigen und zu unterstützen, wozu auch die Aufstellung und Durchführung wohlgedachter Entwicklungspläne gehört.

8. Um dieses Wachstumsziel zu erreichen, müssen wissenschaftliche Ausbildung und Forschung stärker eingeschaltet werden. Ihre Verwertung in Landwirtschaft und Industrie sollte genau untersucht werden. Die Organisation sollte ihre Arbeit auf diesen Gebieten weiter ausbauen.

9. Die Minister stellten fest, daß dank der Steigerung der Produktivität und der Mechanisierung die Agrarproduktion in den OECD-Mitgliedstaaten beträchtlich angestiegen ist und daß die Landwirtschaft auch bei der Verwirklichung des gemeinsamen Zieles eine wichtige Rolle zu spielen habe. Die Minister waren sich einig, daß die erforderliche Anpassung auf dem Gebiet der Landwirtschaft sorgfältig untersucht werden müsse. Sie waren der Meinung, daß eine Steigerung der Produktivität in der Landwirtschaft zur Stabilhaltung des allgemeinen Preisniveaus beitragen sollte; außerdem könnte in vielen Ländern die Landwirtschaft Arbeitskräfte für die Expansion der Industrie zur Verfügung stellen. In diesem Zusammenhang wurde die Notwendigkeit festgestellt, die landwirtschaftliche Bevölkerung an dem infolge des wirtschaftlichen Wachstums steigenden Lebensstandard teilhaben zu lassen. Die Minister schlossen sich der von den Landwirtschaftsministern anläßlich ihrer Sitzung im Oktober 1961 in der OECD vertretenen Auffassung an, daß die Landwirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten Gegenstand ständiger Konsultationen und Gegenüberstellungen innerhalb der Organisation bilden solle, um eine harmonische Entwicklung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion zu gewährleisten.

10. Die Minister nahmen den Standpunkt ein, daß eine höhere Produktion zu einer bedeutenden Zunahme der Hilfeleistung an Entwicklungsländer führen sollte. 1960 belief sich der gesamte Kapitalfluß von öffentlichen wie privaten Mitteln aus den Mitgliedstaaten und Japan — einem Mitglied des OECD-Ausschusses für Entwicklungshilfe — auf ungefähr 7,5 Milliarden Dollar. Die Minister waren sich einig, daß eine weitere Verstärkung der Entwicklungshilfe notwendig sei, und sie begrüßten die Absicht des Ausschusses für Entwicklungshilfe, von 1962 an jährlich die Hilfeleistungen und die Entwicklungspolitik der Mitgliedstaaten zu überprüfen. Der Hauptzweck dieses Verfahrens soll darin bestehen, die Hilfeleistungen zu verstärken und sie besser den Bedürfnissen und Verhältnissen der Empfängerländer anzupassen, wobei ein Erfahrungsaustausch über die bilaterale Entwicklungshilfe von Nutzen sein könnte. Die Minister verliehen dem Wunsche Ausdruck, daß der Ausschuß für Entwicklungshilfe eine stärkere Zusammenarbeit unter den Geberländern bei ihren bilateralen Hilfeleistungen anregen und daß in zunehmendem Maße ein gemeinsamer Weg zur Lösung spezifischer Probleme der wirtschaftlichen Entwicklungshilfe beschritten werden sollte. Auch erkannten sie die Notwendigkeit an, mit multilateralen Institutionen, die Entwicklungshilfe gewähren, eng zusammenzuarbeiten und diese zu unterstützen. Ferner begrüßten sie die Arbeit, die bereits unternommen wird, um Maßnahmen zur Förderung des privaten Kapitalexports in Entwicklungsländer festzulegen.

11. Die Minister stellten fest, daß die wirtschaftliche Expansion in Entwicklungsländern am besten mittels sorgfältig vorbereiteter Programme erreicht werden kann, die den Bedürfnissen und wirtschaftlichen Möglichkeiten Rechnung tragen. Deshalb begrüßten sie auch alle individuellen und regionalen Bemühungen der Entwicklungsländer, derartige Programme aufzustellen. Die Minister beauftragten die Organisation, die Funktionen und die Struktur des in Aussicht genommenen Entwicklungszentrums der OECD zu untersuchen, das in Zusammenarbeit mit schon bestehenden Institutionen dem dringenden Bedarf nach Erweiterung der Kenntnisse sowie nach qualifizierten Fachkräften für Entwicklungsarbeit entsprechen soll.

12. Die Minister betonten die Wichtigkeit, die dem Abbau der Restriktionen auf dem Gebiet des Waren- und Dienstleistungsverkehrs insbesondere seitens der Industrieländer als Mittel zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums und zur Schaffung expandierender Märkte zukommt. Die Minister hoben die Notwendigkeit hervor, sowohl innerhalb der OECD als auch innerhalb anderer internationaler Gremien Mittel und Wege zu suchen, um die innerhalb der OECD-Mitgliedstaaten und zwischen OECD-Mitgliedstaaten und der übrigen Welt bestehenden Handelsbeschränkungen abzubauen. Das Hauptinstrument der Organisation bei der Erreichung dieses Zieles sollten regel-



mäßige Gegenüberstellungen der Handelspolitik sein. Die Minister unterstrichen die Bedeutung der Verhandlungen zwischen den EWG- und anderen europäischen Ländern. Die getroffenen Vereinbarungen sollten die berechtigten Interessen anderer Länder sicherstellen. Sie verliehen ihrer Befriedigung darüber Ausdruck, daß die verhandelnden Länder sich bereit erklärt haben, die OECD über den Fortschritt der Verhandlungen auf dem laufenden zu halten. Ziel der Organisation sollte es sein, zur Erreichung eines Höchstmaßes von Freiheit auf dem Gebiet des Handels beizutragen und die Entwicklungsländer in die Lage zu versetzen, steigende Ausfuhrerlöse zu erzielen.

13. Abschließend stellten die Minister fest, daß diese Maßnahmen nur erste Schritte in einem gemeinsamen Bemühen bilden sollen, das immer mehr über die Grenzen der wirtschaftlichen Beziehungen ihrer Länder untereinander und des materiellen Wohlergehens ihrer eigenen Bürger hinausreichen muß. Die Mitgliedstaaten werden gemeinsam die drei Hauptziele des OECD-Uebereinkommens weiterverfolgen: wirtschaftliches Wachstum, Entwicklungshilfe und Handel, um eine gesunde Expansion der Weltwirtschaft sicherzustellen.

Quelle: OECD, Mitteilung an die Presse, OECD/PRESS/A(61)10 vom 17. November 1961.

### **Kommuniqué über die Tagung des Ministerrats der EFTA in Genf vom 21. November 1961**

*Betrifft:* Schaffung eines europäischen Marktes — Verhandlungen Großbritanniens und Dänemarks mit der EWG — Assoziierungsabsichten der neutralen EFTA-Länder — Stellungnahmen Norwegens und Portugals — Vorverlegung der nächsten zehnprozentigen Zollsenkung.

Der Rat der Europäischen Freihandelsassoziation auf Ministerebene tagte am 20. und 21. November 1961 in Genf unter dem Vorsitz seines Vizepräsidenten, J. O. Krag, des dänischen Außenministers. Es war dies das erste Zusammentreten des Ministerrates der EFTA seit der gemeinsamen Genfer Erklärung vom 31. Juli 1961, in welcher der Absicht zur Teilnahme an einem einzigen europäischen Markt Ausdruck gegeben wurde.

Die Minister nahmen von Ausführungen des britischen Lordsiegelbewahrers, Heath, und des dänischen Außenministers, Krag, über die Verhandlungen Großbritanniens und Dänemarks mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft Kenntnis, sowie von der Absicht der Regierungen Oesterreichs, Schwedens und der Schweiz, eine Assoziierung mit der Europäischen Gemeinschaft in einer geeigneten Form anzustreben. Sie erhielten auch die Stellungnahme Norwegens und Portugals.

Die Minister drückten ihre Befriedigung über die auf diesem Gebiete unternommenen oder beabsichtigten Schritte aus, ebenso über die Art und Weise, wie die Regierungen der Mitgliedstaaten einander auf dem laufenden gehalten haben. Sie werden sich auch weiterhin über die Schritte konsultieren, welche die Regierungen der Mitgliedstaaten unternehmen werden, um den Beschluß, wonach jedes Mitglied die passenden Bindungen mit der EWG finden solle, durchzuführen.

Die Minister haben entschieden, daß die nächste Zollsenkung um 10 vH innerhalb der EFTA, die nach dem Stockholmer Uebereinkommen am 1. Juli 1963 stattfinden sollte, schon 1962 erfolgen wird. Dieser Beschluß tritt in Dänemark, Großbritannien, Portugal, Schweden und der Schweiz am 1. März 1962 in Kraft und in Norwegen und Oesterreich nicht später als am 1. September 1962. Dieser Entschluß bedarf der Bestätigung der dänischen Regierung.

Das nächste Treffen des Ministerrats der EFTA soll in der zweiten Februarhälfte 1962 in Genf stattfinden.

Quelle: EFTA-Pressemitteilung vom 21. November 1961.

## Die Siebente Jahreskonferenz der NATO-Parlamentarier

Vom 13. bis zum 17. November 1961 fand in Paris die Siebente Jahreskonferenz der NATO-Parlamentarier statt. Während in den Debatten des Vorjahres die Fragen der Kontrolle und des Einsatzes von Kernwaffen noch einen breiten Raum eingenommen hatten, standen im November 1961 angesichts der Berlin-Krise und der verschärften internationalen Spannungen die Fragen der militärischen, politischen und ideologischen Stärkung der Atlantischen Gemeinschaft im Vordergrund.

In der einleitenden Sitzung gab der Generalsekretär der NATO, Dirk U. Stikker, einen ausführlichen Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der Organisation auf allen Gebieten. Insbesondere wies er auf die Aufgaben hin, die der NATO im Hinblick auf die sich abzeichnende Entwicklung einer atlantischen Handelspartnerschaft (vgl. die Dokumentation „Die amerikanische Handelspolitik und die regionalen Wirtschaftsprobleme in Europa und Asien“ auf D 686 ff.) zufallen, da nur in ihrem Rahmen eine Abstimmung zwischen den Anforderungen von Entwicklungshilfe und Verteidigungsausgaben möglich sei. In seinen Ausführungen zur militärischen Entwicklung des vergangenen Jahres sagte Stikker, die westlichen Völker müßten sich damit abfinden, daß nur eine hinreichende Ausrüstung mit Kernwaffen ihre weitere Existenz sichern könne, solange es keine vollständige kontrollierte Abrüstung gibt. Seine persönlichen Gedanken unterbreite die Generalsekretär zur Frage der Verfügungsgewalt über die Kernwaffen der Allianz. Danach sollte die Entscheidung über den Einsatz von Kernwaffen — nachdem die Oberkommandierenden zunächst die Notwendigkeit eines solchen Einsatzes festgestellt haben — durch eine Mehrheit „gewogener Stimmen“ erfolgen, um den Interessen der Mächte, die selbst Kernwaffen produzieren, gerecht zu werden.

Außer Stikker traten in den einleitenden Generaldebatten auch der französische Außenminister, Maurice Couve de Murville, der amerikanische Staatssekretär für die Armee, Elvis J. Stahr, als Ueberbringer einer Botschaft von Präsident Kennedy und der Oberste Alliierte Befehlshaber Europa, General Lauris D. Norstad, auf. Norstad ging besonders ausführlich auf die Verwirklichung seines im November 1960 vor den NATO-Parlamentariern und am 1. Dezember 1960 vor der WEU-

Versammlung in Paris (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 1 ff.) angekündigten Planes einer beweglichen Streitkraft als integrierter Formation der Allianz ein. Diese Streitkraft habe inzwischen ein vorläufiges Hauptquartier bei der Central Army Group und bestehe aus Einheiten der sechs Nationen, deren Truppen im Mittelabschnitt eingesetzt seien. Man hoffe aber, daß sich zu einem späteren Zeitpunkt alle NATO-Staaten an dieser Streitkraft beteiligen würden. Im Zusammenhang mit dieser beweglichen Streitkraft sei gelegentlich die irrtümliche Auffassung aufgekommen, es handle sich um eine mit Kernwaffen ausgerüstete Einheit. Hierzu erklärte Norstad, diesen Streitkräften könnten zwar mit Kernwaffen ausgerüstete Unterstützungseinheiten beigegeben werden, falls das notwendig sein sollte. Diese würden aber nicht automatisch eingesetzt, sondern nur auf Grund besonderer Entscheidung durch eine zuständige Instanz. Die auf Sardinien durchgeführten Uebungen hätten bewiesen, daß eine Zusammenarbeit der verschiedenen nationalen Elemente durchaus möglich sei. Norstad kündigte für die nächste Zukunft eine Erhöhung der NATO-Streitkräfte im Abschnitt Europa-Mitte auf 25 Divisionen an, deren Ausrüstung konventionelle und nukleare Waffen in angemessenem Verhältnis umfassen würde.

In der politischen Debatte am 17. November legte der französische Abgeordnete Arthur Conte ein Memorandum zur Errichtung einer „Versammlung des Atlantischen Bündnisses“ vor. Wie er in seiner Begründung dazu ausführte, könne nur eine parlamentarische Zusammenarbeit ein größeres gegenseitiges Verständnis schaffen.

Zu der Frage eines offiziellen Status der Parlamentarier im Rahmen der NATO hatte Stikker bereits zu Beginn der Konferenz Stellung genommen. Seiner Ansicht nach sei diese Frage sekundärer Natur. Gerade in ihrem spontanen und nicht-offiziellen Charakter liege die Stärke dieser Einrichtung. Man dürfe auch nicht vergessen, daß die NATO keine supranationale Institution sei und auch nicht als solche geplant sei.

Zum Abschluß ihrer Debatten nahm die Konferenz eine Reihe von Empfehlungen zu politischen, militärischen, wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlich-technischen Fragen an (vgl. S. D 714 ff.).

**Entschließung und Empfehlungen der Siebenten Jahreskonferenz der NATO-Parlamentarier in Paris vom 13. bis zum 17. November 1961**

*Allgemeine Entschließung*

*Betrifft:* Verwirklichung der Konferenzbeschlüsse.

Die Konferenz der NATO-Parlamentarier

geht davon aus, daß die Durchführung der Berichte und Empfehlungen der Ausschüsse der Konferenz durch Maßnahmen des Nordatlantikrates wie auch der Mitgliedstaaten und anderer nichtamtlicher Organe erfolgen muß;

beauftragt den Ständigen Ausschuß, diese Berichte und Empfehlungen dem Nordatlantikrat zuzuleiten;

weist den Ständigen Ausschuß an, Abschriften dieser Berichte und Empfehlungen den Mitgliedsregierungen der NATO und anderen entsprechend interessierten Körperschaften, einschließlich der OECD, zuzuleiten, und

fordert alle einzelnen Mitglieder der NATO-Parlamentarier-Konferenz auf, die Empfehlungen mit allen angemessenen Mitteln durchzuführen.

*Empfehlungen des Politischen Ausschusses*

I.

*Betrifft:* Zusammenarbeit mit dem NATO-Rat.

Die Konferenz der NATO-Parlamentarier

erinnert an die zahlreichen Entschließungen, die von der Konferenz in der Vergangenheit angenommen worden sind;

ersucht den Nordatlantikrat, Berichte darüber vorzulegen, was auf diesen Gebieten unternommen und erreicht worden ist.

II.

*Betrifft:* Berlin.

Die Konferenz der NATO-Parlamentarier

hat die von den Sowjets ausgelöste Berlin-Krise erörtert und

appelliert an den Nordatlantikrat, den drei Mächten bei der Ausübung ihrer Rechte und Verantwortlichkeiten aus den Viernächtevereinbarungen über ganz Berlin und Gesamtdeutschland seine volle Unterstützung zu gewähren;

fordert den Rat dringend auf, weiterhin die unnatürliche und illegale Spaltung Berlins, die durch die illegal von den Sowjets und ihren Satelliten errichtete Gefängnismauer verkörpert wird, zu verurteilen;

erwartet von dem Rat, daß er gegenüber den fortgesetzten sowjetischen Versuchen, die Rechte und Verantwortlichkeiten der Westmächte hinsichtlich Berlins einzuschränken, eine feste Haltung bewahrt;

fordert den Rat auf, darauf zu bestehen, daß die Freiheit und die Lebensfähigkeit West-Berlins, einschließlich der Zufahrtswege zu Lande, zu Wasser und in der Luft, aufrechterhalten bleiben.

III.

*Betrifft:* Nachrichten- und Informationspolitik.

In Anbetracht der Tatsache, daß die Völker der Sowjetunion und ihrer Satelliten im Gegensatz zu den Völkern des Westens fast keine Gelegenheit haben, sich durch ob-



ektiv dargestellte Nachrichten zu informieren, und daß sie sich infolgedessen ein falsches Bild von den Absichten der freien Welt machen, weil es ihnen nicht möglich ist, die irreführenden Berichte, zu deren Verbreitung die sowjetische Regierung neigt, auf ihre Richtigkeit hin zu überprüfen;

empfiehlt die Konferenz der NATO-Parlamentarier, daß alle angemessenen Maßnahmen getroffen werden, um die Weltöffentlichkeit, und insbesondere die öffentliche Meinung in der Sowjetunion, über die schändliche Versklavung von 20 Nationen mit 140 Millionen Menschen durch den sowjetischen und kommunistischen Kolonialismus aufzuklären;

daß sich die freien Nationen darum bemühen, das Problem der unterdrückten Nationen auf die Tagesordnung jeder geeigneten internationalen Konferenz zu setzen;

und fordert den NATO-Rat auf, so schnell wie möglich eine systematische Untersuchung über dieses Problem durchzuführen, um festzustellen, was getan werden kann, um die Völker der Sowjetunion und der unterdrückten Länder mit genauen und objektiven Informationen über die Weltpolitik zu versorgen.

#### IV.

##### *Betrifft: Atlantische Konvention.*

Die Konferenz der NATO-Parlamentarier

erinnert an ihre Entschlüsse von 1957 und 1959, in denen den Mitgliedsregierungen die Einberufung einer Konferenz repräsentativer Persönlichkeiten empfohlen wurde, um eingehend zu prüfen, auf welchem Wege eine engere Zusammenarbeit und einheitlichere Zielsetzung innerhalb der Atlantischen Gemeinschaft am besten herbeigeführt werden könnte, und entsprechende Empfehlungen vorzulegen;

erinnert gleichfalls an ihre Entschluß von 1960, in der sie den Plan des Kongresses der Vereinigten Staaten begrüßt, einen Ausschuß amerikanischer Bürger für NATO-Fragen zu schaffen, der, den Empfehlungen der Konferenz folgend, eine internationale Konvention einberufen sollte, und in der sie die Mitgliedsregierungen auffordert, derartige Bürgerausschüsse zu ernennen, damit die Vorarbeiten für diese Konvention aufgenommen werden können;

begrüßt die Verwirklichung dieses Plans, die mit dem Zusammentritt der Atlantischen Konvention der NATO-Länder am 8. Januar 1962 in Paris bevorsteht;

bringt die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Konvention die ihr gegebenen großen Möglichkeiten nutzen wird, indem sie den Regierungen und Völkern die Neugestaltung ihrer Beziehungen, gegebenenfalls durch Schaffung neuer Institutionen, nahelegen wird, die erforderlich ist, um eine hinreichend integrierte Atlantische Gemeinschaft ins Leben zu rufen;

fordert den Nordatlantikrat auf, hierbei jegliche erforderliche Unterstützung zu gewähren;

ersucht die Konvention, der nächsten Konferenz der NATO-Parlamentarier und dem Rat wie auch den einzelnen Regierungen und gesetzgebenden Körperschaften Bericht zu erstatten.

##### *Empfehlungen des Militärausschusses*

#### I.

##### *Betrifft: Stärkung der Verteidigungsmacht.*

In der Auffassung, daß die Berlin-Krise es erforderlich macht, die Verteidigungsmacht der NATO auf einen Stand zu bringen, der es ihr erlaubt, dieser Herausforderung zu begegnen;

in Anbetracht der Tatsache, daß auf eine Entspannung in der Berlin-Krise alsbald eine neue Krise an einem anderen Ort mit anderen Motiven folgen könnte;

in der Auffassung, daß aus diesem Grunde bestimmte Maßnahmen getroffen werden sollten,

empfiehlt die Konferenz der NATO-Parlamentarier

1. daß die der NATO unterstellten Divisionen bis zum 1. Januar 1962 auf einen Stand gebracht werden, der den Anforderungen des Oberbefehlshabers entspricht und ihn in die Lage versetzt, seiner Aufgabe gerecht zu werden;

2. daß dieser einmal erreichte Stand in Zukunft aufrechterhalten werde.

## II.

### *Betrifft: Revision der Kommandobereiche.*

In der Auffassung, daß die Grenzen der einigen NATO-Kommandobereichen zugewiesenen Gebiete revidiert werden sollten, um diese Kommandostellen in die Lage zu versetzen, ihre strategischen Aufgaben durchzuführen;

in der Erkenntnis, daß die Probleme, die sich aus einer derartigen Revision ergeben — insbesondere dort, wo die Staatsgrenzen nicht mit den angestrebten Bereichsgrenzen übereinstimmen —, am besten durch die Schaffung von integrierten NATO-Kommandostellen gelöst werden können, die nicht nur von den unmittelbar beteiligten Ländern, sondern von verschiedenen Mitgliedsländern besetzt und finanziert werden,

empfiehlt die Konferenz der NATO-Parlamentarier

als Lösung des Abgrenzungsproblems zwischen den NATO-Kommandobereichen die Schaffung von NATO-Kommandostellen, die sowohl vom personellen als auch vom finanziellen Standpunkt voll integriert sind.

## III.

### *Betrifft: Bewegliche Streitkraft der NATO.*

In der Erkenntnis, daß bei der Aufstellung von beweglichen Streitkräften Fortschritte erzielt worden sind;

in der Auffassung, daß diese Streitkräfte dazu beitragen können, die Solidarität und Einheit der NATO unter Beweis zu stellen;

in der Auffassung, daß diese Solidarität und Einheit der NATO in wesentlich eindrucksvollere Weise bewiesen werden könnte, wenn alle Mitgliedstaaten sich an diesen Streitkräften beteiligen würden;

in Anbetracht der Tatsache, daß die Uebungen dieser Streitkräfte auf die weitere Integration und Standardisierung anregend wirken werden;

in der Auffassung, daß eine derartige Integration und Standardisierung am besten dadurch gefördert würde, daß alle Mitgliedstaaten sich an diesem Verband beteiligen,

empfiehlt die Konferenz der NATO-Parlamentarier,

1. daß diese Beteiligung und die Unterstützung der beweglichen Streitkräfte fortgesetzt und mindestens auf dem derzeitigen Stand erhalten werden;

2. daß alle Mitgliedstaaten ihren Beitrag zu den beweglichen Streitkräften leisten, sei es durch die Stellung von Unterstützungseinheiten, sei es durch finanzielle Beiträge.

## IV.

### *Betrifft: Koordinierung von Forschung und Produktion.*

In der Erkenntnis, daß bei der Koordinierung der Forschung, der Entwicklung und der Produktion von Waffen und Ausrüstungen nur geringe Fortschritte erzielt worden sind;

in dem Glauben, daß die finanziellen Lasten durch eine viel engere Zusammenarbeit bei der Standardisierung von Waffen und Ausrüstungen erleichtert werden könnten;

empfiehlt die Konferenz der NATO-Parlamentarier, daß weiter Anstrengungen unternommen werden, um ein höheres Maß von Koordinierung zu erreichen.

*Empfehlungen des Wirtschaftsausschusses*

I.

*Betrifft: Ost-West-Handel.*

Die Konferenz der NATO-Parlamentarier empfiehlt,

daß der Nordatlantikat die bestehenden Vereinbarungen hinsichtlich der Koordinierung der Politik der Mitgliedsländer des Bündnisses in Fragen des Ost-West-Handels und der sowjetischen Offensive auf dem Gebiet der Auslandshilfe und des Handels überprüft, um festzustellen, wieweit die von den Mitgliedstaaten verfolgte Politik der Zielsetzung der NATO entspricht.

II.

*Betrifft: Rohstoffe.*

Die Konferenz der NATO-Parlamentarier empfiehlt,

1. daß der DAC (Ausschuß für Entwicklungshilfe) gebeten werde, bei allen Entwicklungsplänen für die Entwicklungsländer die Frage der Stabilisierung der Rohstoffpreise, die für den Wohlstand dieser Länder wesentlich ist, zu berücksichtigen;

2. daß die OECD gebeten werde, für die nächsten fünf Jahre eine Vorausberechnung des Angebotes und der Nachfrage bei Rohstoffen aufzustellen, diese Vorausberechnung laufend auf den letzten Stand zu bringen und eine Beurteilung der verschiedenen Möglichkeiten für eine Preisstabilisierung bei Rohstoffen auszuarbeiten;

3. daß die einzelnen NATO-Länder aufgefordert werden, die Auswirkungen ihrer Verbrauchsteuern, Abgaben und Zölle auf den Verbrauch von tropischen Produkten wie Kaffee, Kakao, Tabak und Tee festzustellen und angemessene Schritte zu unternehmen, um den Verbrauch dieser Güter zu steigern.

III.

*Betrifft: Die Notwendigkeit der Industrialisierung in den Entwicklungsländern.*

Die Konferenz der NATO-Parlamentarier

erkennt die Notwendigkeit an, in den Entwicklungsländern die Schaffung von Verarbeitungsbetrieben in einem frühen Stadium zu fördern und sich mit den besonderen handelspolitischen Problemen von stärker industrialisierten Gebieten wie Japan und Hongkong zu befassen;

stellt fest, daß nur einige der NATO-Länder ihre Handelspolitik in diesem Sinne ausgerichtet haben;

stellt die Auswirkungen fest, die sich aus Kontingentierungen und sonstigen Handelsbeschränkungen seitens der übrigen NATO-Länder auf die Verarbeitungsgüter dieser Nationen und Gebiete ergeben;

fordert die Mitgliedsländer auf, die Kontingentierungen und Zölle, welche die Einfuhr von Verarbeitungsgütern der Entwicklungsländer und den normalen Handel mit Japan und Hongkong und anderen stärker industrialisierten Gebieten über Gebühr einschränken, zu überprüfen,

fordert die Mitgliedsländer auf, eine Politik zu führen, die freiwillig zur Uebernahme eines angemessenen Anteils an den Verarbeitungsgütern der Entwicklungsländer, Japans, Hongkongs und anderer stärker industrialisierter Gebiete beiträgt.



## IV.

*Betrifft: Wirtschaftliche Einheit der westlichen Welt.*

In der Erkenntnis, daß im Kernzeitalter der Kampf mit dem Kommunismus auf wirtschaftlicher und politischer ebenso wie auf militärischer Ebene geführt wird;

in der Erkenntnis, daß „Regionalgruppierungen zur Erhöhung des Welthandels und zur Stärkung ihrer Mitgliedsländer führen“;

in der (aus diesem Zusammenhang sich ergebenden) Erkenntnis, daß die Zugehörigkeit Großbritanniens und anderer Staaten zu der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft den Zusammenhalt und die politische Stabilität und Solidarität Westeuropas in hohem Maße stärken wird;

in der Erkenntnis, daß die Einheit der Atlantischen Gemeinschaft wie auch das Wachstum des internationalen Handels durch eine Politik der Handelsausweitung zwischen Ländern innerhalb und außerhalb von Regionalgruppierungen gefördert werden,

fordert die Konferenz der NATO-Parlamentarier die Mitgliedsregierungen auf, die westliche Wirtschaftseinheit weiterhin als ein vordringliches Ziel innerhalb des Bündnisses der OECD, des DAC und des GATT zu behandeln.

*Empfehlungen des Wissenschaftlich-Technischen Ausschusses*

## I.

*Betrifft: Institut für Naturwissenschaften und Technik.*

Die Konferenz der NATO-Parlamentarier:

nimmt mit großer Befriedigung die Tätigkeit der Studiengruppe zur Kenntnis, die nach der letzten Tagung gegründet worden ist, um die Möglichkeit zur Schaffung eines Instituts für Naturwissenschaften und Technik zu untersuchen;

ist sich über die hier noch zu lösenden schwierigen Fragen im klaren;

empfiehlt, daß sich die Naturwissenschaftler der Mitgliedsländer jetzt mit diesem Projekt befassen.

## II.

*Betrifft: NATO-Programm der Raumforschung für friedliche Zwecke.*

Die Konferenz der NATO-Parlamentarier:

stellt fest, daß das Programm der Vereinigten Staaten hinsichtlich der Wetter-satelliten zu einer Revolution in der Meteorologie geführt hat;

nimmt das Angebot der Vereinigten Staaten, das NATO-Programm der Raumforschung für friedliche Zwecke zu unterstützen, zur Kenntnis;

empfiehlt, daß in der NATO ein umfassendes System für die Wettervoraussage eingeführt wird, das die Ergebnisse des Wetter-Satelliten-Programmes der Vereinigten Staaten verwendet. Weiterhin sollten in Übereinstimmung mit der NATO-Politik der „guten Nachbarschaft“ die periodischen Berichte dieses geplanten NATO-Systems den benachbarten befreundeten Nationen nicht nur in Europa, sondern auch in Afrika zugänglich gemacht werden.

## III.

*Betrifft: Nutzbarmachung von Salzwasser.*

Die Konferenz der NATO-Parlamentarier:

nimmt die wachsende Bedeutung der Nutzbarmachung von Salzwasser für die freie Welt zur Kenntnis;

erkennt das wünschenswerte Bestreben an, Doppelarbeit zu vermeiden und der gesamten freien Welt die Ergebnisse der in NATO-Ländern durchgeführten Untersuchungen zugänglich zu machen;

nimmt das Angebot der Vereinigten Staaten zur Kenntnis, ihre ausgedehnten Forschungen auf diesem Gebiet der NATO zugänglich zu machen;

empfiehlt, das Salzwasseramt der Vereinigten Staaten zur zentralen Austauschstelle für derartige Informationen zu machen.

### *Empfehlungen des Kultur- und Informationsausschusses*

#### **I.**

#### *Betrifft: Öffentlichkeitsarbeit und Meinungsbildung.*

In Anerkennung des Grundsatzes der nationalen Souveränität und der sich daraus ergebenden Verantwortung für eine unterrichtete öffentliche Meinung;

in Anbetracht dessen, daß die bestehenden Informationsstellen der NATO und der nationalen Informationsämter trotz aller Bemühungen die angestrebten Ergebnisse weder innerhalb noch außerhalb des NATO-Gebietes in dem erwünschten Umfang erreichen;

empfiehlt die Konferenz der NATO-Parlamentarier

1. eine Intensivierung und Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit der NATO und der Länder;

2. daß die Öffentlichkeitsarbeit der NATO und der einzelnen Länder ergänzt und verstärkt werde durch regierungsunabhängige, auf freiwilliger Grundlage arbeitende Stellen, die sich aller zur Verfügung stehenden Informations- und Nachrichtensysteme bedienen;

3. daß bei diesen verstärkten Bemühungen von dem Grundsatz ausgegangen werde, daß die freie Welt in der geistigen Auseinandersetzung die Initiative ergreift;

fordert die Anerkennung der lebenswichtigen Rolle der regierungsunabhängigen Organisationen auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit und der Meinungsbildung und fordert, daß deren Tätigkeit verstärkt und durch Organisationen wie die Atlantische Vereinigung und das Atlantische Institut über den NATO-Bereich hinaus ausgedehnt werde.

#### **II.**

#### *Betrifft: Atlantisches Institut.*

Die Konferenz der NATO-Parlamentarier:

erinnert daran, daß der Gedanke eines Atlantischen Institutes aus den Reihen der Konferenz gekommen ist,

begrüßt die Schaffung, die Entwicklung und die ersten Arbeitsergebnisse des Institutes sowie die Ernennung von Henry Cabot Lodge zum Generaldirektor;

stimmt der vom Kultur- und Informationsausschuß zum Ausdruck gebrachten Befriedigung über die von Cabot Lodge dargelegten Projekte und Gedanken zu, die er zum Leitfaden seiner Tätigkeit machen will, um den Einfluß der freien geistigen und moralischen Kräfte der atlantischen Welt auszudehnen.

#### **III.**

#### *Betrifft: Nachrichtenverbreitung.*

Die Konferenz der NATO-Parlamentarier:

nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, daß die Empfehlung II in der vom Politischen Ausschuß vorgeschlagenen Form gebilligt worden ist;

und in dem Wunsch, der Konferenz und dem NATO-Rat vom Kultur- und Informationsausschuß einstimmig empfohlene Maßnahmen vorzutragen, um die Stimme der Wahrheit zu stärken und einen freien Informationsaustausch zu ermöglichen, indem der Bevölkerung der Sowjetunion und ihrer Satelliten wahre und objektive Berichte aus der freien Welt zugänglich gemacht werden;

a) fordert sie den NATO-Rat auf, die Mitgliedsregierungen zu bitten, die volle Gegenseitigkeit für die freie Nachrichtenverbreitung jenseits des Eisernen Vorhanges zu fordern, wie sie die Kommunisten in der freien Welt genießen;

b) fordert sie, daß die Mitgliedstaaten, solange noch kein weltweites Uebereinkommen über den freien Informationsaustausch zustande gekommen ist, ihre Sendeanlagen für Auslandssendungen im Rahmen eines internationalen Sendernetzes zur Verfügung stellen, welches regelmäßig mit starken Sendestationen und auf festgesetzten Wellenlängen ein Programm ausstrahlt und selbst die entferntesten Gegenden der Sowjetunion mit Sendungen in den entsprechenden Sprachen erreichen kann;

c) fordert sie den Rat auf, die Verwendungsmöglichkeiten des Fernsehens als eines weiteren Mittels zur Uebermittlung von objektiven Nachrichten für die Bevölkerung der Sowjetunion und ihrer Satelliten zu prüfen.

Quelle: NATO Parliamentarian's Conference, Reports and Recommendations adopted by The Seventh Annual Conference, Paris, November 1961.

## Die Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten bei der Verwendung atomarer Waffensysteme für die gemeinsame Verteidigung

Dem amerikanischen Kongreß und dem französischen Parlament liegt gegenwärtig ein am 27. Juli 1961 in Paris unterzeichnetes Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich über die Zusammenarbeit bei der Verwendung atomarer Waffensysteme für gemeinsame Verteidigungszwecke vor. In dem Abkommen wird in Uebereinstimmung mit dem Atomic Energy Act der Vereinigten Staaten in der Fassung von 1954 die Ueberlassung von vertraulichen Informationen über die Ausbildung von Streitkräften an Kernwaffen, über die Aufstellung von Verteidigungsplänen und über die Entwicklung von Kernwaffenträgern sowie die Uebertragung nichtnuklearer Teile von Kernwaffensystemen vorgesehen. Es ist jedoch weder eine Ueberlassung von Kernsprengköpfen vorgesehen noch von Informationen, die ihre Herstellung und Entwicklung entscheidend fördern könnten.

Präsident *Kennedy* übermittelte den Vertrag am 7. September dem Kongreß zur Ratifizierung. In einem Begleitschreiben forderte der Präsident den Kongreß auf, in Anbetracht der ernsten internationalen

Lage das Abkommen rasch zu verabschieden. Die Erhaltung der Einheit der Nordatlantischen Allianz habe durch die sowjetischen Drohungen gegen die Freiheit West-Berlins eine besondere Bedeutung erhalten. *Kennedy* hob in diesem Zusammenhang hervor, daß gerade die feste und entschiedene Haltung von Präsident *de Gaulle* den Westen gestärkt habe.

Ähnliche Abkommen wurden mit anderen NATO-Staaten geschlossen, u. a. mit Großbritannien, Griechenland, Italien und der Bundesrepublik (Abkommen zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verwendung von Atomenergie für Zwecke der gemeinsamen Verteidigung vom 5. Mai 1959). Diese Abkommen gehen auf den Beschluß der Pariser Konferenz der Regierungschefs der fünfzehn Mitgliedstaaten der NATO vom 19. Dezember 1957 zurück, Mittelstreckenraketen in Europa zu stationieren und die Forschung, Entwicklung und Fertigung moderner Waffen stärker zu koordinieren (vgl. EA 2/1958, S. 10 474 — Dokumente zur Auswärtigen Politik, 12. Lieferung, Text 321/15).



**Abkommen zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten und der Regierung der Französischen Republik über die Zusammenarbeit bei der Verwendung atomarer Waffensysteme für gemeinsame Verteidigungszwecke vom 27. Juli 1961**

*Betrifft:* Sicherheit — Austausch von Informationen — Uebertragung nichtnuklearer Teile von Atomwaffen-Systemen — Bedingungen — Garantien — Verbreitung — Geheimhaltung — Verantwortung — Patente — Begriffsbestimmungen — Gültigkeit.

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und die Regierung der Französischen Republik haben

in der Erwägung, daß sie ein Abkommen über gegenseitige Verteidigungshilfe abgeschlossen haben, demzufolge jede der beiden Regierungen der anderen Regierung nach Maßgabe der zu vereinbarenden Modalitäten und Bedingungen Ausrüstung, Material, Dienstleistungen und sonstige militärische Hilfe zur Verfügung stellen wird;

in der Erwägung, daß ihre gemeinsame Sicherheit und Verteidigung ihre Bereitschaft erfordert, den Eventualitäten der Atomkriegführung zu begegnen;

in der Erwägung, daß sie gemeinsam an einer internationalen Uebereinkunft beteiligt sind, derzufolge sie erhebliche und wesentliche Beiträge für ihre gemeinsame Verteidigung und Sicherheit leisten;

in der Erkenntnis, daß ihre gemeinsame Verteidigung und Sicherheit durch den Austausch von Informationen über Atomenergie und durch die Uebertragung bestimmter Arten von Ausrüstungsgegenständen gefördert werden wird;

in der Auffassung, daß ein derartiger Austausch und eine derartige Uebertragung ohne Gefahr für die Verteidigung und die Sicherheit jedes der beiden Länder vorgenommen werden können;

und unter Berücksichtigung des Atomenergie-Gesetzes der Vereinigten Staaten von 1954 in der geänderten Fassung und aller anwendbaren Gesetze der Französischen Republik, welche im Hinblick auf diese Zwecke erlassen oder ausgearbeitet wurden,

folgendes vereinbart:

**Artikel I**

*Allgemeine Bestimmungen*

Solange die Vereinigten Staaten und die Französische Republik an einer internationalen Uebereinkunft für ihre gemeinsame Verteidigung und Sicherheit beteiligt sind und erhebliche und wesentliche Beiträge hierzu leisten, übermittelt jede Partei der anderen Informationen, tauscht solche Informationen mit ihr aus und überträgt nichtnukleare Teile von Atomwaffen-Systemen, die „Restricted Data“ einschließen, an die andere Partei nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Abkommens, vorausgesetzt, daß die mitteilende oder übertragende Partei feststellt, daß eine solche Zusammenarbeit ihrer Verteidigung und Sicherheit förderlich ist und keine unbillige Gefahr für ihre Verteidigung und Sicherheit darstellt.

**Artikel II**

*Austausch von Informationen*

Jede Partei wird der anderen Partei diejenigen unter Geheimschutz stehenden Informationen mitteilen oder mit ihr austauschen, die nach gemeinsamer Feststellung erforderlich sind für:

- a) die Aufstellung von Verteidigungsplänen;
- b) die Ausbildung von Personal in der Anwendung von Atomwaffen und in der Verteidigung gegen Atomwaffen und für sonstige militärische Anwendung der Atomenergie;
- c) die Einschätzung der Fähigkeit möglicher Feinde zur Verwendung von Atomwaffen und sonstiger militärischer Anwendung der Atomenergie, und

d) die Entwicklung von Einsatzsystemen, die mit den Atomwaffen, die sie tragen, vereinbar sind.

### Artikel III

#### *Uebertragung nichtnuklearer Teile von Atomwaffen-Systemen*

Vorbehaltlich der zu vereinbarenden Bestimmungen und Bedingungen wird die Regierung der Vereinigten Staaten der Regierung der Französischen Republik nicht-nukleare Teile von Atomwaffen-Systemen, die „Restricted Data“ einschließen, übertragen, soweit derartige Teile nach gemeinsamer Feststellung für den Zweck der Verbesserung des französischen Ausbildungsstandes und der französischen Einsatzbereitschaft erforderlich sind.

### Artikel IV

#### *Bedingungen*

a) Die Zusammenarbeit gemäß diesem Abkommen wird von jeder der beiden Parteien nach Maßgabe ihrer anwendbaren Gesetze durchgeführt.

b) Eine Uebertragung seitens einer der beiden Parteien von Atomwaffen, nicht-nuklearen Teilen von Atomwaffen oder speziellem nuklearem Material (special nuclear material) findet nach diesem Abkommen nicht statt.

c) Die von jeder der beiden Parteien in Ausführung dieses Abkommens mitgeteilten oder ausgetauschten Informationen oder die übertragenen nichtnuklearen Teile von Atomwaffen-Systemen werden von der Empfängerpartei ausschließlich für die Vorbereitung oder Durchführung von Verteidigungsplänen im gemeinsamen Interesse der beiden Staaten verwendet.

d) Keine Bestimmung dieses Abkommens schließt die Mitteilung oder den Austausch von unter Geheimschutz stehenden Informationen aus, die gemäß anderer Abmachungen zwischen den Parteien übertragbar sind.

### Artikel V

#### *Garantien*

a) Unter Geheimschutz stehende Informationen und nichtnukleare Teile von Atomwaffen-Systemen, die in Ausführung dieses Abkommens mitgeteilt oder übertragen werden, genießen vollen Sicherheitsschutz nach Maßgabe der anwendbaren Sicherheitsvereinbarungen zwischen den Parteien sowie der anwendbaren innerstaatlichen Gesetze und Bestimmungen der Parteien. In keinem Falle werden die beiden Parteien Sicherheitsnormen für den Schutz von unter Geheimschutz stehenden Informationen und nichtnuklearer Teile von Atomwaffen-Systemen, die in Ausführung dieses Abkommens zur Verfügung gestellt werden, aufrechterhalten, die weniger einschränkend sind als diejenigen, die in den anwendbaren, am Tage des Inkrafttretens dieses Abkommens geltenden Sicherheitsvereinbarungen niedergelegt sind.

b) Die in Ausführung dieses Abkommens mitgeteilten oder ausgetauschten, unter Geheimschutz stehenden Informationen werden über die bestehenden Verbindungen oder über Verbindungen, die künftig für die Mitteilung oder den Austausch derartiger Informationen zwischen den Parteien festgelegt werden, verfügbar gemacht.

c) In Ausführung dieses Abkommens mitgeteilte oder ausgetauschte, unter Geheimschutz stehende Informationen und jedwede übertragenen Teile von Atomwaffen-Systemen werden von der Empfängerpartei oder von ihrer Zuständigkeit unterliegenden Personen an unbefugte Personen oder, mit Ausnahme der in Artikel VI dieses Abkommens vorgesehenen Fällen, über den Zuständigkeitsbereich dieser Partei hinaus weder mitgeteilt noch ausgetauscht oder übertragen. Jede Partei kann das Ausmaß festlegen, in dem jegliche Information und nichtnukleare Teile von Atomwaffen-Systemen, die sie oder ihrer Zuständigkeit unterliegende Personen gemäß diesem Abkommen mit-

geteilt, ausgetauscht oder übertragen haben, verbreitet oder weiterverteilt werden dürfen; sie kann die Kategorien von Personen bezeichnen, die Zugang zu solchen Informationen und nichtnuklearen Teilen von Atomwaffen-Systemen haben dürfen, und kann andere, ihr erforderlich erscheinende Einschränkungen der Verbreitung derartiger Informationen oder nichtnuklearer Teile von Atomwaffen-Systemen auferlegen.

#### Artikel VI

##### *Verbreitung*

Keine Bestimmung dieses Abkommens soll so ausgelegt werden, als sei damit eine Konsultation oder Zusammenarbeit einer der beiden Parteien mit anderen Staaten oder internationalen Organisationen auf irgendeinem Gebiet der Verteidigung ausgeschlossen oder beschränkt; noch wird eine Bestimmung dieses Abkommens diese Wirkung haben. Keine der beiden Parteien übermittelt jedoch auf diese Weise unter Geheimschutz stehende Informationen oder überträgt nichtnukleare Teile von Atomwaffen-Systemen, die von der anderen Partei gemäß diesem Abkommen verfügbar gemacht wurden, oder gestattet den Zutritt dazu oder deren Benutzung, es sei denn, daß

a) ihr von der Partei, von der die Mitteilung oder die Uebertragung ursprünglich ausgegangen ist (im folgenden als „Ursprungspartei“ bezeichnet), mitgeteilt wird, daß allen einschlägigen Bestimmungen und Erfordernissen der anwendbaren Gesetze der Ursprungspartei, einschließlich der Ermächtigung zuständiger Organe der Ursprungspartei, entsprochen ist, was erforderlich ist, um die Ursprungspartei zu ermächtigen, in dieser Weise unmittelbar einem anderen Staat oder einer internationalen Organisation Mitteilungen zu machen, Uebertragungen an diese vorzunehmen oder ihnen Zutritt oder Benutzung zu gestatten; und weiterhin, daß die Ursprungspartei die Empfängerpartei ermächtigt, in dieser Weise einem anderen Staat oder einer internationalen Organisation Mitteilung zu machen, Uebertragungen an diese vorzunehmen oder ihnen Zutritt oder Benutzung zu gestatten; oder

b) die Ursprungspartei die Empfängerpartei unterrichtet hat, daß die Ursprungspartei einem anderen Staat oder einer internationalen Organisation in dieser Weise Mitteilung gemacht hat, Uebertragungen an diese vorgenommen hat oder ihnen Zutritt oder Benutzung gestattet hat.

#### Artikel VII

##### *Maßstäbe für die Geheimschutzeinstufung*

Vereinbarte Maßstäbe für die Geheimschutzeinstufung werden bezüglich aller unter diesem Abkommen mitgeteilten, ausgetauschten oder übertragenen, unter Geheimschutz stehenden Informationen und nichtnuklearen Teilen von Atomwaffen-Systemen aufrechterhalten.

#### Artikel VIII

##### *Verantwortung für die Benutzung von Informationen und nichtnuklearen Teilen von Atomwaffen-Systemen*

Für die Anwendung oder Benutzung jeglicher Information (einschließlich Entwurfszeichnungen und Spezifikationen) oder von nichtnuklearen Teilen von Atomwaffen-Systemen, welche gemäß diesem Abkommen mitgeteilt, ausgetauscht oder übertragen worden sind, trägt die Empfängerpartei die Verantwortung, und die andere Partei leistet keinen Schadenersatz oder Garantie hinsichtlich einer derartigen Anwendung oder Benutzung.

#### Artikel IX

##### *Patente*

Die Empfängerpartei verwendet die unter Geheimschutz stehenden Informationen, die gemäß diesem Abkommen mitgeteilt oder die durch Ausrüstungsgegenstände enthüllt



werden, die gemäß diesem Abkommen übertragen werden, ausschließlich für die in diesem Abkommen bezeichneten Zwecke. Jede Erfindung oder Entdeckung, die sich aus dem Besitz derartiger Informationen seitens der Empfängerpartei oder Personen, die ihrer Zuständigkeit unterliegen, ergibt, wird der anderen Partei für alle Zwecke ohne Gebühren nach Maßgabe zu treffender Vereinbarungen zur Verfügung gestellt werden, und wird gemäß den Bestimmungen des Artikels V dieses Abkommens geschützt.

#### Artikel X *Begriffsbestimmungen*

Für die Zwecke dieses Abkommens bedeuten

a) „Atomwaffe“ jede Vorrichtung, die Atomenergie verwendet, ausschließlich der Mittel für den Transport und den Antrieb der Vorrichtung (in Fällen, in denen diese Mittel einen trennbaren und abnehmbaren Teil der Vorrichtung darstellen), deren Hauptzweck in der Verwendung als Waffe, Waffenprototyp, oder Waffenprüfvorrichtung, oder in der Entwicklung als Waffe, Waffenprototyp oder Waffenprüfvorrichtung besteht.

b) „Unter Geheimschutz stehende Informationen“ sind Auskünfte, Angaben, Material, Dienste oder jede andere Angelegenheit mit einer Geheimhaltungsstufe „Vertraulich“ und höher, die gemäß der Gesetzgebung oder den Bestimmungen entweder der Vereinigten Staaten oder der Französischen Republik zugeteilt wurde, einschließlich dessen, was von der Regierung der Vereinigten Staaten als „restricted data“ oder „formerly restricted data“ und was von der Regierung der Französischen Republik als „atomique“ bezeichnet wird.

c) „Nichtnukleare Teile von Atomwaffen“ sind Teile von Atomwaffen, die speziell für sie bestimmt sind und die nicht im allgemeinen Gebrauch bei anderen Endprodukten sind und die nicht ganz oder teilweise aus speziellem nuklearem Material (special nuclear material) hergestellt sind; und „nichtnukleare Teile von Atomwaffen-Systemen“, die restricted data einschließen, sind Teile von Atomwaffen-Systemen, außer den nichtnuklearen Teilen von Atomwaffen, die Atom-Informationen enthalten oder enthüllen und die nicht ganz oder teilweise aus speziellem nuklearem Material (special nuclear material) hergestellt sind.

d) Bei seiner Verwendung in diesem Abkommen bedeutet der Begriff „Atomare Information“:

1. soweit es sich um von der Regierung der Vereinigten Staaten gelieferte Informationen handelt, Informationen, die als „restricted data“ oder als „formerly restricted data“ bezeichnet sind;
2. soweit es sich um von der Regierung der Französischen Republik gelieferte Informationen handelt, Informationen, die als „atomique“ bezeichnet sind.

#### Artikel XI *Dauer*

Dieses Abkommen tritt an dem Tage in Kraft, an dem jede der beiden Regierungen von der anderen Regierung eine schriftliche Mitteilung erhalten hat, daß sie allen gesetzlichen Erfordernissen für das Inkrafttreten dieses Abkommens entsprochen hat, und es bleibt in Kraft, bis es durch Vereinbarung der beiden Parteien aufgehoben wird, außer daß jede der beiden Parteien ihre Zusammenarbeit nach Artikel II oder III mit dem Außerkrafttreten des Nordatlantik-Vertrages beenden kann.

Quelle: *The Department of State Bulletin*, Vol. XLV, No. 1162, October 2, 1961.

## Der Besuch von Premierminister Nehru in den Vereinigten Staaten

Zwei Monate nach seinem Meinungsaustausch mit Ministerpräsident *Chruschtschow* in Moskau traf der indische Premierminister, Jawaharlal *Nehru*, bei einem Besuch in den Vereinigten Staaten vom 5. bis zum 14. November 1961 zu einer Reihe von Gesprächen mit dem amerikanischen Präsidenten zusammen. *Nehru* benutzte die Gelegenheit zu einer eingehenden Darlegung der geistigen und historischen Voraussetzungen der indischen Politik, während *Kennedy* die Ziele und Absichten der amerikanischen Außenpolitik erläuterte. In einem am 9. November herausgegebenen Kommuniqué gaben beide

Staatsmänner ihrem Bemühen um eine friedliche Beilegung der internationalen Spannungen Ausdruck. Dabei wurde betont, daß ein Vertrag über ein Verbot der Kernwaffenversuche auch die erforderlichen Bestimmungen für eine Inspektion und Kontrolle enthalten müsse.

Im Anschluß an seinen Besuch in den Vereinigten Staaten reiste *Nehru* nach Kairo, wo er am 18. und 19. November einen Meinungsaustausch mit dem Präsidenten der Vereinigten Arabischen Republik, Gamal Abdel *Nasser*, führte, an dem auch der jugoslawische Staatspräsident, Josip Broz *Tito*, teilnahm.

### Kommuniqué vom 9. November 1961 über die Besprechungen zwischen Präsident John F. Kennedy und Premierminister Jawaharlal Nehru in Washington

*Betrifft:* Internationale Fragen — Sicherheit — Berlin — Laos —  
Einstellung der Kernwaffenversuche — Abrüstung — Kongo —  
Vereinte Nationen — Weltraumforschung.

Der Präsident und der Premierminister führten vier Tage lang äußerst erfreuliche und lohnende Gespräche. Diese begannen am Montag in Newport, Rhode Island, und wurden am Dienstagvormittag unter Anwesenheit hoher indischer und amerikanischer Beamter fortgesetzt. Weitere private Erörterungen schlossen sich am Mittwoch an, und ein kurzes Zusammentreffen am Donnerstag bildete den Abschluß.

Die zur Besprechung gelangten Themen kommen beinahe einem Gesamtüberblick über die Krisengebiete der Welt gleich. Zu den im einzelnen behandelten Fragen gehörten das Problem, wie in Berlin eine friedliche Lösung erreicht werden kann, wie der Frieden und die Freiheit der Bevölkerung Südostasiens zu sichern sind, sowie die Fragen einer Kontrolle der Kernwaffenversuche und der Rüstung, das Kongo-Problem, die Stärkung der Vereinten Nationen und die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Indien-Pakistan.

Der Premierminister benutzte die Gelegenheit zu einer eingehenden Darlegung der geistigen und historischen Voraussetzungen der indischen Außenpolitik.

In ähnlicher Weise ging der Präsident ausführlich auf die Ziele und Absichten der amerikanischen Außenpolitik ein, wie sie im Verlauf der Geschichte sich geformt und Gestalt gewonnen haben.

Der Präsident und der Premierminister befaßten sich im besonderen mit jenen Gebieten, wo der Frieden bedroht ist. Sie erörterten die Gefahren, die die jüngsten Entwicklungen in Berlin und Südostasien in sich bergen.

In bezug auf Berlin bekräftigte der Präsident erneut die Verpflichtungen der Vereinigten Staaten, für die Freiheit und wirtschaftliche Lebensfähigkeit der zweieinviertel Millionen West-Berliner einzustehen; der Präsident und der Premierminister stimmten hinsichtlich des legitimen und notwendigen Zugangsrechts nach Berlin überein.

Der Präsident versicherte dem Premierminister außerdem, daß jeder Versuch gemacht werden würde, um durch friedliche Mittel zu einer Lösung des Berlin-Problems zu

gelangen, und unterstrich die Bedeutung, die der Entscheidung der direkt betroffenen Bevölkerung zukomme.

Hinsichtlich Südasiens bestätigten der Präsident und der Premierminister, daß die Vereinigten Staaten und Indien gemeinsam das Ziel haben, daß Laos ein wahrhaft neutraler Staat wird, frei von der Beherrschung durch eine ausländische Macht, und daß jede Nation in diesem Gebiet die Möglichkeit haben soll, ihre eigene Wahl in bezug auf den Weg zu treffen, den sie zur Lösung der dringenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme unter friedlichen Bedingungen einschlagen will.

Der Präsident und der Premierminister sprachen über die Bemühungen Indiens um die Verbesserung der Lebensverhältnisse des indischen Volkes. Der Präsident bekräftigte erneut das Interesse Amerikas an dem Erfolg dieser gewaltigen Anstrengung.

Die beiden Staatsmänner legten ihre Ansichten über die Notwendigkeit einer Einstellung der Kernwaffenversuche dar. Der Präsident verwies in diesem Zusammenhang auf die kürzliche Wiederaufnahme der Versuche seitens der Sowjetunion, die das bestehende frühere Moratorium gebrochen habe, und betonte erneut, daß die Vereinigten Staaten nicht gewillt seien, ein weiteres Kernwaffenversuchs-Moratorium ohne Kontrollen zu akzeptieren.

Der Premierminister und der Präsident waren hinsichtlich der dringenden Notwendigkeit eines Vertrages, der die Kernwaffenversuche verbietet, mit den erforderlichen Bestimmungen für eine Inspektion und Kontrolle, einer Meinung.

Der Präsident und der Premierminister unterstrichen die große Bedeutung der Maßnahmen zur Vermeidung eines Kriegsrisikos und der in diesem Zusammenhang notwendigen Verhandlungen zur Erzielung eines Abkommens über eine allgemeine und vollständige Abrüstung.

Indien und die Vereinigten Staaten sind in vollstem Maße an dem gemeinsamen Ziel interessiert, die Vereinten Nationen zu dem wirksamsten Instrument für den Weltfrieden zu entwickeln.

Der Präsident und der Premierminister besprachen die Beiträge der Vereinigten Staaten und Indiens zu den Operationen der UN im Kongo, die sie als ein Beispiel dafür ansehen, wie diese Organisation, selbst unter außerordentlich schwierigen Bedingungen, mithelfen kann, die für eine friedliche Lösung des Konflikts erforderlichen Verhältnisse zu schaffen.

Der Premierminister und der Präsident teilen beide die Hoffnung, daß ein friedlicher und geeinter Kongostaat als Ergebnis der Anstrengungen der Bevölkerung des Kongos und der Vereinten Nationen entstehen werde.

Der Präsident sprach sich besonders anerkennend über die Rolle aus, die die indischen Soldaten, die über ein Drittel der UN-Streitkräfte im Kongo ausmachen, dort gespielt haben.

Der Premierminister und der Präsident verwiesen auf die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch zwischen amerikanischen und indischen Wissenschaftlern auf dem Gebiet der Weltraumforschung. Sie stimmten überein, daß diese Tätigkeit, deren Ziel in der friedlichen Erschließung des Weltraums zum Segen der Menschheit liegt, in nutzbringender Weise weiterentwickelt werden könnte.

Der Premierminister und der Präsident sind der Ansicht, daß ihre Gespräche außerordentlich nutzbringend für die Verfolgung ihres gemeinsamen Zieles eines dauerhaften Weltfriedens gewesen sind und das Verständnis zwischen den Regierungen Indiens und der Vereinigten Staaten gefördert haben. Sie beabsichtigen in den kommenden Monaten und Jahren in engem Kontakt miteinander zu bleiben.

Quelle: *Kabel-Dienst* (Botschaft der Vereinigten Staaten, Bad Godesberg) vom 13. November 1961.



## Beratungen der westlichen Verbündeten über die internationale Lage

Der Besuch von Bundeskanzler Konrad Adenauer vom 20. bis zum 22. November 1961 in Washington, der unmittelbar nach Abschluß der Regierungsbildung erfolgte, leitete eine Reihe von Konsultationen zwischen den Regierungschefs der Westmächte ein, die dazu dienen sollen, eine gemeinsame westliche Verhandlungsposition für künftige Ost-West-Verhand-

lungen auszuarbeiten. In einem zum Abschluß der Besprechungen zwischen Bundeskanzler Adenauer und Präsident Kennedy veröffentlichten Kommuniqué heißt es, die Regierungschefs hätten sich über die grundsätzlichen Elemente geeinigt, durch die eine friedliche Lösung der Berlin-Krise auf dem Verhandlungswege erreicht werden soll. (Vgl. unten.)

### **Kommuniqué vom 22. November 1961 über die Beratungen zwischen Bundeskanzler Konrad Adenauer und Präsident John F. Kennedy in Washington**

*Betrifft:* Berlin — NATO — deutsche Wiedervereinigung — sowjetische Beschuldigungen gegen die BRD — Stärkung der NATO — Europäische Gemeinschaften — OECD — Entwicklungshilfe.

Der Bundeskanzler und der Präsident hatten in den letzten drei Tagen einen umfassenden Gedankenaustausch über eine Anzahl von Problemen, die für ihre Regierungen von lebenswichtigem Interesse sind. Dieser Meinungsaustausch fand in einer offenen und herzlichen Atmosphäre statt. In ihm ergab sich eine weitgehende Übereinstimmung der Auffassungen über den Inhalt der Probleme und über die Methoden ihrer Behandlung.

Der Besuch des Bundeskanzlers gab den Außenministern und den Verteidigungsministern der beiden Länder Gelegenheit, an den Besprechungen teilzunehmen und selbst ihre Meinungen untereinander auszutauschen.

Berlin, dessentwegen die Sowjetunion eine internationale Krise heraufbeschworen hat, war Gegenstand ernsthafter Beratungen. Der Bundeskanzler und der Präsident bekräftigten erneut, ihre klare Entschlossenheit sicherzustellen, daß die Berliner Bevölkerung auch in Zukunft ein freies und gedeihliches Leben führen kann. Sie sind sich über die grundsätzlichen Elemente einig, die eine friedliche Lösung dieser Krise durch Verhandlungen ermöglichen werden, sofern die Sowjetunion ihrerseits eine vernünftige Haltung zeigt. Sie erzielten Übereinstimmung über die Maßnahmen, die getroffen werden müssen, um dieses Ziel in einer Weise zu verfolgen, die den legitimen Interessen aller Beteiligten gerecht wird. Gleichzeitig waren sie sich auch über die Notwendigkeit einig, die Fähigkeit der NATO, allen möglichen militärischen Entwicklungen zu begegnen, zu erhalten und zu erhöhen. Diese Besprechungen werden in den bereits angekündigten Begegnungen zwischen Bundeskanzler Adenauer, Premierminister Macmillan und Präsident de Gaulle fortgesetzt und in den für Mitte Dezember in Paris vorgesehenen Sitzungen der Außenminister und des NATO-Ministerrats abgeschlossen werden.

Der Bundeskanzler und der Präsident bekräftigten erneut, daß es das Endziel ihrer beiden Regierungen ist, die Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage der Selbstbestimmung mit friedlichen Mitteln herbeizuführen. Sie waren sich auch darin einig, daß dieses Ziel verwirklicht werden könne, ohne daß die legitimen Interessen der Sowjetunion und der Nachbarn Deutschlands dabei in Mitleidenschaft gezogen würden.

Der Bundeskanzler und der Präsident erörterten die Lage der NATO. Sie begrüßten die schon im Gange befindlichen Maßnahmen zur Stärkung der Allianz, erkannten jedoch an, daß weitere konsequente Anstrengungen notwendig seien, um die Fähigkeit der Allianz, Aggressionen zu widerstehen, noch mehr zu verbessern.

Der Bundeskanzler und der Präsident nahmen Kenntnis von den sowjetischen Vorwürfen, die NATO habe aggressive Absichten, wobei die Bundesrepublik Deutschland und ihre demokratisch gewählte Regierung zum Hauptziel falscher und ungerechtfertigter Angriffe gemacht werden.

In diesem Zusammenhang bekräftigten der Bundeskanzler und der Präsident erneut:

1. Die NATO ist ein Bündnis für die Verteidigung gegen Aggressionen, das mit den Erfordernissen der Charta der Vereinten Nationen voll und ganz in Einklang steht. Der friedliche Charakter seiner Mitglieder und die Tatsache, daß sie keinem Zwang unterliegen, machen es eindeutig unmöglich, daß die NATO irgend jemanden angreift.

2. Die Bundesrepublik Deutschland hat bewiesen, daß sie die Verwirklichung ihrer legitimen Sicherheitsinteressen völlig im Rahmen des Nordatlantischen Bündnisses sucht, und hat zu diesem Zweck ihren gesamten einsatzfähigen Verteidigungsapparat in die multinationale Kommandostruktur der NATO integriert. Der Bundeskanzler betonte den Verteidigungscharakter der deutschen Bundeswehr und stellte fest, daß die Bundesrepublik das einzige Land dieser Größe ist, dessen gesamte Streitkräfte internationalen Kommandobehörden unterstellt sind.

Der Bundeskanzler und der Präsident waren sich darüber einig, daß es notwendig sei, alle zur Stärkung des Verteidigungspotentials der NATO erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, und erkannten gleichzeitig an, daß der sowjetische Druck auf Berlin sie nicht von den dringend erforderlichen konstruktiven Aufgaben ablenken dürfe, die für das Wohlergehen ihrer Völker und anderer Nationen lebenswichtig seien.

Der Präsident bekräftigte erneut die tatkräftige Unterstützung der Vereinigten Staaten für die Bestrebungen, auf dem Wege über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, die EGKS und die EAG zur europäischen Einheit zu gelangen. Der Bundeskanzler und der Präsident stimmten darin überein, daß die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften eine wichtige Rolle bei der weiteren Stärkung und dem Ausbau der gesamten Atlantischen Gemeinschaft spielen kann. Sie waren sich insbesondere darüber einig, daß die gegenwärtig auf Grund der Bonner Erklärung vom Juli 1961 erwogenen Vorschläge für eine europäische politische Union dabei von Wichtigkeit und Bedeutung sind.

Sie begrüßten die kürzliche Entscheidung des OECD-Ministerrats, das vereinte Brutto-Sozialprodukt der OECD-Mitgliedstaaten bis 1970 um 50 vH zu erhöhen, und verpflichteten sich, auf dieses Ziel hinzuarbeiten.

Der Bundeskanzler und der Präsident erörterten ebenfalls die dringende Notwendigkeit, den Umfang der Entwicklungshilfe für die Entwicklungsländer zu vergrößern. Sie stellten fest, daß der Entwicklungshilfe-Ausschuß der OECD ein ausgezeichnetes Mittel darstellt, um größere Anstrengungen auf diesem Gebiet in Gang zu bringen. Sie waren der Auffassung, daß in vielen Fällen der Einsatz der gemeinsamen Hilfsquellen mehrerer Kapitalexportländer für spezifische Probleme der Entwicklungshilfe eine wertvolle Methode sein würde, um den Entwicklungsländern zu helfen.

Der Bundeskanzler und der Präsident sind der Ansicht, daß der fruchtbare Gedankenaustausch, den sie miteinander pflegten, die enge Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik fördern und zu einer weiteren Stärkung der Bande der Freundschaft und des gegenseitigen Verstehens führen wird, die ihr Verhältnis in der Nachkriegszeit gekennzeichnet haben.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 219, vom 24. November 1961.

## Interview Präsident Kennedys mit der *Iswestija*

Präsident John F. *Kennedy* gewährte am 25. November 1961 dem Chefredakteur des sowjetischen Regierungsblattes, *Iswestija*, und Schwiegersohn Ministerpräsident *Chruschtschows*, Alexej *Adschubej*, auf seinem Wochenendsitz Hyannis Port ein Interview, in dem er sich für Verhandlungen mit der Sowjetunion über das Deutschland- und Berlin-Problem sowie für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion einsetzte. Er erläuterte ferner ausführlich die amerikanische Haltung in der Deutschland-Frage, wobei er die Sowjetunion vor den Folgen einer Abtretung der Jurisdiktion über West-Berlin und seiner Verbindungswege an die ost-deutschen Behörden warnte. Er regte in diesem Zusammenhang eine internationale Verwaltung der Autobahnen nach Berlin an. (Vgl. unten.)

Die *Iswestija* veröffentlichte dieses Interview am 28. November im vollen Wortlaut und, von einer Ausnahme abgesehen, ohne Aenderungen. Bei dieser Abweichung handelte es sich um einen Kommentar *Adschubejs* über den Besuch *Chruschtschows* in den Vereinigten Staaten, der von der *Iswestija* wie folgt wiedergegeben wurde: „Aber die positiven Ergebnisse dieser Reise wurden durch die wohlbekannten Aktionen der damaligen amerikanischen Regierung sabotiert und praktisch zunichte gemacht“, während dieser Satz in dem ursprünglichen Stenogramm lautete: „Unglücklicherweise aber waren die Ergebnisse dieser Reise nicht völlig befriedigend.“

Das Interview war am 30. September bei einer Zusammenkunft zwischen dem Pressechef des Weißen Hauses, Pierre *Salinger*, und dem Redakteur der englischsprachigen sowjetischen Zeitschrift *UdSSR*, Georgij *Bolshikow*, vereinbart

worden, nachdem von amerikanischer Seite verschiedentlich darauf hingewiesen worden war, daß der sowjetische Ministerpräsident mehrmals Gelegenheit gehabt habe, seine Ansichten dem amerikanischen Volk darzulegen, während eine ähnliche Möglichkeit für *Kennedy* nicht bestanden habe. In einem Notenwechsel zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion (22. September und 12. Oktober 1961) hatte sich die amerikanische Regierung ebenfalls für eine Verbreitung von Schriften über die amerikanische Haltung in der Berlin-Frage in der Sowjetunion eingesetzt, wobei sie darauf hingewiesen hatte, daß von einem amerikanischen Verlag in großer Auflage eine Broschüre mit dem Titel „Die sowjetische Haltung in der Deutschland-Frage“ veröffentlicht worden sei, die eine Reihe sowjetischer Dokumente und Reden zu diesem Thema enthalten habe. In ihrer Antwort hatte die Sowjetregierung das amerikanische Argument zurückgewiesen, die sowjetische Öffentlichkeit sei über den amerikanischen Standpunkt nur ungenügend informiert, und behauptet, bei den Druckschriften, deren Verteilung die Vereinigten Staaten wünschten, handele es sich um Propagandamaterial, dessen Verbreitung die Sowjetunion nicht gestatten könne.

Erst am 3. Dezember nahm die *Iswestija* in einem Artikel zu dem Interview Stellung, wobei sie schrieb, Präsident *Kennedy* habe eine Reihe sehr vernünftiger Gedanken geäußert. Seine Vorstellungen für eine internationale Verwaltung der Zufahrtswege nach Berlin bezeichnete sie jedoch als eine „demütigende Zumutung für die DDR“ und forderte die Vereinigten Staaten auf, sich nicht der Illusion hinzugeben, sie könne mit Hilfe einer Politik des „dicken Knüttels“ den sozialistischen Ländern ihren Willen aufzwingen.

### Interview des Chefredakteurs der „*Iswestija*“, Alexej *Adschubej*, mit Präsident John F. *Kennedy* am 25. November 1961

**Betrifft:** Sowjetisch-amerikanische Beziehungen — Einstellung der Kernwaffenversuche — Abrüstung — Kommunismus — Deutschland und Berlin — Friedensvertrag — Sicherheit der Sowjetunion — Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen.

*Adschubej*: Herr Präsident, ich bin erfreut, daß Sie mir dieses Interview gewähren, und ich möchte Ihnen ganz offen sagen, daß Ihre Wahl für den hohen Posten des Präsidenten der Vereinigten Staaten in der öffentlichen Meinung meines Landes große Erwartungen auslöste. In diesem Zusammenhang möchte ich Sie folgendes fragen ...



*Der Präsident:* Darf ich Ihnen noch sagen, wie sehr ich es zu schätzen weiß, daß Sie nach den Vereinigten Staaten gekommen sind, und daß ich die Möglichkeit habe, durch Sie und Ihre Zeitung zu dem sowjetischen Volk zu sprechen. Ich meine, daß eine Verbindung, ein Gedankenaustausch, ein ehrlicher Bericht über das, was unsere Länder sind, was sie wünschen und was das Volk will, im Interesse unserer beider Länder und im Interesse des Friedens liegen. Daher sind wir über diese Gelegenheit sehr erfreut.

*Adschubej:* Ich möchte Ihnen folgende Frage stellen: Herr Präsident, während der Wahlkampagne haben Sie bei mehreren Gelegenheiten den guten Willen in bezug auf die Notwendigkeit einer Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen zum Ausdruck gebracht. Anlässlich Ihrer Amtsübernahme als Präsident eines großen Landes gaben der Vorsitzende des Ministerrates der Sowjetunion, Nikita S. Chruschtschow, und der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der Sowjetunion, Leonid Breschnew, in ihrer Botschaft an Sie der Hoffnung Ausdruck, daß es unseren Ländern durch ihre gemeinsamen Bemühungen gelingen möge, ihre Beziehungen zueinander und die internationale Situation grundsätzlich zu verbessern. Sie gaben ferner Ihrer Zuversicht Ausdruck, daß wir den bestehenden Argwohn und das vorhandene Mißtrauen Schritt für Schritt beseitigen und damit eine Zusammenarbeit zwischen unseren Völkern schaffen können. Die sowjetische Regierung ihrerseits ist stets bereit, jedes redliche Bemühen in dieser Richtung zu unterstützen und ihr Bestes zur Schaffung eines beständigen Friedens zu tun, damit alle Völker in Freundschaft miteinander und ohne gegenseitigen Haß leben können. Herr Präsident, wie beurteilen Sie den derzeitigen Stand der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen und was muß Ihrer Meinung nach seitens der amerikanischen wie auch der sowjetischen Regierung getan werden, um die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern zu verbessern?

*Der Präsident:* Nun, ich möchte sagen, daß die Beziehungen heute nicht so befriedigend sind, wie ich dies bei meinem Amtsantritt erwartet habe. Tatsächlich war es mit das erste, was ich tat, als ich Präsident wurde, daß ich die Vereinigten Staaten zu einer ehrlichen Anstrengung zur Erzielung eines befriedigenden Abkommens mit der Sowjetunion über die Einstellung der Kernwaffenversuche verpflichtete. Als Resultat dieser Anstrengung sandten wir Ende März unsere Vertreter zusammen mit denen Großbritanniens zum erstenmal mit einem vollständigen Vertrag nach Genf, den wir zur Diskussion vorlegten. Ich hatte gehofft, daß hier ein Gebiet sein würde, auf dem wir wirkliche Fortschritte erzielen könnten. Die Verseuchung der Luft würde vermindert, es würde ein erster Schritt zur Abrüstung getan, und ich war überzeugt, daß wir — wenn es uns gelänge, hier ein Uebereinkommen zu erzielen — zu den anderen Gebieten der Abrüstung übergehen könnten, die ein Handeln erfordern würden.

Wir hatten keinen Erfolg. Und, wie Sie wissen, saßen wir im August tatsächlich immer noch am Konferenztisch in Genf, als die Sowjetunion — immer noch verhandelnd — ihre Versuche wieder aufnahm, Versuche, die viele Monate vorher vorbereitet worden sein müssen, zur selben Zeit also, als die Besprechungen vor sich gingen. So war dies eine Enttäuschung.

Dazu kam, daß seit der Wiener Begegnung Berlin und Deutschland — wie ich meine — zu Gebieten einer verschärften Krise geworden sind und, so glaube ich, außerordentlich gefährlich für den Frieden, den, wie ich überzeugt bin, unsere beiden Völker wünschen.

Ich glaube, daß die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten in Frieden zusammen leben sollten. Unsere Länder sind groß, unsere Völker kraftvoll, wir bieten unseren beiden Ländern einen ständigen Anstieg des Lebensstandards. Wenn wir den Frieden zwanzig Jahre erhalten können, wird das Leben des sowjetischen Volks und das Leben des amerikanischen Volkes weitaus reicher sein, und wir werden in dem Maße, wie der Lebensstandard ständig steigt, auch viel glücklicher sein.

Wenn es unserer Ansicht nach eine Schwierigkeit gibt, dann ist es das Streben der Sowjetunion, sozusagen die gesamte Welt kommunistisch zu machen. Wäre die Sowjetunion lediglich darum bemüht, ihre eigenen nationalen Interessen und ihre eigene nationale Sicherheit zu schützen, und würde sie andere Länder leben lassen, wie diese wollen — in Frieden leben lassen —, dann — so glaube ich — würden die Probleme, die jetzt so starke Spannung verursachen, verschwinden.

Wir wollen, daß das sowjetische Volk in Frieden lebt — und wir wollen das gleiche für unser eigenes Volk. Aber der Versuch, das kommunistische System hinauszutragen, es in ein Land nach dem anderen zu bringen, ist gerade das, was meiner Ansicht nach die größte Gefahr für den Frieden darstellt. Wenn die Sowjetunion nur auf ihr eigenes nationales Interesse bedacht und bestrebt wäre, ihrer Bevölkerung unter friedlichen Bedingungen ein besseres Leben zu verschaffen, dann, glaube ich, gäbe es nichts, was die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten stören würde.

*Adschubej:* Das ist sehr interessant. Jedoch als Bürger der Sowjetunion und als Mitglied der Kommunistischen Partei kann ich dem Teil ihrer Antwort nicht beipflichten, in dem Sie sagten, daß wir versuchen, die Welt kommunistisch zu machen. Auf dem 22. Parteitag, der nach unserer Meinung ein Ereignis von historischer Bedeutung war, wurde von uns ein Programm der kommunistischen Entwicklung angenommen, und wir sagten, daß wir gegen jeden Export der Revolution — aber auch gegen jeden Export der Gegenrevolution — seien. Wenn wir uns den Tatsachen zuwenden, dann gibt es in der Welt viele Länder, in deren Angelegenheiten sich die Vereinigten Staaten — von unserer Sicht aus — einmischen. Gestern sah ich ein Fernsehprogramm, das Millionen von Amerikanern gezeigt wurde und in dem Ihr Kommentator behauptete, daß die ganze Welt völlig unter der Bedrohung einer kommunistischen Eroberung stehe. Wir sähen es gerne, wenn dieser Situation ein Ende bereitet wird. Unsere Regierung und unsere Partei glauben, daß sich jedes Volk ein solches Regierungssystem wählt, wie es dies wünscht. Oesterreich wählte den kapitalistischen Weg der Entwicklung, obgleich amerikanische und sowjetische Truppen dort anwesend waren. Kuba dagegen hat sich für einen anderen Weg der Entwicklung entschieden. Und wir wären sehr erfreut, wenn Sie, Herr Präsident, erklären würden, daß die Einmischung in die Angelegenheiten Kubas ein Irrtum war. Wir hoffen, daß die kubanische Bevölkerung ihre eigene Lebensform finden und festigen wird — so wie die Dominikanische Republik, Ecuador, Brasilien und viele andere Länder.

*Der Präsident:* Darf ich wohl sagen, ohne in eine Debatte einzutreten, daß die Vereinigten Staaten für die Idee eintreten, daß jedem Volk das Recht zustehen soll, seine freie Entscheidung in bezug auf die von ihm gewünschte Regierungsart zu treffen. Im Falle Kubas möchte ich Sie daran erinnern, daß die Castro-Revolution ursprünglich die Unterstützung der großen Mehrheit des Volkes fand. Als Castro die Revolution führte, wurde die Erklärung abgegeben, daß es freie Wahlen, Freiheit für das Volk und Fortschritt für das Volk geben würde. Castro hat sich aber nicht an diese Zusage gehalten. Solange die gegenwärtige Regierung Kubas keine freien und ehrlichen Wahlen gestatten will, kann sie, unserer Meinung nach, nicht den Anspruch erheben, die Mehrheit des Volkes zu vertreten. Das ist unsere Kontroverse mit Kuba.

Herr Jagan, andererseits, der vor kurzem in Britisch-Guayana zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, ist Marxist, aber die Vereinigten Staaten erheben keinen Einwand — weil diese Entscheidung auf Grund einer ehrlichen Wahl getroffen wurde, die er gewann.

Wenn die Bevölkerung irgendeines Landes sich in freier Wahl für ein kommunistisches System entscheiden sollte, nachdem eine faire Chance für die Darlegung einer

Reihe von anderen Systemen bestanden hat, dann würden die Vereinigten Staaten dies akzeptieren. Als zweifelhaft und bedenklich und als eine Bedrohung des Friedens dagegen sehen wir es an, wenn ein System durch eine kleine militante Gruppe durch Subversion, Infiltration und die übrigen Mittel aufgezwungen wird.

Wenn die Sowjetunion und unser Land ihre eigenen Hilfsquellen entwickeln könnten und wenn sie den Völkern der Welt erlauben, sich so zu entwickeln, wie sie dies wollen, dann würden wir — sollte eine Nation das kommunistische System wählen — dies anerkennen und akzeptieren. Würden sie aber ein anderes System wählen, dann würden wir hoffen, daß Sie dies ebenfalls anerkennen und akzeptieren würden. Wenn wir auf beiden Seiten dazu gelangen könnten, dann — glaube ich — könnten die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten, die so viel vom Frieden zu gewinnen haben, in Frieden leben.

*Adschubej:* Ich verstehe Sie, Herr Präsident, und ich bin sehr glücklich, diese Worte von Ihnen zu hören, weil, wie Sie wissen, die Zukunft der Welt in vieler Hinsicht von den Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und unserem Land abhängt. Mögen die Völker entscheiden, welchen Entwicklungsgang sie wählen wollen. Ich möchte jedoch Ihre Aufmerksamkeit auf die folgende geschichtliche Parallele lenken. Als die Bolschewiken unter der Führung von W. I. Lenin an die Macht gelangten, schrie die gesamte kapitalistische Welt, daß sie Verschwörer wären und daß es in Rußland keine Freiheit gäbe. Aber in 44 Jahren wurde unser Land eine große Macht. Dies ist jedoch nicht der eigentliche Punkt. Ich möchte eine andere Frage an Sie richten ...

*Der Präsident:* Sie sind Journalist und Politiker.

*Adschubej:* In meinem Lande ist jeder Bürger ein Politiker, weil wir unser Land so heiß lieben. Die Jungen und die Alten bejahen das sozialistische System unseres Landes und wir sind bereit, dafür bis zum siegreichen Ende zu kämpfen. Sie, Herr Präsident, sind stolz auf Ihr Land, und wir sind ebenfalls sehr stolz auf unser eigenes Land, und wir sind sehr stolz auf unsere Partei und wir sind stolz auf W. I. Lenin.

Herr Präsident, manchmal wird gesagt, daß es für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren Ländern notwendig wäre, mit der Beilegung kleiner Probleme zu beginnen. Andere glauben, daß sich zu viele kleine Fragen angehäuft haben und daß es vielleicht besser wäre, mit einem großen Schritt anzufangen. Wir sind der Ansicht, daß der Besuch von Nikita Sergewitsch Chruschtschow in den Vereinigten Staaten im Jahre 1959 ein solcher großer Schritt war. Unglücklicherweise aber waren die Ergebnisse dieser Reise nicht völlig befriedigend. Herr Präsident, welche Einstellung haben Sie gegenüber dem Gedanken, einen Friedenspakt zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zu schließen? Das würde ein großer Schritt voran sein.

*Der Präsident:* Ich glaube, wir sollten nicht nur ein Abkommen zwischen unseren Ländern schließen, sondern auch die Schritte tun, die einen Frieden möglich machen. Ich glaube nicht, daß Papier, und Worte auf Papier, so viel bedeuten wie eine Vergewärtigung der Gebiete, die Spannungen zwischen unseren beiden Systemen hervorrufen, und das Streben, diese Spannungen zu beseitigen. Eines dieser Gebiete ist das Deutschland- und Berlin-Problem. Wenn wir hier einen Fortschritt erzielen könnten, dann wäre dies meines Erachtens ein äußerst wichtiger Schritt zur Verbesserung unserer Beziehungen auf anderen Gebieten.

Wenn wir, wie ich bereits erklärte, in der Lage gewesen wären, ein Abkommen über die Einstellung der Kernwaffenversuche zu erreichen, dann hätte dies zu weiteren Abkommen auf dem Gebiet der Abrüstung führen können. Wenn wir ein erfolgreiches Abkommen schließen können, das Mitteleuropa Frieden bringt, wenn wir unsere Anstrengungen in Laos zum Abschluß bringen und eine Regierung und eine Nation gewährleisten können, die neutral und unabhängig sind, dann würden wir auch, wie Mi-



nisterpräsident Chruschtschow und ich in Wien übereinstimmten, auf andere Gebiete der Spannungen übergehen können.

Wenn wir jetzt, wie ich bereits gesagt habe, auf einer befriedigenden Basis ein Abkommen über Berlin und Deutschland erreichen können, die das kritischste Gebiet bilden, weil sie für unsere beiden Länder von großem Interesse und für unsere Völker eine große Sorge sind, so könnten wir, wie ich glaube, dann andere Schritte tun. Wenn wir das Deutschland- und Berlin-Problem lösen können, dann werden wir, so glaube ich, auch feststellen können, daß sich unsere Beziehungen wesentlich verbessert haben.

*Adschubej:* Vielen Dank, Herr Präsident, das ist ein überaus wertvoller Gedanke. Vor allem, weil Sie — wenn ich Sie recht verstehe — die Absicht haben, diese Probleme ernsthaft mit Ihrer Regierung zu erörtern. Lassen Sie mich Ihnen sagen, daß das deutsche Problem von großer Bedeutung für unser Land ist, und zwar aus vielerlei Gründen. Nicht nur aus rein politischen Gründen, und nicht nur aus Prestigeerwägungen. Wie Sie wissen, haben wir Verbündete — Polen, die Tschechoslowakei und eine Reihe anderer Länder. Bis heute haben wir jedoch noch keine nüchterne Stimme aus dem Westen gehört, die die Integrität der in Europa existierenden Grenzen bestätigt, und es wäre sehr wichtig, dies zu hören. Aber es gibt noch einen anderen Aspekt des deutschen Problems. In unserem Land, in der Sowjetunion, gibt es nicht eine einzige Familie, die nicht irgendeinen Angehörigen im Kriege verloren hat. Sie wissen, daß wir bemüht sind, die immer noch schwelende Glut des letzten Krieges in Mitteleuropa auszulöschen. Aber wir möchten nicht nur wie bisher die Rolle eines politischen Feuerwehrmannes spielen, obwohl dies sehr wichtig ist. In den Herzen eines jeden sowjetischen Bürgers, in der Seele eines jeden sowjetischen Bürgers brennt, wie Sie wissen, immer noch die Glut aus dem letzten Krieg, und diese Glut verbrennt seine Seele und läßt ihn nicht ruhig schlafen. Daher ist die Lösung der Frage eines Friedensvertrages die Hoffnung und Ruhe im Herzen eines jeden Sowjetmenschen. Schließlich singen wir immer noch Lieder, die von denjenigen handeln, die aus dem Kriege nicht zurückkehrten. Ich weiß, daß auch Sie am Kriege teilnahmen, daß Sie ein Kriegsheld sind, und aus diesem Grunde spreche ich in so hohen Worten zu Ihnen. Aber dies ist, wenn Sie so wollen, eine Nebenbemerkung.

Herr Präsident, wenn ich nicht irre, hat unsere Regierung im Jahre 1958 der Regierung der Vereinigten Staaten vorgeschlagen, daß die Handelsbeziehungen zwischen unseren Ländern normalisiert werden sollten. Nun sind, wie Sie wissen, die Handelsbeziehungen zwischen unseren Ländern in einem sehr beklagenswerten Zustand. Bevor ich hierher nach den Vereinigten Staaten reiste, hatte ich eine Unterhaltung mit meinen Freunden aus dem Außenhandelsministerium, und sie baten mich, bei Ihnen nachzufragen, ob irgendwelche Aussichten für eine Verbesserung der Handelsbeziehungen zwischen unseren Ländern vorhanden seien. Schließlich gibt es eine sehr alte Wahrheit: Zusammen mit den Waren und zusammen mit dem Warenaustausch entstehen auch bessere Beziehungen zwischen den Völkern.

*Der Präsident:* Lassen Sie mich Ihnen sagen, daß ich weiß, daß die Sowjetunion mehr unter dem Zweiten Weltkrieg gelitten hat als irgendein anderes Land. Es war ein schrecklicher Schlag, und die Verluste betrafen jede Familie, darunter auch zahlreiche Familien derjenigen, die jetzt in der Regierung sind.

Ich möchte betonen, daß auch die Vereinigten Staaten gelitten haben, obwohl ganz offensichtlich nicht so schwer wie die Sowjetunion. Mein Bruder fiel in Europa. Auch der Mann meiner Schwester kam in Europa ums Leben.

Wesentlich ist, daß dieser Krieg jetzt vorbei ist. Wir möchten verhindern, daß ein weiterer Krieg aus Deutschland heraus entsteht. Ich glaube, für die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion ist es wichtig, nicht jene Art von Spannung und Druck zu schaffen, die — unter Berufung auf eine Regelung des Zweiten Weltkrieges — die

Aussichten auf einen Konflikt zwischen der Sowjetunion und ihren Verbündeten auf der einen Seite und den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten auf der anderen Seite vergrößert. Was wir zu tun versuchen sollten, ist, durch Verhandlungen eine Lösung auszuarbeiten, die es möglich macht, den Frieden in Mitteleuropa zu wahren, und das ist das Ziel meiner Regierung.

Was nun den Handel anbetrifft, so war es eine meiner ersten Handlungen als Präsident, die Regierungspolitik hinsichtlich der Einfuhr von Krabbenfleisch zu ändern. Dies war, was den Dollarwert betrifft, zwar keine große Sache, sie hatte jedoch einige symbolische Bedeutung und war eine Angelegenheit, über die Ministerpräsident Chruschtschow bei mehreren Gelegenheiten gesprochen hatte.

Wenn wir die Probleme, über die wir jetzt sprechen, lösen können, vor allem in Berlin, und die allgemeine Spannung mildern — dann wird meiner Meinung nach auch der Handel ansteigen. Was den Handel in den vergangenen Monaten reduziert hat, waren die Schwierigkeiten, die wir im Hinblick auf Deutschland und Berlin erlebten. Ich möchte hoffen, daß der Handel erweitert werden könnte, und meiner Meinung nach würde er sich sofort ausweiten, wenn wir in Deutschland und Berlin eine friedliche und befriedigende Lösung im Interesse aller zustande bringen können.

*Adschubej:* Ich werde Ihre Worte unseren Lesern mit einem Gefühl der Beruhigung übermitteln. Wir haben stets die Amerikaner für Realisten gehalten und sind immer noch dieser Ansicht. Ihre Energie, ihr realistisches Zupacken, hat mit dazu beigetragen, ein so wohlhabendes Land aufzubauen. Aber nun möchte ich Sie, Herr Präsident, gerne ganz offen fragen, ob Sie wirklich ernsthaft glauben, daß die sozialen Veränderungen, die sich gegenwärtig in der Welt vollziehen, das Ergebnis von Aktionen sind, bei denen Moskau seine Hände mit im Spiel hatte? Ich möchte Sie gerne auf eines hinweisen. Sie wissen, als in Frankreich die Revolution des Bürgertums siegte, beschuldigte das aristokratische Europa Frankreich aller möglichen Ungeheuerlichkeiten. Als die Oktoberrevolution siegte, verurteilte die gesamte Welt der Reichen diese Revolution. Aber diese Revolution siegte. Sie erwähnten, daß ein Marxist in British-Guayana an die Macht kam. Glauben Sie, daß sich dort die Dinge nach Anweisungen von unserer Seite abspielen? Natürlich können wir Ihnen keine Zusicherung geben, daß sich keine sozialen Veränderungen auf der Welt vollziehen werden, auch wenn Sie nachher sagen werden, Moskau habe die Hände im Spiel gehabt.

*Der Präsident:* Lassen Sie mich dazu, wie ich bereits zuvor angedeutet habe, noch einmal sagen: Wenn die Völker dieser Länder frei ihre Entscheidungen treffen, daß sie das kommunistische oder das sozialistische oder irgendein anderes System vorziehen, dann akzeptieren die Vereinigten Staaten und das amerikanische Volk dies. Das ist der Grund, warum ich das Beispiel von British-Guayana anführte. Aber selbstverständlich behaupte ich nicht und sage ich nicht, daß die Sowjetunion für alle die Veränderungen verantwortlich ist, die sich in der Welt vollziehen. Zum Beispiel hat das britische Imperium seit Ende des Zweiten Weltkrieges, ich glaube, 15 Gebiete zu unabhängigen Staaten gemacht. Die französische Gemeinschaft hat 21 Staaten die Unabhängigkeit gegeben. Es finden gegenwärtig zahlreiche Veränderungen in der Welt statt. Westeuropa hat sich im Gemeinsamen Markt enger zusammengeschlossen. Diese Veränderungen sind nicht die Folge kommunistischer Bemühungen. Es vollziehen sich, wie ich bereits gesagt habe, gegenwärtig zahlreiche Veränderungen; überall in der Welt wollen die Völker auf verschiedene Weise leben. Das wollen wir auch. Wenn sie eine faire Möglichkeit haben, eine Entscheidung zu treffen; wenn sie sich für eine Unterstützung des Kommunismus entscheiden, so akzeptieren wir das. Wogegen wir Einwände erheben, ist der Versuch, den Kommunismus gewaltsam aufzuzwingen, oder eine Situation, in der die Kommunisten einem einmal unter kommunistische Kontrolle geratenen Volk keine faire Möglichkeit geben, eine andere Entscheidung zu treffen.

Wir standen unter dem Eindruck, daß das Jalta-Abkommen und das Potsdamer Abkommen für die Völker Osteuropas eine freie Entscheidung vorsahen. Diese Völker haben heute nach unserer Auffassung keine freie Entscheidungsmöglichkeit. Sie werden vielleicht argumentieren, daß diese Völker unter dem Kommunismus zu leben wünschen; aber wenn sie dies nicht wünschen sollten, so wird ihnen keine Möglichkeit gegeben, dies zu ändern.

Wenn die Sowjetunion — ohne daß sie versucht, jemandem das kommunistische System aufzuzwingen — es den Völkern der Welt gestattet, so zu leben, wie sie es wollen, dann werden nach unserer Ansicht auch die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten sehr befriedigend sein. Und unsere beiden Völker, die jetzt in der Gefahr leben, werden dann in Frieden leben und einen bedeutend höheren Lebensstandard genießen können. Und ich glaube, wir verfügen heute in unseren beiden Ländern über so ungeheure wirtschaftliche Möglichkeiten, daß wir prüfen sollten, wie wir miteinander auskommen können, und nicht versuchen sollten, den anderen oder sonst jemandem unsere Ansichten aufzuzwingen.

*Adschubej:* Selbstverständlich habe ich nicht erwartet, Herr Präsident, daß ich Sie in einer so kurzen Zeitspanne zu einer anderen Ansicht bekehren könnte — genauso, wie Sie wohl nicht erwarteten, mich zu bekehren. Sie haben mit unserem Ministerpräsidenten, dem Ersten Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, gesprochen, und er hat Sie weder überzeugen können, noch hat er den Versuch dazu gemacht. Dies ist, wie Sie wissen, eine Sache der persönlichen Anschauung. Der eine hält bestimmte Wahlen für frei, während der andere diese Wahlen als undemokratisch ansieht. So vollziehen sich zum Beispiel in einer Reihe von lateinamerikanischen Ländern große revolutionäre Veränderungen. Lange Zeit waren Sie der Meinung, daß Trujillo auf demokratische Weise gewählt worden sei. Dasselbe haben Sie bezüglich der Herrschaft des Schahs von Persien erklärt. Aber lassen Sie uns darüber nicht länger argumentieren, sondern zur nächsten Frage übergehen.

Herr Präsident, darf ich Ihnen die folgende Frage stellen: Es ist allgemein bekannt, daß die sowjetische Regierung ihre Bereitschaft erklärt hat, jeden Vorschlag der Westmächte zur internationalen Kontrolle und Inspektion zu akzeptieren, wenn ein Abkommen über eine allgemeine und völlige Abrüstung erreicht worden ist. Gleichzeitig schließt die sowjetische Regierung die Möglichkeit nicht aus, eine Einigung über eine Anzahl von Maßnahmen zu erreichen, die die Kriegsgefahr vermindern und die in unmittelbarer Zukunft verwirklicht werden könnten. Solche Vorschläge sind beispielsweise die Vorschläge für die Einfrierung der militärischen Budgets, für den Verzicht auf Anwendung von Kernwaffen, für den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den NATO-Pakt-Staaten und den Ländern des Warschauer Paktes, für den Abzug ausländischer Truppen aus dem Territorium anderer Länder, für die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone oder für Maßnahmen gegen die Gefahr eines Ueberraschungsangriffes. Wie sind nach Ihrer Meinung die Aussichten für eine allgemeine und völlige Abrüstung und den Abbau der internationalen Spannungen?

*Der Präsident:* Insofern, als die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten sich im September zum Abschluß der Gespräche zwischen McCloy und Sorin in der Grundsatzerklärung über das Ziel einer allgemeinen und völligen Abrüstung einigten, wird aus dem Problem jetzt ein Versuch, dieses Ziel Stufe um Stufe zu verwirklichen. Die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten sind in einem grundlegenden Punkt verschiedener Meinung, der im Zusammenhang mit dieser Frage gelöst werden muß. Wir sind der Ueberzeugung, daß eine ausreichende Inspektion vorhanden sein muß, um sicherzustellen, daß jede Seite abrüstet und sich in Uebereinstimmung mit den eingegangenen Abkommen verhält. Die Sowjetunion hat erklärt, daß sie es uns oder dem internationalen Gremium gestatten werde, jene Waffen zu kontrollieren, die zerstört sind, daß



sie es uns aber nicht gestatten werde, eine Inspektion durchzuführen, um festzustellen, welche Waffen übrigbleiben. Die eine Seite könnte hundert Bomber zerstören, aber immer noch tausend oder zweitausend Bomber übriglassen. Wenn man wirklich für eine ordnungsgemäße Abrüstung Sorge tragen will, so scheint es mir, daß man nicht nur jene Waffen, die zerstört worden sind, kontrollieren muß, sondern auch diejenigen Waffen, die übrigbleiben. Wenn wir uns über ein wirksames Inspektionssystem einigen können, damit jedes Land sicher sein kann, daß der andere den von ihm eingegangenen Abmachungen auch nachkommt, dann können wir meiner Meinung nach zu einer allgemeinen und völligen Abrüstung gelangen.

Deshalb hielt ich es für so überaus entscheidend, daß wir als ersten Schritt ein Abkommen über die Einstellung der Kernwaffenversuche erzielen, und dann Schritt um Schritt fortfahren im Hinblick auf die Atomwaffen, die Raketen, die Stärke der Landstreitkräfte, der Marine und alles übrige. Wenn wir darüber eine Einigung erreichen können, dann können wir in Richtung auf eine allgemeine und völlige Abrüstung fortschreiten.

Ich glaube, es wäre nützlich, wenn die NATO und der Warschauer Pakt die Verpflichtung eingehen würden, miteinander in Frieden zu leben. Ich bin bestimmt der Ansicht, daß wir jeden denkbaren Schritt zur Verhinderung eines Ueberraschungsangriffes tun sollten. Ich glaube, daß es — wenn die Beziehungen zwischen unseren Ländern normalisiert werden können — einen geringeren militärischen Aufbau auf beiden Seiten geben wird; aber wir können unsere Truppen jetzt nicht aus Europa über den Atlantischen Ozean hinweg abziehen, wenn Sie Ihre Truppen lediglich in die Sowjetunion zurückziehen, die nur ein paar hundert Meilen entfernt ist. Das ist der Grund, warum wir eine Verständigung darüber brauchen, wie die Lage in Berlin und Deutschland sein wird. Und das ist der Grund, warum ich hoffe, daß zwischen unseren Regierungen bald Verhandlungen stattfinden und zu einem erfolgreichen Abschluß kommen werden.

Es ist bei zahlreichen Anlässen erklärt worden, daß wir Einwände gegen die Unterzeichnung eines Friedensvertrages hätten, daß wir eine solche Unterzeichnung als einen kriegerischen Akt betrachten würden. Aber darum geht es gar nicht. Es ist vielmehr unsere Ansicht, daß die Erklärung, die die Vier Mächte 1955 in Genf abgegeben haben und die die Wiedervereinigung Deutschlands vorsieht, die vernünftigste Politik darstellt. Wenn ein Land geteilt wird, wenn eine Stadt geteilt wird, wenn in einer Stadt eine Mauer errichtet wird, dann werden hierdurch nach unserer Ansicht die Spannungen nur erhöht und nicht verringert. Wenn dem deutschen Volke die Wiedervereinigung gestattet wird, dann könnten nach unserer Auffassung auch angemessene Schritte unternommen werden, um die Sicherheit aller Beteiligten zu gewährleisten.

Nun stellen wir aber fest, daß die Sowjetunion gegenwärtig nicht die Absicht hat, eine Wiedervereinigung zuzulassen, und daß Deutschland, solange die Sowjetunion diese Politik verfolgt, nicht wiedervereinigt werden wird. Die Frage ist jetzt, ob die Sowjetunion einen Vertrag mit den ostdeutschen Behörden unterzeichnen wird, der die Spannungen nur erhöhen und nicht vermindern wird. Wie ich bereits in meiner Rede vor den Vereinten Nationen sagte, sind wir uns im klaren darüber, daß die Sowjetunion mit den ostdeutschen Behörden jeden Vertrag unterzeichnen kann, den sie unterzeichnen möchte. Was wir jedoch für so gefährlich erachten, ist der Anspruch, daß dieser Vertrag uns unsere Rechte in West-Berlin nimmt — Rechte, die wir durch den Krieg gewonnen haben und die von der Sowjetunion, den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich Ende des Krieges vereinbart wurden und die unserer Ansicht nach fortbestehen müssen. Aber wenn Sie einen Vertrag mit Ostdeutschland unterzeichnen und diese Rechte von den Wünschen der ostdeutschen Behörden abhängig machen, so scheint es mir, daß dies zu einer Verschärfung der Spannungen führen muß. Wenn die Sowjet-

union in diesem Vertrag versucht, die Jurisdiktion über West-Berlin an die ostdeutschen Behörden abzutreten, und zwar gegen den Wunsch der Bevölkerung West-Berlins — wenn die Verbindungswege und die Zugänge von West-Berlin zur übrigen Welt und zum Westen völlig unter der Kontrolle der ostdeutschen Behörden stehen und von diesen nach Wunsch jederzeit unterbrochen werden können —, dann bringt dieser Vertrag nicht den Frieden, sondern erhöht die Gefahr.

Nun hoffe ich, daß in den Besprechungen und Verhandlungen, die wir mit der Sowjetunion zu führen hoffen, Zusicherungen gegeben werden, die es uns gestatten werden, die Rechte, die wir gegenwärtig in West-Berlin auf Grund der bestehenden Viernächtevereinbarung haben, weiter auszuüben, und die uns den freien Zugang von und nach Berlin erlauben. Wir wollen nicht in West-Berlin bleiben, wenn die Bevölkerung dort dies nicht wünscht. Aber sie wünscht, daß wir bleiben. Wenn die Bevölkerung entscheidet, daß sie uns nicht wünscht, werden wir gehen. Aber solange die Bevölkerung uns dort haben möchte, scheint es mir, sollten auch die Rechte aufrechterhalten werden, die uns auf Grund von Vereinbarungen zustehen. Ich hoffe, daß die Sowjetunion dem zustimmt und vor allem auch damit einverstanden ist, daß Versorgungsgüter und Menschen frei nach West-Berlin hinein- und aus West-Berlin herausgebracht werden dürfen. Dann können wir meines Erachtens eine friedliche Regelung in der Mitte Europas erreichen, und wenn wir eine Uebereinkunft in dieser Frage erreichen können, dann, so glaube ich, werden sich unsere Beziehungen zueinander wesentlich verbessern.

*Adschubej:* Sie haben gerade die Frage beantwortet, die ich stellen wollte. Aber ich kann nicht mit Ihnen übereinstimmen. Ich bin zwar kein Abrüstungsexperte, aber wie ich die Dinge sehe, war das McCloy-Sorin-Uebereinkommen ein sehr wichtiger Fortschritt, und wir hoffen, daß die Bemühungen der von unseren Regierungen autorisierten Spezialisten zu besseren Ergebnissen führen werden. Und nun noch ein paar Worte zu Deutschland.

Wenn ich die Uebersetzung richtig verstanden habe, dann habe ich einen sehr unrealistischen Ausdruck gehört. Ich denke an den Ausdruck „ostdeutsche Behörden“. Es wäre gefälliger, den Ausdruck „Regierung der Deutschen Demokratischen Republik“ zu hören. Sie mögen die Deutsche Demokratische Republik nicht. Wir mögen die Bundesrepublik Deutschland nicht, aber wir unterhalten diplomatische Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland, wir haben sehr gute Handelsbeziehungen mit ihr. Wir sind also Realisten. Wenn die Regierung der Vereinigten Staaten nicht „ostdeutsche Behörden“, sondern „Regierung der Deutschen Demokratischen Republik“ sagen würde, dann wäre dies sehr gut und realistisch.

Und nun zu einem zweiten Punkt. Wir möchten zusammen mit unseren Alliierten aus dem Zweiten Weltkrieg gerne einen Friedensvertrag unterzeichnen, und wir hoffen, daß dies auch geschehen wird. Nicht nur unsere Regierung, sondern auch unser Volk wäre sehr glücklich darüber. Niemand hat die Absicht, West-Berlin Ostdeutschland zu überliefern. Das ist Unsinn. Es gibt die Deutsche Demokratische Republik und es gibt die Bundesrepublik Deutschland mit ihrem kapitalistischen System. Lassen Sie uns einen Friedensvertrag unterzeichnen und lassen Sie uns die Freiheit für West-Berlin mit allen Mitteln garantieren — durch Truppen der Vier Mächte, durch Truppen der Vereinten Nationen — und lassen Sie uns so seine Rechte garantieren. Aber dies ist ein Problem für künftige Verhandlungen. Nun einige Worte zum Zugang nach West-Berlin. Warum ein solch einfaches Problem komplizieren? Die Verbindungswege nach West-Berlin führen über hundert Meilen durch das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik. Wenn jemand West-Berlin besuchen muß, wenn es nötig ist, Personen, Nahrungsmittel oder Waren dorthin zu bringen, dann ist es sehr einfach, die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik um die Genehmigung dafür zu ersuchen.

Manchmal habe ich den Eindruck — und ich sage dies zu Ihnen in aller Offenheit —, daß einige böswillige Menschen versuchen, einfache Dinge zu komplizieren, und somit bewußt Spannungen schaffen. Gestern habe ich, als ich mit Ihren engsten Beratern sprach, folgendes Beispiel angeführt: Wenn das Nervensystem eines Menschen bis aufs äußerste angespannt ist, dann wird er durch jeden Lärm, jedes Geräusch gereizt, und alles wird von ihm mit großem Argwohn aufgenommen. Solch ein Mensch kann große Schwierigkeiten bereiten. Wir hoffen, daß die Verhandlungen, die in naher Zukunft stattfinden werden, objektiv und realistisch sein und in einer Atmosphäre völliger Ruhe geführt werden.

*Der Präsident:* Darf ich noch eine kurze Antwort geben. Durch die Vereinbarungen in Potsdam wurde ganz Berlin unter Viernächteverwaltung gestellt. Ost-Berlin, das unter unmittelbarer sowjetischer Verwaltung stand, ist jetzt in Verletzung dieser Vereinbarungen an Ostdeutschland übergeben worden. Es untersteht nicht mehr länger einer wirksamen Viernächtekontrolle. Und nun versucht die Sowjetunion, sowjetische Truppen in West-Berlin zu stationieren. Sie schlägt nicht vor, daß Truppen der anderen drei Mächte in Ost-Berlin stationiert werden. Mit anderen Worten, die Sowjetunion ist jetzt bestrebt, an der Kontrolle West-Berlins teilzuhaben. Das ist der erste Punkt, um den es geht. Der zweite betrifft die Frage der Zugangsrechte bei der Durchfahrt durch Ostdeutschland. Wie ich Sie verstehe, würden Sie den ostdeutschen Behörden — Sie sagen ostdeutsche Regierung — die Befugnis übertragen, in diesen Verkehr einzugreifen. Es wird erklärt, daß die Ostdeutschen dies nicht tun würden. Aber Herrn Ulbrichts Erklärungen, die sich von Woche zu Woche ändern, geben uns keine Sicherheit. Meine Meinung ist: Wenn ein solches Abkommen unterzeichnet wird, wenn unsere Rechte auf die Verbindungswege zwischen dem Westen und West-Berlin — die jetzt von der Sowjetunion kontrolliert werden — an die ostdeutschen Behörden übertragen werden und wenn sich die Ostdeutschen aus diesem oder jenem Grund in dieses Recht auf Zugang einmischen würden, dann würde dies zu einer Erhöhung der Spannungen führen, die Sowjetunion könnte dann Ostdeutschland zu Hilfe kommen und wir würden dann wieder einander direkt gegenüberstehen, statt daß wir dieses Problem jetzt geregelt hätten.

Der Grund, warum es uns widerstrebt, Ostdeutschland als souveräne Macht anzuerkennen, besteht darin, daß wir die Teilung Deutschlands nicht anerkennen. Nach unserer Ansicht wünscht das deutsche Volk ein vereinigtes Land. Wenn die Sowjetunion den Krieg verloren hätte, dann würde es das sowjetische Volk ebenfalls ablehnen, daß eine Grenze durch Moskau und das gesamte Land gezogen wird. Wenn wir den Krieg verloren hätten, dann würden wir es auch nicht wollen, wenn eine Grenze entlang des Mississippi gezogen worden wäre. Die Deutschen wollen vereinigt sein. Ich meine, es sollte möglich sein, dafür zu sorgen, und zwar unter Bedingungen, die die Interessen aller Betroffenen schützen. Aber die Sowjetunion ist der Ansicht, daß es mehr in ihrem Interesse liegt, Deutschland geteilt zu halten.

Wie die Dinge liegen, ist die Frage nun: Können wir für den Schutz unserer Rechte in West-Berlin, die 1945 von der Sowjetunion anerkannt wurden, sorgen, so daß dies keine ständige Krise darstellt? Bei unseren Bemühungen, eine Lösung der Probleme auszuarbeiten, die sich aus dem Zweiten Weltkrieg ergeben haben, wollen wir nicht die Aussichten auf einen dritten Weltkrieg vermehren. Alles, was wir wünschen, ist, eine sehr begrenzte Anzahl von Soldaten der drei Mächte in West-Berlin zu unterhalten — und sie ist sehr begrenzt — und zum Beispiel eine internationale Verwaltung der Autobahn zu haben, so daß Güter und Personen frei hin- und zurückgebracht werden können. Dann können wir in diesem Gebiet auf Jahre hinaus Frieden haben. Wenn jedoch Ostdeutschland die Machtbefugnisse über diesen Zugang ausübt, dann werden wir dort ständig Spannungen haben — und ich sehe einfach nicht ein, warum das — da doch unsere beiden Länder ein so starkes Interesse an dem Frieden in diesem Teil



Europas haben — eine kluge Entscheidung sein sollte. Ich hoffe statt dessen, daß die Verhandlungen, an deren Zustandekommen wir sehr interessiert sind, zu einer Vereinbarung über dieses Gebiet führen werden, die in fairer Weise die Interessen aller anerkennt.

*Adschubej:* Herr Präsident, nachdem ich mit Ihnen ein sehr offenes und freundschaftliches Gespräch führen darf, möchte ich Sie bitten, sich — zumindest für einen Augenblick — folgende unmögliche Sache vorzustellen. Stellen Sie sich vor, Sie wären ein Offizier, ein Kriegsteilnehmer der sowjetischen Marine, der im Zweiten Weltkrieg gekämpft hat. Sie haben den Krieg gewonnen, und dann treten die gleichen Ereignisse ein, die sich gegenwärtig vollziehen. Der eine Teil Deutschlands — die Bundesrepublik — erkennt die Grenze nicht an, die nach dem Kriege festgesetzt worden ist. Er baut erneut seine Streitkräfte auf. Der Kanzler dieses Landes reist nach den Vereinigten Staaten, um sich mit dem amerikanischen Präsidenten zu besprechen, und sie führen geheime Besprechungen. Der Geist des Revanchismus ist in diesem Teile Deutschlands sehr stark. Wie würden Sie sich dazu stellen, wenn Sie ein Kriegsveteran der sowjetischen Marine wären?

*Der Präsident:* Wenn ich ein sowjetischer Kriegsveteran wäre, würde ich sehen, daß Westdeutschland gegenwärtig nur über neun Divisionen verfügt, was ein Bruchteil der Stärke der sowjetischen Streitkräfte ist — neun Divisionen. Es besitzt keine eigenen Kernwaffen. Es hat eine sehr kleine Luftwaffe — fast keine Marine, ich glaube vielleicht zwei oder drei Unterseeboote. Es stellt somit keine militärische Bedrohung dar. Seine neun Divisionen stehen unter der internationalen Kontrolle der NATO und sind dem Kommando der NATO-Organisation unterstellt, die sich aus 15 europäischen Ländern zusammensetzt, die insgesamt in Westdeutschland gegenwärtig 22 oder 23 Divisionen stehen haben — etwa die gleiche Zahl von Divisionen wie die Sowjetunion in Ostdeutschland. Ich sehe daher nicht ein, wieso dieses Land gegenwärtig eine militärische Bedrohung für die Sowjetunion bildet, selbst wenn ich anerkenne, wie hart die Kämpfe im Zweiten Weltkrieg waren. Genauso stellt auch Japan heute keine Gefahr für die Vereinigten Staaten dar, obwohl wir vor 21 Jahren vier Jahre lang im Pazifik gegen die Japaner Krieg geführt haben. Die Stärke der Länder ändert sich, die Waffen ändern sich, die wissenschaftlichen Erkenntnisse ändern sich; ich glaube aber nicht, daß Westdeutschland ohne Raketen, ohne eine Atomkapazität, mit den gegenwärtigen wenigen Divisionen eine militärische Bedrohung darstellt.

Dann würde ich auf die Macht der Vereinigten Staaten und auf die Macht der Sowjetunion schauen und sagen, daß es für die Sowjetunion und für die Vereinigten Staaten wichtig ist, nicht in einen Krieg zu geraten, der unsere beiden Systeme zerstören würde. Als sowjetischer Kriegsteilnehmer würde ich also wünschen, daß die Sowjetunion ein Uebereinkommen mit den Vereinigten Staaten erzielt, das die Interessen und die Verpflichtungen der Vereinigten Staaten wie auch unseres Landes anerkennt und nicht versucht, den Vereinigten Staaten einseitig eine neue Situation aufzuzwingen, die den von uns zuvor eingegangenen Verpflichtungen entgegenstünde. Die Sowjetunion ging im Jahre 1945 im Hinblick auf Berlin eine Verpflichtung ein. Deutschland ist heute geteilt. Deutschland ist heute militärisch keine Bedrohung für die Sowjetunion.

Es ist wichtig, daß versucht wird, eine Einigung zu erreichen, die die Interessen aller anerkennt, und ich bin der Überzeugung, daß das in bezug auf Deutschland geschehen kann. Mir ist klar, daß es zwei Deutschland geben wird, solange die Sowjetunion der Ansicht ist, daß dies in ihrem Interesse liegt. Das Problem ist nun, sicherzustellen, daß in jedem Vertrag, den die Sowjetunion mit Ostdeutschland abschließt, die Rechte der anderen Mächte in Berlin anerkannt werden. Das ist alles, worüber wir reden. Wir reden nicht über die Ermutigung des Revanchismus, über den Aufbau einer

großen deutschen Militärmaschinerie oder über irgend etwas anderes, von dem Sie sprachen. In jedem Friedensvertrag, der mit Ostdeutschland unterzeichnet wird, müssen die Rechte der Vereinigten Staaten und der anderen Mächte anerkannt werden.

Das scheint mir nun in keiner Weise eine Bedrohung der Sicherheit der Sowjetunion zu sein. Das bedeutet keine Erhöhung der militärischen Streitkräfte des Westens, die dort ziemlich begrenzt sind. Ich glaube, wir könnten in unserem Jahrhundert in Mitteleuropa Frieden haben, wenn wir eine Einigung über West-Berlin erzielen. Es wäre eine völlig unkluge Politik — für Sie und für uns —, würden wir im Namen der Beendigung des Zweiten Weltkrieges einen anderen Kurs verfolgen, einen Kurs, der die Möglichkeit eines dritten Weltkrieges zu vergrößern droht.

Wenn ich also sowjetischer Offizier wäre und den Frieden wünschte, dann würde ich glauben, daß der Friede erreicht und die Sicherheit meines Landes garantiert werden kann. Die Sowjetunion ist eine starke Militärmacht. Sie hat eine große nukleare Kapazität. Sie hat Raketen, Flugzeuge — sie verfügt über eine große Anzahl von Divisionen — und sie hat Länder, die mit ihr verbündet sind. Niemand wird jemals erneut in die Sowjetunion einfallen. Es gibt keine Militärmacht, die das tun könnte. Das Problem ist, eine Übereinkunft zu erzielen, die es möglich macht, daß sowohl unsere Interessen als auch die ihrigen anerkannt werden. Das sollte doch im Bereich der Möglichkeit unserer beiden Länder liegen.

Weder Ministerpräsident Chruschtschow noch ich haben 1945 die Vereinbarungen in bezug auf Berlin getroffen. Unsere Verantwortung besteht angesichts der gegenwärtigen Situation, die schwierig ist, darin, den Frieden zustande zu bringen, und ich glaube, daß dies geschehen kann.

Wenn ich, um es kurz zu sagen, also sowjetischer Marineoffizier wäre, dann würde ich der Meinung sein, daß die Sicherheit der Sowjetunion gut geschützt ist und daß es jetzt wichtig ist, eine Einigung mit den Vereinigten Staaten, unseren Verbündeten während des Zweiten Weltkrieges, zu erreichen.

*Adschubej:* Herr Präsident, ich komme zum Schluß. Selbstverständlich haben Sie diese Fragen nicht als Kriegsteilnehmer der sowjetischen Streitkräfte, sondern als Präsident der Vereinigten Staaten beantwortet, und das ist ganz natürlich. Wenn ich Sie jedoch recht verstehe, Herr Präsident, dann sind Sie dagegen, daß Westdeutschland über Kernwaffen verfügt, oder in irgendeinem Ausmaß die Kontrolle über solche Waffen hat?

*Der Präsident:* Die Vereinigten Staaten werden, wie ich vor den Vereinten Nationen erklärt habe, aus grundsätzlichen Erwägungen unserer nationalen Politik heraus keinem Lande Kernwaffen geben, und ich würde es höchst ungern sehen, daß Westdeutschland in den Besitz einer eigenen nuklearen Kapazität gelangt. Bundeskanzler Adenauer hat 1954 erklärt, daß dies nicht geschehen würde. Das ist immer noch die Politik der Bundesregierung. Und meiner Meinung nach ist es eine kluge Politik.

*Adschubej:* Aber Sie wissen sehr wohl, daß zahlreiche hohe Posten innerhalb der NATO mit deutschen Generälen besetzt sind, und Sie wissen, daß Europa sehr weit von den Vereinigten Staaten entfernt liegt. Glauben Sie nicht, es könnte irgendwann einmal geschehen, daß die deutschen Generäle zu viel Einfluß innerhalb der NATO erlangen?

*Der Präsident:* Das ist der Grund, warum ich es für so wichtig erachte, zu unterstreichen, daß die westdeutsche Armee in die NATO integriert ist. Die NATO wird gegenwärtig von einem Amerikaner befehligt. Und meines Erachtens ist die Sicherheit für alle gewährleistet, solange die deutschen Streitkräfte in die NATO integriert sind — und die NATO steht unter der Kontrolle von 15 Ländern, von denen keines einen Krieg wünscht. Und ich glaube, das wird weiterhin so sein.

Nun, wenn sich diese Situation ändern, wenn Deutschland eine eigene Atomkapazität entwickeln würde, wenn es zahlreiche Raketen oder eine starke Nationalarmee entwickeln würde, so daß ein Krieg drohte, dann würde ich Ihre Besorgnis verstehen und ich würde sie teilen. Immerhin haben wir genauso wie Sie zwei Kriege in Europa erlebt. Aber die Lage heute und die künftige Situation sind so, wie ich sie umrissen habe. Wenn sich dies ändern würde, dann würde ich es für angebracht halten, daß die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion und die übrigen Länder die Situation neu prüfen. Aber das trifft für heute nicht zu. Warum also sollen wir das Risiko auf uns nehmen, daß die Vereinigten Staaten, die ein mächtiges Land sind, und die Sowjetunion, die ebenfalls ein mächtiges Land ist, miteinander in Schwierigkeiten geraten zu einer Zeit, da für Sie oder für uns in Europa keine wirkliche Gefahr besteht. Ich glaube, daß wir die Dinge so sehen sollten, wie sie 1961 liegen.

Sie haben erklärt, daß Sie Realisten seien. Wir haben heute nicht 1939, 1940 oder 1941. Vergewärtigen Sie sich, was geschehen ist. Wie ich schon sagte, war im Fernen Osten in jenen Jahren die Stärke Japans gänzlich anders. Die Macht Chinas war ebenfalls gänzlich anders. Die Länder verändern sich. Die Situation verändert sich. Und wir müssen realistisch genug sein, um zu erkennen, wo die wahre Gefahr liegt. Die wahre Gefahr liegt heute in der Tatsache, daß unsere beiden Länder mit ihren nuklearen Arsenalen die Möglichkeit haben, einander große Verheerungen zuzufügen — und wir beide sind diejenigen, die durch einen Krieg am meisten zu verlieren haben.

Deshalb meine ich, daß es uns — wenn wir die Dinge realistisch betrachten — möglich sein sollte, eine Einigung zu erzielen, die die Interessen unserer beiden großen Länder schützt und es uns beiden gestattet, unseren Lebensstandard weiter zu erhöhen und andere Probleme in Angriff zu nehmen. In den Vereinigten Staaten hat sich der Lebensstandard in den letzten vierzehn Jahren um 40 Prozent erhöht. In der Sowjetunion ist er stark gestiegen. Niemand kann mehr vom Frieden profitieren als die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten.

Ich möchte hoffen, daß wir, statt zu versuchen, über die Verhältnisse in Deutschland zu reden, wie sie vor zwanzig Jahren waren, lieber darauf sehen, wie sie heute sind. Wir haben jetzt praktisch in Europa seit 15 Jahren Frieden gehabt. Das Problem ist es jetzt, festzustellen, ob wir Verhandlungen erreichen können, die diese Angelegenheit für weitere 15 Jahre regelt. Niemand weiß, was, auf lange Sicht gesehen, sich in der Welt ereignen wird, aber zumindest sollten wir in der Lage sein, die Berlin- und Deutschland-Frage zu regeln.

*Adschubej:* Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und für die Zeit, die Sie mir von Ihrer Wochenendruhe geopfert haben.

*Der Präsident:* Ich begrüße es sehr, daß Sie mir als Präsident diese Gelegenheit gegeben haben, zum Volk der Sowjetunion zu sprechen, und daß Sie hierhergekommen sind. Ich möchte unterstreichen, daß es für die Bevölkerung unseres Landes nichts gibt, was sie mehr befriedigen würde, als zu sehen, daß unsere beiden Länder in Frieden leben und die Bevölkerung unserer beiden Länder sich einer ständigen Erhöhung des Lebensstandards erfreut. Ich war als Student im Jahre 1939 in der Sowjetunion und bin mir bewußt, daß sich dort zahlreiche Veränderungen vollzogen haben und daß der Lebensstandard der Bevölkerung steigt. Auch der Lebensstandard des amerikanischen Volkes hat sich erhöht. Ich hoffe, daß dieses Interview in gewissem Ausmaß zu einer besseren Verständigung und zum Frieden beitragen wird. Denn, ich wiederhole es noch einmal, unsere beiden Völker haben vom Frieden am meisten zu gewinnen.

*Adschubej:* Ich danke Ihnen, Herr Präsident.

Quelle: *Kabel-Dienst* (Botschaft der Vereinigten Staaten, Bad Godesberg) vom 30. November 1961.



## Vorschläge des ZK der SED zur Deutschland-Frage

Auf der 14. Tagung des ZK der SED vom 23. bis zum 26. November 1961 hielt der Erste Sekretär des ZK der SED und Vorsitzende des Staatsrates der sogenannten DDR, Walter Ulbricht, ein mehrstündiges Referat, in dem er die sich aus den Beschlüssen des XXII. Parteitages der KPdSU für die DDR ergebenden Folgerungen erläuterte. In dem IV. Teil dieses Referates beschäftigte er sich mit der Deutschland-Frage und dem Verhältnis der beiden Teile Deutschlands zueinander. Unter Berufung auf den von der Volkskammer am 6. Juli 1961 verabschiedeten „Deutschen Friedensplan“ (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 422 ff.) befürwortete Ulbricht Verhandlungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik über eine Normalisierung der Beziehungen und die Bildung einer deutschen Konföderation.

In einem zum Abschluß der Tagung veröffentlichten Kommuniqué billigte das

ZK das Referat Ulbrichts. Ebenfalls wurde dieses in einem Beschluß des ZK über „den XXII. Parteitag der KPdSU und die Aufgaben der DDR“ vom 26. November bestätigt. Am 1. Dezember richtete Ministerpräsident Otto Grotewohl ein Schreiben an Bundeskanzler Konrad Adenauer, in dem er die in dem Referat Ulbrichts enthaltenen Vorschläge für eine Normalisierung der deutschen Beziehungen wiederholte. Zu diesem Brief, dessen Annahme das Bundeskanzleramt verweigerte, erklärte der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Ernst Lemmer, am 6. Dezember im Westdeutschen Rundfunk, zunächst müsse die SED ihren Zwangsmaßnahmen in Mitteldeutschland ein Ende machen. Ein solcher Schritt würde bereits das von Grotewohl geforderte „Minimum an Maßnahmen zur Sicherung des Friedens“ darstellen.

### Rede des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Walter Ulbricht, am 23. November 1961 auf der 14. Tagung des ZK der SED (Auszug)

*Betrifft: Deutscher Friedensvertrag — Berlin — Souveränität der DDR — Beziehungen zwischen DDR und BRD — Vorschläge für eine Normalisierung dieser Beziehungen.*

#### IV

#### *Wie steht der Kampf um den Frieden und wie ist das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander?*

Die Entwicklung des neuen Kräfteverhältnisses in der Welt wirkt sich unmittelbar auf die Entwicklung der Beziehungen zwischen den Staaten aus. Die Ueberlegenheit der Sowjetunion auf entscheidenden Gebieten der Wissenschaft und Technik wie der Landesverteidigung hat die politischen Führer verschiedener kapitalistischer Staaten zu der Erkenntnis gebracht, daß es notwendig ist, die herangereiften internationalen Fragen durch Verhandlungen zu lösen, um einen Weltkrieg zu vermeiden. Zwar haben sich die internationalen Spannungen vergrößert, aber es sind zugleich die Aussichten etwas besser geworden, auf dem Verhandlungswege die Reste des Krieges in Deutschland zu beseitigen.

Es ist offenkundig, daß sich die sture Politik der Adenauer-Regierung, die Politik der Revanche, in der Sackgasse befindet. Selbst die meisten NATO-Verbündeten Westdeutschlands sind nicht bereit, sich für die wahnwitzigen Revanchepläne der gegenwärtig in Westdeutschland herrschenden Kreise zu opfern. Gewisse führende politische Kreise der Vereinigten Staaten und anderer großkapitalistischer Länder sind offensichtlich zu der Schlußfolgerung gekommen, daß die bisherigen Methoden ihres Kampfes gegen die Staaten des sozialistischen Lagers wirkungslos seien und geändert werden müßten. Selbstverständlich haben sie nicht ihre Absicht aufgegeben, mit anderen Methoden den Kampf gegen die sozialistischen Staaten fortzusetzen.

Gegenwärtig erfordert die Sicherung des Friedens vor allem den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages und im Zusammenhang damit die friedliche Lösung der West-Berlin-Frage, das heißt die Umwandlung West-Berlins in eine entmilitarisierte, neutrale Freie Stadt.

Bei seinem kürzlichen Besuch in den Vereinigten Staaten hat der indische Ministerpräsident, Herr Nehru, die Politik der Neutralität vertreten und sich für normale Beziehungen zwischen den Staaten und die friedliche Lösung der strittigen Fragen eingesetzt. Angewandt auf die deutsche Frage und West-Berlin, ist eine konsequente Politik der Neutralität gleichbedeutend mit der Förderung des Abschlusses eines deutschen Friedensvertrages und der Herstellung normaler friedlicher Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten sowie der Herstellung gleichermaßen normaler Beziehungen mit beiden deutschen Staaten. Wir möchten annehmen, daß unsere Bemühungen um Beseitigung der Reste des Zweiten Weltkrieges, unsere Vorschläge, West-Berlin in eine entmilitarisierte, neutrale Freie Stadt zu verwandeln, in Deutschland die Rüstung abzubauen und für beide deutsche Staaten einen Status der militärischen Neutralität zu schaffen, der der Position der neutralen Staaten entspricht oder mindestens sehr nahe kommt.\*

*Zum Friedensvertrag und zur Lösung der West-Berlin-Frage*

Liebe Genossen!

Durch die Maßnahmen der Regierung und der Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik im Einvernehmen mit der Sowjetunion und den anderen Warschauer-Vertrags-Staaten wurde am 13. August der Frieden gerettet. Aber damit wurden noch längst nicht alle Gefahren, die dem Frieden in Europa drohen, aus der Welt geschafft.

Auf dem XXII. Parteitag hat Genosse Chruschtschow in dem Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees die Notwendigkeit des Abschlusses eines deutschen Friedensvertrages unterstrichen. Er betonte, daß der Friedensvertrag abgeschlossen werden muß und abgeschlossen werden wird, „gemeinsam mit den Westmächten oder ohne sie“.

„Auf der Grundlage dieses Vertrages“ — so sagte Genosse Chruschtschow weiter — „wird auch die Lage West-Berlins als einer entmilitarisierten Freien Stadt normalisiert werden. Die westlichen Staaten und alle Länder der Welt sollten im Einklang mit den internationalen Rechtsnormen das Recht des Zutritts nach West-Berlin nutzen können, das heißt auf Grund einer entsprechenden Vereinbarung mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, durch deren Territorium alle Verbindungswege West-Berlins mit der Außenwelt verlaufen.“

Die Sowjetregierung, so sagte Genosse Chruschtschow, besteht auch jetzt auf der schnellsten Lösung der deutschen Frage. Sie ist dagegen, diese Lösung endlos hinauszuschieben. Aber falls die Westmächte Bereitschaft zur Regelung des deutschen Problems an den Tag legen, würde die Frage des Termins für die Unterzeichnung des deutschen Friedensvertrages keine solche Bedeutung haben. Wir würden dann nicht darauf bestehen, den Friedensvertrag unbedingt bis zum 31. Dezember 1961 zu unterzeichnen. Hauptsache sei, daß die Frage gelöst wird, daß die Schlacken des Zweiten Weltkrieges weggeräumt werden, daß der deutsche Friedensvertrag unterzeichnet wird. Wir sind selbstverständlich dafür, daß solche Verhandlungen geführt werden und zu einem befriedigenden Ergebnis kommen.

Im Zusammenhang mit der Behandlung des Friedensvertrages und der Lösung der West-Berlin-Frage habe ich am 6. Oktober 1961, anläßlich des 12. Jahrestages der Deutschen Demokratischen Republik, erneut auf den Friedensplan unserer Volkskammer hingewiesen, die militärische Neutralität der beiden deutschen Staaten und die Verbannung von Atomwaffen aus Deutschland gefordert und dann erklärt:

---

\*) Anmerkung der Redaktion: Satz ist im Original unvollständig.

„Angesichts der Gefahr, daß West-Berlin die Rolle eines zweiten Sarajewo spielen kann, ist es unbedingt notwendig, im Friedensvertrag die friedliche Lösung der West-Berlin-Frage festzulegen. Da die Westmächte auch ein gewisses Interesse an dieser Frage haben, und wir daran interessiert sind, daß die allmähliche Umwandlung West-Berlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt möglichst mit den Westmächten vereinbart wird, liegt es im Interesse beider Seiten, vor dem Abschluß eines deutschen Friedensvertrages zu speziellen Vereinbarungen über die friedliche Lösung der West-Berlin-Frage zu kommen und entsprechende Garantieerklärungen zu vereinbaren. Solche Vereinbarungen müssen dann Bestandteil des Friedensvertrages werden und dadurch völkerrechtliche Gültigkeit erlangen.“

Die Haltung der Sowjetunion und unsere eigenen Stellungnahmen sind klar. In den im Anschluß an den Parteitag in Moskau geführten Besprechungen zwischen unserer Delegation und den sowjetischen Freunden bestand völlige Einmütigkeit über den Weg zur Herbeiführung des Friedensvertrages und den Kampf um die Sicherung des Friedens.

### *Jetzt muß ernsthaft verhandelt werden*

Manche haben gefragt, weshalb die Erklärung der Sowjetregierung über die Notwendigkeit des Abschlusses eines Friedensvertrages bis Ende dieses Jahres abgeändert wurde. Die Forderung an die Westmächte, den Friedensvertrag noch in diesem Jahr abzuschließen, war richtig und notwendig. Das hat die Westmächte davon überzeugt, daß der Friedensvertrag nicht auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben werden kann, daß jetzt ernsthaft verhandelt werden muß. Vielleicht haben sich auch die Westmächte inzwischen — besonders nach dem 13. August — davon überzeugt, daß eine Hinauszögerung der Verhandlungen nur ihre eigene Lage kompliziert.

Wie ist gegenwärtig der Stand der internationalen Diskussion über Friedensvertrag und West-Berlin-Frage? Der 13. August und die mit ihm im Zusammenhang stehenden Maßnahmen haben die Festigkeit der deutschen Arbeiter-und-Bauern-Macht bewiesen und klargemacht, daß die Respektierung der Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich ihrer Hauptstadt die Voraussetzung für ein Verhandlungsergebnis ist. Der 13. August hat auch sichtbar gemacht, daß die Revanchepolitik der westdeutschen Imperialisten und Militaristen endgültig gescheitert ist.

Gescheitert ist damit auch die Politik der rechten sozialdemokratischen Führung, die alle Positionen der Arbeiterklasse aufgegeben hat und vollkommen auf die Position des Monopolkapitals und seiner militaristischen Hilfstruppen übergegangen ist. Durch den 13. August wurde den Militaristen ein schwerer Schlag versetzt, die Weltgeltung und das Prestige der DDR erhöht und ein neuer Abschnitt im Kampf gegen den deutschen Imperialismus und für die Vorbereitung des Friedensvertrages eröffnet.

Wenn sich westdeutsche Politiker darüber aufregen, daß die Grenze gegenüber West-Berlin befestigt wurde, so ist das nur eine künstliche Aufregung. Die Mauer, die die beiden deutschen Staaten trennt und auch mitten durch Berlin geht, wurde mit der Schaffung einer Separatwährung, dem Abschluß der Pariser Schandverträge, der Eingliederung Westdeutschlands in die NATO und der Zerstörung der Viermächteverwaltung Berlins durch die Westmächte errichtet. Die Empörung des deutschen Volkes wird sich gegen jene richten, die diese Schandverträge unterzeichnet, die diese schändliche Politik getrieben und damit die Spaltung Deutschlands herbeigeführt haben. Wenn Westdeutschland aus der NATO austritt, wenn die Hitlergenerale, Militaristen und Revanchepolitiker, wenn die Provokateure in Schöneberg abserviert sind, dann erübrigt sich auch die Mauer von selbst.

Die Auffassung, daß die Lage in West-Berlin anomal ist und daß es notwendig ist, die Reste des Weltkrieges in Deutschland zu beseitigen, hat auch in Staaten der NATO festen Fuß gefaßt. Es entwickeln sich schon bestimmte Vorstellungen, wie die Reste



des Krieges beseitigt werden sollen. In der Weltmeinung setzt sich die Erkenntnis durch, daß die Existenz der Deutschen Demokratischen Republik nicht negiert werden kann, daß man bei der Regelung der West-Berlin-Frage auf ihre Interessen und ihre Rechte Rücksicht nehmen muß, daß keine Regelung möglich ist ohne die DDR.

Fast allgemein ist jetzt auch in den NATO-Ländern — von den westdeutschen Revanchepolitikern abgesehen — die Ueberzeugung, daß die seit 16 Jahren bestehenden Grenzen Polens, der CSSR und der DDR anerkannt werden müssen. Angesichts der revanchistischen Politik der Bonner Regierung und des Wiedererstehens des deutschen Militarismus gibt es in breiten Schichten vieler Länder die Auffassung, daß den deutschen Truppen keine Atomwaffen zur Verfügung gestellt werden dürfen und daß die Produktion von Atomwaffen in beiden deutschen Staaten verboten sein muß. Es gibt weiter eine starke Stimmung für den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Warschauer-Vertrags-Staaten und der NATO.

### *Im Mittelpunkt die West-Berlin-Frage*

Im Mittelpunkt steht gegenwärtig zweifellos die West-Berlin-Frage. Darüber, daß im Zusammenhang mit dem Abschluß eines Friedensvertrages mit der Deutschen Demokratischen Republik das Besatzungsregime in West-Berlin beseitigt wird, gibt es kaum Zweifel. Bei den Verhandlungen wird es also darum gehen, wie unter Berücksichtigung gewisser Prestigeinteressen der Westmächte die in West-Berlin stationierten Truppen schrittweise vermindert werden, wie die von West-Berlin ausgehende Sabotage- und Störtätigkeit liquidiert wird und durch welche Vereinbarungen mit der DDR die Benutzung der Verbindungswege von und nach West-Berlin, die sämtlich zum Hoheitsgebiet der DDR gehören, geregelt werden soll. Sowohl die Sowjetregierung als auch die Regierung der DDR haben ihre Bereitschaft erklärt, Garantien für die Freie Stadt Berlin zu leisten unter der Voraussetzung, daß sich die Westmächte verpflichten, auf jegliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR und der anderen sozialistischen Staaten zu verzichten und die Souveränität der DDR zu respektieren.

Die provokatorischen Versuche, während des XXII. Parteitages von West-Berlin aus die Ordnung in der Hauptstadt der DDR zu untergraben, mit bewaffneten Trupps in die Hauptstadt der DDR einzudringen, haben noch einmal gezeigt, wie gefährlich das Feuer ist, das amerikanische und westdeutsche Ultras anfachen möchten. Alles das bestätigt nur, wie notwendig es ist, unsere Grenzen zuverlässig zu sichern, die Kriegsbrandherde in West-Berlin ein für allemal zu löschen und den unvermeidlichen Prozeß der Umwandlung West-Berlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt zu beschleunigen.

Alle Bemühungen, der Lösung dieses Problems dadurch aus dem Wege zu gehen, daß versucht wird, nicht existierende Rechte westlicher Besatzungsmächte in der Hauptstadt der DDR geltend zu machen, sind zum Scheitern verurteilt. In der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik gibt es keinen Viermächtestatus und gibt es auch keine Sonderrechte, das heißt auch keine sogenannten „originären Rechte“ amerikanischer, britischer oder französischer Imperialisten. Es kommt auch nichts dabei heraus, wenn Regierungsvertreter in Washington, London und Paris Betrachtungen darüber anstellen, welche Gegenleistungen die Westmächte für eine de facto-Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik fordern könnten. Die Deutsche Demokratische Republik besteht seit zwölf Jahren, ist ein souveräner Staat und wird sich niemals mit Verletzungen ihrer Souveränität zu Lande, zu Wasser oder in der Luft abfinden.

### *Souveränität der DDR muß respektiert werden*

Das hat mit der freien Verbindung nach West-Berlin über das Territorium der DDR nichts zu tun. Wir sind nach wie vor der Meinung, daß — dem Völkerrecht entsprechend — alle Fragen der Verbindungswege und der Beziehungen zwischen uns und anderen Staaten sowie der Beziehungen zwischen der DDR und dem Senat einer Freien

Stadt West-Berlin auf dem gleichen Wege gleichberechtigter Verhandlungen durch Vereinbarungen gleichberechtigter Partner geregelt werden sollen und geregelt werden können. Die Vertreter der Westmächte sollten noch einmal das Schlußwort des Genossen Chruschtschow zur Diskussion über Rechenschaftsbericht und Programmentwurf studieren. Genosse Chruschtschow sagte hier u. a.:

„Die Westmächte sprechen von ‚Freiheit‘, verstehen aber darunter die Besetzung West-Berlins. Sie wollen dort Streitkräfte haben und Spionagezentralen unterhalten, das heißt, sie wollen wie bisher West-Berlin für die feindliche Wühlätigkeit gegen die Deutsche Demokratische Republik, gegen die Sowjetunion und gegen alle sozialistischen Länder ausnutzen. Darin besteht ihr wirkliches Ziel. Und gerade deswegen klammern sie sich an die überholten Besatzungsrechte. Und sie wollen noch, daß wir das unterstützen.“

Sie wollen, daß wir als Verkehrspolizisten den ununterbrochenen Transport ihrer Kriegsmaterialien, Spione und Diversanten für ihre Wühlätigkeit gegen uns und unsere Verbündeten nach West-Berlin sichern.

Für wen halten uns diese Herrschaften eigentlich? Glauben sie denn wirklich daran, daß ihnen alles erlaubt sei, daß sie uns zwingen können, gegen unsere Lebensinteressen, gegen die Interessen des allgemeinen Friedens und der Sicherheit zu handeln?

Es ist Zeit, es ist schon längst Zeit, daß sie die einfache Wahrheit begreifen, daß man mit der Sowjetunion, mit dem gesamten sozialistischen Lager heute nur noch von der Position der Vernunft und nicht von der Position der Stärke her sprechen kann. Und Vernunft und Gerechtigkeit sind nicht auf ihrer, sondern auf unserer Seite.

Das ist der Kern der Angelegenheit. Phantasien über eingebildete Rechte der Westmächte, über de facto-Anerkennung der DDR als Gnadenerweis und einen Preis hierfür sind völlig wirklichkeitsfremd und interessieren uns nicht. Kein Staat der Erde ist verpflichtet, einem anderen etwas dafür zu zahlen, daß seine Souveränität geachtet wird, daß die Regeln des Völkerrechts ihm gegenüber geachtet werden. Auf eine solche abwegige Idee können nur die Vertreter des räuberischen Imperialismus kommen, die glauben, auf die Souveränitätsrechte anderer Staaten keine Rücksicht nehmen zu müssen. Es ist höchste Zeit, daß auch von seiten der Westmächte entsprechend den Regeln des Völkerrechts die Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik in jeder Beziehung — zu Wasser, zu Lande und in der Luft — respektiert wird. Das heißt, daß die Benutzung von Verbindungswegen der DDR nur auf vertraglicher Grundlage erfolgen kann.

### *Vorbildliche Entwicklung der Hauptstadt Berlin*

Nach der Sicherung der Hauptstadt der DDR steht vor der Bevölkerung und vor den Staatsorganen in Berlin die Aufgabe, Berlin schneller aufzubauen, die Produktionsleistungen in den Berliner Betrieben zu erhöhen, das gesellschaftliche und kulturelle Leben sozialistisch zu gestalten.

Berlin ist durch die Spekulanten, Agenten und auch durch die Auswirkungen der West-Berliner Asphaltkultur schwer geschädigt worden. Jetzt gilt es zu zeigen, was wir können. Es ist deshalb an der Zeit, daß die Nationale Front des demokratischen Deutschland in Berlin, daß die Stadtverordnetenversammlung und der Magistrat sich Gedanken darüber machen, wie in Berlin die Initiative der Werktätigen entfaltet wird, damit unsere Hauptstadt wirklich eine vorbildliche sozialistische Entwicklung durchmacht und damit der Berliner Bär wirklich lachen — ich meine, herzlich lachen kann. Das wollen wir erreichen. Wir sind davon überzeugt, daß die Berliner Genossen diese Aufgabe richtig anpacken und auch erfüllen werden.

Hier geht es um die Sicherung des friedlichen Lebens der sozialistischen Länder. Hier geht es um die Deutsche Demokratische Republik, den ersten deutschen Staat der Ar-

beiter und Bauern, der von jedem anderen Staat — ob groß oder klein — Achtung seiner Grenzen und seiner Souveränität fordert. Das wird jeder lernen müssen, ob es ihm paßt oder nicht!

Die Volkskammer und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik haben in ihrem Deutschen Friedensplan und in den Vorschlägen zur Vorbereitung eines Friedensvertrages und der friedlichen Lösung der West-Berlin-Frage ihre konsequente Friedenspolitik dokumentiert. Wir werden diese Friedenspolitik in enger Verbindung mit den Warschauer-Vertrags-Staaten konsequent weiterführen.

Die Lage ist jedoch recht kompliziert, wenn man die neue Regierung in Bonn und ihr Programm betrachtet.

Es hat sich doch folgendes ergeben:

#### *Reaktionärer Bonner Koalitionsvertrag*

Die antinationale Politik der Auslieferung Westdeutschlands an die NATO, an die Interessen des amerikanischen Monopolkapitals, kann der westdeutschen Bourgeoisie auf die Dauer auch nicht zur Verewigung ihrer Herrschaft verhelfen. Der Boden, auf dem diese Herrschaft beruht, ist außerordentlich dünn geworden. Der klägliche monatelange Kuhhandel um Posten an der Futterkrippe zwischen den drei Parteien der Bourgeoisie, CDU/CSU und FDP, die alle die Interessen des Monopolkapitals vertreten, wurde durch die SPD-Führung wohlwollend gegen den Zorn des Volkes abgesichert. Die SPD-Führung leistete Adenauer und Strauß Schützenhilfe in der Hoffnung, als Juniorpartner von den unmittelbaren Vertretern des Monopolkapitals in eine Regierung der großen Koalition und damit an die Futterkrippe gelassen zu werden. Das unwürdige Schauspiel sollte vielen westdeutschen Werktätigen die Augen über den antinationalen Charakter des Bonner Regimes und die Rolle der SPD-Führung geöffnet haben.

Die genannten Gruppen des Monopolkapitals, die durch ihre parlamentarischen Interessenvertreter jetzt eine neue Regierung unter Adenauer gebildet haben, haben im Grunde alle dieselben Ziele. Sie unterscheiden sich voneinander nur dadurch, daß die einen — was das Risiko eines nuklearen Krieges betrifft — möglicherweise nicht ganz soweit gehen möchten wie die anderen. Diese Richtung hat Anhänger sowohl in der FDP als auch in der CDU/CSU. Die Regierungsparteien haben in einem Koalitionsvertrag ein Regierungsprogramm festgelegt. Es zeigt die Basis, auf der sich die herrschenden Gruppen des Monopolkapitals gefunden haben: Fortsetzung der NATO-Politik, gemeinsamer Raubzug auf die Taschen der Werktätigen, Abbau sozialer und politischer Rechte, erhöhte Ausbeutung und erhöhte Rüstungsprofite.

Der reaktionäre Koalitionsvertrag ist eine Sache. Auf der anderen Seite aber ist bekannt, daß es sowohl in der Bourgeoisie als auch in deren Parteien Kräfte gibt, die mit der abenteuerlichen Kriegspolitik nicht einverstanden sind, die eine realistischere Einschätzung des internationalen Kräfteverhältnisses haben. Wieweit sich diese Kräfte in Westdeutschland gegenüber der neuen Regierung durchsetzen und deren Politik beeinflussen werden, ist vorläufig noch nicht zu übersehen.

Geschichtlich werden jene Kräfte in den Parteien und Gruppen in Westdeutschland recht bekommen, die sich beharrlich für die friedliche Verständigung mit der Deutschen Demokratischen Republik und die friedliche Lösung durch Verhandlungen einsetzen und konsequent gegen die Ultras und Revanchisten eintreten.

Diejenigen westdeutschen Arbeiter und anderen friedliebenden Kräfte, die als nächsten und wichtigsten Schritt die Ausschaltung der Ultras und der Revanchisten ansehen, sehen klar, worauf es jetzt in Westdeutschland ankommt.

Wir wissen, daß viele sozialdemokratische Werktätige die Sicherungsmaßnahmen der Deutschen Demokratischen Republik gegen die westdeutschen Revanchepolitiker noch nicht verstehen. Aber es ist doch unbestreitbar, daß diese ganzen Sicherungsmaßnahmen



unnötig wären, wenn nicht in Westdeutschland die Militaristen wieder ihre Machtpositionen errichtet hätten, die früheren Mitglieder der Hitlerpartei in führenden Staatsfunktionen sitzen und Völker- und Rassenhaß wieder zur Staatspolitik erhoben würden.

### *Friedliche Koexistenz beider deutscher Staaten*

Liebe sozialdemokratische Genossen! Wenn die Arbeiterklasse und die Friedenskräfte in Westdeutschland die Kriegstreiber und Revanchepolitiker in die Zwangsjacke gesteckt hätten, wenn in der westdeutschen Bundesrepublik die Friedenskräfte das Übergewicht im Staatsapparat hätten, dann brauchten die friedlichen Bürger der Deutschen Demokratischen Republik keine solchen Sicherungsmaßnahmen durchzuführen. Und wenn ihr uns nun fragt: Wie kann diese Lage geändert werden?, so sagen wir euch ganz offen: Es gibt nur einen Weg: die Aktionsgemeinschaft der Arbeiterschaft, der Zusammenschluß aller friedliebenden Kräfte und die Herstellung normaler Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik, der Bastion des Friedens in Deutschland.

Die friedliche Lösung der nationalen Frage des deutschen Volkes setzt die friedliche Koexistenz zwischen den beiden deutschen Staaten voraus.

Friedliche Koexistenz ist der einzige Weg zur Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der westdeutschen Bundesrepublik. Und auch der Abschluß eines deutschen Friedensvertrages dient diesem Zweck.

Was ist friedliche Koexistenz im Verhältnis der beiden deutschen Staaten? Das ist Verzicht auf Krieg, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, beiderseitiges Respektieren der Souveränität und der Grenzen. Friedliche Koexistenz, das ist Regelung aller Streitfragen durch Verhandlungen, Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung, Entwicklung der Zusammenarbeit im Sinne einer Konföderation der beiden deutschen Staaten mit dem Ziel, die Wiedervereinigung Deutschlands zu fördern.

Eine solche Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten setzt voraus, daß West-Berlin eine entmilitarisierte Freie Stadt wird und nicht mehr von imperialistischen Kräften als Störzentrum gegen die DDR und die anderen sozialistischen Staaten ausgenutzt wird. Die Verständigung über West-Berlin ist der Maßstab dafür, wie weit die Westmächte bereit sind, den Kalten Krieg abzubauen.

Man hält uns vor, wir hätten doch erklärt, die friedliche Koexistenz sei eine Form des Klassenkampfes. Das ist richtig. Das Besondere besteht aber darin, daß unter den Bedingungen der friedlichen Koexistenz der Klassenkampf nicht mit militärischen Mitteln geführt wird, sondern als friedlicher Wettbewerb zwischen den Staaten mit verschiedener Gesellschaftsordnung. Der ideologische Kampf zwischen den beiden Gesellschaftsordnungen ist gesetzmäßig und niemand soll glauben, daß er etwa einschlafen wird.

Unsere Politik dient der Sicherung des Friedens für die Bürger der DDR wie für die Bewohner Westdeutschlands. Wir verfolgen keine territorialen Eroberungsziele und stellen keine Forderungen auf Aenderung der bestehenden Grenzen wie die westdeutschen Revanchisten. Wir haben auch nicht die Absicht, unsere Wirtschaftsordnung der westdeutschen Bevölkerung aufzuzwingen. Eine friedliche Zusammenarbeit zwischen beiden deutschen Staaten wird also nur dadurch verhindert, daß der westdeutsche Imperialismus revanchistische Ziele und Eroberungsziele der DDR und den sozialistischen Staaten gegenüber verfolgt.

### *Hetze gegen DDR aussichtslos*

Die friedliche Koexistenz zwischen den beiden deutschen Staaten setzt also den Verzicht der westdeutschen Bundesrepublik auf Revancheforderungen und auf jedwede Eroberungsziele sowie auf Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik voraus. Ein solcher Verzicht der westdeutschen Staatsführung

auf Forderungen, die ohnehin niemals realisierbar sind, sollte nicht unmöglich sein, da die Bonner Regierung sehr wohl versteht, daß sich das internationale Kräfteverhältnis so verändert hat und die DDR so gefestigt ist, daß die Revancheziele sowieso nicht realisiert werden können.

Auch das Bemühen, sich in die inneren Verhältnisse der DDR einzumischen und mit Hilfe des psychologischen Krieges die DDR zu unterminieren, ist aussichtslos. Die Anwendung der Goebbels-Methoden der psychologischen Kriegsführung ist Ausdruck der Schwäche der imperialistischen Reaktion.

Die üble Hetzkampagne, die in den letzten Monaten gegen die DDR und ihre Regierung geführt wird, erklärt der amerikanische Journalist Walter Lippmann nicht mit Unrecht aus der Niederlage, die den Revanchisten am 13. August zugefügt wurde. Herr Lippmann sagt, daß seit dem 13. August Westdeutschland mit der schwierigen Aufgabe beschäftigt sei, den Realitäten ins Auge zu blicken, die in den letzten zehn Jahren von ihnen ignoriert wurden. Er fügt hinzu, daß die Fiktion von der „Befreiung der Ostzone“ geplatzt ist. Die Revanchepolitik, mit der die westdeutsche Bevölkerung jahrelang aufgehetzt und getäuscht wurde, erweist sich als nicht durchführbar. Und diese für sie unangenehme Tatsache versuchen sie durch antikommunistische Hetze zu verschleiern. Wenn in einigen Kreisen des Bürgertums dafür plädiert wird, die „Aera der Beleidigungen“ zu beenden, so ist das gut gemeint und auch wünschenswert, nur an die falsche Adresse gerichtet. Solange der amerikanische Hetzsender in West-Berlin und die von Bonn und von den Vereinigten Staaten gelenkte Presse in West-Berlin die Atmosphäre täglich vergiften, kann man doch nicht von einer Aenderung des Klimas sprechen. Da diese bürgerlichen Kreise bessere Beziehungen zu den Verantwortlichen dieser Hetze haben, wäre es sehr wünschenswert, wenn sie ihren Einfluß dort geltend machen würden. Wir sind jederzeit bereit, die Beziehungen zu normalisieren.

Wir sind der Meinung, daß der wirtschaftliche und kulturelle Wettbewerb zwischen den beiden deutschen Staaten unter den Bedingungen der friedlichen Koexistenz für alle Beteiligten der beste Weg ist. Wir haben den Eindruck, daß auch ein Teil der westdeutschen Kapitalisten sehr gut versteht, daß Westdeutschland weder durch die Atomkriegsrüstung noch durch die Revanchepolitik irgend etwas gewinnen kann. In dieser Zeit gilt für Westdeutschland in gewissem Sinne der Hinweis Bismarcks, daß Deutschland durch eine Politik, die zum Kriege führt, alles verlieren würde. Bismarck war klug genug, die Lage Deutschlands richtig einzuschätzen, und deshalb legte er besonderen Wert auf normale Beziehungen nicht nur mit den Staaten im Westen, sondern auch im Osten.

Ein Prüfstein dafür, wie weit sich in Westdeutschland die am Frieden interessierten Kräfte der Bourgeoisie durchsetzen, wird die Stellung der neuen Bonner Regierung zum deutschen Friedensvertrag und zur friedlichen Koexistenz der beiden deutschen Staaten sein. Es wird sich zeigen, ob die neue Regierung den Friedensvertrag und die Lösung der West-Berlin-Frage und jede Verständigung ebenso zu sabotieren versucht, wie das alte Adenauer-Kabinett.

Wir sind überzeugt, daß der Abschluß eines deutschen Friedensvertrages und die friedliche Lösung der West-Berlin-Frage die Friedenskräfte in Westdeutschland stärken und es ihnen erleichtert, die revanchistischen und militaristischen Kräfte zurückzudrängen. Obwohl gegenwärtig die faschistischen und militaristischen Kräfte in Westdeutschland die Oberhand haben, so ist doch vorauszusehen, daß die Zeit kommt, da die friedlichen demokratischen und sozialistischen Kräfte mehr und mehr an Einfluß gewinnen.

#### *Vorschläge an die westdeutsche Regierung*

Die neue Bonner Regierung hat die Möglichkeit, ohne Rücksicht auf frühere Kriegsereden zu den Lebensfragen des Friedens und der Nation Stellung zu nehmen. Wir sollten der Bonner Regierung die Möglichkeit geben, mitzuarbeiten an der Suche nach



einem *modus vivendi* zwischen den beiden deutschen Staaten. Da eine Verständigung auf allen wichtigen Gebieten offenbar nicht möglich ist, sollte wenigstens der Versuch unternommen werden, zwischen den beiden deutschen Staaten ein Minimum an Maßnahmen zur Sicherung des Friedens, der friedlichen Koexistenz und der Entwicklung normaler Beziehungen zu vereinbaren.

Das Zentralkomitee sollte deshalb vorschlagen, daß sich die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik mit einem entsprechenden Vorschlag wendet. Das nach unserer Ansicht unbedingt notwendige Minimum an Maßnahmen zur Sicherung des Friedens und der friedlichen Koexistenz und der Entwicklung normaler Beziehungen könnte durch die Verwirklichung folgender Vorschläge geschaffen werden:

a) Beide deutsche Staaten verpflichten sich, gegenseitig die Souveränität auf ihren Hoheitsgebieten zu achten. — Markierung der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten, um nach Möglichkeit jeden Anlaß für Grenzkonflikte zu beseitigen.

b) Beide deutsche Staaten treten in Verhandlungen ein über ihre Stellung zum Inhalt des deutschen Friedensvertrages.

c) Beide deutsche Staaten verzichten auf die atomare Ausrüstung ihrer bewaffneten Kräfte wie auf die Produktion von Atomwaffen.

d) Beide deutsche Staaten unterstützen den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Staaten des Warschauer Paktes und der NATO. Beide deutsche Staaten betreiben ihre Aufnahme in die Vereinten Nationen.

e) Die Vertreter der beiden deutschen Staaten beginnen mit Verhandlungen über die Gestaltung ihrer Beziehungen im Sinne einer Konföderation. Diese Verhandlungen sollen zu Vereinbarungen unter anderem über folgende grundsätzliche Fragen führen:

Vereinbarung über die Herstellung korrekter Beziehungen zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten über alle sachlichen Fragen.

Vereinbarung über die Anerkennung der beiderseitigen Reisepässe als Voraussetzung einer vertraglichen Regelung des Reiseverkehrs.

Vereinbarung über Verzicht auf gegenseitige Diskriminierung der Vertreter beider Staaten in anderen Staaten.

Abschluß eines Handelsvertrages zwischen den zuständigen Ministerien der beiden deutschen Regierungen.

Wenn man sagt, jetzt bestehen doch schon Handelsbeziehungen, so möchte ich darauf antworten, daß infolge der Vorbehaltsklausel dieser Handel kein stabiles Fundament hat. Wenn wir von Handelsverträgen sprechen, so meinen wir damit nicht nur kleine Geschäfte, sondern Vereinbarungen auf lange Frist, die von beiden Seiten streng eingehalten werden.

In dem Vorschlag der Regierung der DDR an die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik sollte besonders unterstrichen werden, daß vom Standpunkt der Interessen des deutschen Volkes wie der Interessen des Friedens in Europa ein militärisch neutrales Deutschland der einzige Ausweg ist.

Diese Vereinbarungen, die später entsprechend den Vorschlägen erweitert werden könnten, die wir im Deutschen Friedensplan sowie für die Konföderation der beiden deutschen Staaten unterbreitet haben, sollten bis zu der künftigen Wiedervereinigung der deutschen Nation in Geltung bleiben.

Das, was wir wollen, ist vor allem die Sicherung des Friedens für das deutsche Volk, die Sicherung seines Lebens und seiner friedlichen Arbeit.

*Quelle: Neues Deutschland* vom 26. November 1961.





